David L. Hoggan

Der erzwungene Krieg

Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs

E-BOOK – EPUB

Prof. Dr. David L. Hoggan
DER ERZWUNGENE KRIEG

Die Ursachen und Urheber

des 2. Weltkriegs

VORWORT DES HERAUSGEBERS

DAS Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte sieht seine Hauptaufgabe darin, das von der Kriegs-und Nachkriegspropaganda in bewußter Wahrheitsbeugung der Völkerwelt aufgezwungene Geschichtsbild der jüngsten Vergangenheit durch eine den Tatsachen gerecht werdende und der historischen Wahrheit entsprechende Geschichtsforschung zu überprüfen. Es arbeitet zu diesem Zweck mit Historikern zusammen, die sich als wissenschaftliche Forscher von den Einflüssen der politischen Propaganda freigehalten haben.

Historische Wahrheitsforschung muß, wenn sie den Weg zu einer gerechten Beurteilung der Vergangenheit freimachen will, den Mut haben, der Propagandalüge, wo immer sie die Geschichte verfälscht, mit den Ergebnissen eines ebenso gründlichen wie kritischen Quellenstudiums entgegenzutreten. Bezahlte Zweckforschung, die im Dienste der politischen Propaganda sich am Aufbau zweckdienlicher Geschichtskulissen beteiligt, hat mit wissenschaftlicher Forschung nichts mehr zu tun, sowenig wie jene Lehrmethoden, die staatliche Führungsstellen ihren Bediensteten in Schulen und Hochschulen zur staatsbürgerlichen Pflicht machen. Die Unabhängigkeit von Machtinstanzen und Geldgebern ist das allein tragfähige Fundament für eine unbestechliche historische Wahrheitsforschung, die es im Gegensatz zur herrschenden Tendenzhistorie ablehnt, sich zum Handlanger einer Kriegs- und Nachkriegspropaganda degradieren zu lassen. Wo die

kritisch überprüften Quellen das Wort bekommen, pflegen sich Propagandalügen ins Nichts aufzulösen. Unabhängige Forschungsarbeit gleicht am ehesten jener Pioniertätigkeit, die Wildnis in Kulturland verwandelt. Nur umfassendes, jahrelanges, aufopferndes Quellenstudium ermöglicht es dem Geschichtsforscher, den Kampf für die historische Wahrheit gegen die Macht der Propagandalüge siegreich zu bestehen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß der Verfasser der hiermit vom Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte vorgelegten ersten großen Vorgeschichte des 2. Weltkriegs amerikanischer Geschichtsforscher ist und daß er der Frontkämpfergeneration angehört, die angesichts der Bedrohung durch die kommunistische Weltrevolution von der Notwendigkeit einer Völkeraussöhnung innerhalb der westlichen Welt tief überzeugt ist. Völkeraussöhnung ist aber nur auf dem Lebensboden der historischen Wahrheit und der ausgleichenden Gerechtigkeit möglich, nicht in einer durch Lüge, Verleumdung und Unfrieden vergifteten Atmosphäre der Völkerverhetzung.

Daß es der Wunsch des Verfassers war, sein in jahrelangen Forschungen erarbeitetes Werk in der von ihm neben vier andern Sprachen beherrschten deutschen Sprache erstmals veröffentlichen zu lassen, hat seinen Grund vor allem darin, daß er in dem zweimal besiegten und schließlich durch Teilung vernichteten

Deutschland das vom Kommunismus am stärksten bedrängte Grenzland der westlichen Völkerwelt sieht. Für den Herausgeber wiederum war es von entscheidender Bedeutung, einem Geschichtswerk wie dem vorliegenden den Weg in die deutsche Öffentlichkeit zu bahnen, weil ein

derartiges Werk das einzige Psychotherapeuticum ist, das dem in Schuld und Schande gestoßenen Deutschland in der Vielfalt seiner Nachkriegsbindungen und -bußen zur inneren Freiheit zu verhelfen vermag. Das unter dem Dauerdruck der Schuldlügen apathisch gewordene Deutschland kann nur dann wieder einen Zugang zu seiner eigenen Geschichte finden, insbesondere zu seiner jüngsten, gewaltsam verdrängten Vergangenheit, wenn es gelungen ist, auch die 2. Kriegsschuldlüge wissenschaftlich einwandfrei zu widerlegen. Und nur wenn endlich der Weg zu den historischen Tatsachen freigemacht ist und die Ereignisse sowie die an ihnen ursächlich beteiligten Personen, ihre Zielsetzungen, Entschlüsse, Führungsmethoden, Eigenarten und Bedingtheiten ressentimentfrei und offen anhand sowohl der geflissentlich gemiedenen wie der neuerschlossenen Quellen geschildert werden, kann der Anschluß an die eigene Vergangenheit und damit die Wiederherstellung der historischen Kontinuität noch einmal gelingen.

Nun gibt es allerdings im Nachkriegsdeutschland eine hauchdünne, wortführende Schicht, die die historische Wahrheit fürchten muß, weil sie ihrer Entstellung eine bisher unangreifbare Sonderstellung zu verdanken hat. Sie hält es daher mit der für einen deutschen Hochschullehrer äußerst fatalen Formulierung: „Wer die Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg bestreitet, entzieht der Nachkriegspolitik das Fundament.” Die Vertreter dieser These von der Alleinschuld Deutschlands werden darum wohl auf jede, auch auf die wissenschaftliche Widerlegung der 2. Kriegsschuldlüge, obwohl sie aus dem gelobten Lande der Sieger stammt, mit einem Affektsturm reagieren müssen und kaum bemerken, daß das eine Kapitulation vor den Tatsachen wäre.

Selbstverständlich ist das vorliegende Geschichtswerk nur ein erster Schritt, eine notwendige Grundlegung, doch ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Zeit reif ist, dem noch immer herrschenden Geist von Versailles, dem System des Unfriedens und der Völkerverhetzung im Interesse der Selbsterhaltung der westlichen Welt durch Völkeraussöhnung ein Ende zu bereiten. War es doch der strategische Fehlgriff von Versailles — und das läßt auf einen offensichtlichen Mangel an Führungsbegabung bei den verantwortlichen Personen schließen —, daß man Deutschland den Prozeß machte, anstatt mit ihm in kluger Voraussicht der kommenden weltrevolutionären Entwicklung einen dauerhaften Frieden auf einer gerechten Verständigungsgrundlage zu schließen. Als sich dann, wie zu erwarten war, Deutschland aus den Versailler Fesseln befreite, war der 2. Weltkrieg mit einem vernichtenden Strafgericht eine beschlossene Sache derselben Mächte, die noch immer von allen guten Friedensgeistern verlassen

sind, obwohl sie den Weltfrieden ständig im Munde führen. So wurde nach zwei erzwungenen Kriegen der zweimal Besiegte zweimal zum Alleinschuldigen verurteilt und ihm zweimal seine unter schweren Schicksalen herangereifte, in einem Jahrtausend gewachsene Führungsform durch einen aufgezwungenen Umsturz aller ererbten Werte zerschlagen.

Um in Fortsetzung des 1. Weltkriegs das Kriegsziel des 2., die endgültige Vernichtung durch Aufteilung und Integrierung, zu erreichen, genügte es nicht, daß Feldherrn und Soldaten ihre Pflicht gegenüber ihrem Vaterland erfüllten und im Sinne der traditionellen Kriegführung für den Sieg ihres Landes kämpften und starben. Vielmehr entwickelte man eine neuzeitliche Form der Kriegführung und der Nachkriegsbehandlung des Besiegten, die von

skrupellosen Analytikern und zweckbestimmten Diagnostikern ersonnen und angewandt wurde, die psychologische Kriegführung. So wurde das Gesicht beider Weltkriege vom Nicht-Soldaten und ihrer einzigen Waffe, dem Lähmungsgift der strategischen Lüge, bestimmt. Zumal der 2. Weltkrieg war ein Krieg der Psychologen und ihrer Handlanger, der Kriegspropagandisten. Sie waren die Schöpfer der Schuld-und Greuellüge und sicherten mit ihr auf Jahre hinaus einen ruhmlosen Sieg. Mit ihr vermochten sie heimtückisch dem Belogenen außer dem Bewußtsein der erfüllten Pflicht das Ehrgefühl und Nationalbewußtsein zu zerstören und ihn in die Sphäre eines bindungsscheuen Privatlebens zurückzudrängen, in dem er als Glied einer großen Gemeinschaft unbrauchbar, weil seelisch-geistig widerstands-und kampfunfähig wurde. Die psychologisch wirksame, aber strategisch-politisch grundfalsche These der Lügenstrategie lautete: Wer besiegt ist, ist an allem schuld. So trat man die Soldatenehre des Besiegten in den Staub, zwang ihn als Kriegsverbrecher auf die Anklagebank, nachdem man den Krieg vorsorglich justifiziert und zwischen Angriffs-und Verteidigungskrieg, Kreuzzug und Verbrecheraktion unterschieden hatte, um sich das Richteramt in letzter Instanz anmaßen zu können. So kam es, daß man nach zwei Weltkriegen Recht ohne innere Kompetenz sprach und damit Unrecht beging; daß man verurteilte ohne Urteilsberechtigung; daß man die Bestrafung des Besiegten vollzog ohne Rücksicht auf das Urteil der Geschichte, das alle Fehlurteile eines Tages aufhebt und zum Justizverbrechen erklärt, sobald einmal der Siegerjustiz ihr Lügenfundament nachgewiesen ist.

Der Tatbestand von Versailles war indessen ein völlig anderer. Weil die Kriegsschuld der Alliierten vor aller Welt verborgen bleiben sollte, projizierte man, was die in Wirklichkeit Schuldigen in den meisten Fällen zu tun pflegen, die Alleinschuld auf den in pathologischen Formen gehaßten

Nichtschuldigen. Man verstieß dabei bewußt gegen die historische Wahrheit, die dann von deutscher und anderer Seite in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen und Aktenpublikationen im Laufe der Nachkriegsjahre nachgewiesen worden ist.

7

Daß nach 1945 diese Untersuchungen ausblieben und erst jetzt von ausländischen Geschichtsforschern vorgelegt werden können, beweist, in welchem Maße sich das System der psychologischen Kriegführung verbessert hatte und auch auf die Nachkriegsbehandlung des verurteilten und bestraften Gegners erstreckt. Man hat es jedoch nur eine Zeitlang verstanden, die eigene Schuldbelastung der Nachforschung durch entsprechende Behandlung des Aktenmaterials zu entziehen. Seit der amerikanische Historiker Tansill und der Oxforder Historiker A. J. P. Taylor im Gegensatz zu ihren propagandagebundenen Fachgenossen die Schuldakzente umsetzten, Roosevelt und seinen Kreis aufs schwerste belasteten und — wie Taylor — Hitler in erstaunlichem Maße entlastete, ist der Stern der Kriegsschuld-und Greuellüge im Sinken begriffen. Mit dem großen Geschichtswerk von Hoggan aber wird klar erkennbar der Übergang von der bisherigen Anschuldigungs-zur Entlastungsliteratur vollzogen, ein Beweis dafür, daß sich die historische Wahrheit wohl eine Zeitlang aufhalten, aber nicht beseitigen läßt. Kritischnüchterne Quellenforschung bringt sie schließlich doch ans Licht und macht die Bahn für eine gerechte Beurteilung der Vergangenheit frei.

Zahlreiche Kollegen des der jüngeren Forschungsgeneration angehörenden Verfassers haben das vorliegende Werk mit Rat und Tat unterstützt. Der Verfasser schreibt selbst dazu: „Das Buch ist mit entscheidender Hilfe amerikanischer

Lehrer und Kollegen entstanden. Dazu gehören William L. Langer, Michael Karpovitch, Sidney B. Fay, Rudolf Holsti, Harry Rudin, Raymond Sontag, Charles Tansill, M. K. Dziewanowski, Ralph Lutz, Henry Adams, James Martin und Richard Jones. Jeder von ihnen hat einen großen Teil beigetragen; andere nahmhafte amerikanische Gelehrte, von denen wertvolle Anregungen kamen, sollen namentlich nicht erwähnt werden, aber ihre Hilfe sei dankbar zeichnet.”

Die vorliegende Sonderausgabe ist um den sogenannten wissenschaftlichen Apparat (- Anhang) gekürzt. Doch mußten die Anmerkungsziffern aus fotomechanischen Gründen im Text erhalten bleiben.

Die vollständige wissenschaftliche Gesamtausgabe (mit Anmerkungen, Bildern, Karten und Literatur-Verzeichnis) kann weiterhin in der auf den neuesten Stand gebrachten Textgestalt vom Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung bezogen werden.

Tübingen, Herbst 1969 - Dr. habil. Herbert Grabert.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG

DIE geschichtswissenschaftliche Untersuchung von Kriegsursachen setzt die Revision zahlreicher, zur Zeit der militärischen Auseinandersetzungen vertretener landläufiger Auffassungen voraus. Mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen wird es von selbst leichter, alle entscheidenden Vorgänge in der ihnen eigenen Perspektive zu sehen. Die Veröffentlichung von vielen Hunderten von Memoiren und Tausenden von Dokumenten wirft neues Licht auf das Geschehen der Vergangenheit. Die sachlichen Analysen zahlreicher Forscher sind eine unschätzbare Hilfe für die Erschließung der Dokumente. Unter Einsichtigen nimmt die übereinstimmende Beurteilung der wichtigsten geschichtlichen Ereignisse ständig zu und der erbitterte Meinungsstreit, der zur Zeit der aufregenden Ereignisse die Gemüter beherrschte, beginnt sich langsam zu legen.

Allerdings wird nur derjenige sachlich und gerecht über geschichtliche Vorgänge zu urteilen vermögen, der aufgeschlossen genug ist, das, was tatsächlich geschehen ist, auch als Tatsache anzuerkennen, anstatt an einer vorgefaßten Meinung festzuhalten. Es dient keineswegs der Völkerverständigung, wenn man den Krieg auf dem Papier fortsetzt, nachdem die Geschütze ihr Feuer eingestellt haben. Vielmehr liegt es im Interesse aller Völker, zu erfahren, was sich in der Vergangenheit tatsächlich ereignet hat. Nur aus einer sachlichen Stellungnahme zur Vergangenheit kann schließlich eine kluge und sinnvolle Zukunftsplanung erwachsen. Was sollte es auch für einen Nutzen haben, die Geschichte der heutigen Menschheit mit Lügen und Legenden zu verschleiern!

Lindley Fraser erhielt während des 2. Weltkrieges von der englischen Regierung den Auftrag, eine Propagandaschrift über die Ursachen des europäischen Krieges von 1939 zu verfassen. Sein Buch „Deutschland zwischen zwei Kriegen” (Germany between two Wars, London 1945) wurde ganz offen als Bestandteil der englischen Kriegsanstrengungen gegen Deutschland bezeichnet. Es hatte die Aufgabe, die englische Kampfmoral zu heben, die englischen Beamten auf ihre Besatzungsaufgabe im Nachkriegsdeutschland vorzubereiten und das von der Besatzungsmacht beherrschte deutsche Volk durch ein Schuldbekenntnis gefügig zu machen. Fraser betonte die vollständige Unschuld Eng-

lands und Polens im Jahre 1939 und bestand auf der Alleinschuld Deutschlands. Angesichts des spärlichen Materials, das ihm seinerzeit zur Verfügung stand, war sein Buch eine außerordentliche propagandistische Leistung. Zielsetzung und Auswirkung dieser Schrift sind auf den ersten Blick klar erkennbar.

Nicht so leicht läßt sich die Absicht erkennen, von der das erste Kapitel im 10. Bande des „Überblickes über die englische Außenpolitik“ (Survey of international Affairs 1939—1946, London 1958) beherrscht ist. Es hat den berühmtesten unter den neueren britischen Historikern, Arnold J. Toynbee, zum Verfasser. Das Werk erschien dreizehn Jahre nach Beendigung des 2. Weltkriegs, mithin zu einer Zeit, als die Mehrheit des deutschen Volkes sich mit England zu einer gemeinsamen Front gegen die Sowjetunion verbündet hatte. Toynbee befaßt sich mit der Zeitspanne vom 15. März bis zum 3. September 1939. Ihm stand eine

riesige Menge Material zur Verfügung, das Fraser in den Jahren 1944 und 1945 noch nicht zugänglich war. Auch stand er unter keinerlei Zwang, Propaganda für einen Krieg treiben zu müssen, der viele Jahre zurücklag. Trotzdem ist seine Darstellung tendenziöser und einseitiger als Frasers 1945 erschienene Arbeit. Fraser hat zumindest versucht, den betäubten und geschlagenen Deutschen seine Version glaubwürdig zu machen. Toynbee dagegen vertrat noch im Jahre 1958 Ansichten, die intelligenten deutschen Lesern aller politischen Richtungen geradezu lächerlich vorkommen mußten. Daraus läßt sich nur der eine Schluß ziehen, daß Toynbees Werk jener neuen Hetz-Kampagne zu dienen hatte, die das englische Volk gegen Deutschland aufwiegeln sollte. Die verheerende Wirkung einer solchen Kampagne auf die Nationen der westlichen Welt braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden.

Es läßt sich keine bessere Einführung in die vorliegende Arbeit über die Ursachen und Urheber des letzten europäischen Krieges denken als die Wiedergabe der wichtigsten Gedanken in diesem Essay von Toynbee. Das bedeutet nicht, daß hier der Versuch gemacht wird, Toynbees Thesen jedesmal entsprechende Erläuterungen hinzuzufügen, denn sie sind so unmißverständlich, daß von ihnen seine Absicht viel beredter zum Ausdruck gebracht wird als durch irgendwelche Kommentare. Wir reihen daher Toynbees Grundgedanken in knapper Zusammenfassung aneinander.

1. Der deutsche Führer wollte den Erdball erobern. Ihm dabei zur Seite zu stehen, war ein „abscheuliches Vergehen“ (heinous offence) des deutschen Volkes.

2. Es war ein wirkliches Wunder, daß Deutschland nach den drastischen Friedensverträgen von 1919 nicht für viele

Jahrzehnte verkrüppelt blieb, sondern daß es Hitler gelang, die deutsche Nation wieder aufzurichten.

3. Hitler war ein unzufriedener Mensch. Ihm fehlte im Unterschied zu Bismarck das Gefühl für die Grenzen, an denen man Halt zu machen hat.

016

017

4. Als Hitler sich einmal mit dem Kommunismus kritisch auseinandersetzte, sagte er, daß Deutschland — anders als das hungernde Rußland — mit den Bodenschätzen der Ukraine und des Urals umgehen und in Reichtum geradezu schwimmen würde. Toynbee galt diese Äußerung als der Beweis für Hitlers unabänderliches Ziel, den Ural zu erobern.

5. 1934—1939 waren „die letzten fünf Jahre, bevor Deutschland den 2. Weltkrieg begann".

6. Im Jahre 1939 waren die westlichen Nationen „durchaus berechtigt", Deutschland mehr zu fürchten als die Sowjetunion. Die Russen verfolgten im Gegensatz zu Deutschland eine streng defensive Politik ohne räuberische Ziele.

7. Hitlers Protektoratsvertrag mit der tschechischen Regierung im März 1939 war „der Anlaß zu schwerer Sorge für alle übrigen auf der Welt". Es war „die deutliche Ouvertüre" zum 2. Weltkrieg.

8. Hitler hegte nach dem März 1939 feindselige Pläne außer gegen die Sowjetunion auch gegen viele andere Länder. Er bot zwar eine Garantie der bestehenden polnischen Grenzen an, tat dies jedoch nur aus taktischen Gründen, um seine Annektionsgelüste zu verschleiern.

9. Hitler sprach sich für die Rückkehr der Freien Stadt Danzig zu Deutschland aus. Dieser Hafen war für Polen fast so wichtig wie Gdingen. Käme Danzig wieder zu Deutschland, so hätte Polen keinerlei Zugang mehr zum Meer.

10. Die Sowjetunion war ein besserer Nachbar Polens als Deutschland. Ein „polnischer Bismarck“ nach dem 1. Weltkrieg hätte die polnischen Ostprovinzen Rußland überlassen und sich der russischen Waffenhilfe anvertraut.

11. Im Jahre 1939 war Hitlers Gesinnung gegenüber Frankreich freundlicher als 1924, als er „Mein Kampf“ schrieb. Trotzdem bestand keine Hoffnung auf eine deutsch-französische Freundschaft. Frankreich hatte allen Grund, im Frühjahr 1939 einen deutschen Überraschungsangriff zu fürchten.

12. Hitler war ein großer Bewunderer des britischen Empires; dennoch betrachtete er Großbritannien als einen seiner Hauptfeinde. Die britischen Führer versäumten es nach der Münchener Konferenz, den tschechischen Staat zu garantieren. Hitlers Tschechenpolitik im März 1939 war eine Bedrohung der Freiheit und Unabhängigkeit des britischen Empires. Halifax’ antideutsche Politik nach dem März 1939 dagegen war eine „gesunde englische Reaktion“.

13. Hitler brauchte den Krieg, um politische und wirtschaftliche Katastrophen zu verhindern, die sonst unvermeidlich gewesen wären.

14. Die britische Bündnispolitik war defensiv und Hitler „wußte genau, daß Deutschland von niemand bedroht wurde”,

15. Deutschland war sittlich und geistig um viele Jahrhunderte hinter der gebildeten britischen Nation zurück.

Die Engländer konnten es nur schwer

017

018

verstehen, wie Deutschland „in die Hände Hitlers und seiner Verbrecherbande” geraten konnte.

16. Im September 1939 gab es keine Kriegsschuldfrage. Hitler hatte „die schwarze Flagge an Deutschlands Großmast gehißt und Chamberlain nagelte sie dort fest”.

17. Deutschlands Schuld wurde durch seine militärische Niederlage bewiesen. England zahlte einen hohen Preis „für die Rechtfertigung seiner Unschuld”.

18. Chamberlain und seine Kollegen waren nicht die richtigen Gegenspieler für Hitler. Dazu waren sie zu sittsam. Chamberlain war Unitarier, Sir John Simon Kongregationalist, Hoare und Halifax gehörten zur anglikanischen Hochkirche. Sie waren „hochgesinnte Männer, die viel Zeit darauf verwandt hatten, im Dschungel der internationalen Machtpolitik ethische Prinzipien in der politischen Praxis zu verwirklichen”. Sie waren die Nachkommen jener „Männer mit Grundsätzen“, die 1815 in Wien und 1919 in Versailles Frieden geschlossen hatten”.

19. Chamberlain näherte sich Hitler nach dem März 1939 wie ein Mann, der einem Tiger eine Mohrrübe hinhält.

20. Die britischen Führer vom März 1939 bis zum 10. Mai 1940 verfolgten eine milde Politik, die England an den Rand des Abgrundes brachte.

21. Der britische Staat ließ sich aufhalten durch „das Zugochsentempo, mit dem Chamberlain die Aufrüstung

anstrebte”, Chamberlain wurde durch das Mißtrauen der Sowjetunion und sein Wohlwollen gegenüber Hitler gehindert.

22. Der deutsche Führer war viele Jahre hindurch eine tödliche Bedrohung für Großbritannien, aber „wenige außer Churchill besaßen die Weisheit, diese furchtbare Wahrheit zu sehen”.

Soweit Toynbees Thesen. Die im Folgenden vorgelegte geschichtswissenschaftliche Untersuchung kommt zu wesentlich anderen Ergebnissen, die sich von den Auffassungen Toynbees sehr erheblich unterscheiden.

1. KAPITEL: DER NEUE POLNISCHE STAAT

Der antipolnische Wiener Kongreß

EINE so gewaltige Tragödie, wie sie der 1. Weltkrieg mit allen seinen Schrecknissen gewesen ist, hat zwangsläufig mehr unheilvolle Situationen als gute Resultate hervorgebracht. Zu diesen guten Resultaten gehört die Wiederherstellung des polnischen Staates. Das polnische Volk, das zahlreichste unter den westslawischen Stämmen, besaß seit langem eine hochentwickelte Kultur, nationales Selbstbewußtsein und historische Tradition. Im Jahre 1914 war Polen für die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit reif und es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Unabhängigkeit im Augenblick ihrer Verwirklichung die einmütige Unterstützung der ganzen polnischen Nation fand. Auch vom Standpunkt der anderen Nationen aus war Polens Wiederherstellung wünschenswert, obwohl jeder geschichtliche Augenblick seine Kritiker findet und einzelne Prominente in anderen Ländern das Wiedererstehen der polnischen Unabhängigkeit nicht begrüßten.

Daß Polen 1914 nicht unabhängig war, geht zu Lasten jenes internationalen Kongresses, der 1814—15 in Wien zusammentrat. Dieses „Mächtekonzert“ unternahm keinen ernsthaften Versuch, sich mit den polnischen Nationalbestrebungen zu befassen, und die Errichtung einer Autonomie in dem als Kongreßkönigreich bekanntgewordenen russischen Gebietsteil Polens war dem Einfluß des polnischen Diplomaten und Staatsmannes Adam

Czartoryskis auf Zar Alexander I. zu verdanken. Die preußische Delegation hätte in Wien die polnische Provinz Posen sehr gern aufgegeben und die Anerkennung der preußischen Absichten auf den deutschen Staat Sachsen dagegen eingetauscht. England, Frankreich und Österreich vereinten jedoch ihre Stimmen gegen Preußen und Rußland, um die preußische Politik in Sachsen mit der Forderung zu vereiteln, daß Posen zu Preußen käme. Diese Nichtachtung polnischer Nationalinteressen besiegelte das Schicksal Polens in jener Zeit.

019

020

Die Gleichgültigkeit des größeren Teils der Mächte, vor allem Englands, gegenüber den Nationalbestrebungen Polens im Jahre 1815 ist gar nichts Ungewöhnliches, wenn man bedenkt, daß die Nationalbestrebungen Deutschlands, Italiens, Belgiens und Norwegens ebenso ungestraft übergangen wurden. Nationale Selbstbestimmung galt lediglich als das Vorrecht einiger weniger westeuropäischer Mächte. Der erste polnische Staat wurde im 10. Jahrhundert gegründet und schließlich während der europäischen Wirren im Verlauf der großen französischen Revolution vollständig zerstört.

Die damalige Auflösung Polens muß in der Hauptsache dem russischen Imperialismus zugeschrieben werden. Die Expansion des russischen Reiches zu Beginn des 18. Jahrhunderts nahm beunruhigende Ausmaße an und um die Mitte des gleichen Jahrhunderts war Polen regelrechtes russisches Protektorat. Die erste Teilung Polens durch Rußland, Preußen und Österreich im Jahre 1772 fand nur schwache Gegnerschaft in der österreichischen Diplomatie. Preußen machte den ziemlich ergebnislosen Versuch, Polen

1790, kurz vor seiner zweiten Teilung, durch ein Bündnis vor weiterer Zerstörung zu bewahren. Rußland hätte während dieser Zeit lieber ganz Polen besessen, als irgendwelches Gebiet mit dessen westlichen und südlichen Nachbarn zu teilen. Zeitweilig hat man die Schwäche des polnischen Verfassungssystems als Grund für den Verlust der polnischen Unabhängigkeit angesehen, doch hätte sich Polen ohne diese feindseligen Aktionen benachbarter Mächte, vor allem Rußlands, sehr wohl mit dieser Verfassung behaupten können.

Polen wurde dank Napoleon I. wieder ein selbständiger Staat, zwölf Jahre nach der endgültigen Teilung im Jahre 1795. Der neue Staat wurde bekannt als Großherzogtum Warschau. Es umfaßte nicht das gesamte polnische Territorium, erhielt aber 1809 zusätzlich Land von Napoleon, und trotz der Zurückhaltung des Kaisers gegenüber den Polen wäre es auch noch weiter vergrößert worden, wenn sein Feldzug gegen Rußland 1812 erfolgreich verlaufen wäre. Es kann mit Recht gesagt werden, daß für die dunklen Jahre, die im 19. Jahrhundert auf Polens Selbständigkeit lasteten, eher das Wiener europäische Mächtekonzert verantwortlich war als jene drei Teilungsmächte ausgangs des 18. Jahrhunderts.

Die polnischen Aufstände im 19. Jahrhundert

Die von Rußland 1815 den Polen zugebilligte Autonomie wurde ihnen 16 Jahre später nach dem großen polnischen Aufstand gegen die Russen im Jahre 1830-31 entzogen. Polnische Aufständische wurden überall in Deutschland bereitwilligst als Flüchtlinge aufgenommen, da die Deutschen gleichfalls unter dem bedrückenden Nachkriegs-System der Sieger von 1815 zu leiden hatten. Während sich England und Frankreich als Rivalen um den Einfluß in Belgien

020

021

stritten, konnte sich Rußsland ungehindert mit der Lage in Polen befassen. Neue polnische Aufstände während der Jahre 1846-48 waren ebenso wirkungslos wie die nationalen Revolutionen Deutschlands und Italiens in jener Zeit’. Die letzte verzweifelte Erhebung Polens vor 1914 erfolgte im Jahre 1863, war aber von weit geringerem Ausmaß als der Aufstand von 1830-31. Die Engländer, Franzosen und Österreicher zeigten sich diplomatischen Schritten zugunsten der Polen geneigt, aber der preußische Ministerpräsident Bismarck stellte sich auf die Seite Rußlands, weil er dessen Unterstützung im Interesse der nationalen Einheit Deutschlands für notwendig erachtete. Seine beredten Argumente vor dem preußischen Landtag gegen die Wiederherstellung eines polnischen Staates im Jahre 1863 zeigten die Lage viel deutlicher als seine beharrliche Voreingenommenheit gegen den Gedanken eines unabhängigen Polens. Nichts deutet darauf hin, daß die Mächte zu jener Zeit zugunsten der Polen eingeschritten wären, hätte Bismarck die Forderung der Mehrheit im preußischen Landtag nach einer propolnischen Politik berücksichtigt. England war als Bundesgenosse Napoleons III. 1863 noch weniger als im Jahrzehnt zuvor geneigt, sich in fremde Streitigkeiten einzumischen. Es distanzierte sich von einer englisch-französischen Intervention in Mexiko, lehnte zusammen mit den Franzosen ein gemeinsames Eingreifen in den amerikanischen Bürgerkrieg ab und stritt sich mit Frankreich über die Krise in Schleswig-Holstein.

Wenn es in der Zeitspanne 1863—1914 nicht zu neuen Aufständen in Polen kam, so beweist das zwar die Einsicht der Polen, daß solche Aktionen sinnlos waren, aber keineswegs, daß der Wunsch Polens nach Selbständigkeit

geringer geworden war. Die gebildeten Kreise Polens waren in dieser Zeit unablässig am Werk, Pläne zur Verbesserung der Lage des Landes zu schmieden. Die Entstehung verschiedener Gruppen war das Ergebnis dieser Bestrebungen. Eine von ihnen vertrat Joseph Pilsudski. Er und seine Anhänger haben letzten Endes Polens Schicksal zwischen den beiden Weltkriegen entschieden. Pilsudski hatte sich an der revolutionären Bewegung in Rußland vor 1914 beteiligt in der Hoffnung, daß diese das russische Imperium erschüttern und den Weg für ein unabhängiges Polen bereiten würde.

Die Einigung Deutschlands von 1871 bedeutete für Polen, daß das polnische Gebiet Preußens zum festen Bestandteil des neuen Deutschen Reiches wurde. Die Beziehungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, den drei über polnisches Gebiet herrschenden Mächten, waren während der folgenden Zeitspanne von 20 Jahren recht harmonisch. Das war trotz der alten Rivalität Österreichs und Rußlands auf dem Balkan möglich und ein Ergebnis der diplomatischen Kunst Bismarcks. Nach seinem Abgang im Jahre 1890 und vor allem nach dem Abschluß des französisch-russischen Bündnisses von 1894 änderte sich dieses Verhältnis. In der nun folgenden Zeit herrschte ständige

Spannung zwischen den drei Mächten. Rußland war mit Frankreich gegen Deutschland verbündet und es wurde deutlich, daß eine osteuropäische, eine westeuropäische oder eine überseeische Frage einen Krieg auslösen konnten. Diese Lage sah für Polen vielversprechender aus, als wenn die drei polnisches Gebiet beherrschenden Mächte sich einig

gewesen wären. Es war daher nur zu verständlich, daß diese Veränderung der Situation im polnischen Denken jener Jahre eine Rolle spielte.

Deutschfreundlicher Nationalismus in Polen

Der größte Teil des polnischen Landes war in russischer Hand und es war deshalb für einige Polen durchaus folgerichtig, in einem Zusammengehen mit Deutschland, dem Hauptgegner Rußlands, das beste Mittel zur Förderung der polnischen Sache zu sehen. Wladislaw Studnicki, ein hervorragender Gelehrter mit vielen Auslandsverbindungen, war der Hauptvertreter dieses Gedankens. Rußland hat er immer für die Hauptbedrohung polnischer Interessen gehalten. Seine historischen Studien hatten ihn davon überzeugt, daß es Polen während der Zeiten friedlicher und enger Beziehungen zu Deutschland immer am besten ergangen war. Er konnte feststellen, daß Polen als deutsches Lehnsgebiet im Mittelalter den Deutschen den christlichen Glauben, die Hebung seiner Landwirtschaft und eine blühende Entwicklung des Handwerks zu verdanken hatte. Die Kolonisation mit Hilfe des deutschen Handwerks war die Grundlage polnischer Städte und die engen kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern zeigten sich in jedem vierten polnischen Wort des 20. Jahrhunderts, das deutschen Ursprungs war. Er erinnerte daran, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen im Mittelalter und auch in den letzten Jahren vor den Teilungen vorwiegend freundlich war.

Studnicki hegte den Glauben, daß Polens Zukunft im Osten läge, wo es seine kulturelle Sendung fortsetzen könnte, was auch in nationaler Hinsicht gewinnbringend sein würde. Im 1. Weltkrieg machte er geltend, daß die Polen aufhören müßten, sich gegen die deutsche Herrschaft in der Provinz Posen mit überwiegend polnischer Bevölkerung und in

Westpreußen mit überwiegend deutschen Einwohnern aufzulehnen. Beide Gebiete waren vor der ersten Teilung 1772 polnisch gewesen. Er sprach sich für eine Rückkehr zur traditionellen polnischen Ostpolitik der Föderation mit den Nachbarvölkern der Litauer und Weißrussen aus.

Studnicki war der Ansicht, daß ein Zusammengehen mit Deutschland Polen vor der Zerstörung durch Rußland bewahren würde, ohne Polens Entwicklung und die Verwirklichung seiner Bestrebungen zu gefährden. Während der ganzen Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg hat er sich zu einem starken Fürsprecher dieser Politik gemacht. Nach dem 2. Weltkrieg schrieb er

einen ergreifenden Bericht über das Joch Polens während seiner Besetzung im Krieg und darüber, wie sehr die jüngsten Vorgänge ein gutes deutschpolnisches Verhältnis, das er unverändert wünschte, erschwert hätten.

Russenfreundlicher polnischer Nationalismus

Der Gedanke eines ständigen Zusammengehens mit Rußland fand einen starken Widerhall in Polen, obwohl Rußland der Hauptbeteiligte an den Teilungen gewesen war und sich der letzte polnische Aufstand ausschließlich gegen diese Vorherrschaft gerichtet hatte. Der hervorragendste und beliebteste der neueren politischen Philosophen Polens, Roman Dmowski, war ein Verfechter dieses Gedankens. Dmowskis Einfluß war erheblich und selbst seine erbittertsten Gegner bejahten viele seiner Gedanken. Dmowski lehnte einen Kompromiß mit.seinen Widersachern ab und weigerte sich, irgendein Programm zu unterstützen, das sich von dem seinen unterschied.

Dmowski war als Führer einer nationaldemokratischen polnischen Gruppe im russischen Reich vor dem 1. Weltkrieg bekannt. Die Nationaldemokraten traten für eine Verfassung in dem zentral-polnischen Gebiet Kongreßpolens ein, das Rußland zum ersten Mal auf dem Wiener Kongreß 1815 zugesprochen worden war, stellten sich aber nicht gegen ein weiteres Verbleiben dieses Gebietes bei Rußland. Sie begrüßten das verfassungsmäßige russische Regime von 1906, saßen in der Duma, dem verfassunggebenden Parlament Rußlands, und verhielten sich dort durchaus loyal. In dieser Hinsicht glichen ihre Vorstellungen denen der polnischen Konservativen im polnischen Kresy', die unter der Führung von Agenor Goluchowski ebenfalls in der Duma saßen. Der polnische Kresy, der auch als Reservat für Juden in Rußland diente, umschloß alle von Rußland einverleibten polnischen Gebiete außer Kongreßpolen. Die Nationaldemokraten und die polnischen Konservativen glaubten, der polnischen Sache auf gesetzlichem Wege innerhalb Rußlands dienen zu können.

Dmowski war einer der führenden Sprecher in der Duma und bekannt durch seine scharfen Angriffe auf die Deutschen und die Juden. Freunden bekannte er, daß er die Laufbahn Adam Czartoryskis wiederholen zu können hoffe. Dieser war ein Jahrhundert zuvor russischer Außenminister gewesen und galt als der erfolgreichste polnische Kollaborateur aller Zeiten mit Rußland. In der Zeit nach 1906 wurden dem konstitutionellen Regime von Pjotr Stolipin, dem neuen starken Mann Rußlands, fühlbare Beschränkungen auferlegt, aber diese vermochten Dmowskis Eifer nicht zu dämpfen. Er glaubte, daß das Zusammenwirken so wesentlicher Dinge wie die fundamentale Schwäche der russischen Autokratie und der zunehmende polnische Nationalismus ihn in die Lage versetzen würde, eine größere Rolle zu spielen.

Dmowski war ein Vertreter einer modernen Richtung, die eine von Senti-

023

024

mentalität und einer nicht mehr zeitgemäßen Tradition freie pragmatische Behandlung aller Fragen bejahte. In seinem Buch „Mysli nowoczesnego Polaka“ (Gedanken eines modernen Polen) von 1902 riet er, den vergangenen Glanz der alten polnischen Monarchie — selbst als Ideal — aufzugeben. Er war der Überzeugung, daß die polnische Nation eine moderne Führung brauche, und verkündete, daß „nicht Nationen Regierungen, sondern Regierungen Nationen schaffen”. Bis zum Ende des 1. Weltkriegs blieb er dabei, sich ein autonomes polnisches Regime vorzustellen, das loyal zu Rußland hielt. Seine Gedankengänge paßten besser zu einem aus dem Kriege völlig unabhängig hervorgegangenen Polen. Nach 1918 verlangte er, Polen solle ein Nationalstaat im strengsten Sinne werden im Gegensatz zu einem Nationalitätenstaat nach altem polnischen oder dem jüngsten Habsburger Vorbild. Dmowski stellte sich dabei kein Polen nur für die Polen vor, sondern einen Staat mit stark eingeschränkten Minderheiten, wie es später Kemal Atatürk in der Türkei und Hitler in Deutschland vorhatten. Er vertrat die Ansicht, daß man aufhören müsse, Minderheiten in das neue Staatsgefüge einzubeziehen, um das Übergewicht der vorherrschenden Volkszugehörigkeit nicht zu gefährden.

Dmowski stellte sich gegen eine ostwärts gerichtete Ausbreitung auf russische Kosten und wies darauf hin, daß das alte litauisch-russische Gebiet, ehemals unter polnischer Herrschaft, nicht assimiliert werden könne. Vor allem waren die Juden in diesen Gegenden sehr zahlreich und er wollte

keine jüdische Minderheit in dem neuen polnischen Staat haben. Im Jahre 1931 erklärte er, daß „die Judenfrage das größte Problem für die Zivilisation der ganzen Welt sei". Er vertrat dabei den Standpunkt, daß eine gegenwärtige Lösung der Judenfrage die völlige Austreibung der Juden aus Polen erfordere, da eine Assimilation unmöglich sei. Er verwarf einerseits den Versuch aus dem 18. Jahrhundert, eine Assimilation durch Taufen herbeizuführen, wie andrerseits ein gemeinsames Abkommen auf liberaler Grundlage. Hartnäckig bestand er darauf, daß die Erfahrung die Sinnlosigkeit beider Versuche bewiesen habe. Ferner argumentierte er, daß nicht der politische Einfluß der Juden die größte Bedrohung sei, sondern ihre wirtschaftliche und kulturelle Betätigung. Er bezweifelte, daß Polen eine angesehene Handelsnation würde, wenn es sich nicht seiner vielen Juden entledigte. Er erkannte den vorherrschenden Einfluß des Westens auf die polnische Literatur und Kunst durchaus an, sah aber keine Möglichkeit, wie die polnische Kultur die jüdischen Versuche, sie zu beherrschen und zu verzerren, überleben sollte. Er war der festen Überzeugung, daß die antijüdische Politik der Zarenregierung in Rußland von Nutzen gewesen wäre. Seine Gedanken zur Judenfrage waren in Polen populär. Entweder stimmte man ihnen von Anfang an zu oder sie gewannen später die meisten seiner politischen Gegner.

024

025

Dmowskis Grundprogramm war defensiver Art; ständig suchte er die Polen vor der Gefährdung ihres Erbes oder vor ehrgeizigen Ausbreitungsplänen zu schützen, die sich durch fremde Einflüsse steigern würden. In der defensiven Linie seiner Ideen gab es nur eine bezeichnende Ausnahme. Er begünstigte eine zielstrebige und aggressive Politik

westlicher Ausdehnung auf Kosten Deutschlands und benutzte seine Vorliebe für dieses Ziel als Argument für eine Zusammenarbeit mit Rußland. Er glaubte an die Industrialisierung Polens und an eine herrschende Stellung der industriellen Mittelschicht. Er wies darauf hin, daß eine Ausdehnung nach Westen lebenswichtig sei, weil sie die Rohstoffquellen Polens vergrößere.

Der Einfluß der Denkweise Dmowskis ist in Polen bis heute bedeutend geblieben. Sein Einfluß wuchs vor allem nach Pilsudskis Staatsstreich im Jahre 1926, trotz der politischen Mißerfolge seiner Anhänger. Dmowski beklagte zwar den Einfluß der Juden im bolschewistischen Rußland, sprach sich jedoch in außenpolitischen Dingen stets für eine russisch-polnische Zusammenarbeit aus.

Der prohabsburgische Nationalismus in Polen

Wer sich mit der polnischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert eingehend beschäftigt, pflegt die Krakauer oder Galizische Schule als die mit Abstand rührigste hervorzuheben, obwohl die praktische Grundlage für ihr Programm durch den 1. Weltkrieg zerstört wurde. Die politischen Führer und Hochschullehrer des polnischen Südens betrachteten das österreichische Galizien, nach dem Fehlschlag des Aufstandes gegen Rußland im Jahre 1863, als ein polnisches Piemont (Piemont mit Hauptstadt Turin, Kernland der italienischen nationalen Einigung). Michal Bobrzynski, von 1907 bis 1911 Gouverneur von Galizien, war der überragende Führer dieser Schule. In seiner „Dzieje Polski w Zarysie“ (Kurze Geschichte Polens) pries er die polnische Dezentralisierung unter der Verfassung vor der Teilung und griff die Könige an, die ihre Zentralgewalt zu vergrößern gesucht hatten. 1919 trat er für ein Föderativsystem anstelle eines nationalen Zentralsystems ein. Er hoffte auch,

daß der polnische Süden die Schlüsselstellung für ganz Polen einnehmen werde.

Das politische Wirken des Krakauer Kreises vor dem Krieg 1914 richtete sich gegen die Nationaldemokraten mit ihrer prorussischen Haltung und gegen die Ukrainer in Galizien mit ihren Nationalbestrebungen. Bobrzynski stellte sich ein geeintes Polen als Ganzes unter den Habsburgern vor und die Entwicklung eines kraftvollen Föderalsystems im Habsburger Reich, regiert von Österreich-Deutschen, Ungarn und Polen. Er trat für ein Bundessystem nach dem Zusammenbruch des Habsburger Reiches 1918 ein und unterstützte

025

026

die Ansprüche des habsburgischen Kronanwärters auf den alten Thron. Mit zunehmender Erbitterung wies er darauf hin, daß Polen sich niemals ohne die Unterstützung des Südens gegen Rußland und Deutschland behaupten könne.

Pilsudskis polnischer Nationalismus

Ein viertes umfassenderes Programm zur Förderung polnischer Interessen war das von Joseph Pilsudski, der sich Polen als Großmacht dachte. Seine Gedanken darüber standen im Gegensatz zu den drei bereits erörterten Programmen. Studnicki, Dmowski und Bobrzynski erkannten, daß Polen eine der kleineren Nationen des neuzeitlichen Europas sei. Ihnen erschien es unvermeidlich, daß die zukünftige Förderung polnischer Interessen ein enges Zusammengehen mit mindestens einem der vor 1918 mächtigen Nachbarstaaten, Deutschland, Rußland oder Österreich-Ungarn, fordere, Es ist kaum verwunderlich, daß es Gruppen in Polen gab, die für eine Zusammenarbeit mit

jeder dieser Mächte eintraten, aber es ist kennzeichnend und unverständlich zugleich, daß die stärkste dieser Gruppen für die Zusammenarbeit mit Rußland als dem Hauptbedrücker der Polen eintrat.

Pilsudski indessen wandte sich gegen ein Zusammengehen mit jedem stärkeren Nachbarn Polens. Er sah Polen als Führer von Nationen, die schwächer als sein Land waren, es sollte Bündnisse oder Verbindungen zu starken, aber entfernten Mächten pflegen, die nicht in der Lage waren, die polnische Politik in irgendeinem größeren Ausmaß zu beeinflussen. In erster Linie verlangte sein System eine herausfordernde Haltung jedem Nachbarstaat gegenüber, der stärker war als Polen. Als Begründung dafür gab er an, daß eine solche Haltung gegenüber stärkeren Nachbarn Polen helfen würde, den Status der Großmacht zurückzugewinnen, den es in der Morgendämmerung der neueren Geschichte besessen hatte. Die Abhängigkeit von einem mächtigeren Nachbarn würde gleichbedeutend sein mit der Anerkennung einer zweitrangigen Stellung Polens im östlichen Mitteleuropa. Er hoffte, eine erfolgreiche Außenpolitik nach erreichter Unabhängigkeit würde schließlich eine Lage schaffen, in der keiner seiner unmittelbaren Nachbarn spürbar stärker wäre als Polen. Auch hoffte er, daß Polen auf diese Weise endlich nationale Sicherheit gewinnen würde, ohne seine Großmachtbestrebungen zu opfern.

Diese außenpolitische Konzeption war für eine kleine europäische Nation äußerst kühn. Ihre Fürsprecher bezeichneten sie allerdings als heroisch. Vergleicht man ihre offensichtliche Radikalität mit den drei genannten Programmen, so wirken diese dagegen geradezu konservativ. Eine weitere radikale Richtung war die der extremen Marxisten. Diese hofften, Polen in eine Diktatur des Proletariats verwandeln zu können. Sie waren jedoch im

Hinblick auf die Außenpolitik wesentlich gemäßigter als die Pilsudski-Gruppe.

026

027

Während einer Zeitspanne von 25 Jahren, von 1914 bis zum Zusammenbruch Polens im Jahre 1939, hatten Pilsudskis Ideen einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung Polens. Seit Jan Sobieski im 17. Jahrhundert hatte Polen keinen so begabten Staatsmann hervorgebracht. Die Polen bemerkten oft, daß Pilsudskis Wesen gar nicht so ausgesprochen polnisch, sondern seiner litauischen Herkunft entsprechend eher zurückhaltend war. Die augenfällig übertriebene Achtung der Polen vor allem, was von jenseits der Grenze kam, lag nicht in seiner Art. Er war nicht, wie die meisten Polen, unpünktlich und zeigte keine Spur der den Polen eigenen Lässigkeit oder Verschwendungssucht. Vor allem zeigte er seinen persönlichen Charme, obwohl er ihn in reichem Maße besaß, nur ganz selten, im Unterschied zu fast allen gebildeten Polen. Für gewöhnlich war er wortkarg und haßte übertriebenen Wortschwall.

Pilsudskis Ansehen begann mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges. Er selbst war für diesen Kampf wohlvorbereitet. Im Februar 1914 sprach er vor einer Gruppe polnischer Studenten in Paris. Seine Worte, die ihm den Ruf eines un heimlichen Propheten einbrachten, bewiesen eine bemerkenswerte seherische Gabe. Er sagte voraus, daß ein großer Krieg ausbrechen und mit der Niederlage der das geteilte Polen beherrschenden drei Mächte enden würde. Sehr richtig sah er voraus, daß die Österreicher und Deutschen die Russen schlagen, ehe sie den überlegenen Materialreserven und Rohstoffquellen der Westmächte erliegen würden. Es war sein wohlüberlegter Plan, den

Kampf gegen die Russen zu unterstützen. Sobald man sie mit vereinten Kräften besiegt hatte, sollte man sich gegen die Deutschen und die Österreicher wenden.

Diese Strategie erforderte eine zeitweilige Zusammenarbeit mit zwei von den drei über polnisches Gebiet herrschenden Mächten, war aber begründet in der Erkenntnis, daß Polen 1914, bevor es unabhängig wurde, in diesem Krieg unausweichlich auf beiden Seiten kämpfen müßte. Pilsudski sah die Unvermeidbarkeit dieser Situation und suchte sie so weit wie möglich zu nutzen.

Pilsudski hatte seine politische Reife vor dem 1. Weltkrieg als polnisch-marxistischer Revolutionär erlangt. Er eignete sich das Gedankengut des deutschen und russischen Marxismus an der Universität Charkow in der Ukraine und in Sibirien an, wohin Hunderttausende von Polen seit 1815 durch die Russen verbannt worden waren. Er betrachtete zwar den Sozialismus als wirksame Waffe gegen den Zarismus, wurde aber niemals zum überzeugten Sozialisten. Seine Anhänger bezeichneten seine frühe Verbindung zum Marxismus als „Konrad Wallenrod-Sozialismus“. Wallenrod, nach der epischen Dichtung von Adam Mickiewicz, zersetzte einst den Deutschen Ritterorden und wurde einer seiner Führer, nur um ihn zu untergraben. Pilsudski hing dem internationalen Sozialismus viele Jahre hindurch an, verhielt sich aber seinen letzten Folgerungen gegenüber ablehnend.

027

028

Pilsudski war überzeugt, daß die galizischen Sozialistenführer, mit denen er eng verbunden war, schließlich doch eine nationale Richtung einschlagen würden. Ein Beispiel mag zeigen, warum er zu dieser

Annahme neigte. Während des internationalen Sozialistenkongresses im Juli 1910 in Krakau wurde Ignaz Daszynski, der galizische Sozialistenführer, von Herman Lieberman, einem strenggläubigen Marxisten, gerügt, weil er angeregt hatte, die polnischen Sozialisten sollten die 500. Wiederkehr von Grunwald feiern. Grunwald war die polnische Bezeichnung für den Sieg der Polen, Litauer und Tataren über den deutschen Ritterorden bei Tannenberg im Jahre 1410. Seine Feier in Polen zu dieser Zeit hatte vergleichsweise die Bedeutung des Unabhängigkeitstages am 4. Juli in den Vereinigten Staaten. Daszynski überhäufte Lieberman mit Hohn und Spott. Sarkastisch bemerkte er, daß es eine unerhörte Beleidigung der Arbeiter sei, eine solche nationale Unverschämtheit hinzunehmen. Er fügte hinzu, es sei geradezu verbrecherisch, auf den Wawel hinzuweisen (frühere Königsresidenz in Krakau), denn das würde ja die roten Banner des Sozialismus besudeln. Pilsudski bemerkte dazu später zynisch, daß jene, die sich zum Sozialismus bekennen, ruhig mit dem Sozialistenzug bis zur Endstation fahren sollten, er selber zöge es vor, an der Haltestelle der Unabhängigkeit auszusteigen.

Nach 1909 befaßte sich Pilsudski mit Polen anderer politischer Richtungen und stellte militärische Einheiten auf, um in der Kriegszeit mit Österreich-Ungarn zusammenzuarbeiten. Diese Tätigkeit wurde von maßgeblichen Österreichern unterstützt, weil sie hofften, Pilsudski würde es damit gelingen, Freiwillige aus dem russischen Gebietsabschnitt Polens heranzuziehen. Er durfte nur eine Brigade dieser Streitkräfte kommandieren, nahm jedoch als überragender Führer eine beherrschende Stellung ein. Der Krakauer Kreis hoffte, seinen militärischen Ehrgeiz für die Errichtung einer polnischen Machtstellung im Habsburger Reich nutzen zu können. Einer ihrer Führer, Jaworski, äußerte, er gedenke Pilsudski als Werkzeug zu benutzen, wie es Cavour einst mit Garibaldi getan habe.

Pilsudski hatte jedoch, wie Garibaldi, eigene Pläne und die weiteren Ereignisse sollten beweisen, daß er mit ihrer Verwirklichung recht erfolgreich war.

Polen im 1. Weltkrieg

Der 1. Weltkrieg brach im August 1914 aus, nachdem Rußland mit Unterstützung Englands und Frankreichs die Generalmobilmachung seiner Armeen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn befohlen hatte. Die Russen waren entschlossen, Serbien gegen Österreich-Ungarn in dem Konflikt beizustehen, den die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und seiner Gemahlin durch serbische Verschwörer zur Folge hatte. Die russischen Mobil-

machungspläne sahen den gleichzeitigen Angriff gegen die Deutschen und Österreich-Ungarn vor. Poincare und Viviani, die französischen Regierungsoberhäupter, erblickten darin die Gelegenheit, Deutschland in einen Konflikt zu verwickeln, weil sie sich davon eine Rückeroberung Elsaß-Lothringens versprachen. Sir Edward Grey und die Mehrheit der englischen Regierung warteten auf die Möglichkeit, Kriegsbeute in Deutschland zu machen und sich eines angeblich gefährlichen Rivalen zu entledigen. Österreich-Ungarn wollte seine Sicherheit gegenüber den serbischen Herausforderungen wahren. Die deutsche Führung sah dagegen dem Krieg als einer höchst unwillkommenen Entwicklung nur sehr zögernd entgegen.

Durch sein Bündnis mit England und Frankreich gelang es Rußland, die polnische Frage bis zur russischen Revolution 1917 aus dem Spiel der alliierten Diplomatie auszuklammern. Ein russischer Aufruf vom 18. August 1914

bot den Polen leere Versprechungen, wenn sie den Krieg gegen Deutschland unterstützen würden, enthielt aber keinerlei bindende Zusicherungen. Dmowski begab sich im November 1915 nach London, um seine Beziehungen zur britischen und französischen Regierung zu vertiefen, er stützte sich jedoch auf eine enge Zusammenarbeit mit Alexander Iswolski, dem russischen Botschafter in Frankreich und wichtigsten Diplomaten im Ausland überhaupt. Dmowskis Programm forderte ein erweitertes autonomes polnisches Gebiet innerhalb Rußlands. Seine Tätigkeit wurde von Rußland mit Wohlwollen betrachtet, aber im April 1916 berichtete Iswolski dem Außenminister Sergej Sasonow, daß Dmowski in der Erörterung bestimmter Aussichten in der polnischen Frage zu weit gegangen sei.

Mittlerweile hatte Pilsudski mit Erfolg Widerstand gegen die Versuche des österreichischen Kriegsministeriums geleistet, seine Kader ihres Sonderstatus zu entkleiden, als offenbar wurde, daß sie keine Anziehungskraft für die Polen jenseits der russischen Grenze hatten. Die Sorge für das Beibehalten des Sonderstatus wurde einem polnischen National-Oberausschuß übertragen (Naczelnego Komitetu Narodowego). Es war eine heikle Lage, da viele der galizischen Polen sich nach Kriegsbeginn als prorussisch erwiesen und die Gefolgschaft Pilsudskis ablehnten. Sie rechneten mit einem Sieg Rußlands und fürchteten, daß man sie danach zwar als von Österreich Eingezogene dulden, sie aber verfolgen würde, wenn sie unter Pilsudski gedient hätten. So kam es, daß nur einige tausend Soldaten unter Pilsudski und seinen Freunden kämpften. Die überwältigende Mehrheit aller ehemaligen polnischen Soldaten unterstellte sich der russischen Führung. Beim Ausbruch des Krieges flohen zahlreiche junge Polen aus Galizien zu den Russen, um dem Wehrdienst bei den Österreichern wie auch bei Pilsudski zu entgehen”. So war

Pilsudskis Einfluß auf den Ausgang des Krieges gegen Rußland nur von geringer Bedeu-

029

030

tung. Trotzdem hatte sein Ansehen in der polnischen Öffentlichkeit außerordentlich zugenommen und was einzelne Polen auch immer von ihm halten mochten, es gelang ihm, sich dieses Ansehen zu erhalten.

Am 5. November 1916 proklamierte einem früheren Abkommen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn entsprechend General von Beseler, als Gouverneur des von den Deutschen besetzten Polens, die Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit. Zu dieser Proklamierung spielte eine deutsche Militärkapelle die strahlend überschwengliche Nationalhymne aus der napoleonischen Zeit: „Noch ist Polen nicht verloren!" (Jeszce Polska nie Zginela!) Die polnische Unabhängigkeit konnte dank .der deutschen Siege über Rußland vom Jahre 1915 wiederhergestellt werden. Zwangen diese doch die Russen, den größten Teil des polnischen Territoriums einschließlich des Österreich in den ersten Kriegsmonaten abgenommenen Gebietes zu räumen. Pilsudski hatte allen Grund, diesen deutschen Schritt zu begrüßen, obwohl er nicht nachließ, auf die schließliche Niederlage Deutschlands zu hoffen, um Polen von jeglichem Einfluß Deutschlands zu befreien und es auf dessen Kosten zu vergrößern.

Am 6. Dezember 1916 wurde ein polnischer Staatsrat gebildet, der zum ersten Mal am 14. Januar 1917 zusammentrat. Die Stellung dieses Gremiums war während des Krieges lediglich eine beratende und beschränkte sich auf die Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden. Die

Fortführung des Krieges hatte vor allen anderen Erwägungen den Vorrang. Dennoch wurden den Polen für die Zeit von September 1917 bis zum Kriegsende eine Reihe bedeutender Rechte zugestanden. Dem Staatsrat wurde die Verwaltung der Gerichtsbarkeit, ebenso das polnische Erziehungswesen übertragen, bis schließlich sein Einfluß sich auf alle Vorgänge im Lande ausdehnte. Im Herbst 1917 wurde der Rat umgebildet und am 14. Oktober setzte man einen Kronrat in der Erwartung ein, daß Polen ein mit der deutschen und österreichisch-ungarischen Monarchie verbündetes eigenständiges Königreich bilden würde". Die deutsche Unabhängigkeitspolitik wurde von den Polen überall als große Hilfe für die polnische Sache anerkannt. Roman Dmowski, obwohl nie ein Freund der Deutschen, hat dies sehr deutlich in seinem Buch über die Vorgänge in dieser Zeitspanne ausgedrückt.

Indessen planten die Unterhändler der westlichen Alliierten, die deutsche Unabhängigkeitspolitik noch im Sommer 1917 zunichtezumachen und Österreich-Ungarn das ganze Polen anzubieten, wenn sie dadurch die Mittelmächte spalten und einen Separatfrieden mit den Habsburgern sichern konnten.

Doch die Deutschen konnten im Januar 1917, als die Vereinigten Staaten sich noch neutral verhielten, Präsident Wilson versichern, daß sie keine Gebietsansprüche an den Westen hätten und sich für die Unabhängigkeit Polens

einsetzen wollten. Am 22. Januar 1917 hielt Präsident Wilson eine Rede, in der er die Bedeutung eines Zugangs zum Meer für die Polen hervorhob, aber James Gerard, der amerikanische Botschafter in Deutschland, bedeutete dem

Kanzler Bethmann-Hollweg, Wilson wünsche es nicht, daß irgendein deutscher Ostseehafen aus dem deutschen Herrschaftsbereich herausgelöst werde. Es überrascht daher keineswegs, daß das Wilson-Programm in den Vorstellungen der Deutschen vor und nach dem Waffenstillstand von 1918 zwar einen Zugang zum Meer für Polen vorsah, aber nur in Gestalt eines Freihafens und nicht in der Bildung einer oder mehrerer Korridore zur See durch deutsches Land hindurch. Deutschland erhob keinen Widerspruch, als der polnische Staatsrat in Warschau ein Glückwunschtelegramm an Wilson für seine Rede vom 22. Januar sandte, in der Wilson seine Polenpolitik dargelegt hatte. Sie bildete später den dreizehnten seiner berühmten vierzehn Punkte.

Die russische provisorische Regierung befaßte sich in einem Bericht vom 29. März 1917 mit der Frage der polnischen Unabhängigkeit, hob darin jedoch die Notwendigkeit eines ständigen russisch-polnischen „Bündnisses” mit besonderen „Garantien“ als conditio sine qua non hervor. Arthur James Balfour, der Führer der Konservativen in der britischen Koalitionsregierung, stellte sich hinter den russischen Vorschlag, obwohl er wußte, daß die Russen ein autonomes Polen im Sinn hatten. Dmowskis Echo auf die russische Märzrevolution war die Befürwortung eines völlig unabhängigen Polens von 518.000 Quadratkilometern, also etwa so groß wie das Deutsche Kaiserreich, und er versuchte, die in England und Frankreich gegen die polnische Unabhängigkeit erhobenen Argumente zu widerlegen.

Zu dieser Zeit war Pilsudski damit beschäftigt, seine Politik der Unterstützung Deutschlands auf die Politik der westlichen Alliierten umzustellen. Er forderte eine völlig unabhängige polnische Nationalarmee vor dem Ende des Krieges und die unverzügliche Lösung aller Bindungen, die Polen von den Mittelmächten abhängig machten. Es war ihm

klar, daß die Erfüllung dieser Forderungen zu dem kritischen Zeitpunkt, den der Krieg bis. zum Sommer 1917 erreicht hatte, unmöglich war. Das Schlagwort seiner Anhänger war die Zurückweisung jeglichen Nachgebens: „Keine Regierung ohne Armee und niemals eine Armee ohne Pilsudski.” Pilsudski war Wehrminister im polnischen Staatsrat, trat jedoch am 2. Juli 1917 zurück, als Deutschland und Österreich-Ungarn seine Forderungen ablehnten.

Bewußt provozierte er die Deutschen so lange, bis sie ihn festnahmen und ihn für die Dauer des Krieges, zusammen mit seinem engsten militärischen Mitarbeiter, Kasimierz Sosnkowski, in Magdeburg in angemessener Form internierten. Er war davon überzeugt, daß er nur auf diese Weise verhindern konnte, in den Augen der polnischen Öffentlichkeit als Handlanger der Deut-

031

032

schen zu gelten. Seine Internierung erschwerte es seinen Gegnern in Polen, ihm nachzusagen, daß er lediglich ein Werkzeug der deutschen Politik gewesen sei. Sehr viel weniger kümmerte es ihn, daß diese Anschuldigung trotz seiner Haft während der nächsten Monate und Jahre in den westlichen Ländern erhoben wurde.

Allerdings wurde Pilsudskis Stellung in Polen dadurch gefährdet, daß unter einem Nationalen Polnischen Wehrausschuß (Naczpolu) selbständige polnische Streitkräfte in Rußland nach der Revolution aufgestellt wurden. Diese Truppen standen unter dem Einfluß Roman Dmowskis und seiner Nationaldemokraten. Der Frieden von Brest-Litowsk zwischen Rußland und Deutschland im März 1918 machte dieser Entwicklung ein Ende, und bald

begannen die polnischen Truppen, sich den Deutschen zu ergeben. Der Triumph der Bolschewiken und der Frieden mit Deutschland war ein schwerer Schlag gegen die rußlandfreundliche Doktrin Dmowskis. Deutschlands Übergabe des kongreßpolnischen Chelm-Gebiets an die Ukraine im März 1918 in Brest-Litowsk traf das Ansehen des polnischen Kronrats vernichtend und bahnte den Weg zur Bildung einer ganz neuen Regierung, als Deutschland im November 1918 unter der Revolution und seiner Niederlage zusammenbrach.

Polnische Expansion nach dem 1. Weltkrieg

Pilsudski kam es zugute, daß andere Polen während seiner Internierung in Deutschland nichts Bedeutendes zu erreichen vermochten. Er wurde während der deutschen Revolution entlassen und kehrte eiligst nach Polen zurück. Am 14. November 1918 übertrug der Kronrat seine Vollmachten an Pilsudski, und die Polen, die sich trotz der ernsten wirtschaftlichen Lage in einem nationalen Freudenrausch befanden, standen vor ganz neuen Aufgaben. Pilsudski war sich der Tatsache bewußt, daß nun Machtkämpfe unter den politischen Parteien entbrennen würden. Sein erster Schritt war, die Polnische Sozialistenpartei (PPS) Kongreßpolens und die Sozialdemokratische Partei (PPSD) Galiziens unter seiner Führung zu festigen.

Pilsudski hatte einen bedeutenden taktischen Vorteil, den er äußerst geschickt wahrzunehmen wußte. Er war Sozialist und hatte für die Deutschen gekämpft. Seine politischen Hauptgegner, die Nationaldemokraten, waren bei den Westmächten angesehen. In dem Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland im November 1918 wurde Polen nicht erwähnt und bald danach begann eine langwierige Friedenskonferenz. In Versailles galt

Pilsudski als persona non grata. Bereitwillig drückte er den Nationaldemokraten sein Vertrauen für ihre Verhandlungsbemühungen in Paris um eine polnische Einheitsfront aus. Nicht er, sondern seine Gegner hatten die Aufgabe, Vorteile für Polen bei der Friedenskonferenz zu erwirken. Doch mußten diese Bemü-

032

033

hungen mit Sicherheit dazu führen, dem Ansehen seiner Gegner zu schaden, da die polnischen Forderungen so maßlos waren, daß ihre Erfüllung nahezu unmöglich wurde. Pilsudski hatte also freie Hand, sich der inneren Lage Polens zuzuwenden. Er nutzte seine Zeit gut und verlor keinen Augenblick die politische Initiative, die er während jener Tage gewonnen hatte. Seiner Sache diente ein Abkommen mit den Deutschen, das er bereits am 10. November 1918, also vor dem Waffenstillstand im Westen, geschlossen hatte. Nach diesem Abkommen sollten die Besatzungstruppen mit ihren Waffen abziehen, um sie an der Grenze niederzulegen (deutsch-kongreßpolnische Grenze, die in Brest-Litowsk 1918 bestätigt wurde). Diese Operation wurde genau am 19. November 1918 abgeschlossen, wobei man die Abmachungen auf beiden Seiten gewissenhaft erfüllte.

Der polnische Nationalausschuß in Paris unter dem Vorsitz von Dmowski und seinen Nationaldemokraten befand sich in einer wesentlich ungünstigeren Lage. Die Diplomaten Englands und Frankreichs behandelten die Polen mit Herablassung und Ministerpräsident Clemenceau machte Paderewski, dem Hauptmitarbeiter Dmowskis bei den Friedensverhandlungen, klar, daß Polen seine Unabhängigkeit nach seiner Ansicht den Opfern der Alliierten verdanke (sic!). Die polnischen Unterhändler

waren überdies mit der Judenfrage belastet. Sie sahen sich vor Forderungen amerikanisch-jüdischer Gruppen gestellt, deren Plan es war, einen selbständigen jüdischen Staat innerhalb Polens zu gründen. Präsident Wilson stand diesen Forderungen durchaus wohlwollend gegenüber. Er betonte am 1. Mai 1919 vor dem Rat der Vier (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien), daß „die Juden in Polen etwas ungastlich behandelt werden“. In einem Memorandum vom 15. Juni 1919 erklärte Paderewski die polnische Haltung zur Judenfrage dahingehend, daß die Juden Polens die polnische Sache bei „vielen Anlässen“ als verloren betrachtet und sich auf die Seite der Feinde Polens gestellt hätten. Zuletzt wurden die meisten der jüdischen Forderungen eingeschränkt; immerhin zwang der Artikel 93 des Versailler Vertrages die Polen, sich mit einem Sonderabkommen für Minderheiten einverstanden zu erklären, was ihnen im höchsten Maße mißfiel.

Ohne Lloyd George hätten die polnischen Unterhändler die Erfüllung ihrer extremen Forderungen an Deutschland erreicht, denn Präsident Wilson und die Franzosen waren ursprünglich geneigt, alles zu bewilligen, was sie gefordert hatten. Dmowski verlangte die Grenzen von 1772 im Westen, ferner das deutsche Industriegebiet in Oberschlesien, schließlich die Stadt Danzig und die südlichen Randgebiete Ostpreußens. Darüber hinaus forderte er die Bildung eines separaten Staates aus dem restlichen Ostpreußen, der unter polnischer Aufsicht stehen sollte, und später verlangte er noch einen Teil Mittelschlesiens für Polen. Bald aber begann Lloyd George, sich gegen die Haltung

der Polen zu stellen, und bemühte sich, mäßigend auf Wilson einzuwirken.

Klar erkannte er, daß Italien sich gleichgültig verhielt und daß Frankreich nicht in der Lage war, einem gemeinsamen anglo-amerikanischen Plan Widerstand zu leisten.

Lloyd George hatte die polnischen Forderungen in vieler Hinsicht abgeschwächt, bevor der ursprüngliche Vertragsentwurf den Deutschen am 7. Mai 1919 vorgelegt wurde. Für die südlichen Gebiete Ostpreußens war ein Volksentscheid vorgesehen. Der freibleibende Rest dieser Provinz sollte ungeachtet des Ergebnisses bei Deutschland bleiben. Wesentliche Einschränkungen wurden zugunsten Deutschlands in Pommern vorgenommen. Danzig sollte Schutzgebiet des Völkerbundes werden und nicht an Polen fallen. Ferner richtete Lloyd George sein Augenmerk auf Oberschlesien, nachdem die Deutschen Einwände gegen den Vertrag erhoben hatten. Wilsons fachlicher Berater für Polen, Professor Robert Lord von der Harvard-Universität, bemühte sich sehr um die Beibehaltung der Bestimmung, die die Übergabe dieses Gebietes an Polen ohne Volksabstimmung vorsah. Lloyd George setzte sich je doch energisch für die Volksabstimmung ein und hatte schließlich damit auch Erfolg.

Die endgültigen Vertragsbestimmungen gaben Polen mehr, als es verdiente, und mehr, als es hätte fordern dürfen. Der größte Teil Westpreußens, der bei der letzten Volkszählung eine deutsche Mehrheit aufwies, wurde Polen ohne Volksentscheid überlassen, dazu erhielt es noch das reichste Industriegebiet in Oberschlesien, obwohl die dort abgehaltene Volksbefragung gegen Polen ausfiel. Die Schaffung eines Völkerbund-Schutzgebietes für die sehr nationalbewußte deutsche Stadt Danzig war ein unheilvolles Unterfangen; ein polnischer Freihafen in einem deutsch

regierten Danzig wäre weitaus gerechter gewesen. Die Kardinalfehler des Vertrages waren: die Bildung des Korridors, die sogenannte Freistadt Danzig und die teilweise Überlassung Oberschlesiens an Polen. Diese Fehler wurden zugunsten Polens und zum Nachteil Deutschlands begangen, aber sie brachten beiden Ländern Schaden. Jedes Bemühen um einen dauerhaften Frieden in den deutsch-polnischen Grenzgebieten war angesichts dieser Bedingungen unmöglich!. Die Versailler Regelung widersprach außerdem dem Punkt dreizehn der vierzehn Punkte Wilsons, die mit Ausnahme von Punkt zwei ein feierliches Vertragsabkommen der Alliierten darstellten, das sie mit den Deutschen über die Friedensbedingungen ausgehandelt hatten, als sie noch Herr ihrer Entschlüsse waren und in Waffen standen. Die Verletzung dieser Bedingungen zu einem Zeitpunkt, da das wehrlose Deutschland in den Ketten eines Waffenstillstandes lag, gipfelte in einem regelrechten Betrug der USA und der alliierten Westmächte, wie er kaum noch übertroffen werden konnte. Die Vereinigten Staaten zeigten sich in die-

ser unheilvollen Lage insofern etwas einsichtiger, als sie 1919 wie auch 1920 davon Abstand nahmen, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren. Die polnischen Unterhändler aber büßten nach ihrer Rückkehr jedes Ansehen ein. Waren sie doch mit ihren ursprünglichen Forderungen, die man in ganz Polen veröffentlicht hatte, erfolglos geblieben.

Was Pilsudski in dieser Lage mit Genugtuung erfüllte, war die Verwirrung Rußlands, die die alliierten Diplomaten veranlaßte, das Gespräch über die polnische Ostgrenze zu vertagen. Pilsudskis Streben zielte mehr auf eine

Ausdehnung nach Osten als nach Westen, ein Ziel, für das sich Dmowski einsetzte. Da in Paris jedoch keinerlei Entscheidung über den status quo im Osten gefallen war, ergab sich für Pilsudski die willkommene Gelegenheit, sein eigenes Programm in diesem Gebiet zu verwirklichen.

In Polen hatte inzwischen die linksradikale Flut zugenommen, was Pilsudski aber nicht sonderlich beunruhigte. Er ließ es zu, daß Moraczewski, ein aufrichtiger Marxist, eine Regierung bildete. Am 28. November 1918 erließ die Regierung ein Wahlgesetz, das Verhältniswahlen und allgemeines Wahlrecht vorsah. Im Hintergrund aber arbeitete Pilsudski mit allen Mitteln gegen die Regierung und ermunterte seine Anhänger in der Armee, Widerstand gegen sie zu leisten. Er wußte, daß auch die Nationaldemokraten den Sozialismus ablehnten und spielte sie gegen Moraczewski aus.

Am 4. Januar 1919, als Roman Dmowski in Paris weilte, unternahmen die Nationaldemokraten den kühnen Versuch, Moraczewski durch einen sehr schlecht geplanten Staatsstreich abzusetzen. Pilsudski stellte sich hinter die Regierung und die Nationaldemokraten zogen den kürzeren, nachdem ihre Revolte niedergeschlagen worden war. Pilsudski hatte eine Abneigung gegen parlamentarisch-politische Händeleien und zog es vor, den größten Teil dieser ihm verhaßten Aufgaben seinem Freund und politischen Experten Walery Slawek zu überlassen. So konnte er sich sehr bald der polnischen Armee und der Außenpolitik zuwenden. Es gelang ihm, viele bedeutende Gegner für sich zu gewinnen, darunter Eduard Rydz-Smigly, der im November 1918 Lemberg im Kampf gegen die Ukrainer eingenommen hatte. Rydz-Smigly wurde später der Nachfolger Pilsudskis als Marschall von Polen.

An der militärischen Front waren verschiedene Aktionen angelaufen. Am 6. Dezember 1918 hielten die Nationaldemokraten einen Slask-Pomorze-Poznan-Kongreß ab (Schlesien, Westpreußen, Posen) mit dem Ziel, sich der deutschen Ostprovinzen zu bemächtigen; sie hofften, die Friedenskonferenz in Paris vor vollendete Tatsachen stellen zu können. Einige Wochen später kam Ignaz Paderewski auf seiner Reise von London nach Warschau durch Posen, wo während seines Aufenthaltes ein Aufstand ausbrach. Danach drängten die Polen in einer Reihe erbitterter Kämpfe die einheimische deut-

035

036

sche Freiwilligenmiliz aus dem größten Teil der Provinz hinaus. Im Januar 1919 räumten die Deutschen die alte Hauptstadt Litauens, Wilna, und polnische Truppen rückten ein. Als die bolschewistische Armee dann durch das Gebiet zog, verloren die Polen Wilna, aber die Deutschen hielten den roten Vormarsch in Grodno auf. Die Nationaldemokraten beherrschten die polnische Westfront und Pilsudski den Osten. Die Nationaldemokraten waren in erster Linie auf einen Kampf gegen Deutschland aus. Pilsudskis Streben dagegen galt der polnischen Ausdehnung nach Osten und einer Föderation mit den Nachbarländern unter polnischer Herrschaft.

Am 19. April 1919 gewannen die Polen Wilna zurück und Pilsudski erließ einen Aufruf. Dieser war nicht, wie es die Nationaldemokraten getan hätten, an die dort ansässigen Polen gerichtet, sondern „an das Volk des Großherzogtums Litauen”, und sprach liebenswürdig von der Anwesenheit polnischer Truppen „in ihrem Lande”. Gleichzeitig forderte Pilsudski die Ukrainer und Weißrussen auf, sich auf die Seite

Polens zu stellen. Er gedachte, seine föderative Politik voranzutreiben, solange Rußland noch schwach war und so den russischen Machteinfluß auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

Pilsudskis wachsendem Einfluß im Osten wurde von den Nationaldemokraten erbittert entgegengewirkt. In ihren zahlreichen Presseorganen prangerten sie ihn als einen antikirchlichen Radikalen an, der unter jüdischem Einfluß stünde. Mit Recht behaupteten sie, das Land sei für ein größeres militärisches Unternehmen im Osten nicht vorbereitet. Sie klagten, daß die weitere Einverleibung von Minderheiten den Staat schwächen würde und folgerten, daß Pilsudski eine furchtbare Bedrohung für Polen sei. Pilsudski seinerseits appellierte sehr geschickt an die antideutsche Einstellung seiner Gegner und ihrer Anhänger. Er warnte, Rußland und Deutschland hätten sich zu einer riesigen Verschwörung zusammengetan, um Polen zu vernichten; die Russen zurückzuwerfen und so Vergeltung zu üben, sei die einzige Rettung. Mit allen Mitteln versuchte er, die Begeisterung des müde gewordenen Polenvolkes für seine östlichen Pläne zu wecken.

Ferner tat er alles in seiner Macht Stehende, das wachsende Nationalbewußtsein der Litauer, die sich gegen jede Form einer Vereinigung mit Polen sträubten, einzudämmen. Bis zum 17. Juli 1919 hatten polnische Truppen die ukrainischen Nationalstreitkräfte aus dem letzten Winkel des früheren österreichischen Gebietes von Ostgalizien vertrieben. Danach war es für Pilsudski verhältnismäßig einfach, mit Simeon Petljura, dem ukrainischen Sozialistenführer, der von den Bolschewisten hart bedrängt wurde, zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Pilsudski war der Ansicht, daß es Petljura eher als Skoropadski, dem früheren ukrainischen Diktator, gelingen

würde, ukrainische Hilfstruppen aufzu-

036

037

stellen. Ständig überlegte er, wie er die Bolschewisten vernichtend schlagen könne, nachdem sie den größten Teil des Jahres 1919 hindurch unter dem harten Druck der weißrussischen Truppen General Denikins gestanden hatten. Er verhandelte mit Denikin, legte sich aber 1919 noch nicht fest unter dem Vorwand, die polnischen Truppen seien nicht einsatzbereit. Viel mehr noch als den Bolschewismus fürchtete er einen Sieg des weißrussischen Regimes, das die russischen Nationalbestrebungen nach Westen auf Kosten Polens wiederaufleben lassen würde.

Während Pilsudski plante und seinen Schlag gegen die Bolschewisten aufschob, wuchs seine Abneigung gegen die parlamentarische Regierungsform angesichts des ersten Sejm (Volksvertretung), der am 26. Januar 1919 gewählt worden war. Zwei Koalitionsgruppen der Nationaldemokraten entsandten 167 Abgeordnete. Die polnische Bauernpartei, die hinter Dmowskis Außenpolitik stand und Pilsudski bekämpfte, wählte 85 Vertreter. Diese drei Gruppen von Pilsudski-Gegnern erhielten 260 der 415 Sitze im Sejm. Viele der übrigen Abgeordneten, die eine große Zahl von Parteien vertraten, waren entweder Deutsche oder Juden. Diese Wahlergebnisse waren keine Zufallserscheinung, sondern brachten die polnische Auffassung, wie sie sich über einen langen Zeitraum hin entwickelt hatte, zum Ausdruck. Es lag auf der Hand, daß diese Situation nicht ohne eine schwerwiegende Manipulation des Wahlsystems geändert werden konnte. Kein Politiker vom Schlage eines Pilsudski konnte ein Wahlsystem gutheißen, das ihm seine eigene Unbeliebtheit

bescheinigte. Seine natürliche Neigung zur autoritären Herrschaftsform wurde durch seine Erfahrung mit parlamentarischer Politik im eigenen Lande noch gesteigert.

Bis zum Juni 1919 war man in der polnischen Öffentlichkeit äußerst unzufrieden mit den Bedingungen des Versailler Vertrages. Die Polen waren bestürzt im Hinblick auf eine Volksabstimmung in Oberschlesien. Sie hatten zwar die Behauptung aufgestellt, daß die meisten Oberschlesier sich für Polen entscheiden würden; aber insgeheim waren sie sich klar darüber, daß in.einer freien Wahl die weitaus größere Mehrheit für Deutschland stimmen würde. Große Erregung herrschte unter den Polen auch über die Absicht der Alliierten, die Tschechen in ihrem Versuch zu unterstützen, sich gewaltsam das von verschiedenen Volkstumsangehörigen bewohnte und reiche Industriegebiet von Teschen anzueignen,

Adalbert Korfanty, der alte Nationaldemokratenführer, begann Polens Pläne in Oberschlesien mit Terror und Einschüchterung einzuleiten. Der französische Befehlshaber der alliierten Besatzungstruppen, General Le Rond, stellte sich auf die Seite der eindringenden polnischen Freibeuterscharen. Die italienische Besatzung in Oberschlesien wurde von den Polen angegriffen und erlitt

schwere Verluste, weil sie versucht hatte, sich dem illegalen polnischen Vormarsch zu widersetzen. Während der Jahre 1919/20 war man in Polen überall von der Sinnlosigkeit der Verzweiflungskampagne in Oberschlesien überzeugt. Den unerwarteten Lohn dafür bekam man erst 1922.

Diese für die Polen sehr empfindlichen Rückschläge im Westen führten zu der Forderung nach wirksamen Aktionen im Osten. Gegen Ende des Jahres 1919 war bereits ein allmählich wachsendes Interesse an Pilsudskis weiteren Vorbereitungen für eine Aktion im Osten zu bemerken. Der hohe Adel in den Ostgebieten wurde zum Anführer vieler Unruhen, jedoch spürte man auch in den übrigen Teilen des Landes die Bereitschaft, Pilsudskis Vorhaben zu unterstützen. Im Oktober 1919 schloß er mit Petljura einen zweiten Pakt, nach dem weiteres ukrainisches Gebiet östlich der alten Grenze zwischen Rußland und Österreichisch-Galizien polnisch werden sollte und der so einen unabhängigen ukrainischen Staat im Osten eng mit Polen verband.

Die Niederlage Denikins im Dezember 1919 war ein Signal für die Bolschewisten, daß sich bald größere Auseinandersetzungen mit Polen entwickeln würden als die früheren gelegentlichen Feindseligkeiten, die sich von Lettland bis in die Ukraine ausgedehnt hatten. Am 28. Januar 1920 boten die Bolschewisten Pilsudski eine günstige Waffenstillstandslinie an in der Hoffnung, Zeit gegen Land einhandeln zu können. Pilsudski ließ sich davon nicht sonderlich beeindrucken, trotz der Tatsache, daß die Alliierten seine Pläne mißbilligten. Am 13. März 1920 ließ Pilsudski die Alliierten mit Nachdruck wissen, daß er von den Bolschewisten das Recht fordern würde, über das Gebiet westlich der polnisch-russischen Grenze von 1772 zu verfügen. Diese Grenze verlief weiter östlich als die von den Bolschewiken vorgeschlagene Linie, und es lag auf der Hand, daß damit ein entscheidender Konflikt heraufbeschworen wurde.

Pilsudski und Petljura begannen ihre Offensive am 26. April 1920, um die Bolschewiken aus der Ukraine zu vertreiben. Das Kabinett Skulski, Nachfolger der Regierungen

Moraczewski und Paderewski, wagte nicht, sich Pilsudskis Plänen zu widersetzen; Außenminister Patek billigte Pilsudskis Ostprogramm in aller Öffentlichkeit. Die polnischen Truppen errangen unter dem Befehl von General Rydz-Smigly sichtbare Erfolge und am 8. Mai drang eine polnische Vorhut in einem Straßenbahnwagen bis zum Zentrum von Kiew, der ukrainischen Hauptstadt, vor. Mit großem Pomp wurde am 18. Mai 1920 der Sieg von Kiew in der St. Alexander-Kirche von Warschau gefeiert und Pilsudski der alte Siegeslorbeer von Stephan Bathory und Wladislaus IV. überreicht.

Rußland lag jedoch weniger darnieder als in der „Zeit der Wirren“ (Smetnoje Wremja) im 17. Jahrhundert und die Träume vom polnischen Imperialismus wurden sehr bald unter den Hufen von Budjennys Roter Armee zerstampft.

038

039

Die strategische Gegenoftensive der Russen, die Polen zu umgehen, war ein voller Erfolg. Die militärischen Rückschläge führten zu einer Kabinettskrise und die Regierung Skulski wurde zum Rücktritt gezwungen. Am 24. Juni 1920 bildete Wladislaw Grabski, ein Nationaldemokrat und erbitterter Gegner Pilsudskis, die Regierung. Sein erster Schritt war, nach Belgien zu reisen und das westlich-alliierte Oberkommando um Hilfe anzugehen. Bis zu Grabskis Ankunft in Spa am 1o0. Juli waren die Russen aus zwei Richtungen tief nach Polen eingedrungen. Einer ihrer Armeen war der Durchbruch durch die alte Verteidigungslinie am Njemen gelungen, während die andere auf Lemberg zu marschierte.

Die schlecht disziplinierten Russen waren jedoch infolge ihres raschen Vormarsches völlig in Auflösung geraten, während es die oberen militärischen Führer wegen kleinlicher Eifersüchteleien an Zusammenarbeit fehlen ließen. Pilsudski hatte eine gute Stütze an der fachmännischen Beratung General Weygands und anderer französischer Offiziere, als er die Polen am 16. August 1920 zum Sieg von Warschau führte. Der bekannte polnische Ausspruch „Das Wunder an der Weichsel“ stammt von dem Nationaldemokraten Professor Stanislaus Stronski und wollte besagen, daß jener polnische Sieg unter Pilsudskis Führung ein Wunder war.

Der Sieg an der Weichsel erhöhte Pilsudskis Ansehen beträchtlich, festigte seine Stellung und machte ihn zum stärksten Mann Polens. Doch die Gegner Pilsudskis blieben in der Regierung und die allgemeine Unzufriedenheit über den Krieg wuchs. Pilsudski hatte die Absicht, nach dem russischen Rückzug noch einmal nach Osten zu ziehen und einen zweiten Feldzug gegen Kiew zu unternehmen, es wurde ihm aber klar, daß das mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des vom Krieg zermürbten Polens unmöglich war. Jan Dabski, von der Regierung dazu ausersehen, als Chefdelegierter mit den Russen zu verhandeln, war ein erbitterter Kritiker der Politik Pilsudskis und stand unter dem Einfluß Dmowskis. Dmowski widersetzte sich dem Gedanken einer Föderation mit den Weißrussen und Ukrainern, glaubte aber, daß Polen wesentliche Teile der Völker aus den Gebieten assimilieren könne, die ehemals unter polnischer Herrschaft gestanden hatten. Demgemäß wurden in dem Rigaer Frieden Anfang 1921 die weißrussischen und ukrainischen Gebiete zwischen der Sowjetunion und Polen aufgeteilt, wobei der größte Teil beider Gebiete an die Sowjetunion ging. Föderalismus wurde als Sofortprogramm aufgegeben und Pilsudskis Anhänger

wechselten zu Dmowskis Programm der Minderheiten-Assimilation hinüber.

Das polnische Volk beklagte unter dem Einfluß der romantischen Gedankenwelt Heinrich Sienkiewicz‘, des bekannten polnischen Dichters, den Frieden von Riga, der ihm gleichbedeutend mit dem Verlust seiner alten Ostgebiete war.

039

040

Pilsudski selbst teilte diese Meinung und rügte in seiner Vorlesung vom 24. August 1923 „den Mangel an moralischer Stärke im Land“, der es Polen versäumen ließ, 1920 die Ukraine nach dem Sieg bei Warschau zu erobern.

Die Anhänger Dmowskis erhitzten sich an dem Fehlschlagen vieler ihrer Bestrebungen gegen Deutschland im Westen. Niemand in Polen schien mit den Grenzen, die man für den neuen Staat gewonnen hatte, zufrieden zu sein, obwohl eine Vielzahl ausländischer Beobachter, ob nun freundlich oder feindlich eingestellt, der Ansicht war, daß Polen viel mehr Land erhalten hatte, als es verkraften konnte. Bald zeigte sich, daß die Nachkriegsentwicklung und die polnische Expansion in dem Frieden von Riga und der Teilung Oberschlesiens ihr Ende gefunden hatten. Polen hatte die Grenze seiner Möglichkeiten erreicht, den Wirrwarr nach dem 1. Weltkrieg für sich auszunutzen. Es stand nun vor der Wahl, sich mit seinem Gewinn zu begnügen und zu versuchen, alles oder den größten Teil davon zu behalten, oder abzuwarten, bis sich eine neue Gelegenheit bot, seine unbefriedigten Wünsche weiter zu verwirklichen. Der Kurs seiner Außenpolitik hing von dem Ausgang der innenpolitischen Machtkämpfe ab.

Während des russisch-polnischen Krieges hatten die Tschechen ihre Herrschaft über den größten Teil des reichen Teschener Industriegebiets gefestigt, und die Litauer hatten — mit Duldung der Bolschewiken — Wilna zurückerobert. Die Tschechen standen in einem ausgezeichneten Verhältnis zu den Alliierten und genossen die starke Unterstützung der Franzosen. Die tschechischen Führer hatten auch keineswegs ihr Wohlwollen und ihre Freundschaft gegenüber dem bolschewistischen Rußland während der russisch-polnischen Auseinandersetzung verhehlt; sie hatten darüber hinaus alles in ihrer Macht Stehende getan, um zu verhindern, daß alliiertes Kriegsmaterial nach Polen ging. Die Polen waren nicht in der Lage, unmittelbar Vergeltung an den Tschechen zu üben, aber als der Völkerbund am 8. Oktober Wilna an Litauen zurückgab, bemächtigten sich einheimische polnische Streitkräfte unter General Zeligowski auf Befehl Pilsudskis der alten Hauptstadt Litauens. Die Litauer erhielten keine Hilfe vom Völkerbund. Sie weigerten sich, die polnische Machtergreifung anzuerkennen und protestierten durch Abruf ihrer Diplomaten in Polen und durch Schließen der Grenze nach Polen. Die sowjet-polnische Grenze war ebenfalls geschlossen und so erstreckte sich ein lang vorspringender polnischer Landstrich ohne jegliche Wirtschaftsausgänge bis zur Düna und nach Lettland. Die Litauer rächten sich am Völkerbund, der ihnen keine Unterstützung gewährt hatte, durch die Besetzung der deutschen Stadt Memel, die der Völkerbund, ähnlich wie Danzig 1920, zu seinem Protektorat erklärt hatte. Ein trauriger Beweis der Ohnmacht des Deutschen Reiches, daß ein winziges, eben entstandenes Land nach einer alten preußischen Stadt grei-

fen konnte; auch zeigte es das problematische Wesen der vielgepriesenen internationalen Organisation Woodrow Wilsons, des Völkerbunds.

Die Diktatur Pilsudskis

In Polen folgten Jahre des Wiederaufbaus und lange Zeit war viel von sozialen und wirtschaftlichen Reformen die Rede. Im März 1921 gab sich Polen eine demokratische Verfassung, die aber von Pilsudski nicht gebilligt wurde. Der ständige Wechsel von Parteikoalitionen, die seiner politischen Planung entgegenstanden, störte ihn und die Ermordung seines Freundes, des Präsidenten Gabriel Narutowcz, kurz nach der Wahl im Jahre 1922 verbesserte die Lage keineswegs. Pilsudski, der nach wie vor im höchsten Ansehen stand, hielt sich für einige Jahre zurück und festigte lediglich seinen Einfluß in der Armee. Endlich, im Mai 1926, sah er einen Anlaß, das bestehende Regime zu stürzen. Ein Wechsel der Parteikoalitionen hatte seinen verschworenen Gegner, Wincenty Witos, wieder auf den Sitz des Ministerpräsidenten gebracht, und die darauf folgende plötzliche Entlassung des Außenministers Alexander Skrzynski, dem Pilsudski öffentlich sein Vertrauen ausgesprochen hatte, wurde als ausgesprochene Herausforderung betrachtet. Voller Zorn rief Pilsudski seine Truppen zum Angriff gegen die Regierung auf, und nach einem kurzen Bürgerkrieg gelang es ihm, die Führung zu übernehmen. Es war sein Glück, daß Dmowski ein Denker und kein Mann der Tat war. Die in Gruppen aufgesplitterten Gegner des neuen Gewaltstreichs waren zur Untätigkeit verurteilt.

Diese Vorgänge überschritten sogar für die Nationalen unter den polnischen Sozialisten jedes erträgliche Maß, so daß es bald zu einem vollständigen Bruch zwischen Pilsudski und seiner früheren Partei kam. Auf diese Weise ging Pilsudski

die breite Vertrauensgrundlage im Land verloren. Nur die Armee hatte er völlig in seiner Hand, weil er weiterhin das Vertrauen ihrer Offiziere besaß. Er wurde gefürchtet und respektiert, aber die politischen Parteien Polens standen nicht hinter ihm. Es schien möglich, die Unterstützung der Konservativen zu erlangen, diese stellten jedoch die Bedingung, in ihren wirtschaftlichen Interessen unbehelligt zu bleiben. Ein derartiges Versprechen wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Zurückweisen der Forderung des Volkes nach einer Wirtschaftsreform.

Auf einer Zusammenkunft im Oktober 1926 in Nieswiez gelangte Pilsudski zu einem weitgehenden Abkommen mit den konservativen Großgrundbesitzern unter der Führung von Fürst Eustache Sapieha, Graf Arthur Potocki und Fürst Albrecht Radziwill. Bei dieser Gelegenheit wurde Stanislaus Radziwill, ein Held aus dem Krieg von 1920, der aus einer berühmten Familie stammte, mit dem „Virtuti Militari” posthum ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung,

041

042

die der neue Staat zu vergeben hatte. Pilsudski erklärte, daß er weder ein Parteimann noch Mitglied irgendeines Standes, sondern der Vertreter der ganzen Nation sei. Seine Gastgeber ihrerseits beharrten liebenswürdig darauf, daß seine Herkunft ihn zu ihresgleichen stempele, nicht nur als einen Adligen, sondern als Vertreter des Hochadels.

Die Auswirkung dieser Verhandlungen machte sich bald bemerkbar. Im Dezember 1925 war ein Bodenreformgesetz erlassen worden, das die Neuverteilung von etwa 5 Millionen Morgen Land jährlich für eine Zeitspanne von 10 Jahren vorsah. Dieses Gesetz wurde von dem neuen Regime nicht

beachtet. Im Jahre 1921 hatte 44,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzungsfläche ganz Polens 0,06 Prozent der Grundbesitzer gehört. Zwischen den beiden Weltkriegen wurde nur 6,1 Prozent des polnischen Agrarlandes neu verteilt im Gegensatz zu den höheren Zahlen in andern mitteleuropäischen Ländern, und mehr als zwei Drittel dieser Neuverteilung rührte von privaten Grundstücksübertragungen her.

Der größte Teil der von der Regierung aufgeteilten Ländereien war den Deutschen genommen und an Polen verteilt worden. Das hatte eine Beunruhigung der Minderheiten zur Folge, zumal da Tausende deutscher Landarbeiter ihre Arbeitsplätze bei deutschen Grundbesitzern Westpolens verloren. Im Bereich der Landwirtschaft wurde nichts getan, um die drückenden Lasten der ländlichen Übervölkerung in Polen zu erleichtern. Die Bevölkerung auf dem Lande nahm schneller zu als in den Städten, und die Stadtgemeinden mit ihrer vergleichsweise geringen Einwohnerzahl konnten den Zuwachs nicht aufnehmen. Die rückständige polnische Landwirtschaft, in der nur einige wenige Großgrundbesitzer eine Ausnahme bildeten, und das Fehlen eines ausgedehnten bäuerlichen Landeigentums in vielen Gegenden erhöhten die unvermeidlichen Schwierigkeiten in den beiden Jahrzehnten des Wiederaufbaus nach dem 1. Weltkrieg. Die Zahl der kleinen und daher völlig unzureichenden Anwesen betrug 1939 etwa soviel wie 1921. Nach 1926 beschleunigte die Regierung die Neuverteilung der meistens weit verstreut liegenden kleinen Höfe, aber das Ausmaß dieses Unternehmens blieb im Vergleich zu dem gesamten Agrarproblem bedeutungslos. Die Bauernparteiführer, die bald als Gegner der Pilsudski-Regierung verfolgt wurden, galten auf dem Lande als Märtyrer, weil man dort dem neuen System mit kräftiger Ablehnung begegnete.

Die polnischen Sozialisten indessen hatten ihren Einfluß auf die städtischen Arbeiter bis zu Pilsudskis Staatsstreich so weit gefestigt, daß sie einen großen Teil der Gemeindewahlen für sich entschieden. Ihre Führer stellten sich gegen Pilsudski und die polnischen Städte boten einen traurigen Anblick der Arbeitslosigkeit und Geldknappheit. Während zweier Generationen vor dem 1. Weltkrieg hatte die Industrialisierung Kongreßpolens erhebliche Fortschritte ge-

macht, was vor allem für die Textilerzeugung galt. Der gesamte russische Markt ging infolge des Krieges verloren, der polnische Außenhandel paßte sich nur langsam den ausländischen Lohntarifen an, während eine nur geringe Kaufkraft den inländischen Markt drosselte. Die Gewinne in der polnischen Industrie reichten nicht aus, um nennenswerte ausländische Investitionen ans zulocken, obschon eine große Zahl von Unternehmen mit ausländischem Kapital arbeitete. Trotz eines 25prozentigen Anwachsens der polnischen Bevölkerung zwischen 1913 und 1938 wuchs die Industrieerzeugung erst 1938 über die von 1913 hinaus, wobei die Reallöhne jedoch nicht Schritt hielten. Infolge der wirtschaftlichen Stagnation hatte das neue Regime den Polen wenig zu bieten und vermochte ihre politische Unzufriedenheit nicht zu überwinden.

Diese ungünstigen Verhältnisse beleuchten die innenpolitische Lage, in der sich die polnische Regierung befand, und zeigen eine Parallele zu den wenig guten Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn in den Jahren gleich nach 1926, vor allem hinsichtlich der Sowjetunion, Deutschlands, der Tschechoslowakei und Litauens. Die

inneren und äußeren Vorgänge bewiesen eine ständige Krise, die die polnische Führung jedoch mit Gelassenheit hinnahm und eine erstaunliche Selbstzufriedenheit gegenüber den widrigen Zuständen entwikkelte. Im Dezember 1926 ging Roman Dmowski von der inneren Front aus unvermittelt zum Angriff auf Pilsudskis Anspruch als Führer der Nation über durch die Gründung seines eigenen „Lagers von Großpolen". Durch fast vier Jahre hindurch beherrschte diese Organisation die ideologische Zielsetzung. Sie verlangte eine Besserung der Beziehungen zu Rußland, den endgültigen Widerruf des Föderalismus, die Hebung des Nationalbewußtseins, ein Programm zur Assimilierung der Minderheiten und einen Plan zur Austreibung der Juden.

Mit einer von Walery Slawek geleiteten Säuberung schlug Pilsudski erbittert am 10. September 1930 zurück. Niemand wagte, Dmowski zum Schweigen zu bringen, aber Pilsudski entzog ihm viele Anhänger, indem er einen großen Teil seiner Ideen übernahm. Die Verhaftung von Oppositionsführern, die Einführung von Konzentrationslagern und terroristischen Methoden während der Wahlen schüchterte die Opposition zumindest vorübergehend ein. Einer neuen Koalition von Regierungsanhängern gelang es, im November 1930 von 444 Sitzen im Sejm 247 zu erringen. Es war der erste größere Wahlsieg Pilsudskis.

Man sprach viel von einer herrschenden Oberstenclique in Polen. Zahlreiche Hauptberater und Inhaber von Schlüsselstellungen in der neuen Regierung standen in der Tat in diesem Rang, ein Beweis für Pilsudskis Politik, sich seinen militärischen Mitarbeitern und Anhängern gegenüber erkenntlich zu erweisen. Diese Männer waren ihm treu ergeben, ihre Bewunderung für ihren

043

044

Oberbefehlshaber, den sie für unfehlbar hielten, kannte keine Grenzen. Sehr nachhaltig förderten sie Dmowskis Plan gegen die Minderheiten und erörterten viele Pläne zu einer neuen Verfassung, die die Exekutivgewalt stärken und die demokratischen Grundsätze der Verfassung von 1921 ungültig machen sollte. Man behauptete, die Verfassung von 1921 sei mit einem gut Teil Eifersucht auf Pilsudski entworfen worden und habe darum der Exekutivgewalt außerordentliche Schranken auferlegt, um nach französischem Muster die Stellung des Präsidenten zu schwächen. Die Verfassung von 1935, deren eigentlicher Schöpfer Walery Slawek gewesen ist, zielte auf eine Präsidentschaft, die eine solche Machtstellung besaß, daß sie „von einem Haus zu regieren“ und allen Regierungsorganen einschließlich des Sejm, des Senats, des Heeres, der Polizei und des Gerichtswesens übergeordnet war. Der Präsident sollte auch weitgehend das Recht erhalten, seinen Nachfolger zu bestimmen.

Die polnische Regierung nach Pilsudskis Tod

Pilsudski starb im Mai 1935 an einem Krebsleiden im verhältnismäßig frühen Alter von 68 Jahren. Noch im gleichen Jahr, als die neue Verfassung verkündet wurde, erhob sich die Frage der Nachfolge und Walery Slawek hoffte, der starke Mann Polens zu werden. Er galt allgemein als der fähigste unter Pilsudskis Mitarbeitern und man hat die Verschwörung der Anhänger anderer Richtungen gegen ihn oft als eine der Hauptursachen des tragischen Schicksals bezeichnet, dem Polen bald danach zum Opfer fiel. Eine sorgfältig gebildete Koalition, die ursprünglich auf dem Einvernehmen zwischen Ignaz Moscicki, dem polnischen

Fachwissenschaftler, und Eduard Rydz-Smigly, dem Militärbefehlshaber, beruhte, führte dazu, Slawek zurückzusetzen und seinen Einfluß auszuschalten. Die Verfassung von 1935 war von Slawek zwar für einen machtvollen Alleinherrscher entworfen worden, aber auch die neue Regierung der geteilten Gewalten wußte sich ihrer für die nächsten Jahre durchaus zu bedienen. Walery Slawek beging im April 1939 Selbstmord, als sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzte, daß die kollektive Führung den neuen polnischen Staat in den Abgrund führte.

Dieser Staat war das Werk Joseph Pilsudskis. Als er starb, wurden sein politischer Hauptmitarbeiter Slawek und sein früherer engster militärischer Berater General Kasimierz Sosnkowski von seinen Epigonen in den Hintergrund gedrängt. Man könnte sagen, daß Pilsudski ihnen klare Grundsätze für die innenpolitische wie für die außenpolitische Weiterarbeit hinterließ, darf jedoch nicht vergessen, daß es im menschlichen Bereich eines Genies bedarf, um Grundsätze den sich ändernden Umständen anzupassen. Die Lage in Europa änderte sich mit einer derartigen Geschwindigkeit, daß es unmöglich war, zu sagen, was Pilsudski in den Jahren 1938 und 1939 getan haben würde.

044

045

Es gibt eine eindrucksvolle Analyse des neuen polnischen Staates von Oberst Ignaz Matuszewski, einem der Hauptanhänger Pilsudskis. Sie wurde nach dem Tod des Marschalls niedergeschrieben und wirkt eher wie ein Nachruf als wie die Fanfare eines dauerhaften und neuen Systems. Ihr Verfasser ist geradezu fasziniert von der Persönlichkeit und dem Wirken Pilsudskis, sehr zum Schaden

der schwebenden Fragen und des weiteren Geschehens. Insofern ist das Buch ein Spiegel jener Ära Es offenbart die geistige Verfassung der Epigonen, die Polen von 1935 bis 1939 regierten.

Matuszewski war von 1931 bis 1936 Herausgeber des führenden Regierungsorgans, der „Gazeta Polska“, und später Präsident der Bank von Warschau, des führenden Bankhauses der Regierung. Ursprünglich war er Anhän ger Dmowskis gewesen und Offizier im Zarenheere. Nur zu gern gab er beides 1917 zugunsten Pilsudskis auf. Als einer der Helden des Krieges von 1920/21 mit Rußland blieb er bis zum Staatsstreich von 1926 in der Armee, mit der er sympathisierte. In den Jahren von 1926 bis 1931 spielte er eine wichtige Rolle als Diplomat in Warschau und im Ausland.

Sein Buch „Proby Syntez” (Verfahrenssynthese) erschien 1937. Es behandelte die Ideologie des polnischen Regimes und erläuterte seine Ziele. Die Gedanken des Verfassers waren ebenso wie die Roman Dmowskis im wesentlichen von der politischen Philosophie Hegels beeinflußt. Für Matuszewski bedeutete eine Regierung Geist und Denken der Nation und er erklärte, daß „die Nation ohne Regierung keine Geschichte und keine Kraft zur Erhaltung ihrer Freiheit in der Geschichte hat”. Er schrieb, daß die Regierung die Freiheit des einzelnen sichern müsse, indem sie für Gerechtigkeit Sorge trage. Gerechtigkeit bezeichnet er als „Kriterium, welches die Beziehungen von Einzelnen und Gruppen zur Regierung bestimmt.” Die höchste Aufgabe des Staates sei eine Politik, welche die Gerechtigkeit verkörpere.

Nach Matuszewski sei es der Wille der polnischen Nation, ihre nationale Freiheit zu sichern und zu wahren. Polens Fähigkeit, diesen Willen durchzusetzen, liege im Bereich der Eigenschaften des polnischen Volkes. Allerdings hätten die

außergewöhnlichen Leistungen eines einzigen Mannes die polnischen Bestrebungen wesentlich vereinfacht. Er führte 1905, 1914, 1918, 1920 und 1926 als die Jahre an, in denen Pilsudski Polen der Vergessenheit entrissen habe. Im Jahre 1905, während einer russischen Revolution größeren Ausmaßes, hatte Pilsudski in einem harten Kampf Polen gegen Rußland die Führung. Im Jahre 1914 war er mit polnischen Truppen erneut gegen Rußland gezogen. 1918 kam er von Magdeburg zurück, um Polen von der deutschen Besetzung zu befreien. 1920 hatte er für Polen den Sieg über das kommunistische Rußland errungen. 1926 vernichtete er die Unruhestifter im eigenen Land und einte Polen.

045

046

Düster warnte Matuszewski seine Leser, daß der polnische Nationalkampf des 20. Jahrhunderts gerade begonnen habe, als Pilsudski starb. Er blieb dabei, daß Polen noch vor großen innen-und außenpolitischen Aufgaben stünde. In dem Staatsstreich von 1926 sah er einen wichtigen Fortschritt an der inneren Front, ja einen Sieg über die Anarchie. Habe doch der erste Sejm gezeigt, daß Polen es sich nicht leisten könne, die Regierungsgewalt der gesetzgebenden Versammlung zu übertragen. Er pries die Verfassung von 1935, die sichere Grundlagen für die Vollmacht des Präsidenten geschaffen hatte. Er behauptete, wenn die Regierung Polens nicht in einem Haus vereint sei, das heißt, wenn die Regierungsgewalt nicht durchgreifend vereinfacht würde, gäbe es Bürgerkrieg statt inneren Frieden im Land.

Matuszewski argumentierte, wie es andere Fürsprecher autoritärer Systeme auch taten, daß das polnische Regierungssystem ein wahrhaft demokratisches

Staatswesen wäre. Er lobte die Regierung wegen ihres Bekenntnisses zu einer traditionsreichen Vergangenheit — im Gegensatz zur Dmowski-Gruppe — und wegen ihrer Bejahung traditioneller polnischer Lebensnotwendigkeiten. Nach seiner Ansicht nahmen ideologische Bedingungen wie die der autoritären Systeme in Rußland, Italien und Deutschland diesen ihre Wendigkeit, auf die Nöte des Volkes einzugehen. Er führte das auf deren „aristokratischen Charakter“ (sic!) zurück und behauptete, daß dieser Polen fehle. Er bezeichnete das verfassungsmäßige Regime von 1935 als „traditionsbewußte Synthese” und nicht als ein System der Willkür.

Matuszewski beanspruchte für die bestehende polnische Regierung keine breite Unterstützung. Nach seiner Staatsauffassung war es unter Umständen möglich, eine Brücke zwischen den Wünschen des Volkes und der Politik des Staates zu schlagen, ohne die wesentlichen Grundsätze des Systems zu opfern. Matuszewski betrachtete sein Buch, seine zahlreichen Schriften und Leitartikel als Beiträge zu einer Erziehung, die eines Tages die gewünschten Früchte tragen würde.

Matuszewski bestritt jede Ähnlichkeit zwischen Polen und den übrigen autoritären Staaten oder westlich-liberalen Regierungsformen. Er beanspruchte Originalität für diese dem polnischen Wesen gemäße Politik und betrachtete sie wie ein kostbares Erbgut für alle Polen. Er hatte nicht die Absicht, Grillen oder Hirngespinsten nachzugehen, sondern wollte mißverstandene Wertordnungen wiederherstellen. Dem Volk sollte es nicht gestattet sein, dem neuen polnischen Staat seinen Willen aufzuzwingen, weder in inneren noch in äußeren Angelegenheiten. Was immer auch geschehe, alles sollte unter die Verantwortlichkeit einer kleinen, die Nation führenden Gruppe fallen.

Matuszewski unterließ es zu erwähnen, daß es Menschen in Polen gab, die nicht gegen das Regime waren, dafür aber aus einem ganz anderen Grund mit

046

047

Unbehagen in die Zukunft sahen. Sie fürchteten, daß der herrschenden Clique die überragenden Führungsfähigkeiten fehlten, die die Lebensvoraussetzungen für jedes Regierungssystem sind, einerlei, auf welchen Grundsätzen es beruht.

Der neue polnische Staat stand in seinem Inneren vor vielen schwerwiegenden Fragen, die in der ungünstigen Wirtschaftslage, der Unzufriedenheit der Minderheiten und der allgemeinen Unbeliebtheit des Regimes begründet lagen. Die Lage war bedenklich, aber keineswegs aussichtslos. Mit einer behutsamen und konservativen Außenpolitik, die unter den gegebenen Verhältnissen unerläßlich war, hätte der polnische Staat seine Stellung auch ohne überragende Führungskräfte festigen können. Unbestreitbar war es für Polens Außenpolitik das größte Verhängnis, daß Pilsudski starb.

Wenn Polen es zuließ, trotz seiner jüngsten geschichtlichen Erfahrungen sich zum Werkzeug des fernen Großbritanniens und seines alten, selbstsüchtigen Grundsatzes vom Gleichgewicht der Kräfte machen zu lassen, wenn es ein gutes Einvernehmen mit seinen größeren Nachbarn ablehnte und sich in Auseinandersetzungen verwickeln ließ, die über seine Kräfte gingen, so konnte ihm seine nahe Zukunft nichts als furchtbare Enttäuschungen bringen. Der neue polnische Staat konnte unter solchen Umständen schwerlich weiterbestehen.

Es wird sich im Verlaufe unserer Darstellung zeigen, welche Möglichkeiten Polen hatte und wie viele es verlor. Als Pilsudski starb, war trotz dieser Probleme die Lage für Polen durchaus günstig, ja vielversprechend.

047

048

2. KAPITEL: DIE WURZELN DER POLNISCHEN POLITIK

Pilsudskis unentschlossene Deutschlandpolitik

IN den Jahren 1935 bis 1939 befaßte sich die polnische Regierung mit Plänen zur Industrialisierung Polens und tat darüber hinaus alles Erdenkliche, um das Volk für sich zu gewinnen. Diese Bemühungen waren recht einfallsarm im Unterschied zur polnischen Außenpolitik während der gleichen Zeit. In der polnischen Außenpolitik gab es eine Unbekannte: Welche Haltung nahm man Deutschland gegenüber ein. Wer alle übrigen Aspekte der polnischen Politik verständlich machen will, muß diese Frage beantworten. Diese Frage gilt nicht für die erste Zeit des neuen polnischen Staates. Denn in den Jahren 1919-1933 gab es keine Möglichkeit für eine deutschpolnische Annäherung. Die Schwäche der Weimarer Republik würde automatisch jede Verständigung auf den durch den Versailler Vertrag geschaffenen status quo beschränkt haben. Polen machte mehrere Anläufe, um eine Annäherung auf dieser Grundlage zu erreichen. Diese Versuche hätten zu keinem Ergebnis führen können, weil die Weimarer Republik den status quo von 1919 für Deutschland als untragbar empfand.

Die Verhältnisse änderten sich, bevor Pilsudski starb. Mit der zunehmenden Erstarkung Deutschlands besserten sich auch die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, bis schließlich die beiden Länder am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffspakt für 10 Jahre abschlossen. Dieser

Nichtangriffspakt schloß die Anerkennung des status quo von 1919 durch Deutschland nicht ein. In der Umgebung Pilsudskis herrschte die Ansicht, daß Hitler in dieser Frage gemäßigter sei als seine Vorgänger. Bis 1935 wurde es auch klar, daß Hitler mehr wünschte als nur Ruhe mit Polen. Er anerkannte, daß Polen im Osten eine Schlüsselstellung‘ innehatte und wollte eine Politik enger Zusammenarbeit. Sie war eines seiner wichtigsten Ziele geworden.

Als Pilsudski 1935 starb, war die Politik Polens darauf gerichtet, die Beziehungen mit Deutschland und der Sowjetunion auf eine gleiche Grundlage zu stellen. Aber das hatte Hitler nicht im Sinn. Die polnische Politik schien

048

049

sich während der folgenden Jahre nicht zu ändern, während Deutschland fortfuhr, seine frühere Stärke wiederzugewinnen. Es war fraglich, ob die polnischen Führer irgendeinen Wechsel in der Politik gegenüber Deutschland zulassen würden.

Die deutsche Außenpolitik der Jahre 1933 bis 1939 hob die Notwendigkeit hervor, sich mit dem Bolschewismus als potentieller Gefahr für die europäische Zivilisation auseinanderzusetzen. Für Hitler selbst war dies weniger wichtig als das Wiedererstarken Deutschlands, aber die Schritte zur Revision der Pariser Verträge von 1919 wurden als Maßnahmen zur Stärkung Deutschlands und Europas gegen den Bolschewismus erklärt. Bei der Lage Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion mußte Hitler in Fragen der polnischen Politik klarsehen. Eine durch Polens unglückliche geographische Lage verursachte, nicht eindeutige polnische Politik konnte Hitler auf die Dauer nicht

dulden. Die polnische Führung erkannte schon frühzeitig, daß Polen zwangsläufig zwischen der Rolle eines freundlichen Nachbarn oder eines Feindes zu wählen haben würde. Was man zu wählen hatte, stand von dem Augenblick an nicht fest, da Hitler zur Großzügigkeit Polen gegenüber bereit war. So waren sich die polnischen Diplomaten bis 1939 nicht einig und hätten das Problem am liebsten so behandelt wie Pilsudski, aber es war unmöglich, die Absichten ihres dahingeschiedenen Führers unbegrenzt zu verwirklichen. Hatten sich doch nach seinem Tode die Verhältnisse weiterhin verändert.

Eine amerikanische Parallele vermag dieses Problem zu beleuchten. Präsident Roosevelt gab Weisungen für die Anwendung von Atomwaffen, als Deutschland am 2. Weltkrieg teilnahm. Er starb vor dem Ende des Krieges mit Deutschland. Präsident Truman berief sich darauf, Roosevelts Politik zu befolgen, als er den Einsatz dieser Waffen im August 1945 gegen Japan befahl. Aber weder er noch seine Berater wußten, ob Roosevelt diese Grausamkeit nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zugelassen hätte. Dies ist ein weiteres Beispiel für das Dilemma, in das Epigonen infolge einer gänzlich veränderten Lage geraten.

Pilsudski wurde viel gerühmt wegen seiner Fähigkeit, seine politischen Maßnahmen veränderten Umständen anpassen zu können. Wäre er 1932 gestorben, hätten seine Nachfolger niemals gewußt, ob er den Nichtangriffspakt mit Deutschland 1934 abgeschlossen hätte oder nicht. Es machte gewiß großen Eindruck, als seine Nachfolger davon sprachen, die Politik des toten Marschalls fortsetzen zu wollen. Tatsächlich hatten sie ihre eigene Politik zu betreiben. Welch’ ein Nachteil wäre ihnen daraus erwachsen, wenn sie immer nur darauf bedacht gewesen wären, die Wünsche Pilsudskis zu berücksichtigen!

Unabhängiges Urteil ist das Hauptkennzeichen jeder Außenpolitik. Nichts ist unheilvoller für sie als das Gewicht der Hand eines Toten.

049

050

Der Aufstieg Joseph Becks

Nach 1935 hatte Polen eine Kollektivregierung. Die Außenpolitik jedoch lag in erster Linie in den Händen des Obersten Joseph Beck. Im Jahre 1932 wurde er zum Außenminister ernannt. Er blieb es bis zum Zusammenbruch Polens 1939, und es gab nach seiner Ansicht niemand in Polen, der ihm im Bereich der Außenpolitik ebenbürtig war.

Beck entstammte einer niederdeutschen Familie, die einige hundert Jahre zuvor nach Polen ausgewandert war. Sein wohlhabender Vater hatte sich an einer Verschwörung gegen die Russen beteiligt und war von ihnen ins Gefängnis geworfen worden. Seine Mutter kam aus einer vornehmen Gutsbesitzersfamilie an der polnisch-ukrainischen Sprachgrenze in der Gegend von Chelm. Beck wurde 1894 in Warschau geboren, empfing jedoch seine frühesten Eindrücke in der deutschen Kulturwelt von Riga, wohin seine Familie kurz nach seiner Geburt gezogen war. Bald darauf entschloß sich die Familie, den Verfolgungen der Russen ein für allemal zu entgehen und zog 1900 nach Österreichisch-Galizien. Beck ging in Krakau und Lemberg zur Schule und er vertiefte seine Verbindung zu den Deutschen durch eine Studienzeit in Wien. Als der 1. Weltkrieg anbrach, war er 19 Jahre alt. Obwohl er keine politischen Verbindungen unterhielt, entschloß er sich sofort, Pilsudskis Streitkräften beizutreten. Er schloß sich Pilsudskis Widerstand gegen den polnischen Staatsrat im Jahr 1917 an und wurde von den

Deutschen interniert. Man entließ ihn, als er sich anbot, in ein ungarisches Regiment einzutreten. In dieser Dienstzeit wuchs seine Bewunderung für die Magyaren. Außerdem wurde er sehr vertraut mit dem Gebiet der Karpatho-Ukraine, das 1938 entscheidende Bedeutung für Polen erhielt. Am Ende des 1. Weltkriegs trat er wieder in den Dienst der polnischen Armee und nahm am russisch-polnischen Krieg von 1920/21 teil. Er zeichnete sich in diesem Krieg aus und stand während der Kämpfe am Njemen im Herbst 1920 häufig in enger Verbindung mit Pilsudski. Kurz vor dem Ende des polnisch-russischen Krieges schlossen Frankreich und Polen ein Militärbündnis und Beck wurde ausersehen, die polnische Armee in Frankreich als Militärattaché zu vertreten.

Beck stand im Militärdienst bis nach dem Staatsstreich von 1926. Dann wählte Pilsudski ihn zu seinem Hauptmitarbeiter für die Führung der Geschäfte im Kriegsministerium, das unter der persönlichen Leitung des Mars schalls stand. 1930 war Pilsudski beunruhigt durch die Neigung des Außenministers Zaleski, den Völkerbund ernstzunehmen. Offensichtlich war ein Wechsel nötig. Pilsudski durchschaute die Fragwürdigkeit der Ansprüche des Völkerbundes, obwohl er zugeben mußte, daß dieser für begrenzte Zwecke gelegentlich recht nützlich war. Er entschloß sich, Beck von seiner militäri-

050

051

schen zur diplomatischen Laufbahn hinüberwechseln zu lassen. Er wußte, daß Beck vertrayenswürdig war und seine Ansichten teilte. Im Dezember 1930 wurde Beck zum Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium

ernannt. Im November 1932 folgte er Zaleski als Außenminister.

Becks Fähigkeit, viele Jahrelang ein gutes Verhältnis zu Pilsudski zu pflegen, enthüllt vieles über seine Persönlichkeit. Er hatte Sinn für Humor und konnte gut zwischen Trug und Wirklichkeit unterscheiden. Seine erfolgreiche Laufbahn ist ein Zeichen für seinen persönlichen Mut, seine hohe Bildung und weitreichende Erfahrung im Bereich der Verwaltung. Er besaß persönlichen Charme und einen scharfen Verstand. In seiner Laufbahn hat er niemals Rückschläge erlebt. So gewann er höchstes Vertrauen in seine Fähigkeiten. Das war eine Schwäche, denn sie machte Beck arrogant und abgeneigt, nach Pilsudskis Tod von anderen Rat anzunehmen. Die Beziehungen zwischen Pilsudski und Beck waren die eines Vaters zum Sohn, wobei Beck die Rolle des begabten, aber etwas verwöhnten Sohnes spielte.

Als NachfolgerBecks berief Pilsudski Graf Jan Szembek zum Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium. Szembek war der Schwager des früheren Außenministers Graf Skrzynski, der ein Günstling des Marschalls gewesen war. Szembek hatte als Diplomat Österreich-Ungarns wertvolle Erfahrungen gesammelt und nach 1919 Polen in Budapest, Brüssel und Bukarest vertreten. Pilsudski verließ sich darauf, daß Szembek einen festigenden Einfluß auf Beck ausüben würde. Unheilvollerweise pflegte Beck den Rat Szembeks während der kritischen Monate vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs zu ignorieren.

Die Feindschaft zwischen Weimar-Deutschland und Polen

Der Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1934 war eine Feindschaft zwischen den beiden Nationen in

den verflossenen Jahren vorausgegangen’. Im Jahre 1925 hatte ein deutschpolnischer Handelskrieg begonnen, kurz bevor Pilsudski in Polen an die Macht kam. Es war ein besonders schwerer Schlag für Polen, da 43,2 Prozent der polnischen Exporte 1924 nach Deutschland gegangen war, während 34,5 Prozent des polnischen Imports aus Deutschland kam. Schließlich wurde im März 1930 ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet. Er hätte einiges Unrecht nach fünf Jahren Wirtschaftskrieg mildern können, wurde aber vom Deutschen Reichstag verworfen.

Die Locarno-Verträge vom 16. Oktober 1925 galten als eine Niederlage Polens. Sie sahen eine Garantie der deutschen Grenze gegen Belgien und Frankreich vor und eine Besserung der deutschen Beziehungen zu diesen beiden Mächten. Die Polen stellten in Locarno ohne Erfolg die Frage einer deut-

051

052

schen Garantie für die poln1schen Grenzen. Es war für den deutschen Außenminister Gustav Stresemann nicht schwer, die Engländer und Franzosen zu überzeugen, daß diese Garantie für Deutschland unmöglich sei. Diese Begebenheit machte der einheitlichen Behandlung aller europäischen Grenzen entsprechend den Pariser Verträgen ein Ende und führte dazu, nunmehr zwischen begünstigten westlichen und zweitklassigen östlichen Grenzen zu unterscheiden. Das wiederum gab bei der Doktrin von der östlichen territorialen Revision zugunsten Deutschlands den Ausschlag.

Auf Locarno folgte 1926 der deutschrussische Freundschaftsvertrag, der eine Grundlage für das

Zusammenwirken russischer und deutscher Pläne zu Gebietsrevisionen auf Kosten Polens bot. Die Russen hatten seit dem Wirtschaftsabkommen von 1922 in Rapallo mit den Deutschen auf ein gegen Polen gerichtetes Einvernehmen gedrängt. Stresemann versicherte den Russen nach Locarno klar und deutlich, Deutschland plane, seine Gebietsrevisionen in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf Kosten Polens vorzunehmen.

Die Briten betrachteten sich frei von jeder Verpflichtung, sich für die Polen gegen den deutschen oder russischen Revisionismus einzusetzen. Sir Austen Chamberlain, der britische Außenminister zur Zeit der Locarnoverhandlungen, sagte ähnlich wie Bismarck, daß die Ostfragen nicht die Knochen eines einzigen englischen Grenadiers wert seien. Polen hatte seinen Militärpakt mit Frankreich, aber die Räumung des Rheinlandes von alliierter Besatzung erschütterte den vorher gehegten Glauben, daß die französische Militärmacht in Europa allgegenwärtig sei. Pilsudski mißtraute den Franzosen und lehnte ihre Politik, die Tschechen den Polen vorzuziehen, ab. Er war überzeugt, daß die Tschechoslowakei kein selbständiger Staat bleiben werde.

Die Beziehungen zwischen Rußland und Polen schienen sich nach 1928 etwas zu bessern. Dazu kam der Beginn des ersten sowjetischen Fünfjahresplans, der alle russischen Kräfte für umwälzende innenpolitische Änderungen forderte. Hinzukam ferner die russische Vorliebe für den Fernen Osten seit dem russisch-chinesischen Krieg von 1929 und der japanischen Invasion von 1931 in der Mandschurei. Diese Haltung gipfelte in dem russisch-polnischen Nichtangriffspakt von 1932 und dem Abkommen, daß die Sowjetunion Deutschland in einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung nicht beistehen würde. Die Russen wußten nicht, daß das polnisch-rumänische Bündnis von

1921 sich ausschließlich gegen die Sowjetunion richtete. Als die Russen ihren Vertrag mit Polen unterzeichneten, stellten sie keine Fragen nach diesem Bündnis. Das war natürlich, denn die Initiative für den russisch-polnischen Vertrag war von Rußland ausgegangen.

Die Politik Polens gegenüber Deutschland war während der letzten Jahre der Weimarer Republik eine Mischung von Drohungen und dem Bemühen,

052

053

Deutschland schwach zu halten. Der polnische Außenminister Zaleski sagte dem Präsidenten des Danziger Senats im September 1930, daß nur ein polnisches Armeekorps die Danziger Frage lösen könne. Die Regierung in Berlin rechnete 1931 mit einem polnischen Angriff. Die allgemeine Abrüstungskonferenz wurde im Februar 1932 nach einer Pause von 12 Jahren in Genf eröffnet. Polen stemmte sich gegen die Abrüstung der Alliierten oder die Aufhebung der Beschränkung deutscher Waffen, die der Versailler Vertrag vorschrieb. Man fürchtete in Genf, daß Pilsudskis Entscheidung, das Kriegsschiff „Wicher“ im Juni 1932 nach Danzig zu schicken, ein polnischer Anschlag sei, sich — nach der Art des früheren litauischen Überfalls auf Memel — Danzigs zu bemächtigen. Pilsudski wurde von vielen Stellen vor einer solchen Aktion gewarnt. Er wollte die Deutschen aber nur einschüchtern. Er hätte Danzig gern eingenommen, hielt diesen Schritt aber für unmöglich, solange der Westen eine Friedenspolitik gegenüber Deutschland verfolgte.

Pilsudskis Pläne für einen Präventivkrieg gegen Hitler

Adolf Hitler wurde von Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. Pilsudski hielt Hitler für weniger gefährlich als dessen Vorgänger von Papen und Schleicher, aber die polnische Politik der Feindseligkeit gegenüber Deutschland verstärkte sich 1933 im Vergleich zu 1932 noch mehr, weil Pilsudski in der Ernennung Hitlers einen wirksamen Vorwand für ein alliiertes Eingreifen gegen Deutschland sah. Pilsudskis Pläne von 1933 für einen Präventivkrieg gegen Deutschland sind viele Jahre hindurch ein umstrittenes Thema gewesen. Man hat große Anstrengungen gemacht, die Behauptung zu widerlegen, daß Pilsudski solche Pläne tatsächlich gehabt habe. Bis 1958 war man darüber im Zweifel. Damals enthüllte jedoch Vansittart mit Genehmigung der englischen Regierung die Authentizität der Pilsudskischen Kriegspläne von 1933, fünfundzwanzig Jahre nach ihrer Entstehung. Er bemerkte dazu, daß die Pläne Pilsudskis „ein Gedanke waren, von dem man zu wenig gehört hat”. Vansittart glaubte, daß man 1933 einen Krieg gegen Deutschland mit dem Verlust von 30.000 Menschenleben hätte gewinnen können. Er fügte hinzu, daß man Hitler im 2. Weltkrieg „mit dem Preis von 30.000.000 Menschenleben” beseitigt habe. Vansittart enthüllte die Gegnerschaft der britischen Regierung gegenüber den Plänen Pilsudskis von 1933 als entscheidenden Faktor, die Franzosen zu entmutigen, indem man sie bewogen habe, einen Präventivkrieg abzulehnen. Man muß ergänzen, daß Pilsudskis Absicht, 1933 ein schwaches Deutschland zu erdrosseln, nichts über die Politik besagt, die er 1939 gegenüber einem starken Deutschland verfolgt haben würde.

Hitler sagte am 12. Februar 1933 zu einem britischen Korrespondenten, daß

der Status quo im polnischen Korridor Ungerechtigkeiten für Deutschland enthalte, die er zu beseitigen wünsche. Einige Tage später nahm die konservative Regierung von Danzig eine versteifte Haltung gegenüber Polen in einer Auseinandersetzung ein, in der es um die gemischte danzig-polnische Hafenpolizei-kommission ging. Die Meldung über diese Vorgänge erreichte Pilsudski in Pikiliszi 45 km nördlich Wilna. Er beschloß, eine Demonstration gegen die Deutschen zu einem für sie heikelsten Zeitpunkt durchzuführen, nämlich einen Tag nach der Reichstagswahl am 5. März 1933. Das polnische Kriegsschiff „Wilja" setzte am frühen Morgen des 6. März 1933 polnische Truppen an dem Westerplatte-Arsenal von Danzig ab. Kasimierz Pape, der polnische Hochkommissar von Danzig, unterrichtete Helmer Rosting, den dänischen Völkerbundskommissar, daß der polnische Schritt eine Gegenmaßnahme zu den jüngsten angeblichen bedrohlichen Vorgängen in Danzig sei. Die Polen gedachten, was zu beachten ist, die Umzüge der Danziger SA als Truppenbewegungen hinzustellen. Pilsudski verstärkte seinen ersten Schritt einige Tage später durch Zusammenziehen polnischer Truppen im Korridor. Sein unmittelbares Ziel war die Besetzung Ostpreußens mit dem Einverständnis und der Unterstützung Frankreichs.

Hitler war nicht geneigt, die polnische Drohung ernstzunehmen, trotz der Warnungen des deutschen Botschafters in Warschau, Hans—Adolf von Moltke. Die deutschen Generäle waren besorgt über einen möglichen polnischen Angriffsakt und berichteten Wehrminister Werner von Blomberg, daß Deutschland in einem Krieg gegen Polen fast keine Chance habe. Dieses würde sogar zutreffen, wenn Polen ohne Verbündete angriffe. Die Danziger Behörden sicherten sich in Genf die Unterstützung der Engländer gegen Polen und Sir John Simon, der britische

Außenminister, kritisierte Joseph Beck im Völkerbundsrat aufs schärfste. Die Danziger Behörden versprachen, sich mit Polen in dem gegenwärtigen Streit auszusöhnen. Am 14. März 1933 verkündete Beck, daß Polen seine Verstärkungen bald aus Danzig abziehen wolle.

Die innere Lage in Deutschland hatte sich zu diesem Zeitpunkt wieder beruhigt und Hitler wandte seine Aufmerksamkeit den Beziehungen zu Polen zu. Er machte Anstrengungen, die Polen zu versöhnen und ihr Vertrauen zu gewinnen, was seitdem Bestandteil seiner Politik wurde. Er griff selbst in die Danziger Vorgänge ein, um die Ruhe herzustellen, und bemühte sich, die Polen durch direkte Zusicherungen zu gewinnen. Diese Bemühungen wurden zeitweilig und unbeabsichtigt durch Mussolinis Viermächtepakt-Plan vom 17. März 1933 vereitelt, der eine Revision für Deutschland auf Polens Kosten vorsah in der Hoffnung, die Deutschen von ihrem Interesse an Österreich abzulenken. Pilsudskis Antwort darauf war die Wiederaufnahme seiner Pläne für eine Militäraktion gegen Deutschland im April 1933. Eine Reihe unglück-

licher Zufälle steigerte die Spannung. Eine Welle der Verfolgung gegen in Polen lebende Deutsche fand ihren Höhepunkt in dem „Schwarzen Palmsonntag” in Lodz am 9. April 1933. Deutsches Eigentum wurde beschädigt und ansässige Deutsche wurden mißhandelt und gedemütigt.

Hitlers Haltung gegenüber dem Plan eines Viermächtepaktes war zustimmend, weil er Mussolini bewunderte und die Beziehungen zu seinen westlichen Nachbarn zu verbessern wünschte; aber in einem

Kommuniqué vom 3. Mai 1933 erklärte er, daß er nicht beabsichtige, dieses Vorhaben auszunutzen, um Konzessionen von Polen zu erhalten. Dieser Ankündigung folgte eine Unterredung Hitlers und des deutschen Außenministers Konstantin von Neurath mit dem polnischen Botschafter in Berlin. Die Zusammenkunft überzeugte Hitler von der Möglichkeit, mit Polen zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Der Viermächtepakt wurde am 7. Juni 1933 unterzeichnet, aber französische Vorbehalte machten ihn wirkungslos. Das hielt die Polen nicht davon ab, den Pakt als Fortsetzung der Locarno-Diplomatie auf ihre Kosten zu betrachten. Joseph Beck verurteilte den Viermächtepakt am 8. Juni 1933. Hitlers Versicherungen im Mai 1933 hatten einige Wirkung erzielt und Beck sah von einer besonderen Kritik an Deutschland ab.

Die letzten Ziele der deutschen Politik in Osteuropa sind niemals klar formuliert worden, aber Hitler entwickelte eine bestimmte politische Linie gegenüber Polen. Von 1930 bis 1933 hatte er wenig über Polen gesagt, während die Nationalsozialisten ihren Einfluß in Deutschland schnell steigerten, bevor sie die Regierung übernahmen. Es wurde weithin angenommen, daß Hitler antipolnisch eingestellt sei, weil sein Chefideologe, Alfred Rosenberg, ein Buch geschrieben hatte „Die Zukunft einer deutschen Außenpolitik” (München 1927), das eine Reihe scharfer polenfeindlicher Äußerungen enthielt. Es war 1933 ein leichtes für Hitler, Rosenberg, einen gemäßigten und treuen Untergebenen, in seinen Ansichten zu korrigieren, und Hitler begann, sich den Wünschen der deutschen Reichswehr und des Auswärtigen Amtes nach einer antipolnischen und einer prosowjetischen Politik entgegenzustellen. Hitler fing an, ein weitgehendes Bündnis zwischen Deutschland und Polen ins Auge zu fassen. Er löste die letzten militärischen Bindungen

zwischen Rußland und Deutschland im Herbst 1933. Damit gehörte die militärische Zusammenarbeit beider Länder der Vergangenheit an. Die politische Lage innerhalb Danzigs wurde durch die Wahl vom 28. Mai 1933 geklärt. Die Nationalsozialisten gewannen die Stimmenmehrheit und bildeten eine Regierung. Hitler konnte in Zukunft entscheidenden Einfluß auf dieses kritische und empfindliche Gebiet ausüben.

Allmählich wurde sichtbar, daß die polnische Furcht vor einer antipolnischen Politik unter Hitler jeder Grundlage entbehrte. König Gustav V. von Schwe-

den hatte den Polen vorausgesagt, daß es so kommen würde. Der schwedische Monarch kannte die außenpolitischen Äußerungen Hermann Görings, der unter den Nationalsozialisten der zweite Mann in Deutschland war, gegenüber prominenten Schweden. Göring war es klargeworden, daß Hitler keiner antipolnischen Politik zuneigte, lange bevor es der Welt offenbar wurde.

Am 30. Mai 1933 verkündete Pilsudski die Ernennung Joseph Lipskis zum polnischen Botschafter in Berlin. Lipski war als Kind polnischer Eltern 1894 in Deutschland geboren. Er war deutschfreundlich und begünstigte eine deutschpolnische Zusammenarbeit. Seine Ernennung war ein Hinweis, daß Pilsudski Hitlers Bemühungen, die Beziehungen zu Polen zu verbessern, zu unterstützen wünschte. Unterstaatssekretär Jan Szembek legte nach einem Besuch im August 1933 einen günstig lautenden Bericht über die jüngste Entwicklung in Deutschland vor, und es wurden in Warschau

und Berlin Besprechungen geführt, um die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen zu verbessern.

Eine letzte Krise hatten die deutsch-polnischen Beziehungen 1933 zu bestehen, als Hitler Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund erklärte. Dieser Schritt vom 19. Oktober 1933 war die Antwort auf Simons Abrüstungsplan vom 14. Oktober, der Deutschland fast 21 Monate nach der Eröffnung der Abrüstungskonferenz die Gleichberechtigung verweigerte. Pilsudski konnte bei dieser Gelegenheit nicht widerstehen, seine Pläne zu einem militärischen Schritt wiederaufzunehmen, solange Deutschland schwach war, und die Geschichte hätte einen anderen Lauf genommen, wenn die Franzosen seine Pläne unterstützt hätten. Hitler war äußerst bestürzt über die Möglichkeit einer Vergeltung gegen Deutschland. Er beschwor die anderen deutschen Führer, äußerste Vorsicht in ihren Äußerungen über außenpolitische Fragen zu üben, und beharrte bei jeder möglichen Gelegenheit darauf, daß Deutschland sich der Politik des Friedens und der Zusammenarbeit widme.

Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934

Ein bedeutsames Treffen zwischen Hitler und Lipski fand am 15. November 1933 statt. Die Franzosen hatten sich geweigert, Pilsudski in einem Krieg gegen Deutschland zu unterstützen. Hitler gab neue Versicherungen seines Wunsches nach Freundschaft mit Polen ab. Am folgenden Tag erregte ein deutschpolnisches Kommunique Aufsehen, welches die Absicht beider Länder verkündete, einen Nichtangriffspakt zu schließen. Seit Mai 1933 hatten sich die Tschechen auf die Aussicht einer Verbesserung deutschpolnischer Beziehungen gefreut, die die Beziehungen zwischen Paris und Warschau verschlechtern würden”. Die tschechischen Gesandten in Berlin und

Warschau hatten die Erwartung nach dem 16. November 1933 bestätigt, die erstmalig

056

057

von Stephan Osusky, dem Prager Gesandten in Paris, zum Ausdruck gebracht worden war.

Pilsudski zögerte noch einmal im Dezember 1933, bevor er endgültige Weisung gab, den Pakt abzuschließen. Seine Haltung gegenüber dem Vertrag zur Zeit der Unterzeichnung war unverhüllt zynisch. Er glaubte, daß der Pakt die Abrechnung zwischen Deutschland und Polen zwar hinausschiebe, zweifelte aber, daß er für die 10 Jahre halten würde, für die er gelten sollte. Er hielt ihn für nützlich genug, die diplomatische Stellung Polens zu stärken. Die Tschechen hatten recht mit der französischen Ablehnung gegenüber Polen, irrten sich aber in ihrer Erwartung, daß Frankreich etwas dagegen tun und die polnischen Interessen ignorieren würde. Frankreich pflegte nach dem Januar 1934 engere Beziehungen zu Polen in einer Weise, die man früher nicht gekannt hatte.

Hitler betrachtete den Pakt als einen persönlichen Triumph über das Deutsche Auswärtige Amt, die Reichswehr und die deutschen Konservativen. In Fragen der Außenpolitik spielte Paul von Hindenburg bis zu seinem Tode im August 1934 eine bedeutende Rolle. Er gehörte zu den Kreisen, die Hitler gegenüber feindlich eingestellt waren. Hitler hatte den greisen Präsidenten mit Erfolg davon überzeugt, daß die Verbesserung der Beziehungen zu Polen ein kluger Schritt sei. Er versicherte, daß in Verbindung mit dem Pakt keine Vorschläge für einen möglichen deutsch-polnischen Schritt gegen Rußland gemacht worden seien.

Hitler war sich klar darüber, daß der Nichtangriffspakt lediglich der erste Schritt zu seinem Liebeswerben um Polen darstelle. Diese Tatsache wurde noch betont durch einen Besuch Becks in Moskau im Februar 1934. In der ganzen Zeit zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg hatte kein anderer polnischer Besuch dieser Art stattgefunden. Becks Besuch war eine bewußte Demonstration. Zweck der Reise war, zu zeigen, daß Polen in seinen Beziehungen zu Rußland und Deutschland Unparteilichkeit bewahre, während die deutschrussischen Beziehungen sich verschlechterten.

Eine Reihe praktischer Abkommen wurde zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen, nachdem Beck aus Rußland zurückgekehrt war. Sie betrafen Grenzverkehr, Rundfunksendungen, Tätigkeit von Journalisten in den jeweiligen Ländern und den Austausch von Devisen. Die Welt war sehr beeindruckt von der vernünftigen Linie der deutsch-polnischen Beziehungen im Gegensatz zu früheren Zeiten. Der Pakt von 1934 erhöhte zweifellos das Ansehen Deutschlands wie auch Polens. Es ist schwierig, zu sagen, welches Land den größeren Nutzen davon hatte. Die Polen waren nicht gewillt, Deutschland ohne französische Hilfe anzugreifen, die es auch nicht gab. Die Deutschen waren nicht in der Lage, den Versailler Vertrag mit Gewalt zu revidieren. Eine

057

058

Politik der deutschen Zusammenarbeit mit den Russen hätte die Polen verletzen können, und eine Politik der polnischen Zusammenarbeit mit den Tschechen hätte Deutschland gekränkt. Diese Alternative wurde von verschiedenen Stellen erörtert, aber beides hätte zur Zeit nur schlecht

zueinandergepaßt. Der Pakt war für beide Teile ein Gewinn und er brachte beiden nahezu gleiche Vorteile.

Jan Szembek spielte für den Pakt auf polnischer Seite durch seine Unterredungen mit Deutschland und den westlichen Ländern eine bedeutende Rolle. Eine ähnliche Rolle hatte auf der deutschen Seite Joseph Goebbels, der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda". Beck nahm eine Einladung an, schwebende Fragen mit Goebbels und Außenminister von Neurath im Herbst 1933 in Genf zu erörtern. Beck bemerkte dazu später, daß der Anlaß, „seine Gegner zu kennen", genügte, ihn zur Annahme der Einladung zu bewegen. Beck und Goebbels verstanden sich ohne Schwierigkeit und der polnische Außenminister fühlte sich nicht verletzt, als der deutsche Propaganda-Experte vom Völkerbund als von einem „modernen Turm von Babel" sprach. Beck erklärte, daß Polen beabsichtige, im Völkerbund zu bleiben, daß es aber keine Einwände gegen zweiseitige Abkommen hegen würde, die den Völkerbund ignorierten. Goebbels versicherte Beck, Hitler sei bereit, den Krieg als Mittel deutscher Politik gegenüber Polen auszuschließen und die Bedeutung des französisch-polnischen Bündnisses für Polen anzuerkennen. Beck zeigte sich einverstanden, die Frage einer deutschen Garantie der polnischen Grenze nicht zu stellen. Die Klärung dieser Punkte war entscheidend für den Abschluß des Paktes.

Joseph Goebbels kam im Sommer 1934 nach Warschau und sein Besuch war ein großer Erfolg. Hermann Göring begann eine Reihe jährlicher Reisen nach Polen im Herbst des gleichen Jahres. Der Gedankenaustausch zwischen Göring und den polnischen Führern über die Stellung der Tschechen und die deutschen und polnischen Minderheiten in der Tschechoslowakei im Jahre 1934 war besonders bedeutsam. Göring kritisierte den Gegensatz zwischen dem liberalen Verhalten der Tschechen nach außen hin und der

eigentlichen strengen Polizeipolitik, die sich gegen die Deutschen, Polen, Slowaken, Ungarn und Ruthenen richtete. Pilsudski machte Göring klar, daß die Tschechen in Polen weder angesehen noch beliebt seien. Göring sprach sich für ein Bündnis zwischen Polen und Deutschland innerhalb einer gemeinsamen antisowjetischen Front aus, aber Pilsudski zeigte keine Neigung, die polnische Politik mit deutschen Zielen im Osten zu verbinden. Er wich einem Vorschlag Görings mit der Bemerkung aus, daß Polen eine Politik der Mäßigung gegenüber Rußland verfolge.

058

059

Pilsudski stärkt Becks Stellung

Beck versuchte, den Pakt von 1934 durch eine Sicherung der polnischen Gleichberechtigung bei den Großmächten auszubauen. Er bestand darauf, daß Polen „in aller Schlichtheit” eine Großmacht sei und vergalt damit alle Nichtachtung, die ihm die anderen polnischen Führer erwiesen hatten. Kurz nach seiner Ernennung zum Außenminister hatte er Paris besucht, war aber am Bahnhof nicht vom französischen Außenminister Joseph Paul-Boncour empfangen worden. Louis Barthou, der spätere französische Außenminister, den Beck ehrlich bewunderte, besuchte Warschau im April 1934. Beck lehnte es ab, ihn am Bahnhof zu empfangen, und genoß diese Heimzahlung sichtlich. Es war kaum überraschend, daß die Warschauer Atmosphäre während des Barthou-Besuches mit Hochspannung geladen war.

Beck hatte noch einen Grund, zu dieser Zeit unzufrieden zu sein. Er hatte vergeblich versucht, die Zustimmung des Völkerbundsrates zu erhalten, mit der Polen von einseitigen

Belastungen in der Behandlung von Minderheiten gemäß Artikel 93 des Versailler Vertrages befreit werden konnte. Beck wartete auf eine Gelegenheit, diesen Teil der Regelung von 1919 aufzukündigen. Durch die Entscheidung, die Sowjetunion im September 1934 zum Völkerbund zuzulassen, ergab sich diese Gelegenheit. Beck erklärte, daß es untragbar sei, einem kommunistischen Staat zu gestatten, in polnische Angelegenheiten einzugreifen. Außerdem hielt er es für notwendig, den Artikel 93 aufzuheben, bevor Rußland versuchen würde, ihn sich als Völkerbundsmitglied zunutzezumachen. Die Aufhebung geschah am 13. September 1934, fünf Tage bevor die Sowjetunion in den Völkerbund eintrat.

Pilsudski hielt mit Beck und anderen polnischen Führern eine außenpolitische Konferenz im Belvedere-Palast ab, nachdem Barthou Warschau im April 1934 verlassen hatte. Pilsudski gab zu, daß Polen in einer günstigen Lage sei, sagte aber voraus, daß sie nicht so bleiben würde. Er verkündete, daß es Pläne für jede Kriegsmöglichkeit gäbe, jedoch noch großer Anstrengungen bedürfe, die Stärke Polens so weit zu steigern, daß diese Pläne mit einiger Aussicht auf Erfolg verfolgt werden könnten. Er drohte jedem, der den Verdacht hegte, anziehende Persönlichkeiten unter den deutschen Führern hätten ihn dazu gebracht, die polnische Außenpolitik zu mäßigen, und bestand darauf, daß es keinem Fremden erlaubt sein sollte, die polnische Politik zu beeinflussen. Präsident Moscicki, der den Vorsitz auf der Konferenz führte, bestätigte, daß er Einsicht in die verschiedenen Kriegspläne des Marschalls genommen habe.

Jedermann zeigte sich beeindruckt, als Pilsudski besondere Anstalten machte, sein persönliches Vertrauen zu Beck und dessen erfolgreicher Führung der polnischen Außenpolitik auszudrücken. Es war eine ungewöhnliche Geste, da

der wortkarge Marschall nur selten einen Untergeordneten in der Gegenwart anderer hervorzuheben pflegte. Es war seine Gewohnheit, sein seltenes Lob in streng privater Audienz zu erteilen. Pilsudski suchte sichtlich das höchste Vertrauen der anderen polnischen Führer in Beck zu erwecken. Sein Verhalten während der Konferenz machte die Stellung Becks schlechterdings unangreifbar.

Pilsudski richtete eine bedeutsame Frage an die Minister, die sein Mißtrauen gegenüber Deutschland nach dem Pakt von 1934 widerspiegelte. Er fragte, aus welcher Richtung die Gefahr für Polen zur Zeit größer sei, vom Osten oder vom Westen her. Die Konferenz war sich einig, daß der russische Imperialismus sich seit Stalins Oberherrschaft gemäßigter verhalte. Man erkannte auch, daß Deutschland und Rußland sich mit wichtigen inneren Fragen befaßten, die gegenwärtig den größten Teil ihrer Kräfte in Anspruch nähmen. Man konnte sich aber über eine eindeutige Antwort auf die grundsätzliche Frage des Marschalls nicht einigen.

Pilsudski berief einen Sonderausschuß unter der Leitung von General Fabrycy, um die Frage prüfen zu lassen. Das Außenministerium wurde angewiesen, in Zusammenarbeit mit der Armee eine Reihe von Berichten über die tatsächliche Lage abzufassen. Eduard Rydz-Smigly war mit dieser neuen Einrichtung nicht einverstanden, weil sie ein Übergreifen der rechtlichen Zuständigkeit der Armee und des Außenministeriums zur Folge hatte. Er zwang dieses Amt zur Vertagung auf unbestimmte Zeit nach dem Tode Pilsudskis. Der Ausschuß kam zu dem Schluß, daß Rußland während der Zeit seiner Beratungen 1934 und 1935 die größte Bedrohung Polens darstelle.

Pilsudski pflegte die Ausschußberichte mit Beck durchzusprechen. Gelegentlich bekannte er, daß er 1933 versucht war, einen Präventivkrieg gegen Deutschland ohne französische Unterstützung zu entfesseln. Er habe sich aber entschlossen, zu verhandeln, da er nicht sicher gewesen wäre, wie die Westmächte sich zu einem polnischen Feldzug gegen Deutschland gestellt hätten.

Die letzte Unterredung Pilsudskis mit einem ausländischen Staatsmann fand statt, als Anthony Eden im März 1935 nach Warschau kam. Der britische Diplomat gedachte nach Moskau weiterzureisen. Pilsudski fragte, ob Eden schon einmal mit Stalin politische Fragen erörtert habe. Eden antwortete bejahend und Pilsudski rief: „Ich gratuliere Ihnen nicht, daß Sie sich mit diesem Banditen unterhalten haben!” Der polnische Marschall hoffte, an Unterredungen zwi schen Beck und Pierre Laval am 10. Mai 1935 teilnehmen zu können. Er wollte den Franzosen, der im Begriff war, Moskau einen Besuch abzustatten, warnen, ein Bündnis mit der Sowjetunion abzuschließen. Es war dazu zu spät, denn als Laval in Warschau ankam, lag Pilsudski mit Krebs im Sterben. Beck gab dem Außenminister einen Galaempfang im Raczynski-Palast. Da-

060

061

nach eilte er im ordengeschmückten Abendanzug zu Pilsudski, um ihm Bericht zu erstatten. Pilsudski begrüßte ihn mit ein paar persönlichen Bemerkungen, die charakteristisch für beider Vertrautheit miteinander waren. Dann fragte er mit der ihm eigenen Offenheit, ob sich Beck jemals gefürchtet habe. Beck erwiderte, daß Polen, denen Pilsudski sein Vertrauen geschenkt habe, keine Furcht kennten. Pilsudski bemerkte, das sei gut, denn es bedeute,

daß Beck den Mut haben würde, die polnische Politik zu führen. Die beiden Männer erörterten die französische Lage und drückten sich gegenseitig ihre Verachtung für das geplante französisch-russische Bündnis aus.

Der Marschall starb am 12. Mai 1935. Seine letzte politische Entscheidung galt dem Widerstand gegen Versuche, Hitler in seiner Absicht zu hindern, den Versailler Vertrag am 16. März 1935 herauszufordern. Die Remilitarisierung Deutschlands wurde verkündet und die Deutschen führten den Friedenswehrdienst wieder ein. Pilsudski bemerkte, daß es nicht mehr länger möglich sei, Deutschland einzuschüchtern.

Becks Präventivkriegsplan von 1936

Nach sechs Wochen Staatstrauer um Pilsudski besuchte Beck Berlin. Er rechnete im Juni 1935 damit, daß Polen auch weiterhin die Zusammenarbeit mit Deutschland ablehnen würde und die deutsch-polnischen Beziehungen im besten Fall noch für die nächsten Jahre erhalten blieben. Beck begegnete Hitler nunmehr zum ersten Mal. Der deutsche Kanzler äußerte seinen Wunsch, zu einem Einvernehmen mit England zu kommen. Er erörterte gleichfalls ein Programm, ständig gute Beziehungen zu Polen aufrechtzuerhalten. Er gab zu, daß Deutschlands gegenwärtige Politik gegenüber Polen als ein taktisches Manöver ausgelegt werden könne, um Zeit für einen in der Zukunft liegenden Tag der Abrechnung zu gewinnen; er blieb aber bei der Behauptung, daß sie in Wirklichkeit ein ständiger Bestandteil seiner Politik sei. Hitler räumte ein, daß man seine Politik gegenüber Polen in Deutschland nicht gut beurteile, er versicherte Beck aber, daß er trotzdem daran festhalten würde. Er erwähnte, Hindenburg 1934 die Billigung dieser Politik mit Erfolg angeraten zu haben.

Mit Wärme lobte Hitler Pilsudski wegen der Annahme des Nichtangriffspaktes. Beck bemerkte, daß für Pilsudskis Haltung Polens Interessen entscheidend gewesen seien. Die allgemeine polnische Haltung sei Mißtrauen gegenüber dem Pakt gewesen. Beck gab auch zu verstehen, er würde seine zukünftige Politik nach Pilsudskis Richtlinien gestalten. Hitler, welcher hoffte, diese Richtlinien wären im günstigen Sinn für Deutschland gemeint, gab keinen Kommentar, erachtete aber Becks Bemerkung wahrscheinlich als höchst naiv. Nach Becks Auffassung war Pilsudski weitgehend von der Richtigkeit des Beschlusses, die deutsch-polnischen Beziehungen zu bessern, überzeugt.

061

062

Beck schloß aus dieser Unterredung, daß Hitler über Pilsudskis Tod äußerst beunruhigt war und fürchtete, er könne zu einer Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen führen. Beck war auch überzeugt, daß Hitler sich aufrichtig bemühte, die Zustimmung des deutschen Volkes für seine Freund-schaftspolitik gegenüber Polen zu gewinnen.

Die großen Kernfragen der europäischen Diplomatie ergaben sich zu dieser Zeit jedoch aus den Kriegen in Spanien und Abessinien sowie aus dem französisch-russischen Bündnis vom Mai 1935. Der Bündnispakt blieb über neun Monate nach seiner Unterzeichnung noch unratifiziert. Die Locarno-Verträge von 1925 hatten das bestehende Bündnissystem Frankreichs anerkannt, schlossen aber ein Bündnis mit dem kommunistischen Osten aus. Hitler wies wiederholt nach der Unterzeichnung des Paktes warnend darauf hin, daß die Ratifizierung nach seiner Ansicht die Einschränkungen deutscher

Souveränitätsrechte aufgrund der Locarno-Verträge aufhebe.

Der französisch-russische Pakt war eine direkte Bedrohung für Deutschland, und Hitler glaubte, daß eine Entmilitarisierung des Rheinlandes, wie sie in Locarno und vom Versailler Vertrag vorgesehen war, ein strategischer Luxus sei, den sich Deutschland nicht leisten könne". Die Franzosen waren ständig dabei, die nächsten Schritte für den Fall zu erörtern, daß die Deutschen das Rheinland wieder besetzten, aber es gelang ihnen nicht, eine Zusicherung von London zu erhalten, daß Großbritannien ein solches Handeln als „flagrante Verletzung" der Locarno-Verträge betrachten würde.

Beck ließ einen Kreis seiner führenden Diplomaten am 4. Februar 1936 die möglichen polnischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich prüfen, falls Deutschland etwas unternähme. Es war mehr als zweifelhaft, ob Polen in diesem Fall verpflichtet war, eine französische Aktion gegen Deutschland zu unterstützen. In Wahrheit war es die Hauptüberlegung der Polen, zu ermitteln, ob die Franzosen handeln würden oder nicht. Beck hoffte auf einen Krieg im Bündnis mit Frankreich gegen Deutschland. Er glaubte, daß die nicht sehr beliebte polnische Regierung durch einen militärischen Sieg über Deutschland ungeheures Ansehen und zahlreiche Vorteile gewinnen würde. Sein Verhalten beweist, wie trügerisch die Freundschaft zwischen Polen und Deutschland während dieser Zeit war. Diese Freundschaft war auf seiten der Polen reiner Betrug hinter einer höflichen Fassade. Ein solcher Schritt gegen Deutschland wäre nach der Unterzeichnung des Paktes von 1934 zu Lebzeiten Pilsudskis niemals erwogen worden. Er hatte es abgelehnt, 1935 Schritte gegen Deutschland zu billigen, als Hitler die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages aufkündigte.

Hitler kündigte am Nachmittag des 7. März 1936 die Besetzung des entmilitarisierten deutschen Gebietes im Westen durch deutsche Truppen an. Beck

062

063

zögerte nunmehr keinen Augenblick. Er dachte nicht daran, eine französische Bitte um militärische Hilfe gegen Deutschland abzuwarten. Vielmehr hoffte er, Frankreich durch das Angebot unbegrenzter polnischer Hilfe zum Handeln zwingen zu können. Beck bat, nach einem eiligen Telefongespräch mit Eduard Rydz-Smigly, den französischen Botschafter Léon Noël am Nachmittag des 7. März zu sich. Er überreichte dem Botschafter eine eindeutige Erklärung und versicherte, Polen werde Deutschland im Osten angreifen, wenn Frankreich bereit sei, nach Westdeutschland einzumarschieren.

Viele Dokumentenbände lassen die Bemühungen erkennen, die französische Politik in diesem kritischen Augenblick verständlich zu machen". Das verantwortliche französische Kabinett war schwach und das Land stand vor Regierungswahlen im unruhigen Schatten der aufkommenden Volksfront. Der französische Außenminister Pierre-Etienne Flandin war bekannt wegen seiner engen Beziehungen zu konservativen Kreisen in London, und man nahm an, er würde in dieser Zeit unter einem starken englischen Einfluß stehen. Die Indiskretionen Sir Robert Vansittarts im Dezember 1935 gaben gewissenlosen Journalisten die Möglichkeit, den Hoare-Laval-Plan zur Befriedigung Italiens zu veröffentlichen, doch machte der darauf folgende Entrüstungsschrei in England den Plan zunichte. Das wiederum hatte den Sturz der starken Regierung Pierre Lavals im Januar 1936 zur Folge, so daß die

Stresafront, die der Durchführung der wichtigsten Vertragsklauseln gegen Deutschland seitens Großbritanniens, Frankreichs und Italiens diente, zerbrach. Die öffentliche Meinung in England wurde gegen Italien aufgebracht und schließlich neigte man dazu, alles hinzunehmen, was Hitler zu diesem Zeitpunkt tat. Die britische Führung fuhr fort, Deutschland als Bollwerk gegen den französischen und russischen Einfluß zu begünstigen.

Die französische Spionageabwehr, das berühmte Deuxitme Bureau, unterrichtete die Regierung, daß Deutschland mehr Divisionen aufgestellt habe als Frankreich und daß der Ausgang eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland im Augenblick einer französischen Mobilmachung zweifelhaft sei''. Die Franzosen trauten den Polen keinen wirksamen Schlag gegen Deutschland zu. Außerdem war man außerstande, die bedeutenden Kräfte der Sowjetunion ins Spiel zu bringen. Man kam zu dem Schluß, daß die Aussicht auf einen schließlichen Erfolg gegen Deutschland ohne wirksame englische Unterstützung nicht günstig sei. Frankreich war nicht daran interessiert, das Wagnis allein oder lediglich zusammen mit einem oder zwei östlichen europäischen Verbündeten zu unternehmen. Es bestand die Gefahr einer Unterstützung Hitlers durch England. Die Tatsache, daß Hitler nur 30.000 Mann in der ersten Welle der Rheinlandbesetzung entsandte, war nicht von entscheis dender Bedeutung. Die französische Spionageabwehr machte sich weniger Ge-

063

064

danken über die Besetzung des linken Rheinufers als über den weiteren Verlauf des Krieges nach Erreichen des erster. begrenzten Zieles. Auch zweifelten französische Fachleute,

ob ihre Armeen in der Lage wären, den Rhein zu überqueren.

Becks Bemühungen, fast ganz Europa in einen Krieg zu stürzen, waren mißlungen. Er war nicht völlig überrascht von der französischen Haltung und hatte als Vorsichtsmaßregel die polnische Nachrichtenagentur Iskra angewiesen, eine prodeutsch gehaltene Erklärung über die Vorgänge am Morgen des 8. März herauszugeben‘. Es ist unmöglich, in diesem Verhalten auch nur eine Spur von Pilsudski zu finden.

Beck wurde bald gewahr, daß seine Demarche bei den Franzosen keine Wirkung erzielt hatte. Voller Verachtung bezeichnete er den französischen Aus ßenminister Flandin als einen Schwächling und als die „traurigste Figur“. Übereilt fuhr er nach London, um zu versuchen, die britische Haltung zu beeinflussen. Die Engländer waren aber nicht bereit, Beck ernstzunehmen, und so erhielt er von ihnen eine Abfuhr. Unterredungen mit König Eduard VII. und den Führern der Konservativen blieben ergebnislos.

Die Deutschen gaben sich ebenfalls keine Mühe, tiefer in die Absichten und Pläne des ersten Abschnitts der Rheinlandkrise einzudringen. Als schließlich der Völkerbund Mitte März 1936 in London zusammentrat, um den Rheinlandfall zu prüfen, nahm Beck auch dort eine abseitige Stellung ein. Seine Unzufriedenheit mit dem polnischen Botschafter in Paris, Chlapowski, führte zur Ernennung von Lukasiewicz zu dessen Nachfolger. Lukasiewicz hatte Polen für einige Jahre in Moskau vertreten. Beck hielt ihn für den fähigsten unter den polnischen Botschaftern. Die Rheinlandkrise vom März 1936 überzeugte Beck davon, daß es unerläßlich für ihn war, seinen besten Mann auf dem Posten in Paris zu wissen.

Hitlers Bemühungen um die deutschpolnische Freundschaft

Hitler begnügte sich bis Ende 1936 und 1937 damit, Deutschland im Hintergrund der europäischen Entwicklungen zu halten. Göring besuchte Polen wiederum im Februar 1937 und legte einen neuen Plan für eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen vor. In Unterhaltungen mit Marschall Rydz-Smigly setzte er sich sehr nachhaltig für dieses Vorhaben ein. Er räumte ein, daß Deutschland unter Umständen einige Vorteile von Polen im Austausch gegen deutsche Konzessionen erbitten würde. Er sicherte ihm eis nen nicht zu hohen Preis zu. Hitler hatte ihn ermächtigt, dem polnischen Marschall zu beteuern, Deutschland würde die Rückgabe des Korridors nicht fordern, weil es nach seiner Ansicht dieses Gebiet nicht brauche. Dagegen würde Deutschland sich weiterhin einer Zusammenarbeit mit Sowjetrußland widersetzen.

064

065

Man hatte Rydz-Smigly berichtet, daß Göring es abgelehnt hatte, entsprechende Pläne mit Marschall Tuchatschewski, dem russischen Oberbefehlshaber, zu erörtern, als dieser in Berlin weilte. Göring stellte eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in Aussicht, die für immer den Alpdruck eines weitgehenden Übereinkommens zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Sinne von Rapallo bannen sollte.

Göring erwies sich als sehr fähig, die deutsche Stellung in seinen Unterredungen mit polnischen Regierungsmitgliedern klarzustellen. Diese Zusammenkünfte trugen jedoch keine unmittelbaren Früchte. Beck hatte zu dieser Zeit nicht die

Absicht, Polen in die deutsch-japanische Kominternfront einzugliedern. Er verfolgte eine Politik der völligen Loslösung von Rußland wie von Deutschland. Er nahm nicht an, daß diese Politik Reibungen zwischen Polen und seinen Nachbarn verursachen würde, denn das war nicht sein Ziel. Er gedachte, die Stellung Polens auf Kosten Rußlands und Deutschlands zu verbessern, und schloß eine Zusammenarbeit mit beiden Ländern aus. Seine Politik wurde mit jedem Tag unrealistischer, an dem sich Deutschland von den Schlägen des 1. Weltkrieges und von der Behandlung durch die darauffolgenden Friedensverträge erholte.

Die Gefahr einer deutschfeindlichen Politik

Historische Wandlungen und die sich aus ihnen ergebenden Situationen unterwerfen jede Politik dem Gebot der Anpassung. In diesem Sinne erhob der polnische Historiker Olgierd Gorka am 18. September 1935 auf der polnischen Historikerkonferenz in Wilna seine warnende Stimme. Nach Gorkas Ansicht hatten sich die Existenzbedingungen für Polen im Jahre 1935 derartig verschlechtert, daß es sich in einer schlimmeren Lage als zur Zeit der ersten Teilung im Jahre 1772 befand. Während das Bevölkerungsverhältnis zwischen Polen und den drei Teilungsmächten im Jahre 1772 1 : 2 betrug, hatte es sich 1935 für Polen einerseits, Deutschland und Sowjetrußland andererseits auf 1:8 verschlechtert. Eine feindselige polnische Politik Deutschland und Rußland gegenüber erinnerte Gorka an einen Kanarienvogel, der zwei Katzen zu verschlingen suche. Gorka kam zu dem Schluß, daß sich die polnische Führung diesen Realitäten bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele anzupassen hätte. Später faßte er diese wertvollen Gedanken in seinem Buch „Optymizm i Pesymizm w historjografij Polskiej” (Optimismus und Pessimismus in

der polnischen Geschichtsschreibung), Lemberg 1936, zusammen.

In dieser Zeit wurden viele Untersuchungen über das Erbe Pilsudskis in der polnischen Außenpolitik durchgeführt. Hier soll wenigstens auf eine dieser Untersuchungen eingegangen werden, um die vielfachen Verflechtungen der damals in Polen vorherrschenden außenpolitischen Tendenzen anzudeuten.

065

066

Die umfassendste dieser Art stammt von Adolf Bochenski, unter dem Titel „Miedzy Niemcami a Rosja” (Zwischen Deutschland und Rußland) 1937 in Warschau erschienen. Der Verfasser, selbst Mitglied des Krakauer Historikerkreises, bezeichnete diesen insgeheim als „Standczyki” (Stagnierabteilung), und zwar wegen seiner passiven Haltung gegenüber dem Aufstand von 1863 in Kongreßpolen’. Die Grundlagen des Standczyki-Programms wurden im 1. Weltkrieg mit der Vernichtung Österreich-Ungarns zerstört. Bochenski und auch andere Mitglieder des Krakauer Kreises waren nicht in der Lage, sich hinter die prorussischen Ideen Dmowskis und der Nationaldemokraten zu stellen. Sie verwarfen Dmowskis These vom bösen deutschen und guten russischen Nachbarn.

Bochenski legte seine Ansicht von einer Politik Pilsudskischer Prägung dar. Er hielt eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland oder Rußland bereits in der Planung für eine hoffnungslose Angelegenheit und einen jederzeit möglichen deutschen Versuch, Westpreußen und Oberschlesien wiederzuerlangen, für unvermeidlich. Studnicki wie sein prodeutscher Kreis würden sich genau

wie andere Polen vor einer deutschen Gebietsrevision fürchten. Studnickis Plan einer Zollunion zwischen Deutschland, Ungarn und Polen kennzeichnete er als einen Versuch, die deutsche Gebietsrevision durch wirtschaftliche Konzessionen zu umgehen. Er hielt jedoch solche Pläne einer wirtschaftlichen Festigung Europas nicht für zweckmäßig.

Nach Bochenski lebten nur wenige Polen in der „Illusion“ eines dauernden Friedens mit Deutschland, wohingegen viele sich von Dmowski die Möglichkeit eines Friedens mit Rußland vortäuschen ließen. Bochenski vertrat die These von der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Deutschland und Rußland. Ein Hitler-Stalin-Einvernehmen hielt er für wahrscheinlich und sagte eine Gebietsrevision an der Westgrenze der Sowjetunion auf Kosten Polens voraus.

Bochenski stellte ferner die kritische Frage, wie es mit der Unterstützung durch den einen Nachbarn aussehe, wenn man mit dem anderen im Kriege läge, und beantwortete sie dahingehend, daß der stärkere von beiden der erste Angreifer sein würde, daß dann aber der schwächere Polen keineswegs mit Erfolg verteidigen könne. Die militärische Stärke Polens wurde in dieser Untersuchung entweder übergangen oder gleich null gesetzt. Es war abwegig, anzunehmen, daß die sogenannte angreifende Macht die stärkere von beiden sein müsse. Bochenski schloß seine Überlegungen mit der Feststellung, daß seine Generation nur schwer eine Abhängigkeit von Deutschland oder Rußland ertragen würde. Diese Feststellung war allerdings unvereinbar mit seinen zahlreichen Angriffen auf viele russenfreundlich eingestellte Polen.

Bochenski hielt Rußland für gefährlicher als Deutschland, weil Frankreich

als Verbündeter ein größeres Gewicht gegen Deutschland bedeutete als Rumänien gegen Rußland. Er sah einen neuen deutsch-russischen Krieg voraus, der den „Großmachtstatus Polens“ erhalten sollte.

Hätte Bochenski seine Behauptung, daß Polen aus einem solchen Kriege Gewinn ziehen würde, bewiesen oder zumindest glaubwürdig gemacht, so hätte er eine achtbare theoretische Grundlage für die kühne polnische Außenpolitik geschaffen, die er befürwortete. Er berief sich aber lediglich auf die alte Geschichte von der Vorteilhaftigkeit des 1. Weltkrieges für Polen und glaubte naiverweise an die Wiederholung der Geschichte. Er betrachtete die deutschrussische Rivalität in den dreißiger Jahren als die Ursache für das angeblich glänzende Auftreten Becks auf der europäischen Bühne, Dieses Schön-Wetter-Phänomen war jedoch keine Grundlage für eine polnische Außenpolitik.

Sollte es Polens Ziel sein, Deutschland und Rußland im Streit miteinander zu halten, so versprach sich Bochenski von einer solchen Politik nicht immer den erwarteten Erfolg. Zwar hielt er im Falle eines polnischen Gegensatzes zu Deutschland und Rußland eine zeitweilige Zusammenarbeit dieser beiden Rivalen gegen Polen für unvermeidlich, aber auch für vorteilhaft, weil Polen kein Status-quo-Staat, sondern ein revisionistischer Staat sei und ein Konflikt mit Deutschland und Rußland später polnische Ansprüche gegen beide rechtfertigen würde.

Bochenski stellte klar heraus, daß Polen nicht in der Lage sei, Deutschland oder Rußland aus eigener Kraft zu schlagen. Es brauche vielmehr unheilvolle internationale

Entwicklungen, um die beiden Länder zu vernichten oder zu schwächen. Bochenski berauschte sich an der Vorstellung eines Amoklaufes entferntliegender Großmächte wie Englands oder der Vereinigten Staaten gegen Deutschland oder Rußland. Er faßte auch die Aufteilung Deutschlands in eine Anzahl kleiner Staaten ins Auge, hielt diese jedoch nicht für durchführbar, da sie an dem unüberwindlichen Nationalbewußtsein des deutschen Volkes scheitern müßte. Dagegen könnte man Rußland infolge einer großen Zahl sich befehdender Minderheiten größeren Schaden als Deutschland zufügen.

Nach Bochenski würde die Auflösung der Sowjetunion Deutschland eines starken potentiellen Verbündeten berauben und es Polen und Frankreich erleichtern, das geschlagene Deutschland in die Hand zu bekommen. Nur eine „kleine Gruppe” in Polen bejahe ein Bündnis mit Deutschland, um Rußland zu schlagen. Bochenski nannte Rußland und die Tschechoslowakei die beiden kranken Männer Europas. Denn in beiden Ländern wären die Minderheiten zahlreicher als die herrschende Volksgruppe. Gegen Bochenskis Zerstörungstheorie gegenüber beiden Staaten waren kaum Einwände möglich.

Auch die Gründung einer unabhängigen Ukraine war für Bochenski ein Problem, weil ein solcher Staat sich immer darum bemühen würde, Wolhynien

067

068

und Ostgalizien, also von Polen beherrschte Gebiete, zu behalten. Da jedoch der Interessenkonflikt zwischen Rußland und einer unabhängigen Ukraine erheblich größer wäre, käme es nicht darauf an, mit welchem dieser Staaten

Polen zusammenarbeite”. Das oberste Ziel müßte der Konflikt zweier Staaten sein. Ein Staat allein könnte sich nicht streiten. Ein unabhängiges Weißrußland würde die Verwirrung steigern und der Verbreitung des polnischen Einflusses dienen. Jedenfalls würde es mit und ohne eine unabhängige Ukraine in Polen ein ukrainisches Minderheitenproblem geben. Die Ideallösung sah Bochenski in einem Imperium auf föderativer Grundlage in der Hoffnung, daß Polen die Ukraine und Weißrußland für ein Zusammengehen mit ihm gewinnen könnte.

Bochenski glaubte, Polen könne durch die Vernichtung Rußlands bessere Beziehungen zu Frankreich bekommen, beklagte aber zugleich, daß Frankreich Polen stets einem stärkeren Verbündeten im Osten geopfert habe und daß die französische Politik, sowjetische Truppen in das Herz Europas zu bringen, den polnischen Interessen zuwiderlaufe. Die Auflösung Rußlands würde Polen zum ständigen größeren Verbündeten Frankreichs im Osten machen.

In dem tschechischen Staat sah Bochenski eine Bedrohung für Polen. Er geißelte die arroganten tschechischen Ansprüche auf deutsches Gebiet am Ende des 1. Weltkrieges. Außerdem müßte die prosowjetische Politik der Tschechen sie zu Feinden Polens machen. Ein Zusammenbruch des tschechischen Staates wäre für Deutschland zwar der größte Gewinn, für Polen jedoch kaum ein Beweggrund, seine antitschechische Politik aufzugeben. Auch könnte es für die polnischen Interessen nur verhängnisvoll sein, wenn sich die Tschechen mit Erfolg das slowakische Gebiet assimilierten. Diese Gefahr habe Andreas Hlinka, der slowakische Volksführer, erkannt, als er slowakischen Studenten riet, nach Budapest statt nach Prag zu gehen. Zwar hielt Bochenski die Slowaken im Gegensatz zu den Tschechen für deutschfreundlich, glaubte aber, daß

die polnische Politik schließlich ihren Lohn in der Slowakei ernten würde.

Bochenski hielt die kleine Entente Frankreichs (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) für tot. Jedenfalls könnte sie Polen keine Sorge mehr bereiten. Dagegen wäre Polen in erster Linie daran interessiert, seine eigenen en gen Beziehungen zu Rumänien aufrechtzuerhalten. Rumänien sei wegen der Gefahr von russischer Seite zwar deutschfreundlich, aber auf der andern Scite auch wieder polenfreundlich. Es müßte möglich sein, die rumänisch-ungarischen Streitigkeiten beizulegen. Deshalb befürworte er die Überlassung Rutheniens an Ungarn für den Fall der Auflösung des tschechischen Staates. Bochenski war vor allem der Überzeugung, daß Polen auf eine Anzahl schwächerer Nachbarstaaten wie die Ukraine, Weißrußland, Litauen, Rumänien, Ungarn und Slowakei Einfluß ausüben und dann seine eigene „Monroe-Doktrin”

verkünden müsse. Ganz nebenbei erwähnte er als Axiom, daß Polen es sich nicht leisten könne, auch nur einen Fußbreit von dem Land herzugeben, das es in Versailles und Riga gewonnen habe. In düsterer Vorahnung fürchtete er für Polen eine unaufhaltsame Katastrophe und das vernichtende Schicksal Ungarns, das dieses in Trianon im Jahre 1919 erleiden mußte’, fürchtete, daß Polen Niederlagen bevorstünden, bis sich in Europa eine radikale Wandlung vollzogen habe”. So begrüßte er auch den kommenden Konflikt zwischen Polen und Deutschland” und glaubte, daß das Schlimmste, was geschehen könne, ein kommunistisches Rußland im Osten und ein

kommunistischer deutscher Staat im Westen Polens sei“. Heute läßt sich unschwer erkennen, daß dieses Ziel der von Bochenski befürworteten Politik in vollem Umfange erreicht worden ist.

Alliierte Propagandisten hatten von der Zeit des 1. Weltkrieges her die Gewohnheit, kaum beachtete, zweifelhafte deutsche Bücher zu zitieren. Mit solcher Literatur suchten sie die angebliche Raubgier und den vermeintlichen Tiefstand Deutschlands zu beweisen!. Diese Propaganda hat später gegen jeden Versuch, ein bedeutendes Werk anzuführen, verständlicherweise Argwohn erweckt. Bochenskis Werk ist und bleibt indessen der Grundriß der polnischen Politik für die Zeit von 1935—1939. Es ist zweifellos die bedeutendste Arbeit über Polens Außenpolitik in jener Zeit, abgesehen davon, daß es ausgezeichnete Einblicke in frühere Zeitabschnitte europäischer Geschichte gestattet.

Bochenski befürwortete eine Politik des Blutvergießens und des Unheils. Er tadelte jeden Versuch, zu einem Einvernehmen mit Deutschland oder Rußland zu kommen. Er rechnete damit, daß die polnische Feindschaft gegenüber Deutschland die Sowjetunion zu einer Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Staaten führen müsse. Er fühlte keine Gewissensbisse, den Untergang und die Vernichtung der Hauptnachbarn Polens herbeizuwünschen.

Das Heil Polens hing aber gerade vom Verzicht auf diese Politik ab. Bochenski warnte zwar vor der Preisgabe jeden Fußbreits polnischen Bodens, der ihm nach dem 1. Weltkrieg zugefallen war. Er war der festen Überzeugung, daß Deutschland große Landstriche früheren deutschen Gebietes fordern würde. Was aber sagte die polnische Führung dazu, als Hitler sich einverstanden erklärte, die polnische Westgrenze anzuerkennen und damit den Polen

zuvorzukommen, auf die ehemaligen nunmehr polnischen Gebiete Ansprüche geltend zu machen. 1937 war es noch nicht zu spät für Polen. Die Verhältnisse in Europa waren im Fluß. Die polnische Politik hätte auf diesen europäischen Wandel reagieren können. In höchste Lebensgefahr geriet Polen erst dadurch, daß es sich von England ermuntern ließ, Deutschland herauszufordern und damit den neuen polnischen Staat in eine hoffnungslose Vernichtung zu stürzen.

Die Wurzeln der polnischen Politik liegen also in den Erfahrungen des

1. Weltkrieges. Wenn man der polnischen Führung klargemacht hätte, daß die europäische Wandlung eine Wiederholung des 1. Weltkriegs in jeder Hinsicht ausschloß, so hätte sie ihre Politik sicher den neuen Verhältnissen angepaßt. Hätte England andrerseits angekündigt, daß es ein zweites Mal seine Absicht war, Deutschland, obwohl keinerlei Interessenkonflikte zwischen beiden Ländern vorhanden waren, zu vernichten, so hätte man den Polen unter diesen Umständen kaum vorwerfen können, sich nicht von ihren alten Weltkriegsvorstellungen befreit zu haben. Der Schlüssel zur polnischen Politik lag, als die vernünftige Haltung Deutschlands gegenüber Polen offenkundig. wurde, in London. Die epigonenhafte polnische. Führung nach dem Tode Pilsudskis im Jahre 1935 konnte den verführerischen Versprechungen des britischen Empires kaum widerstehen. Die Tatsachen aber sollten die Wahrheit bestätigen, daß jedes englisch-polnische Bündnis gegen Deutschland zu einer Katastrophe für das schwergeprüfte polnische Volk führen mußte.

070

071

3. KAPITEL: DIE DANZIG-FRAGE

Die Aufhebung der Selbstbestimmung in Danzig

DIE Umwandlung Danzigs durch die siegreichen alliierten und assoziierten Mächte im Jahre 1919 in eine sogenannte freie Stadt war die am wenigsten vertretbare territoriale Bestimmung des Versailler Vertrages. Beobachtern der westlichen Welt, vor allem aber der Bevölkerung Deutschlands, Polens und Danzigs wurde es bald offenbar, daß diese unglaublich komplizierte internationale Regelung höchst unbefriedigend war.

1919 noch eine gewöhnliche deutsche Provinzstadt ohne jede zentrale Bedeutung auf der weltpolitischen Bühne, hätte Danzig besondere Wirtschaftsprivilegien Polens zur Steigerung seines Hafenhandels durchaus begrüßt. Um so entsetzter waren die Danziger über die Aussicht auf eine Lostrennung von Deutschland und verspürten keine Lust, mit einem Sonderstatut eine absonderliche Stellung unter der Herrschaft eines als Experiment begründeten Völkerbundes einzunehmen, einer Institution, die vor 1920 noch gar nicht bestanden hatte.

Man fragt sich unwillkürlich, was die Einwohner von Portland im US-Staat Oregon tun würden, wenn ihre Stadt plötzlich aus den Vereinigten Staaten herausgelöst und zugunsten besonderer Hafenrechte für Kanada in der Nähe der Kolumbiamündung der Herrschaft der Vereinten Nationen unterstellt würde. Es ist ein schwacher Trost, sich daran zu

erinnern, daß das Gebiet um Portland vor seiner Aufnahme in die Vereinigten Staaten im Jahre 1846 von der Hudson-Bay—Company besiedelt wurde. Die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kanadiern und Portländern hätten sich unter derartig erbitternden Bedingungen sehr bald verschlechtern müssen.

Es ist keineswegs überraschend, daß die Nationalsozialisten die Wahlmehrheit in Danzig gewannen, bevor dies in Deutschland möglich war. Erhofften doch die Danziger von Adolf Hitler Hilfe aus ihrer 1919 und in den darauf-

folgenden Jahren heraufbeschworenen unerträglichen Notlage. 1939 fiel es der nationalsozialistischen Propaganda-Rednerin Margarete Gärtner nicht schwer, zahlreiche Äußerungen von fast hundert führenden politischen Fachleuten des Westens, die alle den Widersinn der Danziger Regelung von 1919 beklagten, zu sammeln. Ihre Liste konnte gewiß nur eine Stichprobe sein. Immerhin genügte sie, um die Tatsache zu unterstreichen, daß in Danzig ein großer Fehler gemacht worden war.

Im März 1939 war es dann auch das Problem Danzig, das dem britischen Lord Halifax die willkommene Gelegenheit bot, die Freundschaft zwischen Deutschland und Polen zu beseitigen‘. Der endgültige Zusammenbruch des tschechischen Staates störte das benachbarte Polen weit weniger als die weitabliegenden Vereinigten Staaten. Der polnischen Führung war dieses Ereignis sehr willkommen und sie sah auch in der Rückkehr Memels zu Deutschland im März 1939 keinen Anlaß zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Polen. Hitler versicherte ausdrücklich,

Deutschland würde keinen Fußbreit polnischen Bodens verlangen und weiterhin bereit sein, die in Versailles bestimmten polnischen Grenzen als Dauerzustand anzuerkennen'. Polnische Diplomaten betrachteten die deutsche Forderung, bessere Verkehrswege nach Ostpreußen zu schaffen, als ein auf diplomatischem Wege lösbares Problem. Zwar war die deutsche Führung durch die feindselige Behandlung der Deutschen in Polen beunruhigt, aber nicht geneigt, dieses Problem zum Anlaß eines Konflikts zwischen den beiden Staaten zu nehmen'. Allein durch Danzig wurde der Bruch heraufbeschworen. Es war ausschließlich Danzig, das die deutsch-polnischen Auseinandersetzungen verursachte und die polnischen Führer veranlaßte, Deutschland davor zu warnen, deutsche Ziele in diesem Gebiete zu verfolgen. Sonst käme es zu einem deutsch-polnischen Krieg.

Diese Herausforderung Hitlers durch die Polen im Zusammenhang mit der Danziger Frage erfolgte jedoch erst, als die englische Führung eine nachhaltige Einkreisungspolitik mit dem Ziel, das Deutsche Reich zu erdrosseln, eingeleitet hatte!!. Die polnischen Führer hätten Hitler niemals herausgefordert, wären sie nicht der englischen Unterstützung sicher gewesen. Seit September 1938 waren ihnen Zusicherungen gegeben worden, daß England sie in Danzig gegen Hitler unterstützen würde. Zwar erklärten viele der polnischen Führer, sie würden auch zur Vereitelung der deutschen Ziele in Danzig ohne einen einzigen Verbündeten in der Welt gekämpft haben. Sie suchten die Bedeutung Danzigs für Polen zu betonen und brachten zum Ausdruck, was sie möglicherweise in dieser Situation getan hätten. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sie tatsächlich in einer solchen Situation für Danzig gekämpft hätten. Vor allem ist es zweifelhaft, ob Pilsudski 1939 — selbst mit englischer Unterstützung —für Danzig in

den Krieg gezogen wäre. Feststeht indessen, daß die polnische

072

073

Führung sich diese ungelöste Frage zunutzemachte, um Hitler herauszufordern, nachdem die Engländer Polen ein Bündnis angeboten hatten.

Heute ist unschwer zu erkennen, daß die Schaffung der Freien Stadt Danzig die unsinnigste Bestimmung des Versailler Vertrages gewesen ist. Ein ähnlicher Versuch wurde 1947 in Triest nach einigen Jahren aufgegeben, weil man seine Undurchführbarkeit erkannt hatte. Man kann nur hoffen, daß Europa in Zukunft weitere Experimente dieser Art erspart bleiben. Danzig hatte nach 1933 eine nationalsozialistische Regierung und Carl Burckhardt, der letzte Völkerbundskommissar in Danzig, sagte schon 1937, daß die Vereinigung der Stadt mit Deutschland nicht zu umgehen sei', Die polnische Führung glaubte jedoch, die Rückkehr Danzigs zum Reich verhindern zu müssen, obwohl die Polen nach 1924 ihren eigenen blühenden Hafen Gdingen an der früheren deutschen Küste besaßen und im übrigen niemals im Verlauf ihrer ganzen Geschichte einen eigenen Hafen besessen haben. Sie behaupteten, die Weichsel sei ihr Fluß und so stehe es ihnen zu, auch über dessen Mündung zu verfügen. Als Joseph Goebbels daraufhin bemerkte, daß es dann auch logisch sei für Deutschland, Rotterdam und die Rheinmündung zu beanspruchen, entgegnete man vorwurfsvoll, die Deutschen verfügten doch über die Mündung vieler ihrer Flüsse, wie beispielsweise der Weser, der Elbe und der Oder. Für das unglückliche Polen dagegen gebe es nur eine Alternative: die Weichsel oder nichts. Genau so gut konnten sich die

Deutschen beim Herrgott darüber beklagen, daß er Polen mit reicherem Boden ausgestattet hatte als Deutschland. Doch die Polen pflegten sich gegen jede Logik zu sperren, sobald das Gespräch auf Danzig kam. Das machte eine an sich schon so unsinnige Lage noch schwieriger, obwohl eine Kompromißregelung auf der Grundlage der von Hitler großzügig angebotenen Bedingungen sehr wohl möglich gewesen wäre, vorausgesetzt freilich, daß die Engländer sich nicht eingemischt hätten.

Die Gründung des Freistaates

Der Danziger Hafen hatte von alters her eine Schlüsselstellung in der Mündung der großen Weichselwasserstraße’. Die heutige, zu Beginn des 14. Jahrhunderts gegründete, von Anfang an fast ausschließlich von Deutschen bewohnte Stadt war nach einer Kirchenchronik des 10. Jahrhunderts ursprünglich ein von dort ansässigen nichtpolnischen West-Slawen bewohntes Fischerdorf. Im Zuge ihrer Ostkolonisation kamen die Deutschen im späten Mittelalter zum ersten Mal in den Danziger Raum. Als die Sieger des 1. Weltkrieges die Abtrennung dieses deutschen Ostseehafens von Deutschland bestimmten, war Danzig die Hauptstadt Westpreußens. Als Provinzhauptstadt gehörte es zum Königreich Preußen, bevor 1867 der Norddeutsche Bund und 1871 das zweite Deutsche Kaiserreich gegründet wurden.

Die Alliierten machten 1920 aus der deutschen Provinzstadt einen Stadtstaat nach dem Muster der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck. Diese drei Städte waren in dem von Bismarck geschaffenen Reich eigenständige Bundesstaaten

geblieben. Im Unterschied zu ihnen hatten aber die Sieger Danzig vom deutschen Länderbund getrennt, weil es kein Teil Deutschlands sein durfte. Außerdem hatte Danzig zahlreiche Zwangsdienste zugunsten Polens zu übernehmen.

Der Verzicht auf Danzig und die Bildung einer Freistaat-Regierung wurden durch die Artikel 100 bis 108 des Versailler Vertrages festgelegt. Ein Völkerbundskommissar entschied als oberste Instanz in Streitfällen zwischen Danzig und Polen. Die auswärtigen Beziehungen übertrug man Polen und unterwarf den Freistaat polnischer Zollhoheit. Den Polen standen also die Danziger Kanäle, Docks, Gleisanlagen und Straßen zu Handelszwecken unbeschränkt zur Verfügung. Ferner erhielten sie die Kontrolle über den Flußverkehr, das Post-und Fernmeldewesen zwischen Polen und dem Danziger Hafen, verbunden mit dem Recht, den Durchgangsverkehr zu verbessern, zu verpachten oder zu verkaufen. Die Einwohner Danzigs verloren die deutsche Staatsangehörigkeit, obwohl formell Vorsorge getroffen war, daß Erwachsene sie innerhalb von zwei Jahren beantragen konnten. Eine doppelte Staatsangehörigkeit für Deutschland und Danzig war untersagt. Der Völkerbund hatte als oberste Behörde und Eigentümer alles preußischen und reichsdeutschen Staatsbesitzes auf Danziger Boden zu bestimmen, was davon an Danzig oder Polen fallen sollte.

Der offizielle Vertrag, durch den besonderer Besitz an Polen ging, wurde am 3. Mai 1923 ratifiziert. Die Polen bekamen die Kasernen in Petershagen und Neufahrwasser, Schiffsausrüstungen, Öltanks, alle Waffen und Waffenherstellungsanlagen aus der demontierten Danziger Waffenfabrik, Nachschubgebäude, ein Mietswohnungshaus, das staatliche Wohlfahrtsgebäude am Hansaplatz, die Hauptbahnlinien mit technischen Anlagen und das Eigentumsrecht über den größten Teil der Telegraphen-und

Telephonkabel. Andere Anlagen wurden der dem Völkerbund unterstehenden Freihafenkommission, der auch Polen angehörte, überlassen. Die Polen verlangten ein Munitionsdepot und einen Standort für eine kleine Garnison. Die Halbinsel Westerplatte neben dem dichtbevölkerten Neufahrwasser wurde Polen am 22. Oktober 1925 übergeben. Vergebens protestierte das Danziger Parlament, daß diese Entscheidung eine „neue Vergewaltigung“ darstelle. Die Polen erhielten gleichzeitig die Erlaubnis, Kriegsschiffe und Marinemannschaften in diesem Raum zu stationieren. Alle diese Entscheidungen machten die polnische Regierung 1925 zum Großgrundbesitzer im Bereich der Freien Stadt.

Die Danziger Verfassung wurde am 14. Juni 1922 verkündet, nachdem Po-

len und der Völkerbund sie genehmigt hatten. Vorkehrungen wurden getroffen, um Polnisch als Amtssprache für Polen bei den Danziger Gerichten durchzusetzen und am 20. Dezember 1921 kam ein Sondergesetz heraus, das der polnischen Minderheit angemessene Schul-und Lehrmöglichkeiten zusicherte. Die Verfassung stützte sich auf die Grundsätze der Volksherrschaft, obwohl den Danzigern das Recht der Selbstbestimmung verweigert wurde. Die Verfassung bestimmte auch, daß der Bau von Festungen und die Herstellung von Kriegsmaterial nur mit Genehmigung des Völkerbundes durchgeführt werden dürften.

Die Verfassung sah einen Volkstag mit 120 Mitgliedern für eine vierjährige Amtsperiode vor. Er hatte in erster Linie

beratende Funktionen mit dem Recht, über politische Entscheidungen öffentlich Rechenschaft zu verlangen, obwohl er auch formell den vom Senat erlassenen Gesetzen zustimmen mußte. Der Senat mit seinen 22 Mitgliedern war der Sitz einer vorsichtig umschriebenen Autonomie. Der Präsident und weitere sieben Ressortchefs, die man mit Stadt räten vergleichen könnte, wurden auf vier Jahre gewählt und bekamen feste Gehälter. Die sieben Verwaltungssparten des Senats umfaßten Justiz und Handel, öffentliche Arbeiten, Arbeitsamt, innere Angelegenheiten (Polizei), Gesundheitswesen und Kirche, Wissenschaften und Erziehungswesen sowie Finanzen. Es gab keine separate Exekutivbehörde.

Die Danziger Verfassung von 1922 ersetzte die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919, die man bis dahin als Grundlage für das Danziger Regierungssystem hatte gelten lassen. Die Wahlen für die Weimarer Gesetzgebende Versammlung waren im Januar 1919 in ganz Westpreußen abgehalten worden und erbrachten einen echten Volksentscheid für das Verbleiben bei Deutschland. Die Alliierten lehnten das Abhalten einer Volksabstimmung in Westpreußen selbst ab, weil sie wußten, daß sie mit einer Niederlage Polens enden würde. An der Entstehung des Danziger Regimes war die britische Regierung stärker als alle anderen Mächte einschließlich Polens beteiligt. In den ersten Streitfällen zwischen Danzig und Polen hatte die britische Politik die Entscheidung. Die Engländer stellten auch die ersten drei Völkerbundskommissare für Danzig, Sir Reginald Tower, General Sir Richard Haking und Malcolm S. MacDonnell. Der letzte der britischen Hochkommissare war, nach einem italienischen und dänischen Zwischenspiel, Sean Lester aus Ulster, der von 1934 bis Ende 1936 amtierte. Das englische Interesse hatte seinen Grund im wesentlichen in Investierungs-und Handelsgründen; ein großer Teil der Danziger Industrie geriet in diesen Jahren

unter englischen Einfluß. Auch spielten die Engländer eine entscheidende Rolle in der Berufung Carl Jacob Burckhardts, des Schweizer Historikers, der auf Sean Lester folgte und bis zur Befreiung Danzigs durch Deutschland am 1. September 1939 im Amt blieb”. Die soge-

075

076

nannte Befreiung Danzigs durch die Rote Armee am 30. März 1945, wie sie in den jüngsten Ausgaben der Encyclopaedia Britannica erwähnt wird, bedeutete in Wahrheit die Auslöschung der Stadt.

Im Raum des Freistaates lebten 1922 etwa 365 o0oo Menschen. Zur gleichen Zeit betrug die polnische Minderheit weniger als 3 Prozent der Gesamtbevölkerung; der ständige Zustrom von Polen erhöhte das Verhältnis bis 1939 jedoch auf 4 Prozent. Die Einführung der proportionalen Volksvertretung ermöglichte es den Polen, mit 5 eigenen Delegierten in den der unbeliebten Verfassung von 1922 entsprechenden zweiten Volkstag zu ziehen. Entsprechend der bekannten Gruppierung der weimardeutschen Parteien waren die deutschen Stimmen unheilvoll aufgesplittert. Die Konservativen (Deutschnationale Volkspartei) wählten 34 Kandidaten, die Kommunisten 11. Die sozialdemokratischen Marxisten entsandten 30 und das katholische Zentrum 15 Volksvertreter. Die übrigen Delegierten wurden von ausschließlich ortsansässigen Danziger Parteien gewählt. Diese verhängnisvolle Zersplitterung angesichts einer kritischen Lage änderte sich, als die Nationalsozialisten 1933 die Wahlen in Danzig gewannen. Dem parteipolitisch gemischten Senat mit seinem konservativen Präsidenten folgte ein rein nationalsozialistischer Senat. Es war nun

etwas weniger schwierig, den Auswirkungen der polnischen Diktatur zu begegnen.

Es wäre nicht richtig, Danzig trotz zahlreicher polnischer Vorrechte, d. h. Privilegien nach internationalem Recht, als ein polnisches Protektorat unter dem neuen System zu bezeichnen. Danzig war ein Protektorat des Völker bundes. Das traf trotz der Tatsache zu, daß es die Alliierten waren und nicht der Völkerbund, die dieses verworrene Freistaat-Regime geschaffen hatten, und daß kein offizieller Akt stattgefunden hatte, mit dem die Oberhoheit de facto dem Völkerbund übertragen worden war. Das Protektorat wurde von einem in Danzig residierenden Völkerbundskommissar verwaltet, durch den Sicherheitsrat des Völkerbunds in Genf und nach 1936 durch einen Sonderausschuß von Angehörigen der Völkerbundstaaten. Das Zentrum des politischen Systems, unter das auch Danzig fiel, wurde von Berlin nach Genf verlegt, was vom Standpunkt der Danziger aus ein äußerst zweifelhaftes Unternehmen war. Der Völkerbund verfügte über Danzig wie im Fall Memel, bevor Litauen sich dieser deutschen Stadt bemächtigen konnte.

Mit unterschiedlichem Erfolg begannen die Polen 1920 in ununterbrochener Folge, ihre Rechte in Danzig über die genau festgelegten Bedingungen von Versailles und der darauf folgenden Verträge hinaus durchzusetzen. Eines ihrer ersten Ziele war es, das Danziger Justizwesen dem obersten polnischen Gerichtshof als letzter Instanz zu unterstellen. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht, weil die Völkerbundskommissare Einspruch erhoben. Dagegen ge-

076

077

lang es den Polen nach anfänglichem Widerstand des Völkerbundskommissars General Sir Richard Haking, ihre Westerplatte-Garnison einzurichten. Sie waren unermüdlich am Werk und jedermann in Danzig kannte ihr letztes Ziel, sich die Freie Stadt anzueignen.

Das bestehende System war für Polen wie für Deutschland und Danzig höchst unbefriedigend. Die Polen trachteten, die Rolle des Völkerbunds an sich zu reißen, während Deutschland und Danzig sich für die Rückkehr des neugeschaffenen Staates zum Deutschen Reich einsetzten. Es konnte keine Rede davon sein, daß der Regierungswechsel 1933 die Danziger Deutschland entfremdete. Hatten doch die Nationalsozialisten die Mehrheit in Danzig gewonnen, noch ehe sie von ihnen in Deutschland erreicht war. Der Systemwechsel in Deutschland entsprach der Einigung Danzigs unter nationalsozialistischer Führung.

Die polnischen Bemühungen um die Einverleibung Danzigs

Dmowski und Paderewski brachten in Versailles viele Argumente für die Einverleibung Danzigs durch Polen vor. Es darf nicht verwundern, daß Polen sehr viel an der Erfüllung seines Annexionsprogramms lag. Die strategische und wirtschaftliche Bedeutung Danzigs an der Mündung des Flusses, an dem die ehemalige Hauptstadt Polens, Krakau, und die gegenwärtige, Warschau, lagen, war sehr groß. Die Führer der Nationaldemokraten machten sich keine Gedanken darüber, daß sie sich durch diese „Eroberung“ die Feindschaft der Deutschen zuziehen würden. Sie behaupteten in Versailles, Deutschland würde wegen der übrigen Vertragsbedingungen so oder so von Polen Revanche fordern. Sie machten geltend, daß das Gebiet, auf dem Danzig gelegen war, den Polen durch das Recht aus der

früheren Besiedlung gehöre und sprachen von der sogenannten deutschen Invasion in diesen Raum einige sechs Jahrhunderte früher. Die Geschichte des polnischen Staates von der Wikingerherrschaft im 10. Jahrhundert bis zu den Teilungen im 18. Jahrhundert erstreckte sich über acht Jahrhunderte und die Polen empfanden es als Genugtuung, daß ihr Staat älter war als Danzig.

Sie vertrauten darauf, in diesem Punkt der deutschen Beweisführung durchaus überlegen zu sein. Die deutschen Gegenargumente stützten sich auf zwei wesentliche Tatsachen. Erstens hatten germanische Stämme das Danziger Gebiet bis zum letzten Abschnitt der Völkerwanderung im vierten Jahrhundert n. Chr. besessen. Zweitens hatten die Polen niemals in diesem Raum gesiedelt, bevor die Deutschen kamen, um im späten Mittelalter ihre Stadt zu gründen.

Die polnische Antwort auf dieses deutsche Argument war eine zweifache. Nach polnischer Auffassung gehörten die frühgermanischen Stämme im Danziger Raum der gesamten germanischen Kulturwelt an, zu der außer

Deutschland noch Skandinavien, England, die Schweiz und Holland gehörten. Darum hätten die Deutschen nicht das Recht, Ansprüche aus der Frühgeschichte dieser Stämme abzuleiten. Außerdem wären die kleinen westslawischen Stämme, die mit den westslawischen Polen, den westslawischen Tschechen, den Preußen und Deutschen gemeinsame Grenzen hatten und an der Ostsee lagen, größtenteils von ihren Nachbarn assimiliert worden. Diese Stämme hätten zwischen der Völkerwanderung und der

Gründung Danzigs durch die Deutschen den Danziger Raum besiedelt. Diese frühen westslawischen Stämme, die ein Fischerdorf auf dem Boden des späteren Danzig besessen hatten, wären den Polen näher verwandt als den übrigen Nachbarvölkern. Aus dieser Entwicklung entstand dann der Anspruch der Polen, sich als rechtmäßige Erben des ganzen deutschen Territoriums zwischen Elbe und Weichsel betrachten zu können. Irgendwann einmal hätten jedenfalls westslawische Stämme Besitz von diesem Gebiet ergriffen.

Das waren die wesentlichen, sogenannten historischen Argumente der Polen. In wirtschaftlicher Hinsicht behaupteten sie, daß Danzig durch das polnische Hinterland reich geworden sei. Das war zweifellos richtig, obwohl auch das westpreußische Hinterland, das seit langem deutsch war, zu Danzigs Wohlstand beigetragen hatte.

Neben dieses den Polen natürlich erscheinende Argument, daß Danzig ihnen gehören müßte, weil sie den größten Teil der Weichsel besäßen, stellten sie aber auch die strategisch gestützte Behauptung, daß sie die Stadt besitzen müßten, um Polen verteidigen und seinen Zugang zum Meer sichern zu können.

Der zweiten Forderung war, abgesehen von der Möglichkeit, Polen Rechte in deutschen Häfen einzuräumen, nach 1924 durch den Ausbau des benachbarten Hafens Gdingen Rechnung getragen worden. Der erste Punkt hinsichtlich der Verteidigung bedarf keiner eingehenden Prüfung. Danzig lag abseits vom eigentlichen Ausdehnungsbereich des polnischen Staatsgebietes und konnte darum wenig zur Verteidigung Polens beitragen. Ian D. Morrow, der englische Hauptberater für historische Fragen zur Vertragsregelung in den östlichen Grenzländern, war zu dem Schluß gekommen, die Frage der polnischen Ansprüche auf Danzig „bestehe sozusagen als ständiger Hintergrund für die Geschichte der

Beziehungen zwischen dem Freistaat Danzig und der Republik Polen”.

In der frühen Geschichte Danzigs spielte vor allem der Deutsche Ritterorden eine bedeutende Rolle. Der Orden war von den römischen Päpsten und den deutschen Kaisern beauftragt worden, der drohenden Heideninvasion in Osteuropa ein Ende zu bereiten. Der Orden richtete seine Herrschaft über Westpreußen 1308 auf. Danzig, das in diesem Gebiet durch deutsche Siedler gegrün-

det wurde, erhielt vom Orden die Genehmigung, sich der Hanse anzuschließen. Unter dem Schutz des Ordens breitete sich Danzig in einem Zeitraum von mehr als 150 Jahren sehr schnell aus und wurde so zum führenden Schiffsbauplatz der Welt. Damals erst kamen die ersten Polen in diesen Raum und das Steueramt von Danzig berichtet, daß nur 2 Prozent der neuen Siedler in der Zeitspanne von 1364 bis 1400 polnisch war.

Polnische Historiker haben demgegenüber betont, daß ein deutscher Handelsplatz auf Danziger Boden seine erste Rechtsurkunde im Jahre 1235 von Swantopolk, einem westslawischen Stammesoberhaupt, empfangen hätte. Folglich habe die erste deutsche Handelssiedlung in einem unter slawischer Oberhoheit stehenden Gebiet gelegen. Sie behaupteten das als eine Art Präzedenzfall, wenn sie darauf hinwiesen, daß die Polen mit ihrem Anspruch auf Danzig die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes verlangten. Dies ist für jeden, der die angeblich enge Verwandtschaft zwischen den frühen westslawischen

Stämmen des Küstengebiets und den Polen in Frage stellt, eine unmögliche Geschichtskonstruktion.

Polnische Geschichtsforscher sehen für Polen in der Eroberung Westpreußens durch den Deutschen Ritterorden im Jahre 1308 eine große Tragödie. Die Ritter waren zumindest vorübergehend in der Lage, eine gemeinsame Grenze zwischen ihren Eroberungen entlang der Ostsee und dem übrigen Deutschland zu errichten. Sie schufen ferner weiter oben im Norden eine gemeinsame Grenze mit dem Deutschen Schwertbrüderorden. Damit wurden die deutschen Osteroberungen des Mittelalters zu einem zusammenhängenden Gebiet, das von Holstein bis zum finnischen Meerbusen reichte, verbunden. Infolgedessen mußte jeder spätere Versuch Polens, einen Landweg zur Ostsee zu gewinnen, einen Streit um das festgefügte deutsche Grenzgebiet zwischen Polen und der Küste entfachen. Der Deutsche Orden hat bei seinen Eroberungszügen niemals nach Gebieten gegriffen, die von Polen bewohnt waren. Die Polen konnten also, als sie die Deutschen angriffen, weder vor dem Papst noch dem Kaiser behaupten, sie gedächten polnische Gebiete von deutscher Herrschaft zu befreien.

Die Wirren der päpstlichen Herrschaft im 15. Jahrhundert und die inneren Schwierigkeiten des Deutschen Reichs gaben den Polen Gelegenheit, den Deutschen Ritterorden anzugreifen. In der gleichen Zeit blieben die Beziehungen zwischen den deutschen Kaisern und den Polen friedlich. Bis zur Auslöschung Polens im 18. Jahrhundert fanden überhaupt keine kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen deutschen Kaisern und polnischen Königen statt.

Die Polen nahmen ihren siegreichen Kampf gegen den Orden im Jahre 1410 auf. Nach ihrem Sieg bei Tannenberg (Grunwald) im ersten Jahre dieses Krie-

ges waren sie immer wieder die Angreifer. Der Kampf zog sich bei zeitweiligen starken Ausbrüchen der Polen mühsam hin, während sich die Deutschen hartnäckig in ihren Städten verteidigten. Der Ausgang des Krieges wurde schließlich von Zwistigkeiten unter den Deutschen, d. h. unter den Ansiedlern und den im Zölibat lebenden Rittern aus allen Teilen Deutschlands, entschieden. Die Ansiedler in den Städten wie auf dem freien Land hatten angefangen, sich als die seit einigen Generationen nach der ersten Besiedlung ansässigen Deutschen zu betrachten und sahen die Ritter, die keine angestammte Herkunft aus diesen Provinzen nachweisen konnten, als Fremde an. Die daraus sich entwickelnden mörderischen Kämpfe haben den Orden entscheidend geschwächt. So verfiel der Ordensstaat im Frieden von Thorn 1466 der Auflösung.

Einige polnische Geschichtsforscher betrachten die Zeit des Ordens in Westpreußen nur als Episode, die den Polen endlich Gelegenheit gab, ihre Ansprüche auf das Erbe der westslawischen Stämme zu verwirklichen. Im Jahre 1466 eigneten sie sich den größten Teil von Westpreußen und einen Landstrich Ostpreußens an. Sie erreichten die Ostseeküste, doch gelang es ihnen nicht, ihre maritimen Wünsche durchzusetzen. Danzig trennte sich vom Ordensstaat, behielt aber innerhalb der Hanse den Status einer deutschen Stadt. Seine Stellung war ungewöhnlich. Es gehörte nicht wie andere Hansestädte zum Deutschen Reich und unterstand auch nicht der unmittelbaren Gerichtsbarkeit des Kaisers. Danzig genoß theoretisch den Schutz der polnischen Könige, war aber unabhängig von ihnen. Es begab sich niemals seiner Unabhängigkeit, da es nicht zuließ, daß ein polnisches Heer die Stadt besetzte.

König Stephan Bathory wurde 1576 dieses Zustandes überdrüssig. Er drohte den Danzigern mit Krieg, wenn sie seiner Forderung nach einer polnischen Besetzung und einer ständigen Garnison nicht nachkämen. Danzig zögerte keinen Augenblick, sich Stephan Bathory zu widersetzen. Der darauf folgende Krieg wurde zu einer Demütigung für den stolzen polnischen Staat, der auf dem Gipfel seiner Macht stand. Dem polnischen Heer gelang es nicht, Danzig einzunehmen.

Im 17. Jahrhundert verlor Danzig seine Bedeutung als Handelsplatz im Zusammenhang mit dem Niedergang der anderen Hansestädte. Das hatte vielfältige Gründe wirtschaftlicher wie politischer Art, wenn auch die wesentliche Ursache in den erfolgreichen, vereinten Bemühungen der Dänen und Holländer gesehen werden muß, die Hanse zu schwächen. Danzig behauptete trotz seines Verfalls weiterhin seine Freiheit gegen polnische Herrschaftsansprüche, während der Staat Polen selbst eine Zeit anhaltenden Niedergangs nach dem großen ukrainischen Aufstand von 1648 durchzumachen hatte. Die Lage Danzigs blieb bis zur Einverleibung durch Preußen im 18. Jahrhundert unverändert.

080

081

Preußen ergab sich Napoleon I. im Frieden von Tilsit im Jahre 1807. Danzig wurde von Preußen abgetrennt und in ein französisches Protektorat mit einer französischen Garnison umgewandelt. Dieser unnatürliche Zustand, der auch über Bremen, Hamburg und Lübeck verhängt wurde, stieß bei den Danzigern auf stärksten Widerstand. Danzig war mittlerweile mit freudiger Zustimmung preußisch geworden. Als das französische Regime in der Stadt, infolge der

Niederlage Napoleons in Rußland, im Jahre 1812 isoliert wurde, war Preußen in der Lage, Danzig nach einer langen Belagerung Anfang 1814 wiederzuerlangen. So blieb es durch und durch deutsch, bis es 1945 durch russische und mongolische Verbände buchstäblich ausgelöscht wurde.

Danzigs Not bei der Trennung von Deutschland

Zwischen 1814 und Deutschlands Niederlage 1918 erlebte Danzig weder Krieg noch Invasion. Seine Bevölkerung dachte bis zum Ende des 1. Weltkrieges nicht im geringsten an die Möglichkeit einer Annexion durch den neuen polnischen Staat. Im Februar 1918 versicherte der deutsche Kanzler Hertling den Danzigern, Präsident Wilsons Friedensprogramm mit seinem 13. Punkt über Polens Zugang zum Meer werde ihre Bindungen zu Deutschland in keiner Weise beeinträchtigen. Der Botschafter des Präsidenten hatte der deutschen Regierung das Gleiche zu verstehen gegeben, nachdem über einen Zugang Polens zum Meer bereits vor Amerikas Kriegseintritt verhandelt worden war. Das Programm des Präsidenten stützte sich auf die nationale Selbstbestimmung, und Danzig war rein deutsch.

Die Danziger erwogen Hafenrechte für die Polen in deutschen Häfen, ähnlich wie sie den Tschechen in Hamburg und Stettin gewährt wurden. Diese Regelung erfüllte die tschechische Forderung nach einem Zugang zum Meer. Niemand dachte in Danzig an eine polnische Herrschaft, bis es bekannt wurde, daß die Polen in der Friedenskonferenz Danzig gefordert hatten und Präsident Wilson geneigt war, sich für sie einzusetzen. Die ernüchterten Danziger beschworen die deutsche Regierung in Weimar, jede Friedensbedingung abzuweisen, die eine Trennung der Stadt von Deutschland vorsah. Im April 1919 konnte man noch hoffen, weil die Alliierten sich weigerten, den polnischen

Truppen im Westen unter General Haller die Rückkehr nach Polen über Danzig zu gestatten. Zu dieser Zeit hielten deutsche Truppen Danzig besetzt und so mußten die Polen mit der Bahn heimkehren.

Als die Danziger den Entwurf des Versailler Vertrages im Mai 1919 erhielten, waren sie verzweifelt. Sie entdeckten, daß ein seltsames Schicksal sie in die unsinnige und zweifelhafte Lage eines separaten Staates zu zwingen im Begriff stand. Im Mai 1919 wurde es Danzig klar, daß die 14 Punkte und die Selbstbestimmung bloße Taktik waren, eine „ruse de guerre à la américaine"

081

082

(eine Kriegslist auf amerikanische Art), und im Juni 1919, als die Weimarer Regierung den Vertrag annahm, wurde es offenbar, daß Danzig seinem deutschen Vaterland den Rücken kehren mußte. Die alliierten Sprecher in Danzig drängten die Stadt, sich ohne Verzug unter Verzicht auf jede Sentimentalität zu fügen. Die Deutschen waren von den Alliierten überlistet worden. Danzig hatte jedenfalls den 1. Weltkrieg verloren.

Polens Streben nach eigener Schiffahrt

Der hervorragende polnische Historiker Oskar Halecki hat erklärt, daß die Forderungen Dmowskis in Versailles „einmütig von' der ganzen Nation gestellt waren". Polnische Sprecher haben hartnäckig behauptet, das ganze polnische Volk sehne sich nach einer freien Meeresgrenze im Norden und nach einer Küstenstellung, die Polen zu einer aktiven Rolle in der Schiffahrt verhelfe. Nach 1918 traf das zweifellos zu, obwohl die Polen in mehr als dreihundert Jahren, als ihnen zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert der

größte Teil der westpreußischen Küste gehört hatte, keine eigene Schiffahrt betrieben hatten. Auch hatte ihnen in jener Zeit östlich der Weichsel sogar ein Küstenstrich mit Hafenanlagen gehört. Als im 17. Jahrhundert Kämpfe zwischen rivalisierenden schwedischen und polnischen Wasa-Königen entbrannten, charterten die Polen deutsche Schiffe und Mannschaften von ostpreußischen Stützpunkten, um ihre Küsten gegen die Schweden zu verteidigen und stellten keineswegs eine eigene Verteidigung zur See auf.

Polen unternahm auch nichts, um eine Handelsflotte zu bauen oder Kolonien zu erwerben, wie es das benachbarte deutsche Fürstentum Brandenburg tat, das bei einer weit weniger günstigen Küstenlage bereits im 17. Jahrhundert Überseehandel trieb und Kolonien in Afrika erwarb. Diese Tatsachen mindern in keiner Weise das Recht Polens, im 20. Jahrhundert eine Rolle in der Schifffahrt zu spielen, aber es war unverantwortlich von polnischen Sprechern, das Volk über seine Vergangenheit zu täuschen. Ein besonders krasses Beispiel gab Eugeniusz Kwiatkowski, der Vizekanzler von Polen von 1935—1939 und seit 1926 Minister für Handel und Industrie; Kwiatkowski war eng befreundet mit Präsident Moscicki und leitete die Organisation des Industriezentrums (COP) von Polen vor dem 2. Weltkrieg. Er war Fachingenieur und hatte in Krakau, Lemberg und München studiert. Er trug mit Stolz den Titel „Schöpfer von Gdingen” für seinen in gemeinsamer Arbeit mit dänischen Fachkollegen durchgeführten Ausbau von Polens Haupthafen. Kwiatkowski machte sich, wie einige andere Wissenschaftler, der Geschichtsfälschung schuldig, als er phantasievoll und in epischer Breite von Polen als dem Land der Schlupfnester westslawischer Piraten im frühen Mittelalter erzählte, die von der Insel Rügen aus unterhalb der pommerschen Küste ihre Een angetreten hätten. Anläßlich

einer Marinefeier am 31. Juli 1932 verkündete er, daß, wenn die Helden aus Polens großer Seefahrtsvergangenheit noch einmal ihre Stimmen erheben könnten, „ein gewaltiger, nicht endender Schrei von einer Strecke von Hunderten von Meilen zwischen Oder und Memel widerhallen würde: ‚Lang lebe Polen' ".

In Paris hatten die Polen behauptet, Danzig sei für ihre künftige Stellung in der Schiffahrt unentbehrlich. Lloyd George verhinderte ihren Plan, Danzig zu annektieren, aber die Dänen sagten ihnen, daß die westpreußische Küste nördlich Danzig die gleichen geographischen Eigenheiten aufweise wie die nordöstliche Küste der dänischen Insel Seeland. Die Dänen hatten Kopenhagen erbaut und es gab keinen Grund, warum die Polen nicht ihren eigenen Hafen bauen sollten, anstatt danach zu trachten, sich eine Stadt anzueignen, die ein anderes Volk erbaut hatte. Die Polen waren von diesem Vorschlag sehr eingenommen und machten sich daran, Pläne für ihren künftigen Hafen Gdingen zu entwerfen.

Der Ausbau Gdingens und die wirtschaftliche Bevorzugung der neuen Stadt durch Polen von 1924 an hatte eine katastrophale Wirkung auf den Handel der unglücklichen Danziger. Der polnische Seehandel betrug 1929 1 620 Millionen Zloty, wovon 1490 Millionen Zloty noch über Danzig gingen. Bis 1938 war der gesamte Inland-und Seehandel auf 1 560 Millionen Zloty gesunken und nur 375 Millionen entfielen auf Danzig. Der Danziger Handelsumschlag war im wesentlichen auf Kohle und Erz beschränkt. Der Import von Reis, Tabak, Zitrusfrüchten, Wolle, Jute und Leder und der Export von Zuckerrüben und

Eiern liefen über Gdingen. Danzig war genaugenommen nur noch Hafen für das Zechengebiet von Ostoberschlesien. Der Handel Gdingens dagegen war auf mehr als das Dreifache des Danziger Hafens angestiegen. Der Handel zwischen Danzig und Deutschland wurde durch hohe polnische Schutzzölle gelähmt.

Die Sorgen Polens hinsichtlich Danzigs hätten sich nach der Fertigstellung des Hafens von Gdingen legen können, wenn die Polen weniger unersättlich gewesen wären. Aber leider war das nicht der Fall und sie blieben genauso eifersüchtig wie früher, ehe sie in der sogenannten Freien Stadt Fuß gefaßt hatten.

Sie hatten ursprünglich den Standpunkt verfochten, daß Danzig der einzige große Hafen sei, den sie brauchten, um den Zugang zum Meer zu sichern. Bald begannen sie jedoch von moderner Seemacht zu sprechen und es war leicht zu beweisen, daß ein Hafen allein nur eine kleine Grundlage für eine größere Seemacht sei. Sie bezeichneten Danzig als ihren zweiten Lungenflügel, den sie brauchten, um richtig atmen zu können. Es war ihnen völlig gleichgültig, daß Danzig keine polnische Lunge sein wollte. Sie blieben auch unge-

rührt angesichts der Tatsache, daß Millionen ihrer ukrainischen Mitbewohner nichts davon hielten, im polnischen Staat zu leben. Fast eine Million Deutscher hatte Polen während der 18 Jahre nach dem Versailler Vertrag in Verzweiflung verlassen. Das Leben war ihnen hinlänglich zur Qual gemacht worden, um diesen Entschluß zu fassen. Man konnte damit rechnen, daß die Deutschen auch ein

polnisches Danzig räumen und so Platz machen würden für ein polnisches „Gdansk“. Die polnischen Führer wurden in ihrer Hoffnung bestärkt, daß es so kommen würde wegen der offensichtlich törichten und demütigenden Verhältnisse, die der Versailler Vertrag in Danzig geschaffen hatte.

Das Liebäugeln der polnischen Führung mit Danzig war in der Tat ungewöhnlich stark. Man konnte es aus der Presse und den analytischen Umfrage-Ergebnissen des polnischen Auswärtigen Amtes (Polska a Zagranica, Polen und das Ausland) ersehen, die den polnischen Missionen im Ausland übermittelt wurden. Diese Geheimberichte wurden auch den Beamten des Foreign Office, Kabinettsmitgliedern und hohen Militärs zugesandt. Die Berichte befaßten sich vor allem mit der Festigung der nationalsozialistischen Regierung nach dem Abkommen von 1934 in Danzig, wirtschaftlichen Fragen der Stadt und dem Verfassungskonflikt zwischen dem Danziger Senat und dem Völkerbund. Man konnte aus ihnen schließen, daß Danzig trotz des Abschlusses des deutsch-polnischen Abkommens von 1934 das Kardinalproblem der polnischen Außenpolitik darstellte. Der vom polnischen Auswärtigen Amt verfolgte Kurs war einfach und deutlich. Es war zu bemerken, daß die öffentliche Meinung Polens sich in steigendem Maße über Danzig erregte und daß die Regierung sich weiterhin stark für die ungelöste Danzigfrage interessierte. Es wurde vor allem betont, daß Danzig, das nicht zu Polen gehörte, kaum weniger wichtig für Polen sei als das polnische Gdingen. Besser konnten die polnischen Absichten auf Danzig nicht verdeutlicht werden.

Unter diesen Umständen konnte kein ernsthaft denkender Mensch ein dauerndes Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen ohne eine endgültige Regelung der Danzigfrage erwarten. Der durch Versailles geschaffene Status Danzigs war an und für sich schon eine Quelle ständiger Reibung

zwischen den beiden Ländern. Nach 1935 glaubte aber die polnische Führung immer noch, daß die Ideallösung die Annexion Danzigs sei, und Pilsudski selbst hatte diese Lösung unter günstigen Bedingungen — wie beispielsweise nach einem siegreichen Präventivkrieg gegen Deutschland — vertreten.

Pilsudskis Präventivkriegspläne stammten von 1933, als Deutschland schwach war. Nach 1934 eröffneten die Polen.eine intensive Propagandakampagne gegen die Tschechen, und die Aussichten auf einen Erfolg der Polen in Teschen im Zusammenwirken mit Deutschland waren nicht ausgesprochen ungünstig. Es schien beinahe, als habe Polen in Danzig nichts mehr zu su-

084

085

chen. Im März 1935 hatte Pilsudski erklärt, daß keine Macht der Erde Deutschland noch länger einschüchtern könne.

Hitler sprach vertrauenerweckend vom Aufgeben der Ansprüche auf viele deutsche Gebiete in Europa, die nach dem 1. Weltkrieg verlorengegangen waren. Dazu gehörten solche, die Dänemark im Norden bekommen hatte, Frankreich im Westen, Italien im Süden und Polen im Osten. Hitler erwartete von Polen, daß es sich revanchieren und den Mißerfolg seiner früheren Bemühungen, Danzig zu nehmen, eingestehen würde. Er war nicht gewillt, einzuräumen, daß Danzig für Deutschland nur darum verlorenging, weil es unter die Schattenherrschaft des Völkerbundes gestellt worden war. Danzig war eine deutsche Nationalsozialisten-Gemeinde, die unter einer polnischen Wirtschaftsdepression zu leiden hatte und gehindert wurde, eine Gesundungspolitik zur Besserung ihrer Verhältnisse zu

verfolgen. Danzig wünschte, zu Deutschland zurückzukehren. Hitler dachte nicht daran, den unsinnigen und demütigenden status quo aufrechtzuerhalten oder diese rein deutsche Stadt Polen zu überlassen'. Er war nur gesonnen, ausgedehnte polnische Wirtschaftsrechte in Danzig anzuerkennen. Die Polen hätten klug daran getan, sich darauf einzustellen, günstige Bedingungen zu erlangen und sonst die Finger von dieser Frage zu lassen.

Hitler sucht Reibungen in Danzig zu vermeiden

Die Polen waren im Begriff, ihre Vorrechte in Danzig zu erweitern, als Hitler 1933 zum Kanzler berufen wurde. Während der ganzen Zeit der Weimarer Republik hatte ständige Spannung zwischen Danzig und Polen geherrscht. In der Tat hatte die Regelung von 1919 in Danzig jede andere Möglichkeit ausgeschlussen. Die Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen kurz nach Erscheinen Hitlers brachte eine vorübergehende Entspannung zwi schen Danzig und Polen. Es hätte aber übermenschlicher Kräfte bedurft, um anhaltend gute Verhältnisse im Zusammenhang mit dem status quo von Versailles aufrechtzuerhalten. Hermann Rauschning, der erste nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig, war bekannt wegen seiner überaus polenfeindlichen Einstellung, aber Hitler überredete ihn, im Juli 1933 nach Warschau zu reisen und sich mit den polnischen Führern ins Benehmen zu setzen. Rauschning fuhr in Begleitung von Senator Arthur Greiser, der sehr maßvolle Ansichten über Polen hegte". Am 5. August 1933 bahnte sich eine günstige Entwicklung an. Danzig und Polen kamen überein, erhebliche Streitfragen durch Verhandlungen beizulegen, anstatt die Beschwerden vor den Völkerbund zu bringen. Jede der Parteien war verpflichtet, wenn die Verhandlungen fehlschlugen, die Anrufung des Völkerbundes drei Monate vorher

anzukündigen. Die Polen sagten überdies zu, ihre Politik der wirtschaftlichen Benachteiligung

085

086

Danzigs zu mäßigen, ein Versprechen, das sie allerdings nicht hielten.

Das folgende Jahr war verhältnismäßig ruhig, obwohl sich viele kleine störende Vorfälle ereigneten, die sich aus wirtschaftlichen Fragen oder aus der Tätigkeit polnischer Verbände auf Danziger Gebiet ergaben. Am 8. August 1934 schlossen Danzig und Polen einen Wirtschaftsvertrag, der für beide Seiten steuerliche Erleichterungen und den Vertrieb polnischer Waren in Danzig enthielt. Die versöhnliche Haltung in Danzig vertiefte sich, als Greiser am 23. November 1934 Rauschnings Nachfolger als Senatspräsident wurde. Die Polen hatten keine Klagen über Greiser vorzubringen, erhoben aber Einspruch gegen Albert Forster, den nationalsozialistischen Gauleiter. Forster war ein energischer, tüchtiger Franke und von jener Sturheit, die für die Männer seiner Heimat kennzeichnend ist. Er galt als einer der besten Männer Hitlers und seine Berufung nach Danzig bewies die Ernsthaftigkeit deutscher Absichten. Forster dachte nicht so kosmopolitisch wie Greiser, war aber so intelligent, daß er trotz seiner westdeutschen Herkunft das Ziel und die Bedeutung der Danzig-Frage klar erkannte. Polen und dem Völkerbund stand er als hartnäckiger Verhandlungspartner gegenüber und unterstützte zugleich getreulich Hitlers Pläne für ein dauerhaftes Einvernehmen mit Polen. Er teilte auch Hitlers weitgehende Bereitschaft zu einer Verständigung mit England. Lord Vansittart beschrieb Forster in seinen Erinnerungen als „Hallodri (Forster sah außerordentlich gut aus), der mit zungenfertigen

Versicherungen und einem liebenden Gespons (Forsters Frau war ungewöhnlich schön) in unser Haus kam”. Diese knapp formulierte Ablehnung Forsters von seiten des führenden britischen Deutschenhassers paßte genau zu der negativen Haltung der Polen.

Das Bemühen Hitlers, in Danzig zu einem harmonischen Verhältnis mit Polen zu gelangen, hatte kein dauerhaftes Ergebnis. Anfang 1935 verstärkten sich die Reibungen wiederum und setzten sich bis zum Ausbruch des Krieges 1939 fort”. Viele der neuen Streitfälle waren wirtschaftlicher Natur. Danzig litt unter einer schweren Wirtschaftsnot und seine nationalsozialistische Regierung wollte dem Volk nachhaltiger helfen, als es die konservative Regierung vorher getan hatte. Die Unfreiheit machte es jedoch unmöglich, dem steigenden Wohlstand im Reich nachzueifern. Die deflationäre Finanzpolitik Polens war für Danzig ein Fluch, da der Danziger Gulden von dem knappen Zloty der Polen abhängig war. Ein Versuch, den Gulden vom Zloty zu lösen, ohne die polnische Zollunion zu verlassen, verursachte im Mai 1935 eine Krise. Danzig wurde sehr intensiv von Hjalmar Schacht, dem Reichsbankpräsidenten, beraten. Die polnischen Finanzexperten betrachteten das als eine unverantwortliche deutsche Einmischung in die Angelegenheiten des deutschen Danzigs. Am 18. Juli 1935 erreichte die Krise ihren Höhepunkt, als Polen eine

Blockade über Danzig verhängte und den Transport aller Güter über Gdingen anordnete. Ohne Rücksicht auf Polen antwortete Danzig darauf mit dem Öffnen seiner Wirtschaftsgrenzen nach Ostpreußen. Das war gleichbedeutend mit dem Versuch, die polnischen

Zollbeamten zu übergehen und die Zolltarife nicht zu beachten. Zu diesem kritischen Zeitpunkt griff Hitler ein und bot seinen ganzen Einfluß auf, um das Abkommen vom 8. August 1935 zu schließen, das Danzig mit seinem Rückzug bezahlte. Diese Niederlage machte jeder Hoffnung ein Ende, die wirtschaftliche Depression aus eigener Kraft beheben zu können.

Ein sehr bezeichnender Streitfall aus jenen dunklen Tagen wurde 1936 bekannt, als die Polen ganz unvermittelt gewöhnliche Armeeuniformen an die polnischen Zollbeamten mit der Absicht ausgaben, die Danziger Bevölkerung an eine reguläre polnische Militärbesatzung zu gewöhnen. Die Danziger Regierung protestierte, aber die Polen weigerten sich wie üblich, Proteste von Danzig zu akzeptieren. Gefährlichen Zündstoff lieferte auch die aufrührerische Tätigkeit der polnischen Verbände. Die polnische „Marine-und Kolonie-Liga" demonstrierte im Juli 1936 in Warschau für die Erweiterung der gegenwärtigen Rechte Polens in Danzig. Ihre Tätigkeit wurde in der polnischen Presse von einer neuen Hetze gegen Danzig unterstützt. Die Beziehung zwischen Polen und Danzig waren jetzt ebenso schlecht wie während der Weimarer Republik. Hitler hatte versucht, die Reibungen auf der Grundlage des Status quo zu vermindern, was ihm aber mißlang.

Der Chauvinismus des polnischen Hochkommissars Chodacki

Beck erkannte sehr bald, daß erneute Spannungen Danzig zum wichtigsten Brennpunkt der polnischen Diplomatie gemacht hatten, wenn man von Paris absah. Er beschloß, Hochkommissar Kasimierz Papee abzuberufen und ihn durch einen Mann zu ersetzen, der sein besonderes Vertrauen genoß. Die Wahl fiel auf Oberst Marjan Chodacki, den Beck

als den zweitbesten Mann nach Juliusz Lukasiewicz in Paris einschätzte. Chodacki war 1936 der diplomatische Vertreter Polens in Prag. Im Dezember des gleichen Jahres rief Beck seinen Freund nach Warschau zurück, um sich drei Tage lang eingehend mit ihm über die Lage Danzigs zu unterhalten, bevor die notwendigen Schritte für den Postenwechsel eingeleitet wurden. Dort eröffnete Beck ihm seinen Entschluß und bat ihn, den Danziger Posten anzunehmen. Chodaci willigte ohne Zögern ein. Beck fragte ihn, ob er keine Bedenken habe, diese gefährliche Mission zu übernehmen. Anstelle einer Antwort fragte Chodacki zurück: „Haben Sie Bedenken, mich dorthin zu schicken?” Mit zustimmendem Lächeln gab Beck zu verstehen, daß er sich verstanden wußte. Er kannte seinen Freund als einen glühenden und gefühlvollen Patrioten.

087

088

Beck gab eine kurze Schilderung der Lage. Er erwartete von Chodacki, die Stellung Polens in Danzig ohne kriegerische Mittel zu halten, ließ aber durchblicken, daß die Vorgänge dort letzten Endes zum Krieg führen könnten. Beck hob die Bedeutung des britischen und französischen Verhaltens gegenüber der polnischen Politik in Danzig hervor und Chodacki erkannte, daß Beck die Hilfe der Westmächte für den Fall eines Konfliktes mit Deutschland anstrebte. Ganz offensichtlich waren Paris und London für den Kurs der polnischen Politik in Danzig entscheidend. Beck gab zu, daß Danzig den beiden Westmächten 1936 noch gleichgültig war, er hoffte aber, daß sich ihre Haltung später ändern würde. Er erörterte Einzelheiten der gegenwärtigen Streitigkeiten in Danzig und es herrschte sichtlich völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Männern. Einige Tage später trat Chodacki sein neues Amt an.

Seit einigen Jahren waren die Danziger mit dem Völkerbundskommissar Sean Lester unzufrieden. Lester kam aus Ulster (Nordirland) und gefiel sich darin, in Danzig einen Einmann-Kreuzzug gegen den Nationalsozialismus und seine Errungenschaften zu führen. Die Offiziere des deutschen Kreuzers „Leipzig“ weigerten sich ostentativ, Lester einen Besuch abzustatten, als ihr Schiff im Juni 1936 den Danziger Hafen anlief. Danzig hatte die Engländer wiederholt gedrängt, Lester abzuberufen, bis diesem Ersuchen schließlich stattgegeben wurde. Nachdem verschiedene Persönlichkeiten als Ersatz in Betracht gezogen worden waren, fiel die Wahl auf Carl Jacob Burckhardt, den bekannten Schweis zer Historiker und besonderen Kenner der Politik des Kardinals Richelieu sowie der Traditionen der europäischen Diplomatie. Die Polen hatten nichts gegen ihn einzuwenden und so wurde ihm am 18. Februar 1937 sein Amt vom Völkerbundssicherheitsrat übertragen. Burckhardt hatte es verstanden, seine tiefe Zuneigung zu den Deutschen sorgfältig zu verbergen. Später haben viele Völkerbundsdiplomaten Kritik an ihm geübt, aber im großen und ganzen wurde seine Wahl damals beifällig aufgenommen.

Chodacki war nach Danzig entsandt worden, um die Ansprüche und die Stellung Polens aufrechtzuerhalten, während Burckhardt lediglich einen Aufsichtsposten für das sterbende Völkerbundsregime einnahm. Chodacki hatte Instruktionen, die Rechte Polens in Danzig durchzusetzen und man erwartete von ihm keineswegs den Glauben an die ständige Wahrung des Friedens. Der Schwerpunkt seiner Mission lag in der Versteifung des polnischen Kurses, ohne einen Konflikt zu riskieren, bis Polen auf die Unterstützung der Engländer und Franzosen rechnen konnte. Er trug in Danzig eine herausfordernde und kriegerische Haltung zur Schau. Am Tag der polnischen Unabhängigkeit, dem 11. November 1937, hielt er eine bedeutsame Rede vor

polnischen Zuhörern in Groß-Trampken, das auf Danziger Boden lag. Dabei traf er die folgende bezeichnende Feststellung, die keinen Zweifel an seinem

088

089

Auftrag ließ: „Ich erinnere mich sehr gut der Zeit, in der ich in den Großen Krieg zog mit der Hoffnung auf Polens Wiederauferstehung. Die Polen hier in Danzig sollten genauso leben und warten in der Hoffnung, daß sie binnen sehr kurzem vielleicht auf polnischem Boden leben werden."

Wenn es auch eine Sonntagsrede war, sie hätte auch dem letzten Skeptiker zeigen müssen, daß weder Chodacki noch Beck die Hoffnung aufgegeben hatten, Danzig für Polen zu annektieren. Eine endgültige Lösung mußte gefunden werden, um die Unruhe zu beseitigen, die durch widerstreitende polnische und deutsche Bestrebungen in Danzig verursacht wurde. Solange es keine Lösung gab, konnte es auch kein dauerndes Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen geben. Selbstbestimmung für die Bewohner war das beste Mittel, diese Aufgabe mit dem Blick auf die gegensätzlichen Ansprüche der Polen und Deutschen zu lösen. Es war den Danzigern nichts Neues mehr, daß viele Polen auf die schließliche Einverleibung Danzigs hofften. Sie waren auch kaum überrascht, als sie entdeckten, daß Becks Hochkommissar insgeheim die gleichen Gedanken hegte. Es kann schwerlich behauptet werden, Chodackis öffentlich verkündeter Feldzug der polnischen Irredenta wäre dazu angetan gewesen, die wachsende Spannung zwischen Danzig und Polen zu vermindern. Beck hatte sich Danzigs angenommen, indem er einen Chauvinisten entsandte, um die polnische Stellung zu behaupten.

Die Verschlechterung der Danziger Situation nach 1936

Die Zwistigkeiten zwischen Danzig und Polen vermehrten sich im Laufe des Jahres 1937 spürbar. Chodacki hat später erklärt, daß fünfzehn tausendseitige Bände erforderlich wären, um die danzig-polnischen Streitigkeiten vor dem 2. Weltkrieg zu schildern. Zweifellos entfällt ein großer Teil davon auf das Jahr 1937. Für Danzig und Polen blieben es schwere Zeiten. Die meisten Auseinandersetzungen waren wirtschaftlicher Natur. Die Polen belegten Importe der riesigen Danziger Margarine-Industrie mit hohen Steuern, um polnische Konkurrenten zu schützen. Sie wiesen die Klage Danzigs zurück, daß diese Maßnahme die am 6. August 1934 abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen zur Aufhebung der Handelsgrenzen zwischen den beiden Ländern ver letze. Allein dieser Streit brachte eine endlose Reihe von Repressalien und Gegenanschuldigungen mit sich.

Unverantwortliches Fischen im trüben durch Ausländer war eine weitere Ursache unfreundlicher Regungen. Als kennzeichnendes Beispiel muß die Verbreitung von Gerüchten durch den „Daily Telegraph“, die bekannte englische Tageszeitung, angesehen werden. Am 10. Mai 1937 berichtete dieses Blatt, Joseph Goebbels habe die Absicht Deutschlands verkündet, Danzig in naher Zukunft zu annektieren. Die Wirkung solcher Meldungen auf die erregbaren

089

090

Polen im Danziger Gebiet ist nur zu verständlich, und man wäre angenehm überrascht gewesen, wenn gerade diese

Zeitung, die durch das Kaiser-Interview und den Hoare-Laval-Pakt traurige Berühmtheit erlangt hat, nicht zur Alarmstimmung in Danzig beigetragen hätte. Die Goebbels unterstellte Behauptung war in diesem Fall eine reine Erfindung.

Die Spannungen waren 1938 bis zu einem Punkt angewachsen, an dem sie in steigendem Maße zu Gewaltakten ausarteten. Häufiger als sonst wurden Protestversammlungen wegen angeblicher Untaten abgehalten. Sie wurden von Interessengruppen der umliegenden polnischen Städte organisiert und endeten stets mit Rufen wie „Wir wollen nach Danzig marschieren!” und dem mörderischen Schlagwort „Schlagt die Hitleristen tot!”.

Während der polnischen Manöver im September 1937 berichtete Chodacki Rydz-Smigly, daß die nationalsozialistische Revolution beendet und die Gleichschaltung Danzigs mit dem System im Reich durchgeführt sei. Die einzige Ausnahme war, daß Danzig immer noch an seiner „made in Polen“- Depression zu leiden hatte, während Deutschland sich großen Reichtums erfreute. Die reibungslose organisatorische Arbeit Albert Forsters überzeugte die Polen, daß Danzig ihnen schließlich doch noch durch die Finger schlüpfen würde. Diese Erkenntnis steigerte ihre Erbitterung. Chodacki hat später gesagt, daß 1938 eine seiner Reden in Thorn oder irgendwo anders in Westpreußen genügt hätte, um eine zehntausendköpfige Menge nach Danzig in Marsch zu setzen. Er gab zu, daß er oft versucht gewesen sei, eine solche Rede zu halten. Er fühlte sich angestachelt durch unglaubliche Angriffe in Krakauer Zeitungen, die ihn als zu konziliant gegenüber Danzig bezeichnet hatten.

Die Notwendigkeit einer Lösung

1938 bildete die Danzig-Frage einen Wust von einander entgegenstehenden Bestrebungen erbitterter Polen und ungeduldiger Danziger. Das unsinnige, in Versailles geschaffene System erwies sich nun vollends als Fehlschlag. Verschiedentlich hatte Hitler mäßigend eingegriffen, aber er war nicht weniger aufgebracht über die demütigende Farce als die Danziger und war weiterer Beschwichtigungsversuche auf Kosten Danzigs überdrüssig. Scharfsinnige ausländische Beobachter rechneten mit dieser Haltung. Lord Halifax, der Gandhi bei vielen Gelegenheiten überspielt hatte, besuchte Hitler am 19. November 1937 in Berchtesgaden. Er stellte die Frage, ob Hitler plane, etwas in der Dan zigFrage zu unternehmen. Hitler gab verständlicherweise eine ausweichende Antwort, aber Halifax verhehlte nicht, daß er eine Aktion Deutschlands erwarte, um Danzig zurückzuholen.

Die Geisteshaltung der polnischen Führung ließ darauf schließen, daß eine Lösung schwierig sein würde, und man erinnert sich nur mit Pein daran, daß

090

091

diese Zustände gar nicht vorhanden gewesen wären, wenn die Friedensmacher von 1919 Danzig nicht in diese unglaubliche Lage gebracht hätten. Die Danzig-Frage war aus dem kläglichen Kompromiß zwischen Lloyd George und Woodrow Wilson erwachsen. In einem Kommentar drückt es der amerikanische Publizist Porter Sargent kurz so aus: „Die angelsächsischen Völker hielten die Welt auf ihrer flachen Hand, und was für einen Mist haben sie daraus gemacht!”. Es war nichts anderes übriggeblieben, als eine Lösung zu versuchen. Für den Fall ihres Scheiterns mußten die Kosten

des Fehlschlags von den nächsten Generationen bezahlt werden.

091

092

4. KAPITEL: DEUTSCHLAND, POLEN UND DIE TSCHECHEN

Die bolschewistische Bedrohung Deutschlands und Polens

DAS Versäumnis zweier benachbarter Nationen mit gleichartigen Interessen, angesichts einer existenzbedrohenden Gefahr zusammenzustehen, ist ein betrübliches Schauspiel. Die Kulturvölker des alten Griechenland und der Azteken in Amerika wurden von fremden Eindringlingen infolge ihres mörderischen Haders miteinander überwältigt. In den dreißiger Jahren haben die autoritären und nationalbewußten Staaten Deutschland und Polen versucht, Entwicklung, Lebensbedingungen und Kultur ihrer nationalen Einheit zu fördern, sahen sich aber gemeinsam von der Sowjetunion bedroht. Die Ideologie der Sowjetunion beruhte auf den Lehren vom Klassenhaß und des revolutionären Internationalismus von Karl Marx.

Die Völker Rußlands haben in unvorstellbarem Ausmaß unter ihrem Mißgeschick leiden müssen, einer gnadenlosen kleinen Clique von bolschewistischen Revolutionären zum Opfer zu fallen, die in der Stunde der russischen Niederlage im 1. Weltkrieg die Macht ergriffen hatte. Später richteten die Bolschewiken zahllose Verwüstungen unter den Völkern Deutschlands und Polens an. Durch Mord und Terror haben die Kommunisten den ganzen östlichen Teil Deutschlands

entvölkert und halten Mitteldeutschland, das Herz des Landes, mit eisernem Griff umschlossen.

Mit Bitterkeit muß man feststellen, daß Millionen von Deutschen und Polen jetzt unter einem System miteinander arbeiten, das die Freiheit ihrer beiden ‚Nationen zerstört hat. Sie waren nicht fähig, sich in der Verteidigung ihrer Freiheit zu einen. Es ist natürlich möglich, daß die Sowjetunion auch dann über Deutschland und Polen triumphiert hätte, wenn die beiden Nationen Verbündete gewesen wären. Wahrscheinlicher aber ist es, daß ein deutschpolnisches Bündnis der Felsen hätte sein können, an dem sich die sowjetische Flut gebro-

092

093

chen hätte. Die gegenwärtige Macht der Bolschewisten ist so groß, daß niemand weiß, ob es noch möglich ist, die Welteroberung durch sie zu verhindern. Das Versäumnis eines deutsch-polnischen Zusammengehens ist eine der größten Tragödien der Weltgeschichte.

Der Konflikt zwischen Berlin und Warschau war 1939 der Vorwand für die Durchsetzung der veralteten englischen Gleichgewichtspolitik. Aus ihr ging ein sinnloser Vernichtungskrieg gegen Deutschland hervor. Jeder alliierte Soldat des Westens kämpfte unbewußt für die Ausbreitung des Bolschewismus und gleichzeitig unterhöhlte er die Sicherheit jeder westlichen Nation. Niemals zuvor sind einer so unedlen Sache so viele Opfer gebracht worden.

Weder Deutschland noch Polen haben im Sinn gehabt, die Welt zu bekehren oder anderen Nationen des Erdballs ein fremdes Regierungssystem aufzuerlegen. In dieser Hinsicht herrscht zwischen ihnen und der Sowjetunion ein gewaltiger

Unterschied. Die Anlässe zu Reibungen waren trotz der sinnlosen Forderungen des Versailler Vertrages von 1919 unter dem segensreichen Einfluß des Vertrages zwischen Pilsudski und Hitler spürbar geringer geworden. Ein wenig Nachgeben auf beiden Seiten, sei es auch nur zugunsten der Bildung einer gemeinsamen Front gegen den Bolschewismus, hätte diese Reibungen bedeutungslos gemacht. Die beiden Nationen waren natürliche Bundesgenossen. Es waren neue Staaten, die ihre Unsicherheit und Furcht zu überwinden such ten, nachdem diese infolge der Vereitelung ihrer gesunden Nationalbestrebungen viele Jahrhunderte hindurch verursacht worden waren. Die Führer der beiden Staaten haßten das bolschewistische System und betrachteten es als die schlimmste von einem Menschen erdachte Regierungsform. Sie waren sich klar darüber, daß die Rohstoffquellen und Völker Deutschlands und Polens im Vergleich mit der Sowjetunion geradezu kümmerlich waren.

Aus einem Bericht über die internationale Lage, der 1936 vom polnischen Auswärtigen Amt an die ausländischen Missionen verschickt wurde, ist zu entnehmen, daß die Sowjetunion als die größte Bedrohung Polens von außen betrachtet wurde. Dieser Bericht bestätigte die Eindrücke des diplomatisch-militärischen Ausschusses, den Pilsudski 1934 einsetzte, um die deutsche und russische Situation zu studieren. Dennoch wies Polen nach 1934 die Vorschläge Hermann Görings für eine deutschpolnische Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion zurück. Die große Frage war, ob Polen vorhatte, Deutschland und der Sowjetunion gegenüber politisch unparteiisch zu bleiben oder nicht.

Mitte 1936 waren polnische Experten in Moskau von den verbesserten Lebensbedingungen in Rußland während des zweiten Fünfjahresplans, der anscheinend sehr viel weniger

drastisch und grausam durchgeführt wurde als der erste Fünfjahresplan, beeindruckt. Sie räumten ein, daß das Sowjetsystem seine Stellung gefestigt habe. Später im gleichen Jahr begann eine neue Reihe

093

094

sowjetischer Säuberungsmaßsnahmen. Sie. dauerten ungefähr drei Jahre und ließen die blutigen Säuberungen der Tscheka im Jahre 1918 oder auch jene von 1934, die der Ermordung des Leningrader Stadtoberhauptes Sergej Kirow folgte, kümmerlich erscheinen. Ausländische Beobachter fragten sich, ob die neuerlichen Säuberungsaktionen das Sowjetregime stärken oder schwächen würden. Die Ansichten über diese kritische Frage waren geteilt, aber ganz offensichtlich zeigten die neuen Unruhen eine Krise für das Regime an.

Hitlers antibolschewistische Außenpolitik

Die jüngsten Vorgänge bei den Sowjets berührten Hitlers politischen Zeitplan, der auf Eile abgestellt war, nicht, obwohl die eigentlichen Verteidigungsvorbereitungen überaus schleppend vorangingen, weil man eine Geldinflation befürchtete. Hitler bemühte sich, die Freundschaft Englands zu gewinnen und eine englisch-deutsche Zusammenarbeit im Geiste und der Tradition eines Bismarck, Cecil Rhodes und Joseph Chamberlain zu fördern. Die traditionelle englische Politik vom Gleichgewicht der Kräfte war ihm durchaus gegenwärtig. Er war sich klar darüber, daß er seine Verteidigungsmaßnahmen gegen den Bolschewismus auf dem Kontinent vollenden mußte, bevor die Engländer entschieden, daß er „zu stark“ war, und ihn vernichten würden, wie sie es mit Napoleon getan hatten.

Hitler hoffte, daß die Engländer sich nicht einmischen würden, solange er Deutschlands Stellung durch ein Einvernehmen mit seinen Hauptnachbarn und durch ein beschränktes und maßvolles Programm der Gebietsrevisionen sicherte. Die britische Führung hatte sich der deutschen Zollunion vor 1848 widersetzt, genauso der nationalen Einigung Deutschlands in den darauffolgenden Jahren. Dennoch hatte Bismarck Lord Palmerston 1864 in Schleswig-Holstein überspielt und 1871 stellte sich heraus, daß die Tories und Liberalen gleichermaßen bereit waren, die Ergebnisse der Bismarckschen Einigungspolitik trotz wiederholter Gewaltanwendung zu billigen. Man gestand es Deutschland zu, nach 1871 die stärkste Militärmacht auf dem europäischen Kontinent zu sein. Das Gleichgewicht der Kräfte war wirksam, doch die Engländer standen vor kolonialen Konflikten mit Frankreich und Rußland, und die deutsch-französische „Kriegsfurcht"-Krise von 1875 zeigte, daß Deutschland durch eine feindliche Gruppierung immer noch in Schach gehalten werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt konnte innerhalb weniger Tage eine Koalition zwischen Frankreich, England und Rußland gegen Deutschland gebildet werden.

Hitler hoffte, die englische Führung würde ein deutsches Gebietsrevisionsprogramm und die Verteidigung gegen den Kommunismus hinnehmen, wenn beides schnell genug durchgeführt werden könnte. Bei einem langsamen Fortgang konnte die latente englische Feindschaft gegen alles Deutsche leicht wie-

094

095

der aufflammen. Die traditionelle Kriegsentschlossenheit der englischen Oberschicht war vorübergehend in den

Hintergrund getreten, konnte aber verhältnismäßig schnell wieder aufleben. Hitler hoffte, sein Verzicht, politische Ziele in Übersee, im Westen oder Süden Europas zu verfolgen, würde die britische Führung überzeugen, daß mit der Sicherung seiner Stellung sein Programm maßvoll bliebe. Seine Stärke würde doch nicht ausreichen, um die führende Stellung des britischen Empires in der Welt zu überschatten. Er war gewillt, Deutschland Großbritannien politisch unterzuordnen und sich ganz allgemein zu verpflichten, die britischen Interessen in jeder Weise zu unterstützen. Hitler hoffte, daß die Engländer die Vorteile dieser Einstellung begrüßen würden. Sie konnten die Vereinigten Staaten gegen Deutschland ausspielen. Deutschland würde England in seinem Widerstand gegen amerikanische Angriffe auf die geheiligte Lehre des englischen Kolonialismus nützlich sein und die Vereinigten Staaten könnten eingeschaltet werden, um irgendwelchen deutschen Ansprüchen auf besondere Vorrechte entgegenzutreten.

Hitlers Gedanken wurden in einem ausgezeichneten Bericht Joachim von Ribbentrops, des deutschen Botschafters in England, vom 2. Januar 1938 bestätigt. Ribbentrop wies darauf hin, daß es keine echte Möglichkeit zu einem deutsch-englischen Übereinkommen gäbe, solange die Verhältnisse nicht geregelt seien, daß aber unter Umständen eine starke deutsche Politik und die Festigung der deutschen Stellung ein solches Übereinkommen ermöglichen würde. Der deutsche Botschafter betonte, daß das oberste Ziel während der vielen Monate seiner Tätigkeit in London ein Einvernehmen mit Großbritannien gewesen sei. Er hatte seine Schlußfolgerungen aus vielen Unterredungen mit maßgeblichen Persönlichkeiten der englischen Politik gewonnen. Ribbentrops Bericht gab den Ausschlag für seine Berufung zum deutschen Außenminister im Februar 1938. Kein anderer deutscher Diplomat in jener Zeit hatte Hitler eine vergleichbare Analyse der britischen

Politik und der Haltung Englands gegenüber Deutschland vorgelegt. Der Ribbentrop-Bericht ist dem Memorandum von Alfred v. Kiderlen-Waechter vom Jahre 1909 über die deutsch-englischen und deutschrussischen Beziehungen vergleichbar. Dieses Memorandum war von Kanzler Bethmann-Hollweg angefordert worden und brachte Kiderlen trotz der Ablehnung durch Kaiser Wilhelm II. von der obskuren Gesandtschaft Bukarest in die Wilhelmstraße.

Die strittige Frage, ob das russische Regime der Festigung seiner Position diente oder nicht, konnte für Hitler unter diesen Umständen nicht ausschlaggebend sein. Der Impuls zu raschen Maßnahmen und bestimmten Schlußfolgerungen ergab sich aus Hitlers Auswertung der Londoner Situation. Hitlers Hauptprogramm, nach der Rückgewinnung der Saar und der Wiederbesetzung des Rheinlands, war die Befreiung der Deutschen in Österreich, Hilfe für die

Deutschen in der Tschechoslowakei und Festigung der Beziehungen zu seinen Hauptnachbarn, nämlich Frankreich, Italien und Polen. Danach würde es möglich sein, mit den Engländern über ein dauerhaftes Einvernehmen zu reden, sobald die Aussichten auf Erfolg günstiger wären. Einer deutsch-englischen Verständigung würden ganz von selbst auch bessere deutsch-amerikanische Beziehungen folgen. Hitler hoffte auch, als Mittler zwischen Japan und Nationalchina zur Wiederherstellung des Friedens im Fernen Osten wirken und das Tor gegen die kommunistische Zersetzung, dessen Öffnung stets durch Krieg und Revolution erzwungen wurde, schließen zu können. Sobald dieses maßvolle Programm erfüllt wäre, würden die

Aussichten für den Enderfolg der bolschewistischen Weltverschwörung in absehbarer Zeit sehr trübe.

Keine Nation nahm für Hitler eine kritischere Stellung bei der Verwirklichung seines Programmes ein als Polen. Hitler erkannte, daß das Polen Pilsudskis und seiner Nachfolger ein Bollwerk gegen den Kommunismus bildete. Die polnischen Führer versäumten es, die Bedeutung deutscher Hilfe gegen die Sowjetunion zu erkennen. Deutschland wie Polen verfolgten eine Politik der Verteidigung gegen den Bolschewismus, ohne daß Angriffspläne gegen Rußland bestanden. Die polnischen Führer unterließen es trotzdem, die Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland zu sehen, um dieser unausweichlichen Lage gewachsen zu sein.

Polnische Feindseligkeit gegenüber den Tschechen

Die Haltung der deutschen wie der polnischen Führung gegenüber der kleinen Tschechoslowakei war die gleiche, das tschechische Problem im Gegensatz zum Problem des Bolschewismus war von geringerer Bedeutung. Beide Länder neigten dazu, ihre Schwierigkeiten mit den Tschechen in einer aggressiveren Form zu beseitigen. Die polnische Presse befürwortete lange vor der deutschen die Beseitigung der Tschechoslowakei. Eine polnische Pressekampagne mit diesem Thema begann bereits im Jahre 1934, nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Pakts. Im gleichen Jahr erörterten die deutschen und polnischen Führer ihre beiderseitige Abneigung gegen die Tschechen in sehr viel deutlicheren Wendungen, als die Polen sie gegen die Sowjetunion zu verwen den bereit waren.

Während der letzten fünf Generationen sind viele Versuche zur Lösung der tschechischen Frage unternommen worden. Diese Frage entstand mit der Ausbreitung des bisher

unbekannten deutschfeindlichen tschechischen Nationalismus im 19. Jahrhundert. Sie bestand im 12. Jahrhundert noch nicht, als Bischof Otto von Freysing, ein fürstlicher Chronist des Mittelalters, von den Heldentaten tschechischer Söldnerhaufen berichtete, die für Friedrich I. von Hohenstaufen in seinen Schlachten gegen den lombardischen Städtebund kämpf-

ten. Sie bestand auch nicht im 13. Jahrhundert, als die stolze neue Stadt Königsberg am Pregel in Ostpreußen ihren Namen nach König Ottokar, dem böhmischen König der Przemysler Linie erhielt, der wegen seiner Tapferkeit und seiner Treue zum Heiligen Römischen Reich bekannt war. Sie bestand nicht im 14. Jahrhundert, als Karl IV. (aus dem Haus Luxemburg-Przemysl) Prag zur prächtigsten Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches machte. Sie bestand nicht im 15. Jahrhundert, als Johann Hus, der Märtyrer der tschechischen religiösen Reformbewegung, von seiner Fahrt zum Konzil von Konstanz nach Böhmen berichtete, daß das Volk, das sich in Nürnberg um ihn versammelt hatte, die begeistertste und dankbarste Zuhörerschaft gewesen sei, die ihm je begegnet wäre. Sie bestand nicht im 16. Jahrhundert, als die österreichischen Herzogtümer und das böhmische Königreich fest unter dem Habsburger Zepter im Heiligen Römischen Reich miteinander verschmolzen wurden oder im 17. Jahrhundert, als böhmische Deutsche und Tschechen im Dreißig-jährigen Krieg auf beiden Seiten fochten. Alle Historiker stimmen darin überein, daß die Periode der habsburgischen Herrschaft im 18. Jahrhundert die ruhigste der Geschichte Böhmens gewesen ist.

1848 hatte die neue intellektuelle Bewegung des tschechischen Nationalismus, die aus den slawenfreundlichen Lehren Johann Gottfried Herders gegen Ende des 18. Jahrhunderts hervorgegangen war, die Masse des tschechischen Volkes in beträchtlihem Ausmaß ergriffen. Die Frankfurter Nationalversammlung von 1848 rechnete mit der Auflösung des österreichischen Kaiserreiches und betrachtete es als ganz natürlich, daß Böhmen und Mähren, die feste Bestandteile des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation waren, künftig zu einem neuzeitlichen deutschen Nationalstaat gehören würden. Mit Schrecken vernahm das versammelte Parlament in Frankfurt die Ankündigung des tschechischen Historikers und Nationalführers, Francis Palacky, daß seine tschechische Fraktion hoffe, Österreich würde bestehen bleiben, und daß sie, wenn diese Bemühungen fehlschlügen, sich einer Vereinigung mit Deutschland widersetzen würde. Nur das fortbestehende Kaiserreich Österreich stand nach 1848 als Pufferstaat zwischen den Tschechen und Deutschland. Eduard Benesch, der tschechische Nationalistenführer des 20. Jahrhunderts, befürwortete in seiner Dijoner Doktordissertation von 1908 die volle Autonomie für die Deutschen und Tschechen Böhmens. Er dachte an ein Habsburger Reich, in dem die Slawen, Deutschen und Magyaren volle Gleichberechtigung genießen sollten. Dieses schien möglich, da der Versuch, den Magyaren 1867 volle Gleichberechtigung zu gewähren, gelungen war.

Das österreichisch-ungarische Kaiserreich bewies während der ersten vier bitteren Kampfjahre im 1. Weltkrieg eine erstaunliche Lebenskraft. Die überwältigende Mehrheit der tschechischen Abgeordneten im österreichischen Reichs-

rat hatte dem Habsburger Staat in diesen vier Jahren die Treue gehalten. Im Sommer und Herbst 1918 während des fünften Kriegsjahres hatten unerträglicher Hunger und Krankheiten die Standhaftigkeit der vielen Nationalitäten im österreichischen Teil des Reiches ins Wanken gebracht. Das Habsburger Reich war gelähmt. Es hatte versucht, sich durch einen Separatfrieden aus dem Krieg herauszulösen, was ihm jedoch nicht gelang. So konnte die Lösung des deutsch-tschechischen Problems nicht länger aufgeschoben werden. Arnold Toynbee hatte in seinem umfangreichen Bericht „Nationality and the War” (Nationalität und der Krieg) bereits 1915 den Zusammenbruch von Österreich-Ungarn vorhergesagt und den Rat gegeben, im kommenden Friedensvertrag Böhmen und Mähren, als Gebiete mit deutsch-tschechischem Bevölkerungsgemisch, Deutschland anzugliedern.

Mittlerweile stand die Welt vor einer der verwegensten Verschwörungen der Geschichte. Im 1. Weltkrieg gingen tschechische Revolutionäre außer Landes, um eine Propaganda-Bewegung unter den Alliierten zugunsten der Schaffung eines tschechischen Reiches zu organisieren. Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie wurde verurteilt, weil die angeblich vorherrschenden deutschen und magyarischen Nationalitäten lediglich die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Habsburger Staatsgefüges ausmachten. Die tschechischen Revolutionäre strebten nach der Herrschaft über ein Gebiet, in dem ihrer Nationalität die Führung zufiel, obwohl sie weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung zählte, Die Lage hätte sich noch verschlechtert, wären nicht einige ihrer noch seltsameren Vorhaben fehlgeschlagen, wie beispielsweise die Schaffung eines slawischen Korridors von Böhmen nach Kroatien. Es war ganz zweifellos der unverschämteste Plan einer

nationalen Ausdehnung, den der 1. Weltkrieg hervorbrachte. Auch dieser Plan hatte wenig Aussicht auf einen langfristigen Erfolg, es sei denn, daß die betroffenen Völker sich verständigten und gute Beziehungen zu den benachbarten Staaten hergestellt werden konnten. Die tschechischen Nationalistenführer und ihre kleine Gruppe slowakischer Bundesgenossen, die im Gegensatz zur großen Masse des slowakischen Volkes unter tschechischem Einfluß standen, machten in den zwanziger Jahren nach dem 1. Weltkrieg in jeder Richtung nur wenig Fortschritte, so daß es in den dreißiger Jahren immer noch eine tschechische Frage gab.

In der Hauptsache waren die Friedensmacher von Versailles verantwortlich für die Tschechenfrage. Sie hätten eine tschechische Autonomie innerhalb eines unabhängigen österreichischen Staates durchsetzen können, der später in einem Zuge, unter Wahrung von Garantien für die Tschechen, mit Deutschland hätte vereinigt werden können. Wenn das infolge der Machenschaften der tschechischen Revolutionäre in Prag nach dem Oktober 1918 nicht möglich erschien, hätte es auch noch andere Wege gegeben. Die Friedensmacher hätten

zumindest die Ausbreitung der tschechischen Herrschaft in den seit alters deut schen Gebieten von Böhmen und Mähren oder in den unbestreitbar magyarischen Räumen von der Donau bis Ruthenien anfechten können. Es wäre ihnen ein leichtes gewesen, darauf zu bestehen, daß die Tschechen ihr Autonomieversprechen gegenüber den Slowaken hielten. Dieses Versprechen war ein Teil der bekannten tschechisch-slowakischen Erklärung von

Pittsburgh, Pennsylvania, vom Oktober 1918 (vor der tschechischen Unabhängigkeitserklärung in Washington, D.C., vom 23. Oktober 1918). Der erste tschechische Präsident, Thomas Masaryk, hatte sein Versprechen, das er den Slowaken gab und später brach, feierlich als bindend erklärt.

Die Alliierten hätten die Eingliederung des weit entfernten Rutheniens in den tschechischen Herrschaftsbereich anfechten oder auf bindenden Minderheitengarantien für einen tschechischen Staat bestehen sollen, der zwar versprochen hatte, so etwas wie die Schweiz zu werden, sich aber zu einem einheitlichen Staatsgefüge und einer Zentralregierung nach französischem Vorbild entwickelte. Die Alliierten taten nichts dergleichen und bald gab die tschechische Regierung Unsummen für ausländische Federn aus, die die Auslandspresse mit betrügerisch schöngefärbten Berichten über das tschechische Regime zu füllen hatten.

Die Tschechen besaßen eine solide wirtschaftliche Position in dem unangetasteten Hauptindustriegebiet Österreichs, dem industriellen Herzen einer ehemaligen Großmacht, das nunmehr von ihnen beherrscht wurde. Ferner hatten sie eine blühende Landwirtschaft, und bis zum Beginn der großen Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 herrschte ein bemerkenswerter Wohlstand in ihrem reichlich ausgestatteten Land. Die Tschechoslowakei erschien im Vergleich zu so rückständigen Ländern wie Jugoslawien und Rumänien wie ein wohlhabender und fortschrittlicher Staat und die tschechische Führung stand nicht an, sich dieses Wunder selbst zuzuschreiben.

Unter den tschechischen Parteien herrschte die liberale Richtung vor, die sie teilweise ihrer parlamentarischen Erfahrung in Österreich verdankten. Tschechische

Propagandisten nützten diese Tatsache aus und behaupteten, daß ihr Land eine Musterdemokratie sei. Eine kriegsmüde Generation im Westen suchte nach einigen positiven Ergebnissen des überstandenen Brandopfers und so darf es nicht verwundern, daß ein gewisser Philotschechismus aufkam. Es war auch ein wenig Romantik dabei, da sich verhältnismäßig wenige Menschen in England und Frankreich vor dem 1. Weltkrieg mit den Tschechen befaßt hatten. Man hatte in früheren Zeiten von Böhmen gesprochen und nur wenige wußten, ob dieser Begriff Slawen, Deutsche oder beides umfaßte.

Die tschechischen Emigranten des 1. Weltkrieges waren erfolgreicher als die Polen, sich bei den westlichen Alliierten beliebt zu machen. Dieses zeigte sich

erst in der Zeit des Friedensschlusses, als die tschechischen und polnischen Interessen aufeinanderprallten. In der ersten Phase des 1. Weltkrieges hatten sich Roman Dmowski und Thomas Masaryk, die führenden Sprecher Polens und der Tschechen im Westen, gegenseitig in ihrer Russenfreundlichkeit überboten. Thomas Masaryk träumte von einem tschechischen Königreich unter einem Romanow-Fürsten, bis sein Traum durch die russische Revolution zerstört wurde. Der aus dem Krieg hervorgegangene polnische Staat verfolgte eine der prorussischen Haltung Dmowskis entgegengesetzte Politik, während im tschechischen Staat nach dem Kriege die prorussische Haltung und Politik Masaryks und Eduard Beneschs, seines Hauptschülers, vorherrschte. Der zufällige Konflikt im Jahre 1918 zwischen den tschechischen Kriegsgefangenen in Rußland und den Bolschewiken durfte nach Masaryk die

grundsätzliche prorussisch orientierte Politik der Tschechei nicht stören.

Es kam zu einem Konflikt zwischen Polen und Tschechen in dem reichen Industriegebiet von Teschen, das unter der Kontrolle einer örtlichen Polengemeinde stand, als Österreich-Ungarn einen Waffenstillstand mit den Westmächten schloß. Der Teschener Raum umfaßte die fünf Hauptkreise Friedeck, Freistadt, Bielitz, Teschen und Jablonkau. Die polnischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats schlugen ihren Kollegen am Ende des 1. Weltkriegs vor, daß Friedeck mit seiner klaren tschechischen Mehrheit zur Tschechei kommen sollte und die übrigen vier Kreise zu Polen. Die Polen und Tschechen in diesem Raum schlossen einen entsprechenden Kompromiß und es wurde entschieden, daß 519 Quadratkilometer tschechisch und 1.762 Quadratkilometer polnisch werden sollten. Die Polen ahnten nicht, daß Eduard Benesch den französischen Außenminister Pichon im Juni 1918 überredet hatte, die Forderung der Tschechen nach dem ganzen Gebiet zu unterstützen.

In den Wochen nach dem deutschen und österreichisch-ungarischen Waffenstillstandsabkommen vom November 1918 richteten die Polen ihr Augenmerk auf die Sicherung ihrer Ansprüche gegen Deutschland und betrachteten das Teschener Gebiet mit Wohlgefallen. Diese Stimmung wurde am Vorabend der polnischen Nationalwahlen am 26. Januar 1919 erschüttert, als die Tschechen einen Überraschungsangriff auf die Polen im Teschener Gebiet befahlen. Die Aktion der Tschechen beruhte auf der Annahme, daß die Teschen-Frage durch Gewalt gelöst werden könnte und daß dieses Gebiet einen lokalen Krieg vor allem deshalb lohnte, weil man sich die Unterstützung des Westens gegen Polen gesichert hatte.

Die Führer der westlichen Alliierten griffen am 1. Februar 1919 ein, nachdem die Tschechen ihren militärischen Vormarsch beendet hatten. Sie befahlen die Beendigung der militärischen Operationen bis zu einer endgültigen Lösung durch die Friedenskonferenz. In den folgenden Monaten wurde eine Volks-

abstimmung vorgeschlagen, aber die Tschechen erwirkten mit französischer Unterstützung zunächst einen Aufschub und etwas später das Abblasen dieses Unternehmens. Ihr Ziel erreichten sie im russisch-polnischen Krieg 1920. Den Polen wurde höflich, aber ultimativ bestimmt auf der Konferenz von Spa im Juli 1920 erklärt, daß sie von ihrer Forderung nach einer Volksabstimmung abzulassen und sich dem Schiedsspruch der Alliierten zu beugen hätten. Der größte Teil des Teschener Gebiets wurde am 28. Juli 1920 an die Tschechei abgetreten. Das tschechische Ziel war in äußerst geschicktem Zusammenwirken von Gewalt und Diplomatie erreicht worden.

Den Polen war es völlig klar, daß die Tschechen ihren Einfluß benutzt hatten, die Abtretung Ostgaliziens an Polen zu verhindern, obwohl dieser Punkt letzten Endes zugunsten Polens durch den Separatvertrag zwischen Polen und Rußland in Riga 1921 entschieden wurde. Die Polen waren sich ebenso der Tatsache bewußt, daß die Tschechei während des Krieges 1920-21 Sowjetrußland begünstigt hatte. Die Franzosen waren in steigendem Maße geneigt, die tschechische prorussische Politik als realistisch anzusehen und seitdem die Tschechen gegenüber Polen zu begünstigen. Nach dem Staatsstreich Pilsudskis von 1926 wurden die engen Kontakte der tschechischen Politiker mit

einer Reihe polnischer in Opposition zu der Warschauer Diktatur stehender Politiker bekannt.

Polnische Klagen und westliche Kritik

Kenner Mittelosteuropas haben Kritik an der ungenügenden Zusammenarbeit der Nachkriegsstaaten von 1918 geübt. Besonders die Polen waren Gegenstand dieser scharfen Kritik. Man hat gesagt, die polnischen Differenzen mit den Tschechen Teschens wegen oder wegen der tschechischen prorussisch orientierten Haltung sei unwesentlich angesichts der Bedeutung der Tschechei als Bastion für die polnische Südflanke gegen eine deutsche Expansion”. Auch ist behauptet worden, daß Polen wie Tschechen genügend Nutzen aus dem 1. Weltkrieg gezogen hätten und darum bereit sein müßten, zueinander zu stehen, um ihre Stellungen gegen revisionistische Mächte zu verteidigen”. Besonderes Gewicht erhielt die Behauptung, daß sie slawische Schwesternationen seien mit ausgesprochenen ethnographischen und kulturellen Bindungen.

Winston Spencer Churchill hat viel zum Thema tschechisch-polnischer Beziehungen zu sagen gewußt. Er war der wärmste Fürsprecher der englischen Einkreisung Deutschlands in der Zeit vor der Tschechenkrise von 1938 und bekannt wegen seiner unstillbaren Kriegslust, die von seinen Landsleuten oft als romantische Abenteuerlust angesehen wurde. Man sagte ihm auch nach, daß er in jeder Frage einen völlig kompromißlosen Standpunkt einzunehmen pflege und zu denen gehöre, die am ehesten einen Konflikt heraufbeschwören könn-

101

102

ten. Das trifft zu für sein Verhalten im Sudan, in Südafrika, in Indien, während der englischen Abdankungskrise im Jahre 1936 und gegenüber vielen anderen Problemen, die mit den deutsch-englischen Beziehungen in Verbindung stehen. Der gleiche Churchill sah keinen Grund, warum Polen den Tschechen nicht auch die andere Backe hinhalten sollte. Als die polnischen Führer sich nicht bereit fanden, die Dinge genau so zu sehen, erhob Churchill seine Stimme zu scharfer Kritik: „Die heldischen Eigenschaften der polnischen Rasse dürfen uns nicht blind machen gegen ihre Geschichte der Narrheit und Undankbarkeit, die sie über Jahrhunderte hin durch maßlose Leiden geführt hat?.” Strategische, politische und rassische Erwägungen schienen Churchill geeignet, den Polen eine Politik der Freundschaft gegenüber der Tschechei zu diktieren.

Die drei Argumente, von denen sich Churchill leiten ließ, hatten für die polnischen Führer nur geringe Anziehungskraft. Sie waren nicht geneigt, ihre nach dem Tode Pilsudskis 1935 verfolgte antitschechische Politik abzuändern. Das sollte nicht heißen, daß sie unter gar keinen Umständen gewillt wären, in einem Krieg gegen Deutschland an der Seite der Tschechen zu kämpfen, und sie machten das auch ihrem französischen Bundesgenossen während der Krise von 1938 klar. Wenn Frankreich die Tschechen unterstützen würde, wenn die Tschechen bereit wären, zu kämpfen, und wenn sie das den Polen 1920-1921 weggenommene Gebiet wieder herausrücken würden, würde Polen mit der Tschechei zusammenarbeiten. Die Polen rechneten keineswegs damit, daß die Tschechen auf diese Bedingungen eingingen, weil sie nicht glaubten, daß die Tschechen es wagen könnten, gegen die Deutschen zu kämpfen.

Das oberste Ziel der polnischen Politik war es, die polnischen Ansprüche gegen die Tschechen durch

Übereinkommen, durch Gewaltandrohung oder selbst durch Gewalt zu sichern. Der schwedische Außenminister Rickard Sandler fragte Beck vor der Tschechenkrise 1938, warum es so schwierig sei, eine Entente zwischen Warschau und Prag herzustellen. Der polnische Außenminister antwortete, einer der Faktoren sei Polens geringe Begeisterung für eine Macht, deren Anspruch auf eine unabhängige Existenz ihm fragwürdig erscheine. Nach seiner Ansicht sei die Tschechei ein künstliches Gebilde, das die Freiheit von Nationen verletze, vor allem der Slowakei und Ungarns. Becks Haltung war die Mussolinis, der öffentlich von dem tschechischen Staat als der „Tschecho-Germano-Magyaro-Rutheno-Rumäno-Slowakia” gesprochen hatte?. Beck hob hervor, daß die Tschechen in ihrem eigenen Staat eine Minderheit bildeten und daß keine der anderen Nationalitäten unter tschechischer Herrschaft leben wolle. Er rügte auch die tschechische Anmaßung, sich mit dem angeblich liberalen und demokratischen Wesen ihres Regimes zu brüsten. Sie gewährten allen Bürgern des Staates ausgedehnte Rechte auf dem Papier, übten aber eine brutale und willkürliche Polizeiherrschaft über alle Nationalitäten

aus, die die Mehrheit der Bevölkerung darstellten. Sandler zeigte sich von Becks Ausführungen sehr beeindruckt, er bemerkte, daß die Tschechen sichtlich der Fähigkeit ermangelten, gute Beziehungen zu ihren Nachbarn zu pflegen.

Es waren nicht diese abstrakten Ansichten allein, auf denen Becks Einstellung in erster Linie beruhte. Pilsudskis Programm hatte eine Föderation der Litauer, Weißrussen

und Ukrainer unter polnischer Verwaltung vorgesehen. Wäre dieses Programm in Erfüllung gegangen, hätten die Polen eine Art Minderheit innerhalb einer größeren Föderation gebildet, obwohl die Gewährung wirklicher Autonomie für die anderen Völker doch anders ausgesehen hätte als das tschechische System. Ideologische Unterschiede waren für Beck nicht ausschlaggebend, denn er hielt den demokratischen Liberalismus Frankreichs keineswegs für ein unüberwindliches Hindernis einer französisch-polnischen Zusammenarbeit. Er konnte deshalb auch die gleiche Ideologie in Prag nicht ablehnen.

Die Situation, ganz abgesehen von dem besonders gearteten Streit über Teschen, wurde durch rein machtpolitische Erwägungen entschieden. Polen und die Tschechei standen einander als erbitterte Rivalen im Kampf um die Macht und um den Einfluß im gleichen mittelosteuropäischen Raum gegenüber. Beide waren jeweils Verbündete Rumäniens, und Warschau wies die Tatsache von sich, daß Bukarest Prag meistens näher zu stehen schien. Die tschechischen Bündnisse mit Jugoslawien und Rumänien verliehen Prag in diesem Raum ganz allgemein eine Machtstellung, die derjenigen Warschaus glich. Die Tschechen hatten auch ein Bündnis mit Frankreich und erfuhren von Paris eine bessere Behandlung als Warschau. Sie hatten Beziehungen zu den anderen Bündnispartnern Frankreichs in einem System, das gegen Deutschland und Ungarn gerichtet war. Die warme Freundschaft zwischen Prag und Moskau war für die Tschechei ein besonderer Trumpf, den die Polen nur durch die Herstellung engerer Beziehungen zu Deutschland wettmachen konnten.

Der Vorteil, einen gefährlichen Rivalen auszuschalten, wog für die Polen weit schwerer als der Gedanke, Deutschland könnte in der Lage sein, auf Kosten der Tschechen einen

größeren unmittelbaren Gewinn als die Polen zu erzielen. Das Festhalten am Versailler Vertrag von 1919 und den übrigen Pariser Vorortverträgen war kein treibendes Motiv, da die Polen mit den Bedingungen dieser Verträge unzufrieden waren.

Das Argument, daß die beiden Nationen slawische Schwestern seien, stand bei den Polen in Acht und Bann. Es erinnerte sie an die Gleichmacherei der russischen Vorherrschaft über die nicht so hoch stehenden Slawenvölker. Die Polen verwarfen die Bindungen zu slawischen Schwestervölkern keineswegs, aber ihnen widerstrebten die tschechischen und russischen Ideen des Panslawismus für ihre eigene Volkstumsauffassung, nach der sie sich selbst und nicht

die Russen als die vorherrschende slawische Macht einsetzten. Nach Ansicht vieler Polen waren die Tschechen der Rasse nach mindestens halbdeutsch und wurden vorwiegend im kulturellen, politischen und sozialen Bereich als deutsch betrachtet. Die Russen wurden auch wegen ihrer stark asiatischen Rassenmischung an die Außengrenze des Slawentums gestellt. Dasselbe galt für die Serben und Bulgaren, die über den Balkan einen starken orientalischen Zustrom erhielten. Die von den Polen anerkannte Slawenvölkerschaft umfaßte sie selbst, die Ukrainer, die Weißrussen, die Slowaken, die Kroaten und die Slowenen. Nach Beck betrachteten die Polen die Slowaken und Kroaten als die ihnen am nächsten stehenden unter den slawischen Völkern, und zwar wegen enger kultureller Bindungen.

Die Beziehungen zwischen Warschau und Belgrad waren ebenfalls kühl, obwohl es zwischen zwei geographisch so weit auseinanderliegenden Ländern keine Streitigkeiten gab. Die polnische Haltung gegenüber Jugoslawien war ablehnend, da die römisch-katholischen Kroaten dort von den halborientalischen, griechischeorthodoxen Serben unterdrückt wurden, die in dem Staat die wirkliche Macht besaßen. Das Volk der Slowaken in der Tschechei fühlte sich spürbar unglücklich unter der ihm fremden Herrschaft und wegen der bedrückenden wirtschaftlichen Bevormundung durch die Tschechen. In Polen konnte das Argument der kulturellen Verwandtschaft eine Neigung auslösen, den Gedanken der Zusammenarbeit mit Prag eher in Grund und Boden zu verdammen, als ihn zu unterstützen.

Es würde zu endlosen Auseinandersetzungen führen, wollte man entscheiden, ob Churchill oder die polnischen Führer es besser wußten, was Polen der Tschechei schuldig war oder was den polnischen Interessen am meisten entsprach. Wichtiger ist die Erkenntnis, daß die polnische Führung eine bestimmte tschechische Politik verfolgte und daß es eine klar erkennbare Politik war, was man auch immer von ihr halten mochte. Beck wäre niemals um eine Antwort auf Behauptungen Churchills zu diesem Thema verlegen gewesen. Die Tschechen hatten nun einmal damit angefangen, die Feindschaft zwischen der Tschechei und Polen zu provozieren. Es trifft auch zu, daß die schließliche Auflösung der Tschechei die militärische Stellung Polens an der Flanke nach Deutschland verwundbar machte; aber das hätte sich nicht ernsthaft auszuwirken brauchen, hätte Polen die deutsche Freundschaft angenommen, statt den Kon flikt mit Deutschland heraufzubeschwören. Die schwerwiegendste militärische Bedrohung Polens kam ja von der Sowjetunion. In dieser Hinsicht war die Beseitigung der Tschechei ein Gewinn, da die Tschechen deutlich erklärt

hatten, sie würden Rußland im Fall eines Konflikts zwischen Polen und Rußland beistehen.

104

105

Die deutschfeindliche Politik Beneschs

Die kritische Haltung Hitlers gegenüber der Tschechei ist sehr viel leichter zu untersuchen und zu erklären. Seit seiner Knabenzeit in Linz wußte er, daß es für die Deutschen eine tschechische Frage gab, obwohl sie damals nur jenen Deutschen in der österreichisch-ungarischen Monarchie Sorge machte. Er hatte niemals mit den tschechischen Unabhängigkeitsbestrebungen sympathisiert und betrachtete es als Unheil, daß die Tschechen in Böhmen unter der Habsburger Herrschaft vielfach, vor allem bei den örtlichen Behörden, mehr Vorrechte genossen als die böhmischen Deutschen. Die Politik des Hauses Habsburg gründete sich auf die Loyalität der böhmischen Deutschen, mußte dagegen den Tschechen besondere Rechte gewähren, um ihren Nationalismus zu dämpfen. Hitler wurde schon früh zu einem deutschen Nationalisten und als solcher zum Gegner des Habsburger Vielvölkerstaates. Er wußte, daß Böhmen, das sein musikalisches Idol Richard Wagner zu Fuß durchwandert hatte, ein fester Bestandteil des Tausendjährigen Reiches Karls des Großen gewesen war. Hitler hat im Gegensatz zum Volksmund sein eigenes Regime niemals mit dem Tausendjährigen Reich gleichgesetzt. Dennoch hatte er wie viele selbstbewußte Deutsche einen tiefgründigen Respekt vor den Überlieferungen der deutschen Geschichte. Wenn es mit Böhmen als Teil Deutschlands für mehr als tausend Jahre gut gegangen war, dann ist die Skepsis gegenüber der radikalen

Lösung, dieses Gebiet in die Grenzen eines slawischen Staates zu stellen, durchaus verständlich.

Es hätte für eine größere Zahl von Menschen möglich sein können, diese radikale Lösung seinerzeit hinzunehmen, wenn die Verhältnisse in der Tschechei für die dort lebenden Deutschen erträglich gewesen wären und sich diese in ihr Schicksal gefügt hätten. Die Sudetendeutschen teilten sich auf in vier Gruppen bayrischer, fränkischer, sächsischer und schlesischer Mundarten mit dem entsprechenden Brauchtum. Sie waren in politischer Hinsicht weit weniger aggressiv als die Tschechen und unterwarfen sich ohne Gegenwehr der in den Jahren 1918 und 1919 begründeten tschechischen Herrschaft. Es wäre nicht schwer gewesen, mit ihnen in Frieden zu leben. Mit einem gewissen Maß an Autonomie und mit Hilfe einer unparteiischen Wirtschaftspolitik hätte sich das auch erreichen lassen. Den Tschechen hätte die Bedeutung dieser Dinge für die Zukunft ihres Staates klar sein müssen, da das Verhältnis von Deutschen zu Tschechen im ganzen böhmisch-mährischen Raum etwa 1 : 2 stand und in der Slowakei viel mehr Deutsche als Tschechen lebten. Statt dessen befleißigten sich die Tschechen sehr bald einer verächtlichen Haltung gegenüber den Deuts schen und fingen an zu glauben, man könnte die Deutschen viel wirksamer als passive denn als aktive Bürger behandeln.

Politisch waren die Deutschen geteilt, aber es bahnte sich eine neue Entwicklung an, nachdem die Verhältnisse sich in steigendem Maße für sie verschlechtert, für die Deutschen jenseits der Grenze jedoch verbessert hatten. In den tschechoslowakischen Nationalwahlen um 1935 gewann die

Sudetendeutsche Partei (SdP), die von Bewunderung für Adolf Hitler und seine Politik getragen war, die Mehrheit der deutschen Wahlstimmen und wurde die größte Einzelpartei in der Tschechei. Zu jener Zeit gab es in der Tschechei 800.000 Arbeitslose, davon 500.000 Sudetendeutsche. Die Zahl der Eheschließungen und Geburten war gering und die der Sterbefälle sehr hoch. Es ist nicht überraschend, daß sich die Verhältnisse nach der Befreiung des Sudetengaues änderten. Sudetenland (die drei Gebiete Eger, Aussig und Troppau; die beiden südlichen Abschnitte kamen zu Bayern und Deutsch-Österreich) verzeichnete die höchste Zahl der Eheschließungen von allen deutschen Ländern und lag etwa 30 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Die Geburtenrate von 1940 lag um 60 Prozent über der von 1937. Die Zeit der tschechischen Herrschaft war schlecht für die Deutschböhmen und die Lebensbedingungen sanken ständig weiter ab. Diese Menschen waren zwar geduldig, aber nicht feige, so daß schließlich eine Reaktion nicht ausbleiben konnte.

Man kann unter diesen Umständen unmöglich, weder für den Sudetengau noch für Böhmen-Mähren, die Behauptung aufstellen, daß Hitler künstlich ein Problem geschaffen hätte. Das Problem war in erster Linie durch die Friedensmacher von Paris entstanden und danach durch die tschechische Mißwirtschaft. Es lag auf der Hand, daß die Sudetenfrage sich aufs äußerste zuspitzen würde, wenn es Hitler gelang, die Deutschen in Österreich von der Diktatur Schuschniggs zu befreien. Vor dem Mai 1938 hatte Hitler noch keine bestimmten Pläne, sich mit dieser Frage zu befassen, aber er war entschlossen, die Lebensbedingungen der Deutschen auf irgendeine Weise zu erleichtern, und niemand möge daran zweifeln, daß er auf eine völlige Auflösung der Tschechei nicht weniger stark hoffte als die polnischen Führer. Aus diesen Gründen fanden die deutschen und polnischen Führer immer eine Basis, auf der

sie sich in der tschechoslowakischen Frage hätten einigen können.

Diese Lage und vor allem die unvermeidliche Haltung Deutschlands gegenüber der Tschechei erschien den ausländischen Staatsmännern in der Zeit vor der Tschechenkrise 1938 keineswegs rätselhaft. Lord Halifax, der für den größten Teil des Jahres 1938 englischer Außenminister war, sagte Hitler nach einem Mittagessen in Berchtesgaden am 19. November 1937, England sei sich darüber klar, daß die Pariser Vorortverträge Fehler enthielten, die berichtigt werden müßten. Er versicherte Hitler, daß Großbritannien nicht an die Beibehaltung des Status quo um jeden Preis glaube. Er streifte die brennenden Fragen von Danzig, Österreich und der Tschechoslowakei ohne jedes Drängen Hitlers

ganz von sich aus, und zwar geschah das, bevor Hitler sich öffentlich darüber geäußert hatte, daß Deutschland die Tschechen-oder Danzig-Frage Sorge bereitete. Es hätte auch keiner solchen Feststellung bedurft, da die Situation klar war.

Eine Zeitlang schien es so, als würde die gemeinsame Abneigung gegen die Tschechoslowakei ein echtes Bündnis zwischen Deutschland und Polen herstellen können. Natürlich würde dieses Bündnis die Lösung der Tschechenfrage kaum überdauern, es sei denn, die Polen würden begreifen, daß eine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion ein wesentlich wichtigerer Faktor für die Einigung der beiden Länder wäre. Doch sollten in dieser Zeit die Reibungen zwischen Deutschland und Polen weiterhin

bestehen bleiben, ohne daß man zu einem Einvernehmen kam, das viel umfassender als der Pakt von 1934 hätte sein müssen.

Hitler verwirft Neuraths polenfeindliche Politik

Der Kurs der deutschen Politik nach 1934 blieb darauf gerichtet, mit einer Revision des Versailler Vertrages für die deutschen Ostgrenzen zu rechnen. Eine dauerhafte deutschpolnische Zusammenarbeit sollte von einem entsprechenden Abkommen abhängen. Der deutschpolnische Nichtangriffspakt vom Januar 1934 ließ, genau wie die Locarno-Verträge, nichts über die deutsche Anerkennung des östlichen status quo verlauten. Die Deutschen betrachteten den Versailler Vertrag nicht als bindend, da er das Waffenstillstandsabkommen von 1918 verletzte und außerdem unter Druck unterzeichnet worden war. Die polnische Führung war sich dessen bewußt und gelegentlich suchte Beck neue Garantien zu erhalten, ohne ein umfassendes Abkommen mit Deutschland zu erzielen.

Beck wies Botschafter Lipski in Berlin an, im September 1937 eine deutschpolnische Erklärung über Danzig vorzuschlagen. Die Deutschen sollten gemein sam mit Polen erklären, daß „die Beibehaltung des Status, der Danzig zum Freistaat bestimme, unabdingbar sei". Außenminister Konstantin von Neurath war Polen gegenüber weniger wohlwollend als Hitler und wies Moltke in Warschau sehr entschieden an, „es Beck noch einmal zu sagen", daß Deutschland die Friedensverträge von 1919 nicht anerkenne.

Neurath war seit 1932 Außenminister. Er hatte dieses Amt unter verschiedenen Kanzlern der Weimarer Republik inne und wurde auch von Hitler auf diesem Posten beibehalten. Er war kein besonders eifriger Außenminister des Dritten

Reiches, da er als Aristokrat wenig Sympathie für Hitlers egalitäre Maßnahmen empfand. Hitler bewunderte von Neurath, erkannte ihn aber als ein schwaches Glied in der Kette der deutschen Politik. Ihm stand Ribbentrop als ehemaliger Offizier und Kaufmann, der Hitlers Politik aufrichtig er-

geben war, näher””. Ribbentrop rückte nach und nach an die Stelle Alfred Rosenbergs als ranghöchster Parteifachmann für Außenpolitik. Um mit ausländischen Staaten in Fühlung zu bleiben, baute er eine ausgedehnte parteibürokratische Organisation auf. Sie war bekannt unter dem Namen Ribbentrop-Büro, dessen Auslandsverbindungen so weitreichend waren, daß man es bald als Deutschlands inoffizielles Auswärtiges Amt ansah. Ribbentrop lag sehr daran, diese Organisation fest in der Hand zu behalten und gleichzeitig an die Spitze des Auswärtigen Amtes zu gelangen. Den Berufsdiplomaten waren seine Bemühungen bekannt. Sie taten deshalb alles Mögliche, um ihm Hindernisse in den Weg zu legen.

Neurath empfand Genugtuung darüber, daß es ihm gelungen war, Hitler dahin zu beeinflussen, Ribbentrop und nicht Franz von Papen im Jahre 1936 als deutschen Botschafter nach London zu schicken. Neurath glaubte, daß Ribbentrop nicht in der Lage wäre, mit der britischen Situation fertig zu werden, und daß dieser schwierige Posten seiner Karriere ein Ende bereiten würde. Papen, der Ribbentrop seit vielen Jahren kannte, sah darin klarer. Er fürchtete, daß der Londoner Botschafterposten dem nichtprofessionellen Diplomaten Gelegenheit geben würde,

Hitler zu beweisen, was er konnte. Es sollte sich zeigen, daß Papen recht hatte.

Neurath lehnte Becks Vorstoß im September 1937 ab, ohne Hitler zu verständigen, denn er war der Meinung, daß keine andere deutsche Antwort möglich sei. Hitler wünschte Deutschland zwar nicht für immer an den Danziger status quo zu binden, aber er hatte eine wendigere Auffassung von deutscher Außenpolitik. Er rechnete mit der polnischen Freundschaft für den Fall, daß Krisen in Österreich und in der Tschechei entstehen sollten. Hitler widersprach Neurath später in diesem wesentlichen Punkt, aber die Haltung des deutschen Außenministers blieb passiv. Er protestierte nie und bot auch nicht seinen Rücktritt an.

Becks Versuch, die Danzig-Frage mit Deutschland allein zu regeln, führte zu einem bestimmten Kurs. England, Frankreich und Schweden waren in der neuen Dreier-Kommission des Völkerbundes vertreten, um als übergeordnete Macht die Völkerbundsaufgabe in Danzig zu überwachen. Das war eine unverkennbare Aufsichtseinrichtung, und Anthony Eden handelte in stillschweigendem Einverständnis mit der Kommission, als er dem neuen Völkerbundskommissar Carl Jacob Burckhardt am 15. September 1937 sagte, daß „die englische Politik an sich kein besonderes Interesse an der Situation in Danzig habe“. Diese Einstellung entsprach der englischen Politik, die Premier David Lloyd George 1919 mit der Versitherung festgelegt hatte, daß England niemals für den Danziger status quo kämpfen würde.

Burckhardt machte sich über die Rolle des Völkerbundes in Danzig keine

Illusion. Er sprach Adolf Hitler gegenüber am 18. September 1937 die Hoffnung aus, die Funktion des Völkerbundes sei lediglich eine vorübergehende und das Schicksal Danzigs würde sich schließlich durch ein direktes Abkommen zwischen Deutschland und Polen regeln lassen. Hitler hörte sich Burckhardts Standpunkt an, ohne ihm irgendeinen Lösungsplan anzubieten. Nach Burckhardts Ansicht scheute sich Hitler, die Danzig-Frage anzurühren, weil sie die dazugehörigen Fragen hinsichtlich des Korridors, der Tschechei und Österreichs in Mitleidenschaft ziehen könnte. Hitler hatte sich nach fast fünf Jahren seit der Machtübernahme nicht mit Gebietsrevisionsfragen befaßt, obwohl man ihn fälschlich für die unglückselige österreichische Revolution im Juli 1934 verantwortlich gemacht hatte.

Joseph Lipski, der polnische Botschafter in Berlin, wußte, daß Hitler ein aufrichtiger Fürsprecher einer Verständigung mit Polen war“?, und war deshalb nicht geneigt, die entschiedene Sprache Neuraths zum Fall Danzig hinzunehmen. Er hoffte, die von Beck erbetene Danzig-Erklärung zu erhalten und war darin durch Unterredungen mit Marschall Göring entsprechend bestärkt worden. Der deutsche Marschall hatte einen großen Aufgabenbereich im Zusammenhang mit der deutschen Luftwaffe, dem zweiten Vierjahresplan und der preußischen Staatsverwaltung, er war aber auch sehr stark an außenpolitischen Fragen interessiert. Als zweiten Mann im Staat benutzte Hitler ihn als seinen Sonderbotschafter für Polen. Er kannte die polnischen Führer und wünschte ein dauerndes gutes Einvernehmen mit Polen. Er war es gewohnt, wichtige Staatsangelegenheiten mit maßgeblichen Polen zu erörtern. Meistens berichtete er dem Auswärtigen Amt ausführlich über diese Unterredungen. Manchmal mußte man ihn auch

fragen, was er ausländischen Diplomaten gegenüber geäußert hatte.

Lipski ging Neurath mehrmals um eine Danzig-Erklärung an. Am 18. Oktober 1937 brachte Neurath Lipski gegenüber brüsk zum Ausdruck, daß „eines Tages eine grundsätzliche Regelung der Danzig-Frage zwischen uns und Polen geschaffen werden muß, da sie sonst die deutsch-polnischen Beziehungen ständig stören wird”. Nach Neuraths Ansicht müsse das einzige Ziel einer solchen Unterredung „die Wiederherstellung des deutschen Danzig in seiner natürlichen Bindung zum Reich” sein, „wonach man sich eingehend mit Polens wirtschaftlichen Interessen befassen könnte”.

Lipski war überrascht und erkundigte sich, ob die Frage bald angeschnitten werden sollte oder vielleicht sofort. Neurath wich dieser eindringlichen Frage aus, bat aber Lipski, Beck von dieser seiner Haltung zu unterrichten. Lipski erwähnte, daß Robert Ley, der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Arthur Greiser, der Danziger Senatspräsident, und Albert Forster, der Gauleiter von Danzig, kürzlich öffentlich erklärt hätten, Danzig müsse zu Deutschland zurückkehren.

109

110

Neurath zog diese Erklärungen weder in Zweifel noch suchte er sie zu entkräften. Er antwortete, daß es nötig sei, die Danzig-Frage zu lösen. Seine Unterredung mit Lipski endete in einer Sackgasse.

Da war auch die Frage eines Durchgangs zu Lande nach dem vom Reich abgetrennten Ostpreußen. Im Mai 1935, als Deutschland sich mit dem Bau seiner Autobahnen befaßte, setzte der deutsche Botschafter Hans Adolf von Moltke Beck

in Warschau von dem deutschen Wunsch in Kenntnis, eine Autobahn durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen zu bauen. Er erkundigte sich nach der polnischen Haltung zu diesem Plan und Beck sagte eine Prüfung dieser Frage zu. Damit nahm Becks ausweichende Verzögerungstaktik ihren Anfang. Wiederholtes Anfragen Moltkes brachte keine klare Antwort über die polnische Haltung zu diesem Projekt. Fritz Todt, der Reichsbeauftragte für Straßenbau, erörterte die deutschen Pläne mit Julian Piasecki, dem polnischen stellvertretenden Verkehrsminister. Moltke kam nach zwei Jahren fruchtlosen Sondierens zu dem Schluß, daß die Haltung der polnischen Regierung ablehnend sei. Der Plan stellte ein wesentliches nationales Interesse der Deutschen dar und seine Annahme hätte die Aussichten auf ein umfassendes deutschpolnisches Abkommen verbessert. Moltke war jedoch nicht gewillt, sich in dieser Sache endgültig geschlagen zu geben.

Er unterbreitete dem Auswärtigen Amt im Oktober 1937 einen recht ungewöhnlichen Plan. Er schlug den Bau einer Autobahn von Pommern und Ostpreußen aus bis zur Korridorgrenze vor, ohne abwarten zu wollen, bis sich Polen mit der Verbindung der beiden Strecken über den Korridor einverstanden erklärte. Moltke übersah jedoch, daß es sich dabei um eine deutliche Provokation, die den polnischen Widerstand gegen den deutschen Vorschlag versteifen würde, handelte. Er glaubte, daß die mögliche polnische Verweigerung größerer Militärstraßen im Grenzgebiet sich als grundlos erweisen würde und die Polen ein Abkommen als dringlich erachten müßten. Ihm schwebte noch ein weiteres Argument vor. Der Touristenstrom nach Deutschland war seit den Olympischen Spielen in Berlin im Jahre 1936 stark angewachsen, und Moltke glaubte, daß die Klagen von Ausländern, vor allem von Touristen, über die unbequeme Unterbrechung der Autobahn nach dem

historischen alten Ostpreußen ein wirksames Mittel wären, einen Druck auf die Polen auszuüben.

Moltkes Plan spricht nicht gerade für sein Einfühlungsvermögen in die polnische Mentalität. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, der Nachfolger des Sohnes von Feldmarschall von Mackensen im Auswärtigen Amt, hielt Moltke für den fähigsten unter den deutschen Botschaftern. Diese Beurteilung kann nicht ohne weiteres übernommen werden. Weizsäcker hat niemals ungewöhnliche Fähigkeiten entwickelt, obwohl er den’Posten des zweiten Manns im Auswärtigen Amt bekleidete. Man sucht vergebens in seinen Akten, seinen Aus-

sagen vor dem Nürnberger Gerichtshof und in seinen veröffentlichten Memoiren nach Äußerungen, die auf eine ungewöhnliche Kenntnis der Probleme schließen lassen, vor denen Deutschland stand. Er und Moltke waren Gegner der deutschen Regierung, und Weizsäcker wie Neurath fühlten sich nicht sonderlich bemüßigt, die deutschen Interessen im Sinne des Regimes zu fördern. Weizsäcker war ein Repräsentant (figurehead), der sich durch ausgezeichnete Manieren und flüssigen Konversationsstil auszeichnete. Er war später sehr bedrückt, als Deutschland wiederum, trotz Hitlers Wunsch nach einem Einvernehmen, in einen sinnlosen Konflikt mit England verwickelt wurde. Das Oberhaupt von Ungarn, Admiral Horthy, der einmal im 2. Weltkrieg mit Weizsäcker zum Schwimmen ging, war erstaunt, den deutschen Diplomaten sagen zu hören, daß er sich am liebsten überhaupt nicht wieder anziehen möchte.

Moltke hielt sich für einen Kenner Polens nach der Tradition seines großen Vorfahren Graf Helmuth von Moltke, des berühmtesten aller Chefs des Preußischen Generalstabes. Feldmarschall von Moltke hat ein ausgezeichnetes Buch über Polen nach dem Mißlingen des polnischen Aufstandes der Jahre 1830/31 gegen Rußland geschrieben". Dieses Buch enthüllt seine Sympathie für Polen und ein umfassendes Wissen über das polnische Leben. Der deutsche Botschafter der dreißiger Jahre hoffte, dieser Tradition würdig zu sein. Er sprach fließend Polnisch. Die Moltkes, obwohl ursprünglich in Schleswig-Holstein seßhaft, waren seit langem schon in Schlesien heimisch und Moltkes Einstellung war die eines ostdeutschen Adligen, der das gesellschaftliche Leben Polens und den polnischen Individualismus liebte. Es war unheilvoll, daß sein diplomatisches Können nicht so groß war wie sein Eifer, die Polen richtig zu verstehen. Sein Wissen über Polen verblaßt jedoch, wenn man es mit dem des brillanten jungen Polenkenners Kurt Lueck vergleicht, der nicht den aristokratischen Rang besaß, dem die führenden Posten im deutschen diplomatischen Dienst in der Regel vorbehalten waren. Lueck ging an das Problem des polnischen Verhaltens mit einer Gründlichkeit heran, die Moltke fehlte. Er hätte sich niemals für Moltkes Autobahn-Plan eingesetzt. Es war tragisch für Deutschland, daß Moltke auf seinem kritischen Posten in Warschau die Gaben fehlten, die Weizsäcker ihm zusprach, und daß Männer wie Lueck keinen Einfluß auf das Verhalten der deutschen Diplomatie hatten.

Hitlers Kenntnis von der Würde, dem Charme und der rednerischen Begabung polnischer Staatsmänner stammte aus seinen jungen Jahren, als er zu den aufmerksamsten Zuhörern der Wiener Reichsratsdebatten vor 1914 zählte. Er neigte dazu, sich über polnische Angelegenheiten ein eigenes Urteil zu bilden, wie er es im Fall Italiens tat, dennoch hätte er dringend des Rates eines wirklich

hervorragenden Experten in Warschau bedurft. Gegenüber einem

111

112

Land wie England, das seiner Heimat Österreich weniger eng verbunden war als Polen oder Italien, mußte sich Hitler vorbehaltlos auf Ribbentrop stützen. Dieses traf vor allem nach dem brillanten Ribbentrop-Memorandum vom 2. Januar 1938 zu.

Die Polen wußten, daß die Deutschen sich eine Autobahn durch den Korridor wünschten, und Neuraths Unterredungen mit Lipski ließen die Möglichkeit durchblicken, daß Deutschland darauf aus war, Danzig zu beanspruchen. Lipski verhielt sich abwartend, als er sich neuerlich mit Neurath am 23. Oktober 1937 unterhielt. Neurath gab sich dem falschen Eindruck hin, die Polen seien bereit, eine deutsche Lösung der Danzig-Frage zu billigen. Er stand auch einem Vorschlag Albert Forsters in Danzig wohlwollend gegenüber, wonach ein Angebot, polnischen Stahl für die Autobahn und für eine neue Weich selbrücke zu verwenden, die Polen bewegen könnte, das Autobahnprojekt zu billigen.

Die Haltung Neuraths wurde in vollem Umfang von dem tschechischen Botschafter in Warschau, Slavik, geteilt. Der tschechische Diplomat sah die Rückgewinnung Danzigs für Deutschland als unumgänglich an. Er berichtete Außenminister Kamil Krofta, daß nach Ansicht Léon Noëls, des französischen Botschafters in Warschau, Danzig für Polen verloren sei. Der Abschluß eines provisorischen Abkommens über Danzig zwischen Deutschland und Polen am 5. November 1937 änderte seine Ansicht nicht. Er berichtete Krofta am 7. November 1937, der

Völkerbundskommissar Burckhardt halte auch weiterhin daran fest, daß die Vereinigung Danzigs mit Deutschland nicht verhindert werden könne. Es war kaum überraschend, daß die Tschechen selbstzufrieden in der Erwartung verharrten, die deutschen Gebietsrevisionen würden ihren Anfang mit Danzig in der Nachbarschaft Polens nehmen. Sie rechneten mit Italien, das ein deutsches Einrücken nach Österreich verhindern würde, wobei sie nichts von Deutschland zu fürchten hatten, solange die Schuschnigg-Diktatur bestand. Das Schicksal Danzigs war der Tschechoslowakei völlig gleichgültig.

Der deutschpolnische Minderheitenpakt von 1937

Seit 1934 hatten sich die Deutschen um einen Minderheitenvertrag mit Polen bemüht. Damals benutzte Beck den Eintritt Rußlands in den Völkerbund als Vorwand für eine Kündigung der bestehenden Verträge. Die Volksdeutschen in Polen befanden sich in einer ungesicherten Lage. Ihnen fehlte die starke Organisation der Deutschen in der Tschechei. Die Polen behandelten die Deutschen nach 1918 sehr hart. Etwa 70 Prozent der in Posen und Westpreußen ansässigen deutschen Bevölkerung von 1918 war vor Pilsudskis Staatsstreich im Jahre 1926 nach Deutschland ausgewandert. Es handelte sich um nicht weniger als 820.000 Personen aus diesen beiden ehemaligen deutschen

Provinzen. Polnische Propaganda hat oft vorgeschützt, daß die dort verbliebenen Deutschen größtenteils Großgrundbesitzer seien, doch entsprach das nicht den Tätsachen. Es ist wahr, daß 80 Prozent der 325.000

Deutschen, die bis 1937 in den beiden Provinzen blieben, von der Landwirtschaft lebten, aber sie waren vorwiegend Bauern. Bis 1939 lebten in Ostoberschlesien immer noch 165.000 Deutsche, die trotz des deutschen Sieges in der Volksabstimmung von 1921 von Deutschland abgetrennt worden waren. Im Jahre 1939 lebten in Kongreßpolen auch noch 364.000 Deutsche und weitere 60.000 saßen in dem ehemaligen Kresy-Gebiet in Wolhynien. Deutsche lebten verstreut im Raum von Wilna und noch 1939 wohnten über 900.000 Deutsche in den ehemaligen deutschen und russisch-polnischen Gebieten. Dazu gehört nicht Österreichisch-Galizien, wo die Deutschen im wesentlichen Landwirtschaft betrieben, obwohl schon die Industriestadt Bielitz eine deutsche Bevölkerung von 62 Prozent zählte. Ein genaues Studium der polnischen Volkszählung von 1931, die in verschiedener Hinsicht erstaunliche Ungenauigkeiten enthält, ergibt, daß die dort genannte Zahl von 727.000 Deutschen unrichtig und um über 400.000 zu klein war.

Die polnische Politik gegenüber den Deutschen in den vorangegangenen Jahren war in den ehemaligen deutschen Gebieten härter als in Galizien, Kongreßpolen oder im Kresy. Mehr als eine Million Morgen deutschbewirtschafteten Bodens wurde in den Jahren 1919-1929 in den Provinzen Posen und Westpreußen enteignet. Häufig wurden deutschsprachige Zeitungen beschlagnahmt und in den Jahren vor 1934 die meisten deutschen Schulen in ganz Polen geschlossen. Nach der Wahl von 1928 saßen im polnischen Sejm 21 deutsche Abgeordnete, nach den Herbstwahlen 1930 nur noch fünf und nach 1935 keine mehr. Zwei Deutsche gehörten damals zu dem weniger bedeutenden polnischen Senat, aber man verweigerte ihnen ihre Sitze viele Monate vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges im Jahre 1939.

Die außergewöhnlich schlechten Zustände in den ehemaligen deutschen Provinzen riefen unvermeidlich den Protest der ansässigen deutschen Bevölkerung hervor. Es herrschte 1933 große Begeisterung unter den jüngeren Deutschen, als die Hitlerrevolution im Reich triumphierte, was die Polen nur noch mehr störte und verfeindete. Unter den älteren Deutschen zeigten sich viele darüber besorgt. Die jungen Deutschen fühlten sich zu der Jungdeutschen Partei für Polen (JDP) hingezogen, die 1921 in Bielitz von Rudolf Wiesner gegründet worden war. Eine Anzahl von konservativen Deutschparteien opponierten gegen diese Gruppe. 1934 versuchte Senator Hasbach, die konservative Opposition im „Rat der Deutschen in Polen" (RDP) zu einigen. Die Konservativen beeinflußten die meisten der noch bestehenden deutschsprachigen Zeitungen und 1937 teilte sich die Führung der Jungdeutschen, als eine an-

dere Gruppe unter Wilhelm Schneider sich um die Führung bemühte. Wiesner obsiegte nach vielen Schwierigkeiten, aber es war eine auffallende Tatsache, daß eine überragende Führung aus keiner der deutschen Gruppen hervorging. Der Gegensatz zwischen den deutschen Parteigruppen in Polen und der Sudetendeutschen Partei in der Tschechei unter Konrad Henlein war ebenfalls sehr groß.

Die konservativen wie die radikalen Gruppen standen nominell zu Hitler, aber die letzteren hegten noch ehrgeizigere Absichten auf dem Gebiete der Sozialreformen, die gleich denen im Reich einer Verbesserung der Verhältnisse der Deutschen in Polen dienen sollten. Keine der Gruppen erwartete auch nur im mindesten, daß sie unter deutsche Herrschaft kommen würde oder könnte. Die

volksdeutsche Vermittlungsstelle im Reich, die die kulturellen Verbindungen zwischen Auslandsdeutschen und Reichsdeutschen förderte, hielt sich aus dem Zwist unter den deutschen Parteigruppen in Polen heraus. Beide Gruppen hofften, daß die Annäherung zwischen Deutschland und Polen ihre Lage verbessern würde, aber in den Jahren nach Abschluß des Paktes von 1934 gab es dafür nicht die geringsten Anzeichen. Die Volksdeutschen in Polen verhielten sich mit wenigen Ausnahmen streng loyal zum polnischen Staate. Eine spätere Untersuchung durch den holländischen Experten Louis de Jong widersprach der bekannten Behauptung der Polen, daß es eine deutsche Fünfte Kolonne in Polen gäbe. Die Beamten der deutschen Spionageabwehr in Polen waren fast ausschließlich Juden und Polen. Tausende junger Deutscher im militärdienstpflichtigen Alter dienten in der polnischen Armee, als 1939 der Krieg begann. Die prominenten Deutschen in Polen blieben bis September 1939 im Land und wurden verhaftet, ins Landesinnere transportiert oder getötet.

Ein Artikel aus der Gazeta Polska, dem Regierungsorgan in Warschau, stellte am 21. Oktober 1935 fest, daß die innere Geschlossenheit zu wahren und die kulturellen Bindungen zu festigen, eindeutig zu den Rechten der Deutschen in Polen gehörten. Das war alles, was die deutsche Minderheit wollte. Den Deutschen in Polen gelang zwar kein engerer Zusammenschluß, aber ihre Moral besserte sich nach 1933. Sie beteiligten sich aktiv an den polnischen Nationalwahlen im Jahre 1935, obwohl man wußte, daß sie keine Sitze im Sejm erhalten würden. Die Nationaldemokraten als streng polnische Partei boykottierten diese Wahl. Sie provozierten die Behörden in einer Weise, an der die Deutschen nicht einmal im Traum dachten. Die Deutschen in Polen waren, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, passiv und keine Störenfriede. Hitler zeigte sich verständlicherweise

besorgt über ihre schlechte Behandlung. Er wünschte jedoch nichts weiter, als daß sie als polnische Staatsangehörige besser behandelt würden.

Ganz anders die polnische Minderheit in Deutschland. Sie war geschlossener

114

115

und erfolgreicher als die Polen-Deutschen. Die „Union der Polen in Deutschland” wurde 1922 in Berlin gegründet. Alle Mitglieder erhielten unaufgefordert die Zeitschrift „Polak w Niemezech“ (Der Pole in Deutschland). Seit Generationen hatten es viele Menschen polnischer Abstammung in Deutschland vorgezogen, sich als Deutsche zu betrachten. Die Union der Polen bemühte sich, dieses Bestreben zu bekämpfen und widersetzte sich der sogenannten „subjektiven Volkszählung”, die von der Weimarer Republik eingeführt und von Hitler fortgesetzt wurde. Die alte Bürokratie unter den Hohenzollern hatte die Polen nach dokumentarisch belegten Zeugnissen gezählt. Das neue Verfahren erforderte eine subjektive Erklärung der völkischen Zugehörigkeit außer der Angabe der Muttersprache. In der Weimarer Zeit konnte einer sagen, seine Muttersprache sei polnisch, seine Volkszugehörigkeit jedoch deutsch. Viele Tausende von Polen waren nach Deutschland ausgewandert, um in der westdeutschen und ebenso in der französischen Industrie zu arbeiten, und jetzt gestattete es ihnen die Volkszählung, sich als Deutsche zu bezeichnen. Unter diesen Bedingungen erklärten sich nur 14.000 in der Volkszählung von 1939 als Polen, obwohl nach deutscher Schätzung und objektiver Satzung mindestens 260.000 Polen in Deutschland lebten, während die polnische Regierung behauptete, es seien 1,5 Millionen. Die

wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland waren gut, die Polen wurden wirtschaftlich nicht benachteiligt; doch das Nationalbewußtsein der polnischen Minderheit war recht schwach. Das Gleiche zeigte sich bei den Reichstagswahlen während der Weimarer Republik. Aber unter Hitler begann es lawinenartig anzuwachsen.

Im Schuljahr 1928 waren nur 6600 Kinder in Deutschland in polnische Schulen gegangen, davon lebten 4 172 im Raum von Berlin und im Ruhrgebiet. Auf der anderen Seite besaßen die Polen viele Genossenschaften, in denen die nationale Zugehörigkeit nur wenig betont war. Die polnische Presse in Deutschland begrüßte die verbesserten wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen unter Hitler und anerkannte das nationalsozialistische Programm, das diese Bedingungen auch der polnischen Minderheit gewährte. Das deutsche Staatsbürgergesetz vom 15. September 1935 war darauf bedacht, der polnischen Minderheit die vollen staatsbürgerlichen Rechte zuzuerkennen. Im Jahre 1937 unterhielt die polnische Minderheit noch 58 Lyzeen und 2 Gymnasien, die reichlich Platz für polnische Kinder boten, welche im Reich eigene Schulen zu besuchen wünschten. Ein allgemeines Treffen der polnischen Organisation wurde am 6. März 1938 im Berliner KdF-Theater mit Pater Domanski unter dem Vorsitz von Generalsekretär Czeslaw Kaczmarek abgehalten. Viele stolze Reden waren zu hören. Eine riesige Organisation wurde der Form nach sichtbar, aber es fehlte ihr an Wirkung, wie die deutsche Volkszählung im Mai 1939 klar enthüllte.

115

116

Ein vielversprechender deutschpolnischer Minderheiten-Pakt wurde schließlich am 5. November 1937 abgeschlossen.

Man kam überein, daß Hitler am gleichen Tag vor den Führern der polnischen Minderheit sprechen sollte wie Polens Staatspräsident Moscicki vor den Führern der deutschen Minderheit. Hitler zeigte sich ungemein erfreut über das, was er als einen konkreten Schritt in der Richtung einer umfassenden deutsch-polnischen Verständigung betrachtete. Er konnte es nicht wissen, daß die polnische Führung den neuen Pakt als toten Buchstaben behandeln würde. Er stimmte der Amnestie einer Zahl von deutschen Staatsangehörigen polnischer Abstammung, die das deutsche Strafgesetz verletzt hatten, zu. Er billigte gleichfalls Lipskis Vorschlag einer Kompromißerklärung über Danzig. Die Danzig-Frage sollte die deutsch-polnischen Beziehungen nicht stören. Hitler bewies seinen österreichischen Charme, als er die Delegation der polnischen Minderheit in Deutschland empfing. Er betonte ihr gegenüber, daß er Österreicher sei und aus eben diesem Grunde ihre Lage besonders gut verstehen könne. Die Polen waren außerordentlich angetan von dem herzlichen Ton in Hitlers Bemerkungen. Der Empfang der deutschen Minderheitenführer bei Präsident Moscicki in einem Kurort in den Beskiden verlief wesentlich reservierter.

Das trügerische Hoßbach-Memorandum

Ein seltsames Ereignis, das sich zusammen mit dem deutsch-polnischen Minderheitenpakt am 5. November 1937 abspielte, bot allen Berufspropagandisten eine ideale Gelegenheit zu allerlei Kombinationen. Hitler sprach auf einer Konferenz in der Reichskanzlei, an der seine engsten Berater teilnahmen, jedoch ohne die Mehrheit seines Kabinetts. Zu dem kleinen Kreis gehörten Wehrminister Werner von Blomberg, Oberbefehlshaber des Heeres Werner von Fritsch, Oberbefehlshaber der Marine Erich Raeder, Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring und Außenminister Konstantin von Neurath. Ein zuverlässiges

Protokoll dieser Konferenz schrieb Admiral Erich Raeder am gleichen Tag in sein Tagebuch. Oberst Hoßbach, Abteilungschef im Generalstab des Heeres und Adjutant der Wehrmacht bei Hitler, war ebenfalls zugegen. Er war keineswegs nur Hitlers Adjutant, obwohl sich diese Version beharrlich in vielen Berichten erhalten hat.

Der Hoßbach-Bericht über diese Konferenz, der zum bedeutendsten Dokus ment aller Zeiten aufgemacht worden ist, wurde fünf Tage nach dem Ereignis verfaßt und hätte vor einem normalen Gerichtshof keine Beweiskraft. Hoßbach war ein unerbittlicher Gegner Hitlers und seines Systems. Ihm war jedes ungesetzliche und revolutionäre Mittel recht, um Hitler auszuschalten. Er war ein glühender Bewunderer des Generalobersten Ludwig Beck, Chef des Generalstabs, dessen Leben er einst bei einem Kavallerie-Unfall hatte retten helfen.

116

117

Beck war ein entschlossener Feind Hitlers. Sein Ziel war die Bildung einer deutschen Opposition gegen Hitler. Hoßbach war infolgedessen ständig darauf bedacht, Beck mit allem möglichen Propagandamaterial zu versorgen. Hitler war indessen in Deutschland durchweg beliebt und nur mit ungewöhnlichen Methoden konnte man eine wirksame Opposition gegen ihn schaffen. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß das Hoßbach-Memorandum als historisches Dokument wertlos ist.

Als diese Konferenz nach dem 2. Weltkrieg behandelt wurde, waren Fritsch und Blomberg nicht mehr am Leben, dagegen stimmten die Aussagen Raeders, Neuraths und Görings im wesentlichen hinsichtlich des Tenors von Hitlers

Ausführungen überein. Es wurde übereinstimmend ausgesagt, daß Hitler eine aktive Politik der Gebietsrevisionen zugunsten Deutschlands erörterte. Jedermann wußte, daß er dies im Sinne hatte, da er es niemals verhehlt hatte, daß eine territoriale Revision eines seiner ersten Ziele war. Ferner stimmte man darin überein, daß Hitler die Gefahr eines Krieges gegen die Westmächte für den Fall mitberechnete, daß sie einschreiten und Deutschland an irgendeinem Punkt blockieren würden. Hitler hat wahrscheinlich sehr viel gesagt, was man von ihm angesichts der Ereignisse, die nun folgten, erwartete.

Das ist auch im wesentlichen der Kern des Hoßbach-Memorandums. Es enthält keine ausgesprochen abwegigen Behauptungen mit der Schlußfolgerung, daß Hitler Krieg mit England oder der Sowjetunion wünschte, aber es ist in einer Art geschrieben, die äußerst beleidigend wirkt und es enthält eine Anzahl von erschreckenden stillschweigenden Schlußfolgerungen. Hoßbach läßt Hitler von einem möglichen Krieg mit England und Frankreich in einer Weise sprechen, aus der hervorgehen muß, daß der deutsche Führer den Krieg mit beiden für unvermeidlich gehalten hat. Hoßbach läßt Hitler vom Zugang zu Rohstoffen sprechen, daß man annehmen muß, er habe vorgehabt, riesige Räume zu entvölkern. Hitler soll angedeutet haben, daß eine Million Menschen nach dem Zusammenschluß mit Österreich zur Auswanderung nach Deutschland gezwungen werden müßten. Das ist lächerlich, wenn man an die Einstellung solcher Männer wie Hitler und Göring gegenüber Österreich denkt. Göring hätte sich nach einem derartigen Vorschlag sofort von Hitler getrennt.

Hitler eröffnete seinen Beratern am 5. November 1937, daß er eine aktive Außenpolitik im Auge habe, die die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages anfechte. Das war etwas, was Hitler vorher getan hatte,

aber er hatte in seinen früheren Reden und Schriften versprochen, daß er diese Politik bei entsprechend günstiger Gelegenheit zu verfolgen gedachte. Bei der erwähnten Konferenz gab er keine derartigen Daten. Es wurden weder besondere Aktionen noch ein Zeitplan festgelegt.

117

118

Hitlers Danzig-Erklärung vom November 1937

Der Minderheitenvertrag vom 5. November 1937 hätte eine der beiden Hauptursachen der Reibungen zwischen Deutschland und Polen aus dem Wege räumen können, wenn die Polen seine Möglichkeiten erkannt hätten. Der Ver trag schloß die Assimilierung durch Gewalt, Einschränkungen im Gebrauch der Muttersprache, Unterdrückung von Vereinigungen, Ablehnung von Schulen und eine wirtschaftliche Benachteiligungspolitik aus.

Der andere wesentliche Reibungspunkt war die Danzig-Korridor-Frage. Hitler hoffte, die Polen durch seine Feststellung beruhigen zu können, daß er friedliche Verhandlungen zur Lösung dieser Frage beabsichtige. Neurath war jedoch nicht mit Hitlers allgemeiner Versicherung ohne genauere Angaben einverstanden und versuchte sie deshalb als Teil einer quidproquo-Abmachung zu interpretieren. Nach Neurath war Hitlers Versprechen an die Polen hinsichtlich Danzigs ein toter Buchstabe, wenn sie den Minderheitenvertrag nicht respektierten.

Die Polen versuchten, Hitlers Feststellung dahin auszulegen, daß Deutschland jede Absicht, Danzig sich einzuverleiben, von sich weise. Mit diesem Bemühen standen sie auf schwachen Füßen. Würde nämlich den Deutschen eine freiwillige Anerkennung ihrer Grenzen mißlingen, so könnte

Deutschland ohne weiteres das Polen auf der westlichen Seite der deutschen Ostgrenze von 1914 zugesprochene Gebiet beanspruchen. Das polnische Außenministerium protestierte am 9. November 1937 gegen eine Rede Albert Forsters in Düsseldorf vom 6. November. Forster hatte vor einer großen Zuhörerschaft erklärt, daß die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich sein Ziel sei. Diese Rede war nur ein Teil einer größeren Kampagne, die deutsche Bevölkerung mit der Danzig-Frage vertraut zu machen.

Im deutschen Auswärtigen Amt kam man am 23. November 1937 nach dem erfolgreichen Verlauf der letzten Danzig-Versammlungen Forsters in verschiedenen deutschen Städten zu dem Schluß, daß dieses Programm verstärkt werden müsse. Es wurden Pläne gemacht, in nächster Zeit einhundert weitere Versammlungen und bis April 1938 noch fünfzig andere vorzubereiten. Die besten Sprecher aus Danzig wurden dazu verpflichtet. Der Danziger Senatspräsident, der Volkstagspräsident, der Danziger Propagandaleiter, der Arbeitsfrontführer und viele andere namhafte Danziger kamen außer Forster zu Wort. Man stellte fest, daß der „Danziger Vorposten”, das Hauptnachrichtenorgan Danzigs, eine ausgezeichnete Zeitung sei, und es wurde beschlossen, ihre Verbreitung im Reich zu fördern. „Das deutsche Danzig”, eine Wanderausstellung, wurde ebenfalls in die Planung einbezogen. Sie sollte in Münster in Westfalen Ende November 1937 eröffnet werden. Das Auswärtige Amt zog

daraus den Schluß, daß die Kenntnis und das Bewußtsein im Zusammenhang mit Danzig im Reich „recht ordentlich”,

aber „nicht ausreichend” seien. Diese Aktivität war ein gutes Zeichen für die deutsche Haltung zu Hitlers Danzig-Erklärung. Man betrachtete sie als einen hoffnungsvollen Beginn einer tatkräftigen diplomatischen Kampagne zur Rückgewinnung Danzigs.

Österreich als tschechischer Pufferstaat

Die Ansicht des Auswärtigen Amtes über Danzig war grundsätzlich richtig, wenn auch etwas voreilig. Es zeigte sich bald, daß sich die österreichische Krise ihrem Höhepunkt näherte und es war nicht zweifelhaft, daß die Lösung der Österreich-Frage die tschechoslowakische Frage nach sich ziehen würde. Die Existenz von 3,5 Millionen unglücklicher Sudetendeutscher konnte weder von den Tschechen noch von Hitler oder der Welt in dem Augenblick geleugnet werden, indem man sich der Deutschen in Österreich annahm. Eine tschechoslowakische Krise dagegen konnte die erste größere Gelegenheit für Deutschland und Polen bringen, eine internationale Krise gemeinsam zu meistern, da die Haltung beider Staaten gegenüber den Tschechen feindlich und darum grundsätzlich die gleiche war. Wenn dieses Zusammengehen sich bewährte, konnte es möglich sein, über die beiden wesentlichen Streitfragen zwischen Deutschland und Polen mit einer größeren Aussicht auf Erfolg ins Gespräch zu kommen.

Die Tschechen waren sich der Feindschaft ihrer beiden Hauptnachbarn wohl bewußt. Es war daher nicht überraschend, daß Kamil Krofta, der tschechische Außenminister, am 22. Februar 1938 im ersten Stadium der Österreichkrise ein Memorandum verfaßte, in dem erklärt wurde, warum er eine entschiedene tschechische Aktion für richtig halte, um eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu verhindern. Die selbstgefällige Annahme,

daß Danzig das erste Ziel deutscher Expansion sei, würde erschüttert werden, wenn die Marionettendiktatur in Österreich nicht als ein Puffer gegen die Verwirklichung von Hitlers Großdeutschland erhalten bliebe. Palacky hatte sich für ein un abhängiges Österreich gegen die Frankfurter Nationalversammlung von 1848 eingesetzt, und Krofta hoffte, gegen Hitler ein unabhängiges Österreich, wenn auch nur ein zerstückeltes Rumpf-Österreich, erhalten zu können.

Tatsächlich standen die Tschechen vor einer Überraschung und bald waren die Deutschen und Polen in der Lage, ihre Triumphe auf Kosten der Tschechen zu verzeichnen. Im Hintergrund stand die Sowjetunion, die größte Gefahr, vor die Deutsche und Polen jemals gestellt worden waren. Es wäre für beide erstrebenswert gewesen, sich gegen diese Gefahr zu verbünden, obwohl vielleicht niemand ahnte, auch die deutsche und polnische Führung nicht, wie groß die Gefahr wirklich war.

119

120

5. KAPITEL: DER WEG NACH MÜNCHEN

Hitlers friedliche Revisionspolitik im Jahre 1938

IN den Annalen Europas nimmt das Jahr 1938 als das Jahr der größten Tri-Ta. Adolf Hitlers einen besonderen Platz ein. Es behält diese einzigartige Bedeutung trotz der Tatsache, daß Hitlers Werk sieben Jahre später vernichtet war. Hitler gab 1938 zehn Millionen Deutschen zurück, was ihnen die Friedensmacher von 1919 mit der Verweigerung der Selbstbestimmung vorenthalten hatten. Er erwirkte damit dem deutschen Volke die gleichen Rechte, wie sie die Völker Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Polens genossen. Er brachte es fertig, seine Siege zu erringen, ohne einen bewaffneten Konflikt hervorzurufen. Das hatte Europa vorher nie erlebt. Wohl war es mit Hilfe dynastischer Einheitsbestrebungen zu friedlichen territorialen Zusammenschlüssen gekommen. Doch hatte niemals zuvor der Führer einer Nation über zwei feindliche, fremde Regierungen ohne Blutvergießen triumphiert. Hitler bewies, was der Völkerbund beweisen zu können behauptet hatte und doch niemals tat. Friedliche Gebietsrevision war also in Europa möglich. Niemand hätte dies mit Sicherheit vor 1938 sagen können, weil es keinen Erfahrungsbeweis dafür gab. Hitler benutzte zwar die Gewaltandrohung, um diese Ergebnisse zu erzielen, aber das Blutvergießen in sinnlosen Kriegen wurde vermieden. Eine kurze Durchleuchtung dieser Triumphe ist notwendig, um zu erklären, warum Hitlers Erfolge von 1938 sich im September 1939 nicht wenigstens in geringerem Umfange wiederholten.

Kaum ein Staatsmann ist von seinen Landsleuten wie von Ausländern in aller Welt heftiger angegriffen worden als Hitler. Das ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß es Hitler nicht gelang, sein Programm nach 1939 fortzusetzen, und daß sein Mißerfolg infolge des Vernichtungswillens seiner Gegner ein ungeheurer und totaler war. Einige Kritiker verdammen Hitler von der Stunde seiner Geburt an. Auf der entgegengesetzten Seite stehen jene, die sich

vielleicht als ihm wohlgesinnt und zugetan betrachten, die aber sagen, Hitler habe nicht warten können oder es nicht verstanden, im richtigen Augenblick aufzuhören. Es ist allgemein üblich, Mißerfolge zu verdammen und Erfolge anzubeten. Diese Neigung entspricht dem tiefen Wunsch der Menschheit, die Welt, in der wir leben, zu vereinfachen und in den Dingen naturgewollte Ordnung und Sinn zu finden. Das hatte schon Nietzsche im Sinn, als er schrieb, daß ein guter Krieg jeden Grund rechtfertige. Niemand weiß sich frei von diesem Wunsch, weil er „menschlich, allzumenschlich" ist, doch ist ein gewisser Abstand bei voller Verbundenheit mit vergangenem Geschehen möglich oder sollte möglich sein. So wird sich später erweisen, daß die Münchener Konferenz nicht die endgültige Lösung der deutschen Fragen brachte, und daß eine untätig abwartende Politik in jenem Stadium ein allzu einfaches und gefährliches Universalmittel gewesen wäre.

Hitler hatte zu Beginn des Jahres 1938 keine Ahnung, was es bringen würde. Der Konferenz vom 5. November 1937 mit Außenminister von Neurath und den Militärs war nichts gefolgt. Er hatte keine bestimmten Pläne und keinen

Zeitplan zur Durchführung der Gebietsrevisionen. Als er auf dem Berghof in Berchtesgaden aus seinem Fenster auf die österreichischen Berge sah, wußte er noch nicht, daß er in wenigen Wochen zum ersten Mal nach über einem Vierteljahrhundert wieder in seine Heimat Österreich zurückkehren würde. Hitlers Leistungen im Jahre 1938 waren nicht das Ergebnis sorgsame1 Voraussicht und Planung im Stile Bismarcks, sondern wurden in der blitzschnellen Ausnutzung zufälliger Umstände nach der Art Friedrichs des Großen in den ersten Jahren seiner Regierungszeit erreicht.

Die Hitler-Beck-Zusammenkunft im Januar 1938

Am 14. Januar 1938 erörterte Hitler mit dem polnischen Außenminister Beck in Berlin die europäische Lage. Diese Konferenz war bedeutungsvoll. Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen seit der Minderheiten-Erklärung vom 5. November 1937 hatte in beiden Ländern Enttäuschung hervorgerufen und es war notwendig, die Atmosphäre zu reinigen. Polnische Proteste gegen deutsche Äußerungen über Danzig hatten viel böses Blut verursacht, obwohl Albert Forster auf Hitlers Veranlassung sich zu einer Reise nach Warschau bereit erklärt hatte, um die Lage mit den polnischen Führern zu besprechen. Deutschen Bemühungen, die Polen dahin zu bringen, in regelmäßigen Abständen beiderseitige Minderheitenfragen gemeinsam zu besprechen, wich man in Warschau aus. Die Deutschen überreichten Protestnoten gegen die laufende wirtschaftliche Benachteiligung der deutschen Minderheit im oberschlesischen Industriegebiet, doch diese Proteste wurden nicht beantwortet. Der deutsche Botschafter von Moltke hatte zu Beck am 11. De-

zember 1937 ganz unverhohlen gesagt, daß Deutschland sich in seinen Hoffnungen auf günstige Auswirkungen des neuen Vertrages getäuscht sehe.

Auch waren die Deutschen über die Agrarland-Reform in Polen besorgt, die zu jedem Jahresanfang verkündet wurde. Diese Maßnahme wurde dazu benutzt, Deutschen gehörende Ländereien in Polen, vor allem in den ehemaligen deutschen Provinzen, zu enteignen. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Bestimmungen 1938 härter sein sollten als in den vergangenen Jahren, was sich später als zutreffend erwies. Neurath hatte den 13. Januar 1938 für ein Zusammentreffen mit Beck festgelegt und dafür ein sorgfältig ausgearbeitetes Memorandum über viele Beschwerden vorbereitet. Er hatte vor, auf das Agrargesetz nachdrücklich hinzuweisen, sowie auf die besonderen Entdeutschungsmaßnahmen in polnischen Grenzverordnungen, die das Recht des polnischen Staates verkündeten, andern als polnischen Volksangehörigen den Besitz von Grund und Boden im Grenzgebiet zu untersagen. Er gedachte auch, gegen die bösartige, deutschfeindliche Politik des Gouverneurs Grazynski von Polnisch-Oberschlesien zu protestieren und sich über die polnische Presse zu beschweren, die trotz des jüngsten Abkommens deutschfeindlich blieb und schrieb. Ebenso wollte er über das Ausbleiben des immer noch nicht erfolgten „psychologischen Durchbruchs” zu besseren Beziehungen zwischen den beiden Ländern Klage führen.

Neuraths Plan wurde durch einen Befehl Hitlers vereitelt, der ihm verbot, diese strittigen Punkte anzuschneiden. Das polnische Außenministerium tadelte am 12. Januar 1938 den Plan für regelmäßige Zusammenkünfte zur Besprechung von Minderheitenfragen als einen gefährlichen Weg, der zu

Reibungen führen könnte. Moltke kabelte Neurath noch am gleichen Tag, daß Beck sich bei seiner Unterredung mit dem deutschen Außenminister auf die Danzig-Frage zu konzentrieren beabsichtige. Neurath spürte unter diesen Umständen nur geringe Lust zu seinem Treffen mit Beck und verhielt sich ausweichend, als der polnische Außenminister vorschlug, den Völkerbundskommissar aus Danzig zu entfernen. Schließlich erklärte er sich damit einverstanden, daß Beck in Genf die Möglichkeit sondieren sollte, die Frage zu einem geeigneten Zeitpunkt anzuschneiden.

Beck vertraute Neurath an, daß er von der neuen antijüdischen Regierung Octavian Gogas in Rumänien und von der — in diesem Fall nur vorübergehenden — Absetzung des liberalen rumänischen Regimes sehr angetan sei. Beck machte schließlich die kennzeichnende Bemerkung, die polnischen Beziehungen zur Tschechei könnten gar nicht schlimmer sein; „er könne es sich nicht vorstellen, daß sich das je ändern würde". Es fehlte nicht an dem spitzen Zusatz, Polen habe keinerlei politisches Interesse an Österreich und Beck deutete an, daß die polnischen Interessen im Süden der Karpathen auf Polens

Verbündeten Rumänien beschränkt seien, auf polnische Gebietswünsche in der Tschechei und auf den östlichen Teil der Prager Domäne.

Beck versicherte Neurath, die Bekämpfung des Bolschewismus, mit dem sich die Tschechen im Juni 1935 offiziell verbündet hätten, sei das oberste Ziel der polnischen Politik. Neurath erhob darauf sofort die Frage der polnischen Beteiligung an dem 1936 geschlossenen

deutsch-japanischen Antikominternpakt, dem Italien einige Wochen zuvor beigetreten war. Beck erklärte jedoch hastig, daß diese Einrichtung „für Polen unpraktisch“ sei. Nach Becks Überzeugung würden die furchtbaren sowjetischen Säuberungen die Kraft Rußlands unter höhlen. Deshalb habe er sich entschlossen, eine Verbindlichkeit gegenüber Deutschland zu vermeiden. Er erachte sie als unnötig.

Hitler kam am folgenden Tag mit Beck zusammen und machte dabei eine Bemerkung, die der polnische Außenminister sehr sorgfältig hätte beachten sollen. Sie unterhielten sich über den gegenwärtigen Bürgerkrieg in Spanien und Hitler betonte, daß er den Kampf gegen den Bolschewismus in Europa für sehr wesentlich halte. Dennoch stünde seine antibolschewistische Politik an zweiter Stelle hinter seinem Ziel, die deutsche Macht zu stärken und zu festigen. Die Wiedererrichtung Deutschlands sei der vordringlichste Auftrag, den er vom deutschen Volk empfangen hätte. Es ist wichtig, diese Erklärung festzuhalten, wenn man die Behauptung prüft, Hitler habe seine gesamte Außenpolitik umgestoßen, als er 1939 eine Annäherung an Rußland suchte. An sich war solche Politik in jedem Augenblick denkbar, wenn deutsche Interessen ernstlich in Gefahr waren.

Hitler gab Beck auch eindringlich zu verstehen, daß er niemals seine Einwilligung zu einer Zusammenarbeit mit Polen geben würde, eine Revision des Danzig-Status herbeizuführen, wenn diese darauf abziele, das Freistaat-Regime zu verewigen. Er hoffte, Beck würde einsehen, daß seine Haltung in diesem Punkt unabänderlich wäre. Das Gespräch wandte sich dann Österreich zu und es wurde Beck dabei klar, daß Hitler die Verhältnisse in diesem Land sehr am Herzen lagen. Hitler unterrichtete Beck, er würde sofort nach Österreich einmarschieren, wenn man den Versuch mache, die Habsburger Dynastie

wiedereinzusetzen. Er vertraute ihm an, daß seine gegenwärtige Österreichpolitik auf friedlichen Beziehungen zu Wien im Sinne des deutsch-österreichischen Vertrages von 1936 beruhe. Dieser Vertrag war von Franz von Papen, der seit Oktober 1934 deutscher Botschafter in Österreich war, und dem österreichischen Außenminister Dr. Guido Schmidt ausgehandelt worden. Er stellte einen Waffenstillstand zwischen den beiden Ländern in dem unerklärten Krieg, der seit Hitlers Machtübernahme 1933 bestanden hatte, her. Nach den Satzungen dieses Vertrages hatte sich Österreich zu einer Außenpolitik verpflichtet, die seinem Wesen als einem deutschen Staat entsprach.

123

124

Hitler erwähnte, seine Politik gegenüber der Tschechei beschränke sich darauf, den Status der deutschen Minderheit zu verbessern, bekannte sich aber zu der Ansicht, daß „die ganze Struktur des tschechischen Staates unmöglich sei”. Weder Hitler noch Beck hatten eine Ahnung von der Rolle des tschechischen Präsidenten Benesch, die er bei der Säuberung in der russischen Armee spielte, als er Stalin auf eine angeblich deutschfreundliche Verräterei in der Roten Armee hingewiesen hatte. Jedoch erkannten beide die Gefahr der bolschewistischen Infiltration in der Tschechoslowakei, und Beck äußerte „volle herzliche Zustimmung“ zu Hitlers Bemerkungen über die Tschechen.

Beck vertraute Hitler etwas an, was er den Russen nie gesagt hatte. Er eröffnete ihm, daß Polens Bündnis mit Rumänien ausschließlich gegen die Sowjetunion gerichtet sei, und meinte, Polen hoffe, Rumänien gegen den Bolschewismus stärken zu können. Er behauptete auch, daß er die deutschpolnische Freundschaft zu vertiefen wünsche

und „die Politik fortzusetzen, die Marschall Pilsudski begonnen habe“.

Die Unterredung zwischen Hitler und Beck am 14. Januar 1938 war für fast ein Jahr die letzte und spielte, trotz der immer wieder vorkommenden örtlichen Zwistigkeiten, eine bedeutende Rolle bei der Besserung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Das Verhältnis der beiden Männer zueinander stand auf einer freundschaftlicheren Basis als vorher, und Staatssekretär von Weizsäcker übertrieb nicht, als er Moltke unterrichtete, die Unterredung sei „für beide Seiten befriedigend” verlaufen. Das war möglich, weil man Gemeinsames betont und sich über Trennendes hinweggesetzt hatte.

Der Aufstieg Joachim von Ribbentrops

Im Januar 1938 waren Wehrminister Werner von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres, Werner von Fritsch, Mittelpunkt zweier Skandale in Deutschland. Fritsch wurde im März 1938 von einem militärischen Sondergericht von der Anklage homosexueller Vergehen freigesprochen, obwohl Indizienbeweise zunächst stark gegen ihn sprachen. Der Blombergskandal entstand aus der Eheschließung Blombergs mit Erna Grühn, bei der Hitler Trauzeuge gewesen war. Bald danach kam es an den Tag, daß Erna Grühn in Berlin als Prostituierte eingetragen war. Niemand, auch Blomberg nicht, hielt es für richtig, daß er als Wehrminister unter diesen Umständen auf seinem Posten bleiben konnte. Die Entlassung von Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres vor dem endgültigen Gerichtsspruch war ungerecht, aber durchaus gesetzlich, da Hitler nach der Verfassung das Recht hatte, ihn zu entlassen. Dieses Vorgehen unterschied sich auch kaum von der Behandlung ähnlich unglücklicher Fälle in anderen Ländern.

Diese Vorgänge machten Veränderungen notwendig und Hitler beschloß, sie

124

125

in größerem Umfange vorzunehmen. Ribbentrop wurde endlich zum Außenminister berufen, um von Neurath abzulösen, und es gab noch einige weitere Wechsel im diplomatischen Dienst. Von Hassell wurde von seinem Botschafterposten in Rom abberufen und durch von Mackensen ersetzt, der vorher Staatssekretär im Auswärtigen Amt war. Der Abruf Ulrich von Hassells war folgerichtig, denn er war Gegner eines deutsch-italienischen Bündnisses. Mit dem Einverständnis von Ribbentrops fiel die Wahl auf Ernst von Weizsäcker, Hans-Georg von Mackensen als Staatssekretär zu ersetzen. Ribbentrop hielt Weizsäcker für vertrauenswürdig und glaubte, daß er der Politik des Außenministers folgen würde, was von Mackensen nicht tat. In Wahrheit konnte man beiden Männern nicht trauen, aber Ribbentrop nahm das in jener Zeit noch nicht wahr. Dirksen wurde von Tokio abberufen und später nach London entsandt, um Ribbentrop abzulösen, und Ott ging nach Tokio, um Dirksen zu ersetzen. Papen wurde am 4. Februar 1938 in Wien davon unterrichtet, daß er als Botschafter abberufen werden sollte. Hitler hatte die Erkenntnis gewonnen, daß die Grenze der friedfertig vermittelnden Politik Papens in Österreich erreicht war. Es ist nicht sicher, wie Hitler in den folgenden Tagen über den Posten in Österreich entschieden hätte, da Papen sofort die Initiative ergriff, um den Verlauf der Ereignisse dort zu bestimmen. Er war bestürzt, als er seine Abberufung erhielt. Er verabschiedete sich am 5. Februar von seiner Familie und fuhr zu einer Unterredung mit Hitler nach Berchtesgaden. Er stand unter dem Eindruck, daß der deutsche Kanzler sich

viele Gedanken über die Situation in Österreich machte, aber unentschlossen war, welchen Kurs künftig die deutsche Politik gegenüber diesem Land zu steuern hätte.

Der Sturz Kurt von Schuschniggs

Papen hatte Hitler darauf hingewiesen, daß eine Unterredung mit dem österreichischen Diktator Kurt von Schuschnigg von Nutzen sein könnte, und Hitler willigte ein, sie in die Wege zu leiten. Das lag aber schon einige Zeit zurück. Schuschnigg war deshalb verständlicherweise zurückhaltend, während Hitler es vergessen zu haben schien. Papen suchte Hitler am 5. Februar auf und erwähnte, daß Schuschnigg nun endlich den Wunsch nach einer Zusammenkunft geäußert habe und man sie sehr schnell arrangieren könne. Hitler war sofort hocherfreut und sagte zu Papen, daß er bis auf weiteres Botschafter in Österreich bleiben solle. Diese Behandlung verärgerte Papen einigermaßen, da er sich bereits offiziell von der österreichischen Regierung verabschiedet hatte; aber er erkannte, daß Hitler sich angewöhnt hatte, den diplomatischen Gepflogenheiten keine Beachtung zu schenken, wenn es um notwendige Aktionen ging”.

Papen sah eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Schuschnigg für den

12. Februar in Berchtesgaden vor. Hitler wies Papen an, dem österreichischen Kanzler zu sagen, daß an diesem Tage deutsche Offiziere anwesend sein würden, und so kam Schuschnigg in Begleitung österreichischer Offiziere und seines Außenministers Dr. Guido Schmidt. Hitler begrüßte Schuschnigg sehr höflich und begann daraufhin, ihn als

Deutschen unter moralischen Druck zu setzen. Um 11 Uhr abends endlich hatte Schuschnigg sich damit einverstanden erklärt, die Verfolgung österreichischer Nationalsozialisten zu unterbinden, ihren Führer Seyß-Inquart als Innenminister ins Kabinett zu berufen und Hitler zu gestatten, als Gegenleistung für eine Rede Schuschniggs in Deutschland über den Rundfunk zu Österreich zu sprechen. Der österreichische Kanzler schämte sich später, diese Bedingungen angenommen zu haben, und behauptete, Hitler habe sich während der ersten zwei Stunden der Unterredung sehr grob benommen. Papen bestritt es und betonte, daß die Zusammenkunft einen beiderseits zufriedenstellenden Abschluß gefunden habe. Papen war mit Hitlers Gewohnheiten vertraut und kannte dessen gelegentliche, leidenschaftliche Ausbrüche, und aus dieser Sicht war ihm der Tag weniger stürmisch vorgekommen. Schuschnigg erinnerte sich, daß Hitler sich am Ende der Besprechung in seiner Gegenwart bei Papen bedankt und gesagt habe: „Mit Ihrer (Papens) Hilfe wurde ich zum Kanzler Deutschlands berufen und so wurde das Reich vom Abgrund des Kommunismus gerettet.“

Hitler war sehr froh über diesen persönlichen Erfolg. In einer größeren Rede am 20. Februar 1938 lenkte er die Aufmerksamkeit der Welt auf die zehn Millionen Deutschen in den benachbarten Staaten Österreich und Tschechoslowakei. Er hob hervor, daß diese Deutschen bis 1866 genau so zum Reich gehört hätten wie die Reichsdeutschen. Österreich-Ungarn sei mit dem neuen Deutschen Reich Bismarcks einige Jahre später ein enges Bündnis eingegangen und damit sei eine neue Form der Einheit gefunden worden, mit der die Deutschen hätten zusammengefaßt werden können. Sie hätten als Soldaten der Mittelmächte gemeinsam den 1. Weltkrieg erlebt. Die Friedensmacher von 1919 hätten ihren Wunsch, sich dem neuen Deutschland anzuschließen, vereitelt.

Kurz nach seiner Rückkehr nach Österreich begann Schuschnigg zu überlegen, wie er die Berchtesgadener Übereinkunft vom 12. Februar 1938 rückgängig machen könnte. Er sah deutlich, daß dieses Ziel nur mit Hilfe irgend eines moralischen Auftrags zu erreichen war. Er wußte auch, daß sein Regime niemals eine ehrliche Wahl im Zeichen einer dauernden Trennung und seiner kaum verhüllten Absicht, die Habsburger in dem winzigen Österreich wiedereinzusetzen, gewinnen konnte. Schließlich entschied er sich für eine manipuslierte Volksabstimmung. Er verkündete am 9. März 1938 in Innsbruck, daß innerhalb der kurzen Frist von vier Tagen, also am 13. März 1938, eine Volks-

abstimmung über das künftige Schicksal Osterreichs abgehalten werden solle. Es war vorher bereits festgelegt worden, die Stimmzettelabgabe zum Gegenstand einer amtlichen Kontrolle zu machen, so daß die Anonymität des Wählers unmöglich gewahrt bleiben konnte. Zettel für Neinstimmen sollten die Wähler selbst mitbringen. Diese Zettel mußten, wenn sie als gültig anerkannt werden sollten, so lächerlich klein sein, daß man sie bequem ungültig machen konnte. Schuschniggs Vertrauensfrage sollte so wirr und irreführend wie möglich formuliert werden. Mittels dieses Rechtsbruchs lenkte Schuschnigg zwangsläufig Hitlers Hand in der Österreichfrage.

Großbritannien hatte sich seit Januar 1938 eiligst um ein Abkommen mit Italien bemüht in der Hoffnung, es zur Wahrung der Unabhängigkeit des österreichischen Marionettenstaates einschalten zu können. Das Ablrommen kam erst im April 1938 zustande, zu spät, um noch

nutzbringend wirken zu können. Mussolini hatte Schuschnigg vergeblich geraten, seinen seltsamen Plan für ein Plebiszit aufzugeben. Anscheinend war Schuschnigg und nicht Hitler ungeduldig geworden und entschlossen, sein Vorhaben ungeachtet der Folgen durchzusetzen.

Am 11. März 1938 vormittags um 10 Uhr wurde Schuschnigg von Seyß-Inquart davon unterrichtet, daß er sich innerhalb einer Stunde damit einverstanden erklären müsse, die Pseudo-Volksabstimmung zu widerrufen und einer echten geheimen Volksabstimmung in drei oder vier Wochen zuzustimmen über die Frage, ob Österreich unabhängig bleiben oder mit dem übrigen Deutschland wiedervereint werden wolle. Andernfalls würden deutsche Truppen Österreich besetzen. Da innerhalb der gesetzten Frist keine Antwort kam, wurde ein neues Ultimatum gestellt, in dem verlangt wurde, Seyß-Inquart solle die Nachfolge Schuschniggs als Kanzler antreten. Die Krise hatte damit ihren Höhepunkt erreicht. Keine der beiden Seiten gab nach.

Die Hauptgefahr für Deutschland lag darin, daß Italien als einzige noch an Österreich grenzende Großmacht eingreifen würde. Frankreich hatte keinerlei Verpflichtungen gegenüber Österreich, keine gemeinsame Grenze mit ihm und befand sich mitten in einer Kabinettskrise. Lord Halifax, vor einem Monat als Nachfolger Anthony Edens zum britischen Außenminister berufen, tat alles Erdenkliche, um Italien gegen Deutschland aufzustacheln. Die diplomatischen Vertreter Englands in Wien sprachen sich für Schuschniggs Entscheidung einer Volksabstimmung aus. Halifax warnte Ribbentrop in London am 10. März 1938 vor „möglichen Folgen”, also einer englischen Intervention gegen Deutschland, wenn Hitler in Mitteleuropa Gewalt anwenden würde. Ribbentrop war im Begriff, seinen Botschafterposten zu übergeben, während Neurath in dieser Zwischenzeit noch

das Auswärtige Amt leitete. In der Frühe des 11. März 1938 wies Halifax den britischen Botschafter Henderson in Berlin

an, Hitler aufzusuchen und ihn vor einem Eingreifen in Österreich zu warnen. Am gleichen Tag wurde Halifax aus Rom unterrichtet, daß der italienische Außenminister Galeazzo Ciano es abgelehnt habe, die Lage mit britischen Diplomaten zu erörtern. Die Dinge hatten sich so schnell entwickelt, daß Deutschland nicht mehr in der Lage war, sich mit Italien abzustimmen. Mussolini entschied sich jedoch, für den Fall einer Krise Hitler keine Schwierigkeiten zu machen. Ciano hatte mit dieser Situation gerechnet, als er am 23. Februar 1938 schrieb, daß ein italienischer Krieg gegen Deutschland zugunsten Schuschniggs unmöglich sei. Das änderte aber nichts an der Tatsache, daß die italienischen Führer über die Lage in Österreich sehr niedergeschlagen waren. Am 11. März 1938 abends um 10 Uhr 25 bekam Hitler die Nachricht, daß Mussolini mit dem Anschluß Österreichs einverstanden sei.

Zu dieser Zeit war es bereits offenkundig, daß den nach Österreich einmarschierenden Truppen kein Widerstand entgegengesetzt werden würde, auch Hitler war jetzt überzeugt, daß keine fremde Macht offen eingreifen würde. Er überließ Göring die Amtsgeschäfte in Berlin und begab sich in seine österreichische Heimat. Dort bereiteten ihm die Massen der Bevölkerung, deren Freude kaum zu beschreiben war, einen begeisterten Empfang. Hitler wußte, daß sein Triumph in Österreich nur deshalb ungestört verlief, weil Mussolini ein italienisches Interessengebiet geopfert hatte, und er kabelte ihm am 13. März 1938 aus Österreich: „Mussolini, das werde ich Ihnen nie vergessen”.

Als Halifax sah, daß Frankreich infolge seiner inneren Krise zur Untätigkeit gezwungen und Italien jeder Aktion abgeneigt war, entschied man sich in London zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber dem österreichischen Anschluß. Dieses Verhalten fiel deshalb nicht schwer, weil die deutschen Führer während der folgenden Tage in ihrem überschäumenden Glück über den ersten nennenswerten Erfolg Deutschlands seit 20 Jahren zur Umarmung der ganzen Welt im Sinne der 9. Symphonie Beethovens bereit waren. Die Niederschrift eines Telefongesprächs zwischen Ribbentrop in London und Göring in Berlin vom 13. März 1938 gibt davon Zeugnis. Ribbentrop lobte die englische Haltung und meinte: „Ich glaube wirklich, man weiß hier drüben, was vor sich geht.” Er erzählte Göring, daß er am 12. März Halifax auf die Wichtigkeit eines deutsch-englischen Einvernehmens hingewiesen habe, und Göring meinte dazu: „Ich bin immer für eine deutsch-englische Verständigung gewesen.” Ribbentrop gab zu verstehen, daß „Chamberlain es sehr ernst mit einem Einvernehmen meint”, und Göring antwortete: „Ich bin auch überzeugt, daß Halifax wirklich ein vernünftiger Mann ist.“ Ribbentrop beendete diesen Teil der Unterhaltung mit der Äußerung: „Ich habe den besten Eindruck von Halifax wie auch von Chamberlain gewonnen.”

128

129

Lord Halifax’ Doppelspiel

Es fiel Halifax nicht schwer, die Deutschen ins Gesicht zu loben und insgeheim gegen sie Minen zu legen. Doch muß man sich nach dem Sinn dieses Doppelspiels fragen. Die offizielle englische Politik in Europa stand im Zeichen der Beschwichtigung (appeasement). Diese zugkräftige

Redensart für eine versöhnliche Politik wurde in den zwanziger Jahren durch den französischen Außenminister Aristide Briand zu einem feststehenden Begriff und von dem englischen Außenminister Anthony Eden 1936 während der Rheinlandkrise wiederbelebt. Beschwichtigung bedeutete für Briand aufrichtige Versöhnungspolitik Frankreichs gegenüber Deutschland. Später gelang es der kommunistischen Presse und den mit ihr im Bunde stehenden „liberalen“ Journalisten (der Liberalismus des 19. Jahrhunderts wäre ein Feind der Sowjetunion gewesen!), der arglosen breiten Masse in den westlichen Ländern einzureden, daß dieser Ausdruck eine üble Nebenbedeutung habe. Die Kommunisten prägten zu dieser Zeit auch die Bezeichnung „Cliveden Set” (Cliveden-Kreis), nachdem Neville Chamberlain das Wochenende vom 26. bis 28. März auf dem Gut der Astors in Cliveden an der Themse verbracht hatte. Daß Anthony Eden, der damals mit den Kommunisten auf gutem Fuße stand, das Wochenende häufiger in Cliveden verbrachte als Chamberlain, bedeutete für die Kommunisten keinen Unterschied, weil sie nicht geneigt waren, über Cliveden ehrlicher zu sein als über den Reichstagsbrand von 1933, den der kommunistische Agent Willi Münzenberg in Paris den Nationalsozialisten zur Last gelegt hatte. Die Masse der westlichen Völker hat die Geschichte über den Reichstagsbrand trotz mangelnder Beweise hingenommen, und die Kommunisten konnten mit Recht vermuten, daß man die abwegige Beschuldigung einer finsteren „nazifreundlichen Verschwörung” in Cliveden glauben würde. Kommunistische Propaganda siegte mühelos, als die Mehrheit der westlichen „Liberalen“ in ihrem Sinne arbeitete. Gelegentlich einer Chicagoer Rede im Jahre 1937 rechnete Präsident Roosevelt die Sowjetunion, im Gegensatz zu den angeblich bösen und aggressiven Deutschen, Italienern und Japanern, zu den sogenannten friedliebenden Völkern der Welt.

Indessen gab es weder einen Cliveden-Kreis noch eine echte englische Aussöhnungspolitik. Dieses Wort war im Munde eines Neville Chamberlain, eines Lord Halifax und ihrer Hauptberater, Sir John Simon und Sir Samuel Hoare, lediglich eine Phrase, die verbergen sollte, daß die englischen Führer mit ihren militärischen Vorbereitungen nach ihrer Ansicht im Rückstand waren. Man erkannte 1937 und 1938, daß die deutsche Aufrüstung nicht besonders besorgniserregend war und es England ein Leichtes sein mußte, trotz seines sehr viel geringeren Industriepotentials gegen Deutschland einen gewissen Vorsprung zu

gewinnen. Die englischen Rüstungsanstrengungen waren in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre zwangsläufig durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, aber auch infolge des Widerstandes der Labour Party und des Eingreifens der englischen Friedensbewegung, die eine Zeitlang beachtliches Ansehen genoß, gehemmt worden. Es wurde festgestellt, daß die beiden vorhergehenden Premiers, Ramsay MacDonald und Stanley Baldwin, die Überwindung dieser Schwierigkeiten vernachlässigt hätten. Erst jetzt unter Neville Chamberlain lief das Rüstungsprogramm auf vollen Touren. Es sollte ein weiteres Jahr seit dem Beginn im Jahre 1938 vergehen, bis sich seine Auswirkung bemerkbar machte. In dieser Zeit hielten es die britischen Führer für klug, bei der Behandlung europäischer Fragen unter der Maske unparteiischer Gerechtigkeit etwas leiser zu treten. Die Ereignisse sollten zeigen, daß es der Sowjetunion sehr zugutekam, als die englischen Führer sich nicht aufrichtig an das Programm hielten, zu dem sie sich offen bekannt hatten.

Hinzu kam ein anderer bedeutender Faktor, der die Appeasement-Politik zu einem raffinierten Aushängeschild der britischen Politik machte. Die Ungerechtigkeiten gegenüber Deutschland im Jahre 1919 bekehrten viele denkende Engländer zu einer Deutschfreundlichkeit, wie sie im 19. Jahrhundert noch zu der traditionellen englischen Haltung gehört hatte. Mit einer im Volk verwurzelten Sympathie für ein Land, auf das man einen militärischen Angriff plant, läßt sich keine Kriegsstimmung erzeugen. Ein gespielter Verständigungswille dagegen gab den englischen Führern für einige Jahre Gelegenheit, ihren Untertanen beizubringen, daß ihre Sympathie für Deutschland mit der Unersättlichkeit dieses Landes unvereinbar sei. Zu diesem Problem hat sich der Engländer Geoffrey Gorer in seinem Buch „Exploring English Character“ (Erforschung des englischen Charakters) folgendermaßen geäußert: „Wenn Krieg gegen einen böswilligen Feind, dann muß dieser sehr bestimmt als böswillig gelten. Begriffe, mit denen das Gewissen normalerweise umgeht, sind heutzutage wahrscheinlich das einzige, was die Kräfte rechtschaffener Wut bei der ganzen oder nahezu der ganzen Bevölkerung entfesseln kann.”

Premierminister Neville Chamberlain war achtundsechzig Jahre alt, als er im April 1937 das höchste parlamentarische Amt Englands erlangte. Er war ein starker Mann auf dem Gipfel seiner geistigen Kraft und ein unerbittlicher Zuchtmeister der Tory-Partei. Er war geboren mit den Vorrechten der britischen kaufmännisch-industriellen Oberschicht und seine mehrfache Wahl zum Oberbürgermeister von Birmingham seit 1915 galt etwas mehr als die rechtmäßige Übernahme einer herkömmlichen Pfründe. Sein Vater Joseph und sein Bruder Austen Chamberlain sahen auf eine erstaunlich erfolgreiche Laufbahn im britischen öffentlichen Leben zurück und man

schrieb ihnen bedeutsame Entscheidungen in volkswirtschaftlichen, kolonialen und diplomatischen Fra-

130

131

gen ihrer Tage zu. Neville Chamberlain selbst war durch die Einführung des britischen Zollunionsystems und dadurch, daß er die Dominions auf der bekannten Konferenz von Ottawa 1932 für dieses System gewann, zu großem Ansehen gelangt.

Es ist bisweilen gesagt worden, Chamberlain habe bis zum März 1939 blindes Vertrauen in Hitler gesetzt und an die Möglichkeit eines weitgehenden deutsch-englischen Einvernehmens geglaubt. Das entspricht nicht der Wahrheit. Denn Chamberlain hat Hitlers Worten niemals vorbehaltlos getraut und sich unaufhörlich damit beschäftigt, wie England mit Deutschland wieder Krieg führen könne, anstatt ein Abkommen mit ihm zu treffen. Als Hitler im März 1935 den Wehrdienst wieder einführte, schrieb Chamberlain: „Hitlers Deutschland ist der Schrecken für Europa, aber ich verzweifle nicht.” Dieser erregte Ausbruch läßt wohl kaum den Gedanken zu, daß Chamberlain Hitler oder Deutschland zugetan war.

Am 5. Juli 1935 erwog Chamberlain eine Verständigung mit Italien in der Abessinienkrise, um eine Wiederannäherung zwischen Deutschland und Italien zu verhindern. Er definierte bei dieser Gelegenheit Appeasement als Mittelding zwischen Drohungen und Zugeständnissen. Diese Auffassung verrät jene Ambivalenz in Chamberlains Denken, die sich immer dann zeigte, wenn er eine sogenannte Verständigungspolitik verfolgte. Zur Zeit der durch die vorzeitige Enthüllung des Hoare-Laval-Vertrages

verursachten Entfremdung Italiens im Dezember 1935 blieb Chamberlain dabei, daß es nicht zu diesem Skandal gekommen wäre, wenn er als Premier amtiert hätte. Er wäre darauf bedacht gewesen, Italien in der antideutschen Eront festzuhalten. Als er dann 1937 Premierminister wurde, war es das oberste Ziel seiner Politik, Italien von Deutschland zu trennen.

Am 16. Januar 1938 schrieb Chamberlain an einen Freund in den Vereinigten Staaten, er stehe einem Abkommen mit Deutschland und Italien wohlwollend gegenüber, vorausgesetzt, daß man die Deutschen zum Verzicht auf Gewaltanwendung bringen könne. Es fragte sich nur, was Chamberlain unter Gewaltanwendung verstand, ob er unter Gewalt Blutvergießen oder lediglich Gewaltandrohung verstand. Das klärte sich bald nach dem Anschluß Österreichs an Deutschland am 13. März 1938, als Chamberlain meinte: „Es ist völlig klar… ., daß Gewalt das einzige Argument ist, das Deutschland begreift.” Der gleiche Chamberlain definierte sein eigenes Programm dahin, daß die englische Rüstung die Grundlage für die Verteidigung des Empires und der kollektiven Sicherheit sei. Gewaltanwendung in diesem Sinne war nach Chamberlain Recht, wenn es dabei um England, Unrecht dagegen, wenn es um Deutschland ging. Die Briten hatten ihre Auffassung von der Empire-Verteidigung zur Zeit des Kellog-Briand-Paktes im Jahre 1928 dargelegt. Sie führten eine große

Zahl von Grenzländern des Empire an, für die sie ein Recht zu ständigem Eingreifen beanspruchten, fern allen Paktbestimmungen, die dazu dienen, Krieg als Mittel nationaler Politik zu ächten.

Chamberlain hielt sich selbst für unabhängig und objektiv in seiner Beurteilung Hitlers. Er fühlte zweifellos so etwas wie Milde, als er nach der ersten Begegnung mit ihm 1938 schrieb: „Ich entdeckte keine Spur von Wahnsinn .. .“ Es ist gesagt worden, daß er nach einer Reihe von Zusammenkünften mit Hitler sich unwiderstehlich in den Bann des deutschen Führers gezogen fühlte. Das trifft zweifellos zu und Chamberlain hat es auch selbst bezeugt. Es fiel ihm aber nicht schwer, diesen vorübergehenden Einfluß abzuschütteln und zu seiner gewohnten Denkweise zurückzukehren, sobald er wieder einige Tage in seiner vertrauten englischen Umgebung war. Schließlich war Hitler für ihn weiter nichts als der hochgekommene Führer einer Macht, die vor kurzem fast bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen worden war, und Chamberlain war immerhin der Premier eines stolzen Empires, das angeblich seit Elisabeth I. im 16. Jahrhundert auf eine ununterbrochene Reihe von Siegen zurückblicken konnte. Es hieße unrealistisch denken, diesen stolzen Mann als einen Bewunderer Hitlers hinzustellen.

Chamberlain war eine überragende Persönlichkeit, er wurde aber bald zumindest von einem seiner Minister in den Schatten gestellt. Edward Frederick Lindley Wood, Earl of Halifax, war einer der selbstsichersten, rücksichtslosesten, klügsten und scheinheilig-selbstgerechtesten Diplomaten, den die Welt je gesehen hat. Es ist gesagt worden, daß Halifax groß geboren wurde, Größe erlangte und Größe ihm aufgezwungen wurde. Er war ein eckiger, hochgewachsener und robuster Mann. Er kam mit einem verkümmerten linken Arm zur Welt und glich diesen körperlichen Fehler durch eifrige sportliche Betätigung, vor allem Jagdreiten, aus. Im Alter von neun Jahren, nac1 dem Tod seiner älteren Brüder, war er der einzige Anwärter auf den väterlichen Titel. Er bestand 1903 in Oxford mit summa cum laude in neuer Geschichte und veröffentlichte nach einer Reise durch das

Empire eine Biographie über das anglikanische Kirchenoberhaupt John Keble. Als Konservativer zog er 1910 ins Unterhaus ein. In seiner Antrittsrede bestritt er heftig, daß alle Menschen gleichgeschaffen seien. Er rief dem englischen Volk zu, seinem Ruf als „überlegener Rasse” im Empire treuzubleiben. Es war eine „Blut und Eisen”-Rede im wahrsten Sinne des Wortes.

Er war etwas im Zweifel, ob er am Krieg 1914 teilnehmen sollte, verbrachte aber später eine Zeit an der Westfront und nahm an einigen Kämpfen der Jahre 1916-1917 teil. Halifax hatte kein Verständnis für Andersdenkende in diesem großen Kampf und erklärte im Dezember vor dem Unterhaus, daß er „nicht den geringsten Sinn für echte Kriegsdienstverweigerer habe“. 1918 war

er der Initiator und Unterzeichner der Lowther-Petition, mit der er von Lloyd George einen harten Frieden für Deutschland forderte.

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg bekleidete Halifax bedeutende Ämter. Er war Unterstaatssekretär für die Kolonien, Minister für Volkserziehung, Landwirtschaftsminister und vertrat England im Völkerbundsrat. Oft füllte er mehrere wichtige Posten gleichzeitig aus. 1925 wurde er Vizekönig von Indien und betrat das Land am 1. April 1926 mit der offen bekannten Absicht, Gandhi zu überlisten, der sich um Begleichung in der Münze der Freiheit für Indiens Opfer im 1. Weltkrieg bemühte. Halifax hoffte, die indische Gefolgschaft Gandhis täuschen zu können, indem er ihr den Dominion-Status nicht unmittelbar, sondern als Möglichkeit in Aussicht stellte. So

gab er sich, im Vergleich zu Churchill, der Indien ständig wie eine Kronkolonie zu regieren wünschte, liberal. Halifax konnte Pazifisten nicht leiden, aber er erinnerte sich, daß er ein Diplomat war und so antwortete er immer doppelsinnig und ausweichend, wenn man ihn fragte, was er über Gandhi denke.

Halifax war fünfzig Jahre alt, als er im Mai 1931 im Triumph aus Indien zurückkehrte. In den folgenden Jahren blieb Indien noch sein Hauptarbeitsgebiet. Außerdem behielt er den Posten des Ministers für Volkserziehung. Im Juni 1935 berief man ihn zum Kriegsminister und in dieser Eigenschaft setzte er sich nachhaltig für eine verstärkte Rüstung ein. Mit unvergleichlicher Selbstgefälligkeit erklärte er im Oktober 1935 in Plymouth, daß es keinen auf dem Kontinent gäbe, der nicht glücklicher schlafen würde, wenn er wüßte, daß England stark genug sei, „mit der Politik des Friedens die Welt zu beherrschen“. Das stimmte zwar nicht, aber Halifax zog es vor, es zu glauben.

Halifax war die rechte Hand des Premiers Stanley Baldwin, außerdem war er der führende Kopf des Oberhauses und Lordsiegelbewahrer. Halifax hatte vom Januar 1935 an eine gewichtige Stimme in der Führung der englischen Diplomaten. Am 10. März 1936 begleitete er während der Rheinlandkrise Außenminister Eden nach Paris, um ihn zu überwachen und zu zügeln. Auch in der Abdankungskrise des Jahres 1936 spielte er eine wesentliche Rolle und wurde dabei vom Erzbischof von Canterbury gegen Eduard VIII. unterstützt. Der Halifaxbesuch bei Hitler im November 1937 war schon seit Monaten besprochen worden und verursachte eine Flut von Mutmaßungen in der britischen Presse, als er am 10. November 1937 offiziell bekanntgemacht wurde. Der englische Historiker Arnold Toynbee verglich die Rolle, die Halifax Gandhi und Hitler gegenüber zu spielen hatte, miteinander und erklärte: „War

nicht jeder dieser politisch ‚verrückten Mullahs‘ in seinem verschrobenen Privatleben Nichtraucher, Nichttrinker von Alkohol, Nichtesser von Fleisch, Nichtreiter auf Pferderücken und Nichtausübender des Vollblutsports? Und hatten der deutsche Führer nicht ebenso wie der indische Mahatma einen Spleen,

133

134

wenn sie besonders betonen, Arier zu sein?” Der Halifaxbesuch war lediglich eine Erkundungsmission und zeitigte keine unmittelbaren Ergebnisse, obwohl man in Deutschland große Hoffnungen auf ihn setzte”.

Drei Monate später trat Lord Halifax die Nachfolge Anthony Edens als Außenminister unter mißlichen Begleitumständen an, die die Folge unversöhnlicher Differenzen zwischen Chamberlain und Eden in der Frage einer Versöhnungspolitik gegenüber Italien waren. Vorher hatte Eden eine Auseinandersetzung mit dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittart. Vansittart war am 1. Januar 1938 zum diplomatischen Chefberater Seiner Majestät Regierung erhoben worden. Das war e1n neuer Posten von unbekannter Bedeutung, und Sir Alexander Cadogan trat an seine Stelle als ständiger Unterstaatssekretär. Dieser Wechsel wurde bis zum Sturz Edens etwa sieben Wochen später als dessen Sieg über Vansittart ausgelegt. Es war nicht mehr ganz leicht, nach Edens Sturz den veränderten Wirkungskreis Vansittarts zu erkennen. Im Grunde blieb er jedoch so einflußreich wie bisher, was gleichwohl den Gegenstand vieler Vermutungen bildete. Halifax stand unbeirrbar hinter Chamberlains Außenpolitik und als er dann selber Außenminister war, hat er ihm während der ersten acht Monate noch die Initiative in

diesem Ressort überlassen. Danach festigte er seine eigene Autorität und Großbritannien ging nicht unter Chamberlains, sondern ausschließlich unter seiner diplomatischen Führung dem Zerstörungswerk des 2. Weltkriegs entgegen.

Halifax hat niemals auch nur im entferntesten den deutschen Standpunkt oder die Deutschland bewegenden Fragen verstanden oder gewürdigt. Ein einfaches Beispiel mag das zeigen. Halifax sagte am 11. März 1938 in London zu Ribbentrop, daß ein deutsches Vorgehen in Österreich dasselbe sei wie ein englisches Vorgehen in Belgien. Halifax hielt das offenbar für einen passenden Vergleich. Es war so etwas wie eine Anerkennung der Bedeutung Österreichs für Deutschland und der Bedeutung Belgiens für Großbritannien. Die Tatsache, daß Österreich mit Deutschland über mehr als ein Jahrtausend hin vereint war und daß seine Bevölkerung nach dem 1. Weltkrieg für den Zusammenschluß mit Deutschland gestimmt hatte, besaß für ihn kein Gewicht. Demgemäß war er auch außerstande, den Anschluß als einen Befreiungsakt der Österreicher von einer verhaßten Marionettenregierung anzuerkennen. Keine der Deutschland bedrängenden Fragen konnte einfacher sein für den, der sich auf deutsche Probleme verstand. Henderson erfaßte die Lage ohne weiteres. Er hätte niemals den irreführenden Vergleich zwischen Belgien und Österreich bemüht.

Halifax schrieb fast zwanzig Jahre später seine Memoiren, in denen er offen seine Stellung zur damaligen europäischen Lage erklärte. Er erkannte, daß Hitler „ohne Zweifel ein Phänomen“ sei, und er „schämte sich fast, zu sagen”, daß ihm Goebbels nicht unsympathisch war.

Im Unterschied zu Chamberlain war Halifax 1937 und Anfang 1938 ehrlich von der Unvermeidbarkeit eines neuen Krieges mit Deutschland überzeugt. Er ging sogar soweit, zu erklären, daß ein englisch-deutscher Krieg schon seit März 1936 nicht mehr zu vermeiden sei?, Es ist von Bedeutung, sich daran zu erinnern, daß Halifax im März 1936 wesentlich dazu beitrug, die Franzosen von einer scharfen Reaktion auf die militärische Wiederbesetzung des Rheinlandes durch Deutschland abzuhalten. Zweifellos wäre ein Krieg im Jahre 1936 mit der geltenden englischen Auffassung vom Gleichgewicht der Kräfte unvereinbar gewesen, man kann aber auch bedauern, daß Halifax 1939 das Gleichgewicht der Kräfte, dem er nach seinem eigenen Eingeständnis blindlings folgte, nicht genauer abgeschätzt hat. Halifax schrieb ferner, daß die Münchener Konferenz von 1938 ein „schreckliches und jämmerliches Unternehmen“, aber auch ein äußerst nützliches war; denn ein Jahr darauf überzeugte er das leichtgläubige englische Volk davon, daß man alles Menschenmögliche getan habe, um den Krieg zu vermeiden. Das könnte den Eindruck erwecken, als rechtfertige man das Eintreten für den Frieden im Jahre 1938 mit dem Ein treten für den Krieg im Jahre 1939. Doch wäre dem nicht so. Es ginge ja nicht um das Recht, sondern um den Sieg. Es ginge nicht um die Wahrheit, sondern es sei wichtig gewesen, das englische Volk in eine Denkrichtung zu bringen, die von Nutzen wäre.

Hoare und Simon waren ständige Berater Chamberlains und Halifax’ in Englands Politik von 1938. Hoare war im Dezember 1935 als Außenminister wegen seines Abessinien-Vertrages fallengelassen worden, kehrte aber 1936 als Erster Lord der Admiralität ins Kabinett zurück. Er bemühte sich sehr um eine Franco-Freundliche Neutralität im spanischen Bürgerkrieg und wurde im 2. Weltkrieg als Botschafter nach Spanien entsandt, um Spanien probritisch zu erhalten. Man wußte in London, daß er ausgezeichnete

Verbindungen zum spanischen Adel hatte. Er unterhielt 1938 enge Beziehungen zu den tschechischen Führern, die er in der Zeit seiner militärischen und diplomatischen Missionen während des 1. Weltkrieges angeknüpft hatte. Im Juni wurde er Innenminister. Viele Stunden hat er mit Chamberlain verbracht, um mit ihm zu überlegen, wie man am besten Mussolini und Hitler auseinanderbringen könnte. Diese englische Politik hatte Erfolg, bevor der 2. Weltkrieg ausbrach, und wurde allein durch den unerwarteten Zusammenbruch Frankreichs im Jahre 1940 vereitelt.

Hoare war Chamberlains Berater in amerikanischen Angelegenheiten. Er betrachtete „eine anglo-amerikanische Freundschaft als die einzig mögliche Grundlage unserer Außenpolitik", aber er hatte recht mit der Erkenntnis, daß Präsident Roosevelt 1938 oder 1939 keine Möglichkeiten hatte, in Europa aktiv einzugreifen. Ohne Zögern riet er Chamberlain, Roosevelts Vorschlag

einer internationalen Konferenz im Januar 1938 abzulehnen, zu einer Zeit also, in der der britische Premier sich auf den Abschluß eines zweiseitigen Abkommens mit Italien konzentrierte. Hoare hat behauptet, daß es niemals schwer war, sich Chamberlain und Halifax gegenüber in außenpolitischen Fragen loyal zu verhalten, da die beiden stets gleicher Meinung waren. Er anerkannte Halifax als starke Persönlichkeit, die niemals von Chamberlain beherrscht werden konnte.

Simon war von 1931 bis 1935 Außenminister in der Koalitionsregierung MacDonalds, die von den Konservativen beherrscht wurde. Er stellte ein enges Verhältnis zu den

ständigen Fachberatern, Sir Robert Vansittart und Sir Alexander Cadogan, her. Simon hatte von der revisionistischen Geschichtsschreibung über den 1. Weltkrieg keine Notiz genommen. Er beschrieb ihn beharrlich als „Freiheitskrieg” oder den Kreuzzug der Freiheit. Hierin stimmte er völlig mit Chamberlain, Halifax und Hoare überein. Während der dreißiger Jahre hatte auch er sich für ein großes Rüstungsprogramm eingesetzt und den Liberalen sowie den Führern der Labour Party vorgeworfen, sie hätten es verhindert. Es wirkte erheiternd, daß Simon Ribbentrop als einen „anmaßenden Lügner” betrachtete und sich über die „harte Schale” beklagte, mit der dieser seine „Selbstgenügsamkeit” umgab, denn das waren gerade die Klagen, die englische Kritiker gegen Simon richteten. Die Einstellung Simons in den drei-Biger Jahren war, daß „England allein nicht der Polizist der Welt sein könne“, und sein Vorschlag ging dahin, man müsse die Welt mit Unterstützung anderer überwachen. Er beschrieb Chamberlain als den Mann des Friedens, der eher kämpfen würde, als die Welt „von Gewalt beherrscht“ zu sehen. Simon war 1938 für den Frieden, weil er glaubte, daß Großbritannien noch zwölf Monate für seine Vorbereitungen zu einem siegreichen Krieg gegen Deutschland brauchte.

Die britische Fähigkeit, eine durch und durch unmoralische Außenpolitik als vernünftig und moralisch berechtigt hinzustellen, ist schon immer unbegrenzt gewesen. Im Jahre 1937 wurde William Strang mit dem Einverständnis Chamberlains und Vansittarts der Nachfolger von Ralph Wigram in der Zentralabteilung des Foreign Office, in der deutsche Angelegenheiten im Zusammenhang mit West-und Osteuropa bearbeitet wurden. Die Engländer stellten angesichts der Säuberungen in Rußland den Kurs ihrer Außenpolitik von der ursprünglichen Gegnerschaft Rußland gegenüber nunmehr auf Konflikt mit Deutschland um. Es war unerläßlich, diesen Kurswechsel mit einer moralischen

Erklärung zu verbrämen, und sei sie auch noch so sinnlos. Strang tat es mit folgenden Worten: „In unserer Generation ist der Krug des Hasses bis zum Überlaufen gefüllt worden durch die Schrecken des Nazi-und Sowjetregimes, aber vielleicht doch nicht in gleichem Maße. Das Sowjetsystem, grau-

sam, böse und tyrannisch sogar in der Auswirkung auf seine selbsternannten Meister der absoluten Macht, entspringt, wenn auch entfernt, dem moralischen Gedanken, daß der Mensch nicht vom Menschen im Interesse eines Einzelnen ausgebeutet werden soll. So kann man zumindest zu seiner Verteidigung anführen, daß er für viele Geister eine gefährliche Anziehungskraft besitzt. Im Gegensatz dazu scheint mir für den Nazismus nichts Derartiges zuzutreffen.

Das ist das Urteil eines Mannes, der angeblich Hauptsachverständiger für Deutschland im britischen Außenministerium war. Strang ist es anscheinend nicht aufgegangen, daß das marxistische Schlagwort vom Ausbeuten nicht sehr viel anders und bestimmt nicht edler war als die nationalsozialistische Devise: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz”. Überdies glaubten die Nationalsozialisten, daß dieser Lehrsatz auch ohne das sinnlose Fördern des ständigen Klassenhasses oder die Enteignung von mindestens der Hälfte der Gemeinschaft befolgt werden konnte. (Werner Sombart hat nachgewiesen, daß man, ohne die Phantasie zu bemühen, behaupten könne, daß das Proletariat mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausmachte.) In diesem Zusammenhang ist es lehrreich, das jüngste Buch des jüdischen Historikers T._L. Jarman anzuführen „Ihe Rise and Fall of Nazi Germany“ (Aufstieg

und Sturz Nazi-Deutschlands). Jarmans Werk enthält bittere Kritik an Hitler und seinem System, aber es ist wenigstens sachlich genug, festzustellen, daß der Terror im Gefolge des Nationalsozialismus nicht wie in Rußland im Hintergrund gehalten wurde und daß „Deutschland in den Jahren 1933—1945 ein offenes Land war in einer Art, wie es Rußland niemals gewesen ist".

Strang klagte, daß die Monate vor dem 2. Weltkrieg eine bedrückende Zeit für ihn waren, daß aber 1939 weniger belastend war als 1938, weil „es nahezu als sicher galt, daß der Krieg kommen würde". Die Möglichkeit, daß Hitler 1938 irgendeinen Weg finden könnte, einen neuen deutsch-englischen Krieg zu vermeiden, war für Strang offensichtlich ein quälender Gedanke. Gewiß hätte kein militärischer Führer so begierig nach einer Möglichkeit Ausschau halten können, die Welt in Blut zu baden. Strangs Haltung schmeichelt seiner diplomatischen Befähigung in keiner Weise. Die Tatsache, daß Chamberlain und Halifax mit diesem Mann in seiner Schlüsselstellung restlos zufrieden waren, spricht für sich selbst.

Präsident Roosevelts geheime Kriegsgelüste

Die Haltung Präsident Roosevelts und seiner Umgebung war vielleicht noch blutdürstiger und unverständlicher als die der britischen Führer. Immerhin wurde der amerikanische Präsident, im Gegensatz zur britischen Führung, wenigstens durch verfassungsrechtliche Kontrollmöglichkeiten, die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung des Kongresses davon abgehalten, seine Poli-

tik vor dem 2. Weltkrieg auf Europa auszudehnen. Ein gereizter Ausbruch des Regierungsbeamten F. B. Sayre aus dem US-Außenministerium gegenüber dem britischen Botschafter Sir Ronald Lindsay am 9. September 1938 während schwieriger Verhandlungen über einen englisch-amerikanischen Handelsvertrag kennzeichnet die Psychose, in die amerikanische Regierungsmitglieder und Diplomaten geraten waren. Sayre erinnerte sich später seines Satzes: „Ich sagte ferner, mir erschiene es zu einem solchen Zeitpunkt, da der Krieg drohte und Deutschland an unsere Tore hämmerte, als tragisch, daß wir nicht in der Lage waren, zu einem Abkommen zu gelangen und es zu unterzeichnen." Sich 1938 ein an die Tore der Vereinigten Staaten hämmerndes Deutschland vorzustellen, ist etwa so, wie wenn man „Alice im Wunderland" mit der Bibel verwechselt.

Finanzminister Henry Morgenthau jr. telephonierte am 14. März 1938 mit Paris und unterrichtete die Franzosen, die Vereinigten Staaten würden sich hinter eine Maßnahme der Sozialisten der Volksfrontregierung Léon Blums stellen, um mit ihr in der Kontrolle der Devisen zusammenzuarbeiten und diese nötigenfalls einfrieren zu lassen. Das wäre ein drastischer Schritt gewesen, mit dem man sich in einen Gegensatz zum internationalen Arbitrage-System (Ausnutzen der Kursunterschiede von Devisen, Wertpapieren und Edelmetallen an verschiedenen Börsen) und zur üblichen internationalen Finanzpolitik der USA gestellt hätte. Morgenthau war es sehr darum zu tun, Léon Blum weiterhin als Premier zu sehen; denn er hoffte, daß dieser Frankreich in einen Konflikt mit Hitler stürzen würde. Morgenthau empfand keine Skrupel bei seinem Vorgehen. Er handelte, ohne den Kongreß oder die amerikanischen Wirtschaftsführer davon zu unterrichten. Der Sozialist Léon Blum wagte jedoch nicht, so weit zu gehen. Seine Regierung mußte wegen finanzieller Mißwirtschaft abtreten.

Die deutschen Führer glaubten mit Recht, daß sich die ungezügelte antideutsche Pressehetze in den Vereinigten Staaten sehr nachhaltig auf die offizielle und menschliche Haltung Amerikas gegenüber Deutschland auswirken würde. Goebbels äußerte am 22. März 1938 dem amerikanischen Botschafter Hugh Wilson gegenüber, daß er zwar mit Kritik rechne und „es ihm eigentlich auch unbegreiflich wäre, wenn die Journalisten in Amerika sich dem heutigen Deutschland gegenüber, bei den völlig anderen Methoden, deren sich die deutsche Regierung bedient, wohlwollend verhielten". Doch müsse er sich gegen niederträchtige Verleumdungen, wütende Schmähungen und gegen das hemmungslose Aufreizen zu sinnlosem Haß verwahren. Wilson vertraute ihm an, daß es nicht an der deutschen Regierungsform liege, vielmehr sei „der kritischste Punkt, der jeglicher Besserung unserer Pressebeziehungen entgegenstünde, die Judenfrage". Ribbentrop konnte Wilson am 30. April 1938 auf-

138

139

fordern, ihm auch nur eine einzige Nachricht in der deutschen Presse nachzuweisen, die persönliche Kritik an Präsident Roosevelt enthalte. Er ließ durchblicken, daß es auch anders sein könnte.

Anfang 1938 waren jüdische Ärzte und Zahnärzte in Deutschland immer noch Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkassen, die ihnen eine angemessene Zahl von Patienten garantierten', und Wilson übermittelte Außenminister Hull, daß damals 10 Prozent der in Deutschland praktizierenden Rechtsanwälte Juden seien, obwohl die Juden nur 1 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachten. Dennoch fuhr das US-Außenministerium fort,

Deutschland mit übertrieben formulierten Protesten in der Judenfrage das ganze Jahr 1938 hindurch zu bombardieren, obwohl Wilson am 10. Mai Hull klargemacht hatte, daß diese Proteste, denen sich andere Staaten nicht anschlossen, mehr Schaden als Nutzen anrichteten. Die Vereinigten Staaten machten eine Ausnahme mit dem deutschen Gesetz vom 30. März 1938, das der jüdischen Kirche die privilegierte Stellung als eine der Kirchen Deutschlands entzog. Nach diesem Gesetz erhielt die jüdische Kirche keine deutschen Steuergelder mehr, obgleich die Deutschen katholischer und protestantischer Konfession weiterhin Kirchensteuern zahlten. Die durch das neue Gesetz geschaffene Regelung entsprach den Verhältnissen in England, wo die anglikanische Kirche Steuergelder empfing und die jüdischen Kirchen nichts erhielten.

Am 14. März 1938 beklagte sich Unterstaatssekretär Sumner Welles bei dem polnischen Botschafter Jerzy Potocki über die Behandlung der Juden in Deutschland und lobte Polen wegen seiner „Politik der Toleranz“. Potocki wußte, daß die polnischen Maßnahmen gegen die Juden härter waren als die in Deutschland, und erwiderte hoheitsvoll, daß „das jüdische Problem in Polen ein sehr reales Problem sei”. Es ist klar, die jüdische Frage war lediglich ein Vorwand der amerikanischen Politik. Sie wollte die Tatsache verschleiern, daß die amerikanischen Führer es unter allen Umständen auf einen Kampf mit Deutschland ankommen lassen wollten. Im September 1938 litt Präsident Roosevelt an einem starken Schnupfen und klagte dabei, daß er „Hitler am liebsten umbringen und die Nase abschneiden möchte“. Es war nicht sehr erbaulich, in dem Oberhaupt Amerikas einen Mann zu erkennen, der sich mit dem Wunsch brüstete, einen fremden Staatsmann mit eigenen Händen umzubringen.

Vielleicht waren es Behinderung und die Erkenntnis der Widerstände im eigenen Land, die seiner Politik

entgegenstanden und darum die Wut des Präsidenten steigerten. Jules Henry, der französische Geschäftsträger, berichtete am 7. November 1937 nach Paris, daß Präsident Roosevelt schon dafür sei, Hitler zu stürzen, daß aber die Mehrheit des amerikanischen Volkes seine Ansicht nicht teile”. Der französische Botschafter Saint-Quentin berichtete am

11. Juni 1938, Präsident Roosevelt sei während einer Unterredung plötzlich herausgeplatzt, daß „die Deutschen nur Gewalt verstehen“ und habe dann wie ein Boxer die Faust geballt, als wolle er einen Kampf beginnen. Er bemerkte, daß der Präsident gern zu sagen pflegte, „wenn Frankreich unterginge, gingen auch die Vereinigten Staaten unter”. Dieser abwegige Vorschlag wollte sichtlich eine selbstverständliche rechtlich-moralische Wahrheit betonen, die keiner Beweisführung bedurfte.

Botschafter Saint-Quentin bemerkte, daß die Beziehungen zwischen Präsident Roosevelt und William C. Bullitt, dem fahrenden Gesellen der amerikanischen Diplomaten, sehr eng waren. Das kann man verstehen, denn Bullitt war ein Kriegshetzer. Er war damals Botschafter in Frankreich, aber auch „Großbotschafter” in allen Ländern Europas und pflegte Roosevelts Anweisungen an die US-Botschafter Kennedy in London und Biddle in Warschau zu übermitteln. Er kannte Europa sehr gründlich. Er wußte nur zu gut, daß die Engländer 1938 noch nicht zu kämpfen gedachten und daß die Franzosen nicht ohne englische Unterstützung losschlagen würden. Er vertiefte seine Verbindungen und wartete während der österreichischen und tschechischen Krise seine Zeit ab. Er bereitete sich auf seine Rolle als

Roosevelt-Botschafter par excellence im Jahre 1939 vor. In beiden Jahren erreichte er nur wenig, denn die ganze Welt wußte, daß sein Präsident das amerikanische Volk außenpolitisch nicht hinter sich hatte.

George Bonnets Friedenspolitik

Die Lage in Frankreich nahm eine vielversprechende Wendung, als Eduard Daladier am 10. April Ministerpräsident wurde und damit über den linksgerichteten Kurs der radikalsozialistischen Partei Eduard Herriots triumphierte. Winston Churchill und Henry Morgenthau hatten sich mit vereinten Kräften bemüht, die Regierung Léon Blums, des Vorgängers Daladiers, an der Macht zu halten, was aber fehlschlug. Blum hatte gehofft, an der Spitze einer Regierung zu stehen, zu der nicht nur die Volksfront-Koalition der Sozialisten und der von den Kommunisten unterstützten Radikalsozialisten gehörte, sondern auch Paul Reynaud und einige der gemäßigten Republikaner der Rechten, die sich für einen harten Kurs gegen Hitler einsetzten. Pierre-Etienne Flandin, der enge Beziehungen zu Chamberlain und Halifax unterhielt, übernahm die Führung der Opposition gegen diese Koalition. Vom 26. bis 28. März 1938 weilte Churchill in Paris und versuchte vergeblich, Flandin auf die Seite Blums zu bringen. Churchill wußte, daß eine Blum-Regierung wirksamen Druck auf die englischen Führer zum Handeln in der unvermeidlichen tschechischen Krise ausüben konnte. Er hoffte, mit Hilfe der Franzosen der Appeasement-Politik in London ein Ende machen zu können.

Daladier war geneigt, in seiner Außenpolitik dem Beispiel Londons zu folgen, wo man noch Friedenspolitik betrieb. Zur gleichen Zeit gewann in Frankreich eine gemäßigte Richtung an Boden, nach der es als wenig sinnvoll betrachtet wurde, Hitlers Bestrebungen in Mitteleuropa zu vereiteln. Man hatte Hitler 1935 die Wiederbewaffnung gestattet, und am 18. Juni 1935 hatten die Engländer mit ihm ein Flottenabkommen getroffen, das im klaren Gegensatz zu den militärischen Bindungen des Versailler Vertrages stand. Es war seinerzeit zweifellos ein nutzbringender Schritt zur Sicherung der britischen Interessen und zum Widerstand gegen den Kommunismus, aber es blieb ein harter Schlag gegen die französische Militärhegemonie im westlichen und mittleren Europa. Englands Schritt, die Franzosen davon abzuhalten, etwas gegen Hitlers Wiederbesetzung des Rheinlandes am 7. März 1936 zu tun, hatte ihre Möglichkeiten stark vermindert, den Mitgliedern der kleinen Entente oder anderen Bündnispartnern im Osten wirksame militärische Hilfe zu leisten. Mittlerweile war das Schaffen einer starken Verteidigung zur Grund lage der französischen Strategie geworden. Vernünftige Franzosen fragten, ob es nicht klüger sei, aus diesen Vorgängen die notwendigen Lehren zu ziehen und die französischen Verpflichtungen im Osten zugunsten der Vermeidung eines Krieges einzuschränken.

Joseph Paul-Boncour war zur Zeit des Österreich-Anschlusses nach dem Sturz des Kabinetts Camille Chautemps als Nachfolger Yvon Delbos' französischer Außenminister geworden. Als Gegner der gemäßigten Richtung begünstigte er eine Politik der Stärke zur Unterstützung der Tschechen. Daladier hatte ihn als Außenminister halten wollen, wandte sich dann aber George Bonnet zu, als er sah, daß Paul-Boncour im Hinblick auf die Tschechen hart blieb. Bonnet war einer der Anführer der

gemäßigten Richtung und setzte sich für Verpflichtungen Frankreichs ein, die dem Frieden dienen würden.

Bonnet war im Gegensatz zu den britischen Führern ein echter und aufrichtiger Fürsprecher einer ständigen Friedenspolitik gegenüber Deutschland, wie es früher Aristide Briand war. Er blieb Außenminister von April 1938 bis kurz nach dem Ausbruch des 2. Weltkrieges. Seine Ernennung war eins der kennzeichnendsten Ereignisse jener Zeit und steigerte die Friedensaussichten in Europa. Bonnet war in der Führung der französischen Außenpolitik keine isolierte Figur. Er übte vielmehr großen Einfluß auf Daladier aus, erfreute sich der Unterstützung einer großen Zahl seiner französischen Kabinettskollegen und fand in ganz Frankreich Zuspruch von seiten bedeutender Interessengruppen.

Im Jahre 1946 wurde in Frankreich ein parlamentarischer Sonderausschuß gebildet, der die Gründe und Ereignisse des 2. Weltkriegs untersuchen sollte. Zu jener Zeit brandete die kommunistische Flut in Frankreich hoch auf. Viele

namhafte Franzosen wurden aus nicht offenkundigen Gründen verhaftet und annähernd 100.000 Menschen in einer kommunistisch gelenkten Säuberung liquidiert. Georges Bonnet hatte Frankreich gegen Ende des 2. Weltkriegs verlassen und sich nach Genf begeben, woher die Bonnets ursprünglich stammen. Klugerweise lehnte er eine Rückkehr nach Frankreich ab, bis man ihm glaubhaft zugesichert hatte, daß er nicht unrechtmäßig verhaftet würde. Bonnet sagte erst im März 1951, etwa ein Jahr nach seiner Rückkehr, vor dem Ausschuß aus.

Bonnet erklärte, daß er, als er 1937 nach Erfüllung seiner Aufgaben als Botschafter aus Amerika zurückkehrte, überzeugt gewesen sei, die Vereinigten Staaten würden sich in der unmittelbaren Zukunft nicht politisch in Europa betätigen. Er stand unter dem Eindruck, daß die Engländer im Fall eines neuen Krieges nicht geneigt waren, große Streitkräfte nach Europa zu entsenden, da sie im 1. Weltkrieg schwere Verluste erlitten hatten. Er wußte, daß die Sowjetunion alles in ihrer Macht Stehende tun würde, um einen Krieg mit Deutschland abzuwenden und dieses mit Frankreich in einen Krieg zu verwickeln, um die sogenannten kapitalistischen Mächte zu schwächen. Es wäre Bonnet unter diesen Umständen unklug erschienen, nicht alles im Bereich des Möglichen zu tun, um einen Krieg mit Deutschland zu verhindern“, Bonnet beklagte sich, er sei es leid, ein fanatischer Mitläufer Deutschlands genannt zu werden. Seit 1927 sei er nicht in Deutschland gewesen und habe das französische System des liberalen Kapitalismus dem Nationalsozialismus stets vorgezogen. Andererseits habe er 1934 fast drei Monate in der Sowjetunion zugebracht, was ihm für seine Rußlandpolitik 1938 und 1939 sehr zustattengekommen sei.

Bonnet konnte auf ununterbrochen gute und vertrauensvolle Beziehungen zu Ministerpräsident Daladier in den Jahren 1938 und 1939 hinweisen. Er und Daladier waren überzeugt, daß Hitler entschlossen war, sein Programm der östlichen Gebietsrevisionen für Deutschland durchzuführen. Als Außenminister hat Bonnet niemals eine sogenannte Geheimdiplomatie betrieben. Er achtete es als feststehende Regel, allen hinausgehenden Schriftverkehr, auch den geheimsten, übersetzt oder aufgeschlüsselt in vier Durchschriften herstellen zu lassen. Diese Durchschriften gingen in jedem Fall an Staatspräsident Lebrun, den Premier Daladier, an Alexis Léger, den Generalsekretär des Außenministeriums, und an Bonnet. Bonnet bezeichnete

sich als einen außenpolitischen Schüler Aristide Briands. Zur Zeit der Locarno-Verträge im Jahre 1925 war er Mitglied des Kabinetts Painlevé gewesen. Briand, damals Außenminister, hatte dem Kabinett mitgeteilt, daß die Verträge nur im Rahmen des Völkerbunds und mit Unterstützung der notwendigen Mehrheit der wichtigsten Mächte Anwendung finden würden. Bonnet schloß daraus, daß Frankreich keine Verpflichtungen hatte, die Verträge der kollektiven Sicherheit einseitig zu er-

füllen, die nach der Unterzeichnung der Völkerbundssatzungen abgeschlossen wurden.

Bonnet erinnerte den Ausschuß daran, daß Großbritannien im Verlauf der tschechischen Krise 1938 Frankreich niemals das Versprechen bewaffneter Unterstützung für den Fall französischen Eingreifens gegeben habe. Bonnet hatte die Lage am 28. und 29. April 1938 mit der britischen Regierung erörtert und es war ihm bedeutet worden, daß England noch nicht auf einen europäischen Krieg vorbereitet sei. Als Halifax und Chamberlain darauf hinwiesen, daß Hitler vielleicht bluffe, sagte Bonnet eine Gewaltanwendung Hitlers gegen die Tschechen für den Fall voraus, daß eine friedliche Revision nicht erreicht werden könne. Bonnet hatte großen Respekt vor der militärischen Stärke der Sowjetunion und seine Meinung darüber wurde durch die dortigen Säuberungen nicht erschüttert. Seine damaligen diplomatischen Kontakte hatten ihn ebenfalls davon überzeugt, daß die Sowjetunion sich 1938 jedem militärischen Vorgehen gegen Deutschland widersetzt hätte. Unter diesen Umständen empfand es Bonnet 1938 nicht als Unrecht, den Tschechen eine friedliche Regelung mit

Deutschland nahezulegen, selbst wenn das die Rückgabe der 1918/19 einverleibten deutschen Gebiete koste.

Die Klarheit der Gedankengänge Bonnets und seine Gewohnheit, peinlich genaue Notizen zu machen, um seinen Standpunkt zu erläutern, brachten helles Licht in viele dunkle Ereignisse jener Zeit. Seine Enthüllungen waren von solchem Gewicht, daß sich einige Länder zur Veröffentlichung einer Anzahl bis dahin geheimgehaltener Dokumente veranlaßt sahen. Er selbst gab zwei sehr umfangreiche Memoirenbände heraus, bevor er vor dem Ausschuß aussagte, und legte vorsorglich eine Fülle zusätzlichen Materials vor, um auf alle an ihn gerichteten Fragen antworten zu können. So vermochte dieser Mann zu jedem der gegen ihn angeführten Punkte eine erschöpfende Antwort zu geben.

Bonnets Memoiren sind reich an scharfsinnigen Einsichten. Sie übersehen die diffamierenden Verlautbarungen bekannter Journalisten über ihn. Anerkennend stellt er fest, daß Roosevelt es geradezu genial verstanden habe, seine heftigen Leidenschaften zu verbergen”. Im Juni 1937 hatte Bonnet zugestimmt, nach Frankreich als Finanzminister im neuen Kabinett Chautemps zurückzukehren, nachdem Joseph Caillaux im Senat das erste Kabinett Blum zu Fall gebracht hatte. Bonnet bewunderte Joseph Caillaux, der 1914 vergeblich gegen die aggressive Politik Poincares und Vivianis für den Frieden gekämpft hatte, und fühlte Genugtuung über den Sturz Blums. In einer letzten Audienz bei Präsident Roosevelt hatte Bonnet eindringlich darauf hingewiesen, daß ein neuer Krieg in Europa zu einem Unglück für die ganze Welt werden würde. Es war unheilvoll, daß Bonnets Äußerungen keinen Eindruck auf Roosevelt machten.

Bonnet hat festgehalten, daß Premier Chautemps und Außenminister Delbos am 29./30. November 1937 nach London, unmittelbar nach der Rückkehr Halifax’ aus Deutschland, eingeladen wurden, und die englischen Führer die Franzosen zur Verstärkung ihrer militärischen Vorbereitungen anzutreiben suchten. Nach einem Zusammentreffen mit Chamberlain im April 1938 bemerkte Bonnet zum ersten Mal nach Jahren, daß der englische Premier sich gegenüber einem dauerhaften Einvernehmen mit Hitler offensichtlich skeptisch zeigte. Dieser Skepsis konnte Bonnet nicht zustimmen, denn er sah keinen Grund für das Nichtzustandekommen einer dauerhaften deutsch-englischen Verständigung, falls nur die britischen Führer den aufrichtigen Wunsch dazu hätten’. Seine Ahnung, daß es den Briten um Zeitgewinn zu tun sei, wurde bestätigt, als Chamberlain zu Bonnet sagte, man solle lieber eine günstige Stunde wählen, um Hitler in den Arm zu fallen, als zusehen, wie der deutsche Führer sich Zeitpunkt und Ort für einen Konflikt aussuche. Hitler wünschte nachweislich weder Zeitpunkt noch Ort für einen Konflikt mit England herbei. Hugh Wilson, der amerikanische Botschafter in Deutschland, sandte Hull am 1. Februar 1938 die Analyse eines Sachverständigen der amerikanischen Botschaft, die folgende kennzeichnende Feststellung enthielt: „Für 1938 ist Hitlers oberster diplomatischer Grundsatz eine deutsch-englische Verständigung, wie bereits 1934 oder auch 1924, als er ‚Mein Kampf‘ schrieb.

Litwinows Hoffnungen auf einen deutsch-französischen Krieg

Die Russen nahmen sich vor, in der tschechischen Krise eine vorsichtige Rolle zu spielen. Der sowjetische Kommissar für Außenpolitik Maxim Litwinow äußerte zum amerikanischen

Botschafter Joseph Davies am 24. März 1938, daß der Völkerbund tot sei, daß es keine Abmachungen zwischen Frankreich und Rußland gebe, in eine tschechische Krise einzugreifen, und daß die Tschechoslowakei kampflos vor dem deutschen Druck kapitulieren würde.

Es war klar, Rußland hatte keine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei, es sei denn, die Tschechen leisteten Deutschland mit aktiver französischer Militärhilfe Widerstand. Die Sowjetpolitik enthielt nichts, was auf ihren Wunsch nach einer Beilegung der Streitigkeiten der sogenannten kapitalistischen Mächte West-und Mitteleuropas hätte schließen lassen. Im Januar 1938 wandte sich Maxim Litwinow mit Schärfe gegen einen Vertreter Frankreichs in Genf, als dieser einer Gruppe von Völkerbundssprechern darlegte, eine französische Annäherungspolitik gegenüber Deutschland könne auch Rußland Vorteile bieten.

Die Russen hofften, im Hintergrund bleiben zu können, während die Staaten aneinandergerieten, die ihre ideologischen Gegner waren. Man hatte guten Grund zu glauben, daß ein Konflikt im Westen Stalins Interesse am

besten diente. In den offiziellen Akten der Sowjetdiplomatie jener Zeit werden England und Frankreich sehr scharf verurteilt, weil sie sich beide geweigert hätten, aus Anlaß der Tschechenkrise gegen Deutschland zu kämpfen. 1938 täuschten sowjetische Diplomaten mit der Ansicht, Hitler bluffe nur, und eine starke englisch-französische Front zugunsten der Tschechen würde ihn schon zum Zurückweichen zwingen.

Eduard Beneschs verwegene Diplomatie

Am 12. März 1938 versicherte Hermann Göring den Tschechen in Berlin als Antwort auf ihre eingehenden Erkundigungen, daß Deutschland ein Vorgehen gegen die Tschechoslowakei nicht in Betracht ziehe”!. Die Wahrheit dieser Äußerung ist seither durch diplomatische Akten bestätigt worden, aber schon die Vernunft müßte es einem damals gesagt haben, daß es sich so verhielt, wenn man bedenkt, wie schnell die österreichische Krise in wenigen Tagen ihrem Höhepunkt zutrieb”. Obwohl Hitler in seiner Rede vom 20. Februar 1938 das Schicksal der Deutschen in Österreich wie auch der Sudetendeutschen erwähnte, hatte er Österreich und die Tschechoslowakei stets als zwei völlig voneinander getrennte Fragen betrachtet. Es wäre ihm auch kaum möglich gewesen, sich mit der zweiten Frage zu befassen, während die erste mit unerwarteter Geschwindigkeit den Siedepunkt erreichte. Die Deutschen versprachen, ihre Truppen in Österreich in beträchtlicher Entfernung von der tschechischen Grenze haltmachen zu lassen.

Aus dem unmittelbaren Echo der Sudetendeutschen auf den Anschluß Österreichs erkannten die Tschechen klar, daß eine Krise, in der sie im Mittelpunkt stehen würden, nicht mehr zu vermeiden sei. Jan Masaryk, der tschechische Gesandte in London, erörterte die Lage mit der britischen Regierung. Am 16. März berichtete er Prag, die Engländer neigten dazu, einen deutsch-englischen Krieg als unvermeidlich anzusehen, aber ganz offensichtlich zögen sie einen derartigen Konflikt nicht für 1938 in Betracht”. Chamberlain hatte sich zwei Tage vorher im Unterhaus auf die rätselhafte Feststellung beschränkt, daß Großbritannien an den Vorgängen in Mitteleuropa bisher Anteil genommen habe und weiterhin nehmen werde, um, wie er sagte, der Welt den Frieden zu erhalten”. Es war Masaryk klar, daß es

schwierig, wenn nicht unmöglich war, 1938 ein britisches Versprechen an die Tschechen zu erreichen.

Die Erregung unter den Sudetendeutschen über den Österreich-Anschluß ließ die Sudetenfrage zwangsläufig in den Vordergrund des Geschehens treten. Die deutsche Gesandtschaft in Prag berichtete am 31. März 1938, daß der Führer der sudetendeutschen Partei (SdP), Konrad Henlein, sich für die Beschränkung aller Propagandabemühungen einsetze, die die sudetendeutsche Bevölkerung aufrütteln sollte. Doch war diese schon viel zu sehr aufgerüttelt.

145

146

Natürlich waren in England und Kanada laufend offiziell gelenkte Artikel erschienen, in denen die an den Sudetendeutschen seit vielen Jahren begangenen Ungerechtigkeiten kritisiert wurden. Henlein erkannte, daß er ein Programm verkünden müßte, das den Forderungen der Lage entsprach, und so stellte er in enger Zusammenarbeit mit von Ribbentrop und Ernst Eisenlohr, dem deutschen Gesandten in der Tschechei, die bekannten Karlsbader Forderungen nach Selbstbestimmung im Sudetenland auf. Henlein verkündete diese Forderungen in seiner Rede vom 24. April 1938”. Es lag auf der Hand, daß Hitler die Forderungen der Sudetendeutschen nach Konzessionen unterstützen würde, und Jan Masaryk erhielt Anweisungen von dem tschechischen Außenminister Krofta, noch einmal nachdrücklich um britische Militärhilfe zu ersuchen, um den Deutschen Widerstand leisten zu können. Masaryk berichtete am 3. Mai 1938, daß Außenminister Halifax die militärischen Aussichten der Tschechei in einem Konflikt mit Deutschland pessimistisch beurteilte und sich

weigerte, Großbritannien für die Sache der Tschechen zu verpflichten.

Die tschechischen Führer nahmen sich an Schuschnigg ein Beispiel und gaben zu verstehen, daß sie, um eine Lösung zu erzwingen, viel ungeduldiger seien als Hitler. Das tschechische Kabinett und die militärischen Führer beschlossen am Nachmittag des 20. Mai 1938, eine Teilmobilmachung anzuordnen und diesen Akt der Provokation mit der falschen Beschuldigung zu begründen, deutsche Truppen zögen sich an den tschechischen Grenzen zusammen. Man hoffte, daß die dann entstehende Erregung die Engländer und Franzosen auf die Seite der Tschechen bringen würde, bevor sie sich einer Politik der Konzessionen zugunsten der Sudetendeutschen zuwenden konnten. Der Anschlag mißglückte, obwohl Krofta am 27. Mai und Benesch am 1. Juni Unterredungen gewährten, in denen sie behaupteten, die Tschechoslowakei habe einen großen Sieg über Deutschland verzeichnen können. Eine gelenkte Pressekampagne, die diesen Eindruck erwecken sollte, hatte am 21. Mai 1938 begonnen und hallte rund um die Welt.

Halifax lehnt Beneschs Kriegsangebot ab

Halifax war nicht gesonnen, Präsident Benesch die Außenpolitik des britischen Empires zu überlassen. Mit Vorsicht umging er die tschechische Falle, obwohl er weit genug ging, den Unwillen Hitlers gegenüber den Tschechen zu steigern. Er wies den britischen Botschafter Sir Nevile Henderson in Berlin am 21. Mai 1938 an, den Deutschen zu sagen, daß die „Engländer eventuell kämpfen" würden, wenn die Deutschen gegen die Tschechen vorgingen. Henderson sollte hinzufügen, daß auch Frankreich unter Umständen einschreiten würde und daß „Seiner Majestät Regierung keine Gewähr geben könne, sich nicht durch die

Umstände gezwungen zu sehen, sich Frankreich anzuschließen“.

146

147

Es war eine Warnung für Hitler, aber es war keine eindeutige Erklärung, daß sich Großbritannien der Tschechen wegen in einen Krieg einlassen würde. Wenige Tage später berichtete Henderson, daß britische Militärsachverständige an der deutsch-tschechischen Grenze entlanggeeilt seien, jedoch keine deutschen Truppenansammlungen hätten entdecken können.

Das tschechische Spiel war mißglückt und es war ein teures Spiel. Hitler war scharfsinnig genug, um sofort zu erkennen, daß es die Engländer vermieden hatten, sich den Tschechen gegenüber zu verpflichten, nachdem sie sich durch ihr verwegenes Mobilmachungsunternehmen in eine schwierige Lage gebracht hatten. Die Tschechen hatten eine Schlappe erlitten und offensichtlich keine weiteren Trümpfe mehr auszuspielen. Hitler entschloß sich 1938 zur Befreiung der Sudetendeutschen und zur Auflösung des „Tschechenreiches“.

Hitlers Entschluß, das Sudetenland zu befreien

Hitler hatte mit General Keitel am 22. April 1938 einen seit 1935 bestehenden Übungsaufmarschplan im Hinblick auf einen möglichen Konflikt mit den Tschechen erörtert. Er gab dazu eine Weisung, die einen unprovozierten deutschen Angriff auf die Tschechen ausschloß. Keitel reichte den überarbeiteten Entwurf am 20. Mai 1938 an Hitler zurück. Er enthielt deutlich die Feststellung, daß Deutschland nicht die Absicht habe, die Tschechei anzugreifen. Dann kam die tschechische Kriegspanikmache vom 21. Mai 1938

dazwischen, ehe Hitler den Plan am 30. Mai 1938 an Keitel zurückgab. Hitler hatte das politische Protokoll verändert und den folgenden bedeutungsvollen Satz hinzugefügt: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei demnächst durch ein militärisches Unternehmen zu zerschlagen.” General Alfred Jodl trug am gleichen Datum in sein Tagebuch ein, daß Hitlers Überzeugung, die Tschechenfrage könne 1938 geregelt werden, einen ernsthaften Meinungsstreit zwischen Hitler und dem Generalstab hervorgerufen habe”. Dieser Streit wurde eilends von einer kleinen, aber ehrgeizigen deutschen Widerstandsbewegung zu einem Versuch ausgenutzt, Hitler 1938 zu stürzen. Gerhard Ritter, der führende deutsche Sachverständige für diese Vorgänge, bezweifelte später, daß der Plan eines Militärputsches gegen Hitler 1938 unter allen Umständen geglückt wäre, und meinte, ein Erfolg sei infolge der damaligen Konzessionspolitik der Engländer gegenüber Hitler äußerst zweifelhaft gewesen. Er gab auch zu, daß es in der Zeit von der Münchener Konferenz bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges keine Möglichkeit zu einem erfolgreichen Militärputsch gegen Hitler gegeben hätte. Die aristokratischen Vorurteile höchster deutscher Offiziere waren unzulängliche Mittel für einen Kampf gegen die Erfolge und das Ansehen des im Volk beliebten deutschen Führers.

In den vier Monaten von dem revidierten Aufmarschplan vom 30. Mai 1938 bis zur Münchener Konferenz am 29. und 30. September 1938 behielt Hitler die Initiative. Die sudetendeutschen Führer hielten sich an die Anweisungen aus Berlin und blieben fest in ihren Forderungen, die in vollem Maß zu gewähren die Tschechen nicht gewillt waren.

Italien lieh Deutschland volle diplomatische Unterstützung und weder Sowjet-Rußland auf der einen Seite noch Großbritannien und Frankreich auf der andern ließen irgendwelche Neigungen erkennen, mit einem Angriff auf Deutschland den Anfang zu machen. Die Tschechen waren trotz der weitgehenden Ambitionen einiger ihrer Führer ein durchaus praktisch veranlagtes Volk, und die meisten unter ihnen erkannten, daß das Leben immer noch lebenswert sein könnte, wenn Deutschland seine überlieferte Rolle als herrschende Macht in Mitteleuropa wieder übernehmen würde. Sie fanden keinen Geschmack an einem Krieg gegen Deutschland auf eigene Faust und waren hinlänglich reif für die englisch-französischen Überredungskünste im September 1938, Deutschland den Sudetengau kampflos zu überlassen.

Lord Halifax unterrichtete die französischen Führer in Paris am 2o. Juli 1938, daß eine britische Sonderkommission unter Lord Runciman zur Prüfung der Lage in die Tschechoslowakei entsandt würde. Diese Mission wurde am 26. Juli 1938 bekanntgegeben. Präsident Benesch war darüber sehr beunruhigt. Sie galt ihm als sicheres Zeichen dafür, daß die Engländer nicht beabsichtigten, in dieser Krise eine unnachgiebige Haltung gegenüber Deutschland einzunehmen. Die Studiengruppe hatte ihre Arbeit Anfang September 1938 beendet und berichtete, die Hauptschwierigkeit im Sudetenland sei die Abneigung der Tschechen gegen jede Reform. Diese Entwicklung wurde durch den endgültigen Abbruch der Verhandlungen zwischen den sudetendeutschen und tschechischen Führern noch unterstrichen. Der Höhepunkt der Krise war offensichtlich erreicht.

Präsident Benesch hielt am 10. September 1938 eine herausfordernde Rede. Es war der gleiche Tag, an dem der jährliche Parteitag der NSDAP in Nürnberg eröffnet wurde.

Der tschechische Präsident sprach mit kühner Stirn über die heikle Lage der Tschechen. Er erklärte, er sei immer ein Optimist gewesen und nunmehr sei er es mehr denn je zuvor. Das erste Echo kam von Joseph Goebbels und Hermann Göring. Die grundlegende Antwort erteilte Hitler in einer größeren Rede am 12. September 1938°. Der deutsche Führer prangerte mit schneidenden Argumenten die Politik Beneschs seit 1918 an und appellierte an die Führer der anderen Staaten, nicht einzugreifen, wenn er mit den Tschechen abrechne. Er erinnerte die französische Regierung, daß der ständige Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen einschließlich der alten Stadt Straßburg ein großes Opfer gewesen sei, das er bewußt im Interesse der deutsch-

französischen Freundschaft gebracht habe. Er fügte hinzu, Deutschland beabsichtige, eine begrenzte Zahl von Fragen in Europa zu regeln, im übrigen seien die deutschen Grenzen „in vielen Himmelsrichtungen“ absolut befriedigend.

Das Versprechen im Sportpalast am 26. September 1938

Das ganze Diplomatische Korps war in Nürnberg versammelt, um Hitler zu hören. Bereits am 13. September 1938 ging der polnische Botschafter zu Staatssekretär von Weizsäcker und beschwerte sich, er habe Hitler deutlich sagen hören, daß Deutschland „in jeder Himmelsrichtung absolut befriedigende Grenzen habe”. Die veröffentlichte Version sei daher unrichtig, wenn sie von „vielen Himmelsrichtungen” spreche. Lipski warnte dunkel, daß es

unliebsame Folgen haben könne, wenn diese Änderung der Hitlerschen Bemerkung in Polen bekannt werde. Weizsäcker konnte niemand finden, der den von Lipski behaupteten Wortlaut zu bestätigen vermochte. Er erbat sich daher das Manuskript der Rede und stellte fest, daß es ebenfalls die Worte „in vielen Himmels richtungen” enthielt. Dieser Vorfall wurde Hitler berichtet. Zwei Wochen später, am 26. September 1938, hielt Hitler eine weitere große Rede im Berliner Sportpalast. Es sah damals so aus, als ob Europa nun doch noch der tschechischen Frage wegen in einen Krieg gestürzt werden sollte. Bei dieser Gelegenheit gebrauchte Hitler eine Formulierung, die zwar mit seiner Politik übereinstimmte, ihn aber den Angriffen und Entstellungen feindlicher Propagandisten gegenüber äußerst verwundbar machte.

Die Rede vom 26. September im Berliner Sportpalast fand in einer mit Hochspannung geladenen Atmosphäre statt. Sie stand im Zeichen des Goebbelschen Schlagwortes: „Führer befiehl, wir folgen!“ In seinen Ausführungen über die deutsche Politik versicherte Hitler, daß „wir kein Interesse an der Unterdrückung anderer Völker haben”. Er erinnerte die Welt daran, Deutschland sei nach fünfzehn furchtbaren Jahren (bis 1933) wieder stark geworden, betonte aber mit Nachdruck, daß es keinen Haß gegen andere Völker hege. Er hob die Bedeutung eines dauerhaften deutsch-polnischen Einvernehmens für die Verwirklichung seines Programms hervor und bestand darauf, daß die tschechische Herrschaft im Sudetenland ein Ende nehmen müsse. Seine Forderung nach einem von Deutschland beherrschten Sudetenland sei „die letzte Gebietsforderung, die ich in Europa stelle”.

Das war eine ernste Angelegenheit. Polen und Deutsche wußten, daß Deutschland diesmal bedingungslos das ganze Gebiet beanspruchte, das es 1918 im Osten verloren hatte, aber die Welt als Ganzes hatte davon keine Notiz

genommen. Es fiel darum wendigen Propagandisten nicht schwer zu behaupten, daß mit dem ausdrücklichen Verlangen Deutschlands nach einer

149

150

Rückkehr Danzigs einen Monat darauf Hitlers feierlich abgegebenes Versprechen gebrochen sei. Diese Propagandisten ignorierten die Wahrheit und hatten ausschließlich die Absicht, grenzenlosen Haß zu säen. Als später der tschechische Staat im März 1939 zu bestehen aufgehört hatte, waren die gleichen Propagandisten sehr rasch mit der gleichen Behauptung zur Stelle, daß die Begründung eines deutschen Protektorats von Böhmen-Mähren ein Bruch des Hitlerschen Versprechens von 1938 sei. Es war eine überaus wirksame Propaganda, die auch in Deutschland weithin Glauben fand. Sie wird dennoch den Tschechen in keiner Weise gerecht. Boris Celovsky, selbst ein Tscheche und führender Sachverständiger während der Tschechenkrise im Jahre 1938, hat die Meinung vertreten, daß die Tschechei von 1918 zum Untergang verurteilt sei, wenn Sudetenland abgetrennt würde. Doch auch die andern Minderheiten, wie die Slowaken, waren Gegner einer Fortdauer der tschechischen Herrschaft. So war die endgültige Beseitigung des Prager Systems lediglich eine Frage der Zeit. Hitler arbeitete während der Märzkrise 1939 auf eine bestimmte Lösung im Interesse Deutschlands hin, bestand allerdings nicht darauf, daß die von ihm im Höhepunkt der Krise erreichte Lösung mehr als ein Provisorium sein sollte. Er suchte die britischen Führer von seiner Bereitschaft zu überzeugen, zu einem späteren Zeitpunkt die endgültige Lösung dieser Frage auf internationaler Ebene im Rahmen der Diplomatie herbeizuführen. Wenn Hitlers späteres Vorgehen in der

Prager Frage den Engländern ein Dorn im Auge war, so hätte man in der Tat auf dem üblichen diplomatischen Wege darüber verhandeln können. In Wirklichkeit weigerten sich die Engländer in der Zeit vom März bis September 1939, auf die verschiedenen Bemühungen, dieses Thema anzuschneiden, einzugehen. Mittlerweile taten die Propagandisten alles, um die Menschen zur Raserei zu bringen und Hitler, der im Vergleich zu den großen Reichen wie Großbritannien, Rußland und den Vereinigten Staaten nur ein winziges Land regierte, als künftigen Welteroberer hinzustellen.

Ungarische Bestrebungen in der Tschechoslowakei

Die Polen und Ungarn enthielten sich größerer Anstrengungen, ihre Ansprüche gegen die Tschechen durchzusetzen, bis zum Chamberlain-Besuch bei Hitler in Berchtesgaden am 15. September 1938. Das Oberhaupt Ungarns, Admiral Horthy, wurde im August 1938 nach Deutschland eingeladen, um den deutschen Kreuzer „Prinz Eugen“ zu taufen, der seinen Namen nach dem Kriegshelden der Habsburger und Staatsmann des frühen 18. Jahrhunderts erhalten sollte. Horthy kam in Begleitung des Ministerpräsidenten Bela Imredy und des Außenministers Kanya. Diese Visite war etwas heikel, weil die Ungarn ihre Sonderbeauftragten bei der Konferenz der kleinen Entente in Bled in Jugoslawien angewiesen hatten, die Zusage zu geben, daß Ungarn Deutschland

im Falle eines deutsch-tschechischen Krieges keine Waffenhilfe gewähren würde. Andererseits erwarteten die Ungarn aber, daß die Deutschen das Risiko eingingen, ihnen

das völkisch rein ungarische Gebiet, das die Tschechen sich genommen hatten, zurückzugeben. Das bedeutete unvermeidliche Reibungen. Horthy hat sich später beklagt, Hitler sei nicht so liebenswürdig zu ihm gewesen wie bei seinem früheren Besuch im Jahre 1936.

Horthy hatte die Vorstellung, er könne Hitlers Hilfe durch das Anerbieten seiner Vermittlung bei der Sicherung eines umfassenden Einvernehmens zwischen Deutschland und Polen beanspruchen. Horthy erinnerte Hitler an seine guten und engen Beziehungen zu den Polen und erklärte sich erstaunlicherweise bereit, Warschau bei der Abtretung des polnischen Korridors an Deutschland zur Hand zu sein. Hitler, der nicht die Absicht hatte, irgendwelches polnisches Gebiet zu fordern, hielt von diesem Plan überhaupt nichts. Er ersuchte daher Horthy dringend, in Warschau sich jeder Äußerung über den Korridor zu enthalten.

Im übrigen unterrichtete Hitler die ungarischen Führer in unmißverständlichen Worten, daß er ihr Spiel mit der Tschechoslowakei nicht mitzumachen gedenke. Deutschland würde keine weiteren Provokationen der Tschechen dulden und eine neue Herausforderung von seiten Prags mit einem deutschen Einmarsch beantworten. Er nahm die Aussprüche Ungarns, wie auch Polens, gegenüber den Tschechen zur Kenntnis und brachte zum Ausdruck, daß er ihre Teilnahme an einem Krieg Deutschlands mit der Tschechei begrüßen würde. Allerdings müßten Ungarn und Polen selbst die Initiative ergreifen, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Der ungarische Einwand, ein Krieg sei für ein so kleines Land wie Ungarn ein größeres Wagnis als für Deutschland, machte auf Hitler keinen Eindruck. Er lehnte jede Änderung seiner Ansicht ab.

Die Ungarn traten am 16. September 1938 an die Engländer heran, kurz nachdem Chamberlain von seiner ersten

Begegnung mit Hitler aus Berchtesgaden zurückgekommen war. Sie witterten eine britische Mittäterschaft an einer zukünftigen Aufteilung der Tschechoslowakei und versuchten, ihre Abfuhr in Deutschland auszugleichen, indem sie die Engländer um Unterstützung der magyarischen Bestrebungen in der Tschechei baten. Dreist sprachen sie einige Tage in London von ihrer Entschiedenheit, Gerechtigkeit von den Tschechen zu erlangen. Eine Woche später, nach der ergebnislosen Unterredung zwischen Hitler und Chamberlain bei ihrem zweiten Treffen in Bad Godesberg, verschlechterte sich die Lage in Europa zusehends. Eiligst zogen sich die Ungarn daraufhin auf eine vorsichtigere und versöhnlichere Haltung zurück,

England unterstützt die polnische Versteifung in Danzig

Die Polen hatten ihre eigene Umgangsform mit den Tschechen: Sie hielten

an ihrer Initiative mit einer Zähigkeit und Energie fest, über die Budapest nicht verfügte. Die Polen hatten sich mit ihren Gebietsansprüchen am 16. September 1938 auch an London gewandt, sich aber in ihrem Vorgehen auf eine inoffizielle Demarche beschränkt. Der polnische Botschafter Eduard Raczynski, ein junger vermögender Aristokrat, wurde angewiesen, längere Erörterungen über polnische Ansprüche zu vermeiden und die Engländer lediglich von diesen zu unterrichten, statt sie um Rat anzugehen. Einen Monat vorher hatte eine bedeutsame Unterredung zwischen dem polnischen Außenminister Beck und Alfred Duff Cooper,

dem Ersten Lord der Admiralität"", auf der Halbinsel Hela an der polnischen Küste stattgefunden. Beck machte seinem Gast klar, daß Polen engere Beziehungen zu London wünsche und daß er Andeutungen möglicher Unterstützung gegen Deutschland in Danzig begrüßen würde. Halifax unterrichtete die polnischen Diplomaten in London nach der Rückkehr Duff Coopers, daß Großbritannien einen ständigen Sitz Polens im Völkerbundsrat befürworten werde, was für Polen gleichbedeutend mit dem Status einer Großmacht war. Er versprach auch, daß Großbritannien Polen in Danzig „so viel wie möglich" unterstützen würde. Dieser Satz war vorsichtig und mehrdeutig formuliert. Doch war damit der erste Schritt zu einem englisch-polnischen Militärbündnis vor Beginn der Münchener Konferenz getan.

Die Haltung Halifax' gegenüber Danzig hatte während der letzten Monate eine bemerkenswerte Wandlung erfahren. Am 21. Mai 1938 berichtete Völkerbundskommissar Burckhardt den Deutschen, daß vor einigen Tagen „Lord Halifax Danzig und den Korridor als Absurdität bezeichnet hatte," und als die wahrscheinlich unsinnigste Bestimmung des Versailler Vertrages. Halifax hatte die Hoffnung ausgedrückt, es könnte vielleicht eine Änderung des status quo durch zweiseitige Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen erreicht werden. Er hatte Burckhardt gesagt, daß er Hitlers Erklärung vom 5. November 1937 nicht für das letzte Wort über Danzig halte, und wies dabei auf Großbritanniens Bereitschaft hin, zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln, wenn die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten in einer Sackgasse landen sollten. Halifax erklärte außerdem, er würde einen Besuch des Danziger Gauleiters Albert Forster in England begrüßen, woraufhin dieser unverzüglich nach London reiste. Halifax hatte dann sein Interesse bekundet, zur Hirschjagd nach Danzig zu kommen. Burckhardt übermittelte diesen Wunsch und es erging sofort eine Einladung an Halifax.

Die von Präsident Benesch eifrig geförderte Maikrise folgte unmittelbar auf die Besprechungen zwischen Halifax und Burckhardt. Die Einladung des Danziger Senatspräsidenten Greiser zur Hirschjagd in den Danziger Wäldern wurde von Halifax im Juni 1938 abgelehnt. Im Juni erzählte Halifax dem diplomatischen Hauptgeschäftsträger von Danzig, Viktor Böttcher, daß Groß-

britannien die Beibehaltung des status quo in dem sogenannten Freistaat begrüßen würde. Er überschüttete Böttcher mit den Scheinargumenten, daß Danzig doch eine natürliche „Vermittlerrolle” zwischen Deutschland und Polen spielen könne und man die Danziger drängen müsse, sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden. Halifax schloß den Kreis einen Monat später, als er den Polen versicherte, Großbritannien sei daran interessiert, sie zu unterstützen, um Veränderungen in Danzig zu verhindern. Es war den Polen klar, daß diese „volte face” (Kehrtwendung) ein Zeichen der englischen Entschlossenheit war, zu irgendeinem Zeitpunkt nach der Tschechenkrise eine Koalition gegen Deutschland zu bilden, und daß Polen nach englischer Auffassung bei der Bildung einer solchen Front sehr nützlich sein könnte. Unter diesen Umständen brauchten sich die Polen in London nicht zu demütigen, als sie die Engländer von ihren Forderungen an die Tschechen unterrichteten.

Polnischer Druck auf die Tschechen

Weitere Nachrichten über die polnischen Absichten erreichten London aus Warschau fast unmittelbar danach. Sir Howard Kennard, der britische Botschafter in Warschau,

war bekannt wegen seines leidenschaftlichen Eintretens für polnische Interessen. Mit Kennards Sympathie für die Sache Polens konnte sich unter den westlichen Diplomaten nur William Bullitt messen, der amerikanische Botschafter in Paris, aber sicherlich kein anderer. Bullitt und Kennard konnten sich nicht genug tun, mit unermüdlichem Eifer über polnische Fragen zu reden und polnische Interessen zu begründen. Kennard berichtete am 16. September 1938 nach London, daß die polnische Regierung eine Note vorbereite, die Selbstbestimmung für die polnische Minorität in der Tschechei verlange”. Die Polen hatten im Mai 1938 die Tschechen in allgemeinen Wendungen davon unterrichtet, daß sie ihrerseits Forderungen erheben müßten, wenn die Tschechen anderen Mächten Minderheitenkonzessionen gewähren würden. Die Tschechen hatten anderen Mächten zwar noch keine Konzessionen zugesagt, aber der Chamberlain-Besuch in Berchtesgaden hatte Beck davon überzeugt, daß sie es bald tun würden. Polen begann sich am 16. September zu rühren und hörte damit nicht eher auf, als bis es seinen Teil an der tschechischen Beute erhalten hatte.

Präsident Benesch befaßte sich in seiner üblichen Art mit den Polen. Er machte einen leisen Versuch, die Polen zu beschwichtigen, ohne ihnen etwas Greifbares zu überlassen. Am 24. Mai 1938 beantwortete er Becks ursprüngliche Forderung nach gleicher Behandlung mit der milden Zusicherung, daß Polen sie auch erfahren würde. Er plante nicht, Deutschland zu der Zeit irgend etwas zu überlassen und seine Antwort deutete nicht darauf hin, daß er vor-

hatte, Land an Polen abzutreten””. Der französische Aufsenminister Bonnet versuchte, die Streitigkeiten zwischen Polen und der Tschechei zu schlichten, und warf den Polen später vor, sie hätten es versäumt, während der Tschechenkrise enge Fühlung mit Paris zu nehmen”. Der englische Historiker Lewis Bernstein Namier hat später behauptet, Bonnet sei der Schuldige gewesen; denn er habe es nicht fertiggebracht, die Polen zur Zusammenarbeit mit den Tschechen zu bewegen. Bonnet hat sich aber in der Literaturbeilage der Londoner „Times“ glaubwürdig gegen diese Anschuldigung verteidigt”. Während der Tschechenkrise hat Polen immer wieder geltend gemacht, daß nur eine Landabtretung der Tschechei an die Polen eine Erörterung polnischer Hilfe ermöglichen würde. Als die Franzosen in Prag auf diesen Vorschlag hinwiesen, spürten die Tschechen nicht die geringste Lust, gegen die Deutschen zu kämpfen. Die bittere Rivalität zwischen Prag und Warschau ließ es viele Tschechen vorziehen, lieber alles den Deutschen, als den Polen auch nur ein Dorf zu überlassen.

Raczynski überreichte am 19. September 1938 in London eine formelle Note, in der die polnische Stellung gegenüber den Tschechen klargelegt wurde. Es ist vermutet worden, daß Polen und Deutschland vorher eine Geheimabsprache über die tschechische Frage getroffen hätten, aber dem war nicht so. In Wirklichkeit bestand überhaupt kein Einvernehmen zwischen den Deutschen und Polen hinsichtlich ihrer jeweiligen Bemühungen gegenüber den Tschechen, es sei denn, man betrachtet es als Einvernehmen, daß die deutschen und polnischen Führer sich seit Jahren gegenseitig versichert hatten, wie sehr sie die Tschechoslowakei verabscheuten.

Ein von der Regierung gelenkter polnischer Verband, das OZON (Lager der nationalen Einheit, gegründet von Oberst Adam Koc, das bei etwas mehr Erfolg die polnischen

Parteien ersetzt hätte), förderte in Polen die antitschechische Stimmung und ihre Propaganda war hierin auffallend erfolgreich. Kennard fühlte sich „verpflichtet, zuzugeben”, daß Polen im Fall eines deutsch-tschechischen Krieges unter Umständen auf der deutschen Seite eingreifen könnte!. Die Engländer antworteten in Form von Überreichung gleichlautender Noten an die Ungarn und die Polen, worin die Warnung stand, sich aus der gegenwärtigen Krise herauszuhalten. Dieser Schritt blieb ohne Wirkung auf die Polen. Unwillig legten sie die englische Warnung beiseite‘. Die ungarischen Führer, die gerade von einer zweiten erfolglosen Mission bei Hitler zurückkamen, wurden ein weiteres Mal in ihrem Vertrauen zu britischen Zusagen erschüttert.

Kennard hatte Verständnis für die Empfindlichkeit der Polen im Hinblick auf ihren sogenannten Großmachtstatus und war entsetzt über die Taktlosigkeit Halifax’, gleichlautende Noten an Warschau und Budapest zu senden. Er

154

155

drückte sein Befremden darüber am 22. September 1938 in einem Bericht an das Foreign Office aus und versuchte gleichzeitig, die polnische Politik in London in ein etwas günstigeres Licht zu stellen.

Beck rächte sich an Halifax für den „Durchschlag“ der an Ungarn gerichteten Note. Hochmütig antwortete er Halifax am 22. September 1938, daß er keinen Anlaß sähe, mit den Engländern irgendwelche Maßnahmen zu erörtern, die er zur Sicherung „berechtigter polnischer Interessen“ für ratsam halte. Beck glaubte, eine unangreifbare Position für diese

Antwort zu haben, da Großbritannien gegenüber der Tschechei keine Verpflichtungen eingegangen war.

Die Sowjets drohen Polen

Beck wünschte mit Deutschland im Fall der Tschechen ohne einen Vorsprung seinerseits auf gleicher Höhe zu bleiben. Er wußte, daß der nächste Schritt ein befristetes Ultimatum sein würde, glaubte aber, die Tschechen würden Deutsch land gegenüber gegen eine deutsche Unterstützung nachgeben, wenn sie ein polnisches Ultimatum erhalten würden. Die Polen hatten in wenigen Tagen den gleichen Krisenpunkt erreicht wie die Deutschen in einer Krise, die fast fünf Monate dauern sollte. Beck beschloß, nicht weiterzugehen, bis die Deutschen weitere Schritte unternahmen. Das Ergebnis war eine außerordentlich gespannte, aber stagnierende Periode in der polnisch-tschechischen Krise. Großbritannien war durch Becks schroffe Antwort an Halifax an weiterer Fühlungnahme mit Polen während der Krisenzeit gehindert, doch blieb die Verbindung zwischen Polen und Frankreich eine enge. Bonnet entschloß sich zu einer letzten Anstrengung, um eine Entspannung und danach eine Annäherung zwischen Warschau und Prag herbeizuführen. Genau im gleichen Augenblick, als er dieses heikle Manöver unternahm, sandte die Sowjetunion am 23. September 1938 eine donnernde Warnung an Warschau. Den Polen wurde bedeutet, daß ein Einschreiten gegen die Tschechen Rußland veranlassen würde, den russisch-polnischen Nichtangriffspakt von 1932 zu kündigen, was zu unabsehbaren Folgen führen könnte. Becks erste Reaktion war die Annahme, die Russen würden bluffen und so reagierte er auf ihre Note trotzig.

Beneschs mißlungener Versuch, Beck zu täuschen

Der besondere Anlaß zu der russischen Demarche war Becks Kündigung des polnisch-tschechischen Minderheitenvertrages vom 21. September 1938. Sie war gekoppelt mit der Ankündigung, daß Polen wirksame Maßnahmen zu ergreifen gedachte, um für das Wohl der innerhalb der tschechischen Grenzen lebenden Polen zu sorgen'. Bonnet machte dieses Vorgehen zum Ausgangspunkt seiner allerletzten Vermittlungsbemühungen. Sein erster Schritt war, in Warschau zu ermitteln, ob Polen mit Deutschland im Hinblick auf die Tschechoslowakei ein Abkommen getroffen habe und ob die polnischen Ansprüche an

155

156

die Tschechen sich nur auf Teschen oder auch auf andere Gebiete erstreckten. Beck und Miroslaw Arciszewski, ein Beamter des polnischen Außenministeriums, der von einer Mission in Rumänien zurückgekehrt war, um Beck während der Krise zur Seite zu stehen, entwarfen eine Note an die Franzosen und sandten sie an den Botschafter Juliusz Lukasiewicz in Paris. Die behutsam formulierte polnische Note enthielt ehrliche Versicherungen, wich aber sonst aus. Sie beantwortete Bonnets beide Fragen nicht.

Die polnische Stellung wurde am 24. September mündlich von Marschall Rydz-Smigly in einer Audienz geklärt, die er dem französischen Botschafter Léon Noël in Warschau im Einvernehmen mit Beck gewährte. Der Marschall versicherte Noël, daß Polen kein Abkommen mit Deutschland über die Tschechoslowakei getroffen habe, und behauptete, die polnischen Bestrebungen beschränkten sich auf das Teschener Gebiet. Er versicherte, daß man die Tschechei angreifen würde, wenn die polnischen Forderungen keine

Berücksichtigung erführen, meinte dann aber, ein polnischer Einmarsch würde sich weitgehend auf das Gebiet beschränken, das Polen von den Tschechen zu annektieren gedächte.

Mit einem zweiten Schritt beabsichtigte Bonnet, einen Druck auf den Präsidenten Benesch auszuüben und ihn zu Konzessionen an Polen bereit zu machen. Benesch antwortete unverzüglich, aber überaus kennzeichnend. Er schrieb Beck einen Brief, der am 26. September in Warschau überreicht wurde, und „stimmte im Prinzip” zu, Teschen den Polen zu überlassen, falls die Polen die Tschechei in einem Krieg gegen Deutschland unterstützen würden!!!, Beck war mit diesem Angebot nicht zufrieden und meinte befremdet, daß eine „Zustimmung im Prinzip“ von seiten Beneschs nicht einmal das Papier wert sei, auf dem sie geschrieben stehe. Dennoch hielt er enge Fühlung mit den Franzosen und entschloß sich, mit den Tschechen, dem von Bonnet empfohlenen Weg entsprechend, ein Einvernehmen herzustellen.

Beck unterrichtete die Tschechen, daß die Angelegenheit beigelegt werden könne, wenn sie das Teschener Gebiet ohne Verzug herausgeben würden. Sie könnten ganz bestimmt mit polnischer Hilfe gegen Deutschland rechnen, falls sie diesen Vorschlag annähmen, und falls Frankreich seinen Verpflichtungen gegenüber den Tschechen nachkäme. Damit war Benesch nur wenig Bewegungsfreiheit gelassen; sein Angebot an Polen war nicht ehrlich gemeint. Er antwortete mit der schwachen Ausrede, daß die Bahnanlagen in und um Teschen ein wesentlicher Faktor im tschechischen Operatiosplan gegen Deutschland seien. Im übrigen könne Teschen erst an Polen übergeben werden, wenn Deutschland im kommenden Krieg geschlagen sei. Auf diese deutliche Antwort hin brach Beck die Verhandlungen ab. Dieses Ereignis fiel mit dem

Höhepunkt der siebentägigen Krise in Europa zusammen, die dem Mißlingen der

156

157

ersten Godesberger Gespräche zwischen Chamberlain und Hitler am 22. September 1938 gefolgt war.

Bullitt stand in diesen spannungsgeladenen Tagen in enger Verbindung mit Lukasiewicz in Paris. Dieser empfing Bullitt am 25. September 1938 in der polnischen Botschaft, um ihn davon zu unterrichten, daß die polnische Regierung ihre Haltung angesichts der gegenwärtigen Krise geändert habe. Sie habe geglaubt, es würde keinen Krieg geben, aber jetzt sei sie der Ansicht, daß er sich doch anbahne. Lukasiewicz betonte, daß ein Konflikt ein Weltanschauungskrieg zwischen dem Faschismus und dem Bolschewismus sein würde, mit Benesch als Agenten Moskaus. Lukasiewicz vertraute dem amerikanichen Botschafter an, daß Polen außer in Teschen auch noch in die Slowakei einmarschieren würde, wenn Deutschland gegen die Tschechen vorginge. Es würde das vordringliche Ziel der Polen sein, mit dem befreundeten Ungarn eine gemeinsame Front zu bilden. Der polnische Diplomat glaubte, diesem Schritt würde ein russischer Angriff auf Polen folgen, meinte jedoch, Polen fürchte sich nicht vor ihm. Er sagte voraus, daß Rußland binnen drei Monaten von Deutschland und Polen in wilde Flucht geschlagen sein würde, und wies darauf hin, daß die Sowjetunion eine Hölle sich befehdender Cliquen und Parteien sei. Bullitt beschuldigte Polen, es betrüge Frankreich. Doch bestritt das Lukasiewicz. Er sagte, Polen würde keinen Krieg mit Frankreich beginnen, wenn aber Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten die Tschechen unterstützen würden, machten sie sich zu

Werkzeugen des Bolschewismus. Er drängte den polenfreundlichen Bullitt, sih um die Hilfe des Präsidenten Roosevelt bei einer Gebietsrevision zugunsten Polens und Ungarns zu bemühen. Er sagte Bullitt auch, daß er jede einzelne oder auch alle seine Ansichten dem französischen Außenministerium vortragen könne. Bullitt schloß daraus, daß Polen, wenn ihm keine Gebietskonzessionen gemacht würden, die Tschechoslowakei unvermeidlich angreifen würde, sobald Deutschland es täte.

Nachdem Bullitt am 25. September 1938 einen Bericht von dem amerikanischen Botschafter Kennedy aus London erhalten hatte, merkte er, daß die Polen überall in der gleichen Tonart redeten. So behauptete der polnische Botschafter Raczynski Kennedy gegenüber, das britische und französische Verhalten zugunsten der Tschechei habe Polen dazu gebracht, der „kleine Vetter" Hitlers zu werden. Raczynski erklärte, Polen und Ungarn seien überzeugt davon, daß Hitlers Verhalten in Godesberg korrekt gewesen sei. Man müsse den Engländern die Schuld geben, daß man in einer Sackgasse gelandet sei. Sie hätten die Dringlichkeit der Lage und die Bedeutung der polnischen und ungarischen Forderungen nicht in Rechnung gestellt. Es war bekannt, daß Hitler Chamberlain in Godesberg schwere Vorwürfe gemacht hatte, jene Fragen außer acht ge-

157

158

lassen zu haben. Außerdem beklagte Kennedy sich bei Bullitt, Raczynski habe die Stimmung für sich auszunutzen versucht, was zweifellos zutraf.

Eine weitere Unterredung mit Lukasiewicz am 26. September 1938 überzeugte Bullitt, daß die Polen nicht

umzustimmen waren. Der polnische Diplomat versicherte, Deutschland, Polen und Ungarn würden gemeinsam handeln, um ihren Willen in der Tschechoslowakei durchzusetzen. Bullitt hatte diese polnische Haltung durch den tschechischen Botschafter Osusky bestätigt bekommen. Bullitt war äußerst erregt und entrüstete sich über Bonnet, der die Zerstörung der Tschechoslowakei ganz offenkundig für den Preis hielt, den man für die Vermeidung des Krieges zu zahlen hatte. Bullitt berichtete Präsident Roosevelt voller Verachtung, daß Bonnet „für den Frieden um jeden Preis" sei, und er sandte noch ein Schreiben hinterher, das eine Fülle ungehöriger Bemerkungen über den französischen Außenminister enthielt.

Bonnets Anlauf, eine polnisch-tschechische Annäherung herbeizuführen, war vergeblich, jedoch nicht deshalb, weil Polen sein ursprüngliches Anerbieten eingeschränkt hatte, mit Frankreich und der Tschechei zusammenzuarbeiten. Becks Standpunkt gegenüber den Tschechen und Frankreich war der gleiche geblieben. Die Schwierigkeit lag lediglich darin, daß Benesch zugestimmt hatte, Deutschland nach der Hitler-Chamberlain- Zusammenkunft in Berchtesgaden Land abzutreten und nicht gewillt war, Polen das Teschener Gebiet zu überlassen. Es war klar, daß nur ein polnisches Ultimatum mit einer festgesetzten Frist entscheiden konnte, ob es 1938 einen polnisch-tschechischen Krieg geben würde oder nicht.

Das Versäumnis der Tschechen, die polnische Forderung im Interesse der Bildung einer gemeinsamen Front gegen Deutschland zu erfüllen, verursachte in vielen Lagern Erstaunen. Der deutsche Botschafter von Moltke in Warschau bemerkte zu Jan Szembek am 24. September 1938, daß die polnischen Forderungen maßvoll und unschwer zu erfüllen seien im Vergleich zu Deutschlands Interesse am gesamten Sudetenland, und so mußte es in

der Tat erscheinen, wenn man außer acht ließ, daß Polen und die Tschechei erbitterte Rivalen waren.

Die Münchener Konferenz

Moltke war nicht wenig überrascht, als Mussolini in letzter Minute, am 28. September 1938, einen Vermittlungsversuch einleitete, der die durch die Sudetenfrage heraufbeschworene Kriegsgefahr bannte und die deutsch-tschechische Krise zum Abschluß brachte". Sir Horace Wilson, der dem Premier Chamberlain viele Jahre hindurch in verschiedener Eigenschaft zur Seite gestanden hatte, war am 26. September 1938 in einer Sondermission nach Berlin entsandt worden. Es war der Tag der Hitlerrede im Sportpalast. Wilsons Weisungen reichten nicht aus, um mit ihnen die englisch-deutschen Differenzen

beilegen zu können, die am 22.—24. September 1938 in Godesberg entstanden waren. Hitler hatte Chamberlains Ansinnen zurückgewiesen, den gesamten Ablauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei ausschließlich bestimmen zu wollen. Chamberlain war seinerseits gekränkt über Hitlers Bemühungen, ihm verschiedene Bedingungen in dieser Angelegenheit zu stellen. Obwohl die letzten Unterredungen der beiden Staatsmänner in Godesberg in versöhnlicher Stimmung verlaufen waren, hatte man keine klare Übereinkunft im Hinblick auf die tschechische Krise erzielt.

Wilson besprach die Lage mit Hitler ein zweites Mal am 27. September 1938. Das Wesentliche an Wilsons Bemerkungen war, es werde zu einem deutsch-englischen Krieg kommen, wenn Hitler nicht zurückwiche. Wilson sagte das nicht

eindeutig, aber Hitler half ihm, indem er ihn bei seinen spitzfindigen Hinweisen auf gewisse „Vertragsverpflichtungen” unterbrach: Was Wilson meine, sei ja wohl, daß, wenn Frankreich beschlösse, Deutschland anzugreifen, England Deutschland auch angreifen würde. Er eröffnete Wilson, daß er die Situation begreife und „diese Nachricht zur Kenntnis genommen habe”. Der Auftrag Wilsons, aus der Sackgasse herauszufinden, war damit mißlungen’, Hitler und den britischen Führern war, trotz der Halsstarrigkeit ihrer Äußerungen, in diesem späten Stadium der Krise alles darum zu tun, einen Konflikt zu vermeiden. Chamberlain appellierte am 28. September 1938 vormittags um 11 Uhr 30 an Mussolini, er möge etwas unternehmen. Das hatte eine geradezu magische Wirkung. Auch Hitler zögerte nicht. Der britische Botschafter konnte London am 28. September 1938 nachmittags um 3 Uhr 15 anrufen, daß Hitler Chamberlain, Daladier und Mussolini für den nächsten Tag nach München einzuladen wünsche, um eine friedliche Lösung der Tschechenfrage zu besprechen. Der britische Premier erhielt diese Nachricht, während er vor dem Unterhaus eine spannungsvolle Rede über die drohende Kriegsgefahr hielt. Als er Hitlers Einladung und seine Absicht, sie anzunehmen, verkündete, erhielt er den größten Beifall in der Geschichte des englischen Parlaments.

Die Stadt München war trunken vor Begeisterung über den Frieden, als die europäischen Führer dort eintrafen, um am 29. September miteinander zu verhandeln. Keins der europäischen Länder hatte nach den furchtbaren Erfahrungen des 1. Weltkriegs und angesichts der Schrecken neuzeitlicher Kampfmethoden, die der spanische Krieg enthüllt hatte, irgendwelche nennenswerte Neigung zu einem Krieg gezeigt. Eine Anzahl von Faktoren hatte die Münchener Konferenz verursacht. Zunächst war es die unermüdliche Initiative Chamberlains, die Tschechen zum Nachgeben zu überreden. Dazu kam Daladiers Bereitschaft

zum Einverständnis mit allem, was sein englischer Bundesgenosse erreichen konnte. Schließlich war es Hitlers Zurückhaltung. Er mäßigte seine Forderungen und widerstand der Versuchung, an dem für ihn günstigsten

Zeitpunkt loszuschlagen, um einen Krieg zu gewinnen. Hitler war überzeugt, daß ein Krieg in Europa nicht unvermeidlich zu sein brauchte; sonst hätte er die ausländischen Führer niemals nach München eingeladen. Zu allem kam die Vermittlung Mussolinis sowie die Überzeugung, daß alle Beteiligten einer Übereinstimmung zu nahe waren, um alles durch einen unnötigen Krieg zu zerstören.

Niemals hat eine Einigung deutlicher im Interesse aller betroffenen Mächte gelegen. Großbritannien hatte Zeit gewonnen, um die Deutschen noch weiter in ihrer Luftaufrüstung einzuholen. Frankreich konnte sich der Gefahr eines verzweifelten Krieges entziehen, nachdem es 1936 seiner militärischen Vorherrschaft in Europa entsagt hatte. Italien wurde vor der Verwickelung in einen Krieg bewahrt, für den es kläglich unvorbereitet war. Deutschland gewann einen großen unblutigen Sieg in seinem Programm friedlicher Gebietsrevision. Indem es der Versuchung, zu kämpfen, widerstand, obwohl es damals militärisch im Vorteil war, steigerte es seine Größe und sein Ansehen.

Tschechische Repräsentanten in München wurden von den Vorgängen unterrichtet, aber zur Teilnahme an den Beratungen nicht zugelassen, auch waren keine Vertreter Ungarns oder Polens zugegen". Winston Churchill hat später den Einwand erhoben, in München sei die Ehre Frankreichs verletzt worden, weil es formell den Tschechen Beistand zu

leisten verpflichtet gewesen wäre’, Doch war Bonnet nicht dieser Ansicht und man darf nicht übersehen, daß Frankreich trotz seines Drucks auf die Tschechen diesen unter Umständen geholfen hätte, wenn sie wieder mit hohem Einsatz gespielt und Deutschland tatsächlich Widerstand geleistet hätten. Diese Situation hat in Wirklichkeit niemals bestanden. Die Tschechei war ein junger Staat, der eher durch die Anstrengungen anderer als durch eigenen harten Kampf um seine Unabhängigkeit entstanden war. Ihr Staat war unter der fragwürdigen Führung Masaryks und Beneschs in eine turbulente Welt hineingestellt worden. Jahrhunderte hindurch war die Tschechei politisch entweder mit Deutschland oder Österreich verbunden gewesen. 1938 war sie von Feinden umgeben und ein Krieg hätte ihre Niederlage unvermeidlich gemacht. Daß sie unter diesen Umständen aufgab, mochte den Ehrbegriffen von Clubsessel-Chauvinisten zwar nicht entsprechen, aber es war klug, so zu handeln. Die Tschechen hätten in ausgezeichneter Verfassung aus dem 2. Weltkrieg hervorgehen können, wenn die spätere Diplomatie eines Benesch, Churchill und Roosevelt den Kommunisten nicht den Weg geebnet hätte, das tschechische Volk zu beherrschen, und es 1945 zu Greueltaten und Gewalthandlungen gegen die Massen unbewaffneter Slowaken, Ungarn und Deutscher aufzuhetzen.

Das polnische Ultimatum an die Tschechoslowakei

Die Polen waren infolge der Münchener Konferenz und des Wiederauflebens der Zusammenarbeit unter den wichtigsten, nichtkommunistischen Mächten Europas in äußerste Verwirrung geraten. Nach seinem eigenen Erfolg

war Hitler in München gegenüber den polnischen und ungarischen Ansprüchen sehr nachsichtig. Doch war es in Becks Augen ungeheuerlich, daß die Mächte eine Frage der polnischen Außenpolitik ohne die Polen behandelt hatten. Es verletzte Pilsudskis oberste Maxime der Außenpolitik: „Nichts über uns ohne uns!”’?? Beck wartete die Ergebnisse der Münchener Beratungen nicht ab. Am Abend des 30. September 1938 legte er Prag ein Ultimatum vor, das bis zum Sonntag, den 2. Oktober, die Stadt Teschen und ihre Umgebung forderte. Er verlangte desgleichen die Übergabe des übrigen von Polen beanspruchten Hinterlandes innerhalb von 10 Tagen. Er warnte, wenn bis zum Mittag des 1. Oktober keine zum Einlenken bereite tschechische Note einträfe, „würde Polen keine Verantwortung für die Folgen übernehmen“. Das Ultimatum ließ den Tschechen nur einige Stunden, sich über die Antwort klarzuwerden.

Die Tschechen beeilten sich, zu kapitulieren, und ihre Antwort erreichte Warschau noch vor Ablauf der Frist. Becks Schritt ärgerte Kennard; er fürchtete, seine geliebten Polen könnten ihren Ruf im Ausland gefährden. Er belehrte Beck über die Gefahren einer kriegerischen Aktion und meinte, „wenn die polnische Regierung sich zu einem direkten Vorgehen anschicke, würde sie sich die ernsthafte Mißbilligung der ganzen Welt zuziehen, die gerade eine Krise vor weit größerem Ausmaß überwunden hätte“. Es war erheiternd, zu vermerken, daß in der britischen Diplomatensprache die Haltung des Empires, das heißt einer kleinen Zahl von Menschen, die Herren und Meister eben dieses Empires waren, zusammen mit der der derzeitigen Freunde Englands gleichgesetzt wurde mit der Haltung der ganzen Welt. Britische Diplomaten pflegten das bisweilen einzuschränken und sich auf die Haltung der ganzen „zivilisierten Welt” zu beziehen. Es ist wohl unnötig zu bemerken, daß Kennards Lektion nicht die leiseste Wirkung auf Beck hatte.

Lord Halifax war verärgert. Seine Weisungen an Kennard am 30. September abends um 10 Uhr zeigten, daß er keine Notiz von der Pilsudski-Maxime des „Nichts über uns ohne uns“ genommen hatte, obwohl Beck sie bei unzähligen Gelegenheiten betont hatte. Halifax bemerkte, daß die Münchener Konferenz die Notwendigkeit der Regelung ungarischer und polnischer Ansprüche anerkannt habe und daß die polnische Regierung „sehr kurzsichtig und schlecht beraten sei, das Gesetz des Handelns in ihre eigenen Hände zu nehmen, statt ihre Politik… auf die vier Mächte zu stellen“. Er ließ dabei außer acht, daß die Münchener Konferenz-Mächte ebenfalls das Gesetz des Handelns in ihre

Hände genommen hatten. Halifax beklagte, daß mit einem eine gewaltsame Besetzung androhenden Ultimatum „die Polen sich völlig ins Unrecht setzten“. Man müsse bei allem Wohlwollen doch daran erinnern, daß die Tschechen das Gebiet wohl kaum durch Übersenden von Blumensträußen an Warschau erhalten hatten. Die polnische Regierung schloß sich der Meinung Halifax’ nicht an und glaubte, sich ins Unrecht zu setzen, wenn es auf die Krumen wartete, die vom Tisch der Münchener Konferenz gefegt wurden.

Deutsche Unterstützung Polens gegen die Sowjetunion

Deutsche Ansprüche waren in München geregelt worden und Beck wußte, daß er verwundbar war. Ernstere Zwischenfälle und sogar Luftkämpfe hatten sich während der letzten Tage an der russisch-polnischen Grenze abgespielt. Beck vertraute nicht mehr so sehr darauf, daß die Russen blufften. Seine beiden großen Sorgen waren es,

Rußland würde ihn im Rücken angreifen und die Tschechen würden durch einige zusätzliche Konzessionen an Deutschland, deren er sie durchaus für fähig hielt, deutschen Beistand erhalten. Beck brauchte dringend einige Zusagen fremder Hilfe. Die britische Haltung war gegenwärtig feindselig, und es wäre von den Franzosen zuviel verlangt gewesen, auf ihren Beistand gegen ihren tschechischen Bundesgenossen zu rechnen. Es blieb also nur Deutschland und Beck beschloß, entsprechend zu handeln. In diesem Augenblick erreichte die deutschpolnische Zusammenarbeit nach dem Pakt von 1934 einen neuen Höhepunkt.

Beck bat von Moltke am Abend des 30. September 1938 zu sich und verkündete ihm, daß er den Tschechen ein Ultimatum übermitteln würde. Er wünschte zu wissen, ob Deutschland in einem polnisch-tschechischen Krieg bei seiner wohlwollenden Haltung verharren würde. Auch würde er deutsche Unterstützung im Fall eines Angriffs der Sowjetunion auf Polen erbitten. Beck versicherte Moltke mit Wärme, daß er dankbar sei für die „loyale Haltung Deutschlands gegenüber Polen” während der Münchener Konferenz und für die „Aufrichtigkeit der Beziehungen während des Tschechenkonflikts”. Beck war in der Beurteilung der deutschen Politik ganz offen, aber „Aufrichtigkeit der Beziehungen“ klingt ironisch, wenn man bedenkt, daß Polen einige Tage zuvor noch die Bedingungen erwogen hatte, unter denen es Deutschland angreifen würde.

Hitler sagte Beck unverzüglich jeden Schutz zu, den er sich wünschte. Die Franzosen hatten eine Demarche in Warschau unternommen, die gegen das polnische Ultimatum gerichtet war, und Italien hatte sich an diesem Schritt beteiligt. Ribbentrop antwortete darauf mit einem Telefonanruf bei dem italienischen Außenminister Ciano, um ihn zu

unterrichten, daß Deutschland sich in voller Übereinstimmung mit dem polnischen Verhalten befinde. Er sagte

162

163

Ciano, die Polen hätten ihm von den „furchtbaren Verhältnissen im Teschener Gebiet” berichtet, und erinnerte ihn daran, daß 240.000 Deutsche während der jüngsten Krise aus dem Sudetenland vertrieben worden seien. Ciano müsse es also verstehen, wenn Deutschland keinen Wert darauf lege, sich in Warschau nicht der gleichen Sprache wie Italien zu bedienen.

Ribbentrop tat alles Erdenkliche, um die Polen bei guter Stimmung zu halsten. Er sagte zu Lipski, daß die Tschechen sich nach seiner Ansicht rasch ergeben würden. Er sicherte ihm ein wohlwollendes Verhalten von seiten Deutschlands für den Fall zu, daß Polen .um der Sicherung seiner Ansprüche willen in die Tschechei einmarschieren müßte. Der deutsche Außenminister unterrichtete mit dem Einverständnis Hitlers Lipski, daß Deutschland in einem polnisch-russischen Krieg eine wohlwollende Haltung gegenüber Polen einnehmen würde. Er machte es dabei deutlich, daß diese „wohlwollende“ Haltung” soviel bedeute wie Polen alles zu gewähren, was es in einem solchen Konflikt brauche’. Ein russischer Einmarsch würde eine neue Lage schaffen, in der Deutschland nicht durch die Einstellung der anderen Münchener Mächte gehindert würde. Deutsche Hilfe an Polen sei greifbar, eindeutig und umfassend.

Bullitt in Paris war nicht weniger verärgert über das polnische Verhalten als Kennard. Er redete den Engländern

zu, noch einmal in der Teschener Frage zu intervenieren, bevor die tschechische Bereitschaft, den polnischen Forderungen zu entsprechen, allgemein bekannt würde. Er beschwor den britischen Botschafter Sir Eric Phipps am 1. Oktober in Paris, er würde, wenn ihm mehr Zeit bliebe, eine Intervention Präsident Roosevelts in Warschau vorschlagen. Doch sei jetzt Chamberlain der einzige, der unter den gegenwärtigen Umständen handeln könne'. Der britische Premier ging auf diesen Vorschlag ein. Als er eine Botschaft an Beck vorbereitete, kam ein verwirrter Bericht des britischen Botschafters Newton aus Prag, daß die Tschechen das polnische Ultimatum abgelehnt hätten und „der Gewalt widerstehen“ würden'. Der Ausblick auf dieses Unheil gab Chamberlains Note an Beck mehr Entschiedenheit. Er warnte die Polen, Gewalt anzuwenden, falls die Tschechen ihr Ultimatum ablehnten, und meinte, daß es für Polen „gänzlich unzulässig” sei, darauf zu bestehen, „die Dinge selbst in die Hand zu nehmen“.

Kurz nach der Chamberlain-Note an Beck erhielt London die Nachricht, daß die Tschechen kapituliert hätten. Newton war in größter Verlegenheit. Er klagte zornerfüllt, daß die Eile der Übergabe eine große Überraschung sei nach den tapferen Worten, die in Prag gefallen waren. Verächtlich bemerkte er, daß der „tschechische Geist etwas gebrochen scheine”, und seine Enttäuschung darüber, daß die Tschechen nicht gegen Polen kämpfen wollten, war unverkennbar. Es scheint dennoch verständlich, daß die Tschechen nur

wenig Mut zu einem hoffnungslosen Wettstreit gegen die Polen hatten, nachdem ihnen Hilfe gegen Deutschland

versagt worden war.

Die Tschechenkrise, welche in der Münchener Konferenz gipfelte, überstand ihr akutes Stadium mit der Regelung des polnischen Anspruchs auf Teschen. Es war deutlich, daß die Ungarn es nicht wagen würden, gegen die Tschechen vorzugehen, wie Polen es getan hatte. Die Ereignisse hatten sich in einer Richtung überstürzt, die der Sowjetunion keineswegs recht war. Nach einem Mittagessen mit dem außenpolitischen Kommissar Litwinow in der Pariser Sowjetbotschaft am 1. Oktober 1938 vermutete Bonnet, daß die Sowjetunion das französisch-russische Bündnis kündigen würde. Litwinow zeigte sich besonders aufgebracht über Chamberlain. Man hätte Chamberlain auf keinen Fall erlauben sollen, nach Berchtesgaden oder Godesberg zu reisen. Doch wären diese beiden „Fehler" nichts im Vergleich zu der „Ungeheuerlichkeit" von München. Litwinow beharrte leidenschaftlich darauf, daß Hitler bluffe und daß man ihn zum Zurückweichen hätte zwingen können, ohne ernstlich einen Krieg zu riskieren. Bonnet war der genau entgegengesetzten Ansicht. Vorsichtig wies er darauf hin, Frankreich wünsche mit Deutschland, Italien und Franco-Spanien einigermaßen auszukommen. Er wüßte, daß diese Nationen Gegner Rußlands seien und außerdem unmittelbare Nachbarn Frankreichs, und er wolle es nicht zulassen, daß die Sowjetunion die Politik Frankreichs diktiere. Es war Litwinow nicht vergönnt, seinen Gast von dem Ausgang der jüngsten Krise beunruhigt zu sehen. Bonnet hatte alles darauf angelegt, einen neuen politischen Kurs einzuschlagen, um so den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Englisch-deutsche Abmachung von Hitler angenommen

Der Münchener Konferenz folgte noch ein dramatisches Nachspiel, dessen Hauptdarsteller Chamberlain und Hitler waren. Chamberlain schlug eine private Zusammenkunft am 30. September 1938 in Hitlers Münchener Wohnung in der Prinzregentenstraße vor, bei der als Dritter nur Hitlers Dolmetscher Paul Schmidt zugegen war. Der britische Premier und der deutsche Führer erörterten ausführlich die europäische Lage. Nach Schmidts Aufzeichnungen von der Unterredung, deren Echtheit von Chamberlain bestätigt worden ist, hatte Hitler erklärt, daß „die schwierigste von allen Fragen jetzt geregelt worden sei und daß seine eigene Hauptaufgabe glücklich erfüllt war”. Chamberlain meinte, sollten die Tschechen dennoch Widerstand leisten, so hoffe er, daß man keine Luftangriffe auf Frauen und Kinder erleben müsse. Das war reinste Ironie. Denn Chamberlain wußte, daß die Pläne der englischen Luftstreitkräfte — im Gegensatz zur deutschen Luftwaffe — in einem künftigen Krieg gezielte, massierte Angriffe auf Wohnzentren vorsahen. Das war Hitler un-

bekannt und er entgegnete mit Nachdruck, daß er in jedem Fall gegen solche Luftangriffe sei, Deutschland würde sie niemals anwenden, es sei denn als Vergeltung. Er sagte bewegt, daß „ihm der Gedanke, Säuglinge von Gasbomben getötet zu sehen, verhaßt sei”. Chamberlain und Hitler sprachen über die Frage der beschränkten Rüstung und beide waren der Ansicht, daß die Aussichten für sie günstig seien. Hitler betonte, daß ihm in erster Linie die Sowjetunion Sorge bereite und die kommunistische Ideologie, die von den Russen in die ganze Welt getragen werden solle. Auch mache er sich Sorgen, daß Polen sich weigere, seine Haltung zur Sowjetunion festzulegen, und er bemerkte, daß

„Polen geographisch zwischen Deutschland und Rußland liege, daß er aber keinen klaren Begriff von des ersteren Widerstandskraft habe“. Die beiden Regierungsoberhäupter erörterten auch die Frage der Handelsbeziehungen, gingen jedoch in diesem Punkt weit auseinander. Hitler äußerte seine Mißbilligung über den Einfluß internationaler Anleihen zur Belebung des Handels und hielt auch nichts von der Notwendigkeit einheitlicher Zolltarife gegenüber allen Staaten. Diese Einstellung hielt Chamberlain für fragwürdig.

Als die Unterredung ihrem Ende zuging, fragte Chamberlain Hitler plötzlich, ob er eine deutsch-englische Freundschaftserklärung unterzeichnen würde. Es ist die Legende entstanden, daß Hitler dieses Dokument unterschrieb, ohne es übersetzen zu lassen, aber das ist ausgesprochen unwahr. Nachdem Hitler sich die Bedingungen angehört hatte, unterschrieb er ohne Zögern beide Ausfertigungen der englisch abgefaßten Erklärung, die Chamberlain ihm vorgelegt hatte. Chamberlain unterschrieb ebenfalls beide Ausfertigungen und reichte eine davon an Hitler. Das Abkommen enthielt die folgenden Abmachungen:

„Wir, der deutsche Führer und Kanzler und der britische Premierminister, hatten heute eine weitere Zusammenkunft und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der englisch-deutschen Beziehungen für die beiden Länder und für Europa von höchster Bedeutung sind.

Wir sehen das gestern Abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als Symbol für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation

zu behandeln und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen.”

Diese inhaltsschwere Vereinbarung hätte zum Grundsatz für die Wahrung des Friedens in Europa und der Verteidigung Europas gegen den Kommunismus

werden können. Sie wurde von Hitler vorbehaltlos angenommen, von Chamberlain mit Vorbehalten, die mit dem Augenblick zunahmen, da er wieder englischen Boden betrat. Viele namhafte Engländer hatten die abergläubischsten Vorstellungen von Deutschland, die zur Wahrung des Friedens kaum beitrugen. Es war Hitlers Aufgabe, gegen diese Einstellung anzukämpfen, solange das die Durchführung seines Programms erforderte. Es wird sich später bei der Bewertung der Vorgänge in England nach der Münchener Konferenz zeigen, daß die Erfolgsaussichten dafür gering waren. Im übrigen war der Anstoß zu dem Abkommen von Chamberlain ausgegangen. Ihm sollte es als Trumpf gegenüber seinen Kritikern im Lande dienen. Doch ändert das nichts an der Tatsache, daß Chamberlains Unterschrift ambivalent und Hitlers aufrichtig gemeint war.

Hitlers einzigartiger Erfolg in Österreich und der Tschechoslowakei im Jahre 1938 — die gewaltlosen Gebietsrevisionen — wären nicht möglich gewesen, wenn die Engländer sich in jenem Jahr für den Krieg entschieden hätten. Das größte Unheil des Jahres 1939 war die Umstellung Englands auf den Krieg.

166

167

6. KAPITEL: DEUTSCHLANDS ANGEBOT AN POLEN

Deutschlands gefährliche Stellung nach München

HITLERS Sieg in München überzeugte auch den letzten Skeptiker, daß Deutschland seine alte Stellung als vorherrschende Militärmacht in Mitteleuropa zurückgewonnen hatte. In den Jahren nach der deutschen Niederlage von 1918 hatte Frankreich diese Stellung eingenommen. Da forderte Hitler 1936 die französische Militärhegemonie mit der Besetzung des Rheinlands heraus. Ebenso verbesserte die Eingliederung von 10 Millionen Deutschen Österreichs und der Tschechoslowakei im Jahre 1938 Deutschlands strategische Lage nach Osten und Süden erheblich. Das gleiche gilt von den neuen Grenzen, die es nun mit Italien, Ungarn und Jugoslawien gemeinsam hatte. Italien büßte damit seinen Einflußbereich in Mitteleuropa nördlich des Brenners ein. Auch der französische und sowjetische Einfluß in der Tschechoslowakei verlor seine Bedeutung, nachdem die Tschechen die natürliche Grenze Böhmens mit ihren starken Befestigungen verloren hatten.

Nach München hatte das Deutsche Reich eine Bevölkerung von 78 Millionen. Seine Hauptnachbarn waren Frankreich, Italien und Polen. Die Bevölkerungszahl von Deutschland war fast doppelt so groß wie die italienische, fast doppelt so groß wie in Frankreich und etwa das Vierfache der

polnischen, wenn man die Ukrainer und andere östliche Minderheitengruppen des polnischen Staates nicht mitzählt, deren Loyalität äußerst zweifelhaft war'. Bei der Bewertung einer modernen Macht ist das Industriepotential zum entscheidenden Kriterium geworden. Auch in dieser Hinsicht war Deutschland um etliches stärker ge_ worden als jeder seiner unmittelbaren Nachbarn. Außerdem war das deutsche Volk wegen seiner Tatkraft, seiner Regsamkeit und seiner soldatischen Tapferkeit bekannt. Mit diesen Eigenschaften stand sein Ruf keinem andern Volk auf der Welt nach. Die Tatsache, daß Deutschland die führende Macht in Mitteleuropa war, war nicht weniger logisch und natürlich als die Vorherr-

schaft der Vereinigten Staaten auf dem nordamerikanischen Kontinent. Die Vereinigten Staaten erfreuen sich dieser Stellung aus den gleichen guten Gründen

Dennoch war die Lage Deutschlands nach München in einem Ausmaß bedenklich, wie es die Vereinigten Staaten seit Generationen nicht mehr kannten. Es darf deshalb nicht überraschen, daß es 1938 für Amerikaner schwierig, wenn nicht unmöglich war, die Deutschland bewegenden Fragen zu verstehen. Die eindrucksvolle und unbezwingbar erscheinende Stellung Deutschlands, von Bismarck 1871 nach drei preußischen Siegen geschaffen, war 1918 durch eine einzige Niederlage vernichtet worden. Diese Niederlage war eine so vollständige, daß eine Wiedergewinnung seiner früheren Stellung für viele Jahre als unwahrscheinlich erschien. Die Vorherrschaft der Deutschen in Mitteleuropa hatte bis zum Niedergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahre 1648 viele Jahrhunderte

bestanden. Über 200 Jahre vergingen, bis der neue Staat Bismarcks 1871 die traditionelle deutsche Position wieder einnahm. Dagegen hat diese Wiederherstellung knapp achtundvierzig Jahre bestanden. Offensichtlich hatte die Fähigkeit Deutschlands, seinen rechtmäßigen Platz in Europa einzunehmen, aus einer Reihe von z. T. dunklen Gründen nachgelassen.

Nach München hätte sich Deutschland gegen einen vereinten Angriff aller seiner unmittelbaren Nachbarn zu Lande ohne Zweifel behaupten können. Diese Tatsache könnte den Anschein erwecken, als hätte Deutschland nach München weitgehende Sicherheit besessen. Doch wäre eine derartige Einschätzung irreführend und kurzsichtig. Kein Mitglied der deutschen Regierung konnte sich 1938 grundsätzlich der Möglichkeit eines Angriffs auf Deutschland durch eine gewaltige Koalition abgelegener Staaten im Falle eines Konfliktes mit irgendeinem seiner unmittelbaren Nachbarn verschließen. Die Frage der Bagdadbahn, dieser letzte direkte Anlaß zu einer Reibung zwischen Deutschland und dem britischen Empire vor dem 1. Weltkrieg, war zwar im Juni 1914 durch friedliche Verhandlungen beigelegt worden. Doch hielt das Großbritannien, die führende Seemacht der Welt, nicht davon zurück, einige Wochen später gegen Deutschland anzutreten und die Schrecken einer uneingeschränkten Blockade über einen Industriestaat zu bringen, der in keiner Weise wirtschaftlich unabhängig war. Auch Japan hatte Deutschland 1914 angegriffen, obwohl kein unmittelbarer Anlaß zu einem Konflikt zwischen den beiden Ländern bestand. Und die Vereinigten Staaten hielten es für angebracht, Deutschland an die strengen Regeln der Seekriegführung zu erinnern, um im gleichen Augenblick grobe Verletzungen des internationalen Seerechtes hinzunehmen, sobald Briten sie begangen hatten. Im Jahre 1917 erklärten die Vereinigten Staaten

Deutschland den Krieg unter dem Vorwand, daß Deutschland

168

169

eben diese Freiheit der Meere mißachtet habe, welche von den Briten nicht anerkannt wurde. Die Briten weigerten sich, 1918 den Waffenstillstand zu schließen, bis Punkt zwei über die Freiheit der Meere aus Präsident Wilsons Programm gestrichen wurde. Man hat auch niemals etwas von amerikanischen Protesten gegen den unbeschränkten U-Bootkrieg der Briten in der Ostsee während des 1. Weltkrieges gehört. Diese Koalition abgelegener Mächte war es, die die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg unvermeidbar machte. So bestand kein deutlicher Unterschied zwischen der deutschen Situation von 1914 und der von 1938, außer daß Hitler aus der Erfahrung gelernt hatte. Es war leichtfertig und nicht mehr länger möglich, Deutschlands Stellung als gesichert anzunehmen, nur weil es sich den Angriffen seiner unmittelbaren Nach barn im Westen oder Osten gewachsen wußte. So stellte die Sowjetunion einen großen unbekannten Faktor in den Machtverhältnissen der Welt von 1938 dar. Ebensowenig war die Haltung des britischen Empires Deutschland gegenüber berechenbar. Hatte doch die britische Regierung Deutschland 1938 wiederholt gewarnt, sie würde wohl im Fall eines deutschen Konfliktes mit einer dritten Macht nicht abseitsstehen. Und seit 1900 waren die Vereinigten Staaten meist geneigt, ihren außenpolitischen Kurs nach den Engländern zu richten, so daß keine unbedingte Gewißheit bestand, ob sie sich aus einem neuen deutsch-englischen Krieg heraushalten würden.

Hitler hat die Haltung der Engländer sehr richtig als die Crux in dieser ganzen Situation erkannt. Weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion würden Deutschland ohne einen erneuten Konflikt mit Großbritannien angreifen. Hitler wußte, daß Deutschland in einem Krieg mit den Engländern nichts zu gewinnen hatte, ja er fürchtete sogar schon eine antideutsche Voreingenommenheit der britischen Regierung. Sein einziger Verbündeter in dieser Lage war die öffentliche Meinung in England. Die britische Öffentlichkeit würde einen Krieg gegen Deutschland kaum unterstützen, wenn man ihr keinen ausreichend glaubwürdigen Vorwand zu bieten wußte. Sollte Hitler in einen örtlich begrenzten europäischen Konflikt hineingezogen werden (es war dabei unwichtig, wie geringfügig immer der Konflikt für lebenswichtige britische Interessen war), so konnte Englands Regierung jederzeit ihrer öffentlichen Meinung einreden, daß Deutschland sich auf ein Programm unbegrenzter Eroberungen eingestellt habe und dadurch die Sicherheit Englands bedroht werde. Es war kaum vorstellbar, daß die englische Regierung das Wagnis eines Präventivkrieges gegen Hitler ohne einen entsprechenden Vorwand auf sich nehmen würde.

Die Unzulänglichkeit der deutschen Rüstung

Winston Churchill und andere britische Bellizisten verbreiteten den denkbar größten Unsinn über das laufende deutsche Rüstungsprogramm, und die

an der Macht befindlichen Führer Englands wirkten diesen übertriebenen Vorstellungen von der deutschen Wehrkraft keineswegs entgegen. Waren sie doch der Unterstützung

des laufenden englischen Rüstungsprogramms nur dienlich. Viele Menschen in England erfuhren später zu ihrem Erstaunen, daß Großbritannien und Deutschland allmonatlich die gleiche Zahl an Kampfflugzeugen herstellten, als 1939 der 2. Weltkrieg ausbrach. Noch erstaunlicher war es zu hören, daß Großbritannien monatlich 50 Panzer mehr herstellte als Deutschland, und zu wissen, daß Großbritannien und Frankreich Deutschland in diesem Bereich technischer Waffen weit übertrafen, als Frankreich 1940 zusammenbrach. Die deutsche Finanzwirtschaft vor 1939 war im Vergleich zu der der Vereinigten Staaten und Großbritanniens als konservativ zu bezeichnen. Öffentliche Anleihen in großem Umfange gab es in Deutschland nicht. Die öffentlichen Ausgaben in Deutschland stiegen von 15 Milliarden Mark im Jahre 1933 auf 39 Milliarden Mark für 1938, wovon über 80% aus den laufenden Steuern aufgebracht wurden. In der gleichen Zeitspanne stieg das deutsche Bruttosozialprodukt von 59 Milliarden Mark auf 105 Milliarden Mark. Es war eine leichte Preissteigerung zu verzeichnen, und der Stand des deutschen Verbraucherkonsums und der Investierungen lag 1938 höher als in dem Spitzenjahr 1929.

In seiner Rede vom 1. September 1939 erklärte Hitler, daß Deutschland seit seiner Berufung zum Kanzler am 30. Januar 1933 90 Milliarden Mark für Verteidigungszwecke ausgegeben hätte. In diese Summe bezog Hitler auch Ausgaben aus öffentlichen Mitteln mit ein, die nichts mit Waffen zu tun hatten und später auch nicht zu den offiziellen Kategorien des amerikanischen Kriegsbeschaffungsamtes gehörten. Seine Absicht war, die Engländer und Franzosen einzuschüchtern und sie von einem Angriff auf Deutschland abzuschrecken. Es ist geradezu eine Ironie, daß die Rüstungssachverständigen des Völkerbundes in Genf gerade hier geneigt waren, Hitlers Äußerung für bare Münze zu nehmen, obwohl sie sonst bei

jeder Gelegenheit seinen Worten mißtrauten'. In Wirklichkeit gab Deutschland in den nicht ganz sieben Jahren von Januar 1933 bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges 55 Milliarden Mark für die militärische Verteidigung aus. Die britische Rüstungsproduktion allein war größer als die deutsche während der kritischen Jahre 1940, 1941 und 1942. Man hat ja auch gesagt, daß Deutschland in den 2. Weltkrieg mit einer „Kanonen- und Butter-Philosophie" gegangen sei.

In dem letzten Friedensjahr 1938-1939 sind 16 Milliarden Mark, d.h. 15% des deutschen Bruttosozialproduktes für militärische Vorbereitungen ausgegeben werden. Die Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten im letzten Friedensjahr von Dezember 1940 bis Dezember 1941 lagen wesentlich höher, obwohl ihre Kritiker behaupteten, daß Amerika jammervoll unvorbereitet war,

als Japan in Pearl Harbour zuschlug. Andrerseits hatten die Deutschen angeblich schon vor Ausbruch des 2. Weltkrieges alles Menschenmögliche getan, um sich auf Krieg vorzubereiten. In Wahrheit ist es so gewesen, daß Deutschland einen großen Teil seiner öffentlichen Gelder, als der Krieg kam, noch für Städteausbau und öffentliche Bauten ausgab. Hitler hielt zwar die augenblickliche militärische Überlegenheit Deutschlands über Frankreich und Großbritannien für notwendig, um beide so lange abschrecken zu können, bis er sein Programm der Gebietsrevisionen erfüllt hatte, doch gab er sich der Hoffnung hin, einen Krieg gegen eine Koalition der Großmächte vermeiden zu können. Nahezu die Hälfte aller deutschen Rüstungsausgaben des letzten Friedensjahres wurde für die Luftwaffe aufgewendet. Aber die britische

Regierung vertraute darauf, daß sie Deutschland in der Luft schnell einholen würde.

Die günstige Lage Großbritanniens

Die Führer Englands standen zwar auch vor der Frage der nationalen Sicherheit, aber ihre Lage war günstiger als die Hitlers. Im Jahre 1938 lag Großbritannien mit seinen Luftstreitkräften vorübergehend hinter Deutschland, dagegen waren 1939 die Aussichten auf eine erfolgreiche Luftverteidigung gegen die Deutschen außerordentlich günstig. Deutschland hatte wenig U-Boote. Die englische Kriegsflotte stellte dagegen eine gigantische Übermacht im Vergleich zur deutschen Kriegsmarine dar. Die Insellage Englands bot ideale Verteidigungsmöglichkeiten gegen deutsche Landstreitkräfte. Im Gegensatz zu Deutschland brauchten die Inselbewohner für den Fall eines westeuropäischen Krieges nicht die Gefahr einer sowjetischen Invasion zu fürchten. Hinter ihnen standen die ungeheuren Rohstoffquellen des britischen Empires und der Vereinigten Staaten. Wäre Hitler entschlossen gewesen, Großbritannien zu vernichten, so hätte er die weit überlegene strategische Lage seines Gegners miteinberechnen müssen.

Tatsächlich hatte Hitler nicht die Absicht, Großbritannien anzugreifen. Die englische Führung hätte also in jedem europäischen Konflikt, an dem Deutschland beteiligt war, neutral bleiben können, ohne die Sicherheit ihrer Insel zu gefährden. Die Hauptgefahr der Jahre 1938 und 1939 lag ausschließlich in einem englischen Angriff auf Deutschland und in dem Streben, es vollständig zu vernichten. Dieses hätte jedoch zu sinnlosen Verwicklungen in einen langwierigen Krieg führen, die britischen Hilfsquellen erschöpfen und das britische Empire der Auflösung anheimfallen lassen müssen. Und so ist es ja später auch

geschehen. Die strategische Lage Englands war zwar 1939 gut, doch wurde sie einem unguten Zweck geopfert. Der große Nutznießer war der Todfeind des britischen Weltreichs, die Sowjetunion.

171

172

Eine derartig folgenschwere Entwicklung hoffte Hitler verhindern zu können. Ihm schien die deutsche Sicherheit nicht eher gewährleistet, als bis Deutschland eine umfassende Verständigung mit seinen Hauptnachbarn erzielt hatte. Und ihm war klar, daß diese Verständigung ihren Preis hatte. Darum war er entschlossen, die Deutschen südlich des Brenners Italien und die problematischen Elsaß-Lothringer Frankreich zu überlassen, zumal da diese als französische Staatsangehörige sich nach Deutschland und, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, nach Frankreich zu sehnen pflegten. Er hoffte auf ein Bündnis mit Italien, und nach der Münchener Konferenz bemühte er sich um eine deutsch-französische Freundschaftserklärung, ähnlich der, welche er und Chamberlain in München unterzeichnet hatten.

Hitlers Entgegenkommen gegenüber Polen

Polen, der dritte Hauptnachbar Deutschlands, war die einzige angrenzende Macht, von der nach der Münchener Konferenz eine direkte Gefahr ernsthafter Verwicklungen mit Deutschland zu befürchten war. Die Danzig-Frage und die deutschpolnische Grenze enthielten mehr Zündstoff als der Zwist um Bosnien und die Herzegowina vor 1914. Die Lage Polens zwischen Deutschland und seinem Hauptgegner, der Sowjetunion, war von allergrößter Bedeutung. Hitler erschien daher die Bereinigung der deutsch-polnischen

Beziehungen als eine unerläßliche Notwendigkeit. Eine Politik ziellosen Treibens von einer unerwarteten Krise zur andern hatte Deutschland im 1. Weltkrieg an den Rand des Abgrunds gebracht. Hitler glaubte, man müsse nun mit dieser falschen Methode brechen. Darum ist es nicht überraschend, daß er, nach den schmerzlichen Erfahrungen seit 1900, Deutschlands Sicherheit wie eine Felsenburg zu befestigen trachtete. Die Kenntnis geheimer englisch-polnischer Verhandlungen im August 1938 zur Vereitelung deutscher Bestrebungen in Danzig hätte Hitlers Besorgnis erheblich gesteigert. Seine Sorgen waren schon groß genug. Er hegte keine Feindschaft gegen Polen. Das ist erstaunlich, wenn man dabei an das bittere Vermächtnis der deutsch-polnischen Beziehungen aus der Zeit von 1918 bis 1934 oder an das Verhalten der polnischen Führung denkt. Er war bereit, für die Freundschaft der Polen einen hohen Preis, und den Polen sogar einen wesentlich höheren Preis als Italien oder Frankreich zu zahlen. Der Verzicht auf jedes Stück deutschen Bodens, das 1918 an Polen verlorenging, wäre für Gustav Stresemann und die Mitglieder der Weimarer Regierung undenkbar gewesen. Hitler jedoch war bereit, diesen Preis zu zahlen, und er hielt den rechten Augenblick zu einer Regelung nach der engen und einmalig guten deutsch-polnischen Zusammenarbeit gegen Ende der tschechischen Krise für gekommen. Hitler meinte, zuversichtlich sein zu können, als er wenige Wochen nach der Münchener Konferenz mit einem umfassenden Angebot an Polen

172

173

herantrat. Botschafter von Moltke in Warschau warnte ihn zwar mit nichtssagenden Worten, daß eine Regelung nicht leicht sein würde, aber niemand außerhalb Polens konnte

auf den Gedanken kommen, daß Hitlers geduldige Vorschläge mit regelrechtem Hohn aufgenommen würden.

Weitere polnische Bestrebungen in der Tschechoslowakei

Die weitere Entwicklung der Lage in der Tschechei war einer deutsch-polnischen Regelung gegenüber von geringerer Bedeutung, jedoch griffen beide Fragen mehrere Monate lang eng ineinander und es ist unmöglich, die eine ohne die andere zu betrachten. Die Bindestrich-Bezeichnung „Tschecho-Slowakei" wurde in Prag kurz nach der Münchener Konferenz als offizieller Name des tschechischen Staates gesetzlich festgelegt. Sie gehörte zu einer Reihe von Maßnahmen der Tschechen, die sie zur Beschwichtigung der Slowaken mit halbem Herzen geschaffen hatten. Die Polen strebten unmittelbar nach ihrem Erfolg in der Teschenfrage offensichtlich weitere Ziele in der Tschechei an. Drei nicht leicht miteinander zu vereinbarende Ziele hatten sie sich gesteckt: Sie erhofften eine unmittelbar aus der tschechischen Herrschaft als unabhängigen Staat hervorgehende Slowakei. Doch waren die Aussichten für eine derartige Entwicklung gering. Die slowakische Nationalbewegung war von den Tschechen rücksichtslos unterdrückt worden, nachdem Präsident Thomas Masaryk 1918 im Abkommen von Pittsburg den Slowaken die Autonomie fest zugesagt, aber sein Versprechen nicht eingelöst hatte. So brauchte die slowakische Nationalbewegung einige Zeit, bis sie sich mit Erfolg wieder behaupten konnte', Joseph Tiso und Karol Sidor, 1938 die beiden Hauptvertreter der slowakischen Nationalbewegung, vermochten jedoch keine verschworene Anhängerschaft zu sammeln. Die große Mehrheit der Slowaken wollte keine tschechische Herrschaft mehr. Trotzdem hatte sie sich in drei Gruppen aufgespalten. Eine einflußreiche Gruppe setzte sich für die Rückkehr der Slowakei zu Ungarn ein, obwohl die

Ängstlichkeit derMagyaren so groß war, daß keine wirksame Hilfe aus Budapest erwartet werden konnte. Eine andere Gruppe, deren Sprecher Sidor war, strebte eine enge Bindung der Slowakei an Polen an, und zwar in der Form eines polnischen Protektorats. Die dritte Gruppe, deren hervorragender Führer Dr. Tiso war, wünschte eine vollkommen unabhängige Slowakei, zweifelte jedoch, ob ein solcher Staat ohne den starken Schutz irgendeiner benachbarten Macht von Bestand sein würde. Nimmt man noch die protschechische Hlasa-Bewegung hinzu, so waren die Slowaken in der Lebensfrage ihrer künftigen Existenz in nicht weniger als vier Richtungen aufgespalten.

Die Slowakei war ein noch im Herkömmlichen verhaftetes Bauernland mit einem gemischten Volksstamm?. Es wäre von ihr zuviel verlangt gewesen, wenn sie ihre Unabhängigkeit im Augenblick des tschechischen Zusammen-

bruches erklärt hätte. So war die Enttäuschung der Polen unvermeidbar, als die Slowaken nicht in der erwarteten Weise reagierten. Der polnische Hochkommissar von Danzig, Marjan Chodacki, rief im polnischen Außenministerium am 11. Oktober in Gegenwart von Jan Szembek aus, die Slowakei und Ruthenien würden, wenn man sie nicht unverzüglich vom tschechischen Herrschaftsbereich abtrenne, zu Handlangern einer deutschen Ostexpansion’. Es gab immer die Möglichkeit eines direkten polnischen Einschreitens, wenn die Slowaken eine eigene Aktion scheuten, aber die polnischen Militärbefehlshaber brachten ihre negative Haltung gegenüber diesem Vorhaben zum Ausdruck. Der Gedanke

einer eventuellen Ausdehnung Polens von der Donau bis zur Düna war für die Militärs zwar nicht ohne Reiz, doch wiesen sie auf den sich anbahnenden Konflikt mit Deutschland hin und hielten deshalb ein polnisches Protektorat über die Slowakei für strategisch ungünstig. Nach ihrer Auffassung bildeten die Karpathen die wichtigste Grenze Polens, so daß:der polnische Machtbereich übermäßig ausgedehnt würde, wenn man polnische Truppen das Land jenseits der Berge besetzen ließe.

Viele ausländische Beobachter waren sich klar darüber, daß es demnächst zu einer slowakischen Krise kommen würde. Truman Smith, der amerikanische Militärattaché in Berlin, sandte am 5. Oktober 1938 einen inhaltsreichen Bericht an Präsident Roosevelt über die strategische Lage in Europa nach der Münchener Konferenz. Dieser Bericht enthielt zugleich die Ankündigung des Botschafters Hugh Wilson, daß nach seiner Überzeugung Hitler demnächst aus Dankbarkeit für Mussolinis Vermittlung in München Italien in irgendeiner wesentlichen Frage unterstützen würde, da „der hervorstechendste Wesenszug Hitlers, zu seinen Freunden zu stehen, nur zu bekannt ist”. Smith machte Roosevelt klar, daß „Hitlers Hoffen und Wünschen dahin ziele, sich die italienische Freundschaft zu erhalten und gleichzeitig Frankreich und England als Freunde zu gewinnen“. Er kündigte ferner Unruhe in der Slowakei und eine Unterstützung der slowakischen Unabhängigkeitsbestrebungen von seiten Italiens, Ungarns und Polens an. Nach seiner Ansicht war „Hitlers diplomatische Situation im Augenblick nicht beneidenswert. Er wird seiner ganzen diplomatischen Künste bedürfen, um die vielen Fallgruben zu umgehen, vor denen er heute steht, und sich an Italien zu halten, solange er damit beschäftigt ist, Frankreich und England zu gewinnen“. Smith erklärte, Deutschland wünsche Frieden, aber es gäbe sicherlich in allernächster Zukunft sehr viel Unruhe in Europa. Er schloß

seinen Bericht mit der geheimnisvollen Warnung: „Beachten Sie schließlich das Schicksal der Slowakei!“ Er hielt die Slowakei für das wesentlichste Problem in Europa, für wesentlicher noch als Spanien, wo der Bürgerkrieg in seine letzte Phase eintrat.

Der polnische Außenminister Beck war über die Ängstlichkeit der Ungarn

ebenso wie über die Zurückhaltung der polnischen Armeeführer, ihren Verantwortungsbereich auf den Süden auszudehnen, verärgert. Tiso wünschte für einen unabhängigen slowakischen Staat einen starken Schutz, und Deutschland war die einzige Alternative, wenn Ungarn und Polen es ablehnten, diese Verantwortung auf sich zu nehmen. Was Beck den Slowaken im Augenblick anzubieten hatte, waren heftige Drohreden gegen die Tschechen und die Zusage einer wohlwollenden Politik gegenüber einer unabhängigen Slowakei. Es war nur natürlich, daß ihn diese Situation außerordentlich bedrückte.

Die zweite Zielsetzung der Polen in der Tschechei komplizierte die aus der ersten sich ergebenden Probleme erheblich. In der Zeit vor der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 hatte sich Joseph II., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und König von Ungarn, eines Karpathen-Gebietes bemächtigt, um das sich Polen und Ungarn seit dem Mittelalter stritten. Maria Theresia hatte als Mitregentin über die Habsburger Länder unter der kaiserlichen Herrschaft ihres Sohnes nur zögernd ihre Einwilligung zu diesem Schritt gegeben. Dieses Gebiet wurde 1919 ini Paris den von den alliierten und assoziierten Mächten begünstigten Tschechen

zugesprochen. Die Umstände, unter denen diese Landzuteilung, für die allein die Hauptmächte verantwortlich waren, entschieden wurde, sowie der weit geringere Wert dieses Gebietes erregten die Polen sehr viel weniger als der Fall Teschen. Trotzdem konnten sie ihrer Enttäuschung darüber nicht Herr werden, daß sie das Zipser Land im Tal südöstlich der Hohen Tatra nicht bekommen hatten. Es lag an der Volkstumsgrenze der Slowakei, und es wäre klug für sie gewesen, ihr Interesse an einer Gebietsrevision auf Kosten der Slowakei nicht vor der Klärung der slowakischen Situation geltend zu machen. Unglücklicherweise kamen sie auf den Gedanken, daß sie dieses strittige Gebiet zwar erwerben konnten, solange die allgemeinen Verhältnisse günstig und im Fluß waren, daß sie diese Chance aber später einbüßen würden. Die Versuchung war zu groß, die Schwäche der Tschechen auszunutzen, um das zweite Ziel erreichen zu könnnen. Die Leidenschaftlichkeit der Polen führte zum Bruch der polnisch-slowakischen Beziehungen unter Preisgabe ihres Hauptzieles, einer günstigen Regelung der slowakischen Frage.

Drittes Ziel der polnischen Politik in der Tschechoslowakei nach der Regelung des Falles Teschen war die Beseitigung der tschechischen Herrschaft in Ruthenien. John Reshetar, ein führender amerikanischer Historiker ruthenischen Ursprungs, hat darauf hingewiesen, daß man Ruthenien durchaus als großrussische oder ukrainische Volksgruppe verstehen könne. Die geographische Nähe Rutheniens zur Ukraine war in den Augen der Fürsprecher einer unabhängigen oder sowjetischen Ukraine ein deutlicher Vorteil in den ruthenischen Überlegungen”. Unter derartigen Voraussetzungen kann man die Be-

hauptung aufstellen, daß die Ukraine 1938 unter vier Teilungsmächten tatsächlich aufgeteilt war. Denn die Mehrheit der Ukrainer war sowjetisch. Sie zählten doppelt soviel wie die rein polnische Bevölkerung Polens. Sie lebten in der mittleren und östlichen Ukraine. Nächst Rußland war Polen mit seiner Herrschaft über acht oder neun Millionen Ukrainer der westlichen Ukraine die zweite Macht?. Als dritte kam Rumänien in Frage, dem der ukrainische Abschnitt Bessarabiens zwischen dem Pruth und dem Dnjestr nördlich der Donaumündung gehörte. Im Süden der Karpathen schließlich herrschten die Tschechen über eine Million Ruthenen, die noch dem russischen Staat von Kiew aus dem Mittelalter entstammten. Die tschechische Herrschaft über Ruthenien war 1919 in Paris begründet worden. Den Polen war das immer unglaubhaft vorgekommen. Den Rumänen dagegen war es durchaus willkommen, weil sie dadurch einen direkten Landzugang zu der großen Waffenschmiede in Böhmen erhielten und Ungarn einer gemeinsamen Grenze mit Polen beraubt wurde.

Die Behandlung der Ruthenenfrage durch die Polen war geradezu einfältig. Da Ruthenien Jahrhunderte lang bis 1919 zu Ungarn gehört hatte, hätte es auch zu Ungarn zurückkehren müssen. Ungarn war durch die Pariser Friedenskonferenz von 1919 zerstückelt worden und hatte zwei Drittel seiner Bevölkerung und drei Viertel seines Landes eingebüßt. Es war zu verstehen, daß es unter diesen Umständen zögerte, zwanzig Jahre später irgendein Risiko einzugehen. Polen war gekränkt, daß die Ungarn ihre Angelegenheiten nicht selbst in die Hand nehmen und in Ruthenien einmarschieren wollten. Die Polen waren darum nicht weniger entschlossen, dafür zu sorgen, daß das Gebiet wieder zu Ungarn kam. Sie betrachteten eine Lösung in diesem Sinne als unerläßlich.

Die Polen befürchteten das Entstehen eines völlig unabhängigen Rutheniens. Den Kommunisten könnte es dann glücken, die Kontrolle über dieses Gebiet zu gewinnen. Infolgedessen würden sie in der Lage sein, vom Westen wie vom Osten her Druck auf die widerspenstige und unzufriedene polnisch-ukrainische Bevölkerung auszuüben. Kein Kenner der polnischen Geschichte und Literatur übersah die Tatsache, daß der Abstieg Polens als Großmacht in neuerer Zeit mit dem gewaltigen Aufstand der unter polnischer Herrschaft stehenden Ukrainer im Jahre 1648 seinen Anfang genommen hatte. Diesen Aufstand hatte sich Rußland mit Erfolg zunutzegemacht.

Polen fürchtete auch, daß Hitler zur deutschen Politik von 1918 zurückkehren und den ukrainischen Separatismus unterstützen könnte. Dieses separatistische Programm war, wenn auch vefspätet, von den Deutschen während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Jahre 1918 vertreten worden, nachdem sich Trotzki unnachgiebig geweigert hatte, eine Friedensregelung

zwischen Rußland und Deutschland im 1. Weltkrieg zu treffen. Der Grundgedanke dabei konnte jetzt wie schon damals nur der sein, der Sowjetunion einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Der Friede von Brest-Litowsk war während der ersten Jahre seiner politischen Laufbahn ein von Hitler in seinen Reden bevorzugtes Thema. Hitler hat diesen Friedensvertrag verteidigt, weil er keine deutschen Gebietsansprüche enthielt, dagegen die Selbstbestimmung auf Millionen Europäer ausdehnte, um sie vor dem Terror der bolschewistischen Herrschaft zu schützen. Hitler hat Brest-Litowsk im Unterschied zu Versailles für einen gerechten

Frieden gehalten und eine Anzahl von wirksamen Argumenten zur Stützung seiner Ansicht angeführt. Es schien der polnischen Führung folgerichtig, daß Hitler möglicherweise auf diesen Kurs einschwenken und die bolschewistische Flut mit Hilfe einer Befreiung der Ukrainer zurückhalten würde. Es war bekannt, daß viele Ukrainer-Flüchtlinge sich von Deutschland aus propagandistisch betätigen durften. Man glaubte, Hitler könne, wenn er die Ukraine befreite, Deutschland leichter Zugang zu den unschätzbaren Rohstoffquellen Osteuropas verschaffen.

Eine geschicktere Politik der Polen in der Slowakei wäre einer Lösung der ruthenischen Frage in einem für Polen günstigen Sinne dienlich gewesen. Es wäre unmöglich gewesen, die tschechische Herrschaft in Ruthenien im Falle einer slowakischen Unabhängigkeitserklärung aufrechtzuerhalten. Aber das polnische Denken war so ausschließlich von dem Gedanken an einen Krieg mit Deutschland und von der strategischen Planung für einen solchen Krieg beherrscht, daß die großartige Möglichkeit, Pilsudskis Föderationspolitik gegenüber benachbarten Nationen zum Ziele zu führen, in der Slowakei vertan wurde. Im Hinblick auf Kultur, Temperament und Sitten bestanden zwischen Polen und Slowaken enge Beziehungen, so daß zu diesem Zeitpunkt ein Zusammenschluß der beiden Länder so gut durchführbar war wie nie zuvor. Die Polen haben jedoch keinen Augenblick darüber nachgedacht, daß Konzessionen in der Danzig-oder Korridorfrage nur ein geringer Preis für deutsche Hilfe bei der Erwerbung der Slowakei gewesen wären. Die größten außenpolitischen Erfolge Polens seit dem Rigaer Vertrag von 1921 bestanden in der Öffnung der polnisch-litauischen Grenzen nach dem deutsch-österreichischen Anschluß und in der Erwerbung Teschens nach dem deutschen Erfolg in München. Polen wollte lieber weiter an den Karpathen herumnagen, als einen wirklich großen Erfolg durch die Schaffung einer

polnisch-slowakischen Union erringen. Die Politik der Einigung hatte in der Slowakei viel größere Aussichten auf Erfolg als in einem nicht-slawischen Land wie Litauen. Die Überwindung der polnischen Vorurteile gegenüber Deutschland hätte die Durchführung dieses Experimentes zum damaligen Zeitpunkt durchaus ermöglicht.

Von Botschafter v. Moltke kam am 6. Oktober 1938 aus Warschau die Be-

schwerde, die polnische Presse habe nicht zum Ausdruck gebracht, daß der Erfolg in Teschen erreicht wurde, weil von Deutschland der Weg dafür freigemacht worden war. Der deutsche Diplomat hatte sich in seinen Voraussagen hinsichtlich der polnischen Politik während der Tschechenkrise geirrt und verschiedene seiner Äußerungen vom 6. Oktober über die jüngsten Ereignisse hatten beträchtliche Verwirrung angerichtet. Schon als er erfuhr, daß in München eine Konferenz zusammentreten würde, war er der Meinung, daß die Polen mit den Tschechen zusammen gegen Deutschland zu arbeiten versuchten. Diese Analyse steigerte zweifellos die Entrüstung in seinem Bericht, die amtlich gelenkte polnische Presse verbreite allenthalben, daß der deutsche Erfolg in der Sudetenfrage nur mit polnischer Hilfe möglich gewesen sei. Ebenso behauptete die polnische Presse, daß Deutschland nichts erreicht hätte, wenn die Sowjetrussen infolge der polnischen Neutralität nicht am Eingreifen gehindert worden wären. Es war sehr fraglich, ob diese Art Propaganda vom Standpunkt der polnischen Regierung aus eine kluge war, denn der Hinweis auf angebliche Hilfestellung war nicht dazu angetan, die deutschfeindliche Stimmung in Polen zu beschwichtigen.

Moltke glaubte, die Münchener Konferenz habe Frankreichs Prestige in Polen geschadet, er dachte aber nicht, daß Polen sein Bündnis mit Frankreich aufgeben würde, nur um seine Beziehungen zu Deutschland zu vertiefen. Moltke irrte sich in der Annahme, Hitler würde den Polen nahelegen, ihr französisches Bündnis fallenzulassen. Aber er hatte recht, als er das Auswärtige Amt daran erinnerte, daß die Politik Polens in Ruthenien sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richte, obwohl „auch Befürchtungen um eine deutsche Expansion eine Rolle spielten“. Das Hauptthema des Moltkeschen Berichts war die Mahnung, daß die deutschpolnische Zusammenarbeit in der Tschechenkrise keineswegs den sicheren Schluß auf das Ende einer deutschfeindlichen Politik Polens zulasse.

Fortdauer tschechischer Feindseligkeiten gegen Polen und Deutschland

Die tschechische Führung war sich der geringen Chancen für das Fortbestehen ihres Staates durchaus bewußt. Sie bezichtigte die polnische Regierung des Versuchs einer völligen Auflösung der Tschechoslowakei. Der tschechische Außenminister Krofta unterrichtete die Engländer am 3. Oktober 1938, im Sudetenland verlaufe alles reibungslos und die Tschechen seien eifrig dabei, das Gebiet zu räumen, doch über die Polen müsse er sich heftig beklagen. Der britische Botschafter Newton berichtete, daß Krofta „sich über das Ränkespiel und die Propaganda der Polen in der Slowakei äußerst besorgt gezeigt habe“. Krofta hatte ihm anvertraut, daß die Schwäche der Tschechen ausgenutzt wer-

den könnte, „um die Vorstellung zu erwecken, der Slowakei würde es besser gehen, wenn sie mit Polen verbunden wäre”. Krofta hätte diese Befürchtungen kaum gehabt, wäre er sich nicht über den abgrundtiefen Tschechenhaß in der Slowakei und darüber klar gewesen, wie gern das slowakische Volk sich nahezu mit jedem außer den Tschechen verbünden würde. Krofta betonte auch, daß „sein Hauptwunsch” französische und englische Hilfe gegen die Polen sei, daß er aber auch hoffe, „Hitler würde vielleicht helfen, solchen polnischen Forderungen zu widerstehen.

Hitler war zu diesem Zeitpunkt sehr beunruhigt über die Tschechen und kaum in der Stimmung, Einwendungen gegen die polnische Propaganda in der Slowakei zu machen. Zwischen den Deutschen und Tschechen herrschte erhebliche Uneinigkeit über die Abgrenzung der nicht der Volksabstimmung unter-liegenden Gebiete des Sudetengaus, die Deutschland zugesprochen werden sollten. Das Münchener Abkommen sah die Übergabe einiger Gebiete innerhalb von 10 Tagen an Deutschland vor, andere sollten bis zu einem Volksentscheid von einer internationalen Polizeitruppe besetzt werden. Der britische Botschafter Nevile Henderson setzte sich sehr aktiv für die Beilegung der Streitigkeiten ein. Er war ein aufrichtiger Fürsprecher einer Verständigungspolitik und stand in dieser Hinsicht Bonnet, mit dem er enge Verbindung pflegte, weit näher als Halifax und Chamberlain in London. Er galt als der Vielversprechendste unter den jüngeren britischen Diplomaten, als er 1937 nach Berlin entstandt wurde; aber sein ehrliches Eintreten für jene Grundsätze, zu denen sich seine Vorgesetzten in London ohne innere Überzeugung bekannten, machte seine Stellung im englischen diplomatischen Dienst wenig beneidenswert und isolierte ihn vollständig.

Henderson war überzeugt davon, daß die Verständigungspolitik der Tschechen keinerlei Erfolgsaussichten habe, wenn sie bei der Durchführung des Münchener Mächteabkommens Schwierigkeiten machten. Den Bestimmungen entsprechend sollten bei der Abgrenzung der abstimmungsfreien Gebiete die Bevölkerungszahlen von 1918 zugrundegelegt werden. Die letzte Volkszählung vor 1918 hatte unter den Habsburgern im Jahre 1910 stattgefunden. Die Tschechen schlugen vor, die Ergebnisse ihrer eigenen manipulierten Volkszählung von 1921 oder sogar jene von 1930 zugrundezulegen. In München war jedoch bestimmt worden, daß zu Deutschland ohne Volksentscheid kommende Gebiete jene mit mehr als 50 Prozent deutscher Bevölkerung sein sollten. Die Tschechen legten Wert darauf, 75 Prozent und nicht 51 Prozent als entscheidende Mehrheit anzusehen. Hitler antwortete darauf mit der Drohung, die deutsche Wehrmacht zur Godesberg-Linie in Marsch zu setzen, wenn die Tschechen sich nicht an die Bedingungen der über München veröffentlichten britischen Dokumente hielten. In Godesberg hatte Hitler die sofortige Be-

setzung eines viel größeren Gebietes gefordert, als Deutschland in München zugebilligt worden war.

Halifax versuchte es in letzter Minute noch mit einem Kniff, um eine Einschränkung des Münchener Abkommens zugunsten der Tschechen zu erreichen, aber die Franzosen und Italiener verwahrten sich dagegen und bestanden darauf, „den Geist dieses Protokolls zu respektieren.

Halifax tröstete sich mit dem Gedanken, daß man für die Tschechen noch etwas in der Abstimmungszone tun könne, aber Präsident Benesch entschied sich anders, so daß auch der letzte Versuch, irgend etwas durch Widerstand gegen Deutschland zu erreichen, fehlschlug. Verärgert trat er am 5. Oktober 1938 zurück. Es war eine provisorische Regierung unter General Jan Syrovy gebildet worden, einem tschechischen Nationalhelden, der 1918 zur Freilassung ehemaliger tschechischer Kriegsgefangener aus Rußland beigetragen hatte”. Das Kabinett Milan Hodschas war am 22. September durch eine von dem Kommunistenführer Klement Gottwald gelenkte Demonstration zum Rücktritt gezwungen worden’. Syrovy war Hodscha als Ministerpräsident gefolgt und wurde nach dem Rücktritt Beneschs bis zur Wahl eines neuen Präsidenten kommissarischer Staatspräsident. Frantisek Chwalkowsky von der führenden Agrarier-Partei folgte Krofta als Außenminister, nachdem dieser am 5. Oktober seinen Posten im Syrovy-Kabinett niedergelegt hatte. Chwalkowsky hatte die Tschechoslowakei in Rom und Berlin vertreten. Er war ein echter tschechischer Patriot und hegte im Unterschied zu seinen Vorgängern keinen fanatischen Haß gegen Faschismus und Nationalsozialismus. Es war noch verfrüht, den endgültigen Kurs des neuen Regimes vorherzusagen. Doch hatte der Rücktritt Beneschs eine fühlbare Entspannung zur Folge.

Die Tschechen bemühten sich, Großbritannien gegen Polen aufzubringen, aber Sir Howard Kennard tat in Warschau alles, um Londons Gunst für Polen wiederzugewinnen. Er machte geltend, daß die polnische Ablehnung der Tschechen gerechtfertigt sei im Hinblick auf die tschechische Besetzung von Teschen im Jahre 1919, die er als „kurzsichtige Besitzergreifung, um nicht härtere Ausdrücke zu gebrauchen”, bezeichnete. Er behauptete, daß seine frühere Beurteilung der Einstellung Polens zu einem Krieg

der Tschechen, Franzosen und Engländer gegen die Deutschen unrichtig gewesen sei. Eine erneute „Abschätzung“ hatte ihn davon überzeugt, daß Polen niemals auf deutscher Seite gegen die Westmächte gekämpft haben würde. Er hob hervor, Polen wäre für kurze Zeit neutral geblieben, bevor es „unter dem Druck der öffentlichen Meinung im Lande” auf der Seite der Alliierten in den Krieg eingetreten wäre. Er behauptete, Präsident Roosevelt habe während der Tschechenkrise über seinen Botschafter Biddle einen geheimnisvollen Schritt unternommen, um die Polen zur Mäßigung anzuhalten. Dieser Schritt war durch

die Ereignisse überholt worden, aber Biddle habe einen günstigen Eindruck von der polnischen Haltung gewonnen. Kennard versicherte Halifax, er möchte nicht den Anschein der Einfalt erwecken und polnischen oder amerikanischen Behauptungen Glauben schenken, wohl aber sei er aus eigener Anschauung überzeugt, daß während der Krise keine deutschpolnische Absprache über eine gemeinsame Politik bestanden habe. Kennard legte eine Reihe weiterer Berichte zur Begründung dafür vor, daß Polen sich bemühe, die tschechische Schwäche auszunutzen, um mit Ungarn zu einer gemeinsamen Grenze zu gelangen. Er erklärte, daß diese Handlungsweise ein Hauptmerkmal der polnischen Politik sei, und er betrachtete es als seine wichtigste Aufgabe, diese neue Politik vor dem britischen Foreign Office darzulegen und zu rechtfertigen.

Der geheimnisvolle amerikanische Schritt, auf den sich Kennard bezog, war weiter nichts als die Mitteilung, daß Präsident Roosevelt Polen in einem europäischen Krieg nicht

auf der „falschen Seite” wissen wollte. Der polnische Außenminister Beck wußte, daß Botschafter Biddle Polen wohlgesinnt war und hatte offen mit ihm über die Lage während der Tschechenkrise gesprochen. Beck hatte am 29. September 1938 zu Biddle geäußert, Polen sei außerordentlich enttäuscht, nicht zur Münchener Konferenz eingeladen worden zu sein.

Kennards Bemühungen, das Ansehen Polens in London zu heben und die Tschechen herabzusetzen, erfuhren eine Verstärkung durch den Regierungswechsel in der Tschechei, der die Begeisterung der Westmächte für die Tschechoslowakei noch mehr dämpfte. Henderson prophezeite Halifax am 6. Oktober 1938, daß „die Tschechoslowakei sich vielleicht noch viel früher als erwartet politisch und wirtschaftlich im deutschen Einflußbereich befinden wird“. Der Gedanke, westliche Truppen nach Böhmen zu entsenden, um die Volksabstimmung zu überwachen und soviel wie möglich für die Tschechen herausholen, verlor sehr an Reiz. Roger Makins, ein Sachverständiger des Foreign Office für die Berliner Internationale Kommission zur Festlegung der tschechischen Grenze, verkündete am 6. Oktober, daß er sich mit seinen italienischen Kollegen zusammengetan habe, um Widerstand gegen jegliche Volksabstimmung zu leisten. Er machte geltend, daß die Tschechen nichts aus einem Referendum gewinnen könnten.

Die Tschechen selbst kamen zu dem Schluß, daß eine Volksabstimmung ihrer Sache nicht dienlich sein würde und eher auffallende Schwächen an den Tag bringen könnte. Und so unterrichtete der tschechische Delegierte des Internationalen Ausschusses die Deutschen am 7. Oktober, daß seine Regierung es vorziehe, auf das Plebiszit zu verzichten. Da die Deutschen aber den Münchener Abmachungen gemäß eine Volksabstimmung verlangen

konnten, hielten sie mit ihrer Entscheidung noch eine Zeitlang zurück. Henderson vertraute

181

182

Halifax am 11. Oktober an, daß sich in Böhmen-Mähren ein starker Umschwung zugunsten Deutschlands bemerkbar mache und daß die Tschechen im Fall einer Volksabstimmung die mährische Hauptstadt Brünn verlieren könnten. Diese Möglichkeit versetzte die Tschechen in starke Unruhe, denn der Verlust Brünns würde sie regelrecht von der Slowakei abschneiden. Kennard legte Halitax dar, daß Polen sich zugunsten einer Vertreibung der Tschechen aus der Slowakei ausgesprochen hätte.

Die Ungewißheit fand am 13. Oktober 1938 ihr Ende, als Hitler sich damit einverstanden erklärte, den Vormarsch seiner Truppen in dem am 10. Oktober besetzten Gebietsabschnitt abzustoppen und auf die Volksabstimmung mit der Maßgabe zu verzichten, daß er sich geringfügige Zusatzansprüche Deutschlands vorbehalte. Die Erörterung der Volksabstimmung hatte mit dem Vorschlag Halifax‘ begonnen, man könne sie vielleicht als Mittel gegen die Deutschen verwenden. Sie endete mit einem Seufzer der Erleichterung in London, als die Deutschen sich zu einem Verzicht auf die Abstimmungsidee bereiterklärten.

Während man dabei war, die Frage des deutschen Abstimmungsverlangens zu regeln, begannen die Ungarn und die Tschechen, über die Volkstumsansprüche der Ungarn in der Slowakei zu verhandeln. Ungarn war während der jüngsten Krise bisher am wenigsten unter den drei Gegnern der Tschechoslowakei hervorgetreten, und es war kein Zufall, daß es von den Tschechen nichts bekommen

hatte. Beck war in Sorge, Ungarn würde seine Verhandlungen ohne den nötigen Nachdruck führen und sich mit viel weniger einverstanden erklären, als Polen sich für die Ungarn wünschte”. Beck sprach den Wunsch aus, die Angelegenheit mit einem Sonderbotschafter Ungarns zu erörtern; Budapest ging darauf ein und entsandte Graf Istvan Csaky, seinen neuen Außenminister, in einer Sondermission nach Warschau. Er traf dort am 7. Oktober ein, um Becks Rat einzuholen. Moltke unterrichtete von Ribbentrop am 8. Oktober, daß die Unruhe über Rumänien Beck Ärger bereite. Die Polen wollten Ungarn dazu bringen, die ganze Provinz Ruthenien zu fordern, aber Csaky befürchtete, wenn das geschähe, würde Rumänien Ungarn angreifen. In der polnischen Presse hatte eine heftige Kampagne zugunsten der Einverleibung Rutheniens durch Ungarn eingesetzt. Moltke stellte fest, daß die italienischen Diplomaten in Warschau sich über Becks einseitige Politik zum Wohle Ungarns ereiferten, denn Italien betrachtete dieses Land, wenn auch etwas wirklichkeitsfremd, immer noch als seine Einflußsphäre. Die Italiener behaupteten, Polen bemühe sich um die Errichtung eines unabhängigen Blocks zwischen den Achsenmächten und der Sowjetunion. Und mit diesem Verdacht hatten sie recht. Es war Moltke nicht ganz klar, ob Beck die Ungarn nun wirklich drängte, sich der Slowakei zu bemächtigen, obwohl das kaum anzunehmen

war, da sie selbst von Ruthenien zurückschraken. Mit Emphase propagierte die polnische Presse eine unabhängige Slowakei.

Hitler schützt polnische Ansprüche in Oderberg

Hitler wurde es in dieser Zeit schwergemacht, eine deutschpolnische Krise ernsteren Ausmaßes zu verhindern, da die Deutschen des Teschener Industriegebiets von den polnischen Besatzungsbehörden viel zu leiden hatten. Die Mehrheit der deutschen Führung war der Ansicht, daß die Polen zuviel von dem deutschen Volkstumsgebiet in dem Teschener Distrikt beansprucht hatten. Marschall Göring hatte Staatssekretär von Weizsäcker angeraten, das über Teschen hinausgehende Gebiet entlang der südöstlichen Grenze Schlesiens nur dann an Polen fallen zu lassen, wenn es sich mit der Rückkehr Danzigs zu Deutschland einverstanden erkläre. Für den Fall einer polnischen Weigerung empfahl er, das Gebiet für Deutschland zu erwerben oder es bei der Tschechoslowakei zu belassen“’. Die Sachverständigen des Auswärtigen Amtes neigten zu Görings Auffassung, und so entschied man sich, Schritte zu unternehmen, die Polen aus dem Industriezentrum Witkowitz und aus dem notleidenden kleinen Oderberg nahe der Oderquelle herauszuhalten. Göring wurde von Weizsäcker sehr eingehend über alle kürzlich mit polnischen Repräsentanten geführten Unterredungen befragt.

Der polnische Botschafter Lipski war voller Zorn, als er von der Haltung des deutschen Auswärtigen Amtes zum Fall Oderberg Kenntnis bekam. Mit Nachdruck äußerte er zu Ernst Woermann, dem Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, daß Hitler wie auch Göring diese strategisch wichtige Stadt Polen versprochen hätten. Woermann, der Görings Haltung gut kannte, weigerte sich, das zu glauben, und erinnerte Lipski daran, daß Oderberg doch überwiegend deutsch sei. Lipski ließ sich davon nicht beeindrucken. Er wies Woermann warnend darauf hin, daß ein offizieller Bericht über diese Unterredung die deutsch-polnischen Beziehungen belasten müßte, außerdem würde er Beck einen privaten Brief darüber schreiben. Durchschriften offizieller Berichte gingen an Präsident

Moscicki und über diesen an andere polnische Regierungsmitglieder. Die Folge war klar. Polen war entschlossen, sich im Fall Oderberg zu behaupten.

Das Gespräch Lipski-Woermann fand am 4. Oktober statt. Am folgenden Tag griff Hitler ein, um Göring und das Auswärtige Amt wegen ihrer widerspenstigen Haltung zurechtzuweisen. Nachdrücklich betonte er, daß er „an Oderberg nicht das geringste Interesse habe” und daß es ihm „nicht einfiele, mit den Polen um jede einzelne Stadt zu feilschen, aber er würde großzügig gegenüber jenen sein, die in ihren Forderungen maßvoll seien“. Nach dieser Abfuhr blieb dem Auswärtigen Amt nur übrig, den Rückzug anzutreten.

Das war alles nur Auftakt; denn nun begannen die Polen, einen nicht offen erklärten, aber regelrechten Krieg gegen die Deutschen im Teschener Raum zu führen. Zornige Erregung bemächtigte sich der Deutschen diesseits der Reichsgrenze und es begannen Nachrichten über die täglichen Vorfälle in der deutschen Provinzpresse zu erscheinen. Hitler ordnete sofort an, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, solange es noch Zeit war. Mit aller Schärfe unterband er die Berichterstattung über Teschener Vorfälle und erklärte in einem Sonderbefehl, daß es zu seiner Politik gehöre, „nichts Ungünstiges über Polen zu veröffentlichen; dieses erstreckt sich auch auf Vorfälle, von denen die deutsche Minderheit betroffen wird”.

Das Auswärtige Amt wurde erneut alarmiert, als polnische Propagandakarten mit Ansprüchen auf Mährisch-Ostrau, den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, und das Industriezentrum

in Nordmähren erschienen. Weizsäcker sagte am 12. Oktober zu Lipski, Deutschland habe Polen in Oderberg zwar freie Hand gelassen, aber Mährisch-Ostrau sei nun doch etwas anderes. Sarkastisch setzte er hinzu, er würde ein polnisches Abstimmungsrecht für Mährisch-Ostrau befürworten, vorausgesetzt natürlich, daß diese Abstimmung unter internationaler Kontrolle durchgeführt würde. Weizsäcker und Lipski wußten genau, daß Polen eine derartige Volksabstimmung niemals gewinnen könnte, und so faßte der polnische Botschafter diese Äußerung als einen unpassenden Scherz auf. Würdevoll erwiderte er, Polen beabsichtige nicht, den Tschechen Mährisch-Ostrau zu nehmen. Weizsäcker glaubte ihm das nicht, auch verstummten die Gerüchte über polnische Forderungen in Mähren keineswegs. So beschloß Hitler, sich in der Mährisch-Ostrau-Frage ebenso aufmerksam wie abwartend zu verhalten.

Das Scheitern der tschechisch-ungarischen Verhandlungen

Verschiedene neue Entwicklungen ungünstiger Art begannen die internationale Bühne zu bewölken, während Hitler sich noch mit den Nachwirkungen der polnischen Ansprüche im Teschener Gebiet zu befassen hatte. Die zweiseitigen Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechei wurden am 15. Oktober 1938 abgebrochen. Die beiden Parteien konnten sich offensichtlich nicht einigen. Infolgedessen kam die Frage wieder vor die Münchener Vier. Hitler hatte am 9. Oktober 1938 anläßlich der Einweihung eines neuen Theaters in Saarbrücken gesprochen. In dieser Rede nahm er besonders Anstoß an der Tatsache, daß führende Tories ihn in öffentlichen Reden innerhalb und außerhalb des Unterhauses mit Schmähungen überhäuften, ohne von den Führern der Konservativen zur Ordnung gerufen zu werden. Dies zeugte in Hitlers Augen nur wenig

von dem Geist der deutsch-englischen Freundschaftserklärung, die erst wenige Tage zuvor unterzeichnet worden war. Seine ein-

184

185

zige Absicht mit dieser Rede war, die englische Führung daran zu erinnern, daß internationale Freundschaft auch ihren Preis habe. Daraufhin erging sich die britische Presse erneut in niederträchtigen Beschimpfungen und behauptete, Hitler habe sich in innere Angelegenheiten des Landes gemischt. Die deutsch-englischen Beziehungen waren jetzt schon eher katastrophal als freundschaftlich zu nennen?. Auch war es der ganzen Welt bekannt, daß Großbritannien eine gewaltige Beschleunigung seines gegenwärtigen Rüstungsprogramms anstrebte. Die deutsche Presse ihrerseits erhob keine Einwände gegen das englische Rüsten. Das sei eine innere Angelegenheit Englands. Sie habe auch nichts gegen die Verstärkung der britischen Expeditionstruppen, denn Großbritannien habe als Alliierter Frankreichs das Ausmaß seiner Verpflichtungen gegenüber diesem Land selbst zu bestimmen. Doch war damit die Sache nicht erledigt. Die deutsche Presse erklärte es nämlich als unentschuldbar, daß Mitglieder der Regierung Mr. Chamberlains sich bei ihrer Aufrüstungspropaganda auf die deutsche Gefahr beriefen. Somit waren die Voraussetzungen für ein freundschaftliches Zusammentreffen der Münchener Mächte, bei dem es um die heikle Frage der ungarischen Ansprüche an die Tschechen ging, nicht gerade günstig.

Der italienische Außenminister Graf Ciano versuchte diese schwierige Lage zu meistern. Er nahm von der deutsch-englischen Spannung keine Notiz und machte den

beschwichtigenden Vorschlag, die Außenminister der Münchener Mächte sollten doch alsbald in Venedig oder Brioni zusammenkommen, um das ungarisch-tschechisch-slowakische Problem zu klären. Den Ungarn schien aber der Zeitpunkt für diesen Plan nicht sehr glücklich gewählt. Sie baten daher um Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Tschechen, und diese willigten ein’. Zwar bestanden nur geringe Erfolgsaussichten, doch hatteman immerhin eine Atempause gewonnen, in der neue Schritte vorbereitet werden konnten.

Die tschechischen Führer waren das Haupthindernis für die Regelung einer Frage, die das tschechische Volk gar nicht unmittelbar betraf. Ging es doch um Volkstumsfragen der Ungarn und Slowaken und nicht um solche der Tschechen. Zudem war die Lage in der Slowakei noch verworren. Die protschechische Hlasa-Bewegung bestand praktisch nicht mehr, und jede politische Partei mußte mit Rücksicht auf die alles beherrschende öffentliche Meinung zumindest die Autonomie, wenn nicht gar die Unabhängigkeit auf ihre Fahne schreiben. Am 8. Oktober 1938 war eine landeseigene slowakische Regierung gebildet worden. Doch wurde allzu bald deutlich, daß die zersplitterten Slowakenparteien den Tschechen nicht gewachsen waren, zumal da sich diese in jeder Weise bemühten, die slowakische Autonomie zu beschränken. Es wurde eine Einigungsbewegung ins Leben gerufen, in der sich die vier wichtigsten Slowakenparteien als Hlinka-Volkspartei zu der slowakischen nationalen Einheitspartei zusammenschlossen. Das geschah erst am 11. November 1938.

Die Frage der ungarisch-slowakischen Grenze war bis dahin bereits ohne slowakische Beteiligung geregelt worden. Das entsprechende Zusatzgesetz zur Prager Verfassung, bekannt als das slowakische Autonomiegesetz, trat erst am 22. November 1938 in Kraft.

Seine Bestimmungen wurden von allen slowakischen Führern stärkstens angefochten, obwohl die Präambel die nachträgliche Anerkennung des Pittsburger Abkommens von 1918 enthielt. Ferdinand Durcansky, einer der bedeutendsten unter den slowakischen Führern, versuchte die Autonomie durchzusetzen, aber seine Vorstellungen fanden in Prag nur wenig Beachtung. Adalbert Tuka, der Veteran der slowakischen Unabhängigkeitskämpfer, der viele Jahre in tschechischen Gefängnissen zugebracht hatte, warnte Durcansky, daß eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Prag unmöglich sei. So entwickelten sich die Vorgänge in der Slowakei nur langsam. Immerhin neigte die Volksstimmung eindeutig zur Unabhängigkeit, und die Tschechen wußten genau, daß man ihnen die Schuld an der Preisgabe slowakischer Gebiete geben würde. Der Eigensinn der Tschechen und die Unentschlossenheit der Ungarn waren in erster Linie verantwortlich dafür, daß die zweiseitigen Verhandlungen sich hoffnungslos festgefahren hatten.

Die Polen waren nicht unglücklich über diese Verzögerung; denn sie hofften Zeit zu gewinnen, um die ungarischen Forderungen unterstützen zu können. Sie richteten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf Ruthenien, und am 15. Oktober 1938 machte Graf Szembek Moltke in Warschau den Vorwurf, mit der Tatsache zurückgehalten zu haben, daß Deutschland hinter ukrainischen Gruppen stünde, die Ruthenien zum Kernland eines unabhängigen ukrainischen Staates machen zu können hofften. Lipski war nämlich wenige Tage zuvor zur Berichterstattung aus Berlin

gekommen, und Beck wie Szembek hielten es nunmehr für notwendig, bei Verhandlungen über die Ruthenienfrage mit den Deutschen etwas energischer zu verfahren.

Moltke war über die vorwurfsvollen Bemerkungen Szembeks zur Ukrainerfrage verärgert. Er befürchtete indessen, daß dieser nicht ganz unrecht habe und Hitler sich tatsächlich mit dem Gedanken trage, die ukrainische Karte auszuspielen. Er wies beim Auswärtigen Amt nachdrücklich darauf hin, daß die Polen in der ukrainischen Angelegenheit äußerst empfindlich seien. Er wäre überdies für eine Ermächtigung sehr dankbar, Graf Szembek sobald wie möglich eine beruhigende Antwort geben zu können. Mit diesem Druck auf Berlin wollte er Hitler davon überzeugen, daß für Ruthenien Zugeständnisse von polnischer Seite sehr nützlich sein könnten. Nach seiner Ansicht war Deutschland im Begriff, Polen mehr anzubieten, als es verlangt hatte. Darum würde jede weitere Gefälligkeit den Polen gegenüber den Erfolg seines Planes, zu einem dauerhaften Abkommen zu gelangen, in Frage stellen.

186

187

In Berlin wurde viel über Hitlers geplantes Polenangebot gesprochen. Als der Danziger Senatspräsident Greiser Mitte Oktober nach Berlin kam, war er über diese unvermuteten Gerüchte sehr betroffen. Er befürchtete, daß Hitler die Danzig-Frage auf die lange Bank zu schieben beabsichtige. Dieser Eindruck hatte sich auf Grund der Sportpalastrede Hitlers am 26. September 1938 noch verstärkt. Um Klarheit zu bekommen, suchte er das Auswärtige Amt auf, traf aber Staatssekretär von Weizsäcker mit einer sphinxhaft undurchdringlichen Miene an. Der schwäbische Diplomat beschränkte sich auf die Äußes rung, daß „die Interessen

Danzigs….. mit ruhiger Sachlichkeit….. gewahrt… werden müßten“. Greiser stimmte freudig zu, doch befriedigte diese allgemeine Redensart seine Neugier in keiner Weise.

Während Greisers Aufenthalt in Berlin befaßte sich das Auswärtige Amt mit dem Ersuchen des tschechischen Außenministers Chwalkowsky, die in München zugesagten neuen tschechischen Grenzen zu garantieren. Die deutschen Diplomaten waren über dieses Garantieverlangen Chwalkowskys um so erstaunter, als es vor jeder Regelung der ungarischen Ansprüche und ohne Rücksicht auf die polnischen Forderungen ausgesprochen wurde. So lag für sie der Schluß nahe, daß der tschechische Staat noch stärker ins Wanken geraten war und noch verzweifelter Hilfe brauchte, als sie angenommen hatten. Chwalkowsky mußte sich also die Sache nochmals überlegen und teilte daraufhin dem deutschen Botschafter in Prag am 17. Oktober mit, daß seine Bitte um eine Garantie verfrüht gewesen seit.

Halifax prüft die deutschen Absichten

Der britische Botschafter in Warschau, Kennard, rechnete sich aus, daß Rumänien ein wirksames Hindernis für eine Verzögerung der polnischen Bestrebungen in der Slowakei und in Ruthenien bilden könnte. Er drängte deshalb Halifax, die polnischen Absichten nachsichtig aufzunehmen, und betonte die angebliche Bedeutung einer besonderen „Mission“, den englischen Einfluß in Osteuropa zu steigern, „wenn die europäische Kultur in den östlichen und südöstlichen Ländern vor dem Zugriff des Totalitarismus gerettet werden soll“. Kennard gab zwar zu, daß Polen auch eine Diktatur sei, aber er hatte einen guten Eindruck von dem polnischen Regime, und wies darauf hin, daß der Katholizismus und der Individualismus in Polen infolge ihres großen Ein flusses mäßigend auf den Autoritarismus der polnischen Staatsregierung einwirkten. Zwar hätte Polen

kürzlich eine Anleihe von Deutschland erhalten, doch sei es unwahrscheinlich, daß es sich freiwillig einer rein deutschen Oberherrschaft unterwerfe.

Kennard kannte den vollen Inhalt der der Münchener Konferenz vorausgegangenen Gespräche über Danzig auf der Halbinsel Hela und in London nicht.

187

188

Ihm erschien es immer noch „lediglich eine Frage der Zeit, bis Danzig ganz deutsch wird“. Kennard lag genauso wenig wie Hitler daran, daß Polen der friedlichen Wiedereingliederung Danzigs durch Deutschland unüberwindliche Hindernisse entgegensetzte. Becks Zustimmung zur Wiedervereinigung Danzigs mit Deutschland sagte er für den Fall voraus, daß Hitler diesen Vorschlag in Verbindung mit einem Quidproquo—Angebot mache. Er hatte die Angelegenheit mit Beck erörtert, doch bestritt dieser, daß sich „gegenwärtig“ ein „Geschäft“ anbahne.

In seinen Berichten an Halifax äußerte sich Kennard in gönnerhafter Weise über Beck. Er kannte „die weniger staatsmännischen Züge seines Charakters, auch seinen persönlichen Ehrgeiz und seine Eitelkeit”. Es schien, daß, „wie die Geschichte Polens zeigt, stets ernste Gefahr besteht, wenn polnische Staatsmänner ihrem Land die Rolle einer Großmacht geben, und dieses dann weder politisch geeint ist noch die dieser Rolle entsprechende militärische oder wirtschaftliche Stärke besitzt“.

Das war eine zutreffende Feststellung, und es ist bedauerlich, daß er in diesem Sinne nicht nachhaltiger auf Beck eingewirkt hat. Kennard hatte dabei lediglich die

polnische Haltung während der kürzlichen Tschechenkrise und deren nachteilige Wirkung auf die amtliche Meinung in England vor Augen.

Kennards Ausführungen über die polnischen Bestrebungen in der Slowakei und Ruthenien machten auf Halifax solchen Eindruck, daß er den Zeitpunkt für gekommen hielt, die deutsche Haltung zu sondieren. Am 15. Oktober vertraute er Henderson seine Vermutung an, daß die deutsche Politik gegenüber der Slowakei und Ruthenien zwar „noch im Fluß” sei, es aber den Anschein habe, als ob „Deutschland sich berufen fühle, in Zukunft einen entscheidenden Einfluß in diesen Gebieten zu haben”. Er sprach von laufend in London eintreffenden Berichten über eine Vereinbarung, derzufolge Polen sich der Slowakei zu bemächtigen und Ungarn Ruthenien wieder zu besetzen vorhabe. Er bat Henderson, festzustellen, was den Deutschen über die polnischen Absichten in der Slowakei bekannt sei und was sie über die festgefahrenen tschechischemagyarischen Verhandlungen wüßten.

Henderson bat darauf von Weizsäcker um Aufklärung über Deutschlands Stellung zu diesen beiden Fragen. In seiner Erwiderung wies Weizsäcker darauf hin, gegenwärtig stütze sich das deutsche Verhalten gegenüber der Tschechoslowakei auf.die Selbstbestimmung. Nach deutscher Annahme würden künftige Ansprüche in Ruthenien oder der Slowakei unter Berufung auf die Selbstbestimmung erhoben werden. Auf Henderson machte das den Eindruck, als wolle Deutschland die Tschechen vor übersteigerten Forderungen Ungarns oder Polens bewahren. Nach gründlicher Überprüfung dieses Gedankens berichtete Henderson Halifax: „Wenn Deutschland herausfindet, daß

sich die Tschechen mit Sicherheit an seine Außen-und Wirtschaftspolitik anpassen, dann ist es ihm lieber, die Slowakei bleibt auf jeden Fall ein fester Bestandteil der Tschechoslowakei.” Diese Art von Formulierung der derzeitigen deutschen Haltung war eine bemerkenswert scharfsinnige Mutmaßung.

Hitler kannte die außerordentlich unsichere Stellung der Tschechoslowakei nach der Münchener Konferenz genau: Sie erlitt Prestigeverluste und die slowakischen wie die ruthenischen Minderheiten weigerten sich energisch, die Fortdauer der tschechischen Herrschaft hinzunehmen. Die neue Prager Regierung schien auch nicht abgeneigt, diese Minderheiten zu befrieden. Doch ließ sich schwer voraussagen, wieweit ihr das gelingen würde; denn die bisherigen Erfolge der Tschechen auf dem Gebiete friedlicher Verständigung waren recht dürftig. Hitlers Geheimbefehl vom 21. Oktober 1938 an die deutsche Wehrmacht läßt sich entnehmen, daß er den Zusammenbruch der Tschechei in naher Zukunft in Betracht gezogen hatte. Der Wehrmachtsführung waren darum Vorbereitungen zur Verteidigung Deutschlands gegen Überraschungsangriffe an den Grenzen und aus der Luft befohlen. Außerdem erhielten die deutschen Streitkräfte den Befehl, sich auf die Besetzung Memels vorzubereiten, dessen Schicksal als alte deutsche Stadt in den Händen Litauens den Deutschen seit der polnisch-litauischen Krise im März 1938 beträchtliche Sorge bereitete. Schließlich hatte sich die Wehrmacht auch auf die Besetzung der Tschechoslowakei vorzubereiten. In einem späteren Befehl vom 17. Dezember 1938 hatte Hitler betont, ein deutscher Einmarsch in tschechisches Gebiet sei nicht gleichbedeutend mit einer Krise größeren Ausmaßes. Auch

mache dieser Einmarsch eine Mobilmachung der deutschen Wehrmacht nicht erforderlich.

Henderson hatte inzwischen mit Weizsäcker den Plan einer ViermächteKonferenz über den tschechisch-magyarischen Streitfall erörtert. Es fehlte dabei jede Andeutung über die britische Haltung. Auch hatte er von Halifax keine entsprechenden Anweisungen erhalten. Weizsäcker seinerseits hielt die Einberufung einer ViermächteKonferenz für unklug, solange die Tschechen und Magyaren zum Verhandeln bereit seien. Die Frage einer Garantie für den tschechischen Staat wurde nicht besprochen. Die tschechischen Führer behaupteten jedoch am folgenden Tage gegenüber Newton, dem britischen Gesandten in Prag, Hitler habe sich zu Chwalkowsky über die deutsche Bereitschaft geäußert, gemeinsam mit den anderen Mächten den tschechischen Staat zu garantieren, sobald die Streitigkeiten zwischen der Tschechei, Polen und Ungarn beigelegt seien. Die Tschechen versuchten mit allen Mitteln, die Engländer für die Garantie-Frage zu interessieren. Doch sollten die weiteren Ereignisse zeigen, daß diese Bemühungen fruchtlos blieben und Halifax an einer Tschechengarantie desinteressiert war.

189

190

Halifax war mit Weizsäckers Ausführungen über den tschechisch-magyarischen Streit nicht zufriedengestellt. Er wies Henderson an, die Sache noch einmal mit dem deutschen Staatssekretär zu besprechen. In einer zweiten Unterredung gab Weizsäcker zu, daß eine tschechisch-magyarische Regelung ohne ein Eingreifen der Münchener vier Mächte nicht wahrscheinlich sei. Henderson und Weizsäcker besprachen die Lage in der Annahme, daß eine

Intervention erfolgen würde. Weizsäcker hielt diese offensichtlich für die einzige Lösung, und zwar für den Fall, daß zweiseitige Verhandlungen fehlschlügen.

Henderson kam gar nicht auf die Idee, daß Halifax gegen den in München aufgestellten Interventionsplan der vier Mächte etwas einzuwenden hätte. Er untersuchte die Frage für Halifax in der Erwartung, daß die Engländer an einer solchen Konferenz teilnehmen würden. Daß der gegenwärtige Ministerpräsident Ungarns „Deutschland nicht sonderlich freundlich gesinnt" und daß es abwegig für Großbritannien war, einen protschechischen und antiungarischen Standpunkt einzunehmen, war ihm klar. Nach seiner Ansicht sollten sich die Engländer auf seiten der Ungarn stellen, zumal seit sich Prag dem deutschen Einflußbereich zuwandte. Sir Basil Newton nahm in Prag eine ähnliche Haltung ein. Nach seinen Beobachtungen blieb die tschechische Führung ungerührt von der Tatsache, daß neue Feindseligkeiten und Intrigen gegen Deutschland in ihrem Land das Ende ihres ohnehin schwankenden Regimes bedeuten könnten. Im Gegenteil, sie versicherten, eine durchgreifendere Lösung ihrer Probleme würde sie erleichtern. Denn dann wüßten sie endlich, woran sie wären.

Beck mißlingt die Gewinnung Rumäniens gegen die Tschechoslowakei

Polen hat keinen Versuch gemacht, den engen Kontakt zu Deutschland aufrechtzuerhalten, aus dem es während der Teschener Krise Nutzen gezogen hatte. Beck erkannte zwar die möglicherweise entscheidende Bedeutung Deutschlands in der Ruthenienfrage, aber seine erste Reaktion bestand lediglich in einer Warnung der Deutschen vor einer Förderung der ukrainischen Nationalbestrebungen. Dann aber entschied er sich doch für einen positiveren Kurs gegenüber Deutschland und ließ Lipski entsprechende

Anweisungen zugehen. Der polnische Diplomat suchte Staatssekretär von Weizsäcker am 18. Oktober 1938 auf, um mit ihm die Lage in der Tschechei zu erörtern. Weizsäcker erkannte als Hauptzweck dieses Besuches die Ankündigung, daß Beck „freundschaftliche' Konsultation mit uns hinsichtlich der ungarischsslo-wakischen Frage" wünsche. Bei dieser Gelegenheit teilte Weizsäcker Lipski vertraulich mit, Deutschland übe auf die Tschechen und Ungarn zwecks Beilegung ihres Streites einen bisher freilich ergebnislosen Druck aus. Ferner suchte er Lipskis Einstellung zu der Möglichkeit einer Viermächte-Interven-

tion zu ergründen und gewann den Eindruck, daß die Polen sich recht gern an der Regelung der slowakischen und ruthenischen Frage beteiligen würden. Weizsäcker meinte in seinen Berichten an Ribbentrop, daß Zugeständnisse an Polen im Rahmen der Regelung dieser Fragen einer umfassenden deutsch-polnischen Verständigung dienlich sein könnten. Nach Lipskis Auffassung behandelten die Polen die Tschechen mit „Glacéhandschuhen". Schließlich wünschte Weizsäcker Näheres über die Gerüchte von neuen polnischen Forderungen an die Tschechen zu erfahren.

Die Lage war reif für eingehende Vorschläge, die die Polen den Deutschen zur Regelung dieser Fragen zu machen hatten. Beck zögerte den ersten Schritt in der Hoffnung auf die Möglichkeit hinaus, die Interessen Polens auf andere Weise sichern zu können. Csaky war es, der auf Rumänien als wesentliches Hindernis für die ungarische Politik gegenüber Ruthenien hingewiesen hatte. Da Rumänien der Verbündete Polens war, hoffte Beck, durch persönliche Bemühungen Einfluß auf die Rumänen nehmen zu können.

Am 18. Oktober 1938 verließ er Warschau, um in Galatz mit König Carol von Rumänien zu konferieren. Er gab vor der Abreise Mitarbeitern im polnischen Außenministerium gegenüber seiner Hoffnung Ausdruck, den königlichen Diktator Rumäniens zur Aufhebung der tschechischen Herrschaft in Ruthenien bewegen zu können”!. In Ruthenien lebten vierzehntausend Rumänen, und Beck hatte vor, König Carol einen Teil der Provinz als Köder anzubieten”?. Gleichzeitig wurde Fürst Lubienski zur Erörterung dieses Vorstoßes mit den Ungarn nach Budapest gesandt. Beck beabsichtigte, dem König ganz offen zu sagen, daß er auf die völlige Auflösung der Tschechoslowakei hinarbeite. Er hoffte, ohne davon überzeugen zu können, daß infolge der Unvermeidlichkeit der slowakischen Selbstbestimmung mit dem Ende der tschechischen Herrschaft in der Slowakei für den König der direkte Weg durch tschechisches Hoheitsgebiet zu den Skoda-Werken entfalle. Beck hatte vor, eine Wiederannäherung zwischen Ungarn und Rumänien zustandezubringen und ihnen eine Zusammenarbeit im Interesse der gemeinsamen Sache anzuraten. Seinen Mitarbeitern gegenüber sprach er die Hoffnung aus, seine Stellung erheblich stärken und damit die Deutschen veranlassen zu können, sich im Fall einer direkten ungarischen Aktion neutral zu verhalten. Den Deutschen aber wollte er versichern, daß sein Plan nicht auf deutschfeindlichen Erwägungen beruhe.

Nach Becks Abreise eröffnete das polnische Außenministerium den ausländischen Diplomaten, das Ziel seiner Mission sei die Regelung der Ruthenien-Frage. Eine gemeinsame Grenze mit Ungarn sei für Polen „lebenswichtig” geworden. Am 19. Oktober berichtete Moltke, daß die Polen Ruthenien öffentlich als ein ukrainisches „Piemont“ bezeichneten, das Polens Verantwortlichkeit für Millionen ukrainischer Untertanen in Gefahr bringe. Das Pochen

auf Selbstbestimmung habe während der Tschechenkrise die Leidenschaften in Ostpolen erregt und in Lemberg erstmalig seit 1931 zu blutigen Aufständen geführt. Auch fürchteten die Polen ein Anwachsen des deutschen Einflusses. Ebenso habe „die schnelle Umstellung der tschechischen Politik auf Deutschland hier überrascht und stark beeindruckt”.

Moltke wies ferner auf die Enttäuschung der polnischen Regierung über die Slowaken hin, weil sie nicht unmittelbar nach München ihre Unabhängigkeit erklärt hätten. Er sagte zutreffend die von Fanfarenstößen begleitete Mission Becks in Rumänien als großen Fehlschlag voraus. Er hatte nämlich von Becks Landangebot an Rumänien gehört, glaubte aber nicht, daß Rumänien als Mitglied der Kleinen Entente zu einer solchen Landaufteilung bereit sein würde.

Der deutsche Botschafter war von der Aussicht auf einen Mißerfolg Becks bei den Rumänen nicht sehr angetan. Nach seiner Ansicht würde ein Erfolg der Beckschen Ruthenien-Politik die Atmosphäre reinigen. Er warnte daher vor den zahlreichen polnischen Pressebehauptungen, nach denen Deutschland seinen Einfluß darauf verwende, der Errichtung einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze Widerstand entgegenzusetzen. Mit den Worten, daß Deutschland im wesentlichen dafür verantwortlich gemacht werden würde, wenn das polnische Vorhaben mißlinge, schloß er seinen Bericht.

Die entscheidenden Unterredungen Becks während seines Rumänienbesuches fanden auf der königlichen Jacht „Hohenzollern“ auf der Donau statt, dort, wo der Pruth vom Norden her aus Polen in die Donau mündet.

Immer dann, wenn der rumänische Außenminister PetrescusComnen glaubte, Beck sei bei seinem Einreden auf König Carol einen Schritt weitergekommen, mußte dieser eine Flut von Kritik seitens des Ministers hinnehmen. Der rumänische Diplomat entwickelte hierbei eine bemerkenswerte Wendigkeit. Ernstlich bezichtigte er Beck des Versuchs, Rumänien in einen Angriffskrieg gegen die Tschechen verwickeln zu wollen. Er versetzte ihm einen wohlgezielten Stich mit der Behauptung, die Münchener Vier, einschließlich Deutschlands, seien übereingekommen, die Ruthenien-Frage auf der Grundlage der Selbstbestimmung zu regeln. Petrescu-Comnen war ein besonderer Feind Ungarns. Ironisch fragte er deshalb Beck, ob die Ungarn die ganze ruthenische Provinz etwa mit einer Volksabstimmung zu gewinnen dächten, natürlich außer den paar Landstrichen, die an Polen und Rumänien fallen sollten. König Carol wurde von seinem Außenminister überzeugend dargelegt, daß Becks Plan zur Lösung der Ruthenienfrage rücksichtslos sei und Rumäniens wahren Interessen entgegenstehe.

Vergebens forderte Beck seinen Gegner auf, Beweise für die Ruthenien betreffende Entscheidung der Münchener Vier zu erbringen, und machte klar, daß Rumänien den Tschechen ja gar nichts nehmen würde; denn das Gebiet, das er

den Rumänen zugedacht habe, würde andernfalls an Ungarn fallen. Schließlich betonte er mit allem Nachdruck, die Tschechen hätten bereits zweimal durch ihr Nachgeben bewiesen, daß Widerstand gegen seinen Plan überhaupt nicht in Frage komme. Umso ungnädiger nahm er die endgültige Weigerung König Carols auf, nicht ohne Petrescu-

Comnen zornmütig als einen „perfekten Schwachsinnigen" zu bezeichnen.

Beck verdroß es sehr, daß Rumänien im Gegensatz zu Polen niemals die unumschränkte Autorität der Hauptmächte Europas herausgefordert hatte. Wäre es um eine ausschließlich polnische Aktion gegangen, dann hätte Beck mit den Rumänen kurzen Prozeß gemacht und seinen Plan durchgesetzt. Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, daß Ungarn und nicht Polen die Provinz Ruthenien besetzen sollte. Beck wußte nur zu gut, daß die Ungarn ohne Einwilligung der Rumänen keinen Finger rühren würden, es sei denn, sie wären der Unterstützung einer oder mehrerer Großmächte sicher.

Beck war überzeugt, daß der Widerstand Rumäniens gegen seinen Ruthenienplan Frankreichs Gegnerschaft hervorrufen würde. Nur ungern kam er zu dem Ergebnis, daß seine einzige Erfolgschance wieder in einem Appell an Deutschland bestand. Die Tschechen ihrerseits hatten das gleiche im Sinn. Sie gingen Deutschland um Beistand gegen weitere polnische Forderungen an, während Beck in Rumänien weilte. Hitler ließ jedoch durch die deutsche Gesandtschaft in Prag antworten, es sei nicht möglich, dem tschechischen Wunsch zu entsprechen und auf Polen einzuwirken. Die deutschen Diplomaten in Prag wurden ebenfalls angewiesen, Gespräche mit den Tschechen über Polen zu vermeiden.

Beck bittet um deutsche Unterstützung für Ungarn

Moltke berichtete Ribbentrop am 22. Oktober 1938, daß Beck sich nach seiner Rumänienreise in einer üblen Verfassung befände. War es schon schlimm genug, daß Rumänien jede Zusammenarbeit verweigerte, so war es noch schlimmer, daß es ganz offen seine Absichten zum

Ausdruck gebracht hatte, sich polnischen Plänen zu widersetzen. Beck erzählte es jedem, der es wissen oder auch nicht wissen wollte, daß er nötigenfalls Gewalt anwenden würde, um die tschechische Herrschaft in Ruthenien zu beseitigen und so eine gemeinsame Grenze mit Ungarn zu erzwingen. Beck entschloß sich ebenfalls, jetzt seine Ansprüche auf slowakisches Gebiet anzumelden.

Die polnische Presse hatte sich viele Tage in Vermutungen über die bevorstehenden Forderungen Polens in der Slowakei ergangen, und nun begann die slowakische Presse, den Polen mit wachsender Feindseligkeit zu antworten, während Beck in Rumänien war. Die Slowaken weigerten sich, polnische Gebietsforderungen als gerechtfertigt anzuerkennen, ja slowakische Nationalisten

widersetzten sich jedem Zugeständnis an Polen. Karol Sidor besuchte Wars schau, als Beck noch in Rumänien war. Jan Szembek versicherte Sidor am 19. Oktober 1938, daß Polen volles Verständnis für slowakische Unabhängigkeitsbestrebungen habe. Sidor äußerte ganz offen, ihm schwebe eine unabhängige Slowakei mit so engen militärischen, politischen und kulturellen Bindungen an Polen vor, daß sie, genau genommen, „eine Art politisches und militärisches Protektorat Polens“ darstellen würde.

Als Sidor fragte, ob Polen Truppen in die Slowakei entsenden und gegen eine enge polnisch-slowakische Bindung auf Gebietsansprüche verzichten würde, war Szembek gezwungen, mit Nein zu antworten. Sidor setzte seine Unterredungen mit Szembek am nächsten Tage fort, und es

schien zunächst, als habe die polnische Ablehnung seiner Vorschläge sein Vertrauen zu Polen nicht erschüttert. Aber achtundvierzig Stunden nach seiner Rückkehr nach Preßburg war er völlig anderen Sinnes und verkündete öffentlich, daß sein Versuch, mit Polen zu einer Verständigung zu gelangen, fehlgeschlagen sei. Das war zuviel für Beck. Er entschloß sich nunmehr, die polnischen An sprüche gegen die Slowaken so schneli wie möglich durchzusetzen und sie darüber hinaus um ein gutes Stück zu erweitern.

Beck mühte sich nun plötzlich, seine Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Lipski suchte am 22. Oktober 1938 das Auswärtige Amt auf und legte eine ausführliche Liste slowakischer Gebietsteile vor, die Beck Ungarn zuzuteilen gedachte. Lipski setzte hinzu, Beck wünsche Deutschlands Hilfe bei der Sicherstellung der ganzen Provinz Ruthenien für Ungarn. Er bat Deutschland um ständige und ausführliche Informationen über seine Pläne in der ungarischen G1enzfrage. Dagegen gab Lipski den Deutschen keinerlei Hinweise auf Gebiete, die Polen sich von der Slowakei anzueignen gedachte, weil nach Becks Ansicht diese Angelegenheit Deutschland ja nicht unmittelbar betraf.

Lipski gab vertraulich zu verstehen, daß der rumänische Außenminister während Becks kürzlichen Besuchs Polen gegen Deutschland auszuspielen versucht habe. Lipski nahm gegen die Behauptung des Rumänen, Deutschland habe die Absicht, die Selbstbestimmung für die ungarischen Ansprüche geltend zu machen, Stellung, stellte dies jedoch in Abrede, ohne irgendeine Stellungnahme der Deutschen abzuwarten. Seine Regierung wisse, daß Deutschland keineswegs die ungarischen Ansprüche auch nur teilweise unter dem Mantel der Selbstbestimmung zu ersticken beabsichtige.

Die Deutschen waren über die Kühnheit dieser Behauptung erstaunt. Von Woermann legte als Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt nach der Unterredung in einer Aktennotiz fest, daß er Lipski sofort widersprochen habe: „An diesem Punkt sagte ich zu dem Botschafter, daß wir auch weiterhin für das Recht der Selbstbestimmung in der (Karpatho-)Ukraine ein-

194

195

treten, was auch immer dies in sich schließen könnte".” Lipski heuchelte Erstaunen und rief aus, die Bevölkerung des ruthenischen Raumes sei doch nicht tschechisch und eigne sich nicht für einen unabhängigen Staat. Er hob hervor, daß Prag seine Autorität dort nicht wahren könne und Polen das Anwachsen kommunistischer Agitation in diesem Gebiet befürchte. Diese furchterregenden Argumente blieben offenbar ohne Wirkung auf die Herren des Auswärtigen Amtes. Sie wiederholten noch einmal, Deutschland lehne es ab, Ruthenien von der Wahrnehmung der Selbstbestimmung auszuschließen.

Lipski wurde gefragt, warum Karol Sidor in Warschau gewesen sei, doch der polnische Botschafter erwiderte steif, daß er sich außerstande sehe, hierüber irgend etwas zu sagen. Nach dieser Unterredung berichtete Lipski Beck eilfertig, daß sein Versuch, das Auswärtige Amt zur Mithilfe in der Ruthenien-Frage zu gewinnen, fehlgeschlagen sei. Die Deutschen hätten sich offensichtlich im Hinblick auf Ruthenien auf einen Kurs festgelegt, der den polnischen Interessen zuwiderliefe.

Beck war über Lipskis Bericht nicht sonderlich beunruhigt. Es schien, als wiederhole sich lediglich eine längstbekannte

Situation. Polen war vor einiger Zeit schon einmal auf Widerstand im Auswärtigen Amt gestoßen. Als Antwort hatte man Hitlers Aufmerksamkeit auf die betreffende Angelegenheit gelenkt. Beck wies Lipski an, die Sache im Auge zu behalten. Der nächste Schritt war eine Unterredung zwischen dem polnischen Botschafter und dem Reichsaußenminister.

Hitlers Vorschlag einer umfassenden Regelung

Hitlers Aufmerksamkeit war auf ein Interview gelenkt worden, das Beck Vertretern der Hearst-Presse am 10. Oktober 1938 gewährt hatte. Darin hatte der polnische Außenminister Gerüchte dementiert, denen zufolge Deutschland und Polen in Verhandlungen über die Rückgliederung Danzigs stünden. Beck hatte behauptet, daß die Deutschen in Danzig ausreichende Gelegenheit gehabt hätten, ihre völkische Eigenart unter der bestehenden Freistaat-Verfassung zu wahren. Einen dauernden Frieden in Europa sah er nur im Falle einer dauerhaften Verständigung der Nationen mit Deutschland als möglich an. Das Interview ermunterte Hitler, den Fall Danzig aufzugreifen. Er hoffte, eine Verständigung mit Deutschland würde Beck wichtiger sein als die Beibehaltung des unbefriedigenden status quo in Danzig.

Hitler entschloß sich zu diesem Schritt, als er von der Bitte Lipskis um eine Zusammenkunft mit Ribbentrop gehört hatte. Er wies daraufhin Ribbentrop an, alles anzuhören, was Lipski vorzutragen habe, und ihm erst dann die deutschen Vorschläge für ein umfassendes Abkommen zur Regelung der Danziger Frage und des Korridors zu unterbreiten. Er setzte Ribbentrop aus-

einander, daß eine deutsche Unterstützung polnischer Pläne von dem Ausmaß der Zusammenarbeit beider Länder abhängig gemacht würde.

Ribbentrop und Lipski trafen sich am 24. Oktober 1938 zu einem Mittagessen in Berchtesgaden. Diese Zusammenkunft bildete den Auftakt zu Deutschlands Versuch, Danzig mit Hilfe einer ausgehandelten Regelung zwischen Deutschland und Polen zu gewinnen. Das Versäumnis Polens, auf diesen Gedanken einzugehen, und sein darauf folgendes herausforderndes Verhalten gegenüber Deutschland führte schließlich zum deutsch-polnischen Krieg. Dieser örtlich begrenzte Krieg gab England den Vorwand zum Angriff auf Deutschland, was dann zum Ausbruch des 2. Weltkriegs führte.

Da diese Zusammenkunft auf Bitten Lipskis erfolgt war, hatte dieser in der ersten Stunde die Initiative. Er wiederholte seine im Auswärtigen Amt geäußerten Ruthenien-Argumente und meinte, daß es ohne Regelung der Ruthenien-Frage keine geordneten Verhältnisse geben würde. Jugoslawien würde als Mitglied der Kleinen Entente keine Einwände gegen den polnischen Plan einer ungarischen Herrschaft in Ruthenien erheben. Nur Rumänien sträube sich dagegen. Auch brachte er zum Ausdruck, daß „Becks Reise nach Rumänien eine Enttäuschung für Polen“ gewesen sei. Verächtlich bemerkte er, alles, was die Tschechoslowakei je für Ruthenien getan habe, sei der Bau von „ein paar Flughäfen für sowjetrussische Flieger” gewesen. Schließlich leugnete er, daß das Motiv der polnischen Ruthenien-Politik der Wunsch einer Blockbildung gegen Deutschland sei.

Ribbentrop schien den Äußerungen Lipskis volle Aufmerksamkeit zu schenken. Seine Erwiderung begann er mit einer Kritik an der Politik der Ungarn. Er vertraute Lipski an, daß Deutschland von der ungarischen Geheimverpflichtung der Kleinen Entente gegenüber erfahren habe, die am 23. August 1938 auf der jugoslawischen Konferenz in Bled eingegangen worden war. Ungarn hatte während der Tschechenkrise gegen die ihm von der Kleinen Entente angebotene Rüstungsgleichheit „auf Zuflucht zur Gewalt verzichtet". Das ließ auf eine Politik der Schwäche schließen. Demgemäß sei Ungarn nicht bereit gewesen, gemeinsam mit Deutschland im Fall einer endgültigen Klärung seine Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Ribbentrop sprach die Hoffnung aus, daß Lipski Verständnis für die Schwierigkeit haben würde, die der Verzicht auf Selbstbestimmung einschließe, lediglich um Ruthenien für Ungarn zu erwerben. Der Reichsaußenminister war davon überzeugt, daß die Ruthenen in einem Volksentscheid nicht für die Union mit Ungarn stimmen würden.

Lebhaft setzte er hinzu, daß er sich dem polnischen Plan natürlich nicht völlig verschließe. Lipski habe viele neue Ideen vorgetragen, die bei einer endgültigen Auswertung der Lage berücksichtigt werden müßten. Natürlich sei auch weiterhin die Haltung Rumäniens zu beobachten. Ribbentrop zielte

darauf hin, den Polen nahezulegen, daß ihr Plan nicht so einfach und risikolos sei, um von Deutschland ohne weiteres unterstützt werden zu können. Die Haltung Rumäniens war für Deutschland nicht unwesentlich. Hoffte doch Hitler letzten Endes, die deutsch-rumänischen

Handelsbeziehungen verbessern und größere Lieferungen an Fett, Getreide und Öl aushandeln zu könnnen.

Dann wechselte Ribbentrop das Thema. Er habe sich zu einem Empfang Lipskis in Berchtesgaden bereit erklärt, um mit ihm „ein großes allgemeines Problem" zu erörtern.

Auch wies er auf den streng vertraulichen Charakter dessen hin, was er ihm nun vorzubringen habe, und ließ durchblicken, daß es sich dabei um ein Geheimnis handle, an dem nur Beck, Lipski und er selbst beteiligt seien. Lipski, der als Diplomat schon halbe Worte erfassen konnte, wußte, was Ribbentrop ihm damit andeuten wollte, er allein und nicht Hitler sei für die folgende Eröffnung verantwortlich. Ribbentrop machte seine Sache gut. Noch Jahre nach dieser Unterredung lebte Beck in dem Glauben, daß die Initiative in der Danzig-Frage tatsächlich von Ribbentrop und dem Auswärtigen Amte und nicht von Hitler ausgegangen sei. Unverkennbar war Vorsicht der Grund für dieses Manöver. Ohne ein genaues Sondieren der Haltung Polens wollte Hitler bei der polnischen Führung nicht den Eindruck einer starren und unabänderlichen Haltung in einer Frage erwecken, in der sich nur schwer zu einer Einigung kommen ließ.

Ribbentrop bat Lipski, Beck eine herzliche Einladung zu übermitteln, im November 1938 noch einmal nach Deutschland zu kommen. Lipski versprach es zu tun, und daraufhin begann der deutsche Außenminister, Hitlers Plan zu umreißen. Deutschland würde von Polen dessen Zustimmung zur Überlassung Danzigs und zum Bau einer Autobahn sowie einer Bahnlinie nach Ostpreußen einholen. Es wurde Lipski versichert, daß diese sorgsam umschriebenen Anregungen alles seien, was Deutschland Polen zumute. Es sei klar, daß die Verhandlungen sich auf der Grundlage eines Quidproquo abspielen müßten und daß

Deutschland zu vielen Zugeständnissen bereit sei. So solle Polen einen ständigen Freihafen in Danzig erhalten, dazu das Recht, seine eigene Autostraße und Bahnlinie dorthin zu bauen. Ferner solle das ganze Danziger Gebiet einen ständigen Freimarkt für polnische Waren bilden, für den keine deutschen Zollabgaben erhoben würden. Deutschland sei sogar zu dem beispiellosen Schritt entschlossen, die bestehende deutschpolnische Grenze, einschließlich der oberschlesischen Grenze von 1922, anzuerkennen und zu garantieren. Ribbentrop verglich die in diesem Angebot zum Ausdruck kommende deutsche Opferbereitschaft mit den Zugeständnissen, die Italien kürzlich in der Tiroler Frage gemacht worden seien. Er fügte hinzu, Deutschland hoffe, zu einem ähnlichen Abkommen mit Frankreich über die deutsch-

französische Grenze zu gelangen, da die Locarno-Verträge außer Kraft seien.

Deutschland habe noch viele andere Anregungen für weitere Vorschläge zu bieten, die Polen Nutzen bringen würden. Ribbentrop schlug einen neuen Vertrag vor, der diese Vorschläge für eine allgemeine Regelung aufnehme. Ein Bündnispakt sei nicht nötig, ein neuer Nichtangriffspakt für fünfundzwanzig Jahre würde genügen. Er hoffe, daß der neue Pakt eine Konsultationsklausel zur Förderung guter Zusammenarbeit enthalten werde, auch halte er es für nutzbringend, wenn Polen sich der Antikomintern-Front anschließe.

Hitlers Angebot enthielt großzügige Bedingungen für Polen. Dazu gehörte, was die Frage der Grenzregelung anbetraf,

ein ungewöhnlicher Verzicht zugunsten Polens. Dieser bedeutete mehr als eine Entschädigung für die Rückgliederung Danzigs an Deutschland, einer Stadt, die schon seit mehreren Jahren nationalsozialistisch regiert wurde. Diese Tatsache war geeignet, Polens Prestige zu wahren, sobald es dem Wechsel in Danzig zugestimmt hatte. Mit Leichtigkeit konnten polnische Propagandisten darauf verweisen, daß Polen aus dieser Politik große Vorteile erwüchsen.

Normalerweise hätte ein Botschafter angesichts eines solchen Angebotes seine Antwort auf die Klärung einzelner Punkte beschränkt, um sich vor dem Einholen neuer Instruktionen ein möglichst deutliches Bild zu verschaffen. Das aber war nicht Lipskis Methode. Er erwiderte sofort, daß er „einen Anschluß (Danzig-Deutschland) für nicht möglich halte, wenn auch nur.. und grundsätzlich… aus Gründen der Innenpolitik“. Er behandelte dieses Thema mit großer Eindringlichkeit und betonte, daß Beck das polnische Volk niemals dazu werde bewegen können, sich mit der deutschen Annexion Danzigs einverstanden zu erklären. Auch würde man in Polen die Freie Stadt Danzig, anders als bei der Saar, nicht als ein Produkt des Versailler Vertrages betrachten, sondern als eine Sache alter historischer Tradition.

Lipski war nicht aufrichtig bei der Darlegung dieser sorgfältig vorbereiteten Argumente. Er wußte sehr wohl, daß das entscheidende Hindernis für eine Annexion Danzigs durch Deutschland der Entschluß Becks war, Deutschland diese Stadt niemals zurückzugeben. Der polnische Diplomat erweckte damit den bewußt irreführenden Eindruck, Beck sei mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht in der Lage, eine Entscheidung über Danzig zu treffen. Erstaunlicherweise fand auch die Anerkennung der polnischen Grenzen durch Deutschland bei Lipski keinen

freudigen Widerhall. Sicherlich wäre er mit etwas mehr Optimismus über die anhaltend guten Beziehungen zu Deutschland erfreut gewesen, doch paßte das leider nicht zu der Haltung des polnischen Außenministers unter Becks Führung.

Ribbentrop suchte seine Ungeduld zu verbergen, war aber durch das befremdende Verhalten Lipskis sichtlich beunruhigt. Eindringlich machte er

198

199

Lipski klar, daß die Anerkennung des polnischen Korridors für Hitler keine Kleinigkeit sei. Lipskis Antwort bestand darin, das Thema zu wechseln und sich der Tschechenfrage wieder zuzuwenden. Er bat, man möge die Münchener Weisungen bei der Behandlung der tschechisch-ungarischen Grenze aufgeben, und schlug einen neuen Plan vor, nach dem Polen, Deutschland und Italien die Frage regeln sollten. Lipski wußte sehr wohl, daß die Italiener zur Sicherung ihres Einflusses in Ungarn die extremen ungarischen Ansprüche unterstützen würden, glaubte aber auch zu wissen, daß Italien und Polen Deutschland in einer Konferenz notfalls überstimmen würden. Ribbentrop erwiderte, daß man da nur etwas tun könne, wenn Deutschland und Polen sich über ihre eigenen Probleme einigten. Lipski versprach, lediglich die deutschen Vorschläge nach Warschau weiterzuleiten. Ribbentrop erwähnte die neuen polnischen Forderungen an Litauen nicht, die am 20. Oktober 1938 gestellt worden waren. Polen hatte nachdrücklich ein Unterbinden der Tätigkeit antipolnischer Interessengruppen in Litauen verlangt und außerdem die Gewährung neuer Vorrechte für die polnische Minderheit.

Beck verzögert die polnische Antwort

Berichte über diese vertrauliche Unterredung liefen mit großer Schnelligkeit durch ganz Europa. Kennard informierte Halifax am 25. Oktober 1938 „von gut unterrichteter Seite", daß Deutschland und Polen in Verhandlungen begriffen seien über Bedingungen eines allgemeinen Abkommens und dazu einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze. Kennard wiederholte die am Tag zuvor von Ribbentrop angeschnittenen Punkte mit peinlicher Genauigkeit. Er setzte hinzu, daß er diese Informationen aus verschiedenen Quellen in Warschau erhalten habe.

Moltke dachte über die Aussichten für eine Verständigung mit Polen recht pessimistisch. Ihn beunruhigte die Tätigkeit ukrainischer Propagandisten in Deutschland. Er sah, daß die Polen Deutschland mißtrauten und daß „wir ihnen häufig Gründe zu diesem Mißtrauen liefern". Er hatte auch seine bisherige Meinung über die Zweckmäßigkeit, Nachrichten über die deutsche Minorität in Polen in der deutschen Presse zu unterdrücken, geändert. Er behauptete nunmehr, nur etwas Derartiges mache die Polen Deutschland gegenüber unsicher. „Eine ruhige sachliche Darstellung dieser Dinge würde die Polen überhaupt nicht ernsthaft beunruhigen."

Moltke behauptete überdies, seit der Münchener Konferenz habe Deutschland seinen antisowjetischen Kurs nur sehr verhalten und gedämpft verfolgt, deshalb äußerten die Polen Besorgnis über die Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Abmachung. Natürlich würde eine deutsche prosowjetische Politik unvereinbar sein mit einer ukrainischen Irredenta-Politik, aber Moltke

199

200

blieb dabei, daß einzelne Polen über beides beunruhigt seien. Offensichtlich machte er sich wegen der ungünstigen Aussichten einer deutsch-polnischen Verständigung Sorgen. Er glaubte nicht, daß großzügige Zugeständnisse von deutscher Seite die Hindernisse beseitigen würden. Doch war das Material, auf das er sich bei diesen Befürchtungen stützte, weder vollständig noch sehr überzeugend.

Beck war klug genug, am 24. Oktober 1938 einzusehen, daß er in der Ruthenien-Frage keine deutsche Hilfe zu erwarten hatte, wenn er sich den deutschen Vorschlägen für eine Verständigung nicht aufgeschlossen zeigte. Er wußte beides, daß Großbritannien Polen gegen Deutschland unterstützen, aber auch, daß die britische Regierung Zeit gewinnen wollte. Lieber wollte er Polens Zukunft einem erfolgreichen Präventivkrieg Englands gegen Deutschland anvertrauen als zu einer Verständigung mit den Deutschen gelangen. Sein Glaube an Großbritanniens Gegnerschaft gegenüber Deutschland hinderte ihn, sich ernsthaft mit dem deutschen Angebot zu befassen. Die Vorstellung, daß die Briten zur Vorbereitung ihres Krieges Zeit brauchten, veranlaßte ihn zu einer sorgsam ausgearbeiteten Verzögerungstaktik gegen die Deutschen.

Sein erster Schritt war es, die polnische Antwort auf die deutschen Vorschläge hinauszuzögern, der zweite, auf weitere Bemühungen um deutsche Mitarbeit in Ruthenien zu verzichten. In seinen Unterredungen mit Graf Moltke gab er durch sein Verhalten zu verstehen, daß die Ruthenien-Frage schließlich nicht so wichtig für Polen sei. Es sei eine Torheit gewesen, die Provinz 1918 den Tschechen zu geben, lieber hätte man sie Ungarn überlassen, als sie jetzt „vollständig in der Luft hängen" zu sehen.

Moltke wurde bedeutet, die Rumänen seien idiotisch, die ungarischen Forderungen in Ruthenien nicht zu

unterstützen, denn das könnte Ungarn beschwichtigen und seine Wünsche von Siebenbürgen ablenken. Die Ruthenen wären armseliges Material für eine ukrainische Irredenta-Bewegung, denn sie „empfänden auch nicht die geringste Sympathie für die Galizien-Ukrainer”. Moltke beschränkte sich auf die Bemerkung, daß die Aneignung des notleidenden Rutheniens wohl kaum den ungarischen Appetit auf das reiche Siebenbürgen stillen könne, das 1919 an Rumänien abgetreten worden war.

Beck verlor keine Minute, Lipski streng vertraulich mitzuteilen, was er in Wahrheit über die Ribbentrop-Vorschläge dachte. Er erklärte, der Tag werde niemals kommen, an dem Polen die Rückgliederung Danzigs an Deutschland hinnehmen würde. Er rief Lipski am 25. Oktober 1938 ins Gedächtnis, daß Pilsudski Danzig das Barometer der deutsch-polnischen Beziehungen genannt habe, und das hieß, Polen müsse sich bemühen, die Oberhand in Danzig zu behalten. Er bekannte, daß ein Versuch Deutschlands, sich Danzig einzuverleiben, einen Angriff Polens auf Deutschland zur Folge haben würde. Dieses

200

201

sagte Beck den Deutschen nicht vor März 1939, also bis er wußte, daß die Engländer zum Kampf gegen Deutschland und zu einem Bündnis mit Polen vorbereitet seien. Dennoch rechnete er bereits im Oktober 1938 mit den Engländern, anstatt an einen isolierten polnischen Krieg gegen Deutschland zu denken, und richtete dementsprechend seine taktischen Maßnahmen ein. Beck hätte sich sicherlich ganz anders verhalten, hätten die Engländer im September

1938 nicht durchblicken lassen, daß sie gegen Deutschland anzutreten beabsichtigten, sobald sie bereit seien.

Beck durch britisches Hilfsversprechen verführt

Der Versuch Englands zur Entfaltung eines deutsch-polnischen Konflikts, der mit den Unterredungen zwischen Duff Cooper und Beck im August 1938 seinen Anfang nahm, hatte den denkbar schlimmsten Einfluß auf die polnische Politik. Der Glanz eines kommenden englisch-polnischen Bündnisses machte die polnische Führung blind gegen die praktischen Vorteile einer Verständigung mit den Deutschen.

Ein Bündnis mit England mußte die Feindschaft Deutschlands und der Sowjetunion gegenüber Polen unvermeidlich machen, ohne Polen den geringsten militärischen Vorteil zu bieten. Ein Bündnis mit England mußte gleichbedeutend mit einem Todesurteil für den neuen polnischen Staat werden.

Die polnische Diplomatie hat sich nach der Tschechenkrise verhängnisvoll verrannt. Die Entfremdung der Slowakei war ein ungeheurer Fehler, und der Versuch, Rumäniens Hilfe in der Ruthenienfrage zu gewinnen, war eine Farce. Polen hatte keine Aussicht, herzliche Beziehungen zur Sowjetunion anzuknüpfen. Seine einzige Hoffnung auf nationale Sicherheit lag in einer Verständigung mit Deutschland. Polen war verloren, wenn es sich der Notwendigkeit einer solchen Verständigung verschloß. Das einzig positive Element in dieser Situation war die geduldige Haltung Hitlers gegenüber den Polen. Er hatte keine Miene gemacht, Druck auf Polen auszuüben, und die späteren Vorgänge beweisen, daß er bis ins Unendliche auf die Antwort Polens gewartet hätte, wäre Beck nicht ungeduldig geworden und hätte Hitler zum Handeln gezwungen, genau wie Benesch und

Schuschnigg es getan hatten. Es ist die reinste Ironie, Hitler im Zusammenhang mit seiner Politik der Gebietsrevisionen Ungeduld nachzusagen, während es nachweislich jedesmal die Ungeduld seiner Gegner war, die die Entscheidung erzwang.

Ein Einvernehmen mit Deutschland hätte Polen eine starke Stellung gegeben, von der aus es gelassen in die Zukunft hätte blicken können. Die von Ribbentrop angebotenen Bedingungen bildeten eine ideale Grundlage für eine dauerhafte Verständigung. Die für Danzig vorgesehene Lösung hätte die immer wieder auftauchenden Probleme unter Voraussetzungen geklärt, die

eminent befriedigend für beide Länder gewesen wären. Die deutsche Bereitschaft, 20 Jahre nach dem Versailler Vertrag die polnischen Grenzen von 1919 anzuerkennen, ist ein einmaliges Phänomen in den Annalen der Diplomatie. Die Lösung der polnischen Frage im Jahre 1919 war für Deutschland weitaus ungerechter, als die deutsche Lösung im Jahre 1871 für Frankreich. Nichtsdestoweniger wäre die freiwillige Anerkennung der deutsch-französischen Grenze von seiten der französischen Regierung im Jahre 1890 einfach undenkbar gewesen. Die Vorspiegelung wirksamer britischer Unterstützung für die Verwirklichung ihrer Großmachtträume blendete die polnische Führung und hinderte sie, diese schlichte Tatsache zu erkennen. Das Großpolen von 1750 war ein gefährliches Erbe, das ihr Urteil trübte. Der britische Plan, Deutschland zu vernichten, aber war das Verhängnis, das ihre Urteilskraft untergrub.

7. KAPITEL: DEUTSCHPOLNISCHE REIBUNGEN IM JAHRE 1938

Die Hindernisse für eine deutschpolnische Verständigung

ES war tragisch für ganz Europa, daß man sich auf der Münchener Konferenz auf die Sudetenfrage beschränkt und eine Regelung der deutsch-polnischen Differenzen nicht einbezogen hatte, obgleich Mussolini wohl recht gehabt hat, sich für eine Konferenz mit abgegrenztem Thema einzusetzen, die Erfolg versprach, bevor man zu irgendeiner allgemeinen Beratung zusammenkam. Es wäre vielleicht mehr dabei herausgekommen, wenn Großbritannien in München etwas gewonnen hätte, etwas wie den Helgolandtausch. Die Erwerbung Cyperns 1878 auf dem Berliner Kongreß hat Disraelis Feststellung schmackhaft gemacht, er sei zurück und habe „ehrenvollen Frieden" mitgebracht. Die Engländer waren es nicht gewohnt, an Konferenzen über Gebietsverschiebungen teilzunehmen, ohne selbst mit Landgewinn daraus hervorzugehen.

Vier wesentliche Hindernisse waren es, die einer deutsch-polnischen Verständigung nach der Münchener Konferenz entgegenstanden. Das entscheidendste war die Vorstellung der polnischen Führer, eine Niederlage Deutschlands in einem neuen Krieg könne den Interessen Polens dienen. Nach Pilsudskis Tod wurde diese Einstellung besonders deutlich in dem Versuch Polens, während der Rheinlandkrise

im März 1936 einen Krieg gegen Deutschland zu schüren. Für die polnische Haltung gab es vor allem zwei Gründe. Es war einmal der Gedanke, daß Polen keine echte Großmacht werden könnte, wenn es von irgendeinem seiner unmittelbaren Nachbarn überschattet würde. Dazu kam die Unzufriedenheit mit den Gebietsauflagen des Versailler Vertrages und die Hoffnung der polnischen Führer, daß eine künftige Gebietsausweitung auf deutsche Kosten möglich sein würde?. Beide Gründe wären nur wenig ins Gewicht gefallen, hätten die Briten sich nach München nicht auf einen Kurs der Feindschaft gegenüber Deutschland begeben.

Das zweite Hemmnis waren die Scheuklappen der polnischen Führung gegen die Gefahr, die ihrem Lande von der Sowjetunion drohte. Der sowjetische

Außenminister Maxim Litwinow und der amerikanische Diplomat William Bullitt reisten einmal zusammen nach Moskau, als Bullitt dort Botschafter war. Sie kamen in Bialystok in Mittelpolen an, und Litwinow äußerte, dies sei seine Geburtsstadt. Bullitt bemerkte dazu, er habe gar nicht gewußt, daß der sowjetische Diplomat polnischer Herkunft sei. Litwinow erwiderte, er sei nicht als Pole geboren und Bialystok würde auch nicht polnisch bleiben. Dieser Vorfall trug sich kurz nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund zu und in einer Zeit, in der Litwinow als anerkannter Förderer der Versuche des Völkerbunds galt, die Aggression zu ächten.

Bullitt erzählte dem polnischen Außenminister Beck davon. Dieser machte sich zwar keine Illusionen über die Haltung

der Sowjets zu dem neuen polnischen Staat, aber er unterschätzte die industrielle Stärke und die militärische Schlagkraft Rußlands. Georges Bonnet hat später einmal gesagt, für ihn hätte es keine Schlacht von Stalingrad zu geben brauchen, um ihn von der sowjetischen Stärke zu überzeugen, und damit hatte er zweifellos recht. Die Mehrheit der europäischen Diplomaten war in ihrer Voreingenommenheit gegen den Kommunismus geradezu mit Blindheit geschlagen. Sie waren einfach nicht in der Lage einzusehen, daß das kommunistische System durchaus fähig war, die gewaltigste militärische Schlagkraft Europas zu entfalten, bis die Ereignisse es ihnen unwiderruflich zeigten. Nach einem Moskaubesuch im März 1935 erklärte Anthony Eden, für die nächsten fünfzig Jahre sei die Sowjetunion jeglicher Aggression unfähig.

Am 9. März 1938 ließ das polnische Außenministerium unter seinen ausländischen Missionen eine selbstgefällige Übersicht über die inneren sowjetischen Verhältnisse zirkulieren. Der derzeitige Terror in Rußland mußte als hervorstechendes Merkmal im Inneren Rußlands angesehen werden und die demokratische Sowjetverfassung wurde zutreffend als Betrug bezeichnet. Durch den ganzen Bericht lief die etwas voreilig gebildete Meinung von einem angeblichen Absinken der sowjetischen Macht und den gegenwärtigen Volksfrontplänen der kommunistischen Parteien im Ausland, die man als Schutztruppe bezeichnete, mit der die Sowjetunion ihre Schwäche abschirme. Er enthielt keine Andeutung, daß die Sowjetunion nach Beendigung der gegenwärtigen Säuberungen erbarmungslos und wirksamer geeint dastehen könnte. Eine nüchterne, der Wirklichkeit entsprechende Einschätzung der sowjetischen Gefahr hätte ein wirksamer Antrieb sein können, die deutschpolnische Zusammenarbeit in Gang zu bringen. Die verächtliche Nichtbeachtung der russis schen Macht ließ die Polen ihre gemeinsamen Interessen mit

Deutschland übersehen. Auch wurden sie dazu verleitet, hinter den wiederholten deutschen Versuchen, mit Polen eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu bilden, einige dunkle Gründe zu vermuten.

204

205

Der dritte Hinderungsgrund resultierte aus der Unsicherheit der Deutschen im Hinblick auf zwei deutsche Gemeinwesen im Osten, die weder unter deutscher noch unter polnischer Herrschaft standen. Es waren Danzig und Memel mit einer deutschen Bevölkerung von insgesamt über 500.000. Seit 1918 waren viele deutsche Gemeinden im Osten entwurzelt worden, und manchem Deutschen war, sobald Deutschland wieder erstarkt war, der Gedanke unerträglich, daß es auch Danzig und Memel so ergehen würde. Man konnte kein anhaltendes Vertrauen in eine deutschpolnische Zusammenarbeit setzen, bevor diese Orte für Deutschland zurückgewonnen waren.

Die Sorge der Deutschen um Memel trat während der polnisch-litauischen Krise im März 1938 zutage, und zwar zur Zeit des Österreich-Anschlusses. Beck besuchte gerade Italien. Der eingebildete junge Außenminister Italiens, Graf Ciano, der selten ein gutes Wort über jemand zu finden schien, kennzeichnete Beck als weder „sonderlich stark noch einzigartig klug“. Mit Genugtuung verzeichnete er in seinem Tagebuch, daß Mussolini nicht im mindesten von ihm beeindruckt war. Beck war dagegen ein interessierter Zeuge der Demütigung der italienischen Führer, als Hitler Österreich besetzte. In seiner Rede vor dem italienischen Parlament am 16. März 1938 gab sich Mussolini die größte Mühe, die Lage zu erklären, doch Österreich war eine bedeutende italienische Interessensphäre gewesen und der

Prestigeverlust, der für Italien in diesem Anschluß lag, ließ sich schwerlich leugnen.

Am 11. März 1938 wurde ein polnischer Grenzschutzbeamter auf litauischem Gebiet getötet. In einer großen Anfrage im Senat bestand der polnische Senator Kasimierz Fudakowski darauf, Litauen müsse gezwungen werden, sich weitgehenden Forderungen Polens zu beugen!. Ganz offensichtlich waren die polnischen Führer darauf bedacht, einige Erfolge auf Kosten Litauens buchen zu können, um nicht hinter Hitlers Triumph in Österreich zurückzubleiben. Beck kehrte am 16. März nach Polen über Wien zurück und bekam so einen gewissen Eindruck von der freudigen Erregung in der österreichischen Hauptstadt.

Beck fand, daß viele polnische Führer die Forderungen an Litauen unterstützten, die er unter den herrschenden Umständen für übersteigert hielt. Er glaubte, Litauen würde schon allmählich in den polnischen Bereich übergehen, wenn man nicht allzu viel allzu schnell zu erreichen suchte. In Warschau und Wilna fanden Demonstrationen zugunsten der Erwerbung Memels und der Schaffung eines neuen polnischen Ostseehafens statt. Der Widerhall aus Deutschland bestand in dem Befehl der sofortigen militärischen Besetzung Memels, wenn polnische Truppen nach Litauen einmarschieren würden”?. Ribbentrop bat Lipski um Auskunft über polnische Absichten in Litauen, bekam aber bis zum 18. März von dem polnischen Botschafter keine befriedigende Ant-

wort. Bis dahin verstrichen einige Tage der Ungewißheit‘”. Am 17. März sandte Polen Litauen ein 48-Stunden-

Ultimatum, das die Anerkennung des Status quo einschließlich Wilnas, der alten litauischen Hauptstadt, als polnischen Besitz forderte. Beck verlangte außerdem den Austausch von Botschaftern für beide Länder und das Öffnen der litauisch-polnischen Grenzsperre für ungehinderten Handel. Am 19. März 1938 entschied sich die litauische Regierung, in letzter Minute nachzugeben. Ein Versuch, die Sowjetunion um Hilfe gegen Polen anzugehen, schlug fehl, denn die Russen hatten zur Zeit nicht die Absicht, von sich aus als erste einen Konflikt zu begünstigen. Die alte Feindpolitik Litauens gegenüber Polen mußte unter Druck aufgegeben werden, und in den folgenden Monaten verbesserten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zusehends. Hitler hatte nichts gegen die allmähliche Einbeziehung Litauens in den polnischen Einflußbereich einzuwenden, aber nach seiner Überzeugung waren die deutschen Interessen nicht eher gesichert, als bis Memel zum Reich zurückgekehrt sei.

Viertens wurde die deutschpolnische Verständigung durch die grausame Behandlung der Minderheiten seitens der Polen behindert. Das bezog sich in erster Linie auf Mißhandlung der Deutschen; allerdings hatte auch der Versuch Polens, über 50.000 jüdische Bürger 1938 ins Deutsche Reich abzuschieben, eine böse Wirkung auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Das Vorgehen Polens, sich durch dieses Unternehmen einer großen Zahl polnischer Juden zu entledigen, war ebenso roh wie unverschämt. Der Schritt an sich ist nur dann zu begreifen, wenn man die steigende Flut antijüdischer Stimmung in Polen Anfang 1938 berücksichtigt.

Die polnische Paßkrise

In den Jahren 1933 bis 1938 hatte man sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigt, die jüdische Auswanderung aus

Deutschland zu fördern. Doch in diesen gleichen Jahren waren weitaus mehr Juden aus Polen als aus Deutschland fortgegangen. Durchschnittlich wanderten 100.000 Juden im Jahr aus Polen aus, im Gegensatz zu Deutschland, das jährlich 25—28.000 Juden verließen. Ein wirtschaftliches Sonderabkommen (Havarah Agreement) versetzte deutsche Juden vom September 1933 bis November 1938 in die Lage, ihr Vermögen nach Palästina zu transferieren, auch waren die deutschen Behörden in dieser Hinsicht weitaus großzügiger als Polen. Es gab für wohlhabende Juden in Deutschland besondere Einrichtungen, durch einen Kapitaltransfer nach verschiedenen Orten zur Auswanderung anderer beizutragen. Bis zum 9. November 1938 hatten 170.000 Juden Deutschland verlassen, während in der gleichen Zeit annähernd 575.000 aus Polen emigriert waren. Es wurde festgestellt, daß Tausende von Juden, welche Deutschland 1933 verlassen hatten,

nach 1934 wieder in das Land zurückgekehrt waren. Und in der gleichen Zeit ist kaum einer der polnischen Juden nach Polen zurückgekommen.

Im März 1938 machte der polnische Botschafter Jerzy Potocki dem amerikanischen Unterstaatssekretär Sumner Welles klar, Polen wünsche die Auswanderung polnischer Juden zu steigern. Welles sagte zu, bei der Ansiedlung polnischer Juden in Südamerika behilflich zu sein, vor allem im reichen Venezuela. Eine polnische Sondermission unter Major Michal Lepecki war 1937 nach Madagaskar entsandt worden, um die Möglichkeiten jüdischer Ansiedlung in der reichen, aber spärlich bewohnten französischen Kolonie zu untersuchen. Natürlich bemühten sich die Polen, sich einer

größtmöglichen Zahl von Juden mit einem Mindestaufwand an Kosten zu entledigen.

Der amerikanische Botschafter Biddle berichtete am 28. März 1938 aus Warschau, daß viele polnische Juden einen neuen europäischen Krieg begrüßen würden. Die Zerstörung des neuen polnischen Staates würde unter Umständen die Verhältnisse für die Juden bessern, und viele von ihnen hielten die Sowjetunion im Vergleich zu Polen für ein wahres Paradies. Biddle fügte hinzu, die Lebensbedingungen für die Juden in Polen würden ständig ungünstiger, infolgedessen nahm natürlich auch die Illoyalität der Juden gegenüber Polen zu. Biddle erklärte, jüdische wie auch polnische Führer setzten sich für ein Höchstmaß jüdischer Auswanderung ein, wenn beide es auch aus verschiedenen Gründen taten. Man hatte die Juden einer finanziellen Panikmache während der polnischelitauischen Krise im März 1938 bezichtigt; in jenen Tagen hatte ein auffälliger Sturm auf Banken und Sparkassen eingesetzt.

Mißtrauen und Abneigung gegen die Juden in Polen reichten bis zur Spitze. Premierminister Slawoj-Skladkowski stellte 1937 während einer Unterhaltung mit Völkerbundskommissar Burckhardt in Warschau fest, 60 Prozent aller polnischen Juden seien Kommunisten und go Prozent aller polnischen Kommunisten seien Juden.

Biddle verkündete am 29. März 1939, der polnische Sejm erlasse eine Vielzahl neuer antijüdischer Gesetze. Er erklärte, daß 53 Prozent der polnischen Rechtsanwälte Juden seien, obwohl die Juden nur 8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Mit der neuen Gesetzgebung wolle man erreichen, die jüdischen Rechtsanwälte auf eine im entsprechenden Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil stehende Zahl zu beschränken. Diese Art von Gesetz wurde von der Regierung gefördert,

aber es bestand immer die Gefahr eines Durcheinanders. Im März 1938 stimmte der Sejm einer Gesetzesvorlage zu, wonach das Essen von koscherem Fleisch verboten wurde, obwohl 2,5 Millionen Juden in Polen nur koscheres Fleisch aßen. Die Regierung fürchtete natürlich — wegen der auf diese Weise erzwungenen Umstellung auf vegetarische Ernährung —die Auswirkung auf die polnische Fleischindustrie und es wurden Schritte

unternommen, um das Inkrafttreten dieses Gesetzes zu unterbinden. Diese extreme gesetzliche Regelung war ein deutliches Anzeichen für den Judenhaß der Polen.

Im März 1938 wurde ein weiteres Gesetz vom Sejm angenommen, wonach die Regierung im Ausland lebenden Bürgern willkürlich die polnische Staatsangehörigkeit entziehen konnte. Die Bedingungen bestimmten ausdrücklich, daß Personen als staatenlos erklärt werden konnten, wenn sie fünf Jahre lang nicht im Lande gewesen wären. Das Inkrafttreten des Gesetzes wurde verschoben, bis die Tschechenkrise vorüber war. Das Gesetz war als Teil des polnischen Anti-Judenprogramms von 1938 angenommen worden und sein ganz klarer Zweck war, so viele Juden wie möglich an der Rückkehr nach Polen zu hindern. Viele der im Ausland lebenden polnisch-jüdischen Staatsangehörigen waren in Deutschland. Eine Reibung zwischen Deutschland und Polen wurde unvermeidlich, als die Polen am 15. Oktober 1938 einen Erlaß veröffentlichten, wonach dem Staatsbürgergesetz vom März 1938 Genüge zu tun war.

Den Polen war die deutsche Haltung zur jüdischen Frage wohlbekannt. Vor Jahren schon hatte Hitler seine antijüdische Politik in Deutschland begonnen. Sein Programm hatte auf dem Reichtsparteitag in Nürnberg 1935 Gesetzeskraft erhalten. Hitler war der Überzeugung, daß Deutschland mit der vollen gesetzlichen und politischen Gleichheit für die Juden, wie sie im vorigen Jahrhundert in Deutschland und England gewährt worden war, einen großen Fehler gemacht habe. Er teilte die Überzeugung Roman Dmowskis in Polen, daß die Juden im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich schädlich wären. Hitler arbeitete auf den Tag hin, an dem es keine jüdischen Bürger in Deutschland mehr geben würde, genau wie Abraham Lincoln es während seiner letzten Jahre für die Abwanderung der Neger aus Amerika getan hatte. Die von Hitler in der Judenfrage vertretene Ansicht war im höchsten Maße intolerant. Das wußten die polnischen Führer ganz genau, als sie das Gesetz vom März 1938 erließen.

Die russische Regierung hatte den polnischen und russischen Juden 1885 Schwierigkeiten gemacht, als diese aus Deutschland nach Polen zurückkehren wollten. Reichskanzler Bismarck beharrte zu einer Zeit, als Deutschland keine antijüdische Politik verfolgte, darauf, polnische und russische Juden in steigendem Maße zu deportieren, bis die Russen ihre Beschränkungen aufheben würden. Er machte geltend, daß, wenn er nicht so reagiere, Deutschland stillschweigend das Recht eines Staates anerkennen würde, ein benachbartes Land mit riesigen Zahlen unerwünschter Bürger zu überschwemmen.

Polen hatte nichts aus diesem Beispiel gelernt und versuchte, einen Teil seiner jüdischen Minderheit auf deutsche Kosten loszuwerden?!. Die Polen vermuteten, daß es Hitler nicht recht sein würde, aber sie waren bereit,

Methoden anzuwenden, einer deutschen Vergeltung zu begegnen, die das Russische Reich

208

209

nicht gewagt hatte. Sie beschlossen, polnische Juden, die Deutschland auszuweisen trachtete, an der Grenze mit Hilfe von Bajonetten anzuhalten. Mit diesem Vorgehen überraschten sie die Deutschen vollständig; denn diese hatten niemals vermutet, daß Polen so weit gehen würde.

Das deutsche Auswärtige Amt machte verschiedene Anstrengungen, die Polen zur Aufhebung ihres Erlasses zu bewegen, hatte jedoch keinen Erfolg. Moltke unternahm einen letzten Versuch am 26. Oktober 1938. Die Zeit drängte, da die polnischen Pässe der Juden nach dem 29. Oktober 1938 automatisch verfielen, zwei Wochen nach der Veröffentlichung des Erlasses. Die polnischen Konsulate in Deutschland waren ermächtigt, Sonderstempel auszugeben, wodurch die Pässe gewisser Personen nicht unter die Bestimmung fielen, doch erhielten polnische Staatsbürger jüdischer Abstammung diese Stempel nicht. Moltke empfand deutlich, daß er mit seinem letzten Protest keinen Eindruck auf Jan Szembek im polnischen Außenministerium gemacht hatte. Er tat ein weiteres, um Szembek eindringlich zu warnen. Er vertraute ihm an, die Deutschen würden die Juden austreiben, wenn ihnen von Polen kein Recht geschähe. Das fand Widerhall. Szembek drückte sein Erstaunen über die von Deutschland geplante Vergeltungsmaßnahme aus”. Moltke setzte auseinander, die Frage könnte mühelos geregelt werden, wenn die polnische Regierung damit einverstanden sei, daß der Erlaß sich nicht auf das Reichsgebiet beziehen würde, oder wenn sie die Zusage gäbe, daß polnische Staatsbürger in Deutschland

ohne diesen Sonderstempel nach Polen zurückkehren könnten.

Becks Antwort vom 27. Oktober auf Moltkes Demarche enthielt eine beachtenswerte Anhäufung von Argumenten, den polnischen Standpunkt zu begründen. Er machte geltend, daß in Deutschland lebende Polen jüdischer Abstammung unter antijüdischen Gesetzen hätten leiden müssen, obwohl sie keine deutschen Staatsbürger waren. Er behauptete, dieses gebe Polen das Recht, sich der Verantwortlichkeit für diese Gruppe zu entziehen. Er gab zu, daß Polen selber antijüdische Maßnahmen anwende und die Rückkehr im Ausland lebender polnischer Juden nicht wünsche. Er gab an, dies sei gerechtfertigt, denn die deutsche Devisenkontrolle habe zur Folge, daß polnische Juden kaum etwas von ihrem Vermögen nach Polen verbringen könnten. Das hieße, sie würden wirtschaftlich nur wenig besser gestellt sein als zur Zeit ihrer Ausreise aus Polen und nach ihrer Rückkehr dem polnischen Staat zur Last fallen.

Becks Sprache war unmißverständlich und den Deutschen wurde klar, daß sie keinen Ansatzpunkt zur weiteren Verhandlung hatten. Die deutschen Behörden gaben sich große Mühe, so behutsam und rücksichtsvoll wie möglich vorzugehen. Sie organisierten den Transport der polnischen Juden mit großer Umsicht und vergewisserten sich, daß die Reisenden gut versorgt wurden, auch räumlich und mit reichlicher und guter, Verpflegung. Die ersten Züge gelangten

über die Grenze zu polnischen Bahnstationen, ehe sich die Polen vorbereitet hatten, Halt zu gebieten. Aber danach geschah das Unglaubliche. Obwohl der letzte Tag der Paßstempelung der 29. Oktober war und der neue Ausschluß vom Bürgerrecht erst mit dem 30. Oktober in Kraft treten sollte, versuchte die polnische Grenzschutzpolizei, die Juden am Eintritt nach Polen zu hindern. Die Deutschen hatten keine Maßnahmen für dieses Vorgehen getroffen, und bald ergossen sich Tausende von Juden in einige kleine Grenzstädte Oberschlesiens und andere. W. K. Best, der mit der Aktion betraute Polizeioffizier, hat erklärt, daß „durch die Ansammlung von Tausenden polnischer Juden in einigen Städten an der deutsch-polnischen Grenze verschiedentlich sehr unzuträgliche Zustände verursacht worden seien“. Die deutsche Polizei beschloß, so viele Juden wie möglich nächtens über die „grüne Grenze” nach Polen zu schaffen, also auf dunklen Pfaden durch dichte Waldungen oder unbewachte Anger. Das war gefahrvolle Arbeit. Das Unternehmen lag unter erheblichem Beschuß von polnischer Seite, doch gab es längs der Grenze keine regelrechten Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen.

Die Polen setzten unmittelbar zu Vergeltungsmaßnahmen an und trieben kleinere Gruppen von Juden, die seit dem 1. Weltkrieg ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten hatten, über die Grenze nach Deutschland. Am Nachmittag des 29. Oktober 1938 erließ die polnische Regierung eine Bestimmung zur Austreibung einer entsprechenden Zahl von Volksdeutschen aus Posen und Westpreußen, um das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen den beiden jüdischen Gruppen auszugleichen. Diese herausfordernde Aktion der Polen machte der deutschen Aktion ein Ende. Man befürchtete, die Polen würden mit absichtlicher Übertreibung gewaltige Deutschentransporte organisieren und die Gelegenheit ausnutzen, die ehemaligen preußischen

Provinzen von der dort verbliebenen deutschen Bevölkerung zu räumen. Überdies gefiel Hitler das Verbitterung hervorrufende Vorgehen in dieser Sache ganz und gar nicht, und er fürchtete, es würde den deutsch-polnischen Beziehungen zum Schaden gereichen, wenn der Fall nicht geprüft würde. Die meisten der mit Erfolg deportierten Juden waren in der Nacht vom 28. zum 29. Oktober hinübergeschickt worden. Die polnischen Juden, die am Nachmittag des 29. Oktober an der Grenze ankamen, wurden an ihre Wohnorte in Deutschland zurückgeführt.

Die deutschen Behörden hatten die polnischen Juden nicht aus ihren Häusern herausgeholt mit der Maßgabe, daß sie niemals zurückkehren dürften. Klar und ausdrücklich war ihnen versprochen worden, daß sie zurückkommen könnten, sobald ihre Pässe in Polen gültig gemacht und die Polen ihnen die Erlaubnis zur Wiedereinreise ausgestellt hätten. Verhandlungen darüber wurden in Warschau geführt, da Lipski Deutschland in dieser Krise absichtlich

verlassen hatte und in Polen geblieben war. Ende November wurden die Vera handlungen nach Berlin verlegt. Es ist niemals zu einer umfassenden Regelung gekommen, aber die Polen hatten schließlich zugestimmt, daß die tatsächlich deportierten Juden nach Deutschland zurückkehren durften, ohne ihres Rechtes der Wiederkehr nach Polen verlustig zu gehen. Die Mehrheit der polnischen Juden in Deutschland war von der Deportation nicht erfaßt worden und sie bekamen auch nicht den Sondereinreisestempel zur Rückkehr nach Polen. Sie wurden staatenlose Juden. Viele von ihnen wanderten später von Deutschland in andere Länder aus. Die meisten der polnischen Juden, die zur Zeit

des polnischen Erlasses in Deutschland lebten, zogen es aus wirtschaftlichen Gründen vor, im Lande zu bleiben, anstatt nach Polen zurückzugehen. Ohne Zweifel sind mehr Juden wegen dieses Erlasses nach Polen zurückgegangen, als es sonst der Fall gewesen wäre, aber die polnischen Führer waren zufrieden, die tatsächliche Zahl polnischer Juden verringert zu haben, zumindest auf dem Papier.

Der polnische Erlaß und seine Auswirkungen lösten einen nachhaltigen Druck auf die derzeitige Behandlung der Juden in Deutschland aus. Zahlreiche Juden waren nach dem Anschluß Österreichs aus anderen Gebieten nach Berlin gekommen. Durch den Anschluß stieg die deutsch-jüdische Bevölkerung um fast 200.000 oder mehr als die Gesamtzahl der Juden, die Deutschland verlassen hatten. Der amerikanische Botschafter Hugh Wilson berichtete am 22. Juni 1938, daß angeblich 3000 weitere Juden im vergangenen Monat nach Berlin gekommen wären, und über das Wochenende des 18. Juni war es zum ersten Mal seit 1933 zu Demonstrationen gegen jüdische Geschäfte in Berlin gekommen. Im Oktober 1938 befaßte sich die deutsche Regierung mit einer Reihe von Maßnahmen zur Beschränkung der Tätigkeit von Juden auf dem Gebiet des Rechtswesens, und offensichtlich sollten noch andere Maßnahmen folgen, die jüdische Betätigung zu begrenzen. Es herrschte augenscheinlich beträchtliche Uneinigkeit unter den deutschen Führern über das, was man —wenn überhaupt — tun könnte. Aber dann kamen die Auswirkungen der polnischen Paßkrise der radikaleren Gruppe und deren Vertreter Joseph Goebbels, Minister für Volksaufklärung und Propaganda, entgegen.

Die Eltern und Schwestern Herschel Grynspans, eines verbummelten, unangemeldet in Paris lebenden jungen Juden, hatten zu einem der deutschen Transporte gehört. Grynspan erhielt von einer seiner Schwestern am 3.

November 1938 eine Postkarte. Darauf war die Reise nach Polen beschrieben, aber sie enthielt keine nennenswerte Beschwerde. Die deutschen Transporte waren umsichtig mit Bequemlichkeiten und ausreichender Verpflegung organisiert worden. Grynspan hatte seit 1936 bei einem Onkel in Paris gelebt, aber ein Befehl der französischen Polizei verlangte seine Ausweisung aus Frankreich. Grynspan

war einen Tag vor seinem Überfall auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath von seinem Onkel aus dem Haus geworfen worden. Grynspan hatte beschlossen, den deutschen Botschafter, Grafen Welczeck, zu ermorden und sogar, ohne ihn zu erkennen, am Morgen des 7. November 1938 vor der deutschen Botschaft kurz mit ihm gesprochen. Danach war er ins Botschaftsgebäude gegangen und hatte seinen Revolver auf vom Rath abgefeuert, als er entdeckte, daß Welczeck nicht anwesend war.

Nach dem 2. Weltkrieg lebte Grynspan noch in Paris. Die Geschichte seines Prozesses, seiner Gefangenschaft bei den Franzosen und seiner Verhaftung durch die Deutschen bildet ein interessantes Kapitel der Rechtsgeschichte”, In den Vereinigten Staaten hatte Dorothy Thompsen die Sammlung namhafter Beträge für die Verteidigung des angeblich heroischen jungen Juden gefördert, der, genau genommen, schon in eine Anstalt gehörte, ehe der Vorfall in der Deutschen Botschaft geschah. Es war eine Ironie des Schicksals, daß Ernst vom Rath ein entschlossener Gegner der Hitlerschen Anti-Judenpolitik gewesen ist.

Diese Pariser Tragödie wurde von Goebbels zur Verschärfung der Maßnahmen gegen die bedauernswerten Deutschjuden ausgenutzt. Nach der Ermordung eines namhaften Deutschen im Ausland (Wilhelm Gustloff, NS-Landesleiter in der Schweiz) im Jahre 1936 durch den Juden David Frankfurter hatte Goebbels gewarnt, der nächste Vorfall dieser Art würde zu scharfen Maßnahmen gegen die Juden führen. Als vom Rath seinen Verletzungen am 9. November 1938 erlag, setzte Goebbels alles daran, seine Drohung auszuführen. Am 9. November 1938 steckten organisierte Gruppen jüdische Synagogen in Deutschland in Brand und richteten Schaden in vielen jüdischen Geschäften an. Es gab Demonstrationen gegen die Juden. Frage und Zahl der Opfer sind umstritten. Die große Masse der Deutschen war entsetzt über die Vernichtung jüdischen Eigentums, denn das ging gegen ihren Sinn für Zurückhaltung und ihr Gefühl für Recht und Ordnung. Goebbels begrüßte diese Vorgänge als einen Wendepunkt, der zur Austilgung der letzten Spuren jüdischen Einflusses in Deutschland führen sollte.

Amerikas Reaktion auf die Ereignisse in Deutschland war wesentlich heftiger als anderswo, und zum ersten Mal schien es auch, als würden die Lebensbedingungen der Juden in Deutschland schlechter als in jedem anderen Land Europas. Hull wies Botschafter Wilson am 14. November an, Deutschland innerhalb weniger Tage zu verlassen, und verbot ihm, mit einem deutschen Schiff zu reisen. Wilson entlockte Goebbels am folgenden Tag die Zusicherung, daß ausländischen Juden in Deutschland keine Geldstrafen oder andere Maßnahmen auferlegt würden. Wilson berichtete am 16. November, daß die britischen Diplomaten in Berlin sich recht befriedigt über die jüdische Frage zeigten. Sie nahmen wahr, daß die deutsche öffentliche Meinung nicht hinter

den kürzlichen antijüdischen Maßnahmen stand und zogen daraus den klugen Schluß, daß sich so etwas wohl nicht wiederholen würde. Dieses war der letzte Bericht Wilsons an Hull vor seiner Ausreise.

Hitler wurde von Goebbels überredet, als die Demonstrationen vorüber waren, 1 Milliarde Mark Sühne von den wohlhabenden und einigermaßen gutgestellten Juden in Deutschland zu erheben. Goebbels hatte geltend gemacht, daß die Juden andernfalls riesige Geldbeträge von den deutschen Versicherungsgesellschaften einstreichen könnten, da das am 10. November 1938 beschädigte oder zerstörte Eigentum sehr hoch versichert gewesen sei. Die ärmeren Juden, welche weniger als 5.000 Mark Barvermögen besaßen, sollten davon ausgenommen werden. Diese Geldstrafe sollte am 15. Dezember 1938, 15. Februar, 15. Mai, 15. August 1939 entrichtet werden. Die Juden klagten, ihr Gesamtkapital in Deutschland im November 1938 betrage nur 8 Milliarden Mark und die Geldstrafe sei gleichbedeutend mit der Wegnahme eines großen Teils ihres Vermögens. Am 26. November 1938 wurde ein deutsches Gesetz verkündet, wonach jüdische Einzelhandelsgeschäfte aufgelöst werden mußten. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sollten am 1. Januar 1939 in Kraft treten. Gleichzeitig wurde das Versprechen abgegeben, daß die Wohlfahrt und andere staatliche Unterstützungseinrichtungen für die Juden auch weiterhin zur Verfügung stehen würden.

Die polnische Paßkrise und ihre Auswirkungen belasteten die Beziehungen Deutschlands — abgesehen von den Vereinigten Staaten und Polen — zum Ausland kaum. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren angesichts der Feindseligkeit der amerikanischen Führer gegenüber

Deutschland ohnehin katastrophal. In Polen führten die Vorgänge zu sehr viel schärferen Maßnahmen gegenüber der deutschen Minorität und zu einer Verschiebung des Beck-Besuches in Deutschland auf unbestimmte Zeit. Es war den Deutschen klar, auch ohne Becks Einstellung zu Danzig zu kennen, daß ein sofortiges Aushandeln einer allgemeinen Regelung mit Polen allen Ernstes auf die lange Bank geschoben worden war.

Verfolgung der deutschen Minderheit in Polen

Das ganze Jahr 1938 wurde zu einer schlimmen Zeit für die deutsche Minderheit in Polen, da die antideutschen Maßnahmen der Regierung sich spürbar verschärft hatten. Es schien, als könnten die Polen die Deutschen plötzlich nicht schnell genug loswerden. Die polnischen Führer griffen jetzt bei den Verfolgungen der Deutschen schärfer durch, und zwar mit dem Scheinargu-

ment, daß die Verhältnisse der polnischen Minorität in Deutschland schlechter denn je seien. Der Vorsitzende des Außenpolitischer. Ausschusses im Sejm, Jan Walewski, lenkte in einer bedeutsamen Rede am 23. April 1938 die Aufmerksamkeit der polnischen Öffentlichkeit auf diese Angelegenheit. Walewski behauptete, daß das Minderheitenabkommen vom November 1937 lediglich in der deutschen Reichskanzlei Geltung habe und sonst nirgendwo in Deutschland. Er behauptete, daß die Verhältnisse der Deutschen in Polen weit besser seien als die Lage der Polen in Deutschland. Diese Rede hatte eine verheerende Wirkung auf das Verhalten der Bevölkerung gegenüber den Volksdeutschen in Polen. Das Thema der

Rede wurde in der polnischen Provinzpresse beharrlich ausgewalzt. Die Rede und der Pressefeldzug kamen Deutschland, als Hitler sich um die Besserung der Bedingungen für die Sudetendeutschen in der Tschechei mühte, sehr ungelegen. Der internationalen Presse bereitete es keine Anstrengung zu behaupten, Deutschland verdiene keine Sympathie, da es seine eigenen Minderheiten ja schlecht behandle.

Die polnischen Beschwerden verstiegen sich zu stakkatospitzen Klagetönen, als die Ergebnisse der deutschen Volkszählung vom 15. Mai 1938 verkündet wurden und nur 15.000 Personen angegeben hatten, abstammungspolnisch zu sein. Die polnischen Führer hatten das erwartet. Lipski hatte schon am 31. März 1938 eine erste Beschwerde gegen die Methoden der deutschen Volkszählung vorgetragen. Mit Erstaunen mußte man feststellen, daß die Polen gehofft hatten, eine Rückkehr zu den Zählungsmethoden der preußischen Monarchie vor 1918 vorschreiben zu können”. Im Jahre 1920 hatten 15 927 Personen in den Abstimmungsgebieten im südöstlichen Westpreußen und in Süd-Ostpreußen für eine Union mit Polen gestimmt. Das war zu einer Zeit, als Deutschland geschlagen am Boden lag. Im Mai 1938 gaben nur 212 Personen in diesem ganzen Gebiet an, polnischer Abstammung zu sein. Das war den Polen zu viel, und sie beriefen sich auf die Klauseln des Vertrages von 1937, die eine Assimilierung durch Gewalt verboten. Die Union der Polen in Deutschland leitete auf Befehl Warschaus eine Kampagne ein, mit der demonstriert werden sollte, daß die Lage der polnischen Minderheit sich verschlechtere. Der polnische Verband behauptete, die Tätigkeit der Polen würde in vielen Bereichen eingeschränkt.

Die Deutschen sagten sich, daß die Klagegründe einer Minorität niemals ausschließlich der Phantasie entspringen.

Sie hofften die Polen im Interesse der viel größeren deutschen Minderheit dort beschwichtigen zu können. Das deutsche Innenministerium versprach, sich der polnischen Klagen anzunehmen und berief eine Sitzung von Sachverständigen ein. Es stand dabei unter starkem Druck des Auswärtigen Amtes und bekam gesagt, daß die polnische Presse dabei sei, „häßliche Parallelen zu der Bedrückung der polnischen Minderheit in

214

215

der Tschechei zu ziehen". Es war vermerkt worden, daß „die kriegsschürende jüdische New York Times" das Thema aufgegriffen hätte.

In einem Bericht vom 24. Juni 1938 gab das Innenministerium zu, daß gewisse polnische Beschwerden „in einigen Fällen auf die tatsächliche Lage zutreffen". Es waren einige Fälle der Zurücksetzung polnischer Studenten und Beschränkungen im Vertrieb von Büchern durch polnische Verkaufsgenossenschaften aufgedeckt worden. Reichsinnenminister Frick empfing die Führer der polnischen Minderheit und versprach ihnen, die Beschwerdenursachen abzustellen. Er betonte aber auch, daß „die Lage der deutschen Minderheit in Polen weitaus stärkeren Anlaß zur Klage gebe“. Es wurde die Notwendigkeit regelmäßiger Zusammenkünfte von Vertretern beider Länder hervorgehoben und man ließ das Auswärtige Amt insgeheim wissen, dieses Vorgehen sei „das einzig wirksame Mittel, die schwierige Lage der deutschen Minderheit in Polen zu erleichtern“. Das Innenministerium war sich bewußt, daß einseitige Zugeständnisse an die Polen in Deutschland die Probleme der Deutschen in Polen nicht lösen würden. Eine Koordinierung der deutschen und polnischen Politik war

erforderlich, aber gerade diese Koordinierung haben die Deutschen niemals erreichen können.

Der Empfang der polnischen Minderheitenführer am 24. Juni 1938 wurde in der polnischen Presse veröffentlicht. Nichtsdestoweniger machte das Regierungsorgan „Gazeta Polska" in einem Leitartikel zu dieser Frage geltend, daß eine Koordinierungspolitik beider Länder unnötig sei. Die Verfasser nahmen den Standpunkt ein, Minderheitenfragen müßten von jeder Regierung als innere Angelegenheit betrachtet und behandelt werden. Diese Erklärung mußte der Aufhebung des deutsch-polnischen Minderheiten-Paktes von 1937 gleichgesetzt werden, der die Sorge um die Polen in Deutschland seitens der polnischen Regierung und die um die Deutschen in Polen seitens der deutschen Regierung vorgesehen hatte.

Die Schwierigkeit war, daß die deutsche Minderheit in Polen wesentlich zahlreicher und bedeutender war als die polnische Minderheit in Deutschland. Den polnischen Führern fiel der Schluß nicht schwer, daß die Entfernung der sehr großen deutschen Minderheit in Polen mehr als ein guter Ausgleich für irgendwelche möglichen Einbußen der Polen in Deutschland sein würde, wenn die Deutschen sich schließlich zu Vergeltungsmaßnahmen anschickten. Eine weniger tolerante deutsche Politik hätte gleichwohl ein Wiederaufleben des polnischen Nationalismus unter den Polen in Deutschland hervorrufen können. Die meisten der polnisch-sprechenden Menschen in Deutschland waren stolz auf den deutschen Wohlstand und die Tüchtigkeit. Sie zogen es vor, als deutsch betrachtet zu werden. Die polnischen Führer hofften allerdings, diese würden ihr polnisches Herz wiederentdecken, wenn Deutschland sich ihnen weniger

günstig gesinnt erweisen oder noch einmal ein Unglück erleben würde, so schwer oder noch schwerer als 1918. In der Zwischenzeit sollten sie sehen, wie sie fertig würden. Es war bereits so, als ob Deutschland und Polen Krieg miteinander führten. Während die Polen eine riesige Zahl von deutschen Geiseln hatten, konnten sich die Deutschen nur an eine unbedeutende Zahl von Polen halten. Das Gleichmaß der Wechselwirkung, das einander bekriegende Nationen oftmals dazu veranlaßt, ihre Gefangenen menschlich zu behandeln, weil die jeweils eigenen Leute in den Händen des Feindes sind, zeigte in diesem Fall peinvolle Mängel.

Es lagen Anzeichen vor, daß das Auswärtige Amt nun nicht ein für allemal davon Abstand zu nehmen gedachte, sich der unzulässigen Behandlung der deutschen Minderheit durch die Polen mit dem ihr gebührenden Nachdruck anzunehmen. Lipski erschien am 13. Juni 1938 im Auswärtigen Amt, um gegen die Hindernisse zu protestieren, die der Fertigstellung einer neuen polnischen Mädchenschule in Ratibor in West-Oberschlesien entgegenstanden. Die örtlichen deutschen Behörden waren über diese Schule recht aufgebracht. Sie behaupteten, sie sei auf der falschen Seite der Grenze errichtet, da die meisten der dorthin gehenden Mädchen aus Polen kämen. Der Vorfall schien dem Staatssekretär von Weizsäcker unwichtig und er bekannte im Kollegenkreis, daß er sich heftig versucht fühle, Lipski wegen der gegenwärtigen polnischen Maßnahmen gegen die Deutschen in Polen herauszufordern, aber wegen der Tschechenkrise habe er davon Abstand genommen". Schließlich erließ Reichsaußenminister von Ribbentrop am 17. Juni 1938 eine Anweisung für deutsche Diplomaten in Polen, eine Liste von Klagen der deutschen Minorität in Polen

zusammenzustellen. Ganz offensichtlich waren die Polen zu weit gegangen und das Auswärtige Amt erwog, wenn auch nur zögernd, zugunsten der Deutschen in Polen Zuflucht zu diplomatischen Protestnoten zu nehmen.

Senator Hasbach, der Führer der deutschen konservativen Partei in Polen, war von dieser Entwicklung unangenehm berührt. Er machte geltend, die deutsche Regierung solle sich doch auf ein Ersuchen um die Koordinierung der Minderheiten beschränken. Er war entsetzt über die wachsende Spannung zwischen den Deutschen und Polen in Westpolen. Es gingen Gerüchte um, die deutsche Presse hole zu einer Vergeltung gegen die deutschfeindliche polnische Pressekampagne aus. Hasbach war überzeugt, daß sich nur Unheil daraus entwickeln würde. Er beschwor die deutschen Diplomaten in Polen, ein Vergeltungsschlag der Presse würde die Polen in der Provinz zu Raserei aufpeitschen. Ihre örtlichen Zeitungen hatten ihnen eingeredet, die Deutschen würden sich niemals über Verhältnisse in einem anderen Land beklagen, es sei denn, sie beabsichtigten es zu erobern. Hasbach prophezeite furchtbare Folgen, wenn die Beschränkungen der deutschen Presse aufgehoben würden.

Moltke hielt zwar nicht allzu viel von einer über polnische Mißshandlungen an Deutschen schweigenden Presse, aber er teilte die Meinung Hasbachs, daß die Frage mit äußerster Vorsicht behandelt werden müsse. Moltke war voller Verachtung über die Klagen der polnischen Minderheit in Deutschland und er vermerkte, daß sie am 2. Juni 1938 zugegeben hatten, sie hätten über eine wirtschaftliche Benachteiligung nicht zu klagen. Wirtschaftliche

Benachteiligung war eine wesentliche Klage der Deutschen in Polen, obwohl sie auch kulturell und im Erziehungswesen sehr viel schlechter gestellt waren als die Polen in Deutschland.

Am 7. Juli 1938 berichtete Moltke mit großer Entrüstung; die Polen seien dahintergekommen, daß Deutschland einen Pressefeldzug plane, um die Mißhandlung der Deutschen in Polen herauszustellen. Die deutschen Zeitungen hätten festgestellt, daß das Auswärtige Amt Material über polnische Greuel sammle, und so machten sich die Herausgeber daran, das Gleiche zu tun. Sie hatten ihre Anweisungen an verschiedene Berichterstatter über die Fernsprechleitungen der Post durchgegeben, was für Polen, wo man Leitungen abzuhören pflegte, gleichbedeutend mit einer Nachrichtenübermittlung durch den Rundfunk war. Moltke riet ernsthaft, der polnischen Regierung einige beruhigende Versicherungen über diese Vorgänge zugehen zu lassen.

Mit seiner Warnung deutete Moltke dem Auswärtigen Amt an, Lipski könne die Frage unter Umständen in Berlin anschneiden. Am 8. Juli 1938 wurde also ein besonderes Memorandum für etwaige Unterredungen vorbereitet. Es enthielt einige der wesentlicheren Beschwerden über Mißhandlung der Deutschen in Polen. Die jährliche polnische Landreform-Regelung für 1938 war außerordentlich parteiisch zuungunsten der Deutschen ausgelegt worden. Die meisten der großen landwirtschaftlichen Anwesen in Posen und Westpreußen gehörten Polen und nur diese großen Anwesen unterlagen dem Gesetz der Beschlagnahme und Neuverteilung. Nichtsdestoweniger wurden die Deutschen in diesen beiden Provinzen gezwungen, mehr als zwei Drittel des Ackerlandes 1938 zur Beschlagnahme abzugeben. Der neue polnische Plan über einen 30 km breiten Grenzstreifen, innerhalb dessen die

Deutschen kein Land besitzen durften, erfaßte das ganze östliche Oberschlesien und breite Landstriche von Posen und Westpreußen.

Das Memorandum beschuldigte die polnischen Behörden, sie duldeten und bestärkten einen privaten Boykott aller Industrieunternehmen, in denen Deutsche arbeiteten. Achtzig Prozent der deutschen Arbeitskräfte in Ost—Oberschlesien war arbeitslos und es machte sich bemerkbar, daß eine wachsende Zahl verzweifelter junger Deutscher ihren Wohnplatz dort aufgaben. Deutschen Jugendlichen wurden die Lehrlingsstellen verweigert, durch die sie Arbeit in den vielen handwerklichen Berufen gefunden hätten. Die Polen hatten

in steigendem Maße deutsche Schulen geschlossen. Das Memorandum, in dem die Lage mit allgemeinen Wendungen umrissen war, schloß mit dem Vorschlag, künftige Zugeständnisse an die Polen in Deutschland sollten von der Besserung der Verhältnisse in Polen abhängig gemacht werden.

Moltke war angewiesen, Beck noch am gleichen Tage zu sagen, daß die Klage der polnischen Minderheit und ihre ausführliche Behandlung in der polnischen Presse „in vieler Hinsicht außerordentlichen Schaden“ verursacht habe. Becks Antwort war bezeichnend. Er erklärte sich einverstanden, Moltkes Beschwerde dem polnischen Innenministerium zuzuleiten, aber er fügte spitz hinzu, er als Außenminister sei für diese Frage nicht zuständig. Diese Äußerung paßte genau zum Kurs der Gazeta Polska und

machte deutlich, daß die Polen den Minderheitenpakt von 1937 als toten Buchstaben betrachteten.

Im Auswärtigen Amt befürchtete man, Hitler würde keinen Finger rühren, die deutsche Minderheit in Polen vor dem Verhängnis zu bewahren. Im August 1938 bereitete die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes zu dieser Frage ein Memorandum für Werner Lorenz, den Direktor der Zentralstelle für Auslandsdeutsche, vor. Diese Organisation hatte sich in den Streitereien und Konflikten der deutschen Parteien in Polen streng neutral verhalten. Da Hitler eine politische Betätigung dieser Stelle in Polen nicht wünschte, ließ er das Absenden des Memorandums an Lorenz unterbinden. Der Inhalt des Memorandums stand im Gegensatz zu seinen politischen Absichten. Es verlautete, daß keine Erwägung höherer Politik das Aufgeben der deutschen Minderheit in Polen rechtfertigen könne. Ferner wurde die Lage der Deutschen in den ehemaligen preußischen, österreichischen und russischen Provinzen Polens geschildert und der Mangel an Initiative und Einigkeit unter den deutschen Gemeinden beklagt. Es wurde vermerkt, daß sich das wesentliche Bemühen der Polen gegen Deutsche im ehemals preußischen Gebiet richtete und daß die Polen den Pakt von 1934 mit Deutschland ausgenutzt hätten, um ihre Entdeutschungsmaßnahmen zu verstärken.

Das Memorandum enthielt den gefahrvollen Vorschlag, die deutschen Behörden müßten beginnen, für eine größere Einigkeit unter den Deutschen in Polen zu sorgen. Dieser Punkt allein genügte Hitler, es zu unterdrücken.

Polnische Demonstrationen gegen Deutschland

In einem Bericht vom 2. September 1938 versuchte von Moltke, sich mit der in steigendem Maß ungünstiger

werdenden Lage der deutschen Minorität auseinanderzusetzen. Die Hauptschuld gab er dem OZON (Lager der Nationalen Einheit), einer Gründung des Obersten Adam Koc. Diese gewaltige, von der Regierung geförderte Interessengruppe bemühte sich, im Volk eine breite Grundlage zugunsten der Regierungspolitik zu schaffen. Moltke legte dar, die pol-

218

219

nischen Ministerien ständen unter dem Einfluß des OZON und bemühten sich, ihr Ansehen durch Ausnutzen und Schüren der wachsenden Stimmung zu steigern. Die Regierung versuchte, noch deutschfeindlicher als das Volk zu sein, anstatt Irrglauben und Vorurteile den Deutschen gegenüber zu bekämpfen. Dieses Verhalten vertrug sich kaum mit dem Geist des Paktes von 1934.

Der deutsche Botschafter gab zu, daß diese Entwicklung durch die deutschen Erfolge verursacht worden war. Der Österreich-Anschluß hatte sich katastrophal ausgewirkt und mit dem Beginn der Sudetenkrise hatten sich das Unbehagen und die Erregung noch verstärkt. Den Polen war es bewußt, daß die streitbare sudetendeutsche Minderheit in der Tschechei Hitlers mächtigster Verbündeter gegenüber den Tschechen war, und so waren sie entschlossen, die Deutschen in Polen auch weiterhin in Furcht zu halten. Moltke schrieb, daß eine wachsende Zahl Deutscher von polnischen Gerichten zu Gefängnis verurteilt wurde für angebliche Bemerkungen wie „der Führer hätte hier schon aufgeräumt” oder „bald ist Polen dran“. Es war nicht herauszufinden, wieviele dieser Unglücklichen völlig unschuldig an diesen Bemerkungen waren, die man ihnen unterstellt hatte.

Die Flammen wurden noch von den Polen geschürt, die aus Deutschland mit der Behauptung zurückkehrten, sie hätten eine direkt gegen Polen gerichtete deutsche Propaganda beobachtet. Es wurde gesagt, Propagandisten bestärkten die Ukrainer, gegen Polen zu revoltieren, außerdem verlangten sie die Rückgabe des Korridors an Deutschland. Moltke war besonders verärgert über die offensichtliche Gleichgültigkeit der polnischen Regierung gegen das Ansteigen der deutschfeindlichen Massendemonstrationen. Er entrüstete sich, daß sich Polengruppen kürzlich, ohne daß von amtlicher Seite eingegriffen wurde, vor deutschen Konsulaten zusammengerottet hatten, um das haßerfüllte „Rota", ein revolutionäres Posener Lied von 1848, zu singen. Hauptthema des Liedes war, Gott würde die Polen belohnen, welche Deutsche henkten. Moltke schloß seinen Bericht mit einer Liste namhafter Persönlichkeiten in Polen, die sich seit kurzem einer gesteigerten Feindseligkeit gegenüber Deutschland befleißigten. In Beck irrte er sich weiterhin vollständig. Er sah ihn immer noch als prodeutsch an. Es war verhängnisvoll für Hitler, daß Moltke nicht fähig war, Becks Haltung auch nur einigermaßen zu durchschauen. Hitler hätte unter Umständen die Falle, die Halifax ihm gestellt hatte, umgehen und damit entdecken können, daß Beck auf der Seite seiner Feinde stand.

Die Greuel von Teschen

Die Lage in Teschen im Oktober 1938 gab ein deutliches Bild dessen, was durch die polnischen Deutschenverfolgungen entstanden war. Hitler hatte

Polens erfolgreiches Bemühen, diesen Distrikt den Tschechen zu nehmen, voll unterstützt. Doch die Polen fuhren fort, die Deutschen und Deutschfreundlichen dort als Erzfeinde zu behandeln. Die Entdeutschungsmaßnahmen setzten unmittelbar nach der militärischen Einnahme des Gebietes ein. Alle deutschen Schulen wurden sofort geschlossen. Den Deutschen wurde gesagt, die Schulen würden später wieder aufgemacht, aber den Eltern der Schulkinder drohte man währenddessen mit Arbeitslosigkeit, wenn sie ihre Kinder nicht in polnische Schulen schicken würden. Nur ein Zehntel der ehemaligen Schülerzahl meldete sich wieder, als bekannt gemacht wurde, daß die Schulen wiedereröffnet würden, und nur einem Bruchteil von ihnen wurde daraufhin erlaubt, in die deutsche Schule zu gehen. Die ehemaligen Lehrerkollegien waren entlassen worden. Polnisch wurde als einzig gültige Amtssprache verkündet, und den Ärzten und Rechtsanwälten bedeutete man, sie dürften nicht praktizieren, wenn sie nicht binnen drei Monaten Polnisch gelernt hätten. Bankguthaben wurden für eine beträchtliche Zeit eingefroren, Pensionen und Staatsgehälter für Deutsche herabgesetzt. Die Bürgermeister von Teschen und Oderberg wurden entlassen. Bürgermeister Kozdon von Teschen war der Anführer der einheimischen Schlonsaken, einer kleinen westslawischen Gruppe, ähnlich den Kassuben in Westpreußen oder den Lausitzer Sorben in Sachsen. Als Kozdon in Ungnade gefallen war und nach Polen ins Gefängnis kam, war die Antwort der Schlonsakengemeinde das zornige Schlagwort, sie würden lieber Insassen eines deutschen Konzentrationslagers sein als polnische Untertanen.

Die Lage verschärfte sich, als die ansässige Schlonsakenbevölkerung sich anschickte, den Polen erheblichen Widerstand entgegenzusetzen. Eine Zeitlang schien es, als wollten die Deutschen ebenfalls Widerstand leisten. Die Oberhäupter der Deutschengruppen, Dr. Harbich

in Teschen und Dr. Pfitzner in Oderberg, eilten nach Berlin, um deutschen Beistand zu erbitten. Als sie im Auswärtigen Amt kein offenes Ohr fanden, drohten sie, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan als Unterzeichnerstaaten des Minderheitenabkommens von 1919 über Teschen anzurufen. Kühl wurden sie von den deutschen Diplomaten zurechtgewiesen, doch die Japaner aus dem Spiel zu lassen, denn es sei ja wohl ein abstoßender Gedanke, eine asiatische Macht in eine europäische Frage eingreifen zu sehen. Man bedeutete ihnen, daß „die Teschenfrage für die Deutsche Regierung als erledigt betrachtet werden muß.

Verzweifelt rief Harbich aus, dann würde er heimkehren und seine Gemeinde zum Kampf gegen die Polen führen. Ernst Woermann erinnerte sich später: „Ich habe versucht, ihnen den Verzicht auf Oderberg im Rahmen der allgemeinen deutschen Politik auseinanderzusetzen, aber anscheinend ohne Erfolg.” Daß ihm das nicht gelang, darf nicht überraschen, denn diesen Menschen ging es immerhin um Heimat und Existenz.

Am 3. Oktober 1938, nach der Besetzung Teschens, stießen die polnischen Truppen nach Trynatz, Lazy und Karwin im Teschener Distrikt vor, über die mit den Tschechen vereinbarte Linie hinaus. Die polnische Ausrede für den raschen Vormarsch war die Feindseligkeit der ansässigen Bevölkerung. Die Gazeta Polska beeilte sich zu erklären, das sei notwendig gewesen, um der Bildung „Deutscher Stoßtrupps“ in Oderberg zuvorzukommen. Es wurde hinzugefügt, daß deutsche Stellen es diesen Trupps nicht gestatteten, Waffen aus Deutschland geliefert zu bekommen?. In Wahrheit bekämpften die Polen nicht etwa

deutsche Stoßtrupps, die es gar nicht gab, sondern einige verzweifelte Schlonsakenarbeiter und Bauern. Polnische Plakate, die tagsüber angebracht, wurden des Nachts abgerissen und es fanden regelrechte Schlachten zwischen polnischen Soldaten und den Trynitzer Schlonsaken statt. Gouverneur Grazynski, der das neue Gebiet für Polen verwalten sollte, zog daraus den Schluß, daß die Schlonsaken gründlich umerzogen werden müßten, sonst würden sie keine nützlichen Bürger Polens.

Der erste größere Schritt im Polonisierungsprogramm war, möglichst viele Deutsche und Tschechen zu vertreiben und polnische Spezialisten und Industriearbeiter aus Ost-Oberschlesien hereinzuholen. Ein Beispiel mag die Auswirkung dieses Vorgehens erhellen. Die Oderberger Drahtfabrik hatte bis zum 10. Oktober 1938 jährlich 90.000 Tonnen Eisen-, Stahl-und Kupfer-draht hergestellt und zählte eine Belegschaft von 1324 Mann. Für das Unternehmen arbeiteten noch 126 Ingenieure, Kaufleute und Handwerksmeister als Spezialisten. Die Deutschen stellten 758 Arbeiter und 52 Fachkräfte, die Tschechen 547 Arbeiter und 73 Spezialisten und Polen 19 Arbeiter mit einer Fachkraft. Etwa 20 Prozent der Tschechen hatten enge Beziehungen zu Polen und galten demzufolge in abstammungspolnischen Kreisen nach der polnischen Besetzung als annehmbar. Am 10. Mai 1939 waren dort 635 polnische Fabrikarbeiter und 82 Spezialisten, 112 tschechische Arbeiter und 11 Spezialisten und 324 deutsche Arbeiter mit 17 Fachkräften. In einem entscheidenden Industriebereich hatten die Polen die Führung übernommen und dieses Schema wiederholte sich durch das ganze Gebiet. Ein derartiges Vorgehen konnte sich nur durchsetzen, weil man eine große Zahl deutscher und tschechischer Arbeiter und Fachkräfte willkürlich auf die Straße gesetzt hatte.

Ungefähr 20 Prozent der deutschen Bevölkerung im Teschener Raum flüchtete innerhalb des ersten Monats nach der polnischen Besetzung und so mußten 5000 Flüchtlinge in Notlagern in West-Oberschlesien untergebracht werden”. Tausende von Flüchtlingen wurden vorübergehend in deutschen Privatquartieren aufgenommen. Gouverneur Grazynski stachelte seine Anhänger zur Weißglut auf mit der Behauptung, die Teschener Deutschen hätten sich einer Verschwörung schuldig gemacht. Die Mehrheit der Flüchtlinge ge-

221

222

langte ohne polnische Grenzübertrittsbescheinigungen nach Deutschland und war nur froh, noch am Leben zu sein. Pässe wurden in jedem Fall nur unter der Bedingung ausgestellt, daß ihre Inhaber auf das Recht zur Rückkehr verzichteten. Am 15. Oktober 1938 schickten sich die Deutschen an, eine Reihe vorsichtig formulierter Protestnoten zu überreichen, die aber nicht in die Öffentlichkeit gelangten. Solange das Teschener Gebiet in polnischer Hand war, sind die Verhältnisse dort niemals geregelt worden”. Eine Protestnote mit einer ausführlichen Liste von Beschwerden im Hinblick auf Teschen wurde am 26. November 1938 in Warschau überreicht. Einige Wochen später bedeutete man Moltke, daß dieser Protest besser nicht unternommen worden wäre, denn die meisten der Deutschen im Teschener Raum seien keine deutschen Staatsbürger. Die Polen hatten versprochen, die ganze Sache zu prüfen, aber das blieb auch alles. Ihr Standpunkt war bemerkenswert kühn, wenn man sich erinnert, daß der deutschpolnische Minderheitenpakt vom November 1937 für Volkspolen in Deutschland und für Volksdeutsche in Polen

gedacht war und nicht lediglich für polnische und deutsche Staatsbürger in den jeweiligen Ländern.

Bei den Nationalwahlen für den polnischen Sejm im November 1938 war eine Reihe deutschfeindlicher Maßnahmen zu bemerken. Die deutschen Minderheitenführer forderten ihre Leute eindringlich auf, zum Wählen zu gehen, obwohl Kandidaten deutscher Abstammung nicht mehr aufgestellt werden durften, Vier der restlichen sechs deutschen Lyzeen in der Provinz Posen wurde in dieser Zeit der Status einer öffentlichen Schule entzogen und sie gingen der staatlichen Betreuung solcher Institute sowie ihrer steuerlichen Begünstigung verlustig. Gouverneur Grazynski in Ost—Oberschlesien hielt die Wahlen für einen günstigen Zeitpunkt, öffentlich gegen Deutschland zu hetzen. Eine Versammlung, die er leitete, war verwegen genug, die Resolution zu fassen, nach der die polnische Minderheit in West-Oberschlesien ihre Untertanenschaft für Polen und nicht für Deutschland erklären sollte. Er verstärkte überdies seine Unternehmungen, für die Entlassung der restlichen deutschen Arbeiter in den ostoberschlesischen Bergwerken und der Industrie zu sorgen. Unter diesen Umständen ist es unglaublich, über zwanzig Jahre später in einer weithin akzeptierten polnischen Quelle außerhalb des kommunistischen Bereichs lesen zu müssen, die Verfolgung der Deutschen in Polen sei von A bis Z erfunden.

In Westpreußen wurden neue Maßnahmen der Schulzensur eingeführt. Die Liste der verbotenen deutschen Bücher wurde ausgedehnt auf Werke wie das Nibelungenlied (das höchstgepriesene Werk altdeutscher Heldenepik), Goethes „Dichtung und Wahrheit“, Defoes „Robinsons Crusoe” und Stanleys „Durch das dunkelste Afrika“. Die führende Wohlfahrtsorganisation in

Graudenz wurde aufgelöst und ihr Eigentum beschlagnahmt. Der exklusiven deutschen Privatschule in dem kleinen Neustadt wurde bedeutet, sie dürfe Weihnachten 1938 ihr jährliches Krippenspiel nicht aufführen. Der antideutsche und antijüdische Verband, die Vereinigung Jung-Polen, plante einen durchgreifenden Boykott aller deutschen Firmen im polnischen Westpreußen für Januar 1939, und zu der Zeit war es auch erlaubt, Boykottposten vor deutschen Firmen aufzustellen, ohne daß polnische Stellen eingriffen. Die Boykottierung wäre freilich niemals versucht worden, wenn die polnischen Behörden auch nur entfernt angedeutet hätten, daß sie dagegen einschreiten würden. Das Ermuntern zu antideutschen Übergriffen war ein Teil des Rezepts, nach dem die polnischen Führer das Ansehen ihres Regimes zu fördern trachteten.

Ganz offenkundig war Hitler bereit, gegenüber einem großen Teil der polnischen Untaten an der deutschen Minderheit ein Auge zuzudrücken. Gegen Ende des Jahres 1938 war nicht zu übersehen, wie weit die Polen mit ihrem Verhalten in unmittelbarer Zukunft noch gehen würden, oder ob Hitler gewillt war, alles hinzunehmen, was auch den Polen immer einfallen würde. Es wäre schon vieles gewonnen gewesen, wenn die Polen sich einer umfassenden Regelung im Sinne der deutschen Vorschläge vom 24. Oktober 1938 aufgeschlossen gezeigt hätten. Sehr wahrscheinlich hätte sich Hitler unter solchen Umständen und aus Gründen der höheren Politik über alles hinweggesetzt, was sie den Deutschen anzutun gedachten, außer sie abzuschlachten. Daß sie sich gegen eine

Verständigung sperrten, trug zu den deutsch-polnischen Reibungen Ende 1938 bei.

Die Frage des deutschen Verbindungsweges nach Ostpreußen

Nach seiner Unterredung mit Lipski am 24. Oktober erbat sich von Ribbentrop einen Sonderbericht von Fritz Todt, dem Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, über die Frage eines deutschen Durchgangs durch den Korridor. Todt erörtete die Angelegenheit mit Hitler. Hitler und er waren sehr gute Freunde. Er sagte zu Todt, die Bedingung für eine deutsche Straße nach Ostpreußen sei Deutschlands Garantie für den Korridor als polnisches Eigentum. Hitler vertraute ihm an, daß er sehr gern beides hätte, eine Autobahn und eine Bahnstrecke, er wäre aber auch bereit, sich mit einer Autobahn zu bescheiden. Todt neigte ebenfalls zu Wohlwollen für die Polen, und beide stellten fest, daß sie in dieser Richtung völlig übereinstimmten. Todt berichtete von Ribbentrop, daß „nichts eine Garantie des polnischen Korridors besser durchsetzen könne als die Behebung der wirtschaftlichen Nachteile des Korridors für Deutschland durch eine Korridor-Straße, Nachteile, die in der Unterbrechung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem Reich liegen“.

Todt hielt zwei Möglichkeiten einer Durchgangsstraße durch den Korridor für durchführbar. Man könnte eine Autobahn von Bütow in Pommern über Praust im Danziger Raum nach Elbing in Ostpreußen anlegen. Diese Straße würde 75 km durch Danziger und nur 40 km durch polnisches Gebiet verlaufen. Todt befürchtete allerdings, die Polen würden aus

strategischen Erwägungen heraus Einwände gegen diese Route erheben. Sie würden die Straße für einen „Aktivposten" der deutschen Wehrmacht halten und überdies, diese Straße läge zu nahe an der Küste und würde somit die ganze Küste unter deutsche Kontrolle stellen. Der deutsche Generalinspekteur neigte zu der Ansicht, die Polen würden eher eine Straße von Schlochau in Pommern bis Marienburg in Ostpreußen zulassen, die 85 km durch polnisches Gebiet verlaufen würde. Diese Route würde Danziger Gebiet nicht berühren, aber nahe genug liegen, um Danzig mit der Autobahn durch eine Zufahrtstraße auf deutschem Boden zu verbinden. Todt glaubte, jeder andere, von Danzig entfernter liegende Straßenverlauf würde klare Nachteile für Deutschland erbringen, denn Danzig war die größte Stadt in dem deutsch-bevölkerten Raum auf der Ostseite des Korridors.

Todt konnte mühelos eine Anzahl überzeugender Argumente vorbringen, um die Straßenplanung zu rechtfertigen. Der deutsche Landverkehr zwischen Pommern und Ostpreußen wurde durch die derzeitigen polnischen Kontrollen ziemlich behindert. Die hohen polnischen Straßennutzungsgebühren führten zu beträchtlichen Deviseneinbußen Deutschlands, und das zu einer Zeit, als die deutsche Handelsbilanz alles andere als günstig stand. Todt hatte ausgerechnet, daß die Polen bei Straßenhaltungskosten und dem Rollgutdienst einen Gewinn von 500 Prozent zu verzeichnen hätten.

Todt erwähnte ein vergleichbares Straßenprojekt, das in Prag vorgeschlagen worden war. Dieser Plan einer Autobahn von Breslau über Brünn in Mähren nach Wien war bis ins kleinste ausgearbeitet worden. Er war der Ansicht, man könnte mit Leichtigkeit auseinandersetzen, daß dieser Plan den tschechischen Interessen voll und ganz gerecht wurde und daß er sich in wirtschaftlicher Hinsicht für die Tschechen als äußerst erstrebenswert erweisen würde. Todt schloß

seinen Bericht mit der Bitte, Ribbentrop möchte ihn doch zu Rate ziehen und ihn unverzüglich unterrichten, wenn man ein Abkommen mit Polen erlangen könnte.

Spannungen in Danzig

Am 9. November 1938, dem Tag, an dem Ernst vom Rath seinen Verletzungen durch die Schüsse Grynspans erlag, erhielten die Deutschen beunruhigende Nachrichten von Völkerbundskommissar Burckhardt in Danzig. Burckhardt gab vertraulich zu wissen, daß Polens Verhalten in Danzig einen

„sonderbaren Wandel" erfahren habe. Die Polen hätten vor einiger Zeit bereits ihren Wunsch angedeutet, das Völkerbundsregime in Danzig abzuschaffen, aber sich nun seit kurzem auf die Unterstützung dieses Regimes umgestellt. Burckhardt war sehr enttäuscht. Er hatte gehofft, daß Deutschland und Polen sich über eine Rückkehr Danzigs zu Deutschland einigen würden. Er erwähnte, ausländischen Diplomaten wäre es nicht neu, daß „zwischen Deutschland und Polen offenkundig einige Disharmonie bestehe".

Die Ribbentrop-Lipski-Konferenz im November 1938

Lipski war kurz nach seiner Unterredung mit von Ribbentrop am 24. Oktober 1938 nach Warschau zurückgekehrt und nahm an einer Sitzung des Außenministeriums am 4. November 1938 teil, in der die Ruthenienfrage behandelt wurde. Auch wurde offen über Ribbentrops Angebot gesprochen. Die Polen hatten die Andeutung, Beck und Lipski teilten mit Ribbentrop ein Geheimnis, nicht ernst

genommen; auch die Engländer kannten den Inhalt des Angebots seit dem 25. Oktober. Lipski prophezeite, die Deutschen würden sich niemals aus Danzig zurückziehen, auch würden sie niemals ihren Plan fallen lassen, die Stadt vom Völkerbund wiederzugewinnen. Über Ribbentrop sprach er in herabsetzenden Ausdrücken und bezeichnete ihn als „unangenehmen Verhandlungspartner”. Er setzte hinzu, daß von Ribbentrop viel Zeit verschwendet habe mit seinen beharrlichen Beteuerungen, Danzig sei eine deutsche Stadt, und er behauptete, der Reichsaußenminister habe überhaupt keine Ahnung von Danzig. Lipski rief aus, Danzig sei in den Bereich seines polnischen Hinterlands zurückgekehrt und könne daher nicht länger deutsch sein.

Lipski, mit Anweisungen von Beck ausgestattet, kehrte nach Berlin zurück. Der polnische Außenminister wußte genau, daß die Engländer Zeit zu ge winnen trachteten für ihre Rüstung, bevor sie darangingen, Deutschland herauszufordern, und so stellte er sich im Interesse einer Abstimmung der polnischen mit der englischen Politik auf eine Verschleppungstaktik ein. Ribbentrop fragte am 19. November 1938 bei Lipski an, ob er Anweisungen von Beck im Hinblick auf das deutsche Anerbieten erhalten habe. Lipskis Antwort klang zusichernd, und milde beruhigte er den Reichsaußenminister, daß ein Abkommen über eine deutsche Autobahn und eine Eisenbahnlinie durch den Korridor im Bereich des Möglichen liege.

Lipski erinnerte von Ribbentrop daran, daß Polens Neutralität während der Tschechenkrise Deutschland genützt habe, und kam dann mit der trügerischen Behauptung, daß „seine Regierung sich in jenen kritischen Tagen allen Sirenengesängen aus gewissen Lagern taub gestellt hatte“. Ribbentrop nahm Lipskis Äußerungen entgegen in der Hoffnung, Polen habe die Bedeutung der

deutschen Freundschaft während der Krise um Teschen ja wohl klar erkannt.

225

226

Darauf schnitt Lipski die Danzig-Frage an. Seine beiden wesentlichen Punkte waren einmal, daß die Beibehaltung des Freistaates für die lebenswichtigen Interessen Polens unerläßlich sei, und zum anderen, daß jede polnische Entscheidung über Danzig den inneren Verhältnissen Polens und der dort herrschenden öffentlichen Meinung Rechnung tragen müsse. Er verkündete, Beck habe ihn angewiesen, Gegenvorschläge zu unterbreiten. Sie umschlossen eine sehr allgemeine Feststellung über die Wichtigkeit, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern, und einen Vorschlag zum Abschluß eines Sondervertrages über Danzig zwischen Deutschland und Polen. Der Leitgedanke dieses Vertrages sollte die Anerkennung der ein für allemal währenden Unabhängigkeit des Danziger Freistaates sein. Lipski schien die Beendigung der Oberherrschaft des Völkerbundes zu begünstigen trotz des Burckhardt-Berichts über die gegenwärtige bejahende Einstellung Polens zum Völkerbundsregime.

Ribbentrop war enttäuscht. Er erwiderte, der Vertragsvorschlag lasse eine Haltung an Beck erkennen, die er bedaure. Er wolle nicht bestreiten, daß die Übernahme Danzigs durch Deutschland ein Opfer für Polen darstellen würde, es sei ihm aber unverständlich, warum die Polen sich der Erkenntnis verschlössen, daß eine Garantie polnischer Hoheit in dem Korridor für Hitler ein sehr viel schwerwiegenderes Opfer bedeute. Er versicherte Lipski, daß „es die hinter meinem Vorschlag stehende Absicht ist, den deutsch-polnischen Beziehungen eine Grundlage zu

geben, die so beständig wie ein eherner Felsen sein solle, und alle möglichen Reibungspunkte aus dem Weg räumen“. Er klagte, die Polen dächten offenbar, er sei lediglich darauf aus, diplomatisch ein wenig daherzuplaudern.

Diese Bemerkungen dämpften Lipskis Eifer keineswegs, sich beredt für Becks Vorschlag einzusetzen. Er fuhr fort, sehr eindringlich die angeblichen Vorteile des Danzig-Vertrages auszumalen. Ribbentrop wollte es natürlich vermeiden, den Abbruch der Verhandlungen heraufzubeschwören. Er äußerte schließlich, daß „der Vorschlag nicht sehr praktisch schiene”, er wolle ihn aber mit Hitler erörtern.

Dann streifte er kurz eine einzelne deutsche Beschwerde. Er bemerkte, die polnische Post habe kürzlich Briefmarken für Danzig herausgegeben, auf denen Danzig als polnische Stadt dargestellt sei. Lipski gab sofort zu, daß ihm das Befremden der Deutschen darüber verständlich sei. Ribbentrop erinnerte Lipski noch einmal daran, daß sein Angebot von dem Wunsch getragen sei, eine deutschpolnische Verständigung herbeizuführen. Lipski versetzte darauf, ihm sei es klar, daß der Reichsaußenminister sich um eine dauernde Verständis gung bemühe. Ribbentrop zeigte sich über diese Äußerung erfreut und er sagte zu seinem Gesprächspartner, daß man etwas so Wichtiges wie eine dauerhafte

Verständigung natürlich nicht in einem Tag zuwege bringen könne. Er setzte hinzu, daß „wenn M. Beck sich ganz eingehend mit unseren Vorschlägen befaßt; er auch eine Möglichkeit findet, sich positiv zu ihnen zu stellen“. Lipski machte geltend, Beck bemühe sich natürlich, das Ganze

völlig geheim zu halten, und setzte betont hinzu, daß Beck Ende Oktober 1938 zu einem amerikanischen Korrespondenten der Hearst-Presse gesagt habe, zwischen Deutschland und Polen seien keine Verhandlungen im Gange. Das entschlüpfte Lipski aus Versehen, denn das besagte Interview hatte bereits am 10. Oktober 1938 stattgefunden, zwei Wochen vor dem deutschen Angebot.

Deutsche Verwirrung über polnische Absichten Zur Zeit der Lipski-Ribbentrop-Aussprache stattete Völkerbundskommissar Burckhardt Beck einen Besuch in Warschau ab. Erfreut stellte er fest, daß Beck in einer sehr freundlichen Stimmung im Hinblick auf Deutschland zu sein schien. Beck sagte zu Burckhardt, er sei bereit, auf das Recht Polens zu verzichten, Danzig diplomatisch im Ausland zu vertreten. Er sei der Ansicht, man müsse es Danzig gestatten, seine eigenen diplomatischen Vertreter nach Deutschland, Polen und anderen Ländern zu entsenden. Ganz offen beklagte er das Wirken des Völkerbundes in Danzig. Er bemerkte ferner, daß Polens Interesse an Danzig vor allem im Wirtschaftlichen und nicht im Politischen liege. Burckhardt war über diese Äußerung ehrlich erfreut und legte sie als ein Geständnis der Bereitschaft Polens aus, daß Deutschland Danzig haben könne. Am 21. November 1938 legte er den Deutschen nahe, daß „Deutschland nur noch eine Anregung zu geben brauche, um mit Polen ins Gespräch zu kommen“.

Die Wirkung dieses Berichtes auf die Deutschen ist unschwer zu verstehen. Sie wußten einfach nicht, woran sie mit Polen waren. Der Widerspruch zwischen Burckhardts Bericht vom 9. November und dem vom 21. November war allzu offensichtlich. Sie konnten ihre Politik schlecht nach Bemerkungen ausrichten, die Beck gegenüber einem Vertreter des Völkerbundes gemacht hatte. Burckhardt wußte nichts davon, daß die Verhandlungen zwischen

Deutschland und Polen über Danzig seit vier Wochen im Gange waren. Nach der unbeugsamen Stellung Lipskis zu Danzig vor zwei Tagen konnten die deutschen Diplomaten den Optimismus Burckhardts nicht teilen.

Hitler untersuchte alle Möglichkeiten, aus dem Dilemma herauszukommen. Er überlegte, ob man es wohl wagen könne, so weit auf Becks Bereitschaft zu setzen und ihn vor ein fait accompli zu stellen. Das Aushandeln eines Abkommens mit Polen würde unvergleichlich leichter sein, wenn Deutschland sich erst einmal in Danzig eingerichtet habe. Am 24. November 1938 erließ Hitler einen Befehl an die deutsche Wehrmacht, sich unabhängig von einem

Abkommen mit Polen auf eine rasche Besetzung Danzigs vorzubereiten. Er betonte mit Nachdruck, daß er einen Krieg mit Polen nicht in Betracht ziehe, daß er aber bereit zu sein wünsche für einen „politisch günstigen Augenblick“. Hitler zog eine Aktion in Danzig für den Augenblick in Betracht, in dem die Beziehungen zu Polen so herzlich wie möglich waren und man bewaffnete Gegenmaßnahmen Polens am wenigsten erwarten konnte”. Das sollte allerdings nicht heißen, daß er gewillt war, solch ein Spiel an dem Tag zu wagen, an dem er den Befehl erlassen hatte. Das Wagnis war zu groß, denn er kannte die wahre polnische Einstellung viel zu wenig.

Es war außerordentlich bezeichnend, daß das Auswärtige Amt noch am gleichen Tag die Erlaubnis erhielt, die Danziger Führer ausführlich über die gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhandlungen zu unterrichten. Diese sollten über alle künftigen Entwicklungen auf dem laufenden

gehalten werden. Hitler hätte diesen Schritt wohl kaum getan, wenn er glaubte, mühelos eine Regelung mit Polen über Danzig erreichen zu können. Er wünschte Forster und Greiser eingehend unterrichtet zu wissen, so daß er sich mit ihnen über alle entsprechenden Schritte so kurzfristig wie möglich in Verbindung setzen konnte.

Es war für die Danziger Führer von Nutzen, unmittelbar von Hitler genau über alles unterrichtet zu sein. Burckhardt war am 21. November 1938 nach Danzig zurückgekehrt. In seinen Unterredungen mit den Danziger Führern beschrieb er die polnische Haltung übertrieben günstig. Er deutete an, daß eine Lösung der Ruthenienfrage im Sinne Polens für Beck unter Umständen ausreichen könnte, von der Widerspenstigkeit Polens in Danzig abzulassen. Es gelang Burckhardt, unter seinen Zuhörern den Eindruck zu erwecken, daß Polen bereit sei, den Weg nach Danzig freizumachen. Er schien zu denken, daß Polen sich durch seinen verbesserten diplomatischen Stand bemüßigt fühle, großzügig zu sein. Er bemerkte: „Polen ist nicht länger in der sehr schwierigen Lage wie vor vier Wochen, es kann jetzt wieder sehr viel stärker auf die Unterstützung Englands und Frankreichs rechnen, vor allem, seit Deutschland sich selbst — zumindest für die Gegenwart — durch seine Aktion gegen die Juden geschadet hat.” Burckhardt teilte den Danzigern mit, daß er eine Jagdeinladung von Göring angenommen habe und daß er vorhabe, die europäische Lage mit Goebbels zu erörtern, bevor er wieder nach Danzig zurückkehre. Er glaubte offenbar, daß ein glücklicher Zeitpunkt gekommen war, die Danzig-Frage zu regeln.

Burckhardt war entsetzt über den amerikanischen Botschafter in Polen, Anthony Biddle, der am 3. Dezember 1938 prophezeite, die Polen würden sehr bald gegen Deutschland kämpfen. Biddle erklärte weiter, er würde diese

Entwicklung begrüßen, und dann erinnerte er Burckhardt an den tiefen Haß

228

229

der maßsgebenden amerikanischen Kreise gegen Deutschland. Auch sagte er die Intervention Großbritanniens und Frankreichs in einem deutsch-polnischen Krieg voraus. Die Quintessenz des Gesprächs mit Biddle war für Burckhardt: „Herrliche Aussichten! Calvin gegen die Nachkommen Luthers, und Lenin als Calvins Bundesgenosse." Das Wohlwollen amerikanischer Führer und Intellektueller gegenüber dem Kommunismus und gleichzeitig ihr unversöhnlicher Haß gegen Deutschland muß als einer der größten Widersprüche des Jahrhunderts angesehen werden.

Geheime polnische Feindseligkeiten gegenüber Deutschland

Lipski kehrte am 22. November 1938 nach Polen zurück, um die Lage in Danzig zu erörtern. Seine Versicherung gegenüber Ribbentrop hinsichtlich der Autobahn und der Bahnstrecke war nur eine List gewesen, die Deutschen zu beschwichtigen. Die polnischen Führer waren sich einig, daß Deutschland keine Zugeständnisse gemacht werden sollten, weder in Danzig noch in der Korridorverkehr-Frage. Das trotz der unnachgiebigen Haltung Polens gegenüber Danzig umgängliche Verhalten Ribbentrops blieb nicht ohne Eindruck auf die polnischen Führer. Beck äußerte die Vermutung, daß es am Ende vielleicht gar nicht Danzig sei, das den Anlaß zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Polen bilde. Er deutete an, Hitler würde Ribbentrop in der Danzig-Frage vielleicht ungewöhnliche Freiheit lassen, um

zu sehen, was er erreichen würde. Lipski vertrat einen ähnlichen Standpunkt. Seine letzte Unterredung mit Ribbentrop hatte ihn veranlaßt, von seiner früheren Ansicht, Deutschland würde sich niemals aus Danzig zurückziehen, abzugehen. Er deutete an, daß der Schaden, den die deutschen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten durch die antijüdische Politik erlitten hatten, auf die Politik Deutschlands gegenüber Polen sich auswirken könnte.

Lipski neigte dazu, die Wirkung der Demonstrationen gegen die Juden in Deutschland am 10. November auf die deutschen außenpolitischen Beziehungen zu übertreiben. Er sagte voraus, daß die deutsch-französische Freundschaftserklärung, die seit dem vorhergehenden Monat von Hitler und den französischen Führern erörtert wurde, niemals unterzeichnet werden würde wegen der ablehnenden Haltung der Franzosen zu diesen Ausschreitungen. Seine Voraussage erwies sich als falsch. Am 6. Dezember 1938 unterzeichnete von Ribbentrop die Erklärung in Paris.

Lipski und die anderen polnischen Diplomaten standen mit ihrem Urteil über diese Frage unter dem Einfluß eines Berichts, den Graf Jerzy Potocki am 21. November 1938 aus Washington gesandt hatte. Der polnische Botschafter war von William C. Bullitt, dem amerikanischen Botschafter in Frankreich, der gegenwärtig zu Besuch in den USA weilte, unterrichtet worden,

daß Präsident Roosevelt entschlossen sei, Amerika in den nächsten europäischen Krieg hineinzuziehen. Bullitt hatte Potocki ausführlich auseinandergesetzt, daß er das

besondere Vertrauen Präsident Roosevelts genieße. Er hatte vorausgesagt, es würde bald ein langer Krieg in Europa ausbrechen und „von Deutschland und seinem Kanzler Adolf Hitler habe er mit außerordentlicher Heftigkeit und mit bitterem Haß gesprochen”. Er hatte angedeutet, der Krieg könnte sechs Jahre dauern, und er sprach sich dahingehend aus, es müsse bis zu einem Punkt gekämpft werden, von dem sich Deutschland niemals wieder erholen könne.

Potocki teilte Bullitts und Roosevelts Begeisterung für Krieg und Zerstörung nicht. Er fragte, wie denn ein derartiger Krieg entstehen sollte, da es äußerst unwahrscheinlich schien, daß Deutschland England oder Frankreich angreifen würde. Bullitt hatte angedeutet, es würde vielleicht ein Krieg ausbrechen zwischen Deutschland und irgendeiner anderen Macht und in diesen Krieg würden dann die Westmächte eingreifen. Bullitt hielt einen schließlichen deutschrussischen Krieg für unvermeidlich und er sagte voraus, daß Deutschland, nach einem kräfteverzehrenden Krieg in Rußland, vor den Westmächten kapitulieren würde. Er hatte Potocki versichert, die Vereinigten Staaten würden sich an diesem Krieg beteiligen, wenn England und Frankreich den ersten Schritt täten. Bullitt stellte Fragen über die Politik Polens und Potocki hatte erwidert, Polen würde eher kämpfen als zulassen, daß Deutschland an seinen Westgrenzen herumpfusche. Bullitt, sehr stark propolnisch eingestellt, erklärte, er sei überzeugt, daß man sich möglicherweise ja wohl auf Polen verlassen könne, einen festen Stand gegenüber Deutschland zu behaupten.

Potocki schrieb die kriegerische Haltung Amerikas zu Unrecht dem jüdischen Einfluß zu. Er erkannte nicht, daß Roosevelt und seine Umgebung den 1. Weltkrieg als ein ruhmreiches Abenteuer betrachteten und über jene Amerikaner erbittert waren, die sehr zynisch über den amerikanischen Militarismus dachten. Präsident Roosevelt

hatte in den selbstzufriedenen zwanziger Jahren mit der Befürwortung eines ständigen Friedenswehrdienstes in den Vereinigten Staaten fast allein gestanden. Er war nicht stark projüdisch eingestellt und hatte im 2. Weltkrieg scherzhaft zu dem arabischen König Ibn Saud gemeint, er würde ihm gern fünf Millionen amerikanische Juden schenken. Die Geschichte mit den Juden war lediglich ein bequemer Vorwand, die amerikanische Feindseligkeit gegenüber Deutschland zu rechtfertigen und die den Amerikanern eigene Schwäche für jede angeblich unterdrückte Kreatur auszunutzen.

Potocki überschätzte die jüdische Frage wegen seines eigenen betonten Vorurteils gegen die Juden. Diesen Standpunkt teilte die gesamte polnische Führung. Potocki stand den amerikanischen Juden äußerst kritisch gegenüber. Er

war der Ansicht, daß der jüdische Einfluß auf die Kultur und die öffentliche Meinung Amerikas, den er fraglos als vorherrschend erachtete, ein rasches Absinken des geistigen Niveaus der Vereinigten Staaten verursache. Immer wieder berichtete er nach Warschau, daß die öffentliche Meinung Amerikas lediglich das Ergebnis jüdischer Machenschaften sei.

Die Polen selbst machten aus den kürzlichen antijüdischen Ausschreitungen einen Grund zur Klage gegen Deutschland, aber nicht etwa aus Sympathie für die Juden. Sie nahmen die Tatsache übel, daß Deutschland durch seine jüngsten antijüdischen Maßnahmen gegenüber Polen einen Vorsprung im Abschieben seiner Juden gewonnen hatte. Die Mehrzahl

der in Deutschland verbliebenen Juden war zu der Einsicht gelangt, daß es besser sei, auszuwandern, als weiter in Deutschland zu leben, auch waren die meisten von ihnen in einer weitaus günstigeren Vermögenslage als die polnischen Juden, um eine Auswanderung in Betracht ziehen zu können.

Am 22. November 1938 berichtete von Moltke aus Warschau, daß die polnische Presse mit Zurückhaltung über die „Vergeltungsaktionen in Deutschland gegen die Judenschaft” berichtet habe. Der „Dziennik Narodowy” (überregionale Tageszeitung) hatte sich beschwert, Deutschland habe zwar recht in dem Bemühen, seine Juden loszuwerden, aber unrecht mit seinen Methoden. Nur einige der führenden Zeitungen hatten die kürzlichen Maßnahmen Deutschlands vorbehaltlos gebilligt. Die Czas (polnische ‚Times‘) behauptete, Deutschland sei in einigen Fällen zu weit gegangen. Moltke vermerkte, die polnische Regierung befürchte einen ukrainischen Aufstand und diese Erwägung habe sie veranlaßt, ihr Vorgehen gegen die Juden in Polen zu verlangsamen. Gleichzeitig würde die diplomatische Offensive verstärkt, neue Ziele für den Auszug der polnischen Juden zu finden, und man sei überzeugt, daß die kürzlichen Vorgänge in Deutschland diesen Bemühungen hinderlich seien.

Auf einer Konferenz des polnischen Außenministeriums am 22. November 1938 behauptete Lipski, dieses ganze Bild habe auch eine erfreuliche Seite. Er trug vor, die deutsche öffentliche Meinung sei von den kürzlichen antijüdischen Ausschreitungen befremdet, und das habe die Stellung des Hitler-Regimes erschüttert. Er vertrat die Ansicht, ein fester polnischer Stand könnte die Stellung Ribbentrops möglicherweise bedrohen und Hitler überzeugen, daß Ribbentrop kein guter Diplomat sei. Der polnische Hochkommissar Marjan Chodacki, der eigens zu dieser

Konferenz nach Warschau gekommen war, beeilte sich, Lipski zuzustimmen. Er machte den Vorschlag, Polen könnte die Lage vielleicht durch eine unnachgiebigere Haltung im Umgang mit den Danziger Regierungsbehörden beeinflussen.

Beck schien sich nicht sonderlich über die Verschlechterung der deutsch-pol-

231

232

nischen Beziehungen nach der Münchener Konferenz zu sorgen. Am 7. Dezember 1938 äußerte er zu Jan Szembek, man sei mit Deutschland in eine Sackgasse geraten. Es war die schlichte Feststellung einer Lage, die zu bessern Beck nicht geneigt war. Er hoffte immer noch, Deutschland würde ihn in Ruthenien unterstützen, und glaubte keine Sekunde, daß Hitler Ruthenien als Kern einer ukrainischen Irredenta vorzusehen gedachte. Er wußte genau, daß Hitler aufrichtig propolnisch dachte, und er beklagte sich bei Szembek, daß es durchaus hätte möglich sein können, von Hitler mehr Zugeständnisse zu erlangen, wenn da nicht die polenfeindlichen Aristokraten-Junker gewesen wären und die Mitglieder des deutschen Kabinetts, die zur ehemaligen konservativen Deutschnationalen Volkspartei gehört hätten.

Für Beck war sicher der Wunsch der Vater des Gedankens, als er Szembek gegenüber behauptete, daß Hitler und Ribbentrop gar nicht so gut übereinstimmten und daß es von Neurath und nicht von Ribbentrop sei, „welcher die Absichten und Anweisungen Hitlers ebenso ausgezeichnet verstand wie auszuführen wußte“. An sich war von Neurath wirklich einer der polenfeindlichen Aristokraten, die Becks Verdammungsurteil meinte, denn er war Polen gegenüber

weit weniger duldsam als Ribbentrop. Die Ähnlichkeit der Karriere Becks mit der des Reichsaußenministers hatte Becks Abneigung gegen seinen Berliner Kollegen verursacht. Beck war ebensowenig Berufsdiplomat wie von Ribbentrop. Beck sah auf eine jahrelange militärische Karriere zurück und von Ribbentrop hatte nach seinem Dienst als deutscher Offizier im 1. Weltkrieg ein Vermögen als Kaufmann erworben. Beide Männer hatten es fertiggebracht, aus dem gleichen Grund in die höchste Stellung im diplomatischen Dienst ihres Landes zu gelangen. Beck war viele Jahre lang eng mit Pilsudski liiert gewesen und von Ribbentrop hatte das Vertrauen Hitlers gewonnen. Beide Männer waren über die Berufsdiplomaten hinausgelangt, weil sie in der Gunst ihrer jeweiligen Diktatoren standen.

Der polnische Außenminister hatte entschieden, Lipski sollte aus taktischen Gründen auch fernerhin eine positive Haltung zu der deutschen Autobahn einnehmen, aber keineswegs Polen zu irgend etwas fest verpflichten und auch nicht zugeben, daß irgendein Zusammenhang zwischen Danzig und dem Korridor bestehe. Beck gedachte, weiterhin auf einen zweiseitigen Vertrag mit den Deutschen zu drängen und dieser sollte auf dem deutschen Verzicht auf Danzig beruhen. Beck vermutete, Hitler würde auf der Annexion Danzigs bestehen, war sich dessen aber nicht ganz sicher und konnte vor allem nicht wissen, wie lange er sich noch auf Hitlers Geduld zu stützen vermochte.

Beck hatte beschlossen, sein Hauptaugenmerk auf englisch-polnische Beziehungen zu richten. Seine ganze Außenpolitik beruhte auf der Annahme, daß er die Unterstützung der Engländer gegen Deutschland erhalten würde.

Beck ging in seinen Beziehungen zu den Engländern recht geschickt vor.

Er wollte sie mit seiner Unabhängigkeit beeindrucken und ihre Geduld durch seine Zurückhaltung auf die Folter stellen, mit der er an wichtige Fragen heranging. Er veranlaßte Graf Raczynski in London, Halifax am 24. Oktober 1938 zu sagen, also zum Zeitpunkt des deutschen Angebots, Polen würde gegen jegliche deutsche Forderung fest bleiben. Er versagte es ihm aber, nach Warschau zu kommen, um die Lage zu erörtern. Es vergingen fast zwei Monate, ehe der polnische Botschafter in Warschau erscheinen durfte, um Becks Plan für eine Verständigung mit den Engländern durchzusprechen. Im Dezember 1938 willigte Beck ein, innerhalb einiger Monate nach London zu kommen und die gemeinsame Ausrichtung der polnischen und britischen Politik zu erörtern, ließ aber seine Zusage noch in der Schwebe und verabredete von sich aus eine Zusammenkunft mit Hitler im Januar 1939. Er wünschte den Briten klarzumachen, daß er Abmachungen mit den Deutschen treffen könnte, wann er es wollte, und vermutete dabei ganz richtig, daß sich dadurch das polnische Ansehen in London steigern würde. Er wollte es nicht, daß die Engländer. Polen nur als einen Marionettenstaat nach dem Muster Österreichs oder der Tschechoslowakei ansahen. Beck hatte viel gelernt seit seinem überstürzten Englandbesuch im März 1936 und seinem vergeblichen Ersuchen um ein militärisches Eingreifen Englands gegen Deutschland.

Halifax fürchtet eine deutschpolnische Verständigung

Der britische Diplomat Ogilvie-Forbes berichtete am 9. November 1938 aus Berlin, es mehrten sich die Gerüchte

über ein bevorstehendes Abkommen zwischen Deutschland und Polen. Ihm schien es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis Danzig „als reife Frucht“ in den deutschen Schoß fallen würde, aber er sagte Schwierigkeiten in der Frage des deutschen Korridors voraus. Nach seiner Berechnung könnten sich die Deutschen unter Umständen bemühen, Polen in Form einer Unterstützung gegen die Tschechen, die Litauer oder gar die Russen eine besondere Gegengabe für die Schaffung eines Korridors anzubieten.

Ogilvie-Forbes hatte in polnischen Kreisen Berlins den Eindruck gewonnen, es liege ein echter polnischer Wunsch vor, „sich mit dem Götzen der Ungerechtigkeit zu einigen“. Sehr richtig vermutete er, dieser merkwürdige Hinweis auf Hitler würde Halifax erheitern und gefallen. Er war dabei auch auf sich selbst bedacht, da man ihn in London als einen Pro-Hitler-Mann betrachtete. Er glaubte nicht daran, daß die Erwerbung Danzigs durch Deutschland die deutsch-polnischen Reibungen beseitigen würde. Er schloß seinen Bericht, daß „eine schnelle Regelung aller deutsch-polnischen Fragen, und zwar in einer Weise, die sich auch auf die Dauer mit dem Nationalstolz, den politischen und

wirtschaftlichen Interessen beider Parteien verträgt, als ein Wunder erscheinen muß, das selbst Hitler nicht vollbringen kann“.

William Strang, Leiter der Zentralabteilung des britischen Foreign Office, prophezeite Botschafter Kennard in Warschau einen Tag später, es würde Störungen zwischen Deutschland und Polen geben. Er unterrichtete Kennard, daß „es Sie interessieren wird, zu erfahren, daß wir von zuverlässiger

Seite Kenntnis davon erhielten, daß Hitler jetzt auf dem Standpunkt steht, Polen hat seine Stellung noch nicht gefestigt, und dementsprechend plant er, sich mit der polnischen Frage zu befassen. Er rechnet damit, dieses ohne einen europäischen Krieg tun zu können“. Strang hatte dieses Gerücht erfunden in der Hoffnung, Beck zu beunruhigen, wenn Kennard ihm das zutragen würde, und ihn von jeder möglichen Versuchung abzuhalten, zu einem Einvernehmen mit Hitler zu gelangen.

Kennard befürchtete zu dieser Zeit, Beck würde Hitlers Vorschlag für Danzig und den Korridor annehmen. Allerdings hoffte er, die deutsch-polnischen Reibungen über die Minderheiten-Frage würden sich störend genug auf ein Übereinkommen in den anderen Punkten auswirken. Er sah keine Lösung für die Minderheiten-Frage, „noch halte ich irgendeine Regelung zum Austausch von Volksteilen für durchführbar”. Kennard hatte tatsächlich keine Ahnung von der deutschen Minderheit in Polen. Er behauptete, die Polen in Deutschland seien in der Hauptsache Arbeiter, was auch zutraf, aber er irrte, wenn er die Deutschen in Polen im wesentlichen als Landeigentümer und Geschäftsinhaber ansah, denen „es recht gut ginge“. Die große Mehrzahl der Deutschen in Polen war als Arbeiter in der Landwirtschaft und Industrie tätig. Diese mangelhafte Unterrichtung ist kaum überraschend, wenn man bedenkt, daß Kennard sich für die Verhältnisse der Deutschen nicht interessierte, außer wenn es galt, ihre Beschwerden zu verkleinern.

Kennard bestritt es, daß die Polen unruhig oder in Eile seien, ihre Streitigkeiten mit Deutschland beizulegen. Als Burckhardt im November 1938 in Warschau weilte, ließ Kennard Halifax wissen, der Völkerbundskommissar teile seinen Glauben, daß die Polen bereit seien, Danzig Deutschland zu überlassen. Kennard mahnte Halifax, seit der Teschener Krise sei nichts getan worden, um Polen einen

Sitz im Völkerbundssicherheitsrat einzuräumen, wofür sich Großbritannien eingesetzt hatte. Außerdem warnte er, Beck würde dem Völkerbund so lange kritisch gegenüberstehen, bis dieser Punkt geregelt sei. Kennard hatte aus seinem Haß gegen Deutschland keinen Hehl gemacht, als er die Lage mit Burckhardt besprach, und der Schweizer Diplomat hatte sich beeilt, den Deutschen reinen Wein über Kennards Haltung ihnen gegenüber einzuschenken. So erfuhr Hitler, daß der britische Botschafter in Warschau, der Halifax' Vertrauen genoß, ein Feind der Appeasement-Politik war.

234

235

Burckhardt hatte sich bei den Deutschen beklagt, Kennard sei „zunächst hochfahrend" gewesen, und Halifax hatte sich anscheinend Sorge wegen Burckhardts Art und der Möglichkeit gemacht, daß er von Kennards arrogantem Auftreten abgestoßen werden würde. Halifax zog nur ungern die Möglichkeit in Betracht, der Völkerbundskommissar könne in Danzig auf seiten der Deutschen stehen. Halifax legte Kennard dar, Burckhardt sei 1937 bedeutet worden, daß es seine Hauptaufgabe sei, „die Bildung eines vollnationalsozialistischen Regimes zu verhindern". Es ist wissenswert, daß er dies im Dezember 1938 betonte, wenn man sich daran erinnert, daß er Burckhardt im Mai 1938 gesagt hatte, er hoffe, Danzig würde nach einer ausgehandelten Regelung wieder zu Deutschland zurückkehren. Halifax erinnerte Kennard daran, daß Burckhardt „außergewöhnliche diplomatische und politische Fähigkeiten" besitze und man ihn nicht auf die leichte Schulter nehmen könne. Vertraulich setzte er hinzu, er würde die Danzig-Frage bei der nächsten Sitzung des Völkerbundssicherheitsrates im Januar 1939 anschneiden

ungeachtet der Frage, ob Beck oder Burckhardt diesen Schritt billigen würden.

Halifax erörterte am 14. Dezember 1938 die Lage mit Raczynski in London und hoffte dabei insgeheim, mehr über die derzeitige Einstellung Polens zu einer Regelung mit Deutschland zu erfahren. Er leitete die Unterredung damit ein, daß er sich beklagte, die Polen hätten wenig geholfen, die Aufgaben des Völkerbundes in Danzig zu fördern. Raczynski erwiderte, daß Polen die Bedeutung der Stellung des Völkerbunds anerkenne und eine Abberufung Burckhardts nicht wünsche. Dann fragte Halifax den polnischen Botschafter geradeheraus, ob sich Hitler kürzlich zur Frage der deutschen Ansprüche auf Danzig geäußert habe. Der Botschafter antwortete ausweichend. Er erklärte, Polens entscheidendes Problem sei zur Zeit, Hilfe von internationaler Seite zu bekommen, um sich der jüdischen Bevölkerung des Landes zu entledigen. Er versicherte Halifax, daß die Juden in Polen „eine wirklich schwerwiegende Frage” bedeuteten.

Raczynski betonte, daß Polen sehr für eine wirksame britische Politik in Osteuropa sei, obwohl „es vielleicht Seiner Majestät Regierung nicht möglich ist, im Fall ernstlicher Störungen im östlichen Europa unmittelbar einzugreifen“. Halifax wie Raczynski war es klar, daß man im Fall eines Krieges keine englischen Soldaten an der polnischen Küste landen könnte, aber Raczynski hegte die Hoffnung, daß die Engländer ihr Interesse an diesem Raum nicht verlieren würden. Halifax versprach, sich die Frage englischer Unterstützung für Polen eingehend zu überlegen.

Halifax war gekränkt, daß Beck es Raczynski nicht gestattet hatte, ihm etwas Greifbares über die derzeitigen deutsch-polnischen Verhandlungen zu sagen. Die Gewißheit eines deutsch-polnischen Konflikts war ein unerläß-

235

236

liches Moment für die Gestaltung seiner Pläne. Er wies Kennard an, mit allen Mitteln Becks wahre Haltung zu ergründen. Sehr geschickt versuchte Kennard, Beck einzureden, es sei vielleicht besser, den Deutschen Danzig jetzt zu überlassen, als es später erleben zu müssen, daß sie Danzig mit Forderungen nach dem ganzen Korridor verbänden. Beck „stellte kategorisch fest, daß jede Frage eines Zugeständnisses hinsichtlich des Korridors Krieg bedeute”. Eindringlich fragte ihn Kennard darauf, ob sich das auch auf ein Ersuchen Deutschlands um Durchgangsmöglichkeiten im Korridor erstrecke. Beck gab zur Antwort, daß irgendein deutscher Vorschlag in dieser Richtung „kaum in Betracht komme“, obwohl er Lipski gestattet hatte, in den Deutschen die Vorstellung zu nähren, daß Polen doch noch bereit sein könnte. Halifax konnte daraus den Schluß ziehen, daß eine deutschpolnische Verständigung, genau genommen, unmöglich war, denn Polen hegte die trügerische Hoffnung auf britische Hilfe, wenn Beck sich auch weigerte, ihn über seine Verhandlungen mit den Deutschen zu unterrichten.

Polen durch Becks Diplomatie gefährdet

Becks diplomatische Winkelzüge in dieser Zeit dienten einem doppelten Zweck. Sie hielten die Engländer davon zurück, den polnischen Gegensatz zu Deutschland als gegeben anzusehen zu einer Zeit, als die britische Politik noch im Zeichen des Appeasement stand. Es lag auf der Hand, daß die britischen Führer ihre Öffentlichkeit erst noch erziehen mußten, Deutschland zu hassen und zu fürchten, bevor sie ihrem politischen Kurs eine Wendung geben konnten, die eine Verpflichtung Englands an Polen zuließ.

Der polnische Diplomat wußte genau, daß er von Großbritannien nicht als Ebenbürtiger behandelt werden würde, wenn er im Verfolgen seiner eigenen Politik nicht eine ähnliche Zurückhaltung übte. Zum anderen wurden die Deutschen aus Gründen des Zeitgewinns über die polnische Politik getäuscht. Es war Beck klar, daß Hitler größere Bewegungsfreiheit haben würde, wenn er eine Dummheit beginge, bevor die britischen Führer zum Angriff auf Deutschland gerüstet seien. Er wußte, daß Hitlers Geduld sein größter Aktivposten war, und er hatte vor, Deutschland herauszufordern, sobald die Zeit dazu reif war, anstatt sich unerwartet von Deutschland herausfordern zu lassen.

Diese gewundene Diplomatie wäre unnötig gewesen, wenn Beck gemerkt hätte, daß Polens Interessen durch eine gemeinsame Front mit Deutschland gegen den Bolschewismus am besten gedient war. Hitler hatte vernünftige und ehrenhafte Bedingungen geboten, die Polen nur Vorteile brachten. Im Rahmen einer deutsch-polnischen Verständigung wären die durch die Minderheiten-Frage verursachten Reibungen von geringer Bedeutung gewesen. Die Deutschen in Polen waren viel zu uneinig und eingeschüchtert, um Unruhe zu stiften,

wenn Hitler in Danzig erfolgreich war, und eine deutsche Garantie der bestehenden deutsch-polnischen Grenze hätte die wenigen Chauvinisten unter ihnen überzeugt, daß für sie kein Anlaß zur Hoffnung auf eine Vereinigung mit dem Reich bestand. Polen hätte ein bedeutendes Bollwerk europäischer Verteidigung gegen den Bolschewismus bilden können und mit deutscher Unterstützung alle Aussicht gehabt, einen Angriff der Sowjetunion zu überstehen.

Die Engländer hatten Polen nichts zu bieten. Ihre Politik der Feindseligkeit gegenüber Deutschland, die nur spärlich vom Appeasement bemäntelt wurde, während sie sich auf den Krieg vorbereiteten, übertrug der Sowjetunion die Rolle des tertius gaudens. Ein selbstmörderischer Vernichtungskampf unter den kapitalistischen Mächten Europas war die Erhörung eines sowjetisch-marxistischen Gebets. Die geographische Lage Polens war so, daß es zum ersten Opfer der schließlichen sowjetischen Expansion nach Westen werden mußte. Die britischen Führer hatten nicht die Absicht, eine große Armee nach Europa zu schicken, wie sie es im 1. Weltkrieg getan hatten, und die Marine und die Luftstreitkräfte Englands konnten Polen keinen Schutz gewähren.

Der Traum von einem Großpolen von 1750 war das schicksalhafte Vermächtnis, das Becks Urteil trübte. Auch Pilsudski hatte ihn geträumt, aber er war Realist genug, um in der Lage zu sein, die polnische Politik weitgehend den Gegebenheiten anzupassen. Es war Polens Schicksal, im entscheidendsten Augenblick seiner Geschichte den Händen der Epigonen überantwortet zu sein. Es waren keine Anzeichen vorhanden, daß die polnischen Führer wachen Auges die Wirklichkeiten der europäischen Lage wahrnahmen, als sich das Jahr 1938 seinem Ende zuneigte.

237

238

8. KAPITEL: BRITIISCHE FEINDSELIGKEIT GEGEN DEUTSCHLAND NACH MÜNCHEN

Hitlers Werben um die englische Freundschaft

NACH der Münchener Konferenz waren die deutsch-englischen Beziehungen die wichtigste europäische Aufgabe. Eine englisch-deutsche Verständigung konnte Frieden, Wohlstand und Sicherheit für Europa bedeuten. Ein neuer englisch-deutscher Krieg mußte Zerstörung, Ruin und Verzweiflung bringen. Eine Verständigung der beiden Länder hätte der bolschewistischen Doktrin keine Chance zu bieten vermocht, denn diese gedieh nur auf dem Boden der menschlichen Verelendung. Ein neuer Krieg dagegen konnte den Bolschewistenführern eine einzigartige Gelegenheit zur Expansion geben. Es brauchte daher nicht Wunder zu nehmen, daß sich ihr Haß gegen die Münchener Konferenz, die einen deutsch-englischen Krieg verhindert hatte, entlud. Sie befürchteten, daß in der Folge eine dauerhafte deutsch-englische Verständigung daraus hervorgehen würde.

Die Crux des Ganzen war die britische Haltung gegenüber Deutschland. Hitlers Verhalten gegenüber England wurde von der Zielsetzung bestimmt, einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Nationen herzustellen, wie ihn die deutsch-englische Freundschaftserklärung vom 30. September 1938 umrissen hatte. Hitler hoffte, die Fehler des

Hohenzollern-Deutschland vermeiden zu können. Er verurteilte den Gedanken einer großen deutschen Flotte, für die Großadmiral von Tirpitz vor 1914 mit glänzenden Argumenten eingetreten war. Ihn bewegte die Frage der Erwerbung deutscher Kolonien in Übersee nicht sonderlich, denn er betrachtete Deutschlands Rechtsanspruch auf seinen ehemaligen Kolonialbesitz lediglich als Mittel zu einem Gegengeschäft. Hitler hielt nichts von einer Handelsrivalität zwischen Deutschland und Großbritannien. Er wollte den Briten ihre Vorrangstellung im Welthandel vorbehalten wissen.

238

239

Den britischen Führern war Hitlers Einstellung vertraut. Der führende Sprecher der Labour-Partei, George Lansbury, Parteivorsitzender bis 1935, hatte alles in seiner Macht Stehende getan, um die Führer der britischen Konservativen mit Hitlers Ideen bekanntzumachen. Lansbury lernte Hitler am 19. April 1937 in Berlin kennen. Er war von dem deutschen Staatschef außerordentlich beeindruckt und davon überzeugt, daß dieser keinen Krieg wünsche. Lansbury sprach mit Lord Halifax über Hitler und stellte sich zur Zeit der Münchener Konferenz entschieden hinter Chamberlain. Er hob hervor, daß kein nennenswerter Teil der englischen Bevölkerung gegen Chamberlains Reise nach München opponiert habe.

Arnold Toynbee hatte als führender englischer Historiker und Sachverständiger in internationalen Angelegenheiten Hitler im März 1936 aufgesucht. Er kehrte sichtlich beeindruckt von Hitlers Ideen zurück. Er berichtete dem Premierminister und Konservativen Stanley Baldwin, daß Adolf Hitler ein

aufrichtiger Fürsprecher des Friedens und einer engen Freundschaft zwischen Großbritannien und Deutschland sei.

Thomas Jones, mit Lloyd George und Stanley Baldwin engstens befreundet, pflegte ausgezeichnete Beziehungen zu englischen Politikern. Er hatte am 17. Mai 1936 Hitler in München aufgesucht. Jones stand sich sehr gut mit Ribbentrop und war bestens über Hitler unterrichtet. Hitler hatte gesagt, daß, wenn eine deutsch-englische Verständigung erreicht sei, „sich der größte Wunsch meines Lebens erfüllt hat”. Jones hatte Hitler in München in Aussicht gestellt, daß England „mit Deutschland Seite an Seite zu kommen hoffe”. Auch hatte er Hitlers Beschluß gepriesen, dem Englischunterricht an deutschen Schulen den Vorrang unmittelbar nach dem Deutschunterricht zu geben, weil das ein bedeutender Beitrag zu dem künftigen Verhältnis zwischen den beiden Ländern sei.

Leopold Amery, einer der führenden Staatsmänner unter den Konservativen, verbrachte im August 1935 seinen Urlaub in Deutschland. Er stand Hitlers Bestrebungen feindselig gegenüber und hatte nicht die Absicht, den deutschen Regierungschef kennenzulernen. Als es Hitler zu Ohren kam, daß Amery in Deutschland weilte, ließ er unverzüglich eine Einladung an ihn ergehen. Er und Amery erörterten dann einige Stunden lang die jüngste Entwicklung in Deutschland sowie die künftigen deutschen Ziele. Hitler versicherte Amery, daß Deutschland mit der Regelung im polnischen Korridor einverstanden sei. Er hoffe, eines Tages in der Lage zu sein, Polen eine deutsche Garantie seiner Westgrenze anbieten zu können. Nur zögernd hat Amery verzeichnet, daß Hitler „nicht unangenehm prahlerisch” aufgetreten und er sehr angetan sei von Hitlers Äußerung, er „könne für keine seiner Reformen Originalität beanspruchen“.

239

240

Viscount Rothermere, führender englischer Zeitungsverleger und maßgebender Vertreter der englischen Aufrüstung, war 1937 kurz vor der Hitler-Halifax-Unterredung bei Hitler in Berchtesgaden. Rothermere gelangte zu der Ansicht, daß der Hitler, mit dem er gesprochen hatte, „davon überzeugt war, er sei nicht aus seiner sozialen Schattenstellung heraus zur Macht berufen, um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu erhalten und Deutschland geistig und materiell wieder aufzubauen“. Rothermere und Hitler haben auch in Briefwechsel gestanden. Hitler hat Rothermere geschrieben, sein Endziel sei eine umfassende Verständigung Deutschlands mit England und den Vereinigten Staaten. Rothermere hat auch bis wenige Wochen vor Ausbruch des 2. Weltkriegs 1939 mit Ribbentrop korrespondiert. In einem während des Krieges geschriebenen Buch, dessen Einleitung übrigens Winston Churchill verfaßte, erklärte Rothermere, daß sich Ribbentrop England gegenüber niemals unfreundlich verhalten habe.

David Lloyd George, Premierminister der siegreichen Regierungskoalition von 1918, besuchte Hitler im September 1936. Hitler hatte kein Hehl aus der Tatsache gemacht, daß er von den Leistungen des britischen Regierungschefs der Kriegszeit überaus stark beeindruckt sei. Auch wußte er über die Laufbahn seines Besuchers sehr genau Bescheid. Lloyd George hatte darauf gesagt, er sei „von der persönlichen Achtung des Führers ihm gegenüber. tief gerührt und stolz darauf, daß sie ihm von dem größten Deutschen des Jahrhunderts erwiesen worden sei”. Lloyd George kehrte nach England mit der Überzeugung zurück, daß Hitler mit der Wiederbegründung des Wohlstands und

der Sorgenfreiheit im verstümmelten Deutschland eine herkulische Arbeit geleistet habe.

Der angesehene Konservativenführer Lord Londonderry und der bekannte Publizist Ward Price haben Hitler häufig aufgesucht. Beide Männer veröffentlichten 1938 Bücher, in denen sie für eine deutsch-englische Verständigung eintraten und ihren Landsleuten die Gedanken und Ziele Hitlers auseinandersetzten.

Hitler hat 1936 wiederholt versucht, eine Zusammenkunft mit dem englischen Premier Stanley Baldwin herbeizuführen, aber es gelang weder ihm noch von Ribbentrop, Baldwins deutschfeindliche Vorurteile zu überwinden. Baldwin bemerkte um die Zeit seines Rücktritts am 20. April 1937, „er habe Lansbury um das Zutrauen beneidet, das ihn dazu gebracht habe, an Hitler heranzugehen”. Er hätte auch Hitler um das Zutrauen beneiden können, das diesen befähigte, sich vergeblich um Baldwin und andere britische Führer zu bemühen und deren Mißtrauen gegen Deutschland zu verscheuchen.

Es war Hitler klar, daß ein Besuch seinerseits in England wegen dieser antideutschen Vorurteile nicht möglich sei, bevor man eine deutsch-englische Ver-

ständigung erreicht habe. Er hatte angeboten, mit Baldwin auf See nahe der englischen Küste zusammenzutreffen. Später empfing er dreimal den Besuch des Premiers Chamberlain, aber das geschah während einer Krise, als keine normalen Verhältnisse herrschten. Chamberlain vermerkte, daß Hitler bei ihrer ersten Zusammenkunft am 15. September 1938 ihm „sehr zurückhaltend erschienen”

sei. Hitler hatte ihm seine Befürchtung zum Ausdruck gebracht, man würde „ihn mit Demonstrationen der Mißbilligung empfangen“, wenn er nach England käme, und Chamberlain hielt es ebenfalls für klüger, den richtigen Zeitpunkt zu wählen.

Winston Churchill und Hitler sind einander nie begegnet. Im April 1932 hatte er wenige Tage in München geweilt und den Wunsch geäußert, Hitler zu sehen. Er hat später aufgrund einer bloßen Vermutung behauptet, Hitler habe sich geweigert, ihn zu empfangen, weil er Hitlers Einstellung gegenüber den Juden kritisiert habe. Ernst Hanfstaengl, der von Hitler beauftragt war, sich in München um Churchill zu kümmern, hatte ihm jedoch dargelegt, daß Hitler gerade in Nürnberg damit sehr in Anspruch genommen sei, einige bedeutende Krisen in der entscheidenden Phase vor der Machtergreifung zu überwinden. Churchill machte keinerlei Anstalten, Hitler aufzusuchen, nachdem dieser zum Kanzler berufen war. In der Ausgabe seines Buches „Great Contemporaries” (Große Zeitgenossen) von 1937 hat er immerhin geschrieben, er hoffe, Großbritannien würde einen Hitler finden, wenn es jemals in so furchtbare Situationen kommen würde wie Deutschland nach dem 1. Weltkrieg.

Anthony Eden und Hitler sind verschiedentlich zusammengetroffen. Die erste Zusammenkunft 1934 verlief in einer freundschaftlichen Atmosphäre. Eden und Hitler tauschten ihre Erlebnisse im 1. Weltkrieg aus. Das zweite Treffen fand im März 1935 statt, nachdem die britische Regierung harte Kritik an Hitler geübt hatte, weil von ihm einige Tage zuvor der Friedenswehrdienst eingeführt worden war. Die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden blieben auch bei der zweiten Begegnung freundschaftlich!. Aber sonst gab es nicht viel Gemeinsames zwischen ihnen, da Eden mit den deutschen Problemen nur wenig vertraut war. Das zeigte sich in einer Unterredung zwischen

Außenminister Eden und Nevile Henderson am 24. Oktober 1937 deutlich. Thomas Jones hat dazu vermerkt, daß der britische Botschafter in Deutschland „in den Ländern, über die wir sprachen, gelebt hat, und Eden nicht, und das konnte man merken“.

Sir John Simon, einer der engsten Berater Chamberlains im Jahre 1938, begleitete Eden im März 1935 nach Berlin und hat später seine Eindrücke von Hitler während dieser Zusammenkunft aufgezeichnet. Er schrieb, Hitler habe während ihrer Unterhaltung keine Anstalten gemacht, den Diktator heraus-

zukehren. Er hätte keine Zweifel, daß Hitler in seinem Wunsch aufrichtig sei, mit den Briten zu einer Verständigung zu kommen. Gleichermaßen war er davon überzeugt, daß Hitler es als seine vordringliche Aufgabe ansah, das besiegte Deutschland moralisch zu rehabilitieren. Trotzdem blieb Simon auch davon überzeugt, daß es ein lebenswichtiges britisches Interesse sei, Hitler in einem günstigen Augenblick herauszufordern. Diese Einstellung, begründet in der antideutschen Voreingenommenheit, bildete das große Hindernis einer Verständigung zwischen England und Deutschland.

Chamberlain unterläßt eine Kritik an Duff Cooper

Die ersten paar Tage nach der Münchener Konferenz erhellten mit unangenehmer Deutlichkeit, wie tief das Ressentiment der britischen Öffentlichkeit gegen Deutschland war. Es muß jedoch betont werden, daß die eigentliche Gefahr in der Feindseligkeit der britischen Führung lag. Die Masse des englischen Volkes wünschte

offensichtlich Frieden mit Deutschland. Die Huldigung, welche man Chamberlain bereitete, als er an jenem regnerischen Freitagnachmittag des 30. September aus München zurückkehrte, war beispiellos. Für das einfache Volk war er der Held des Tages, denn er hatte einen deutsch-englischen Krieg verhütet. Die Begeisterung dauerte an bis am Montag, den 3. Oktober 1938, im britischen Unterhaus die Debatten über die Münchener Konferenz begannen. Am 2. Oktober reiste König Georg VI. nach Schloß Balmoral in Schottland ab. Vor seiner Abfahrt erließ er eine Botschaft, in der er seinem Vertrauen zu Chamberlain und der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Friede in Europa gewahrt bleiben möge.

Die britischen Kriegseiferer verloren keine Zeit und legten es darauf an, die Friedensfeiern nachhaltig zu stören. Der erste Schlag war eine Nachricht, die Chamberlain am 1. Oktober 1938 vom Ersten Lord der Admiralität, Alfred Duff Cooper, erhielt. Duff Cooper betonte sein Mißtrauen gegenüber einer Kriegsverhinderungspolitik. Er erklärte seinen Rücktritt mit der Ankündigung, seine Entscheidung in einer größeren Rede vor dem Parlament zu begründen. Chamberlain erwiderte darauf in mildem Ton, daß ihm die bestehende grundlegende Meinungsverschiedenheit bekannt sei.

Duff Cooper war ein vorbildlicher Bundesgenosse Churchills in dem Kampf gegen den Frieden. Er haßte die Deutschen. Seit seinen Studententagen konnte er die deutsche Sprache und Literatur nicht leiden’. 1935 war er zum Kriegsminister ernannt worden und bis zu dieser Zeit blieb die „ständig wachsende deutsche Drohung” seine größte Sorge”. Er war der gleichen Meinung wie der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittart, daß alles im Bereich des Möglichen Liegende getan werden müsse, um ein

Einvernehmen Italiens mit Deutschland zu verhindern. Nach seiner Überzeugung

242

243

war es wichtiger, sich Hitler als dem Kommunismus zu widersetzen. Er verurteilte die ganze deutsche Nation als ein „grausames Volk” und übte Kritik an Engländern, die zum Vergessen der deutschen „Verbrechen“ des 1. Weltkriegs neigten. Seit 1936 war er, genau wie Lord Halifax, von der Unvermeidlichkeit eines deutsch-englischen Krieges überzeugt. In den Jahren 1936 und 1937 hielt Duff Cooper zahlreiche kriegerische Reden. Er bezweifelte, daß Chamberlain als Nachfolger Baldwins im April 1937 Wert darauf legen würde, ihn im Kabinett zu behalten. Er wurde indessen behalten und zum Marineminister ernannt. Er war jung, sah gut aus und begeisterte sich an den aufsehenerregenden Auslandsreisen, die seine neue Stellung mit sich brachte. Gemeinsam mit Vansittart unterstützte er Chamberlain gegen Eden während der britischen Kabinettskrise im Februar 1938. Sein Bruch mit Chamberlain erfolgte nach dessen Rückkehr von seiner Reise zu Hitler im September 1938.

Die herabsetzenden Bemerkungen, die Chamberlain über Hitler nach seiner ersten Zusammenkunft mit ihm machte, beschwichtigten Duff Cooper keineswegs. Er wollte Krieg mit Deutschland und befürchtete, daß die Chance dazu verlorengehen könnte. Er glaubte, er könnte mehr zur Förderung des Krieges beitragen, wenn er in die Churchill-Gruppe der Konservativen außerhalb des Kabinetts einträte. Duff Cooper unterrichtete Chamberlain am 25. September 1938 von seinen Rücktrittsabsichten, erklärte sich aber

damit einverstanden, mit der Ankündigung bis zum Ende der Tschechenkrise zu warten.

Duff Cooper erhielt die Genehmigung, in der Unterhausdebatte am 3. Oktober 1938 als erster Redner aufzutreten. Er kritisierte die Regierung, daß sie während der Tschechenkrise keine klare Verpflichtung übernommen habe. Großbritannien habe nicht für die Tschechen gekämpft. Das wäre nämlich keine ausreichende Grundlage für einen Krieg gewesen. Er betonte jedoch mit Nachdruck, daß Großbritannien für jenes Gleichgewicht der Kräfte gekämpft habe, das einigen britischen Herzen so teuer war. Er vertrat die Ansicht, es sei seine und seines Landes Mission, Deutschland an einer Vorrangstellung auf dem Kontinent zu hindern.

Chamberlain setzte seine Kritiker durch seine Weigerung in Erstaunen, auf diese Verurteilung seiner Politik durch einen ehemaligen Untergebenen etwas zu erwidern. Statt dessen sagte er in einem von ihm häufig angeschlagenen süßlich-gefühlvollen Ton, daß ihn die Rücktrittsreden von Kabinettsmitgliedern zu rühren pflegten. Ganz offenkundig hegte er eine tiefe Zuneigung zu Duff Cooper, und die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen waren eher taktischer als grundsätzlicher Natur. Er pries Duff Cooper wegen seiner erfolgreichen Tätigkeit in der Admiralität und entschuldigte ihn mit der Bemerkung, daß viele Kabinettsmitglieder noch für lange Zeit die Narben der jüngsten Krise tragen würden.

243

244

Die britischen Tories in grundsätzlicher Übereinstimmung

Über die veraltete Politik vom Gleichgewicht der Kräfte bestand keine Uneinigkeit zwischen Chamberlain und Duff Cooper. Diesen Grundsatz hatte England erstmals im 16. Jahrhundert durch Thomas Cromwell, einen Schüler Machiavellis (gestorben 1527), vertreten. Er war ein reicher Abenteurer, der die letzte Phase der Kräfteausgleichsdiplomatie im Italien der Renaissance unmittelbar miterlebt hatte. Diese Politik diente dazu, einen starken Staat wie Mailand daran zu hindern, die Vorherrschaft über die schwächeren italienischen Staaten zu gewinnen. Sie wurde sinnlos, als außenstehende Mächte wie Frankreich und Spanien mit überlegener Streitmacht zur Vernichtung des zersplitterten Italiens aufbrachen. In Europa praktizierte England die Kräfteausgleichspolitik mehrere Jahrhunderte hindurch, um jeden Einzelstaat daran zu hindern, jenen Vorrang auf dem uneinigen Kontinent einzunehmen, wie ihn die Vereinigten Staaten nach 1865 in Nordamerika innehatten. Sie bedeutete das unnachgiebige Vorgehen gegen jeden angeblich vorherrschenden Kontinentalstaat ohne Rücksicht auf seine inneren Verhältnisse oder seine Außenpolitik. Der Zweck dieses Vorgehens lag darin, Großbritannien in die Lage zu versetzen, das Schicksal seiner Nachbarn zu bestimmen. Diese Politik wurde in den dreißiger Jahren wirkungslos, als außenstehende Mächte wie die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten mit ihrer überlegenen Streitmacht auftreten konnten, um sich die Beherrschung eines vernichteten und zersplitterten Europas zu teilen.

Nach Thomas Cromwell und Heinrich VIII. wurde die englische Kräfteausgleichspolitik einige Male abgelehnt. Oliver Cromwell, der Lord-Protektor Englands um 1650, lehnte sie als Theorie ab und behandelte sie als politische Verfallserscheinung. Gelegentlich setzte er sich für Bündnisse ein wie jenes, das er in Holland und Schweden vorschlug, um den Protestantismus zu fördern. Es war seine

wohlbegründete Auffassung, daß England für seine Verteidigung selbst Vorsorge treffen könne und sich nicht vor dem Angriff einer vorherrschenden Macht zu fürchten brauche. Dank dieser Auffassung gelang Giulio Mazzarini (Kardinal Jules Mazarin) der Aufbau einer französischen Vormacht in Europa. Er versuchte Cromwell zu überreden, gemeinsam mit Frankreich das schwächere Spanien auszuplündern. Cromwell warf jedoch Englands Geld und Menschen nicht in einen sinnlosen Kampf, um die sinkende spanische Macht zu stützen, nur weil Frankreich stärker war als Spanien.

Ludwig XIV. entdeckte im Devolutionskrieg zwischen 1660 und 1670, daß Holland für die Fortdauer der französischen Vorherrschaft ein störendes Hindernis bildete. Niederländische Diplomatie hatte den französischen Gewinn in diesem Krieg geschmälert. Die Engländer hatten zwei Aggressions-

kriege während der jüngsten Jahre gegen die Niederländer geführt. Es war verhältnismäßig leicht für Ludwig XIV., im Vertrag von Dover im Jahre 1670 mit Karl II. von England feste englisch-französische Beziehungen herzustellen und einen gemeinsamen Krieg mit England gegen die Niederländer vorzubereiten. Die Engländer wurden überredet, die Niederländer ohne vorherige Warnung im April 1672 zu überfallen, und bald darauf schritt Ludwig XIV. ein, um die Engländer zu unterstützen. Die französische Absicht, Holland zu vernichten, wurde vereitelt, da es den Niederländern gelang, die englisch-französische Flotte in einer der größten militärischen Schicksalswenden der Geschichte, in der Schlacht im Solebay, zu besiegen. Es war

das zweite bedeutende Beispiel im 17. Jahrhundert, daß die Engländer eine Politik der Nichtbeachtung des Kräfteausgleichs verfolgten.

Die Kräfteausgleichspolitik wurde von König Wilhelm III. von England nach 1690 in einer bemerkenswerten Reihe von Thronreden zu neuem Leben erweckt. König Wilhelm ,III, ein Urenkel Wilhelms des Schweigsamen von Nassau-Oranien, nahm es mit Loyalitätsrücksichten nicht so genau. Er baute die englische Macht auf Kosten seines niederländischen Geburtslandes aus, weil man in England mehr Achtung vor der königlichen Würde hatte, was er sehr zu schätzen wußte. Wilhelm benutzte die französische Unterstützung der katholischen schottisch-englischen Stuarts als Vorwand, England in den Krieg gegen die Augsburger Allianz (1686, Bündnis gegen Frankreich) zu stürzen. Er erklärte aber, nachdem der Krieg eröffnet war, daß er in erster Linie das Gleichgewicht der Kräfte im Auge gehabt habe.

Das Gleichgewicht der Kräfte war die Rechtfertigung für Englands Teilnahme an den nächsten größeren Auseinandersetzungen in Europa und in Übersee, im Spanischen Erbfolgekrieg. England hatte nach dem Abschluß des Separatfriedens von Utrecht 1713 mit Frankreich große Gewinne zu verzeichnen. Das Gleichgewicht der Kräfte war wieder zum Leben gekommen, nachdem die Schrecken des Krieges vergessen waren. Der englische Staatsmann James Stanhope war der Anstifter eines kurzen Versuches, eine vorherrschende Liga europäischer Staaten zu begründen. Doch brach sie 1720 während eines wirtschaftlichen Rückgangs und eines Wechsels in der englischen Führung auseinander. Unter Robert Walpole kehrte England zum Kräfteausgleich zurück und keiner der ihm folgenden englischen Staatsmänner hat es fertiggebracht, seine Meisterschaft im Verfolgen der englischen Politik nach diesem System zu erreichen. Er hielt

England aus dem polnischen Erbfolgekrieg in Europa nach 1730 heraus, da er erkannte, daß das Gleichgewicht der Kräfte von diesem Krieg nicht bedroht war. Er konnte jedoch Englands Eintritt in einen unnötigen Krieg gegen Spanien 1739 nicht verhindern und wurde bald darauf zum Rücktritt gezwungen.

245

246

England nutzte das Gleichgewicht der Kräfte auch in der folgenden Zeit für seine Bestrebungen, sich der überseeischen Kolonien Frankreichs zu bemächtigen. Zu dieser Zeit gab es vier Kontinentalmächte von ungefähr gleicher militärischer Stärke, und zwar Frankreich, Preußen, Österreich und Rußland, allerdings war Frankreich unter ihnen das bei weitem reichste Land. Im Jahre 1763 hatte England den größten Teil der französischen Kolonien an sich gerissen, aber 1761 fand ein Wechsel in der englischen Führung statt. Pitts Befürwortung eines Präventivkrieges gegen Spanien wurde von Bute als Vorwand benutzt, ihn zu stürzen, was zur Zerstörung der englischen Beziehungen zu den führenden Staaten des Kontinents führte. Diese verhängnisvolle Entwicklung war auf die unglaubliche Anmaßung und Roheit der englischen Diplomatie unter Bute zurückzuführen.

England war die vorherrschende Macht in Europa, als seine amerikanischen Kolonien 1775 revoltierten. Es war ihm nicht möglich, seine aufständischen Kolonien in Amerika niederzuhalten, weil es nicht genügend Söldnertruppen in Europa anwerben konnte, aber es verteidigte seine europäische Stellung mühelos gegen eine Feindkoalition Frankreichs, Spaniens und Hollands. Die englische Führung bemühte sich, in dem Jahrzehnt zwischen dem Ende des

Sezessionskrieges von 1783 und dem Ausbruch des Krieges zwischen England und der französischen Republik die Expansionsversuche Rußlands, Frank reichs und Spaniens zu vereiteln. In jener Zeit machte kein einziger Staat einen nennenswerten Versuch, den Kräfteausgleich herauszufordern.

Dramatische Bedeutung erfuhr das Gleichgewicht der Kräfte in den vier Koalitionskriegen gegen Frankreichs Erste Republik und nach 1804 gegen das erste napoleonische Kaiserreich. Die vierte Koalition bekriegte Napoleon ein weiteres Mal, als er 1815 aus Elba zurückkehrte. In dieser Zeitspanne kam der Kräfteausgleich mehrmals zur Anwendung, um die Fortführung der englischen Kriege gegen Frankreich zu rechtfertigen, nachdem die übrigen Gegner Frankreichs das Schlachtfeld verlassen hatten. Als Frankreich 1815 geschlagen war, führte Robert Castlereagh das Zepter der englischen Außenpolitik in der Hoffnung, auf die Kräfteausgleichspolitik verzichten zu können. Er setzte die Rolle Stanhopes aus dem vorigen Jahrhundert fort und suchte England dauerhaft an eine Liga führender Staaten Europas zu binden. Seine Gegner im Lande forderten aber nachdrücklich eine Rückwendung zum Gleichgewicht der Kräfte. Im Jahre 1822 gab Castlereagh es auf und beging Selbstmord.

Nach 1822 blieb England beharrlich und ohne Unterbrechung bei der Kräfteausgleichspolitik, ob es nun in „glänzender Absonderung“ (splendid isolation) stand oder zu irgendeinem Bündnissystem gehörte. Im Krimkrieg 1853 bis 1856 stand England auf seiten Napoleons III. gegen Rußland, da es letzteres für stärker als Frankreich hielt. Es weigerte sich, Belgien vor einer mög-

lichen deutschen Invasion im Jahre 1887 zu schützen, weil es glaubte, daß die vereinigte französisch-russische Stärke mächtiger sei als Deutschland und seine Verbündeten. In diesen Jahren war es schwer, die richtige Entscheidung zu fällen, da die gegnerischen Kräfte sich in einem nahezu vollständigen Gleichgewicht befanden, und zwar ohne England. Das hieß auf der Plusseite, daß England seiner Kräfteausgleichspolitik auch aus seiner „glänzenden Absonderung“ heraus folgen konnte, ohne sich um ein schwieriges Bündnissystem zu kümmern, obwohl es eine Zeitlang dem Dreibund Bismarcks sehr nahe stand.

Während der neunziger Jahre herrschte große Verwirrung in der englischen Außenpolitik. Die fünf führenden Mächte des Kontinents gehörten zu zwei Bündnissystemen. In London befürchtete man, diese beiden Systeme könnten sich in einer der häufigen Kolonialkrisen dieser Jahre gegen England zusammenschließen. Joseph Chamberlain, der Vater Nevilles, machte sich zum Haupt einer Gruppe, die sich für eine englische Bündnispolitik als bestes Mittel einsetzte, dieser angeblichen Gefahr zu begegnen. Premierminister Salisbury widersetzte sich jeder Bündnispolitik. Er beharrte darauf, daß Bündnisse für England überflüssig seien und die Wendigkeit der englischen Politik beeinträchtigten. Doch die militärischen Rückschläge, die England zu Beginn des Burenkrieges hinnehmen mußte, senkten die Waage zugunsten Chamberlains und der Bündnispolitik. Salisbury hatte aber recht, als er geltend machte, man hätte den gegenteiligen Schluß ziehen sollen, denn die Kontinentalmächte schritten in dieser Krise nicht ein, als England am verwundbarsten war.

Das Wachsen des deutschen Reichtums und der deutschen Produktionsstärke dieser Jahre grenzte an Wunder und

schien mehr als ein Ausgleich für die Rückschläge zu sein, die Deutschland auf der diplomatischen Bühne hinnehmen mußte. In der britischen Führung witterte man hinter dem deutschen Aufstieg in erster Linie eine Herausforderung des Kräftegleichgewichts. Das Gleichgewicht der Kräfte hatte nämlich seine eigene Moral. Es war gleichgültig, ob Deutschland einen Angriff auf die britischen Interessen plante oder ob es imstande war, einen Schlag gegen England zu führen. Die Vermutung, es könnte stärker als jede feindliche Koalition auf dem Kontinent werden, gab den Anstoß, daß es nun an der Zeit sei, „das Gleichgewicht der Kräfte wiederherzustellen”.

Die Lage war schwieriger als in den vorhergehenden Jahrhunderten. Großbritannien begann seine Bündnispolitik mit dem Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses von 1902. Doch war bereits ohne Mühe zu erkennen, daß Japans wachsende imperialistische Macht zu einer wirklichen Herausforderung für die britischen Interessen in Asien werden würde. Schon vor 1914 war die industrielle Stärke Deutschlands und der Vereinigten Staaten über die

Großbritanniens hinausgewachsen. Seit 1750 hatte sich die britische Macht mehr auf den Vorrang in der Industrie und der Flotte gestützt als auf die Diplomatie, und der Verlust der Führung in der Industrie gefährdete die britische Stellung noch mehr. Eine Herausforderung Deutschlands würde den Vereinigten Staaten in die Hände spielen, genau wie eine Herausforderung Amerikas, wie es beinahe während der venezolanischen Krise 1895—1896 geschehen war, den Deutschen in die Hände gespielt hätte. Cecil Rhodes, der Begründer der imperialistischen

Machtausdehnung Englands in Afrika, setzte sich in klarer Erkenntnis dieses Dilemmas unverzüglich für ‚ständigen Frieden und Zusammenarbeit Großbritanniens mit Deutschland und den Vereinigten Staaten ein. Das hätte zwar den Verzicht auf die Kräfteausgleichspolitik bedeutet, aber Cecil Rhodes war klug genug, zu sehen, daß diese Politik zum alten Eisen gehörte. Die an der Macht befindlichen Führer Englands sahen es allerdings nicht so, und darum hatte Großbritannien im 1. Weltkrieg — trotz seines Sieges über Deutschland — einen gewaltigen Verlust an Macht und Ansehen zu verzeichnen.

In den beiden Jahrzehnten nach dem 1. Weltkrieg stieg die Sowjetunion zu einem Industriegiganten von unberechenbarer Stärke auf. Ganz offenkundig gab es nun mindestens vier Staaten, die unmittelbar oder potentiell stärker waren als Großbritannien. Es waren die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Deutschland und Japan. Das war ein Unterschied zu jenen alten Zeiten, in denen es sich lediglich um die Vorrangstellung Spaniens oder Frankreichs gehandelt hatte. Der Bankrott der englischen Kräfteausgleichspolitik hätte jedem klar sein müssen. Sie war so veraltet wie die italienische Ausgleichspoltitik nach dem Eingreifen der weit überlegenen Streitmacht König Karls VIII. von Frankreich im Jahre 1494 in Italien. Eine Kräfteausgleichspolitik ist schon immer ein ungesundes, von Verfallserscheinungen begleitetes Fundament diplomatischer Beziehungen gewesen. Sie ersetzte das vernünftige Verfolgen gemeinsamer Interessen der Staaten untereinander durch den Versuch, mit Winkelzügen jeden Staat zu untergraben oder gar zu vernichten, der zu einer führenden Stellung gelangte, und zwar ohne Rücksicht auf die Haltung, die dieser Staat gegenüber England einnahm. Diese Politik war auch außerordentlich unbeständig. Sie erforderte ungewöhnliche Stellungwechsel, wenn es zutagetrat, daß man einen Staat überschätzt oder einen

anderen unterschätzt hatte. Das erwies sich als besonders tragisch, als Frankreich seine unabhängige Politik aufgab und sich in die Gefolgschaft Großbritanniens begab. Denn es bedeutete, daß es sich durch seine Beihilfe zu den Fehlern einer veralteten britischen Politik an der Seite Großbritanniens in Gefahr begab.

Für einen Augenblick schien es, als würde Großbritannien zu der Politik eines Stanhope oder Castlereagh zurückkehren, als es 1919 dem Völkerbund

248

249

beitrat. Aber leider war das nicht der Fall. Frankreich war nach 1919 nicht mehr so mächtig wie Großbritannien, behielt aber für einige Jahre die Vormachtstellung auf dem Kontinent aufgrund der vertraglichen Bindungen Deutschlands, der inneren Schwäche Italiens und des Abtretens Österreich-Ungarns. Revolutionäre Zustände nach der Niederlage im 1. Weltkrieg verringerten vorübergehend die russische Macht. Die Antwort der Engländer auf diese Lage bestand in einer Kräfteausgleichspolitik gegen Frankreich. Die Rivalität der beiden im Nahen Osten während des 1. Weltkriegs war bekannt: Es ging um Öl und das traditionelle Prestige. Den Briten wäre es beinahe gelungen, den Franzosen die syrischen Ansprüche zu entreißen. In dem Nachkriegskampf zwischen den Griechen und Türken nahmen die Briten und Franzosen jeweils für die Gegenseite Partei. Danach widersetzten sich die Briten mit wachsendem Eifer der französischen Politik, als die Türken mit französischer Hilfe siegreich aus dem Kampf hervorgingen.

Es kam zu einem Höhepunkt, als sich England gegen Frankreich und Belgien wandte, weil diese 1923—1924 Reparationen im Ruhrgebiet erzwingen wollten. Unter der kühnen Führung Poincares folgten die Franzosen vertrauensvoll einer Politik der Unabhängigkeit, obwohl die Demütigung an der Ruhr ihnen einen betäubenden psychologischen Schlag versetzt hatte. Eduard Herriot, der die politischen Zügel aus der Hand Poincares übernahm, zog daraus den Schluß, daß man ohne die britische Mitarbeit nichts erreichen könne. Später gab es zwar Reibungen zwischen Frankreich und England, aber die französische Führung war stets geneigt, der britischen sich anzuschließen. Während der Tschechenkrise war es jedermann klar, daß die englisch-französische Politik von London dirigiert wurde.

Gelegentlich verfolgten die Engländer eine Politik, welche die französische Vormachtstellung auf dem Kontinent zu stärken schien. Sie stellten sich 1931 auf die Seite Frankreichs und Italiens, um den lahmen Versuch Reichskanzler Brünings, mit Österreich eine Zollunion abzuschließen, im Keim zu ersticken. Es hatte nicht den Anschein, als sei der „Hungerkanzler" in der Lage, die kommunistische Bedrohung von Deutschland abzuwenden, aus der eine neue deutschrussische Vormacht hervorgehen oder die ein Herausfordern der alten Vorrangstellung Frankreichs zur Folge haben konnte.

Mit dem Auftreten Hitlers 1933 änderte sich die Lage. Der neue Kanzler teilte einige vernichtende Schläge gegen den deutschen Kommunismus aus und forderte mit dem Austritt Deutschlands aus der Genfer Abrüstungskonferenz, auf der man aus dem deutschen Gleichberechtigungsverlangen eine Farce machte, Frankreich heraus. Das Gleichgewicht der Kräfte war auf dem Kontinent wiederhergestellt, als Hitler 1936 deutsche Truppen ins Rheinland schickte. Die

Franzosen hätten sich diesem Vorgehen mit Erfolg widersetzt,

249

250

wenn sie der britischen Unterstützung sicher gewesen wären. Wie dem auch sei, die Franzosen befürchteten, eine entsprechende Aktion würde ein gemeinsames deutsch-englisches Vorgehen zur Folge haben, wie sie es 1923 erlebt hatten.

Duff Cooper und Chamberlain waren sich im Oktober 1938 darin einig, daß England seine Kräfteausgleichspolitik fortsetzen müsse. Sie kamen überein, alles im Bereich des Möglichen zu tun, um ein ständiges Zusammengehen Italiens mit Deutschland zu verhindern. Beide unterschätzten die Sowjetunion und glaubten, diese sei weniger mächtig als Deutschland. Sie waren auch einer Meinung darüber, daß der tschechische Fall als solcher eine englische Beteiligung an einem europäischen Krieg nicht wert sei. Der einzige Punkt, in dem ihre Meinungen auseinandergingen, war die Frage, ob es für Großbritannien ratsam sei oder nicht, Deutschland 1938 anzugreifen. Duff Cooper hielt Großbritannien 1938 dazu für stark genug, doch Chamberlain hielt es für klüger, Zeit zu gewinnen. Weder Chamberlain noch Duff Cooper hatten irgend etwas für Deutschland übrig, jene Nation, welche Chamberlain schon 1935 als den „Raufbold“ Europas bezeichnet hatte. Bei derartigen Perspektiven ist es ein leichtes, zu erkennen, daß die Streitigkeiten innerhalb der britischen Konservativen im Jahre 1938 in Wirklichkeit keinen tieferen Grund hatten. Die gesamte Konservativen-Partei war von antideutschen Vorurteilen beherrscht.

Kriegsstimmung bei den Tories und der Labour Party

Die Londoner Times schien dem Urteil Duff Coopers zuzuneigen, als sie am 3. Oktober 1938 verkündete, daß Deutschland erleichtert sei, einem Krieg entronnen zu sein, „den es nach Ansicht großer Teile der Bevölkerung fast mit Sicherheit verloren haben würde“. Die Times sagte voraus, daß in den derzeitigen Unterhausdebatten „Chamberlain erheblicher Kritik begegnen wird”. Es ist wichtig, sich zu erinnern, daß der Chefredakteur der Times, Geoffrey Dawson, Halifax und Chamberlain während der Tschechenkrise wert volle Schützenhilfe leistete. Am Nachmittag des 6. September 1938 hatte er den berühmten, für den folgenden Tag bestimmten Times-Leitartikel umgeschrieben und sich für die Überlassung des Sudetenlandes an Deutschland ausgesprochen.

Dawson stand vor allem Halifax sehr nahe, den er 1905 in Südafrika kennengelernt hatte. Am 30. Oktober 1925 erschien ein Artikel von ihm, in dem er Halifax über den grünen Klee lobte, als London seine Ernennung zum Vizekönig von Indien verkündete. Halifax hatte Dawson bis ins kleinste von seinem Besuch bei Hitler im November 1937 berichtet und gesagt, daß er mit diesem Besuch sehr zufrieden sei. Dawson vermerkte, daß Halifax zu dieser Zeit wahrscheinlich ein dauerhaftes Abkommen mit Deutschland hätte

aushandeln können, wenn Großbritannien einverstanden gewesen wäre, sich aus möglichen Schwierigkeiten Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn

herauszuhalten. Dawson war es aber auch klar, daß Halifax das keineswegs wollte.

Es ist kennzeichnend, daß die Times als bedeutendstes Sprachrohr für die Verständigungspolitik während der Tschechenkrise unmittelbar nach der Münchener Konferenz gegenüber Deutschland kritischere Töne anschlug. Hierin folgte sie der Politik Halifax'. Die Unterschiede in der Haltung der Times und der des Daily Expreß gegenüber Deutschland traten deutlicher zutage. Es lag daran, daß Lord Beaverbrook, Eigentümer des Daily Expreß, ein aufrichtiger Befürworter eines ständigen Appeasement-Kurses war und Geoffrey Dawson nicht. Bis wenige Tage vor Ausbruch des Krieges im September 1939 erging sich der Daily Expreß noch in hoffnungsvollen Prophezeiungen, daß es keinen Krieg mit Deutschland geben werde. Hinter dieser Haltung stand im Herbst 1938 der Wunsch großer Teile der englischen Bevölkerung, und im November 1938 verkündete der Daily Expreß, daß seine Auflage in kürzester Zeit auf 2,5 Millionen gestiegen sei und damit die höchste Zeitungsauflage der Geschichte Englands zu verzeichnen hatte. Als Halifax im März 1939 schließlich einen gewaltigen Propagandafeldzug einleitete, um die britische Öffentlichkeit auf Krieg mit Deutschland vorzubereiten, konnte man an der redaktionellen Linie des Daily Expreß eher die Sorge um die Auflage als eine wirkliche Richtung ablesen. Es ist daher kaum überraschend, daß Beaverbrook um der Erhaltung seiner Zeitung willen schließlich Zugeständnisse an die Kriegsstimmung machte. Offenbar ist eine weitverbreitete englische Zeitung mit festen Grundsätzen im modernen Zeitalter etwas Unmögliches.

Chamberlain zollte Halifax am 3. Oktober 1938 vor dem britischen Unterhaus besondere Achtung, als er beteuerte, Halifax fühle sich nicht nur England, sondern der ganzen Menschheit verpflichtet. An sich war diese sentimentale

Äußerung nichts Besonderes, weil sie zu Chamberlains Rednerstil gehörte. Es steht aber nirgends geschrieben, daß Halifax jene Antrittsrede im Parlament jemals widerrufen habe, in der er die Gleichheit aller Menschen bestritt und nachdrücklich betonte, daß die Engländer die „überlegene Rasse“ in einem Empire seien, das mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung umfasse. Chamberlain stützte sich auf das Ansehen Halifax‘, um seine eigene Stellung zu schützen.

Chamberlain erinnerte das Unterhaus daran, daß zwischen den Münchener Bedingungen und den Vorschlägen Hitlers in Godesberg ein erheblicher Unterschied bestehe. Das Münchener Abkommen erlaubte es den Tschechen, aus den abzutretenden Gebieten wichtige strategische Anlagen mitzunehmen, und die Region, welche Deutschland in fünf aufeinanderfolgenden Abschnitten be-

setzen konnte, war kleiner, als Hitler ursprünglich gefordert hatte. Er erinnerte die Abgeordneten daran, daß die Verhinderung einer Katastrophe durch München eher im Interesse der beteiligten vier Mächte war, als einen Triumph einer einzigen Macht bedeutete. Diese zwingenden Bemerkungen des Premiers wurden von den Bänken der Opposition mit den Zurufen „Schande! Schande!” beantwortet. Das war zu erwarten. Die derzeitigen Labourpartei-Führer hatten zwar Chamberlains Reise nach München unterstützt, hofften aber nach seiner Rückkehr, politisches Kapital aus der Verleumdung seiner Politik schlagen zu können.

Die Situation wurde später durch Hugh Dalton, einen der obersten Führer der Labour Party, geklärt. Dalton war wie

viele seiner Parteigenossen prokommunistisch gesonnen und hatte einen Besuch in der Sowjetunion im Juli 1932 während der größten Hungersnot der russischen Geschichte als ein „anregendes Erlebnis” bezeichnet. Dalton und die übrigen Labourführer hatten im Grunde großes Vertrauen zu Chamberlains Führung. Sie wußten genau, daß er eine Rückkehr der deutschen Kolonien niemals zulassen und Deutschland auch keine greifbaren Zugeständnisse auf Englands Kosten machen würde. Sie waren wütend, daß Charles Lindbergh sich 1938 gegen den Krieg ausgesprochen hatte, indem er auf Deutschlands Stärke in der Luft hinwies. Sie waren nach München mit Duff Cooper einer Meinung, daß 1938 ein günstiges Jahr für den Krieg gegen Deutschland gewesen wäre. Sie hofften, durch Widerstand gegen die Ergebnisse der Münchener Konferenz Chamberlain entweder absetzen oder ihn in den Krieg hineinstoßen zu können. Es war ihnen klar, daß die Labour-Opposition viel zu schwach war, um dies ohne bedeutende Bundesgenossen innerhalb der Konservativen-Partei erreichen zu können.

Chamberlain setzte seine Rede durch Verlesung des Textes der deutsch-englischen Freundschaftserklärung vom 30. September 1938 fort. Dabei erwähnte er, daß dieses Abkommen nur bei gutem Willen auf beiden Seiten sich auswirken könne. So blieb ihm genügend Spielraum für die spätere Behauptung, die Briten hätten gegen Deutschland auftreten müssen, weil Hitler England gegenüber keinen guten Willen gezeigt habe. Chamberlain bemerkte, daß man in München nur den Grundstein zum Frieden gelegt habe, daß das Gerüst aber noch fehle. Dann wandte er sich seinem Lieblingsthema, der englischen Rüstung, zu und erinnerte das Hohe Haus mit sichtlichem Stolz daran, daß die Rüstungsproduktion täglich anwachse. Das Britische Empire werde in seinem Bemühen nicht nachlassen, ehe nicht die übrige Welt abgerüstet habe. Er schloß seine Rede

mit der Verkündung, daß militärische Stärke der Schlüssel zum Erfolg der britischen Diplomatie sei.

Clement Attlee, der neue Parteivorsitzende der Labour, sprach von dem Münchener Abkommen als von einem gewaltigen Sieg Hitlers und „einem

vernichtenden Schlag gegen die Demokratie”, zu der er natürlich auch die sogenannte sowjetische Demokratie rechnete. Eden kritisierte in seiner Rede Chamberlain sehr eingehend und drückte Zweifel darüber aus, ob Großbritannien seine dem tschechischen Staat gegebenen Garantien werde erfüllen können. Er zitierte seine Erfahrungen als britischer Sondervertreter im Völkerbund und rügte den Gedanken der Münchener Mächte, über eine wichtige Frage zu entscheiden, ohne die kleineren Staaten anzuhören. Er riet dem Hohen Haus, die gegenwärtige Situation lediglich als eine Pause vor der nächsten Krise zu betrachten, und betonte, daß die englische Aufrüstung immer noch etwas zu langsam voranginge.

Hoare beschloß die Unterhausdebatte vom 3. Oktober 1938 mit einer besänftigenden Verteidigung der Chamberlain-Politik. Er führte ein Argument ein, das zu einem seiner beliebtesten werden sollte, mit Ausnahme des Falles Polen. Er deutete an, daß ein neuer Weltkrieg als Versuch, die alten tschechischen Grenzen aufrechtzuerhalten, sinnlos sein würde. Die Deutschen und andere Minderheiten seien die tschechische Herrschaft leid und würden sie nicht mehr länger ertragen. Die britische Regierung sei bereit, den Tschechen eines schönen Tages eine wirksame Garantie zu

geben, aber erst nach Regelung aller offenen Fragen, mit denen sich die Tschechen herumschlügen.

Halifax hielt am gleichen Tag eine bedeutsame Rede im britischen Oberhaus. Er teilte die Ansicht Hoares, daß Großbritannien niemals für einen fremden Staat kämpfen sollte, wenn es nicht in der Lage sei, nach einem siegreichen Krieg dessen alte Grenzen wiederherzustellen. Das war eine interessante Idee. Doch als Halifax am 25. August 1939 das englisch-polnische Bündnis schloß, weigerte er sich, die polnische Grenze zur Sowjetunion zu garantieren. Ganz offensichtlich war dieses Argument weiter nichts als eine Halifax’sche Spitzfindigkeit und ein zur Beschwichtigung der Opposition hingeworfener Bissen. Er versicherte den Lords, alles getan zu haben, was er konnte, um die britischen Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern, indem er die Weigerung, die Sowjets nach München einzuladen, ganz allein auf Deutschland und Italien abwälzte. Er hatte dem sowjetischen Botschafter Maisky am 1. Oktober 1938 in diesem Sinne eine offizielle Erklärung abgegeben. Die Beziehungen zwischen Maisky und Halifax wurden in den Monaten nach München zusehends herzlicher, und am 1. März 1939 hatte der Sowjetbotschafter einen großen Triumph zu verzeichnen, als Chamberlain und Halifax an einem Empfang in der sowjetischen Botschaft in London teilnahmen, kurz bevor Stalin eine verbitterte Rede gegen die Westmächte hielt.

Der Hauptton der Halifax-Rede vom 3. Oktober lag auf der Feststellung, daß Großbritannien seine Vorbereitungen für einen möglichen Krieg gegen Deutschland trotz der deutsch-englischen Freundschaftserklärung fortsetzen

würde. Halifax widmete wie schon Chamberlain den letzten Teil seiner Rede einer Erörterung der britischen Aufrüstung. Er hob hervor, daß mehr Waffen notwendig seien und daß dieses zur Zeit die Hauptsorge Englands sei.

Am nächsten Tag sprach Baldwin im Oberhaus. Er beklagte sich, daß es während der letzten fünf Jahre schwierig gewesen sei, persönliche Kontakte zu dem deutschen und dem italienischen Diktator herzustellen. Diese Äußerung war erstaunlich, wenn man sich daran erinnert, daß Hitler sich wiederholt bemüht hatte, mit Baldwin als Premierminister zu jeder Zeit und an jedem Ort zusammenzutreffen. Baldwin ließ die Maske gänzlich mit der Behauptung fallen, Großbritannien brauche den Geist von 1914, um die gegenwärtigen Weltprobleme lösen zu können. Er wollte vermutlich die Friedensregelung Chamberlains verteidigen, aber in Wahrheit berief er die ruhmreiche Erinnerung an den britischen Angriff auf Deutschland im Jahre 1914. Er erwähnte, daß er während der kürzlichen Krise Sir Edward Greys gedacht habe, der wie ein durch die Hölle gegangener Mann ausgesehen habe, als er 1914 zum Kriege trieb. Baldwin erwähnte dabei allerdings nicht, daß Grey damals in größter Sorge und Furcht schwebte, das britische Parlament könnte die riesige Lüge entdecken, auf der er Englands Außenpolitik aufgebaut hatte. Dem Parlament war es 1914 entgangen, daß Grey den Franzosen die feste Zusage gegeben hatte, gegen die Deutschen zu kämpfen, mit oder ohne Durchmarsch durch Belgien. Die Franzosen hatten ihre Flotte im Mittelmeer zusammengezogen und die Verteidigung ihrer Nordküste den Briten übertragen, bevor auch nur das leiseste Anzeichen einer bevorstehenden deutschen Invasion in Belgien vorhanden war. Diese Lage ist von Historikern vieler Länder nach dem Weltkrieg gründlich erforscht und geklärt worden, aber Baldwin wie auch Halifax zogen es vor, Grey nach den Begriffen der Kriegspropaganda von 1914 zu beurteilen.

Arthur Greenwood und Herbert Morrison setzten den Labourangriff auf Chamberlain am 4. Oktober 1938 im Unterhaus fort. Sie griffen viele der Argumente auf, die Clement Attlee und Hugh Dalton am Tage zuvor angeführt hatten. Es war bekannt, daß Präsident Roosevelt im Januar 1938 für eine Weltkonferenz über europäische Fragen eingetreten war, an der auch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion teilnehmen sollten. Die Labourführer machten sich das Schlagwort von der Weltkonferenz zueigen und wies sen auf die Bedeutung der Stimme der Sowjetunion in den europäischen Beratungsgremien hin. Der Verkehrsminister Leslie Burgin stellte sich mit seinen Worten auf die Seite Chamberlains und wiederholte das Argument, daß ein Krieg für die Tschechen unmoralisch sei, wenn sich keine Möglichkeit zeige, den tschechischen Staat nach dem Kriege vollständig wiederherzustellen. Es ist erstaunlich, daß ganz die gleichen Menschen, als nach dem 22. August

1939 die Polenteindlichkeit der Sowjetunion und die Absicht Großbritanniens, Rußland keinen Widerstand zu leisten, unverkennbar waren, ohne jedes Murren sich mit einem Kriege zugunsten Polens einverstanden erklärten. Es hätte sich jeder vor Augen halten müssen, daß die Niederlage Deutschlands die Briten nicht zur Wiederherstellung des neuen polnischen Staates befähigen würde. Tatsächlich machte sich denn auch die britische Führung weder um die Tschechen noch um die Polen die geringsten Sorgen". Das gleiche Argument von der Unmöglichkeit der Wiederherstellung der Tschechei wurde am 4. Oktober von einem weiteren britischen Kabinettsmitglied Sir Thomas Inskip wiederholt. In den folgenden Wochen wiederholte man dieses Argument bis zum Erbrechen. Unmöglich, daß

das innerhalb der kurzen Spanne eines Jahres in Vergessenheit geraten sein sollte! Nichtsdestoweniger war die Propagandaflut in England nach dem März 1939 so angeschwollen, daß man darüber leicht hätte die zehn Gebote vergessen können.

Am 5. Oktober 1938 erklärte Sir John Simon selbstgefällig vor dem Unterhaus, die Geschichte werde entscheiden, ob das Münchener Abkommen der Auftakt zu besseren Zeiten sei oder nicht. Die Debatte dauerte bereits drei Tage und hatte damit alle anderen Parlamentsdebatten über britische Außenpolitik seit dem 1. Weltkrieg an Dauer übertroffen. Simon gab aufrichtig zu, daß der Artikel 19 der Völkerbundssatzung zur friedlichen Gebietsrevision schon immer ein toter Buchstabe gewesen sei. Eden setzte seine Taktik vom 3. Oktober fort und fragte Simon eindringlich, ob die Regierung künftig an der Regelung europäischer Fragen mit Hilfe der Viermächte-Diplomatie teilzunehmen gedenke. Simon bestritt das nachdrücklich und ließ die Hoffnung der englischen Führung durchblicken, daß die Sowjetunion und die kleineren Staaten in Zukunft mehr zu sagen haben würden. Dann folgte Churchill mit seiner lange erwarteten antideutschen Rede. Die anderen englischen Kriegseiferer erwarteten von ihm eine ziemlich provozierende Rede. Er enttäuschte sie keineswegs. Er war der gleichen Meinung wie sein Freund in Amerika, Bernard Baruch, daß man Hitler „nicht so ohne weiteres davonkommen lassen dürfe“.

Churchill behauptete, Hitler habe die englischen Zugeständnisse mit vorgehaltener Pistole erpreßt. Er pflegte ohnehin Hitler als Straßenräuber oder Gangster hinzustellen, und hoffte ihn durch die Andeutung beunruhigen zu können, daß er Verbindung zu einer Untergrundbewegung in Deutschland unterhalte. Eine gemeinsame englisch-französisch-sowjetische Front zur Unterstützung der Tschechen würde eine

Widerstandsbewegung in Deutschland instandsetzen, Hitlers Wirken zu stören und ihn möglicherweise zu stürzen. In schwungvoller Rhetorik schilderte er, wie die angeblich tieftrauernden Tschechen in die Finsternis hinabglitten, die man nur mit dem „Black Hole"

(Schwarzes Loch) in Kalkutta vergleichen könne. Die Rede war von eleganten Wendungen durchsetzt, wie sie viele seiner Landsleute gerne hörten. Der einfache und ausschließliche Zweck dieser Rede war es, einen Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu schüren.

Churchill war aus der Führung der Konservativen Englands für viele Jahre ausgeschlossen. Doch hatte er weiterhin zahllose Reden gehalten, so daß sein persönlicher Einfluß ungewöhnlich groß blieb. Er hatte die Legende verbreitet, Großbritannien habe 1932 abgerüstet, doch habe es als Antwort auf die edlen Absichten der Völkerbundssatzung fälschlicherweise eine Politik der einseitigen Abrüstung betrieben. In Wirklichkeit waren die militärischen Einrichtungen Englands von 1932 im Vergleich zu denen Deutschlands als gigantisch zu bezeichnen. Sie waren sogar viel umfangreicher als die in den Vereinigten Staaten. Großbritannien besaß zwar insgesamt weniger als eine Million über das ganze Empire verstreuter Landstreitkräfte, doch hatte es noch nie zur britischen Politik gehört, ein großes stehendes Heer zu unterhalten. Es besaß die größte Flotte der Welt, trotz der Konferenz von Washington 1921 bis 1922, die letzten Endes eine Gleichheit Englands mit den Vereinigten Staaten vorsah. Die Unterhaltung einer Flotte war kaum weniger kostspielig und militärisch als die Ausgaben für ein Heer.

Seit März 1933 hatte Churchill einen ununterbrochenen Hetzfeldzug gegen Deutschland betrieben. Auf diesem Gebiet war er ein alter Kämpfer. Einige seiner ungenauen Behauptungen über angebliche deutsche Rüstungen während dieser Zeit sind in seinem 1948 herausgekommenen Band ‚The Gathering Storm' (Der kommende Sturm) und in seinen gesammelten Reden von 1938 ‚While England slept' (Während England schlief) enthalten. Churchill wollte seine Landsleute davon überzeugen, daß Deutschland von einer ungeheuren Welteroberungsgier beherrscht sei. In seiner Rede vom 5. Oktober 1938 bemühte er sich mehr als jeder andere darum, Hitler vor der Gefahr zu warnen, daß Deutschland von einer britischen Koalition im Stil von 1914 erdrosselt werden würde. Doch trägt Churchill nicht unmittelbar die Verantwortung für den Angriff auf Deutschland 1939, da er erst in das Kabinett eintrat, als die Würfel gefallen waren. Die entscheidenden politischen Entschlüsse wurden ohne sein Wissen gefaßt und er war ehrlich erstaunt, als Halifax im März 1939 plötzlich sich auf Kriegspolitik umstellte. Churchill war Halifax bei der Schaffung britischer Vorurteile gegen Deutschland sehr nützlich, aber für die britische Politik in den Jahren 1938 und 1939 war er höchstens ein Werkzeug und sonst nichts.

Die überzeugendste Rede zur Verteidigung der Münchener Konferenz stammte von dem außenpolitischen Unterstaatssekretät Rab Butler. Butler vertrat in internationalen Fragen recht gemäßigte Ansichten und bewunderte

die diplomatische Kunst, die zur Münchener Konferenz geführt hatte. Er erklärte am 5. Oktober, ein Krieg, um den Sudetendeutschen die Selbstbestimmung streitig zu machen, sei einfach undenkbar, und er verteidigte München als die einzig mögliche Lösung einer schwerwiegenden Frage. Er bestritt die wahnwitzige Behauptung, Großbritannien sei mit seinem Bemühen um ein Übereinkommen mit Deutschland von den Grundsätzen der Demokratie abgewichen.

Die Debatte wurde abgebrochen, aber nicht beendet, als Chamberlain am folgenden Tag den Antrag stellte, sie bis zum 1. November zu vertagen. Churchill stellte sich auf die Seite der Labour-Opposition, dem Antrag nicht zu entsprechen, und holte zu einem erbitterten Angriff gegen Chamberlain aus. In seiner großen Rede am vorhergehenden Tag hatte er damit zurückgehalten, weil er seine Geschütze nur gegen Deutschland gerichtet hatte. Dem Vertagungsantrag folgte die Vertrauensfrage. Sie wurde zugunsten Chamberlains entschieden, aber viele der führenden Konservativen hatten sich der Stimme enthalten. Die Labour und die Liberalen hatten natürlich gegen ihn gestimmt. Die Namensliste der Konservativen, die sich weigerten, das Münchener Abkommen anzunehmen oder für Chamberlain zu stimmen, ist recht eindrucksvoll. Sie umfaßte Churchill, Eden, Duff Cooper, Harold MacMillan, Duncan Sandys, Leopold Amery, Harold Nicolson, Roger Keyes, Sidney Herbert und General Spears. Diese Männer machten 1938 die Hälfte der führenden Persönlichkeiten der Konservativen aus und galten der britischen Öffentlichkeit als wohlbekannt. Ihnen hatte sich eine Gruppe minder bedeutender Mitglieder des Unterhauses angeschlossen, außerdem wurden sie von prominenten Peers wie Lord Cranborne und Lord Wolmer im Oberhaus unterstützt. Es stellte sich heraus, daß viele andere Unterhausmitglieder sich nur aus Grün den der Parteidisziplin nicht auf ihre Seite

gestellt hatten, vor allem dann, wenn sie nur beschränktes Ansehen genossen. So gewann Chamberlain zwar die Vertrauensfrage, aber es war zweifelhaft, ob er damit auch das Vertrauen der englischen Konservativen Partei besaß.

Chamberlains großer rhetorischer Auftritt zugunsten Münchens erfolgte erst kurz vor der Vertrauensfrage am 6. Oktober. Er bekundete, sein Gewissen sei rein; er bedaure es nicht, daß Großbritannien nicht um der Tschechen willen gegen Deutschland kämpfe. Nachdrücklich wies er auf die Schrecken eines modernen Krieges hin. Diese rechtfertigten grundsätzlich jede Art von Friedenspolitik. Chamberlain machte den Vorschlag, der tschechische Staat könne in Zukunft am besten weiterbestehen, wenn er sich nach Art der Schweiz ständig neutral verlialte. Stolz setzte er hinzu, Neuwahlen zu diesem Zeitpunkt würden der Regierung wegen der Stimmung im Lande einen unbilligen Vorsprung geben. Jeder Hörer wußte genau, daß die gegenwärtige Konser-

vativen-Mehrheit unnatürlich groß war, weil man die 1935 durch die Abessinienkrise entstandene Stimmung auszunutzen verstanden hatte. Baldwin erweckte damals dem Land den falschen Eindruck, als sei die Regierung im Begriff, in Abessinien einen großen Sieg für die kollektive Sicherheit zu gewinnen, und seine aufrüttelnden Schlagworte hatten die Wähler zusammengeschart”.

Chamberlain wandte sich dann seiner alten Taktik zu, die Zeitläufte eher in düsteren als in leuchtenden Farben zu malen. Er deutete an, daß sich Europa trotz der Münchener Konferenz und entgegen der deutsch-englischen

Freundschaftserklärung in einer großen Krise befinde. Mit erhobener Stimme warnte er vor Wahlen, die die Einigkeit der Nation in einem entscheidenden Augenblick beeinträchtigen könnten. Würde man doch in den kommenden Wochen wegen der wachsenden Aufrüstung große Anstrengungen von der Nation fordern müssen. Darum müßten Meinungsverschiedenheiten über die Politik Englands auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Er erweckte den Eindruck — und das mußte er unter den vorherrschenden Umständen tun — als sei ein Krieg nicht unvermeidlich. Hitler war mit der Münchener Konferenz einverstanden, weil er den Krieg für vermeidbar hielt, so daß Chamberlain sich mit einer abweichenden Ansicht lächerlich gemacht hätte. So erklärte Chamberlain, ein Krieg sei unvermeidlich, wenn man die Verbindung zu den „totalitären Staaten" aufgebe. Es gebe keinen Grund, anzunehmen, daß ein neuer Krieg die europäische Krise mit mehr Erfolg beenden würde, als das im letzten Krieg der Fall gewesen sei. Das traf zu, doch leider schien eine auf die Vernichtung einer benachbarten Großmacht bedachte Führung sich daran nicht erinnern zu können. Chamberlain verwarf den Gedanken einer Weltkonferenz, wie ihn die Labour vorgeschlagen hatte, mit dem Argument, daß sie keine Aussicht auf Erfolg habe. Am Schluß seiner Rede betonte er die Notwendigkeit der englisch-französischen Einigkeit sowie die Notwendigkeit der britischen Rüstungssteigerung. Der Premier beurteilte also die Friedensaussichten nicht allzu optimistisch.

Chamberlain ging in dieser Rede mit seinen drängenden Hinweisen auf die Notwendigkeit einer Kriegsvorbereitung noch sehr viel weiter, als eine kurze Zusammenfassung hier andeuten kann. Beinahe hätte er Anthony Eden und Leopold Amery, die sich von München distanzierten und für Krieg waren, dazu überredet, für ihn zu stimmen. Amery und Eden hätten nicht so reagiert, wenn das Hauptthema den Glauben

an die Fortsetzung des Friedens zum Ausdruck gebracht hätte.

Die Beherrschung der britischen Außenpolitik durch Halifax

Eins der dramatischsten Ereignisse in England nach München war die ent-

258

259

schlossene Alternative Halifax', die Zügel der britischen Außenpolitik in seine Hände zu nehmen oder zurückzutreten. Halifax überließ Chamberlain zwar noch während der Tschechenkrise das Steuer, doch danach brachte er unmißverständlich zum Ausdruck, daß die Zeit für einen Wechsel gekommen sei. Er wünschte die alleinige Verantwortung und wollte Chamberlain nicht wieder ohne seinen Außenminister zu wichtigen Konferenzen reisen lassen. Diese Lage hatte sich vor Chamberlains Rede am 6. Oktober zugespitzt. Danach hatte Halifax fest das Heft in der Hand.

Chamberlain und Halifax hatten die Rollen getauscht. Während der Sudetenkrise hatte sich Halifax lediglich als Zuschauer gefühlt und als solcher fühlte sich Chamberlain nach dem 6. Oktober. Der Kurs der britischen Außenpolitik hatte einen spürbaren Wechsel erfahren, und dieser Wechsel wurde allmählich immer deutlicher. Halifax hatte zwar noch zugestimmt, daß ein Krieg im Jahre 1938 unklug gewesen wäre, aber nach München war er fest entschlossen, einen energischen antideutschen Kurs zu steuern.

Der Wechsel seiner taktischen Maßnahmen in den Monaten Oktober und November 1938 liefert dafür schlagende Beweise. Am 12. Oktober trafen sich der amerikanische Botschafter Kennedy und Halifax zum Tee. Bei dieser Gelegenheit gab der britische Außenminister seinem Gast ein selbstgefälliges Bild von der europäischen Situation. Allerdings wollte Halifax nicht den Eindruck eines plötzlichen Kurswechsels erwecken. Diese Teestunde fand nach dem Entrüstungssturm statt, den Hitler mit seiner Saarbrückener Rede vom 9. Oktober entfesselt hatte, um die Kriegshetze der Konservativen gegen Deutschland zu brandmarken. Halifax gab Kennedy zu, jeder in einer einflußreichen Position Tätige wüßte, daß Hitler keinen Krieg gegen England wünsche. Großbritannien beabsichtige trotzdem, seine Luftstreitmacht auszubauen, was aber nicht unbedingt heißen solle, daß es gegen Hitler auf dem Kontinent anzutreten beabsichtige. Halifax erwarte ein Angebot Hitlers zur Annexion Danzigs und Memels. Er deutete an, Großbritannien werde selbst dann nicht eingreifen, wenn Hitler bis nach Rumänien vordringen sollte. Dagegen bemühe sich Großbritannien um eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Halifax erörterte die gleiche europäische Lage mit Kennedy nochmals am 28. Oktober. Das einzig neue Ereignis der Zwischenzeit war das deutsche Angebot an Polen. Halifax hatte am 12. Oktober selber vorausgesagt, daß Hitler sich um die Erwerbung Danzigs bemühen würde. In dieser zweiten Unterredung malte Halifax ein düsteres Bild von Hitlers Haltung gegenüber England, außerdem überließ er Kennedy eine beträchtliche Anzahl unzuverlässiger Informationen über Hitlers angebliches Verhalten zu einer Reihe von derzeitigen europäischen Fragen. Einige Wochen später behauptete er

259

260

Kennedy gegenüber, Hitler verzehre sich in leidenschaftlichen Haßgefühlen gegen England und habe den Plan, die Sowjetunion im Frühjahr 1939 in Stücke zu reißen. Der Zweck dieser Lügen war allzu deutlich. Halifax übte seine diplomatischen Fähigkeiten zur Vorbereitung auf einen britischen Angriff gegen Deutschland. Er erging sich gleichfalls in der unschweren Aufgabe, Öl in das Feuer der Abneigung amerikanischer Führer gegen Deutschland zu gießen. Der 1. Weltkrieg hatte die Durchschlagskraft der Lügenpropaganda in reichem Maße gerechtfertigt.

Alarmtaktik der Tories

Chamberlains Publikumsreden während der Debatten über die Münchener Konferenz sind sehr zu beachten. Sie zeigen nämlich, daß die britische Öffentlichkeit kein ermutigendes Bild von der europäischen Situation erhielt und daß die deutsch-englische Freundschaftserklärung weit weniger hervorgehoben wurde als die Notwendigkeit, sich zum Krieg gegen Deutschland vorzubereiten. Diese Reden enthalten jedoch keinen echten Hinweis auf Chamberlains tiefere Beweggründe für seine Reise nach München. Einerseits schien er den Krieg tatsächlich nunmehr für immer abwenden, andererseits aber solange aufschieben zu wollen, bis Großbritanniens Vorbereitungen abgeschlossen seien. Man muß hierbei berücksichtigen, was Chamberlain seinen engsten Beratern gegenüber in privaten Unterhaltungen dazu gesagt hat. Sie erfuhren nach München, daß seine Bemühungen, mit den Diktatoren ins Gespräch zu kommen, nicht der ausschlaggebende Grund für seine Münchenpolitik sei, vielmehr gebe es zwei andere Faktoren von weitaus größerer Bedeutung. Der gewichtigste

war die im Augenblick noch ungefestigte Rüstungsgrundlage Englands, um seine Waffen gegen Deutschland zu erproben. Den zweiten bildete die französische Ablehnung eines militärischen Vorgehens zugunsten der Tschechen. Chamberlains Haltung wäre 1938 eine andere gewesen, wenn die Franzosen zur Hilfeleistung für die Tschechen einen glänzenden Offensivplan gehabt hätten und bereit gewesen wären, ihn durchzuführen. Es ist darum sehr wahrscheinlich, daß Chamberlain Großbritannien in einen Krieg gegen Deutschland gestürzt hätte, wenn von der britischen Rüstung der Stand von 1939 erreicht worden wäre oder die Franzosen sich aggressiver verhalten hätten.

In der Zeit zwischen der Vertagung des Parlaments und seiner Wiedereröffnung am 1. November 1938 hielten die Konservativenführer zwei bedeutsame Reden über die britische Außenpolitik. Sir Samuel Hoare sprach am 20. Oktober in Clacton-on-Sea. Er behandelte eine elementare Tatsache von entscheidender Bedeutung. Nach seiner Ansicht wäre ein Krieg gegen Deutschland zugunsten der Tschechen ein Präventivkrieg gewesen. Er er-

innerte seine Zuhörer daran, daß der Schiedsspruch der Geschichte die These vom Präventivkrieg verdamme. Präventivkriege seien schon immer große Fehler gewesen. Eine Nation habe nur dann das Recht, zu den Waffen zu rufen, wenn es um die Verteidigung ihrer eigenen Interessen gehe. Man kann es beim Durchlesen dieser Rede kaum für möglich halten, daß Hoare wenige Monate später eine Präventivkriegspolitik gegen Deutschland unterstützt hat. Hoare hatte seine Zuhörer ausdrücklich daran erinnert, daß Hitler sich an die Bedingungen des deutsch-englischen

Flottenabkommens von 1935 gehalten habe. Auch pries er die englische Rüstungskampagne und versicherte, keine Nation, die den Frieden wolle, brauche sich vor den britischen Waffen zu fürchten. Er brachte damit ein Ideal zum Ausdruck, das Großbritannien niemals erreicht hat. Es war ein Ideal, das sich in keiner Weise mit der Kräfteausgleichspolitik vertrug.

Am 24. Oktober sprach Halifax in Edinburgh. Er setzte seinen Zuhörern auseinander, daß die britische Führung mit dem bestehenden Frieden, da er ein bewaffneter Friede sei, nicht einverstanden sein könne. Er hoffe deshalb, man werde einen Verständigungsfrieden erreichen können, doch ließe es sich jetzt noch nicht sagen, wie sich das bewerkstelligen ließe. Er schien Deutschland gegenüber versöhnlich gestimmt und schilderte die deutsch-englische Freundschaftserklärung als einen bedeutenden Schritt zur Begegnung bestehender Gefahren. Die Tschechoslowakei sei in München gerettet und wäre durch einen Krieg zerstört worden, einerlei wieviel Mächte sich an dem Krieg gegen Deutschland beteiligt hätten. Halifax begann damit, die Rettung der Tschechoslowakei als die wesentliche Rechtfertigung für München hinzustellen. Das war ein geschickter Schachzug zu einer Zeit, als erfahrene Beobachter sich bereits in Prophezeiungen ergingen, der tschechische Staat befinde sih am Rande des Zusammenbruchs. Halifax lag daran, München in Mißkredit zu bringen, während er sich den Anschein gab, es zu verteidigen. Das fiel keineswegs allen seinen Zuhörern auf; die Rede wurde in Schottland gut aufgenommen, denn dort war man viel weniger unzufrieden mit dem Münchener Abkommen als in England.

Die Debatte über München wurde am 1. November 1938 im Unterhaus wieder aufgenommen und Clement Attlee hielt eine weitere Rede, die das Münchener Abkommen als eine

furchtbare britische Niederlage darstellte. Chamberlain gab eine vorbereitete Erwiderung. Er machte einige Einwendungen zu Attlees Ausführungen, richtete dann aber sein ganzes Feuer auf Lloyd George. Der unberechenbare Waliser, der nach der Niederlage Polens im Jahre 1939 einen Frieden mit Deutschland befürwortete, hatte am 27. Oktober eine flammende Rede gegen Chamberlain vor amerikanischen Rundfunkhörern gehalten. Chamberlain rügte diese Rede außerordentlich erbittert und

klagte Lloyd George an, er habe dem Land einen schlechten Dienst mit seiner Behauptung erwiesen, das britische Empire befinde sich unter Chamberlains Führung im Abstieg. Die München-Debatte wurde mit Lautstärke und Heftigkeit fortgesetzt und erst am folgenden Tag beendet. Chamberlain gewann damals einen großen parlamentarischen Sieg, als das englisch-italienische Abkommen vom April 1938 mit überwältigender Stimmenmehrheit ratifiziert wurde.

Die Erregung über das Münchener Abkommen hätte sich in den folgenden Monaten vielleicht gelegt, wenn die Führer der Konservativen nicht ständig neue Mittel ersonnen hätten, die Öffentlichkeit im Hinblick auf Deutschland in Alarmzustand zu halten. So machte der Graf de La Warr als Erziehungsminister im Chamberlain-Kabinett in einer Rede am 4. Dezember 1938 in Bradford geltend, in Großbritannien herrsche die Stimmung vor, daß man nichts tun könne, Deutschland je zufriedenzustellen. Das war ein schockierender Propagandatrick, der jene Stimmung schaffen sollte, die man brauchte. Er deckte sich mit jener Behauptung, daß die in München gipfelnde

Verständigungspolitik eine Farce sei”. Premierminister Chamberlain erklärte am 7. Dezember im Unterhaus mit schneidender Ironie, er könne sich den lebhaften Äußerungen seines Ministers nicht verschließen. Am 13. Dezember hielt er eine Rede, in der er auf die Bedeutung seines kommenden Besuches in Italien hinweis, das zunehmende Tempo der Aufrüstung und die Zustimmung lobte, deren sie sich erfreute.

Sir Auckland Geddes, der Administrator des britischen nationalen Hilfsdienstgesetzes, sagte in einer Rede am 17. Januar 1939, das englische Volk werde sich in einem kommenden Krieg in die Front einreihen. Er legte den Briten deutlich nahe, sich im Hinblick auf die kommende Entwicklung Lebensmittelvorräte anzulegen. Man kann sich schwerlich einen provozierenderen Vorschlag denken. Diese Rede alarmierte denn auch die Öffentlichkeit. Geddes versäumte nicht, zu betonen, die britischen Luftstreitkräfte würden allen die Insel anfliegenden Bombern, die er mit erschreckender Deutlichkeit beschwörend zu schildern wußte, verheerende Verluste beibringen, und er nötigte die englische Bevölkerung, zu zeigen, daß sie den Krieg nicht fürchte.

Die schlimmste dieser Reden wurde am 23. Januar 1939 von Chamberlain selber gehalten. Er forderte die öffentliche Unterstützung des nationalen Hilfsdienstes, „der uns für den Krieg vorbereiten wird”, auf das dringlichste. Er bestritt, daß Großbritannien jemals einen Krieg beginnen würde, doch seine nächste Äußerung machte jedes Versprechen, das man dieser Aussage hätte entnehmen können, zunichte: Großbritannien könne sich sehr wohl an einem von anderen begonnenen Krieg beteiligen. Das war nun allerdings etwas wesentlich anderes als die Abwehr eines Angriffes auf Großbritannien oder

seine Interessen. Chamberlain grift sogar die Lehre vom Präventivkrieg auf, die Hoare noch vor drei Monaten öffentlich geächtet hatte, und erläuterte bei dieser Gelegenheit die absolute Gültigkeit der Kräfteausgleichspolitik, und das zu einem Zeitpunkt, als die britische Führung nicht im entferntesten in der Lage war, die jeweilige Stärke solcher Mächte wie Deutschlands oder der Sowjetunion zutreffend zu beurteilen. Es war ein böses Omen für die Zukunft.

Vertrauen der Tories zu den Kriegsvorbereitungen

Diese alarmierenden Äußerungen der britischen Führer vor der Öffentlichkeit, als Hitler kein der deutsch-englischen Freundschaft oder dem Münchener Abkommen widersprechendes Verhalten nachzusagen war, mußten noch friedfertig erscheinen im Vergleich zu dem, was durch die Kanäle der Geheimdiplomatie lief. Der Rombesuch von Chamberlain und Halifax im Januar 1939 legt beredtes Zeugnis ab von den feindlichen Absichten Englands gegen Deutschland. Die britischen Führer waren in Hochstimmung über die unverhofften Erfolge in der Luftrüstung nach der Münchener Konferenz. Die Produktion der britischen Kampfflugzeuge lag um 25% über der Zahl, die im Frühherbst 1938 vorausgesagt worden war.

Der amerikanische Sachverständige und Ozeanflieger Lindbergh, der in England lebte, hatte mit seinem Bericht über die deutsche Luftwaffe — vor München — einen beträchtlichen Eindruck auf die britische Führung gemacht. Lindbergh hatte die Vorzüge der deutschen Luftrüstung mit den stärksten Ausdrücken gepriesen, die sich noch mit den

Tatsachen in Einklang bringen ließen. Er war froh, daß er etwas dazu tun konnte, auf die Sinnlosigkeit eines erneuten europäischen Krieges hinzuweisen, und er ließ sehr richtig durchblicken, daß die britische Haltung für die Entscheidung, ob es einen solchen Krieg geben würde oder nicht, ausschlaggebend sei. Überglücklich war er dann über die Nachricht von München und hoffte aufrichtig, daß der Friede nun gerettet worden sei.

Unglücklicherweise gelangte es den britischen Führern zur Kenntnis, daß der deutsche Vorsprung in der Luft 1938 nur ein sehr knapper war. Sie waren ja nicht lediglich an einer Verteidigung gegen eine mögliche deutsche Luftoffensive interessiert. Sie wollten vielmehr eine eigene Luftmacht als entscheidende Angriffswaffe in einem künftigen Krieg besitzen. Seit 1936 wurde die englische Luftkriegsstrategie nach der Lehre der massierten Angriffe auf weit hinter der kämpfenden Front liegende Ziele entwickelt. Diese Strategie stand in krassem Gegensatz zu der deutschen.

Die Deutschen hofften, daß im Kriegsfall die Bombardierung aus der Luft auf die militärischen Operationen an der Front beschränkt werden könnte. Dieser Unterschied in der Strategie zeigte sich an den in den beiden Ländern

hergestellten Flugzeugtypen. Deutschland stellte zur Unterstützung der Bodentruppen leichte und mittelschwere Bomber für taktische Operationen her, während sich die Briten in der Hauptsache auf den Bau schwerer Bomber für Angriffe auf zivile Ziele weit hinter der Front verlegt hatten. Der britische Verteidigungsausschuß hatte bereits im

Februar 1934 entschieden, daß der „eigentliche potentielle Gegner” in einem größeren Krieg Deutschland sein würde.

Im Frühjahr 1938 rechneten die Briten damit, in dem mit April beginnenden Fiskaljahr 8000 Militärmaschinen bauen zu können, was später auch erreicht und sogar übertroffen wurde. Für das Jahr von April 1938 bis Ende März 1939 hatten sie nur mit einer Zahl von 4000 ,gerechnet, aber schon im Januar 1939 waren sie weit über ihren festgelegten Zeitplan hinaus, und ihre entscheidende geheime Verteidigungswaffe, das „Radar-Projekt“, hatte von 1935 an gewaltige Fortschritte gemacht. Die britische Führung und auch ihre Sachverständigen machten sich zwar Gedanken über ihre Luftverteidigung, aber sie hatten darüber keineswegs die Luftoffensive gegen die deutsche Zivilbevölkerung aus dem Auge verloren. Sie gaben zu, daß die Verteidigungsmaßnahmen gegen mögliche deutsche Bombenvergeltungsangriffe auf britische Wohngebiete „zur Beseitigung der Angst vor ihnen nicht genügen”, wie sie während der letzten Monate vor Ausbruch des 2. Weltkriegs hatten verlauten lassen. Dennoch waren sie überzeugt, gegen eine erfolgreiche deutsche Vergeltung einigermaßen gesichert zu sein, und dementsprechend wurde die Strategie der massierten Bombenangriffe auf die deutsche Bevölkerung mit entschlossener Energie entwickelt.

Chamberlain und Halifax schüchtern Mussolini ein

Es darf nicht überraschen, daß das plötzliche und unerwartete Anwachsen der militärischen Stärke die Haltung der britischen Führer aggressiver machte, was sich auch in ihren Unterredungen mit den Führern Italiens widerspiegelte. Es ist von einigem Interesse, die britischen und italienischen Aufzeichnungen dieser Gespräche miteinander zu vergleichen. Zwei der wesentlichen Unterredungen wurden von Chamberlain und Halifax mit

Mussolini und Ciano geführt, eine weitere zwischen Halifax und Ciano und schließlich eine von Chamberlain mit Mussolini. Das erste Zusammentreffen fand am 11. Januar 1939 nachmittags im Amtssitz Mussolinis, dem Palazzo Venezia, in Rom statt. Das britische Protokoll zeigt, daß Mussolini Italien aus inneren Gründen und im Interesse einer allgemeinen Stabilität Europas zu einer Friedenspolitik verpflichtete. Der italienische Führer gab der Überzeugung Ausdruck, daß ein neuer Krieg die Zivilisation vernichten werde, und bedauerte das Ausbleiben einer engen Zusammenarbeit der Münchener Mächte zur Erhaltung des Friedens. Er erinnerte Chamberlain und Halifax daran, daß er

264

265

die Vorstellung einer wirklich engen Zusammenarbeit hatte, als er 1933 freundschaftliche Beziehungen und einen Viermächtekonsultationspakt zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland vorschlug. Auch trat er für die Rüstungsbeschränkung ein. Ebenso wurde die Judenfrage erörtert und Mussolini äußerte die Ansicht, es sei für alle Juden die beste Lösung, die Rechte eines souveränen jüdischen Staates zu bekommen, obwohl sie nicht alle dort zu leben brauchten. Er trug dies seinen Gästen als persönliche Meinung vor und nicht als einen Versuch, ihnen vorzuschreiben, wie man mit den Juden verfahren müsse. Mussolini zeigte sich besorgt über die britische Haltung gegenüber Deutschland. Chamberlain erklärte daraufhin, daß er sich über die Möglichkeit, Gespräche mit den Deutschen zu führen, gegen Ende 1938 Gedanken gemacht habe, daß er nun aber anderen Sinnes geworden sei. Er sei zu dieser Änderung gekommen, weil er von der deutschen Haltung enttäuscht worden sei.

Am Vormittag des 12. Januar 1939 hatten Halifax und Ciano eine Unterredung im Palazzo Chigi, dem Amtssitz des italienischen Außenministers. Dieses Gespräch drehte sich ausschließlich um Fragen, die in Zusammenhang mit dem spanischen Bürgerkrieg standen. Ciano versicherte Halifax, Italien beabsichtige, seine Freiwilligen aus Spanien zurückzuziehen, und habe nicht vor, in diesem Lande militärische Stützpunkte zu errichten.

Mussolini, Ciano, Chamberlain und Halifax trafen am Nachmittag des 12. Januar 1939 ein weiteres Mal im Palazzo Venezia zusammen. Auf der Tagesordnung standen die französisch-italienischen Beziehungen. Die italienischen Führer hoben mit Nachdruck hervor, die kürzlich erfolgten merkwürdigen Demonstrationen gegen Frankreich in der italienischen Deputiertenkammer am 30. November 1938 seien vollkommen spontan erfolgt. Beide gaben größtenteils Frankreich die Schuld an der jüngst entstandenen Spannung, die dann ihren Höhepunkt in dem erwähnten Vorfall gefunden habe. Chamberlain lenkte das Gespräch auf Deutschland. Dabei wies er darauf hin, daß dunkle Gerüchte über deutsche Pläne seine Aufmerksamkeit erregt hätten. Er habe gehört; Deutschland beabsichtige die Schaffung einer unabhängigen Ukraine und einen Angriff auf Großbritannien, Frankreich, Polen und die Sowjetunion. Mussolini beruhigte die britischen Führer, die deutsche Rüstung gelte Verteidigungszwecken und Hitler habe keineswegs Pläne für eine unabhängige Ukraine oder für Angriffe auf die von Chamberlain erwähnten Länder. Deutschland wünsche Frieden. Chamberlain bestritt das und erklärte, die deutsche Bewaffnung sei mehr als ausreichend, um Angriffe von unmittelbar an Deutschland grenzenden Ländern abzuwehren, und die Deutschen müßten demgemäß aggressive Pläne haben. Andererseits behauptete er, Großbritannien befasse sich lediglich mit der Verteidigung gegen die deutsche

Bedrohung. Er trat für die Extremisten der britischen Konservativenpartei ein und bestritt, daß irgend jemand, einschließlich Churchills, sich für eine militärische Offensive Englands gegen Deutschland einsetze.

Die britischen und italienischen Führer betonten übereinstimmend, daß die Tschechen-Garantie Schwierigkeiten bereiten würde und die Briten führten eine Garantie-Formulierung ‘an, die von den Franzosen abgelehnt worden war. Diese Formulierung forderte keine Hilfeleistung für die Tschechen, wenn nicht drei der vier Münchener Mächte festgestellt hätten, daß eine Aggression stattgefunden habe. Mussolini erwähnte noch eine Reihe von Bedingungen, wozu auch die Notwendigkeit gefestigter Verhältnisse in der Tschechei gehörte, die erfüllt sein müßten, bevor man eine Garantie in Betracht zog. Die Unterredung schloß mit der Erörterung der für 1942 geplanten Internationalen Ausstellung in Rom und der für Herbst 1940 angesetzten allgemeinen Wahlen in England. Mussolini sprach sehr lebhaft über seine Pläne für die Romausstellung und Chamberlain ließ deutlich durchblicken, daß die Engländer sich gern daran beteiligen würden.

Nach einem Essen in der britischen Botschaft am Freitagabend, dem 13. Januar 1939, besprachen Chamberlain und Mussolini die allgemeine Lage. Chamberlain äußerte zu Mussolini, er mißtraue Hitler, und Mussolinis Argumente, daß das deutsche Rüstungsprogramm lediglich defensiver Natur sei, hätten ihn nicht zu überzeugen vermocht. Er ging nun darauf aus, Mussolini unruhig zu machen, als er ein Gerücht wiedergab, demzufolge Deutschland angeblich militärische

Vorbereitungen in der Nähe der italienischen Grenze treffe. Er versicherte Mussolini kategorisch, daß Großbritannien und Frankreich nunmehr, im Gegensatz zu 1938, zum Kampf gegen Deutschland bereit seien.

Das Gespräch endete mit einer Erörterung über die Presse. Mussolini widersprach der Behauptung Chamberlains, daß es in Großbritannien eine freie Presse im Gegensatz zu der kontrollierten in Deutschland gebe. Er vertrat den Standpunkt, daß die Presse in beiden Ländern beeinflußt sei und daß der Unterschied lediglich in dem Ausmaß der Beschränkung liege.

Die italienischen Protokolle über die Gespräche entsprachen, was die Gesprächsthemen angeht, genau den britischen Aufzeichnungen, doch bestanden wesentliche Unterschiede, soweit es die Tatsachen und ihre Bewertung betrifft. Die Italiener überreichten dem deutschen Botschafter von Mackensen eine Durchschrift ihres Protokolls der Unterredung vom 11. Januar 1939 einen Tag später, und Mackensen übermittelte sie sofort an Hitler. Mussolini hatte den englischen Führern gesagt, daß der englischsitalienische Pakt vom 16. April 1938 ein wesentlicher Faktor der italienischen Politik sei. Italiens Achsen-Bündnis mit Deutschland sei allerdings ebenso wichtig, doch sei dieses

Bündnis nicht „ausschließender Natur” (di natura esclusiva). Schließlich habe Italien in Spanien keine „direkten Ambitionen“ (ambizione diretta). Chamberlain dankte Mussolini für seine Versicherung, daß Frieden für die innere Festigung Italiens unerläßlich sei. Er und Halifax hätten

niemals an Mussolinis gutem Willen gezweifelt. Er nahm Italien gegenüber bewußt eine andere Haltung ein als gegen Deutschland und beklagte sich, daß er seit München keine Anzeichen der deutschen Freundschaft gegenüber England bemerkt habe.

Mussolini versprach, sich um die Verbesserung der französisch-italienischen Beziehungen zu bemühen. Er hoffte, daß sich nach Abschluß des spanischen Krieges eine Möglichkeit dazu ergeben würde. Chamberlain klagte über die „fieberhafte Rüstung“ in Deutschland und die angeblichen Offensivpläne. Mussolini bestritt das Bestehen solcher Pläne heftig und betonte mit starkem Nachdruck, daß man die deutschen Defensiverfordernisse mit dem Blick auf die russische Aufrüstung betrachten müsse. Es ist sehr bezeichnend, daß die britischen Protokolle diesen Punkt unerwähnt lassen.

Die Rote Armee war während der letzten Monate gewaltig angewachsen, und es waren Versuche im Gange, die vor kurzem durch die Säuberung entfernten Offiziere durch Reserveoffiziere und Offiziere der Kriegsschulen zu ersetzen. Diese Aufstellung der Reserveeinheiten innerhalb der Roten Armce hatte gegen Ende 1938 das russische Friedensheer auf zwei Millionen Mann, etwa das Dreifache der deutschen Heeresstärke, erhöht. Ein oberster Kriegsrat unter dem Oberbefehl von Stalin war 1938 zur Überwachung des unter der Leitung von Verteidigungskommissar Woroschilow stehenden Kriegsrates gebildet worden. Die Rote Armee und die Rote Luftwaffe unterstanden Woroschilow, während die Rote Flotte ein eigenes Kommando besaß. Der neue Kriegsrat unter Stalin sollte die Kommandogewalt in einem Kriegsvorbereitungsprogramm koordinieren. Am Morgen des 11. Januar 1939 forderte die Krasnaja Swesda (Roter Stern) den Sieg des Kommunismus über die ganze Welt. Das waren öffentlich bekannte, jedermann zugängliche Tatsachen, doch

die britischen Führer zogen es vor, zu glauben, die Verhaftung von 20000 Offizieren durch Stalin habe die Gefahr des Kommunismus gebannt. Ihr Vorurteil gegenüber dem Kommunismus veranlaßte sie, die sowjetische Macht zu verkleinern. Die Briten betrachteten auch Mussolinis Äußerungen über die selbstgefällige Haltung gegenüber der russischen Bedrohung als unbedeutend und nahmen sie deshalb nicht in ihre Besprechungsprotokolle über Rom auf.

Die Briten hatten sich noch über einen anderen wesentlichen Punkt hinweggesetzt, den Mussolini behandelt hatte. Der italienische Führer hatte Verständnis für die Sorge der Briten anläßlich der Gerüchte von einem bevorstehenden Angriff auf ihr Land oder auf das benachbarte Frankreich. Aber

267

268

er konnte sich nicht für ihre Besorgnis um das Wohlergehen der sowjetischen Führerschaft erwärmen. Heftig bestritt er, daß Hitler Pläne für die Zerstückelung Rußlands hege, und konnte sich der Bemerkung nicht enthalten, daß das Ende des Kommunismus in Rußland für die Bevölkerung des Landes ein Segen sein würde. Diese Äußerung machte keinen Eindruck auf seine britischen Gäste. Feierlich erklärte Mussolini, er wisse mit absoluter Sicherheit, daß Hitler keine feindseligen Pläne gegen den Westen hege.

Mussolini war auch überrascht, daß Chamberlain Störungen des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen ankündigte. Er war genau so optimistisch wie Hitler, daß eine Verständigung zwischen den beiden Ländern erreicht werden könnte. Der polnische Außenminister Beck hatte Hitler kürzlich besucht und es war für wenige Tage später

ein Besuch des Reichsaußenministers bei Beck in Warschau vorgesehen. Der italienische Führer war darüber nicht unterrichtet, daß der polnische Botschafter Raczynski in London schon im Dezember 1938 um britische Unterstützung gegen Deutschland gebeten hatte, auch darüber nicht, daß Halifax bereits im September 1938 den Wunsch ausgesprochen hatte, Polen in Danzig zur Seite zu stehen. Mussolini warnte Chamberlain, sich von der antinationalsozialistischen Propaganda beeinflussen zu lassen. Mit schneidender Schärfe ging Chamberlain gegen Mussolinis Behauptungen über die Notwendigkeit deutscher Verteidigung an und beharrte darauf, Rußland sei nicht stark genug, um für irgend jemand eine Bedrohung zu bedeuten. Das erinnert sehr an Anthony Edens Äußerung vom März 1935, daß die Sowjetunion für die nächsten fünfzig Jahre nicht in der Lage sein würde, einen Aggressionskrieg zu führen. Mussolini war verblüfft über Chamberlains Bemerkung und wiederholte noch einmal, daß Deutschland gute Gründe habe, eine feindliche Koalition von überwältigender Stärke zu fürchten.

Das Oberhaupt Italiens bot jedes nur mögliche Argument auf, um Chamberlain von seiner deutschfeindlichen Wahnvorstellung abzubringen. Er wies auf den Westwall längs der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenze als sichtbares Zeichen für den defensiven Charakter der deutschen Rüstung hin. Chamberlain blieb jedoch dabei, die deutsche Rüstung sei schon viel zu spürbar, und er regte an, Hitler solle doch öffentlich seinen Wunsch nach Frieden bekunden, wenn er ehrlich auf Frieden bedacht sei. Darüber war Mussolini äußerst verwundert und begehrte eindringlich zu wissen, ob Chamberlain Hitlers Neujahrserklärung von 1939 kenne, in der der deutsche Führer seinen heißen Wunsch nach einer Fortdauer des Friedens in Europa bekundet hatte.

Mussolini wiederholte, daß das gegenwärtige Ziel der deutschen Rüstung durch die augenblickliche Lage völlig gerechtfertigt sei. Er wünschte sichtlich

268

269

dazu beizutragen, Chamberlains vermeintliche Furcht vor den deutschen Absichten zu beschwichtigen. Er zeigte sich bereit, mit Chamberlain zur Herbeiführung einer Konferenz über die qualitative Abrüstung zusammenzuarbeiten, sobald der Krieg in Spanien beendet sei. Chamberlain zeigte jedoch keinerlei Interesse an diesem Vorschlag.

Mussolini brachte das Gespräch auf den Tschechenstaat und seinen Mangel an innerer Festigkeit sowie auf das Versäumnis der Tschechen, ihre Bindungen zu Rußland gelöst oder eine Politik der Neutralität verfolgt zu haben. Überdies wies er auf die Tatsache hin, daß die neuen tschechischen Grenzen an vielen Stellen noch nicht endgültig von der internationalen Grenzkommission festgelegt worden seien. Das italienische Protokoll hob deutlich hervor, daß Chamberlain Mussolinis Äußerungen über die Tschechen zugestimmt hatte.

Das italienische Protokoll zeigt ebenfalls, daß Mussolini von dem Verhalten Chamberlains enttäuscht war. In britischer Sicht galt der Besuch als erfolgreich, jedoch nicht vom Standpunkt der Italiener aus. Die britischen Führer hatten Mussolini einzuschüchtern beabsichtigt, um ihn davon abzuhalten, Hitler im Falle eines Krieges zu unterstützen. Das ist ihnen zunächst auch gelungen, allerdings nur bis 1940, als Frankreich unerwartet zusammenbrach. Die Italiener hatten ihrerseits gehofft, mit ihren Versicherungen die Briten veranlassen zu können, gegenüber Deutschland

eine duldsamere Haltung an zunehmen und mehr Bereitschaft zur Mitarbeit an der Regelung der europäischen Fragen zu zeigen. In dieser Hoffnung sahen sie sich völlig getäuscht. Ganz offensichtlich blieben die Briten in ihrer Feindseligkeit gegenüber Deutschland unerbittlich.

Mussolini erörterte die Lage mit dem deutschen Botschafter von Mackensen auf dem Empfang der britischen Botschaft am Abend des 13. Januar 1939. Er äußerte, die Ergebnisse des Besuchs seien recht mager. Er sei sich wie ein Anwalt vor einem britischen Gericht bei seinem Versuch vorgekommen, Aufklärung über die deutsche Rüstung und die deutsche Außenpolitik zu geben. Er hinterließ keinen Zweifel in Mackensen, daß die britischen Führer bereit seien, Deutschland jedes erdenklichen Verbrechens zu bezichtigen.

Die Deutschen erfuhren noch mehr über den Rombesuch von dem italienischen Botschafter Attolico in Berlin am 17. Januar 1939. Zu seinem Bericht gehörte auch eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Unterredung vom 11. Januar 1939. Darauf folgte ein Bericht von Mackensen über die Gespräche zwischen Chamberlain, Halifax, Mussolini und Ciano am 12. Januar 1939. Die Deutschen entnahmen daraus, daß ihr Rüstungsprogramm das Hauptgesprächsthema gebildet hatte. Von Mackensen enthüllte auch, daß Chamberlain Mussolini gegenüber äußerst geschickte Tischgespräch-Propaganda getrieben habe. Chamberlain hatte die Deutschen als eine übelbeleumundete Angreifer-

nation hingestellt, während Italien für ihn eine imperiale Macht war und mit dem Britischen Empire auf dem Boden

völliger Gleichheit stand. Die Briten und Italiener waren bekanntlich Herren unterentwickelter Rassen in den überseeischen Kolonien, während sich Deutschlands Herrschaftsbereich auf den Kontinent beschränkte, womit Hitler zufrieden war, weil er nicht den Wunsch hatte, die deutsche Flagge in ferngelegenen Gebieten zu hissen.

Mussolini sah Deutschland von einem möglichen englischen Angriff deutlich bedroht. Die britische Führung ging in breiter Front gegen Deutschland vor, und zwar bereits viele Wochen vor ihrer öffentlich bekundeten Kehrtwendung nach der deutschen Besetzung Prags im März 1939. Darum nehmen sich die Romgespräche unter den diplomatischen Vorgängen des Jahres 1939 wie das weit sichtbare Licht einer Lokomotive aus. Mussolini wußte, daß Krieg ein großes Unglück bedeuten würde, darum hoffte er, Hitler werde ihn vermeiden können. Er machte den Deutschen klar, seine Bemühungen, die britischen Vorurteile gegen sie zu zerstreuen, seien vergeblich gewesen. Er hoffte, zur Verhinderung eines unnötigen Krieges beitragen zu können, aber er hielt es vor seinem Volke für seine höchste Pflicht, Italien aus einem unheilvollen englisch-deutschen Konflikt herauszuhalten. Darum hütete er sich auch vor Beleidigungen seiner britischen Gäste und setzte dies den Deutschen entsprechend auseinander. Der Hinweis Winston Churchills, Mussolini habe damals geringschätzig von der britischen Militärstärke gedacht, ist unzutreffend. Mussolini war klug genug, die englische Militärmacht zu fürchten und die verwundbare Lage seines eigenen Landes richtig einzuschätzen.

Seine Entscheidung für einen Krieg gegen Großbritannien im Juni 1940 ändert an dieser Tatsache nichts. Er widerstand trotz der englischen Blockade gegen den italienischen Handel dem Druck, während der ersten Monate in den Krieg einzutreten. Die deutschen Siege über Großbritannien in

Norwegen und Frankreich im Jahre 1940 änderten unverhofft die Lage, und Mussolini trat in den Krieg ein, den er als nahezu beendet ansah, lediglich um seinem Land eine Stimme in der Friedenskonferenz zu sichern. Er hätte niemals ohne die erstaunlichen Siege von 1940 über die überlegenen alliierten Streitkräfte so gehandelt.

Hitlers unerschütterlicher Optimismus

Die Tragödie, deren Opfer Italien im 2. Weltkrieg wurde, zeigt deutlich, daß Mussolinis Besorgnis über die britische Feindseligkeit gegen Deutschland durchaus gerechtfertigt war. Die Deutschen hatten sich seit München nicht gerührt. Nichtsdestoweniger war es der gleiche britische Premierminister, der Hitler am 30. September 1938 überredet hatte, die deutsch-englische Freundschaftserklärung zu unterzeichnen, und der jetzt im Januar 1939 Deutschland

zu einer Angreifernation stempelte. Seine Versicherung, Großbritannien sei für einen Krieg mit Deutschland gerüstet, machte deutlich, daß er einen Konflikt für wahrscheinlich hielt, und daß er Churchills Haltung gegenüber Deutschland verteidigte, verhieß Unheil.

Collin Brooks war einer der führenden Schriftsteller in den dreißiger Jahren, der sich für eine mächtige britische Rüstung einsetzte. Er erklärte in seinem überzeugenden Buch „Can Chamberlain Save Britain? The Lesson of Munich" (Kann Chamberlain England retten? Die Lektion von München), geschrieben im Oktober 1938, daß „die Viermächtekonferenz in München im September 1938 für die Welt entweder ein Aufschub des Konflikts war oder das

Versprechen eines dauerhaften Friedens“. Das war richtig, aber das Versprechen eines dauerhaften Friedens wurde durch die Haltung der britischen Führerschaft gegen Deutschland zunichte gemacht. Brooks war ein Schwarz seher. Er behauptete, Großbritannien sei in Gefahr, weil das Gleichgewicht der Kräfte bedroht sei. Er rief die Jugend Englands auf, sich der imperialistischen Tradition des Landes ebenbürtig zu zeigen und sich nicht länger durch die ungewöhnlich schweren Verluste Großbritanniens im 1. Weltkrieg abschrecken zu lassen. Er erinnerte seine Leser daran, Großbritannien habe während der vergangenen 236 Jahre seit 1702 102 Jahre in größeren Kriegen kämpfend verbracht und in den sonst friedlichen Zwischenzeiten in vielen kleinen Kriegen gestritten. Großbritannien könne auf eine Geschichte aggressiver Kriegshandlungen zurückblicken, wie sie keine andere Macht der neuen Zeit erreicht habe. Er forderte die Jugend Englands auf, sich diese offenkundige Tatsache vor Augen zu halten und zum neuen Kampf mit Deutschland bereit zu sein.

Karl Heinz Pfeffer, ein deutscher Kenner der britischen und amerikanischen Mentalität, versuchte in einem später erschienenen Buch „England, Vormacht der bürgerlichen Welt“, sich mit der britischen Feindseligkeit gegen Deutschland in jener Zeit auseinanderzusetzen. Er schrieb, daß die angebliche Abrüstung Englands zwischen den beiden Weltkriegen eine Legende sei, aber die britische Öffentlichkeit sei Ende 1931, am Vorabend der mit viel Aufwand angekündigten allgemeinen Abrüstungskonferenz im Februar 1932, mit der Friedenspropaganda privater Kreise überschwemmt worden. Französische Widersetzlichkeit machte die Konferenz zunichte, und so begann Großbritannien nach Gründen zu suchen, seine bereits erhebliche Rüstung zu steigern und zu rechtfertigen. Die Propaganda mußte herhalten, um dem Volk die Sehnsucht nach Frieden auszutreiben. Die letzten

Mißhelligkeiten mit Deutschland im 1. Weltkrieg waren ein guter Ansatzpunkt, und daraus erklärt sich zum Teil der anfängliche Haßfeldzug gegen Deutschland in der Zeit von 1932 bis 1938. Pfeffer erbrachte den Nachweis, daß die deutsche Macht in dieser Zeit nicht

271

272

auf britische Kosten angewachsen war. Doch war das ohne Bedeutung für die Kräfteausgleichspolitik. Pfeffer drückte den frommen Wunsch aus, das deutsche Volk solle niemals wieder an britische Behauptungen von angeblichen Vergehen deutscher Führer glauben. Er hoffte, die deutsche Erfahrung mit der jüngsten Pax Britannica werde diese Neigung im Keim ersticken, denn sie habe die Moral der Deutschen 1918 untergraben. Der deutsche Mittelstand war durch die Inflation während des britischen Zwischenkriegsfriedens ruiniert worden, die deutschen Bauern hatte man an den Rand des Untergangs gebracht und die deutsche Arbeiterschaft war der Drohung absoluter Arbeitslosigkeit ausgesetzt worden. Pfeffer drückte den Wunsch aus, das deutsche Volk möge niemals vergessen, daß die zeitgenössischen britischen Führer zu den weltbewegenden Fragen nicht die richtigen Antworten zu geben wußten. Die Erkenntnis dieser Tatsachen hat zu der ausgezeichneten Moral beigetragen, die von der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung den ganzen 2. Weltkrieg hindurch gewahrt wurde.

Hitler war von Mussolini gewarnt worden. Ribbentrops Prognose vom 2. Januar 1938, daß es Deutschland unmöglich gelingen würde, zu einem dauerhaften Einvernehmen mit England zu kommen, bevor Hitler sein Programm friedlicher Gebietsrevisionen erfüllt hatte, war

aufs neue bestätigt worden. Doch Hitler hoffte, sein Programm vollenden zu können, bevor die Briten bereit waren, Deutschland anzugreifen, um sie danach zu überreden, sich mit der neuen Lage abzufinden. Das war zu Bismarcks Zeiten die einzig mögliche Antwort auf das Dilemma der britischen Feindschaft. Sie hatte einwandfreie Erfolgsaussichten, während eine Politik des Treibenlassens zu nichts geführt hätte.

Deutschland war die Großmacht im europäischen Raum zwischen Großbritannien im Westen und der Sowjetunion im Osten. Deutschland konnte nicht dahinwelken und verschrumpfen, nur um die britische Voreingenommenheit gegen ein starkes und blühendes Deutschland zu beschwichtigen. Hitler befand sich mitten im Strom. Er war entschlossen, das hohe Ufer zu erreichen. Er wollte Deutschland aus dem Morast der Unsicherheit, des Verfalls und der Verzweiflung erretten. Sein Wunsch galt Deutschlands nationaler Sicherheit und seiner Entwicklungsmöglichkeit, wie es Großbritannien und die Vereinigten Staaten seit vielen Generationen als ihr Erbe betrachtet hatten. Er hoffte, Deutschland aus der Gefahr herauszubringen und es auf einen Grund zu stellen, auf dem es sicher vor der feindlichen britischen Flut war. Er wußte mit Sicherheit, daß dieses Ziel erreichbar war, ohne Großbritannien oder den Vereinigten Staaten in irgendeiner Weise Abbruch zu tun.

Hitler sah einer Zeit der englisch-amerikanisch-deutschen Zusammenarbeit entgegen. Das wäre die bestmögliche Garantie für die Beständigkeit guter

Beziehungen und den Frieden auf der Welt gewesen. Mit gutem Grund konnte man im Januar 1939 noch an das Erreichen dieses Ziels glauben, obwohl die Gefahren für Deutschland sehr groß waren. Unter ihnen war die unheilträchtigste die britische Feindseligkeit nach München.

273

274

9. KAPITEL: DIE FRANZÖSISCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN NACH MÜNCHEN

Frankreich hemmt die britischen Kriegspläne

DAS kriegerische Verhalten der englischen Führung bis zum Januar 1939 und die Abneigung der Polen, ihre Auseinandersetzungen mit den Deutschen beizulegen, lassen den Weltkrieg zu jener Zeit als unvermeidlich erscheinen. Viele Menschen im Westen machten sich nach dem 2. Weltkrieg die Behauptung Halifax' und anderer britischer Regierungsmitglieder zu eigen, ein deutsch-englischer Krieg sei nach der Rheinlandbesetzung im März 1936 unvermeidlich gewesen!. Überall war in dieser Hinsicht ein erstaunlicher Fatalismus zu bemerken. Es gab einige, die sagten, man hätte Hitlers Programm mit München im September 1938 zum Abschluß bringen können, denn das sei angeblich der letztmögliche Augenblick gewesen, in dem die sonst unvermeidliche Katastrophe zu verhindern gewesen wäre. Doch beruhten diese Ansichten auf der Annahme, daß Hitler den 2. Weltkrieg verursacht habe. Allerdings ließ man dabei die Tatsache außer acht, daß sich der 2. Weltkrieg aus dem britischen Angriff auf Deutschland im September 1939 entwickelt hatte. Der britische Verteidigungsausschuß hatte Deutschland auch schon am 14. November 1933 als den „eigentlichen potentiellen Feind” gebrandmarkt, weil seine Mitglieder es für

wahrscheinlich hielten, daß Großbritannien eines Tages gelegentlich einer Auseinandersetzung Deutschlands mit einem seiner kontinentalen Nachbarn eingreifen würde. Die britische Führung war keineswegs der Auffassung, daß Hitler einen Angriff auf ihr Land plane.

So liegt der Schluß nahe, daß es die britische Feindschaft gegenüber Deutschland nach München und die deutsch-polnischen Reibungen im Jahre 1938 und 1939 gewesen sind, die den 2. Weltkrieg unvermeidlich gemacht haben. In der Tat plante die britische Führung einen Angriff auf Deutschland, und ein deutscher Konflikt mit einem Nachbarn wie Polen bildete lediglich den Vorwand für einen solchen Angriff. Dagegen waren keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß Hitler vorhatte, drastischere Forderungen an die Polen zu stellen,

nachdem sie sein Angebot vom Oktober 1938 unbeantwortet gelassen hatten. So war es der britischen Regierung ein leichtes, als die britischen Kriegsvorbereitungen als ausreichend angesehen wurden, die Polen zu einer Provokation Hitlers zu verleiten. Die europäische Geschichte weist viele Beispiele ähnlicher Methoden auf. So drängte der britische Botschafter Buchanan in St. Petersburg die Russen im Juli 1914, Deutschland durch die russische Generalmobilmachung zu provozieren. Dieser Schritt ermutigte Großbritannien, gegen Deutschland in einem Krieg auf dem Kontinent zu intervenieren. So riet Napoleon III. dem sardinischen Premier Cavour 1858 in Plombitres an, einen Krieg gegen Österreich zu entfesseln. Das versetzte die Franzosen in die Lage, die Österreicher 1859 auf der italienischen Halbinsel zu

überfallen. Mit diesen diplomatischen Künsten waren die britischen Führer auch im Jahre 1939 vertraut. Sie waren findig und zugleich gewissenlos genug, auf sie zurückzugreifen, um ihr Ziel zu erreichen.

Gleichwohl entspricht es der vollen Wahrheit, daß die Briten bis zum Abend des 2. September 1939 sehr harte Arbeit leisten mußten, um den Ausbruch des 2. Weltkrieges herbeizuführen. Der entscheidende Anlaß dazu war vor diesem Zeitpunkt in keiner Weise vorhanden, und der spätere Fatalismus, dem der 2. Weltkrieg nach 1936 oder 1938 als unvermeidlich galt, kann durch nichts gerechtfertigt werden. Diese Tatsache muß jeder Abschwächung der Ereignisse, die dem September 1939 vorausgingen, die Grundlage entziehen. Die entscheidende Frage, ob Krieg oder Frieden in Europa, blieb bis zum letzten Augenblick unbeantwortet. Das hätte nicht der Fall sein können, wenn Polen der einzige Faktor bei der Inszenierung des britischen Überfalls gewesen wäre. Es war der Fall, weil die britische Führüng die Beteiligung eines verbündeten Frankreichs als conditio sine qua non für die Einleitung der britischen Feindseligkeiten gegen Deutschland beschlossen hatte. Die französischen Führer standen jedoch, im Gegensatz zu Halifax, der vermeintlichen Weisheit eines Präventivkrieges gegen Deutschland in wachsendem Maße kritisch gegenüber. Im Laufe der Zeit wurde ganz klar, daß sie den britischen Aggressionsplänen Einhalt gebieten und in einem solchen Fall jede Unterstützung verweigern würden. So wurde immer deutlicher, daß die Briten große Anstrengungen machen mußten, um Frankreich in den Krieg hineinzuziehen, und darum ließ sich mit guten Gründen ein britischer Fehlschlag erwarten. Auch Italien und Deutschland setzten ihre ganze Friedenshoffnung auf die französischen Führer.

Diese Umstände beleuchten die Schlüsselstellung, die Frankreich nach der Münchener Konferenz in Europa besaß. Es war ein seltsamer und der Ironie nicht entbehrender Rollentausch.

In früheren Zeiten hatten die Franzosen in der einen oder anderen Situation

275

276

um tatkräftige britische Unterstützung gebeten, die ihnen dann gewöhnlich versagt wurde. Nach der Münchener Konferenz begannen die britischen Führer, auf eine Aktion gegen Deutschland zu drängen, und die Franzosen, die sich gern passiv verhalten wollten, waren jetzt an der Reihe, zu entscheiden, ob sie die von ihnen erwartete Unterstützung gewähren sollten oder nicht. Früher hatten die Franzosen die britische Hilfe als wesentlich erachtet, und nunmehr hielten die Briten den französischen Beistand für unerläßlich.

Die Schwierigkeit lag darin, daß die Franzosen gewöhnt waren, sich nach England zu richten, und es einer großen Willensanstrengung bedurfte, die zudringlichen britischen Forderungen abzuweisen. Außerdem war die Lage Englands im Vergleich zu der Frankreichs sehr viel günstiger. Die Vereinigten Staaten und Deutschland hegten beide die Absicht, enge und freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien herzustellen. Die beiden Länder standen nach 1936 auch Frankreich freundschaftlich gegenüber, aber ganz offensichtlich nahm Großbritannien in ihren Überlegungen den ersten Platz ein. Das erfuhr auch durch das französische Bündnis mit der Sowjetunion keine Änderung. Die Sowjetunion ihrerseits wünschte, Frankreich und Deutschland in einen Krieg zu verwickeln. Lazar

Kaganowitsch, Chef des sowjetischen Politbüros und Schwager Stalins, verkündete am 27. Januar 1934 in der Iswestja, ein neuer deutsch-französischer Krieg würde den Interessen der Sowjetunion sehr entgegenkommen.

Die Strategie, einen deutsch-französischen Krieg herbeizuführen, in dem sich die Sowjetunion neutral verhalten wollte, blieb weiterhin das Hauptkennzeichen der sowjetischen Außenpolitik. Die französischen Führer sahen sich von der Isolierung und dem britischen Groll bedroht, wenn sie sich Chamberlains und Halifax' Drängen versagten. Ganz offensichtlich wurde es Frankreich nicht leicht gemacht, eine unabhängige Politik zu verfolgen, solange es den britischen Druck zu spüren bekam. Dennoch mußten die Briten anerkennen, daß Georges Bonnet, seit April 1938 Außenminister Frankreichs, ein sehr fähiger Mann war. Solange er am Quai d'Orsay regierte, konnten sie niemals annehmen, daß Frankreich sich mit der Rolle einer Marionette zufrieden geben würde.

Die Popularität des Münchener Abkommens in Frankreich

In Frankreich wurde das Münchener Abkommen ganz anders aufgenommen als in Großbritannien, wenn man von den begeisterten Demonstrationen der Bevölkerung für Daladier und Chamberlain bei ihrer jeweiligen Landung absieht?. Das Abkommen wurde vom französischen Parlament am 4. Oktober 1938 mit großem Beifall angenommen. Die Abstimmung für München erzielte eine überwältigende Stimmenmehrheit von 535:75 in der französischen

Kammer. Premierminister Daladier hielt eine maßvolle Rede, in der er hervorhob, daß Europa wieder auf Frieden hoffen könne, daß dieser aber noch nicht gesichert sei. Die Diskussion über die jüngsten diplomatischen Vorgänge war außerordentlich kurz. Es fiel geradezu auf, daß sich niemand gedrängt fühlte, die in München geschaffene Atmosphäre durch langdauernde Kontroversen zu verderben, wie sie in England ausgetragen wurden. Zum französischen Parlament von 1938 gehörten 73 Kommunisten, wovon 72 erschienen, um gegen das Münchener Abkommen zu stimmen. Nur drei Deputierte aus anderen Parteien gesellten sich zu dem Nein der Kommunisten. Der Sozialistenführer Léon Blum war nicht dabei?. Daladiers Triumph war also ein vollständiger. Es muß als Ironie erscheinen, daß Daladier sich viel mehr Sorgen um seinen Empfang daheim gemacht hat als Chamberlain. Die Ereignisse bewiesen, daß München, politisch gesehen, in Frankreich mehr Anerkennung gefunden hat als in England. Georges Bonnet hat diese Situation sehr richtig aufgefaßt und als das Verlangen nach einem Freundschaftsabkommen mit Deutschland verstanden. Er wurde darin von dem französischen Botschafter in Berlin, Frangois-Poncet, der großen Einfluß im französischen Handelswesen und in der Industrie besaß, in den nun folgenden Verhandlungen in vollem Umfange unterstützt..

Die Volksfrontkrise eine Lehre für Frankreich

Für Frankreich war es gut, daß es nun endlich eine stabile Regierung hatte. Die Regierung Daladier, gebildet im April 1938, hatte keine Schwierigkeit, sich während der letzten Friedensmonate in Europa vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs zu behaupten. Es schien, als sei die Krise, die mit dem Stavisky-Skandal und den Ausschreitungen gegen die Regierung im Februar 1934 begonnen hatte, endlich überstanden. Außerdem machte sich Frankreich nach dem

November 1938 mit Riesenschritten daran, die Wirtschaftsdepression zu beheben, unter der das Land in dieser Zeit gelitten hatte. Es hatte den Anschein, als hätten die mehr als vier Jahre unsicheren Schwankens und innerer Wirren das Land für geordnetere Verhältnisse reif gemacht. Auch konnte man meinen, Frankreich sei bereit, aus den Ereignissen dieser Zeit wesentliche Schlüsse für seine Außenpolitik zu ziehent.

Frankreich besaß die Vormachtstellung auf dem Kontinent, als die innere Krise der Jahre 1934-1938 begann. Dennoch wurde diese Stellung durch die Wirtschaftsdepression und die wenig gefestigte Regierung geschwächt. Die Arbeitslosenzahl war von 500.000 im Jahre 1931 bis zum Ende 1933 auf 1,3 Millionen gestiegen. Das war für Frankreich eine Riesenzahl, in der die teilweise oder jahreszeitlich bedingte Arbeitslosigkeit nicht enthalten war. Frankreichs Industriebevölkerung war zahlenmäßig wesentlich geringer als die Großbritanniens oder Deutschlands. Mittlerweile hatte sich auch ein gefährlich

reformfeindlicher Hang zur Selbstgefälligkeit aus der Tatsache entwickelt, daß sich eine Deflation ankündigte, in der die Preise schneller fielen als die Gehälter. Der Staatshaushalt verzeichnete schon seit 1931 ein Defizit und verschiedene Pläne, Produktion und Beschäftigung mittels öffentlicher Arbeiten zu steigern, waren abgelehnt worden. Im November 1933 rief die Regierung die staatliche Lotterie wieder ins Leben, ein Notbehelf der alten Monarchie, um die Finanzlage zu verbessern.

Die Linksparteien griffen ein Schlagwort Joseph Caillaux’, des Vaters der französischen Einkommensteuer, wieder auf, wonach ein Punkt kommt, an dem sich Steuern gegenseitig verschlingen. Das stimmte, aber die Linke benutzte das als Vorwand, sich jeder Erhöhung direkter Steuern zu widersetzen, die das wachsende Defizit bekämpfen sollte. Daraufhin bemühte sich die Regierung, die öffentlichen Ausgaben zu senken, aber ohne Erfolg. Die Kabinette Joseph Paul-Boncours, Edouard Daladiers und Albert Sarrauts waren 1933 aus diesem Grunde gestürzt. Georges Bonnet war Finanzminister im Kabinett Sarraut gewesen und hatte mit allen möglichen Mitteln versucht, die Unterstützung zu erlangen, die seinen Vorgängern versagt worden war. Dennoch hatte die Kammer im November 1933 sein Projekt mit einem Abstimmungsergebnis von 321 : 247 verworfen.

Am 26. November 1933 hatte Camille Chautemps eine neue Regierung gebildet, aber die Auswirkungen des Stavisky-Skandals zwangen ihn im Januar 1934 ganz unvermittelt zum Rücktritt. Eine Anzahl von Organisationen militärischen Charakters spiegelten die Unzufriedenheit Frankreichs zu dieser Zeit wider. Dazu zählten die unzufriedenen Bauern der „Front Paysan” (Bauern front) von Dorge£res, die royalistischen „Camelots du Roi” (Monarchisten) und der Veteranenverband „Croix de Feu“ (Feuerkreuz) unter der Führung von Oberst de la Rocque, dem Helden des 1. Weltkriegs. Es gehörten auch zwei sehr kleine militante Vereinigungen dazu, die „Solidarit€ frangaise” Jean Renauds und der „Francisme“ Marcel Bucards, welche die Ansicht vertraten, man müsse die derzeitigen Methoden Deutschlands und Italiens anwenden, um die Krise in Frankreich zu beheben. Die Kommunisten machten sich das Bestehen dieser Gruppen zunutze und behaupteten, Frankreich drohe die Gefahr einer faschistischen Revolution. Damals wuchs die Kommunistische Partei ungeheuer schnell. Die Sozialistenpartei hatte sich im Mai 1933

aufgespalten, als der junge Marcel Deat und seine Freunde die Führung Léon Blums ablehnten und die Partei der Neo-Sozialisten gründeten. Aus der Verwirrung in den sozialistischen Kreisen zogen die Kommunisten reichen Gewinn und brachten viele Bekehrte aus der Arbeiterschaft und dem Mittelstand auf ihre Seite. Das Ansehen des Kommunismus stieg durch die Anhängerschaft namhafter Intellektueller wie Ramon Fernandez und Andre Gide, und das Anwachsen der

278

279

Bewegung brachte echte Alarmstimmung in andere Bevölkerungsschichten. Die Atmosphäre in Frankreich, vor allem in Paris, war mit Spannung geladen. Viele Menschen lebten noch selbstzufrieden dahin, wurden dann aber durch den Stavisky-Skandal erheblich aufgestört. Dieser verursachte eine ganze Reihe von Gewaltakten.

Alexander Stavisky war ein verwegener Hochstapler von unersättlicher Geldgier. Ihm gelangen damals geradezu unglaubliche Unterschlagungen auf Kosten des städtischen Kreditwesens in Orleans und Bayonne. Als seine Machenschaften von M. de la Baume, einem Beamten der Handelsabteilung am Quai d’Orsay, im Januar 1934 enthüllt wurden, hatte er allein in Bayonne 300.000.000 Francs an sich gebracht. Die Öffentlichkeit war empört über die Gewissenlosigkeit dieses neusten jüdischen Einwanderers und Hochstaplers, hatte man doch die kürzlichen Oustric- und Hanau-Skandale noch nicht vergessen. Pressard, der Schwager des Ministerpräsidenten Chautemps, hatte Stavisky bei seinen Betrügereien geholfen, und der Bruder des Premiers war einer von Staviskys Rechtsberatern. Verschiedene Führer der Radikalsozialisten, der Partei

Chautemps‘, waren in diesen Skandal verwickelt, und einer von ihnen, Albert Dalimier, mußte sofort aus dem Kabinett ausscheiden. Joseph Paul-Boncour wurde wegen seiner Beziehungen zu Arlette Simon, der Frau Staviskys, ebenfalls betroffen. Dem Publikum wurde die Genugtuung eines Prozesses gegen den Hauptschuldigen versagt. Stavisky entkam in östlicher Richtung und wurde dann in der Nähe von Chamonix mit einer Kugel im Kopf tot aufgefunden. Der französische Altpolitiker Andre Tardieu verbreitete den Verdacht, die Polizei habe Stavisky erschossen, als er erklärte, daß er es zumindest noch fertig gebracht habe, Oustric und Hanau lebend zu verhaften. Dieser gallige Scherz eines rechtsgerichteten Staatsmannes wurde von Andre Botta für die Linke beantwortet. Botta setzte den Lesern des Populaire, des Hauptorgans der Sozialisten, auseinander, daß die Polizei verschiedene Möglichkeiten vorübergehen ließ, um Stavisky lebend zu ergreifen, bevor er aus Paris entfloh. Dies war kein gewöhnlicher Skandal, und es braute sich ganz offenbar eine Krise größeren Ausmaßes zusammen.

Es hatte den Anschein, als sei fast jeder von einigem Stand und Rang in der französischen Öffentlichkeit irgendwie in den Fall Stavisky verwickelt gewesen, was nicht heißen mußte, daß diese Verbindung unbedingt strafwürdiger Natur war. Philippe Henriot, ein Abgeordneter der Rechten, führte einen leidenschaftlich erregten Angriff gegen das Kabinett und das derzeitige parlamentarische Regime in der französischen Kammer. Er wurde stärkstens unterstützt von Le Jour, La Victoire, La Liberte und L’Action Frangaise, den führen den Blättern der Rechten. Nach einer Demonstration mit Ausschreitungen, an der sich 100.000 Pariser beteiligten, trat die Regierung am 29. Januar 1934 zu-

rück. Es fanden oberflächliche Umbesetzungen statt und Edouard Daladier ersetzte seinen Freund Chautemps als Premier. Das neue Kabinett trat am 30. Januar 1934 zusammen. Einer der ersten Schritte war eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Rechte in Form der Entfernung des Chefpräfekten der Pariser Polizei, Chiappe, dem man einen Posten in Marokko übertrug. Chiappe hatte Stavisky gut gekannt. Er war eine führende Persönlichkeit der Rechten und besaß in Paris eine Schlüsselstellung. Seit dem Wahlsieg der Linken im Jahre 1932 hatte er Grund, seine Entfernung aus dem Amt durch eine von den Mittelparteien oder der Linken gebildete Regierung zu fürchten. Er lehnte die Entscheidung der Daladier-Regierung 1934 ab und wurde dabei vom Pariser Stadtrat unterstützt. Die Rechte hatte die Herausforderung der Regierung angenommen und die Krise erreichte ihren Höhepunkt.

Am 6. Februar veranstaltete die Rechte zugunsten Chiappes eine größere Demonstration gegen die Regierung. Die Demonstranten wollten nichts Geringeres als die Besetzung des Palais Bourbon, in dem die Kammer ihre Sitzung abhielt. Man glaubte, eine Vertreibung der Abgeordneten des Linkswahlsieges von 1932 könnte den Weg für eine Rechtsregierung freimachen und damit für ein umfangreiches Reformprogramm. Alles hing vom Erfolg der Demonstration im Palais Bourbon ab. Tausende von Parisern, die politisch mit der Rechten nichts zu tun hatten, beteiligten sich an dem Aufmarsch und riefen: „Nieder mit den Dieben!“ Der Pariser Stadtrat marschierte an der Spitze des Zuges. Die gewöhnliche Ordnungspolizei hielt zu Chiappe, aber die Regierung verfügte über bedeutende Reserven. Die Hauptfrage war, ob die Regierung dazu bereit war, sich mit schweren Verlusten unter den Demonstranten zu belasten. Daladier und Lebrun befahlen der Mobilgarde,

die Kammer zu schützen und gegen die Demonstranten vorzugehen. Die Kammer hielt ihre Sitzung. Die Demonstranten hatten das Portal fast erreicht, als die Mobilgarde um 7 Uhr abends zum Angriff überging. Man versuchte, so schonend wie möglich vorzugehen, und es war im Verhältnis zum Umfang der Ausschreitungen überraschend, daß nur zwanzig der Demonstranten getötet wurden. Am nächsten Tag dankte Daladier als Premier ab.

Hunderte wurden bei dem Zusammenstoß schwer verletzt. Das kommunistische Blatt L'Humanité nahm am 7. Februar 1934 die gleiche Haltung ein wie die Rechte und verurteilte die Regierung wegen des Angriffs auf das Volk scharf. Das war nur ein Teil der kommunistischen Kampagne, die Regierung und die Demonstranten in Mißkredit zu bringen. Die Niederschlagung der Demonstration am 6. Februar 1934 spielte den Kommunisten geradewegs in die Hände. Sie bildete einen bedeutsamen Wendepunkt in der französischen Innen-und Außenpolitik.

280

281

Die Krise von 1934—1938 in Frankreich war eine Volksfrontkrise. Der Stavisky-Skandal hatte der Volksfront den Boden bereitet. Die politische Mitte und die Rechte waren in Mißkredit geraten. Im Laufe der Zeit wirkte sich die Aufklärungspropaganda über den Faschismus und die aufständischen Verschwörungen immer stärker aus. Stalin erlaubte den Kommunisten, ihre Taktik der neuen Lage anzupassen. Plötzlich traten sie in der Maske einer Partei der Unschuld und des Lichts auf, die nichts für sich verlangte und weiter nichts wünschte, als sich anderen „demokratischen“ Gruppen zuzugesellen, um die bestehende Ordnung gegen die faschistischen Wölfe zu

schützen. Die Sozialistenpartei unter Léon Blum war keineswegs gegen ein enges Bündnis mit den Kommunisten. Man glaubte, ein solches Bündnis würde es der Sozialistenpartei ermöglichen, ihre radikalere Gefolgschaft an der Kandare zu halten. Edouard Herriot, der radikalsozialistische Bürgermeister von Lyon, hatte sich lange Zeit der kommunistischen Stütze bedient, um seine Macht über die Rhône-Metropole aufrechtzuerhalten. Doch bestritt er überzeugt den Standpunkt, daß die Radikalsozialistische Partei, die den stolzen Ruf für sich in Anspruch nahm, der Dritten Republik die meisten Oberhäupter gestellt zu haben, Stellung und Ansehen am besten durch ein Zusammengehen von Sozialismus und Kommunismus wiedergewinnen könne. Die verzweifelte Lage der Radikalen veranlaßte die Mehrzahl ihrer Führer 1935, sich mit diesem Versuch einverstanden zu erklären. Ungewöhnlich geschickt entwand Daladier seinem Rivalen Herriot die Initiative in dieser Bewegung. Die Volksfrontregierung unter der Führung von Léon Blum gelangte erst nach dem mit überwältigender Mehrheit gewonnenen Wahlsieg der Linken im Mai 1936 an die Macht. Nichtsdestoweniger hat die Volksfrontbewegung ihren Anstoß aus den Vorgängen im Februar 1934 erhalten und gab von da an dem Leben in Frankreich seine Prägung.

In dieser Zeit waren Edouard Daladier und Edouard Herriot die anerkannten Führer der Radikalsozialistischen Partei. Gegenüber dem Volksfrontexperiment nahmen sie eine verschiedene Haltung ein. Herriot, in der Außenpolitik prokommunistisch, setzte sich für ein enges Bündnis zwischen Frankreich und der Sowjetunion ein. Daladier mißtraute den Kommunisten und dem Volksfrontexperiment, das er nur aus taktischen Gründen bejahte. Herriot vertrat den rechten Flügel innerhalb der Radikalsozialistischen Partei und Daladier den linken Flügel. Den politischen Dogmen gegenüber war die Partei bemerkenswert elastisch.

Die französische Regierungspresse zeigte sich der Volksfrontbewegung wohlwollend und behauptete unmittelbar nach dem 6. Februar 1934, daß sie von einer faschistischen Revolution errettet worden sei. Gaston Doumergue, der als früherer Staatspräsident im Ruhestand in Toulouse lebte, wurde mit

281

282

der Bildung einer Notstandsregierung beauftragt. Louis Barthou, dessen Politik im April 1934 der internationalen Abrüstungskonferenz den Gnadenstoß versetzt hatte, wurde zum Außenminister berufen. Der neuen Regierung gehörten Neosozialisten an, aber keine Sozialisten. Sozialisten wie Kommunisten widersetzten sich ihr als einem Werkzeug „faschistischer Revolutionäre“ mit zahllosen Demonstrationen. Die Verhältnisse in Frankreich blieben chaotisch. Während kommunistischer Ausschreitungen am 9. Februar 1934 wurden acht Personen getötet und dreihundert verletzt. Die Volksfront regte sich erstmalig in Form eines Aufrufs zum Generalstreik am 12. Februar 1934 mit Hilfe eines Ausschusses, dem der Kommunist Jacques Doriot, der Radikalsozialist Pierre Bergery und der Sozialist Georges Monnet angehörten. Diese Aktion fand jedoch keinen Anklang und Doriot wie Bergery traten aus ihrer jeweiligen Partei aus. Doch waren diese Vorgänge Vorboten der kommenden Entwicklung.

Die Doumergue-Regierung wurde kurz vor Ende 1934 wegen des Skandals im Zusammenhang mit dem Attentat auf König Alexander von Jugoslawien und den französischen Außenminister Barthou in Marseille gestürzt. Die bei Besuchen fremder Staatsoberhäupter üblichen polizeilichen Schutzmaßnahmen waren offensichtlich sehr nachlässig

gehandhabt worden. Die Rücktritte des Innenministers Albert Sarraut und des Justizministers Henri Cheran beschwichtigten die Kritiker keineswegs und so mußte die Regierung abtreten. Louis Barthou erlag am 15. Oktober 1934 seinen Verletzungen und Raymond Poincare, sein engster Freund und alter Staatsmann, starb am folgenden Tag. Die Sozialisten verhielten sich in ihrer Trauer um den Tod der beiden Staatsmänner der Rechten sehr zurückhaltend. Léon Blum schrieb einen Artikel, in dem er auseinandersetzte, warum Poincaré trotz seines Rufes kein großer Mann gewesen sei.

Louis Barthou hat während der kurzen Zeit seines Wirkens im Quai d'Orsay eine militante und feindliche Politik gegenüber Deutschland vertreten. Er hatte schon vor 1914 zu einer Gruppe von Kriegseiferern gehört, die in aller Stille, aber mit Methode einen Revanche-Krieg für 1870/71 gegen Deutschland vorbereitet hatten. Gegenüber Wilhelm II., Stresemann und Hitler nahm er eine entsprechende Haltung ein. Er behauptete von sich, Deutschland den „angeborenen Größenwahn" austreiben zu können, und befürwortete eine Reihe von „östlichen Locarno-Verträgen" mig Italien, der Kleinen Entente und der Sowjetunion, um die Deutschen für immer in ihren Grenzen festzunageln. Am 20. April 1934 reiste er nach Warschau und zu Besuchen östlicher Hauptstädte. Er war besonders über die polnische Pclitik gegenüber den Deutschen und den Tschechen verärgert, erfuhr aber in Warschau nur schwachen Trost. Ihm war Außenminister Sir John Simon als Gegner seiner Bündnispolitik be-

kannt. Barthou hielt die Zeit für gekommen, der Sowjetunion einen bedeutenderen Rang in europäischen Angelegenheiten einzuräumen.

Der erste Schritt dazu war, die Sowjetunion zum Eintritt in den Völkerbund zu veranlassen. In mutigen Reden opponierten die Schweizer, Holländer und Portugiesen gegen diesen Schritt, doch wandte Barthou ein, die Sowjetunion würde frischen Wind in den Völkerbund bringen. Ferner bemühte sich Barthou, die Beziehungen zu Italien zu verbessern und das Verhältnis zur Tschechei, zu Rumänien und Jugoslawien enger zu gestalten. So hat er entscheidenden Anteil an der Vorbereitung des französisch-sowjetischen Bündnisses, das 1935 geschlossen wurde. Die bindende Zusage zu diesem Pakt gab Barthou vor seinem Tode in Marseille.

Vansittart untergräbt 1935 Lavals Politik

Das Jahr 1935 stand in Frankreich im Zeichen der mutigen Anstrengungen Pierre Lavals, trotz der wachsenden Bedrohung durch die Volksfront, eine vernünftige Politik zu verfolgen. Er stand unmittelbar vor dem Erreichen seines Zieles, doch als er versagte, konnte auch das die Rückschläge nicht verhindern. Der Fehlschlag seiner Politik und der Triumph der Volksfront wurden der Stellung Frankreichs in Europa zum Verhängnis.

Pierre Laval muß zu den großen Patrioten Frankreichs gerechnet werden. Er besaß hohen Mut und seine Anstrengungen, Frankreich unter den widrigen Umständen nach der militärischen Niederlage von 1940 zur Seite zu stehen, kannten keine Grenzen. Seine Exekution im Jahre 1945, als die kommunistische Flut in Frankreich hochbrandete, ist eins der schlimmsten Justizverbrechen jener Ära. Sein Einfluß auf die französische Politik der Jahre

1936 bis 1940 nach dem Sturz seiner Regierung im Januar 1936 war nur noch gering. Dennoch bot er 1938 und 1939 seinen ganzen Einfluß auf, um Frankreich daran zu hindern, sich Großbritanniens sinnlosem Angriff auf Deutschland anzuschließen. In jenen Jahren hatte er keinerlei offiziellen oder privaten Kontakt zu Persönlichkeiten aus Deutschland. Laval wirkte im Kampf um die Wahrung des Friedens sehr entscheidend auf Georges Bonnet ein.

Der dunkelhäutige Pierre Laval entstammte einem Bauerngeschlecht der Auvergne und man sagte ihm nach, daß von seiner Mutter her arabisches Blut in seinen Adern fließe. Er sah eigentlich mehr wie ein Mongole aus, doch vermochte er aus seinem ungewöhnlichen Erscheinungsbild politisches Kapital zu schlagen. Er war kein großer Redner, aber sehr darauf bedacht, verstanden zu werden, und so brachte er es zu einer Meisterschaft, in klarer Weise seine Gedanken zu vermitteln. Niemals war er um eine Antwort verlegen. Von 1903 bis 1920 war er Sozialist und später parteiunabhängig. Als er einmal gefragt wurde, ob er die rote Flagge oder die Trikolore wählen würde, entgegnete er:

„Ich wähle beides.” Auguste Blanqui, der große französische Theoretiker der Unabhängigen im 19. Jahrhundert, war wohl eher der Vater des Lavalschen Sozialismus als Karl Marx oder Léon Blum. Als man ihn nach 1920 beschimpfte, weil er zu keiner Partei gehöre, erwiderte er: „Isolierung ist eine Schwäche, aber Unabhängigkeit ist eine Stärke.“

Laval wurde von vielen führenden Franzosen seiner Tage hochgeschätzt. Er erfreute sich der Sympathie Aristide Briands, des hervorragenden französischen Diplomaten, der

bis zu seinem Tod 1932 eine ehrliche Verständigungspolitik gegenüber Deutschland befürwortet hatte. Laval stand dem französischen Finanzgenie Joseph Caillaux, der führenden Persönlichkeit im Senat und einem mutigen Streiter für den Frieden, sehr nahe. In den dreißiger Jahren nahm er enge Fühlung zu Andre Tardieu auf, der neben Caillaux nach dem Tode Poincares der führende Staatsmann aus Frankreichs alter Schule war. Es gelang ihm nicht, trotz der Ähnlichkeit der Auffassungen, mit Pierre-Etienne Flandin zu einer guten Zusammenarbeit zu kommen, was sich für die politische Laufbahn beider hemmend auswirkte.

Bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges ist Laval elfmal Kabinettminister und viermal Premierminister gewesen. Im Alter von 41 Jahren rückte er von der Deputiertenkammer in den Senat auf. Nach 1923 war er über zwanzig Jahre Bürgermeister der Pariser Vorstadt Aubervilliers. Auch als Premierminister pflegte er mindestens zweimal wöchentlich das Rathaus aufzusuchen. In der Zeit von 1919 bis 1927 verdiente er als Anwalt bis zu 120.000 Francs jährlich. Er legte sein Geld sehr klug in Zeitungsverlags-und Rundfunkanteilen an und kaufte verschiedene wertvolle Grundstücke. Er ist niemals vermögend gewesen. Finanzsachverständige haben vor dem Gericht, das ihn 1945 verurteilte, über die absolute Korrektheit und Ehrlichkeit seiner geldlichen Unternehmungen ausgesagt.

Laval wurde am 13. November 1934 im Kabinett Flandin zum Außenminister ernannt. Er führte auch noch die Außenpolitik, als er am 7. Juni 1935 seine eigene Regierung bildete. Er hatte eine außerordentlich klare außenpolitische Konzeption. Deutlich erkannte er, daß es entweder eine französisch-deutsche Verständigung geben würde oder eine Katastrophe in Europa. Natürlich sollte Frankreich eine Verständigung mit Deutschland von einer Position überlegener Stärke aus erzielen. Aber er verfiel nicht in

Raserei und leistete nicht den Schwur, daß die Deutschen vernichtet werden müßten, nachdem Frankreich diese Stellung ohne eigene Schuld eingebüßt hatte. Laval anerkannte, daß Deutschland in Wahrheit viel mächtiger war als Frankreich und daß die französische Vormachtstellung von der Aufrechterhaltung eines Bündnissystems abhing. Laval wünschte es darum nicht, sich der Sowjetunion zu entfremden und dem Bündnisversprechen zu entziehen, das Barthou abge-

geben hatte, doch hoffte er, die Sowjetunion abseits halten zu können und das französisch-sowjetische Bündnis abzuschwächen, genau wie Joseph Paul-Boncour den Viermächtepakt Mussolinis im Jahre 1933 abgeschwächt hatte. Laval war im wesentlichen auf eine Festigung der Beziehungen Frankreichs zu Großbritannien und Italien bedacht, und er erkannte deutlich, daß eine zu enge Bindung an die Sowjetunion diese Politik zunichtemachen würde. Er war sich über die verräterische und unzuverlässige Außenpolitik der Sowjetunion im klaren.

Laval hat die Bedeutung der Stellung Italiens besonders klar erkannt. Italien war der einzige Staat, auf den man sich bei der Vereitelung deutscher Bestrebungen in Österreich verlassen konnte. Er wußte sehr wohl, daß die Verträge von 1919 Deutschland viele Ungerechtigkeiten gebracht hatten, aber er war außenpolitisch konservativ und befürchtete, daß ein deutsches, mit Erfolg durchgeführtes Gebietsrevisionsprogramm das europäische Gleichgewicht stören und zu Unheil führen würde. Mussolini hatte am 6. Oktober 1934 in Mailand eine Rede gehalten, drei Tage vor dem Überfall kroatischer Terroristen auf König Alexander

und Barthou in Marseille. Diese Rede war weitgehend in der darauffolgenden Erregung untergegangen, aber Laval hatte sie nicht vergessen. Mussolini war für eine französisch-italienische Verständigung eingetreten. Laval wußte, daß Barthou Pläne für den Abschluß eines Bündnisses mit Italien sehr am Herzen gelegen hatten. Eine Wiederannäherung an Italien wurde somit das Hauptkennzeichen der Politik Lavals. Rückblickend läßt sich leicht feststellen, daß die französischeitalienischen Beziehungen das entscheidende Anliegen Europas im Jahre 1935 waren. Die Volksfront in Frankreich hoffte dagegen, die französisch-italienische Verständigung vereiteln zu können.

Der Unterschied zwischen der Politik Barthous und der Lavals lag vor allem in der Betonung. Beide wünschten ein Bündnis mit Italien und der Sowjetunion. Doch hielt Barthou die Sowjetunion für wichtiger, was aus französischer Sicht ein Fehler war, während Laval sich mehr auf das Bündnis mit Italien verlegte. Barthou wünschte eine französische Vormachtstellung, von der aus Deutschland gedemütigt werden konnte. Laval wollte Frieden mit Deutschland. Barthou befürwortete eine Haßpolitik und Laval dagegen eine Friedenspolitik.

Die Lage in Italien war zu dieser Zeit ungewöhnlich günstig für Frankreich. Mussolini war wie viele Italiener sehr stark vom französischen Denken beeinflußt. Er hatte selbst zum Ausdruck gebracht, daß Sorel, Peguy und Lagardelle entscheidend auf seine geistige Entwicklung eingewirkt haben. 1914 war er für die italienische Beteiligung am 1. Weltkrieg als Bundesgenosse Frankreichs eingetreten. In einer Reihe von Ansprachen vom Herbst

1932 bis 1935 hatte er sich für eine endgültige Verständigung zwischen Italien und Frankreich ausgesprochen. Er begrüßte die Entsendung des Senators Henri de Jouvenel als französischen Botschafter nach Rom im Dezember 1932. Das gemeinsame französisch-italienische Vorgehen gegen die deutsch-österreichische Zollunion im Jahre 1931 hatte die Bande zwischen den beiden Ländern fester geknüpft. Mussolini träumte von einer Zusammenarbeit der lateinischen Völker des Mittelmeerbereichs und mißgönnte Frankreich die militärische Überlegenheit keineswegs. Im Januar 1935 erklärte er ohne den leisesten Groll, Frankreich besitze die beste Armee der Welt.

Frankreichs Stellung zu Italien war dagegen von verschiedenen Dingen belastet. Die Kleine Entente Rumäniens, der Tschechei und Jugoslawiens genoß bei den ständigen Beamten des Quaid’Orsay großes Ansehen, und diese „Nachfolgestaaten” nahmen die italienische Politik der Unterstützung des zerstückelten Österreichs und Ungarns übel. Sie wollten nicht einsehen, daß Österreich und Ungarn unter deutschen Einfluß geraten würden, sobald sich Italien zurückzog, obwohl König Alexander von Jugoslawien erklärt hatte, er würde in Triest lieber italienische Makkaroni als deutsche Würstchen sehen. Die französische Presse wurde weitgehend von den Tschechen finanziert, die in dieser Zeit riesige Summen in Frankreich ausgaben. Viele Zeitungen erklärten, daß jeder Versuch, die französisch-italienischen Beziehungen zu verbessern, ein Verrat an der Kleinen Entente sei.

Ein bedeutender Teil der linksgerichteten Presse Frankreichs hielt eine Beschimpfung Italiens für eine heilige Pflicht und man verurteilte die Versuche zur Verbesserung des französisch-italienischen Verhältnisses als ideologischen Verrat. Die italienische Presse schlug natürlich zurück, so

daß es sehr schwierig war, die nun folgende Pressefehde zwischen den beiden Ländern beizulegen. Jouvenel bat seine Vorgesetzten, die üblichen Maßnahmen zu treffen und die französische Presse zur Ordnung zu rufen, aber er erhielt die abgedroschene Antwort, daß ein derartiges Handeln im Gegensatz zur „freien Meinungsäußerung" stehe. Als er im Palazzo Chigi gegen den Tonfall der italienischen Presse protestierte, bekam er zur Antwort, daß die Italiener sich lediglich revanchierten. Die steigende Flut der Volksfront in Frankreich machte die Lage gefährlicher denn je zuvor.

Mussolinis Verhalten gegenüber Deutschland war dem Lavals sehr ähnlich. Er glaubte es seinem Ansehen schuldig zu sein, Hitlers Triumph in Österreich nicht zuzulassen, andererseits hoffte er, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland aufnehmen zu können. Er hat im Jahre 1933 Jan Szembek gegenüber von seiner Bereitschaft gesprochen, zugunsten eines Abkommens zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln, das Deutschland eine exterritoriale Verbindung nach Ostpreußen zugestehen sollte, und er stellte fest, daß

286

287

Szembek diesem Gedanken offenbar nicht feindlich gegenüberstand. Er äußerte zu Jouvenel, Frankreich solle Druck auf Polen ausüben und Italien werde seinerseits versuchen, auf ein deutschpolnisches Abkommen hinzuwirken. Mussolini pflegte besonders offen und gern zu sagen: „Ohne Deutschland läßt sich kein Europa aufbauen." Dennoch hoffte er, sich enger an Frankreich als an Deutschland anschließen zu können. Winston Churchill war von Mussolinis Begeisterung für Frankreich beeindruckt und

hatte übrigens schon 1927 erklärt: „Ich würde Faschist sein, wenn ich Italiener wäre."

Laval besuchte Rom im Januar 1935. Im Grunde machte er den Besuch, den Barthou beabsichtigt und bereits festgelegt hatte. Ein französisch-italienisches Abkommen wurde am 6. Januar 1935 im Palazzo Farnese in Rom getroffen. Die Vereinbarungen, soweit sie Abessinien betrafen, waren der Krise wegen schwierig, die mit dem abessinischen Angriff auf die italienische Postenstellung in Wal-Wal im Somali-Land im Oktober 1934 ihren Anfang genommen hatte. Laval aber war die italienische Unterstützung gegen Hitlers Bestrebungen in Österreich eine französische Zustimmung zur italienischen Expansion in Ostafrika wert. Die Geheimklauseln des allgemeinen Abkommens sahen vor, daß Frankreich wirtschaftlich an Abessinien nicht interessiert sei außer an der unter Frankreichs Kontrolle stehenden Bahnlinie Dschibuti-Addis-Abeba. Eine Erklärung wirtschaftlichen Desinteresses und der freien Hand waren schon seit langem in der Regelung kolonialer Rivalitäten unter den Imperialmächten gleichbedeutend.

Mussolini machte sich am 12. Januar 1935, nach der Abreise Lavals, zum Initiator einer militärischen Entente mit Frankreich und bald folgten auch bedeutsame Unterredungen zwischen dem französischen Befehlshaber General Gamelin und Marschall Badoglio. Es hatte den Anschein, als hätten die französischeitalienischen Beziehungen eine feste Grundlage erhalten. Schwierig konnte es nur noch werden, wenn die Volksfront und die britischen Führer versuchten, die Verwirklichung italienischer Bestrebungen in Abessinien zu durchkreuzen.

Die Gespräche Anthony Edens mit Mussolini in Rom am 24. und 25. Juni 1935 waren ein böses Omen. Der italienische Außenminister Raffaele Guariglia hat zwar behauptet, daß

Mussolini mit Eden Geduld hatte, aber Mussolini hatte Einwände gegen den Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens vom 18. Juni 1935 erhoben. Dieser Pakt verletzte in seinen Augen den Ver sailler Vertrag. Außerdem hatten die Briten ihn’ abgeschlossen, ohne Italien und Frankreich zu konsultieren. Eden zeigte sich pikiert und ließ es Mussolini gegenüber an Takt fehlen. Er fühlte sich durch Mussolinis Rede am 8. Juni 1935 in Cagliari auf Sardinien beleidigt. Der italienische Führer hatte erklärt, daß „wir buchstabengetreu jene nachahmen, die uns gelehrt haben”. Dieser

287

288

Hinweis auf den britischen Imperialismus sagte Eden nicht zu und die Gespräche der beiden hatten einen unfreundlichen Ausklang. Lavals Stellung war nicht beneidenswert. Er sah sich zwischen zwei Feuern, den britischen Vorurteilen gegenüber Italien und dem Haß der Volksfront gegen den Faschismus. Sehr entschieden auf seiner Seite stand der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittart. Er bedauerte Edens Vorurteil gegen Mussolini sehr. Nichtsdestoweniger war es die Indiskretion Vansittarts in Paris im Dezember 1935, durch die sich die ganze Lage verwirrte und die trotz der Anstrengungen Lavals Italien und Frankreich einander entfremdete. Es ist erheiternd, in Lord Vansittarts Autobiographie zu lesen, daß „die übliche Indiskretion am Quai d’Orsay passierte”. In diesem Fall war es Vansittart, der britische Gast des Quai d’Orsay, selbst, der die verhängnisvolle Indiskretion beging. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß Vansittart, der vom Haß gegen Deutschland geradezu besessen war, mehr als jeder andere dazu beitrug, Hitler in einem entscheidenden Augenblick zur Freundschaft

mit Italien zu verhelfen. Diese Freundschaft war die notwendige Grundlage für Hitlers Programm friedlicher Gebietsrevisionen.

Die Indiskretion Vansittarts erfolgte gegenüber Madame Genevitve Tabouis. Ein Mitglied der Familie Cambon, gilt sie als die Dorothy Thompson des französischen Journalismus. Sie glich Dorothy Thompson in der Zügellosigkeit ihrer Ansichten ebenso wie in den häufigen Ungenauigkeiten ihrer Analysen und Voraussagen. Der Fall Dreyfus war für sie der Katalysator, aus ihrer reichen und religiösen Familie heraus zu rebellieren, und sie bildete sich ein, in der Rolle eines Emile Zola Hitler zu Fall bringen zu können. Sie verabscheute Pierre Laval als Schüler Briands. In den Spalten des L'Oeuvre, eines Intellektuellen-Organs der Linken, predigte sie eine nach ihrer Ansicht Frankreich angemessene Außenpolitik. Sie glaubte, Léon Blum würde zusammen mit der Volksfront als ideale Führung diese Politik verwirklichen. Die Ermordung Barthous und König Alexanders im Oktober 1934 wurde von ihr als „Nazi-Anschlag" dargestellt, eine Anklage, die nichts als kommunistische Propaganda war und für deren Berechtigung sie nicht den geringsten Beweis erbringen konnte. Ihren journalistischen Jargon hatte sie dem der Kommunisten angepaßt; denn sie erstrebte enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Sie nutzte 1935 ihre Stellung als Journalistin aus und begleitete Laval auf seinen verschiedenen Reisen in der Hoffnung, ihn in irgendeiner Weise kompromittieren zu können. Sie war mit ihm in Rom im Januar 1935, in London im Februar 1935, in Stresa im April 1935 und in Moskau im Mai 1935. Im September 1935 schöpfte sie in Genf Verdacht, daß es in der Behandlung der Abessinienfrage Reibungen zwischen Laval und dem britischen Außenminister Sir Samuel Hoare gegeben habe. Am 5. Dezember 1935

traf sie mit Sir Robert Vansittart in einem Pariser Aristokraten-Salon zusammen. Vansittart erzählte ihr, Hoare würde nach Paris kommen, um das letzte Wort zu einem Befriedungsplan für Italien auf Kosten Abessiniens zu sprechen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem Großbritannien mutmaßlich den Völkerbund für einen Feldzug der kollektiven Sicherheit gegen Italien gewinnen würde. Vansittart sprach auch davon, daß er im Quai d'Orsay mit Kollegen an der Vorbereitung dieses Planes arbeite. Das war eigentlich alles, was die Tabouis zu wissen brauchte, um dieses Vorhaben zu durchkreuzen. Es mußte mindestens noch einige Tage geheimgehalten werden, bis das Einverständnis Italiens und Abessiniens zu diesem Plan eingeholt war. Vansittart hatte sich in seiner grenzenlosen Eitelkeit eingebildet, die Tabouis würde den vertraulichen Charakter seiner Mitteilungen respektieren, aber er irrte sich. Auch glaubte er, daß sie ihm ergeben sei, weil er führender Vertreter einer Schule war, die die Vernichtung Deutschlands predigte. Doch haßte die Tabouis Laval mehr, als sie Vansittart bewunderte.

Die letzte Unterredung zwischen Hoare und Laval fand am 8. Dezember 1935 statt. Die Tabouis hatte sich eilends nach London begeben, um weitere Informationen einzuholen. Laval hatte am Quai d'Orsay die Weisung erteilt, nichts von seinen Verhandlungen mit Hoare an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, so daß die Tabouis lediglich Vermutungen über gewisse Einzelheiten des Planes hegen konnte. Sie beriet sich mit dem französischen Journalisten Andre Geraud (Pseudonym: Pertinax), der ebenso begeistert wie sie für einen deutsch-französischen Krieg eintrat. Der angebliche Hoare-Laval-Plan wurde am 9. Dezember 1935 von der

Tabouis in L'Oeuvre und von Geraud im Echo de Paris veröffentlicht. Auch hatte die Tabouis dafür gesorgt, daß er im Londoner Daily Telegraph erschien. Das Ergebnis war ein Proteststurm der britischen Öffentlichkeit, der Premierminister Baldwin, einen Meister nüchterner Zweckmäßigkeit, veranlaßte, Samuel Hoare mitsamt seinem Plan am 18. Dezember 1935 zu opfern. Der Bruch zwischen Italien auf der einen und Großbritannien und Frankreich auf der anderen Seite machte die geplante Entente mit Italien und Frankreich zunichte. Mussolini setzte den Westmächten zum Trotz seine Eroberung Abessiniens fort.

Laval kämpfte hart um seine Stellung und es schien eine Zeitlang, als würde er dabei Erfolg haben. Anläßlich eines Banketts im Hause Maurice de Rothschilds am 26. Dezember 1935 machte die Tabouis Edouard Herriot Vorhaltungen, daß er das Kabinett Laval immer noch unterstütze. Herriot zog seine Unterstützung am 23. Januar 1936 zurück und die sechs radikalsozialistischen Mitglieder verließen das Kabinett. Die Volksfront triumphierte. Ein Wahlfeldzug wurde eingeleitet, der dazu bestimmt war, der Linken im Mai 1936 zu einem noch nicht dagewesenen politischen Sieg zu verhelfen. Die französische

Kammer ratifizierte am 27. Februar 1936 den französisch-russischen Pakt und am 7. März 1936 besetzte Hitler das Rheinland. Italien war verlorengegangen, die Sowjetunion unzuverlässig und Großbritannien unterließ, Frankreich in der Rheinlandkrise zu unterstützen. Die Tabouis triumphierte und Lavals Außenpolitik lag in Scherben. Nach dem Rücktritt Lavals ging die französische Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent innerhalb weniger Wochen verloren.

Frankreichs Vormachtstellung durch Léon Blum zerstört

Die Haltung des Volksfrontführers Léon Blum in der Frage einer Wiederannäherung zwischen Frankreich und Italien war während des ganzen Jahres 1935 klar erkennbar. Diese Haltung hatte in erster Linie die Handlungsweise der Tabouis und Edouard Herriots beeinflußt. Zur Zeit des Lavalbesuchs in Rom im Januar 1935 äußerte sich Blum folgendermaßen: „Zum ersten Mal ist ein französischer Minister Gast des Mörders von Matteotti. Zum ersten Mal erkennt ein Vertreter der Republik Frankreich den Tyrannen Italiens durch einen ehrerbietigen Besuch als Staatschef an.“ Es war’der klare Beweis für die Verleumdungsmethoden der Kommunisten. Es gab auch nicht die leisesten Anzeichen dafür, daß Mussolini irgend etwas vorher über das Schicksal des Sozialistenführers Matteotti gewußt habe, der, als ihn einheimische Faschisten 1926 verprügelten, an einem Herzanfall gestorben war. Es war ein einzelner Vorfall in Italien, der sich vor mehr als acht Jahren zugetragen hatte. In der Zwischenzeit waren in der Sowjetunion, im Zuge von Säuberungen, Hunderte von prominenten Bolschewiken umgebracht worden, denen Opposition zum Vorwurf gemacht wurde. Dennoch hatte Blum nicht den geringsten Einwand gegen den Moskaubesuch Lavals bei Stalin im Mai 1935 erhoben. Blum war viel zu sehr in seinen ideologischen Vorurteilen befangen, als daß er Frankreich in dieser schwierigen Periode sicher hätte führen können.

Das Albert Sarraut-Kabinett bildete Frankreichs Regierung von Januar bis Juni 1936. Die damalige französische Presse bezeichnete es sehr richtig als ein Haushüter-Regime, das auf die Ankunft Blums wartete”. In den Wahlen des April und Mai 1936 stiegen die kommunistischen Sitze in der Kammer von 10 auf 73 und die der Sozialisten von 97 auf 146 an. Die Radikalsozialisten waren damit einverstanden, sich an einer

Koalitionsregierung unter der Führung Blums zu beteiligen, und die Kommunisten bereit, für sie zu stimmen, Schließlich saß die Volksfront im Sattel. Im Juni 1936 war das Land mit 1,5 Millionen streikender Industriearbeiter weithin gelähmt. Es begann wieder eine Zeit des gewalttätigen Mobs. Während einer Demonstration in Clichy wurden fünf Menschen getötet und dreihundert verletzt. Das soziale Sicher-heitsprogramm Blums bewirkte ein rasches Absinken der französischen Pro-

duktion. Kaum war das Programm am 13. Januar 1937 vom Stapel gelaufen, als Blum angesichts der erdrückenden Schwierigkeiten die Zeit für „eine notwendige Pause” für gekommen erklärte. Bei der Eröffnung der großen Pariser Weltausstellung am 1. Mai 1937 zeigte es sich, daß das Volksfrontexperiment im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich ein Fehlschlag war.

Als Antwort darauf forderte Léon Blum am 15. Juni 1937 weitgehende persönliche Vollmachten von der Kammer, obwohl er stets andere solcher Volls machtsforderungen wegen gerügt hatte. Der Einfluß der Volksfront reichte aus, um den Antrag mit einer Stimmenmehrheit von 346 : 247 in der Kammer durchzubringen, bis es Joseph Caillaux gelang, die Regierung mit einem Mißtrauensvotum im Senat zu stürzen. Caillaux begründete seine Opposition damit, daß der Blum-Erlaß eine beispiellose Kapitalflucht aus Frankreich zur Folge haben müßte. So trat die Blum-Regierung am 21. Juni 1937 zurück. Caillaux hat später erklärt, er habe Blum jede Bewährungschance geben wollen und sich bemüht, ihm durch Hinweise auf dieHauptrezepte des großen französischen Sozialistenführers Jean Jaures, der im Juli

1914 von Militärs umgebracht worden war, zur Seite zu stehen??. Blum begründete sein Versagen mit der Tatsache, ihm seien die Hände durch den Zwang gebunden gewesen, mit den Radikalsozialisten zusammenzugehen. Im 2. Weltkrieg hat er sich beklagt, daß seit 1789 ununterbrochen die Bourgeoisie regiert habe. Auch beschuldigte er die Kommunisten des Widerstandes gegen sein Programm und behauptete, die ideale Lösung der europäischen Fragen wäre es gewesen, Deutschland schon 1933 durch eine militärische Aktion zu vernichten. Die Volksfront hatte sich in der Praxis als ein Fiasko erwiesen und innenpolitisch wie außenpolitisch sichtliche Mängel gezeigt.

Der Sturz Blums im Juni 1937 schloß die Volksfront-Ära noch nicht ab. Jedermann wußte, daß er die Macht ein zweites Mal anstrebte. Die Sozialistenpresse befürwortete die Machtbeschränkung des Senats und die Kommunisten erklärten sich bereit, sich an einem Volksfront-Kabinett zu beteiligen. Die Sozialisten nahmen dieses Angebot an, aber die Radikalsozialisten lehnten ab. Präsident Lebrun beauftragte Chautemps mit der Bildung einer Regierung und Blum wurde stellvertretender Ministerpräsident. Niemand war mit der unsicheren Lage zufrieden und es erhoben sich Stimmen, die aufforderten, der Volksfront neues Leben einzuhauchen oder sie angemessen zu begraben. Es gelang Chautemps nicht, seine Koalition mit den Sozialisten zu erhalten. So trat seine Regierung am 14. Januar 1938 zurück. Für wenige Wochen leitete er eine Zwischenregierung von Radikalsozialisten, bis Blum wieder zum Premier ernannt wurde. Am 17. März 1938 erhielt er von der Kammer das Vertrauensvotum, wurde jedoch bald wieder vom Senat gestürzt. Blum war nunmehr bereit, endgültig abzutreten. Damit war die Volksfront-Ära überstanden.

Die radikalsozialistische Partei unter der Führung von Daladier, Chautemps und Bonnet hatte sich inzwischen von dem Stavisky-Skandal erholt. Andre Tardieu, ein Staatsmann alter Schule, veröffentlichte 1938 eine glänzende Strukturanalyse. Nach ihr waren die Radikalsozialisten eine Traditionspartei, und Daniel Halevy hatte ihre Ursprünge bis zur Regierung des Bürgerkönigs Louis Philippe zurückverfolgt. Eine Partei der Unbeständigkeit, habe sie 1923 und 1928 Regierungen der Rechten gestürzt oder sich 1926 und 1934 an Rechtsregierungen beteiligt. Diese hätten Rückschläge zu beklagen gehabt, nachdem die Regierungen von 1885, 1896, 1898, 1924, 1932, 1934, 1937 und Anfang 1938 gebildet worden seien. Andererseits habe sie eine erstaunliche Regenerationsfähigkeit bewiesen. Anatole France sei es gewesen, der von ihr gesagt habe: „Sie regieren schlecht, aber sie verteidigen sich gut."

Tardieu hielt ihre Parteidoktrin für „unendlich vage". Ihre Doktrin beruhte auf dem Utilitarismus und Materialismus des Liberalismus im 19. Jahrhundert. Im 20. Jahrhundert betonten sie gleichzeitig das Individuum und den Staat und beanspruchten das Monopol der revolutionären Tradition von 1789. Ihre Stellung zur Verfassungsreform war klar. Sie weigerten sich

1. die Zahl der parlamentarischen Abgeordneten zu verringern,

2. das Wahlsystem zu reformieren,

3. die Auflösung des Parlaments zu gestatten und Neuwahlen zuzulassen, wenn Kabinette gestürzt worden waren,

4. die Einführung eines Volksentscheids oder die Initiative des Volkes zuzulassen, da sie hartnäckig den status quo verteidigten.

Tardieu erkannte klar ihre seiner eigenen Haltung entgegengesetzte Selbstzufriedenheit. Er war dreimal Premier und elfmal Minister und hatte 1933 das derzeitige Regime als für Frankreich nicht tragbar erklärt. Er beklagte sich, daß, als er diese Ansichten vor den Radikalsozialisten vertrat, sie sich gefragt hätten, ob er schwachsinnig geworden sei. Ihre Selbstzufriedenheit war zugleich ihre Stärke. Sie hatten sich an der unseligen Volksfront beteiligt, aber nun ließen sie Blum links liegen, obwohl er behauptete, in ihren Gremien noch eine Stimme zu haben. Die Alternativen zu ihrer Herrschaft waren versucht worden. Eine neue Regierung der Rechten oder eine Regierung unter den Sozialisten war jetzt undenkbar. Es gab keine Alternativen und sie vertrauten auch weiterhin auf die Unterstützung durch Senat und Kammer. Die innere Lage hatte sich wieder beruhigt. Die Hauptsorge der Daladier-Regierung galt 1938 und 1939 der Außenpolitik. Die Stellung Frankreichs in Europa hatte sich in der Zeit zwischen Laval im Januar 1936 und Daladier im April 1938 unbestreitbar verändert.

292

293

Die Daladier-Regierung und die tschechische Krise

Die Daladier-Regierung sah sich unmittelbar vor die tschechische Krise gestellt. Die französische Presse entwickelte während der spannungsvollen Monate, die in der Münchener Konferenz vom September 1938 ihren Höhepunkt erreichten, eine seltsame Zwiespältigkeit in der

Frage Krieg oder Frieden. Drei der großen französischen Tageszeitungen haben sich während der ganzen Krise energisch gegen den Krieg gestellt. Es waren das Journal Pierre-Etienne Flandins, der Jour Leon Baillys, und der Matin Stephane Lauzannes. Genevieve Tabouis trat im Oeuvre für den Krieg ein. Georges de la Foucherditre dagegen durfte in den Spalten des gleichen Blattes ihre Theorien anfechten und sich für den Frieden einsetzen. Der jüdische Redakteur Emanuel Berl der Marianne erging sich gegen den kriegsfreudigen jüdischen Kabinettsminister Mandel in heftigen Beschimpfungen. Im Blatt der Sozialisten, Populaire, bekannten sich Louis Levy und Oriste Rosenfeld zum Kriege, doch stellte man Paul Faure in der gleichen Zeitung reichlih Raum zur Verfügung, sich gegen die Ansichten der beiden zu äußern. In der Action Frangaise machte sich Charles Maurras 1938 sehr stark für einen Krieg zugunsten der Tschechen, genau wie Henri Beraud im Gringoire. Für viele Beobachter waren das erregende Neuigkeiten, da die Blätter der Rechten das östliche Bündnissystem Frankreichs in der Vergangenheit befürwortet hatten. Es konnte nicht ausbleiben, daß nun viele Menschen ihre Ansichten revidierten. Der Kommunistenführer Maurice Thorez forderte in den Spalten der Humanité vom 10. September 1938 einen Krieg Frankreichs zugunsten der Tschechen. Doch das konnte niemanden überraschen. Im Jahre nach dem Abschluß des deutschrussischen Paktes vom 23. August 1939 verurteilte das gleiche Blatt einen französischen Krieg zur Unterstützung Polens. L’Ordre mit den Redakteuren Pierre Lazareff und Georges Weißkopf war eine der vielen nichtkommunistischen Zeitungen, die so entschieden für den Krieg waren, wie eine Reihe von Zeitungen ganz entschieden für den Frieden eintraten. Dennoch gab es eine beträchtliche Anzahl von Blättern, in deren Spalten die Fürsprecher beider Richtungen zu überzeugen versuchten,

so daß der größte Teil der Leserkreise mit den Argumenten beider Richtungen bekannt gemacht wurde.

Offensichtlich hatte die Regierung Daladier in der Führung der Außenpolitik eine beneidenswert freie Hand. Es bestand in der öffentlichen Meinung keine ins Gewicht fallende Gruppierung, die das Eingehen auf die eine oder andere Alternative forderte. Die Öffentlichkeit war durch den raschen Wechsel der Lage so verwirrt, daß sie bereit war, jede Entscheidung der Regierung hinzunehmen.

Für viele war die Beendigung der Unsicherheit durch München eine Er-

leichterung. Pierre Gaxotte schrieb am 30. September 1938 in Je suis Partout triumphierend, daß die Tschechoslowakei „ein schwachsinniger und niedrigstehender Staat“ sei, der keine französische Militärhilfe verdiene. Nur wenige französische Kriegseiferer erhoben ihre Stimme zum Protest gegen München. Eine Ausnahme machte Paul Reynaud, der mit einem schließlichen Triumph Churchills in England rechnete. Reynaud, das Oberhaupt der kleinen republikanischen Mittelpartei, hatte seine Gefolgschaft auf der Rechten in Erstaunen gesetzt, als er in einer Rede vor der Kammer am 27. Dezember 1935 die Widerrufung des Hoare-Laval-Paktes durch England verteidigte. Kurze Zeit davor war er von einer seiner vielen Reisen nach England zurückgekehrt, die ihm den Ruf eines „Mannes Englands” eintrug. Er erklärte, der britische Widerstand gegen Mussolinis Abessinienunternehmen sei für ihn das glücklichste Ereignis seit der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland 1917 gewesen. Andre

Tardieu beantwortete diese Rede mit einem Brief an den Temps und betonte in ihm, mit Reynaud nichts mehr zu tun haben zu wollen.

Reynaud reiste im November 1937 nach Deutschland. Nach seiner Rückkehr schrieb er eine Reihe alarmierender Artikel über angebliche deutsche Pläne gegen Frankreich. Er setzte sich für eine möglichst enge militärische Zusammenarbeit Frankreichs mit der Sowjetunion ein. In einer Rede vor der Kammer am 26. Februar 1938 behauptete er, Hitler strebe nach dem Eisen Lothringens, nach der deutschen Minderheit im Elsa und nach einem Zugang zum Atlantik auf Kosten Frankreichs. Reynaud erörterte die künftige französische Politik mit Churchill im März 1938 in Paris und im Mai 1938 in England mit Halifax. Während der Tschechenkrise sprach er sich für Krieg aus und zeigte sich sehr angetan, als Sir Robert Vansittart am 26. September 1938 ein nicht autorisiertes Kommunique des Foreign Office herausgab, demzufolge Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion im Falle eines deutsch-tschechischen Konflikts Deutschland den Krieg erklären würden. Mit Stolz bezeichnete sich Reynaud als das einzige Kabinettsmitglied, das nach München nicht zur Begrüßung Daladiers auf dem Flugplatz Le Bourget erschienen war. Reynaud wußte genau, daß er und seine Fähigkeiten als Minister im Daladier-Kabinett sich höchster Wertschätzung erfreuten, und er dachte nicht daran, dem Beispiel Duff Coopers in England zu folgen und Münchens wegen zurückzutreten”. Bezeichnend ist auch, daß Reynaud seine Bedenken gegen München nicht in der Kammer vortrug. Er hatte dort eine wohlwollende Zuhörerschaft und wußte, daß es sinnlos gewesen wäre, im Stil des britischen Unterhauses eine Debatte über München heraufzubeschwören. Gleichwohl blieb er dabei, sich nach München Churchills Führung anzuvertrauen. Ganz anders lag der Fall mit Pierre-Etienne Flandin, der den Ruf eines

„Mannes der City“ (der Londoner Finanzkreise) und als „Mann Chamberlains” genoß.

294

295

Flandin war ein aufrichtiger Fürsprecher der Friedenspolitik geworden und weigerte sich, Chamberlain und Halifax zu folgen, als diese sich zu einer Kriegspolitik entschlossen hatten.

Reynaud war die streitbarste unter den deutschfeindlichen Persönlichkeiten der französischen Rechten. Ihm sekundierte sehr eifrig der Verleger und Journalist Henri de Kerillis, der im 1. Weltkrieg, Ostern 1916, den Luftangriff auf einen Kinderumzug in Karlsruhe geflogen hatte. Kerillis teilte Reynauds Begeisterung für die Sowjetunion nicht. Er hielt den Kommunismus für eine große Bedrohung Frankreichs und beklagte das Versäumnis der Alliierten, die Sowjetunion 1918 nach dem Ende des 1. Weltkriegs vernichtet zu haben. Dennoch stellte sich ihm Deutschland als die größte Drohung für Frankreich dar. Wohl gab er zu, daß der Gedanke einer deutsch-französischen Verständigung wachsenden Anklang in Frankreich finde, doch könne man Hitlers Versprechen nicht trauen, daß Deutschland keine territorialen Absichten im Westen habe. Zu seinem Leidwesen nehme sich Frankreich neben dem Großdeutschland Hitlers wie ein Zwerg aus. Kerillis hielt sich selbst für einen Propheten nach der Art Alphonse Daudets, der nach 1870 Revanche gegen Deutschland gepredigt hatte. Zwar nahm er zur Zeit der Abstimmung in der Kammer am 4. Oktober 1938 München hin, doch erging er sich alsbald in dringlichen Mahnungen, daß Frankreich die deutschen Unternehmungen im Osten bremsen müsse. Kerillis hielt Hitler nicht für den uneigennützigen Mohammed

eines Kreuzzuges gegen den Kommunismus, sondern geradeswegs für einen deutschen Imperialisten.

Diese Ansichten Kerillis' wurden von dem führenden Historiker und Sachverständigen für das zeitgenössische Deutschland, Jacques Benoist-Mechin, angefochten, der während eines deutschen Bombenangriffs auf Paris im April 1918 schwere Verletzungen davongetragen hatte. Benoist-Mechin berief sich auf Marschall Lyautey, als er mit Nachdruck forderte, „Mein Kampf" zu lesen und sich aus erster Hand mit Hitlers Theorien vertraut zu machen. Benoist-Mechin wies besonders darauf hin, daß Hitler, als er „Mein Kampf" schrieb, von Bitterkeit gegen Frankreich erfüllt war, die sich erst mit der militärischen Besetzung des Rheinlandes im Jahre 1936 verlor. Demgegenüber war es eine fundamentale Tatsache, daß Hitlers Programm sich 1938 und 1939 gegen den Osten richtete und nicht gegen Frankreich.

In der auf München folgenden Situation war entscheidend die Stellung des Premiers Edouard Daladier, des Radikalsozialisten aus Marseille, der sich im 1. Weltkrieg aus dem Mannschaftsstand zum Offizier emporgedient hatte. Während der Volksfront-Periode bewies er eine unerhörte Gewandtheit, Herriot an die Seite zu drängen. Es zeigte sich 1938 deutlich, daß Georges Bonnet sich mit seiner Friedenspolitik auf Daladier stützen konnte. Daladier war sich

dessen bewußt, daß die militärische Lage Frankreichs für einen Angriffskrieg gegen die Deutschen ausgesprochen unzureichend war, und so blieb er weiterhin

Verteidigungsminister seines eigenen Kabinetts. Churchill erfaßte sofort diese Situation sehr scharf. Er hatte eine Einladung Reynauds nach Frankreich für den 21. September 1938 angenommen und hoffte noch immer, die tschechische Krise werde zum Kriege führen. Er wies Reynaud darauf hin, wenn man Daladier zu Fall bringen könnte und Staatspräsident Lebrun Edouard Herriot als Nachfolger berufen werde, so könne ein Abbruch der Verhandlungen mit den Deutschen erreicht werden. Reynaud sah sich zu der Erklärung gezwungen, daß der Einfluß der friedensfeindlichen Gruppe im Kabinett und in der Kammer nicht ausreiche, um die Regierung Daladier zu stürzen.

Am 3. Oktober 1938 erörterte Daladier, während eines Mittagessens, die nach München entstandene Lage mit dem amerikanischen Botschafter Bullitt. Der französische Premier betonte Bullitt gegenüber, daß er sich über die Münchener Konferenz keinen Illusionen hingebe. Auch wußte er, daß Hitler zur Verwirklichung seines Programms weitere Forderungen stellen würde. Er erzählte Bullitt, daß Hermann Göring in München überaus freundlich zu ihm gewesen sei und sich bemüht habe, ihm Schmeicheleien zu sagen und Lobreden auf Frankreich zu halten. Der Premier sagte Bullitt zu, die militärischen Vorbereitungen Frankreichs in den kommenden Monaten zu beschleunigen, verweigerte jedoch auch den kleinsten Hinweis, daß Frankreich sich einem künftigen deutschen Vorgehen im Osten widersetzen werde.

Anatole de Monzie, Minister für öffentliche Arbeiten, war ein resoluter Verfechter der geplanten deutsch-französischen Verständigung. Er stellte während der Tschechenkrise fest, daß Premierminister Daladier und sein Stellvertreter Chautemps den Frieden begünstigten und daß sie sich um eine Mittlerrolle zwischen den beiden widerstreitenden Gruppen im Kabinett bemühten. Eine Gruppe, darunter

Reynaud, Mandel, Champetier de Ribes, Rucart und Zay, hatte sich für einen Krieg zugunsten der Tschechen ausgesprochen. Die zweite Gruppe mit Bonnet, Pomaret, Guy la Chambre, Marchandeau und Monzie stellte sich auf die Seite des Friedens. Die Politik Daladiers und Chautemps' erhöhte das Gewicht der letzteren Gruppe und gab somit den Ausschlag. Mit Edouard Herriot als Kabinettschef wäre das Ergebnis ein völlig anderes gewesen.

Monzie fand auch Worte des Dankes für die dem Kabinett in der Krise um Flandin und Caillaux zuteilgewordene Unterstützung. Flandin tadelte am 15. September 1938 im Journal die auf den Krieg hinarbeitenden Interessengruppen. Joseph Caillaux hatte seinen Ruhesitz in Mamers in der Normandie verlassen, um in Paris für „Vernunft und Frieden" zu wirken. Monzie fragte Daladier, was er tun würde, wenn die führenden Kriegseiferer des Kabinetts,

Reynaud, Mandel und Champetier de Ribes, ihren Rücktritt anbieten würden. Daladier erwiderte, er würde ihre Rücktrittsangebote annehmen. Monzie war bei Bonnet in Paris am 30. September 1938, als Daladier in München weilte. Bonnet gab seiner berechtigten Freude lebhaften Ausdruck, daß seine Friedenspolitik entsprechende Unterstützung erhalten habe. Das hieß nicht, daß Monzie oder Bonnet nun in Selbstzufriedenheit schwelgten. Monzie war einigermaßen erstaunt, Otto Abetz, den idealistischen deutschen Verfechter deutsch-französischer Freundschaft, sagen zu hören, daß man jetzt die Grundlage zu einer künftigen deutsch-französischen Zusammenarbeit erreicht habe. Monzie war es nur zu klar, daß diese Frage jetzt lediglich in ihr entscheidendes Stadium eingetreten und

äußerste Wachsamkeit in den kommenden Tagen vonnöten sei.

Monzie war sich der Tatsache bewußt, daß die kommunistische Propaganda gegen München arbeitete und daß Flandins Glückwunschadresse an Hitler nach München starker Kritik begegnete. Monzie sah sich deshalb zu einem wirksamen Propagandafeldzug gezwungen, um München zu verteidigen. Er eröffnete diesen Feldzug mit einer glänzenden und nachhaltigen Ansprache vor französischen Journalisten am 12. Oktober 1938 in Toulouse. Freudig stellte er fest, daß die Führung der französischen Außenpolitik in den Händen Bonnets lag, „mit einer Klugheit, die so beweglich ist wie sein Gesicht".

Der deutsch-französische Freundschaftspakt von Dezember 1938

Die deutsch-französischen Beziehungen waren der Lichtpunkt des europäischen Geschehens im Oktober 1938. Die Franzosen schienen ihren englischen Nachbarn weit voraus in der Anpassung an die neue Lage, die durch die Vorgänge des Jahres 1938 entstanden war. Gute Beziehungen zu Frankreich stärkten Hitlers Vertrauen, daß es möglich sein würde, zu einer befriedigenden Regelung mit Polen zu gelangen. Die Grenzspannungen und die Minoritätenfragen, welche die deutsch-französischen Beziehungen zu Zeiten Bismarcks belastet hatten, fehlten jetzt nahezu gänzlich. Ein besonders positives Element des Geschehens war die Bereitschaft Deutschlands, auf Elsaß-Lothringen zu verzichten.

Am 18. Oktober 1938 gewährte Hitler Andre Frangois-Poncet eine Abschiedsaudienz. Der französische Diplomat galt in Berlin als der populärste Auslandsdiplomat. Er war jetzt sehr erpicht darauf, eine Mission zu übernehmen, bei der er

seinen Charme an Mussolini erproben und Frankreich sowohl in Italien wie beim Vatikan vertreten konnte. Die Ereignisse sollten zeigen, daß diese Versetzung auf einer irrigen Schlußfolgerung beruhte. Hitler und Mussolini waren zwei völlig verschiedene Persönlichkeiten. Es ist Francois-

Poncet nicht gelungen, die freundschaftlichen Beziehungen zu Mussolini herzustellen, die er mit Hitler pflegen konnte.

Die menschliche Herzlichkeit zwischen Hitler und dem französischen Diplomaten trat deutlich bei seinem Abschiedsbesuch zutage. Beide Männer traten für eine weitere Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen ein. Hitler bot ganz offiziell eine deutsch-französische Freundschaftserklärung an. Sie konnte dazu dienen, die heiklen Punkte in dem Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu regeln, die nach der Aufhebung der Locarno-Verträge im Jahre 1936 Beunruhigung verursachten. Die französische Regierung beantwortete das deutsche Anerbieten am 21. Oktober 1938 in günstigem Sinne.

Der vorsichtig formulierte Vertragsentwurf wurde in Paris von Bonnet und dem deutschen Botschafter Graf Welczeck eingehend besprochen. Es konnte nicht schwer sein, einer schriftlich festgelegten Bereitschaft Deutschlands zuzustimmen, die Ostgrenze Frankreichs zu garantieren. Schwieriger wurde es schon mit der deutschen Anerkennung.der osteuropäischen Bündnisse Frankreichs. Aber bereits am 25. Oktober 1938 war es Bonnet und Welczeck gelungen, zu einer Übereinstimmung in diesen Punkten zu kommen. Man vermutete, daß Frankreich

nunmehr von Ribbentrop nach Paris einladen würde, um den Vertrag offiziell abzuschließen.

Eine Verzögerung ergab sich durch die polnische Paßkrise, die in der Ermordung Ernst vom Raths in Paris durch Herschel Grynspan und in den antijüdischen Maßnahmen und Demonstrationen in Deutschland gipfelte. Die Franzosen waren bestürzt, und der Temps prophezeite am 17. November 1938, daß diese Maßnahmen sich sehr nachteilig auf die Beziehungen der angelsächsischen Länder zu Deutschland auswirken würden. Weizsäcker kam zur Bestattung vom Raths und zur Erörterung der allgemeinen Lage mit Bonnet nach Paris. Die beiden Männer hatten sofort guten Kontakt miteinander, außerdem ergaben sich persönliche Berührungspunkte. Der deutsche Staatssekretär erinnerte sich, daß sein Großvater im deutsch-französischen Krieg 1870/71 in der Schlacht am Mont Valerian gefallen war. Auch erwähnte er seine schwere Verwundung in der Marneschlacht im 1. Weltkrieg. Weizsäcker versicherte Bonnet, er hoffe wie Hitler darauf, daß es keinen dritten deutsch-französischen Krieg, der die Hoffnungen der jungen Generation vernichten müßte, geben werde. Die jüngsten Vorgänge und Verzögerungen waren kein Hindernis für den Plan der deutschen und französischen Führer, den Vertrag abzuschließen.

Die italienischen und englischen Führer zeigten sich in dieser Situation höchst eifersüchtig. Der italienische Botschafter in Berlin, Attolico, hatte bereits am 8. November 1938 ein Protestschreiben des Außenministers Ciano zu den Vertragsvorschlägen überreicht, welche die Deutschen den Italienern zur

Kenntnisnahme übermittelt hatten. Ciano beklagte sich, Mussolini habe mit einem „platonischen“ Pakt in der Art der deutsch-englischen Erklärung gerechnet. Dieser und Ciano erhoben Einwände gegen Artikel drei des Vertragsentwurfs, der in Zeitabständen eine Konsultation. zwischen Deutschland und Frankreich vorsah.

Die britischen Führer befürchteten, Frankreich werde seine Abhängigkeit von Großbritannien aufgeben und zu einer Verständigung mit Deutschland gelangen. Sie erkannten, daß sie Frankreich durch ihre Weigerung, seine Politik der vorhergehenden Jahre zu unterstützen, vieler Bollwerke gegen Deutschland beraubt hatten, und daß es für die Franzosen jetzt durchaus folgerichtig war, Vergeltung zu üben. Halifax behandelte dieses Thema in seinen Weisungen an Sir Eric Phipps, den britischen Botschafter in Frankreich, sehr ausführlich. Am 1. November 1938 forderte Halifax, man müsse die Auffassung zurückweisen, daß „die französische Regierung durch deutsche Intrigen in Versuchung geraten könnne, sich von der Seite Seiner Majestät Regierung vertreiben zu lassen”. Zwar erkannte er, daß Deutschland zu einer herrschenden Stellung in Mitteleuropa gelangt sei, aber er war nicht geneigt, den Gedanken an die Möglichkeit einer künftigen Intervention Englands in Mittel-und Osteuropa aufzugeben. Verdrießlich bemerkte er, er könne keinen Gefallen an der Aussicht finden, durch Rußland in einen Krieg gegen Deutschland verwickelt zu werden, doch „würde ich zögern, der französischen Regierung zu raten, den französisch-sowjetischen Pakt zu verleugnen“. Die britische Politik hatte sich seit dem Jahre 1935, in dem die britischen Führer sich noch mit allen Kräften bemüht hatten, den Abschluß dieses Paktes zu verhindern, erheblich gewandelt.

Halifax vertraute Phipps an, er gedenke einen nachhaltigen Versuch zu unternehmen, Mussolini nahezulegen, „weniger

abhängig von Hitler” zu sein. Das liege auf der Linie eines Beitrages zur britischen Kräfteausgleichspolitik gegen Deutschland. War es doch für Halifax ein fester Grundsatz, daß Großbritannien und Frankreich den Vorrang in Westeuropa, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten behalten und ihre Kolonialimperien „fest in der Hand“ behalten müßten. Mit Nachdruck hob er die Notwendigkeit „möglichst enger Bindungen” zu den Vereinigten Staaten hervor.

Der britische Außenminister gestand, daß diese verkannte Konzeption nun durch die Aussicht getrübt sei, Frankreich könne aus dem britischen System ausbrechen, um eigenmächtig eine Verständigung mit Deutschland zu erzielen. Eine derartige Entwicklung werde Großbritannien jedoch einen heftigen Schlag und Deutschland in die Lage versetzen, in der Kolonialfrage „von uns Lösegeld zu verlangen”. Halifax war sichtlich beunruhigt und betonte abermals, er glaube es nicht, daß Frankreich „seine Freiheit verschenken“ werde. Besser

hätte es geklungen, wenn er gesagt hätte, er glaube nicht, daß Frankreich versuchen werde, seine Freiheit wiederzuerlangen.

Zu dieser Zeit brach von seiten prominenter Engländer eine neue Flut von Beschimpfungen über Hitler herein. Halifax’ neue Weisungen an Phipps am 7. November 1938 verrieten deutlich, daß Halifax sich in steigendem Maß Sorgen der deutsch-französischen Verhandlungen wegen machte’?. Das war die alt-bekannte Nervosität der englischen Führung. Sie entstand immer dann, wenn es den Anschein hatte, als

seien die führenden Staaten des Kontinents im Begriff, ihre Differenzen unabhängig von Großbritannien zu beseitigen. Man fürchtete, das britische „divide et impera”-System könne mit Hilfe des Gleichgewichts der Kräfte zunichtegemacht werden. Die britische Führung lebte in dem Glauben, ihre Stellung in der Welt hänge von der Verewigung der Rivalitäten und Teilungen auf dem Kontinent ab. Die von Halifax 1938 zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen waren die gleichen, die einst Sir Edward Grey erfüllt hatten, als Premierminister Joseph Caillaux und Reichskanzler Bethmann-Hollweg einer Verständigung nahe zu sein schienen. Die Briten gingen mit harter Entschlossenheit daran, diesem Streben ein Ende zu machen, und frohlockten, als die extremen Elemente in Frankreich im Jahr darauf triumphierten””. Halifax hatte 1938 kein wirkliches Vertrauen zu Daladier und Bonnet. Er befürchtete, die Franzosen würden zum ersten Mal seit Poincares Mißerfolg an der Ruhr in den zwanziger Jahren die Forderung stellen, politisch unabhängig sein zu wollen.

Die endgültige Fassung der deutsch-französischen Erklärung wurde am 23. November 1938 vom französischen Kabinett gebilligt. Viele Einzelheiten des Paktes sickerten in die Öffentlichkeit. Am 24. November 1938 äußerte sich die französische Presse begeistert zu dem kommenden Vertrag und nannte ihn einen Meilenstein der Weltgeschichte. Chamberlain und Halifax waren am 23. November in Paris eingetroffen, um am folgenden Tag mit den französischen Führern zu konferieren. Sie hofften auf Zusicherungen, mit denen sie die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrags verringern zu können meinten. Sie wurden mit höhnischen Zurufen und Pfiffen in den Straßen von Paris begrüßt. Es waren die ersten nennenswerten Kundgebungen englandfeindlicher Stimmung in der französischen Hauptstadt seit dem Besuch König Eduards VII. im Jahre 1903. Ihre Visite rückte in den Hintergrund des Interesses,

als am nächsten Tag bekanntgegeben wurde, daß Ribbentrop demnächst nach Paris kommen werde.

Der neue französische Botschafter in Deutschland, Robert Coulondre, hatte sich Hitler zum ersten Mal am 21. November 1938 vorgestellt. Zwischen beiden entstand sogleich ein herzliches Verhältnis, obwohl der neue Botschafter nach Hitlers Schätzung niemals seinen Vorgänger Francois-Poncet ersetzen

300

301

konnte. Coulondre erklärte seine Berufung nach Deutschland für eine Mission der Wiederversöhnung. Nach seiner Überzeugung meinte es Hitler mit dem Verzicht auf Elsaß-Lothringen aufrichtig. Hitler entgegnete darauf, er und Coulondre wüßten als alte Frontkämpfer den Wert des Friedens zu schätzen. Die letzten Vorbereitungen für Ribbentrops Reise nach Paris waren nach dieser Unterredung beendet.

Der Pakt war einige Wochen vor der Abreise Ribbentrops und seiner Begleitung nach Paris vorbereitet worden. Die Deutschen befleißigten sich der gleichen Höflichkeit wie die Franzosen und übermittelten wie diese den Inhalt des Vertrages vor seiner Unterzeichnung an Polen. Lipski dankte im Namen Becks am 5. Dezember in Berlin für diese Geste. Beck seinerseits dankte den Franzosen, indem er dem Pakt seinen Segen gab und behauptete, die polnische Regierung begrüße die in dem Vertrag zum Ausdruck kommende deutsch-französische Wiederannäherung aufrichtig. Beck wies Lipski an, die Deutschen vertraulich wissen zu lassen, daß die Sowjetunion die deutsch-französische Erklärung nicht mit den gleichen ungemischten Gefühlen betrachte.

Die Deutschen trafen in Paris ein und schlossen am 6. Dezember 1938 den Vertrag mit den Franzosen ab. Es handelte sich im Grunde um ein Pendant zur deutsch-englischen Erklärung, abgesehen von den Abmachungen über die Garantiefrage, die französischen Ostbündnisse und die Konsultationsklausel. Die Deutschen erklärten sich mit der Anerkennung des Systems der bestehenden Bündnisse Frankreichs im Osten einverstanden, doch wurde das in der Hauptsache als eine Formalität betrachtet. Man wußte nicht, wie weit Frankreich selbst an der Aufrechterhaltung dieses Bündnissystems auch fernerhin interessiert war.

Phipps berichtete Halifax am 7. Dezember, daß die Deutschen mit einer „starken Mannschaft” angetreten seien. Im Zusammenhang mit Bonnets Diner zu Ehren Ribbentrops am 6. Dezember seien einige Fragen aufgetaucht. Die beiden Juden im französischen Kabinett, der Kolonialminister Georges Mandel und der Erziehungsminister Jean Zay, waren nicht eingeladen worden. Bonnet hatte dazu in einem Sonderinterview erklärt, daß nur einige Mitglieder der Regierung und sonst viele andere Gäste geladen worden seien. Mandel wie auch Zay waren am folgenden Tag zu den Eestlichkeiten in der deutschen Botschaft gebeten worden.

Der deutsche Botschafter Welczeck, ein typischer Vertreter der alten Aristokratie, hatte sich wenig schmeichelhaft zu Bonnet über Ribbentrop geäußert, bevor dieser nach Paris kam. Bonnet hatte sich überlegt, worin das seine Ursache haben könne, und nahm sich vor, es selbst zu klären’. Ribbentrop sprach ein ausgezeichnetes Französisch. Er und Bonnet konnten sich einige Male ohne einen Dolmetscher vertraulich unterhalten. Später stellte sich her-

aus, daß aus diesen Unterredungen anscheinend einige ernste Mißverständnisse hinsichtlich der französischen Politik in Osteuropa entstanden waren.

Doch haben wahrscheinlich weniger die Unterredungen als spätere Ereignisse die Verwirrung verursacht. Nach Ribbentrops Eindruck beabsichtigte Frankreich, seine Verpflichtungen in Osteuropa einzuschränken, während es Bonnet später bestritten hat, sich in diesem Sinne geäußert zu haben. Immerhin war der polnische Botschafter Juliusz Lukasiewicz auf Grund dessen, was er nach dem Ribbentrop-Besuch gehört hatte, fest davon überzeugt, daß Bonnet einige unmißverständliche Bemerkungen über die Begrenzung französischer Verpflichtungen gemacht hatte.

Bonnet war besorgt wegen der Möglichkeit eines italienischen Irredenta-Programms auf Kosten Frankreichs. Ciano hielt am 30. November 1938 vor dem italienischen Parlament eine Rede. Eine Gruppe von Abgeordneten antwortete darauf mit dem Ruf nach italienischen Volkstums-Ansprüchen auf Nizza, Korsika und Tunis, ohne daß Mussolini als Zeuge dieser Demonstration eingriff. Die Italiener bestritten den amtlichen Charakter dieser Demonstration. Gleichwohl war es eine Tatsache, daß sie in einer Zeit stattfand, in der die Selbstbestimmung lebhaft erörtert wurde. In den von den Abgeordneten erwähnten Räumen lebten sehr viel mehr Italiener als Franzosen. Es gelang Ribbentrop, Bonnet über diesen Vorfall zu beruhigen. Nach seiner Überzeugung habe Italien nicht die Absicht, Gebietsansprüche Frankreich gegenüber zu erheben. Ribbentrop bemerkte, Deutschland bedaure den Verzicht auf Elsaß-Lothringen in keiner Weise. Auch werde sein Land kaum bereit sein, wegen italienischer Ansprüche auf Dschibuti oder Korsika Krieg gegen Frankreich zu führen.

Der Reichsaußenminister beklagte sich sodann über die britische Haltung gegenüber Deutschland. Kennzeichnend war seine Äußerung, daß die britischen Führer das Münchener Abkommen anscheinend lediglich als Mittel betrachteten, Zeit zu gewinnen, um sich für den Krieg vorzubereiten.

Ribbentrops Haltung machte Eindruck auf Bonnet und er beschrieb ihn später als einen gelassenen Verhandlungspartner. Am 7. Dezember legte von Ribbentrop einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten nieder und am Abend führte er ausgedehnte Gespräche mit führenden Politikern Frankreichs. Monzie vermerkte, daß Ribbentrop sehr ungezwungen und wie ein „Grandseigneur" aufgetreten sei. Einen großen Teil seiner Zeit verbrachte er mit Joseph Caillaux, wobei in der Hauptsache der alte Staatsmann das Gespräch bestritt. Er gab Ribbentrop Ratschläge für die Zukunftsfragen der deutschen Politik, jedoch tat er es äußerst taktvoll. Monzie war von der heiteren und ausgedehnten Unterhaltung dieser beiden stattlichen Männer, in denen sich die besten Elemente ihrer jeweiligen Nationen repräsentierten, sehr beeindruckt.

302

303

Während des Ribbentrop-Besuches ereigneten sich keine feindlichen Demonstrationen in Frankreich. Eine Gruppe französischer Arbeiter grüßte von Ribbentrop durch Händeklatschen am Bahnhof, als er Paris am 8. Dezember 1938 verließ. Eine andere freundliche Ovation wurde Ribbentrop dargebracht, als der Zug auf der Rückreise in der Nähe von Creil halten mußte. Der Ribbentrop-Besuch war ein Erfolg: Die deutsch-französische Erklärung trug zur Entspannung der europäischen Lage bei. Frankreich ließ die

Briten unverzüglich wissen, daß keine geheimen Abmachungen getroffen worden seien, abe1 Halifax ließ nicht nach, der französischen Politik zu mißtrauen. Präsident Roosevelt in Amerika und Stalin in der Sowjetunion drückten offen ihre Mißbilligung über den neuen Vertrag aus.

Die schwankende französische Haltung nach München

Die Münchener Zeitschrift Simplizissimus zeigte Weihnachten 1938 auf ihrer Titelseite eine Zeichnung von Marianne und Michel, den Symbolen Frankreichs und Deutschlands, wie sie in engster Freundschaft auf der Schwelle des Hauses Europa zusammenstehen. Ganz offensichtlich war Frankreich geneigt, dem Beispiel Italiens zu folgen und eine Wiederannäherung an Deutschland zu suchen. Der alte Versuch, eine englisch-französisch-italienische Front gegen Deutschland zu bilden, war fehlgeschlagen. Die neue Lage verlangte neue Maßnahmen. Hitler hatte klar zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nicht die Absicht habe, Forderungen an Italien oder Frankreich zu stellen. Ebenso klar war es, daß Italien und Frankreich nichts von Deutschland zu fordern hatten. Die Bedingungen für eine Verständigung zwischen diesen drei Hauptnationen des Kontinents waren äußerst günstig. Das Ideal für einen Frieden war eine festgefügte französisch-italienisch-deutsche Front. Es wäre der britischen Führung schwergefallen, einen Krieg gegen Deutschland zu entfesseln, wenn die unter so glücklichen Umständen im Dezember 1938 begonnene Richtung fortgesetzt worden wäre. Es wäre unmöglich gemacht worden, wenn diese drei Mächte wirklich eine echte Front gebildet hätten. Waren doch die Briten nur dann zum Angriff auf Deutschland entschlossen, wenn Frankreich ihr Bundesgenosse sein wollte. Allein wollten sie nicht angreifen. Es bestanden günstige Aussichten, daß sie sich mit der neuen Lage

abgefunden hätten, wenn Frankreich sich eindeutig zu seiner Position bekannt hätte. Die Friedensaussichten für Europa waren jedenfalls gegen Ende des Jahres 1938 immer noch günstig trotz der britischen Feindschaft gegen Deutschland und trotz der Schwierigkeiten Deutschlands mit Polen. Europas Zukunft hing von der Vermeidung eines neuen Weltkrieges ab.

Bertrand de Jouvenel hat die europäischen Fragen in einem nachdenklichen Buch „Le Reveil de I'Europe“ (Europas Erwachen) analysiert, das 1938 er-

schien. Jouvenel erkannte klar, daß die Europäer des 20. Jahrhunderts dem Fortschritt kein Vertrauen mehr schenkten. Die Erlebnisse des 1. Weltkriegs und seine Nachkriegsprobleme hatten dieses Vertrauen zerstört. Jouvenel beklagte den Höhenverlust Frankreichs, aber noch mehr bedauerte er den Geltungsverlust Europas. Diese Entwicklung wäre unmöglich geworden, hätte Europa den Haß der Vergangenheit überlassen und sich dem Frieden sowie einer schöpferischen Weiterentwicklung gewidmet, statt sich auf Krieg und Zerstörung vorbereitet. Sir John Maynard Keynes war es, der in Großbritannien auf die Torheit des Versailler Vertrages hingewiesen und die sogenannten Friedensmacher daran erinnert hatte, daß sie die Besiegten zwar zahlen ließen, in Wirklichkeit jedoch den Ruin der Sieger herbeigeführt hätten. Und Henry Ford hatte in Amerika hoffnungsvoll darauf verwiesen, was ein höherer Lebensstandard für die Massen bedeuten könne, und gezeigt, daß die Produktion einen um so größeren Marktfinde, je mehr die Arbeiter verdienten. Die Hindernisse einer Verwirklichung des Traumes von Produktivität und

Klassenaussöhnung müßten in alten, überlebten Vorurteilen gesucht werden, nämlich in der britischen Politik vom Gleichgewicht der Kräfte. Jouvenel vertrat die Ansicht, daß es Sinn der Geschichte sei, derartig anmaßende Dogmen zu bekämpfen.

Bedrückt erinnert Jouvenel an das Propagandaschlagwort Wilsons von 1918 „Frieden der Gerechtigkeit”. Es habe wie ein vager Traum vom ewigen Frieden geklungen. Jouvenel gab sich der Hoffnung auf eine Zeit hin, da die Menschheit aufhören werde, ewigen Krieg für den ewigen Frieden zu führen. Er war ein echter Vertreter jener zahlreichen Franzosen, die sich ehrlich bemühten, der neuen Lage in Europa gerechtzuwerden.

10. KAPITEL: DER DEUTSCHE ENISCHLUSS ZUR BESETZUNG PRAGS

Das Tschechenreich in München tödlich getroffen

STERBENSKRANK siechte der tschechische Staat, nahezu sechs Monate nach der Abtretung des Sudetengaus an Deutschland, langsam dahin. Von 1918 an hatte die tschechische Herrschaft über zahlreiche Minderheiten fast zwanzig Jahre lang im Zeichen einschüchternder Strenge gestanden. Der 4. März war im Sudetenland ein Gedenktag, der an das Massaker tschechischer Soldaten an 52 Sudetendeutschen am 4. März 1919 erinnern sollte. 1939 warteten die Sudetendeutschen auf die Gelegenheit, diesen Tag in aller Öffentlichkeit mit besonderen Gedächtnisfeiern zu Ehren der Toten von 1919 begehen zu können. Nacheinander lösten sich die deutschen, polnischen und ungarischen Minderheiten aus der tschechischen Herrschaft. Die Tschechen besaßen die Trumpfkarte der militärischen Unterstützung eines mächtigen Frankreichs nicht mehr. Auch die Slowaken und Ruthenen bemühten sich, die tschechische Herrschaft abzuschütteln, und wurden darin von Polen und Ungarn bestärkt!.

Eine Zeitlang schien es, als würde das neue Deutschland die bisherige Vormachtstellung übernehmen und sich zum Beschützer der Restbestände des Tschechenreiches machen. Hitler hat diese Möglichkeit vier Monate lang nach München in Erwägung gezogen. Allmählich wurde ihm

jedoch klar, daß die Sache der Tschechen in der Slowakei verloren sei und man sich auf eine Zusammenarbeit mit ihnen nicht verlassen könne. Nachdem er die Ergebnisse des englischen Staatsbesuches in Rom im Januar 1939 zur Kenntnis genommen hatte, entschloß er sich, die Slowaken statt der Tschechen zu unterstützen.

Der Erfolg der slowakischen Sache konnte als gesichert gelten. Doch die Slowakenführer wünschten ihr Land unter den Schutz deutscher Truppeneinheiten zu stellen. Das bedeutete allerdings, daß deutsche Truppen zumindest vorübergehend Prag besetzen mußten, um dann die militärische Verbindung mit der Slowakei herzustellen. Es gelang Hitler, durch besondere Ver-

305

306

träge mit den tschechischen und slowakischen Führern, die rechtliche Seite dieses Unternehmens sicherzustellen. Der tschechische Staatspräsident Emil Hacha hielt es nicht für klug, sich den deutschen Plänen zu widersetzen. Als er im November 1938 zum Präsidenten gewählt wurde, hatte Eduard Benesch ihm Glückwünsche übermittelt, doch im März 1939 verleumdete ihn dieser als Kollaborateur Deutschlands.

Hitlers Behandlung der Tschechen nach dem März 1939

Hitler war der Ansicht, daß seine Entscheidung, diesen Kurs zu verfolgen, vertretbar war. Er hatte ohne Blutvergießen etwas erreicht, und die Kriegsgefahr zwischen den Tschechen und Slowaken war abgewendet worden. Er war bereit, den Tschechen Autonomie zu gewähren, was sie selber den Sudetendeutschen beharrlich verweigert hatten.

Wenige Wochen nach der Ausrufung des Protektorats von Böhmen-Mähren vom 16. März 1939 wurde bereits deutlich, daß sich das neue Regime beträchtlichen Ansehens unter den Tschechen erfreute. Baron Konstantin von Neurath, der ehemalige deutsche Außenminister, wurde zum Chef der deutschen Regierung in Prag ernannt. Der Reichsprotektor war bekannt für seine protschechischen Ansichten. Am 22. März-1939 hat Emil Hacha vor Journalisten erklärt, daß er aus eigener Initiative am 14. März nach Deutschland gereist sei, um einen Weg aus der hoffnungslosen Krise zu finden. Der deutsche Gesandte in Prag hatte keineswegs zu diesem Besuch angeregt. Dem von Hacha mit den Deutschen am 15. März 1939 unterzeichneten Vertrag waren Verhandlungen vorausgegangen. Vor diesen Verhandlungen in Berlin hat kein deutsches Schriftstück vorgelegen.

Böhmen-Mähren erhielt am 24. März 1939 den Status eines selbständigen Zollhoheitsgebietes. Am 27. März 1939 wurde verkündet, daß Tschechisch auch weiterhin Amtssprache in Böhmen-Mähren bleiben werde. Dem Gesandten Mastny, der bisher mit der diplomatischen Vertretung der Tschechen in Berlin betraut war, überreichte Ribbentrop am 2. April 1939 einen besonderen Orden. Am 16. April 1939 wurde die deutsche Kriegsflagge vom Hradschin in Prag niedergeholt. Die unmittelbare deutsche Militärregierung hat nur einen Monat gedauert. Der Befehlshaber der deutschen Truppen, General Walther von Brauchitsch, ordnete an, die deutschen Truppenunterkünfte in Gebiete zu verlegen, die in der Hauptsache von Deutschen bewohnt waren, damit Reibungen zwischen tschechischen Zivilisten und deutschen Soldaten vermieden werden könnten.

Präsident Hacha bildete am 27. April 1939 eine neue tschechische Regierung. Die Regierung Beran war am 15. März 1939 zurückgetreten. Der neue Ministerpräsident Alois Elias war gleichzeitig Innenminister. Chwalkovsky trat die

Nachfolge Mastnys als Gesandter in Berlin an. Die neue tschechische

306

307

Regierung umfaßte folgende Ministerien: Verkehr, Justiz, Inneres, Erziehung, Landwirtschaft, Wirtschaft, Öffentliche Arbeiten und Sozialwesen. Das Außenministerium sowie das Verteidigungsministerium waren aufgelöst worden.

Von Neurath machte der neuen Regierung wenige Tage später seinen offiziellen Antrittsbesuch. Ministerpräsident Elias begann und endete seine Ansprache in Tschechisch, dazwischen sprach er aber auch einige deutsche Sätze. Das geschah eher aus Höflichkeit als aus Unterwürfigkeit, denn die gebildeten Tschechen sprachen und verstanden schon seit Jahrhunderten Deutsch. Von Neurath entgegnete mit ein paar liebenswürdigen Bemerkungen. Er erinnerte die tschechischen Führer daran, daß Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 seiner Achtung vor dem tschechischen Volk Ausdruck verliehen habe.

Am 1. Juni 1939 legte von Neurath Hitler einen günstig lautenden Bericht über die Verhältnisse in Böhmen-Mähren vor. Hitlers Antwort darauf war am 7. Juni 1939 eine Amnestieerklärung für alle Tschechen, die aus politischen Gründen im Bereich des Sudetengaus und des Protektorats in Haft gehalten wurden. Die tschechische Regierung verhandelte in Prag mit Abordnungen anderer Staaten über eine Reihe von Handelsverträgen. Ein norwegisch-tschechischer Handelspakt wurde am 23. Juni 1939 und am folgenden Tag ein holländisch-tschechischer Handelsvertrag unterzeichnet.

Die Bereitschaft der tschechischen Führung sowie der Bevölkerung zur Zusammenarbeit veranlaßte Hitler am 31. Juli zu einem weiteren Zugeständnis. Es wurde ein Abkommen getroffen, wonach der tschechischen Regierung eine Streitmacht von 7000 Mann einschließlich 280 Offizieren zugebilligt wurde. Die Offiziere wurden aus der ehemaligen tschechischen Armee ausgesucht, und nur Personen mit tschechischer Volkszugehörigkeit durften in dieser Truppe dienen. Ein tschechisch-militärischer Generalinspekteur und drei ihm unterstellte Inspekteure wurden in Dienst gestellt.

Hitler ließ die Engländer bereits im April wissen, daß die Protektoratssatzungen vom 16. März 1939 seinerseits nicht unbedingt das letzte Wort in der Tschechenfrage sein müßten. Er sei bereit, über diese Frage und desgleichen über die Zukunft der Tschechei auf dem üblichen diplomatischen Wege zu verhandeln. Mit dieser Haltung hoffte er die britische Führung beschwichtigen zu können. Er war sogar bereit, weitere Zugeständnisse zu machen.

Hitler war von der Wirkung seiner Politik auf die Tschechen sehr angetan. In einigen Gebieten waren die Gefahrenherde ohne Verlust an Menschenleben beseitigt worden und Deutschlands strategische Position hatte sich wesentlich verbessert. Die deutsche Militärgrenze war verkürzt worden und man hatte eine enge Zusammenarbeit mit den Slowaken erreicht. Enttäuscht war er von dem feindseligen Widerhall der Briten, aber er hoffte, daß sie

wenigstens einen Eindruck von der deutschen Stärke erhalten hätten und von seiner Fähigkeit, schwerwiegende

Fragen zu behandeln, ohne einen Konflikt heraufzubeschwören. Seine größte Enttäuschung kurz nach der deutschen Besetzung Prags war die Entdeckung eines englisch-polnischen Anschlags mit dem Ziel, Widerstände gegen Deutschland in Osteuropa zu schaffen. Hitler hatte mit einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion gerechnet und beklagte sich nun über die Entscheidung der polnischen Führer, sich zu Werkzeugen der britischen Einkreisungspolitik zu machen.

Die Propaganda gegen Hitlers Tschechenpolitik

Hitlers Vorgehen in Böhmen-Mähren war gegen einen Angriff der Feindpropaganda außerordentlich verwundbar. Man argumentierte, das deutsche Eintreten für die Selbstbestimmung sei nur Trug, denn Hitler habe die tschechische Unabhängigkeit einfach in eine vermeintliche Autonomie umgewandelt. Das war ein unfaires Argument. Hitler hat niemals verkündet, daß er alle Deutschen Europas im Reich zu einen beabsichtige. Ganz klar hat er erkannt, daß bei der Anwendung der Selbstbestimmung strategische, geographische, politische und wirtschaftliche Erwägungen berücksichtigt werden müßten. Nach dem März 1939 lebten in Europa mehr Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen, als es Fremde in Deutschland selbst gab. Außerdem genossen diese nicht im Reich lebenden Volksdeutschen nirgendwo die Autonomie, unter der die Tschechen lebten.

Es war erstaunlich, die Briten behaupten zu hören, Deutschland habe die Piratenflagge gehißt, als Hitler in der Krise zwischen zwei benachbarten Slawenvölkern seine Unterstützung von den Tschechen auf die Slowaken übertrug. Indessen herrschten die Briten über Millionen von Angehörigen fremder Völker in der ganzen Welt, und zwar kraft reiner Eroberung. Ganz offensichtlich lag es den britischen Führern nicht, Hitlers Fähigkeit zu schätzen,

schwierige Probleme ohne Blutvergießen zu lösen. Anscheinend zogen sie ihre eigenen Methoden vor. Halifax sagte am 15. März 1939 zu dem deutschen Botschafter Dirksen, er habe Verständnis für Hitlers Geschmack an unblutigen Siegen. Er versicherte jedoch dem deutschen Diplomaten, das nächste Mal werde Hitler gezwungen werden, Blut zu vergießen.

Erstaunlich war auch die Behauptung der Briten, Hitler habe mit der Einnahme Prags sein Versprechen gebrochen. Chamberlain hat am 15. März 1939 vor dem Unterhaus erklärt, Deutschland sei nicht verpflichtet gewesen, Großbritannien in der Behandlung der tschechisch-slowakischen Krise vom 14. bis 15. März 1939 zu konsultieren. Die britische Regierung ist niemals ihrem Versprechen nachgekommen, nach München den tschechischen Staat zu garantieren. Die slowakische Unabhängiskeitserklärung vom 14. März hatte einen

308

309

Staat zur Auflösung gebracht, der nicht garantiert worden war. Chamberlain hegte offenbar den Glauben, daß Beständigkeit nur unter kleinen Geistern eine Tugend sei. Zwei Tage später erörterte er die gleiche Situation und behauptete, er werde Hitler niemals wieder glauben können. Das war reine Heuchelei. Chamberlain verließ sich lieber auf britisches Prestige und britische Gewalt als auf die Ehre, auswärtige Machthaber anzuhalten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bereits zur Zeit der Münchener Konferenz hatte er zu seinen Beratern gesagt, daß er Hitler im Grunde nicht traue. Der deutsche Staatschef nahm die Äußerungen Chamberlains in Birmingham gelassen zur Kenntnis. Er wußte genau, daß Großbritannien niemals zu einem Schlag

gegen Deutschland ausholen würde, wenn es den Augenblick nicht für günstig hielt. Mit Recht nahm er an, noch einige Male Gelegenheit zu bekommen, den britischen Führern eine günstige Chance zu einem Angriff auf Deutschland zu nehmen.

Halifax' betrügerische Tschechenpolitik

Hitlers Entscheidung, die Slowaken zu unterstützen und Prag zu besetzen, war im Hinblick auf das offensichtliche Desinteresse der britischen Führer an der tschechischen Situation erfolgt. Sie hatten Gelegenheit gehabt, die Tschechen in irgendeiner Form zu ermutigen, sich jedoch wiederholt geweigert, es zu tun. In Wahrheit waren die Tschechen den britischen Führern gleichgültig. Sie benutzten Hitlers Politik lediglich als Vorwand, sich über die Deutschen zu entrüsten.

Halifax nahm für seine ersten größeren Anstrengungen, die Bestimmungen des Münchener Abkommens zu sabotieren, im Oktober 1938 Zuflucht zur Betrügerei. Damals stand gerade der tschechisch-magyarische Streit zur Debatte. Der polnische Botschafter Lipski hatte am 24. Oktober 1938 gebeten, Polen an einem internationalen Schiedsgericht zur Regelung des Streitfalls zu beteiligen. Nach seinem Vorschlag sollte das Schiedsrichtergremium aus Polen, Italienern und Deutschen bestehen. Ribbentrop war von diesem Vorschlag nicht begeistert, erklärte sich aber einverstanden, bei seinem italienischen Kollegen entsprechend vorzufühlen. Cianos Antwort lautete, der polnische Vorschlag sei unbefriedigend. Italien hatte sich jahrelang gemüht, diplomatische Einigkeit unter den Münchener Vier herzustellen, und so hielt Ciano nichts davon, dieses Einvernehmen den Polen zuliebe aufs Spiel zu setzen. Es hatte sich herausgestellt, daß die direkten, am 13. Oktober aufgenommenen Verhandlungen zwischen den

Tschechen und den Ungarn zu nichts führten. Ciano bat Ribbentrop, nach Rom zu kommen, um die Frage zu erörtern. Daraufhin reiste der Reichsaußenminister am 26. Oktober 1938 nach der Hauptstadt Italiens.

Ogilvie-Forbes von der britischen Botschaft in Berlin kam die italienische

309

310

Haltung hinsichtlich des polnischen Vorschlages zu Ohren, bevor Ribbentrop nach Rom abgereist war. Er wandte sich an Halifax und meldete ihm, es weise alles auf einen Schiedsspruch der vier Mächte hin. Sehr erstaunt war er über Halifax’ unmittelbare Antwort, daß es nicht möglich sei, sich um eine Einigung der vier Mächte über den tschechischemagyarischen Streit zu bemühen. Halifax glaubte, Deutschland und Italien würden sich über diesem Streitfall entzweien, wenn Großbritannien und Frankreich sich aus dem Münchener Programm zurückzögen. Die Folgen würden Störungen in den deutsch-italienischen Beziehungen sein, die Großbritannien für seine Bemühungen, Italien und Deutschland auseinanderzubringen, ausnützen könne. Er ließ Ogilvie-Forbes wissen, daß Italien „anscheinend die Abtretung Rutheniens an Ungarn begünstige”. Nach seiner Ansicht wünschte Italien Polen dem Schiedsgericht fernzuhalten, um die Durchsetzung ungarischer Ansprüche uneingeschränkt für sich buchen zu können. Nach seiner Vorstellung war Italien immer noch darauf aus, Ungarn als italienische Interessensphäre zu behalten. Außerdem war es eifersüchtig auf die Polen, weil sie in Ungarn beliebt waren. Er hoffte, Deutschland werde sich vor dem Schiedsgericht in einen

Gegensatz zu Italien stellen und sich um eine Regelung in Ruthenien im Sinne der Selbstbestimmung bemühen.

Halifax deutete einen weiteren Grund seiner Weigerung an, Großbritanniens Verpflichtungen aus der Münchener Konferenz zu erfüllen. Er wünschte von der unangenehmen Arbeit verschont zu bleiben, die Gebietsauflagen der Friedensverträge von 1919 revidieren zu müssen, die in den fast 20 Jahren bis 1938 in Mitteleuropa unangefochten geblieben waren. Auch war er entschlossen, die britische Vorrangstellung in Rumänien aufrechtzuerhalten und dieses Land daran zu hindern, engere Beziehungen zu Deutschland aufzunehmen. König Carol beabsichtigte am 15. November 1938 London zu besuchen, und Halifax wünschte den rumänischen Souverän nicht durch den Anschein zu kränken, als ob er ungarische Ansprüche unterstütze. Die Rumänen leisteten dem ungarischen Revisionismus erbitterten Widerstand.

Der britische Außenminister vermutete, die Deutschen könnten die Möglichkeit erwägen, die ukrainische Nationalbewegung im ruthenischen Raum zu unterstützen. Nach seiner Ansicht würde Deutschland keinen Erfolg haben, die Selbstbestimmung gegen den Widerstand Italiens, Polens und Ungarns in Ruthenien durchzusetzen. Er prophezeite, Deutschland werde sich geschlagen geben und das werde bei der Behandlung der Tschechenfrage das Ende der Selbstbestimmung bedeuten. Diese Überlegung störte Halifax in keiner Weise. Er machte geltend, daß es den ruthenischen Juden unter den Ungarn besser gehen würde als unter den Tschechen. Er hoffte, eine gemeinsame ungarisch-polnische Grenze werde den Widerstand Polens wie auch Ungarns gegen

Deutschland steigern. Es schien Halifax, als diene Großbritannien seinen Interessen am besten, wenn es sich völlig von der Tschechoslowakei zurückziehen würde.

Halifax ließ Budapest vertraulich wissen, daß der Schiedsspruch ruhig ohne Großbritannien und Frankreich vorgeschlagen werden könne. Er beriet sich mit tschechischen und ungarischen Diplomaten in London und bat sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Briten und Franzosen sich aus dem tschechisch-ungarischen Streit heraushielten. Halifax kabelte Lord Perth, dem britischen Botschafter in Rom, am Abend des 26. Oktober, daß sein Manöver geglückt sei. Die Tschechen und Ungarn waren bereit, den deutsch-italienischen Schiedsspruch ohne die Beteiligung der Briten und Franzosen anzunehmen. Halifax gab Perth gegenüber zu, ihm sei es bekannt, daß Italien die britische und französische Unterstützung gegen Deutschland in diesem Streit vorziehen würde. Er hoffte, Ciano vor ein übereiltes fait accompli stellen zu können, und wies Perth an, bekanntzugeben, daß „Seiner Majestät Regierung keine Einwände gegen die Regelung der tschechisch-ungarischen Frage durch einen Schiedsspruch Deutschlands und Italiens erhebt“, Er suchte Ciano mit der Erklärung zu beschwichtigen, die Briten seien bereit, sich an den Erörterungen zu beteiligen, falls die Tschechen und Ungarn darauf bestünden. Das war sehr geschickt und kostete Halifax keinen Heller. Budapest und Prag waren bereits übereingekommen, die Teilnahme Englands nicht zu erbitten.

Halifax rechnete mit der Möglichkeit, daß Mussolini mit dieser Geste nicht völlig zufriedengestellt sein könnte. Er wies Perth an, ihn mit der Zusicherung zu beschwichtigen, daß Großbritannien bei der Regelung wichtiger europäischer

Fragen auf eine zweiseitige englisch-italienische Zusammenarbeit Wert lege. Halifax hatte alles bedacht, als er Perth anwies, daß „Sie es selbstverständlich begrüßen werden, daß Seiner Majestät Regierung nicht den Eindruck zu erwecken wünscht, sie versuche, Gewinn aus irgendeiner deutsch-italienischen Auseinandersetzung über die Zukunft Rutheniens zu ziehen“. In der Vorstellung des britischen Außenministers mußte sich jedoch bei Verhandlungen über die Zukunft Rutheniens ein wütender Streit ergeben. Er malte sich aus, wie die Deutschen zornig und zögernd dem vereinten Druck Italiens, Ungarns und Polens nachgeben würden, und frohlockte bei dieser Aussicht. Großbritannien werde daneben seine günstige Position wahren. Der Gipfel einer völligen Preisgabe der britischen Verantwortlichkeit gegenüber den Tschechen war damit erreicht. Joseph Beck in Warschau kam zu dem Schluß, die Briten würden sich ihrer Verantwortlichkeit entziehen, die Tschechoslowakei zu garantieren, nachdem die ungarischen und polnischen Ansprüche geregelt seien. Seine Analyse sollte sich als richtig erweisen.

Halifax wurde in seinen Erwartungen am 26. Oktober durch einen weiteren

511

312

Bericht von Ogilvie-Forbes bestärkt. Weizsäcker hatte den britischen Diplomaten in Berlin gesagt, Deutschland werde in der Slowakei wie auch in Ruthenien auf der Selbstbestimmung bestehen. Ogilvie fragte daraufhin Weizsäcker, ob Ruthenien von den Tschechen verwaltet werden könne, nachdem der magyarische Abschnitt herausgelöst sei. Es schiene so, als würde die Abtrennung der völkischemagyarischen Provinz die ruthenischen

Verbindungswege abschneiden. Weizsäcker „weigerte sich, ausgehorcht zu werden, und wiederholte, Ruthenien müsse die Selbstbestimmung gewährt werden”. Der britische Geschäftsträger gab seiner Meinung Ausdruck, die Nichtbeteiligung Großbritanniens und Frankreichs an dem Schiedsgericht stehe im Gegensatz zu den Bestimmungen des Münchener Abkommens. Der deutsche Staatssekretär kam gar nicht auf den Gedanken, daß Großbritannien dahinterstand und schickte sich an, lang und breit zu erklären, daß Deutschland dafür keine Verantwortung übernehmen könne. Der britische Diplomat klärte Weizsäcker keineswegs über den wahren Tatsachenverhalt auf. Er unterrichtete Halifax, daß die italienischen Diplomaten in Berlin davon überzeugt seien, Italien werde auf der Rückkehr Rutheniens zu Ungarn bestehen. Fast sah es so aus, als seien die Deutschen im Begriff, in eine Falle zu gehen, was dann zu Reibungen zwischen Polen, Ungarn und Italien hätte führen können.

Joseph Beck tat alles in seiner Macht Stehende, um den Ungarn jetzt Schützenhilfe zu leisten. Er bot sich am 26. Oktober an, rumänischen Einwänden zuvorzukommen und den Rumänen einen Durchgang zu den Tschechen durch Polen zu garantieren. Er äußerte dem britischen Botschafter Kennard gegenüber, daß Polen bei den Deutschen jedes Argument vorbringe, um zu beweisen, daß die Rückkehr Rutheniens zu Ungarn die einzig vernünftige Lösung sei. Er würde sogar nach Deutschland reisen, um die Sache mit Hitler und Ribbentrop persönlich zu besprechen, wenn Ungarn in Ruthenien nicht zufriedengestellt werde.

Beck unternahm noch eine letzte Anstrengung, Polen in das Schiedsgericht hineinzubringen, indem er auf Prag und auch Budapest Druck ausübte, um Polen eine Einladung zu verschaffen. Die Tschechen antworteten, sie würden Polen zu den Verhandlungen hinzuziehen, wenn die Rumänen

auch zugelassen würden. Diese Antwort verwirrte Beck. Er hatte kein Verlangen, sich noch einmal mit den Rumänen wegen des ruthenischen Anliegens an den Verhandlungstisch zu setzen, und war deshalb gezwungen, die Sache fallen zu lassen.

Der Wiener Schiedsspruch eine Enttäuschung für Halifax

Am 28. Oktober 1938 erörterte Ribbentrop den deutsch-italienischen Schiedsgerichtsplan mit Mussolini und Graf Ciano. Er teilte Mussolini auch mit, daß

512

313

Hitler wegen der britischen Feindseligkeit gegen Deutschland bekümmert sei. Hitler und Ribbentrop glaubten, ein deutsch-italienisches Bündnis würde den Eifer der Kriegshetzer in England dämpfen. Japan wurde nicht erwähnt. Das brachte Mussolini in Verlegenheit, weil die Zurückhaltung Japans, einen Bündnispakt mit Deutschland und Italien zu unterzeichnen, seinerzeit das deutsch-italienische Bündnis verzögert hatte. Mussolini verhielt sich im Hinblick auf das vorgeschlagene Bündnis ausweichend, war aber im Fall Ruthenien entgegenkommend. Die Beilegung der deutsch-italienischen Differenzen Rutheniens wegen war der eigentliche Zweck des in dieser Hinsicht erfolgreichen Ribbentrop-Besuches. Ribbentrop erörterte mit den italienischen Führern auch die deutsch-polnischen Beziehungen, und er versicherte ihnen, daß es Hitlers Ziel sei, eine deutschpolnische Freundschaft auf einer dauerhaften Grundlage herzustellen.

Halifax war hinsichtlich der ungarischen Aussichten auf einen deutsch-italienischen Schiedsspruch über Ruthenien

zugunsten Ungarns optimistischer als Beck, doch sollte es dem britischen Außenminister beschieden sein, hierin enttäuscht zu werden. Die wesentlichen Einzelheiten waren geregelt und Weizsäcker gab am 30. Oktober 1938 in Berlin bekannt, daß Deutschland und Italien „den Schiedsspruch über die neue tschechischzungarische Grenze gefällt haben“. Die offizielle Schiedsgerichtsverhandlung, geführt von Ribbentrop und Ciano, war in Wien sehr harmonisch verlaufen. Die beiden Diplomaten hatten sich gegenseitig in Ironisierungen des reaktionären Wiener Kongresses von 1815 überboten.

Am 2. November 1938 trafen die tschechischen und ungarischen Abordnungen in Wien ein, um das Schiedsurteil entgegenzunehmen. Es waren auch je eine Abordnung aus der Slowakei und Ruthenien erschienen. Nach Ribbentrops Besuch in Rom waren die Ungarn unterrichtet worden, daß sie ihre Ansprüche auf ethnisch-magyarisches Territorium beschränken müßten. Sie hatten auf dieser Grundlage 14.000 qkm von der Slowakei und Ruthenien gefordert. Ciano und Ribbentrop sprachen ihnen 10.000 qkm zu.

So war ein Abkommen auf der Grundlage der Selbstbestimmung geschlossen worden, die im Falle der Tschechoslowakei zu befürworten Großbritannien nicht mehr bereit war. Ungarn hatte einen sehr kleinen Teil von Ruthenien erhalten und Becks Traum von einer gemeinsamen Grenze zwischen Polen und Ungarn hatte sich nicht erfüllt. Die Tschechen erklärten sich einverstanden, am 5. November 1938 mit der Räumung der Ungarn zugesprochenen Gebiete zu beginnen, und die Magyaren konnten die Besetzung des wiedergewonnenen Territoriums bis zum 10. November beenden. Die Deutschen waren mit völlig freier Hand in die Verhandlung eingetreten. Vorher hatte Rumänien am 28. Oktober Deutschland um ein „Zeichen der Freund-

313

314

schaft” ersucht, das heißt, es wünschte ein Versprechen, daß Deutschland „sich einer gemeinsamen ungarisch-polnischen Grenze” widersetzen solle. In ihrer Entgegnung hatte die deutsche Regierung es abgelehnt, Rumänien etwas in einer Angelegenheit zu versprechen, die ausschließlich von Deutschland und Italien entschieden werden sollte. Das Verfahren vereinfachte sich, weil Ciano keinen Augenblick auf der Abtretung ganz Rutheniens an Ungarn bestanden hatte.

Die polnische Regierung machte sich den tschechischemagyarischen Streitfall zunutze und präsentierte Prag am 31. Oktober 1938 ein neues Ultimatum. Die Polen forderten sechs slowakische Grenzkreise in den Karpathen für sich. Sie drohten mit einem Angriff, wenn nicht am gleichen Tage eine zusagende Antwort einginge. Die Tschechen gaben im letzten Augenblick am 31. Oktober nachmittags um 5 Uhr nach. Gleichzeitig versuchten sie, die Briten gegen Polen aufzuwiegeln. Newton wurde vom tschechischen Außenministerium unterrichtet, es bestehe durchaus Grund zu der Annahme, daß dieses nur der Anfang zu einer regelmäßig monatlichen Reihe von polnischen Forderungen sei.

Dr. Joseph Tiso, der nach dem Mißerfolg der Sidor-Mission in Warschau Haupt der vereinigten slowakischen Nationalpartei geworden war, war außer sich über das Ausmaß der polnischen Forderungen. Zum ersten Mal wandte er sich an Deutschland mit der Bitte um Schutzmaßnahmen. Am 31. Oktober 1938 erklärte er dem deutschen Gencralkonsul in Preßburg, Ernst von Druffel, daß

die polnischen Forderungen jeder volkstumsmäßigen Grundlage ermangelten und weit über die ehemals vorgeschlagene kleine Grenzberichtigung hinausgingen. Dr. Tiso erhob die Klage, die Polen seien darauf aus, wichtige strategische Bereiche an sich zu reißen und ihre Hand auf die Bahnlinie Cadca-Zwardon legen zu wollen, durch die sie Kontrolle über die Nachrichten-und Verbindungswege in einer Anzahl slowakischer Landkreise erhalten würden. Er beklagte sich ferner, daß sie keine volkstumsmäßigen Argumente vorbringen könnten, um eine Reihe der höchsten und selbstverständlich unbewohnten Gipfel der Hohen Tatra in den Karpathen zu beanspruchen. Mit Nachdruck betonte er, eine unabhängige Slowakei hätte die polnischen Forderungen zurückgewiesen. Darauf erging sich Dr. Tiso in seinem Lieblingsthema, daß die Slowakei den Schutz eines mächtigen Nachbarn brauche. Er setzte hinzu, daß die Slowakei eine künftige deutsche Unterstützung gegen die Polen dankbar begrüßen würde. Die Polen hatten es fertiggebracht, das ihnen ehemals in der Slowakei entgegengebrachte Wohlwollen zu zerstören.

Die tschechische Regierung wurde ferner ersucht, den Polen in Mähren neue Zugeständnisse zu machen. Die Polen versprachen ihr, die endgültige Festlegung der polnisch-mährischen Grenze werde am 15. November vollzogen sein

314

315

und die der polnisch-slowakischen Grenze am 1. Dezember. Die Tschechen ließen die Deutschen wissen, daß sie wegen der militärischen Drohung vor Polen zurückgewichen seien. Sie behaupteten, Polen werde trotz seiner anderslautenden Versprechungen noch weitere Schritte gegen die Tschechei unternehmen.

Joseph Beck war mit dem Wiener Schiedsspruch über Ungarn vom 2. November 1938 unzufrieden und versuchte die Deutschen verschiedentlich zu überreden, die ruthenische Frage noch einmal aufzugreifen. Ribbentrops Antwort waren Weisungen an den deutschen Botschafter in Warschau Moltke, nach denen er das deutsche Vorgehen in Wien erläutern sollte. Moltke unterrichtete Beck am 22. November 1938, Deutschland werde sich nicht für eine Revision der Ruthenien-Regelung einsetzen, es sei denn, nach einem Abkommen zwischen Deutschland und Polen. Ribbentrop habe die Ungarn gewarnt, die kürzliche Wiener Entscheidung „gegenwärtig“ anzufechten. Das erschien Beck reichlich überflüssig, denn er war seit langem zu dem Schluß gekommen, daß sich die Ungarn zur Erreichung ihrer Ziele keiner militärischen Aktion bedienen würden. Er versicherte Moltke nebenbei, er werde sie ineeinem solchen Bemühen nicht bestärken. Heftig ereiferte er sich dann, es müsse etwas getan werden, um auf dem Wege friedlicher Verhandlung „den ungarischen Interessen entgegenzukommen“. Moltke betonte daraufhin mit Nachdruck die Notwendigkeit eines deutsch-polnischen Abkommens. Er gab zusätzlich eine persönliche Versicherung ab, mit der er den polnischen Außenminister zu beschwichtigen hoffte, und ließ Beck wissen, daß Ribbentrop in Berlin „erst gestern zu mir gesagt hat, er sähe nicht ein, warum die ukrainische Frage die deutsch-polnischen Beziehungen stören sollte”. Moltke versicherte Beck, Deutschland habe keine Ambitionen, sich die ukrainischen Nationalbestrebungen zunutze zu machen.

Beck antwortete auf den deutschen Widerstand gegen seine Ruthenienpläne mit der Verbesserung der Beziehungen Polens zur Sowjetunion. Seit der russischen Drohbotschaft vom 23. September 1938, man werde den russisch-polnischen Nichtangriffspakt von 1932 widerrufen, waren die polnisch-russischen Beziehungen außergewöhnlich

unfreundlich geworden. Beck beeilte sich jetzt auf einen russischen Anlauf im November 1938 hin, diese Beziehungen zu verbessern. Der sowjetische Außenminister Litwinow und der polnische Botschafter Grzybowski gaben am 26. November 1938 eine gemeinsame Erklärung ab, in der eine Steigerung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten und die erneute Bestätigung des Nichtangriffspaktes verkündet wurde. Aus dem Teschener Schwerindustriegebiet war schon unter der Tschechenherrschaft viel nach Rußland exportiert worden. Jetzt waren die Polen bereit, diesen Handel fortzusetzen. Moltke berichtete aus Warschau, daß man

Becks Verhandlungen als Antwort auf den deutschen Widerstand hinsichtlich Rutheniens betrachten müsse. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, deutete an, die Sowjetunion betrachte diese Erklärung als einen indirekten Protest gegen die kommende deutsch-französische Freundschaftserklärung.

Ribbentrop mißfiel die Heimlichkeit der Beckschen Russenpolitik. Lipski hatte keinerlei Andeutung gemacht, daß Polen mit der Sowjetunion in Verhandlung stehe. Am 2. Dezember 1938 erörterte er diese Frage mit Lipski. Der polnische Botschafter sagte darauf, die Erklärung sei als Folge des verständlichen Wunsches Polens anzusehen, die Spannung längs seiner östlichen Grenze zu verringern. Eindrucksvoll und farbenreich schilderte er die Grenzvorfälle und Luftkämpfe mit den Russen während der Tschechenkrise. Ribbentrop versicherte ihm, daß Deutschland nichts gegen eine polnisch-russische Entspannung einzuwenden habe, wohl aber sei er

„überrascht, daß Polen uns nicht vorher davon unterrichtet hat“.

Schulenburg ließ am 3. Dezember 1938 Ribbentrop eine Warnung zugehen, daß „die Russen jegliches Interesse an der Tschechoslowakei verloren hätten, da letztere nicht mehr als Barriere gegen Deutschland dienen kann“. Schulenburg kam zu dem Schluß, damit stehe eine gemeinsame Abstimmung zwischen der Sowjetunion und Polen nicht mehr länger außer Frage, zumal da die Russen nichts an den polnischen Zielen in Ruthenien auszusetzen hätten. Es lag ganz offensichtlich in Rußlands Interesse, jede autonome ukrainische Gemeinschaft dort unterdrückt zu wissen. Ribbentrop mußte daraus schließen, daß die Sowjetunion sich in die Reihe jener Staaten gestellt hatte, die eine weitere Teilung der Tschechoslowakei begünstigten oder sich ihr gegenüber gleichgültig verhielten.

Tschechisch-deutsche Reibungen nach dem Wiener Schiedsspruch

Nach dem Wiener Entscheid ergaben sich beträchtliche Reibungen zwischen den Tschechen und den Deutschen. Keineswegs hatten sich die Tschechen entschieden, trotz der Prognose Hendersons in Berlin, sich zugunsten Deutschlands vollständig aufzugeben. Sie versicherten französischen Diplomaten in Prag, sie dächten gar nicht daran, ihr Bündnis mit der Sowjetunion zu widerrufen. Außenminister Chwalkowsky beklagte sich am 5. November 1938 bitter bei Newton, daß Frankreich sich nach der Münchener Konferenz geweigert habe, den Tschechen wirtschaftlich zu helfen, weil es den neuen tschechischen Staat als einen Satelliten Deutschlands ansehe. Der tschechische Außenminister erklärte unerschrocken, daß „es noch zu früh sei, um beurteilen zu können, welche Stellung die Tschechei schließlich einnehmen werde“. Er ließ

durchblicken, die Situation werde sich in drei oder sechs Monaten

316

317

klären, nachdem die Tschechen ihre unmittelbaren Schwierigkeiten gemeistert hätten. Newton kam zu dem Ergebnis, daß die Tschechen keineswegs den Gedanken einer Teilnahme an einer Front gegen Deutschland aufgegeben hätten.

Diese Bemerkungen wären nicht ohne Eindruck auf Newton geblieben, hätte er an die Zukunft des tschechischen Staates geglaubt. Er prophezeite Halifax jedoch, daß die Tschechoslowakei nicht mehr allzu lange bestehen werde. Einige Kenner und Beobachter der Lage glaubten, die Slowakei wie auch Ruthenien dürften sich kaum der Schlußfolgerung entziehen, „ohne irgendeine Form der Bindung an Ungarn“ weiterbestehen zu können. Chwalkowsky betonte ausdrücklich, die Tschechen „würden gern sobald wie möglich eine Garantie der vier Münchener Mächte erhalten”. Newton hielt eine solche Garantie für unklug. Er machte seinem Gesprächspartner deutlich, von einer Fühlungnahme mit den Briten solle er in dieser Frage absehen. Überdies versicherte er ihm, daß von den vier Münchener Mächten Großbritannien am wenigsten an einer solchen Garantie interessiert sei.

Einige Tage später beschwerten sich die Tschechen laut wegen der endgültigen Festlegung der deutsch-tschechischen Grenze. Erst im Oktober waren sie erleichtert, als Hitler eine Volksabstimmung widerrief, die zweifellos große Landstriche über die fünf ursprünglich für die Deutschen bestimmten Zonen hinaus von den Tschechen

abgetrennt hätte. Man war übereingekommen, eine Kompromißregelung für die übrigen umstrittenen Gebiete bis zum 24. November 1938 zu finden, und verstand darunter, daß die deutschen Ansprüche bei der endgültigen Grenzfestlegung sehr beschränkt sein würden, was sie in Wirklichkeit auch waren. Das hinderte jedoch die Tschechen nicht, diesbezügliche Hetzreden gegen Deutschland zu halten.

Ihre Statistiken über das Minderheitengleichgewicht zwischen den beiden Staaten lasen sich wie eine totale Umkehrung der deutschen Zahlen. Es mutet merkwürdig an, daß sie sich vor einem Grenzland-Volksentscheid fürchteten, als sie behaupteten, es verblieben nur 377 196 Deutsche in der Tschechei im Vergleich zu über 700.000 Tschechen in Deutschland. Am 6. November 1938 gaben sie ein Kommunique heraus, in dem sie Klage erhoben, daß sich in Deutschland doppelt so viele Tschechen und Slowaken wie Deutsche in der Tschechei befänden.

Von dieser Propaganda erhofften die Tschechen eine Behinderung Deutschlands, bei der endgültigen Grenzfestlegung irgendwelche Gewinne zu erzielen. Ihnen stand jedoch eine Überraschung bevor, als sie die deutsche Note vom 14. November 1938 erhielten. Die Deutschen schlugen Grenzveränderungen vor, denen zufolge etwa 40000 tschechische Einwohner zu Deutschland kommen sollten. Sie warnten, wenn die Tschechen nicht endlich Vernunft

annähmen, würden sie auf eine Volksabstimmung zurückkommen. Die Polen nutzten die Situation aus und

stellten die Behauptung auf, daß die von den Deutschen vorgeschlagene Grenzänderung die Ansicht der polnischen Regierung, der Wiener Schiedsspruch sei nicht endgültig, geradezu rechtfertige. Die polnisch-tschechischen Beziehungen waren in diesem Augenblick außerordentlich gespannt, weil Polen eine große Anzahl von Tschechen aus dem Teschener Raum vertrieben hatte.

Die Tschechen waren machtlos und konnten nichts gegen die Austreibung ihrer Volksangehörigen unternehmen. Sie hätten zwar an die britischen, französischen und italienischen Mitglieder der internationalen Grenzkommission in Berlin appellieren können, die für die deutsch-tschechische Grenze zuständig war. Stattdessen entschieden sie sich für ein Abkommen mit Deutschland. Die Deutschen traten an die Kommission heran und unterrichteten sie über das deutsche Vorgehen und die tschechische Entgegnung. Am 21. November 1938 wurde ein deutsch-tschechisches Abkommen ausgehandelt. Die britischen Diplomaten in Berlin waren offensichtlich nicht sehr angetan von dieser Situation, und Ogilvie-Forbes berichtete Halifax, daß „die ganze Sache übereilt behandelt worden sei, und ich habe volles Verständnis für die Entrüstung, die sich im Vereinigten Königreich ausbreiten wird”. Doch im Endergebnis war diese Entrüstung nicht besonders groß.

Die Deutschen unterrichteten die britischen Diplomaten in Berlin davon, daß die Vorbesprechungen mit den Tschechen über die Autobahn Breslau-Wien, einen direkten Flugdienst zwischen Schlesien und Österreich und über einen Kanal, der die Oder und die Ostsee mit der Donau und dem Schwarzen Meer durch einen mährischen Korridor verbinden sollte, abgeschlossen seien. Der tschechische Gesandte Mastny in Berlin fuhr fort, sich bei den Briten über die infolge der Grenzfestlegung erlittenen tschechischen

Einbußen zu beklagen. Er hob hervor, die Tschechen würden das in Prag sehr beliebte Wintersportgebiet von Jilemnice sowie das historische Monument zum Gedenken an die Hussitenzeit in Taus, in dessen Umgebung Johann Hus geboren war, verlieren. Resignierend schloß der Gesandte seinen Klagebericht, seine Regierung habe sich entschieden, das Abkommen mit den Deutschen zu unterzeichnen, um noch unbefriedigendere Bedingungen zu verhindern. Das Kommunique der Tschechenregierung vom 6. November 1938 über Minderheitenzahlen enthielt auch Beschwerden über die Gebietsabtretung an Ungarn vom 2. November. Die empfindlichen Magyaren waren voller Zorn über die manipulierten Statistiken der Tschechen. Sie veröffentlichten am 21. November 1938 ein Kommunigue, in welchem sie die tschechischen Minderheiten-Statistiken als verlogen bezeichneten. Sie präsentierten eigene Statistiken, die ein völlig anderes Bild zeigten.

318

319

Sir Basil Newton erkundigte sich am 22. November 1938 in Prag, ob die tschechische Regierung während der kürzlichen Verhandlung mit Deutschland die Frage nach der Gebietsgarantie für die Tschechoslowakei erhoben habe. Die Tschechen schilderten lebhaft die deutschen Entwicklungsprojekte und hofften damit die Briten zu alarmieren. Die Presse schrieb, daß die deutschen Pläne die Fertigstellung der Autobahn nach Wien für 1940 vorsähen. Diese Autobahn sollte eingezäunt werden, doch dürften die Tschechen sie frei benutzen, ohne innerhalb ihres eigenen Hoheitsgebietes Zollgebühren zu zahlen. Auch behauptete die tschechische Presse, die Deutschen hätten Pläne für ein Autobahnsystem bis nach Bagdad. Man rechnete in Prag damit, daß die Briten es nicht uninteressant finden würden,

von einem Vorhaben zu erfahren, das ihre Erinnerung an den bekannten Bagdadbahn-Fall der vorhergehenden Generation wecke. Der ganze Tonfall der Unterredungen der Tschechen mit den britischen Diplomaten ließ keinen Zweifel aufkommen, daß die Tschechen sich immer noch als Freunde der Sowjetunion und Gegner Deutschlands betrachteten.

Die Polen ließen indessen nicht nach, Druck auf die Tschechen auszuüben. Am 26. November 1938 forderte Beck die Übergabe der an Polen abzutretenden Gebiete für den 27. November statt für den 1. Dezember. Kennard berichtete aus Warschau von Becks Wut über die Rumänen. Die rumänische Regierung hatte Becks Kommunique über Ruthenien dahingehend beantwortet, daß sie Ungarn dringend nahelege, die Bedingungen des Wiener Schiedsspruches zu respektieren.

Halifax sabotiert die Tschechengarantie

Ende November 1938 war die britische Presse voll von Gerüchten, Deutschland zöge seine Truppen zur Vorbereitung eines Einmarsches in die Tschechei zusammen. Diese unverantwortlichen alarmierenden Gerüchte waren von London ausgegangen. Britische Diplomaten in Prag meldeten indessen nach London, es gebe in der tschechischen Hauptstadt keinerlei Vermutungen über eine derartige Entwicklung, und der Propagandaminister Dr. Goebbels in Berlin beklagte sich über die Verantwortungslosigkeit der britischen Presse. Für die britischen Journalisten der dreißiger Jahre bestand das derzeitige Geschehen aus Kriegen und Kriegsgerüchten. Die unbegründeten Gerüchte in der Presse Englands lenkten die Öffentlichkeit auf die Frage der versprochenen Gebietsgarantie für die Tschechei. Das erwies sich als ein nützliches Barometer, denn die britische Regierung teilte nicht einmal das, was man als geringe Garantie-

Begeisterung in England bezeichnen konnte. Ein weiteres Gerücht wurde in Umlauf gesetzt, wonach sich die Sowjetunion den Garantiemächten anschließen werde. Kennard antwortete darauf aus Warschau mit einem Be-

319

320

richt an Halifax, der einen interessanten und wissenswerten Einblick in die Einstellung der polnischen Führer zur Sowjetunion gab.

Halifax mußte zur Kenntnis nehmen, daß die Polen sich einer Garantie für die Tschechei widersetzten und niemals eine Vereinbarung respektieren könnten, nach der die Sowjetunion mit zu den Garantiemächten gehören würde. Die Polen machten geltend, die Russen könnten ja ein Garantieversprechen an die Tschechen gar nicht einlösen, ohne polnisches Territorium zu betreten. Kennard wies Halifax darauf hin, daß die Polen es niemals zulassen würden, wenn russische Truppen auf ihrem Hoheitsgebiet operierten. Halifax bestritt die Triftigkeit dieser eindeutigen Erklärung Kennards keineswegs. Sie hielt ihn acht Monate später nicht davon zurück, die Polen zu drängen, Operationen russischer Truppen auf ihrem Gebiet zuzulassen.

Kennard schilderte Halifax am 30. November Rußland als Erbfeind der polnischen Führer, die davon überzeugt waren, daß Rußland Polen kommunistisch machen wolle. Für die Polen schien die russische Absicht, sich der polnischen Ostgebiete zu bemächtigen, festzustehen. Das veranlaßte sie, kategorisch jeden Plan abzulehnen, der ein militärisches Eingreifen Rußlands in Mitteleuropa zur Folge haben würde. Kennard versicherte Halifax, daß „keine Aussicht auf einen

Wechsel der polnischen Haltung” bestehe. Überdies betrachtete Kennard mit den Polen die russische Bedrohung unleugbar als „eine wirkliche Gefahr für sie” und gab in diesem einen Fall sogar zu, daß ein deutschpolnischer Krieg für Polen verhängnisvoll sei. Die feindliche Sowjetunion im Rücken der Polen mußte ihnen alle Zuversicht bei einem solchen Zusammenstoß rauben. Es war Kennard noch nicht gegenwärtig, daß Polen eine entscheidende Rolle in dem Unternehmen Halifax’ spielen sollte, einen Krieg größeren Ausmaßes gegen Deutschland zu entfesseln. Wohl aber vermerkte er im Hinblick auf die Unruhe ausländischer Diplomaten in Warschau, „daß die Polen jetzt einem Zusammenstoß mit Deutschland entgegentreiben könnten”, meinte jedoch auch, daß „auf alle Fälle, wenn die Polen gegenwärtig den Kopf auch noch so voll haben, sie wohl kaum soweit gehen werden, Deutschland über die sicheren Grenzen hinaus zu provozieren“. Kennard definierte nicht, was er unter einer polnischen Provokation innerhalb sicherer Grenzen verstand.

Halifax sandte einige der Berichte Sir Howard Kennards an Sir Basil Newton in Prag. Newton fühlte sich zu den Polen nicht so hingezogen wie Kennard. Schroff bemerkte er in seinem nächsten Bericht an Halifax, die kommenden Ereignisse würden ja entscheiden, ob die polnische Anti-Tschechenpolitik gerechtfertigt gewesen sei. Er behauptete, daß man „nichts zur Rechtfertigung ihrer Methoden sagen könne”. Nach seiner Ansicht waren die Polen unglaublich töricht, den Zorn der Slowaken heraufzubeschwören. Ferner

schrieb er, daßs „Polen wahrscheinlich in der Slowakei ohne weiteres eine einflußreiche Position hätte haben können“.

Karol Sidor hatte sich „bis vor wenigen Wochen noch sichtbar propolnisch” verhalten, aber nun gebe es unter den Slowakenführern keine Vorkämpfer für Polen mehr. Die Slowakei sehe in den Polen wie in den Tschechen ihre Feinde, so daß es für sie eine natürliche Folge gewesen sei, sich an Deutschland mit der Bitte um Hilfe zu wenden.

Newton verurteilte die Polen wegen „des ausgesprochen rücksichtslosen Vorgehens gegen die tschechischen Bewohner der ehemaligen tschechischen Bereiche, die an Polen abgetreten seien”. Er vermerkte, daß nicht nur „die Tschechen allein die Leidtragenden seien, denn auch die Deutschen würden häufig mißhandelt“. Es war in der Tschechei bekannt, daß die in Teschen ansässigen Deutschen und Tschechen sehr oft gemeinsame Sache gegen die Polen gemacht hätten. Newton konnte es nicht recht glauben, daß die polnischen Landgewinne „im rechten Maß zu den verursachten Haßgefühlen“ stünden. Er schrieb, die tschechische Regierung habe kürzlich versprochen, die in ihrem Gebiet verbliebene deutsche Minorität künftig besser zu behandeln. Man muß sich wundern, wie Halifax später Kennards Behauptungen über die beispielhafte Behandlung der Minoritätsgruppen innerhalb des polnischen Hoheitsbereichs hat Glauben schenken können.

Ogilvie-Forbes berichtete Halifax am 6. Dezember 1938 aus Berlin über Gerüchte, denen zufolge Hitler in der Behandlung der Tschechenfrage von der Selbstbestimmung Abstand nehmen würde, wenn die Verhältnisse in diesem Raum weiterhin unbefriedigend blieben. Großbritannien und Frankreich hatten nichts unternommen, um die den Tschechen in München versprochene Gebietsgarantie zu erfüllen. Von Halifax und Chamberlain war die Garantiefrage anläßlich ihres Parisbesuches am 24. November 1938 mit den französischen Führern erörtert worden. Daladier und Bonnet sahen keinen Grund, warum diese Garantie nicht

eingehalten werden sollte, wenn Deutschland und Italien keine Einwände erhöben. Sie äußerten den britischen Führern gegenüber ihre Annahme, jede der garantierenden Mächte werde einzeln für die Verteidigung des tschechischen Status quo verantwortlich sein. Mit Erstaunen mußten die Franzosen feststellen, daß Halifax diese Ansicht nicht teilte. Er schlug einen Plan vor, der Bonnet geradezu wie ein Betrug anmutete. Halifax schlug nämlich vor, die Garantie solle im Fall einer Verletzung durch die Deutschen nicht wirksam werden, es sei denn, Mussolini erkläre sich mit einer Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs gegen Deutschland einverstanden. Die Franzosen wandten ein, diese Garantie sei unwirksam und nichtig. Es sei daher besser, die Frage zu ignorieren, statt sie zu stellen. Mussolini hatte sich geweigert, sich dem Einmarsch Deutschlands in Österreich zu widersetzen, obwohl Österreich Anfang März 1938 noch eine

italienische Interessensphäre war. Man mußte es deshalb für undenkbar halten, daß Mussolini sich zugunsten der Tschechen gegen Hitler stellen würde.

Diese französischen Einwände ließen Halifax völlig unberührt. Seine Antwort lautete, es gebe überhaupt keine Garantie, wenn die Mächte mit seiner Formel nicht einverstanden seien. Sonst sollten eben andere Staaten wie beispielsweise Polen ihren Wünschen entsprechend unter besonderen Bedingungen den tschechischen Staat garantieren. Nach seiner Ansicht war eine sowjetische Gebietsgarantie für die Tschechei nicht klug, denn sie würde Deutschland wie auch Polen herausfordern. Die schwierige Lage, die am 24. November 1938 durch die Halifax-Formel

zwischen den französischen und englischen Führern entstand, hat niemals eine Lösung gefunden. Franzosen und Briten unternahmen in Berlin während der folgenden Monate einige oberflächliche Schritte zur Garantiefrage, aber sie waren inhaltlos und nicht überzeugend, weil kein Programm dahinterstand. Halifax hat es den französischen Führern niemals erklärt, warum er in der Garantiefrage keine Kompromißbereitschaft zeigte. Die Franzosen kamen natürlich zu dem Schluß, daß die Engländer sich jeder Garantie für die Tschechen zu entziehen wünschten. Newton erkundigte sich von Prag aus am 8. Dezember 1938 nach der Garantiefrage und Halifax gab in seiner Antwort zu verstehen, die Franzosen hätten sich geweigert, die britische Formel zu akzeptieren.

Es war Newton nicht unangenehm, zu erfahren, daß die Tschechen ihre Garantie nicht erhalten würden. Nach seiner Voraussage war der Zusammenbruch der Tschechoslowakei mit oder ohne Garantie unausbleiblich. „Aus verschiedenen Quellen“ wußte er, „daß die Tschechen sich heute mehr Sorgen um innere als um äußere Schwierigkeiten machen.“ Er führte die Slowakei als überzeugenden Beweis dafür an, daß „den Tschechen aus unerfindlichen Gründen die Gabe fehlt, sich beliebt zu machen“. In der Slowakei ist er keiner Spur von Mitgefühl für den „Jammer” der Tschechen begegnet. Indessen stellte er fest, daß die deutsche Minorität in der Tschechoslowakei sich auch weiterhin über vieles zu beschweren habe. Diese triftigen Punkte boten Halifax eine unschätzbare Stütze und die Möglichkeit, sich den in München den Tschechen gegebenen britischen Versprechungen zu entziehen.

Halifax ignoriert tschechische Hilferufe

Die Tschechen fühlten sich durch die Ausweglosigkeit in der Garantiefrage hinters Licht geführt und gekränkt. Sie

konnten nicht wissen, daß Halifax die vorgeschlagene Garantie in Paris am 24. November 1938 hintertrieben hatte. Der tschechische Außenminister Chwalkowsky führte am 11. Dezember Klage bei Newton, man habe seine Regierung in München nicht zu Rate gezogen. Nun habe sie keine Grundlage, „ihre Ansichten gegenüber den vier Mächten

322

323

hinsichtlich der Erfüllung ihrer Zusagen auszudrücken“. Er gab zu, daß die Tschechen innenpolitisch in einer „heiklen Lage“ und für jede Art Garantie dankbar seien. Nach seinem Gefühl zögerten Großbritannien und Frankreich, den ersten Schritt in dieser Frage zu tun, obwohl er persönlich es eher von ihnen als von Deutschland oder Italien erwartet habe. Die Tschechen hätten sich früher freundschaftlicher zu Großbritannien und Frankreich gestellt als zu den Achsenmächten. Er habe nichts dagegen, wenn die natürliche Ordnung wiederhergestellt werde. Gern werde er mit der Maßgabe, daß Großbritannien und Frankreich zu einem späteren Zeitpunkt folgten, getrennte Garantien von Deutschland und Italien akzeptieren. Er sehne sich geradezu nach dem „Frieden und der Neutralität” der Schweiz, wie sie sie seit 1815 ungestört genieße. Er muß dabei außer acht gelassen haben, daß die Schweiz einige Male seit 1815 während zweier Generationen in höchster Gefahr geschwebt hat, als sie von französischer und österreichischer Invasion bedroht war. Trotz der internationalen Garantie des Wiener Kongresses sind Ruhe und Sicherheit der Schweiz von 1938 nicht in einem Tage hergestellt worden.

Halifax wurden die Wünsche der Tschechen übermittelt. Doch es geschah nichts, um ihnen zu entsprechen. Englands

Foreign Secretary legte Newtons Bericht dahingehend aus, daß die Tschechen es nicht von den Briten erwarteten, der Garantieverpflichtung nachzukommen. Henderson und Coulondre gaben am 22. Dezember 1938 in Berlin bekannt, Frankreich und Großbritannien seien mit einer Separatgarantie Deutschlands an die Tschechen einverstanden. Dieser Vorschlag half der tschechischen Sache in keiner Weise. Die Deutschen sahen keine Veranlassung, den ersten Schritt zu tun und einen Staat zu garantieren, der kürzlich noch Front gegen sie gemacht hatte, wenn Frankreich als der wirkliche Bundesgenosse der Tschechen keine Anstalten machte, es zu tun. Dem Münchener Abkommen gemäß hätten alle vier Mächte gleichzeitig oder doch in gleicher Weise zu handeln gehabt.

Die Deutschen vermuteten, daß die Briten und Franzosen die Frage bald aufgreifen und entsprechend dem Münchener Abkommen Vorschläge machen würden. Doch geschah nichts dergleichen. Je stärker das Garantieinteresse der Tschechen war, desto ablehnender verhielten sich die Briten in der Garantiefrage. Besonders gewandte Argumente gegen die Garantie trug Ogilvie-Forbes am 3. Januar 1939 Halifax vor. Überboten sich doch die britischen Diplomaten, die Halifax' Widerstand gegen die Garantie genau kannten, gegenseitig, ihn darin zu bestärken. So vertrat Ogilvie-Forbes den Standpunkt, Großbritannien „könne den status quo in Mittel-und Osteuropa einfach nicht garantieren”, es sei denn, man wolle den Krieg. Das war zwar sehr drastisch ausgedrückt, aber auch allzu wahr, als Großbritannien drei Monate später Polen garantierte. Die Berufsdiplomaten im Foreign Office waren sich der

wirklichen Absichten der britischen Tschechen-Politik nach München im vollen Umfang bewußt. Sir William Strang, Leiter der Deutschland-Abteilung im Foreign Office, erklärte, die den Tschechen versprochene britische Garantie sei weiter nichts als „eine Lüge“.

Hitler unterstützt die slowakische Unabhängigkeitsbewegung

Hitler versuchte nicht, sich den Anschein zu geben, als habe er jetzt einen sicheren Weg gefunden, auf lange Zeit mit den Tschechen fertig zu werden. Er sagte jedem, der es wissen und nicht wissen wollte, daß er keine Vorstellung davon habe, wie es im tschechischen Raum weitergehen solle. Die belgische Gesandtschaft in Berlin wurde am 21. November 1938 zur Botschaft erhoben und kurz danach nahm der belgische Botschafter, Vicomte Jacques Davignon, an einem Sonderempfang Hitlers in Berchtesgaden teil. Die Unterhaltung zwischen Hitler und Davignon erstreckte sich auch auf die Tschechenfrage. Hitler setzte ihm auseinander, daß die deutschen Beziehungen zur Tschechoslowakei alles andere als geregelt seien, und zählte die Schwierigkeiten auf, die noch nicht beseitigt seien. Die Offenheit der Hitlerschen Bemerkungen machte großen Eindruck auf Davignon.

Die Verhandlungen des Außenministers Chwalkowsky mit den Deutschen im Januar 1939 verliefen unbefriedigend. Die Deutschen beanstandeten die große tschechische Armee und die Fortsetzung des tschechisch-sowjetischen Bündnisses. Sie zeigten sich beunruhigt über die zahlreichen höheren Beamten in der tschechischen Regierung, die sehr antideutsche Ansichten zum Ausdruck brachten, sowie vom Tonfall der tschechischen Presse. Chwalkowsky war am 21. Januar 1939 nach Berlin gekommen, um diese Fragen zu erörtern. Er benahm sich recht herausfordernd und äußerte

zu den Deutschen, eine Verminderung der tschechischen Armee würde von der deutschen Bereitschaft abhängig gemacht werden, die Initiative in der Gewährung der Gebietsgarantie an die Tschechen zu ergreifen. Die Deutschen befremdete diese Haltung. Auch waren sie der Gesuche wegen eines einseitigen Vorgehens in der Garantiefrage überdrüssig, Am 28. Januar 1939 beendete ein deutsch-tschechisches Kommunique die fruchtlosen Unterredungen. Es beschränkte sich auf einige geringfügige Punkte wie Erleichterung im Schienenverkehr und Behandlung der Minderheiten.

Berichte erreichten Berlin, aus denen der wachsende Widerstand der Slowakei gegen die tschechische Herrschaft hervorging. Darauf schickte Ribbentrop Edmund Veesenmayer vom Auswärtigen Amt in die Slowakei, um die dortige Lage zu untersuchen. In überreichem Maße wurde den Deutschen bestätigt, daß die Slowaken das Ende der tschechischen Herrschaft herbeiwünschten. Am 12. Februar 1939 fand zwischen Hitler und Dr. Adalbert Tu-

ka, dem langjährigen Führer der slowakischen Unabhängigkeitsbewegung, eine Zusammenkunft statt. Dr. Tuka legte Hitler dar, seine Erfahrungen mit tschechischen Gerichten und Gefängnissen gäben ihm das Recht, für das Volk der Slowaken zu sprechen. Die Fortdauer der slowakischen Bindung an die Tschechen sei aus moralischen wie auch aus wirtschaftlihen Gründen unmöglich geworden. Die Tschechen hätten ihre politischen Zusagen an die Slowaken gebrochen und durch Ausbeutung großen Schaden in der slowakischen Wirtschaft angerichtet. Dr. Tuka erklärte, er sei entschlossen, in Zur sammenarbeit mit

den anderen slowakischen Nationalführern die Unabhängigkeit für sein Volk durchzusetzen. Seine Äußerungen stimmten mit dem überein, was er schon seit Monaten gesagt hatte. Wesentlich daran war, daß Hitler ihn bereitwillig nach Deutschland eingeladen hatte, um es ihn persönlich vortragen zu lassen. Ganz offensichtlich hatte Chwalkowsky sich aufsässig verhalten, um Hitler zu einer entschiedenen Politik herauszufordern. Die Gesamtsituation war durch völlige Unsicherheit gekennzeichnet. Die Tschechen erhielten keine Hilfe von außen und verloren bei ihrem Bemühen, Herr ihrer Minderheiten zu bleiben, ständig an Boden. Hitlers Antwort darauf war eine eindeutige Entscheidung gegen die Unterstützung des tschechoslowakischen Staates und der Entschluß, den Slowaken in ihrem Kampf gegen Prag zur Seite zu stehen. Das Ergebnis dieser Entscheidungen trat sehr bald offen zutage. Die Stellung der Tschechen in der Slowakei war schon vor dem Februar 1939 mehr und mehr ins Wanken geraten und brach wenige Wochen nach dem Besuch Dr. Tukas bei Hitler vollends zusammen.

Roosevelt als Objekt der Halifax-Propaganda

Halifax blieb weiterhin bei seiner Gleichgültigkeit gegenüber der Tschechenfrage. Insgeheim setzte er jedoch im Inland und außerhalb Großbritanniens Gerüchte in Umlauf, durch die Hitlers Außenpolitik in einem ungünstigen Licht erscheinen mußte. Halifax verurteilte Hitler in jeder Beziehung, was auch immer dieser in der Tschechoslowakei unternahm. Hätte Hitler sich entschlossen, Deutschland zugunsten der Tschechen in die Waagschale zu werfen, um ihre Herrschaft über die Slowaken aufrechtzuerhalten, dann wäre er beschuldigt worden, den Tschechenstaat in ein deutsches Mario-nettenregime verwandelt zu haben. Sein Entschluß, den Slowaken zu helfen, konnte als ein dunkler Anschlag verleumdet werden, den tschechoslowakischen

Staat zu zerstören, den mit einer Garantie zu schützen die Münchener Mächte versäumt hatten.

Die Situation wird durch eine Botschaft Halifax’ an den Präsidenten Roosevelt am 24. Januar 1939 erhellt. In ihr wird behauptet, er habe „eine große Zahl von Berichten aus zuverlässigen Quellen erhalten, die ein höchst beunruhigen-

des Licht auf Hitlers Stimmung und Absichten werfen“. Damit wiederholte Halifax die Taktik, die er bei Kennedy angewandt hatte, als er von Hitlers angeblich wütendem Haß gegen Großbritannien sprach. Halifax glaubte, Hitler habe wohl erraten, daß Großbritannien „nunmehr das Haupthindernis zur Erfüllung seiner weiteren Ambitionen sei”. Hitler brauchte wirklich nichts weiter zu tun, als in den Verhandlungsprotokollen nachzulesen, worüber Halifax und Chamberlain in Rom gesprochen hatten, um zu erkennen, daß Großbritannien die Hauptbedrohung für Deutschland darstellte. Dagegen entsprach es nicht der Wahrheit, wenn behauptet wurde, Hitler habe sein Ziel, mit England in Friede und Freundschaft zusammenzuarbeiten, geändert.

Halifax behandelte sein Thema mit zunehmendem Eifer. Der jüngste Plan Hitlers sei die Begründung einer unabhängigen Ukraine. Außerdem beabsichtige er, die Westmächte in einem Überraschungsangriff zu vernichten, bevor er sich dem Osten zuwende. Nicht nur die britische Abwehr, sondern auch „angesehene Deutsche, denen sehr daran liegt, dieses Verbrechen zu verhüten“, hätten Beweise für diese üble Verschwörung erbracht. Es handelte sich dabei um eine beklagenswerte Entstellung dessen, was Mitglieder des deutschen Widerstandes wie Theo Kordt und Karl

Goerdeler tatsächlich den Briten während der letzten Monate vertraulich mitgeteilt hatten. Keiner von ihnen hatte angedeutet, daß Hitler auch nur im entferntesten die Absicht habe, Großbritannien oder Frankreich anzugreifen.

Ferner informierte Halifax Roosevelt über einen möglichen Versuch Hitlers, Italien im Mittelmeerraum in einen Krieg zu stürzen, um einen Vorwand zum Kämpfen zu haben. Das war die Strategie, deren Halifax sich selber bedienen zu können hoffte, um Polen in einen Krieg mit Deutschland zu stürzen. Außerdem plane Hitler, nach Holland einzumarschieren und Japan Niederländisch-Ostindien anzubieten. Ebenso redete Halifax Roosevelt ein, Hitler werde England ein Ultimatum präsentieren, wenn er Italien nicht als Faustpfand verwenden könne, um einen Krieg zu provozieren. Nebenbei fügte er hinzu, die britischen Führer rechneten mit einem deutschen Überraschungsangriff aus der Luft, bevor das Ultimatum eintreffe. Er versicherte Roosevelt, dieser Überraschungsangriff könne jederzeit erfolgen. Schließlich behauptete er, die Deutschen seien in dem Augenblick, in dem er diesen Bericht abfasse, dabei, für dieses Unternehmen mobil zu machen.

Der britische Außenminister stellte in Rechnung, daß Roosevelt diese herausfordernden und verlogenen Behauptungen anzweifeln könne. Und so beeilte er sich, den Lügenmeldungen mit der Behauptung die Krone aufzusetzen, „Deutschland stünde vor einer finanziellen und wirtschaftlichen Krise“, welche die angeblich bankrotten Deutschen zwänge, diese verzweifelten Maßnahmen zu ergreifen. Mit falscher Bescheidenheit bemerkte er noch, daß einiges in

diesen Hinweisen „phantasievoll oder gar erdichtet klingen mag, doch wünsche Seiner Majestät Regierung nicht als Panikmacher angesehen zu werden".

Halifax befürchtete indessen, noch nicht deutlich genug gewesen zu sein. Er nahm darum nochmals Zuflucht zur Anklage und hob „Hitlers geistigen Zustand, sein sinnloses Rasen gegen Großbritannien und seinen Größenwahn" hervor. Er versicherte Roosevelt, die deutsche Untergrundbewegung sei schwach, so daß es im Anfangsstadium des kommenden Krieges keine Revolte in Deutschland geben werde. Vertraulich teilte er mit, Großbritannien habe sein Rüstungsprogramm gewaltig gesteigert. Er hielt es jedenfalls für seine Pflicht, „angesichts der auf Vertrauen gegründeten Beziehungen zwischen unseren beiden Regierungen und des Ausmaßes, in dem wir unsere diesbezüglichen Informationen ausgetauscht haben", Roosevelt über Hitlers angebliche Absichten und Einstellung aufzuklären. Halifax behauptete auch, Chamberlain erwäge, vor Hitlers Reichstagsrede am 30. Januar 1939 eine öffentliche Warnung an Deutschland ergehen zu lassen. Das entsprach zwar nicht der Wahrheit, doch hoffte Halifax, Roosevelt auf diese Weise zu einer kriegetischen Alarmrede aufreizen zu können. Er schlug Roosevelt sogar vor, unverzüglich eine öffentliche Warnung an Deutschland zu richten.

Anthony Eden war von Halifax im Dezember 1938 nach Amerika geschickt worden, um Gerüchte über dunkle deutsche Pläne zu verbreiten, und Roosevelt hatte daraufhin in seiner Botschaft an den Kongreß am 4. Januar 1939 eine herausfordernde und beleidigende Warnung an Deutschland ausgesprochen'. Halifax versprach sich von einem zweiten Vorstoß dieser Art Nutzen für die Verbreitung jener Kriegspropaganda, mit der er die britische Öffentlichkeit zu überschwemmen gedachte. Die gewünschte Antwort auf

diesen besonderen Vorschlag blieb ihm versagt. Außenminister Hull setzte, wie es ein britischer Diplomat in Washington scherzhaft bezeichnete, „in seinem recht orakelhaften Stil“ auseinander, daß der Regierung im Augenblick durch die solchen Dingen abgeneigte öffentliche Meinung Amerikas die Hände gebunden seien. Als Trost erhielt Halifax am 27. Januar 1939 offiziell den Bescheid, daß „die Regierung der Vereinigten Staaten sich seit einiger Zeit mit ihrer Politik auf die Möglichkeit just der Situation eingerichtet habe, die in ihrem Telegramm angedeutet wurde“. Das hieß mit anderen Worten: Das New Deal, das den Bolzen seiner Reformen in einem nutzlosen Versuch, die amerikanische Wirtschaftsdepression zu überwinden, verschossen hatte, rechnete mit dem Ausbruch eines europäischen Krieges.

Halifax erfuhr am 30. Januar 1939, daß führende amerikanische „Sachverständige” einigen Einzelheiten seiner Analyse über die holländische Situation nicht zustimmten. Sie rechneten ihrerseits damit, daß Hitler seine Truppen längs der holländischen Grenze aufstellen und die Übergabe großer Teile der

ostindischen Inseln, ohne einen Schuß abzugeben, fordern werde. Der augenfällige Zweck dieser Rooseveltschen Phantasieen war es, „Großbritannien zu demütigen” und „Japan zu bestechen”. Diese Note wurde nicht etwa als Aprilscherz abgesandt, sondern war durchaus ernsthaft gemeint. Halifax konnte daran ermessen, daß er mit seiner Botschaft die politische Mentalität Roosevelts, Hulls und ihrer Berater treffsicher angesprochen hatte. Wer in ihrer Umgebung Hitler nicht für hoffnungslos wahnsinnig erklärte,

wurde regelrecht in Acht und Bann getan. Roosevelt hoffte auch 1943 auf eine lange Unterredung mit Joseph Stalin in Teheran über den angeblichen Wahnsinn Adolf Hitlers. Er wurde indessen enttäuscht, denn Stalin hat diesen Teil der Unterhaltung brüsk mit der Feststellung abgebrochen, Hitler sei nicht wahnsinnig. Es war wie bei dem nackten Kaiser H.C. Andersens, dem man zurief, er habe ja gar keine Kleider an. Stalin durchschaute Roosevelt als gescheiterten und skrupellosen Politiker, dem jedoch die Qualitäten des Staatsmannes abgingen.

Halifax erfährt von der nahenden Slowakenkrise

Bis zum 8. Februar 1939 traten die Briten und Franzosen nicht wieder an die Deutschen wegen der Garantiefrage heran. Die englisch-französische Meinungsverschiedenheit über die Garantie blieb bestehen, und eine Nachfrage in Berlin erfolgte nur gelegentlich. Der französische Botschafter Coulondre äußerte lediglich, daß er deutsche Vorschläge zur Garantie begrüßen würde. Ribbentrop erörterte den Fall mit den westlichen Botschaftern und sagte ihnen eine Prüfung der gegenwärtigen tschechischen Situation zu, bevor er ihnen eine Antwort erteile. Der lässige Tonfall der englisch-französischen Demarche bestärkte Ribbentrop und Hitler in ihrer Auffassung, daß den westlichen Führern die Frage als nicht allzu dringlich erschien.

Die Lage der Tschechen verschlechterte sich in den folgenden Wochen zusehends. Am 2. März 1939 erörterte Ribbentrop die Garantiefrage mit Coulondre und am 3. März mit Henderson. Er eröffnete ihnen, daß sich Deutschland endgültig gegen eine deutsche Initiative in dieser Frage entschieden habe, nicht ohne den Hinweis, daß die Verhältnisse in der Tschechoslowakei überaus gefahrvoll und ungefestigt seien. Nach Ribbentrops Ansicht schlossen diese

Verhältnisse eine Garantie aus. Er betonte, eine Garantie der Westmächte könne die bestehenden Schwierigkeiten nur vergrößern. Dies war um so bedeutungsvoller, als Großbritannien und Frankreich keinerlei Anstalten machten, die Initiative zu ergreifen.

Der britischen und französischen Regierung waren am 28. Februar 1939 Verbalnoten zugegangen, in denen der deutsche Standpunkt gegen die Garantie deutlich zum Ausdruck kam. Ribbentrop entnahm seinen Unterredungen

mit den französischen und britischen Botschaftern einige Tage später, daß sie keine Anweisungen zur Anfechtung des deutschen Standpunktes erhalten hatten. Die Deutschen hatten die Garantie offen zurückgewiesen, und die britische und französische Regierung unterließen es, dazu Stellung zu nehmen. In der Zeit zwischen der englisch-französischen Demarche vom 8. Februar 1939 und der deutschen Erwiderung am 28. Februar kennzeichneten die deutsch-tschechischen Reibungen die Lage. Die Tschechen blieben bei der Abweisung der Juden des Sudetenlandes, die gemäß den Münchener Bedingungen als Tschechen gelten wollten. Sie beklagten sich bei den britischen Diplomaten in Prag darüber, daß die Juden „noch eifriger als die christlichen Germanen gewesen waren, Böhmen in vergangenen Tagen zü germanisieren“. Ferner trugen sie vor, daß 21.000 Tschechen aus dem Sudetengau sich für die tschechische Staatsangehörigkeit entschieden hätten, daß sich jedoch nur wenige Deutsche in der Tschechoslowakei zur deutschen Staatsangehörigkeit bekannt hätten. Die Tschechen schrieben diesen Umstand einem wohlüberlegten deutschen

Plan zu, sich eine möglichst große Minderheit im tschechischen Bereich zu sichern.

Am 18. Februar 1939 kam Halifax zu Ohren, die Deutschen dächten an ein Eingreifen in der Tschechoslowakei. Henderson hatte über eine seiner „üblichen freien Aussprachen“ mit Marschall Göring am Morgen des 18. Februar berichtet. Der deutsche Marschall war in ausgezeichneter Stimmung und erzählte, daß er 40 Pfund abgenommen habe und Anfang März angenehme Urlaubstage in San Remo verbringen wolle. Doch bald wandte man sich ernsten Themen der hohen Politik zu. Es war Göring bekannt, daß die „riesigen Aufwendungen für die britische Rüstung” entweder für die Verteidigung Englands oder für einen Präventivkrieg gegen Deutschland gemacht worden waren. Göring teilte daraufhin seinem Gegenüber vertraulich mit, die Deutschen hätten nach München ihre Rüstungsausgaben eingeschränkt, bis die britischen Maßnahmen sie veranlaßt hätten, ihr Militärbudget zu erhöhen. Göring gab eine Analyse der derzeitigen Situation und behauptete, daß die deutschen Waffen weniger kosteten als die britischen.

Göring wies Henderson mahnend darauf hin, daß Hitler mehr am Frieden als am Krieg interessiert sei. Henderson hielt in seinem Bericht an Halifax diese Äußerung des Marschalls für absolut aufrichtig. Göring versicherte Henderson auch, es gebe keine deutschen Pläne für ein umfassendes Unternehmen. Die Briten könnten deshalb lediglich mit einer lebhaften Tätigkeit von verhältnismäßig kleinem Ausmaß in der unmittelbaren Nachbarschaft Deutschlands rechnen. Insbesondere ließ er deutlich wissen: Daß „Memel schließlich und möglicherweise eher früher als später zu Deutschland zurückkehren wird, ist ein gefaßter Entschluß, und gleichermaßen sei es mit einer

329

330

Regelung hinsichtlich Danzigs, die Tschechoslowakei könnte auch in die Enge getrieben werden”. Das war ein unverhohlen offenes Wort, wie es normalerweise nur zwischen Verbündeten gesprochen werden konnte. Es war aber auch ein warnender Hinweis darauf, daß im tschechischen Raum entscheidende Entwicklungen zu erwarten seien. Weizsäcker prophezeite Henderson am gleichen Tag, daß keine der 1939 aufkommenden Fragen „zu einer ernsthaften Gefährdung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen“ werde.

Halifax’ Entschluß, die Krise zu ignorieren

Halifax war sich einer herannahenden Krise bewußt, aber fest entschlossen, ihr in wohlberechneter, seinen Absichten dienender Weise zu begegnen. Die der Regierung nahestehenden Blätter wie die Times in London wurden angewiesen, von der Verbreitung alarmierender Berichte abzusehen und einen optimistischen und beruhigenden Ausblick auf das gegenwärtige Geschehen zu geben. Die führenden Regierungssprecher sollten sich positiver und versöhnlicher Äußerungen befleißigen. Die Panikmache der Regierung, die im Januar 1939 kurz vor ihrem Höhepunkt stand, durfte zeitweilig in den Hintergrund treten. Halifax wollte auf diese Weise die britische Öffentlichkeit davon überzeugen, daß Hitler seine Pfeile aus heiterem Himmel abgeschossen hatte, als der unvermeidliche Höhepunkt der Tschechenkrise gekommen war.

Der tschechische Staat sah sich wachsenden inneren Schwierigkeiten gegenüber. Die slowakischen Minister forderten auf der gemeinsamen Konferenz der

tschechischen, slowakischen und ruthenischen Ministerien von ihren tschechischen Kollegen Mitte Februar die Entfernung der deutschfeindlichen Mitglieder des Prager Kabinetts. Doch wurde diesen Forderungen nicht stattgegeben. Die Führer der deutschen Minderheit sprachen von dem Druck der Tschechen, der sie zwingen sollte, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen und sich auf deutsches Territorium zu begeben. Am 17. Februar 1939 hielt Theodor Kundt, ein deutscher Minderheitenführer, eine aufsehenerregende Rede im Deutschen Haus zu Prag. Er forderte die Rückkehr zu einer Behandlung, mit der die Deutschen durch die böhmischen Könige geeint worden waren. Viele dieser Könige stammten in alter Zeit aus deutschen Fürstenhäusern. Die Slowaken waren aufgebracht über die tschechische Weigerung, slowakische Soldaten der tschechischen Armee in slowakischen Garnisonen dienen zu lassen. Die Prager Regierung hatte sich entschlossen, die tschechischen Truppen in der Slowakei und die Slowakeneinheiten in Böhmen stationiert zu halten. So zeichnete sich sehr deutlich ein kommender endgültiger Bruch zwischen den tschechischen und slowakischen Führern ab.

Verzweifelt bemühte sich die tschechische Regierung, den Verlust an Autorität auszugleichen, um der inneren Krise begegnen zu können und die sich

rasch ausbreitende Überzeugung einzudämmen, daß das tschechisch-slowakische Experiment zum Scheitern verurteilt sei. Am 22. Februar 1939 legten die Tschechen den Münchener Vier ein Aidememoire vor, in dem sie um die Gebietsgarantie nachsuchten. Sie erklärten sich endlich

bereit, ihre Bündnisse zu widerrufen und im Austausch gegen eine Garantie ihre Neutralität zu erklären.

Die tschechische Note rief in London keine Begeisterung hervor. Sir Alexander Cadogan, Unterstaatssekretär im Foreign Office, bedauerte, daß die Tschechen sich nicht klar ausgedrückt hätten, ob sie die Absicht hegten oder nicht, ihre Neutralität einseitig zu erklären, um sich der Garantie würdig zu erweisen. Im 19. Jahrhundert hätten die Schweizer von sich aus ihre Neutralität erklärt, bevor sie die internationale Garantie der beteiligten Mächte annahmen. Das war ein interessantes Argument, aber die britische Regierung fühlte sich nicht bemüßigt, von den Tschechen eine Klärung des Sachverhalts zu erbitten.

Halifax unterhielt sich mit dem deutschen Botschafter Herbert von Dirksen an dem Tag, an dem die tschechische Note in London eintraf, erwähnte die Tschechenfrage jedoch nicht. Dirksen stand kurz vor seinem Deutschland-Urlaub. Er wies Halifax darauf hin, daß Ribbentrop sehr viel englandfreundlicher sei, als er es in seinem Verhalten ausdrücke. Halifax entgegnete Dirksen mit der Versicherung, daß „England sich freuen würde, Ribbentrop zu einem Besuch zu empfangen".

In dieser Zeit waren die Deutschen sehr freimütig gegenüber den Briten. Sie hatten auch wenig Grund zu der Annahme, daß sie irgendetwas in der Tschechei tun könnten, was ihre Beziehungen zu Großbritannien stören würde. Dirksen schrieb vor seiner Abreise nach Deutschland am 23. Februar 1939 auch an Chamberlain. Dieser erkundigte sich, ob viele Deutsche als politische Flüchtlinge aus Furcht vor dem Nationalsozialismus vom Sudetenland nach Prag übergesiedelt seien. Dirksen gab zu, daß 13.000 Deutsche als Widersacher Hitlers aus dem Sudetengau ins

Innere Böhmens gegangen seien, bevor die Besetzung des Sudetengebietes durch deutsche Truppen erfolgte.

Britische Diplomaten berichteten am 25. Februar 1939 aus Prag, die tschechische Regierung habe sich entschlossen, deutschen und. jüdischen Flüchtlingen aus dem Sudetengau nicht zu gestatten, tschechische Bürger zu bleiben. Auch lehnte sie weiterhin die Einreisegenehmigung für Juden ab“. Die Tschechen waren fest entschlossen, bei der Behandlung der Slowaken strenge Maßnahmen anzuwenden. Britische Diplomaten im slowakischen Preßburg wiesen am 26. Februar 1939 London warnend darauf hin, daß die slowakische Mißstimmung gegen die Tschechen sich einem Höhepunkt nähere und der deutsche Einfluß dort zunehme, ja daß man mit dem Höhepunkt der Slo-

wakenkrise in allernächster Zukunft rechnen könne. Diese Warnung nahm Halifax ernst. Er unterrichtete den britischen Botschafter Lindsay in Washington am 27. Februar 1939, er habe eine Nachricht erhalten, „welche auf die Möglichkeit einer militärischen Besetzung der Tschechoslowakei hinweise“.

Am 1. März 1939 war Hitler Gastgeber des jährlichen Banketts für das Diplomatische Korps in Berlin, zwei Tage nach Halifax’ Telegramm an Lindsay. Es war der letzte Anlaß, zu dem er noch im Frack erschien. Er sprach einzeln mit jedem der akkreditierten Würdenträger. Mit besonderer Betonung erklärte er Henderson in Gegenwart der anderen Botschafter, daß „er das _ Britische Empire bewundert“. Auch hob er das Fehlen ernsthafter Konfliktursachen in den deutsch-englischen Beziehungen hervor. Henderson sich

zuwendend, sagte er, daß er es in diesem Fall nicht als notwendig erachte, den britischen Botschafter anschließend zu einem besonderen Aussprachebesuch über die Fragen der deutsch-englischen Beziehungen zu bitten. Henderson hatte auch seinerseits keine Anweisungen, die Tschechenfrage mit Hitler zu erörtern.

Im Verlauf der ersten Märzwoche 1939 hatten sich wichtige Verhandlungen über Finanzfragen zwischen den tschechischen und slowakischen Führern festgefahren. Die Tschechenregierung machte Anstalten, ihre militärischen Anlagen in Ruthenien am 6. März 1939 zu verstärken und die autonome Ruthenienregierung aufzulösen. An diesem Tage warnte Newton London erneut, daß „die Beziehungen zwischen den Tschechen und Slowaken einer Krise zuzutreiben scheinen“.

In Warschau erörterten die polnischen Führer mit britischen Diplomaten die slowakische „Unabhängigkeitsbewegung”. Kennard berichtete Halifax am 7. März 1939, daß man für den gleichen Tag ein Mitglied der slowakischen Regierung in einer Sondermission in Warschau erwarte. Den Polen war es klar, daß Deutschland im Begriff war, zur herrschenden auswärtigen Macht in der Slowakei zu werden. Die polnische Haltung zur Frage der slowakischen Unabhängigkeit war jetzt noch zurückhaltender als vorher. Gleichwohl erfuhr Kennard, daß die Polen dem slowakischen Abgesandten zu sagen gedachten, „was immer sie tun würde, Polen würde die Slowakei weiterhin mit Sympathie betrachten“. Die Polen waren bereit, den Slowaken die ermutigende Zusicherung zu geben, daß Polen die neue Grenze mit einer unabhängigen Slowakei garantieren werde. Die Slowaken sollten sich versichert wissen, daß Ungarn nach Ansicht der polnischen Führer keine Einwände gegen die slowakische Unabhängigkeit erheben werde.

Kennard glaubte, der fortwährende Zuspruch Polens zugunsten der slowakischen Unabhängigkeit entspringe der Ungeduld Warschaus, die Ru thenienFrage zu regeln. Die Polen waren immer noch enttäuscht, daß Italien

332

333

sie in Wien übergangen hatte. „Ciano hat offensichtlich nicht den Mut, irgend etwas zu tun, was dem Reich mißfallen könnte”. Kennard kam zu dem Schluß, daß die Polen Gegner der Erhaltung des tschechischen Staates bleiben würden.

Chwalkowsky versicherte am 8. März den britischen Diplomaten in Prag, Hitler habe eine geschickte Formel angewandt, um die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über eine einseitige deutsche Gebietsgarantie der Tschechoslowakei zunichte zu machen. Er erinnerte an die Worte des Reichskanzlers, die Polen und Ungarn müßten bereit sein, den gegenwärtigen territorialen Status quo als Voraussetzung für die Garantie zu akzeptieren. Mit Bitterkeit stellte Chwalkowsky fest, daß Polen und Ungarn hierzu niemals ihre Zustimmung geben würden.

Höhepunkt der Slowakenkrise

Die slowakische Krise erreichte ihren Höhepunkt am 9. März 1939, als die Prager Regierung die vier höchsten Minister der Slowakenregierung in Preßburg entließ”. Henderson berichtete aus Berlin mit schlüssigen Beweisen, daß Deutschland die slowakische Unabhängigkeitsbewegung unterstütze. Die Londoner Times versicherte ihren Lesern daraufhin, die europäische Lage sei ruhig”. Geoffrey Dawson, Chefredakteur der Times, verzeichnete am 12. März 1939 in seinem persönlichen Tagebuch, daß Tschechen und Slowaken in den Straßen von Preßburg kämpften. Am

folgenden Tag wiederholte die Times, die europäische Lage sei ruhig, und die Leser wurden versichert, Deutschland habe keine Forderungen an seine Nachbarn. Am gleichen Tag trug Dawson in sein Tagebuch ein, daß Hitler dabei sei, „mit der ihm eigenen Einschüchterungsmethode” sich der Unruhe in der Slowakei zuzuwenden. Dieser Freund Halifax’ hatte für den Journalismus jene Ambivalenz entwickelt, die für die Diplomatie des britischen Außenministers so überaus kennzeichnend ist.

Henderson geriet in die größte Verlegenheit, als die führenden britischen Zeitungen es unterließen, über die Krise in der Slowakei zu berichten. So wies er in seinem Bericht an Halifax vom 11. März darauf hin, daß die deutsche Presse sich aufmerksam mit der tschechisch-slowakischen Kontroverse befasse und die Nachricht vom Hilferuf Dr. Tisos an die deutsche Regierung veröffentlicht habe.

Halifax erfuhr am gleichen Tage aus Warschau, daß die polnischen Führer keine Besorgnis über die Zukunft Böhmen-Mährens erkennen ließen, aber verbittert seien, weil Deutschland und nicht Polen sich den herrschenden Einfluß in der Slowakei gesichert habe. Noch hofften die polnischen Führer, es werde auf keine Alternative mit einer unabhängigen Slowakei unter deutschem Schutz hinauslaufen, aber die Aussichten dafür waren denkbar ungünstig.

333

334

Die Polen konzentrierten sich nunmehr auf ihre eigene Aktion zur Unterstützung der Ungarn bei der Erwerbung Rutheniens auf tschechische Kosten. Am 12. März wurde

Halifax alarmiert, daß Hetzredner in Böhmen-Mähren die Deutschen der Urheberschaft der slowakischen Krise bezichtigten und daß fanatische Tschechen durch die Straßen Brünns zögen und „Hrom a Peklo“ sängen (Donner und Hölle, d. h. auf die Deutschen).

Joseph Kirschbaum, damals einer der führenden slowakischen Politiker und später Professor an der Universität von Montreal in Kanada, hat die Behauptung des amerikanischen Journalisten William Shirer zurückgewiesen, wonach die Deutschen die Slowaken eingeschüchtert und infolgedessen gezwungen hätten, ein für alle mal mit den Tschechen zu brechen. Am 10. März hatte sich Karol Sidor mit der Führung einer Interimsregierung in der Slowakei einverstanden erklärt. Am gleichen Tag war spät abends eine Mission hoher deutscher Beamter aus Wien in Preßburg eingetroffen, darunter Staatssekretär Wilhelm Keppler,. der österreichische Regierungschef Arthur Seyß-Inquart und Gauleiter Joseph Bürckel, um die Lage mit Sidor zu erörtern. Es fand ein freundschaftlicher Gedankenaustausch statt. Die Deutschen reisten mit dem Bewußtsein ab, daß Sidor nicht die Absicht habe, eine im Gegensatz zu Dr. Tiso und den übrigen slowakischen Führern stehende Politik zu verfolgen. Dr. Tiso behielt als anerkannter Führer die politische Initiative der Slowakei durchaus in der Hand und alle seine Entscheidungen während der Krise wurden in vollem Einvernehmen mit den Hauptverantwortlichen gefällt.

Hitler erklärte sich am 13. März 1939 mit dem ungarischen Einmarsch in Ruthenien einverstanden. Noch am gleichen Tage erhielt er eine Dankesbotschaft von Reichsverweser Horthy aus Ungarn. Der Slowakenführer Dr. Joseph Tiso traf am 13. März über Wien in Berlin zu einer eilends anberaumten Unterredung mit Hitler ein. Hitler setzte ihm auseinander, daß die deutsche Presse sich seit einigen Tagen damit befasse, die tschechische Politik zu kritisieren,

weil er ihr das gestattet habe. Er hatte entschieden, Deutschland dürfe die ständige Unruhe und Unsicherheit in der Tschechoslowakei nicht dulden. Hitler gab zu, daß ihm bis vor kurzem die Stärke der Unabhängigkeitsbewegung in der Slowakei garnicht klar gewesen sei. Er versprach Dr. Tiso, er werde die Slowakei unterstützen, wenn sie auch weiterhin ihren Willen zur Unabhängigkeit beweise. Dr. Tiso erwiderte, Hitler könne sich auf die Slowakei verlassen.

Halifax bereitete für Henderson in Berlin eine seltsame Analyse dieser Situation vor, die sichtlich dazu bestimmt war, eine Sonderstellung in der künftigen offiziellen Darstellung der Ereignisse einzunehmen. Diese Analyse gipfelte in folgender Feststellung: „Während der letzten Wochen hat sich

334

335

sicherlich eine Entspannung der Situation dadurch vollzogen, daß Gerüchte und Befürchtungen nachgelassen haben; aber es ist nicht sicher, ob die deutsche Regierung nicht in irgendeinem Teil-Abschnitt Unfug geplant hat. (Ich hoffe, daß sie kein unbekömmliches Interesse an der slowakischen Situation zeigen wird, auch nicht während ich diese Zeilen schreibe)."

Das sind ungewöhnliche Eröffnungen für einen Mann, der zwei Wochen zuvor noch von der Wahrscheinlichkeit einer deutschen, militärischen Besetzung der Tschechoslowakei in unmittelbarer Zukunft gesprochen hatte. Diese Analyse läßt sich mit einem von F. K. Roberts verfaßten und vermutlich von Halifax am 13. März 1939 diktierten Memorandum vergleichen. Das Memorandum enthält im Gegensatz zu der Botschaft an Henderson eine scharfsinnige und präzise

Beurteilung der Slowakenkrise. Es gipfelt in der Feststellung: „Die Lage in der Slowakei scheint nach München überaus unbefriedigend gewesen zu sein“, und Hitler „wird sich vielleicht entscheiden, nach Prag zu marschieren“. Man betrachtete den Marsch nach Prag als logischen Schritt Hitlers, um der gegenwärtigen Krise zu begegnen. Man hat beinahe das Gefühl, als meinte der Autor, wenn er Hitler wäre, würde er nach Prag marschieren. Ferner ist zu beachten, daß das Memorandum abgefaßt wurde, bevor auch nur die leiseste Andeutung dafür vorhanden war, daß Hitler mehr tun würde, als die Slowaken zu ermutigen.

Der deutsche Botschafter in Warschau, von Moltke, der in der gründlichen Interpretation der polnischen Politik während der Tschechenkrise 1938 versagt hatte, war von dem Verhalten Polens im März 1939 sichtlich betroffen. Er fragte sich, warum Polen beharrlich die Auflösung der Tschechoslowakei befürworte, während es doch klar sei, daß Deutschland weit größeren Nutzen aus dieser Entwicklung ziehen werde als Polen. Das Interesse der polnischen Führer an Ruthenien war ihm bekannt, ebenso daß eine unabhängige Slowakei durch die Abtrennung Rutheniens von Prag die ukrainische Frage lösen würde.

Moltke berichtete am 13. März, Polen sei „ganz offensichtlich gegen“ eine unabhängige Slowakei unter deutschem Einfluß; denn das würde die potentielle militärische Gefahr von Deutschland her erhöhen. Es schien Moltke, als werde Polen in der Slowakei mehr verlieren, als es gewinne, wenn es Ungarn in Ruthenien wisse. Er kam zu dem Schluß, daß die Polen vielleicht ein doppeltes Spiel trieben. In Warschau ging ein Gerücht um, demzufolge die Tschechen die Polen um Hilfe gegen die Slowaken ersucht und dafür Ruthenien angeboten hätten. Moltke hielt einen solchen Vorschlag der Tschechen für unwahrscheinlich und

eher die Polen für fähig, ihrerseits den Tschechen diesen Vorschlag zu machen.

Moltke leugnete nicht, daß die polnische Einstellung zu Deutschland an der

335

336

Oberfläche im Augenblick freundschaftlich sei, doch gehe es in der Slowakei um entscheidende Dinge, so daß „Polen jetzt fürchten muß, die Unabhängigkeit der Slowakei bedeutete weiter nichts als die Anlehnung an Deutschland".

Wieder einmal irrte sich Moltke in der Auslegung einer bedeutsamen Situation und in Berlin ließ man die Möglichkeit einer polnisch-tschechischen Abmachung unbeachtet. Der deutsche Diplomat hatte übersehen, wie schwer der Wunsch der Polen ins Gewicht fiel, die endgültige Ausscheidung ihrer tschechischen Rivalen zu erleben.

Der Hitler-Hacha-Pakt

Dr. Tiso wurde in seiner Forderung nach der slowakischen Unabhängigkeit von Ferdinand Durcansky unterstützt, der ehemals für den Versuch einer slowakischen Autonomie unter tschechischer Herrschaft eingetreten war. Tiso und Durcansky konnten beide mit der einmütigen Unterstützung des slowakischen Landtags rechnen. Am 14. März morgens um drei Uhr beschlossen sie, den Landtag einige Stunden später einzuberufen und die slowakischen Abgeordneten aufzufordern, für eine Unabhängigkeitserklärung zu stimmen. Dieses Vorhaben gelang und der 14. März wurde zum slowakischen Unabhängigkeitstag. Als Hitler von der Abstimmung der Slowaken zugunsten der Unabhängigkeit

erfuhr, instruierte er Weizsäcker, daß Deutschland sich zur Anerkennung der Slowakei entschlossen habe, und wies ihn an, die ausländischen Diplomaten in Berlin entsprechend zu informieren. Weizsäcker besprach sofort die Lage mit Henderson. Der britische Botschafter beschwerte sich darüber, daß Radio Wien sich zugunsten des slowakischen Unabhängigkeitsverlangens geäußert habe. Weizsäckers Entgegnung war die Wiederholung dessen, was viele ausländische Diplomaten in den Monaten seit dem Anschluß Österreichs berichtet hatten. Er gab Henderson zu verstehen, in vieler Hinsicht „sei Österreich von Berlin weitgehend unabhängig“.

Henderson hatte keine Instruktionen von Halifax, wie er sich zu der Krise verhalten sollte. Doch unternahm er aus eigener Initiative einen schwerwiegenden Schritt. Er nahm am 14. März Fühlung mit dem tschechischen Gesandten Mastny auf und drängte ihn, vorzuschlagen, Chwalkowsky solle nach Berlin kommen und die Lage mit Hitler besprechen. Die tschechische Antwort auf Hendersons Vorschlag lautete günstig. Newton arbeitete Henderson sehr entgegen und berichtete einige Stunden später aus Prag, daß Präsident Hacha und Chwalkowsky von den Deutschen die Erlaubnis bekommen hätten, nach Berlin zu kommen. Die tschechischen Führer verließen Prag am 14. März 1939 um vier Uhr nachmittags mit einem Sonderzug. Die anschließende Konferenz mit den Deutschen wurde zu einem entscheidenden Ereignis der tschechischen Geschichte. Sie begann und endete in den ersten Stunden des 15. März.

Es wurde ein deutsch-tschechisches Abkommen geschlossen, das ein böhmischmährisches Regime unter deutscher Schutzherrschaft vorsah.

Der tschechische Präsident wurde, wie es einem ausländischen Staatschef gebührt, in Berlin mit allen militärischen Ehrenbezeugungen empfangen. Meißner begrüßte ihn auf dem Bahnsteig und überreichte Hachas Tochter, welche den tschechischen Staatsmann begleitete, Blumen und Konfekt. In Verhören der Alliierten nach dem 2. Weltkrieg hat Hachas Tochter bestritten, daß ihr Vater während seines Berlinbesuches unter irgendwelchen Druck gesetzt worden sei. Die Zusammenkunft mit den deutschen Führern dauerte von 1 Uhr 15 bis 2 Uhr 15 in den Morgenstunden des 15. März und Hacha hat nach seiner Rückkehr ins Hotel seiner Tochter alle Einzelheiten geschildert. Hitler, Hacha, Chwalkowsky, Ribbentrop, Marschall Göring und General Keitel hatten an der Zusammenkunft teilgenommen. Hacha setzte sich für die Fortdauer der tschechischen Unabhängigkeit ein und bot dafür die Verringerung der tschechischen Armee an. Hitler wies diesen Antrag zurück und gab bekannt, daß deutsche Truppen noch am gleichen Tag in Böhmen-Mähren einmarschierten. Die Deutschen ließen keinen Zweifel daran, daß sie bereit seien, jeden tschechischen Widerstand zu brechen.

Hacha, der herzkrank war, erlitt während der Sitzung mit den deutschen Führern eine leichte Herzattacke. Er erklärte sich damit einverstanden, deutsche ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, und erholte sich dann sehr schnell. Alle waren ungeheuer erleichtert. Den Deutschen schauderte vor dem Gedanken, was sensationslüsterne Auslandsjournalisten daraus gemacht hätten, wenn Hacha in Berlin gestorben wäre. Hacha und Chwalkowsky kamen überein, mit Prag zu telephonieren und von jedem

Widerstand abzuraten. In der noch verbleibenden Zeit widmete man sich Verhandlungen über einen Vers tragsentwurf. Einige weitere Einzelheiten wurden am 15. und 16. März zwischen den Tschechen und Deutschen in Prag geregelt. Der deutsche Hauptvormarsch nach Böhmen-Mähren begann nicht vor dem Abschluß der Berliner Zusammenkunft der tschechischen und deutschen Führer. In einem Fall wurde eine Ausnahme gemacht. Seit Oktober 1938 war es die Sorge der Deutschen und Tschechen, die Polen könnten versuchen, nach dem Industriezentrum Mährisch-Ostrau auszugreifen. Hitler hatte den Sondereinsatz deutscher Wehrmachtseinheiten in diesem Gebiet für den Abend des 14. März befohlen, um diese Eventualitäten zu verhindern. Die dort ansässige tschechische Bevölkerung zeigte Verständnis für die Lage und es brauchte keine Gewalt angewandt zu werden.

Die ungarische Regierung übermittelte den Tschechen am 14. März 1939 ein 12-Stunden-Ultimatum. Die Tschechen gaben nach und noch am gleichen Tage begann die militärische Besetzung Rutheniens durch die Ungarn.

337

338

Flenderson war die Absicht Deutschlands, Böhmen-Mähren zu besetzen, vor der Ankunft Hachas und Chwalkowskys in Berlin bekannt. Unmittelbar darauf unterrichtete er Halifax von dieser Entscheidung, erhielt aber als Antwort nur unklare Anweisungen. Halifax ermächtigte Henderson zu der Erklärung, daß Großbritannien nicht den Wunsch habe, sich in Angelegenheiten zu raschen, die andere Länder unmittelbarer angingen, aber es „werde jedes Unternehmen in Mitteleuropa beklagen, das jenen allgemeinen Vertrauenszuwachs beeinträchtigt, von dem jede Besserung

der Wirtschaftslage abhängt und zu dem eine solche Besserung ihrerseits beiträgt”. Diese sphinxhafte Erklärung war ziemlich unverständlich und Henderson konnte nichts weiter tun, als den Deutschen versichern, Großbritannien werde sich nicht in ihre Tschechenpolitik einmischen.

Halifax fordert Hitler heraus

Henderson hoffte auf eine maßvolle Reaktion der Briten auf die Krise. Er kabelte Halifax, angesichts dieser Situation liege die größte Hoffnung „in der Anerkennung der Tatsache, daß die Garanten des Wiener Schiedsspruches (Deutschland und Italien) die in erster Linie interessierte Partei seien”. Es wäre Halifax an sich möglich gewesen, diesem vernünftigen Rat zu folgen und nach den sich überstürzenden Ereignissen einen beruhigenden Einfluß auf die britische Öffentlichkeit während der Krise auszuüben. Winston Churchill, ein guter Kenner der öffentlichen Meinung Englands und mit der damaligen Halifax-Politik nicht vertraut, rechnete mit keinem Kurswechsel der britischen Führer auf Grund des Prager Geschehens. Er wußte, daß es Chamberlain und Halifax möglich war, die öffentliche Meinung nach dem März 1939 im Sinne der bisherigen Friedenspolitik zu lenken. Umso erstaunter war er über die plötzliche Schwenkung der britischen Politik wenige Tage nach Hitlers Ankunft in Prag. Ganz offensichtlich war es Halifax’ eigener Wille, Hendersons Rat zu ignorieren, und der Grund lag nicht etwa in einem vermeintlichen Druck.

Die Geschichte der britischen Reaktion auf Prag ist die Geschichte der britischen Kräfteausgleichspolitik von 1939. Hitlers Vorgehen in Prag war für die Briten lediglich das Signal, die Maske ihrer falschen Appeasement-Politik fallen zu lassen. Die britischen Führer hatten sich für diesen Schritt seit der Münchener Konferenz weitgehend vorbereitet. Sie hätten ebenso leicht irgendeinen anderen

Vorwand gefunden, wenn die Tschechenkrise 1939 einen anderen Verlauf genommen hätte. Der beste Beweis für diese Tatsache ist ihr späteres Bemühen, einer vermeintlichen Krise in Rumänien im März 1939 größeres Gewicht zu geben als der echten Krise in der Tschechoslowakei. Das diplomatische Vorgehen der Briten in der Tschechenfrage seit München hatte

338

339

England jedes Recht genommen, sich über Hitlers Lösung dieser Frage zu beschweren. Halifax war den britischen Verantwortlichkeiten in dem tschechisch-magyarischen Streitfall wie auch in der Garantiefrage ausgewichen. Auch war er der erste führende Staatsmann Europas, der im Fall der Tschechoslowakei für einen Verzicht auf die Selbstbestimmung eintrat. Er hatte Deutschland zum Wagnis einer einseitigen Lösung der Tschechenfrage ermutigt und während der letzten hektischen Wochen des tschechoslowakischen Regimes nicht nur keinerlei Interesse an der Krise, sondern betonte Zurückhaltung bewiesen.

Erstaunlicherweise hat der US-Journalist William Shirer, dem für eine angeblich definitive Geschichte Deutschlands unter Hitler unverdiente Anerkennung zuteil geworden ist, noch im Jahre 1960 die tschechische Situation vom März 1939 vollständig verkannt. Nicht weniger als viermal behauptet er in der Schilderung der Prager Vorgänge, Großbritannien und Frankreich hätten in München „feierlich die Tschechoslowakei gegen Aggression garantiert". Es ist kennzeichnend für Shirers ganze Arbeit, daß er bei der Behandlung der von ihm geschilderten Ereignisse einen sehr großen Teil der zugänglichen Dokumente garnicht zu Rate gezogen hat. Sein Werk ist darum als bloße Karikatur einer

echten historischen Darstellung anzusehen. In diesem Zusammenhang sei auch auf seine mangelhafte Verwendung britischer Quellen hingewiesen, die ihm das Verständnis jeder bedeutenden Phase der britischen Außenpolitik im Jahre 1939 unmöglich macht.

Unmittelbar nach dem Prager Unternehmen durchschaute Hitler das Spiel der Briten. Doch hoffte er noch immer, seine Gegner mit diplomatischen Schachzügen mattsetzen zu können. Er weigerte sich zuzugeben, daß ein deutsch-englischer Krieg unvermeidlich sei, denn er wußte, daß die Briten, trotz ihrer augenblicklichen Feindseligkeit gegen Deutschland, niemals allein und ohne Hilfe angreifen würden. Die deutsch-englische Krise trat nach Prag offen zutage, aber der Krieg war trotzdem nicht unvermeidbar.

Der ehemalige konservative Premierminister Stanley Baldwin hatte für Januar 1939 eine Reihe von Vorlesungen geplant, die er im April an der Universität von Toronto in Kanada halten wollte. Diese Vorlesungsreihe trug den Titel „England und das Gleichgewicht der Kräfte, dargestellt am Kampf gegen Philipp von Spanien, Ludwig XIV. und Napoleon I. bis zur Bekämpfung der Tyrannei in der Gegenwart“. Halifax’ Verhalten im März 1939 beim Beginn des öffentlichen Feldzuges zur Vernichtung Deutschlands war indessen so meisterhaft, daß Baldwin sich entschied, seine außenpolitischen Vorlesungen nicht zu halten, weil sie nur abträglich wirken würden. Ursprünglich wollte er mit diesen für April geplanten Vorlesungen in Erfüllung einer vaterländischen Pflicht vorbereiten helfen, was Halifax nun auch ohne seine Bei-

hilfe bereits im März 1939 erreicht hatte. Baldwin erkannte, daß Außenpolitik niemals seine starke Seite gewesen sei und Halifax ihn in diesem Bereich in den Schatten gestellt habe. Im April 1939 beschloß Baldwin, seine Vorlesungen in Kanada auf die Innenpolitik, die sein Spezialgebiet war, zu beschränken. Die Außenpolitik des Britischen Empires lag allein in den Händen von Lord Halifax. Damit stellte sich die Frage, ob es wieder zu einem deutsch-englischen Krieg kommen werde oder nicht. Es war ein Wettkampf zwischen Halifax und Hitler, zwischen dem britischen Aristokraten und dem deutschen Mann aus dem Volke.

11. KAPITEL: DEUTSCHLAND UND POLEN ANFANG 1939

Die Notwendigkeit einer deutsch-polnischen Verständigung

DEM Zusammenbruch des tschechoslowakischen Staates im März 1939 waren bedeutsame deutschpolnische Verhandlungen vorausgegangen.

Das wichtigste diplomatische Ereignis im Dezember 1938 war indessen die deutsch-französische Freundschaftserklärung. Die britischen Führer beantworteten dieses Ereignis mit ihrem Rombesuch im Januar 1939 und der Intensivierung ihrer Verständigungspolitik gegenüber Italien. Wie bedeutend der britische Rombesuch auch war, er wurde trotzdem von Becks Besuch in Berchtesgaden und Ribbentrops Reise nach Warschau im Januar 1939 überschattet. War doch die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen eine Frage von entscheidender Bedeutung für den Frieden Europas. Sie mußten entweder zu einem weiteren Fortschritt auf dem Wege einer deutsch-polnischen Verständigung hin- oder zu der chaotischen Situation vor dem Nichtangriffspakt von 1934 zurückführen, was leicht einen Krieg hervorrufen konnte. Der Pakt von 1934 war eine brauchbare Grundlage für die Verbesserung der Beziehungen, aber offensichtlich waren weitere Schritte erforderlich, um den Verlust des bisher Erreichten zu verhindern.

Der Pakt von 1934 war lediglich ein Nichtangriffspakt im völkerbundsüblichen Stil. Er ließ die Danziger Frage und Deutschlands Stellung zur polnischen Westgrenze ungeklärt. Sowohl Deutschland wie Polen waren Gegner der Sowjetunion und ihrer Politik, ohne daß man bisher die antisowjetische Politik beider Staaten in dauerhafter Weise zu koordinieren versucht hatte. Während der Tschechenkrise im Jahre 1938 war den Polen deutsche Unterstützung gegen Rußland versprochen worden. Über die Frage des deutschen Verhaltens im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Polen während der Monate nach München hatte man nichts vereinbart. Die Polen waren in Sorge wegen der Möglichkeit eines Angriffs von seiten der Sowjetunion. Sie unter-

hielten ein ständiges ausschließlich gegen Rußland gerichtetes Militärbündnis mit Rumänien.

Ribbentrop ging keineswegs fehl mit seiner Behauptung, daß seit Deutschlands Niederlage im Jahre 1918 für eine umfassende Regelung der Differenzen zwischen Deutschland und Polen keine Vorsorge getroffen sei. Die deutschpolnische Verständigung nach 1934 war recht unvollkommen. Die Lage wäre nicht so erschwert worden, wenn die sogenannten Friedensmacher von 1919 im Anschluß an Punkt 13 der 14 Punkte des Wilsonschen Friedensprogrammes den territorialen status quo zwischen den beiden Nationen hergestellt hätten.

Die Tragödie von 1939 ist dem Versäumnis der europäischen Staaten zu danken, die aus dem Vertragsbruch der Alliierten im Jahre 1918 erwachsenen Fragen ohne Krieg zu lösen. Der feierlich abgeschlossene Vertrag zwischen Deutschland und

den alliierten Mächten im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens vom November 1918 schloß den Punkt 13 des Wilson-Programmes mit ein. Deutschland hatte zugestimmt, die Ergebnisse der Selbstbestimmung in den deutsch-polnischen Grenzländern zu akzeptieren und Polen sollte im Zuge dieser Selbstbestimmung einen Zugang zum Meer bekommen.

Das Versprechen an Polen bildete die Grundlage für das erfolgreiche Vorgehen der Tschechoslowakei auf der Friedenskonferenz, sich einen Zugang zum Meer durch Freihafeneinrichtungen in Hamburg und Stettin zu verschaffen.

Die unbefriedigende Regelung für Danzig und den Korridor im Jahre 1919 war zwanzig Jahre hindurch unverändert geblieben. Eine friedliche Lösung im Jahre 1939 wäre ein sehr erheblicher Beitrag zur Festigung Europas gewesen.

Das großzügige deutsche Angebot an Polen

Ribbentrop und Hitler hatten im Oktober 1938 eine Regelung vorgeschlagen, die für Deutschland sehr viel weniger günstig war als Punkt 13 des Wilsonschen Programms. Diese Regelung zielte nicht darauf, Deutschland die Stellung wiederzugeben, die es behalten hätte, wenn von den alliierten Mächten der Waffenstillstandsvertrag nicht verletzt worden wäre. Polen erhielt damals große Gebietsstreifen von Westpreußen und West-Posen, die überwiegend deutsch waren. Aus den Bevölkerungszahlen war zu ersehen, daß eine Volksabstimmung in der Provinz Westpreußen niemals zugunsten Polens hätte ausfallen können. Darum verweigerten die Alliierten eine Volksabstimmung in diesem Gebiet. Der Hauptteil Westpreußens wurde ohne weiteres an Polen übergeben,

während man die Proteste der geschlagenen Deutschen verächtlich beiseiteschob.

Man könnte einwenden, der Autobahnplan hätte zumindest die Rückgabe

342

343

irgendwelchen polnischen Gebietes an Deutschland erfordert. Als die Deutschen den Plan vorschlugen, war es ihnen klar, daß sie für alle bestehenden und künftigen polnischen Nord-Südstraßen Über-oder Unterführungen vorsehen mußten. Nach diesem Plan hätte es sich um einen Landstreifen von höchstens 1 km Breite und 85 km Länge gehandelt. Nach den in Frage kommenden Grundsätzen des internationalen Rechts stellt dieses exterritoriale Unternehmen eher eine reine Dienstleistung als eine tatsächliche Souveränitätsübertragung dar. Die Deutschen hätten damit lediglich ein Sonderrecht innerhalb eines unter polnischer Oberhoheit stehenden Gebietes erhalten.

Der Hitlersche Plan faßte keine Vergrößerung Deutschlands durch Zurückgewinnung ehemaligen deutschen, den Polen im Jahre 1919 zugesprochenen Gebietes ins Auge. Er beabsichtigte vielmehr im Interesse einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit einen Verzicht Deutschlands auf derartige Gebietsansprüche. Dieses Zugeständnis Hitlers war für eine Kompensierung der deutschen Wünsche im Korridor und in Danzig mehr als ausreichend. Hitlers Angebot vom Oktober 1938 war der vernünftigste Vorschlag, den Polen seit 1918 von Deutschland erhalten hatte. Georges Bonnet hat oft über den Wert der Zugeständnisse nachgedacht, die Bismarck in seinem Bemühen, die freiwillige Anerkennung der deutsch-französischen Grenze

von 1871 durch Frankreich zu erlangen, vergebens gemacht hatte. Hätten die polnischen Führer auch nur den geringsten Wert auf eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland gelegt, so hätten sie in den deutschen Zugeständnissen eine angemessene Grundlage für ein Abkommen erkannt. Das hätte sie zwar nicht gehindert, Deutschland noch andere Verpflichtungen abzuverlangen, wie beispielsweise die Zusicherung, in der Slowakei keine deutschen Truppen zu unterhalten. Die Polen zogen jedoch den wirklichkeitsfremden Standpunkt vor, daß ein deutsches Angebot, ihre Grenze von 1919 zu garantieren, für sie kein Zugeständnis bedeutete.

Das deutsche Angebot vom 24. Oktober 1938 war nicht lediglich ein Fühler, den Deutschland einzog, als die Polen im Oktober und November 1938 es unbeantwortet ließen. In den mehr als fünf Monaten vor der endgültigen Ablehnung ihres Angebotes preßten die Deutschen den Polen nicht etwa größere Zugeständnisse ab. Vielmehr war es eher die Ungeduld der polnischen Führung als die Hitlers, die im März 1939 den Abbruch der Verhandlungen herbeiführte. Die polnischen Diplomaten waren durchaus davon überzeugt, daß die Deutschen es mit ihren Vorschlägen als Grundlage eines dauerhaften Abkommens ehrlich meinten. Hitler war auch willens, seine ursprünglichen Vorschläge etwas einzuschränken und auf die längs der Autobahn verlaufende Eisenbahnstrecke nach Ostpreußen zu verzichten. Eine endgültige Antwort Polens auf das deutsche Angebot blieb nach den ersten Unterre-

dungen Ribbentrops mit Lipski aus. Die Polen machten nicht die geringste Andeutung, daß es für ein Abkommen auf der

vorgeschlagenen Grundlage keinerlei Chancen gebe.

Die Gründe der polnischen Verzögerungstaktik

Die Polen hatten gute Gründe, mehr als fünf Monate lang das Anwachsen der britischen Rüstung abzuwarten, ehe sie das deutsche Anerbieten kategorisch ablehnten. So war es nicht schwierig für sie, die Verhandlungen nach ihrem Ermessen in der Schwebe zu halten und dann den für sie richtigen Augenblick zu wählen, sie abzubrechen. Sie hielten mit ihren eigenen Plänen zurück und weigerten sich, Einzelheiten der Verhandlungen den Franzosen, ihren Verbündeten, anzuvertrauen. Auch die Briten, die nur allzu bereit waren, ihnen zu helfen, erfuhren nichts. Beck blieb bei diesem Verhalten, obwohl das gegenseitige Konsultieren in wichtigen Fragen grundlegender Bestandteil des französisch-polnischen Bündnisses war. Es war ihm auch bekannt, daß die Briten voll Neugier und Ungeduld etwas über die Sachlage herauszubekommen suchten. Beck behandelte die wirklichen Großmächte Europas in diesen Monaten recht geringschätzig. Während Großbritannien wie auch Deutschland sich um Polens Gunst bemühten, war Beck sich der Bedeutung seiner Stellung allzu bewußt.

Die Polen gingen auch deshalb so geheimnisvoll vor, weil sie die zwischen ihnen und Deutschland schwebenden Fragen nicht vor eine internationale Konferenz gebracht wissen wollten. Mit gutem Grund vermuteten sie, ihr französischer Bundesgenosse würde in diesem Fall zu dem Schluß kommen, daß Deutschland die vernünftigeren Argumente vorzubringen habe. Polen war einem Gedankenaustausch, wie ihn die Diplomaten-Konferenzen mit sich brachten, zutiefst abgeneigt. Es bevorzugte die zweiseitige Verhandlung und machte sich nichts aus Staaten, die nicht unmittelbar daran interessiert waren, ein Urteil über polnische Interessen abzugeben.

Aus diesen Verhältnissen heraus waren Becks Geheimnistuerei und seine Verzögerungstaktik leicht verständlich. Die Situation wäre eine völlig andere gewesen, hätte Beck nicht fest mit der britischen Angriffsabsicht auf Deutschland gerechnet. Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob die Polen ihre Differenzen mit Deutschland beigelegt hätten, wenn die Briten den Deutschen freundschaftlich oder doch friedlich begegnet wären. Doch ist das mehr als wahrscheinlich. Absolut sicher ist es, daß die Polen ohne die Zusicherung der britischen Hilfe ihre Verhandlungen mit den Deutschen im März 1939 nicht plötzlich abgebrochen hätten.

Die jüngsten Erfahrungen der Tschechoslowakei erweckten in polnischen Gemütern ernste Zweifel an Frankreich. Das traf vor allem auf Joseph Beck

344

345

und Juliusz Lukasiewicz, die besten Frankreich-Kenner Polens, zu. Die Polen setzten alles auf die Fähigkeit Großbritanniens, im Fall einer Krise beherrschend und entscheidend auf die französische Politik einzuwirken.

Beck wußte genau, daß Großbritannien, als Ribbentrop im Oktober 1938 das deutsche Angebot vorlegte, noch nicht zur Intervention gegen Deutschland bereit war. Voller Verachtung hatte Beck zugesehen, wie Großbritannien 1938 den Frieden auf tschechische Kosten erkaufte. Vom September 1938 her besaß er britische Zusicherungen, daß Polen nicht die Behandlung der Tschechoslowakei erfahren werde. Das versetzte Beck in die Lage, auf seinem kühnen Standpunkt zu verharren und zu verkünden, daß die Polen, anders als die Tschechen, zu kämpfen bereit seien, mit und

ohne Zusicherungen anderer Mächte. Die Tatsache, daß die Briten niemals in der Lage sein würden, Polen ebenso unmittelbar wie wirksam in militärischer Hinsicht zu unterstützen, bereitete Beck keine Kopfschmerzen. Er war nicht an der Verhinderung einer augenblicklichen Niederlage Polens, sondern an einem Beitrag zur Vernichtung Deutschlands und der Sowjetunion interessiert.

Becks Außenpolitik stützte sich im stillen auf das Ergebnis des 1. Weltkriegs. Nach einer erneuten Niederlage Rußlands durch Deutschland und dann Deutschlands durch die Westmächte werde — wie Beck zuversichtlich hoffte —aus der Asche einer nochmaligen Niederlage Polens jenes Großpolen der Vor-Teilungsepoche erstehen.

Auch legten die Polen der Rolle der Vereinigten Staaten große Bedeutung bei. Sie wußten, wie entscheidend das Eingreifen Amerikas im 1. Weltkrieg war. Sie wußten ferner, daß der gegenwärtige Präsident der USA, Franklin D. Roosevelt, ein glühender Interventionist war. Roosevelt unterschied sich deutlich von seinem Vorgänger Herbert Hoover, nach dem zum Dank für seine Hilfsaktionen nach dem 1. Weltkrieg viele Straßen in Polen benannt worden waren. Hoover hatte von einer Unterredung mit Adolf Hitler am 8. März 1938 einen günstigen Eindruck mitgenommen und war einer der führenden Köpfe im Kampf gegen den amerikanischen Interventionismus. Es war den Polen bekannt, daß Hoover, den man fälschlich als den Urheber des amerikanischen Wirtschaftskrachs von 1929 bezeichnete, 1938 nur geringen Einfluß auf die Politik Amerikas hatte. Auch wußten sie, daß Präsident Roosevelt begierig darauf wartete, die Vereinigten Staaten in die Kämpfe weitab liegender Staaten in Europa und Asien verwickeln zu können. Alle Widersacher Roosevelts in Amerika, die sich in Gegensatz zu seiner Außenpolitik stellten, wurden verächtlich zu Isolationisten gestempelt.

Die Polen machten sich nur wenig Gedanken über die Gründe des Rooseveltschen Interventionismus. Sie dachten realistisch genug, um anzunehmen, daß er schon irgendwelche berechtigten Gründe dazu haben müßte. Sie ga-

ben sich mit der bequemen Erklärung Graf Jerzy Potockis zufrieden, des polnischen Botschafters in den USA. Potocki behauptete, Roosevelts Außenpolitik stehe unter jüdischem Einfluß. Das war unzutreffend, aber man interessierte sich in Polen nur wenig für eine genaue Analyse der amerikanischen Politik. In den Übersichten, die das polnische Außenministerium an seine Auslandsmissionen verschickte, wurden amerikanische Verhältnisse nur selten erwähnt. Die Polen waren sich der Bedeutung der Stellung Amerikas bewußt, aber sie begnügten sich damit, die Frage, wie eine amerikanische Intervention in Europa zustandekommen sollte, ihren britischen Freunden zu überlassen.

Hitler weigert sich, Druck auf Polen auszuüben

Die freundschaftliche Haltung Deutschlands erleichterte es Beck, seine Entscheidung über das Angebot vom Oktober 1938 hinauszuzögern, ohne den deutschen Zorn zu erregen. Die Art, wie Deutschland an Polen herantrat, unterschied sich sehr erheblich von seinem Vorgehen in Österreich oder der Tschechoslowakei. Ein Rumpf-Österreich bestand 1938 nur darum, weil man ihm das Recht verweigert hatte, sich 1919 Deutschland auf dem Wege der Selbstbestimmung anzuschließen. Hitler konnte als Deutsch-Österreicher kaum etwas für die österreichischen Führer empfinden, die in dem

relativ winzigen Gebiet eine unbeliebte Habsburger Monarchie begründen zu können hofften. Der Tschechoslowakei gegenüber hatte Hitler die gleiche Einstellung wie Pilsudski. Nach seiner Ansicht war dieser unter tschechischer Herrschaft stehende und in Versailles anerkannte Nationalitätenstaat eine unnatürliche Erscheinung ohne jede historisch begründbare Stellung in der Geschichte Mitteleuropas.

Es gab einige Deutsche, die das Wiedererstehen Polens im 20. Jahrhundert nicht für richtig hielten. Aber Hitler war nicht ihrer Meinung. Er stellte sich in Gegensatz zu den Fürsprechern einer Zusammenarbeit mit Rußland, welche die russisch-deutschen Beziehungen durch eine Aufteilung Polens seitens Deutschlands und der Sowjetunion zu festigen suchten. Schon in seinem Buch „Mein Kampf" hatte Hitler erkannt, daß man aus der antipolnischen Politik einen Fall machen könne, und er bemerkte, daß die deutsche Politik im 1. Weltkrieg deshalb keinen Erfolg hatte, weil sie weder eindeutig propolnisch noch antipolnisch war. Hitler glaubte, man müsse einen unbeirrbar geraden Weg einschlagen, und hatte sich deshalb für eine propolnische Politik entschieden. Allein aus diesem Grunde bewies er im Umgang mit den Polen beispiellose Geduld.

Es waren viele gewichtige Argumente für eine propolnische Politik, wenn man sich erst einmal mit der Einstellung Hitlers vertraut gemacht hatte, nach

der Deutschland auf die im 1. Weltkrieg an Polen verlorenen Gebiete verzichten müsse. Frankreich, Italien und Polen waren die drei bedeutendsten direkten Nachbarn

Deutschlands in Europa. Vom Standpunkt der Verteidigung und der Sicherheit Deutschlands aus war es sehr viel klüger, freundschaftliche Bande mit diesen drei Nachbarn zu knüpfen, als sich einem von ihnen zu entfremden. Die am höchsten zu schätzende Leistung diplomatischer Staatskunst ist das Herstellen guter Beziehungen zu unmittelbaren Nachbarn.

Nach machtpolitischen Begriffen wäre es auch möglich gewesen, anstelle von Polen Rußland als Nachbarn anzusehen. Aber Hitler erkannte klar, daß es keine Chance für dauerhafte freundschaftliche Beziehungen zum kommunistischen Staat unter Stalin geben konnte. Hatte sich doch die Sowjetunion ihrerseits die Vernichtung ihrer kapitalistischen Nachbarn zur Aufgabe gemacht.

Beck täuscht Deutschland

In den Monaten nach dem Oktober 1938 hat Beck die Deutschen ganz bewußt irregeführt. Es gelang ihm, sie davon zu überzeugen, daß er eine deutschfreundliche Politik Polens begünstige. Nur bestand er darauf, einen solchen Kurs mit lebenswichtigen polnischen Interessen in Einklang zu bringen und für die polnische öffentliche Meinung einigermaßen annehmbar zu machen.

Er war so erfolgreich in dieser Annäherungspolitik, daß die meisten deutschen Sachkenner zu dem Schluß kamen, er müsse ja fast gegen seinen Willen gehandelt haben und gewiß gegen seine persönlichen Wünsche, als er schließlich mit einer betont deutschfeindlichen Politik offen hervortrat.

Beck war sehr einfallsreich, um den gewünschten Eindruck bei den Deutschen zu erwecken. Immer wieder betonte er, wie sehr er angeblich eine deutschpolnische Zusammenarbeit zu schätzen wisse. Er zeigte gewöhnlich

sehr vielCharme und Aufmerksamkeit, wenn die deutschen Vorschläge

erörtert wurden, vor allem in seinen Unterredungen mit Hitler, für den er unzweifelhaft eine große persönliche Vorliebe hatte. Seine Meinung über die führenden Persönlichkeiten in England und Frankreich war weniger günstig, aber er teilte mit Pilsudski die Überzeugung, daß es Persönlichkeiten nicht gestattet sein dürfe, eine entscheidende Rolle in der polnischen Politik zu spielen. Beck verstand sich darauf, die öffentliche Meinung Polens, die Deutschland unzweifelhaft feindlich gesinnt war, auszunutzen und sie als ein wesentliches Hindernis einer raschen und glatten Regelung mit den Deutschen hinzustellen. Gleichzeitig achtete er sorgsam darauf, diesen Faktor „Öffentliche Meinung“ nicht so weit auszubauen, daß die Deutschen auf den Gedanken kommen könnten, er sei unfähig, mit ihr fertig zu werden. Geschickt ließ er die Tür offen und gab andeutungsweise zu verstehen, daß man

schließlich zu einer Regelung, ungefähr unter den von den Deutschen vorgeschlagenen Bedingungen, kommen könne. Becks Spiel mit den Deutschen ist eine reizvolle Episode in der Geschichte der Diplomatie, nur endete sie unglücklicherweise in einer Tragödie.

Die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Polen

Die wachsende Härte, mit der polnische Behörden gegen die deutsche Minderheit vorgingen, erschwerte die Lage zusehends. Die bedeutsamen deutsch-polnischen Konferenzen im Januar 1939 standen im Schatten der kommenden jährlichen Durchführung der Agrarreform in

Polen, deren Verkündung für den 15. Februar 1939 angesetzt war. Mieczlaw Zaleski, ein führender Sprecher Polens, behauptete in einer Kattowitzer Rede, der mit Deutschland 1934 geschlossene Pakt sei lediglich aus taktischen Gründen erfolgt. Er sei eine bequeme Abschirmung, hinter der sich die polnische Regierung der deutschen Minderheit entledigen könne. Ferner erklärte er, dieses Vorgehen sei notwendig, um „den Boden für einen künftigen Konflikt vorzubereiten”. Es war vermutlich die Absicht der polnischen Regierung, das deutsche Element im Land auszumerzen, bevor es zum Krieg gegen Deutschland kam.

Die deutsche Regierung hoffte, den Polen zureden zu können, die deutschen Grundbesitzer 1939 besser zu behandeln als 1938. Im Jahre 1938 waren größere, in deutschem Besitz befindliche Flächen als 1937 trotz des Minderheitenpakts mit Polen vom November 1937 enteignet worden. Das zur Anwendung kommende Agrargesetz, nach dem seither 66 Prozent des enteigneten Bodens in Polnisch-West-Preußen und Posen den Deutschen genommen worden war, stammte aus dem Jahre 1925. Das geschah trotz der Tatsache, daß ein sehr viel größerer Teil der umfangreicheren Anwesen 1925 den Polen und nicht Deutschen gehört hatte. Die Hauptklagen der Deutschen richteten sich nicht so sehr gegen die Aufteilung der großen Bauernhöfe als gegen die Art der Neuverteilung. Weniger als 1 Prozent des eingezogenen Ackerlandes aus deutschem Besitz wurde neu an die deutsche Minderheit verteilt. Das war der Hauptgrund für die Flucht deutscher Bauern aus Polen nach Deutschland.

In jenen Jahren hatte sich die Gesamtanbaufläche im polnischen Westpreußen und in Posen verringert, während sie in allen anderen Gegenden Polens vergrößert worden war.

Mit Unwillen vermerkte die deutsche Regierung, daß die deutschen Eigentümer des beschlagnahmten Bodens nur $^1/_8$ des eigentlichen Wertes dafür erhielten. Das Land vor der Enteignungsaktion zu verkaufen, war mit Schwierigkeiten verbunden, da man die Lage der Deutschen in Polen kannte und sie dementsprechend auszunutzen suchte. Überdies untersagte das Grenzlandgesetz für ein großes Gebiet ganz allgemein den privaten Landver-

348

349

kauf seitens deutscher Besitzer. Die polnische Regierung hatte sich zum Ziel gesetzt, den Privatverkauf zu unterbinden und das Land durch staatliche Enteignung in ihre Hände zu bekommen.

Beck benahm sich recht unbekümmert, als er diese Frage mit Moltke erörterte. Er machte geltend, daß es doch unwichtig sei, wenn man die deutschen Anwesen zuerst beschlagnahme, werde doch der polnische Besitz in wenigen Jahren nach dem gleichen Gesetz genauso aufgeteilt. Moltke bezweifelte, daß der Landwirtschaftsminister Poniatowski als konservativer Politiker die Absicht habe, scharf gegen die polnischen Anwesen vorzugehen.

Es war ihm klar, daß der Widerstand organisierter Verbände die Anwendung des Gesetzes auf Polen in nennenswertem Ausmaß verhindern würde. Es schien Moltke mehr als unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige Regierung ein Bodenreformgesetz in vollem Umfang durchführen würde, das vor Pilsudskis Staatsstreich von 1926 verabschiedet worden war. Sehr viel wahrscheinlicher war es, daß man

sich dieses Gesetzes als eines bequemen Mittels bediente, eine Verarmung unter den Deutschen herbeizuführen.

Weizsäcker wies Moltke an, darauf zu bestehen, daß die Satzungen des Minderheitenpaktes von 1937 über gleiche Behandlung deutscher und polnischer Landbesitzer beachtet würden. Graf Michal Lubienski vom polnischen Außenministerium versicherte Moltke, die diesjährigen Enteignungslisten würden mit völliger Sachlichkeit und ohne Rücksicht auf die Volkszugehörigkeit der jeweiligen Eigentümer vorbereitet. Diese Zusage wiegte Moltke in falsche Sicherheit. Am 15. Februar 1939 unterrichtete er Berlin telefonisch mit zornerstickter Stimme über die tatsächlichen Durchführungsergebnisse. Von den in Posen unter die Beschlagnahme fallenden Ländereien, insgesamt 20.275

Hektar, waren 12.142 Hektar deutsches Eigentum. In Westpreußen zog man 17.437 Hektar ein, wovon 12.538 Hektar den Deutschen gehörten. In Ostoberschlesien war alles für die Beschlagnahme vorgesehene Land, 7.438 Hektar, bis auf 100 Hektar deutscher Besitz. Danach war also fast 75 Prozent des konfiszierten Bodens deutsches Eigentum. Es bedeutete demnach die völlige Auflösung aller deutschen Anwesen nach dem Gesetz und das zu einer Zeit, da die meisten der größeren polnischen Besitztümer noch unangetastet waren.

Das war die „völlige Sachlichkeit” der Polen, die Lubienski zugesichert hatte.

Weizsäcker wies Moltke am 16. Februar 1939 an, eine scharfe Protestnote zu dieser „unglaublichen Benachteiligung deutscher Landeigentümer” in Westpolen zu überreichen. Er sollte den Polen klarmachen, daß ihr Vorgehen im Gegensatz zum Novemberpakt von 1937 und

zu den kürzlich abgegebenen Versicherungen stehe. Die Antwort des polnischen Außenministeriums vom 17. Februar lautete, daß es für diese Situation nicht verantwortlich sei. Man gab vor, sich um den Schutz der deutschen Interessen bemüht zu haben, und

349

350

behauptete, man habe vergeblich versucht, für die Deutschen in Posen ein Verhältnis von 50 : 50 zu erreichen. Es wurde auch das bemerkenswerte Argument angeführt, die Aufschlüsselung der Beschlagnahme in den Westprovinzen sei von Verhältnissen in anderen polnischen Bereichen beeinflußt worden. Moltkes Vorschlag, daß beide Länder gemeinsame Beratungen über Minderheitenfragen abhalten sollten, wurde abgelehnt. Es konnte nichts getan werden, um den Deutschen in Polen auf diplomatischem Wege zu helfen.

Die Frage der jährlichen Landaufteilung war einige Monate lang von der deutschen Provinzpresse an der Reichsgrenze behandelt worden. Die deutsche Regierung hatte sich entschlossen, den Rat Moltkes zu befolgen und einen ersten vorsichtigen Schritt zur Lockerung der Zensurbestimmungen für das ganze Reich hinsichtlich der Minderheitenbedrängnis in Polen zu machen.

Eine neue Zensuranweisung vom Dezember 1938 gestattete es Grenzgebietszeitungen, über neue Ausschreitungen zu berichten und die entsprechenden Auswirkungen zu kommentieren. Es war jedoch untersagt, frühere Vorfälle zu erörtern. Die deutsche Inlandpresse war angewiesen, auch weiterhin alle Meldungen über die deutsche Minderheit zu unterdrücken. Ribbentrop hatte Lipski am 15. Dezember

1938 persönlich vor den möglichen Folgen der verstärkten Kampagne gegen die Deutschen in Polen noch einmal gewarnt. Er hatte sich dabei auch über die polnische Arroganz in Danzig beklagt und gegen die kürzliche Herausgabe einer Danziger Briefmarkenserie protestiert, die an die Siege der Polen über die Deutschritter im Mittelalter erinnern sollte. Lipski erklärte dazu, daß seine Regierung die beleidigenden Marken aus dem Verkehr ziehen lassen werde.

Kennard gewann in Warschau den Eindruck, daß die Spannungen zwischen Deutschland und Polen im Verlauf des November und Dezember 1938 gewachsen seien, und war mit dieser Entwicklung recht zufrieden. Sie glich seine Besorgnis über die Haltung Frankreichs aus. Ende November kam der französische Botschafter Léon Noël von seinem Urlaub aus Paris zurück. Er hatte Kennard warnend darauf hingewiesen, daß die französische Führung geneigt sei, ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen einzuschränken.

Vertraulich deutete er an, in Frankreich herrsche ein starkes Bedürfnis, sich aus allen französischen Militärverpflichtungen in Osteuropa zu lösen. Im Jahre 1936 hatten die Franzosen mit Polen in Schloß Rambouillet ein Wirtschaftshilfe-Abkommen geschlossen und dementsprechend die Polen kürzlich eine 95-Millionen-Franc-Anleihe von Frankreich erhalten. Es schien Noël so, als habe Frankreich diese Zahlung über die gewohnte Gebühr hinaus verzögert.

Diese Äußerungen alarmierten Kennard. Er berichtete Halifax, ein merkliches Nachlassen des französischen Interesses an Polen könne den Deutschen helfen, zu einer endgültigen deutsch-polnischen Verständigung zu gelangen.

Deutschpolnische Unterredungen Ende 1938

Lipski und Ribbentrop hatten am 15. Dezember 1938 die Frage einer allgemeinen Regelung miteinander erörtert. Dabei hatte der polnische Botschafter den Reichsaußenminister nach Warschau zu einem Gespräch mit den polnischen Führern eingeladen und von Ribbentrop eine Zusage erhalten. Dieser ließ durchblicken, er hoffe, bei dieser Gelegenheit die Verhandlungen über ein Abkommen mit Polen in Warschau abschließen zu können. Auch müsse sein Besuch als ein ernsthafter Versuch, eine „allgemeine Regelung" zu erzielen, und nicht als eine reine Formalität gelten. Lipski stimmte dieser Ansicht sofort zu und erklärte nochmals, Polen sei bereit, die Frage der deutschen Autostraße und einer Eisenbahnlinie nach Ostpreußen zu erörtern. Von Danzig war keine Rede.

Ribbentrop war über die Aussicht auf baldige eingehende Verhandlungen in Warschau hocherfreut. Er sprach Lipski gegenüber die Hoffnung aus, Polen werde stets jener Politik folgen, die auf „der Tradition Pilsudskis und seiner Weitsicht" aufbaue. Man müsse sich außerdem noch sehr ausführlich über Minderheiten unterhalten, um die gegenwärtigen Reibungen zu beseitigen. Lipski seinerseits erhielt die Versicherung, Ribbentrops Ziel sei die Zusammenarbeit Deutschlands mit einem starken Polen gegen die Sowjetunion.

Lipski erwähnte die Verbesserung der polnischen Beziehungen zu Litauen und nebenbei, daß Polen sich zunehmend für die Hafenmöglichkeiten in Memel interessiere. Ribbentrop entgegnete darauf, das polnische Interesse an Memel sei hoffentlich ausschließlich kommerzieller und nicht politischer Natur. „Denn Memel sei

ganz und gar deutsch und auch immer gewesen. Völlig offen gab er zu, daß Deutschland sich in Memel für die Selbstbestimmung einsetze. Lipski machte keine Einwände, sondern stellte fest, Polen sei lediglich aus wirtschaftlichen Gründen an dieser Stadt interessiert, worauf Ribbentrop bemerkte, die deutschen Bemühungen bei den Signatarmächten des Memel-Statuts von 1920 seien bisher stets ergebnislos gewesen. Vertraulich gab er zu verstehen, Deutschland werde diese Mächte nicht konsultieren, wenn es an die Lösung der Memelfrage ginge.

Am 16. Dezember 1938 kam Moltke zur Berichterstattung nach Berlin.

Frank, 1933 bayerischer Justiz-, 1934 Reichsminister, war am Abend zuvor Ehrengast beim Festessen der deutschen Botschaft in Warschau gewesen. Bei Tisch hatte sich Frank mit Beck über die deutsch-polnischen Beziehungen unterhalten. Beck hatte behauptet, er lege großes Gewicht auf den Pakt von 1934 mit Deutschland, und dabei hervorgehoben, daß er bereit sei, in deutschen Angelegenheiten die Politik Pilsudskis fortzusetzen. Seine deutschen Gastgeber hatten dies dahingehend ausgelegt, daß Beck sich einer ausge-

sprochen deutschfreundlichen Politik verschrieben habe. Beck beklagte sich, es bestehe gegenwärtig „eine gewisse Spannung“ zwischen Deutschland und Polen, die er aber als absurd empfinde. Nach seiner Ansicht habe sich die Einstellung der polnischen Öffentlichkeit zu Deutschland verschlechtert. Er deutete an, daß dieses wohl eine Folge

der vielen Krisen in Europa während der vergangenen Monate sei.

Auch Moltke sprach mit Beck über die Lage. Mit Nachdruck wies er darauf hin, die ungünstige Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen gehe zu Lasten des polnischen Vorgehens im Teschendistrikt und ganz allgemein gegenüber der deutschen Minderheit. Bitter beschwerte er sich über die Verhältnisse in Teschen, die zum Verzweifeln seien und die dort ansässigen Deutschen soweit gebracht hätten, die zwanzig Jahre unter den Tschechen im Vergleich zur gegenwärtigen Lage als paradiesisch anzusehen. Beck bezeichnete das als einen ausgesprochen örtlichen Ausnahmefall, da es der Wunsch der polnischen Regierung in Warschau sei, die ostoberschlesischen Ortsbehörden in Schranken zu halten und für „gute Lebensbedingungen" in Teschen zu sorgen. Der polnische Ministerpräsident, General Slawoj-Skladkowski, habe die örtlichen Behörden angewiesen, sich entgegenkommender zu verhalten.

Beck selber versprach, persönlich einzuschreiten, sobald ihm irgendwelche Vorfälle zu Ohren kämen. Moltke fühlte sich oft versucht, nur das Beste in den Absichten der polnischen Führer zu sehen und so war er über den Ausgang des Festessens außerordentlich befriedigt. Becks Äußerungen glaubte er die ernsthafte Einladung entnehmen zu können, Minderheitenfragen mit ihm erörtern zu wollen. Diese Schlußfolgerung war allerdings viel zu optimistisch.

Moltke bekannte Ribbentrop gegenüber, er habe sich bemüht, der freundschaftlichen Atmosphäre während des Essens sich dadurch anzupassen, daß er seiner Sympathie für den polnischen Standpunkt in der Ruthenienfrage Ausdruck verliehen habe.

Als Moltke wieder in Warschau war, hatte er am 20. Dezember 1938 eine Unterredung mit Beck. Der polnische Außenminister wußte von Ribbentrops Plan, in Warschau über eine allgemeine Regelung zu verhandeln. Auch wußte er, daß diese Verhandlung ergebnislos bleiben werde, und gelangte zu dem recht klugen Entschluß, daß es wohl ratsam sei, sich Hitlers Wohlwollen zu sichern, bevor dieser Besuch stattfinde. Er ließ Moltke wissen, daß er die Festtage um Weihnachten und Neujahr in Monte Carlo zu verbringen gedenke.

Seine Rückkehr nach Polen biete ihm dann Gelegenheit, seine Reise in Berlin „oder an irgendeinem anderen Ort“ zu unterbrechen. Moltke entnahm daraus sehr richtig, daß „irgendein anderer Ort“ Berchtesgaden und damit einen Besuch bei Hitler bedeuten solle.

Mit schmeichlerischer Glätte meinte Beck, er gedenke Monte Carlo am 5.

352

353

oder 6. Januar zu verlassen, würde es jedoch durchaus verstehen, wenn dieses Datum nicht zusage. Moltke vermutete mit einiger Nachsicht, Beck versuche den Weg für Ribbentrops Warschaubesuch zu einem späteren Zeitpunkt im Januar zu ebnen, denn ein Besuch Becks bei Hitler hätte Ribbentrops Aufenthalt in Warschau im Grunde überflüssig gemacht. Schließlich meinte Beck, es werde ihm genügen, bis zum 1. Januar 1939 entweder über die polnische Botschaft oder durch Moltke aus Warschau benachrichtigt zu werden”, Die Bedeutung Danzigs in den kommmenden Verhandlungen mit Polen erhielt für die Deutschen eine besondere Steigerung durch einen Bericht

des Danziger Senatspräsidenten Artur Greiser vom 22. Dezember 1938. Er hatte die Zukunft Danzigs mit dem polnischen Hochkommissar Major Chodacki erörtert. Von diesem nach einer langen Pause aufgesucht, war Greiser überraschend angekündigt worden, es müsse „grundlegend über die Danzig-Polen-Frage” gesprochen werden. Chodacki gab sehr deutlich zu verstehen, daß „in Danzig eine Psychose geschaffen werde, deren Zweck es sei, der Bevölkerung einzureden, die Stadt werde in absehbarer Zukunft zum Deutschen Reich zurückkehren”. Der arrogante Hochkommissar machte noch einige beleidigende Bemerkungen und meinte dann verächtlich, es werde Polen ein leichtes sein, auf der Grundlage des „internationalen Rechts” gegen die derzeitige Entwicklung zu protestieren.

Chodacki drohte, die polnische Regierung könne auch dazu übergehen, dem wachsenden Freiheitsgedanken in Danzig durch politische und wirtschaftliche Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Man hätte das schon früher getan. Doch habe er seiner Regierung davon abgeraten. Künftige polnische Zugeständnisse an Danzig werde man von der Respektierung des „polnischen Elements” und „der lebenswichtigen Interessen in Danzig” abhängig machen. Greiser versuchte, sich Chodackis Schimpfkanonade zu erklären, und bemerkte beiläufig, nach seiner Meinung hätten doch kürzlich viele Unterredungen über Danzig zwischen Warschau und Berlin stattgefunden. Auch sei ihm bekannt, daß Chodacki kürzlich während eines Krankenurlaubs in Warschau Besprechungen mit Beck und Lipski geführt habe. Ziemlich barsch fragte er, „ob die Danziger Frage nach Ansicht der polnischen Regierung ein nationales Anliegen Polens sei und ob eine den Wünschen der Danziger Bevölkerung entsprechende Lösung der Frage für Polen Krieg bedeute”. Wer Chodacki kannte und mit seinem leicht erregbaren Temperament vertraut war, konnte sich leicht vorstellen, wie der polnische Diplomat diese

fundamentale Frage aufnahm. Er schöpfte tief Luft, bevor er dem sanftmütigen Greiser eine Antwort versetzte, die schlechterdings unmißverständlich war.

Chodacki machte Greiser klar, daß Polen im wahrhaften Sinne des Wortes nur zwei nationale Anliegen kenne. Das erste sei die polnische Armee und

das zweite die Ostsee. Er streckte seinen Arm nach Süden und schilderte Greiser in glühenden Worten den „natürlichen Schutz" der fernen Karpathen.

Nach seiner Ansicht waren die anderen Grenzen noch abschreckender: „Im Osten und Westen stehen zwei ideologische Wälle (Sowjets und Nationalsozialisten) mit festgelegten Grenzen, die durch einen Vertrag nicht geändert werden können". Man konnte dies als eine Freudsche Fehlleistung auslegen, die einem unterdrückten Wunsch Polens entsprang, sich nach beiden Richtungen hin auszudehnen. Dann rief er triumphierend aus, daß „im Norden die offene See liege, zu der Polen und das ganze polnische Volk hinstrebe". Er schloß damit, daß Danzig und der gegenwärtige unbefriedigende status quo ein notwendiger Bestandteil der polnischen Nationalfrage sei. Chodacki zeigte sich zufrieden, daß Greiser seine non possumus lautende Antwort auf die deutschen Bestrebungen in Danzig verstanden hatte. Als er seinen Standpunkt genügend klargemacht hatte, erörterte er noch eine lange Reihe von bestimmten polnischen Protesten gegen kürzlich vom Danziger Senat erlassene Gesetzesverordnungen.

Es wäre etwas anderes gewesen, wenn Beck zu dieser Zeit genau so offen mit Hitler über Danzig gesprochen hätte. Hitler hätte dann gewußt, woran er war, bevor er sich vor eine polnische Mobilmachung und eine britische Einkreisungspolitik gestellt sah. Unter Umständen hätte er seine Danziger Politik geändert, ehe sich den Briten die Möglichkeit zum Eingreifen bot. Die Ruthenienfrage war zu dieser Zeit noch nicht geregelt und die slowakische Unabhängigkeitsbewegung hatte ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Vielleicht wäre ihm mehr Erfolg beschieden gewesen, wenn er unmittelbar nach München auf eine schnellere Regelung in Danzig gedrängt hätte. Es hat wenig Sinn, diesen Vermutungen ausführlich nachzugehen, denn es gelang Beck vollendet, Hitler über seine eigenen politischen Absichten zu täuschen. Hitler rechnete mit einem freundschaftlichen Abkommen. Niemals hat er Druck auf die Polen ausgeübt, bis sie die Verhandlungen abbrachen und Deutschland vor eine Reihe feindseliger Maßnahmen stellten.

Völkerbundskommissar Burckhardt ließ die Deutschen vertraulich wissen, daß die Aussichten auf eine Regelung der Danzigfrage in Warschau günstig seien. Chodacki war letztlich nur der Vertreter Polens in Danzig. Sein fanatischer Chauvinismus und seine Überspanntheit waren in Berlin bekannt.

Nicht allgemein bekannt war allerdings, daß er sehr eng mit Beck befreundet war. Diese Freundschaft, auch wenn sie den Deutschen bekannt gewesen wäre, hätte gleichwohl nicht den Schluß gerechtfertigt, Chodacki als offiziellen Sprecher in der höchsten Sphäre der polnischen Außenpolitik zu betrachten. Die Polen standen in dem Ruf eines extremen Individualismus und waren es gewöhnt, sich sehr freimütig über die strittigsten Themen zu äußern. In Wirk-

lichkeit hatte Chodacki Becks ureigenste Gedanken ausgesprochen, doch hätte keiner, der sich ein Bild von Becks politischer Auffassung machen konnte, diese Äußerungen je als eine von ihm unmittelbar formulierte Darstellung seines Standpunkts hingenommen. Selbstverständlich blieben Chodackis Bemerkungen nicht ohne Wirkung auf Berlin. Ribbentrop übersah sofort, wie wesentlich es war, bis zu einer Regelung sich den mäßigenden Einfluß Burckhardts in Danzig zu erhalten. Mit Billigung Ribbentrops richtete daher Greiser einen Appell an den Dreierausschuß des Völkerbunds. In diesem Appell erklärte Danzig seine Bereitschaft zu weiteren Zugeständnissen, falls Burckhardt im Amt belassen werde. Der Reichsaußenminister hatte Verständnis dafür, daß die Danziger keinen Wert darauf legten, mit Chodacki alleingelassen zu werden.

Die Hitler-Beck-Konferenz am 5. Januar 1939

Ende Dezember 1938 wurde in Warschau und Berlin öffentlich bekanntgegeben, daß Beck in einigen Tagen nach Deutschland kommen werde. Die Briten hofften, daß es Polen und Deutschland nicht gelingen würde, ihre Streitigkeiten zu schlichten, und so waren sie sehr erpicht darauf, zu erfahren, welche Bedeutung dieser Besuch haben könnte. William Strang vom britischen Außenministerium unternahm einen entschlossenen, aber erfolglosen Versuch, den polnischen Botschafter Raczynski am 31. Dezember 1938 auszuhorchen.

Mühelos wehrte der polnische Aristokrat Strangs Fragen ab. Aus dieser Quelle war also nichts zu erfahren.

Darauf wurde Kennard mit der Aufgabe, Informationen einzuholen, betraut.

Doch war diesmal der britische Botschafter nicht in der Lage, irgendwelche Hinweise zu erhalten. Er suchte sein Versagen wettzumachen, indem er über das berichtete, was ihm in Warschau vorlag. Er kabelte Halifax am 1. Januar 1939, daß laut Burckhardt die Lage in Danzig „paradox sei, weil die Polen, Danziger und Deutschen es gegenwärtig anscheinend alle wünschten, daß er dort bliebe“. Das stimmte, war aber in London nicht mehr neu.

Kennard berichtete auch von einer reichlich unglaubhaften Behauptung Chodackis, wonach sich Albert Forster vor Neuwahlen in Danzig fürchte, weil die katholischen Deutschen unter Umständen für die polnische Kandidatenliste stimmen könnten. Der polnische Hochkommissar hatte einem kennzeichnenden Wunschdenken nachgegeben. Denn Danzig war überwiegend protestantisch. Die Nationalsozialisten hatten früher hervorgehoben, daß katholische wie auch protestantische Deutsche im Ausland für sie gestimmt hätten. Das in seiner Mehrheit katholische Saargebiet hatte 1935 für die Vereinigung mit Deutschland gestimmt und Danzig hatte 1933 eine nationalsozialistische Mehrheit gewählt, bevor es der NSDAP in Deutschland gelungen

war, die absolute Mehrheit in einer Wahl zu erringen. Im Jahre 1939 waren die Nationalsozialisten die unbestrittenen Repräsentanten des Danziger Gemeinwesens. Chodacki hätte wissen müssen, daß selbst zur Zeit des Hohenzollernreichs, als im Reichstag eine enge

Zusammenarbeit zwischen der katholischen Zentrumspartei und der polnischen Fraktion bestand, die deutschen Katholiken niemals für die polnische Kandidatenliste gestimmt hatten.

Kennard gab zu, daß er nichts über den Besuch Becks bei Hitler berichten könne. Er sagte aber voraus, daß es keine fruchtbaren Verhandlungen zwischen den Polen und Deutschen geben werde, indem er erklärte: „Ich habe das Gefühl, daß M. Beck kaum irgendwelche Zugeständnisse machen kann." In Warschau zeigte sich niemand bereit, Kennard zu sagen, wie oder warum der mysteriöse Plan von Becks plötzlichem Besuch in Deutschland zustandegekommen war. Kennard hoffte, es würde nichts bei diesem Besuch herauskommen, aber er fühlte sich unbehaglich dabei.

Becks Besuch in Berchtesgaden fand am 5. Januar 1939 statt. Am gleichen Tag empfing Dr. Hjalmar Schacht, Präsident der Reichsbank, Montagu Norman von der Bank of England in Berlin. Beide waren eng miteinander befreundet und wollten die Möglichkeiten untersuchen, wie man den absinkenden Handel zwischen Großbritannien und Deutschland beleben könne. Hitler hatte am Neujahrstag 1939 eine Botschaft an das deutsche Volk gerichtet und darin seine Befriedigung über die Ereignisse des vergangenen Jahres und sein Vertrauen in die Zukunft ausgedrückt. Er unterstrich lobend die Arbeit der Nationalsozialistischen Partei, die sie für die Gesundung und die Rehabilitierung Deutschlands geleistet habe. Sehr optimistisch drückte er sich über die Friedensaussichten aus und äußerte seine Dankbarkeit, daß es möglich gewesen sei, die wesentlichen außenpolitischen Probleme Deutschlands in den vergangenen zwölf Monaten auf friedlichem Wege zu lösen. Die neue Reichskanzlei in Berlin war kurz zuvor fertiggestellt worden. Es war eine

eindrucksvolle Leistung neuzeitlicher Bauweise und moderner Architektur. Die offizielle Einweihung des neuen Gebäudes war für den 9. Januar 1939 vorgesehen.

Auf der Reise nach Berchtesgaden wurde Beck von Graf Michal Lubienski und Joseph Lipski begleitet, obwohl nur der letztere bei der entscheidenden Besprechung mit Hitler am 5. Januar zugegen war. Auch Ribbentrop und Moltke nahmen daran teil. Die Unterredung war von Herzlichkeit, Höflichkeit und Freundschaft getragen”.

Beck begann seine Ausführungen damit, daß er sich über die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen beklage, nachdem sie während der Tschechenkrise im September 1938 ein so hohes Maß an Zusammenarbeit gezeitigt hätten. Danzig sei allerdings eine Frage, in die sich

356

357

dritte Parteien einmischen könnten. Das war offensichtlich eine Anspielung auf die mögliche Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs zugunsten der polnischen Stellung in Danzig. Augenblicklich sei er in erster Linie an der weiteren Verminderung des tschechischen Staates und der Übereignung Rutheniens an Ungarn interessiert. Hitler werde hoffentlich, so sagte Beck, bis zur Lösung der Ruthenienfrage keine Garantie für die Tschechoslowakei übernehmen. Überdies bezweifle er, ob es klug sei, die Tschechoslowakei in irgendeiner Form zu garantieren.

Hitler legte sich in der Tschechenfrage nicht fest. Dagegen bemühte er sich sehr nachhaltig, Beck davon zu überzeugen, daß Deutschland nicht daran denke, die

Wünsche Polens in der Ruthenienfrage als unerheblich aufzufassen.

Das Interesse Deutschlands an ukrainischen Nationalbestrebungen bestritt er energisch, wie daß er überhaupt sein Augenmerk auf den Raum jenseits der Karpathen richte, in dem die meisten Ukrainer lebten. Das deutsche Vorgehen und der Wiener Schiedsspruch seien die Folge des ungarischen Verhaltens in der Septemberkrise von 1938 gewesen. Dann wiederholte er den Ausspruch der ungarischen Führer, ein Krieg, auch ein verlorener, „wäre für Deutschland vielleicht nicht verhängnisvoll, er würde jedoch das völlige Ende Ungarns bedeuten". Hitler setzte hinzu, die Ungarn hätten es abgelehnt, die ganze Karpatho-Ukraine zu fordern, als Mussolini die Mitbehandlung der polnischen und ungarischen Ansprüche in München veranlaßt habe.

Der deutsche Kanzler führte aus, daß die Tschechen die Abtretung ganz Rutheniens im November 1938 wahrscheinlich abgelehnt hätten. Nach seiner Überzeugung wäre es den Ungarn nicht gelungen, Ruthenien mit Gewalt zu nehmen, wenn sie einen entsprechenden Versuch gewagt hätten. Voraussichtlich wären die Tschechen in einem dem Zusammenbruch der ungarisch-tschechischen Verhandlungen folgenden Krieg — nach München — bis nach Budapest marschiert. Deutschland sei aber unter diesen Umständen nicht bereit gewesen, auch nur einen Finger für Ungarn zu rühren. Deutschland habe seine Wehrmacht bis November 1938 stark verringert, so daß es unvorbereitet vor der Krise gestanden hätte, die aus dem Versuch entstehen konnte, in Wien die ungarischen Ansprüche über die ethnischen Grenzen hinaus zu erweitern. Mit diesen Ausführungen hoffte Hitler, Beck eindeutig und glaubwürdig klarmachen zu können, daß Deutschland sich in Wien nicht absichtlich über die polnischen Wünsche hinweggesetzt habe.

Offen gab Hitler zu, daß Chamberlain und Daladier ihn durch ihr Eingreifen von seiner rein politischen Lösung der Tschechenfrage abgebracht hätten. Diese Lösung „sei gleichbedeutend mit der Liquidation der Tschechoslowakei gewesen“. Er persönlich habe eine Regelung bevorzugt, an der nur Polen, Ungarn und Deutschland beteiligt seien. Allerdings unterscheide sich diese

357

358

Lösung von dem Münchener Abkommen. Bedauerlicherweise habe sich dann im September 1938 allmählich herausgestellt, daß ein Versuch, Großbritannien, Frankreich und Italien auszuschließen, Krieg bedeutet hätte. Hitler hob hervor, daß er Sympathie für die Haltung Polens gegenüber der Tschechoslowakei empfinde, hielt sich aber davon zurück, in den Polen den Glauben zu erwecken, daß er bereit sei, ihre Ruthenien-Politik zu unterstützen. Beck schloß aus diesen Darlegungen, daß Hitler im Augenblick noch unentschlossen war, wie er sich künftig im Fall der Tschechen verhalten solle.

Hitler versicherte Beck, daß ihm unter allen Umständen an einem starken Polen gelegen sei. Es war aber nicht die bolschewistische Drohung und das Regierungssystem in Rußland allein, was ihn zu dieser Einstellung bewog.

Nach seiner Ansicht war jede polnische Division an der Grenze gegen Rußland ebenso viel wert wie eine deutsche Division. Mit lebhafter Eindringlichkeit erklärte er, die Stärke Polens im Osten werde Deutschland in Zukunft viele militärischen Ausgaben ersparen. Dabei räumte er ein, daß Sowjetrußland angesichts seiner kürzlichen Säuberungen,

rein militärisch gesehen, zur Zeit vielleicht schwächer sei als unter irgendeinem anderen Regierungssystem.

Doch machte er gleichzeitig geltend, daß das bolschewistische Regime jeden vorübergehenden Rückschlag auf militärischem Gebiet ohne Schwierigkeit mit wirksamer Propaganda auszugleichen verstünde. Er lehne es ab, jenen zuzustimmen, die die sowjetische Bedrohung zu verkleinern suchten; denn er glaube nun einmal, daß Europa Stärke und Wohlstand brauche, um diese Gefahr zu bekämpfen. In hellen Farben malte er das Bild Polens als eines erfolgreichen Wirtschaftspartners Deutschlands. Hitler setzte Beck auseinander, daß Deutschland Handelspartner brauche. Die Amerikaner seien in dieser Hinsicht nicht geeignet, da die USA jene Art von Industrieerzeugnissen herstellten, mit denen Deutschland Rohstoffe und Lebensmitteleinfuhren bezahle.

Ihm, Hitler, wolle es so scheinen, als seien Polen und Deutschland in geradezu idealer Weise geeignet, einander ergänzende Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen. Verstärkte polnische Exporte nach Deutschland würden nach seiner Ansicht zum Wohlstand der Polen beitragen und es ihnen ermöglichen, in wachsendem Maße deutsche Waren zu kaufen.

Hitler hob die außerordentliche Bedeutung hervor, die eine allgemeine Verständigung für beide Nationen haben könnte, und beklagte es, daß der deutschpolnische Pakt von 1934 „ein ziemlich negatives Abkommen“ sei.

Nachdrücklich und mit lebhaften Worten unterstrich er, daß Polen und Deutschland zu einer wirklich positiven Verständigung kommen müßten. Zu seiner Freude könne er Beck vertraulich mitteilen, daß Deutschland demnächst Memel von Litauen zurückgewinnen werde, und ließ

durchblicken, daß die Haltung Kownos dazu ein friedliches Verhandeln ohne unangenehme Zwischenfälle

358

359

verspreche. Beck ließ Hitlers herausfordernde Bemerkung widerspruchslos passieren, daß die politische Vereinigung Danzigs mit Deutschland ihm nicht unvereinbar mit den polnischen Interessen erscheine, natürlich unter der Voraussetzung, daß man die wirtschaftliche Stellung Polens in Danzig in vollem Umfange respektiere. Früher oder später werde Danzig zu Deutschland zurückkehren. Doch beabsichtige er keineswegs, Polen vor ein fait accompli zu stellen, obwohl er einen solchen Plan im November 1938 ins Auge gefaßt habe.

Dann wandte sich Hitler dem kritischen Thema Danzig zu. Dabei streifte er die Frage des Korridordurchgangs nur kurz, da die Polen den Eindruck erweckt hatten, als seien sie bereit, eine Regelung über diesen Punkt zu akzeptieren. Der deutsche Kanzler bemühte sich sichtlich, den Boden für eine erfolgreiche Verhandlung zwischen Ribbentrop und den Polen in Warschau vorzubereiten. Er wollte Beck davon überzeugen, daß die von Deutschland angebotenen Zugeständnisse eine angemessene Entschädigung für Danzig seien.

Eindringlich machte er Beck darauf aufmerksam, daß es kein anderer Deutscher fertigbringen werde, für eine deutsche Garantie des polnischen Korridors einzutreten und sie auch durchzusetzen, und er hoffe, Beck wisse diese Tatsache richtig einzuschätzen. Der Kanzler gestand, daß es für jeden außerhalb Deutschlands wohl schwer zu verstehen sei, welches psychologische Problem in diesem Verzicht

liege. Er bitte Beck, ihm das zu glauben. Er wisse aus sicherer Quelle, daß schwere Kritik an seiner Korridorpolitik geübt werde. Soviel könne er aber voraussagen, daß ein deutschpolnisches Abkommen diese Kritik verringern und schließlich verstummen lassen werde. In Zukunft, so versicherte er Beck, werde man in Deutschland über den polnischen Korridor genau so wenig hören wie jetzt über Südtirol und Elsaß-Lothringen.

Hitler fuhr fort, auf die Vorteile hinzuweisen, die sich aus einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit ergäben. Er rechnete mit einem Ansteigen des polnischen Seeverkehrs und bemerkte verächtlich, es sei für Deutschland absurd, Polen den Zugang zum Meer vorzuenthalten. Dann erörterte er die deutschen und polnischen Ziele in der Judenfrage und versicherte Beck, daß er „fest entschlossen sei, die Juden aus Deutschland zu entfernen“. Es war ihm bekannt, daß Polen mit dem eigenen Programm der Judenaustreibung seine Sorgen hatte, mit dem es angeblich nicht schnell genug vorwärts ging, und er hoffte, Beck für einen gemeinsamen deutsch-polnischen Plan zur Lösung dieser Frage interessieren zu können. Er deutete an, daß es vielleicht möglich sei, für deutsche und polnische Juden eine Zufluchtstätte innerhalb der ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika zu schaffen.

Beck nahm Hitlers zahlreiche Anregungen sehr herzlich auf, aber gleichzeitig verhielt er sich recht reserviert. Er versicherte Hitler der Zuverlässigkeit der Rußlandpolitik Polens. Er habe die Beziehungen seines Landes zu

Rußland im November 1938 verbessert, um die aus der Tschechenkrise entstandene gefährliche Lage zu entspannen. Polen werde sich niemals, das könne er versprechen, und unter keinen Umständen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Rußland begeben. Wiederholt betonte er, daß er die freundschaftliche Haltung Deutschlands Polen gegenüber zu schätzen wisse. Doch gab er keineswegs zu erkennen, daß er auch Wert auf ein umfassendes Abkommen über offenstehende Fragen lege, sondern ging nur so weit, zu sagen, daß Polen bei der bisherigen Politik gegenüber Deutschland bleiben werde. Nachdrücklich wies er darauf hin, daß Danzig eine außerordentlich schwerwiegende Frage darstelle, und verhehlte nicht, daß er sich herausgefordert gefühlt habe, als Hitler von der unvermeidlichen Annektierung Danzigs gesprochen habe. Eindringlich führte er das Problem der polnischen Meinung über Danzig an und machte deutlich, daß er natürlich jene Öffentlichkeit Polens meine, mit deren Meinung man rechnen müsse, und nicht etwa die „Kaffeehaus-Meinung". Er ließ dabei durchblicken, daß die polnische Öffentlichkeit auf einen deutschen Erfolg in Danzig nicht vorbereitet sei. Dann gab er die irreführende Versicherung ab, er sei durchaus bereit, sich mit der Angelegenheit zu befassen und seine Gedanken auf eine Lösung zu richten. „Eines Tages" werde er in Ruthenien vielleicht militärisch eingreifen. Die ukrainischen Nationalbestrebungen versuchte er zu verkleinern und behauptete, der Ausdruck „Ukrainer" habe einen obskuren und umstrittenen Ursprung und bedeute „Ostmark".

Er sei von Polen geprägt worden. Er machte keine Andeutungen, daß Polen vorhabe, den Marsch nach dem Osten wiederaufzunehmen.

Hitler war von dieser Unterredung mit Beck in jeder Hinsicht befriedigt, was zur Genüge beweist, daß er keine große Eile

hatte, sein Programm in Danzig zu erfüllen. Irgendein positives Ergebnis hatte die Zusammenkunft nicht. Aber Beck hatte sein Ziel erreicht, Hitlers Vertrauen in die polnische Politik zu stärken. Die Gespräche über Danzig waren von Hitler und Ribbentrop gemeinsam geführt worden, was kein Hindernis für einen freundschaftlichen Gedankenaustausch bedeutete. Hitler war bereit, sich darauf einzustellen, daß Beck unter Umständen beträchtlicher Zeit bedürfe, um die polnische Öffentlichkeit für ein Danziger Abkommen vorzubereiten. Die OZON-Gruppen (Lager Nationaler Einheit) und folglich auch die Regierung hatten in den polnischen Kommunalwahlen im Dezember 1938 einen Rückschlag erlitten. Das bedeutete keine neue Entwicklung. Bei vielen Oppositionswählern hatte sich herausgestellt, daß sie gegen die Regierung stimmten, anstatt die Wahl zu boykottieren, und so war das Ergebnis im negativen Sinne recht eindrucksvoll. Hitler zeigte sich bereit, auf den Abschluß des Abkommens mit Polen zu warten, obwohl er hoffte, daß Ribbentrop vielleicht schon im Januar von der polnischen Regierung in Warschau irgendeine vertrauliche Zusage erhalten werde.

360

361

Beck reagierte ganz anders. Er hat niemals auch nur daran gedacht, Danzig Deutschland zu überlassen. Er war vielmehr fest entschlossen, sich dieser Entwicklung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu widersetzen.

Ganz bewußt und mit sichtbarem Erfolg hatte er diese Tatsache aus taktischen Gründen vor Hitler verborgen und Hitlers Vertrauen zu Polen gestärkt. Das war keine geringe Leistung, wenn man bedenkt, wie stark Beck von dem Gedanken an Danzig durchdrungen war.

Die Unterredung zwischen Hitler und Beck in Berchtesgaden muß als bedeutsames Ereignis gewertet werden. Beck behauptete, dieses Gespräch habe ihn davon überzeugt, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Polen in unmittelbarer Zukunft tatsächlich unvermeidlich sei. Nach seiner Rückkehr beeilte er sich, Präsident Moscicki und Marschall Rydz-Smigly zu unterrichten, man müsse notwendigerweise annehmen, daß Polen nichts tun könne, um diese Eventualität zu verhindern. Wenn Polen in den schwebenden Fragen Zugeständnisse mache, Fragen „so zweitrangiger Art für sie (d. h. die Deutschen) wie jene über Danzig und die Autobahn“, so werde das den Verlust der Unabhängigkeit und die Erniedrigung Polens zu einem deutschen Vasallenstaat bedeuten. Er blieb die Erklärung dafür schuldig, warum diese Frage für Deutschland unwesentlich und für Polen eine Angelegenheit auf Leben und Tod sein sollte.

Die Ribbentrop-Beck-Konferenz vom 6. Januar 1939

Es ist nicht überraschend, daß Beck am Tage nach seinem Gespräch mit Hitler einige Spuren von Nervosität zeigte, als er mit Ribbentrop in München zusammentraf. Bezeichnenderweise hatte Beck den früheren polnischen Gegenvorschlag über Danzig bei Hitler nicht einmal erwähnt.

Ribbentrop hatte sich für die Zusammenkunft in München am 6. Januar 1939 zum Ziel gesetzt, die deutschen Argumente zur Danzigfrage eingehend darzulegen und den Boden für seine spätere Verhandlung in Warschau vorzubereiten. Beck war beunruhigt von Ribbentrops vorsichtiger Beharrlichkeit, die es dem polnischen Außenminister schwer machte, seine wahren Absichten über Danzig zu verbergen. Er wies Ribbentrop warnend darauf hin, daß die Danzigfrage die deutsch-polnischen

Beziehungen ernstlich stören könne. Man müsse Pläne für ein Provisorium in Danzig entwerfen, falls der Völkerbund den Völkerbundskommissar zurückzuziehen beabsichtige. Er drückte seine Besorgnis über neue Entwicklungen aus, die zu durchgreifenden Maßnahmen Polens in der Danzigfrage führen könnten. Beck bezeichnete den Fall Danzig als ein Dilemma, „um dessen Entwirrung er sich schon den Kopf zerbrochen habe, aber bislang ohne Ergebnis”. Seine Sorge um Danzig stimme ihn sehr pessimistisch. Darauf versuchte er Ribbentrop klarzumachen, daß es im we-

361

362

sentlichen die Öffentliche Meinung Polens gegenüber Danzig sei, die ihn von der polnischen Seite her so beunruhige, und er betonte sehr entschieden, es bedürfe großer Anstrengung, diese Meinung umzustimmen.

Ribbentrop bemühte sich, Beck mit der Versicherung zu beruhigen, daß Deutschland nichts an einer gewaltsamen Lösung der Danzigfrage gelegen sei. Er hoffe, auf friedlihem Wege über diese Frage zu verhandeln, bis sie geregelt sei. Dann legte er Beck eindringlich nahe, sich noch einmal intensiv mit dem deutschen Abkommensangebot zu befassen. Er riet ihm, Deutschland über mögliche polnische Schritte in der Ruthenienfrage unterrichtet zu halten, da eine plötzliche Veränderung des tschechischen status quo die Gefahr eines Konflikts mit sich bringen könne.

Weiter kündigte der Reichsaußenminister an, er habe einige unangenehme Dinge über jüngste Vorfälle in Danzig zu sagen, die er in Hitlers Gegenwart nicht hätte erwähnen wollen. Er trug eine Anzahl von besonderen Beschwerden über kürzliche polnische Einmischungsversuche in innere

Angelegenheiten Danzigs vor. Betont wies er darauf hin, daß Deutschland eine Verbindung mit Ostpreußen herstellen und außerdem Danzig haben müsse, um einerseits lebenswichtige deutsche Interessen wahrzunehmen, andererseits, um Hitlers propolnische Politik für Deutschland annehmbar zu machen. Beck erfuhr, daß Deutschland Polens politische Absichten in Ruthenien und ganz allgemein auch gegenüber den Ukrainern unterstützen werde, wenn Polen sich in wachsendem Maße zu einer antisowjetischen Haltung bekenne. Der polnische Außenminister entgegnete darauf, daß es „gegenwärtig“ für Polen nicht möglich sei, sich dem Antikominternpakt anzuschließen. Daraufhin fragte ihn Ribbentrop rundheraus, ob Polen noch über seine gegenwärtigen Ostgrenzen hinaus irgendwelche Absichten hege. Mit gefühlvoller Stimme erklärte Beck, die Polen seien schon einmal bis nach Kiew gekommen und „Pilsudskis Bestrebungen seien ohne Zweifel noch heute lebendig".

Ribbentrops Frage spiegelte die deutschen Überlegungen zur Haltung Polens gegenüber der Sowjetunion wider. Hermann Göring, der beständig auf die Bedeutung dieses Aspektes in der polnischen Politik hingewiesen hatte, war im Dezember 1938 zu kurzen Gesprächen in Polen gewesen. Auch Heinrich Himmler, der Chef der Geheimen Staatspolizei, hatte Polen im gleichen Monat wieder besucht. Diese deutschen Führer hatten während ihres Aufenthalts in Polen auf die Notwendigkeit eines deutsch-polnischen Abkommens und damit eines Bollwerks gegen den Kommunismus hingewiesen und zu erfahren gehofft, wie sich die polnischen Führer die Rolle Deutschlands im Zusammenhang mit den polnischen Plänen gegen die Sowjetunion vorstellten.

Bei jeder Gelegenheit zeigte es sich deutlich, daß wichtige polnische Sprecher auf die Auflösung der Sowjetunion hofften. Ribbentrop wurde im Januar 1939

von deutschen Diplomaten aus Warschau unterrichtet, daß der Bürgermeister von Warschau, der Herausgeber des amtlichen Organs Gazeta Polska, und der Unterstaatssekretär der Abteilung West im polnischen Außenministerium sich zugunsten einer Aufteilung der Sowjetunion und der Begründung einer unabhängigen Ukraine unter polnischem Einfluß ausgesprochen hätten. Diese Männer machten in Gesprächen mit deutschen Persönlichkeiten kein Geheimnis aus ihren Ansichten. Beck war in seiner Unterredung mit Ribbentrop in München nicht so offen in dieser Frage, aber seine Haltung bestätigte die Antwort der Allgemeinheit. Es war über jeden Zweifel hinaus deutlich, daß Polen mit dem status quo im Osten unzufrieden war und eine Änderung auf russische Kosten wünschte. Kazimierz Smogorzewski von der Gazeta Polska hatte unter den Deutschen den Ruf, die geheimen Ansichten der polnischen Regierung widerzuspiegeln. In sehr treffenden Ausdrücken hob er die dynamische Ostpolitik Polens hervor, auf die Beck nur ganz allgemein anspielte. Ganz offensichtlich war die polnische Politik gegenüber der Sowjetunion viel unmittelbarer feindselig als die Einstellung jedes anderen Landes, Deutschland eingeschlossen, gegenüber Rußland. Polen allein besaß einen Generalplan für die Schwächung der russischen Macht im Osten.

Die deutsche Regierung setzte sich nicht wie Polen für eine unabhängige Ukraine ein und auch nicht dafür, den ukrainischen Nationalismus zur Auflösung Rußlands zu benutzen. Sie war weniger an polnischen Ukraineplänen interessiert als an der augenfälligen Tatsache, daß die polnische Politik gegenüber der Sowjetunion aggressiv feindselig war. Die Deutschen konnten es sich nicht

vorstellen, wie den Polen unter diesen Umständen die Gelegenheit gleichgültig sein konnte, die deutsch-polnischen Differenzen zu regeln und ein dauerhaftes Abkommen mit Deutschland zu erlangen.

Für die deutschen Führer war es eine Tatsache, daß Polen in einem Konflikt mit der Sowjetunion keine Aussicht hatte, zu überleben, wenn es nicht die Unterstützung eines freundschaftlich gesinnten Deutschlands besaß. Die polnische Feindschaft gegen Rußland schien der bestmögliche Antrieb zu einem deutsch-polnischen Abkommen zu sein. Polen war unter der russischen Invasion von 1920 fast zusammengebrochen. Und damals war die Sowjetunion schwach. Seit jenem Jahr war die militärische Macht der Sowjets gigantisch angewachsen. Eine Macht wie Großdeutschland hatte immerhin Aussicht, sich bis zu einem gewissen Grade mit dieser wachsenden Macht messen zu können. Für Polen mit seinem winzigen Industriepotential war das eine Unmöglichkeit. Ein Abkommen mit Deutschland war das einzige Mittel, mit dem Polen seinen eigenen Expansionsträumen nachgehen oder darauf hoffen konnte, seine nationale Sicherheit angesichts der sowjetischen Expansionspolitik nach Westen zu festigen. Den polnischen Führern waren die Terri-

torialbestrebungen der Russen bekannt. Im Jahre 1938 hatten die Sowjets begonnen, mit den finnischen Führern die Revision der russisch-finnischen Grenze zu erörtern. Die polnische Führung unterschätzte die Sowjetunion, aber den Deutschen schien es einfach unbegreiflich, ebenso den Briten und den Franzosen, daß die Polen Rußland wie auch Deutschland gleichzeitig herausforderten. Es war dasselbe,

als wenn ein Kanarienvogel versucht, zwei Katzen zu verschlingen.

Ribbentrop war durch die Versicherungen Becks fürs erste zufriedengestellt. Er kam auf die Frage der deutschen Minderheit in Polen zurück und drückte seine Besorgnis über diesen Punkt aus. Doch sagte er Beck, er hoffe, über diese Dinge mit Lipski in Berlin sprechen zu können, so daß einige Fortschritte in der Beseitigung der Spannungen zu verzeichnen sein würden, bevor er Ende Januar nach Warschau käme.

Weizsäcker faßte die Bedeutung des Beck-Besuches in einem Rundschreiben an die ausländischen Missionen Deutschlands zusammen. Darin hob er hervor, daß die Gespräche in einer freundschaftlichen Atmosphäre stattgefunden hätten. Ihr Anlaß sei Becks Wunsch gewesen, die derzeitige europäische Lage mit Hitler zu erörtern. Der Pakt von 1934 mit Polen habe, was Deutschland anginge, seinen Wert bewiesen und sei immer noch die Grundlage der deutsch polnischen Beziehungen. Die Danzigfrage sei erörtert worden, aber sie „sei nicht in ein praktisches Stadium getreten”. Es seien keine Versuche unternommen worden, irgendwelche Abkommen zu schließen und der nächste Schritt in Deutschlands Bemühungen um eine umfassende Regelung mit Polen werde der Besuch Ribbentrops in Warschau sein.

Deutscher Optimismus und polnischer Pessimismus

Beck sprach, nachdem er wieder in Warschau war, mit dem amerikanischen Botschafter Anthony Biddle über die europäische Lage. Biddle berichtete dem amerikanischen Außenministerium am 10. Januar 1939, daß Beck von seiner kürzlichen Deutschlandreise nicht übermäßig angetan sei. Das Äußerste, was er über sein Gespräch mit Hitler zu sagen

bereit war, seider Ausdruck „einigermaßen zufriedenstellend” und daß Hitler ihm zugesichert habe, es werde „keine Überraschungen” geben. Beck hatte Biddle anvertraut, Hitler sei von Präsident Roosevelts Botschaft an den Kongreß am 4. Januar 1939, aus der bittere Feindschaft gegen Deutschland geklungen habe, enttäuscht gewesen.

Beck habe sich wohlgefällig über die englisch-französischen Beziehungen geäußert und sich Sorgen über das gegenwärtige Verhältnis Polens zu Frankreich gemacht. Ferner berichtete er, „Beck habe betont, daß Polen und Frankreich sehr bald zusammentreffen müßten, um ihre gemeinsame und jeweilige Stellung gegenüber Deutschland zu klären”. Aus der ganzen Art der Beck-

schen Bemerkungen ging sehr deutlich hervor, daß sich das erfolgreiche Aushandeln eines Abkommens mit Deutschland nicht in Einklang bringen ließ mit der amtlichen polnischen Haltung.

Die deutsche Einstellung zu Polen wich gänzlich davon ab. In Regierungskreisen sah man hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen optimistisch in die Zukunft. Am 13. Januar 1939 sprach der schwedische Gesandte Richert mit Weizsäcker über die europäische Lage. Dabei sagte er zu Weizsäcker, er betrachte den kommenden Ribbentrop-Besuch in Warschau als ein Zeichen der weiteren Annäherung zwischen Deutschland und Polen. Weizsäcker bestätigte diese Ansicht und erging sich darüber in längeren Ausführungen. Er versicherte dem schwedischen Diplomaten, daß die russisch-polnische Erklärung vom November 1938 inkonsequent sei und keinen neuen Kurs

der polnischen Politik andeute. Rundheraus erklärte er Richert, die feste Grundlage der polnischen Politik sei Freundschaft mit Deutschland.

Ribbentrop führte am gleichen Tag ein Gespräch mit dem Danziger Gauleiter Albert Forster. Forster erhielt die Anweisung, bis zur Rückkehr Ribbentrops aus Warschau alle durchgreifenden Maßnahmen in den inneren Angelegenheiten Danzigs ruhen zu lassen. Der Reichsaußenminister wünsche die Atmosphäre nicht durch unerwartete Vorfälle gestört zu sehen. Es war ihm bekannt, daß Forster beabsichtigte, den Deutschen Gruß, das Flaggen der Hakenkreuzfahne zu offiziellen Anlässen einzuführen und eine örtliche SS-Einheit aufzustellen. Forster wurde bedeutet, daß man bereit sei, diese Maßnahmen nach Ribbentrops Reise zu besprechen. Die Verhandlung über eine allgemeine Regelung in Warschau werde alle schwebenden Fragen entscheiden.

Ribbentrop dachte augenscheinlich recht optimistisch über die Aussichten auf eine fruchtbare Verhandlung.

Lipski hatte Beck nach Warschau begleitet, um an einer Reihe von Konferenzen teilzunehmen, die sich aus dem Besuch bei Hitler ergaben. Die Polen fühlten sich offensichtlich durch Hitlers Äußerung geschmeichelt, daß jede polnische Division den Wert einer deutschen Division habe. Auch seine Feststellung, daß ein starkes Polen „einfach eine Notwendigkeit” sei, hatte ihr Wohlgefallen erregt. Dieses hinderte Beck keineswegs, „wütend über die Deutschen zu sein und geneigt, unsere Beziehungen zu England und Frankreich weiterhin zu festigen“. Die Konferenzen, an denen Lipski teilnahm, begannen am 8. Januar und dauerten einige Tage. Am 10. Januar wiederholte Beck, daß Polen die Rückgabe Danzigs an Deutschland nicht zulassen werde.

Seine Mitarbeiter bekamen zu hören, Ribbentrop habe das Hauptthema seines kommenden Warschaubesuches angeschnitten und Beck habe ihm „nicht sehr liebenswürdig darauf geantwortet, weil er auf die Deutschen wütend gewesen sei”. Beck sprach über seine Eindrücke von Hitlers allgemeinem Verhalten.

365

366

Er behauptete dabei, daß Hitler nur wenig Abneigung gegen die Juden zu hegen schiene, dagegen aber „starken Unwillen gegenüber Roosevelt und Amerika”. Letzteres ist wohl kaum verwunderlich. Es war einen Tag nach Roosevelts provozierender Rede am 4. Januar 1939. Was Hitler über die Juden zu sagen hatte, klang für polnische Ohren recht milde, die sehr starke antijüdische Gefühlsäußerungen gewohnt waren. Beck versprach, anläßlich seines Besuches in London alles in seiner Macht Stehende zu tun, um weitestgehende Unterstützung vom Westen zu erhalten.

Kennard versuchte nach Becks Rückkehr herauszubekommen, was in Deutschland vorgegangen sei. Am 11. Januar 1939 unterrichtete er Halifax, daß Beck sich bedauerlicherweise ausweichend verhalte. Der polnische Außenminister hatte mit allem Nachdruck erklärt, es habe keine ins einzelne gehende Erörterung stattgefunden, als Kennard ihn sehr hart im Hinblick auf Danzig bedrängte, und davon gesprochen, daß „eine Verlängerung des Paktes zwischen Deutschland und Polen im Bereich des Möglichen liege, er hat aber keine Andeutung gemacht, daß sie wahrscheinlich sei“. Daraus folgerte Kennard, daß Beck keinen Wert darauf lege, den Briten zu diesem Zeitpunkt seine Probleme anzuvertrauen.

Auch der französische Botschafter Leon Noël unternahm es, Vermutungen über Becks kürzlichen Schritt anzustellen. Er berichtete Bonnet am 12. Januar, daß Beck sehr zurückhaltend sei und es ablehne, den wahren Grund seiner Verhandlungen mit Hitler preiszugeben. Noël beklagte sich, Beck versuche, den Besuch als einen routinemäßigen Gedankenaustausch zur Klärung der Ansichten abzutun. Einige Tage später wurde die Danzigfrage vom Völkerbund in Genf angeschnitten. Burckhardt wurde nicht zum Rücktritt aufgefordert und die Lage in Danzig blieb unverändert.

Der Ribbentropbesuch in Warschau

Die ersten genauen Informationen über Becks Besuch in Deutschland, die die Briten von polnischer Seite erhielten, kamen am 25. Januar 1939 von Raczynski in London, am gleichen Tag, als Ribbentrop in Warschau eintraf.

Der polnische Botschafter war von Beck angewiesen worden, zuzugeben, daß Danzig das Hauptthema der Gespräche in Berchtesgaden gewesen sei.

Raczynski gab Halifax die Zusicherung, daß Beck hinsichtlich Danzigs keine Zugeständnisse an Hitler gemacht habe, und hob dann hervor, Hitler habe versprochen, es werde kein deutsches fait accompli geben. Halifax erkannte klar die Bedeutung der Danzigfrage und versicherte Raczynski, er hoffe, persönlich mit Beck über diesen wichtigen Punkt sprechen zu können.

Staatssekretär von Weizsäcker wurde im Hinblick auf die Erfolgsaussichten einer Verhandlung mit Polen zunehmend pessimistischer. In einem Memoran-

366

367

dum vom 23. Januar 1939 sagte er voraus, Ribbentrops Vorschläge für eine Regelung würden in Warschau auf unfruchtbaren Boden fallen. Weizsäcker nahm sich die Freiheit, einen von Hitler und Ribbentrop abweichenden Standpunkt einzunehmen, und ihm schien es, „nach den erschöpfenden Gesprächen mit dem polnischen Außenminister Beck Anfang Januar wird jede weitere fruchtbare Erörterung gewisser Fragen mit ihm kaum möglich sein“.

Weizsäcker gab wohl zu, daß Beck nicht für die ganze polnische Führung stehe und daß es „sich lohnen könnte, ihre Haltung zu einigen der wesentlicheren Fragen zu sondieren“. Nach seiner Ansicht war es notwendig, in Warschau den ganzen in Berchtesgaden besprochenen Fragenkomplex zu behandeln, außer Memel und den polnischen Juden. Das erstere war zwischen Beck und Hitler geregelt worden und es sah nicht so aus, als würde man Gewißheit über die in Deutschland gestrandeten polnischen Juden erhalten. Weizsäcker glaubte, daß Hitlers Endlösung der Judenfrage durch die Gründung einer jüdischen Ansiedlung in einer ehemaligen deutschen Kolonie noch sehr weit von ihrer Verwirklichung entfernt sei.

Beck beklagte sich heftig über das angebliche Mißgeschick, die Rolle des Gastgebers für den „aufsässigen“ deutschen Außenminister in Warschau spielen zu müssen. Ribbentrop machte sich keine Gedanken über Becks Haltung.

Er rechnete sehr damit, Gespräche mit polnischen Militärbefehlshabern führen zu können. Auch hoffte er, einen guten Eindruck zu hinterlassen, um es Beck leichter zu machen, über ein Abkommen mit Deutschland zu verhandeln. Am 25. Januar traf er in Warschau ein und brachte während des feierlichen Staatsbanketts noch am gleichen Abend den folgenden erhebenden Trinkspruch aus:

„Auf daß Polen und Deutschland auf die Zukunft hoffen können im Vertrauen auf die feste Grundlage ihrer gegenseitigen Beziehungen“.

Als Erwiderung hielt Beck eine geistvolle Rede in Polnisch. Mit besonderem Nachdruck hob er hervor, daß Frau von Ribbentrop durch den Zauber ihrer Anwesenheit die Bedeutung dieses offiziellen Besuchs erhöht habe. Dann stellte er fest, daß der Besuch gerade auf den Vorabend zum 5. Jahrestag der „Friedenserklärung“ zwischen Deutschland und Polen am 26. Januar 1934 gefallen sei. Schließlich pries er Hitler und Pilsudski in überschwenglichen Worten und sagte, daß beider Mut, ihre prophetische Voraussicht und ihre Willenskraft unerläßlich für den Abschluß des Paktes gewesen seien. Beck gab seiner Hoffnung Ausdruck, die beiden Nationen würden sich auf fruchtbares Schaffen konzentrieren und den Pakt nicht durch nachbarliche Reibungen oder Mißverständnisse entwerten. Er schloß seine Ansprache mit einem glühenden Trinkspruch auf Adolf Hitler.

Beck hatte Lipski am 24. Januar 1939 angewiesen, gegen eine im Völkischen Beobachter erschienene Kartenskizze zu protestieren, aus der hervorging,

367

368

daß der Nordabschnitt des polnischen Korridors altes deutsches Volkstumsgebiet gewesen sei. Beck wollte nicht gern daran erinnert werden, wie großzügig Hitler in seinem Anerbieten war, diesen Raum in polnischem Besitz zu lassen. Am Tag zuvor hatte Beck der englischen Zeitung Daily Telegraph eine Unterredung gewährt, in der er sich rätselhaft negativ zum Thema deutschpolnischer

Beziehungen äußerte. Beck betonte, daß er an seiner absolut unparteiischen Politik gegenüber Deutschland und der Sowjetunion festzuhalten beabsichtige, daß es eins der größeren Ziele der polnischen Politik sei, überseeische Kolonien für Siedlungszwecke und Rohstoffe zu erwerben, und es daher für Polen nur logisch sei, mit solchen Staaten zusammenzuarbeiten, denen Überseekolonien zur Verfügung stünden. Es war in London bekannt, daß Polen die von Deutschland 1918 verlorenen Kolonien zu erhalten hoffte,

In seiner Ausgabe vom 25. Januar 1939 versuchte der Ilustrowany Kurjer (Ilustrierter Kurier) mit allen Mitteln, die Atmosphäre für den Ribbentrop-Besuch zu vergiften. Er behauptete, aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß Deutschland und die Sowjetunion dabei seien, über ein umfassendes Abkommen hinsichtlich politischer und wirtschaftlicher Fragen zu verhandeln.

Die Deutschen würden angeblich versprechen, keine Gebietswünsche in Rußland zu haben, und es sei berichtet worden, daß sie Rußland für den Fall eines Krieges mit Polen oder einem anderen dritten Staat um Neutralität ersucht hätten. An dem Bericht stimmte auch nicht eine Zeile; doch er tat das Seinige, um in der polnischen Öffentlichkeit Entrüstung hervorzurufen.

Ribbentrop führte seine wichtigsten Gespräche mit den polnischen Befehlshabern am 26. Januar 1939. Er versicherte Marschall Rydz-Smigly, es gebe zwischen Deutschland und Polen keine Differenzen, die nicht zwischen Beck und ihm beigelegt werden könnten. Sehr optimistisch drückte er sich über die Zukunft aus und sagte voraus, die Sowjetunion werde sich noch weiterhin durch militärische Säuberungen und innere Aufstände schwächen. Der polnische Marschall hörte ihm aufmerksam zu, erging sich

dann aber in vagen Gemeinplätzen und vermied es sorgsam, die polnische Haltung gegenüber einer Regelung mit Deutschland durchblicken zu lassen.

Ribbentrop kam sehr bald zu der Erkenntnis, daß sein Warschaubesuch keine fruchtbaren Verhandlungen ergeben werde. An jedem der drei Tage seines Aufenthalts führte er längere Gespräche mit Beck, doch das wichtigste fand am 26. Januar statt. Er „wandte sich dem alten Thema des deutschen Vorschlags zu, der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich gegen eine Garantie der polnischen Wirtschaftsinteressen dort, und dem Bau einer exterritorialen Autostraße und einer Eisenbahnlinie zwischen Deutschland und seiner Provinz Ostpreußen“. Dann drängte er Beck, doch das maßvolle Ver-

368

369

halten Deutschlands zu bedenken, das sich in dem Verzicht auf die wertvollen Ostgebiete ausdrücke, die nach dem 1. Weltkrieg an Polen verlorengegangen seien. Die deutsche Öffentlichkeit betrachte diese Abtretungen immer noch als eine große Ungerechtigkeit und „neunundneunzig von hundert Engländern oder Franzosen würden, wenn man sie fragte, sofort sagen, daß zumindest die Rückkehr Danzigs und des Korridors deutscherseits ein ganz natürliches Verlangen sei”. Und Hitlers Antwort sei dagegen gewesen, Polen den ständigen Besitz des ganzen Korridors zu garantieren. Beck schien „zunächst beeindruckt... wies dann wiederum darauf hin, daß man mit dem Widerstand der Bevölkerung rechnen müsse. Aber nichtsdestoweniger wollte er unseren Vorschlag eingehend in Erwägung ziehen“. Beck wandte sich dem Thema Autobahn zu, um Ribbentrops Annahme, diese Frage sei im Grunde bereits geregelt, als

unberechtigt zu erweisen. Er stellte es als äußerst zweifelhaft hin, daß die polnischen Führer mit einer deutschen Autobahn einverstanden sein würden. Es war schwierig für Ribbentrop, auf diesen letzten Punkt im einzelnen einzugehen, da Beck es sorgsam vermied, den Eindruck hervorzurufen, er oder Lipski hätten auch nur den leisesten Einwand gegen die Autobahn. Beck wandte sich dann wieder der Danzigfrage zu und bat Ribbentrop erneut um die Zusicherung, es in Danzig zu keinem fait accompli kommen zu lassen. Ribbentrop möge doch zustimmen, daß Deutschland und Polen zusammenarbeiten sollten, um den Status Danzigs als Freie Stadt zu erhalten, bis ein deutschpolnisches Abkommen erreicht sei ungeachtet der Stellung, die der Völkerbund dazu einnehmen werde. Ribbentrop gab Beck seine persönliche Zusicherung, daß Deutschland sich an diese Politik halten werde.

Darauf sprach Ribbentrop über eine polnische Mitgliedschaft im Antikominternpakt, konnte hierbei aber keine Fortschritte erzielen. Beck „machte kein Hehl aus der Tatsache, daß Polens Bestrebungen auf die Sowjetukraine gerichtet seien und auf eine Verbindung zum Schwarzen Meer; aber gleichzeitig machte er auf die mutmaßlichen Gefahren aufmerksam, die aus polnischer Sicht nach einem gegen die Sowjetunion gerichteten Vertrag mit Deutschland entstehen könnten”. Ribbentrop erbat von Beck eine Prognose des zukünftigen Geschehens in der Sowjetunion. Beck führte aus, das Sowjetsystem „würde sich als Ergebnis inneren Verfalls entweder auflösen, oder um diesem Schicksal zu entgehen, zunächst alle seine Kräfte sammeln und dann angreifen”.

Ribbentrop bemühte sich, sich mit seinen Ausführungen auf Becks Mutmaßungen zur russischen Frage einzustellen. Nach der soeben zur Kenntnis genommenen Analyse schien „die Unzugänglichkeit von M. Becks Verhalten“ um so

bedauerlicher. Eindringlich wies Ribbentrop auf die Notwendigkeit hin, „gegen die Sowjetunion mit Propaganda vorzugehen“. Es

369

370

sei für Polen schon eine große Propagandaaktion, sich dem Antikominternpakt anzuschließen und es könne dadurch „nur zusätzliche Sicherheit gewinnen“. Dieses zwingende Argument fand taube Ohren. Beck versprach lediglich, diesen Punkt „eingehend zu überlegen“.

Auf dem Empfang in der deutschen Botschaft am Abend des 26. Januar 1939 suchte Ribbentrop nicht den Anschein zu erwecken, als ob er entscheidende Ergebnisse in Warschau erzielen werde. Kennard gegenüber äußerte er, daß „er mit den Ergebnissen seines Besuches sehr zufrieden sei, daß wir aber nicht mit irgendwelchen Sensationen zu rechnen brauchen“. Seinen einzig augenfälligen Erfolg in Warschau hatte er bei den Spitzen der polnischen Gesellschaft zu verzeichnen. Noël berichtete nach Paris, Ribbentrop sei elegant und sicher aufgetreten und seine stolze und unbefangene Haltung habe großen Anklang bei den Damen gefunden. Der französische Botschafter kam zu dem Schluß, daß Ribbentrop in der Ausführung seines Auftrages überaus wirkungsvoll gewesen sei. Unglücklicherweise sei Ribbentrops Mission von vornherein zu einem Fehlschlag verurteilt gewesen. Die Polen seien entschlossen, sich den deutschen Bemühungen um eine Bereinigung der deutsch-polnischen Differenzen zu widersetzen.

Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939

Polen gab am 28. Januar 1939 ein optimistisch lautendes Kommunique heraus, das mit Ribbentrop abgestimmt

worden war, bevor er Warschau verließ, Diese Bekanntmachung enthielt keinen Hinweis auf den wahren Hintergrund der deutsch-polnischen Verhandlung. Von der deutschen Grenze hatte Ribbentrop am 27. Januar ein liebenswürdiges Telegramm an Beck gesandt: „Ich bin überzeugt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sich durch unsere in Warschau geführten Gespräche beträchtlich vertieft haben". In seiner alljährlich zum 30. Januar gehaltenen Rede vor dem Deutschen Reichstag zollte Hitler den guten deutsch-polnischen Beziehungen herzlichen Beifall, obwohl Ribbentrops Bericht zu entnehmen war, daß seine letzten Unterredungen mit den Polen alles andere als befriedigend gewesen waren.

Hitler sprach zu den 855 Abgeordneten des im April neu gewählten Reichstages, zu dem auch die im Dezember 1938 gewählten Delegierten des Sudetengaues gehörten. Marschall Göring, der seit 1932 den Sitz des Reichstagspräsidenten innehielt, war wiedergewählt worden. Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, durch das Hitler besondere Vollmachten für innenpolitische und außenpolitische Krisen Deutschlands erhielt, wurde zum zweiten Mal verlängert. Dem Ergebnis der Abstimmung entsprechend sollte das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" bis zum 10. Mai 1943 in Kraft

bleiben. Es war jenes Gesetz, das Hitler in die Lage versetzte, diktatorische Maßnahmen anzuwenden, ohne die überlieferte demokratische Weimarer Verfassung von 1919 zum alten Eisen zu werfen. Die Verfassung von Hugo Preuß war zwar nicht auf den Einparteien-Staat Hitlers

zugeschnitten, aber die in der Verfassung zum Ausdruck kommende Kontinuität befriedigte das Legalitätsbedürfnis des Volkes in deutschen Angelegenheiten.

Hitler erinnerte den Reichstag daran, daß er nur etwas mehr als ein Drittel der deutschen Wählerstimmen für sich gehabt habe, als er am 30. Januar 1933 zum Kanzler ernannt worden sei. Er stellte fest, daß alle übrigen politischen Parteien Deutschlands dem Nationalsozialismus und seinem Programm gegenüber nur Haß empfunden hätten. Seine Ernennung betrachtete er als eine Entscheidung in zwölfter Stunde, Deutschland zu retten. In einer Rückschau zählte er die außenpolitischen Erfolge des Jahres 1938 auf und erinnerte seine Hörer daran, daß er endgültig entschlossen gewesen sei, die Österreich-Deutschen im Januar 1938 mit Deutschland zu vereinen, daß er aber keinen festen Plan gehabt habe, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Er erwähnte die tschechische Mobilisierung als Anlaß zu seinem militärischen Befehl vom 28. Mai 1938 und zu seinem Entschluß, die Sudetendeutschen 1938 zu befreien. Der Welt gab er die Zusicherung, daß Deutschland die schwebenden Fragen in Mitteleuropa nicht gelöst habe, um außenstehende Mächte zu bedrohen, sondern um seine Interessen zu sichern und sich gegen den Versuch der Einmischung Dritter zur Wehr zu setzen. Er erklärte, daß jedermann in Deutschland über das Münchener Abkommen glücklich gewesen sei, und er pries Mussolini, Daladier und Chamberlain für ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung der Tschechenkrise. Der friedlichen Wiedervereinigung der Deutschen im Jahre 1938 stellte er die Zwangsmaßnahmen gegenüber, die Bismarck angewendet hatte, um die teilweise deutsche Einigung von 1871 herzustellen. Der Reichstag vernahm, daß die Hilfe Görings und Ribbentrops von entscheidender Bedeutung für die Lösung außenpolitischer Probleme gewesen sei.

Mit Verachtung sprach Hitler über die Prophezeiungen der Auslandspresse von dem nahenden Untergang Deutschlands, die nur ein Zeichen dafür seien, daß zahlreiche ausländische Journalisten die Vernichtung Deutschlands herbeiwünschten. Er gab zu, daß Deutschland eine Diktatur sei, doch machte er geltend, daß die Nation im wesentlichen demokratisch sei, da 99 Prozent des Volkes hinter der Regierung stünden. Es gebe viel Gerede darum, ob Demokratien und Diktaturen nebeneinander leben könnten. Dieses sei aber in Deutschland keine internationale Frage, weil den Deutschen die Regierungsformen anderer Staaten gleichgültig seien. Hitler versprach, Deutschland habe weder den Wunsch noch ein Interesse daran, den Nationalsozialismus zu exportieren.

Dann erklärte er, daß die Gerüchte über deutsche Absichten gegen Nord-oder

Südamerika, in Australien oder China oder in Holland, nur weil diese Staaten andere Regierungssysteme hätten, ebenso phantasievoll seien wie die Behauptung, Deutschland gedenke, den Mond zu besetzen.

Hitler wußte, daß die negative Haltung Englands zum Handel im Deutschland vor 1914 entscheidend zur Vergiftung der internationalen Atmosphäre beigetragen hatte. Nach seiner Ansicht hatte Deutschland zum Ausbruch des 1. Weltkriegs höchstens insofern beigetragen, als es aus einer falsch verstandenen Bündnistreue gegenüber dem österreichisch-ungarischen Verbündeten in ihn „hineinschlitterte”. Nachdrücklich hob er hervor, daß kein Staat sichtbaren Gewinn aus dem 1. Weltkrieg gezogen

habe und jene Engländer, die sich vorgestellt hätten, daß die Zerstörung Deutschlands die englische Wirtschaftsposition verbessern werde, hätten bewiesen, daß sie im Unrecht seien.

Es war Hitler zur Kenntnis gelangt, daß namhafte englische Politiker und Journalisten während der letzten Monate die alten deutschfeindlichen Thesen wieder hervorholten. Die deutsche Seemacht sei im 1. Weltkrieg zerstört worden, doch nun hätten die Vereinigten Staaten und Japan Deutschland aus seiner ehemaligen Stellung in der Schiffahrt verdrängt. Der deutsche Handel sei vernichtet worden, aber das habe Großbritannien ebensoviel geschadet wie Deutschland. Wenn die Engländer im 1. Weltkrieg gekämpft hätten, um die Demokratie auszubreiten, so sei es jetzt deutlich geworden, daß diese Ideologie in der früheren Ausgabe noch weniger vorherrsche als damals. Daraus folgerte Hitler, daß jeder auch nur denkbare Nutzen des 1. Weltkrieges für Großbritannien seit langem ausgelöscht worden sei.

Hitler stellte fest, daß die Engländer den 1. Weltkrieg geführt hätten, um Deutschland vom Welthandel auszuschließen. Dann aber habe man Deutschland verpflichten müssen, seinen ehemaligen Welthandel zu verdoppeln, um die astronomischen Reparationsforderungen von 1919 und 1920 zu erfüllen.

Es könne nicht als Entschuldigung gelten, daß die Völker zu sehr erhitzt gewesen seien, um einen vernünftigen Frieden zuzulassen, das hätte wohl auch eine Verurteilung der britischen Demokratie bedeutet. Hitler bestritt die Behauptungen Edens und anderer britischer Politiker, daß Deutschland sich durch seinen Vierjahresplan dem Welthandel zu entziehen suche. Die deutsche Konkurrenz auf den ausländischen Märkten habe sich verringert durch

das Bemühen, den größeren Inlandsbedarf zu befriedigen, doch gab Hitler die Zusicherung, daß Deutschland die Notwendigkeit des Außenhandels immer anerkennen werde. Die Fähigkeit Deutschlands, genügend Lebensmittel zu erzeugen, sei beschränkt und die deutsche Handelskonkurrenz auf den Auslandsmärkten würde noch geringer sein, wenn Deutschland seine ehemaligen Kolonien noch besäße, die so reich an Nahrungsmitteln seien. Hitler sagte, es sei ihm bekannt, daß die Sieger von 1918 die Rückkehr der Kolonien zu Deutsch-

land nicht wünschten, aber er glaube doch, daß sie bei einiger Vernunft die Notwendigkeit des deutschen Handels einsehen müßten.

Der Kanzler beklagte es, seine Abrüstungsangebote seien seit 1933 „eisiger Zurückhaltung" begegnet. Bedauerlich sei es auch, daß ein Teil der deutschen Produktion zur Deckung des Bedarfs sich in der wahrhaft unproduktiven Form von Waffen ausdrücken müsse. Man habe in Deutschland erkannt, daß die gegenwärtigen Verhältnisse starke deutsche Verteidigungsstreitkräfte erforderten, um die deutsche Wirtschaft zu schützen, und es sei dabei nicht nötig, dieses Vorhaben dadurch abzusichern, daß man künstlichen Haß gegen fremde Staaten erzeuge. Anscheinend, so folgerte Hitler, sei es das Vorrecht von Demokratien, ihren politischen Führern zu erlauben, mit Hilfe von Verdrehungen und aus der Luft gegriffenen Tatsachen den Haß ihrer Untertanen gegen Völker anzustacheln, die ihnen nichts getan hätten. Dazu zählte er Duff Cooper, Eden, Churchill und den US-Innenminister Ickes als typische Beispiele von Kriegsaposteln auf. Man klage ihn

an, die geheiligten Rechte der Demokratien anzugreifen, wenn er sich gegen ihre Beschuldigungen verteidige. In Zukunft werde er, solange Deutschland ein souveräner Staat sei, es den Deutschen nicht untersagen, solche Angriffe entsprechend zu erwidern. Er setzte hinzu, „ein einziges Gelächter" sei die richtige Antwort auf die Behauptung, Deutschland beabsichtige, die Vereinigten Staaten zu überfallen.

Für bedauerlich hielt es Hitler, daß es überhaupt notwendig sei, den englischen Kriegsaposteln zu antworten, aber das deutsche Volk, das keinen Haß gegen Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten empfinde, sei psychologisch unvorbereitet, wenn die Kriegspolitik doch noch triumphieren sollte und Deutschland von den Westmächten überfallen würde. Er könne, so machte er geltend, in einer Auseinandersetzung mit ausländischen Kritikern die anderen Völker überzeugen, daß Deutschland nichts Böses gegen sie im Schilde führe. Im 1. Weltkrieg seien amerikanische Soldaten nach Europa gekommen, um mitzuhelfen, Deutschland zu erwürgen, und dann habe der Nye-Ausschuß des Kongresses 1934 erwiesen, daß die Teilnahme Amerikas am Kriege nicht zu rechtfertigen gewesen sei. Hitler stellte fest, das Ausland bringe sein ungeheures Mitgefühl für die Juden zum Ausdruck, doch es sei nur kümmerlich, was man getan habe, um für sie ein angemessenes Siedlungsgebiet zu finden. In diesem Zusammenhang möchte er von den anderen Staaten nichts über die Frage der Humanität hören, denn er erinnere sich noch sehr gut an den Hungertod von über 800000 deutschen Kindern durch die alliierte Blockade im 1. Weltkrieg, und auch daran, daß der Friedensvertrag von 1919 Deutschland eine Million Milchkühe fortgenommen habe…

Er wisse genau, daß die Welt reichlich Raum für jüdische Ansiedlungen biete.

Er legte den Juden dringend nahe, sich ein eigenes ausgeglichenes Gemein-

373

374

wesen zu schaffen, sonst würden sie sich einer nicht vorausschaubaren Krise gegenübersehen. Dann prophezeite er, ein neuer Weltkrieg werde nicht zur Bolschewisierung der Welt und zum Siege des Judentums führen, sondern zur Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa. Diese Voraussage gründete er auf den Glauben, daß die Zeit vorbei sei, in der die Propaganda hilflos gegen den jüdischen Einfluß auf die nichtjüdischen Völker Europas gewesen sei.

Ferner sagte er voraus, in einem neuen Weltkrieg werde den Juden in anderen Ländern Europas das gleiche geschehen, was ihnen bereits in Deutschland geschehen sei.

Hitler gab zu, daß ihn die vielen Gefahren mit Sorgen erfüllten, die Deutschland von außen bedrohten, daß er sich aber über die Freundschaft mit Italien und Japan freue. Er erklärte, der Zweck der italienisch-deutschen Solidarität sei die Rettung vor dem Bolschewismus, und sagte dann voraus, ein Zusammenbruch Japans im Fernen Osten würde den Triumph des Bolschewismus über Asien herbeiführen. Noch einmal pries er die Besonnenheit Daladiers und Chamberlains 1938 in München. Es sei festzustellen, daß die Atmosphäre sich seither gewandelt habe, in England würden Rundfunkstationen für Propagandasendungen nach Deutschland eingesetzt. Hitler drohte, Deutschland werde antworten, wenn die feindlichen Sendungen fortgesetzt

würden. Hollywood beteilige sich anscheinend an einem ausgedehnten Feldzug antideutscher Filme, doch könne Deutschland seinerseits auch antijüdische Filme herstellen, die sich viele Staaten und Völker mit Interesse ansehen würden. Nachdrücklich betonte Hitler, daß die herrschenden Spannungen sehr schnell verschwinden könnten, wenn diese sinnlose Hetze aufhöre.

Hitler gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß es eher eine lange Periode des Friedens geben werde als einen neuen Krieg. Er könne sich keinen konkreten Grund zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Großbritannien vorstellen. Oftmals habe er gesagt, daß es keinen deutschen Nationalsozialismus gebe, der dem britischen Empire irgendeinen Schaden zufügen möchte.

Mit Sicherheit wisse er, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien ein Gewinn für die ganze Welt sein könne, das gleiche treffe auch für eine Zusammenarbeit mit Frankreich zu. Unter den wahren Freunden des Friedens, so erklärte Hitler, gebe es keine Meinungsverschiedenheit über den Wert des deutsch-polnischen Paktes von 1934. Darin sei er bestärkt worden durch die sichtbaren Zeugnisse deutschpolnischer Freundschaft im vorhergehenden Jahr. Hitler begrüßte die Erneuerung der alten deutschen Freundschaft mit Ungarn und hob dann seine Bewunderung für Jugoslawien hervor, das Land der tapferen serbischen Soldaten des 1. Weltkriegs. Zu den Deutschland freundschaftlich gesinnten Nationen zählte er Rumänien, Bulgarien, Griechenland und die Türkei und bemerkte dazu, daß

die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern im Zunehmen begriffen sei. Gleichfalls erwähnte er die guten Beziehungen Deutschlands zu weiteren kleineren Staaten Europas.

Es war Hitler bekannt, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen von den Behauptungen amerikanischer Hetzer belastet waren, Deutschland bedrohe die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. Er vertraue darauf, daß die große Mehrheit des amerikanischen Volkes diesem gigantischen Propagandafeldzug keinen Glauben schenke. Deutsche Wirtschaftsbeziehungen zu Südamerika hielt er für ein Anliegen, das nur Deutschland und die südamerikanischen Staaten etwas angehe. Er schloß seine Rede in sehr optimistischen Tönen und dankte Gott für die Gnade, daß er die Herstellung der Einheit Deutschlands habe erleben dürfen.

Hitler hatte, unbeirrbar in seiner Zielsetzung, auf die Bedeutung der britischen Haltung gegenüber Deutschland hingewiesen. Sein Optimismus hinsichtlich der Vermeidbarkeit eines deutsch-englischen Krieges wäre in weitaus größerem Umfang gerechtfertigt gewesen, wenn die deutsch-polnischen Beziehungen sich als so fest und freundschaftlich erwiesen hätten, wie Hitler hatte durchblicken lassen. Doch war ihm nicht bekannt, in welchem Ausmaß Großbritannien auf die antideutsche Politik in Polen einwirkte. Zudem war er von dem freundschaftlichen Verhalten Becks in Berchtesgaden irregeführt worden. Obwohl er von dem Fehlschlag der Mission Ribbentrops in Warschau enttäuscht war, vertraute er dennoch darauf, die Polen zur Zusammenarbeit bewegen zu können, wenn es mit genügend Takt und Geduld geschehe.

Hitler hatte den ungeheuerlichen Versuch unternommen, die Feinde Deutschlands davon zu überzeugen, daß ein erneuter Weltkrieg ein Unglück bedeuten würde. Es ist bestürzend, daß es nach den bitteren Erfahrungen des 1. Weltkrieges noch notwendig war, so viel Beredsamkeit aufzuwenden, um eine so augenfällige Tatsache zu verdeutlichen. Ebenso bedrückend ist die Tatsache, daß die Kriegseiferer Englands jedem dieser für sich sprechenden Argumente unzugänglich blieben.

Auf Beck übte die Hitlerrede vom 30. Januar 1939 zeitweise einen beruhigenden Einfluß aus. Der polnische Außenminister wußte genau, warum Ribbentrops Mission fehlgeschlagen war. Ihn bedrückte die Sorge, die deutschen Führer könnten die Geduld verlieren, ehe Polen und Großbritannien genügend vorbereitet waren, sie herauszufordern. Er verfaßte einen höchst gefärbten Bericht über seine Gespräche mit Ribbentrop, kurz bevor Hitler seine Rede vor dem Reichstag hielt. Mit Genugtuung vermerkte er, Ribbentrop habe endlich entdeckt, daß es unmöglich sei, Polen zum Eintritt in den Kominternpakt zu bewegen. Auch habe Ribbentrop gesagt, daß Deutschland von dem Verlust Danzigs nach dem 1. Weltkrieg schmerzlich berührt gewesen sei. Beck

behauptete, darauf geantwortet zu haben, daß „wir uns auch erinnerten, daß Danzig seit Hunderten von Jahren ein Teil der Republik Polen gewesen sei“.

Ribbentrop wußte sehr wohl, daß Danzig niemals ein Teil Polens gewesen ist.

Es hätte Beck Vergnügen bereitet, die Geschichte auf den Kopf zu stellen, um den Reichsaußenminister herauszufordern. Doch das wagte er nicht. Mit Recht nahm er an, daß eine solche Feststellung eine starke Wirkung haben werde. Sein Bericht war ein schlechtes Beispiel für einen Diplomaten, der schreibt, was er mit Rücksicht auf die hohe Politik in einer entscheidenden Situation auf keinen Fall hätte sagen dürfen. Beck war von Hitlers maßvollem Eintreten für den Frieden am 30. Januar 1939 sehr angetan. Im polnischen Außenministerium hob er am 1. Februar hervor, wie angenehm ihn Hitlers Worte über Polen berührt hätten. Es war für ihn „ein Beweis dafür, daß dieser (Ribbentrops) Besuch ein glückliches Ereignis gewesen sei”. Stolz erklärte er, Polen zeige den Deutschen, daß es nicht daran dächte, sich wie die Tschechoslowakei behandeln zu lassen. Aber er setzte nicht hinzu, daß Deutschland gar nicht die Absicht hatte, Polen wie die Tschechoslowakei zu behandeln. Stattdessen stiftete er einige Verwirrung im Außenministerium, als er Lipski, Szembek und Lubienski fälschlich versicherte, er habe den Autobahnplan „kategorisch abgelehnt“. Einige Polen hatten es mit Genugtuung aufgenommen, daß Ribbentrop in großzügiger Weise die polnische Armee gegenüber Marschall Rydz-Smigly gelobt habe.

Polnische Besorgnis über die französische Politik

Der amerikanische Botschafter in Paris berichtete am 30. Januar 1939, daß er die kürzlichen deutsch-polnischen Verhandlungen mit seinem polnischen Kollegen Juliusz Lukasiewicz erörtert habe. Lukasiewicz hatte dabei zugegeben, es seien Danzig und die Korridorfrage behandelt worden. Er informierte Bullitt, Beck habe Hitler gewarnt, daß Polen unter Umständen in Ruthenien vorgehen werde. Bullitt sprach auch ganz allgemein über die deutsche Politik mit Lukasiewicz, dem französischen Außenminister Bonnet und

dem britischen Botschafter Sir Eric Phipps. Die drei Männer waren sich einig, daß Hitler 1939 nicht vorsätzlich gegen irgendein Land Krieg führen werde. Diese Ansicht stand in auffälligem Gegensatz zu den alarmierenden Berichten, die Halifax einige Tage zuvor an Präsident Roosevelt gesandt hatte.

Der amerikanische Geschäftsträger Gilbert berichtete am 3. Februar aus Berlin, Freundschaft mit Polen sei im Osten Hitlers politisches Hauptziel. Für Gilbert schien Becks Bereitschaft festzustehen, gegen einen Pakt mit fünfundzwanzigjähriger Laufzeit und eine deutsche Garantie des Korridors die Rückkehr Danzigs zuzulassen. Ferner berichtete er, in deutschen Regierungskreisen werde ganz offen davon gesprochen, daß die Wiedervereinigung Memels mit

Ostpreußen für den Frühling 1939 geplant sei. Die Deutschen seien der Ansicht, daß die Litauer, Engländer und Franzosen dieser Entwicklung ohne jeden Unwillen zustimmen würden. Zur Zeit des Ribbentrop-Besuches hatte Beck zu Kennard gesagt, er sei bereit, zu irgendeinem Zeitpunkt in der zweiten Märzhälfte 1939 nach London zu kommen. Kennard konnte Halifax immer noch nichts Ausführliches über die deutsch-polnischen Verhandlungen berichten.

Kennard und Noël waren angewiesen worden, alles zu tun, um sich Kenntnis von den Ribbentrop-Beck-Gesprächen in Warschau zu verschaffen. Beck sagte Kennard am 1. Februar 1939, ein neues Abkommen mit Deutschland sei in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich. Er war nicht gewillt,

Einzelheiten der Warschauer Gespräche bekanntzugeben, und betonte ausdrücklich, die derzeitige deutsche Politik gegenüber Polen sei freundschaftlich. Zu Noël war er etwas offener. Er vertraute ihm an, daß er sich in der Autobahnfrage ablehnend verhalten habe und Polen „einen Korridor durch den Korridor“ nicht zulassen werde. Auch erwähnte er, daß Ribbentrop keine Schwierigkeiten in den polnischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich sehe. Beck hoffte offenbar, die Franzosen davon abbringen zu können, ihre festen Vereinbarungen mit Polen zu lockern. Der französische Botschafter zog daraus den Schluß, daß zwischen Deutschland und Polen beträchtliche Reibungen bestünden, Der polnische Botschafter Lukasiewicz warnte am 1. Februar Beck von Paris aus: Die Haltung Frankreichs gegenüber Polen sei seit der Münchener Konferenz zusehends negativer geworden. Diese Entwicklung werde weiter anhalten, es sei denn, in Osteuropa ergäben sich neue Spannungen oder eine Krise. Nach seiner Ansicht bedürfe es in naher Zukunft einer ernsthaften Erschütterung, um Frankreich vor völliger Gleichgültigkeit gegenüber Polen zu bewahren.

Aus der Einstellung Bonnets zu den polnischen Versuchen, die Differenzen zwischen Deutschland und Polen zu verheimlichen, sprach ironische Überraschung. Lipski hatte sich nach Kräften bemüht, Coulondre die Berchtesgadener Gespräche im günstigsten Licht zu schildern. Von Bonnet war auch der freundschaftliche Austausch von Ansichten zwischen Deutschland und Polen in Warschau zur Kenntnis genommen worden. Ihm galten die Anstrengungen Becks zur Verschleierung der Tatsache, daß Danzig zur Debatte gestanden habe, als zum Scheitern verurteilt. Bonnet war im Gegensatz zu Halifax nicht daran interessiert, die deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten über Danzig für seine Zwecke auszunutzen. Er war aber bereit, einzuräumen, daß Polen sich während der Tschechenkrise

1938 dem Buchstaben nach an das französisch-polnische Bündnis gehalten habe. Er war auch der Überzeugung, daß die polnische Politik den Geist des Bündnisses verletzt habe. Das wollte

377

378

er nun den Polen 1939 in gleicher Münze zurückzahlen. Frankreich sollte sich buchstabengetreu an sein Bündnis mit Polen halten, doch war Bonnet der festen Ansicht, sein Land sei durchaus berechtigt, diese Allianz seinen eigenen Interessen gemäß aufzufassen. Frankreich war auch keineswegs verpflichtet, Polen in einem Konflikt um Danzigs willen zu unterstützen, und Bonnet dachte nicht im entferntesten daran, das zu tun.

Beck rechnete damit, daß die Vereinigten Staaten Großbritannien helfen würden, die Franzosen in einen Konflikt mit Deutschland zu verwickeln. In einem Bericht vom 12. Januar 1939 aus Washington hatte Graf Potocki behauptet, der New Deal mache in seinem Haßfeldzug gegen Deutschland Fortschritte. Dazu bemerkte er: „Die amerikanische Propaganda ist doch etwas grausam und zeichnet Deutschland so schwarz, wie es nur geht. Sie wissen bestimmt, wie man religiöse Verfolgungen und Konzentrationslager wirksam ausnutzen kann. Doch wenn man die allgemeine Unwissenheit in Betracht zieht, so ist ihre Propaganda derart wirkungsvoll, daß die Leute einfach keine Ahnung haben, was in Europa wirklich vorgeht.” Potocki vermerkte noch, daß man den entsetzlichen Vorgängen in Rußland während der Säuberungen nur wenig Aufmerksamkeit schenke”.

Potocki betonte, daß die Vereinigten Staaten dabei seien, ein gigantisches Rüstungsprogramm in Gang zu setzen, und daß der Münchener Pakt, der einen übertriebenen Eindruck von der deutschen Macht vermittelt habe, diesem Programm eine „große Hilfe” (Wielka pomoca) bedeute. Er fuhr fort, die Bedeutung der Juden in der amerikanischen Politik zu übertreiben und spöttelte über prominente amerikanische Juden, die von sich behaupteten, sie seien „sehr darauf bedacht, als Repräsentanten des ‚echten Amerikanertums’ zu gelten”, sie seien aber „tatsächlich mit dem internationalen Judentum durch unzerreißbare Bande verbunden“. Er beklagte sich, die Juden hielten ihren jüdischen Internationalismus unter einem falschen Nationalismus verborgen und „es gelinge ihnen, die Welt in zwei Kriegslager zu spalten”.

Am 16. Januar 1939 berichtete Potocki, Bullitt werde am 21. Januar von seinem Urlaub nach Frankreich mit der festen Absicht zurückkehren, den Widerstand Frankreichs gegen Deutschland zu stärken. Er gedenke, es mit der Verteilung von Statistiken über die Kriegsvorbereitungen Amerikas zu erreichen. Bullitt habe zu Potocki geäußert, er sei von Präsident Roosevelt ermächtigt worden, die französischen Führer davon in Kenntnis zu setzen, daß die Vereinigten Staaten den Isolationismus aufgeben und ihre gesamten Hilfsquellen Großbritannien und Frankreich zur Verfügung stellen würden. Bullitt habe die eigennützige Politik Polens während der Tschechenkrise gelobt und dann vorausgesagt, die Westmächte würden bald darauf vorbereitet sein, den deutschen Plänen in Osteuropa Widerstand zu leisten. Dabei hatte er ver-

sichert daß das Verzicht auf „eine lediglich formelle Intervention” sein werde.

Kennard erhielt am 6. Februar 1939 im polnischen Außenministerium die Bestätigung für Becks Äußerung gegenüber Noël über die Autobahnfrage.

Kennard wurde ausdrücklich bedeutet, „daß ein Korridor durch den Korridor oder ein exterritoriales Arrangement selbstverständlich niemals in Frage käme”. Kennard war hocherfreut über diesen Eigensinn der Polen. Man bedeutete ihm, Polen sei nicht bereit, irgendeine der gegenwärtig für Deutschland lästigen Einschränkungen im Verkehr zwischen Königsberg und Berlin zu erleichtern.

Londons Furcht vor einem deutsch-polnischen Pakt

Mit Genugtuung verzeichnete Kennard, daß der Austausch von deutschen und polnischen Besuchen keine Besserung der Verhältnisse für die deutsche Minderheit in Polen gebracht habe. Beck hatte lediglich zugestimmt, einige Sachverständige nach Berlin zu schicken, um die Frage zu erörtern. Am 25. Februar 1939 entsandten die Polen eine Gruppe solcher Sachverständigen nach Berlin. Doch kam nichts dabei heraus. Die Polen verwarfen den deutschen Vorschlag, ein Schlußkommunique mit der Feststellung: „Die Gespräche werden so bald wie möglich fortgesetzt”, herauszugeben. Statt dessen setzten sie die Formulierung durch: „Die Gespräche werden wiederaufgenommen werden.” Dazu erklärten sie deutlich, daß sie ein weiteres Zusammentreffen für mindestens vier Monate nicht in Betracht ziehen würden.

Halifax wurde von Kennard unterrichtet, die Polen hätten die Beschwerden der deutschen Minderheiten mit der Aufforderung an ihre eigenen Minderheiten-Organisationen

in Deutschland beantwortet, sich über die Verhältnisse zu beschweren. Kennard gab zu: „Es kann nur wenig Zweifel bestehen, daß die verantwortlichen Stellen in Polen unentwegt wie immer tätig sind, die Stellung der deutschen Minderheit zu beschneiden und zu untergraben.

Kennard verurteilte diese Taktiken der Polen keineswegs, sondern spekulierte darauf, daß man solche Maßnahmen jederzeit mit den Klagen über die Verhältnisse in Deutschland rechtfertigen könne. Kaltblütig meinte er, diese Quelle der Zwietracht könne leicht zum Anlaß eines größeren Streites werden.

Halifax war recht nervös wegen eines Mißverständnisses, das Mitte Februar 1939 in einer Unterhaltung mit dem polnischen Botschafter Raczynski entstanden war. Voller Hast kabelte er Kennard am 15. Februar, der polnische Botschafter habe beiläufig bemerkt, „Beck wünsche nach London zu kommen, am liebsten, nachdem er sich mit der deutschen Regierung über irgendeine Lösung geeinigt habe, die Danzigfrage einstweilen zu regeln”. Halifax hatte

mit Danzig als Vorwand für einen deutsch-englischen Konflikt gerechnet und erschrak bei dem Gedanken, die Deutschen und Polen könnten sich in diesem Punkt womöglich einigen. Doch wurde er sehr bald dahingehend beruhigt, daß Raczynskis Bemerkung ohne besondere Bedeutung sei und die Danzigfrage nicht geregelt sein werde, wenn Beck nach London komme.

Becks geplante Reise nach London machte die Deutschen neugierig. Moltke sprach am 24. Februar 1939 mit Kennard darüber. Er vertraute ihm an, die deutsche Regierung werde

ihr Mindestangebot einer Regelung mit Polen im Austausch gegen Danzig und die Autobahn, d. h. ohne die Eisenbahnlinie, niemals reduzieren. Mit gelassener Festigkeit entgegnete Kennard, „die Polen würden solchen Vorschlägen niemals zustimmen“. Diese Bemerkung versetzte Moltke in Unruhe, aber er antwortete darauf, Deutschland habe nicht die Absicht, das polnische Einverständnis mit Gewalt zu erzwingen. Durch sehr inquisitorisches Fragen versuchte Moltke, etwas über Becks Besuch in London zu erfahren, aber Kennard weigerte sich, auch nur ein Wort darüber zu sagen. Er fragte Moltke, was Polen Deutschland denn bisher angeboten habe.

Mit verzerrter Miene entgegnete Moltke, Polen habe den gegenwärtigen Status quo für Danzig angeboten, der von Deutschland und Polen garantiert werden solle. Für Kennard lag es klar auf der Hand, und selbstverständlich auch für Halifax, als er Kennards Bericht las, daß die Deutschen in ihren Bemühungen, eine Regelung mit Polen zu erzielen, keinen Schritt weitergekommen seien.

Antideutsche Demonstrationen während Cianos Warschaubesuch

Als Beck im März 1938 in Rom war, hatte er den italienischen Außenminister Ciano nach Polen eingeladen. Ciano traf am 25. Februar 1939 in Warschau ein, um Polen in einem Aufruhr vorzufinden. Vorwand für die Aufregung der Polen war ein geringfügiger Zwischenfall in Danzig am 29. Januar 1939, den die Polen aufbauschten, um daraus eine Ehrenangelegenheit zu machen. Zwischen deutschen und polnischen Studenten der Danziger Technischen Hochschule hatte es im Cafe Langfuhr eine Schlägerei gegeben.

Der britische Generalkonsul Shepherd hatte den Fall untersucht und dann an Halifax berichtet, daß die polnischen Studenten sich der Unruhestiftung in dem Restaurant schuldig gemacht hätten. Der Besitzer habe neue Gewalttätigkeiten befürchtet und einen höflichen Brief an die ‚Bratnia Pomoc' (Hilfsbrüderschaft), eine polnische Studentenorganisation, geschrieben und darum gebeten, polnische Studenten möchten in Zukunft das Restaurant meiden. Die polnischen Studenten hätten sich wegen dieser angeblichen Diskriminierung in ihrer Ehre getroffen gefühlt und für den 22. Februar 1939 eine Protestversammlung anberaumt. Bei dieser Zusammenkunft faßten sie die völlig abwegige Resolution, daß allein Polen das Kontrollrecht über die Weichselmündung und die Stadt

Danzig zustehe. Auch beschlossen sie, jedes Danziger Lokal zu betreten, das ihnen beliebe. Die jungen Polen hätten behauptet, sie seien später wieder zum Cafe Langfuhr gegangen und hätten dort folgendes angeschlagen gefunden: „Kein Eintritt für Hunde und Polen". Der britische Generalkonsul Shepherd ging dem neuen Vorfall nach und meldete Halifax, die Notiz sei nicht von dem Besitzer angebracht worden. Die glaubwürdigste Vermutung war, daß es sich bei dem Zettel um eine absichtliche Provokation von polnischer Seite handele.

Die Ausdrucksweise, Hunde und gewisse unerwünschte Subjekte auszusperren, war in polnischen Universitätsstädten durchaus gebräuchlich, in Deutschland jedoch unbekannt.

Ein polnischer Beamter in Danzig, Hauptmann Krukierck, nahm an einer weiteren Protestversammlung teil. Dort wurde die Behauptung aufgestellt, deutsche Studenten hätten polnische Studenten aus der Technischen Hochschule hinausgewiesen. Ausländische Berichterstatter griffen diese Behauptung auf und verbreiteten sie im Ausland. Die Anschuldigung war eine maßlose Übertreibung. Dazu berichtet der französische Sender Straßburg, 100 polnische Studenten seien von deutschen Studenten in einem Hörsaal und auch von Einheiten der in Danzig gar nicht bestehenden SS angegriffen worden.

Wiederum leitete Generalkonsul Shepherd eine Untersuchung ein und berichtete anschließend Halifax, die polnischen Behauptungen seien übertrieben. Es habe den Anschein, als hätten die deutschen Studenten von den Resolutionen der polnischen Studentenorganisationen erfahren und dementsprechend ihre polnischen Kommilitonen sehr laut aufgefordert, den Hörsaal zu räumen. Die Polen hätten dieser Aufforderung Folge geleistet und zu Gewalttätigkeiten sei es dabei nicht gekommen.

Der polnische Hochkommissar Chodacki ging schnurstracks zu Greiser und verlangte augenblicklich eine formelle Entschuldigung. Der Danziger Senatspräsident ließ sich nicht aus dem Gleichgewicht bringen und lehnte die Forderung mit der Begründung ab, erst müsse der Sachverhalt des Zwischenfalls zur Zufriedenheit beider Parteien geklärt werden. Greisers Widerstand versetzte Chodacki in Wut. Er drohte mit seinem Rücktritt und warnte, die Konsequenzen habe Greiser zu tragen.

Nun schaltete sich die polnische Presse ein. Zwei Monate lang brachten die führenden Blätter fast täglich Meldungen über angebliche Mißhandlungen polnischer Studenten und

dazu Bildunterschriften wie „Verfolgung des Kampfes um studentische Rechte”. In den größeren Städten Polens fanden antideutsche Studentenversammlungen statt. Die deutsche Botschaft in Warschau wurde gewarnt, es bedürfe nur noch eines Funkens, um eine polnische Militäraktion gegen Danzig herbeizuführen. Eine von Studenten der Universistät Posen veranstaltete Demonstration gegen die Deutschen führte zur Ver-

nichtung deutschen Eigentums, auch wurden viele Deutsche dabei verletzt. Am 24. Februar fand eine Demonstration größeren Umfangs vor der deutschen Botschaft in Warschau statt, die Moltke als die schlimmste seit dem Abschluß des Paktes von 1934 bezeichnete. Tausende von Polen sangen das scheußliche Rota-Lied, in dem von dem Lohn Gottes für das Hängen von Deutschen die Rede ist, außerdem ertönten Rufe wie „Nieder mit Hitler!”, „Nieder mit der prodeutschen Politik!”, „Weg mit den deutschen Hunden!“ und „Lang lebe das polnische Danzig!” Man beschränkte sich aber nicht auf Haßgesänge und Schlagworte. Die deutsche Botschaft wurde mit Steinen beworfen. Das Gebäude wäre auch noch gestürmt worden, wenn nicht am Eingang Polizei gestanden hätte. Diese Wache bot allerdings recht zweifelhaften Schutz, denn sie bestand nur aus zwei polnischen Polizisten.

Viele Polen empfanden diese Provokation als beschämend und unehrenhaft.

Der Herzog von Coburg, Vorsitzender der größten deutschen Frontkämpferorganisation, weilte am 24. Februar 1939 in Krakau. In Begleitung einer Gruppe ehemaliger Frontkämpfer marschierte er zur Wawelburg und legte dort

am Grabe Pilsudskis einen Ehrenkranz nieder. General Goreci, der Präsident des polnischen Frontkämpferbundes, gab dem Herzog und seiner Gruppe ein Essen. Bei Tisch tauschten die polnischen Gastgeber viele kameradschaftliche Trinksprüche mit ihren deutschen Gästen aus und es kam deutlich zum Ausdruck, daß die Polen sich der Ausschreitungen schämten, die überall in Polen stattfanden. Die Anwesenheit des Außenministers Graf Ciano in Warschau verhinderte keineswegs eine erneute Demonstration gegen die Deutsche Botschaft am 25. Februar 1939. Die polnische Polizei war in voller Stärke angetreten, doch griff sie erst ein, als die Demonstration sich schon 15 Minuten lang auf dem Vormarsch befand. Die Botschaft wurde mit schweren Steinen beworfen, wobei zwei große Fenster in Scherben gingen. Vierzig bewaffnete Polizisten standen nur dreihundert Demonstranten gegenüber.

Die ganze Szene war hell erleuchtet und gab Moltke und seinen Mitarbeitern Gelegenheit, die Demonstranten genau zu beobachten. Moltke berichtete, daß sein Stab keine Juden gesehen habe und daß es möglich gewesen sei, die Mehrzahl der Demonstranten als Studenten zu identifizieren. Er vermute, es habe sich um Vertreter rechtsgerichteter Gruppen und Organisationen gehandelt.

Als Ciano in Warschau eingetroffen war, bildete die Lage in Danzig das Hauptthema der Gespräche. Das englische Blatt Daily Herald hatte am 24.

Februar 1939 die sensationelle Meldung gebracht, derzufolge der Danziger Gauleiter Albert Forster eine Reise nach England plane, verzweifelt bemüht, ein englisch-polnisches Abkommen zur Verteidigung des status quo in Dan-

zig zu verhindern. Als Journalisten ihn in Danzig daraufhin ansprachen, bestritt er diese englischen Gerüchte ganz entschieden.

Ciano wurde ein sehr feindseliger Empfang zuteil, als er in Warschau eintraf. Eine Menschenmenge, die sich anläßlich der Ankunft des italienischen Außenministers versammelt hatte, schrie mit heiserer Stimme deutschfeindliche Schlagworte. Die wenigen Zurufe der Sympathie für Italien, den katholischen Bruderstaat, zu dem sich die Polen seit altersher hingezogen fühlten, konnten kaum durchdringen. Unter den Polen herrschte Kampfstimmung.

Während des Ciano-Besuches bestand die polnische Kapelle einmal darauf, statt der italienischen Giovinezza die Marseillaise zu spielen. Diese unhöfliche Geste verursachte einen ungeheuren Krawall und zwischen protestierenden italienischen Journalisten und den Polen brach eine Schlägerei aus.

Die Deutschen bemühten sich weitgehend, Ciano in der peinlichen Lage be hilflich zu sein. Sie unterrichteten ihn direkt aus Berlin über den Hintergrund und das Ziel der antideutschen Demonstrationen und erklärten sich bereit, in der Zeit seines Aufenthaltes in Warschau in der deutschen Presse nichts zu veröffentlichen. Unter diesen Umständen war die Entrüstung der Deutschen nur allzu natürlich, als die italienische Zeitung Popolo d’Italia am 27. Februar 1939 eine propolnische und antideutsch gehaltene Meldung über die Unfreundlichkeiten in Polen brachte.

Cianos Fragen an Beck hinsichtlich der künftigen deutsch-polnischen Beziehungen waren sehr diskret formuliert.

Nonchalant hatte der polnische Außenminister erwidert, es liege durchaus im Bereich des Möglichen, ein gutnachbarliches Verhältnis zu Deutschland auch weiterhin zu pflegen, doch stehe man vor Schwierigkeiten. Beck sprach von der Unterredung in Berchtesgaden im vorhergehenden Monat und Ciano vermerkte: „Beck habe häufig mit Genugtuung, wenn auch ohne Überzeugung, die Zusicherungen hervorgehoben, die Hitler ihm gegeben hatte.“ Cianos Besuch in Polen nahm mehrere Tage in Anspruch. Erst am 3. März 1939 reiste er wieder ab. Die letzten Tage verbrachte er auf einem Jagdausflug in den einsamen Wäldern von Bialowieza in Nordostpolen. Zu dieser angenehmen Zerstreuung ließ er das hektische Großstadttreiben der polnischen Metropole gern hinter sich“, Bevor er nach Bialowieza aufbrach, erörterte er die Lage mit v. Moltke.

Dabei sagte er, es sei ganz klar zu erkennen, daß die Polen keine wirklich enge Verbindung mit den Achsenmächten wünschten. Man müsse den Schluß ziehen, das polnische Verhalten während der Tschechenkrise habe lediglich polnischen Zwecken gedient und es habe keinen Wert, daraus irgendein Anzeichen für die künftige offizielle Haltung Polens entnehmen zu wollen. Es sei ihm nicht möglich gewesen, irgendetwas Ermutigendes von Beck über Danzig zu hören. Ciano stellte fest, daß Rundfunk und Presse in Frankreich wäh-

rend seines Besuches außerordentlich regsam gewesen seien, die antideutsche Stimmung in Polen zu schüren. Er kam zu dem Schluß, es sei ein Racheakt der Franzosen, die Vergeltung für die Demonstrationen in der italienischen

Kammer am 30. November 1938, dem Vorabend des Ribbentropbesuches in Paris, üben wollten. Den Deutschen blieb nichts weiter übrig als festzustellen, daß sie das Opfer dieses französisch-italienischen Streites geworden seien.

Ciano gab zu, sein Besuch habe in Polen keinen begeisterten Widerhall gefunden. Nach seiner Rückkehr mäßigte er seine Ansicht über die polnische Politik ein wenig mit der Schlußfolgerung, es sei töricht sich vorzustellen, man habe Polen für die Achse gewonnen, dennoch sei es allzu pessimistisch zu denken, daß es ganz und gar feindlich gesinnt sei. Mussolini war über das Benehmen der Polen während Cianos Besuch empört. Er gab zu, daß es für Deutschland und Italien in Polen nicht sehr günstig aussehe, und meinte dann ruhig, Polen sei schließlich weiter nichts als eine „taube Nuß”, Die Demonstrationen gegen die Deutschen hatten sich gelegt, nachdem Ciano aus Warschau in die polnischen Wälder abgereist war. Ein Versuch, am 28. Februar 1939 noch einmal vor der deutschen Botschaft zu demonstrieren, wurde von der Warschauer Polizei rasch niedergeschlagen. Die amtliche Stimme Polens, die Gazeta Polska, hatte am gleichen Tage zur Wiederherstellung der Ordnung und Disziplin in Polen aufgerufen. Ehe dies geschah, war ein Boykott gegen deutsche Firmen in Polen eingeleitet worden. Anlaß dazu war eine Annexionisten-Versammlung am 26. Februar 1939, die von Premierminister Slawoj-Scladkowski genehmigt worden war. An der Zusammenkunft hatten die polnischen Militärbefehlshaber teilgenommen. Hauptredner war Oberst Kazimierz Tomaszewski.

Bewußt rückte Tomaszewski die Stellung der Deutschen in ein falsches Licht, indem er behauptete, Deutschland verlange Land von Polen. Er rief aus, Polen habe keinen Grund, irgendwelches Land an Deutschland zurückzugeben, eher habe es selbst solche Forderungen zu stellen. Auf

dieses Stichwort hin antworteten die Zuhörer mit lebhaften Zurufen wie „polnisches Danzig" und „Polnisch-Ostpreußen". Voll Ingrimm sagte der Redner, Danzig sei eine Eiterbeule am Körper Polens, welche aufgestochen werden müsse. Die Menge quittierte dieses Gerede mit freudigem Beifall und die Versammlung schloß mit einer Resolution zu einem Boykott der Deutschen und der Einrichtung eines besonderen „Keine-Deutschen-Tages" in Polen. Die Anwesenheit amtlicher Sprecher war ein Zeichen, daß die Versammlung als bewußte Provokation gegen Deutschland von seiten der polnischen Regierung gedacht war.

384

385

Beck gibt seinen Besuch in London bekannt

Die Aktion der polnischen Regierung zur Beendigung der Ausschreitungen in Warschau am 28. Februar 1939 wirkte sich noch nicht unmittelbar in den Provinzen aus. Am 1. März wurde das deutsche Konsulat in Posen bei einer Demonstration beschädigt. Ribbentrop und Moltke präsentierten in diesen Tagen eilends Protestnoten. Sie hatten aber keinen Erfolg damit. Ganz verzweifelt sagte Moltke am 8. März 1939 zu Beck, es gebe wahrscheinlich kaum mehr als sechs Polen im ganzen Land, die aufrichtig daran interessiert seien, die Zusammenarbeit und Versöhnung zwischen Polen und Deutschland zu fördern.

Am 25. Februar 1939 schlug Beck vor, Halifax entweder in der letzten Märzwoche oder der ersten Aprilwoche in England aufzusuchen. Die britische Antwort darauf lautete günstig und so gab Beck am 26. Februar bekannt, die Reise werde etwa Ende März stattfinden. Moltke wurde angesichts dieses Vorhabens von trüben Ahnungen erfüllt.

Wahrscheinlich werde sich Beck bemühen, die polnischen Beziehungen zu England zu festigen. Moltke war sich der tödlichen Feindschaft Englands gegenüber Deutschland bewußt. Er beklagte die Tatsache, daß es „ganz allgemein immer offenkundiger wird, daß Polen sich enger an die westlichen Demokratien anzuschließen wünscht.

Moltke sah, daß der Streit um Danzig zu einem Bindeglied zwischen Polen und dem Westen geworden sei. Er vermutete, Beck werde unter Umständen auch Paris einen Besuch abstatten, obwohl er das „anläßlich seines Weihnachtsurlaubs an der Riviera in ziemlich unfreundlicher Weise“ von sich gewiesen hatte. Ribbentrop sah die polnische Lage in einem etwas milderen Licht. Lipski gegenüber versicherte er in Berlin, er sei absolut davon überzeugt, daß Beck die Ausschreitungen in Polen als bedauerlich empfunden habe. Ribbentrop legte diese Hetze der polnischen Presse zur Last und warnte dabei, wenn man der deutschen Presse die Freiheit zum Antworten ließe, könne daraus eine gefahrvolle Situation entstehen. Eine allgemeine Regelung zwischen Deutschland und Polen könne nach seiner Ansicht „durch solche bedauerlichen Vorfälle sehr erschwert oder zuallermindest sehr stark verzögert werden“. Er verriet nicht die geringste Ungeduld hinsichtlich eines schnellen Abschlusses des Abkommens mit Polen.

Völkerbundskommissar Burckhardt stand unter starkem Druck, so lange in der Schweiz zu bleiben, bis der Völkerbund seine Untersuchung der Danziger Verhältnisse beendet habe. Er ließ das deutsche Konsulat in Genf am 1. März 1939 wissen, daß er so bald wie möglich nach Danzig zurückgehen zu können hoffe. Er warnte die Deutschen, die Polen hätten kürzlich in Danzig Zwischen-

fälle angestiftet, um Unruhe herbeizuführen, und legte ihnen nahe, daß die Danziger Regierung klug daran täte, trotz polnischer Provokationen ruhig zu bleiben. Darauf bot er an, Halifax in London über Danzig auszuhorchen und darüber dann in Berlin bei Ribbentrop zu berichten. Ribbentrop antwortete ihm einige Tage später, er sei bereit, Burckhardt jederzeit zu empfangen. Die Slowakenkrise hatte ihren Höhepunkt erreicht, als Burckhardt am 13. März in Berlin eintraf. Es war ihm nicht möglich gewesen, ein Zusammentreffen mit Halifax zu arrangieren. Die Deutschen rieten Burckhardt, während dieser Krise nicht nach Danzig zurückzukehren. Burckhardt sagte voraus, es würden schwere Tage für Danzig kommen und die Polen versuchten, seine Autorität zu mißbrauchen und ihn gegen Deutschland auszuspielen. Burckhardts Besuch in Berlin rief in der westlichen Presse die übliche Flut phantasievoller Gerüchte hervor. Weizsäcker schrieb Burckhardt nach Genf und riet ihm, diese Geschichten einfach zu ignorieren.

Die Deutschen erhielten einen Bericht über Cianos Eindrücke von Polen am 4. März 1939. Ciano bemerkte, „Polen lebt unter der Diktatur eines Toten“.

Überall an den höchsten Stellen säßen die Jünger Pilsudskis. Er fand es schwierig, sich in der polnischen Politik zurechtzufinden, weil „jeder sich als den berufenen Hüter des Pilsudskischen Erbes betrachtet, aber niemand da ist, der wirklich neue Gedanken hat“. Auch verkannte er die Polen, als er prophezeite, in einem allgemeinen Krieg würden sie ihre Entscheidung hinauszögern und „dann dem Sieger zu Hilfe eilen“. Das widersprach jedoch der polnischen Strategie in dem Kriege zwischen Denikin und den russischen Roten im Jahre 1920. Cianos Ansicht zu diesem Punkt traf sehr viel eher auf Italien als auf Polen zu.

Der Ciano-Besuch verdeutlichte die verächtliche Einstellung Polens zu Italien. Kennard hörte im polnischen Außenministerium: „Ciano hat offensichtlich nicht den Mut, irgend etwas zu tun, was dem Reich mißfallen könnte.“

So formulierte er in einem Bericht an Halifax, womit er sich besonders klug ausgedrückt zu haben meinte. Grigorie Gafencu, der neue rumänische Außenminister, hatte sich in dieser Zeit zu einem kurzen Besuch in Polen aufgehalten und dabei einen sehr günstigen Eindruck auf Beck gemacht, der ihn als erfreuliches Gegenteil zu seinem Vorgänger betrachtete. Kennard charakterisierte die letzten Warschauer Staatsbesuche mit folgender Bemerkung: „Ribbentrop wurde mit Abneigung betrachtet, Ciano mit Verachtung und Gafencu mit deutlicher Sympathie.” Vielleicht war es für die überschwenglichen und leichtsinnigen Polen nur natürlich, Verachtung gegenüber einem vorsichtigen und erfahrenen Volk wie den Italienern zu empfinden, obwohl Polen aus einem genaueren Studium der italienischen Politik viel Nutzen hätte ziehen können.

386

387

Im März 1939 standen die deutsch-polnischen Beziehungen im Zeichen der kommenden Reise Becks nach London. Ribbentrop äußerte sich recht gelassen über diese Entwicklung, doch Moltke richtete weiterhin ernste Warnungen an das Auswärtige Amt. Am 9. März 1939 wurde bekanntgegeben, Beck werde am 3. April in London eintreffen. Moltke berichtete unter dem gleichen Datum, ein hoher polnischer Militär habe die kürzlichen Ausschreitungen in Polen als „völlig gerechtfertigt“ bezeichnet. Auch seien in den provozierenden

Presseangriffen gegen Deutschland keine Anzeichen eines Abklingens zu bemerken.

Moltke erinnerte an die drei Wochen kleinerer Demonstrationen im August 1938, weil ein polnischer Eisenbahner auf der Strecke Gdingen-Danzig durch eigene Unachtsamkeit beide Beine verloren hatte. Die Demonstrationen vom August 1938 seien milde im Vergleich zu dem, was er seit Januar 1939 erlebt habe. Der Langfuhr-Zwischenfall war „der unglaublichste Fall von Unruhestiftung, der mir je vorgekommen ist”. Er war argwöhnisch gegenüber Becks oft wiederholter Feststellung, man dürfe die Lage nicht allzu pessimistisch ansehen. Solche Einstellung sei entweder ausgesprochen wirklichkeitsfremd oder bewußt ausweichend. Es scheine allzu leicht, zu behaupten, die offiziell deutschfeindlichen Länder wie die Vereinigten Staaten seien für einen Teil der Hetze verantwortlich zu machen. Ebensowenig überzeugend sei Becks Argument, die Unruhe aus der mißglückten Regelung der Ruthenienfrage herzuleiten. Moltke vermerkte, polnische Hetzer verbreiteten den Eindruck, „nachdem die österreichische und sudetendeutsche Frage gelöst sei, käme jetzt Polen an die Reihe.” Beck und nicht das polnische Volk habe von Hitler „die sehr klaren Äußerungen in Berchtesgaden” entgegengenommen. Beck verwende keine Mühe darauf, die Haltung der polnischen Bevölkerung zu beeinflussen.

Am 14. März 1939 erörterte Moltke die Lage mit Beck. Dabei versuchte er herauszufinden, aus welchem Grunde der Außenminister nach London fahre.

Beck versicherte wahrheitsgemäß, die Initiative zu seinem Besuch sei von England ausgegangen. Doch schenkte ihm Moltke keinen Glauben. Beck bemerkte leichthin, er habe um einen inoffiziellen Besuch gebeten, um möglichst viel

Zeit für politische Gespräche zu haben. Munter behauptete er, er habe keine „besonderen Probleme”, sondern beabsichtige, eine allgemeine Orientierungsreise” zu machen. Beck gab zu, „natürlich“ habe er auch vor, mit den Engländern über Danzig zu sprechen, die ja zum Dreierausschuß gehörten, um die Völkerbundsfunktionen in der Freien Stadt zu überwachen.

Beck hoffte, die britische Regierung werde durch Beibehaltung der Völkerbundsstellung in Danzig „ein Vakuum verhindern“ helfen, bis Deutschland und Polen zu irgendeiner Art Einvernehmen gelangt seien. Er erwähnte einen soeben eingetroffenen Bericht Lipskis und stellte zu seiner „großen Freude”

fest, Hitler wolle nicht zulassen, daß die Danzigfrage die polnisch-deutschen Beziehungen belaste. Es gelang Beck glänzend, Moltke mit diesen freundlich klingenden Gemeinplätzen in Sicherheit zu wiegen. Nach dieser Unterredung war Moltkes Einstellung derjenigen Ribbentrops nicht unähnlich.

Beck stand im März 1939 nicht unter dem geringsten Druck von seiten Deutschlands, übereilt die Regelung der deutsch-polnischen Differenzen aushandeln zu müssen. Die Deutschen waren ohne weiteres bereit, Becks Behauptungen zuzustimmen, daß eine Regelung schwierig sein werde. Trotz vieler polnischer Provokationen legten sie eine beneidenswerte Gelassenheit an den Tag. Seit der Aufnahme der Verhandlungen am 24. Oktober 1938 waren fast fünf Monate vergangen. Bei keiner Gelegenheit während der darauffolgenden Zeit war es bei den Deutschen

zu einer drohenden Haltung gegenüber Polen gekommen. Klar war zu erkennen, daß sie großen Wert auf eine Zusammenarbeit mit Polen legten und auf ein Abkommen hofften, das auf der Grundlage der Fairneß und Gleichheit zustandekommen sollte.

Die Deutschen hatten Polen ein gutes Angebot gemacht, es einschließlich großer wirtschaftlicher Vorteile gegen jede fremde Invasion zu schützen. Die Briten dachten nicht daran, Polen wirtschaftliche Vorteile zu bieten, auch militärisch konnten sie es nicht schützen. Während der Tschechenkrise 1938 hatten sie Polens Verhalten verurteilt und 1939 hofften sie, die Polen lediglich als Werkzeuge gegen Deutschland zu verwenden. Es war also geradezu widersinnig, daß Beck nach London reisen wollte, um eine allgemeine Regelung mit England statt mit Deutschland zu treffen.

Halifax hatte in dieser Situation drei Dinge vor Hitler voraus. Pilsudski war tot und die polnische Führung arbeitete nach seinen veralteten Direktiven von 1934 und 1935. Großbritannien war weit weg und seine unmittelbaren Bestrebungen konnten polnische Pläne nicht bedrohen. Großbritannien genoß in seinem Empire, in seinen von ihm abhängigen Territorien, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten eine weltbeherrschende Stellung.

Die Polen wurden von dem Ruhm und der Größe der britischen Weltstellung geblendet. Die Briten waren dabei, Deutschland offen herauszufordern, und Beck kannte diese ihre Absicht. Beck gedachte, sich lieber den Briten in der Herausforderung Deutschlands anzuschließen, als die Freundeshand zu ergreifen, die Hitler ihm nun schon so lange hingestreckt hatte. Becks Politik von 1939 war unvereinbar mit dem Überleben des neuen polnischen Staates.

388

389

12. KAPITEL: DIE KEHRTWENDUNG DER BRITISCHEN POLITIK

Das wahre Gesicht einer unaufrichtigen Friedenspolitik

VON den deutschen Plänen, 1938 und 1939 die territorialen Bestimmungen der Pariser Friedensverträge zu revidieren, waren Österreich, die Tschechoslowakei, Litauen und Polen unmittelbar betroffen worden. Die Deutschen wünschten keine Veränderungen auf Kosten solcher Nachbarn wie Frankreich, Italien, Jugoslawien, Ungarn, Holland, Belgien, Dänemark, Schweiz und Luxemburg. Rumpf-Österreich war im März 1938 mit dem Deutschen Reich verschmolzen worden, und der tschechoslowakische Staat hörte nach der Begründung des Protektorats von Böhmen-Mähren und einer unabhängigen Slowakei im März 1939 auf zu existieren. Am 20. März 1939 erklärte sich der litauische Außenminister Urbsys in Berlin damit einverstanden, Memel an Deutschland zurückzugeben. Dieser Entschluß wurde dann am 22. März vom litauischen Kabinett gebilligt.

Von Polen wünschte Deutschland kein Gebiet, sondern nur die Billigung besonderer Durchgangsmöglichkeiten durch den polnischen Korridor und die Rückkehr Danzigs zum Reich. Seine Ziele in Österreich, der Tschechoslowakei und Litauen erreichte es ohne Blutvergießen, und mit Polen hoffte Hitler eine Regelung auf dem Verhandlungswege erreichen zu können. In den Erörterungen ihrer Vorschläge

übten die Deutschen keinen Druck auf die Polen aus, auch verrieten sie keine Ungeduld. Hitler war bereit, auf eine günstige polnische Antwort zu warten, auch wenn es noch so lange dauerte. Deutschland hatte sein Programm der Gebietsrevisionen praktisch erfüllt und sah einer Zeit sorgenfreier Sicherheit entgegen, in der es das Gewonnene festigen und seine Pläne zum inneren Wiederaufbau fortführen konnte. Seine Sicherheit war auf dem festen Fundament befriedigender Beziehungen mit allen seinen unmittelbaren Nachbarn begründet. Italien betrachtete das deutsche Programm mit freundschaftlichem Wohlwollen, die Sowjetunion war durch

389

390

das ihr feindliche Polen isoliert und Frankreich hatte keine Neigung, sich in die Danzigfrage einzumischen.

Die offizielle Politik Englands gegenüber Deutschland stand in dem Jahr von März 1938 bis März 1939, während Hitler den größten Teil seiner Ziele verwirklichte, im Zeichen der Verständigung. Die Briten hatten die deutsche Einverleibung Österreichs wie auch des Sudetenlandes akzeptiert. Auf besonderen Wunsch des Premierministers Chamberlain war am 30. September 1938 eine deutsch-englische Freundschaftserklärung unterzeichnet worden. Der Umfang der deutschen Flotte richtete sich genau nach den Abmachungen des deutsch-englischen Flottenvertrages von 1935 und die konservativen Führer versicherten der britischen Öffentlichkeit, daß Deutschland sich gewissenhaft an dieses Abkommen halte. Bei zahlreichen Gelegenheiten hatte Hitler den britischen Führern klargemacht, er werde niemals versuchen, sie zur Rückgabe der deutschen Überseekolonien zu zwingen, die in der Zeit von 1914 bis

1919 in britischen Besitz übergegangen waren. In der Zeit 1938 bis 1939 war der britische Handel auf den überseeischen Märkten stetig auf Kosten des deutschen Handels angewachsen.

Die deutschen Pläne für eine Gebietsrevision auf dem europäischen Kontinent waren in ihren Ausmaßen bescheiden. Hitler hatte nicht die Absicht, die übrigen europäischen Gebiete zurückzugewinnen, welche 1914 zu Deutschland und Österreich gehörten. Er hatte auf Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, Nordschleswig, Südtirol, Österreichisch-Slowenien, Posen, Ostoberschlesien und Westpreußen verzichtet. Sein Programm beruhte auf einem sorgfältig bedachten Kompromiß zwischen dem, was das Deutsche Reich und das verbündete Österreich — ohne Ungarn — 1914 besessen, und dem, was sie 1919 verloren hatten. Dieses Programm blieb auf die Rückkehr etwa der Hälfte der verlorenen deutschen Gebiete beschränkt. In „Mein Kampf“ war von Hitler die Bedeutung umfangreicherer deutscher Bestrebungen in Osteuropa auf Kosten des Bolschewismus für eine spätere Zeit angedeutet worden. Dieses im Interesse aller Gegner des Bolschewismus liegende Programm fand jedoch in der deutschen Politik der Jahre 1933-1939 keinen offiziellen Ausdruck. Anfang 1939 wurde es deutlich erkennbar, daß Hitler seine osteuropäischen Absichten ausschließlich auf der deutsch-polnischen Zusammenarbeit begründet sah.

Die Briten hatten im östlichen Europa keine territorialen Verpflichtungen. Den Tschechen wurde von den Mächten der Münchener Vier zwar eine Gebietsgarantie zugesagt, doch war der britische Außenminister Halifax der Einlösung dieses Versprechens mit Bedacht ausgewichen. Chamberlain erklärte am 15. März 1939 vor dem Unterhaus, die Auflösung des tschechischen Staates, den zu garantieren Großbritannien lediglich vorgeschlagen hätte, habe

dieser Frage ein Ende bereitet. Er fügte hinzu, Deutschland sei zur Konsultierung Großbritanniens im Endstadium der Tschechenkrise im März 1939 nicht verpflichtet gewesen. Geoffrey Dawson, der einflußreiche Redakteur der Londoner Times, vermerkte dazu, die Äußerungen Chamberlains seien vom englischen Parlament „beifällig aufgenommen“ worden.

Die britischen Führer hatten keine einseitige Verpflichtung, zugunsten Polens oder irgendeines anderen Staates in Osteuropa einzugreifen. Sie waren im März 1939 sehr viel weniger über die deutsche Aufrüstung besorgt als zur Zeit der Unterzeichnung der deutsch-englischen Freundschaftserklärung. Es war ihnen bekannt, daß sie, obwohl fast die Hälfte der deutschen Rüstungsausgaben auf die deutsche Luftwaffe entfiel, Deutschland in der Luft stetig überholten. Ganz offenkundig war das deutsche Rüstungsprogramm von der Planung und dem Metallengpaß, insbesondere der Kupferbeschaffung her außerordentlich beschränkt. Die deutsche Waffenherstellung von 1938 betrug lediglich 16% derjenigen im Jahre 1944, obwohl Deutschland während dieses Jahres ständig unter der Einwirkung erbarmungsloser Luftangriffe stand.

Die im März 1939 noch guten Aussichten auf Frieden und Wohlstand in Europa waren nunmehr von einem Anschlag Englands mit dem Ziel der Auslösung des 2. Weltkriegs bedroht. Die britische Führung unternahm eine Reihe von Schritten, mit denen sie den Krieg unvermeidbar machen zu können hoffte. Sie setzte sich damit über die Friedenshoffnungen des weitaus größten Teils aller Völker der Welt hinweg. Sie arbeitete auf den Krieg gegen Deutschland hin trotz der Tatsache, daß die britischen

Interessen von deutscher Seite nicht bedroht wurden und die deutsche Führung politisch und auch sonst in jeder Hinsicht probritisch eingestellt war. Im März 1939 bediente sich die britische Führung, trotz der Teilnahme am Kellogg-Briand-Pakt von 1928, ganz bewußt des Krieges als eines Instrumentes nationaler Politik. Die britische Politik war vor allem deshalb so verwerflich, weil sie darauf ausging, so viele Nationen wie nur möglich in die Schrecken eines neuen Weltkrieges zu stürzen. Halifax und seine Kollegen waren außerdem entschlossen, die ganze Verantwortung für ihre Verschwörung gegen den Frieden auf Adolf Hitler abzuwälzen.

In ihrem Vernichtungsstreben gegenüber Deutschland kannten die britischen Führer keine Gewissensbisse. Sie begingen einen ungeheuerlichen Betrug hinsichtlich angeblicher deutscher Pläne in Rumänien, die reine Erfindung waren und nur dazu dienen sollten, eine gutgläubige und voreingenommene angelsächsische Öffentlichkeit gegen Hitler aufzubringen. Sie bemühten sich bei der Sowjetunion um die Unterzeichnung eines Bündnisses gegen Deutschland, obgleich das ein verhängnisvoller und gefährlicher Schritt

war, der nur zu einer bolschewistischen Vorherrschaft in Europa führen konnte. Den Polen bedeuteten sie, sie würden ihnen volle militärische Unterstützung für den Fall gewähren, daß sie ein Abkommen mit Deutschland ablehnten, und setzten die ganze Welt durch eine Reihe öffentlicher Ankündigungen von diesen neuen diplomatischen Schachzügen in Kenntnis. Dieser Übergang von einer Appeasement-Politik zur Kriegspolitik vollzog sich

innerhalb der kurzen Zeitspanne von fünf Tagen, vom 15. bis zum 20. März 1939. In dieser Zeit wurden nicht die geringsten Anstrengungen unternommen, mit Deutschland über die Lage zu verhandeln. Dieses Vorgehen Englands hatte seinen Grund im Fehlen jeglicher moralischer Bedenken und, was vom Standpunkt erfolgreicher Staatskunst noch viel schlimmer war, in einer Fehleinschätzung britischer Interessen. Hitler hat die offensichtliche Entschlossenheit der britischen Führer, ihre eigene Weltstellung zu untergraben, natürlicherweise beklagt. Es ist aufschlußreich, die Äußerungen der britischen Führer zu betrachten, die sich auf die Eröffnung einer ebenso glänzenden wie glorreichen Kampagne zur Vernichtung Deutschlands beziehen, und zwar angesichts des schon 1936 festgelegten britischen Bombenkrieges gegen deutsche Frauen und Kinder. Alan Campbell Johnson, ein großer Bewunderer Lord Halifax', schrieb von der „revolutionären Halifax-Diplomatie" im März 1939, „die in den ‚beispiellosen' Garantien an Polen, Rumänien und Griechenland gipfelte". Nach seiner Ansicht bestand seine (Halifax') Leistung in der Wiederbelebung der historischen und traditionellen Rolle Englands, für das Gleichgewicht der Kräfte Sorge zu tragen. Halifax frohlockte in Anbetracht der nach seinem Dafürhalten vortrefflichen Gelegenheit, seine eingefleischte Feindschaft gegen Deutschland offen herauskehren zu können. Er erinnerte sich der Begegnung mit einem Sprecher einer Gruppe politisch Mißvergnügter in Rom im Januar 1939. Von ihm erfuhr Halifax, daß diese Gruppe Deutschland als „den einzigen Feind, den wir haben", ansah. Halifax hatte darauf erwidert: „Das empfinden wir auch so." Zwei Monate lang mußte er dann noch voller Ungeduld warten, bis der richtige Augenblick kam, dies der ganzen Welt mitzuteilen. Im März 1939 gewann er die Überzeugung, man könne nunmehr der britischen Öffentlichkeit die Überzeugung beibringen, daß Hitler einen „üblen Charakter" habe. Er war bereit, jedem,

der ihm sein Ohr lieh, zu erzählen, daß Hitler nach der Weltherrschaft strebe .

Sir John Simon war überzeugt, daß die von Halifax für Chamberlain vorbereitete Rede, die dieser am 17. März 1939 in Birmingham halten sollte, den Erfolg einer einmütigen Entscheidung Großbritanniens für den Krieg haben werde. Ihr Thema war der heimtückische Hinweis, Hitler gehe darauf aus, die Welt zu erobern. Mit einem Zynismus ohnegleichen bemerkte Simon, Cham-

berlain sei für diese Propaganda wie geschaffen, da sein Auftreten in München 1938 ihm unverdienterweise den Ruf einer Deutschfreundlichkeit eingebracht habe.

Sir Samuel Hoare hielt an dem Glauben fest, das Anwachsen der britischen Rüstung seit der Münchener Konferenz habe die Herausforderung Deutschlands im März 1939 gerechtfertigt. Er war überzeugt, daß der Fall Danzig der gegebene Anlaß zur Herbeiführung eines Konfliktes sei. Nach dem 2. Weltkrieg bekannte er ganz offen, ein Militärbündnis mit Polen sei in der damaligen Situation eine absolute Notwendigkeit gewesen, um einen deutsch-englischen Krieg anzuzetteln. Hoare führte auch an, England habe die Wahl getroffen, lieber mit Polen als mit der Sowjetunion ein unmittelbares Abkommen zu treffen. Dabei räumte er ein, diese Entscheidung sei weniger vom militärischen Standpunkt bestimmt gewesen als von der Notwendigkeit, einen Vorwand zum Vorgehen gegen Deutschland zu finden. Das hieß soviel wie Großbritannien lag mehr daran, Deutschland zu bekämpfen, als alle Kräfte für die sogenannte Verteidigungsfront zu sammeln.

Es ist wichtig, das Verhalten des Premiers Chamberlain in Betracht zu ziehen, jenes vierten Mitgliedes der Gruppe englischer Parlamentarier, welche sich in erster Linie mit der Gestaltung der Außenpolitik befaßte. Chamberlain fühlte sich im Gegensatz zu Halifax in seiner Begeisterung für einen Kreuzzug gegen Deutschland durch ein „abgrundtiefes Mißtrauen gegen Rußland“ gehemmt. Dieses nüchterne Bedenken, Stalins Spiel in Europa zu spielen, belastete ihn von Zeit zu Zeit, doch focht er deshalb Halifax’ politischen Kurs nicht an. Vielmehr erklärte er am 19. März 1939, es sei „unmöglich, sich mit Hitler auseinanderzusetzen”.

Die Beamtenschaft des Foreign Office begrüßte die Wendung der britischen Politik im März 1939 ebenfalls. Der überwiegende Teil dieses Stabes zeichnete sich seit Jahren durch eine besonders betonte deutschfeindliche Gesinnung aus. Nach seiner Ansicht stellten die Diffamierungen Deutschlands durch Halifax und Chamberlain eine verspätete Anerkennung seiner eigenen Deutschfeindlichkeit dar. Die beiden Hauptvertreter dieser Richtung waren Sir Robert Vansittart, der diplomatische Berater Seiner Majestät Regierung, und Sir Alexander Cadogan, der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office. Zwischen beiden Männern herrschte seit langem engstes Einvernehmen. Cadogan hatte zusammen mit Halifax die Vorbereitung der britischen Osteuropapolitik übernommen. Die englischen Militärbefehlshaber waren von diesen Überlegungen ausgeschlossen, da Halifax und Cadogan nichts davon hielten, sich vom militärisch-praktischen Standpunkt her sagen zu lassen, wie schwach ihre Politik sei.

Sir Hughe Knatchbull-Hugessen, Leiter der Abteilung für Wirtschaftskrieg-

393

394

führung im Foreign Office in der Zeit nach dem Münchener Abkommen, vertrat die Ansicht, man habe vor dem März 1939 für Propaganda wie auch für die praktisch-militärischen Angelegenheiten genügend Sorge getragen. Er akzeptierte das bedächtige Zögern, die Friedenspolitik nicht vor dem März 1939 aufzugeben, als geschickte Strategie, die Großbritannien in die Lage versetze, seine Kriegsvorbereitungen zu beschleunigen. Genau wie Simon fand er, Chamberlain habe es durch sein Handeln auf der Münchener Konferenz vermocht, „der Welt das volle Ausmaß der Nazischurkerei in einer Art zu zeigen, die jeden Widerspruch ausschließe”.

Die münchenfeindlichen Kriegseiferer mit Winston Churchill an der Spitze waren natürlich über die unerwartete Wendung der Ereignisse hocherfreut. Sir Arthur Salter erklärte, Halifax sei seinem Verwandten Sir Edward Grey ebenbürtig, der Großbritannien in den 1. Weltkrieg geführt hatte. Salter wurde in seinem Verhältnis zu Chamberlain durch den neuen Kurs der Regierung besänftigt und verkündete, der Premier sei „entschlossener denn je, autoritär und willensstark”. Leopold Amery sagte es zu, daß Chamberlain nach seiner Birmingham-Rede am 17. März 1939 „absolut für sofortiges Handeln” war. Amery zog es vor, seine Bedenken gegenüber einer unbegrenzten militärischen Verpflichtung zugunsten der Polen für sich zu behalten, die, wie er im vertrauten Kreise einmal erklärte, „militärisch kaum zu rechtfertigen“ sei.

Winston Churchill wurde von den Regierungschefs im März 1939 nicht um Rat gefragt. Er hielt es mit Geoffrey Dawson für angebracht, daß das Parlament Chamberlains

versöhnliche Äußerungen über Deutschland am 15. März 1939 nach der Besetzung Prags beifällig aufgenommen habe. Nach seiner Ansicht hatte Chamberlain nicht unter starkem öffentlichen Druck gestanden, um seinen Kurs zu ändern. Churchill erwartete, Chamberlain werde in Birmingham am 17. März 1939 wieder eine versöhnliche Rede halten, und sah dessen Ausführungen mit „vorgefaßter Verachtung“ entgegen. Chamberlains kriegerische Ansprache traf ihn unvorbereitet und er gab später zu: „Des Premierministers Reaktion überraschte mich.“ Ganz offensichtlich bestimmten Chamberlain und Halifax die öffentliche Meinung Englands, anstatt sich an sie anzulehnen. Es gab nichts, was die britischen Führer zwang, wie Churchill es ausdrückte, „eine Rechtsum-Wendung“ zu machen.

Thomas Jones, der im März 1939 sehr enge Fühlung mit der englischen Regierung hatte, schilderte die Lage in einem Brief an einen amerikanischen Freund in New Jersey. Darin erklärte er: „Großbritannien fühlt sich stärker und einiger, als es der Fall gewesen wäre, wenn man München nicht als ein fehlgeschlagenes Friedensunternehmen behandelt hätte.” Er hoffte, daß die britische Sympathie für das ferne Osteuropa verständlich sei, und erklärte: „Wir sind an der östlichen Seite Deutschlands jetzt recht emsig dabei, es dahin

zu bringen, an zwei Fronten zu kämpfen.“ Jones stimmte mit Simon und Hoare in der Ansicht überein, daß die Halifax’sche Planung den Krieg unvermeidbar mache!”

Frankreich — die britische Sorge

Die Engländer konnten ihre Strategie in Osteuropa schwerlich entwickeln, ohne die Stellung Frankreichs zu berücksichtigen. Pierre-Etienne Flandin hatte Halifax und Chamberlain einmal sehr viel näher gestanden als jeder andere führende Politiker Frankreichs. Er war im Dezember 1937 in Deutschland gewesen, kurz nachdem Halifax mit Hitler in Berchtesgaden zusammengetroffen war. Die deutschen Führer hatten ihm zugesichert, das Dritte Reich gehe auf eine Politik der ständigen Zusammenarbeit mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Polen aus. Flandin war geneigt, diesen Versicherungen der deutschen Führung Glauben zu schenken. Über die Möglichkeit des Fortbestehens der Tschechei nach München dachte er skeptisch. Der kriegerischen Reaktion der britischen Führer auf die Vorgänge in Prag im März 1939 begegnete er mit Verachtung. Deutschen Diplomaten versicherte er am 20. März 1939 in Paris, die Vorgänge in Prag hätten keinen Einfluß auf seine Einstellung hinsichtlich der Notwendigkeit einer dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich.

Diese Haltung Flandins erfüllte Halifax mit großer Sorge. Flandin stand Bonnet und Daladier sehr nahe und es war durchaus damit zu rechnen, daß die französische Regierung die britische These von der Unvermeidbarkeit des Krieges verwerfen würde. Am 13. März 1939 hatte der französische Oberste Kriegsrat eine Sitzung abgehalten. General Maurice Gamelin, Oberbefehlshaber der Armee, stützte seine Ausführungen auf die Vermutung, daß der Zusammenbruch der Tschechoslowakei innerhalb von zwei bis drei Tagen zur Gewißheit werden würde. Auch war er sicher, es würden Anstrengungen gemacht, Frankreich in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln. Er wies darauf hin, daß die deutschen Verteidigungsanlagen im Westen ungemein stark seien. Dann beklagte er sich, die Friedensverträge von 1919 hätten die Sowjetunion, im Grunde genommen, auf Asien

beschränkt, und die Haltung Polens beraube das französisch-sowjetische Militärbündnis seines eigentlichen Wertes. Nach seiner Ansicht war die Verteidigungsposition Frankreichs stark, doch müsse er sich jeder aggressiven französischen Militärpolitik versagen. Seine Analyse der militärischen Lage veranlaßte Georges Bonnet, im Laufe der nächsten Tage den britischen Plänen eines militärischen Kreuzzuges mit Skepsis zu begegnen.

Ministerpräsident Eduard Daladier verspürte keine Neigung, seinem Unwillen über die tschechische Situation Ausdruck zu geben. Er hatte zum tsche-

choslowakischen Staat stets ein sehr negatives Verhältnis gehabt und machte sich das Verdikt des französischen Gesandten in Prag, Lacroix, zueigen, nach dem die tschechischen Führer niemals die Fähigkeit besessen hätten, ein echtes Nationalgefühl in den Nationalitäten ihres Landes zu erwecken. Über Chamberlain beklagte er sich, dieser habe am 17. März 1939 die Politik der Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich verleugnet; er sei zur Politik der kollektiven Sicherheit und des gegenseitigen Beistands zurückgekehrt, ohne die französische Führung zu konsultieren.

Außenminister Bonnet hegte die Hoffnung, eine gewalttätige britische Reaktion auf die Vorgänge in Prag entschärfen zu können, indem er am 16. März 1939 die Initiative zu einem gemäßigten englisch-französischen Formalprotest gegen Deutschland ergriff. Bonnet hielt diesen Schritt aus protokollarischen Gründen für unerläßlich, da die Tschechoslowakei formell Frankreichs Bundesgenosse war,

als Hitler Präsident Hacha zur Annahme des deutsch-tschechischen Abkommens vom 15. März 1939 veranlaßte. Bonnet hatte an diesem Tag ein freundschaftlich gehaltenes, persönliches Schreiben des Reichsaußenministers von Ribbentrop erhalten. In ihm rechtfertigte Ribbentrop das deutsche Vorgehen in Prag als einen notwendigen Schritt zur Erhaltung der Ordnung und zur Vermeidung von Blutvergießen.

Bonnet rechnete im Januar 1939 auf Grund einer Lagebesprechung mit Chamberlain und Halifax in Paris mit einer neuen europäischen Krise. Die beiden Engländer unterbrachen zu diesem Zweck ihre Reise zu Mussolini.

Bonnet hoffte, die französisch-italienischen Beziehungen im Interesse einer friedlichen Zusammenarbeit auf dem Kontinent verbessern zu können. Umso erfreuter war er, als Premierminister Daladier die Initiative ergriff und Paul Baudoin, den Generaldirektor der Indochinabank, zu einer Sonder mission nach Rom entsandte. Baudoin, der in Italien viele Jahre freundschaftliche Verbindungen gepflegt hatte, besprach die Lage mit Mussolini und Ciano und berichtete Daladier und Bonnet am 7. Februar 1939 darüber. Seine Mission erzielte greifbare Ergebnisse. Die italienischen Führer waren von der Notwendigkeit überzeugt, im Interesse des europäischen Friedens, auf der Grundlage regelmäßiger Konsultation, vertrauensvolle Beziehungen zwischen Frankreich und Italien zu pflegen. Damit war die durch die Annexionisten-Demonstrationen in der italienischen Kammer am 30. November 1938 hervorgerufene Spannung beseitigt. Bonnet konnte jetzt vertrauensvoll damit rechnen, daß Mussolini Frankreichs Bemühungen um den Frieden in schwierigen Situationen unterstützen würde. Diese neue französisch-italienische Zusammenarbeit, die von dem konkreten Wunsch beider Länder, den Frieden zu erhalten,

getragen wurde, stand Halifax‘ Kriegspolitik ernsthaft im Weg.

Auch der führende amerikanische Diplomat in Europa, William C. Bullitt,

396

397

war über die politische Kehrtwendung Englands im März 1939 hocherfreut. Er wußte, daß dem Präsidenten Roosevelt jeder britische Vorwand für einen Krieg in Europa willkommen sein würde. Am 17. März sandte er deshalb einen Brief aus Paris, in dem er triumphierend zu dem Schluß kam, daß es nun keine Möglichkeit mehr gebe, die europäischen Streitigkeiten auf friedlichem, diplomatischem Wege zu regeln.

Halifax droht Hitler

Halifax wartete die Rede Chamberlains in Birmingham am 17. März 1939 nicht erst ab, um einen festen Standpunkt zur Tschechenkrise einzunehmen. Zwar gab er am 15. März 1939 im Oberhaus zu, daß die Vorgänge in Prag die britische Regierung zu keiner Aktion verpflichteten, behauptete aber unredlicherweise, er habe eine Reihe ernsthafter, jedoch mißglückter Versuche unternommen, die anderen Münchener Mächte zu veranlassen, zusammen mit England den tschechischen Staat zu garantieren. Ferner behauptete er, Großbritannien fühle sich moralisch keineswegs weniger gebunden, als wenn diese Garantie tatsächlich gewährt worden wäre. Auch gab er zu, das Geschehen in Prag habe sich mit der Einwilligung der ehemaligen tschechischen Regierung vollzogen; trotzdem müsse er sich darüber beklagen, daß der Geist des Münchener Abkommens verletzt worden sei.

Noch offener drückte Halifax seinen Standpunkt gegenüber dem deutschen Botschafter Herbert von Dirksen am 15. März aus. Er behauptete, Hitler habe sich selbst als Lügner entlarvt. Die deutsche Politik zeige, daß sie gute Beziehungen zu Großbritannien verwerfe. Deutschland „trachte nach einer Stellung, von der aus es Europa und womöglich die ganze Welt mit Gewalt beherrschen könne.

Halifax glaubte während dieser Unterredung recht gut in Form gewesen zu sein. Später bemerkte er, der deutsche Botschafter habe im Vergleich zu ihm „mit wenig Überzeugungskraft" und mit „beträchtlicher Verlegenheit" gesprochen. Dirksens Berichte nach Berlin während dieser Tage beweisen in der Tat, daß er über die heftige Reaktion Englands auf die jüngste tschechische Krise ziemlich erschüttert gewesen sei. Dirksen hatte das Erbe Lichnowskys, des letzten deutschen Botschafters in London vor Ausbruch des Krieges 1914, angetreten. Beide erkannten die Bedeutung einer deutsch-englischen Verständigung und beide lösten sich beinahe vor Kummer auf, als sie sich dem Zusammenbruch ihrer diplomatischen Bemühungen gegenübersahen. Die ganze deutsche Botschaft war über die Vorgänge im März 1939 bestürzt.

Die Briten hatten von ihrer Insel aus mit allen nur erdenklichen Mitteln den Eindruck erweckt, als lasse sie die Zukunft Böhmens völlig unberührt. Nun drehten sie den Spieß um und erklärten, die Vorgänge in Böhmen hätten

sie überzeugt, daß Hitler die Welt erobern wolle. So kann man sich kaum darüber wundern, daß die dieser Londoner

Stimmung ausgesetzten deutschen Diplomaten in Verzweiflung gerieten.

Halifax träumt von einer gewaltigen Allianz

Halifax’ Hauptziel nach dem 15. März 1939 war eine Bündniskombination, die den Kriegsvorstellungen der britischen Politik gerecht wurde. Nach seinem Wunsch sollte Großbritannien in einem Streitfall Verpflichtungen übernehmen, die leicht zum Kriege führen konnten. Er hielt es für erforderlich, ein machtvoll überlegenes Bündnissystem zu beherrschen, das einen Sieg garantieren oder ihn wenigstens äußerst wahrscheinlich machen würde. Nach Halifax’ Ansichten konnte diesen Erfordernissen durch einen Zusammenschluß entsprochen werden, der Großbritannien, Frankreich, Polen und die Sowjetunion umfaßte, vorausgesetzt natürlich, daß die Vereinigten Staaten verläßlich genug waren, Reserven zur Verfügung zu stellen, um jede Kräftelücke in dieser Allianz sofort schließen zu können. Die Schwierigkeit bei diesem Plan bestand in der Tatsache, daß eine Bündniskombination, die sowohl Polen wie auch die Sowjetunion einschloß, eine absolute Unmöglichkeit war.

Halifax war sich dieser Tatsache nicht voll bewußt, obwohl er von Kennard aufschlußreiche Berichte über die Einstellung Polens zur Sowjetunion erhalten hatte. Er betrachtete Polen als eine unbedeutende Macht, und es war üblich, Großmächten, die sich freiwillig erboten, die Interessen der Kleinen zu schützen, Zugeständnisse zu machen. Halifax war überhaupt nicht in der Lage, zu verstehen, daß die polnischen Führer Großbritannien zuliebe nicht von ihrer Politik gegen die Sowjetunion abweichen würden. Er war gezwungen, zwischen Polen und der Sowjetunion zu wählen, als Polen den Anschluß an eine Kombination verweigerte, die auch Rußland umfaßte. Er entschied sich für Polen, mit

dem stillen Vorbehalt, es werde ihm gelingen, die Polen doch noch zu überreden, ihre Haltung gegen Rußland zu ändern. So kam er zu dem Schluß, daß er nur vorübergehend zwischen Rußland und Polen zu wählen habe, und hegte die Hoffnung, diese beiden Mächte doch noch miteinander aussöhnen und sich beider Dienste zugunsten der britischen Kräfteausgleichspolitik sichern zu können.

David Lloyd George hielt Halifax' Entscheidung, Polen statt Rußland für sein Bündnissystem zu wählen, für tollkühn. Immer wieder kam es im Unterhaus zur Sprache, Halifax habe für seine Einkreisungsfront die schwächere unter den osteuropäischen Mächten herausgesucht. Man wies darauf hin, daß Großbritannien Verpflichtungen in Osteuropa übernehme, von denen man sich nicht vorstellen könne, wie man ihnen ohne die Sowjetunion gerechtwerden solle. Man übersah dabei die Tatsache, daß Halifax' Entscheidung im

398

399

Sinne seiner eigenen Politik in sich durchaus logisch war. Ein Krieg um Danzigs willen wäre kaum wahrscheinlich gewesen, wenn Halifax seine Kritiker durch ein andersartiges Verhalten beschwichtigt hätte. Die Russen hätten nicht für Polen gekämpft, wenn die Polen ihren Beistand abgelehnt hätten, und Frankreich wäre geneigt gewesen, dem russischen Beispiel zu folgen. Halifax befürchtete, die Polen könnten doch noch ein Abkommen mit Deutschland treffen, wenn er Polen zugunsten Rußlands geringschätzig behandeln würde. Das wiederum hätte Hitler die Möglichkeit gegeben, seinen Gebietsrevisionsplan ohne Krieg zu verwirklichen. Deutschland in einen Krieg zu

verwickeln, war indessen das Hauptanliegen der Halifaxschen Außenpolitik.

Halifax begrüßte den enthusiastischen Beifall, der ihm von der amerikanischen Regierung nach dem 15. März 1939 anläßlich des Kurswechsels der britischen Politik gespendet wurde. Der Zusammenbruch der Tschechoslowakei hatte in Washington zu einer sehr viel größeren Feindseligkeit gegen Deutschland geführt als in anderen Hauptstädten der Welt. Der deutsche Geschäftsträger Thomsen berichtete nach Berlin, in ganz Amerika sei eine heftige Pressekampagne gegen Deutschland eingeleitet worden. New Deal-Kreise hätten sehr übel vermerkt, als Sir John Simon am 16. März 1939 im Unterhaus eine Rede gehalten habe, in der er eine positive Stellung zu Chamberlains versöhnlicher Botschaft vom vorhergehenden Tage zum Ausdruck brachte. Die Simon-Rede hatte am 17. März 1939 einen heftigen amerikanischen Protest in London zur Folge. Halifax antwortete darauf mit der festen Zusage an Präsident Roosevelt, die britischen Führer würden „nunmehr dazu übergehen, die öffentliche Meinung nach besten Kräften zum Gedanken der Notwendigkeit einer Aktion zu erziehen”. Roosevelt warnte Halifax, „die antibritische Stimmung in den Vereinigten Staaten würde sich ausbreiten“, wenn Großbritannien sich nicht baldigst zu einer ausgesprochen antideutschen Politik bekenne.

Roosevelt drang bei Halifax darauf, den britischen Botschafter endgültig aus Deutschland abzuberufen. In seiner Erwiderung meinte Halifax jedoch, ganz so weit könne er noch nicht gehen. Die öffentliche Meinung in England war, was die Erfordernisse der Diplomatie anging, nicht ganz so ahnungslos wie die Amerikas, so daß Halifax schockartige Auswirkungen befürchtete, wenn die Briten die amerikanische Praxis nachahmen würden, Botschafter aus undurchsichtigen Gründen einfach abzuberufen. Er

versicherte jedoch, Henderson zur Rücksprache nach England zu beordern und seine Rückkehr nach Deutschland für geraume Zeit zu unterbinden. Auch stellte er in Aussicht, Chamberlain werde in Birmingham am 17. März 1939 eine herausfordernde Rede halten, aus der eine vollständige Änderung der britischen Politik zu ersehen sei. Roosevelt erhielt die Zusicherung, Großbritannien sei endlich so weit, in die Angelegenheiten Mitteleuropas aktiv einzugreifen.

Halifax forderte seinerseits Präsident Roosevelt auf, sich Großbritannien anzuschließen, um „zum Ausdruck zu bringen, in welchem Ausmaß der moralische Sinn für Kultur durch die gegenwärtigen Herrscher Deutschlands geschändet worden sei“. Er wußte, daß diese gutklingende Formulierung seines Standpunktes das Ohr des amerikanischen Präsidenten erreichen würde. Dieser war denn auch mit der Antwort Halifax‘ sehr zufrieden. Er versprach dem britischen Foreign Secretary, er werde die gesetzlich festgelegte amerikanische Neutralität zu Fall bringen, zu der sich der Kongreß bei der Bewilligung des New Deal auf den Druck der öffentlichen Meinung Amerikas hin bekannt hatte. Halifax erhielt ferner die Zusicherung, der amerikanische Finanzminister Morgenthau werde im Rahmen seiner Politik der finanziellen und wirtschaftlichen Diskriminierung Deutschlands durchgreifende Maßnahmen anordnen. Halifax’ Kriegspolitik erhielt somit einen gewaltigen Aufschwung durch die von Präsident Roosevelt zugesagte Unterstützung.

Die Tilea—Lüge

Halifax bedurfte des Drängens von seiten des amerikanischen Präsidenten nicht, um seinen neuen Kurs vorzubereiten. War er doch seit einigen Tagen damit beschäftigt, eine der unglaublichsten Intrigen der neuzeitlichen Diplomatie vorzubereiten. Der alleinige Grund für seine Geschäftigkeit bestand darin, den politischen Kurswechsel Englands durch Ausklügeln einer breiteren Grundlage, als sie die Tschechenkrise bot, zu erleichtern, um ihn vor der britischen Öffentlichkeit rechtfertigen zu können.

Halifax hatte vor, mit der Behauptung zu überraschen, daß Rumänien von Deutschland bedroht werde. Deutschland besaß zwar keine gemeinsame Grenze mit Rumänien, pflegte aber diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu diesem Lande. Deutsches Hoheitsgebiet erstreckte sich bis 480 km vor die rumänische Grenze, Großbritannien dagegen beherrschte das rumänische Finanzwesen und besaß große Anteile in der Ölindustrie und anderen Wirtschaftsbereichen des Landes. Die Rumänen ihrerseits wünschten Waffenlieferungen von Großbritannien zu erhalten, da ihr Hauptlieferant, die Skoda-Werke in Böhmen, jetzt in deutscher Hand war. Eine deutsche Handelsdelegation befand sich gerade in Rumänien, um über einen Wirtschaftsvertrag zu verhandeln, der aber erst am 23. März 1939 unterzeichnet wurde. Hauptzweck der deutschen Mission war es, deutsche Hilfsmaßnahmen für die Modernisierung der rumänischen Landwirtschaft und eine Steigerung landwirtschaftlicher Exporte Rumäniens nach Deutschland zu vereinbaren. So konnte denn die Anwesenheit der deutschen Abordnung in Bukarest für die verleumderische Behauptung eines deutschen Anschlagplanes ausgenutzt werden. Der Besuch König Carols in London im November 1938 hatte Halifax davon

überzeugt, daß der britische Einfluß in Rumänien noch immer vorherrsche. Der rumänische Gesandte in England, Virgil Tilea, erwies sich als ein ebenso gewandtes wie williges Werkzeug für die falschen Anschuldigungen, die Halifax gegen die Deutschen vorhatte. Die Briten wußten, daß der neue rumänische Außenminister Grigorie Gafencu ein Mann von Ehre war und sich an einer solchen Verschwörung nicht beteiligen werde. Sie setzten ihn deshalb von ihrem Vorhaben nicht in Kenntnis und verließen sich auf den britischen Einfluß in Bukarest, der einen nachhaltigen Protest gegen ihre Aktion verhindern sollte. Halifax wollte immerhin mit der Behauptung hervortreten, die Deutschen wären dabei, sich der Kontrolle über die ganze rumänische Wirtschaft zu bemächtigen. Zu diesem Zweck hätten sie Bukarest ein Ultimatum gestellt und so die rumänische Führung in Angst und Schrecken versetzt.

Tilea war mit aller Sorgfalt von Sir Robert Vansittart, dem fanatischen Deutschenhasser und diplomatischen Chefberater Seiner Majestät Regierung, auf seine Rolle vorbereitet worden. Die Briten schenkten Tilea ihr Vertrauen und ließen ihn wissen, bevor die Deutschen nach Prag marschierten, Großbritannien plane, Deutschland entgegenzutreten. Tilea war der Mißerfolg König Carols bekannt, der 1938 keine britische Rüstungsanleihe erhalten hatte. Er glaubte nun, es würde sein Ansehen steigern, wenn er selber eine solche Anleihe zustandebringen könnte. Er war am 9. Januar 1939 als rumänischer Gesandter nach England mit der allgemeinen Anweisung gekommen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, die Anleihefrage zu einem positiven Abschluß zu bringen. Diese Weisung befolgte er mit einer Zielstrebigkeit, die bar aller moralischen Hemmungen war.

Tilea äußerte zu Halifax am 14. März 1939, er würde ein feindliches Vorgehen Englands gegen die erwartete deutsche Besetzung Prags begrüßen. Erfreut nahm er zur Kenntnis, daß die Briten sich insgeheim schon vor dem Höhepunkt der Tschechenkrise entschieden hätten, eine zur Aufnahme von Handelsgesprächen geplante Mission in Deutschland fallen zu lassen. Halifax erhielt die Zusicherung, daß ein weiteres Anwachsen des britischen Einflusses in Rumänien begrüßt werde. Tileas Anregung ging dahin, daß England wirkungsvoll an die Eitelkeit König Carols appellieren könne, falls es sich bereit erkläre, die britische Gesandtschaft in Bukarest zur Botschaft zu erheben. Nach seiner Ansicht ließe sich auch jeder Argwohn ausschalten und das leicht erregbare Temperament auf dem Balkan besänftigen, wenn der gleiche Schritt in Belgrad und Athen getan werde. Er setzte Halifax auseinander, er sei über das britische Interesse an einer Rüstungsanleihe ganz besonders erfreut, zumal da sie ihm selbst sehr viel Nutzen bringen werde.

Die Briten versicherten Tilea ihrer Geneigtheit, die Anleihe zu gewähren, und die britische Gesandtschaft in Bukarest zur Botschaft zu erheben, was

401

402

allerdings bedeute, daß die rumänische Gesandtschaft in London ebenfalls zur Botschaft werden müsse. Mit Genugtuung stellten sie die Bereitschaft Tileas zur Zahlung eines Gegenpreises und zur vorbehaltlosen Mitwirkung bei ihrem antideutschen Plan fest. In der Zeit zwischen dieser mündlichen Abmachung und dem öffentlichen Bekanntwerden des Anschlags am 17. März 1939 fanden täglich Besprechungen mit Tilea im Foreign Office statt.

Halifax vermied sorgfältig jeden Anlaß, der einen Gesinnungswandel Tileas herbeiführen oder ihn seine Rolle mißverstehen lassen konnte.

Endlich kam der entscheidende Tag heran. Tilea gab am 17. März eine sorgsam formulierte Bekanntmachung heraus, in der Deutschland angeschuldigt wurde, Rumänien ein Ultimatum gestellt zu haben. Sir Robert Vansittart meldete diese „big story“ eilends der Londoner Times und dem Daily Telegraph, und zwar noch vor der Rede des Premiers in Birmingham. Millionen britischer Zeitungsleser waren bestürzt über den anscheinend unstillbaren Hunger Hitlers und die angebliche Hast und Raubgier in seinen verschiedenen Unternehmungen. Die „big story” erschütterte die britische Selbstzufriedenheit und hatte außer Bestürzung Furcht und ausgesprochene Feindseligkeit gegenüber Deutschland zur Folge. Halifax präsentierte überdies Chamberlain den Text einer außenpolitischen Rede und veranlaßte Chamberlain, seine eigene Rede über britische Innenpolitik fallenzulassen. Dieser Vorgang wurde mit der seltsamen Feststellung erklärt, Chamberlain habe nunmehr „umfangreichere Kenntnis” von den jüngsten Ereignissen erhalten.

Die Tilea-Episode war entscheidend für Halifax‘ Politik. Über die Auswirkung dieser Affäre in Bukarest machte sich der englische Außenminister keine Gedanken. Der britische Gesandte in Rumänien, Reginald Hoare, ersuchte Halifax am 18. März 1939 dringend, die britischen Rundfunkmeldungen über unverantwortliche Äußerungen Tileas zu unterbinden und diese auf keinen Fall in offiziellen Verlautbarungen zu erwähnen. Doch verhallte dieser Ruf in London ungehört. Hoare ging nun dazu über, die Lächerlichkeit der Anschuldigungen Tileas ausführlich darzulegen; denn er befürchtete, die von ihm als erstaunlich betrachtete

Gutgläubigkeit Londons werde dem britischen Ansehen ernsthaft schaden.

Hoare hielt es „für so unwahrscheinlich, daß der Außenminister mich nicht unterrichtet hätte, wenn sich hier eine unmittelbar drohende Situation entwickelte, so daß ich ihn anrief, sobald Ihre Telegramme nach Warschau und Moskau dechiffriert worden waren. Er sagte mir, er werde von Anfragen wegen des Berichtes über ein deutsches Ultimatum, der heute in der Times und dem Daily Telegraph gestanden habe, geradezu überflutet. Nicht ein Wort ist davon wahr“. Hoare versicherte Halifax, er habe sich sehr eindringlich über Dr. Helmuth Wohlthats deutsche Wirtschaftsmission in Rumänien informiert,

aber Gafencu habe „Bestürzung ausgedrückt” und sei auch „im eingehenden Kreuzverhör“ dabei geblieben, daß die Verhandlungen „unter völlig normalen Umständen wie zwischen Gleichberechtigten” geführt würden, Hoare nahm als selbstverständlich an, sein ausführlicher Bericht werde Halifax veranlassen, die Tilea-Lüge zu dementieren. Aber es geschah nichts dergleichen. Hoare war schon überrascht, daß Halifax Tileas Angaben ohne Rückfragen bei der britischen Gesandtschaft in Bukarest einfach hingenommen hatte. Um so erstaunter war er, als Halifax auch weiterhin an der Glaubwürdigkeit der Geschichte festhielt, nachdem sie als unzutreffend festgestellt worden war.

Wilhelm Fabricius, der deutsche Gesandte in Rumänien, stellte eine noch gründlichere Untersuchung über die rumänische Haltung zu der Tilea-Legende an. Er überzeugte sich davon, daß König Carol vorher nichts von dem Anschlag

gewußt habe. Am 18. März 1939 berichtete er nach Berlin, ihm sei von Außenminister Gafencu ein Dementi der Äußerungen Tileas in London überreicht worden. Darin hatte Gafencu ausdrücklich betont, alle Beschuldigungen hinsichtlich deutscher Forderungen an Rumänien entbehrten jeglicher Grundlage.

Der amerikanische Gesandte Gunther berichtete am 20. März 1939 aus Bukarest, „Tilea, der anglophile Gesandte Rumäniens” habe sich „übertriebenen Eifers“ schuldig gemacht. Tilea hatte Gafencu in nonchalanter Form wissen lassen, er „versuche lediglich, behilflich zu sein“. Gafencu hatte den amerikanischen Diplomaten in Rumänien versichert, die Wirtschaftsverhandlungen mit den Deutschen verliefen in normalen Geleisen. Dabei beklagte er sich, Tileas Falschmeldung „sei von den jüdisch kontrollierten Verlagen der westlichen Presse aufgegriffen worden”. Gafencu war sehr wütend über Tilea, doch wagte er nicht, ihn aus London abzuberufen, weil er fürchtete, es könne Halifax kränken.

Polen über die Prager Vorgänge nicht beunruhigt

Die britische Presse war bald voll von Geschichten über die angebliche Mißhandlung der Tschechen durch die Deutschen und über das angebliche Rumänien-Ultimatum. Das Verhalten der polnischen Presse am Vorabend des Halifax’schen Angebotes vom 20. März 1939, ein Bündnis mit den Polen zu schließen, wich davon gänzlich ab. Es erschienen keine Kommentare zur Tilea-Lüge und die polnische Führung hatte sofort bekanntgegeben, das angebliche Ultimatum Deutschlands an Rumänien sei reine Erfindung. Im Gegensatz zur englischen oder amerikanischen Presse lauteten die Kommentare zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei sehr zurückhaltend. Die

Spalten der polnischen Blätter waren mit den Ereignissen in der Slowakei gefüllt, nach-

403

404

dem die Krise dort am 9. März 1939 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Sie alle, mit Ausnahme des Robotnik (Der Arbeiter) und anderer marxistischer Zeitungen, betonten die Sympathie Polens für die slowakische Unabhängigkeitsbewegung. Die marxistischen Organe äußerten sich bei ihren engen Verbindungen zu den tschechischen Marxisten zugunsten der Tschechen. Am 12. März 1939 hielt Joseph Beck eine Rede und betonte darin die polnische Sympathie für die Slowakei. Seine Ausführungen wurden von der Presse ausführlich wiedergegeben. In seiner Ansprache richtete er gleichfalls die dringende Aufforderung an die anderen Staaten, Polen zu helfen, sich seiner jüdischen Bevölkerung zu entledigen. Über deutsche Absichten in der Slowakei zeigte er keinerlei Besorgnis.

Am 14. März 1939, nachdem sich Deutschland bereit erklärt hatte, die slowakische Forderung nach Unabhängigkeit zu unterstützen, bezeichneten die führenden Blätter Polens die intimen Beziehungen zwischen Prag und Moskau als Ursache der tschechischen Notlage. Die Morgenausgaben des 15. März brachten die Meldung, deutsche Truppen hätten Mährisch-Ostrau besetzt und ungarische Truppen seien in Ruthenien einmarschiert. Diese Berichte drückten sich sachlich über das deutsche Vorgehen aus, durch das, wie es schien, ein alter Gegner Polens von der mitteleuropäischen Bühne entfernt wurde.

Die polnischen Zeitungen vom 16. März 1939 behandelten in aller Ausführlichkeit die jüngsten Ereignisse. Die Schlagzeilen wie „Hakenkreuz-Standarte auf dem Prager Hradschin” stimmten mit den Überschriften in der deutschen Presse überein. Ein amtliches Bulletin der polnischen Regierung wurde wiedergegeben, in dem es hieß, die Tschechen seien im wesentlichen Opfer ihres eigenen politischen Größenwahns geworden. Man hoffe, die slowakische Unabhängigkeit werde sich sichtbar auswirken und kein Scheingebilde sein. Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit der militärischen Stärke Polens für unsichere Zeiten erörtert. Es war nur wenig von jener Entrüstung oder Furcht, ganz zu schweigen von der Hysterie, zu bemerken, wie sie ein großer Teil der westlichen Presse zum Ausdruck gebracht hatte. Die regierungsamtliche Gazeta Polska erklärte am 16. März 1939, Hitlers Politik beruhe auf der nüchternen Betrachtung wichtiger Faktoren, obwohl sich die deutsche Macht über die deutschen Volkstumsgrenzen hinaus ausgedehnt habe. Die lauten Klagen und Anklagen der Weltpresse fanden jedoch in den führenden Blättern Polens bis zum 18. März 1939 keinen Widerhall und danach nur sehr schwach.

Die Reaktion der polnischen Presse unterschied sich von der britischen oder amerikanischen insofern, als Polen nicht geneigt war, sich in solchen Fragen wie die um Böhmen-Mähren, welche die Polen nur indirekt betrafen, gegen die deutsche Politik zu stellen. Aus der Krise hatte sich zweierlei entwickelt,

404

405

worüber sich die Polen freuten. Die Slowaken hatten sich der tschechischen Herrschaft entledigt und den Ungarn war

Ruthenien zugefallen.

Den Polen war es durchaus bekannt, daß die Tschechen bereit seien, sich auf ihre neuen Beziehungen zu Deutschland einzustellen. Hitler war am 15. März 1939 in Prag sehr warm von dem tschechischen Premier General Jan Syrovy begrüßt worden. Am gleichen Tag bildete sich im tschechischen Parlament ein tschechischer Nationalausschuß. Er stand auf der breiten Grundlage eines Zusammenschlusses tschechischer Vaterlandsvereine, der Gewerkschaften, Bauernbünde und Regierungsbeamten. Der Ausschuß richtete unverzüglich einen „Appell an die tschechische Nation und erinnerte sie an ihre historischen Bindungen an das deutsche Volk im Heiligen Römischen Reich”. Auch wurde daran erinnert, daß Prag einmal die Hauptstadt dieses großen Reiches gewesen sei. Deutlich stellte sich heraus, daß es ohne große Schwierigkeiten möglich war, der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit eine feste Grundlage zu geben. Die Polen hielten es unter diesen Umständen für sinnlos, die Vorgänge in Prag mit hysterischen Anfällen zu quittieren. Auch hatten sie sich nicht mit einer Verschwörung ihrer Führer herumzuschlagen, mit deren Hilfe diese Hysterie künstlich hervorgerufen worden war, wie Halifax und Vansittart es in London getan hatten. In der Art, wieHalifax die Vorgänge jener Tage manipuliert hatte, offenbarte sich die grenzenlose Verachtung der britischen Führer gegenüber ihrem eigenen Volk.

Beck über die Tilea-Lüge erstaunt

Die diplomatischen Vertreter Englands und Frankreichs in Berlin hatten sich am 15. März 1939 auf eine inoffizielle Demarche beschränkt. Sie erwarteten von den deutschen Regierungsstellen lediglich eine Erklärung des deutschen Vorgehens in der Tschechoslowakei. Henderson erkannte

von sich aus Deutschlands vorherrschende Interessen auf tschechoslowakischem Gebiet formell an. Vor Chamberlains Birmingham-Rede am 17. März 1939 wurde in Berlin kein britischer Protest überreicht. Bonnet sprach mit dem deutschen Botschafter Graf Welczeck am 15. März 1939 in Paris. Milden Tones deutete er an, die Deutschen müßten sich ja wohl zumindest der Gewaltandrohung bedient haben, um den Tschechen die Annahme der neuen Beziehungen mit Deutschland einzureden. Coulondre hatte zuvor von Berlin aus tschechischer Quelle berichtet, die Deutschen hätten eine entsprechende Drohung geäußert, und so war sich Bonnet seiner Sache recht sicher. Es entging ihm nicht, daß Welczeck die ganze Sache unangenehm war.

Nach der Tilea-Affäre am 17. März 1939 nahm Halifax zunächst Fühlung mit Kennard in Warschau auf. Dieser Schritt war folgerichtig, da Polen eine entscheidende Stellung in Halifax’ Planung einnahm. Kennard wurde ange-

wiesen, Beck davon in Kenntnis zu setzen, daß Halifax und Tilea die Möglichkeit erörterten, das polnisch-rumänische Bündnis gegen die Sowjets in ein antideutsches Bündnis umzuwandeln. Halifax wünschte so schnell wie möglich Becks Stellungnahme zu diesem Plan zu erfahren. Kennard konnte erst am Morgen des 18. März darüber sprechen. In der Zwischenzeit war ein Bericht über die Tilea-Äußerung in London an die britischen Diplomaten in Warschau gegangen. Das kam Kennard sehr gelegen, denn Beck war in erster Linie daran interessiert, die Tilea-Lüge zu erörtern.

Beck ließ Kennard wissen, daß ihm Tileas Handlungsweise in London unverständlich sei. Miroslaw Arciszewski, der

polnische Gesandte in Rumänien, hatte sich am 17. März 1939 abends mit König Carol über die gegenwärtige Lage unterhalten. Der Monarch hatte mit keiner Silbe durchblicken lassen, daß Deutschland Rumänien bedrohe. Beck „konnte es kaum glauben“, daß der rumänische Diplomat die ihm in den Mund gelegten Äußerungen in London wirklich getan habe, selbst wenn die Begebenheit vom Foreign Office bekanntgemacht worden sei. Kennard war in gewisser Weise über Becks Darstellung der rumänischen Situation erschrocken, da sie erheblich von der seinigen abwich. Er trug Halifax’ Vorschlag zu einem polnisch-rumänischen Bündnis gegen Deutschland vor und mußte entdecken, daß Beck sich dafür nicht erwärmen konnte.

Polen hatte die rumänischen Grenzen längs des Dnjestr gegen sowjetische Aggression garantiert. Beck hielt eine polnische Garantie der rumänischen Westgrenze gegen Deutschland für sinnlos. Es bestand kein Anlaß zu der Annahme, daß Deutschland und Rumänien jemals eine gemeinsame Grenze haben würden. Außerdem waren die polnisch-rumänischen Beziehungen seit Jahren freundschaftlich und brauchten demnach kaum verbessert zu werden. Eine polnische Garantie der rumänischen Westgrenze würde Ungarn entfremden. Die Staaten mit Gebietsbestrebungen in Rumänien waren die Sowjetunion, Ungarn und Bulgarien. Beck hatte nichts dagegen, Rumänien gegen die Sowjetunion zu garantieren, doch würde er Polens Interessen unnötig beeinträchtigen, wenn er es gegen Ungarn tun würde. Die Ungarn begehrten den größten und reichsten Abschnitt des strittigen Gebietes in Rumänien.

Beck konnte sich nicht vorstellen, was sich Halifax von einem polnischru-mänischen Vertrag gegen Deutschland versprach. Er sah den Vorschlag als keinen vernünftigen

Gedanken an. Kennard bekam zu hören, daß er sich weigere, zu glauben, Rumänien stehe auch nur im entferntesten unter deutschem Druck. Kennard fragte Beck mit unermüdlicher Beharrlichkeit, was er, angenommen, es sei so, im Fall eines deutschen Drucks auf Rumänien tun würde.

Der polnische Außenminister entgegnete kurz, es sei nicht seine Gewohnheit, Polen auf hypothetische Fälle festzulegen.

406

407

Halifax rief die Sowjetunion an, Rumänien in der Verteidigung gegen eine „deutsche Aggression” beizustehen, noch ehe Chamberlain in Birmingham am 17. März 1939 sprach. Dieser Ruf war nun wirklich das Letzte, was Bukarest wünschte, da sich Rumänien mehr vor der russischen als vor der deutschen Aggression fürchtete. Doch störte dieser Gedanke Halifax in keiner Weise. Sorgfältig hatte er jede Fühlungnahme mit der rumänischen Regierung seit der slowakischen Krise vermieden. Es ist überflüssig, sich ausführlich mit der Reaktion der Sowjetunion auf die deutsche Besetzung Prags zu befassen. Kliment Woroschilow, der sowjetische Verteidigungsminister, hatte in einer Rede am 13. März 1939 die frühere Behauptung Stalins wiederholt, Großbritannien und Frankreich bemühten sich, Deutschland zum Kriege mit der Sowjetunion zu reizen. Die russische Presse reagierte auf die Slowakenkrise mit der Verurteilung der Münchener Vier, sie hätten den tschechoslowakischen Staat untergraben.

Halifax machte den Russen gegenüber geltend, daß sich die Deutschen bemühten, Rumänien in die Hand zu bekommen

und daß ihre Vorschläge in Bukarest „den Charakter eines Ultimatums“ hätten. Den britischen Außenminister bekümmerte die russische Skepsis gegenüber seinen Behauptungen nicht. Er konnte stets anführen, der rumänische Gesandte in London habe ihn irregeführt. Sein Vorschlag einer sowjetischen Garantie Rumäniens war angesichts seines Hauptziels, ein englisch-sowjetisches Bündnis in Vorschlag zu bringen, nur von zweitrangiger Bedeutung. Die Tilea-Lüge hatte den von ihm gewünschten Vorwand geschaffen, sich der Sowjetunion nähern zu können.

Halifax ließ nunmehr seine Weisung an Botschafter Henderson ergehen, gegen die deutsche Besetzung Prags zu protestieren. Henderson wurde am Abend des 17. März 1939 davon unterrichtet, die Deutschen hätten sich einer „völligen Abwendung von München“ schuldig gemacht. Halifax behauptete, alle Umwälzungen „in der Tschechoslowakei seien durch eine militärische Aktion Deutschlands bewirkt worden“ und die neuen Regimes in Prag und Preßburg seien „bar jeder gesetzlichen Grundlage“. Er hatte mit Bonnet beratschlagt, woraufhin die Franzosen bereit waren, von sich aus in Berlin zu protestieren. In seinen Weisungen an Henderson hatte Halifax jeden Hinweis auf Rumänien sorgfältig vermieden.

Chamberlains Birmingham-Rede

Die von Halifax dem Premierminister Chamberlain zugedachte Rolle in Birmingham war die einer geschändeten Unschuld. Chamberlain erklärte sich damit einverstanden, sich als das Opfer deutscher Doppelzüngigkeit hinzustellen, welches endlich wutentbrannt zur Besinnung gekommen sei, um zu-

zugeben, daß es betrogen worden sei. Feierlich erklärte Chamberlain, er werde Hitler niemals wieder Glauben schenken. Großbritannien wäre seiner Garantie-Verpflichtung für die Tschechoslowakei wohl nachgekommen, doch habe der Zusammenbruch des tschechoslowakischen Staates es unmöglich gemacht.

Chamberlain warnte seine Zuhörer in Birmingham, Hitler könne den Versuch machen, die Welt zu erobern. Er versuchte, sich den Anschein der Offenheit zu geben, und meinte, er sei natürlich nicht unbedingt sicher, ob es wirklich so sei. Danach bemühte er sich, seinen Zuhörern einzureden, alle weiteren Entwicklungen in Hitlers Programm der Gebietsrevisionen seien unwiderruflich der Beweis dafür, daß Hitler sich anschicke, die Welt zu erobern.

Halifax’ Rede, die Chamberlain am 17. März 1939 zum Vortrag brachte, zwang den britischen Premierminister, in der Rolle des Einfältigen aufzutreten. Die Folgerung, er habe bis zur deutschen Besetzung Prags blindes Vertrauen in Hitler gesetzt, stand im Gegensatz zu den Tatsachen. Chamberlain hatte Hitler niemals vertraut und auch die Appaesement-Politik gegenüber Deutschland nur bedingt als ein Verhalten betrachtet, dem bis ins letzte zu trauen sich die Briten nicht leisten konnten. Niemals war er bereit, eine Friedenspolitik bis zu einem Punkt zu verfolgen, wo sie seiner Meinung nach dem Wirken des Kräfteausgleichs gefährlich werden konnte. Es darf als sicher angenommen werden, daß Chamberlain einem ausländischen Führer niemals blind vertraut hat. Sein Vertrauen galt der militärischen Macht seines Landes und der Fähigkeit seiner Führer, sich mit Erfolg auf der diplomatischen Bühne zu bewegen. Seine Bereitschaft, sich auf Halifax’ Geheiß in der Rolle des Betrogenen zu präsentieren, hielt er für seine

vaterländische Pflicht, die das wohlberechnete Ziel hatte, die britische Öffentlichkeit gegen Deutschland aufzubringen.

Man könnte ohne weiteres annehmen, Chamberlains Rede habe viel zu schnell und zu ausgesprochen dieses Ziel in der britischen Öffentlichkeit zu erreichen versucht, so daß das propagandistisch übertreibende Element der Rede einen gefährlichen Umschlag in der öffentlichen Meinung Englands hätte zur Folge haben können. Doch muß hier an den historischen Rahmen der Rede erinnert werden. Die Bevölkerung Englands hatte seit der Münchener Konferenz eine immer stärker wirkende Dosis deutschfeindlicher Propaganda über Rundfunk, Film und die Presse verabreicht bekommen, überdies waren von vielen namhaften Persönlichkeiten der britischen Öffentlichkeit Hitler wie auch Deutschland mit fanatischem Eifer verleumdet worden. Chamberlain hatte diesen Vorgang mit seiner alarmierenden Rede vom 23. Januar 1939 erheblich unterstützt.

Was noch an Selbstzufriedenheit in der britischen Öffentlichkeit verblieben war, erhielt einen Stoß, als Hitler nach Prag ging. Trotzdem erwies sich die

408

409

Lügenmeldung über Rumänien vom 17. März 1939 als besonders geeignet, Nervosität und Furcht hervorzurufen. In Birmingham konnte Chamberlain daher überraschend weit in seinen Äußerungen gehen, ohne die Durchschlagskraft seiner Rede abzuschwächen. Er versicherte seinen Zuhörern, Großbritannien habe nicht vor, Hitlers nächstes Unternehmen abzuwarten, sondern sei dabei, entsprechende Gegenmaßnahmen in die Wege zu leiten.

Der englisch-französische Protest in Berlin

Nach dem 17. März 1939 überstürzten sich die Ereignisse in London; die Briten zeigten keine Spur mehr von jener Saumseligkeit, welche die Tschechen in den vorhergehenden Wochen erfahren mußten, als sie die Frage der Gebietsgarantie angeschnitten hatten. In Berlin überreichten die britischen und französischen Botschafter am 18. März 1939 ihre Protestnoten zum deutschen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei. Halifax hatte es peinlich vermieden, den Deutschen vorzuwerfen, daß sie Großbritannien in der Tschechenfrage nicht konsultiert hätten. Rab Butler, Unterstaatssekretär für Außenpolitik, hatte im Unterhaus eine ausführliche Erklärung abgegeben, daß Deutschland keineswegs verpflichtet gewesen sei, sich mit Großbritannien über seine Tschechenpolitik zu beraten. Die Konsultationsklausel der deutsch-englischen Freundschaftserklärung vom 30. September 1938 betraf ausschließlich direkte Anliegen Englands sowie Deutschlands. Von Butler war ausgeführt worden, England habe kein unmittelbares Interesse an der tschechischen Situation, da es den tschechischen Staat ja nicht garantiert habe.

Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, der die britische und französische Protestnote entgegennahm, zeigte keine Spur jener Verlegenheit, welche Dirksen in Gegenwart von Halifax in London an den Tag gelegt oder wie sie Bonnet an Welczeck in Paris bemerkt hatte. Von Weizsäcker war den deutschen Diplomaten im Ausland am 16. März 1939 genau auseinandergesetzt worden, das Münchener Abkommen sei eher von den Ereignissen der slowakischen Krise überholt, statt von Deutschland verletzt worden. Der Erfolg der slowakischen Unabhängigkeitsbewegung habe den Fortbestand des tschechischen Staates unhaltbar gemacht, den die Münchener Mächte einmal hatten garantieren wollen. Diese Interpretation wurde von der italienischen Regierung vorbehaltlos angenommen. Der deutsche

Botschafter von Mackensen in Rom sandte das schriftliche Einverständnis Italiens am 17. März 1939 nach Berlin.

Weizsäcker verfolgte den Ablauf der slowakischen Krise aufmerksam. Er sympathisierte mit Dr. Joseph Tiso, dem maßgebenden Slowakenführer, und bewunderte Dr. Adalbert Tuka, der zehn Jahre in tschechischen Gefängnissen verbracht hatte und kürzlich von den Tschechen mit erneuter Verhaftung bedroht worden war. Es war ihm bekannt, daß die Deutschen sich mit den Slo-

waken während der Endphase der Krise in Preßburg beraten hatten und daß Hitler seit seinem Zusammentreffen mit Dr. Tuka am 12. Februar 1939 die Slowaken ständig ermutigt hatte. Auch wußte er, daß die Unabhängigkeitsbewegung in der Slowakei seit der Münchener Konferenz mit Unterstützung des Volkes stetig gewachsen war, und glaubte nicht eine Sekunde an eine Auflösung des tschechoslowakischen Staates durch künstliche Machenschaften von seiten der Deutschen. Weizsäckers Ansichten waren keine augenblickbedingten Zweckmäßigkeitserwägungen. Vielmehr hat er sie auch während des 2. Weltkrieges und danach beharrlich verteidigt. Er blieb fest bei seiner Ansicht, daß Hachas Abkommen mit Hitler am 15. März 1939, ungeachtet dessen, was von tschechischer Seite dazu führte, Deutschland die rechtliche Grundlage zur Tschechenpolitik im März 1939 gegeben habe.

Es darf unter diesen Umständen nicht überraschen, daß Henderson und Coulondre in der Wilhelmstraße einer lebhaften Verteidigung der deutschen Politik begegneten.

Freilich wußte von Weizsäcker, daß der britische Botschafter Henderson innerlich mit ihm hinsichtlich der tschechoslowakischen Situation einer Meinung war. In Berlin war Halifax‘ Absicht, Henderson auf unbestimmte Zeit nach London zurückzuberufen, seit dem 17. März bekannt. Henderson hatte Weizsäcker an diesem Tage zu einem privaten Gespräch über die jüngsten Vorgänge aufgesucht, dabei dem Staatssekretär gesagt, es sei ihm sehr daran gelegen, möglichst viele wirksame Argumente zum deutschen Standpunkt zu hören, damit er sie in Gesprächen mit Appeasementsgegnern in seinem Land vorbringen könne.

Weizsäcker gab Henderson und Coulondre am 18. März 1939 zu verstehen, er lehne die Annahme ihrer Protestnoten ab. Diese Ablehnung stand im Einklang mit dem Standpunkt der deutschen Regierung, wonach das Münchener Abkommen durch die Ereignisse überholt worden sei. Weizsäcker sagte zu Coulondre, Außenminister Bonnet habe zur Zeit der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938 das Desinteressement Frankreichs an der Tschechenfrage zum Ausdruck gebracht. Es gab keine Beweismöglichkeit, was Bonnet in einer privaten Unterhaltung mit Ribbentrop tatsächlich geäußert hatte. Zu Bonnet hätte eine derartige Äußerung durchaus gepaßt, nachdem die britischen Führer am 24. November 1938 den französischen Plan zur Erfüllung der tschechischen Garantie regelrecht blockiert hatten. Ebenso klar war allerdings auch, daß Bonnet wohl kaum geneigt sein werde, öffentlich zuzugeben, was er vielleicht privat einmal geäußert hatte. Die Strategie Weizsäckers und Ribbentrops, aus diesem Punkt am 18. März 1939 eine Kern frage zu machen, war unverkennbar. Beide hofften, Frankreich beweisen zu können, daß die Vorgänge in Prag aufgebauscht und es nicht wert seien, sich über sie zu entrüsten, nur weil Washington oder London es täten.

Coulondre lag nichts daran, auf diesen herausfordernden Hieb zu reagieren, und er verwies die Sache an Bonnet. Der französische Außenminister zog es vor, sich jetzt nicht in eine verwickelte Erörterung des Falles hineinziehen zu lassen. Er erklärte lediglich, Weizsäcker habe Coulondre zunächst gar nicht empfangen sollen, wenn der deutsche Staatssekretär an Ribbentrops Behauptung über die französische Zusicherung im Dezember 1938 hinsichtlich der Tschechen glaube. Weizsäcker habe im voraus gewußt, daß Coulondre gegen die Tschechenkrise zu protestieren beabsichtige, und das Recht der Franzosen zum Protestieren anerkannt, indem er ihn empfing. Diesen Standpunkt teilte Weizsäcker nicht. Er erinnerte daran, daß die Münchener Vier einmal die Absicht gehabt hätten, gemeinsam die Verantwortung gegenüber den Tschechen zu übernehmen, und glaubte daher nicht, daß eine angeblich einseitige Äußerung Bonnets etwas an dieser Tatsache ändere. Es sei korrekt gewesen, den britischen und französischen Botschafter mit Kenntnis von ihrer Absicht, Proteste zu überreichen, zu empfangen, um ihnen dann zu erklären, warum Deutschland die Annahme ihrer Noten ablehne. Auf der anderen Seite war Bonnet allerdings der Ansicht, Weizsäcker habe das französische Recht zum Protest stillschweigend anerkannt, als er Coulondre empfangen hätte.

Abruf der Botschafter Englands und Frankreichs

Nach der Überreichung der britischen Protestnote gab Halifax öffentlich bekannt, Henderson werde zu längeren Beratungen in England aus Deutschland abberufen. Das geschah, obwohl Henderson erst vor wenigen Wochen von

einem längeren Krankheitsurlaub in England nach Deutschland zurückgekehrt war. Bonnet erklärte sich einverstanden, den gleichen Schritt zu tun, und so wurde auch Coulondre zurückbeordert. Beide Botschafter verließen Deutschland am 19. März 1939 und blieben fast sechs Wochen fort. Beck stellte die enge Übereinstimmung der englisch-französischen Politik für diesen Fall fest und zog den hoffnungsvollen Schluß, die britischen Führer seien noch immer imstande, die Außenpolitik der Franzosen zu diktieren. Der polnische Botschafter Lukasiewicz hatte Beck eine Warnung zukommen lassen, Frankreich zögere, an alten Verpflichtungen gegenüber Polen festzuhalten oder neue zu übernehmen. Beck vertraute darauf, mit seiner Hinwendung zu London alles erreichen zu können, was Polen von Frankreich wollte.

Das Auswärtige Amt hoffte, die Briten überreden zu können, ihre Entscheidung abzumildern, indem sie Dirksen in London beließen. Der deutsche Botschafter suchte Halifax auf, um ihn davon in Kenntnis zu setzen, daß er in London bleiben könne, wenn die Briten sich einverstanden erklärten, Henderson nur für kurze Zeit in London zurückzuhalten. Doch weigerte sich Halifax brüsk, auch nur anzudeuten, wie lange Henderson in England weilen werde,

so daß Dirksen Ribbentrop um seine Abberufung bitten mußte. Der deutsche Botschafter war mit ganz großen Hoffnungen von seinem vorhergehenden Posten in Japan im Mai 1938 nach Großbritannien gekommen. Es fiel ihm schwer, London in einem entscheidenden Stadium der Beziehungen zwischen England und Deutschland zu verlassen. Als er im Mai 1939 dorthin zurückkehrte, war er

zu der Feststellung gezwungen, daß es Halifax in jeder Hinsicht gelungen sei, die britische Öffentlichkeit von der Unvermeidbarkeit eines neuen deutsch-englischen Krieges zu überzeugen.

Der polnische Außenminister Beck wurde am 19. März 1939 von Juliusz Lukasiewicz und William Bullitt der Bereitschaft des Präsidenten Roosevelt versichert, alles in seiner Macht Stehende zur Herbeiführung eines Krieges zwischen der englisch-französischen Front und Deutschland zu tun. Bullitt gab dabei zu, er mißtraue noch immer den britischen Absichten, in der Sorge, die Briten könnten sich zu einem späteren Zeitpunkt zur Beilegung ihrer Streitigkeiten mit Deutschland veranlaßt sehen. Jedes entsprechende Abweichen von einer britischen Kriegspolitik werde indessen auf den energischen Widerstand des Präsidenten Roosevelt stoßen. Bullitt war von Premier Daladier benachrichtigt worden, die Briten hätten vor, Rumänien eine englisch-französische Gebietsgarantie anzubieten. Von diesem Plan war der amerikanische Diplomat sehr angetan.

Bullitt ließ Polen wissen, ihm sei die Hoffnung der Deutschen auf die Erwerbung Danzigs bekannt und er rechne mit der polnischen Bereitschaft, die Danzigfrage zu einem Kriegsanlaß zu machen. Er drängte Lukasiewicz, dem Westen die Forderung nach Waffenlieferungen und anderem militärischem Beistand zu stellen. Lukasiewicz erklärte Bullitt, Polen werde im Fall eines Krieges jede Art von Hilfe benötigen, die der Westen zu bieten vermöchte. Daraufhin brachte Bullitt seine Hoffnung auf Waffenlieferungen seitens der Sowjetunion an Polen zum Ausdruck. Doch zeigte Lukasiewicz sich von dieser Möglichkeit nur wenig begeistert. Er warnte Bullitt vor einer verfrühten Voraussage, welche Stellung Rußland in einem deutsch-polnischen Konflikt einnehmen werde. Bullitt entnahm dieser Bemerkung die Vermutung Lukasiewiezs, die

sowjetische Politik gegenüber Polen werde voraussichtlich eine feindliche sein. Ebenso klar erkannte Bullitt, wie hoffnungslos die militärische Position Polens ohne den Beistand der Sowjetunion in einem Konflikt mit Deutschland sein werde.

Halifax und Cadogan stellten am 19. März 1939 mit Genugtuung fest, daß Tilea noch immer beharrlich mit seiner unsinnigen Lügengeschichte vom angeblichen deutschen Rumänien-Ultimatum operiere. Das hielten sie für einen ausreichenden Anlaß, ihre Maßnahmen auch weiterhin auf der Grundlage dieser allzu durchsichtigen Tilea-Lüge zu treffen. Inoffiziell gaben sie durch-

412

413

aus zu, das man das Dementi des britischen Gesandten Hoare nicht völlig ignorieren könne. Munter meinte Cadogan, „unter Umständen könnte es doch möglich sein, daß an beiden Versionen etwas Wahres sei”, wenn das „Ultimatum jetzt nicht mehr als Verhandlungsgrundlage bestehe”. Dieser ausgemachte Unsinn störte Halifax nicht im mindesten.

Halifax’ Bündnisangebot an Polen und die Sowjetunion

Am 20. März 1939 unternahm Halifax im Rahmen des neuen britischen Kurses zur Einkreisung Deutschlands einen bedeutsamen Schritt. Er setzte Paris, Moskau und Warschau von seinem Wunsch in Kenntnis, einen waffenklirrenden Militärpakt Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands und Polens gegen Deutschland abzuschließen. Zwar hätten sich einige „Zweifel“ an der Echtheit des deutschen Rumänien-Ultimatums erhoben, doch habe ja das deutsche Vorgehen

in Prag zur Genüge bewiesen, daß die Deutschen über das „gelobte Ziel der Vereinigung der deutschen Rasse” nunmehr hinausgingen. In Halifax’ Augen hatte es nichts zu sagen, daß mehr Deutsche in Europa außerhalb der Reichsgrenzen lebten als Ausländer im Reich, oder daß Großbritannien, Frankreich und Rußland über Hunderte von Millionen fremder Völker herrschten. Es störte ihn auch nicht, daß Polen über weitaus mehr fremde Völker herrschte als Deutschland. Er hatte die britische Insel gegen Deutschland so weit aufgebracht, daß er vor einer ahnungslosen Öffentlichkeit behaupten konnte, Deutschland wolle die Welt erobern.

Halifax erhoffte von seinem Bündnisplan in wenigen Tagen einen atemberaubenden außenpolitischen Sieg Englands über Deutschland. Innerhalb und außerhalb Englands war der Boden dafür sorgfältig vorbereitet worden. Halifax wußte genau, daß Polen die deutschen Vorschläge für ein Abkommen nicht anzunehmen gedachte. Auch war ihm klar, daß Polen in einem deutsch-polnischen Krieg eine Allianz der von ihm vorgeschlagenen Art brauche, um einer Niederlage zu entgehen. Schließlich wußte er, daß es Deutschland nicht gelungen sei, mit den Italienern oder Japanern Militärbündnisse abzuschließen, und rechnete damit, Italien weiterhin erfolgreich einschüchtern zu können. Deutschland werde keine Bundesgenossen haben, die ihm helfen würden, gegen die gigantische Mächtekombination anzutreten, die Halifax zu schaffen hoffte. Er überredete Chamberlain am 20. März 1939, einen Brief an Mussolini als Teil der allgemeinen Planung zu richten, Italien aus der unerwünschten Achse Berlin-Rom herauszulösen. Der britische Premierminister stellte in dem Schreiben fest, seine Vorahnungen in Rom im Januar 1939 hinsichtlich Deutschlands seien inzwischen durch die Ereignisse bestätigt worden. Auch warnte er den Duce, die britische

Friedenspolitik gegenüber Deutschland sei ständig mißachtet worden.

413

414

Das Bündnisangebot Halifax’ vom 20. März 1939 zeichnete sich als Gipfelpunkt des innerhalb von fünf Tagen vollzogenen Wechsels Großbritanniens von der Appeasement zur Kriegspolitik ab. Das formelle Bündnisangebot Englands überzeugte die Polen davon, daß die Briten nunmehr auf ein militärisches Vorgehen gegen Deutschland vorbereitet seien. Beck brauchte seine Einstellung zu Deutschland nicht mehr länger zu verbergen, und London konnte annehmen, er werde in sehr kurzer Zeit den wahren Standpunkt Polens enthüllen. Die Haltung Polens zu Deutschland bedeutete für Halifax an sich kein Problem. Mit seiner kühnen Initiative, sich durch Bündnisangebote in Osteuropa festzulegen, hoffte er, so viel Wirkung erzielen zu können, daß die schwierigen Fragen, welche er noch durchzufechten hatte, einer Lösung zugeführt werden könnten. Das schwierigste Problem lag in der Feindschaft zwischen der Sowjetunion und allen ihren westlichen Nachbarn, zu denen natürlich auch Polen gehörte. Auch war die Haltung Frankreichs zu bedenken. Halifax hatte allen Grund zu der Befürchtung, daß Frankreich ohne russischen Beistand niemals einem Abenteuer in Osteuropa zustimmen werde. Präsident Roosevelts Einstellung bot zur Einwirkung auf die Franzosen keine allzu brauchbare Handhabe, weil Bonnet genau im Bilde war, daß sich Roosevelts Kriegspolitik keiner Unterstützung im Kongreß oder in der öffentlichen Meinung Amerikas erfreute.

Die problematische Stellung der Sowjetunion in Halifax' Plänen fand noch einen beredteren Ausdruck in einem Kommuniqué des sowjetischen Außenministeriums vom 21. März 1939. Die Russen bestritten darin ausdrücklich, Polen oder Rumänien Hilfe oder Beistand angeboten zu haben. Auch gaben sie der Welt bekannt, daß die Briten sie seit dem 18. März 1939 zu entsprechenden Schritten gedrängt hätten. Keinen Kommentar gaben sie zu dem britischen Vorschlag vom 20. März 1939 für den Abschluß eines englisch-französisch-russisch-polnischen Militärbündnisses. Die Sowjets deuteten lediglich an, sie hätten britische Vorschläge mit Interesse entgegengenommen. Im besonderen wiesen sie noch darauf hin, daß die Sowjetunion, im Gegensatz zu den Briten, bisher noch keine Erweiterung ihrer bestehenden Verpflichtungen angeboten habe.

Weder Hitler noch die Allgemeinheit waren zu dem Schluß genötigt, daß der von Halifax und Roosevelt angestrebte europäische Krieg unvermeidbar sei. Die britischen Führer würden Deutschland niemals ohne die Unterstützung Frankreichs angreifen und für Frankreich war es ausgeschlossen, ohne die Sowjetunion in den Krieg zu ziehen. Halifax rechnete mit Polen als Kriegsvorwand, doch machte die Feindschaft zwischen Polen und der Sowjetunion eine Beteiligung dieser beiden Mächte in der gleichen Allianz nicht sehr wahrscheinlich. Halifax hatte ein großes Wagnis auf sich genommen, die

414

415

Feindschaft der britischen Führung gegen Deutschland im derzeitigen Stadium offen zu bekennen. Es war eine völlig andere Situation, als sein Verwandter, Sir Edward Grey,

1914 auf die Teilnahme Englands an einem Konflikt drängte, nachdem die Feindseligkeiten bereits offen ausgebrochen waren. Damals war es nicht schwer, die Kriegsbegeisterung für kurze Zeit wachzuhalten, da sie bereits vorhanden war. Die Sache lag aber anders, solange der Krieg noch nicht ausgebrochen war, und es ungewiß blieb, ob sich die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Vorgehen Englands erfüllen würden. Halifax spielte offenbar lediglich seine Befähigung aus, Englands Kriegsbegeisterung wachzuhalten und dann die Voraussetzungen zu schaffen, welche die britische Beteiligung an einem Konflikt notwendig machten. Die Antwort Englands auf die Vorgänge in Prag führte zu einer Krise bedenklichen Ausmaßes. Es war unmöglich, im voraus etwas über ihre Dauer oder ihre Auswirkung zu sagen.

415

416

13. KAPITEL: POLENS ENTSCHEIDUNG, DEUTSCHLAND HERAUSZUFORDERN

Becks Ungestüm

DIE Polen warfen den Deutschen den Fehdehandschuh in der Woche hin, die dem 20. März 1939 mit Halifax' Bündnisangebot folgte. Sie mobilisierten Hunderttausende polnischer Armeereservisten und warnten Hitler, Polen werde kämpfen, um die Rückkehr Danzigs zum Reich zu verhindern. Zu ihrem Erstaunen mußten sie feststellen, daß die Deutschen garnicht daran dachten, diese Herausforderung ernstzunehmen. Die Deutschen drohten ihnen nicht und trafen auch keine militärischen Vorsichtsmaßnahmen als Antwort auf die polnische Teilmobilisierung. Kennzeichnend für die Situation war ein Gespräch zwischen Staatssekretär von Weizsäcker und dem italienischen Gesschäftsträger Magistrati am 30. März 1939. Weizsäcker erwähnte, seit vielen Monaten habe sich Deutschland bemüht, die zwischen den beiden Ländern bestehenden Differenzen zu regeln. Mit gutmütigem Humor bemerkte er, die Polen schienen etwas schwerhörig zu sein, doch sei er überzeugt, daß sie es in Zukunft wohl lernen würden, besser zu hören. Er weigerte sich, zuzugeben, daß die Lage gefährlich sei und Deutschland und Polen Krieg miteinander führen würden.

Es war eher Becks als Hitlers Ungeduld, die im März 1939 zum Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen führte. Zwar hatten sich die Deutschen beeilt, ihr Abkommen mit Litauen zur Rückgabe Memels zu schließen, doch war die Situation in dem deutschen Hafen an der Njemenmündung auch schon seit vielen Monaten dafür reif. Weizsäcker vermerkte am 22. März 1939, nachdem das litauische Kabinett die Rückgabe Memels an Deutschland gebilligt hatte, der litauische Außenminister Urbsys „scheine erleichtert und sehr zufrieden zu sein“. Die Deutschen setzten ihre Gespräche mit den Polen

416

417

nach dem 20. März 1939 fort, ließen aber keine Ungeduld durchblicken und deuteten in keiner Weise an, daß das Aushandeln eines Abkommens dringlich sei. Beck war es sehr darum zu tun, Deutschland die Zähne zu zeigen, sobald für ihn feststand, daß die britische Feindschaft gegen Deutschland endlich offen zutage getreten war. Er konnte kaum noch an sich halten. Es besteht eine ganz augenfällige Parallele zwischen Becks Antwort und dem unbesonnenen Handeln Schuschniggs am 9. März 1938 und Beneschs am 20. Mai 1938. Schuschnigg forderte Deutschland mit einem betrügerischen Volksabstimmungsverfahren heraus, worauf Hitler in Österreich eingriff. Benesch tat das gleiche mit Hilfe der tschechischen Mobilisierung auf Grund der falschen Behauptung, es seien deutsche Truppen an der tschechischen Grenze zusammengezogen. Hitlers Antwort war seine Entscheidung, das Sudetenland 1938 von der Tschechenherrschaft zu befreien. Beck forderte Deutschland mit einer Teilmobilisierung und einer Kriegsandrohung heraus, und Hitler, der wirklich zuinnerst die Freundschaft Polens suchte, unternahm daraufhin überhaupt nichts. Erst

als Beck der britischen Einkreisungsfront beitrat, ergriff Hitler militärische Vorsichtsmaßnahmen gegen die polnische Drohung. Es wäre in seinen Augen unvereinbar mit der Sicherheit Deutschlands gewesen, das zu unterlassen, nachdem sich eine feindliche englisch-polnische Front gebildet hatte. Die Anklage, Hitler habe nicht warten können, trifft sehr viel eher auf die österreichischen, tschechischen und polnischen Führer als auf ihn zu.

Die Polen hatten die Deutschen zu einem früheren Zeitpunkt wissen lassen, sie hätten gegen die Rückkehr Memels zum Reich nichts einzuwenden. Diese Erwerbung stellte die ostpreußische Grenze im Memeler Raum wieder her, wie sie im Vertrag von Tilsit 1807 von Napoleon und den Russen festgelegt worden war. Dieser Grenzverlauf wurde wiederum durch den Wiener Kongreß 1815 anerkannt und stimmte mit jener Grenze überein, die 1466 im Frieden von Thorn zwischen Polen-Litauen und dem Deutschritter-Orden gezogen wurde. Ganz offensichtlich war das Memelabkommen von 1939 eher eine konservative Maßnahme als eine radikale Neuerung. Die alliierten Sieger hatten Memel 1919 in Paris von Ostpreußen abgetrennt. Sie hatten nach einer Stadt gegriffen, die in den sieben Jahrhunderten ihrer Geschichte niemals von ihrer ostpreußischen Heimat abgetrennt war.

Beck lehnt Halifax' prosowjetisches Bündnisangebot ab

Die Polen wurden am 20. März 1939 zeitweise von ihrem herausfordernden Verhalten gegen Deutschland abgelenkt, weil sie sich genötigt sahen, ihre offenbar falsch aufgefaßten Beziehungen zur Sowjetunion und zu Rumänien zu regulieren. Der britische Botschafter Kennard wurde am 21. März 1939 im polnischen Außenministerium davon unterrichtet, daß es Polen ablehne,

einem Militärbündnis beizutreten, dem auch die Sowjetunion angehöre. Halifax zeigte sich über diese Nachricht sehr ungehalten. Doch war es für seine Pläne unerläßlich, die Polen freundlich zu stimmen und sie in seine Allianz einzuschließen. Es war der einzige Staat, der einen Vorwand für eine militärische Intervention gegen Deutschland bereithielt. Eine britische Unterstützung Rumäniens bot nur geringe Wahrscheinlichkeit, einen Konflikt mit Deutschland herbeizuführen, und das gleiche galt für die Sowjetunion, Frankreich oder jede andere europäische Macht. Die Polen waren schlechterdings unentbehrlich. Es blieb Halifax noch Zeit, sein Dilemma sorgfältig zu überlegen, weil Beck mit einer offiziellen Antwort auf das britische Bündnisangebot auf sich warten ließ.

Der Fall Rumänien hatte zu einer Auseinandersetzung zwischen dem polnischen Botschafter Lukasiewicz und Alexis Léger, dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, geführt. Lukasiewicez war über Bullitt entrüstet, weil dieser ihn davon hatte überzeugen wollen, es sei zweckmäßig, wenn Polen und Rumänien in einem Krieg gegen Deutschland Sowjettruppen innerhalb ihres Gebietes operieren ließen. Am Morgen des 21. März 1939 entgegnete er Léger, Polen werde es auf jeden Fall ablehnen, sich an eine britische Erklärung zu binden, derzufolge jedem Angriff auf Rumänien mit Waffengewalt entgegenzutreten sei. Der polnische Botschafter betonte ganz besonders, sein Land werde Rumänien weiterhin gegen die Sowjetunion garantieren, sonst aber keine weitere Verpflichtung übernehmen. Léger, der Bonnets Politik kritisch gegenüberstand und sich veranlaßt fühlte, neue englisch-französische Verpflichtungen in jeder Weise zu fördern,

verlor angesichts der unabhängigen Denkweise seines Gesprächspartners zum Fall Rumänien die Beherrschung und wurde heftig. So kam es zu einem häßlichen Auftritt, in dessen Verlauf Lukasiewicz ihn als „böswilligen“ Menschen bezeichnete. Der polnische Diplomat gestand Bullitt später, es sei zwischen ihm und Léger hart an einem Faustkampf vorbeigegangen. Bullitt begab sich eilends zu Léger, um zu vermitteln, was ihm jedoch nicht gelang. Er traf ihn in einer sehr verbitterten Stimmung an und kritischer gegenüber Polen — soweit das möglich war — als Bonnet. Léger sagte voraus, Polen werde für Großbritannien ein genauso schlechter Bundesgenosse sein wie bisher für Frankreich.

Halifax besprach seinen Bündnisplan am 22. März 1939 mit dem amerikanischen Botschafter Kennedy und beklagte sich dabei sehr ausgiebig über die ablehnende Einstellung Becks zu einer Polen wie auch die Sowjetunion umfassenden Allianz. Er ließ seine Entschlossenheit zur Fortsetzung seiner deutschfeindlichen Politik durchblicken, ebenso, daß man ziemlich bald mit offenen Feindseligkeiten in Europa rechnen könne, Nach seiner Überzeugung sei die britische Flotte mehr als stark genug, um es mit den deutschen See-

streitkräften aufnehmen zu können. Kennedy legte er dringend nahe, Präsident Roosevelt zu der Geste zu bewegen, die amerikanischen Kriegsgeschwader nach Pearl Harbour zu verlegen, um nach Ausbruch eines Krieges in Europa Australien und Singapur gegen einen möglichen Angriff Japans schützen zu können. Schließlich gab Halifax zu, die Sache mit der deutschen Drohung gegen Rumänien lasse sich nicht beweisen, doch könne Kennedy versichert

sein, daß Tileas Äußerungen in London gute Dienste geleistet hätten.

Joseph Beck hoffte, die Haltung Polens der Sowjetunion und Rumänien gegenüber nunmehr klargestellt zu haben. Es drängte ihn, die Deutschen herauszufordern, noch ehe ein regelrechtes englisch-polnisches Abkommen unterzeichnet war, weil er gern den Eindruck vermeiden wollte, als habe Halifax ihn zur Aufsässigkeit gegen Deutschland angestachelt. Ihm war der Gedanke verhaßt, lediglich als Marionette des britischen Außenministers angesehen zu werden. Ganz offensichtlich hätte er aber diesen Schritt nicht ohne das britische Vorgehen der letzten fünf Tage unternommen.

Ribbentrop bekehrt Lipski zu einem prodeutschen Standpunkt

Am Nachmittag des 21. März 1939 kamen Ribbentrop und Lipski in Berlin zusammen, um die deutschen Vorschläge für eine Regelung mit Polen zu erörtern. Ribbentrop entschuldigte sich bei Lipski, daß er die ausländischen Diplomaten während der kürzlichen Slowakenkrise nicht ständig auf dem laufenden gehalten habe; die Ereignisse seien ihm davongeeilt und er habe deshalb seinen üblichen Pflichten nicht nachkommen können. Er setzte seinem Gesprächspartner auseinander, Moltke in den kritischen Tagen ausdrücklich zu dem Zweck nach Berlin gerufen zu haben, um ihm genaue Informationen zur Übermittlung an Beck zu erteilen. Sodann gab Ribbentrop Lipski eine bis ins einzelne gehende Darstellung der slowakischen Krise.

Nach Ribbentrops Ausführungen erklärte Lipski, Polen sei in erster Linie an der gegenwärtigen Situation der Slowakei interessiert. Er hoffe, daß die deutschen Abmachungen mit den Slowaken keinen Plan für die militärische Besetzung des

gesamten slowakischen Hoheitsgebietes enthielten. Mit einigem Nachdruck meinte er, die kürzlichen Vorgänge in der Slowakei „hätten in Polen einen starken Eindruck hinterlassen, zumal da der kleine Mann auf der Straße sie als einen direkt gegen Polen gerichteten Schritt ansehen müsse. Die Slowaken seien ein den Polen sprachverwandtes Volk. Auch historisch könnten die polnischen Interessen in diesem Gebiet als gerechtfertigt gelten, und, realistisch gesehen, müsse sogar zugegeben werden, daß die Ausrufung des Protektorats lediglich als ein Schlag gegen Polen zu gelten habe”. Lipskis Dar stellung vermittelte ein genaues Bild davon, mit welchem Ernst die Polen die slowakische Situation betrachteten.

419

420

Ribbentrop erklärte dazu, die slowakische Regierung habe sich mit der Bitte um Schutz an Deutschland gewandt, nicht an Polen. Außerdem richte sich das slowakisch-deutsche Abkommen keineswegs gegen Polen. Vielmehr müsse es als ein unmittelbares Augenblicksergebnis einer Krise und nicht als vorgefaßter politischer Plan bezeichnet werden. Er, Ribbentrop, betrachte den gegenwärtigen Stand der Dinge in der Slowakei, in der Deutschland den Haupteinfluß ausübe, nicht als dauerhaft. Er könne versprechen, Deutschland werde zu einer Erörterung darüber bereit sein, wie man auch Polens Einfluß in der Slowakei einbeziehen könne, und zwar mindestens im gleichen Umfang, wie er jetzt von Deutschland ausginge. Zu bezweifeln sei allerdings, ob eine solche Erörterung ohne den Abschluß eines allgemeinen deutsch-polnischen Abkommens möglich sein werde.

Man hat irrigerweise behauptet, Beck hätte seine Außenpolitik gern deutschfreundlicher gestaltet, doch sei er von den polnischen Militärs zurückgehalten worden. Wenn es wirklich so gewesen wäre, dann hätte ihm die slowakische Situation eine wahrhaft goldene Gelegenheit geboten. Er hätte geltend machen können, es sei in diesem Augenblick notwendig, über ein Abkommen mit den Deutschen zu verhandeln, um den polnischen Einfluß in der Slowakei zu sichern und dem gefahrvollen Druck Deutschlands im Süden zu begegnen. Leider zeigte Beck kein derartiges Interesse an einer Beseitigung der deutsch-polnischen Differenzen.

Ribbentrop hob nunmehr die Notwendigkeit eines Abkommens zwischen Deutschland und Polen hervor und sprach angesichts der gegenwärtigen Reibungen in der Minderheitenfrage mit dem Ausdruck des Bedauerns davon, daß Polen und Deutschland nicht gemeinsam daran arbeiteten, die Minderheitenfragen ihrer jeweiligen Länder miteinander abzustimmen. Auch drückte er sein Bedauern über den Aufruhr in Polen anläßlich des lächerlichen Zwischenfalls um das Cafe Langfuhr in Danzig aus und versicherte Lipski, nach Hitlers Ansicht sei das Plakat „Hunde und Polen" von den polnischen Studenten selbst angebracht worden. Lipski bestritt, daß die Studenten sich in irgendeiner Weise falsch benommen hätten; auch könne man sie keineswegs für die nach dem Zwischenfall entstandene Unruhe verantwortlich machen.

Wie üblich vermied es Ribbentrop sehr geschickt, einen Disput heraufzubeschwören, und so hütete er sich auch in diesem Falle, seine eigenen Gedanken zu äußern. Statt dessen versuchte er, Lipskis Aufmerksamkeit auf die Demonstrationen zu lenken, die sich auf den Danziger Zwischenfall hin in Polen ereignet hatten. Er gab ihm zu verstehen, die Temperatur der deutsch-polnischen

Beziehungen wäre urplötzlich auf den Gefrierpunkt gesunken, wenn die deutsche Presse sich für die deutschfeindliche Hetze der polnischen

420

421

Zeitungen revanchiert hätte. Sein eigener Besuch in Warschau habe Hitlers Hoffnungen auf eine Regelung der deutsch-polnischen Differenzen stark getrübt, weil es ihm, Ribbentrop, nicht gelungen sei, über irgendeinen Fortschritt in Warschau zu berichten. Die gegenwärtige Situation sei gespannt und gefährlich und es würde doch ratsam sein, aufs neue zu versuchen, die ganze Sache durch persönliche Gespräche zu regeln. Ribbentrop sprach eine Einladung an Außenminister Beck aus, Deutschland demnächst erneut zu besuchen.

Dann brachte er eine Reihe sorgfältig durchdachter Argumente zugunsten eines deutsch-polnischen Abkommens zur Sprache. So erinnerte er Lipski daran, daß Deutschlands Verhalten gegenüber Polen im 1. Weltkrieg durch die deutsche Entscheidung gekennzeichnet gewesen sei, einen unabhängigen polnischen Staat anzuerkennen und ihn begründen zu helfen. Es sei Deutschland, nicht etwa Österreich-Ungarn oder Rußland, gewesen, das damals die Initiative in dieser Frage ergriffen habe. Der störendste Faktor in den darauf folgenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei gewesen, daß Polen einen großen Teil seiner „gegenwärtigen territorialen Ausbreitung Deutschlands größtem Unglück verdanke, nämlich der Tatsache, daß Deutschland den Weltkrieg verloren habe“.

Es bestehe auch nicht der Schatten eines Zweifels, so versicherte Ribbentrop seinem Gegenüber, daß die

Schaffung des polnischen Korridors die größte Einzelbelastung gewesen sei, die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegt wurde. „Keine bisherige Regierung habe es wagen können, auf deutsche Revisionsansprüche zu verzichten, ohne innerhalb von achtundvierzig Stunden vom Reichstag hinweggefegt worden zu sein”. Aber Hitler denke nun einmal anders über die Korridorfrage und sei bereit, sich mit seinem ganzen Ansehen in Deutschland hinter diesen Gedanken einer Lösung zu stellen. Und diese fordere die deutsche Anerkennung des Korridors als polnischen Besitzes mit den in Versailles genau festgelegten Grenzen. Ribbentrop hielt Lipski eindringlich vor, Hitler habe volles Verständnis für Polens Wunsch, eine größere maritime Rolle zu spielen, und das bestimme im wesentlichen seine Einstellung. Er schloß seine Ausführungen mit der Versicherung, von allen deutschen Staatschefs könne nur Hitler es sich leisten, auf den Korridor als deutschen Besitz „ein für allemal” zu verzichten.

Lipski selbst war davon überzeugt, daß nur die Diktatur Hitlers in Deutschland es ermöglichte, eine Regelung mit Polen unter diesen Bedingungen vorzuschlagen. Später behauptete er, Hitler meine es aufrichtig mit der Begrenzung seiner Ziele auf Danzig und die Autobahn zugunsten einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Jedoch hatte er Bedenken, wie es weitergehen solle, wenn sich aus den von Hitler vorgeschlagenen Bedingungen ein Ab-

kommen ergeben würde. Er zweifelte, ob Hitler die einflußreichen ostdeutschen Kreise davon abhalten könne,

auf weiteren deutschen Forderungen zu bestehen, wenn Deutschland und Polen später zu irgendeiner Zeit bedeutende Erfolge gegen die Sowjetunion zu verzeichnen hätten. Mit anderen Worten, er glaube wohl an die Aufrichtigkeit Hitlers gegenüber Polen, doch blieben ihm Zweifel an der Gültigkeitsdauer eines deutsch-polnischen Abkommens. Dieser Standpunkt ließ sich durchaus vertreten, aber es war wirklichkeitsfremd, solchen Überlegungen Raum zu geben und sich den Blick für die Vorteile eines Abkommens trüben zu lassen. Die Aussicht auf einen Streit um irgendwelche sowjetische Beute lag in unbekannter Ferne. Zwar hatten die Deutschen jahrelang die Bedeutung einer deutsch-polnischen Front gegen Sowjet-Rußland betont, aber niemals einen regelrechten Plan angeregt, Rußland anzugreifen, und schon gar nicht Polen aufgefordert, sich ihnen für den Fall eines Krieges gegen Rußland anzuschließen. Sehr viel wesentlicher war der geringe Preis, den Hitler für ein Abkommen forderte. Die abwegige Möglichkeit, daß das Abkommen ein Fehlschlag sein könnte, rechtfertigte keineswegs die Weigerung, diesen Preis zu zahlen. Das hätte einleuchten müssen, denn Deutschland war immerhin bereit, einen sehr viel höheren Preis zu zahlen. Es wollte den territorialen status quo Polens akzeptieren.

Ribbentrop wiederholte Lipski noch einmal die Bedingungen des Angebots vom 24. Oktober 1938 an Polen und hob hervor, daß Deutschland die Bedingungen dieses Angebots nicht zu ändern gedenke. Er schilderte die Vorteile eines Abkommens und beteuerte erneut, Deutschland wünsche nur die politische Vereinigung des nationalsozialistischen Danzigs mit dem nationalsozialistischen Deutschland sowie die Durchgangsverbindung nach Ostpreußen. Die Korridorfrage verlange das polnische Einverständnis zu diesen beiden Punkten, weil die Situation, wie sie nun einmal sei, „ein Dorn im Fleisch des deutschen Volkes sei,

dessen Stechen eben nur auf diese Weise behoben werden könne".

Lipski versprach, Beck genau über seine Unterredung mit Ribbentrop zu berichten, und Ribbentrop hatte das sichere Gefühl, daß er sich in diesem Punkte auf Lipski verlassen konnte. Mit großer Genugtuung stellte er fest, daß es ihm in dieser Unterredung endlich gelungen sei, auf den polnischen Botschafter nachhaltig einzuwirken. Instinktiv fühlte er, daß er Lipski für den deutschen Plan gewonnen habe und dieser nunmehr in Warschau als Fürsprecher eines deutsch-polnischen Abkommens auftreten werde. Er unterstrich, es werde wohl am besten für Lipski sein, nach Warschau zu reisen und persönlich mit Beck zu sprechen. Die kürzlichen Belastungen der deutschpolnischen Beziehungen zeugten beredt von der Notwendigkeit eines alle schwebenden Fragen einbeziehenden Abkommens. Im Vertrauen gesagt, sei Hitler

422

423

beunruhigt durch die Haltung, die Polen in einer Reihe bestimmter Fragen gezeigt habe. Es sei bedauerlich, wenn Hitler „den Eindruck gewinnen müsse, Polen wünsche einfach keine Regelung".

In voller Kenntnis des Halifaxschen Angebots vom 20. März 1939 warnte Ribbentrop den polnischen Botschafter, Polen werde sich als zukünftiger Bundesgenosse der Sowjetunion schweren Gefahren aussetzen. Fest und kategorisch erwiderte Lipski, „kein polnischer Patriot werde es zulassen, auf die Seite des Bolschewismus gezogen zu werden". Ribbentrop war von der offensichtlichen Ehrlichkeit dieser Antwort überzeugt und die Unterredung der beiden

Diplomaten endete im freundschaftlichen Ton gegenseitigen Vertrauens. Ribbentrop hoffte, daß der deutsche Botschafter von Moltke in diesem Stadium zur Förderung eines Abkommens beitragen könne. So kabelte er ihm am 21. März, Lipski werde nach Warschau kommen, und wies ihn an, auf die Polen warnend einzuwirken, Hitler könne auch auf den Gedanken kommen, sein Angebot zurückzuziehen, wenn keine Fortschritte in dieser Frage erzielt würden.

Becks Umstimmung durch Lipski schlägt fehl

Der polnische Botschafter folgte Ribbentrops Rat und reiste unverzüglich nach Warschau. Zu diesem Zeitpunkt wußte er bereits, daß Kennard Halifax' Angebot eines englisch-russisch-französisch-polnischen Bündnisses überreicht hatte. Lipski wohnte den Konferenzen im polnischen Außenministerium bei, die am 22. März 1939 begannen und sich mit den britischen und deutschen Angeboten befaßten. Er erstattete einen persönlichen Bericht und lobte darin Ribbentrops Zuvorkommenheit und Rücksicht während der letzten Unterredung. Den Konferenzteilnehmern gestand er allerdings, er könne Ribbentrops Interpretation einer deutschen Mitwirkung an der Wiederherstellung Polens im 1. Weltkrieg nicht zustimmen. Er referierte dann über die übrigen Ausführungen Ribbentrops, die in dem erneuten Angebot eines Abkommens mit Polen gipfelten.

Beck verhielt sich diesem Anerbieten gegenüber feindselig. Ribbentrops Einladung zu einem erneuten Besuch Deutschlands lehnte er kurzerhand als völlig unmöglich ab. Deutschland wurde der Einkreisung Polens bezichtigt und Ribbentrops letzte Vorschläge tat man als Vorspiel eines Ultimatums ab, Beck entschied, Lipski in Warschau zurückzuhalten, bis eine ausführliche Antwort an die Deutschen abgefaßt sei. Offensichtlich trat Lipski für ein Abkommen mit Deutschland ein, so daß an seiner

Zuverlässigkeit als Verhandlungspartner zugunsten der Deutschen nicht zu zweifeln war. Beck beschloß daraufhin, Lipski nie wieder an Unterredungen mit Ribbentrop über ein Abkommen teilnehmen zu lassen.

423

424

Graf Michal Lubienski beklagte sich in sehr gehässiger Weise, Ribbentrop sei es gelungen, Lipski zu demoralisieren. Der polnische Botschafter erkannte deutlich, daß man sein Eintreten für ein Abkommen mißbillige und er die Gunst und das Vertrauen Becks verloren hatte. Es überraschte deshalb wohl niemand, daß es sein sehnlichster Wunsch war, von seinem Posten zurückzutreten.

Die Beratungen im polnischen Außenministerium wurden mit einer Erörterung der allgemeinen Lage in Polen wiederaufgenommen. Immer noch vernehme man allenthalben die Klage, das ganze Land werde einer deutschfreundlichen Außenpolitik ausgeliefert. In Wirklichkeit verhielt sich das Land ganz ruhig und die diplomatische Tätigkeit wurde in keiner Weise beeinträchtigt. So wurde das von Halifax vorgeschlagene prosowjetische Bündnis mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Es komme für Polen überhaupt nicht in Frage. Daraus ergab sich für Beck die Notwendigkeit, dieses Angebot abzulehnen und mit Großbritannien ein zweiseitiges Bündnis abzuschließen. Der Plan eines englisch-polnischen Bündnisses fand Becks ausdrückliche Billigung. Dann wurde der Wortlaut der Erwiderung an Halifax, soweit sie das prosowjetische Bündnis betraf, erörtert. Man hielt es für ungemein wirkungsvoll, zu behaupten, die Verwirklichung einer prosowjetischen Allianz werde einen sofortigen Angriff Deutschlands auf Polen zur Folge haben. Bei dieser

Behauptung ließ man allerdings die Tatsache außeracht, daß Deutschland zu einem solchen Unternehmen keineswegs bereit war. Doch konnte man sich das angesichts der unverantwortlichen Propaganda erlauben, die immer wieder hervorhob, die Deutschen seien jederzeit zu einem Krieg größeren Ausmaßes bereit.

Beck entscheidet sich für eine Teilmobilisierung

Am 23. März 1939 stellte Beck befriedigt fest, daß er die Lösungen der ihn unmittelbar bedrängenden Fragen gefunden habe. Das deutsche Angebot und der prosowjetische Halifaxplan sollten kategorisch abgelehnt werden. Die nächsten Schritte gegenüber Deutschland und Großbritannien würden in völligem Gegensatz zueinander stehen. Nach dem Vorbild der Tschechen vom Mai 1938 hatte Beck vor, die polnischen Militärbefehlshaber für eine Teilmobilisierung gegen Deutschland zu gewinnen und so eine Krisenstimmung herbeizuführen. Nach seinem Dafürhalten konnte sich Polen eine Generalmobilmachung auf unbestimmte Zeit nicht leisten. Diesem seinen Schritt sollte das Bündnis mit England und die Ausrichtung der polnischen und britischen Politik gegen Deutschland folgen.

Beck konferierte mit den Befehlshabern am 23. März 1939. Ohne Zögern erklärten sie sich einverstanden, den Mobilmachungsbefehl noch am gleichen

424

425

Tag hinausgehen zu lassen. Die gedienten Reservisten der Jahrgänge 1911 bis 1914 sollten zu den Fahnen gerufen werden, dazu weitere Reserven aus den Jahrgängen bis 1906. Desgleichen waren die Reserveoffiziere der technischen Einheiten einzuberufen. Der

Mobilmachungsbefehl machte auf der Stelle 334.000 Mann zusätzlich verfügbar und ließ die Stärke des stehenden Heeres auf mehr als das Doppelte ansteigen.

Ebenfalls noch am gleichen Tage erhielten die obersten Befehlshaber der jeweiligen Waffengattungen den derzeit gültigen Aufmarschplan für einen Krieg gegen Deutschland. Dieser Plan war von drei der obersten Militärbefehlshaber und ihren Mitarbeitern entwickelt worden. Es waren Marschall Rydz-Smigly, Oberbefehlshaber der Armee, General Kasprzycki, der Kriegsminister, und General Stachiewicz, der Generalstabschef. Der Operationsplan war sehr scharf von Generalinspekteur Kazimierz Sosnkowski kritisiert worden, dem militärischen Hauptmitarbeiter Joseph Pilsudskis im 1. Weltkrieg. Sosnkowski, der sich in Polen eines sehr großen Ansehens erfreute und im Volksmund als „grauer General" bezeichnet wurde, verurteilte den Plan in zwei Punkten. Dieser sah einerseits eine Offensive größeren Ausmaßes gegen Deutschland vor, andrerseits die gleichzeitige Verteidigung ganz Polens. Sosnkowski erklärte es vom militärischen Standpunkt aus als Unsinn, das polnische Westpreußen und die benachbarten Abschnitte Nordwestpolens gegen die Deutschen zu verteidigen. Ein entsprechender Versuch werde die polnische Frontlinie unnötig um einige hundert Kilometer verlängern und die vorhandenen Kräfte zur Verteidigung wichtigerer Gebiete verringern. Auch bezweifelte Sosnkowski, ob es klug sei, den Krieg mit einem Marsch auf Berlin zu beginnen.

Sosnkowski war sehr eng mit dem Schöpfer der polnischen Verfassung von 1935, Oberst Walery Slawek, befreundet. Beide Männer standen auf der Höhe des Lebens und zeichneten sich durch ausgeprägte Fähigkeiten im militärischen und politischen Bereich aus, die dem neuen polnischen Staat so bitter fehlten. Marschall Rydz-Smigly und seine Gesinnungsfreunde hatten sie von einflußreichen

Stellungen fernzuhalten verstanden und so war es ihnen nicht gelungen, in den turbulenten Märztagen des Jahres 1939 das Schicksal Polens entscheidend zu beeinflussen. Sosnkowski blieb auch weiterhin isoliert, nachdem Walery Slawek im April 1939 seinem Leben ein Ende bereitet hatte. Erst als die Schlacht um Polen im September 1939 beinahe vorüber war, gab man ihm ein Kommando.

Der Operationsplan, der am 23. März 1939 den Streitkräften übergeben wurde, ist niemals abgeändert worden. Seine Verfasser betonten ausdrücklich, die Generalmobilmachung aller polnischen Streitkräfte könne erst wenige Tage vor dem Ausbruch eines deutsch-polnischen Krieges ausgerufen werden.

425

426

Es war ihnen klar, daß die monatelange Aufrechterhaltung dieses Mobilmachens ohne einen Konflikt eine zu große wirtschaftliche Belastung für Polen bedeute. Folglich entschied man sich für eine Generalmobilmachung erst für den Fall, daß ein Krieg in nächster Zukunft als unvermeidlich erachtet wurde. Das war auch der Grund, weshalb die spätere Generalmobilmachung in Polen am 30. August 1939 gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung an Deutschland war. Für Polen traf 1939 noch der alte Grundsatz aus den Tagen vor 1914 zu, daß eine Mobilmachung Krieg bedeute. Beck war mit der Aufgabe betraut, die diplomatische Rechtfertigung eines solchen Schrittes zu finden. Die Polen planten sofort nach Ausbruch der Feindseligkeiten den Vormarsch nach Berlin. Der Versailler Vertrag hatte die polnische Grenze etwa 150 km von der deutschen Hauptstadt entfernt festgelegt. Sie hofften, Berlin in einem Überraschungsangriff nehmen zu können, wie es die Russen

1760 gelegentlich ihres Unternehmens gegen Friedrich den Großen getan hatten. Dabei wollten sie berittene Truppen einsetzen. Zu diesem Zweck bildete die polnische Kavallerie-Schule in Bromberg bereits junge Offiziere aus. Zweifellos besaßen die Polen die beste Kavallerie Europas, doch waren berittene Streitkräfte kein wirksames Kampfmittel mehr wie in der Vergangenheit.

Die Blindheit der Polen gegen die Erkenntnis, daß der Einsatz von Kavallerie veraltet sei, darf nicht überraschen, wenn man sich daran erinnert, wie außerordentlich sich die Reiterschwadronen im 1. Weltkrieg an der Ostfront bewährt hatten. Damals unterschieden sich die Operationen im Osten stark von jenen im Westen. Osteuropa bot riesige Entfernungen und der Bewegungskrieg auf den dortigen Kriegsschauplätzen vollzog sich in anderen Formen als der Stellungskrieg in Belgien und Frankreich. Kavallerie erwies sich als äußerst wirksame Waffe gegen leichtbewaffnete Infanterie und kleine Artillerie-Einheiten. Auch im russisch-polnischen Krieg von 1920 bis 1921 hatte die Kavallerie eine entscheidende Rolle gespielt. Polens Niederlage in der Ukraine im Jahre 1920 wurde in erster Linie durch den erfolgreichen Einsatz sowjetischer Reiter bestimmt. Außerdem war es den Polen bekannt, daß der Pferdetransport 1939 im polnischen wie im deutschen Heer noch immer sehr umfangreich war. Sie wußten, daß die Deutschen auch weiterhin berittene Einheiten unterhielten. Der zu erwartenden Wirkung deutscher Panzertruppen auf eine polnische Kavallerie-Offensive schenkten sie zu wenig Beachtung.

Die Polen waren zwar entschlossen, ihre Grenzen gegen mögliche deutsche Angriffe an allen ,Punkten zu verteidigen, rechneten jedoch auch mit einem Mißlingen ihrer Anstrengungen. Wenn sie die Schlachten längs ihrer Grenzen verlieren würden, planten sie, ihre Heereseinheiten

auf eine Linie zurückzuziehen, die etwa vom Norden mitten durch Polen nach Süden verlief. Man

426

427

hielt es für absolut unerläßlich, die Deutschen an der Flankierung dieser Linie zu hindern und sie darum an der Südostgrenze zum Stehen zu bringen. So entschied man sich in diesem Südostabschnitt zum Einsatz motorisierter Truppen. Daraus ergab sich später eine reichlich widersinnige Lage: Da sich die Deutschen im letzten Augenblick entschlossen, an dieser Stelle berittene Truppen einzusetzen, passierte es, daß im September 1939 deutsche Reiter gegen polnische Panzerwagen ankämpften, während polnische Kavallerie in den Westabschnitten deutsche Panzertruppen attackieren mußte.

Die Polen legten ihre letzte Verteidigungsfront auf einer Linie in Zentralpolen fest, die den Flüssen Narew, Weichsel und Dunajec folgte. Es erschien ihnen jedoch sinnlos, entsprechende Operationspläne für den Fall bereitzuhalten, daß auch diese Rückzugsstellung zerschlagen werden würde. Die polnischen Militärbefehlshaber waren bereit, zuzugeben, daß der Verlust dieser Linie gleichbedeutend mit der vollständigen Niederlage Polens sei.

Hitler lehnt militärische Maßnahmen ab

Nachdem Hitler von der überraschenden Teilmobilmachung Polens Kenntnis erhalten hatte, hielt er eine Besprechung mit Walther von Brauchitsch, dem Oberbefehlshaber des deutschen Heeres, ab. Bei dieser Gelegenheit setzte er von Brauchitsch auseinander, es seien sehr wichtige Verhandlungen mit Polen über eine Regelung der deutsch-polnischen Differenzen im Gange. Er wünsche deshalb

Deutschland in keinen Konflikt mit Polen verwickelt zu sehen. Deutschland sei nicht daran interessiert, die nationalen Bestrebungen der Ukrainer zu unterstützen oder sonst irgend etwas zu tun, was den Interessen Polens zuwiderliefe. Auch habe er nicht die Absicht, die Rückgabe der ehemaligen westpreußischen oder schlesischen Gebiete von den Polen zu fordern. Die Aussichten für eine Regelung der Streitigkeiten mit Polen auf friedlihem Verhandlungswege seien immer noch günstig. Hitler hielt die polnische Teilmobilmachung nicht für eine übermäßige Drohung. Darum seien auch keine besonderen militärischen, sondern lediglich Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der deutschen Ostgrenze erforderlich.

Der deutsche Botschafter von Moltke wurde durch die Lage in Polen alarmiert. Als besonders kennzeichnend empfand er die Verhaftung des prominenten Journalisten Stanislaw Mackiewicz, der Chefredakteur des ‚Slowo' (Das Wort), der führenden Zeitung in Wilna, war. Beck hatte ausdrücklich auf der Verhaftung bestanden, weil Mackiewicz lange Zeit öffentlich für ein deutschpolnisches Abkommen mit dem Hinweis eingetreten war, viel kostbare Zeit und zahlreiche gute Gelegenheiten seien für ein günstiges Abkommen mit Deutschland versäumt worden. Moltke erkannte zwar Becks Initiative hinter dieser Verhaftung, doch war er weiterhin der Ansicht, Beck sei im Begriff,

die polnische Außenpolitik als Antwort auf den Druck der Militärs zu ändern. Nicht erkannte er allerdings, daß die Teilmobilmachung auf Becks Veranlassung zurückging.

Moltke nahm an, Beck könne sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Polen einem noch extremeren Kurs zuwenden. Er hatte Weisung erhalten, etwas über die polnische Antwort auf Halifax’ prosowjetisches Allianzangebot in Erfahrung zu bringen, konnte jedoch lediglich berichten, daß Kennard wiederholt im polnischen Außenministerium gewesen sei. Moltke war dort bedeutet worden, Polen werde zögern, den Interessen anderer Mächte zu dienen, doch hatte er diesem Wink nicht viel Bedeutung beigemessen. Er neigte zu der Ansicht, Polen werde das Allianzangebot annehmen, wenn es darin die Möglichkeit sehe, „feste Zusagen von Großbritannien zu erhalten, die Polens Sicherheit erhöhen würden”.

Moltkes Bericht enthielt mehr als die Wiedergabe des konfusen polnischen Standpunktes. Ganz zweifellos war er sichtlich alarmiert und wegen des unerwarteten Teilmobilmachungsbefehls bedrückt. Es ist überaus kennzeichnend für Moltke, daß er es für nutzlos hielt, Ribbentrop bei dieser Gelegenheit nahezulegen, seine Vorschläge zur Regelung mit Polen fallenzulassen. Ganz offenkundig war der deutsche Diplomat zu dem Schluß gekommen, die Situation habe sich bis zu einem Grad verschlechtert, daß ein derartiger Rat auch nichts mehr helfen werde.

Die dramatische Teilmobilisierung in Polen wurde im Westen durch Mutmaßungen hinsichtlich der Antwort auf das Halifax-Allianzangebot überschattet. Der amerikanische Botschafter Kennedy berichtete am 23. März 1939 aus London, die Sowjetunion habe die Annahme des Paktes von den günstigen Antworten Frankreichs wie auch Polens abhängig gemacht. Halifax hatte von Bonnet die Zusicherung erhalten, Frankreich werde den Plan annehmen, und so richtete sich die Hauptaufmerksamkeit der westlichen Diplomaten auf Polen. Amerikas Botschafter

in Warschau, Biddle, konnte am 23. März nichts über Becks Absichten melden. Statt dessen berichtete er über die polnische Antwort auf die deutsche Annexion Memels, wo Hitler am gleichen Tage weilte. Er behauptete, das Memel-Abkommen sei ein geschickter Schritt Hitlers gewesen, die britische und französische Diplomatie in Osteuropa zu diskreditierien. Biddles Vermutung ging davon aus, daß Hitler eine schwierige osteuropäische Frage gelöst habe, ohne Großbritannien oder Frankreich zu beteiligen.

Beck beschloß, Halifax am 24. März 1939 von seiner Ablehnung des prosowjetischen Allianzangebots in Kenntnis zu setzen. Halifax war von Becks Antwort enttäuscht. Unberührt ließ ihn allerdings Becks Argument, eine Allianz mit Sowjetrußland werde unmittelbar zum Kriege führen. Er wußte

428

429

genau, daß die Deutschen auf ein derartiges Unternehmen nicht vorbereitet waren, ganz abgesehen davon, daß Krieg so oder so das Sofortziel seiner Politik war. Der amerikanische Botschafter Kennedy übermittelte die entmutigende Nachricht am 24. März 1939, acht Uhr abends, an Präsident Roosevelt, Polen stimme dem Eintritt in eine Allianz, in der sich auch die Sowjetunion befinde, nicht zu.

Beck droht Hitler mit Krieg

Beck befaßte sich am 24. März vor allem mit der endgültigen Formulierung der Antwort, die Lipski Ribbentrop überreichen sollte. Er wies Jan Szembek darauf hin, die non possumus-Antwort, welche er Hitler entgegenzuschleudern gedenke, sei von entscheidenden polnischen Interessen

diktiert. Er bezeichnete ein politisch von Polen abhängiges Danzig als das unerläßliche Symbol polnischer Macht und behauptete, es sei „vernünftiger, auf den Feind zuzugehen, als zu warten, bis er uns entgegenmarschiert”. Das war eine recht verwegene Äußerung, die sich in keiner Weise darauf stützen konnte, daß Hitler nach Polen zu marschieren beabsichtige. Beck gab sich herausfordernd und stand hochgestimmt unter der Wirkung der von Polen getroffenen militärischen Maßnahmen. Nunmehr behauptete er: „Hitler scheint im Denken und Handeln jedes Maß und Ziel verloren zu haben.” Mit verächtlichen Ausdrücken bedachte er Schuschniggs und Beneschs Unterwerfung unter Hitler und erklärte dann voll Stolz: „Unsere Regelung der politischen Rechnung mit den Deutschen wird keine Ähnlichkeit mit den beiden anderen haben.”

Moltke erschien am 24. März 1939 im polnischen Außenministerium. Auf seine spürbare Nervosität reagierten die Polen mit Verachtung. Szembek bemerkte, der deutsche Botschafter scheine interessierter zu sein, seine persönlichen Ansichten darzulegen, als seine Regierung zu repräsentieren. Verzweifelt rief Moltke aus, er habe es schon immer gewußt, daß Polen den deutschen Autobahnplan niemals annehmen werde. Das war eine bemerkenswerte Feststellung angesichts der Tatsache, daß Moltke einer der Haupturheber eben dieses Planes gewesen ist. Moltke erklärte weiter, er sei mit dem Danziger Gauleiter Albert Forster nicht einverstanden, vielmehr bedauere er die Begründung des nationalsozialistischen Regimes in Danzig. Szembek bemerkte dazu, Moltke widerspreche sich in seinen Ausführungen und manchmal äußere er sich so, als hätte Deutschland niemals die Rückkehr Danzigs verlangt. Moltke betonte demgegenüber den Wert des Hitlerschen Angebotes einer Garantie für die polnische Westgrenze, aber Szembek entgegnete verächtlich, Polen habe weder um eine Garantie noch um eine Anerkennung gebeten.

Moltkes Verhalten in dieser Unterredung war ausgesprochen würdelos. Seine Unfähigkeit kompromittierte seine Mission in Polen hoffnungslos.

429

430

Moltke versuchte in einem besänftigenden Brief an das Auswärtige Amt, sein Fiasko zu verheimlichen: Die Polen hätten ihm am 24. März versichert, sie würden Rumänien gegenüber keine neuen Verpflichtungen eingehen, die sich gegen Deutschland richten könnten. Im übrigen lasse die offizielle Haltung Polens hinsichtlich der Rückgewinnung Memels nichts zu wünschen übrig.

Das Auswärtige Amt antwortete dem unglücklichen Botschafter mit der Weisung, spürbaren Druck auf die Polen auszuüben, um zu einer Regelung zu kommen. Man riet ihm zu dem Standpunkt, es sei jetzt an der Zeit, sich dazu zu bekennen, ob Deutschland und Polen Freunde oder Feinde sein würden. Zu Moltkes Erleichterung griff Hitler ein und ersparte es ihm, so deutlich gegenüber den Polen werden zu müssen. Hitler war über die Moltke erteilten Instruktionen sehr verärgert. Er wies Weizsäcker an, sie sofort zu widerrufen. Der deutsche Staatssekretär war gezwungen, diesem Befehl unverzüglich zu folgen. Er entschuldigte sich bei Moltke für die Verwirrung, die aus seiner politischen Meinungsverschiedenheit mit Hitler entstanden sei.

Nicht nur die Neigung des Auswärtigen Amtes, gegenüber Polen „energisch zu werden”, ärgerte Hitler. Er war auch über Italien beunruhigt. Der deutsche Botschafter von Mackensen berichtete am 24. März 1939 aus Rom, in Italien verberge sich unter der Oberfläche große Unzufriedenheit mit dem jüngsten deutschen Erfolg in Prag. Der italienische

Botschafter Attolico, der gerade zur Berichterstattung in Rom weilte, hatte die Ansicht geäußert, es sei nunmehr an der Zeit für Italien, von der Achse „etwas zu haben“. Italiens Erfolg in Abessinien stammte aus der Zeit vor der Achsengründung, desgleichen der Beginn seiner Politik, die Konservativen im spanischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Es war durchaus unwahrscheinlich, daß Italien konkrete Vorteile aus dem spanischen Bürgerkrieg ziehen würde. Deutschlands Unterstützung der spanischen Konservativen war verhältnismäßig gering, während Italien erhebliche Anstrengungen gemacht hatte, Franco zu helfen. Seit der Gründung der Achse im Jahre 1936 hatten die Deutschen eine weithin beachtete Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Mackensen befürchtete, der letzte dieser Erfolge werde die maßvolle Politik Italiens ins Wanken bringen und die Italiener veranlassen, etwas Törichtes zu tun. Ihn schreckte die Möglichkeit eines erneuten italienischen Drucks auf Frankreich und er vertrat die Ansicht, Deutschland solle seine frühere Erklärung wiederholen, daß es die italienischen Forderungen an Frankreich nicht unterstütze. Hitler erkannte die Gefährlichkeit der Lage, war sich aber nicht sicher, wie weit er einen mäßigenden Einfluß auf Italien ausüben könne.

Hitlers Hoffnung war es, Lipski werde mit Zusicherungen nach Berlin zurückkehren, die zur Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen beitragen könnten. Als er hörte, die Rückkehr des polnischen Botschafters sei für Sonn-

tag, den 26. März, zu erwarten, entschloß er sich, Berlin zu verlassen, damit Ribbentrop ungestört mit Lipski verhandeln könne. Nach seiner Auffassung hatte der

Reichsaußenminister seine Sache bei den Polen gut gemacht und so befürchtete er, seine Anwesenheit werde die Dinge in Berlin nur komplizieren. Hitler rechnete damit, Lipski könne ihn auf ausdrückliche Weisung Becks hin in Berlin aufsuchen, während er der Ansicht war, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen ein Eingreifen seinerseits eher schaden als nützen würde. Er könne mit Lipski nicht sprechen, ohne gegen die kürzliche Teilmobilmachung in Polen zu protestieren. Den Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch unterrichtete Hitler am 25. März 1939 dahingehend, daß er den Polen nicht zu drohen wünsche, weil sie das in die offenen Arme der Briten treiben könne.

Nach Hitlers Auffassung war die Lage in Danzig das Hauptproblem, das gelöst werden mußte, wenn man die Gefahr einer Explosion bannen wollte. Er bedeutete Ribbentrop und Brauchitsch, unter Umständen könne sich eine Blitzbesetzung Danzigs durch die deutschen Streitkräfte ergeben, wenn Lipski den gewünschten Hinweis gebe, die polnische Regierung könne die Verantwortung für ein freiwilliges Abtreten Danzigs an Deutschland nicht übernehmen. Das würde jedoch bedeuten, daß es Beck vorzöge, der Verantwortung für einen Wechsel in Danzig durch ein deutsches fait accompli enthoben zu werden. Hitler betonte indessen, es könne keine schnelle Besetzung Danzigs durch Deutschland geben, wenn die durch Lipski übermittelte polnische Antwort nicht freundlich und entgegenkommend sei.

Hitlers maßvolle Haltung am Vorabend der Rückkehr Lipskis nach Berlin blieb ohne Wirkung auf Beck. Am 25. März 1939 erzählte Beck dem amerikanischen Botschafter Biddle sogar eine schändliche Lügengeschichte über Hitlers Absichten gegenüber Polen, die ein wohlberechnetes Vorspiel zu seinen späteren, Öffentlichen Verdrehungen und Lügen über

die deutsche Politik darstellt. So behauptete Beck, Hitler habe die Regelung der Danzigfrage bis Ostern, das unmittelbar bevorstand, verlangt. Dabei handelte es sich um eine üble Anschuldigung angesichts der Tatsache, daß Hitler der Dauer seiner Verhandlungen mit Polen niemals eine zeitliche Grenze gesetzt hat. Sehr befriedigt meldete Biddle am 26. März 1939 in einem kurzen Telegramm: „Polen heute auf dem Kriegsfuß. Hat dieses rasch und ohne viel Aufhebens erreicht."

Es war ein erheblicher Schock für die Deutschen, als Lipski am 26. März 1939 aus Warschau zurückkehrte und Hitlers Vorschläge für eine Regelung mit aller Entschiedenheit ablehnte. Die Polen weigerten sich, jede Änderung der bestehenden Verhältnisse zu unterstützen. In ihren Gegenvorschlägen gingen sie auf die deutsche Forderung einer Rückkehr Danzigs und einer

Durchgangsverbindung nach Ostpreußen überhaupt nicht ein. Auch ignorierten sie das deutsche Angebot der Garantierung ihrer Grenzen vollständig. Bevor Lipski am Abend des 25. März den Zug nach Berlin bestieg, schärfte ihm Beck noch ein, die Deutschen daran zu erinnern, daß Pilsudski die „Freie Stadt" Danzig als Barometer und Prüfstein der deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnet habe. Dabei ließ er außer acht, daß der Marschall bereits vier Jahre tot war und vermutlich eine der veränderten Lage entsprechende Auffassung vertreten hätte. Lipski hatte Weisung, falls Hitler in Berlin weilen sollte, diesem, sonst Ribbentrop zu erklären, daß Polen kämpfen werde, um die Rückkehr Danzigs zu Deutschland zu verhindern.

Lipski bat, Ribbentrop am 26. März 1939 besuchen zu dürfen, als er erfuhr, daß Hitler Berlin verlassen hatte. Wenig beglückt über seine Weisungen, hoffte er, daß dieser Besuch seine letzte Dienstleistung als polnischer Botschafter in Berlin sein werde. Im Jahre 1933 war er nach Berlin gekommen, um zur Versöhnung zwischen Deutschland und Polen beizutragen. Nun mußte er zu seiner tiefen Enttäuschung erkennen, daß seine Rolle ausgespielt war. Als einzige Hoffnung blieb ihm die Abberufung. Er wäre sicherlich in noch größere Schwierigkeiten geraten, wenn er gewußt hätte, daß Beck statt der Ablösung ihm in den kommenden langen Monaten eine Beschränkung seiner Vollmachten auferlegen würde.

Der polnische Botschafter legte Ribbentrop ein schriftliches Memorandum vor. Der Reichsaußenminister las es mit Erstaunen. Er machte keinen Versuch, seine Überraschung zu verbergen, und erklärte, die Weigerung Polens, Danzig an Deutschland abzutreten, mache jede Chance für ein deutschpolnisches Abkommen zunichte. Lipski verschwendete keine Zeit. Hastig erwiderte er, er habe die schmerzliche Aufgabe, darauf aufmerksam zu machen, daß jede weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere, soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeute.

Obwohl unangenehm überrascht, reagierte der deutsche Außenminister unmittelbar mit einer wirksamen Antwort. Er erklärte, was er Lipski jetzt sage, trete mit dem Augenblick in Kraft, in dem er es ausspreche: Deutschland beabsichtige nunmehr, eine polnische Verletzung der Danziger Grenze in genau demselben Licht zu sehen wie eine polnische Verletzung der deutschen Grenze. Lipski versuchte, demgegenüber ein Gegenargument für sich zu buchen, indem er bestritt, daß Polen — im Gegensatz zu

Deutschland — irgendeinen Plan zur Annexion Danzigs habe.

In diesem wahrhaft historischen Augenblick war es Ribbentrop nicht möglich, die ihm eigene Gelassenheit zu bewahren. Er konnte sich eines Gefühls der Verzweiflung kaum erwehren. Vergebens bemühte er sich, die drohenden

Folgen der polnischen Note abzuwenden. Er machte Lipski ernste Vorhaltungen und beschwor ihn, doch wenigstens zu erklären, daß Polen ja die ganze Frage noch einmal aufgreifen könne, wenn die allgemeine Lage sich beruhigt habe. Deutschland habe es mit der Lösung des Danziger Problems nicht so eilig. Der polnische Botschafter wies Ribbentrop in seiner Antwort auf die schriftliche Note hin und fragte ihn, ob es sich Deutschland nicht noch einmal überlegen wolle, sich für alle Zeiten mit einem Verzicht auf die deutschen Bestrebungen in Danzig einverstanden zu erklären. Er versicherte Ribbentrop, Beck werde in Erwiderung eines solchen Zugeständnisses deutscherseits gern noch einmal nach Berlin kommen.

Diese Bemerkungen verfehlten ihre Wirkung auf Ribbentrop nicht. Niedergeschlagen erklärte er, eine schriftliche Note Polens sei eigentlich gar nicht nötig gewesen, denn die konkrete Antwort auf die deutschen Vorschläge schienen ja wohl die polnischen Militärmaßnahmen vom 23. März zu sein. Damit war das Gespräch beendet. Ribbentrop hätte am liebsten auf weitere Bemühungen um die Polen verzichtet, wenn Hitler nicht so hartnäckig davon überzeugt gewesen wäre, daß ein Abkommen zwischen Deutschland und Polen wünschenswert und darum jeder denkbaren Anstrengung

wert sei. Ribbentrop stellte fest, daß Hitler völlig ruhig blieb, als er die polnische Note vom 26. März 1939 las.

Ribbentrop hatte jetzt nach über fünf Monaten schwieriger und großzügiger Verhandlungen nur die polnische Note mit einem kategorischen Nein vorzulegen. Der erste Satz lautete wie folgt: „Heute, wie immer, legt die polnische Regierung größtes Gewicht auf die Wahrung nachbarlicher Beziehungen zum Deutschen Reich für die längstmögliche Zeitdauer.“ Es wäre kürzer gewesen, „ständige nachbarliche Beziehungen“ statt der letzten vier sehr aufschlußreichen Worte der Einleitung zu schreiben. Aber das wäre weniger treffend gewesen. Denn eine solche Formulierung drückte Becks Überzeugung aus, daß es so etwas wie ständige nachbarliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nicht geben könne. Das war die Haltung, die Polen zum gegebenen Ziel der Kräfteausgleichsprinzipien der britischen Führung machte.

433

434

Die Mobilmachung versetzt Polen in Erregung

Kriegsbegeisterung griff sehr rasch in allen Teilen Polens um sich. Die Teilmobilmachung überzeugte auch den Durchschnittspolen davon, daß seine Führung vorhatte, demnächst mit Deutschland Krieg zu führen. Der Westmarken-Verband, eine deutschfeindliche politische Vereinigung, hielt am 26. März 1939 eine öffentliche Versammlung in Bromberg ab. Tausende von Polen aus Westpreußen nahmen daran teil. Mit zündenden Hetzreden wurden die Deutschen diffamiert. Das Publikum antwortete mit erregten Zwischenrufen: „Nieder mit Hitler!”, „Wir wollen Danzig!“ und „Wir wollen Königsberg!“. Nach der

Versammlung zogen die Polen scharenweise durch die Straßen und begannen Schlägereien mit allen Deutschen, die ihnen gerade begegneten. Aus allen Teilen Polens strömten innerhalb von vier Monaten freiwillige Zeichnungen für eine Regierungsanleihe zur Herstellung von tausend zusätzlichen Kampfflugzeugen für die polnische Luftwaffe zusammen.

Im ganzen Land liefen Gerüchte um, der Krieg sei ausgebrochen, deutsche und polnische Truppen kämpften bereits in Oderberg. Die Zeitschrift Polska Zbrojna (Die polnische Armee) versicherte der Öffentlichkeit, Polen habe allen Grund, dem Ausgang eines deutsch-polnischen Kampfes vertrauensvoll entgegenzusehen. Durch den Artikel „Wir sind bereit” wurden die polnischen Leser in Sicherheit gewiegt. Sie hätten angesichts der mächtigen Militärnationen der Welt keinen Anlaß, sich unterlegen zu fühlen. Es wurde behauptet, Polen habe viele Vorteile, die einen militärischen Sieg über Deutschland gewährleisteten, auf seiner Seite. Polnische Soldaten seien den deutschen Soldaten überlegen, auch Polens Ausrüstung sei besser. Der polnische Heldengeist stehe hoch über allem, was Deutschland zu bieten habe. Dann wurde ausführlich eine Versicherung des Generals Gluchowski, des hervorragenden stellvertretenden Kriegsministers, zitiert. Darin führte der General aus, die deutsche Wehrmacht sei nichts weiter als ein Riesenbluff. Die Deutschen litten unter einem verhängnisvollen Mangel an ausgebildeten Reserven. Die Pressevertreter fragten daraufhin den General, ob Polen Deutschland auch vom militärischen Standpunkt aus überlegen sei, worauf dieser erwiderte: „Ja, gewiß.”

In einer Sondersitzung drückte der polnische Senat seine Sympathie für die „schweren Erfahrungen“ Litauens bei der Abtretung Memels an Deutschland aus. Graf Jan Szembek, der Unterstaatssekretär für Außenpolitik, beteiligte sich

führend an diesem Unternehmen. Er gehörte im übrigen zu denen, die der Resolution des Senats eine anhaltende Ovation darbrachten.

Es fiel Ribbentrop sehr schwer, sich in dieser hektischen Atmosphäre weiterhin um ein deutschpolnisches Abkommen zu bemühen. Er konferierte noch

434

435

einmal mit Lipski am 27. März 1939. Dabei beklagte er sich über die gegenwärtigen Verfolgungen der Deutschen in Bromberg und anderen Orten Polens und bemerkte dazu, viele Deutsche hätten den Eindruck, die polnische Regierung könne solche Vorfälle durchaus abstellen, wenn sie es nur wolle. Er gab Lipski zu verstehen, er wüßte offen gestanden nicht mehr, wie er Haltung und Vorgehen der polnischen Regierung auffassen solle. Trotzdem vermied er jede Drohung. Auch wiederholte er seine Äußerung vom vorhergehenden Tag über ein deutsches Vorgehen hinsichtlich einer möglichen Verletzung der Danziger Grenze durch Polen nicht. Lipski wußte auch sehr wohl, daß diese Äußerung nur in Erwiderung der polnischen Drohung, Gewalt anzuwenden, um Danzigs Rückkehr zu Deutschland zu verhindern, gefallen war.

Joseph Beck empfing den deutschen Botschafter Moltke am Abend des 28. März 1939. Bei dieser Gelegenheit wiederholte er die Drohung, welche Lipski Ribbentrop am 26. März übermittelt hatte. Ferner sagte er, ein Versuch Deutschlands, Danzig zu besetzen, werde zu einer polnischen Militäraktion führen und demgemäß Krieg mit Deutschland bedeuten. Er sei immer noch bereit, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland in Erwägung

zu ziehen, wenn die Deutschen ihre Pläne in Danzig fallen ließen. In Zukunft werde man Deutschland strengstens für jede vom Senat der sogenannten Freien Stadt Danzig unternommene Handlung verantwortlich machen. Moltke, der gerade einen Bericht nach Berlin gesandt hatte, in dem er die pausenlosen, offiziell gelenkten Provokationen im Verlauf der Mobilmachung geschildert hatte, rief aus: „Sie wollen ja mit aufgepflanztem Bajonett verhandeln!” Kühl entgegnete Beck, der deutsche Botschafter habe völlig recht. Deutschland möge sich aber diesem Vorgehen nicht widersetzen, denn „das sind Ihre eigenen Methoden”.

Unter diesen Umständen war es schwierig für Ribbentrop, an die Fortentwicklung friedlicher Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu glauben. Das Auswärtige Amt erhielt zahlreiche Berichte von freundschaftlich eingestellten Auslandsdiplomaten, denenzufolge die Briten sich in jeder Weise auf den Krieg mit Deutschland vorbereiteten. So erschien es Berlin gewiß, daß Halifax die kriegerische Stimmung in Polen auszunutzen versuchen würde. Der amerikanische Gesandte Joseph E. Davies berichtete am 30. März 1939 aus Brüssel nach Washington, in Belgien betrachte man Chamberlains Rede in Birmingham als ein Unheil, das die günstigen Aussichten auf Frieden in Europa ins Gegenteil verkehrt habe.

Der französische Botschafter Léon Noël berichtete nach Paris, er habe am 27. März 1939 abends an einem Diplomatenessen teilgenommen, bei dem Beck, Graf Michal Lubienski und auch der polnische Generalstabchef, General Stachiewicz, anwesend waren. Noël klagte, die polnischen Führer hätten absicht-

lich jeden Hinweis auf die offensichtlich unbefriedigenden letzten Verhandlungen mit Deutschland vermieden, einen anscheinend zerstreuten Eindruck gemacht und sich mit privaten Fragen befaßt. Die Polen behandelten Noël ausnehmend höflich. Aber sie waren nicht daran interessiert, eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit mit dem Abgesandten des verbündeten Frankreich zu schaffen, obwohl das in einer Zeit akuter Spannung etwas höchst Normales gewesen wäre. Beck gab sich auch in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Biddle unergründlich. Jedoch sagte er zu diesem am Abend des 28. März, die polnische Teilmobilisierung sei „eine harte Antwort auf gewisse von Berlin gemachte Vorschläge“.

Lukasiewicz ließ Beck aus Paris wissen, er setze seine enge Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Botschafter Bullitt fort. Er wurde wiederholt von Bullitt über die Gespräche der britischen Führer mit dem amerikanischen Botschafter Kennedy in London unterrichtet. Deutlich erkannte er, daß Bullitt den Engländern noch immer mißtraute. Dieser versicherte ihm, die Vereinigten Staaten seien durchaus in der Lage, genügend Druck auszuüben, um auf dem Höhepunkt der nächsten Krise eine britische Mobilmachung herbeizuführen. Lukasiewicz vermutete überdies, dieses Mißtrauen spiegele den kindischen Wunsch Bullitts wider, die Bedeutung seiner eigenen Rolle auf der politischen Bühne Europas aufzubauschen.

Nach einem Bericht des polnischen Botschafters Eduard Raczynski vom 29. März 1939 schien es in Großbritannien die Hauptsorge zu sein, es könne trotz der polnischen Teilmobilisierung ein deutschpolnisches Abkommen zustandekommen. Nach britischer Auffassung würde ein solches Abkommen besonders gefährlich sein, weil es zu einer rapiden Auflösung Sowjetrußlands führen könnte.

Raczynski hatte erfahren, daß Botschafter Kennedy persönlich der britischen Kriegspolitik und der Unterstützung dieser Politik von seiten des Präsidenten Roosevelt wegen sehr bedrückt sei. Er warnte Beck, Kennedy scheine persönlich mit Bullitt in Paris und Biddle in Warschau nicht mehr richtig Schritt zu halten. Im übrigen führe er offensichtlich die Weisungen Roosevelts aus, wenn er die Briten warnend darauf hinweise, daß es furchtbare Folgen haben werde, sollten sie nicht zum Handeln entschlossen sein. Er sei wiederholt von den Briten um die Zusicherung angegangen worden, daß Polen die deutsche Annexion nicht hinnehmen werde. Es sei schwierig, die Briten davon zu überzeugen, daß Polen gewillt sei, um Danzigs willen Krieg zu führen.

Hitler erhofft einen Kurswechsel der polnischen Politik

Am 29. März 1939 hatten die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ein kritisches Stadium erreicht. Deutschland war von den Polen mit der Kriegsandrohung und einer Teilmobilmachung herausgefordert worden. Aber Hit-

ler weigerte sich beharrlich, diese polnischen Aktionen als Herausforderung anzusehen. Ebenso weigerte er sich, die Bemühungen der Polen um Abbruch der Verhandlungen zwischen den beiden Ländern ernstzunehmen, obwohl dieser Abbruch mit dem kategorischen Nein der Polen zu dem deutschen Angebot am 26. März 1939 tatsächlich bereits vollzogen war. Hitler blieb dabei, daß Ribbentrop alles daransetzen solle, die Verhandlungen wieder in Gang

zu bringen. Er blieb auch bei der Hoffnung, Polen werde den Abschluß eines Militärbündnisses mit Großbritannien ablehnen. Diese Hoffnung schien durchaus berechtigt, nachdem die Polen das prosowjetische Allianzangebot Englands am 24. März 1939 verworfen hatten. Auch war es Hitler bekannt, daß Beck sich weigere, Englands Spiel in Rumänien mitzumachen. Unter diesen Umständen sah es so aus, als ob die englisch-polnischen Bündnisverhandlungen schließlich doch noch mit einem Fehlschlag enden könnten. Sollte dieser Fall eintreten, und darauf hoffte Hitler, so könnten die Verhandlungen mit den Polen wiederaufgenommen werden. Er war bereit, ihnen zu versichern, daß Deutschland keine Eile habe, sein Programm in Danzig zu verwirklichen.

Hitlers Strategie in der Behandlung der Polen entsprang zu diesem Zeitpunkt ganz und gar seiner eigenen Überlegung und Überzeugung. Die deutschen Befehlshaber wunderten sich, warum sie keine Pläne für einen möglichen Krieg mit den Polen vorbereiten durften. Es mußte als besonders ungewöhnlich gelten, daß Deutschland keinerlei Pläne für einen solchen Konflikt besaß. In europäischen Staaten war es vielmehr durchaus üblich, Operationspläne für einen eventuellen Kampf gegen einen Nachbarn zur Hand zu haben, sobald die Beziehungen mit ihm auf unsicheren Füßen standen. Ribbentrop hielt sich in loyaler Weise an Hitlers Weisungen, die Verhandlungen mit den Polen fortzusetzen, doch wurde er immer pessimistischer. Er hatte volles Verständnis für den Wunsch Weizsäckers und anderer Mitglieder des Auswärtigen Amtes, einen härteren Standpunkt gegenüber den Polen einzunehmen. Frau Annelies von Ribbentrop erinnert sich, daß ihr Mann nach der fruchtlosen Verhandlung in Warschau im Januar 1939 das ganze Projekt eines deutsch-polnischen Abkommens aufzugeben geneigt war. Doch Hitler überzeugte Ribbentrop im Februar desselben Jahres davon, daß man Ausdauer

haben müsse, weil eine Verständigung immer noch möglich sei. Der deutsche Außenminister habe zustimmend geantwortet. Die Art, wie er dann am 21. März 1939 Lipski von der Notwendigkeit eines Abkommens überzeugt hat, muß als eine glänzende Leistung bezeichnet werden.

Auch ist zu betonen, daß keiner der deutschen Führer, einschließlich Görings, der aufrichtig die propolnische Meinung Hitlers teilte, für die Preisgabe der deutschen Ansprüche auf Danzig eintrat. Nach Lipskis Äußerungen konnte unter Umständen mit einem Berlin-Besuch Becks für den Fall eines

deutschen Verzichts auf Danzig gerechnet werden. Hitler war jedoch nicht bereit, diesen einseitigen Preis für eine Verständigung zu bezahlen, weil er wußte, daß ein Abkommen auf dieser Basis wertlos wäre. Eine Verständigung, für die Deutschland alle Opfer zu bringen hatte und Polen keins, konnte keine vertrauensvollen Beziehungen zwischen den beiden Ländern herstellen. Sie würde eher die Verachtung der Polen für Deutschland steigern und sie in der unberechtigten Überzeugung bestärken, daß ein kleiner Staat wie Polen das Deutsche Reich einzuschüchtern vermöchte. Auch würde sie den Polen Mut machen, ihre Intrigen gegen Deutschland in der Hoffnung fortzusetzen, künftig noch mehr Gewinne auf Kosten Deutschlands machen zu können.

Die tieferen Gründe für Hitlers Mäßigung gegenüber den Polen

Zahllose Deutsche aus den 1919 verlorenen Gebieten haben sich bitter darüber beklagt, daß Hitler von der Befreiung

Danzigs besessen sei, jedoch gegen das Schicksal ehemaliger deutscher Städte wie Kattowitz indifferent bleibe. Sie konnten es nicht verstehen, warum Hitler bereit war, auf Kattowitz zu verzichten, das vor der ersten polnischen Teilung von 1772 genau so wenig zu Polen gehörte wie Danzig. Kattowitz war im Gegensatz zu Danzig in jener Zeit wenig mehr als ein Dorf, doch hatte die industrielle Revolution bedeutende Veränderungen mit sich gebracht, und als die Stadt 1922 an Polen ging, hatte sie eine Bevölkerung von 125.000 Seelen. In der Volksabstimmung von 1921 hatte Kattowitz trotz französischen und polnischen Terrors mit überwältigender Mehrheit für Deutschland gestimmt (82%). Der Kattowitzer Raum war eines der reichsten Industriegebiete der Welt. Seine Kohlenlager waren denen im ganzen Ruhrtal in jeder Hinsicht überlegen und außerdem viel leichter abzubauen. Kattowitz gehörte seit dem 12. Jahrhundert zu Deutschland. Friedrich der Große hatte dort mit der Erschließung der Bodenschätze begonnen. Dampfmaschinen für Industriezwecke wurden im Preußen des 18. Jahrhunderts erstmalig im Kattowitzer Gebiet, in Königshütte, dem Hüttenwerk des Königs, aufgestellt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war daraus ein hochentwickeltes Industriegebiet geworden, das für Deutschland ein größeres Wirtschaftspotential bedeutete als Danzig und die Autobahn nach Ostpreußen zusammen.

Die Behauptung, Hitler sei gegenüber Kattowitz gleichgültig gewesen, ist unberechtigt. Er war nach dem Abschluß des deutschrussischen Paktes von 1939 schmerzlich versucht, die Rückkehr von Kattowitz sowie des restlichen Ostoberschlesiens zu fordern. Er hat darüber sogar mit dem britischen Botschafter Henderson gesprochen. Doch auch in diesem Fall entschloß er sich, auf die Rückgabe von Kattowitz in der Befürchtung zu verzichten, ein so bedeutender zusätzlicher Anspruch Deutschlands würde die

letzten Chancen zum Aushandeln einer Regelung mit Polen zunichte machen.

438

439

Hitlers Politik wurde eher von der politischen Situation Danzigs bestimmt als von dessen tatsächlicher Bedeutung. Die Schaffung einer autonomen Freien Stadt nach 1918 war eine ernste und ständige Bedrohung des Friedens. Die Bevölkerung Danzigs hatte ihre unerschütterliche Loyalität gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Prinzipien bewiesen und ein nationalsozialistisches Parlament gewählt, noch ehe das im Reich der Fall war. Der Verzicht auf Danzig wäre einer Schmähung dieses Gesinnungsbeweises gleichgekommen. Umgekehrt wäre es schlechterdings undenkbar gewesen, von den Polen einen Verzicht auf die politische Herrschaft in Danzig zu erwarten, wenn seine Bevölkerung aus loyalen Polen bestanden hätte, die das polnische OZON-Regime (Lager nationaler Einheit) stützten. Von den Polen ist niemals ein Opfer dieser Art verlangt worden. Die Lage der deutschen Minderheit in Polen war eine andere als die der deutschen Gemeinde in Danzig. Die Volksdeutschen in Polen hatten sich als loyale Bürger des polnischen Staates bekannt, obwohl man sie in Polen niemals als Gleichberechtigte behandelt hat. Viele Deutsche sind 1938 verhaftet worden, als sie es versäumten, mit der polnischen Fahne am Nationalfeiertag Polens zum Gedenken an den 11. November 1918 zu flaggen. Dieses Datum deckte sich zudem mit dem Jahrestag der deutschen Niederlage im 1. Weltkrieg. An diesem Tag wurden natürlich keine Polen in Haft genommen, wenn sie es versäumt hatten, mit ihren Landesfarben zu flaggen. Die Deutschen in Polen hatten sich trotzdem damit einverstanden erklärt, polnische Staatsbürger zu sein. Sie besaßen ihre eigenen

politischen Organisationen, waren aber im Gegensatz zu den Danzigern keine Nationalsozialisten. Hitler war bereit, auf sie zugunsten Polens zu verzichten, weil er Freundschaft mit den Polen wünschte und das Morden eines unnötigen Krieges verhindern wollte.

Es war allenthalben bekannt, daß Polen ständig seine Kontrollrechte in Danzig zu erweitern trachtete. Hitler widersetzte sich keiner der polnischen Wirtschaftsbestrebungen in Danzig, aber er war entschlossen, dort niemals die Errichtung eines polnischen Regimes zuzulassen. Zahlreiche Deutsche aus den Ostprovinzen haben später behauptet, sie hätten gegen Hitler revoltiert, wenn er ein Abkommen mit Polen entsprechend seinem Angebot vom Oktober 1938 geschlossen hätte. Eine derartige Revolte wäre allerdings unwahrscheinlich gewesen, denn man wäre ihr rücksichtslos entgegengetreten. Die Masse der Deutschen im Süden und Westen stand der Lage an der deutschen Ostgrenze größtenteils gleichgültig gegenüber. Danzig bildete eine Ausnahme, was sich auch in der ausgedehnten Publizität bemerkbar machte, die dieser Frage jahrelang in Deutschland gewidmet wurde. Die immerhin schwerwiegende Frage des deutschen Prestiges hätte gebieterisch die Aufmerksamkeit aller geweckt, wenn Hitler tatenlos zugesehen hätte, wie Danzig von seinem weit schwächeren Nachbarn Polen langsam abgewürgt wurde. Es war notwendig, diese

deutlich erkennbare Möglichkeit zu verhindern und Danzig zu schützen, indem man es zum Reich zurückholte. Hitler hatte niemals darauf bestanden, daß dieses sofort

geschehen müsse, aber er war unnachgiebig in seinem Entschluß, niemals auf Danzig zu verzichten. Das hatte vor allem in der Erkenntnis seinen Grund, daß die Preisgabe Danzigs den Bruch zwischen Deutschland und Polen eher erweitern, als freundschaftliche Beziehungen zur Folge haben würde.

Hitler war aus Gründen der hohen Politik gewillt, den Preis des Verzichts auf die vor 1939 an Polen verlorenen Gebiete zu bezahlen. Stets hat er ausdrücklich betont, es sei kindisch, den Versuch zu machen, jedes Gebiet wiederzugewinnen, das Deutschland oder die deutschen Österreicher nach dem 1. Weltkrieg abtreten mußten. Seine Haltung in der Tirol-Frage ist eines der einleuchtendsten Beispiele dieser Politik. Hitler begann seine politische Karriere in Bayern. Die Bayern und Österreicher stammen gleichsam von einem Zweig der deutschen Volksfamilie. Im 8. und 9. Jahrhundert haben bayrische Stämme das ganze österreichische Gebiet erschlossen. Über die Tirol-Regelung von 1919 waren die Bayern sehr erbittert, weil die Alliierten die Selbstbestimmung nicht zuließen. Hitler war der Ansicht, man solle zugunsten Italiens für immer auf Südtirol verzichten. In den zwanziger Jahren hat er diesen wenig populären Gedanken auch offen in seinen Reden zum Ausdruck gebracht. Er hat damit fraglos das anfängliche Wachstum der nationalsozialistischen Bewegung in Bayern behindert. Die Gegner des Nationalsozialismus haben sogar die weithin geglaubte Behauptung verbreitet, Hitler sei ein bezahlter Agent Mussolinis gewesen. Man machte geltend, daß sonst ein Mann, der sich als deutschen Nationalisten bezeichnete, niemals auf das herrliche Südtirol hätte verzichten können. Südtirol war die Heimat eines festgefügten Blocks lebenstüchtiger und freiheitliebender Deutscher, deren heldische Geschichte jedem Deutschen vertraut ist.

Hitler wußte, eine Verständigung mit Italien würde unmöglich sein, wenn die Deutschen von Mussolini erwarteten, er solle die strategisch wichtige Brennergrenze aufgeben. Ebenso wußte er, daß Italien der unmittelbare Nachbar Deutschlands werden würde, sobald eine Selbstbestimmung Rumpf-Österreich mit dem Deutschen Reich vereint hatte. So erkannte er klar die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Italien als bedeutenden Faktor für jede erfolgreiche Außenpolitik. Die fundamentale Klugheit dieser Einstellung konnte nicht bezweifelt werden. Doch ist nationales Empfinden schon oft das Hindernis einer realistischen Politik gewesen. Die Lage wurde noch durch das deutsche Ressentiment Italien gegenüber erschwert, weil es im 1. Weltkrieg aus dem Dreibund ausgeschert war, um gegen Österreich-Ungarn und Deutschland zu kämpfen. Hitler war sich darüber klar, daß eine proitalienische Politik starkem Widerstand in Deutschland begegnen würde. Er verschwendete daher

keine Zeit und bemühte sich, das deutsche Volk für die Annahme einer proitalienischen Politik zu gewinnen, obwohl er wußte, daß ihn das viele Wählerstimmen kosten werde.

Die Südtirol-Schwierigkeiten waren für Hitler mit der Bildung der Achse Berlin-Rom keineswegs beendet. Die Italiener unterschieden sich in ihren Entdeutschungsmaßnahmen gegen ihre deutsche Minderheit in keiner Weise von den Polen. Im Januar 1939 bestanden italienische Diplomaten in Berlin darauf, die gesamte deutsche Bevölkerung Südtirols aus ihrer angestammten Heimat zu vertreiben und sie zu zwingen, ihre Zuflucht im Reich zu suchen. Am 14. Januar 1939 wurde die Südtirol-Krise in einer Sondersitzung des

Auswärtigen Amtes erörtert. Es ist kaum überraschend, daß der deutsche Groll über die rücksichtslose Forderung Italiens recht erheblich war. Hitler war der Auffassung, man könne sich den Luxus solcher Gefühle nicht leisten und er wies Ribbentrop an, Italien mitzuteilen, Deutschland werde mit einem Umsiedlungsprogramm einverstanden sein, wenn man es langsam und schrittweise durchführe. Hitler wäre auch bereit gewesen, nach einem ähnlichen Programm mit den Polen zusammenzuarbeiten, hätten die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf einer festen Grundlage gestanden. Hitler billigte die Übertragung der deutschen Staatsangehörigkeit auf die vertriebenen Südtiroler, bevor sie ihre Heimat zum Treck nach Deutschland verließen.

Hitlers Zustimmung zu dem Exodus im Januar 1939 war nur eine Stufe in der Behandlung dieses Problems. Immer wieder mußte er eingreifen, um die deutsche Reaktion auf eine Reihe von heftigen Provokationen der Italiener zu dämpfen. Die Italiener wußten, daß Alexander Bene, der deutsche Generalkonsul in Bozen, gegen den Exodus-Plan war. Am 3. Mai 1939 behauptete der italienische Außenminister Ciano, Bene habe gesagt, Hitler werde Südtirol eines Tages befreien. Botschafter von Mackensen, der mit Bene eng befreundet war, wußte, daß diese Behauptung nicht zutraf. Bene hat stets getan, was er konnte, um die Südtiroler davon zu überzeugen, daß ihr Land unwiderruflich italienisch bleiben werde. Mackensen konnte sich gut denken, daß Ciano diese unverantwortliche Anschuldigung nur als bequemen Vorwand benutzte, um Benes Einfluß auf die Umsiedlungsfrage auszuschalten.

Es war Hitler unmöglich, die Ausbreitung des Nationalsozialismus unter den österreichischen Bewohnern Südtirols vor 1938 zu verhindern. Am 16. Juni 1939 ließ die italienische Regierung den Landesleiter der NSDAP in Bozen, Rudolf Kauffmann, verhaften. Als Vorwand diente,

Kauffmann habe für den Tagesausflug einer deutschen Turnergruppe keine Erlaubnis der italienischen Behörden eingeholt. Überdies behaupteten die Italiener, diese Wanderung stelle eine feindliche Demonstration gegen ihren Staat dar. Die Situation wurde noch durch englische Propagandisten in Südtirol erschwert, die in

schlechtem Deutsch gedruckte Handzettel verteilten, auf denen gegen Italien gehetzt wurde. Hitler erkannte, daß man unter diesen Umständen strenge Maßnahmen ergreifen müsse. Die Italiener ließen Kauffmann am 18. Juni 1939 frei. Er befahl Weizsäcker am 20. Juni 1939, Fühlung mit Rom aufzunehmen und die Ausstellung eines Ausreisevisums nach Berlin für Kauffmann zu veranlassen. Hitler gab bekannt, er beabsichtige Kauffmann wegen Nichtachtung italienischer Bestimmungen zu bestrafen. Kauffmann kam für zehn Wochen in ein Konzentrationslager und wurde erst Anfang September 1939 entlassen. Ciano äußerte am 23. Juni 1939 zu Mackensen, er freue sich, zu hören, daß Kauffmann von Hitler verhaftet worden sei. Dazu stellte er fest, dies sei eine gute Lehre für die Südtiroler, wie gefährlich es sei, sich Italien zu widersetzen.

Das Wesentliche in allen diesen Vorgängen war, daß Hitler die notwendige Autorität besaß, freundschaftliche Beziehungen mit benachbarten Staaten wie Italien und Polen trotz ernsthafter Reibungspunkte aufrechtzuerhalten. Das haben die Polen nicht genügend zu schätzen gewußt. Lipskis Befürchtungen, ein innenpolitischer Druck in Deutschland könne Hitler zwingen, seine Einstellung zu Polen zu ändern, erhellen das Problem. Diese Befürchtungen ließen den rücksichtslosen Willen Hitlers und auch seine

fanatische Treue außer acht, die seine Haltung gegenüber befreundeten ausländischen Mächten charakterisieren. Der deutsche Staatschef hätte bedenkenlos jede deutsche Opposition gegen seine Pläne zur Zusammenarbeit mit Polen zerschlagen. Ein aufschlußreiches Beispiel dafür war die Unterstützung der polnischen Annexion Oderbergs im Oktober 1938 gegen die Einwände Hermann Görings und der übrigen deutschen Führer. Schwanken und Unsicherheit, wie man es Kaiser Wilhelm II. und Präsident Hindenburg nachsagt, waren Hitler völlig fremd.

Hitler waren die Ostdeutschen und die Südtiroler keineswegs gleichgültig. Letztere waren für ihn als geborenen Österreicher immerhin Stammesgenossen. Auch war ihm bekannt, daß viele Deutsche aus Tirol und anderen Gegenden Österreichs im Laufe des Jahrhunderts nach Ostoberschlesien ausgewandert waren”. Er hielt es nicht für möglich, daß diese Deutschen eigensüchtig eine Politik begünstigten, an der Deutschland unter Umständen zugrundegehen könnte. Es war ihm aber auch klar, daß es zuviel von ihnen verlangt sei, die Probleme zu verstehen, mit denen er zu kämpfen hatte. Aus diesem Grunde hat er sie nicht nach ihren Wünschen gefragt, als er ihr Schicksal bestimmte. Eine Verständigung mit Polen war nach seinem Dafürhalten vollkommen unmöglich, wenn er die Rückkehr überwiegend deutscher, 1919 an Polen verlorener Gebiete verlangte (Westpreußen und Ostoberschlesien). Die polnische Freundschaft war nach seiner Auffassung für das Wohl des Deutschen Reiches eine Notwendigkeit und damit erübrigte sich jede weitere Diskussion.

442

443

Darum blieb Hitler auch angesichts der polnischen Provokationen in der Woche nach der Teilmobilisierung am 23. März 1939 ruhig. Ihm kam eine interessante Tischunterhaltung in Berlin am 24. März 1939 zwischen Graf Dembinski und Baron von Stengl zur Kenntnis. Dembinski war ein wohlhabender, in Berlin lebender Pole und enger Freund Joseph Becks. Er erzählte seinem Freunde Stengl, die polnische Teilmobilmachung habe ihn davon überzeugt, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Polen unvermeidlich sei. Frau und Kinder hatte er bereits nach Polen geschickt und bat nun Stengl, falls er auch abreisen müsse, auf sein Haus und sein Mobiliar zu achten. Nach Ansicht Dembinskis war die Haltung der polnischen Führung von der Tatsache bestimmt, daß die „Welt" gegenwärtig sehr antideutsch eingestellt sei. Stengl erfuhr, die Polen vertrauten darauf, daß sie sich auf die Unterstützung des Westens gegen Deutschland verlassen könnten. Auch warnte Dembinski ihn, die Polen könnten versuchen, Kapital aus dieser Situation zu schlagen und sehr bald einen Konflikt in Danzig zu provozieren.

Es wäre verständlich gewesen, wenn Hitler aus den vielen derartigen Berichten die Schlußfolgerung gezogen hätte, daß eine deutschpolnische Verständigung unmöglich sei. Das war nicht seine Art. Man hatte ihm auch im Juni 1934 nach seinen fruchtlosen Gesprächen mit Mussolini in Venedig gesagt, es bestehe keine Aussicht auf eine deutsch-italienische Verständigung, und schon damals hatte er sich geweigert, das zu glauben. Er blieb geduldig, und später gelang es ihm, die Freundschaft Mussolinis zu gewinnen. Nach seiner Ansicht mußte man auch mit Beck und den übrigen polnischen Führern Geduld haben, weil die Freundschaft Polens ein bedeutendes Ziel war. Genauso entschlossen war er, mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten Geduld zu üben, in der Hoffnung, daß die deutschen Beziehungen zu diesen beiden Mächten eines

Tages auf eine feste und befriedigende Grundlage gestellt werden könnten. Man hätte erwarten können, durch die von Halifax am 20. März 1939 begonnene Einkreisung wäre Hitler in seinen Hoffnungen auf ein dauerhaftes Abkommen zwischen England und Deutschland eines Besseren belehrt. Doch war das keineswegs der Fall. Große Ziele waren nach seiner Ansicht nicht mühelos zu erreichen, und darum weigerte er sich, die Lage als tragisch anzusehen. Hitler blieb bei der Hoffnung, ein Abkommen zwischen Beck und Halifax würde sich zerschlagen. Dann hätte Deutschland neue Möglichkeiten, seine Beziehungen zu beiden Mächten zu verbessern. Die Herausforderung Polens vom 23. bis 26. März 1939 veranlaßte Hitler keineswegs zur Revision seiner politischen Absichten.

443

444

14. KAPITEL: DER BRITISCHE BLANKOSCHECK FÜR POLEN

Englisch-französische Differenzen

AM 24. März 1939 verwarf der polnische Außenminister Joseph Beck den britischen Bündnisplan einer alliierten Front, in die auch die Sowjetunion einbezogen werden sollte. Halifax antwortete darauf eine Woche später mit dem Angebot einer einseitigen Garantie Englands für Polen. Das britische Empire erklärte damit sein Einverständnis, als Verbündeter Polens Krieg zu führen, falls sich die Polen für einen Krieg entschieden. Die britische Öffentlichkeit war über diesen Schritt einigermaßen erstaunt. Es ist verständlich, daß Hitler ebenfalls überrascht war. Sir Alexander Cadogan gestand dem amerikanischen Botschafter Kennedy am 31. März 1939, Großbritannien habe zum ersten Mal in seiner Geschichte die Entscheidung über das Ja oder Nein zum Kämpfen außerhalb seines Landes einer anderen Macht überlassen. Professor F. J. C. Hearnshaw, ein großer Bewunderer Halifax‘ und seiner politischen Fähigkeiten, hoffte, die britische Öffentlichkeit werde glauben, daß außergewöhnliche Umstände diesen Schritt rechtfertigten. In seinem Artikel „Der einzige Weg zur Sicherheit“ behauptete er: „Niemals seit dem Ausgang des Mittelalters sind der Frieden der Welt, die Herrschaft des Rechts und die echte menschliche Freiheit so furchtbar

bedroht worden wie jetzt.” Das traf zweifellos zu, nur übersah Hearnshaw, daß die tatsächliche Bedrohung Halifax und seine Politik waren, die Europa der sowjetischen Gefahr aussetzten. Er meinte, die ungewöhnliche Außenpolitik Englands mit seinem Hinweis auf das Mittelalter und die Zeit vor der Herrschaft der Königin Elisabeth I. entschuldigen zu können. Aber es waren wohl kaum solche oberflächlichen Argumente als vielmehr die von Halifax bewußt entfachte blinde Kriegsleidenschaft, die die englische Führungsschicht und Öffentlichkeit veranlaßte, alle von Halifax gutgeheißenen Schritte für notwendig zu halten.

Halifax’ Garantie-Plan für Polen stellte eine ernsthafte Gefährdung des

444

445

englisch-französischen Einvernehmens dar. Denn Frankreichs Beziehungen zu Polen waren ausgesprochen schlecht. Zwar hatte der französische Außenminister Bonnet am 23. März 1939 seine Zustimmung zur Mitarbeit an der Bildung einer alliierten Front einschließlich der Sowjetunion in dem Glauben gegeben, daß ihr Gelingen einen übermächtigen Staatenbund schaffen würde, der den Frieden erhalten könnte. Doch wirkte er nicht deshalb an diesem Plan mit, weil er den Krieg wünschte. Natürlich setzte England mit seiner einseitigen Polen-Garantie die Einbeziehung Sowjet-Rußlands in die Allianz aufs Spiel. Bonnet lehnte es daher ab, den Briten nachzueifern und den Polen einen Blankoscheck anzubieten. Ein englisch-französisch-polnischer Krieg gegen Hitler war nicht nach seinem Sinn.

Lukasiewicz hatte Bonnet vor der polnischen Teilmobilisierung am 23. März 1939 mitgeteilt, Beck sei Halifax’ prosowjetischem Allianzprojekt abgeneigt. Bonnet hielt nichts von dieser Einstellung und erklärte Lukasiewicz, daß er selbst für den Halifax-Plan eintrete. Er hielt dem polnischen Botschafter vor, Frankreich habe sich jahrelang bemüht, Großbritannien mit dem französisch-sowjetischen Bündnis zu versöhnen. Halifax’ Rede im Oberhaus am 20. März 1939 sei vom diplomatischen Standpunkt aus bedeutender gewesen als alles, was Chamberlain in Birmingham gesagt habe. In dieser Rede hatte Halifax seinen Allianzplan dargelegt und erläutert.

Bonnet in London

Am 21. März 1939 begleitete Bonnet den französischen Staatspräsidenten Albert Lebrun zu einem Besuch nach England. Der Zweck dieses Besuchs war die Erörterung der französischen Stellungnahme zur englischen Einkreisungspolitik. Der rumänische Gesandte in Paris hatte am 18. März 1939 erklärt, die Behauptungen Tileas in London über die deutschen Forderungen entbehrten jeder Grundlage, und Bonnet hatte kurz darauf den Fall von seiten französischer Diplomaten in Rumänien als Betrug bestätigt bekommen. Das hielt Daladier und Bonnet aber nicht davon ab, sich positiv zu dem britischen Plan einer Rumänien-Garantie zu stellen. Sie hofften, Rumänien könne als Brücke zwischen Großbritannien und der Sowjetunion dienen.

Staatspräsident Lebrun und Bonnet nahmen am 22. März 1939 abends an einem Bankett in der Londoner Guildhall teil. Bonnet stellte zu seinem Erstaunen fest, daß Chamberlain immer noch an der Echtheit der Tileageschichte und damit an der Wahrheit einer direkten deutschen Drohung gegen Rumänien festhielt. Auch überraschte ihn das Ausmaß der Erregung, die Halifax in der

führenden Schicht Großbritanniens hervorzurufen verstanden hatte. Die Frau eines englischen Beamten erzählte Bonnet leidenschaftlich bewegt, sie habe viele Kinder und liebe sie zärtlich, aber lieber sähe sie alle sterben, als

445

446

Europa von Hitler beherrscht zu wissen. Für Bonnet gab es keinen Zweifel: der kriegerische Geist, der für die englische Oberschicht seit Jahrhunderten kennzeichnend ist, war wieder einmal mit Erfolg erweckt worden.

Am 23. März 1939 fanden dann wichtige Konferenzen der britischen und französischen Führer in Windsor statt. Bonnet bestätigte Halifax’ Sorge, daß die Polen seinen prosowjetischen Allianzplan wohl nicht annähmen. Halifax sprach ferner über die Möglichkeit einer separaten englisch-französischen Garantie für Rumänien und Polen, falls Beck das Allianzangebot offiziell ablehnen sollte. Bonnet zeigte sich bei der Erörterung dieser Fragen sehr aufgeschlossen und vermied es sorgfältig, seine Gastgeber vor den Kopf zu stoßen. Ihm waren die Versuche früherer englischer Kabinette, französische Regierungen durch Hintertreppen-Intrigen zu stürzen, sobald diese ihnen in Kriegssituationen nicht zusagten, nur allzu bekannt. Er hoffte, daß es ihm und Daladier möglich sein werde, jedes heikle Problem zu meiden. Die englischen Führer waren von Bonnets Verhalten in Windsor sehr angetan und versicherten Lebrun, es sei wünschenswert, Daladier und Bonnet im Amt zu belassen. Bonnet verließ die Konferenz mit der klaren Überzeugung, daß der Schlüssel zu dem kürzlichen Wechsel der britischen Außenpolitik in dem Fortschritt der britischen Flugzeugproduktion zu suchen sei.

Französisch-polnische Differenzen

Lukasiewicz suchte Daladier in Paris am 23. März 1939 auf, um die allgemeine Lage zu erörtern. Der Botschafter beklagte sich, Beck zeige keine Begeisterung für die englisch-französische InterventionsPolitik Rumänien gegenüber. Er sehe die Wichtigkeit einer Rumänien-Garantie nicht ein, wenn es zwischen diesem und Deutschland keine Probleme gebe. In grober Form erklärte er Daladier, das Interesse Frankreichs an Rumänien erwecke in ihm Zweifel an der Aufrichtigkeit der französischen Politik in Osteuropa. Lukasiewicz hatte fälschlich den Eindruck gewonnen, Rumänien werde eine territoriale Garantie ohne Polens Mitwirkung garnicht annehmen, und dementsprechend meinte er zu Daladier, Polen werde Rumänien niemals eine solche Garantie anbieten. Die Rumänen hatten durch die Friedensverträge von 1919 ungewöhnlich viel gewonnen und herrschten über große Minoritätengruppen von Ungarn, Bulgaren, Ukrainern, Deutschen, Serben und Türken. Eine territoriale Garantie vom Einverständnis der Polen abhängig zu machen, lag nicht in ihrer Absicht. Sie waren bereit, sich die Unantastbarkeit ihres Landes von jedem außer von der Sowjetunion garantieren zu lassen.

Daladier gab Lukasiewicz zu verstehen, er habe volles Verständnis für den polnischen Standpunkt, müsse aber bezweifeln, ob Polen den Standpunkt Großbritanniens und Frankreichs begreife. Er informierte Lukasiewicz, Hali-

446

447

fax suche eine lückenlose Sperre um Deutschland zu legen und die deutsche Expansion überall zu blockieren, nicht nur in Richtung Polen. Er hoffe, damit allen etwaigen Schritten

Deutschlands zuvorzukommen ohne Rücksicht darauf, wie abwegig einige von ihnen erscheinen könnten.

Lukasiewicz blieb von Daladiers Darlegungen der Halifaxschen Politik unbeeindruckt. Ihm kam es so vor, als stehe hinter den Bemerkungen des französischen Premiers keine feste Überzeugung, und so meinte er zu Daladier, Halifax’ Rumänien-Angebot verrate einen Mangel an gesundem Menschenverstand. Lukasiewicz befürchtete, die Westmächte würden der Versuchung nicht widerstehen können, Absprachen auf Kosten Polens zu treffen. Vor allem verdiene Halifax’ Vorschlag eines Bündnisses mit der Sowjetunion schärfste Mißbilligung und werde auch von Polen verurteilt. Frankreich sei ja nicht verpflichtet, Polen in Danzig zu unterstützen. Er glaubte, ihn damit zugunsten eines solchen Beistands für Polen in diesem Bereich beeinflußt zu haben. Der französische Premier war dagegen seinerseits von der Haltung des polnischen Botschafters sehr unangenehm berührt.

Der amerikanische Botschafter Bullitt bemühte sich nach Kräften, die polnische Stellung in Paris zu stärken. Lukasiewicz teilte Bullitt am 24. März 1939 mit, Polen werde den prosowjetischen Allianzplan ablehnen und auf ein zweiseitiges Bündnis mit Großbritannien drängen. Bullitt versicherte ihm, die Briten würden einem solchen Bündnis zustimmen. Der polnische Botschafter gestand, er traue den Briten nicht und hob hervor, die zynischen englischen Führer seien durchaus fähig, Polen in eine unhaltbare Lage zu bringen und es dann im Stich zu lassen. Es war ihm bekannt, daß Bullitt bis zu einem gewissen Grade die gleiche Haltung einnahm. Er berief sich dabei auf das britische Verhalten, als die Tschechei 1938 aufgeteilt wurde. Wie er sah, konnte Großbritannien Polen seinen Beistand anbieten und dann darauf bestehen, daß es Zugeständnisse an Deutschland mache. Er wußte, daß die britischen Führer

bis vor kurzem noch für polnische Zugeständnisse an Deutschland eingetreten waren und war nicht sicher, ob sie ihre Haltung geändert hätten.

Bullitt trug viele Argumente vor, um den polnischen Botschafter zu beruhigen. Er machte ihm klar, daß er Becks Standpunkt in der Allianzfrage in jeder Hinsicht zustimme und die Bildung einer festgefügten englisch-französisch-polnischen Front ohne die Sowjetunion als das Beste erachte, was überhaupt geschehen könne. Dabei wies er darauf hin, daß es Halifax nicht allzu ernst mit seinem Viermächtepakt sei, denn im wesentlichen solle er eine Geste zur Steigerung des britischen Ansehens und zur Beschwichtigung der Franzosen sein. Schließlich äußerte er, die britischen Führer hofften, es werde Krieg zwischen Deutschland und Rußland geben, doch hätten sie kein Interesse daran, sich der Sowjetunion gegenüber festzulegen.

447

448

Bullitt erklärte am 25. März 1939 Lukasiewicz, er habe seinen Botschafterkollegen Kennedy in London angewiesen, Chamberlain mitzuteilen, die Vereinigten Staaten hätten volles Verständnis für den polnischen Standpunkt zu der Allianzfrage. Bullitt nahm mit Kennedy am 26. März noch einmal Fühlung auf. Letzterer sollte Chamberlain davon unterrichten, die Vereinigten Staaten wünschten, daß Großbritannien Krieg gegen Deutschland führe, wenn der Streit um Danzig sich zu einer Explosion zwischen Deutschland und Polen entwickele. Bullitt bedeutete dann dem polnischen Botschafter, er selbst vertraue auf eine günstige britische Antwort zu diesen Vorschlägen. Genaugenommen spielte Bullitt die Rolle des Narren, der

sich einbildete, dem Zauberer zeigen zu können, wie er seine Tricks zu machen hätte. Er kam sich in dieser Rolle ebenso großartig wie wichtig vor. In der gleichen Zeit war es Halifax alles andere als unangenehm, zu wissen, daß das offizielle Amerika bedingungslos hinter seiner Kriegspolitik stand. Lukasiewicz teilte Bullitt am 26. März 1939 mit, Lipski werde noch am gleichen Tag die deutschen Vorschläge in Berlin ablehnen. Dabei pries er Bullitt als „einen unermüdlichen Freund, der unsere Situation an vielen schwierigen Punkten nachhaltig und nutzbringend erleichtert hat“.

Becks Angebot an England

Mit sehr viel Takt begann der polnische Botschafter Raczynski seine Unterredung mit Halifax am 24. März 1939. Er „fürchte, was er zu überbringen habe, .. . werde eine bereits komplizierte Lage noch weiter komplizieren“, aber er habe die Weisung, das Angebot einer Viererallianz abzulehnen und zu sagen, daß, von polnischer Warte aus gesehen, ein Pakt mit der Sowjetunion „eine Katastrophe heraufbeschwören“ könne. Er trug Becks Argument vor, der Einschluß der Sowjetunion in ein Bündnissystem werde den Frieden ungebührlich bedrohen. Er sei jedoch ermächtigt, ein englisch-polnisches Bündnis in Vorschlag zu bringen. Aus vorhergehenden Gesprächen mit den Polen war es Halifax bekannt, daß Polen den militärischen Beistand Englands wünsche, wenn „sich die Danzigfrage zu einer Bedrohung der Unabhängigkeit Polens entwickeln sollte“.

Halifax gab sofort zu, er sei an dem polnischen Vorschlag interessiert. In seiner grenzenlosen Scheinheiligkeit bedeutete er seinem Besucher, er habe nichts dagegen, wenn Polen und Deutschland mit Erfolg über die Danzigfrage verhandeln würden. Daß er es als notwendig erachtete, diesen letzten Punkt vorzubringen, beweist seine

routinierte Taktik als Diplomat. Die Polen sollten keineswegs den Eindruck gewinnen, als stoße er sie in den Krieg hinein.

Kennard sandte am 25. März 1939 einen frohlockenden Bericht aus Warschau. Mit beträchtlicher Übertreibung erklärte er darin, es stünden bereits

448

449

750.000 Polen unter Waffen. Doch gab er zu, viele ausländische Diplomaten in Warschau glaubten, Polen sei darauf aus, einen Krieg zu provozieren. Auch drückte er seine Hoffnung aus, man könne in einem kommenden Krieg möglicherweise Deutschland zum Aggressor stempeln, und er versicherte Halifax, er glaube es nicht, daß „die polnische Regierung vorhat, einen Kriegsgrund mit Deutschland herbeizuzwingen“. Er leugnete es nicht, daß die polnische Teilmobilisierung eine ernste Krisenstimmung herbeigeführt habe.

Halifax saß gerade über seiner Antwort auf das polnische Bündnisangebot, als die Polen am 26. März 1939 den Deutschen mit Krieg drohten, falls der Danzigvorschlag nicht fallengelassen werde. Beck unterrichtete weder England noch Frankreich direkt über das, was er hinsichtlich der Deutschen unternahm. Doch braucht es nicht zu überraschen, daß Halifax fast unmittelbar danach von der polnischen Ablehnung des deutschen Angebots erfuhr. Die näheren Einzelheiten wurden in Berichten bestätigt, und zwar aus Quellen, die von Paris bis Danzig reichten. Die französische Botschaft in Berlin hatte erfahren, daß polnische Kreise, in denen man für die Abtretung Danzigs an Deutschland eintrat, von Becks Vorgehen enttäuscht seien. Schon am 27. März 1939 befaßte sich die westliche Presse

sehr ausführlich mit der Zusammenkunft zwischen Lipski und Ribbentrop, wobei die Betonung auf der Weigerung Polens lag, die deutschen Bedingungen anzunehmen. Halifax wurde zwar, während er über das polnische Bündnisangebot entschied, von Beck nicht offiziell unterrichtet, doch wußte er sehr genau, daß Beck Hitler den Fehdehandschuh hingeworfen hatte.

Der französische Botschafter Noël in Warschau war von dem aufflammenden Patriotismus der Polen, der auf die Teilmobilisierung folgte, stark beeindruckt, aber er hatte ernste Bedenken, die Unterstützung aus dem Westen könnte ihre sprichwörtliche Waghälsigkeit gefährlich steigern. Über den unwahrscheinlichen Optimismus der polnischen Militärs war er einfach entsetzt. Nach seiner Ansicht war es Frankreichs Aufgabe, den Polen dringend nahezulegen, verständig zu sein, anstatt sie aufzustacheln. Viel Vertrauen zur Wirkung der französischen Zügel hatte er allerdings nicht. Er fand, man müsse den Polen klarmachen, daß Frankreich auf einen Kampf mit Deutschland nicht vorbereitet sei. Auch mußten seiner Ansicht nach die französischen Militärs vernünftig mit den polnischen Befehlshabern reden, und er hoffte, Frankreich werde eine Möglichkeit finden, Polen bei der Beseitigung seiner sichtlichen militärischen Mängel behilflich zu sein.

Halifax’ Entscheidung

Halifax trat am 27. März 1939 vor seine Diplomaten mit der endgültigen Entscheidung, Polen vor Rußland den Vorrang zu geben. Es war ihnen be-

449

450

kannt, daß von den Russen am 22. März 1939 ihre Teilnahme an einer alliierten Front ausdrücklich von der Zusage Polens abhängig gemacht worden war. Die Polen hatten am 24. März 1939 ihr Nein gesprochen, womit sich das britische Allianzangebot vom 20. März 1939 erledigte. Halifax kabelte Kennard am 27. März, die Polen hätten in der Frage der Russen gewonnen. Überdies teilte er Kennard mit, die Polen hätten sich „aus Gründen, welche ich zu schätzen weiß", geweigert, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Er kam zu dem Schluß, es werde sich später wohl eine Möglichkeit ergeben, an die Sowjetunion mit einem neuen Bündnisangebot heranzutreten.

Halifax hatte eine epochale Entscheidung gefällt. Nun trieb ihn die Ungeduld, seinen neuen Kurs offen herauszustellen. Er wollte nicht bis zur Ankunft Becks am 3. April 1939 in London mit der öffentlichen Bekanntgabe warten, daß England eine Verpflichtung gegenüber Polen übernommen habe. Am 30. März 1939 kabelte er Kennard, am folgenden Tag werde im britischen Unterhaüs eine Garantie an Polen bekanntgegeben. Diese Garantie werde auch ohne feste Zusagen von polnischer Seite bindend sein. Dabei versuchte er, Präsident Roosevelt für seine außergewöhnliche Ungeduld verantwortlich zu machen. Etwas ironisch teilte er Kennard mit, die amerikanische Botschaft habe ihn mit Behauptungen bombardiert, Ribbentrop dränge Hitler, in Polen einzumarschieren, bevor die Briten sich in irgendeiner Form festgelegt hätten. Das war ein allzu durchsichtiger Vorwand, um eine tollkühne Politik als vernünftig zu erklären. Zwar traf es zu, daß Bullitt in Paris für sofortiges Handeln der Briten eintrat; die amerikanischen Diplomaten in Berlin hingegen hofften, Großbritannien werde vorsichtig und zurückhaltend vorgehen. Der amerikanische Geschäftsträger Geist deutete aus Berlin an, Großbritannien täte klug daran, der deutschen Expansion nach Osten keine Hindernisse entgegenzusetzen. Niemand hätte eine

übereilte Garantie Englands an Polen deutlicher bedauern können.

Sorgfältig vermied Halifax den Eindruck, daß er an die Geschichten von Ribbentrops angeblichen Aggressionsabsichten glaube. Dagegen wiederholte er das alte Argument, Präsident Roosevelt und die Vereinigten Staaten würden Großbritannien die Feindschaft ansagen, falls es gegen Deutschland keinen Krieg führte. Die ständige Wiederholung dieses Themas durch Bullitt in Paris tat Halifax zweifellos gute Dienste. Auf diese Weise konnte er die Verantwortung für sein Vorgehen auf die Vereinigten Staaten abwälzen, obwohl Roosevelt in Wirklichkeit gar nicht in der Lage war, in diesem Stadium handelnd in Europa einzugreifen. Die offizielle Stellung Amerikas wurde von dem Neutralitätsgesetz aus der Zeit 1935—1937 bestimmt und es ist unmöglich, ohne Rücksicht auf die Haltung Roosevelts die Vereinigten Staaten für die Halifax'schen Unternehmungen verantwortlich zu machen. Halifax' Entschei-

dung, eine Vorausgarantie zu gewähren, machte Hitlers Hoffnungen zunichte, daß die persönlichen Verhandlungen Becks mit Halifax in Meinungsverschiedenheiten enden würden. Als Beck nach London kam, bestanden tatsächlich Reibungen zwischen den beiden Männern. Ihre Verhandlung hätte ohne die vorsorgliche britische Garantie mit einem Fehlschlag enden können.

Halifax teilte Kennard seinen Entschluß mit, sein Versprechen an Polen nicht nur auf Fälle unprovozierter Aggression zu beschränken. Dazu erklärte er, die deutsche

Politik sei „so wechselhaft” und „so heimtückisch”, daß Großbritannien Polen vielleicht auch unter anderen Umständen zu Hilfe kommen müßte. Er habe sich deshalb entschieden, die Frage des Aggressors zu ignorieren. Er wünsche nicht, daß Großbritannien neutral bleibe, wenn die Polen Deutschland zum Kriege zwängen.

Kennard traf am 30. März mit Botschafter Noël im Palais Brühl zusammen, in dem das polnische Außenministerium residierte. Der britische Botschafter hielt das am gleichen Tage eingetroffene historische Telegramm in seinen Händen, in dem Polen eine einseitige britische Garantie angekündigt wurde. Er teilte Noël mit, die britischen Führer hätten Präsident Moscicki und Marschall Rydz-Smigly telefonisch von diesem Vorhaben unterrichtet. Die führenden Persönlichkeiten Polens hätten ihre Zustimmung erteilt. Kennard konferierte mit Beck, der sich ebenfalls einverstanden erklärte, die britische Garantie anzunehmen. Beck und Kennard kamen überein, am folgenden Tag eine Bekanntmachung zu veröffentlichen, um die Welt von dem großen Wechsel in Europa in Kenntnis zu setzen. Noël hielt sich mit Recht für den Zeugen eines großen geschichtlichen Augenblicks und begrüßte ihn mit dem klassischen Wort: „Die Würfel sind gefallen.”

Beck nimmt die britische Garantie an

Die Entscheidung Polens, die Garantie anzunehmen, war die natürliche Auswirkung der englisch-polnischen Verhandlungen, die mit der Unterredung zwischen Alfred Duff Cooper und Beck im August auf der Halbinsel Hela ihren Anfang genommen hatten. Diese Gespräche fanden länger als zwei Monate vor den deutsch-polnischen Verhandlungen statt und haben diese schließlich vollkommen in den Schatten gestellt. Beck zog ein Kriegsbündnis mit Großbritannien einer friedlichen

Verständigung mit Deutschland vor. Waclaw Jedrzejewicz, ein glühender Anhänger Becks und Bruder eines ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten, bemühte sich, der polnischen Entscheidung ein möglichst hohes moralisches Niveau zu geben. Er erklärte: „Als wir unsere Wahl zwischen dem Eintritt in den deutschen Bereich und dem loyalen Verbleiben in der Gruppe des Westens getroffen hatten, wurde Polen gewiß nicht von kalter Berechnung getrieben, sondern eher von der historischen Tradition

451

452

vieler Jahrhunderte und dem Gefühl für enge geistige Verwandtschaft mit dem Westen.“ Die Wahl Polens hatte jedoch das Ergebnis, daß es mit Sicherheit und auf die Dauer in die östliche Welt der Sowjetunion eingereiht wurde.

Jedrzejewicz erklärte ferner: „Die Zeit ist vorbei, daß die Halbinsel Europa einer Überflutung aus dem eurasischen Kontinent Einhalt gebieten kann. Nach dieser Theorie ist ein Kräftegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent nicht dadurch herstellbar, daß man entweder Deutschland oder Rußland die Kontrolle des Torwegs zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer überläßt. Eine Herrschaft über diese Gebiete führt nicht nur in Versuchung, sondern schließlich auch zur Beherrschung Europas und der Welt.” Mit seiner Weigerung, Danzig nach Deutschland zurückkehren zu lassen, traf Polen eine Wahl, welche dazu beitrug, diesen ganzen sogenannten Torweg unter die Kontrolle der Sowjetunion zu bringen.

Jedrzejewiczs sonderbares Kompendium von Gedanken zur polnischen Geopolitik und Chamberlains Birmingham-Rede erklären indessen in unzureichendem Maße die wahren

Beweggründe der polnischen Politik. Sie reflektierten lediglich die Gedanken, welche Beck und andere ihrem Volk vorsetzten, um ihre Handlungsweise im März 1939 und danach zu rechtfertigen. Recht belustigend ist die in dieser Periode ständig wiederholte Behauptung der Polen, daß Deutschland so wenig wie Rußland im Grunde europäische Nationen seien. Ebensogut könnte man behaupten, die Vereinigten Staaten seien im Gegensatz zu Kanada oder Mexiko im Grunde keine amerikanische Nation. Jedrzejewicz wies darauf hin, Deutschland sei ein Gebiet mit eurasischen Volkskräften, die Europa überfluten könnten. Diese Darstellung trifft wohl für die Sowjetunion zu, ist aber im Hinblick auf Deutschland völlig abwegig. Hinzukommt der gewagte Vergleich riesiger Landstrecken zwischen Ostsee und Schwarzem Meer mit einem Tor. Wenn das zuträfe, wäre es wohl weniger schwierig gewesen, die spätere Eroberung des größten Teils von Europa durch die Bolschewisten zu verhindern. In ihrer kürzesten Ausdehnung erstreckt sich nämlich diese Landmasse in der Luftlinie zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer über nicht weniger als 1200 km. Aus keinem anderen Grunde waren Länder wie Polen im Westen der Sowjetunion auch bei einer russischen Invasion so besonders verwundbar. Henryk Baginski, einer der führenden polnischen Geopolitiker und Fürsprecher des Pilsudskischen Föderationsprogramms, behauptete sogar: „Polen bildet einen Isthmus zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer.“ Diese und ähnliche Ausführungen verhalfen Baginski zu einer besonderen Abbildung in der damaligen Ausgabe des polnischen ‚Who‘s Who?“. Man kann derartige polnische Ansichten nur als politische Phantasien bezeichnen.

Das polnische Territorium erstreckte sich 1939 in Richtung Ostsee über sehr

viele historisch-ethnisch nichtpolnische Landstriche. Der dem Schwarzen Meer am nächsten liegende Punkt Polens reichte tief in ukrainisches Volksgebiet hinein und lag 400 km von der Küste entfernt. Beck hatte Ribbentrop gestanden, Polen hoffe, einmal wieder nach Kiew zu gelangen und das Schwarze Meer zu erreichen. Offenbar gab es in Polen auch viele Regungen zugunsten einer Expansion längs der Ostsee auf Kosten Deutschlands. Polen begrüßte die britische Unterstützung gegen Deutschland als Teil seines ebenso grandiosen wie aggressiven Ausdehnungsplans auf Kosten Deutschlands und Rußlands. Dieses Programm wurde als ein Gewinn für die europäische Kultur hingestellt, weil es angeblich das Wirken des Kräfteausgleichs verbessern würde. Schon 1844 hatte die Democratic Review in den Vereinigten Staaten die Kräfteausgleichstheorie für die westliche Hemisphäre als ungeeignet verworfen. Das polnische Programm diente unabsichtlich eher den Interessen der bolschewistischen Expansion als dem Gleichgewicht der Kräfte. Für Europa war sein Wert in jedem Fall außerordentlich zweifelhaft. Die Erfüllung dieses Programms hat ein Meer von Blut und das Opfer von Billionenwerten an Geld und Besitz gefordert. Man darf sich deshalb sehr wohl fragen, wie ein solches Programm gerechtfertigt werden sollte.

Englands Parteien billigen die Garantie

Halifax hatte kaum Schwierigkeiten, die Konservativen, Liberalen und Labourmitglieder zur Annahme der am 31. März 1939 im Unterhaus bekanntgegebenen einseitigen Polen-Garantie zu bewegen. Sein Freund Geoffrey Dawson, Chefredakteur der Londoner Times, bezeichnete die Garantie als „ein sehr umsichtiges Dokument”. Die Labourmitglieder frohlockten, weil Halifax eine Kriegspolitik

verfolge, und gerieten über den unerwarteten Plan eines Blankoschecks an Polen völlig aus dem Häuschen. Bereits nach der Birmingham-Rede am 17. März 1939 hatten die Labourführer Chamberlain zu seinem im September 1938 von ihnen befürworteten Kurs der kollektiven Sicherheit gratuliert. Chamberlain hatte damals an seiner früheren Politik festgehalten, was sie mit gutmütigem Spott quittierten. Er kam vor allem ihrem maßlosen Hitler-Haß entgegen, indem er Hitler als „verrückten Hund“ bezeichnete.

Die Labourführer waren in der Hauptsache an einem englisch-russischen Bündnis interessiert. Wollten sie doch aufrichtig das Programm der Sowjetunion unterstützen. Infolge des Halifaxschen prosowjetischen Allianzangebots vom 20. März 1939 waren sie zu der Überzeugung gelangt, daß sich die britische Führung um ein solches Bündnis bemühe. Man hatte sie über die Ablehnung durch die Polen vom 24. März 1939 nicht informiert, und der polnische Botschafter Raczynski hatte sie so geschickt irregeführt, daß sie mit einer Annahme seitens der Polen rechnen mußten. Der Exekutivausschuß der Labour-

Party erfuhr den wahren Sachverhalt erst wenige Stunden vor Bekanntgabe der Garantie im Unterhaus. Sie waren sehr betroffen, daß die Sowjetunion in dieser Vereinbarung fehlte, aber man ließ ihnen keine Zeit, darüber nachzudenken oder in die Opposition zu gehen. Mit einer Reihe von Einwänden allgemeiner Art versuchten sie den Plan anzufechten, doch gab ihn Chamberlain unbeirrt am 31. März nachmittags um 3 Uhr vor dem Unterhaus bekannt.

Die Labourführer hatten keine Ahnung davon, daß die Garantie bereits seit dem 30. März 1939 in Kraft war, ohne daß sie von ihr erfahren hatten. Wohl war ihnen bekannt, daß der Sowjetbotschafter Maisky gesagt hatte, die Sowjetunion könne den Plan nicht billigen. Maisky beklagte sich, man habe ihm keine Zeit gelassen, sich vor der Bekanntmachung der Garantie mit seiner Regierung zu beraten. Am Ende hatten die Labourführer zwar schwere Bedenken gegen Halifax’ Vorgehen, doch erklärten sie sich bereit, es in den Unterhausdebatten am 3. April 1939 zu unterstützen. Halifax hatte das Überraschungsmoment genutzt und konnte so die Labourführer überrumpeln. Als sie sich später über sein Verhalten der Sowjetunion gegenüber beklagten, hielt man ihnen entgegen, sie und auch die Liberalen hätten ja die einseitige Garantie an Polen gebilligt. Überhaupt keine Schwierigkeiten hatte Halifax, die Zustimmung der Konservativen zu erlangen, obwohl die Torheit des Unterfangens von einigen prominenten Tories insgeheim sehr beklagt wurde.

Die Beamten des britischen Außenministeriums wußten sehr wohl, daß es unmöglich sei, die Garantie an Polen mit den Regeln strenger Logik zu erklären. William Strang, Leiter der Zentralabteilung Deutschland im Foreign Office, gab zu, daß die allgemeinen Beweisgründe gegen einen Krieg für das Jahr 1939 noch genau so gültig seien wie für 1938. Nach seiner Ansicht war es unmöglich zu behaupten, Polen sei eher einen europäischen Krieg wert als die Tschechoslowakei. Er erklärte die Situation mit der Bemerkung, 1939 hätten sich gute Argumente weder für die eine noch die andere Seite auswirken können, weil „unser Volk sich entschlossen hatte”. Diese Erklärung verwechselte Ursache und Wirkung. Die britische Öffentlichkeit hatte die Erhaltung des Friedens 1938 in München begrüßt. Man war am 15. März 1939 alles andere als in Kriegsstimmung, obwohl der Widerstand gegen eine auf Krieg gerichtete

Politik während der vergangenen fünf Monate durch den ständigen Strom der Kriegspropaganda mehr und mehr unterhöhlt worden war.

Der entscheidende Faktor, der einen Teil der englischen Bevölkerung zu der Überzeugung brachte, sich selbst entschieden zu haben, war Halifax‘ listenreiche Kunst der Massentäuschung. Er hatte sie hinsichtlich der britischen Politik gegenüber der Tschechei nach München belogen, er hatte sie auch im Fall Rumänien belogen. Englands Öffentlichkeit war nur mit Hilfe dieser offenkundigen Lügen in eine kriegerische Stimmung versetzt worden. Mit die-

sen Mitteln hat Halifax ihr eine Politik eingeredet, die als gefährlich und ernsthafterweise als bar jeder Logik bezeichnet werden muß. Thomas Jones sprach die Wahrheit, als er erklärte: „Die Erklärung über Polen hat fast allgemein Befriedigung ausgelöst.” Diese Erklärung beweist in betrüblicher Weise, wie leicht heute ein Volk von seinen Führern betrogen werden kann.

Chamberlains Erklärung

Sir Samuel Hoare hat später viel Energie für den vergeblichen Versuch aufgewendet klarzumachen, daß Großbritannien keineswegs seine außenpolitische Initiative an Polen abgetreten habe. Zwar gab er zu, die Polen hätten das Recht, zu bestimmen, was nach ihrem Dafürhalten eine Bedrohung ihrer Unabhängigkeit darstelle. Trotzdem würden sie es den Briten gestatten, ihnen bei der Definition dieser Bedrohung behilflich zu sein. Das war eine wirklichkeitsfremde Vermutung; sollten doch die folgenden Ereignisse zeigen, daß die polnischen Führer eine

Einmischung dieser Art von seiten der Briten übelnahmen. Sie waren sicherlich auch keineswegs dazu verpflichtet, sie hinzunehmen. Denn folgende Erklärung wurde am 31. März 1939 im Unterhaus von Premierminister Chamberlain über die Garantie abgegeben:

„Um den Standpunkt Seiner Majestät Regierung für die Zeit, bis die Beratungen (mit anderen Regierungen) abgeschlossen sind, völlig klarzumachen, habe ich dem Haus jetzt mitzuteilen, falls während dieser Periode die polnische Unabhängigkeit durch irgendeine Aktion eindeutig in Gefahr gerate und die polnische Regierung es als lebenswichtig erachte, mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, so würde sich die Regierung seiner Majestät sofort verpflichtet sehen, der polnischen Regierung alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren. Sie hat darum der polnischen Regierung eine entsprechende Zusicherung gegeben.”

Der Text der Chamberlain-Rede wurde um 3 Uhr 58 nachmittags am gleichen Tag vom Londoner Kurzwellensender auf den Kontinent ausgestrahlt. Als der belgische Gesandte in Deutschland, Vicomte Jacques Davignon, den Wortlaut der britischen Verpflichtung an Polen erhielt, rief er aus, „Blanko-Scheck“ sei die einzig mögliche Kennzeichnung für dieses Versprechen Englands. Davignon war auf das äußerste alarmiert und in Sorge, der englische Schritt werde in kürzester Zeit einen Krieg heraufbeschwören. Er begab sich zum Auswärtigen Amt und erörterte die Situation mit Staatssekretär von Weizsäcker. Dieser suchte Davignon mit dem Bemerken zu beruhigen, das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen sei nicht tragisch. Der belgische Diplomat hielt diese Äußerung angesichts der sprichwörtlichen Waghalsigkeit der Polen nicht für sehr tröstlich.

455

456

Hitler nimmt die Herausforderung an

Hitlers Haltung zu der vorgeschlagenen Regelung mit Polen wurde von der Nachricht, daß England Polen für seine Politik der Herausforderung gegen Deutschland unbegrenzten militärischen Beistand versprochen hatte, ernstlich erschüttert. Joseph Beck soll, als er nach London kam, zu dem amerikanischen Botschafter Kennedy gesagt haben, er wisse, Hitler müsse „vor Wut außer sich geraten” sein, als er erfuhr, daß Polen sich mit England „zusammentäte“. Diese Wendung aus der amerikanischen Umgangssprache gab mit ihrer merkwürdigen Grenzerfärbung sicherlich nicht die genauen Worte Becks wieder, aber man kann ihr entnehmen, daß der polnische Außenminister immerhin soviel Scharfsinn besaß, zu erkennen, daß Polens Annahme der britischen Garantie eine Herausforderung war, die Hitler kaum ignorieren konnte.

Hitler ging nunmehr unverzüglich daran, die Ausarbeitung von Plänen anzuordnen „für den sich zuspitzenden, offenbar unvermeidlichen Konflikt mit Polen, und zwar dergestalt, daß sie im Spätsommer 1939 zur Durchführung kommen können“. Auch erteilte er Ribbentrop die willkommene Weisung, seine Bemühungen um Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Regelung einzustellen. Die Polen waren seit langem der Ansicht, daß ein Krieg zwischen Polen und Deutschland notwendig sei. Diese Ansicht begann sich nunmehr in Berlin sehr schnell durchzusetzen. Chamberlain gab im Unterhaus am 3. April 1939 zu, er versuche eine Einkreisung Deutschlands herbeizuführen, doch sei diese Einkreisung defensiver und nicht aggressiver Natur. Es muß indessen daran erinnert werden, daß Polen verschiedentlich

angeboten hatte, Deutschland anzugreifen, falls Frankreich das auch tun werde. Diese Fälle waren den britischen Führern wohlvertraut, und so war der britische Blankoscheck an Polen kein beruhigendes Element der angeblich defensiven Politik.

Der erste Befehl zur „Operation Weiß“ erging am 3. April 1939 vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Wilhelm Keitel, an die Chefs der drei Wehrmachtsteile. Der Befehl galt für den Beginn der Planung und Vorbereitung eines möglichen Feldzugs gegen Polen. Man hoffte, den ersten Zeitplan bis zum 1. Mai 1939 fertigstellen zu können, um dann mit den Gesamtvorbereitungen innerhalb von fünf Monaten fertig zu sein. Bis zum 3. April hatte Hitler seine anfänglich scharfe Reaktion, daß der Krieg mit Polen „anscheinend unvermeidbar“ sei, abgemildert und begrenzte die Aussicht auf einen solchen Konflikt jetzt vorsichtig auf den Bereich der Möglichkeit. Den Oberbefehlshabern gab er zu verstehen, daß die Beziehungen Deutschlands zu Polen weiterhin im Zeichen der Bemühungen, jede Streitigkeit zu vermeiden, stünden. „Eine endgültige Regelung (d. h. ein Krieg) könnte ungeachtet des noch geltenden Paktes mit Polen notwendig werden.”

456

457

Die Danzigfrage war durch die Erklärung geregelt, daß die Freie Stadt ein deutsches Anliegen bleibe und im Fall eines Krieges mit Polen sofort annektiert werde. Den Oberbefehlshabern wurde versichert, wenn ein Krieg sich tatsächlich als unvermeidlich erweisen würde, müßten alle Anstrengungen unternommen werden, den Konflikt so lange aufzuhalten, bis Polens Isolierung gesichert sei. Hitler wollte

damit ausdrücken, er sei nicht gewillt, die Aussicht auf einen Krieg zwischen Deutschland und England ins Auge zu fassen. Er setzte auch weiterhin unbeschränktes Vertrauen in die Weigerung Polens, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Dazu bemerkte er, Deutschland werde im Fall eines Krieges wahrscheinlich nicht mit russischer Hilfe für Polen zu rechnen haben. „Von einer Intervention Rußlands…. kann keinerlei Nutzen für Polen erwartet werden, weil sie gleichbedeutend mit seiner Vernichtung durch den Bolschewismus sei.“

Am 1. April 1939 sollte Hitler anläßlich des Stapellaufs des Schlachtschiffes „Tirpitz“ eine Rede in Wilhelmshaven halten. Die Annahme der britischen Garantie durch Polen veranlaßte ihn, sich ganz besonders aufmerksam mit diesem bedeutenderen Thema zu befassen, in der Hoffnung, seinen Zuhörern und gleichzeitig der Welt zwei wesentliche Punkte klarmachen zu können. Jeder sollte wissen, daß Großbritannien Deutschland nicht einschüchtern könne. Er wünschte aber auch klarzumachen, daß Deutschland fortfahren werde, sich für die friedliche Lösung europäischer Fragen einzusetzen. Hitler war bemerkenswert erfolgreich in der Verdeutlichung dieser beiden Gedanken, ohne den Eindruck zu erwecken, daß sie einander ausschlossen. Er rügte die nach dem Muster der Zeit vor 1914 betriebene britische Einkreisungspolitik und wies darauf hin, die damalige deutsche Regierung habe den Fehler begangen, jene Einkreisungspläne der Briten ausreifen zu lassen, ohne wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ihm erscheine es als eine Heuchelei der britischen Führer, Deutschlands Programm der friedlichen Gebietsrevisionen übelzunehmen. Hitler erinnerte seine Zuhörer daran, daß England sich vor weniger als zwanzig Jahren riesiger Gebiete mit Gewalt bemächtigt habe. Man müsse sich ins Gedächtnis rufen, daß Deutschland nicht die Macht besaß, es 1919 daran zu hindern, die Landkarte zu verändern. Hitler wiederholte

seinen Wunsch nach Frieden in Europa und verkündete seinen Beschluß, den Parteitag der NSDAP im September 1939 den „Parteitag des Friedens" zu nennen.

Becks Besuch in London

Beck verließ Warschau am 2. April 1939 mit dem Zug, um nach London zu reisen. In seiner Begleitung befanden sich Joseph Lipski und sein militärischer Berater, Oberst Szymunski. Am Abend des 3. April 1939 erwartete ihn ein

Protokollchef des Auswärtigen Amtes auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin, um Beck auf der Durchreise in seinem Salonwagen zu begrüßen. Dieser fragte Beck, ob er irgendwelche Wünsche habe, und der polnische Außenminister entgegnete, er habe keine. Dann folgte eine kurze, höfliche Unterhaltung. Im Verlauf seiner Äußerungen wies Beck darauf hin, es sei ihm ein großes Vergnügen gewesen, Ribbentrop zu empfangen, als er im Januar 1939 seinen Staatsbesuch in Warschau gemacht habe. Ganz offensichtlich war Beck trotz der Ereignisse der letzten Tage enttäuscht, Ribbentrop nicht auf dem Bahnhof zu sehen, um ein paar Worte mit ihm zu wechseln. Es hätte auf London einen recht guten Eindruck gemacht. Die polnische Haltung gegenüber Deutschland war schon seit langem insgeheim feindselig gewesen und so erwies sie sich im April 1939 nicht sehr viel anders als vorher im Januar. Dagegen hatte sich die deutsche Haltung gegenüber Polen geändert.

Besonders bedrückt von dieser Situation waren die Ungarn. Sie fürchteten sich vor den Auswirkungen eines neuen europäischen Krieges auf ihr Land, was angesichts der erschreckenden Behandlung, die ihnen die Alliierten 1919

hatten zuteilwerden lassen, leicht zu verstehen ist. Obwohl ihre Führung sich auch 1914 einem Krieg mit Serbien widersetzt hatte, war man später doch gnadenlos mit ihnen verfahren. Der ungarische Botschafter Sztojay, späterer Premierminister von Ungarn, hatte Weizsäcker am 29. März 1939 mitgeteilt, Ungarn wünsche zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. In ihrer ganzen Geschichte hatten die Ungarn keinen Krieg mit Polen geführt und überdies waren sie traditionelle Freunde und Bundesgenossen Deutschlands. Weizsäcker erfuhr, Ungarns Außenminister Csaky sei bereit, den Polen nahezulegen, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Nach Csakys Ansicht bedeutete Polens Unnachgiebigkeit Selbstmord, für Polen wie für den Frieden in Europa. Weizsäcker erwiderte darauf, er glaube es nicht, daß eine Initiative Ungarns irgendwelchen Eindruck auf die Polen machen werde, und versicherte dem ungarischen Diplomaten, Deutschland sei darauf bedacht, einen Konflikt mit Polen zu vermeiden. Am gleichen Tag noch gab er den verantwortlichen Deutschen in Danzig zu verstehen, sich strengstens davor zu hüten, in dieser spannungsgeladenen Zeit die Polen zu provozieren.

Mehr Interesse zeigten die Deutschen an der Mission, die der rumänische Außenminister Grigorie Gafencu vorgeschlagen hatte. Der deutsche Gesandte Wilhelm Fabricius teilte dem Auswärtigen Amt am 31. März 1939 mit, Gafencu plane im Rahmen einer Informationsreise durch europäische Hauptstädte für Anfang April einen Besuch in Deutschland. Er hoffe, als Vermittler zwischen Deutschland und Großbritannien von Nutzen sein zu können. Die deutschen Führer waren von dieser Aussicht sehr angetan. Helmuth Wohlthat, der Beauftragte für den deutschen Vierjahresplan, war inzwischen von seiner

Handelsmission aus Rumänien zurückgekehrt. Er hatte festgestellt, daß Tilea aus London zur Beratung nach Bukarest zurückbeordert worden war. Wohlthat hegte die Hoffnung, Tilea sei für dauernd abberufen worden, obwohl er in Großbritannien als persona grata galt. Andererseits erkannten die deutschen Diplomaten, daß Gafencu sich einen solchen Schritt nicht erlauben konnte.

Die Nachricht von der geplanten Gafencu-Mission stimmte Ribbentrop und Weizsäcker hinsichtlich der Vorgänge in Europa etwas optimistisch. Das Auswärtige Amt sandte seinen Missionen im Ausland am 3. April 1939 ein Sonderrundschreiben. Darin wurde den Botschaftern erklärt, die britische Polengarantie sei lediglich eine provisorische Abmachung, und es könnte also noch möglich sein, die Briten zu einer elastischen Politik gegenüber Polen zu bewegen.

Spät abends am 3. April 1939 traf Joseph Beck in London ein. Die ersten offiziellen Gespräche mit den britischen Führern wurden am Morgen des 4. April geführt. Beck begrüßte Halifax sehr warm und versicherte ihm, seine Regierung habe das britische Versprechen, Polen zu unterstützen, mit Freuden aufgenommen. Er versprach, als Gegenleistung werde Polen gegen Deutschland kämpfen, wenn ein direkter Konflikt zwischen Deutschland und Großbritannien zu einem Krieg führe. Beck wußte genau, ein solcher Fall war denkbar unwahrscheinlich, doch sein formelles Angebot stellte Polen hinsichtlich der Garantie auf gleichen Fuß mit Großbritannien. Halifax versicherte seinerseits, er nehme dieses Anerbieten an, jedoch genüge es ihm für seine Erfordernisse nicht. Er verlangte von Polen wesentlich weitreichendere Zusagen. Beck war von dieser Eröffnung einigermaßen überrascht und fragte, was sich

denn der Foreign Secretary darunter vorstelle. Ruhig meinte Halifax, er wünsche Polens Zustimmung, auch dann Krieg zu führen, wenn Deutschland Holland, Belgien, die Schweiz oder Dänemark angreife. Beck war höchst verwundert über diese weitgehende Forderung, die einen derartigen Spielraum für eine ständige Intervention erkennen ließ, der ihn fremd anmutete. So entgegnete er, er brauche Bedenkzeit.

Dann wandte man sich der Ablehnung des Halifax’schen prosowjetischen Bündnisangebots durch Beck vom 20. März 1939 zu. Der britische Außenminister forderte eine persönliche Erklärung Becks zu den Gründen seiner Absage. Sorgfältig umging Beck eine ausführliche Erörterung dieser schwerwiegenden Frage. Er beschränkte sich in seinen Ausführungen auf das bereits von Graf Raczynski dargelegte Argument, ein Pakt zwischen Polen und der Sowjetunion werde Deutschland provozieren. Darauf antwortete Halifax mit Schärfe, ob sich Beck denn darüber nicht klar sei, daß ein englisch-polnischer Pakt auf Berlin genauso herausfordernd wirken würde. Natürlich war sich Beck darüber völlig klar, doch wollte er das nicht zugeben, um sein Rußland-Argument nicht zu entwerten. So erklärte er lediglich, er fühle sich keineswegs

verpflichtet, diese Frage definitiv zu beantworten. Doch war er bereit, ganz allgemein darüber zu sprechen und einige diesbezügliche Bemerkungen zu machen. Dann forderte er Halifax auf, sich daran zu erinnern, daß Hitler keine Einwände gegen das langjährige französisch-polnische Bündnis erhoben habe, als er 1934 den Pakt mit Polen schloß. Auch hege Hitler gegen Großbritannien keine

feindseligen Gefühle wie gegenüber der Sowjetunion. Es sei darum denkbar, daß Hitler sich mit einem englisch-polnischen Bündnis aussöhnen könnte. Halifax lehnte das prompt als schwaches, nicht sehr überzeugend klingendes Argument ab. Unmißverständlich machte er Beck klar, er sei von der polnischen Ablehnung seines Bündnisplanes vom 20. März 1939 sehr enttäuscht.

Beck informierte Halifax über seine Bereitschaft zur „Verbesserung" der Beziehungen zur Sowjetunion. Doch werde er einer „Ausweitung" niemals zustimmen. Er zeigte allerdings keinerlei Neigung, diesen Begriff näher zu erläutern. Man möge das, so bat er die britischen Führer, als eine der unwiderruflichen Tatsachen in der gegenwärtigen Situation hinnehmen. „Es komme darauf an, keinen Konflikt zu provozieren, obwohl es sich natürlich kaum sagen lasse, ob ein Konflikt wirklich unvermeidbar sei." Halifax' Antwort lautete, Beck sei gebeten, zur Kenntnis zu nehmen, daß er die Absicht habe, sich in weitere Verhandlungen mit den Russen einzulassen. Auch dürfe er Beck daran erinnern, daß die französischen Führer sich hinter diese Politik gestellt hätten. Beck hatte dafür nur eine Bewegung hilfloser Resignation und sagte dann, die Entscheidung liege gänzlich bei ihnen, da es nicht in seiner Macht stehe, sie am Verhandeln mit den Russen zu hindern. Nach seiner Ansicht habe es der britische Außenminister eigentlich wissen müssen, daß Polen niemals und unter keinen Umständen irgendeine „Verbindlichkeit" gegenüber der Sowjetunion eingehen werde. Halifax möge sich doch daran erinnern, daß er immer ein Gegner des französisch-russischen Bündnisses gewesen sei, das 1936 ratifiziert wurde. In seinen Augen sei es ein „schlechtes Geschäft" und er könne voraussagen, daß künftige Absprachen mit den Bolschewiken von der gleichen Beschaffenheit sein würden.

Becks Ansicht, daß sich eine „Verbindlichkeit” gegenüber der Sowjetunion gefährlich oder sogar tödlich für Polen auswirken könnte, ließ Halifax unbeeindruckt. Das war natürlich, weil er sich über die Zukunft keinerlei Gedanken machte. Der neue polnische Staat war nichts weiter als ein Pfand in seinem Spiel und er hoffte, Polen wie auch die Sowjetunion für sein Ziel der Vernichtung Deutschlands nutzen zu können. Er fragte Beck, wie er die militärische Stärke der Sowjetunion einschätze. Beck lehnte es ab, auf diese Frage einzugehen und bemerkte lediglich, seine Regierung „habe keine sehr hohe Meinung von Sowjetrußland“.

460

461

Halifax änderte seine Taktik und meinte sarkastisch, „einige Mitglieder der Labour Party glaubten, wenn Großbritannien und die Sowjetunion einander die Hände reichten, werde die Welt sicherer denn je zuvor sein“. Beck kannte die prokommunistische Orientierung der Labour Party und war deshalb von Halifax’ Sarkasmus angenehm berührt. Amüsiert entgegnete er ihm, „er bezweifele die Gültigkeit dieser Theorie”.

Die zweite Zusammenkunft Becks und der britischen Führer fand am Nachmittag des gleichen Tages statt. An diesem Tage war Hitler zusammen mit 1000 deutschen Arbeitern und ihren Familien von einer zweitägigen Helgolandreise auf dem neuen KdF-Schiff „Robert Ley“, dessen Jungfernfahrt es war, nach Hamburg zurückgekehrt. Es wäre für ihn ungemein interessant gewesen, zu erfahren, daß Beck von dem Entschluß der britischen Führer beunruhigt war, Polen vor Rußland zu kompromittieren, und von dem Versuch, ein polnisches Versprechen zu erlangen, solche Länder wie

Dänemark und die Schweiz gegen die angebliche Gefahr deutscher Angriffe zu garantieren. Es hätte seinen Eindruck nur bestätigt, daß die Briten zwar bereit waren, Polen der Gefahr der sowjetischen Herrschaft auszusetzen, aber unfähig, dem Land geeigneten Schutz gegen Bedrohungen aus irgendeiner Richtung zu bieten“.

Beck verteidigte am 4. April seine eigene Politik vor den britischen Führern dahingehend, daß alles, was Hitler bis zum Oktober 1938 unternommen habe, zu rechtfertigen sei, aber „die kürzlichen Vorgänge waren nicht vertretbar”. Er bezog sich auf „Gespräche“ mit den deutschen Führern über Danzig, die sich über eine lange Zeit hingezogen hätten, doch weigerte er sich, einzuräumen, daß diese Erörterungen jemals den Charakter formeller Verhandlungen gehabt hätten. Beck entstellte die Geschichte etwas, als er sagte, „Danzig habe während der letzten acht Jahrhunderte vom polnischen Hinterland gelebt”. So lange bestand die Stadt an der Ostsee noch gar nicht. Seine Äußerung sollte den Eindruck erwecken, als besitze Polen das angestammte Recht, Danzig zu kontrollieren. Doch das überzeugte ebensowenig, als wenn man sagen würde, Rotterdam müßte, weil es viele Jahrhunderte vom deutschen Hinterland gelebt habe, zu Deutschland gehören. Das störte die britischen Führer nicht, denn sie waren durchaus bereit, solange sie Polen unterstützten, die Ungerechtigkeit polnischer Ansprüche zu ignorieren. Halifax fragte Beck, welche Regelung Polen denn für Danzig als annehmbar erachten würde. Er war erfreut, als dieser sofort antwortete, er erwarte, daß Deutschland auf seine Bestrebungen verzichte und die Permanenz der Stellung Polens dort garantiere. Jetzt fragte ihn Chamberlain, welche Stellung er zu dem Vorschlag einer deutschen Autobahn durch den Korridor einnehme. Darauf entgegnete der polnische Außenminister, sein Land werde ein derartiges Projekt

niemals dulden. Chamberlain erkundigte sich, ob die Deutschen jemals die Autobahn gefordert hätten. Beck

461

462

erwiderte, sie hätten lediglich mündlich Fragen gestellt, niemals jedoch schriftlich.

Die vorletzte offizielle Unterredung zwischen Beck und den britischen Führern fand am Nachmittag des 5. April 1939 in Chamberlains Arbeitszimmer im Unterhaus statt. Der Premierminister bemerkte, der vorgeschlagene zweiseitige Pakt zwischen England und Polen entspreche nicht den Erwartungen der britischen Öffentlichkeit. Man sei vielmehr an einem englisch-russischen Bündnis interessiert und viele Menschen in England neigten dazu, Polen als ein reaktionäres Land, das keiner britischen Garantie wert sei, zu betrachten. Halifax warf ein, es müßten noch bestimmte Fragen geregelt werden, ehe ein Pakt abgeschlossen werden könne. Er erinnerte Beck daran, man erwarte von ihm, Holland, Belgien, die Schweiz und Dänemark gegen einen deutschen Angriff zu garantieren, andernfalls sei der Vertrag nicht annehmbar. Beck erklärte dazu mit aller Entschiedenheit, er könne sich hinsichtlich dieser Staaten nicht festlegen, ohne seine Regierung zu konsultieren. Damit entschwand die Möglichkeit, ein englisch-polnisches Bündnis noch während seines Besuches abzuschließen. Er lehnte es ab, sich nur telefonisch mit seinen Kollegen zu beraten. Er persönlich würde Halifax‘ Bedingungen abschlägig beantworten. So vermied er es sorgfältig, den Eindruck zu erwecken, als würde die endgültige Antwort aus Warschau günstig lauten.

Die britischen Führer unternahmen einen weiteren fruchtlosen Versuch, Beck zu überreden, das polnisch-rumänische Bündnis gegen die Sowjetunion in einen antideutschen Pakt umzuwandeln. Beck entgegnete, er sei gegen diesen Plan, und wies seine Gastgeber darauf hin, Ungarn sei Polens wohlwollendster Nachbar und überdies ebenfalls ein revisionistischer Staat. Die vorgeschlagene Umwandlung des polnisch-rumänischen Bündnisses wies er als eine Maßnahme zurück, durch die Rumänien des Schutzes gegen die Sowjetunion beraubt werde und die darüber hinaus eine für Polen unmögliche Garantie der rumänischen Grenze gegen Ungarn erfordere.

Den britischen Führern gefiel Becks Antwort keineswegs. Ihren Plänen entsprechend sollte er ausschließlich auf die Vernichtung Deutschlands bedacht sein und alle anderen Erwägungen beiseite lassen. Mit andern Worten, er sollte ähnlich denken wie Präsident Roosevelt in Amerika. Sie schickten sich an, die gleichen Propagandamethoden gegenüber Beck anzuwenden, wie sie es bei Roosevelt getan hatten. Dementsprechend begannen sie, eine Reihe von angenommenen Situationen vorzutragen und sie mit ihrer üblichen Redensart einzuleiten: Das mag phantastisch anmuten, aber „was würden Sie in dem und dem Fall tun?“ Beck machte dem ein Ende und erklärte brüsk, „es sei gegen die Tradition der polnischen Regierung, offiziell Meinungen über dritte Länder zu äußern, ohne sie direkt zu konsultieren“.

462

463

Chamberlain wechselte von hypothetischen Vorstellungen zu Gerüchten hinüber und erklärte, er habe gehört, Deutschland plane eine plötzliche Invasion Ungarns. Beck

war diese englische Art der Gerüchtemacherei zuwider. Er war davon überzeugt, daß diese Behauptung angeblicher deutscher Absichten auf Ungarn absolut unrichtig sei. Im stillen wünschte er sich, die Briten möchten von ihren kindischen Anstrengungen, ihn auf diese Weise zu alarmieren, ablassen. Mit besonderer Betonung versicherte er seinen Gastgebern, er sei vollkommen davon überzeugt, daß Deutschland keine politischen Unternehmen außerhalb seiner Grenzen plane, außer in Danzig. Es war eine wirksame Methode, sie daran zu erinnern, daß Polen für ihren Plan, einen britischen Präventivkrieg gegen Deutschland herbeizuführen, unentbehrlich sei.

Ferner erinnerte Beck die Briten daran, daß Deutschland Abstand davon genommen habe, die Slowakei militärisch ganz zu besetzen, und daß „das deutsche Vorgehen in der Slowakei äußerst vorsichtig und zögernd gewesen sei". Chamberlain und Halifax kamen sehr schnell darauf, daß ihre Taktik zwar auf Roosevelt gewirkt hatte, aber nicht auf Beck. Es konnte auch nicht anders sein, denn Beck kannte die europäischen Verhältnisse wesentlich besser als Roosevelt und seine Berater.

Chamberlain berührte unabsichtlich einen peinlichen Punkt, als er Beck fragte, wieweit Polen von der Tschechoslowakei in der Kriegsproduktion abhängig gewesen sei. Der Gedanke, Polens militärische Stärke könne vielleicht von den verhaßten Tschechen abhängen, erregte Becks Zorn. Er ließ sich zu einer Antwort und einigen unvorsichtigen Bemerkungen gegenüber Chamberlain hinreißen, die ihm später bittere Kritik eintrugen, als England sich weigerte, Polen militärischen Nachschub zu liefern. Auf die Frage selbst entgegnete er emphatisch: „Überhaupt nicht!" Das stimmte, aber dann ging der polnische Außenminister dazu über, seinen Gastgebern voller Stolz aufzuzählen, Polen stelle 80 Prozent seiner Rüstung selbst her und exportiere

darüber hinaus große Mengen an Kriegsmaterial nach Großbritannien und anderen Ländern. An diese Worte erinnerte man sich später in London, als Polen vergebens eine große britische Anleihe erbat, um die Einfuhr von teurem ausländischem Kriegsmaterial bezahlen zu können.

Chamberlain setzte dann seine Betrachtung europäischer Länder mit der Frage fort, was Beck über Jugoslawien denke. Beck hatte keinen Anlaß, sich freundschaftlich zu dem antikatholischen, serbischen Regime dieses äußerst rückständigen Balkanlandes zu stellen. Klar äußerte er, Jugoslawien werde in Friedenszeiten wahrscheinlich mit Italien zusammenarbeiten und im Krieg mit Deutschland.

Chamberlain und Halifax hatten sich mit dem Balkangebiet befaßt, weil zuverlässigen Berichten zufolge Italien seine Stellung in Albanien zu festigen

beabsichtigte. Das war ein logischer Schritt für Italien, und die Deutschen waren erleichtert, daß Mussolini sich mit diesem Schritt begnügte, anstatt mit ehrgeizigeren Plänen aufzuwarten. Ein italienisches Protektorat in Albanien würde keine größere Änderung bedeuten. Albanien, das 1912 vom türkischen Gebiet abgetrennt worden war, ist niemals besonders stabil gewesen. Fast die Hälfte der albanischen Bevölkerung lebte außerhalb der Grenzen des winzigen Staates entweder in Jugoslawien oder Griechenland. Seit dem 2. Weltkrieg gehörte das Land zur italienischen Interessensphäre, und die albanischen Truppen standen meistens unter dem Kommando italienischer Offiziere. Die Ausrufung eines offiziellen italienischen Protektorats bedeutete weiter nichts als das „Tüpfel auf dem i”. Es war

offensichtlich ein leichtes für die Italiener, ihre Stellung in Albanien zu festigen.

Hitler erfuhr von Botschafter von Mackensen am 4. April 1939, daß die Italiener mit den Albanern über ein Protektorat verhandelten. Diese waren unzufrieden mit König Zogu, von dem sie behaupteten, er habe den gleichen abenteuerlichen Stil wie König Nikita von Montenegro. Dieser montenegrinische König hatte am Vorabend zum 1. Weltkrieg viel Unruhe auf dem Balkan gestiftet, und die Italiener beschwerten sich, König Zogu sei darauf aus, die albanische Grenze bis zum Wardar in Mazedonien auszudehnen. Ciano vertraute Mackensen an, König Zogu habe am 23. März 1939 um italienische Truppen gebeten. Italien habe jedoch abgelehnt, da es dem König nicht traue.

Den Deutschen war bekannt, daß sich König Zogu einer gewissen Unterstützung in seinem Lande erfreute. Der albanische Außenminister Ekrem Bey Libohova beklagte sich bei deutschen Diplomaten in Tirana, die Italiener versuchten die Unabhängigkeit des Landes gegen den Willen seiner Regierung zu zerstören. Man hörte von Drohungen, Albanien werde ungebetenen italienischen Truppen Widerstand leisten. Hitler wußte auch, daß das Land im ganzen alles andere als geeint und über seinen König nicht sehr glücklich war. Er war sicher, daß Mussolini und Ciano Herr der Lage würden. So erhielt das Auswärtige Amt im voraus die Genehmigung von ihm, jeden italienischen Schritt in Albanien zu unterstützen. Der italienische Botschafter Attolico rief Weizsäcker am 6. April 1939 abends an, italienische Truppen würden am Karfreitag, dem 7. April 1939, morgens um 4 Uhr 30 in Albanien einmarschieren. Weizsäcker konnte ihm sofort mitteilen, daß dieses Vorgehen Italiens von deutscher Seite diplomatisch und pressemäßig unterstützt würde. Attolico “war hocherfreut über diesen schnellen und hilfreichen Beistand. Er sagte zu

Weizsäcker, Ciano glaube, das italienische Vorgehen werde sich befriedend und festigend auf das Balkangebiet auswirken.

Beck blieb unbeeindruckt von der britischen Behauptung, ein Vorgehen Italiens in Albanien werde zu einer ernsten Krise führen. Zwar gab er zu, eine

464

465

italienische Besetzung Albaniens könne die italienisch-jugoslawischen Beziehungen etwas belasten, aber er halte das nicht für schwerwiegend oder gar für einen Anlaß zu einem politischen Kurswechsel der Jugoslawen.

Die Unterredung war nach einigen Stunden beendet, als sich herausstellte, daß nichts mehr erreicht werden konnte. Es bestand also noch kein englisch-polnisches Bündnis, doch enthielt die Vorausgarantie an Polen vom 31. März 1939 alle denkbaren Bündnisverpflichtungen für Großbritannien außer der konkreten Zusage eines Kriegseinsatzes britischer Streitkräfte. Beck war nicht sehr beeindruckt von Chamberlain und Halifax, und diese betrachteten ihn nicht mit allzu viel Wohlwollen. Die britischen und polnischen Führer waren aber überzeugt, daß sie ungeachtet ihrer persönlichen Gefühle einander bedurften, um ihre jeweiligen Ziele zu erreichen.

Am 6. April 1939 wurde ein gemeinsames Kommunique herausgegeben, worin die angebliche Solidarität zwischen den beiden Ländern hervorgehoben wurde. Die Öffentlichkeit erfuhr, Polen habe Großbritannien militärische Unterstützung angeboten. Eine vierte offizielle Zusammenkunft fand am gleichen Tag statt, in der die Themen der Unterredungen zusammengefaßt und zum

letzten Mal erörtert wurden. Beck hat Chamberlain und Halifax nie wiedergesehen. Er war trotz der unliebsamen Gespräche befriedigt, daß alles nach seinem Wunsch gegangen war, denn er hatte ja die britische Garantie vom 31. März 1939 in der Tasche. Mit dem Erfolg seiner Mission konnte er überaus zufrieden sein.

Beck beschränkte seine Kontakte natürlich nicht auf die eingehenden, offiziellen Gespräche mit seinen englischen Gastgebern. Er sprach am 4. April auch mit Winston Churchill, dem prominenten Führer der Tory-Opposition. Churchill war besonders bekannt für seine lebhafte Einbildung und sein Vorurteil gegenüber vermeintlichen Attentätern oder Kidnappern. Mit naiver Ernsthaftigkeit fragte er, ob Beck denn meine, er werde wohlbehalten nach Polen zurückkehren, wenn er mit dem Zug durch Deutschland fahre. Beck fand das sehr erheiternd und er entgegnete mit leiser Ironie: „Ich denke, wir werden Zeit dazu haben".

Beck fühlte sich von Churchills Einstellung zu allgemeinen europäischen Fragen abgestoßen und war von der Persönlichkeit dieses abenteuerlichen Tory wenig eingenommen. Er betrachtete Churchill als einen unausgeglichenen Menschen und wußte, daß er von einer „totalen Animosität" gegen Deutschland bessesen war. Churchill wie auch sein jüngerer Tory-Schüler Anthony Eden versuchten Beck zu überreden, sich einem Bündnis mit der Sowjetunion anzuschließen. Beck tat Eden im stillen verächtlich als ein typisches Produkt der Oxford-Universität und des Völkerbunds in Genf ab. Er wußte, daß sowohl Churchill wie Eden keine Ahnung von dem russischen Problem hatten.

Theo Kordt von der deutschen Botschaft in London gelang es, Berlin am 5. April 1939 telegraphisch über die Hauptgesprächsthemen zu informieren, die von Beck und den britischen Führern erörtert worden waren. Chamberlain gab im Unterhaus am folgenden Tag zu, es sei kein Versuch unternommen worden, den Begriff einer Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit abzugrenzen. Das letzte Wort dazu sei den Polen völlig überlassen worden. Beck gestand dem amerikanischen Botschafter Kennedy vor seiner Abreise aus London, die britischen Führer hätten sich über die angeblich jeder Zusammenarbeit widerstrebende Haltung Polens beklagt. Andererseits beanspruche er für sich, daß es ihm gelungen sei, die britische Unzufriedenheit in den letzten Gesprächen etwas zu mildern. Geschickt erwähnte er seinen „alten Freund Amerika“ und seinen „neuen Freund England“. Er vertraute Kennedy an, wie „mehr als glücklich” er über den britischen Blankoscheck sei, und versicherte dem Botschafter, „er möchte nicht der direkte Anlaß dazu sein, die Welt in den Krieg zu stürzen“. Das klang ermutigend, doch beraubte Beck diese Äußerung jeder wirklichen Bedeutung durch das Eingeständnis, er besitze keinen konkreten Plan, den Frieden zu wahren. Freilich kann mit Sicherheit angenommen werden, daß Becks Äußerungen gegenüber Kennedy ausschließlich für das Protokoll bestimmt waren.

Kennedy sprach am 6. April mit Halifax. Der britische Außenminister gab zu, Beck sei ganz entschieden gegen eine russisch-polnische Verständigung. Halifax war der Ansicht, nach der Arbeit der letzten drei Wochen habe er sich wohl den Urlaub verdient. Er ließ Kennedy wissen, Chamberlain werde am Abend des 6. April nach Schottland abreisen und er selbst am nächsten Morgen nach Yorkshire, wo er zu Hause sei. Die Polen hätten nun ihren

Blankoscheck. Eine separate Annäherung Englands an Rußland werde der nächste Schritt sein. Dann sprach man über die allgemeine Situation in Europa und Halifax gestand Kennedy insgeheim, weder Hitler noch Mussolini wünschten Krieg.

Graf Michael Lubienski vom polnischen Außenministerium erhielt eine Weisung von Beck, die deutsche Botschaft am 6. April 1939 aufzusuchen, um die Londoner Gespräche zu erörtern. Lubienski sollte betonen, daß Polen das britische, prosowjetische Bündnisangebot vom 20. März 1939 abgelehnt und lediglich die Garantie vom 31. März 1939 angenommen habe, um den deutschen Bestrebungen in Danzig Einhalt zu gebieten. Noch ein weiterer Versuch wurde unternommen, Hitler hinsichtlich Becks Haltung irrezuführen und möglicherweise Uneinigkeit unter den Deutschen zu stiften. Lubienski sagte Moltke ins Gesicht, Beck wäre zum Rücktritt gezwungen worden, hätte er sich für eine Annahme der deutschen Ansprüche auf Danzig ausgesprochen. Zwar habe die englisch-polnische Kombination zu einer neuen Einkreisung Deutschlands geführt, aber, so behauptete er, ohne zu überzeugen, die Deutschen hätten ja

auch ihrerseits Polen durch die Ausdehnung ihres Einflusses auf Böhmen-Mähren und in die Slowakei hinein eingekreist”.

Weizsäcker reagierte darauf mit einer Bitte, Lipski möge ihn in Berlin am 6. April 1939 im Auswärtigen Amt zur Besprechung der Lage aufsuchen. In dieser Besprechung betonte der polnische Botschafter mit Nachdruck, daß Polen keine Veränderung in den deutsch-polnischen Beziehungen

herbeizuführen und sich an die Bedingungen des Nichtangriffspaktes von 1934 zu halten wünsche. Ferner betonte er, Deutschland sei beim Abschluß dieses Paktes bereit gewesen, Polens Verpflichtungen gegenüber Frankreich zu respektieren. So wäre es jetzt wohl logisch, wenn es diese Geste wiederhole und die britische Garantie vom 31. März 1939 akzeptiere. Weizsäcker wies auf den elementaren Umstand hin, daß beide Situationen sich voneinander völlig unterschieden, da das französisch-polnische Bündnis von 1921 dem Pakt von 1934 vorausgegangen sei und nicht erst abgeschlossen wurde, nachdem dieser unterzeichnet worden sei. „Hochmütig und gleichgültig wies er Lipskis Äußerungen zurück” und „nahm Lipskis Bemerkungen mit einem Lächeln entgegen”. Er erklärte seinem Besucher, die polnische Politik sei ihm „vollkommen unverständlich geworden“. Wichtiger als alle diese Spitzfindigkeiten sei für ihn eines, nämlich, Deutschland sei noch immer bestrebt, zu einem Einvernehmen mit Polen zu gelangen. Lipski möge versichert sein, es sei noch immer möglich, Interessenfragen zwischen Deutschland und Polen zu erörtern, obwohl Polen augenfällig den Pakt von 1934 verletzt habe. Insbesondere sei Deutschland durchaus bereit, mit den Polen über die slowakische Situation unter Berücksichtigung der polnischen Interessen zu sprechen. Dieser Erklärung konnte, so hoffte er, Lipski entnehmen, daß das Gerede, Deutschland versuche, Polen in der Slowakei einzukreisen, eitel Lüge war.

Hitler kam am 6. April 1939 nach Berlin, um Pläne für die Wehrmachtsparade zu seinem 50. Geburtstag zu besprechen. Der amerikanische Geschäftsträger Geist berichtete darüber, er sei frisch und heiter gestimmt gewesen. Geist vermerkte ferner, die friedliche Stimmung in der Reichshauptstadt stehe in starkem Gegensatz zu Paris und London, wo Kriegsgerüchte und Kriegsgerede das

Thema des Tages seien. In Berlin dagegen herrsche allgemein das Vertrauen, man könne 1939 den Frieden erhalten.

Sir Alexander Cadogan und Sir Maurice Hankey begleiteten Beck am 6. April zum Bahnhof. Der polnische Außenminister sollte am Morgen des 7. April 1939 zu einer wichtigen Konferenz mit seinem Hauptmitarbeiter Juliusz Lukasiewicz, dem Botschafter in Frankreich, in Boulogne eintreffen. Beck hatte Lukasiewicz die Genehmigung erteilt, den amerikanischen Botschafter Bullitt nach Boulogne mitzubringen. Man war übereingekommen, daß Bullitt Beck und Lukasiewicz von Boulogne bis Lille begleiten sollte, aber von dort bis nach

Brüssel wollten die beiden Polen dann ungestört unter sich bleiben. Beck machte Lukasiewicz klar, er wünsche weder Paris zu besuchen noch die gegenwärtige Situation mit Daladier und Bonnet zu besprechen.

Becks Genugtuung

Bullitt empfand die Gelegenheit, Beck auf der Rückreise von England zum Kontinent begrüßen zu können, als recht aufregend. Er wußte, daß diese Bevorzugung darauf zurückzuführen war, daß er „ein großer Bewunderer der Politik des Ministers Beck war“ und „freundschaftliche Beziehungen“ zu ihm pflegte. Bullitt führte ein längeres Gespräch mit Beck über Roosevelts Politik. Dabei führte er aus, er und Roosevelt seien mit der öffentlichen Meinung in England und Amerika zum gegenwärtigen Zeitpunkt außerordentlich unzufrieden. Beck zeigte bei dieser Bemerkung, soweit sie England betraf, leichte Überraschung

und meinte, er persönlich sei mit der Stimmung zufrieden, die er in England vorgefunden habe. Ihn störte es durchaus nicht, daß man nicht über ein formelles englisch-polnisches Bündnis verhandelt hatte. Mit Genugtuung bemerkte er, Chamberlain müsse sehr viel Takt und Diskretion aufbieten, um die Garantieabsprache anders als ein normales Bündnis zu behandeln. Nach Becks Ansicht besaß der britische Premier weder Takt noch Diskretion. Mit wissendem Lächeln äußerte er zu seinen Zuhörern, Chamberlain habe gesagt, er sei erfreut, daß Polen so schnell zu einem Abkommen mit England gelangt sei. Das belustigte Beck, denn schließlich hatte Polen eine beträchtliche Zeit auf das englische Abkommensangebot gewartet.

Beck gab zu, daß Halifax versucht habe, ihn in Verpflichtungen gegenüber Holland, Belgien, Dänemark und der Schweiz zu verstricken. Doch habe er dieser Sache keine große Bedeutung beigelegt. Sehr viel interessierter war er daran, sich in Vermutungen über die Wirkung seines Englandbesuches und die Annahme der britischen Garantie gegen Deutschland zu ergehen. Er erklärte, das Bündnis mit England (sojusz z Anglia) habe Hitlers Plänen für ein deutsch polnisches Abkommen einen regelrechten Schlag versetzt. Nach seiner Ansicht war das britische Einverständnis mit den polnischen Bestrebungen in Danzig die beste Stütze, die die Sache Polens je erhalten hatte. Der Kernpunkt seiner Spekulationen war die Frage, ob Hitler die britische Garantie mit einem Widerruf des deutsch-polnischen Paktes von 1934 beantworten werde oder nicht.

Bullitt verabschiedete sich in Lille von Beck und kehrte nach Paris zurück. Am 7. April 1939, 11 Uhr morgens, sandte er einen überschwenglichen Bericht nach Washington, worin er Roosevelt und Hull mitteilte, Beck sei überaus zufrieden mit der jüngsten Entwicklung in England, und das Ausmaß der erzielten Verständigung entspreche durchaus den

polnischen Erfordernissen. Beck habe gesagt, er wisse genau, wie wütend Hitler jetzt sei. Bullitt hatte noch mit

468

469

oftensichtlicher Genugtuung hinzugesetzt, Beck habe Ribbentrop als einen „gefährlichen Schwachkopf“ bezeichnet.

Das Gespräch zwischen Beck und Lukasiewicz auf der Fahrt nach Brüssel drehte sich im wesentlichen um die diplomatischen Schritte Polens in Frankreich. Hauptzweck des Vorgehens sollte sein, die Franzosen dahin zu bringen, dem Beispiel Englands zu folgen und ihre Verpflichtungen gegenüber Polen zu erweitern. Lukasiewicz erhielt die Weisung, unmittelbar nach seiner Rückkunft in Paris Fühlung mit Bonnet aufzunehmen und die Dinge voranzutreiben. Beck rechnete in seinem kaum zu rechtfertigenden Optimismus damit, die französischen Führer würden den Briten nacheifern und Polen ebenfalls einen Blankoscheck bewilligen. Doch weigerte sich Bonnet hartnäckig, Frankreich zugunsten Polens in den folgenden Monaten zu einem Krieg Danzigs wegen zu verpflichten.

Hitler wartete drei Wochen ab, bis er sich zu dem Vorgehen Becks und Halifax’ in seiner Reichstagsrede am 28. April 1939 äußerte. Die führenden Blätter der deutschen Presse waren angehalten worden, Polen in diesen Wochen nicht zu kritisieren. Das Hauptfeuer ihrer Kritik richtete sich gegen England. Großbritannien wurde von der deutschen Öffentlichkeit als eine unverschämte Gouvernante hingestellt, die sich anmaße, den Nationen der Welt die Gesetze der Politik und der Moral vorzuschreiben. Dieser Feldzug gipfelte in einer Karikatur vom 25. April 1939 in

dem amtlichen Organ der NSDAP, dem Völkischen Beobachter. Die Zeichnung trug die Unterschrift: „Der Sittenrichter der Welt.” Sie zeigte in Anlehnung an historische Fakten John Bull mit einer bluttriefenden Union-Jack-Weste nach den letzten Unterdrückungsmaßnahmen Englands gegen die Araber in Palästina. Er schob eine Karre mit einem Plakat vor sich her. Das Plakat zeigte eine altjüngferliche Gouvernante, die sich besorgt um das Wohlergehen der Menschheit zeigte. Ihr Kommentar zu den jüngsten Vorgängen in Europa bestand in dem einen kurzen Wort, das so typisch ist für die englische Heuchelei: „Shocking!” Die Pointe der Karikatur besagte, daß es bezeichnend für die Gouvernante sei, sich über jede Handlung zu entsetzen, solange es sich nicht um englische Brutalität handele. Ihr Rücken war dem britischen Empire und den unter englischer Herrschaft praktizierten Ausschreitungen zugewandt. Aus der Zeichnung sprach keine Feindseligkeit Hitlers gegen das Britische Empire oder gegen die Methoden englischer Herrschaft. Aber sie spiegelte das wider, was Hitler zum Kernpunkt seiner Rede vom 30. Januar 1939 gemacht hatte, nämlich die Notwendigkeit, die deutsche Bevölkerung über die englische Politik aufzuklären.

Hitler erkannte deutlich, daß der britische Blankoscheck für Polen der konkrete Niederschlag der alarmierenden Äußerungen war, die in Großbritannien seit dem Münchener Abkommen über Deutschland gefallen waren. Wenn Hit-

ler auch hoffte, es werde nie wieder einen Krieg mit England geben, so wußte er doch, daß die Gefahr eines solchen Krieges durchaus vorhanden war und so sollte das deutsche

Volk innerlich darauf vorbereitet werden, dieser Möglichkeit ins Auge zu sehen. Hitler wollte die deutsche Öffentlichkeit davon in Kenntnis setzen, daß die englischen Führer nach Wegen suchten, die Rückkehr des nationalsozialistischen Danzig zum Reich zu verhindern. Er hoffte, den Krieg mit Großbritannien vermeiden zu können, doch war er nicht gewillt, es mit dem Preis eines entehrenden Zurückweichens vor den polnischen Anmaßungen zu erkaufen.

Die Gefahr eines deutsch-englischen Konfliktes entsprang ausschließlich dem Beschluß der Führung Englands, sich vorbehaltlos auf die Seite Polens zu stellen. England verbürgte sich offen für Polen, nachdem seine Führung erkannt hatte, daß die Polen Deutschland mit einer Kriegsdrohung und einer Teilmobilmachung herausgefordert hatten. Es war der aufreizendste Schritt, den Halifax unter diesen Umständen tun konnte, am meisten geeignet, einen neuen europäischen Krieg heraufzubeschwören. Auch war es der Schritt, den Halifax am 21. Mai 1938 abgelehnt hatte, als er zugunsten des Ministerpräsidenten der Tschechoslowakei, Benesch, geschehen sollte. Er machte den Krieg in Europa nicht unvermeidlich, aber er steigerte die Gefahr dazu ins Ungeheure. Er war die stärkste Herausforderung an die Fürsprecher des Friedens und an jene Führer in Europa, welche ganz klar erkannten, daß die Sowjetunion der Hauptnutznießer eines erneuten Krieges sein würde.

470

471

15. KAPITEL: VERSCHLECHTERUNG DER DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

Beck bleibt unnachgiebig

DIE erhöhte Spannung in den deutsch-polnischen Beziehungen nach dem 31. März 1939 hatte ihre Ursache in der polnischen Entscheidung, den vordersten Platz in Halifax‘ Einkreisungsfront einzunehmen. Beck kannte Halifax’ Streben, Deutschland in vernichtender Absicht einzuschließen, sehr genau. Für Englands Außenminister war der Krieg schon 1936 unvermeidlich. Doch erst am 17. März 1939 bekannte er sich offen zu seinen gegen Deutschland gerichteten Absichten. Daß Hitler die Annahme der britischen Garantie durch die Polen als einen schweren Schlag empfinden mußte, stand für Beck ebenfalls fest. Er hatte sich im vollen Bewußtsein der Konsequenzen gegen Deutschland entschieden. Nach seiner Rückkehr aus London am 7. April 1939 hätte sich zwar das deutschpolnische Verhältnis noch einmal etwas bessern können, doch schloß er diese Möglichkeit durch rigorose Feindseligkeit von vornherein aus. Mit Becks Rede vor dem polnischen Parlament (Sejm) am 5. Mai 1939 erreichte diese Entwicklung ihren ersten Höhepunkt. In dieser Rede gab der polnische Außenminister ein reichlich entstelltes Bild vom Ablauf der jüngsten Ereignisse. Er setzte sich darin kurzerhand über die deutschen Vorschläge zur Fortsetzung

der Verhandlungen, die Weizsäcker Lipski am 6. April 1939 gemacht hatte und die Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 öffentlich bekanntgab, hinweg.

Nach der britischen Garantieerklärung für Polen sind keine Verhandlungen mehr über ein deutschpolnisches Abkommen geführt worden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Beck sich weigerte. Kennzeichnenderweise hat Halifax nach der Garantieerklärung niemals mehr unmittelbaren Druck auf Polen ausgeübt, mit Deutschland zu verhandeln. Eine Verständigung zwischen den beiden Ländern wäre für ihn eine große Enttäuschung gewesen. Nach

471

472

seiner Rechnung mußte Polen den Vorwand für den britischen Präventivkrieg gegen Deutschland liefern.

Der rumänische Außenminister Gafencu äußerte am 7. April 1939 zu dem deutschen Gesandten Fabricius in Bukarest, Beck beabsichtige die Briten zu zwingen, Polen als gleichberechtigten Partner in ihren aggressiven Plänen anzuerkennen. Beck hatte Gafencu wissen lassen, das englisch-polnische Abkommen werde mit der Anerkennung Polens als Großmacht gleichbedeutend sein. Dazu hatte er dem Rumänen versichert, Polen werde es auch ablehnen, sich auf irgendeiner andersgearteten Basis mit Großbritannien ins Benehmen zu setzen.

Die Tilea-Lüge machte dem rumänischen Außenminister immer noch zu schaffen. Er gestand Fabricius, daß er weder Tilea noch den Briten traue. Gern hätte er Tilea abberufen, aber er wagte es nicht in der Befürchtung, die Briten würden es ihn entgelten lassen. Doch dann entschloß er sich, die heikle Frage aus der Welt zu schaffen und den

Generalsekretär Cretzianu vom rumänischen Außenministerium zu einer Sondermission nach London zu schicken. Dieser kluge Schritt gab ihm die Möglichkeit, sich eines Mannes zu bedienen, dem er im Umgang mit den Briten hinsichtlich wichtiger Fragen trauen konnte. Eine Bukarester Zeitung hatte ihn in hellen Zorn versetzt mit der kühnen Anschuldigung, König Carol sei in Tileas Londoner Intrigenspiel verwickelt. Gafencu versicherte Fabricius am 14. April 1939, an dieser Behauptung sei auch nicht ein Wort wahr.

Nach Becks Londonbesuch waren die Polen sehr darauf bedacht, Nutzen aus ihrem neuen Verhältnis zu Großbritannien zu ziehen. Der polnische Botschafter Graf Raczynski erschien am 6. April 1939 abends bei Halifax, um gegen die angeblich antipolnische Behandlung Danzigs und des Korridors in einem großen Teil der britischen Presse Protest zu erheben. Es sah fast so aus, als sei Großbritannien jetzt Empfänger der meistens freundlichen Proteste Polens, die vorher an Berlin gerichtet waren. Halifax machte sich darüber keine sonderlichen Sorgen, denn er besaß große Geschicklichkeit, solchen Protesten auszuweichen. Hocherfreut war er, von Botschafter Kennard aus Warschau ein paar Tage später zu hören, der deutsche Botschafter dort sei recht deprimiert über die jüngsten Vorgänge in Europa. Moltke hatte Kennard gestanden, er sei buchstäblich krank wegen der Hoffnungslosigkeit der deutsch-polnischen Beziehungen, die nach 1933 mit so viel Mühe und Sorgfalt geschaffen worden seien. Er müsse zugeben, daß er die Zukunft nur in den schwärzesten Farben sehe und eine deutschpolnische Verständigung für geradezu unmöglich halte.

Diese unverantwortliche Indiskretion Graf Moltkes gegenüber Kennard bietet einen weiteren Beweis für die

Unfähigkeit des deutschen Botschafters in Polen. Die Briten und Polen betrachteten Moltke mit Geringschätzung, weil er

472

473

als Diplomat unfähig war und sich als Staatsdiener ständig der Verantwortung für die offiziellen Schritte seiner Regierung zu entziehen suchte. Nicht anders war es mit Graf von der Schulenburg in Moskau, Graf Welczeck in Paris, von Mackensen in Rom und Herbert von Dirksen in London. Das wirkte sich als schwerwiegende Behinderung der deutschen Außenpolitik in einem äußerst schwierigen Zeitabschnitt aus. Moltke hatte mit Kennard am 7. April 1939 über seine Befürchtungen gesprochen. Es wäre angebracht gewesen, an diesem Tag die Auswirkung der jüngsten Entwicklung in einem vertraulichen Bericht zusammenzufassen. Vieles hatte sich zwischen dem 9. März, als die slowakische Krise akut wurde, und dem 6. April, dem Tag der Abreise Becks aus London, ereignet. Die deutsch-polnischen Gegensätze in der Frage einer allgemeinen Regelung waren für die ganze Welt eine Tatsache. Die Polen hatten die deutschen Vorschläge verworfen und militärische, ausschließlich gegen Deutschland gerichtete Alarmmaßnahmen getroffen. Sie hatten von England einen unbefristeten Blankoscheck gegen Deutschland erhalten. Auch war es Beck vorübergehend gelungen, die verhaßten Russen aus der britischen Koalition herauszuhalten. Die Deutschen in Polen waren in steigendem Maße Opfer von Gewalttaten der sie beherrschenden Polen. In dem amtlichen Verkehr zwischen den beiden Regierungen fehlte die alte Höflichkeit gänzlich. Infolge der britischen Interventionspolitik standen die Dinge weit schlimmer als zu irgendeiner Zeit der Weimarer Republik. Zudem hatte der britische Blankoscheck eine Tatsache aus dem polnischen Denken verdrängt.

Deutschland war mittlerweile, verglichen mit Polen, zu einem Koloß von beträchtlicher Stärke herangewachsen.

Hitlers vorsichtige Politik

Die britische Garantie bedeutete nicht, daß ein deutschpolnischer Krieg unvermeidlich war. Verhielt sich doch Hitler trotz der polnischen Herausforderung und einer Zurückweisung der deutschen Freundschaft überaus zögernd, militärisch gegen Polen vorzugehen. Das änderte allerdings nichts an seiner Überzeugung, daß Deutschland über Polen mit Leichtigkeit einen militärischen Sieg davontragen könne. Der 1. Weltkrieg hatte trotz der militärischen Niederlage bewiesen, daß es deutsche Soldaten in Operationen defensiver wie offensiver Natur mit einem zahlenmäßig gleichen Feind aus jedem Land der Welt mit Erfolg aufnehmen konnten. Das deutsche Rüstungsprogramm war im Verhältnis zum Industriepotential beider Länder weniger intensiv als das englische, doch überholte es im Bereich der militärischen Durchführung die schwachen Anstrengungen der Polen um ein beträchtliches. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in der Zahl der Kampfflugzeuge stand 1939: 10 : 1, das für Panzerfahrzeuge 12 : 1.

Polen verfügte über mehr gediente Reservisten als Deutschland, doch waren die Deutschen in den für die Infanterie entscheidenden Jahrgängen gedienter junger Leute von zwanzig bis zweiundzwanzig Jahren überlegen. Die qualitativ bessere polnische Kavallerie blieb weit hinter der Stärke mechanisierter deutscher Truppen zurück. Beide Länder boten leichte Invasionsmöglichkeiten, doch war das

für Deutschland ein Vorteil. In der militärischen Planung waren die Polen voraus, denn sie hatten niemals aufgehört, sich auf einen deutsch-polnischen Krieg vorzubereiten; nur waren ihre Pläne mangelhaft. Die Deutschen hingegen entwarfen in kürzester Zeit eine schlagkräftige Offensivstrategie gegen Polen.

Die begründete Gewißheit eines Sieges über Polen überzeugte Hitler indessen nicht davon, daß ein deutschpolnischer Krieg auch eine gute Sache sei. In seinen Augen war ein solcher Konflikt eine höchst unwillkommene Alternative für eine Verständigung beider Länder. Zunächst nahm er an, die Sowjetunion würde den Polen im Fall eines Krieges mit Deutschland nicht beistehen; doch kam er bald zu dem Schluß, es sei militärisch für Deutschland nicht zu verantworten, sich auf seine politische Intuition zu verlassen. Er hatte sich in der Haltung Polens gegenüber Deutschland geirrt und konnte sich genau so gut in der polnischen Einstellung zu Rußland irren. Am 11. April 1939 erließ er einen Befehl an Generaloberst Keitel, Operationspläne gegen Polen auszuarbeiten und dabei die Möglichkeit einer unmittelbaren Intervention Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zu berücksichtigen. Keitel erhielt die Anweisung, daß in einem solchen Falle das erste Ziel ein rascher Sieg über Polen sein müßte, während gegen die drei Großmächte eine streng defensive Taktik angewandt werden sollte. Ganz offensichtlich war dies kein Abenteuer, in das man sich leichtfertig einließ, vor allem schon darum nicht, weil Deutschland für einen größeren Krieg unvorbereitet war.

Sehr wahrscheinlich würden es die Polen darauf anlegen, Deutschland zu einem Angriff zu provozieren. Im Gegensatz zu Deutschland konnten sie nicht damit rechnen, aus eigener Kraft ihre Ziele in einem Krieg größeren Ausmaßes zu erreichen. Den Endsieg erhofften sie von weitab

gelegenen Mächten. Die polnischen Führer begeisterten sich sehr viel mehr an einem deutsch-polnischen Krieg, als es Hitler je getan hat, aber Rücksicht auf die hohe Politik ließ sie klüglich in einer Rolle auftreten, die zumindest nach außen passiv wirkte.

Polen rechnete bei der Verwirklichung seines Programms auf Kosten Deutschlands wie auch Rußlands mit der Unterstützung von Halifax. Es war denkbar, daß Halifax Großbritannien in einen Krieg führte, der mit einem überraschenden Einfall Polens in Deutschland begann, doch wußten die polnischen Führer, daß auch Frankreich und die Vereinigten Staaten von ent-

474

475

scheidender Bedeutung für Englands Politik waren. Auch wußten sie, daß Halifax Polen niemals helfen würde, wenn er Frankreich nicht in einen Krieg hineinziehen konnte. Diese Politik wurde von einer einfachen Tatsache diktiert: Nach Halifax' Ansicht konnte England ohne die Beteiligung Frankreichs keinen Krieg gegen Deutschland gewinnen. Überdies war es den Polen bekannt, wie schwierig es für Roosevelt sein würde, das amerikanische Volk gegen Deutschland aufzubringen, wenn es nicht gelang, die Propagandafiktion aufrechtzuerhalten, nach der Polen das unschuldige Opfer deutscher Aggression war.

Nach dem 31. März 1939 steigerten sich die polnischen Provokationen derartig ins Extreme, daß Hitler, entsprechend den traditionellen Praktiken der Staaten untereinander, sehr bald mehr als ausreichend berechtigt war, mit Polen Krieg zu führen. Indessen war für Hitler eine deutsche Aktion nur dann zu rechtfertigen, wenn er zu der

Überzeugung kommen konnte, auch für alle Konsequenzen vorbereitet zu sein. So hoffte er den Krieg mit Großbritannien vermeiden zu können, war sich aber dessen bewußt, das ernsthafte Risiko eines deutsch-englischen Krieges einzugehen, wenn er in Polen einfiele. Das war auch der Grund, weshalb sich die deutsch-polnischen Beziehungen erst ganz allmählich verschlechterten, ehe es zum offenen Konflikt kam. Hitler, der in der Regel eine politische Entscheidung sehr rasch treffen konnte, zeigte sich denkbar unentschieden, ehe er sich endlich entschloß, zu handeln und allen Konsequenzen ins Auge zu sehen. Seine Hoffnung auf eine ausgehandelte Regelung mit Polen gab er nicht eher auf, als bis er einsah, daß sie vollkommen aussichtslos war.

Bonnet bleibt Polen gegenüber kühl

Der erste größere diplomatische Schritt Polens nach Becks Rückkehr aus London bestand in dem Versuch, die polnischen Beziehungen zu Frankreich zu verbessern. Der polnische Botschafter Lukasiewicz suchte Bonnet am 8. April 1939 auf, nachdem er von seiner Brüsseler Reise und seinen Besprechungen mit Beck zurückgekehrt war. Der französische Außenminister, der den ursprünglichen Halifax'schen Vorschlag eines Viermächtepakts stark unterstützt hatte, gab mit offensichtlichem Zögern zu, daß es Beck gelungen sei, in London eigene Wege zu gehen. Lukasiewicz bestand auf sofortigen Verhandlungen, um die französisch-polnische Zusammenarbeit zu erweitern. Bonnet schien einverstanden, gab aber durch seine fatalistische Haltung zu verstehen, daß ihm in dieser Angelegenheit wohl keine reale Wahl bleibe.

Bonnet dachte nicht daran, bei den Verhandlungen mit den Polen diesen den entscheidenden Platz in seinem Programm

einzuräumen. Einem Bericht seines Botschafters Noël konnte er entnehmen, daß Marschall Rydz-Smigly von der

475

476

durch die britische Garantie geschaffene neuen Lage sehr angetan war. Die Polen erwarteten von den Franzosen, sie würden es angesichts des englischen Blankoschecks ohne Zögern den Briten gleichtun, doch Bonnet lag mehr daran, die Briten und die Russen zusammenzubringen. Er entschloß sich, die französisch-polnischen Verhandlungen lieber nach Warschau zu verlegen, als sie in Paris selbst zu führen. Das stand jedoch Becks Absichten entgegen und seiner Hoffnung, daß Lukasiewicz mit Bonnet über ein neues französisch-polnisches Abkommen würde verhandeln können. Beck verabscheute den französischen Botschafter in Warschau, einen ehemaligen Polizeibeamten in Paris, und hielt ihn für ein widerwärtiges Subjekt. Wäre ihm bekannt gewesen, daß Noël ihn 1936 stürzen wollte, so hätte er auf dessen Abberufung bestanden. Hatte doch Noël den Versuch gemacht, eine französische Anleihe von der Entlassung Becks abhängig zu machen. Grund dafür war die angeblich prodeutsche Haltung des polnischen Außenministers. Sein Plan scheiterte, weil die französische Regierung sich weigerte, ihn zu akzeptieren.

Bonnet dachte über Noël kaum weniger geringschätzig als Beck. Daß man ihn auf seinem Warschauer Posten beließ, ist ein beredtes Zeugnis für Bonnets Einstellung zu Polen, was noch durch die Tatsache bekräftigt wird, daß Botschafter Lukasiewicz in Paris Becks bester Mann war. Noël hatte sich zuguterletzt der Schriftstellerei zugewandt und ein Buch verfaßt, in dem eine Reihe bitterer und ungerechtfertigter Anklagen gegen Bonnet erhoben sind. Bonnet hat also

reichlich Gelegenheit gehabt, seinen Entschluß zu bedauern, Noël in Warschau belassen zu haben.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Bonnet und Beck über den geeigneten Verhandlungsort verursachte eine Verzögerung, die dem Außenminister Frankreichs durchaus willkommen war. Waren doch Daladier und Bonnet alsbald mit der Russenfrage beschäftigt, sowie mit der englisch-französischen Diplomatentätigkeit auf dem Balkan, woraus Lukasiewicz mit Entrüstung den Schluß zog, daß Frankreich sich weit mehr für seine Balkanpläne interessiere als für eine Zusammenarbeit mit Polen.

Daladier und Bonnet war es nicht entgangen, daß die polnische Bevölkerung des nordfranzösischen Industriegebiets in jüngster Zeit auf nahezu 200.000 angewachsen war. Infolge der unvermindert anhaltenden wirtschaftlichen Depression Polens waren polnische Arbeiter in wachsender Zahl in ausländische Industriegebiete abgewandert. So machte man sich in Frankreich gewisse Sorgen, die polnische Regierung könne die Rückkehr polnischer Reservisten für den Militärdienst in Polen verlangen. Bonnet ließ Noël diese Frage in Warschau erörtern. Er hoffte, in Frankreich ein polnisches Sonderkorps unter französischem Kommando zum Einsatz in der Maginot-Linie aufstellen zu können. Dieser Gedanke sagte auch den polnischen Führern zu. So werde eine eigen-

476

477

ständige polnische Truppe nach der totalen Niederlage Polens gegen Deutschland verfügbar bleiben, vorausgesetzt natürlich, daß Frankreich doch noch einwillige, zugunsten der Polen in den Krieg zu ziehen.

Noëls Bericht über den freudigen Beifall des Marschalls Rydz-Smigly zu der durch die britische Garantie geschaffenen neuen Lage entsprach den Tatsachen. Der Marschall zeigte sich über ein Telegramm Becks vom 6. April, das die Kunde von der nunmehr gesicherten Entente mit England enthielt, hocherfreut. Rydz-Smigly teilte den Diplomaten im Palais Brühl mit, die Deutschen befänden sich in „einem Rausch” und demnächst sei ein Krieg durchaus möglich. Mit Genugtuung versicherte er ihnen, ein solcher Krieg werde das Ende Deutschlands bedeuten. Allerdings bestritt er nicht, daß Deutschland auch Polen schlagen könne. Doch betonte er vor den Diplomaten mit allem Nachdruck, die Deutschen seien völlig unvorbereitet, einen allgemeinen Krieg zu führen.

Lukasiewicz war weniger zuversichtlich als Rydz-Smigly, was die Position angeht, die die Westmächte nach der britischen Garantie einnehmen würden. Am 9. April 1939 besprach er die Lage mit dem amerikanischen Botschafter Bullitt und meinte, hoffentlich werde Frankreich im Falle eines Krieges Deutschland von Belgien aus angreifen. Doch war er recht pessimistisch über den künftigen Kurs der Franzosen. Dann unterhielten sich die beiden über ihr letztes Zusammentreffen mit Beck. Der US-Botschafter teilte Lukasiewicz mit, er habe Roosevelt ausführlich über Becks Darstellung der Lage unterrichtet.

Beck hatte behauptet, Hitler sei im Grunde genommen ein furchtsamer Österreicher, der es womöglich auf einen Krieg gegen entschlossene und starke Gegner nicht ankommen lassen werde. Bullitt vermerkte dazu, „es müßte Hitler doch jetzt klar sein, daß Deutschland mit Drohungen gegen Polen nichts erreichen kann“. Nach der Unterhaltung mit Bonnet am Tage zuvor kamen Lukasiewicz diese reichlich hochtrabenden Äußerungen sehr wenig überzeugend vor.

Bullitt war mit der Haltung der französischen Führer nicht zufrieden. Auch nahm er sich vor, die öffentliche Meinung Amerikas, deren Selbstzufriedenheit er für unverantwortlich hielt, zur Ordnung zu rufen. In einem Bericht vom 10. April 1939 beklagte er sich bei Roosevelt, die amerikanische Bevölkerung habe keine Ahnung von der angeblich direkten Bedrohung der USA durch Deutschland, Italien und Japan. Er hoffe, Roosevelt könne etwas unternehmen, um das Volk aufzurütteln. Diese Klage hat entscheidend dazu beigetragen, daß Präsident Roosevelt sich veranlaßt sah, aufsehenerregende und beleidigende öffentliche Botschaften am 15. April 1939 an Mussolini und Hitler zu richten, nachdem England und Frankreich Rumänien und Griechenland garantiert hatten. Bullitt hat sich ferner darüber beklagt, daß Daladier sich dem Versuch

Lukasiewicz' verschloß, von Frankreich den gleichen Blankoscheck zu erhalten, den England Polen ausgestellt hatte. Kennedy berichtete Roosevelt am 11. April 1939 aus London, Halifax täusche noch immer eine idealistische Friedenshoffnung vor. Kennedy nahm natürlich an, es werde sich für den britischen Außenminister lohnen, der Welt zu verkünden, daß der Friede immer noch möglich sei. Dagegen behauptete Halifax, wenn er das tue, werde jeder überzeugt sein, er „stecke seinen Kopf in den Sand". Diese Bemerkungen erhellen, wie geschickt es Halifax verstand, davon zu überzeugen, daß er nichts weiter als der Gefangene großer Ereignisse sei.

Becks Mißfallen an der englisch-französischen Balkandiplomatie

Die Besetzung Albaniens durch die Italiener am 7. April 1939 lieferte England und Frankreich den Vorwand für eine diplomatische Aktivität, die den Polen höchst unwillkommen war. Bullitt hatte den Eindruck, Beck verhalte sich Italien gegenüber grundsätzlich wohlwollender als Frankreich gegenüber. Die polnische Führung war der festen Meinung, der italienische Schritt bedrohe weder Großbritannien noch Frankreich, und so argwöhnte sie, daß dies den britischen und französischen Führern genau so bewußt sei. Der Widerhall auf das Vorgehen Italiens in den entfernt liegenden politischen Zentren wie Washington, London, Moskau und Paris war sehr scharf. Winston Churchill schlug am 9. April 1939 aufgeregt vor, die Briten müßten es den Italienern heimzahlen und die griechische Insel Korfu besetzen. Korfu liegt bekanntlich vor der albanischen Küste am Eingang der Adria.

Churchills Anregung, die von seiner Regierung zurückgewiesen wurde, hatte noch ein seltsames Nachspiel. Der Londoner News Chronicle behauptete am 12. April 1939, die deutsche Regierung plane eine sofortige Invasion Hollands, wenn britische Truppen auf Korfu landen würden. Die britische Presse war Halifax mit der Andeutung zuvorgekommen, Deutschland hege finstere Absichten gegen Holland. Man hoffte, mit Hilfe dieser Gerüchte die amerikanische Öffentlithkeit wachrufen zu können. Die Holländer besaßen ein riesiges Kolonialreich in Ostindien und die amerikanischen Führer gaben vor, in Sorge zu sein, daß diese Inseln den Japanern in die Hände fallen würden, wenn Hitler das holländische Mutterland besetzte. Entrüstet wies die deutsche Presse diese neusten und unverantwortlichen Gerüchte Englands zurück.

Präsident Roosevelt tat alles in seiner Macht Stehende, um die Alarmstimmung in seinem Land zu steigern. Er verkündete in Warm Springs, Georgia, am 9. April, es könnte

sein, daß er diesmal nicht zu seiner jährlichen Herbstkur wiederkäme, da es möglich sei, daß die Vereinigten Staaten und die Länder Europas bis dahin in einen größeren Krieg verwickelt würden. Glücklicherweise war die Reaktion Amerikas auf diese Erklärung ungewöhnlich feindselig

und zahlreiche ausländische Beobachter kamen zu dem Schluß, der Präsident habe lediglich seinem Wunschdenken Ausdruck verliehen.

Churchills Lärmgeschrei, die Gerüchtemacherei der englischen Presse und die alarmierenden Äußerungen Roosevelts waren Halifax für seine Bemühungen um Deutschlands Einkreisung höchst willkommen. Nach seiner Ansicht konnten sich britische Verpflichtungen im Mittelmeerraum als nützlich erweisen, Mussolini einzuschüchtern. Er hatte entdeckt, daß die Rumänen gegen die Umwandlung des gegen die Sowjets gerichteten rumänisch-polnischen Bündnisses in eine antideutsche Allianz zwar Einwände erhoben, jedoch die Aussicht auf eine englisch-französische Garantie begrüßten. Das konnte, wie Halifax hoffte, zugunsten einer Verzögerung revisionistischer Aktionen der Russen, Ungarn und Bulgaren gegen Rumänien ausgenutzt werden. Das Verhältnis zwischen Italien und Griechenland ließ seit vielen Jahren zu wünschen übrig. Vor dem 1. Weltkrieg hatte es ernsthafte Streitigkeiten zwischen den beiden gegeben. Das jüngste Vorgehen Italiens in Albanien hatte zu einer gemeinsamen Landgrenze mit Griechenland geführt und so hatte sich die griechische Regierung sehr bereitwillig gezeigt, Unterstützung in Form einer Garantie von Großbritannien und Frankreich anzunehmen. Jugoslawien dagegen zog es

vor, sich auf direkte Zusicherungen Italiens zu verlassen, und es gelang Halifax nicht, den jugoslawischen Führern eine englisch-französische Garantie aufzureden. Das zeigte sich, als die Westmächte am 13. April 1939 ihre Garantien an Rumänien und Griechenland bekanntgaben. Tags zuvor hatte das albanische Parlament Victor Emanuel III. von Italien die albanische Königskrone angeboten.

Die Deutschen waren hocherfreut über die Weigerung der jugoslawischen Regierung, eine Garantie der Westmächte anzunehmen. Sie waren zu einer offiziellen Erklärung bereit, in der die Bedeutung eines starken Jugoslawiens für die Aufrechterhaltung des Friedens und für eine Stabilisierung auf dem Balkan hervorgehoben werden sollte. Der jugoslawische Außenminister Cinkar Markowitsch drückte am 14. April 1939 seinen Dank für das Anerbieten aus, bat jedoch, von einem solchen öffentlichen Schritt absehen zu wollen. Eine für Jugoslawien günstige Publizität in Deutschland würde die Stellung des Kabinetts Zwetkowitsch in Jugoslawien innenpolitisch schwächen. Im Augenblick sei es für jugoslawische Politiker überaus wichtig, als unabhängig von fremden Einflüssen zu gelten. Prinzregent Paul bemühe sich um einen Kurs absoluter Neutralität der Achse wie der britischen Einkreisungsfront gegenüber.

Die englisch-französische Diplomatentätigkeit auf dem Balkan war offensichtlich eine Antwort auf die italienische Aktion in Albanien, aber sie beeinträchtige die Interessen der Sowjetunion und Polens. Die Garantie an Rumänien schien eine englisch-französische Unterstützung der rumänischen Herr-

schaft in dem ehemals russischen Beßarabien miteinzuschließen. Die Sowjetunion hatte schon am 22. März 1939 bekanntgegeben, die Briten seien an sie herangetreten mit dem Wunsch, Rumänien und Polen zu garantieren. Polens Botschafter in Paris, Lukasiewicz, hatte zur Zeit der englisch-französischen Garantie an Rumänien erfahren, daß die Westmächte die Russen aufgefordert hätten, ihrem Beispiel zu folgen. Die Polen hofften, Rumänien werde es ablehnen, eine russische Garantie zu erbitten oder anzunehmen.

Am 12. April 1939 fand eine bedeutsame Konferenz im Palais Brühl in Warschau über die Rußland-Politik Polens statt. Botschafter Grzybowski war aus Moskau nach Warschau gekommen, um sich für eine begrenzte Zusammenarbeit Polens mit der Sowjetunion zu verwenden. Beck war entsetzt, in Grzybowski dem Fürsprecher einer polnisch-sowjetischen Verständigung auf Kosten der Baltenländer zu begegnen. Der polnische Botschafter legte dar, daß an die Stelle der Wilson-Ära der Selbstbestimmung jetzt ein neues Zeitalter des Imperialismus getreten sei. Die Baltenländer seien während eines größeren Teiles des 18. Jahrhunderts zwischen Polen und Rußland aufgeteilt gewesen, nachdem es Peter dem Großen von Rußland gelungen wäre, auf Kosten Schwedens ein Fenster zur Ostsee aufzustoßen. Grzybowski war der Ansicht, die Sowjetunion werde einen neuen Teilungsplan annehmen. Rußland werde Estland bekommen, Polen könne Litauen haben, und Lettland lasse sich vielleicht mit den Russen teilen. Nach Grzybowski werde dieser Plan Deutschland von jedem Wirken im baltischen Raum ausschließen.

Beck wies diesen Vorschlag zurück. Der Gedanke, im Verein mit der Sowjetunion die antibolschewistischen Baltenländer auseinanderzureißen, stand bei ihm in Acht und Bann. Grzybowski wurde nahegelegt, den Versicherungen des

sowjetischen Außenministers Litwinow nicht zu trauen. Er solle vielmehr alle Anzeichen beachten, die auf eine Abmachung der Sowjetunion mit Deutschland schließen ließen. Beck war überzeugt, daß jeder Versuch Englands, zu einem Bündnis mit der Sowjetunion zu kommen, fruchtlos sein würde.

Die Beck-Gafencu—Konferenz

Beck hatte den Wunsch, mit dem rumänischen Außenminister Gafencu zu konferieren, um erneut die Zusicherung zu erhalten, daß Rumänien nicht mit der Sowjetunion zusammenarbeiten werde. Ihm war bekannt, daß Gafencu kurz vor seiner Abreise zu einer Friedensmission nach Berlin, Rom, Paris und London stand. Gafencu, der mit der Bahn nach Berlin reisen wollte, lag nichts daran, durch ungarisches Gebiet zu fahren, weil zwischen Rumänien und Ungarn starke Bitterkeit herrschte. Sein Weg sollte ihn von Bukarest durch die Provinzen Moldau und Bukowina zur polnischen Grenze führen und von dort über Lemberg und Krakau nach Deutschland. Beck schlug vor, am Abend des

480

481

16. April seinen Salonwagen auf polnischem Boden an den Orientexpreß hängen zu lassen, damit sie beide im Verlauf der Nacht, während sie durch das Armutsgebiet des polnischen Südens fuhren, in Ruhe ihre Probleme besprechen könnten. Die von Beck angeregte Durchfahrtskonferenz erinnert an die berühmte Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Serbiens und Bulgariens im Zug von Belgrad nach Nisch vor Ausbruch des Balkankrieges im Jahre 1912.

Gafencu begrüßte das Treffen, weil er vorhatte, mit Beck über Deutschland zu sprechen. Nach seiner Überzeugung lag in der Politik Becks gegenüber Deutschland die Hauptbedrohung des Friedens in Europa und so hoffte er, einen mäßigenden Einfluß auf den polnischen Außenminister ausüben zu können. Die beiden Diplomaten begrüßten sich am 16. April sehr herzlich, doch schien es Gafencu, als sei Beck nervös und stehe unter starkem Druck. Er hielt es aber für eine natürliche Folge der Ereignisse der letzten Zeit und der Ungewißheit über die Zukunft Polens. Gafencu bat Beck, mit ihm über die polnische Deutschland—Politik zu sprechen, bevor man sich rumänischen Fragen zuwende. Beck antwortete ihm mit der Erklärung, der Hintergrund der Störungen zwischen Polen und Deutschland sei Hitlers Vorschlag einer Abtretung Danzigs. Er versicherte Gafencu, er werde Hitlers Danzigwünsche zu vereiteln wissen. Er habe viele Monate hindurch Hitler Anlaß zu dem Glauben gegeben, er werde eine deutsche Annexion Danzigs akzeptieren. „Wenn er gedacht hat, ich würde es ihm geben, so hat er sich geirrt. Ich bin der Letzte, der Danzig aufgeben würde", meinte Beck zu Gafencu.

Beck behauptete, seine Englandpolitik sei die richtige Antwort auf Hitlers Pläne. Die englische Garantie bedeute, daß die sogenannte Freie Stadt sich nunmehr in sicherem Schutz befinde, einerlei, was zu irgendeinem Zeitpunkt geschehen würde. Polen sei willens gewesen, mit Deutschland Frieden zu halten, wenn Hitler sich der Forderung nach polnischen Zugeständnissen enthalten hätte. Er bestritt, den Gedanken an einen Krieg mit Deutschland als solchen begrüßenswert zu finden.

Gafencu konnte dieser letzten Behauptung keinen Glauben schenken, denn er hatte ein starkes kämpferisches Element in Becks Wesen bemerkt, vor dem der normale menschliche

Hang zur Versöhnlichkeit völlig in den Hintergrund trat. Mit Erstaunen vernahm Gafencu, daß Beck von Hitler erwartet habe, die diplomatischen Beziehungen zu Polen abzubrechen, als dieser Kenntnis von der britischen Garantie erhielt. Für Beck schien das nur logisch zu sein. Das fortgesetzte Interesse Deutschlands an einer Verständigung mit Polen deutete in Becks Augen die Möglichkeit eines deutschen Rückzuges an. Es schien möglich, daß Hitler die bestehende deutschpolnische Grenze doch noch garantieren würde, ohne Zugeständnisse in der Danzig-und Autobahnfrage zu erhalten. Gafencu seinerseits zweifelte, daß dieser Fall jemals eintreten könne.

481

482

Beck spürte sehr bald, daß Gafencu nicht mit seiner Deutschlandpolitik sympathisiere. Auch hatte er das Gefühl, als wolle ihn Gafencu beeinflussen. Wegen seiner Deutschland-Politik hatte ihn bereits Botschafter Lipski auf dem Bahnhof in Berlin auf seiner Rückreise von London angefochten. Lipski hatte zwar seinen Weisungen getreu den Deutschen gegenüber kräftig betont, daß die britische Garantie nicht im Gegensatz zu dem deutsch-polnischen Pakt von 1934 stehe. Doch hatte er Beck anvertraut, daß die Anerkennung bestehender Bündnisverpflichtungen nicht die Anerkennung künftiger Bündnisse einschließe. Eine Erklärung russischen Beistandes an Deutschland wäre nach dem Pakt unannehmbar gewesen. Die Berliner Unterhaltung zwischen Beck und Lipski hatte in einem unentschiedenen Streit über diesen Punkt bestanden.

Beck hoffte, Gafencu zu seinem Deutschland-Standpunkt bekehren zu können. Ihn kränkte die Anregung, daß es doch noch viele andere Wege gebe, mit den Deutschen fertig zu

werden. Er begegnete ihr mit einer ausführlichen Darstellung der grundlegenden Wesenszüge der polnischen Außenpolitik und betonte dabei wiederholt, alle seine Schritte von größerer Tragweite erfolgten noch in Anlehnung an die Weisungen Pilsudskis aus den Jahren 1934 und 1935. Gafencu wartete die Darlegung der Pilsudskischen Gleichgewichtstheorie ab, ehe er Beck unterbrach. Diese Gleichgewichtstheorie forderte die sich auf gleichartige Beziehungen zu den Deutschen wie zu den Russen stützende Handlungsfreiheit Polens.

Gafencu bezweifelte, ob dieses sogenannte vollkommene Gleichgewicht nach 1934 in der Praxis bestanden habe. Es war jedermann bekannt, daß Polen weitaus freundschaftlicher zu Deutschland als zu Rußland sich verhalten hatte, Beck stritt das ab und behauptete, es sei eine Frage von Schein und Wirklichkeit. Unter der Oberfläche sei Polen immer außerordentlich zurückhaltend gegenüber Deutschland gewesen. Er fügte hinzu, seine Liebe zu Polen sei niemals von einer germanophilen Neigung getrübt gewesen und seine Sowjetpolitik beruhe auf konkreten Tatsachen und nicht auf Russenfurcht. Feindschaft gegen das russische Volk hege er nicht, „aber ich kenne Rußland und lasse in diesem Zusammenhang mich nicht von den Illusionen des Westens leiten.

Gafencu weigerte sich, Becks Erklärung anzuerkennen. Ihm schien es völlig klar, daß Beck sich stark zu den Deutschen hingezogen, von den Russen jedoch abgestoßen fühlte und zu keinem der beiden Völker einen sachlichen Abstand hatte. Nach Gafencus Ansicht waren darum die jüngsten diplomatischen Schachzüge Becks mit dessen Grundeinstellung unvereinbar. Er wußte sehr genau, daß Beck nicht ausgesprochen und heftig deutschfeindlich im Sinne der nationaldemokratischen Jünger Dmowskis war. Er

war sogar sicher, daß Beck Hitler große persönliche Bewunderung entgegenbrachte.

Da es Beck nicht gelang, Gafencu von der Richtigkeit seiner Deutschland-

482

483

Politik zu überzeugen, wechselte er das Thema. Er verurteilte die Politik des Westens gegenüber der Sowjetunion und bezeichnete sie als die Degeneration des realistischen „cordon sanitaire” (Eindämmung Rußlands) zu der imaginären Politik des gegenseitigen Beistands, der der russischen Intervention in jeder Richtung Vorschub leiste. Es sei unnötig, sich der Antikomintern-Front anzuschließen, um sich der Ausbreitung des Bolschewismus zu widersetzen, und so zöge er es vor, die Dritte Internationale ganz inoffiziell zu bekämpfen, indem er ihr Bestehen einfach leugne. Er gab zu, daß er den „cordon sanitaire” und damit die Fernhaltung Rußlands von Europa begünstige. Nach seiner Ansicht war jedoch die Grenze Europas mit der jeweiligen Ostgrenze Polens identisch. Dieser polnischen Sicht entsprach der russisch-polnische Nichtangriffspakt, da solche Pakte vor den Grenzen haltmachten. Sie seien eher Grenzfestlegungs als kooperative Verträge. Beck sprach sehr eingehend mit Gafencu über die Russenfrage und war erleichtert, die positive Zusicherung zu erhalten, daß Rumänien es ablehnen würde, sich an einer Front gegenseitigen Beistandes mit der Sowjetunion zu beteiligen.

Ein polnisch-rumänischer Zusammenhalt gegen Rußland war für Beck von ausschlaggebender Bedeutung. Er hatte nichts dagegen, als die Unterhaltung wieder auf Deutschland kam, nachdem Gafencu ihm die wichtige Zusicherung über

Rußland gegeben hatte. Beck beklagte sich, Hitler habe nach dem Pakt von 1934 fast fünf Jahre verstreichen lassen, bevor er im Oktober 1938 mit seinen Vorschlägen für eine allgemeine Regelung hervorgetreten sei. Die Polen seien durchaus zu der Erwartung berechtigt gewesen, daß, wenn alles beim alten geblieben wäre, die Frage nach Danzig nie gestellt worden wäre. Beck gab dabei allerdings erneut zu, er habe bewußt den Plan einer umfassenden Regelung zwischen Deutschland und Polen vorgetäuscht, ohne eines der von ihm erwarteten Zugeständnisse zu machen.

Mittlerweile war es Morgen geworden und die polnischen Bauern draußen machten sich langsam an ihr Tagewerk. Doch Gafencu dachte nicht daran, die Unterredung zu beenden. Er hatte Warschau sechs Wochen vorher besucht und ein recht freundschaftliches Verhältnis zu Beck gewonnen. Rumänien und Polen waren seit Jahren Bundesgenossen und enge Nachbarn mit einer gemeinsamen osteuropäischen Perspektive. Beck glaubte, daß diese Schlüsselstellung in einer Krise von größter Bedeutung für den ganzen europäischen Kontinent sein würde. Gafencu seinerseits hoffte, mäßigend auf Beck einwirken zu können, um dadurch ein neues Unglück von Europa abwenden zu können. Er fürchtete, Europa treibe einem Kriege zu, und betrachtete es als seine wichtigste Aufgabe, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Er liebte den Frieden nicht weniger aufrichtig, als Halifax sich dem Krieg verschrieben hatte.

483

484

Beck und Gafencu sprachen über ihre Zusammenkunft vor der britischen Garantie an Polen. Gafencu erinnerte daran, daß Beck gesagt habe: „Alle Erklärungen, die Hitler mir seit

1935 (Tod Pilsudskis) abgegeben hat, waren gerecht und wahr und haben niemals im Gegensatz zu den Tatsachen gestanden. Ich habe mit ihm von Mann zu Mann gesprochen und als Soldat zu Soldat; er hat sich immer an die Verpflichtungen gehalten, die er übernahm, und mir gegenüber nicht eine gebrochen, bis auf den heutigen Tag nicht.“

Beck hatte die gleiche Einstellung zu Rumäniens tschechischem Verbündeten wie Hitler und gesagt: „Die Tschechoslowakei ist mir immer wie eine Karikatur des habsburgischen Österreich vorgekommen. Alles in diesem Staat war unordentlich und provisorisch.” Gafencu erinnerte Beck daran, daß er viele Aspekte der britischen Politik doch wohl auch mit sehr kritischen Augen betrachtet habe.

Dann informierte er Beck über Berichte, die er von dem rumänischen Botschafter Franassovici in Warschau nach der polnischen Ablehnung der deutschen Vorschläge erhalten habe. Dieser habe zusammen mit dem Botschafter Graf Moltke eine Ostsee-Karte betrachtet. Dann hätten die beiden Vermutungen angestellt, wie man einem uneingeweihten Außenseiter die Danzigfrage beschreiben könne. Deutschland sei auf der Karte gelb gezeichnet gewesen und die Freie Stadt blau. Moltke hätte angedeutet, daß Hitler bereit sei, alle bestehenden Rechte Polens in Danzig anzuerkennen, und Danzig bleibe daher eine Frage der Farben. Werde nun Danzig auf der Karte blau bleiben oder werde man Hitler gestatten, es gelb zu streichen? Franassovici habe darauf gemeint, die Danzigfrage sei dann wohl eine Kombination von Farben und leichten Schattierungen.

Gafencus Versuch, die Danzigfrage etwas leichtherziger darzustellen, erheiterte Beck keineswegs. Er rief aus: „Wenn sie Danzig anrühren, gibt es Krieg!” Mutig schlug Gafencu

zurück mit der Frage, ob der plötzliche Kurswechsel in Polen Beck veranlaßt habe, seinen Rücktritt zu erwägen. Beck entgegnete, er werde niemals zurücktreten, denn niemand in Polen verstehe genug von polnischer Politik, um seinen Platz einnehmen zu können. Hitler werde gar nicht in der Lage sein, sich von dem Glauben freizumachen, daß ein starkes Polen ein Aktivposten für Deutschland sei, vor allem, wenn er, Beck, auf seinem Posten bleibe. Hitler könne es ja mit einer Vergeltung an Polen gar nicht Ernst sein, denn er wünsche Europas Tore nicht der sowjetischen Expansion zu öffnen. Hinzu setzte er, Hitler sei sich im Gegensatz zu den Führern der Weimarer Republik der bolschewistischen Gefahr voll bewußt. Gafencu hatte den Verdacht, Becks Argument sei unaufrichtig und falsch, doch fiel ihm keine zwingende Antwort ein.

Eindeutig erklärte Beck, er sei noch immer bereit, Hitler die eine Zusicherung

484

485

zu geben, Polen werde niemals ein Bündnis mit der Sowjetunion akzeptieren. Der rumänische Außenminister wußte, daß diese Erklärung ehrlich war. Ihm erschien es geradezu tragisch, daß Becks Unnachgiebigkeit eine Verständigung zwischen den beiden antibolschewistischen Mächten Deutschland und Polen verhindere. Er mußte jedoch erkennen, daß sein Bemühen, Beck umzustimmen, mißlungen war. Beck hingegen war mit dieser Konferenz zufrieden. Er hatte eine neue Zusicherung erhalten, daß Rumänien niemals eine russische Garantie annehmen werde. Ebenso befriedigt war er, als der russische Außenminister Maxim Litwinow am 19. April 1939

wiederholte, die Sowjetunion werde Rumänien und Polen nicht garantieren.

Die Roosevelt-Telegramme

Die Briten rechneten nach ihrer Garantie an die Polen mit lebhaften Entwicklungen in Danzig. Es war ihnen entgangen, daß Hitler die Danziger Behörden angewiesen hatte, sich sehr intensiv um die Beschwichtigung der Polen zu bemühen. Der britische Botschafter Kennard hörte am 12. April 1939, Lipski sei in Warschau eingetroffen. Das konnte, wie er vermutete, ein Zeichen dafür sein, daß sich irgendetwas Wichtiges in der Danzigfrage anbahne. Er fragte Beck nach den neuesten Nachrichten über Danzig und bekam zu hören, es habe sich nichts geändert.

Die Ruhe in Danzig begann Kennard zu ärgern. Zehn Tage später erschien er im polnischen Außenministerium und erklärte mit Entschiedenheit, Großbritannien sei „berechtigt“, über alle neuen Schritte in Danzig unterrichtet zu werden. Die Deutschen beschuldigten Großbritannien, daß Danzig in eine Sackgasse geraten sei, Die Briten seien deshalb „etwas besorgt” über die Situation. Kennard bekam wiederum zu hören, es gebe nichts zu berichten. Die Deutschen hatten die Rückkehr Danzigs und eine Durchgangsstraße nach Ostpreußen gefordert. Nach der Ansicht des polnischen Diplomaten rechneten die Deutschen damit, Lipski werde eines Tages mit „Vorschlägen ausführlicher Art“ erscheinen. Man sagte Kennard jedoch nicht, ob Polen den Deutschen tatsächlich solche Vorschläge präsentieren würde.

Das nichtssagende Ausweichen im polnischen Außenministerium verwirrte Kennard. Er beschwerte sich bei Halifax, außerdem vermerkte er mit schadenfroher Genugtuung, in polnischen Finanzkreisen erhebe man

Einwände gegen Beck. Es hatte sich in Polen herumgesprochen, daß Beck während seines Londonbesuches nichts von einer britischen Wirtschaftshilfe hatte verlauten lassen. Mit Stolz war von ihm Polens angebliche Einsatzbereitschaft und Stärke betont worden. Die polnischen Finanzleute betrachteten dieses Verhalten als einen unverzeihlichen und kostspieligen Fehler.

Beck erwartete voller Ungeduld Hitlers Antwort auf die Annahme der briti-

schen Garantie durch Polen. Er fragte sich, ob Hitler den durch die Garantie-Annahme von Polen verletzten Pakt von 1934 kündigen werde, ohne sich darüber klar zu sein, daß Hitler nichts unternehmen würde, was Polens Geltungsanspruch nur steigern mußte, sobald er sich öffentlich zu dieser Sache äußerte. Hitler wußte, die Kündigung des Paktes würde ein viel zu bedeutender Schritt sein, als daß man ihn mit einem offiziellen Kommunique und ein paar Pressemeldungen hätte abtun können. Dieses Problem wurde unerwartet durch Präsident Roosevelt für Hitler gelöst. Amerikas Präsident ging auf Bullitts Vorschlag ein, etwas Wirksames zu unternehmen, um die öffentliche Meinung des Landes zu beeinflussen, und beging damit einen ungeheuerlichen diplomatischen Schnitzer, der Hitler direkt in die Hände spielte.

Roosevelt gab der amerikanischen Öffentlichkeit am 14. April 1939 den Inhalt von Telegrammen an Mussolini und Hitler bekannt, welche am folgenden Tag in Rom und Berlin eintrafen. Roosevelt bemühte sich, darin den Eindruck zu erwecken, als seien Deutschland und Italien ausschließlich

für jede Bedrohung des europäischen Friedens verantwortlich. Sich selbst stellte er als den selbstlosen Friedensapostel hin, der viele Gedanken und Energien darauf verwendet habe, einen Plan zur Beseitigung der Kriegsgefahr zu entwerfen. Dieser Friedensplan forderte Deutschland und Italien zu der Erklärung auf, unter allen Umständen für zehn bis fünfundzwanzig Jahre auf Krieg verzichten und Nichtangriffspakte mit einer großen Zahl von Staaten, von denen einige nur in der Phantasie des amerikanischen Präsidenten über eine unabhängige Existenz verfügten, abschließen zu wollen.

Die Roosevelt-Botschaft rief einen heftigen Widerhall in der deutschen Presse hervor. Die deutschen Journalisten fragten sich, ob die Vereinigten Staaten sich vertraglich verpflichten würden, Haiti oder San Domingo innerhalb der nächsten fünfundzwanzig Jahre nicht anzugreifen". Joseph Goebbels richtete am 17. April 1939 drei Fragen an die amerikanische Öffentlichkeit. Er fragte, ob es ihr klar sei, daß Roosevelt ähnlich wie Woodrow Wilson den Wunsch hege, überall in der Welt eine permanente amerikanische Interventionspolitik zu fördern. Ferner fragte er, ob Amerikas Bevölkerung Roosevelts kürzliche Botschaft als ein neues Manöver erkenne, das eher die amerikanischen Neutralitätsgesetze beseitige, als dem Frieden diene; und ob es ihr schließlich bekannt sei, daß Roosevelt seit seiner Quarantäne-Rede in Chicago im Oktober 1937 eine gemeinsame Front Amerikas mit dem Bolschewismus befürwortet habe. Am 17. April gab die deutsche Presse bekannt, Hitler werde in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag am 28. April 1939 Präsident Roosevelt im Namen des deutschen Volkes antworten. Über dieses Vorhaben hatte sich Hitler mit Ribbentrop in einer Sonderbesprechung am vorhergehenden Tage geeinigt.

So wurde Hitler Gelegenheit gegeben, sich im Rahmen der allgemeinen

486

487

Lage mit dem Fall Polen erst in zweiter Linie zu befassen. Er beabsichtigte, den größeren Teil seiner Stellungnahme zu dem Pakt mit Polen einer vorsichtigen Kritik des amerikanischen Präsidenten und einer Kritik der englischen Politik zu widmen. Ferner hatte er vor, das deutsch-englische Flottenabkommen zu kündigen. Hitler ordnete an, die deutsche Presse solle in der Zeit bis zu seiner Rede von einer Kritik an den Polen Abstand nehmen.

Reichsmarschall Göring weilte vom 14. bis 16. April zu einem Besuch in Italien. Er hatte Instruktionen von Hitler, das gesamte Gefüge der deutsch-italienischen Beziehungen zu erörtern. Ribbentrop empfand leichtes Unbehagen über Görings offiziellen Auftrag in diesem entscheidenden Stadium, in dem er um ein deutsch-italienisches Bündnis sich bemühte. Zu seiner Erleichterung erfuhr er dann, daß Görings Mission in jeder Hinsicht erfolgreich verlaufen sei.

Göring besprach am 16. April 1939 die Roosevelt-Telegramme mit Mussolini und Ciano. Dabei äußerte er zu Mussolini, man könne sich nur schwer des Eindrucks erwehren, daß der amerikanische Präsident geistig krank sei. Mussolini kritisierte die textliche Abfassung der Telegramme. Es sei lächerlich, von Deutschland und Italien zu verlangen, Nichtangriffspakte mit Palästina und Syrien zu schließen, wo diese doch britische und französische Mandatsgebiete und keine unabhängigen Staaten seien. Da Mussolini an der Verbesserung englisch-italienischer Beziehungen gelegen war, hatte er eine Molltonart gewählt,

mit der er die amerikanische Herausforderung öffentlich beantworten wollte. Seinem Unwillen gab Mussolini erstmals in kurzer Form Ausdruck in seiner Romrede am 29. April 1939, in der er gewisse Lärmschläger tadelte, die internationale Beziehungen zu stören suchten. Dann hob er hervor, Italien bereite sich friedlich auf die für 1942 geplante Internationale Ausstellung in Rom vor. Das Vorrecht zu einer ausführlichen Replik an den Präsidenten Amerikas wurde Hitler überlassen.

Das schwierige Verhältnis zwischen Deutschland und Polen war für die Gespräche zwischen Göring und den italienischen Führern ein heikles Thema. Göring machte keinen Versuch, den Ernst der Lage zu leugnen und beklagte sich: „England ist von seiner alten Linie abgewichen… und hat sich jetzt im voraus verpflichtet, Unterstützung zu gewähren (an Polen, Rumänien und Griechenland) und das zu Bedingungen, die von dem jeweils anderen Partner bestimmt werden können.” Mussolini erklärte, in der gegenwärtigen Gefahrenlage sei es wichtig für die Achsenmächte, sich für unbestimmte Zeit einer passiven Politik wieder zuzuwenden. Das schiene der einzige Weg zu sein, wie man der kriegerischen Haltung der britischen Regierung begegnen könne. Göring gab der Hoffnung Ausdruck, es werde doch noch möglich sein, Deutschlands Streitigkeiten mit Polen in friedlichen Verhandlungen zu regeln,

und sagte voraus, Roosevelt habe 1940 nur wenig Aussicht auf Wiederwahl, wenn die europäische Situation in ihren Grundlagen unverändert bleibe. Doch gab er zu, eine Zunahme provokativer Maßnahmen Polens gegen

Deutschland könne eine deutsche Aktion gegen Polen erzwingen. Damit war klar ausgesprochen, daß die Polenfrage in dieser Stunde zu einem europäischen Problem geworden war.

Ribbentrop fühlte sich durch den Göringbesuch ermutigt, sich eifrig um ein separates deutsch-italienisches Bündnis zu bemühen. Das erste offizielle Gespräch über ein solches Bündnis hatte im Mai 1938 stattgefunden, als Hitler Italien besuchte. Nach dem ursprünglichen Plan sollte der Antikominternpakt unter Einschluß Japans zu einem Bündnis erweitert werden. Im Laufe der Zeit wurde es jedoch immer deutlicher, daß die Japaner nicht gewillt waren, so weit zu gehen, in der Sorge, ein solches Bündnis könnte sie in einem Augenblick in Schwierigkeiten mit Großbritannien bringen, in dem sie ernstlich in China gebunden wären. Deutsche und italienische Versuche, im Jahre 1938 zwischen Japan und Nationalchina zu vermitteln, waren erfolglos geblieben. In einem Telephongespräch mit dem deutschen Botschafter Ott in Tokio hatte Ribbentrop einen letzten besonderen Appell an die Japaner im Interesse eines Bündnisses gerichtet. Wie erwartet, war die Antwort darauf negativ ausgefallen und so ging er daran, sich auf einen separaten Pakt mit den Italienern zu konzentrieren. Er war sich der Schwierigkeit seines Vorhabens bewußt, denn viele Italiener bezweifelten die Zweckmäßigkeit einer vertraglichen Bindung an Deutschland. Auch sah er es kommen, daß die Italiener sich unter Umständen um Vorbehalte bemühen könnten, die das Bündnis seiner vollen Wirksamkeit berauben würden.

Die Roosevelt-Botschaft vom 15. April kam Ribbentrop für die Verbesserung der Kontakte zu einer Reihe von Ländern zustatten. Auch nahm er mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die ungehobelten Roosevelt-Telegramme den Briten mißfallen hatten. Sir George Ogilvie-Forbes, der britische

Geschäftsträger in Berlin, erklärte am 17. April 1939 im Auswärtigen Amt ganz offen, England betrachte Roosevelts Botschaft als „ein plumpes Diplomatenstück”. Bullitt versuchte von Paris aus Roosevelt zu beschwichtigen, indem er die höchst unliebsame Situation in ein positives Licht zu rücken versuchte und behauptete, Daladier sei durch das jüngste Vorgehen des amerikanischen Präsidenten „ermutigt” worden.

Ribbentrop schickte am 17. April 1939 Instruktionen an die deutschen Botschafter in den von Roosevelt benannten Ländern, mit Ausnahme von Großbritannien, Frankreich einschließlich ihrer Besitzungen, Polen und Rußland. Die Botschafter sollten sich erkundigen, ob diese Länder sich für bedroht hielten und ob ihre Regierungen Roosevelt zu seinem Plan ermächtigt hätten. In

der deutschen Regierung wußte man, daß auf beide Fragen verneinend geantwortet werden würde, aber für die Auseinandersetzung bedurfte sie der ausdrücklichen Bestätigung dieser Vermutungen.

In der Zeit der Roosevelt-Botschaften waren die Briten in ihren politischen Maßnahmen gegen Deutschland sehr aktiv. Der polnische Botschafter Potworowski berichtete Beck am 15. April 1939 aus Stockholm, die Briten seien im Begriff, Druck auf Schweden auszuüben, sich einer Blockade Deutschlands in einem künftigen Krieg anzuschließen. Die Schweden nahmen den Versuch der Briten, ihnen ihre Politik zu diktieren, übel, doch für Beck wurde es nun klar, daß England ernsthaft und energisch eine künftige Blockade Deutschlands vorbereitete. Halifax benutzte als Waffe gegen

seine Kritiker im Unterhaus sphinxhaftes Schweigen. Behauptungen, Polen und Rumänien würden ein Operieren sowjetischer Truppen innerhalb ihres Gebietes niemals zulassen, ignorierte er, ebenso, daß die diesen Ländern angebotenen Garantien einen Vertrag mit Rußland unmöglich machen würden. Unterstaatssekretär für Außenpolitik Rab Butler weigerte sich am 18. April 1939, eine direkte Anfrage über die Rolle Danzigs in der Garantie an Polen zu beantworten. Nur ein Sprecher im Unterhaus stellte die Behauptung auf, Polen und Rumänien allein verfügten über genügend Truppen, um es erfolgreich mit den Deutschen aufnehmen zu können. Im ganzen hielt es das Hohe Haus für völlig unmöglich, diese Behauptung anzuerkennen.

Gafencu akzeptiert Hitlers Zusicherungen

Rumäniens Außenminister Gafencu traf am 18. April 1939 in Berlin mit Ribbentrop und Göring zusammen. Er war beeindruckt von der Geschicklichkeit und Ungezwungenheit Ribbentrops, schwierige Probleme zu besprechen.

Der Reichsaußenminister erinnerte Gafencu daran, daß er für die letzte Verhandlung mit Polen die Verantwortung trage und daß er der Bereinigung bestehender Mißstände in Danzig und im polnischen Korridor entscheidende Bedeutung beilege. Göring zeigte sich besonders besorgt über die britische Haltung gegenüber Deutschland. Der rumänische Außenminister stimmte mit ihm darin überein, daß die Einkreisungspolitik endgültig die Oberhand in Großbritannien gewonnen habe. Gafencu gab der Hoffnung Ausdruck, diese Lage entschärfen und Hitlers Bereitschaft ins Gespräch bringen zu können, neue Abmachungen in der Tschechenfrage mit den Briten zu erörtern. Dann gestand er den beiden Deutschen, er sähe sich nicht in der Lage, irgendwelche ermutigenden Nachrichten über die polnische

Haltung aus seiner Zusammenkunft mit Beck zu übermitteln.

Gafencu traf mit Hitler am 19. April 1939 zusammen. Er war von dem deutschen Reichskanzler überaus stark beeindruckt. Er spürte sofort, wie Hit-

lers Art, von Mann zu Mann zu sprechen, sein Vertrauen erweckte und Hitler keineswegs darauf ausging, ihn besonders beeindrucken zu wollen. Auch fand er eine magische Anziehungskraft in Hitlers Worten. Aus ihnen sprach für ihn der Geist und das Streben der Masse des deutschen Volkes. Gafencu war glücklich, in Hitler eher einen Freund als einen Gegner vor sich zu haben, denn „man spricht (mit ihm) nicht mit einem Mann allein, sondern mit einer Million Männer". Der Rumäne begann das Gespräch mit einer eingehenden Schilderung seiner kürzlichen Zusammenkunft mit Beck. Dabei versuchte er, dessen Äußerungen abzuschwächen, um in Hitler den Eindruck zu erwecken, daß Polens Absichten gegenüber dem Reich an sich immer noch friedfertig seien.

In seiner Entgegnung begrüßte Hitler den rumänischen Gast als einen Vertreter eines aus dem Habsburger Reich hervorgegangenen Nachfolgestaates. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns habe zahlreiche, außerhalb der alten Grenzen lebende Rumänen unter die Herrschaft Bukarests gebracht. Hitler führte aus, wenn er 1914 das Oberhaupt Deutschlands gewesen wäre, hätte er sehr energisch in die habsburgisch-serbischen Verhandlungen eingegriffen, die der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin durch serbische Verschwörer folgten. Und dann

hätte er die Teilung der Doppeladler-Monarchie als das beste Mittel vorgeschlagen, einen allgemeinen Krieg zu verhindern. Er setzte Gafencu auseinander, Polens Hoffnungen auf Unabhängigkeit und territoriale Bestrebungen der Rumänen und Serben hätten 1914 unerwartete Unterstützung von Deutschland erhalten, wenn er die deutsche Politik zu bestimmen gehabt hätte. Hitlers starke Abneigung gegen den ehemaligen Habsburger Vielvölkerstaat bestand schon seit seiner frühesten Jugend, was für die Aufrichtigkeit dieser Äußerungen sprach.

Hitler fragte dann, wie es sich mit der Wahrheit der Behauptung verhalte, Rumänien fürchte, er hege feindselige Absichten. Gafencu entgegnete, kein Rumäne habe irgendeinen Grund, daran zu glauben. Darauf ging Hitler dazu über, Becks Annahme der britischen Garantie zu kritisieren, und beklagte sich, er werde „niemals die Veränderung begreifen, die in der Haltung Polens eingetreten sei". Er gab zu, daß er die Absicht habe, Polens Politik gegenüber Großbritannien als eine unzumutbare Verletzung des Paktes von 1934 herauszustellen. Dazu sagte er: „Unter diesen Umständen hätte ich die Abmachung niemals unterschrieben, darum lege ich auf diesen Vertrag keinen Wert mehr. Ich habe dem Polen Pilsudskis gegenüber die besten Absichten bewiesen. Ich habe seine Grenzen respektiert und alle die unsinnigen Abmachungen von Versailles. Ich habe der Presse verboten, gegen die skandalöse Art und Weise zu protestieren, mit der die deutsche Minderheit behandelt wird." Er verglich die Angriffe polnischer Zeitschriften gegen Deutschland mit der deutschen

Zurückhaltung und überreichte dem rumänischen Diplomaten einen Stoß polnischer Zeitungen und Illustrierter mit den zitierten Angriffen.

Hitler äußerte seine Absicht, die deutschen Vorschläge an Polen vom 24. Oktober 1938 öffentlich bekanntzugeben. Dazu sagte er voraus, eines Tages würden Historiker diese Vorschläge als „einen Akt unglaublicher Großmut" anerkennen und nicht als ein einseitiges, für Polen nachteiliges Angebot. Dann sprach er über den Grundpfeiler seiner Politik, die englisch-deutsche Zusammenarbeit, und hob mit großer Deutlichkeit hervor, ein Krieg zwischen Deutschland und England würde furchtbare Folgen haben. Mit geradezu prophetischem Weitblick meinte er: „Wir würden am Ende alle, Sieger und Besiegte, unter den gleichen Trümmern liegen; und der einzige, der Gewinn daraus zieht, würde Moskau sein.“ Hitler stellte fest, in Deutschland beschuldige man ihn des öfteren, ein heimlicher Bewunderer des Britischen Empires zu sein, und er müsse zugeben, daß dies zutreffe. Nur ein unmenschliches Schicksal würde ihn zwingen können, einen Konflikt mit den Briten ins Auge zu fassen. Im übrigen sei er „von frühester Jugend an ein großer Englandfreund" gewesen.

Gafencu empfing von Hitler viele Anregungen für seine Gespräche mit den Briten, aber er fürchtete, daß für Polen die Dinge schlecht aussähen. Er war fest davon überzeugt, daß auch der härteste Widerstand Polens Hitler nicht zwingen könnte, das nationalsozialistische Danzig aufzugeben. In London hoffte er wenigstens einige Anzeichen einer britischen Bereitschaft anzutreffen, sich wieder einer gemäßigten und heilsamen Politik zuzuwenden. Mit Halifax am Steuer war das leider unmöglich. Dieser empfing mit Genugtuung eine Reihe von Berichten, aus denen hervorging, daß Polens Kriegsbereitschaft im

Wachsen begriffen und die deutsche Bevölkerung von Hitlers Außenpolitik nicht begeistert sei.

Kennard berichtete am 23. April 1939 aus Warschau, die Polen planten weitere Mobilmachungsmaßnahmen und Beck fordere britische Finanzhilfe an. Diese polnische Demarche folgte einer Konferenz im Warschauer Außenministerium am 21. April 1939. Lipski, der sich dort noch aufhielt, sagte voraus, Hitler werde in seiner Reichstagsrede die Punkte des deutschen Angebots an Polen bekanntgeben. Nach seiner Ansicht werde Hitler das Hauptgewicht seiner Ausführungen auf Polens Annahme der britischen Garantie legen, und darum sei es ratsam, wenn die Propaganda sich in diesem Sinne vorbereite und deutlich mache, daß Polen zu verhandeln wünsche und Gegenvorschläge überreicht habe.

Beck meinte voller Verachtung auf die Anregung seines Botschafters hin, das würde gleichbedeutend mit einer Hinwendung zur Defensive sein und einen Eindruck in England hinterlassen, wie er schlimmer gar nicht sein könnte.

Genau das Gegenteil beabsichtige er, nämlich kein Wort über die bereits erfolgten Verhandlungen mit den Deutschen zu erwähnen und sich stattdessen um die Beschleunigung der militärischen Vorbereitungen zu bemühen. Jan Szembek neigte in wachsendem Maße dazu, die Ansichten Lipskis zu teilen. Er erwähnte, Hermann Göring habe seiner Frau, Gräfin Isabella Szembek, vor einigen Tagen außergewöhnliche Höflichkeiten erwiesen. Dabei sei es direkt zu einer kleinen Demonstration gekommen, denn Göring habe sich in diesem Augenblick in der Begleitung

höchster italienischer Kommandeure befunden. Beck lehnte es ab, solchen Höflichkeitsbezeugungen besondere Bedeutung beizumessen.

Beck äußerte zu Kennard am 23. April 1939, Ribbentrop versuche Hitler für eine Versteifung der deutschen Haltung Danzig gegenüber zu gewinnen. Darum müßten zusätzliche militärische Maßnahmen in Polen getroffen werden. Er wünsche finanzielle Hilfe von England. Im Vertrauen gestand er Kennard, Hitlers Angebot sei im Grunde genommen nicht uninteressant und die Briten könnten sich glücklich schätzen, daß Polen Deutschlands Liebeswerben widerstanden hätte. Nach seiner Vermutung sei es das Hauptziel Deutschlands, Polen für einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion zu gewinnen, doch würde dies Polen von den Westmächten völlig trennen können. Er versäumte es, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß Englands Politik zur Schaffung eines kommunistischen Polens führen könnte, das dann weder zu Großbritannien noch zu Frankreich freundschaftliche Verbindung hätte.

Der britische Geschäftsträger Ogilvie-Forbes berichtete am gleichen Tag, in Deutschland herrsche angesichts der jüngsten Krise völlige Apathie. Der Bedarf des deutschen Volkes an Krisen sei gedeckt und es wünsche daher in Frieden gelassen zu werden. Er vermerkte, anläßlich Hitlers 50. Geburtstags am 20. April 1939 sei keine ungewöhnliche Begeisterung zu bemerken gewesen, obwohl Berlin an diesem Tage die größte Truppenparade seit seinem Bestehen erlebt habe.

Gafencus Londonbesuch

Die letzten Berichte aus Warschau und Berlin ermunterten Halifax, und er sah der Ankunft Gafencus in London am 24. April 1939 erwartungsvoll entgegen. Er hoffte, Beck

überspielen zu können, und wollte den Rumänen überreden, von der Sowjetunion Schutz gegen Deutschland anzufordern. Im voraus erklärte er deutlich, die Tilea-Lüge werde nicht als Gesprächsthema zugelassen werden. Halifax hatte gehört, Gafencu sei ein liebenswürdiger und anziehender Mensch, mit dem leicht zu verhandeln sei.

Englands Außenminister erlebte eine Reihe unangenehmer Überraschungen. Gafencu weigerte sich, in der Russenfrage eingespannt zu werden, und er-

griff sofort seinerseits die Initiative, um einen eigenen Plan zur Lösung der bestehenden europäischen Differenzen vorzuschlagen. Gafencu bereiste Europa im April 1939 im Interesse einer Aussöhnung, nicht zugunsten eines Krieges. Die Haupthindernisse für eine europäische Befriedung lagen nach seinem Dafürhalten in Großbritannien und in Polen. Deutschland hatte ihn in seinem Friedensplan bestärkt und unterstützt, und er war darauf vorbereitet, ihn in Großbritannien mit Energie und Nachdruck zu präsentieren.

In der ersten Konferenz am 24. April 1939 schnitten die Briten sofort die Frage des rumänisch-polnischen Bündnisses gegen Deutschland an. Gafencu drückte sein Erstaunen darüber aus, daß die Briten an diesem Plan festhielten. Beck habe seine Unannehmbarkeit für Polen bereits sehr deutlich klargemacht. Auch Rumänien sehe keinen Grund, diesen britischen Plan zu unterstützen. So solle man zur Kenntnis nehmen, ihr Plan gerate in Konflikt mit seinen außenpolitischen Absichten, zu denen auch die Verbesserung der rumänischen Beziehungen zu Deutschland gehöre. Er halte das für besonders notwendig,

da die Ausschaltung der Tschechoslowakei als eines rumänischen Verbündeten eine ungute Wirkung auf die öffentliche Meinung seines Landes gehabt habe, und es sei unbestreitbar, daß Deutschland eine bedeutende Rolle in den tschechischen Vorgängen gespielt habe. Die Briten erfuhren, daß er diesen Punkt in seiner Unterredung mit Göring in Berlin besonders hervorgehoben hatte.

Dann begann der rumänische Diplomat, seine Begegnung mit Hitler zu schildern. Er erklärte, Hitler sei „wie eine Naturkraft“, auch sei er „sehr menschlich”. Hitler habe nicht einen Augenblick lang vergessen, daß sein rumänischer Gast weiter nach England reisen werde. Fast alles habe der deutsche Staatschef mit dem Gedanken an eine britische Zuhörerschaft gesagt. Vor allem habe er Gafencu fühlen lassen, daß er „voller Zorn über Polen“ sei. Nebenbei bemerkte Gafencu, er habe eine Reihe von Hitlers Äußerungen schärfstens kritisiert, doch habe das der deutsche Kanzler mit unverändert freundlichem Gleichmut hingenommen. Dann vertraute er Halifax an, nach seiner Überzeugung sei das derzeitige deutschpolnische Verhältnis absolut hoffnungslos. Beck werde Polen zum Kampf aufrufen, wenn die Deutschen Danzig anrühren. Auf der andern Seite sei Hitler verständlicherweise über die trotz der Münchener Vereinbarung erfolgte britische ‚Intervention in Osteuropa verärgert. Diese Lage gefährde den Frieden in Europa. Eine Lösung der Differenzen müsse so schnell wie möglich gefunden werden. Er habe einen Plan entwickelt, der den Erfordernissen dieser heiklen Situation gerecht werde.

Mit einem großen Triumph brachte der rumänische Außenminister zum Ausdruck, die deutschen Führer hätten diesem Plan ihre volle Zustimmung gegeben. Dazu gehöre eine neue Regelung in Böhmen, die man so festlegen könne,

daß sie auch Entspannung für andere schwebende Fragen bringe. Das

493

494

werde den Weg zu einer allgemeinen Regelung bahnen. Und dann erklärte Gafencu mit unverhüllter Deutlichkeit, die Briten sollten Verhandlungen einleiten und den Deutschen dabei zu verstehen geben, daß alle künftigen Zugeständnisse an sie von ihrer Bereitschaft abhingen, Konzessionen in Prag zu machen.

Überflüssig, zu erwähnen, daß Gafencus Gastgeber nicht das geringste von diesem Vorschlag hielten. Waren doch auch die Vorgänge in Prag im März 1939 einer der Vorwände für Halifax gewesen, Deutschland Schwierigkeiten zu machen. So hatte er für eine neue Prager Regelung, die diese Schwierigkeiten beseitigen würde, nichts übrig. Halifax stieß mit der Frage vor, „ob M. Gafencu von der politischen Praxis her es für wahrscheinlich halte, daß die Deutschen Prag wiedereinsetzen würden“. Gafencu entgegnete, freilich sei das wahrscheinlich, denn er habe die Unterstützung der deutschen Führer zu seinem Plan. Mit peinlicher Genauigkeit machte er klar, er habe dabei keinen Umsturz in der Slowakei im Auge. Man könne vielmehr damit rechnen, daß die Deutschen die Bildung eines anderen Regimes in Böhmen-Mähren zulassen würden. Sir Alexander Cadogan warf säuerlich ein, „die Wiedereinsetzung Prags würde kaum eine Kompensation für Polen sein“. Milde erwiderte Gafencu, in diesem Punkte mache auch er sich keine Illusionen. Dagegen schienen ihm die Deutschen, zumindest was die Westmächte beträfe, berechtigt zu sein, hinsichtlich Danzigs und des Korridors berücksichtigt zu werden, wenn sie in Böhmen Konzessionen machten. Weiteren Einwänden hoffte

Gafencu mit dem Zusatz zuvorkommen zu können, es gäbe nur ein plausibles Argument gegen seinen Plan. Er wolle dieses Argument selbst anführen und dann dagegen plädieren. Und dieses Argument laute, Hitler suche auf jeden Fall Krieg.

Gafencu verwarf dieses Argument mit sehr beredten Worten. Am Ende seiner Ausführungen erklärte er seinen Gastgebern rundheraus: „Hitler wünscht keinen Krieg." Cadogan bestritt es keineswegs, doch konnte er sich nicht des banalen und wenig intelligenten Kommentars enthalten: „Männer, die Erfolg haben müssen, sind sehr gefährlich." Eine geschmacklose Platitüde, denn ohne solche Männer würde sich die Welt nicht vorwärtsbewegen. Man zögert, sich vorzustellen, ob es ohne sie je ein Britisches Empire gegeben hätte.

Gafencu antwortete darauf mit einer erneuten heftigen Verteidigung seines Planes. Die Welt wünsche wenigstens einige Alternativen zu einer hoffnungslos verfahrenen Situation. Nach seiner Ansicht könne diesem Wunsch entsprochen werden, wenn man den Deutschen zumindest irgendeinen Vorschlag bieten würde, über den sie verhandeln könnten. Am Ende dieser Unterredung kam Gafencu zu dem Schluß, daß es ihm nicht gelungen sei, den Briten die Notwendigkeit klarzumachen, den Frieden zu wahren.

494

495

Am Nachmittag des gleichen Tages fand eine weitere Unterredung im Arbeitszimmer des Premierministers innerhalb des Parlamentsgebäudes statt. Gafencu legte noch einmal Hitlers Standpunkt dar. Dabei erwähnte er, daß

der Reichskanzler über die direkten Ursachen des 1. Weltkriegs gesprochen und sich sehr kritisch über die damalige deutsche Politik geäußert habe. Hitler habe ferner erklärt, er habe nichts gegen eine englisch-französische Garantie Rumäniens einzuwenden, vorausgesetzt natürlich, daß die Russen sich nicht daran beteiligten. Deutschland und Rumänien seien keine unmittelbaren Nachbarn und in ihren Beziehungen gebe es darum keine Probleme. Auch hatte Hitler gesagt, Großbritannien, Frankreich und Deutschland hätten ein gemeinsames Interesse an der Rettung Europas und die Sowjetunicn sei eine große Bedrohung für den Kontinent.

Diese Äußerungen mißfielen Chamberlain Er bedeutete Gafencu, Großbritannien sei entschlossen, ein Bündnis mit der Sowjetunion zu erzielen. Dieses Vorhaben sei zur Verwirklichung der sogenannten echten kollektiven Sicherheit notwendig. Gafencu erwiderte scharf, die Sowjetunion könne kein verläßliches Mitglied in einer Front kollektiver Sicherheit sein. Abgrundtief war die Meinungsverschiedenheit zwischen Gafencu und den britischen Führern. So war es ihm nicht gelungen, auf Chamberlain und Halifax einzuwirken. Die vierte und letzte Zusammenkunft am 25. April 1939 änderten nichts daran. Halifax hatte sich peinlich zurückgehalten, seinem rumänischen Gast irgendwelche Einzelheiten über seine nächsten Schritte zu offenbaren.

Hitlers Freundschaft mit Jugoslawien

Der jugoslawische Außenminister Alexander Cinkar-Markowitsch, Gafencus Kollege in der Kleinen Entente, traf am 25. April 1939 zu einem für die Jugoslawen sehr wichtigen Zeitpunkt in Berlin ein. Sie bemühten sich gerade um eine deutsche Unterstützung gegen einen möglichen Druck Italiens. Vom Standpunkt deutsch-italienischer

Beziehungen aus war das eine heikle Angelegenheit, und Weizsäcker war ziemlich verärgert, daß Belgrad den Eindruck erweckt hatte, der Besuch sei ein Ergebnis deutscher Initiative, während er tatsächlich von Jugoslawien ausgegangen war. Die Reichshauptstadt war dem jugoslawischen Gast ein vertrautes Pflaster. Von 1935 ab war er Gesandter in Deutschland, bis Prinzregent Paul im Jahre 1939 den Rücktritt der Stojadinowitsch-Regierung erzwungen hatte. Cinkar-Markowitsch war nach Belgrad zurückgerufen worden, um in der neuen Regierung des Dragisa Zwetkowitsch das außenpolitische Portefeuille zu übernehmen. Zwetkowitsch war von geringerem Format als Stojadinowitsch, doch bedeutete der Wechsel keineswegs einen Neubeginn der jugoslawischen Außenpolitik. Prinzregent Paul wurde die führende Persönlichkeit der neuen Regierung. Er wie auch Stojadinowitsch

waren beide für eine freundschaftliche Haltung gegenüber Deutschland. Zwetkowitsch und Cinkar-Markowitsch waren sich einig, an dieser Richtung festzuhalten.

Cinkar-Markowitsch setzte Ribbentrop am 25. April 1939 auseinander, Prinzregent Paul habe bereits 1936, als der Antikominternpakt abgeschlossen wurde, entschieden, eine Politik enger Freundschaft mit Deutschland zu verfolgen. Jugoslawiens Führung sympathisiere stark mit dem Antikomintern-Pakt und dem Geist, auf dem er beruhe. Doch fürchte sie, sich wegen der öffentlichen Meinung in Jugoslawien diesem Pakt in absehbarer Zeit nicht anschließen zu können.

Eines der Hauptgesprächsthemen in der Unterredung zwischen Cinkar-Markowitsch und Hitler am 26. April 1939 war die ungarische Gebietsrevision. Hitler machte aus seiner Unzufriedenheit mit Ungarn kein Geheimnis. Ihn entrüstete die Behauptung, der ungarische Premier Bela Imredy, ein Fürsprecher enger Zusammenarbeit mit Deutschland, sei zum Rücktritt gezwungen worden, weil sich herausgestellt habe, daß seine Vorfahren teilweise jüdisch seien. Hitler bedeutete Markowitsch, der wahre Grund sei vielmehr die Furcht der ungarischen Großgrundbesitzer vor Imredys Bodenreform-Programm. Ihm wolle es scheinen, als sei fast jedes europäische Land, was den Fortschritt angehe, weiter als Ungarn. Die Deutschen im Banat, der bis 1919 zu Ungarn gehört habe, würden lieber bei Jugoslawien bleiben, als wieder unter Ungarns Herrschaft kommen. Seine Sorge um die deutschen Minoritäten sei der Hauptgrund gewesen, die Slowakei gegen Ungarn zu schützen. Im übrigen sei das gegenwärtige deutsche Protektorat in Böhmen-Mähren von seinem Standpunkt aus keine unabdingbare Notwendigkeit, sondern lediglich eine aus der kürzlichen Krise entstandene provisorische Lösung. Hitler erklärte seinem Gast, Deutschland habe im Westen, Süden, Südosten oder in irgendeiner anderen Richtung keine Fragen zu regeln, sondern nur in Danzig und im polnischen Korridor. Deutschland werde sich der ungarischen Expansion auf Jugoslawiens Kosten widersetzen und Italien unterstütze es in dieser Richtung. Verächtlich wies er auf Englands Hausieren mit Gebietsgarantien in Südosteuropa hin. Ihm kämen die britischen Führer wie Bürstenhändler vor. Der jugoslawische Außenminister zeigte sich sehr erfreut über die von Hitler abgegebenen Versicherungen, und Belgrad verzeichnete seinen Besuch als einen großen diplomatischen Erfolg.

Hitlers maßvolle Rede am 28. April 1939

Der britische Botschafter Henderson schien in recht pessimistischer Stimmung zu sein, als er am 27. April 1939 das Auswärtige Amt aufsuchte. Am Tag zuvor war er nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er auf Halifax' Betreiben vierzig Tage in England hatte bleiben müssen. Von Halifax war erst am 20. April

496

497

im Oberhaus bekanntgegeben worden, daß Henderson demnächst nach Deutschland zurückgehen werde. Henderson gestand Weizsäcker, er habe im Foreign Office sehr an Ansehen verloren. Auf seine vor der Tschechenkrise im März 1939 nach London gesandten Berichte habe man dort sichtlich negativ reagiert.

Er beklagte sich, Hitlers verschiedene frühere Erklärungen, daß dieser nicht beabsichtige, rein tschechisch bevölkertes Gebiet anzutasten, hätten ihm seine Aufgabe, die jüngsten deutschen Schritte zu verteidigen, sehr erschwert. Daran ändere auch Hitlers Bereitschaft nichts, über die gegenwärtige Situation in Prag zu verhandeln, denn die britische Regierung sei dazu nicht bereit. Weizsäcker beschwerte sich über die britische Garantie an Polen und erklärte dazu, sie sei „das Mittel, genau darauf abgestellt, untergeordnete polnische Behörden in ihrer Bedrückung der Deutschen dort zu bestärken. Infolgedessen verhindere sie nicht, sondern rufe im Gegenteil die Zwischenfälle in jenem Land geradezu hervor". Henderson überreichte eine formelle Erklärung zu der englischen Bekanntmachung vom 26. April 1939, mit der der Friedenswehrdienst in Großbritannien eingeführt worden sei. Die französischen Führer hatten die Briten bereits im April 1938 um diese Maßnahme ersucht, und die deutschen Führer wußten schon

seit einiger Zeit, daß die Briten die Einführung des regulären Wehrdienstes planten, um das Nationale Wehrpflichtgesetz von 1938 (National Service Act) zu ergänzen. Weizsäcker sagte zu Henderson, die britische Note werde noch offiziell bestätigt werden, doch werde man vor Hitlers Rede am nächsten Tag nichts unternehmen. Dazu teilte er Henderson mit, der Text der Hitlerrede sei der Presse übergeben worden. Der gedruckte Text der Rede wurde dem Diplomatischen Corps in Berlin übermittelt, ehe Hitler vor den Reichstag trat.

Zur Ausarbeitung dieser Rede hatte Hitler beachtenswerte Ratschläge aus Amerika erhalten. Einige davon konnte er der US-Presse entnehmen und die übrigen erhielt er mittels geheimer Verbindungen zur deutschen Botschaft in Washington. Die Reichsregierung war besonders dankbar für den Hinweis des Generals Hugh Johnson, des ehemaligen Beauftragten Roosevelts für die Durchführung des „National Recovery Act“ (Industriegesetz zur Überwindung der Wirtschaftskrise von 1929). Hitler hatte die ausführlichen Hinweise Johnsons am 24. April 1939 erhalten. Der letzte deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, Hans Dieckhoff, hatte ebenfalls eine Reihe von Ratschlägen erteilt. Dieckhoff wirkte nach seiner Rückkehr aus Amerika im November 1938 im Auswärtigen Amt. In Gesprächen mit dem Diplomatischen Corps in Berlin machte er kein Geheimnis aus seiner Sorge, daß eine Intervention Amerikas im Fall eines erneuten Krieges in Europa erfolgen könnte, und diese Sorge brachte er in seinen Ratschlägen an Hitler am 25. April 1939 auch zum Ausdruck. Nach seiner Überzeugung hatte Roosevelt vor, im Verlauf irgendeines

künftigen Krieges mit starken amerikanischen Kräften in Europa einzufallen. Er fügte hinzu: „Ich glaube nicht, daß es genügend mutige Elemente in den USA gibt, die stark genug sind, das zu verhindern.” Hitler schlug diese Warnung nicht in den Wind, doch blieb er dabei, auf Amerikas Neutralität in einem möglichen künftigen Konflikt zu hoffen.

Am 27. April 1939 hatte das Auswärtige Amt die Ausarbeitung der Noten beendet, die am 28. April mittags in London und Warschau überreicht werden sollten. In diesen Noten kündigte Deutschland den Nichtangriffspakt mit Polen von 1934 und das deutsch-englische Flottenabkommen von 1935. Die Note an Polen, die eine Übersicht über die letzten deutsch-polnischen Schwierigkeiten enthielt, war mehr als doppelt so lang wie das Schreiben an London.

Kennard gab Halifax am 26. April 1939 einen Lagebericht aus Polen. Er behauptete, die Polen würden unter Umständen auch ohne britische Unterstützung kämpfen. Nachdem sie aber die britische Garantie erhalten hätten, hielten sie es für „absolut wesentlich“, gegen Deutschland zu kämpfen. Die deutsche Note, in der der Pakt mit Polen von 1934 gekündigt wurde, wurde am frühen Morgen des 28. April 1939 in Warschau überreicht. Becks augenblickliche Reaktion war ungezügelte Verachtung. Er bemerkte, die Deutschen hielten immer noch an der Möglichkeit von Verhandlungen mit Polen fest. Seinem Stab erklärte er, Hitler bemühe sich, seine Probleme auf diplomatischem Wege zu lösen. Er werde es aber nicht zulassen, daß Polen auf diese Art an der Nase herumgeführt würde. Als Auftakt zu Hitlers Rede am 28. April hatte Beck auf die militärischen Kommandos eingewirkt, für die in Gdingen liegende Flotte den Alarmzustand mit Kriegsgefahr anzuordnen.

Der französische Botschafter Coulondre sprach in Berlin mit Lipski über die Lage. Dabei beklagte er sich, das Geschehen in Europa sei reichlich verwirrend und das käme wohl in nicht geringem Maße daher, daß die Briten in ihrer diplomatischen Aktivität ganz unvermittelt von einem Extrem zum anderen jagten. Dann schilderte Lipski ausführlich das von Polen zurückgewiesene deutsche Regelungsangebot. Coulondre und Lipski waren sich darin einig, daß das deutsche Angebot bemerkenswert großzügig sei. Coulondre hoffte den wahren Hintergrund der polnischen Politik ergründen zu können, doch erwähnte der polnische Botschafter lediglich, es sei die offen bekannte Absicht der polnischen Führung, niemals von Moskau oder Berlin abhängig zu sein.

Der Tag kam heran, an dem Hitler seine Rede halten sollte. Unter dem Vorsitz von Reichsmarschall Göring trat der Deutsche Reichstag am Morgen des 28. April 1939 zusammen. In aufgeräumter Stimmung brachte Hitler seine Ausführungen vor, die der amerikanische Geschäftsträger Geist als „seine leichtere oratorische Ader“ bezeichnete. Der Reichstag ging auf diese Stimmung ein, wozu Geist bemerkte, viele der Äußerungen Hitlers seien mit

„schadenfrohem Gelächter” aufgenommen worden. In den Ohren Geists mußte es wie Schadenfreude klingen, weil man auf Kosten Roosevelts lachte.

Mit vollem Bedacht ließ Hitler die Tür zu Verhandlungen mit Großbritannien wie mit Polen offen. Deutlich brachte er zum Ausdruck, daß er in seinen künftigen Verhandlungen mit diesen beiden Staaten maßvoll zu bleiben gedenke. Er

begann seine Ausführungen mit einem kurzen Hinweis auf Roosevelts Telegramm. Dann setzte er auseinander, wie desillusioniert Deutschland durch die Geheimdiplomatie geworden sei, was man als unvermeidliche Folge der ränkevollen Mißhandlung Deutschlands in Versailles betrachten müsse. Sein Rezept habe es Deutschland ermöglicht, an allen Verhandlungen mit neuem Vertrauen teilzunehmen und dieses Rezept liege in der heilsamen Entschlossenheit, die Sicherheit der deutschen Nation zu schützen. Nach seiner Ansicht, das müsse er gestehen, dürfe Deutschland nie wieder verhandeln, wenn es hilflos sei.

Dann gab er einen Rückblick auf seine wesentlichen innenpolitischen und außenpolitischen Maßnahmen von 1933 bis zur Besetzung Prags im März 1939 und ging dabei sehr ausführlich auf das Vorspiel zur Besetzung Prags ein. Die Abwendung von den Abmachungen auf der Münchener Konferenz habe, und darauf müsse hingewiesen werden, bereits sehr früh begonnen. Obwohl man dort entschieden habe, daß Vermitteln zu den Obliegenheiten der vier Mächte gehören solle, hätten sich die Tschechen und Ungarn im Oktober 1938 nur an Deutschland und Italien gewandt, um in ihrem Streit zu vermitteln.

Sehr betont befaßte sich Hitler im letzten Teil seiner Rede mit dem Versagen der USA, die Weltwirtschaftskrise unter Roosevelts Führung zu überwinden. Er kündigte an, Deutschland werde nunmehr auf Roosevelts Initiative vom 15. April 1939 antworten und Nichtangriffspakte mit einer Reihe benachbarter Staaten abschließen. Ihn belustigte der Gedanke, Nichtangriffspakte mit Staaten auf verschiedenen anderen Kontinenten oder mit sogenannten Staaten abzuschließen, die sich gar nicht der Unabhängigkeit erfreuten. In seiner Ant wort an Roosevelt war Spott — neben Tatsachen und Zahlen — Hitlers Hauptwaffe.

Roosevelts Telegramm hatte ihn wahrhaft erheitert und es gelang ihm, den Eindruck zu vermeiden, daß er persönlich über den Präsidenten erzürnt sei. Er stellte es so hin, als seien Roosevelts ständige Bemühungen, ihn zu provozieren, nur Schläge in das Wasser des riesigen Atlantik gewesen, der die beiden Länder voneinander trenne.

Mit Ausdrücken tiefer Bewunderung sprach Hitler vom Britischen Empire und betonte stark seinen Wunsch nach einer dauerhaften englisch-deutschen Freundschaft. Dabei enthüllte er, daß er sich erst nach langem Zögern entschlossen habe, das deutsch-englische Flottenabkommen zu kündigen. Er deutete an, das britische Mißfallen an den außenpolitischen Erfolgen Deutschlands

in der letzten Zeit könne Englands Führung veranlaßt haben, sich Polen auszusuchen, um es als ein Hindernis gegen Deutschland einzusetzen.

Knapp ein Zehntel der Rede war Polen gewidmet. Hitler legte dar, daß er Polens maritime Interessen respektiere und daß eben dieser Umstand ihn veranlaßt habe, mit äußerster Mäßigung in der Korridorfrage vorzugehen. Er pries Marschall Pilsudski wegen dessen Wunsches, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern; 1934 hätten Polen und Deutschland dem Krieg als Mittel nationaler Politik in ihren Beziehungen abgeschworen. Das stehe in Einklang mit den Bedingungen des Kellogg-Briand-Paktes von 1928. Der Pakt habe zugunsten Polens eine bedeutsame Ausnahme anerkannt. Den Polen war es gestattet worden, an militärischen, ausschließlich gegen Deutschland

gerichteten, Verpflichtungen gegenüber Frankreich festzuhalten.

Hitler zählte die vielen gewichtigen Fragen auf, die weder von dem Pakt von 1934 noch von seinen eigenen Bemühungen um ein umfassenderes deutschpolnisches Abkommen geregelt worden seien. Ausführlich stellte er alle Punkte seines Angebots zu einer allgemeinen Regelung mit Polen dar, Dazu erklärte er, die polnischen Gegenvorschläge hätten keine Grundlage für ein Abkommen geboten. Mit Ausnahme des Vorschlags, die Funktion des Völkerbunds in Danzig durch eine deutschpolnische Garantie zu ersetzen, hätten sie keine Änderung der bestehenden unbefriedigenden Verhältnisse gebracht. Für sehr bedauerlich hielt der deutsche Kanzler die Entscheidung Polens, Truppen gegen Deutschland einzuberufen und das deutsche Angebot abzulehnen. Auch beklagte er die polnische Annahme der britischen Garantie. Und dann kündigte er an, Deutschland sei nicht mehr länger bereit, die Vorschläge vom Oktober 1938 als Grundlage für eine Regelung der Differenzen mit Polen aufrechtzuerhalten. Er kündige nunmehr den Pakt von 1934, dessen Verlängerung um fünfundzwanzig Jahre er angeboten habe, denn die Polen hätten ihn durch Annahme der britischen Garantie verletzt; kein Nichtangriffspakt könne eine einseitige Abweichung von den Bedingungen durch einen der Vertragspartner überstehen.

Hitler erklärte, die Kündigung des Paktes bedeute aber nicht, daß Deutschland sich der Übernahme neuer vertraglicher Verpflichtungen gegenüber Polen verschlösse. Im Gegenteil: „Ich kann einen solchen Gedanken nur begrüßen, vorausgesetzt natürlich, daß die entsprechenden Abmachungen auf absolut klaren Bedingungen beruhen, an welche sich beide Parteien gleichermaßen gebunden fühlen.“ Hitler vermied es sorgfältig, die Angelegenheit

Polen zum Höhepunkt seiner Ausführungen zu machen. Das dominierende Thema der Rede war seine in einundzwanzig Punkte aufgeteilte Antwort an Präsident Roosevelt. Man konnte fast den Eindruck gewinnen, daß solche folgenschweren Entschlüsse wie die Kündigung wichtiger Pakte mit Großbritannien

500

501

und Polen im Vergleich zu seiner Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Präsidenten für ihn nur eine untergeordnete Bedeutung hätten.

Die unmittelbare Reaktion Polens auf Hitlers Rede war feindselig, obwohl der französische Botschafter Noël dazu bemerkte, Hitler habe eher auf Verhandlungen gedrängt, als die Tür zugeschlagen. Die polnische Regierung gab bekannt, Beck werde sehr bald im Sejm auf diese Rede antworten. Die Polska Zbrojna (Die polnische Armee) bezeichnete Hitlers Kündigung des Paktes von 1934 als einen taktischen Fehler. Ein polnischer Leitartikel behauptete, die Hitler-Rede gebe der polnischen Presse die moralische Grundlage, Deutschland vorbehaltlos anzugreifen. Wilde Gerüchte gingen mit Hitlers Bekanntgabe seiner Vorschläge an Polen einher. In Warschau wurde behauptet, die Deutschen hätten einen Autobahn-Korridor durch Polnisch-Westpreußen in einer Breite von rund 25 km gefordert statt der tatsächlichen tausend Meter. Die Gazeta Polska forderte, Polen müßte in Danzig noch entschlossener vorgehen, als es bislang geschehen sei. Eine Million Mann unter Waffen bis zum Beginn des Sommers wurde als notwendiges Minimum erachtet. Der Dziennik Narodowy (Nationale Tageszeitung), ein nationaldemokratisches Blatt, fragte, ob Danzig denn wirklich zum Reich zurückkehren wolle. Man ließ

durchblicken, der ganze Lärm rühre möglicherweise nur von einer Handvoll Nationalsozialisten in der Freien Stadt her. Ferner ging das Gerücht um, Polen habe beschlossen, nach dem Modell Böhmen-Mähren ein Protektorat in Danzig zu errichten. Der Kurjer Warszawski (Warschauer Kurier) brachte ganz allgemein zum Ausdruck, Hitler würde, wenn er wirklich ein großzügiger Mensch wäre, überhaupt nichts von Polen verlangen.

Diesmal schlug die deutsche Presse zurück. Joseph Goebbels hatte die Genehmigung erhalten, die Presse nach der Reichstagsrede aller Fesseln zu entledigen. Man versprach sich davon, daß die deutsche Presse und eine aufgebrachte öffentliche Meinung in Deutschland wirksame Waffen sein könnten, die Polen unter den wenig freundlichen Umständen, die nach der britischen Garantie vorherrschten, an den Verhandlungstisch zu bringen. Goebbels selbst leitete den Feldzug im ‚Angriff' mit einem Kommentar über die polnische Presse ein, der den Titel trug: „Wissen sie, was sie tun?" Der Artikel war durchsetzt mit Zitaten und sein Grundgedanke besagte, verantwortungslose polnische Journalisten verletzten ständig die Gebote Pilsudskis. Hans Fritzsche, einer der Hauptmitarbeiter von Goebbels in diesem Pressefeldzug, erinnerte sich später: „Jede größere deutsche Zeitung besaß seit langem schon eine Fülle von Material über Klagen der Deutschen in Polen, ohne daß die Redakteure Aussicht hatten, es zu verwenden." Als die Beschränkungen aufgehoben wurden, „kam ihr Material nunmehr mit einem Schlage zum Vorschein".

Der amerikanische Botschafter Bullitt in Paris verzichtete darauf, über die

501

502

Reaktion Daladiers und Bonnets auf Hitlers Rede zu berichten, doch behauptete er, Generalsekretär Alexis Löger vom Außenministerium habe Hitlers Redekünste mit scharfen Worten gerügt. Die deutsche Botschaft in Paris berichtete am 29. April 1939, der maßvolle Ton Hitlers habe sich beruhigend auf die französischen Führer ausgewirkt. Auch aus London konnte der deutsche Geschäftsträger Theo Kordt melden, daß die Rede recht versöhnlich in England gewirkt habe. US-Botschafter Biddle in Warschau sandte am 28. April 1939 einen Bericht nach Washington, in dem er den sehr gewundenen Versuch machte, angesichts der Hitlerschen Logik den polnischen Standpunkt gegen Deutschland im Sinne einer Quadratur des Kreises zu stützen. Der deutsche Geschäftsträger Thomsen befaßte sich am 29. April 1939 mit der Reaktion der US-Presse auf Hitlers Ausführungen und gab dabei seiner persönlichen Befürchtung Ausdruck, die westlichen Staaten könnten womöglich eine nicht mehr aufzuhaltende Anstrengung machen, mit der Danzig-Korridor-Frage einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Präsident Roosevelt las am 28. April die englische Übersetzung der Hitlerrede. Hitlers Spott ließ ihn in heftigen Zorn geraten und erfüllte ihn mit unauslöschlichem Haß gegen Hitler persönlich. Diese persönliche Regung in Verbindung mit den übrigen Motiven haben in Roosevelt den Vernichtungswunsch gegen Deutschland erweckt. Schon vor Hitlers Rede hatte er sich mit aller Kraft um die Förderung des Krieges in Europa bemüht. Doch bestand Grund zu der Annahme, er könne aus seinem Hitler-Haß heraus noch törichtere Dinge tun als die Telegramme vom 15. April 1939 an Hitler und Mussolini. Immerhin besaß er für seine Kriegspolitik keine Unterstützung in seinem Land, und es lag durchaus im Bereich des Möglichen, daß noch einige weitere Fehler zu einem völligen Fehlschlag seiner Politik hätten führen können.

Ungarn begrüßt Hitlers friedliche Absichten

Am 29. April 1939 trafen der ungarische Ministerpräsident Paul Teleki und sein Außenminister Istvan Csaky zu einem viertägigen Staatsbesuch in Berlin ein. Ribbentrop konferierte mit den hohen Gästen am Nachmittag des 29. April. Wenn er auch die Erhaltung des Friedens in Europa nicht als gesichert ansah, so versicherte er doch seinen Gästen, Deutschland wünsche Frieden und es sei zumindest wahrscheinlich, daß man zu einer friedlichen Regelung der europäischen Differenzen gelangen werde. Für den Fall eines Konfliktes nahm er an, Ungarn werde auf der Seite Deutschlands und Italiens stehen, was ihm seine Gäste bestätigten. Ribbentrop versuchte die mögliche Rolle der Vereinigten Staaten in einem europäischen Konflikt in Abrede zu stellen. Seine Gesprächspartner wußten, wie entscheidend die militärische Intervention Amerikas für den 1. Weltkrieg war und wie unheilvoll sich das für Deutschland und

auch Ungarn ausgewirkt hatte. Ribbentrop sagte voraus, die USA würden sich weigern, ihre Soldaten in einen neuen europäischen Krieg zu schicken. Der deutsche Außenminister betonte dann die Bedeutungslosigkeit der militärischen Stärke Polens und meinte, Deutschland könne in einem Konflikt einen raschen Sieg über Polen gewinnen. Er wollte die Ungarn nicht glauben machen, daß er ihr Gebietsrevisionsprogramm notgedrungen als erfüllt betrachte. Immerhin sei eine gewisse Zeit nötig, um die von der Tschechoslowakei erworbenen Gebiete zu festigen. Eindringlich legte er ihnen nahe, sich Jugoslawien und Rumänien gegenüber versöhnlich zu verhalten. Doch mußte

er feststellen, daß Außenminister Csaky bei der Feindschaft gegen beide Länder blieb. So bedurfte es ständiger Wachsamkeit, um den Ausbruch eines Konfliktes auf dem Balkan zu verhüten.

Das Gespräch hatte etwas mehr als eine Stunde gedauert, als Hitler, der ungarische Botschafter Döme Sztojay und Staatssekretär Dr. Otto Meißner dazukamen. Hitler meinte scherzend zu seinen Gästen, 1939 seien Deutschland und Ungarn dem Paradies einen Schritt nähergekommen. Dabei bezog er sich auf die von beiden Ländern im März 1939 erworbenen Gebiete. Dann gab er seiner Hoffnung Ausdruck, den Streit mit Polen friedlich beilegen zu können und bemerkte dazu, es sei ehrenvoll für den Soldaten, sein Blut zu vergießen, doch der Ruhm des Politikers bestehe im Schlichten eines Streites ohne Blutvergießen. „Man muß vorbereitet sein“, sagte Hitler, „doch das größte Verdienst im Angesichte der Geschichte ist es, Erfolg zu erzielen, ohne Zuflucht zum letzten Mittel nehmen zu müssen.”

Hitler sprach über die Bedeutung der Vereinigten Staaten und Rußlands im Weltgeschehen. Er wußte, daß die ungarische Führung den Kommunismus im eigenen Lande erlebt hatte, daher die Sowjetunion fürchtete, und wollte sie beruhigen. Er sprach von „der ungeheuren Macht Rußlands von 1914, verglichen mit dem schwachen Rußland heute“. Nach seiner Überzeugung hatten die kürzlichen umfangreichen Säuberungen die Stärke des sowjetischen Kolosses verringert. Recht gemäßigt sprach er über Polen und betonte, ein ungehinderter Zugang zum Meer sei für Polen ein lebensnotwendiges und berechtigtes Verlangen. Europa brauche, so sagte er, eine Atempause und eine Zeit der Ruhe, er selbst würde eine längere Periode des Friedens begrüßen und sei überzeugt, die Zeit stünde auf der Seite Deutschlands und Italiens. Es war seinen Gästen klar, daß er

den Streit um Danzig auf diplomatischem Wege beilegen zu können hoffte.

Becks chauvinistische Rede vom 5. Mai 1939

Der italienische Botschafter Attolico teilte Weizsäcker am 29. April 1939 im Auswärtigen Amt mit, Italien sei bereit, im Interesse einer vernünftigen

503

504

Regelung der deutsch-polnischen Differenzen Druck auf Polen auszuüben. Der deutsche Staatssekretär nahm dieses Anerbieten mit Dank zur Kenntnis, doch fürchtete er, eine italienische Demarche in Warschau werde wohl zwecklos sein. Cianos Besuch im Februar 1939 hatte ihm gezeigt, daß Italien in Polen kein allzu hohes Ansehen besaß. Beck neigte dazu, es verächtlich als einen Vasallenstaat Deutschlands abzutun. Am 1. Mai 1939 wiederholten die ungarischen Führer ihr schon einmal gemachtes Angebot, zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Reichsmarschall Göring befürwortete die Annahme des Vorschlags, doch Ribbentrop war dafür, ihn abzulehnen. Dazu bemerkte er, es sei Gafencu schon nicht gelungen, im April 1939 auf Beck einzuwirken und er glaube nicht, daß die Ungarn erfolgreicher wären.

In Verlegenheit gebracht wurde das Auswärtige Amt einige Tage später durch eine Demarche des litauischen Gesandten Skirpa. Diese diplomatische Intervention der Litauer stand im Gegensatz zu den Schritten der Italiener und Ungarn. Skirpa erklärte ganz offen, er hielte einen deutsch-polnischen Krieg für unvermeidlich, und seine Regierung habe ihm Weisung erteilt, Deutschlands Unterstützung bei der Rückgewinnung der alten litauischen Hauptstadt Wilna

zu erwirken. Man erwiderte ihm, freundschaftliche Beziehungen zu Litauen seien für Deutschland zwar von großer Bedeutung, doch sähe sich das Deutsche Reich außerstande, eine Verpflichtung gegenüber Litauen in Wilna zu übernehmen.

In den ersten Maitagen 1939 blieb der deutsche Botschafter Moltke noch in Berlin, doch kehrte er am 4. Mai nach Warschau zurück. Beck sollte am folgenden Tag auf Hitlers Rede vom 28. April antworten. Joseph Lipski, dem polnischen Botschafter in Deutschland, lag nur wenig daran, nach Berlin zurückzukehren. Er hoffte, Hitlers Kündigung des Paktes von 1934 und der gegenwärtige Pressekrieg zwischen den beiden Ländern werde Beck veranlassen, sein in aller Form am 1. Mai 1939 eingereichtes Rücktrittsgesuch anzunehmen. Lipski ließ Beck wissen, es sei ihm unmöglich, unter den obwaltenden Umständen in Berlin zu bleiben. Becks Antwort darauf war der Befehl an den unglücklichen Botschafter, nach Berlin zurückzugehen.

Beck wurde zu dieser Zeit durch einen Besuch des Professors Jan Kucharzewski im Außenministerium in Mißstimmung versetzt. Es war ihm bekannt, daß Kucharzewski, der als Mitglied des polnischen Regentschaftsrates im 1. Weltkrieg mit Deutschland kollaboriert hatte, ein deutschpolnisches Abkommen begünstigte. Der Gelehrte hatte die bolschewistische Bedrohung Polens klar erkannt und befürchtete, ein Konflikt mit Deutschland könnte zu einem dauernden Verhängnis für Polen führen. Er wies darauf hin, daß man sich auf die britische Unterstützung nicht verlassen könne, und brachte mit großem Ernst zum Ausdruck, der britische Botschafter Kennard habe ihm mitgeteilt, es

werde schwierig sein, England in einen deutsch-polnischen Krieg um Danzig hineinzuziehen. Beck wies diese Äußerung als unglaubhaft zurück. Er ließ sofort Fühlung mit Kennard aufnehmen, um ihm die angebliche Äußerung mit genauem Tag und Stunde vorzuhalten. Mit Nachdruck betonte dieser, Professor Kucharzewski habe seine Angaben entstellt wiedergegeben. Damit war Kucharzewskis Versuch, Becks Antwort an Hitler abzumildern, mißlungen.

Am 3. Mai 1939 erhielten die Polen die Nachricht, daß Wjatscheslaw Molotow die Nachfolge Maxim Litwinows als sowjetischer Außenminister angetreten habe. Beck zeigte keinerlei Neigung, schwerwiegende Folgerungen aus diesem Wechsel zu ziehen. Die erste Reaktion im polnischen Außenministerium darauf war die Freude darüber, daß man endlich den polnischen Juden Litwinow von seinem Posten vertrieben habe. Weder Molotow noch Stalin waren Juden, allerdings waren beide mit Jüdinnen verheiratet. In Warschau war es bekannt, daß Molotow Stalin sehr nahe stehe, doch waren die Polen schon lange zu dem Schluß gekommen, daß Joseph Stalin die treibende Kraft in der sowjetischen Außenpolitik sei.

Das polnische Außenministerium bereitete sich auf Becks Rede am 5. Mai 1939 vor und wies seine diplomatischen Missionen in allen Teilen der Welt an, Kritik an Hitlers Rede vom 28. April zu äußern. Den Diplomaten wurde erlaubt, die falsche Behauptung aufzustellen, Hitler habe versucht, Polen für eine Invasion in die Sowjetunion zu gewinnen. Die Tatsache, daß Deutschland Polen zum Eintritt in den Antikomintern-Pakt eingeladen habe, sollte als Verschleierung der wirklichen Absichten, die mit diesem deutschen Angebot zur Zusammenarbeit gegen Rußland verknüpft waren, dargestellt werden. Beck hatte vor, den

wiederholten deutschen Hinweisen auf Pilsudskis Politik entgegenzutreten. Die polnischen Diplomaten wurden deshalb ermächtigt, den ausländischen Regierungen mitzuteilen, Pilsudski habe einen deutsch-polnischen Krieg letzten Endes stets als unvermeidbar betrachtet. Mit dem lebhaften Hinweis auf diese Prognose Pilsudskis aus früherer Zeit setzte man sich indessen über die außergewöhnliche Wendigkeit hinweg, die für die politischen Handlungen des dahingeschiedenen Marschalls so überaus kennzeichnend gewesen ist. Pilsudski war seit 4 Jahren tot. Es war deshalb offensichtlich unmöglich, zu sagen, wie er sich in der derzeitigen Situation verhalten hätte.

Bei seiner Rede vor dem Sejm am 5. Mai 1939 hatte Beck ein einziges Hauptziel vor Augen. Er wollte die polnische Öffentlichkeit und die Welt davon überzeugen, daß er gewillt und in der Lage sei, Hitler herauszufordern. Er wußte, daß man ihn unrichtigerweise der Deutschfreundlichkeit seiner Politik bezichtigt habe. Das hatte eine derartige Erregung in Polen zur Folge, daß er damit rechnen konnte, von irgendeinem hitzköpfigen Fanatiker umgebracht zu werden, falls es ihm nicht gelingen sollte, den gewünschten Eindruck der

schärfsten Herausforderung Deutschlands zu erwecken. Es stand ihm vor Augen, mit welchem Erfolg Halifax in Großbritannien eine regelrechte Kriegsstimmung hervorgerufen hatte, so daß er wußte, wie unnötig es war, Deutschland gegenüber einen gemäßigten Kurs zu steuern, nur um die britische Meinung zu beschwichtigen. Mit Sicherheit konnte er annehmen, so weit gehen zu können, wie es ihm gefiele, ohne in London zu mißfallen. Beck wollte

daher einen kompromißlosen Standpunkt einnehmen, der es ihm ermöglichte, die Tür zu weiteren Verhandlungen mit Deutschland zuzuschlagen.

Mit großer Sorgfalt arbeitete er seine Rede aus und erzielte mit ihr die gewünschte Wirkung. Er wußte, daß nach vielen Jahren der 5. Mai 1939 zum größten Tag des polnischen Sejm werden sollte. Die Diplomatenloge war bis zum letzten Platz besetzt. Pressevertreter aus der ganzen Welt waren anwesend und es erschien die gesamte Führung Polens mit dem Premier Slawoj-Skladkowski an der Spitze. In den Straßen Warschaus hatte man erstmalig Lautsprecher angebracht, um die sich die Bevölkerung zu Tausenden scharte, um Becks Ansprache zu hören.

Der polnische Außenminister begann seine Ausführungen mit der Bemerkung, es seien viele Wochen verstrichen (d. h. seit dem 12. März 1939), seit er zum letzten Mal über die Außenpolitik Polens öffentlich gesprochen habe. Er habe mit einer Erklärung zurückgehalten, bis die wesentlichen Fragen ihre richtige Form und Bedeutung gewonnen hätten. Jetzt aber glaube er, mit Sicherheit sagen zu können, die Dinge hätten endlich einen entscheidenden Punkt erreicht. Und so fühle er sich veranlaßt, die Lage im Hinblick auf bestimmte grundlegende Konzeptionen der polnischen Politik darzulegen. Seine Regierung halte es für richtig, wenn die Verbindungen zwischen Staaten einfach und direkt seien. Er persönlich stelle zweiseitige Pakte über mehrseitige Verträge und begrüße es, daß sich diese Richtung in allen Staaten bemerkbar mache. Das englisch-polnische Abkommen über die britische Unterstützung Polens führte er als ein gutes Beispiel dieser Art von Pakten an. Großbritannien habe zugestimmt, für Polen zu kämpfen und Polen werde England in einem Konflikt helfen. „Die öffentliche Meinung Polens soll wissen, daß ich auf seiten der britischen Staatsmänner nicht nur eine profunde

Kenntnis der allgemeinen politischen Probleme Europas vorgefunden habe, sondern auch eine Haltung unserem Land gegenüber, die es mir gestattet, alle lebenswichtigen Fragen mit Offenheit und Vertrauen und ohne jegliche Vorbehalte oder Zweifel mit ihnen zu besprechen“. Er vertraute dem Sejm nicht an, daß er Englands Vorschlag eines antideutschen polnisch-rumänischen Bündnisses für töricht hielt. Auch gab er nicht zu, daß es ihm nicht gelungen war, die britischen Führer von Polens Berechtigung zu überzeugen, Halifax prosowjetischen Bündnisplan ab zulehnen. Nichts ließ er von seinen eigenen Bedenken gegen die britische For-

506

507

derung nach polnischen Verpflichtungen gegenüber einer Reihe kleinerer Staaten verlauten, und ebenso wenig von Polens Besorgnis über Englands Zögern, für umfassenden militärischen Nachschub zu sorgen. Jedenfalls gab er dem Sejm ein recht entstelltes Bild vom Stand der englisch-polnischen Beziehungen.

Beck behauptete, die gemeinsamen englisch-polnischen Interessen stünden auf einer festen Grundlage, denn keine der beiden Mächte hege auch nur im entferntesten aggressive Absichten. Das war eine Verdrehung der Tatsachen, denn Beck wußte genau, daß die Briten einen Vorwand suchten, um Deutschland zu überfallen, und daß die Polen die Aussicht auf einen englisch-deutschen Krieg begrüßten. Er argumentierte, die britische Garantie an Polen sei von Hitler unberechtigterweise als Vorwand benutzt worden, den Pakt von 1934 zu zerreißen. Hitler habe als vermeintlichen Grund dafür angegeben, daß der Pakt für Deutschland nutzlos geworden sei. Auch das war eine

Verdrehung. Tatsache war, daß Hitler großen Wert auf eine deutschpolnische Zusammenarbeit gelegt hatte und bestrebt war, die mit dem Pakt von 1934 beginnende Verständigung zu verbessern, während doch dieser Pakt Beck nichts mehr zu bieten hatte, da die Briten endlich so weit waren, Deutschland angreifen zu können. Beck unterließ es, auch nur anzudeuten, warum Hitler den Pakt angeblich nicht mehr für nützlich hielt. Statt dessen behauptete er, Hitler habe mutwillig einen der Grundpfeiler des europäischen Friedens zerstört.

Scheinheilig erklärte er weiter, es sei damals gerechtfertigt gewesen, den Pakt 1934 abzuschließen, denn „ein Bemühen, sich dem Übel zu widersetzen, ist stets der beste Ausdruck politischer Aktivität”. Das war grenzenlose Heuchelei. Beck war der willige Komplize britischer Kriegspolitik und Krieg war ohne jeden Zweifel das größte Übel des modernen Zeitalters. Er stellte die erstaunliche Behauptung auf, Hitler habe seine Kenntnis der britischen Garantie lediglich Zeitungsmeldungen entnommen. Bei dieser Behauptung ließ er die Erklärungen der britischen Führer im Unterhaus außeracht, ferner das englisch-polnische Kommunique vom 6. April 1939 sowie die Gespräche zwischen deutschen und polnischen Diplomaten in Warschau und Berlin am gleichen Tage. Weiter führte Beck an, Hitlers Versäumnis, Großbritannien und Polen hinsichtlich der Gründe für ihre politischen Maßnahmen zu konsultieren, spreche deutlich für seine Unaufrichtigkeit und Treulosigkeit. Dieser Erzunsinn wurde vom Sejm mit Begeisterung aufgenommen.

Beck erwähnte, Polen habe eine Formalnote als Antwort auf Hitlers Kündigung des Paktes von 1934 überreicht. Diese Note war wenige Minuten vor Becks Redebeginn im Auswärtigen Amt präsentiert worden. Darin wurde

festgestellt, daß Polen sich seit Jahren bemüht habe, die durch die Rolle des Völker-

507

508

bundes entstandenen Schwierigkeiten in Danzig zu beheben. Diesen Bemühungen sei Deutschland ausgewichen. Es folgte ein Zitat aus Hitlers Rede vom 20.Febr. 1938, wonach Polen den deutschen Charakter Danzigs und Deutschland Polens wirtschaftliche Rechte auf Danzig respektierten. Auch habe Hitler behauptet, durch die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen sei die Atmosphäre der gegenseitigen Beziehungen entgiftet worden. In der Note hätte es weiter geheißen, Deutschland habe die Danzigfrage zuerst nach der Münchener Konferenz angeschnitten. Dann folgte die Behauptung, Deutschland habe am 21. März 1939 die deutsch-polnischen Verhandlungen über Danzig zu befristen versucht. Dieser unwahren Beschuldigung folgte schließlich die Feststellung, die britische Garantie an Polen sei mit dem Pakt von 1934 vereinbar. Die Deutschen wurden gewarnt, sie machten sich einer Verletzung des Kellogg-Briand-Paktes von 1928 schuldig, wenn englisch-deutsche und polnisch-deutsche Konflikte aus dem Streit um Danzig entstehen würden.

Man mußte von Beck die erstaunliche Behauptung hören, die britische Garantie an Polen sei nichts Außergewöhnliches, sondern ein ganz normaler Schritt im Verfolg freundschaftlicher Beziehungen zu einer benachbarten Macht. Das stand in scharfem Gegensatz zu der Äußerung Sir Alexander Cadogans Joseph Kennedy gegenüber, nach der diese Garantie in der Geschichte britischer Außenpolitik ohne Beispiel war.

Sehr gefühlvoll sprach Beck über Danzig. Der Versailler Vertrag habe durch die Schaffung des Freistaat-Regimes die normalen Verhältnisse im Ostseegebiet wiederhergestellt. Die polnische Vorherrschaft in Danzig sei die Erfüllung einer alten historischen Tradition. Nach seiner Ansicht seien die Friedensvertragsbestimmungen von 1919 für Deutschland im Osten gerecht und fair gewesen und Hitler hätte nicht das Recht, irgendwelche Veränderungen vorzuschlagen. Hitlers Vorschläge seien eine künstliche und finstere Bemäntelung verschiedener anderer deutscher Bestrebungen.

Beck traf die groteske Feststellung, Danzig sei frei und könne darum kein berechtigter Anlaß zu deutscher Sorge sein. Hier gehe es um Prestigefragen. Deutschland suche Polen absichtlich zu demütigen. Im Grunde wolle Hitler Polen von der Ostsee ausschließen, „von der Polen sich aber nicht verdrängen lassen wird”. Diese Bemerkung war eine bewußte Unwahrheit. Beck wußte sehr wohl, daß Hitler die maritimen Bestrebungen Polens respektierte und stützte.

Stolz erklärte Beck nun, er möchte über Pomorze (Küstengebiet, d. h. Westpreußen) sprechen. Er weigerte sich, das Wort „Korridor“ zu benutzen, es „sei eine künstliche Erfindung, denn es ist alter polnischer Boden mit einem unbedeutenden Prozentsatz an deutschen Kolonisten“. Man kann sich nur über die Verwegenheit und Außerachtlassung historischer Genauigkeit dieser Bemer-

kung wundern. Polnisch-Westpreußen ist von den Deutschen kolonisiert worden, als es nichtpolnischen, westslawischen Stämmen und heidnischen Borussen gehörte, und vor der

Ankunft der Deutschen hat es in diesem Gebiet niemals eine polnische Siedlung gegeben. Bei der letzten Volkszählung vor dem 1. Weltkrieg, im Jahre 1910, war der größere Teil dieser Provinz noch deutsch, obwohl in den vorhergehenden Jahren eine beträchtliche Infiltration durch polnische Siedler stattgefunden hatte. Der Prozentsatz an Polen in Westpreußen lag 1910 beträchtlich unter 35 Prozent und die polnische Mehrheit im Jahre 1939 war durch die rücksichtslose Austreibung der deutschen Bewohner und die willkürliche Beschlagnahme deutschen Landeigentums erreicht worden. Es ist eine beachtenswerte Tatsache, daß Hitlers Verzicht, sich mit der Anerkennung der polnischen Herrschaft über dieses alte deutsche Gebiet abzufinden, mit keinem Wort von Beck gewürdigt worden ist. Die alliierten Sieger hatten sich 1919 geweigert, dort eine Volksabstimmung zuzulassen, denn sie hätte zwangsläufig einen deutschen Sieg ergeben. Beck stellte die lächerliche Behauptung auf, die polnische Regierung habe sich weitgehend großzügig gezeigt und den Durchgang für deutsche Transportmittel und Nachrichtenverbindungen zugelassen. Er hielt keine Zugeständnisse für nötig, die angemessene deutsche Durchgangsmöglichkeiten nach Ostpreußen vorgesehen hätten.

Beck besaß die Stirn, zu behaupten, Deutschland hätte Polen keine wirkliche Konzession angeboten, sondern lediglich Forderungen gestellt. Das war eine weitere Verdrehung, denn Hitlers Angebot vom Oktober 1938 lief tatsächlich auf eine Begünstigung Polens hinaus. Der polnische Botschafter Lipski hatte ja eingeräumt, daß nur Hitler ein derartig großzügiges Angebot hätte machen können. Beck leugnete diese Tatsachen und stellte nunmehr die entscheidende Frage seiner Rede: „Wo bleibt die Gegenseitigkeit?” Kühnlich behauptete er, verschiedene Punkte des Oktober-Angebots, die Hitler am 28. April 1939 erwähnt hatte, seien niemals auch nur angeschnitten und in

unverantwortlicher Weise von dem Reichskanzler einfach erfunden worden. Er nannte Hitler einen Lügner im Hinblick auf eine Rede, die nicht eine einzige Tatsachenentstellung enthielt, wohingegen seine eigene Ansprache von Anfang bis Ende mit Lügen durchsetzt war. Zwar gab er zu, Hitler habe angeboten, die bestehende Grenze Polens anzuerkennen, doch nahm er dazu den in den Annalen der europäischen Diplomatie wohl einmaligen Standpunkt ein, indem er erklärte, derartige Garantien seien absolut wertlos.

Mit ominöser Schärfe betonte Beck, Hitlers Vorschläge hätten Polens Ehre zutiefst verletzt. Diese Feststellung ergab sich jedoch aus einer völligen Verdrehung der Tatsachen. Nach Becks Erklärung mußten Abkommen zwischen souveränen Staaten auf Gegenseitigkeit beruhen. Damit hatte er recht, doch

war es falsch, zu argumentieren, Hitler habe diese grundlegende Tatsache ignoriert. Beck gab an, Hitler wolle Polen zu einem reinen Vasallen Deutschlands degradieren, und meinte dann mit erhobener Stimme, Widerstand gegen Hitler sei das mindeste, was Polens Ehre fordere. Er setzte hinzu: „Das Motiv zum Abschluß eines solchen Abkommens müßte das Wort ‚Frieden' sein, das der Kanzler in seiner Rede hervorgehoben hatte." Hier räumte er ein, es gäbe wohl einige Menschen, die den Frieden der nationalen Ehre vorzögen. Die polnische Nation möge es zur Kenntnis nehmen, daß „Frieden eine wertvolle und wünschenswerte Sache ist. Unsere Generation, die ihr Blut in verschiedenen Kriegen vergossen hat, verdient ganz sicher eine Zeitspanne des Friedens. Aber Frieden, wie fast alles in dieser Welt, hat seinen Preis, hoch, aber bestimmbar. Wir in Polen erkennen

die Auffassung von ‚Frieden um jeden Preis' nicht an. Im Leben von Männern, Nationen und Staaten gibt es nur eines, das keinen Preis hat, und das ist Ehre".

Der aufrüttelnde Höhepunkt in Becks Rede verursachte wilde Erregung im Sejm. Jemand schrie heiser: „Wir brauchen keinen Frieden!" und dann folgte ein höllischer Tumult. Als Beck schließlich von der Tribüne herunterstieg, wurde ihm eine Riesenovation dargebracht. Mit einer gewaltigen Anstrengung hatte er es erreicht, friedliche Verhandlungen zu verwerfen und zum Krieg aufzurufen. Viele Polen hatte er dazu gebracht, vollkommen aufrichtig den Kampf gegen Hitler zu wünschen. Dieses Gefühl entsprang der Ahnungslosigkeit, die es ihnen unmöglich machte, die zahllosen Fehler und Unwahrheiten in Becks Ansprache zu kritisieren. Der polnische Außenminister selbst glaubte fest daran, mit Erfolg die Tür zu weiteren Verhandlungen mit den Deutschen zugeschlagen zu haben.

Als Beck sich verächtlich über seine plötzliche Popularität vernehmen ließ, führte das zu einiger Verwirrung im Urteil über seine wahre Einstellung". Die französischen und deutschen Diplomaten in Warschau bekamen zu hören, daß Beck am 6. Mai 1939 ein ganzes Bündel Glückwunschtelegramme in den Papierkorb geschleudert habe. Man nahm dies als Beweis dafür, daß Beck in seiner Protesthaltung zu Hitler gegen seinen eigenen Willen gehandelt habe. Das Gegenteil trifft zu, denn die Sejm-Rede Becks war ein Triumph des Willens. Einerseits fühlte er sich persönlich stark zu dem Deutschland Hitlers hingezogen und hat diese seine Haltung niemals geändert. Andererseits forderte er Deutschland heraus, weil er von der grotesken Vorstellung besessen war, die Vernichtung Deutschlands und Rußlands diene den Interessen Polens. Seine Rede war der Sieg des Verstandes über das Herz und es war tragisch, daß Becks Denken von Illusionen und falschen Grundsätzen

fehlgeleitet wurde. Das hatte aber keinen Einfluß auf sein starkes Mißfallen über die Herde der Jünger und Fanatiker Dmowskis, die den Deutschen gegenüber nichts empfan-

510

511—

den als leidenschaftlichen Haß und blinde Wut. Sie waren es, die die Sejm-Rede am stärksten ergriff und begeisterte. Beck wußte das sehr genau.

Der Kontrast zwischen den Reden Hitlers und Becks konnte nicht größer sein. Hitler hatte den Eindruck vermieden, Deutschland sei von Polen beleidigt worden, und man hörte keine fanatische Erklärung über die deutsche Ehre, die durch Polens Ablehnung des deutschen Angebots verletzt worden sei. Auch wich Hitler nicht von den Tatsachen ab. Er wußte, daß er bei der Darstellung des deutschen Standpunktes fest auf dem Boden der Tatsachen stehen konnte. Er hatte klargelegt, wie sehr ihm an erneuten Verhandlungen mit Polen gelegen sei. Beck hatte sich dagegen der nationalen Ehre bedient, um die Möglichkeit einer ausgehandelten Regelung auszuschließen.

Am Abend des 5. Mai 1939 bekam Hitler vom Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) eine kritische Darstellung der Rede Becks. Dieser Bericht enthielt einige bedeutsame Punkte. Es sei falsch von Beck, zu behaupten, er kenne nicht alle Einzelheiten des deutschen Angebots. Beck habe den freundschaftlichen und friedfertigen Charakter der deutschen Konzeption verheimlicht, und auch, daß die Kriegsdrohung von Polen ausgegangen sei, als es den deutschen Plan zurückwies. Beck habe es unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Ausnahmestellung, die man dem polnisch-französischen Bündnis in dem Pakt von 1934

eingeräumt habe, begrenzt und deutlich formuliert worden sei. Sie biete den Polen keine Rechtfertigung dafür, die britische Garantie anzunehmen. Unrichtig sei auch Becks Behauptung, die deutschen Diplomaten seien nach Becks Rückkehr aus London nie zu sprechen gewesen. Beck selbst habe betont, Polens Interessen an Danzig seien ausschließlich wirtschaftlicher Art, und er habe es einfach unterlassen, zu erwähnen, daß Hitlers Oktober-Angebot diesen Gegebenheiten in jeder Hinsicht Rechnung getragen hätte. Beck gebe zu, daß Hitler angeboten habe, die polnische Grenze zu garantieren, was ja wohl einen Versuch Deutschlands, Polen von der Ostsee abzudrängen, ausschlösse. In seiner Reichstagsrede habe Hitler angeboten, einen neuen Pakt mit Polen einzugehen. Beck habe demgegenüber behauptet, dieses Angebot sei nicht konkret, doch das sei unrichtig, Deutschland sei jederzeit bereit, mit Polen darüber zu sprechen".

Stanislaw Strzetelski, ein Führer der polnischen Konservativen, hat sich später darüber beklagt, daß ganz Polen nach Becks Darstellung, er verteidige die Nationalehre gegen Hitler, in einen Rausch versetzt worden sei. Er selbst habe in der ersten begeisterten Aufwallung ebenfalls ein Glückwunschtelegramm an Beck gesandt. Ihm sei es aufgegangen, die polnische Nation sei mit Ausnahme einiger weniger zu dem Entschluß gekommen, daß es eine herrliche Sache wäre, gegen die Deutschen zu kämpfen. Nach ruhiger Überlegung sei er jedoch zu dem Schluß gekommen, daß diese Einstellung recht wirklichkeitsfremd gewesen

511

512

sei, denn Polen hätte nicht die geringste Chance gehabt, in einem solchen Krieg zu siegen.

Becks Rede war ein ernsthafter Schlag gegen die Friedensaussichten in Europa. Als solcher wurde sie auch weithin erkannt. König Carol von Rumänien zog den Schluß, die Beck-Rede habe den Krieg unvermeidlich gemacht. Am 6. Mai 1939 teilte er dem deutschen Gesandten Fabricius mit, Rumänien werde in dem deutsch-polnischen Krieg, mit dem er in naher Zukunft rechne, neutral bleiben. Er versprach Fabricius, ein Vorgang wie die unglückselige militärische Intervention Rumäniens gegen Österreich-Ungarn im Jahre 1916 werde sich niemals wiederholen.

Weizsäcker versuchte, in seinem Rundschreiben vom 6. Mai 1939 an die deutschen Diplomaten im Ausland einer Alarmstimmung entgegenzuwirken. Er tat Becks Rede vom Tag zuvor als eine „unbedeutende Erklärung einer schwachen Regierung ab“. Er schrieb, Beck habe beklagenswerte Gedächtnislücken hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen gezeigt, und bekannte, die Rede habe nichts zu einer Verständigung beigetragen. Auch räumte er ein, sie sei in keiner Weise auf Hitlers Angebot zu einem Abkommen mit Polen vom 28. April 1939 eingegangen.

Der französische Botschafter Noël in Warschau haßte Beck und legte die Bedeutung seiner Rede falsch aus. Gegenüber Bonnet stellte er fest, die Rede sei ein Kennzeichen für den Zusammenbruch der früheren Außenpolitik Becks. Irrtümlicherweise nahm er an, Beck habe seine Rede nur zögernd und unter Druck der polnischen Führung gehalten. Der britische Botschafter Kennard hatte vorausgesagt, Becks Rede werde sehr scharf werden, und als sie vorüber war, schrieb er an Halifax, es wäre gewiß interessant, die Reaktion auf diese Rede auszuwerten. Die polnische Presse

aller Richtungen war stolz auf die Tat des Außenministers. Die konservative Czas (Die Zeit) brachte am 6. Mai 1939 einen unbewußt widersinnigen Leitartikel mit der Überschrift „Kontrast“. Sie verglich „die ruhige und vernünftige Rede” Becks mit der angeblich extremen und gereizten Rede Hitlers vom 28. April 1939.

Halifax billigt Polens Unnachgiebigkeit

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen hatte sich in der kurzen Spanne von sechs Wochen, d. h. von der polnischen Teilmobilmachung am 23. März 1939 bis zur Beck-Rede am 5. Mai 1939 rapide verschlechtert. Der amerikanische Botschafter Kennedy berichtete aus London, den Briten käme es zum Bewußtsein, daß die polnische Unnachgiebigkeit sich seit der Garantie verhärtet habe. Er deutete nicht an, daß sie beabsichtigten oder wünschten, diese Richtung in irgendeiner Weise zu bekämpfen. Die Polen waren darauf bedacht, alle, die gemäßigt über Hitler dachten, als Feiglinge abzutun. Der polnische

512

513

Botschafter Raczynski verließ London nach der Abreise des rumänischen Außenministers Gafencu zu einem Besuch in Paris. Dort erzählte er Amerikas Botschafter Bullitt, Gafencu habe sich in London lediglich darum für eine friedliche Regelung eingesetzt, weil er sich vor Hitler fürchte. Furcht wurde als der einzige Grund angesehen, der gewisse Diplomaten veranlaßte, für den Frieden zu wirken. Bullitt war sich mit Raczynski und Lukasiewicz einig darin, daß Bonnet führend im Kampf um den Frieden in Frankreich war. Er versprach, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, den französischen Außenminister bei dem Premier Daladier zu

diskreditieren. Mit Genugtuung berichtete er Roosevelt am 6. Mai 1939, Daladier hege angeblich immer stärkeres Mißtrauen gegen Bonnet. Bullitt hoffte, Daladier werde Bonnet durch Champetier de Ribes ersetzen, der den Krieg befürwortete. Allerdings bestand dazu keine Aussicht, doch Bullitts Bericht kennzeichnet den Optimismus der Kriegshetzer nach Becks Rede.

Die deutschpolnische Krise war in ein akutes Stadium getreten. Der von Beck entfachte Chauvinismus Polens führte zu zahlreichen Zwischenfällen, die den Frieden unmittelbar bedrohten. Die britischen Führer wußten genau, daß Beck ohne ihren Blankoscheck an Polen sich nicht so provozierend und kompromißlos herausfordernd gezeigt hätte. Andererseits lehnten sie es jedoch auch ab, zuzugeben, daß sie irgendwie verpflichtet wären, mäßigend auf die Politik Polens einzuwirken. Sie neigten vielmehr dazu, die Unnachgiebigkeit der Polen zu bestärken in der Hoffnung, es werde bald zu dem Konflikt kommen, den sie für ihren geplanten Überfall auf Deutschland brauchten. Beck war ihr Mitspieler. Wenn ihnen auch seine Einstellung zur Sowjetunion nicht gefiel, so zollten sie doch der Beharrlichkeit Beifall, mit der er sich Hitlers Anstrengungen widersetzte, die Verhandlungen mit den Polen wiederaufzunehmen. Sie hatten nach dem 5. Mai 1939 allen Grund, darauf zu vertrauen, daß Polen nie wieder mit Deutschland verhandeln würde. Es gab für sie noch viele schwierige Probleme, den Krieg herbeizuführen, doch zu ihnen gehörte nicht mehr die Einstellung Polens zu Deutschland.

16. KAPITEL: BRITISCHE POLITIK UND ANTIDEUTSCHE ZWISCHENFÄLLE IN POLEN

Halifax droht Deutschland Vernichtung an

ENTSPRECHEND der Rede Becks vom 5. Mai 1939 war Deutschland der Todfeind Polens. Die polnische Öffentlichkeit mußte den Eindruck gewinnen, Deutschlands Haltung schließe eine friedliche Regelung der deutsch-polnischen Differenzen aus und darum sei der Krieg unvermeidlich. Zu jener Zeit lebten immer noch über eine Million Menschen deutscher Abstammung in Polen. Sie hauptsächlich waren in den folgenden Wochen die Opfer der Krise. Der britischen Öffentlichkeit wurde immer wieder bedeutet, die Mißhelligkeiten der deutschen Minderheit in Polen beruhten zum größten Teil auf Einbildung. Der Durchschnittsengländer hatte keine Ahnung von dem Grauen und der Todesangst, die diese Unglücklichen erfüllten. Tausende von ihnen haben die Krise schließlich mit ihrem Leben bezahlt. Sie waren die ersten Opfer der Kriegspolitik von Halifax, die später Millionen Menschen in verschiedenen Teilen der Welt den Tod brachte.

Halifax beantwortete Becks Rede mit einer offiziellen Warnung an Deutschland, das Britische Empire werde mit dem Ziel kämpfen, das Deutsche Reich zu vernichten, wenn Hitler je den Versuch mache, Danzig aus der polnischen

Umklammerung zu befreien. Der britische Botschafter Henderson überreichte diese Drohung am 15. Mai 1939 in Berlin. Die deutsche Regierung war auf diesen Schritt schon seit einigen Tagen gefaßt. Die Instruktionen an Henderson waren vorher von Halifax zur Einschüchterung Italiens benutzt worden. Die Italiener hatten Botschafter von Mackensen in Rom ein paar Tage vor Hendersons Demarche in Berlin von dem genauen Inhalt der Instruktionen in Kenntnis gesetzt. Diese ominöse Androhung Englands, Deutschland um der Polen willen zu vernichten, gab einer Verpflichtung neues Gewicht, die Präsident Benesch im Jahr zuvor vergeblich für die Tschechei erbeten hatte.

514

515

Die terrorisierten Deutschen in Polen

Die Führung der deutschen Minderheit in Polen appellierte in dieser Zeit wiederholt an die polnische Regierung, Milde zu üben. So richtete Senator Hasbach, der Vorsitzende der konservativen Minderheitenpartei, im März 1939 zwei Appelle an die polnische Öffentlichkeit, in denen um Mäßigung seitens der Polen gebeten wurde. Dabei betonte er, eine bessere Behandlung der Minderheit werde Polens politische Stellung und kulturelle Mission im Osten erheblich stärken. Ferner appellierte Rudolf Wiesner, Leiter der gegnerischen Jungdeutschen Partei, am 25. Mai 1939 aus Bielitz in Ostoberschlesien an den Premier Slawoj-Skladkowski. Er beklagte sich über die gegenwärtige Massenverhaftungswelle unter den Mitgliedern seiner Organisation und legte eine lange Liste von Personen vor, die aus keinem ersichtlichen Grunde verhaftet worden waren. Dazu teilte er dem Premier mit, auf Grund der loyalen Haltung seiner Gruppe möchte er um Schutz bitten.

Die Zentralstelle für die deutschen Volkstumsgruppen setzte Ribbentrop am 30. Juni 1939 in Berlin auseinander, die meisten Verhaftungen beruhten auf angeblichen Beschimpfungen des polnischen Staates. Dafür wurden ein paar Beispiele angeführt. So wurde Georg Walter in Thorn zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Freund angeblich mit „Heil Hitler!" begrüßt hatte. Der Bauer Kasimir Behrend erhielt sechs Monate Haft in Konitz, weil er angeblich gesagt hätte, Hitler müßte Danzig und Westpreußen ohne Krieg bekommen. In der gleichen Stadt wurde beschlossen, die Danzigstraße in Roman Dmowski-Straße umzubenennen. Der Arbeiter Erich Schiewe wurde in Czarnikau zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich die Wirtschaftsdepression in Polen kritisiert hatte. In Neustadt wurde Heinrich Mroczkowski schwer mißhandelt, weil man ihn öffentlich hatte Deutsch sprechen hören. Die Lage hatte sich so zugespitzt, daß kein Deutscher vor Denunziation und Verhaftung sicher sein konnte. Gegen eine aufsässige Minderheit hätte man diese Maßnahmen noch einigermaßen entschuldigen können, aber gegen die fügsame und bis ins Innerste verängstigte deutsche Minderheit in Polen waren sie sinnlos.

Der polnische Premier Slawoj-Skladkowski war zugleich Innenminister. Die unmittelbare Verantwortung für angebliche Sicherheitsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen lag in den Händen des Ministerialdirektors Waclan Zyborski. Er erklärte sich bereit, mit Dr. Hans Kohnert, einem der deutschen Minderheitenführer, am 23. Juni 1939 in Bromberg die Situation zu besprechen. In dieser Unterredung gab er zu, die Lage der Deutschen in Polen sei kaum zu beneiden, doch trage daran Adolf Hitler die Schuld. Mit der Kündigung des Paktes von 1934 habe er ihre Aussichten weiterhin verschlechtert. Dann übte

er Kritik an Hitlers Vorschlägen hinsichtlich Danzigs und des Durchgangs nach Ostpreußen als angebliche „Forderungen, die jeglicher Grundlage entbehrten.

Zyborski führte an, die Polen in Deutschland würden schlecht behandelt und die Deutschen in Polen verhielten sich nicht loyal. Beide Anschuldigungen bestritt Kohnert heftig. Er vermutete, was später auch bestätigt wurde, daß die deutschen Spitzel in Polen fast ausschließlich Juden und Männer polnischer Abstammung seien. So wies er darauf hin, daß keiner von denen, die in der polnischen Presse als Spione erwähnt würden, volksdeutschen Ursprungs sei. Es sei zu hoffen, daß man die Polen im Reich weitgehend von polnischer Spionagetätigkeit ausgeschlossen habe. Wie er wußte, ging es den Polen in Deutschland gut, und sie jetzt heranzuziehen, war nur eine kümmerliche Entschuldigung für die gnadenlosen Verfolgungen der Deutschen in Polen.

Zyborski warf Kohnert vor, er und seine Freunde stünden unter dem Einfluß des deutschen Nationalsozialismus, und meinte dann: „Sie wissen es ebensogut wie ich, daß der Nationalsozialismus keine Weltanschauung, sondern eine staatspolitische Konzeption ist“. Nach einem polnischen Sprichwort klagte er die deutsche Minderheit an, „sie zünde eine Kerze für den Herrgott an (d. h. Polen), aber gleichzeitig bekäme der Satan auch eine (d. h. Deutschland)”. Das hieß mit anderen Worten, daß es sich bei ihrer Treue zu Polen nur um Verstellung handle. Zyborski setzte hinzu, der Kampf, den man seit langem habe kommen sehen, sei nun da, und ihm sage dieser Kampf zu. Er beendete das ausgedehnte Gespräch mit der offenherzigen Erklärung, seine politische Zielsetzung erfordere eine strenge Behandlung der deutschen Minderheit. Deutlich kam in seinen Worten zum Ausdruck: Es gab keinen Weg für die Deutschen in Polen,

sich ihr hartes Schicksal zu erleichtern. Sie waren hilflose Geiseln ihrer polnischen Umgebung und der polnischen Staatsgewalt.

Am 6. Juli 1939 wandte sich Rudolf Wiesner erneut vergeblich an Ministerpräsidenten Slawoj-Skladkowski. Er wies auf die Welle öffentlicher Gewalttätigkeiten gegen Deutsche in Tomaszow bei Lodz vom 13. bis 15. Mai, am 21. und 22. Mai in Konstantynow, am 22. und 23. Juni 1939 in Pabianice hin, und protestierte gegen die Beschlagnahme der Sporthalle des deutschen Turnvereins in Pabianice am 23. Juni. Polnischer Pöbel hatte das Gebäude am vorhergehenden Abend gestürmt und einen großen Teil der Einrichtungen zerstört. Auf dem Dach hißte man die polnische Flagge und in der Halle hielten ortsansässige Beamte patriotische Reden an die Menge. Die Klubbücherei wurde von der Polizei beschlagnahmt. Ein Überfall auf das deutsche Gymnasium in Pabianice richtete viel Schaden an, dabei wurden zahlreiche Bücher vernichtet. Das örtliche Parteibüro der Jungdeutschen wurde attackiert und demoliert. Ähnliche Überfälle wurden auf die Gebäude des Kirchenchorvereins, des Hospizes der Baptistengemeinde und der christlichen Gewerkschaft unter-

nommen. Man drang in die Buchhandlung Keil ein und vernichtete den gesamten Bestand an deutschen Büchern. Wiesner vermerkte, das sei die dritte größere Gewalttat innerhalb weniger Wochen im Kreise Lodz, und er habe vergeblich auf ein disziplinarisches Vorgehen gegen die Übeltäter gewartet. Wiesner richtete seine Beschwerde über die Vorgänge in Pabianice an die höchste Autorität in Polen in der Hoffnung, man werde ihm versichern, gegen künftige

ähnliche Vorkommnisse einzuschreiten. Doch hoffte er umsonst. Wiesners Appell führte zu keinem Ergebnis. Die Leiter der deutschen Organisationen in Polen mußten erkennen, daß sie trotz ihrer Loyalität bei den Verantwortlichen nichts auszurichten vermochten. Man lebte in einer vom polnischen Staat genehmigten „Abschußzeit" auf Deutsche in Polen.

In dieser Zeit ließen die polnischen Behörden in den Städten deutsche Geschäftsunternehmen schließen und eine große Zahl von deutscheigenen Gemeinschaftsgebäuden beschlagnahmen. Darum kam auch das Thema Grundbesitz so häufig im Austausch diplomatischer Bemühungen zur Sprache, die aus fruchtlosen deutschen Protesten und ihrer Zurückweisung durch Polen bestanden. Das änderte nichts an der Tatsache, daß vor allem Menschen die Leidtragenden dieser Situation waren. Man braucht sich nur einmal das Bild am 22. Juni 1939 in Pabianice vorzustellen, als der polnische Mob über die deutschen Bibeln und Bücher mit den alten Kirchengesängen der Brüdergemeinde herfiel und sie zerriß. Deutschland hatte keine Möglichkeit zum Einschreiten. Eine Mob-Aktion gegen die polnische Minderheit in Deutschland war aus Gründen der öffentlichen Rechtsordnung unmöglich. Die einzige Demonstration gegen die Juden am 10. November 1938 in deutschen Städten war in ganz Deutschland auf entschiedene Ablehnung gestoßen und es stand fest, daß sich etwas Derartiges niemals wiederholen würde. Man pflegte damals zu sagen, ein sechzehnjähriges Polenmädchen könne nach Mitternacht gänzlich unangefochten durch die Straßen jeder deutschen Grenzstadt gehen, aber eine alte deutsche Frau von fünfundachtzig Jahren sei in einer Polenstadt selbst am hellen Mittag nicht sicher.

Nach den Ausschreitungen im Mai 1939 setzte sich der Terror gegen die Deutschen in Polen unvermindert fort. Auf

dem Lande wie in der Stadt Posen wurden Volksdeutsche mit Anrufen: „Wenn es jetzt zum Kriege kommt, werden wir Euch alle aufhängen”, bedacht. Leider wurde diese Drohung später in vielen Fällen verwirklicht. An dem zu trauriger Berühmtheit gelangten Blutsonntag von Bromberg am 3. September 1939 kam es auch an anderen Orten zu ähnlichen Massakern, die den Qualen vieler Menschen ein tragisches Ende setzten. In den langen Monaten vor dem Ausbruch des Krieges hatten viele Deutsche diese Katastrophe kommen sehen. Die Polendeutschen liebten das Land, in dem sie geboren waren, doch gibt es einen Punkt, an dem auch die

stärkste Verbundenheit mit einer bestimmten Landschaft ihren Sinn verliert. Diese Situation spiegelte sich in der Flucht oder dem Fluchtversuch ständig wachsender Scharen von Deutschen. Die Gefühle dieser Menschen drückten sich in dem verzweifelten Ruf aus: „Fort aus dieser Hölle und heim ins Reich.”

Polnische Expansionsträume

Die Greueltaten gegen die deutsche Minderheit wurden von einem Pressefeldzug begleitet, der auf die Annexion deutscher Gebiete zielte. Die Polska Zbrojna (Die polnische Armee) schrieb am 6. Mai 1939 in höchsten Tönen von der Wiedergeburt des polnischen Geistes westlicher Expansion im 11. und 12. Jahrhundert. Der Ilustrowany Kurjer behauptete, in Westoberschlesien müßten 900.000 Polen angeblich unter deutscher Bedrückung leiden. Der bevölkerungspolitische Sachverständige Joseph Kisielewski stellte fest, in Deutschland lebten fast zwei Millionen Polen,

vier Millionen in den USA, 600.000 in Frankreich und 870.000 in der Sowjetunion. Am 10. Mai 1939 gab die Gazeta Polska an, Ostpreußen bekäme langsam polnischen Charakter, weil die Deutschen aus diesem Gebiet nach Westen abwanderten, während die dort verbleibende polnische Bevölkerung sich vermehre. Man betrachtete es als ein Unglück für Ostpreußen, daß es immer noch zum Deutschen Reich gehörte. Der Kurjer Warszawski brachte am 17. Mai 1939 eine Landkarte, auf der weite Strecken deutschen Gebietes mit nennenswerten polnischen Minderheiten gezeigt wurden. Die Polska Zbrojna deutete am 27. Mai 1939 an, das Ergebnis der Volksabstimmung von 1920 in Süd-Ostpreußen wäre ohne den russisch-polnischen Krieg damals und ohne die angeblichen deutschen Terrorakte ganz anders ausgefallen. Der Kurjer Poznanski verstieg sich am 11. Juni 1939 zu der Feststellung, Jan Sobieski hätte sich, wenn ihn der polnische Adel und außenpolitische Schwierigkeiten nicht daran gehindert hätten, bereits 1688 Ostpreußens bemächtigt. In seiner Ausgabe vom 29. Juni 1939 übte der Ilustrowany Kurjer Kritik an Lloyd George wegen der Grenzen von 1919, sie seien angeblich unfair gegenüber Polen gewesen, und es wurde angeregt, bei nächster Gelegenheit eine Verbesserung der polnischen Westgrenze herbeizuführen. Ganz offensichtlich hatten die polnischen Führer viel verlockendere Gründe für einen Krieg mit Deutschland als nur den, die deutschen Bestrebungen in Danzig zu vereiteln.

In den Hauptverkehrsstraßen polnischer Städte wurden annexionistische Landkarten in Form von Plakaten angebracht. Diese Karten zeigten polnische Flaggen auf deutschen Städten bis nach Stettin hin. Oft war darauf auch bekundet: „Wir suchen keinen Krieg! Doch wenn er uns aufgezwungen wird, werden wir uns altes polnisches, von Polen bewohntes Gebiet zurückholen.” Um diese großen Kartenplakate versammelte sich dann die Menge und sprach

von „den neuen Ausblicken, die sich damit für Polen eröffnen”. Der Expansionsgedanke war vielen Bürgern eines Staates nicht unwillkommen, der weithin ungenutzte nationale Hilfsquellen und darüber hinaus Millionen unzufriedener Ukrainer und Weißrussen enthielt.

Die Krawalle in Lodz

Die Welle der Unruhen im Gebiet von Lodz, die Wiesner zu seinem Appell an den Ministerpräsidenten Slawoj-Skladkowski veranlaßten, begann am 13. Mai 1939. Tomaszow-Mazowiecki, Mittelpunkt der ersten Unruhen, war eine Stadt mit zweiundvierzigtausend Einwohnern und einer Minderheit von dreitausend Deutschen. In dem zwei Tage währenden Aufstand wurden viele Deutsche verletzt, eine Frau kam um, und der größte Teil des deutschen Eigentums wurde beschädigt oder zerstört. Die polnischen Fabrikbesitzer wurden gezwungen, ihre deutschen Angestellten zu entlassen. In der gleichen Zeit fand eine Reihe von Gewaltakten in Posen und in Ostoberschlesien statt.

Vergeblich wandte sich Weizsäcker an Henderson in Berlin, die Westmächte möchten Druck auf Polen ausüben, um die Wiederholung dieser Schandtaten zu verhindern. Coulondre äußerte dazu lediglich, Frankreich sei bereit, den Polen allgemein anzuraten, vorsichtig zu sein. Henderson gestand, er persönlich empfinde keine Sympathie für das polnische Vorgehen, doch müsse er Weizsäcker warnen, eine deutsche Intervention in Polen würde zu einer militärischen Niederlage Deutschlands durch Großbritannien führen. Voller Hohn entgegnete Weizsäcker, daß „die britische

Garantie an Polen sei, als hielte man einem unverständigen Kind, das noch nicht gelernt habe, vernünftig zu sein, Zucker hin“.

In Berlin fiel es auf, daß die deutschsprachige Presse in Polen nichts über Zwischenfälle gegen die deutsche Minderheit berichten durfte. Nach dem Beginn des Pressefeldzuges in Deutschland gegen polnische Ausschreitungen wurde die Bewegungsfreiheit deutscher Berichterstatter in Polen eingeschränkt. Das Auswärtige Amt kam zu dem Schluß, daß die Konsulatsvertretungen als einzige verläßliche Quelle für die vielen antideutschen Zwischenfälle in Polen anzusehen seien. Den Polen war das ebenso klar und so wurde während der folgenden Monate eine wachsende Zahl von deutschen Konsulatsangehörigen verhaftet. Im Auswärtigen Amt diskutierte man erneut die Möglichkeit der Vergeltung gegen die polnische Minderheit in Deutschland, doch entschied man sich am 15. Mai 1939, diese Möglichkeit als verhängnisvoll, zwecklos und unklug zu verwerfen.

Die Deutschen sahen sich zu der Erkenntnis gezwungen, daß Versuche, im Westen Mitgefühl für die deutsche Minderheit zu erwecken oder indirekten Druck auf Polen auszuüben, wirkungslos waren. Die einzige Alternative war

519

520

direkte Intervention oder die passive Duldung der endgültigen Ausrottung der deutschen Minderheit. Viele Anzeichen deuteten auf eine wachsende Feindseligkeit in Großbritannien und den Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland hin. Der Geschäftsträger Thomsen meldete am 17. Mai 1939 aus Washington, Präsident Roosevelt habe sich

im Senatsausschuß für Wehrangelegenheiten geäußert, es wäre doch eine sehr gute Sache, wenn Hitler und Mussolini ermordet würden. Nicht ganz so aussichtslos war es in Frankreich. Botschafter Graf Welczeck berichtete am 20. Mai, Außenminister Bonnet habe ihm tags zuvor beteuert, er glaube weiterhin unerschütterlich an die Vorteile einer deutsch-französischen Zusammenarbeit. Er lege die Hände keineswegs in den Schoß, sondern arbeite aktiv an einem Plan zur Erhaltung des Friedens.

Der Kalthof-Mord

Die antideutschen Zwischenfälle beschränkten sich in dieser Zeit nicht auf die deutsche Minderheit in Polen. Ein kritischer Zwischenfall ereignete sich in Kalthof am 21. Mai 1939 innerhalb des Danziger Hoheitsgebietes in der Nähe der ostpreußischen Grenze. Das anmaßende Benehmen polnischer Zollbeamter in Kalthof hatte Empörung unter den ortsansässigen Deutschen hervorgerufen. Am 20. Mai veranstalteten sie eine Protestaktion. Das polnische Zollamt Kalthof meldete dem Amt des polnischen Hochkommissars am 20. Mai um 5 Uhr nachmittags, es sei ein Überfall auf polnische Stellen zu befürchten. Als diese Meldung eintraf, befand sich der Hochkommissar Chodacki gerade in Gdingen. Regierungsrat Perkowski, der Vorsitzende der polnischen Eisenbahngesellschaft in Danzig, war stellvertretend mit den Geschäften des Hochkommissariats beauftragt worden. Er ersuchte die Danziger Polizei um Hilfe und dort erklärte man sich zum Einschreiten bereit.

Später entschloß sich Perkowski, den Fall persönlich zu untersuchen. Er begab sich in Begleitung eines Mitarbeiters und seines Fahrers, Zygmunt Morawski, eines ehemaligen polnischen Soldaten, nach Kalthof. Als sie zu dritt dort eintrafen, fanden sie alles ruhig. Die polnischen Zollbeamten waren nach Haus gegangen.

Perkowski hatte Zygmunt Morawski befohlen, im Wagen zu bleiben, den man einige hundert Meter vom Zollhaus geparkt hatte. Der polnische Fahrer ließ das Scheinwerferlicht des parkenden Wagens unabgeblendet. Kurz darauf kam auf der Gegenfahrbahn ein aus Ostpreußen zurückkehrender Danziger Wagen. Der Fahrer Grübnau hielt an, um den Polen zu bitten, sein Standlicht einzuschalten. Morawski antwortete darauf mit einem Schuß aus seiner Pistole, der Grübnau auf der Stelle tötete.

An sich wäre der Zwischenfall nicht einmal so ungewöhnlich gewesen, wenn sich Hochkommissar Chodacki danach nicht so unglaublich verhalten hätte.

520

521

Man hatte ihn in Gdingen angerufen und er war nach Danzig zurückgekehrt. Kurz nach seiner Ankunft berichtete ihm Perkowski telephonisch über den Mord an Grübnau. Chodacki befahl den Polen, sich auf polnisches Gebiet nach Dirschau zu begeben und sich dort aufzuhalten, bis er es ihnen gestatte, zurückzukommen. Morawski war bereits nach der Tat, ohne diesen Befehl abzuwarten, zu Fuß über die polnische Grenze entwichen. Perkowski und sein Mitarbeiter begaben sich zum Bahnhof, der sich in der Nähe des Zollamts befand, und bestiegen einen Zug nach Polen. Der Mord an Grübnau hatte sich um 0 Uhr 50 in der Nacht zum 21. Mai 1939 zugetragen.

Am 21. Mai 1939 überreichte Chodacki dem Danziger Senatspräsidenten Greiser eine Note, in der er gegen die deutsche Demonstration in Kalthof protestierte. Er wies auf die Ermordung Grübnaus hin, ohne ein Wort der Entschuldigung vorzubringen. Dann verlangte er

Entschädigung für geringfügige Schäden an polnischen Einrichtungen. Er behauptete, die Danziger Polizei sei zu langsam gegen die Demonstranten vorgegangen, die polnischen Beamten seien nur unzureichend geschützt worden. Greiser wies Chodacki darauf hin, daß der Völkerbund und nicht Polen die herrschende Macht in Danzig sei, und forderte dann, Perkowski, sein Mitarbeiter und der Fahrer sollten nach Danzig zurückkehren, um die Sache vor Gericht zu bereinigen. Chodacki wies die Forderung hochmütig zurück. Beck hat ihn in dieser Aktion unterstützt. Die Polen in Danzig betrachteten sich ganz offensichtlich als über dem Recht stehend und hatten nur Verachtung für das Bemühen der Danziger Behörden, die Gerichtsbarkeit in ihrem Bereich auszuüben.

Hitler war voller Zorn über diesen Zwischenfall, dem ein unschuldiger Deutscher auf Danziger Boden zum Opfer fiel, ohne daß von polnischer Seite eine Entschuldigung zum Ausdruck gebracht worden war. Zu Grübnaus Beisetzung sandte er einen persönlichen Kranz. Reichsmarschall Göring warnte den britischen Botschafter Henderson, trotz polnischen und britischen Widerstands werde Deutschland bald nachhaltig eingreifen. Bedrückt entgegnete Henderson, Polen würde eine deutsche Intervention in Danzig als Bedrohung seiner Unabhängigkeit auffassen und Großbritannien den Polen sofort mit seiner gesamten Streitmacht zu Hilfe kommen. Am 24. Mai 1939 wurde der Kalthof-Zwischenfall im britischen Parlament erörtert. Chamberlain beschränkte seinen Kommentar dazu auf die Bemerkung, ein Danziger Bürger sei getötet worden und der Dreierausschuß des Völkerbunds befasse sich mit der Untersuchung des Vorfalls. Man hörte von ihm nicht, daß der Völkerbund konkrete Maßnahmen ergreifen werde, um den Vorfall zu behandeln.

Die Danziger beantworteten den Fall Kalthof und andere Zwischenfälle mit der Aufstellung kleiner Einheiten einer inoffiziellen Miliz, die an die deutschen Freikorpsformationen der Zeit Napoleons und der Weimarer Republik er-

521

522

innerten. Kennard hat behauptet, Ende Juni 1939 wären es fast viertausend Danziger gewesen, die sich daran beteiligt hätten. Am 5. Juni 1939 wurde Chodacki von Beck unterstützt, die Zahl der polnischen Inspektoren in militärischen Uniformen in Danzig zu erhöhen. Dazu stellte er fest, weder der Völkerbund noch irgendeine andere Autorität könnte Polens Handlungsfreiheit hierin einschränken.

Der deutsche Botschafter von Moltke wirkte der wachsenden Spannung zwischen Deutschland und Polen am 23. Mai 1939 damit entgegen, daß er sich für den Verzicht Deutschlands auf die Danziger einzusetzen begann. Er berief sich dabei auf Becks Zusicherungen, er werde die Gespräche mit den Deutschen wiederaufnehmen, wenn Hitler für immer auf Danzig verzichte. Dazu argumentierte er, Deutschland habe doch so viele andere Gebiete geopfert, die es ehemals sein eigen nannte, und Danzig sei einen Krieg nicht wert. Nach seiner Überzeugung werde Großbritannien nach einem deutschen Rückzug aus Danzig eine deutschpolnische Verständigung begünstigen.

Moltke hielt friedliche Beziehungen zu Polen für ausgeschlossen, wenn Deutschland nicht alle Zugeständnisse mache und anerkenne, daß Polen eben keine mache. Hitler hielt dagegen freundschaftliche Beziehungen zu Polen auf dieser einseitigen Grundlage für

ausgeschlossen. Es laufe auf dasselbe hinaus, als fordere Deutschland die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und mache diese Forderung zur Grundlage für eine Verständigung mit Polen. Er weigerte sich, auch nur die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, das Danziger Gemeinwesen aufzugeben. Ein polnischer Staat, der sich weigere, die Verwirklichung rechtmäßiger deutscher Ansprüche in Danzig auch nur in Betracht zu ziehen, könne niemals als freundschaftlicher Nachbar verläßlich sein. Dieser Ansicht war auch Frankreichs ehemaliger Premier Pierre-Etienne Flandin. Am 23. Mai 1939 äußerte er zu Botschafter Graf Welczeck, eine rücksichtslose englisch-französische Politik zugunsten Polens in Danzig werde sich auf den Frieden verhängnisvoll auswirken, und beklagte sich, Deutschland und Italien täten viel mehr für den Frieden als die britische Führung.

Völkerbundskommissar Burckhardt ließ die Deutschen wissen, Halifax habe am 21. Mai 1939 in Genf geäußert, die Engländer würden in jedem deutsch-polnischen Krieg für Polen kämpfen, einerlei, aus welchen Ursachen sich der Konflikt entwickeln würde. Burckhardt widersprach dem Standpunkt Moltkes mit der vertraulichen Mitteilung an Ribbentrop in Berlin am 1. Juni 1939, Joseph Beck sei nicht für weitere diplomatische Gespräche mit Deutschland. Er hatte zwar auf Burckhardts Drängen hin erklärt, er werde neue Gespräche unter Umständen in Erwägung zichen, jedoch erst dann, wenn die Verhältnisse sich beruhigt hätten. Ganz offensichtlich schien dies der sicherste Weg zu sein, durch Verwechseln von Ursache und Wirkung Gesprächen auszuweichen.

522

523

Die unglückliche Mission Kasprzyckis

In dieser Zeit der Aufregung in Polen und Danzig blieb die Zusammenarbeit zwischen dem englisch-französischen Block und den Polen überraschend unfruchtbar. England und Frankreich hätten im militärischen und wirtschaftlichen Bereich vieles für Polen tun können, wenn es ihnen wirklich darum zu tun gewesen wäre. Die Polen versuchten unentwegt, zu einer echten Zusammenarbeit mit ihren westlichen Alliierten zu gelangen. Sie stellten jedoch bald fest, daß das keineswegs so leicht und ergiebig war wie in ihrem früheren Verkehr mit den Deutschen.

Beck veranlaßte Bonnet Anfang Mai 1939, mit einer polnischen Sondermission in Paris zu verhandeln. Lukasiewicz teilte Bonnet mit, Polen wünsche ein neues Protokoll über das französisch-polnische Bündnis, um die französische Verpflichtung Polen gegenüber zu präzisieren. Beck kabelte am 12. Mai 1939 Lukasiewicz, der polnische Ministerrat verlange, daß unverzüglich in der Angelegenheit der vorgeschlagenen 2 Milliarden-Franc-Anleihe an Polen etwas geschehen müsse. General Tadeusz Kasprzycki werde am 14. oder 15. Mai als persönlicher Beauftragter des Marschalls Rydz-Smigly in Paris eintreffen, um mit den französischen Militärs zu verhandeln. Bonnet solle davon in Kenntnis gesetzt werden, daß Polen an weitestgehender Koordinierung seiner und Frankreichs militärischer Planung gegen Deutschland gelegen sei. Beck ließ seinen Botschafter ferner wissen, eine Verpflichtung Frankreichs, um Danzigs willen Krieg zu führen, sei eine absolute Notwendigkeit. Frankreich war indessen keineswegs dazu verpflichtet und Bonnet strikt dagegen, eine derartige Verpflichtung zu übernehmen.

Lukasiewicz erfuhr am 13. Mai 1939, daß Frankreich nicht bereit sei, Polen mehr als die dem französisch-polnischen

Hilfsprogramm von 1936 entsprechenden 135 Millionen Francs vorzuschießen. Daladier gab zu verstehen, Frankreich könne im Jahre 1940 vielleicht etwas mehr für Polen tun, doch der polnische Botschafter, der den Krieg mit Deutschland schon 1939 erwartete, hielt das Angebot des französischen Premiers nicht für aufrichtig. Einigermaßen verbittert brachte er Daladier gegenüber zum Ausdruck, die Deutschen verfolgten diese Verhandlung mit großer Aufmerksamkeit.

General Kasprzycki traf am 14. Mai 1939 in Paris ein. Er setzte Lukasiewicz auseinander, sein Ziel sei Frankreichs Einverständnis mit einer Offensive größeren Ausmaßes gegen Deutschland, und zwar mit oder ohne Italiens Teilnahme als Kriegsverbündeten Deutschlands. Man hatte ihn angewiesen, vertraulich mitzuteilen, Polens Artillerie sei schwach und bedürfe unmittelbarer französischer Hilfe. In den folgenden Tagen mußte er zu seiner Überraschung und mit wachsendem Mißtrauen feststellen, daß die französischen Befehlshaber

ihm alles zusagten nur keine Artillerie. General Vuillemin, Befehlshaber der französischen Luftwaffe, sicherte ihm zu, Frankreich werde unter allen Umständen den größten Teil seiner militärischen Anstrengungen gegen Deutschland richten. Am zweiten Tag der Konferenz versprachen die Militärs, am siebzehnten Tag nach der französischen Mobilmachung eine schwere Offensive zur Zerschlagung des deutschen Westwalls einzuleiten. Für diese Operationen gedachten sie fast dreiviertel der gesamten Armee Frankreichs einzusetzen.

In den Tagen bis zum 17. Mai 1939 begann Bonnet, im politischen Bereich Schwierigkeiten zu machen. Er hob hervor, Lukasiewicz irre sich, wenn er behaupte, der britische Blankoscheck an Polen enthalte die klare Zusicherung, daß die Briten für Polen in Danzig kämpfen würden. Diese hätten ihm mitgeteilt, daß sie seit Becks Besuch mit den Polen keine politischen Gespräche mehr geführt und auch keine eindeutige Verpflichtung in Danzig übernommen hätten. Dabei blieben jedoch die Beck wiederholt gegebenen britischen Zusicherungen unberücksichtigt, daß jedes deutsche Vorgehen in Danzig eine Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit darstelle. Ungerechtfertigterweise behauptete Bonnet, die Polen hätten früher einmal geäußert, nach dem Ausbruch des Krieges werde sich eine Zusammenarbeit mit den Sowjets als notwendig erweisen. Polen müsse daher, um einen Krieg zu verhindern, insofern eine Verpflichtung gegenüber der Sowjetunion eingehen. Bonnet hoffte damit, Becks Weigerung, mit den Russen zusammenzuarbeiten, als widersinnig hinstellen zu können.

Die wichtigsten Teilnehmer an der Sondersitzung am 17. Mai 1939 waren Daladier, Bonnet, Gamelin, Kasprzycki und Lukasiewicz. Es ging im wesentlichen um die Verpflichtungsfrage im Fall Danzig. Noch am 12. Mai 1939 hatte das französische Kabinett eine Formulierung gebilligt, die Danzig ausschloß. Bonnet zögerte offensichtlich, das neue Protokoll mit dem Danzig-Junktim anzuerkennen, doch hofften die Polen auf einen Wandel seiner Auffassung. Sie wurden nicht eindeutig dahingehend informiert, daß die Franzosen sich weigern würden, ohne das neue politische Protokoll militärische Verpflichtungen als bindend anzusehen. Bonnet hat besagtes Protokoll bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges niemals anerkannt.

Die Polen gestanden während der Sitzung am 17. Mai, sie verfügten nicht über das notwendige Kriegsmaterial, um den Deutschen mit Erfolg Widerstand leisten zu können. Sie brauchten direkte Militärhilfe von Frankreich und Großbritannien. Daladier wich der Frage mit dem Hinweis aus, der geeignetste Lieferant für Kriegsmaterial an Polen wäre doch die Sowjetunion. Lukasiewicz und Kasprzycki gaben den Franzosen zu bedenken, daß sie niemals sowjetische Kriegsmaterialhilfe erwarten könnten. Die neue bedingte Militärverpflichtung der Franzosen gegenüber Polen wurde am 18. Mai nach

524

525

Warschau übermittelt und am folgenden Tag in beiden Hauptstädten gebilligt. Sie sah die Mobilisierung Frankreichs sofort nach dem Ausbruch eines Krieges zwischen Polen und Deutschland vor und bedingte einen Großangriff auf Deutschland am fünfzehnten Tag der Mobilmachung, also zwei Tage früher, als die Franzosen ursprünglich angeboten hatten. Bonnets Weigerung, das politische Protokoll mit dem Danzig-Junktim zu unterzeichnen, bedeutete, daß Frankreichs neue militärische Verpflichtungen gegenüber Polen in Wirklichkeit noch gar nicht bestanden. Die Polen beschlossen, diese Tatsache zu ignorieren, und stützten ihre weitere militärische Planung auf die unheilvolle und irrige Annahme, mit einer französischen Offensive gegen Deutschland rechnen zu können.

Halifax lehnt Belieferung Polens ab

Anfang Juni 1939 traf Oberst Adam Koc mit einer unter seiner Führung stehenden Wirtschaftsdelegation in England ein. Koc hatte das polnische OZON (Lager nationaler Einheit)

gegründet, doch waren seine Bemühungen um die neue staatspolitische Partei ziemlich erfolglos geblieben. Kurz nach einem mißglückten Attentat auf Koc hatte General Stanislaw Skwarczynski die Führung im OZON übernommen. Koc wurde für die Mission in England ausersehen, weil er über gute Sachkenntnis im Handel und Bankwesen verfügte. Auch war er als energischer und entschlossener Verhandlungspartner bekannt. Er ging die Briten um eine sofortige Zahlung von 60 Millionen Pfund Sterling zum Einkauf von Kriegsmaterial auf ausländischen Märkten an. Die Briten schlugen vor, Polen vielleicht 8 Millionen Pfund Sterling zu gewähren, vorausgesetzt, die Käufe würden ausschließlich in England getätigt.

Koc sandte Jan Wszelaki, den Handelsattaché der polnischen Botschaft, zu dem amerikanischen Botschafter Kennedy mit der Bitte, die Vereinigten Staaten möchten auf die Briten Druck ausüben. Kennedy schien über die Situation recht gut unterrichtet zu sein, doch hatte er in dieser Richtung nichts Ermutigendes zu sagen. Er versprach, sich bei Halifax und Chamberlain zu verwenden, und vertraute seinem Gast an, die Briten und Franzosen seien nicht geneigt, ihr Kriegsmaterial mit Polen zu teilen. Das augenscheinliche Unvermögen der Vereinigten Staaten, mit ihrem Einfluß greifbare Vorteile für die Polen zu erwirken, setzte diesen einen merklichen Dämpfer auf. Diese Situation stand im krassen Widerspruch zu den großartigen Versprechungen Bullitts, die er Lukasiewicz früher einmal in Paris gemacht hatte. Das Gespräch zwischen Kennedy und Wszelaki fand am 16. Juni 1939 statt. Am gleichen Tag brüstete sich Roosevelt vor dem französischen Erziehungsminister Jean Zay, wenn er als Leiter einer amerikanischen Delegation an der Münchener Konferenz 1938 teilgenommen hätte, wäre Hitler viel Ärger bereitet worden.

In den Wirtschaftsverhandlungen mit den Polen führte Sir John Simon auf britischer Seite den Vorsitz. Koc beschwerte sich bei seinen Auftraggebern in Warschau, es sei ihm unmöglich, Simon irgendwie zu beeindrucken. Er war wie betäubt, als Simon ihm mitteilte, er wolle die Franzosen veranlassen, 40% der kümmerlichen 8 Millionen Pfund Sterling zu übernehmen. Durch den ganzen Sommer schleppten sich die Verhandlungen hin. Ständig reiste Koc zwischen Polen und England hin und her. Hartnäckig verweigerte Simon Polen die Erlaubnis, auch nur irgendeinen Betrag des britischen Kreditanteils zum Einkauf von Kriegsmaterial nichtenglischer Herkunft zu verwenden. Im Endeffekt hat Polen vor dem Ausbruch des Krieges mit Deutschland überhaupt kein Kriegsmaterial auf den britischen Kredit hin bekommen. Koc beklagte sich, die Briten hätten kalte Gleichgültigkeit gegenüber der trostlosen militärischen Lage Polens gezeigt.

Hinsichtlich greifbarer Ergebnisse erwiesen sich die Verhandlungen zwischen Polen und dem englisch-französischen Block als völliger Fehlschlag. Doch wurde dies von allen drei Regierungen vor der Öffentlichkeit sorgfältig verheimlicht. Die Ankunft des Generals Sir Edmund Ironside in Warschau am 17. Juli 1939 wurde von allen Nachrichtenorganen sehr eingehend behandelt; sollte doch dieses Ereignis die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß die militärische Zusammenarbeit zwischen Polen und den Westmächten ebenso fruchtbar wie erfolgreich verlaufe. Ironside war damals Generalinspekteur der britischen Armee. Am Tage seiner Ankunft in Polen gewährte Marschall Rydz-Smigly dem Warschauer Korrespondenten des News Chronicle (England) eines seiner seltenen Interviews. Darin erklärte Polens Marschall, sein Land sei selbst ohne Verbündete bereit zu kämpfen, wenn Deutschland Danzig

anrühre. Mit besonderer Betonung fügte er hinzu, im Kampf um seine Stellung in Danzig kämpfe Polen gleichermaßen um seine Unabhängigkeit. Im Fall eines Krieges würden alle Polen, Männer und Frauen, gleich welchen Alters, zu Soldaten werden.

Auf einer Konferenz am 19. Juli 1939, an der auch Rydz-Smigly und Norton teilnahmen, fragte Ironside Beck, was Polen tun würde, wenn Danzig seinen Anschluß an Deutschland proklamiere. Becks Antwort auf diese hypothetische Frage war ausweichend, die drei Mächte müßten sich in ihrer Antwort an die Deutschen einig sein. Damit erweckte er bei Ironside den Eindruck, Polen werde für jeden deutschen Schritt in Danzig eine Erklärung fordern, ehe es Deutschland angreife.

Während der polnischen Manöver, an denen General Ironside teilnahm, zeigten die Polen ihre Tapferkeit mit todesmutiger Hingabe. Der britische Befehlshaber vermerkte später mit Genugtuung, er „habe der nicht ohne Verluste erfolgten Angriffsübung einer Division in scharfem Sperrfeuer zuge-

sehen“. Im stillen war der General mit Englands Verhalten in der Frage der Kredite an Polen nicht einverstanden. Es wäre ihm lieber gewesen, wenn die Polen wirksame und substantielle Hilfe erhalten hätten. Er erklärte sich damit einverstanden, nach seiner Rückkehr der englischen Öffentlichkeit die militärische Bereitschaft der Polen in beredten Worten zu schildern. Die polnische Armee sei in bester Verfassung und ihre Moral ausgezeichnet. Indessen unterließ er es, den beklagenswerten Mangel an moderner

militärischer Ausrüstung, der ihm in Polen aufgefallen war, zu erwähnen.

Hinter den Kulissen wurde es deutlich, daß Großbritannien und Frankreich zu dem Schluß gekommen waren, Polen sei entbehrlich, obwohl General Gamelin hoffte, es werde im Fall eines Krieges in der Lage sein, den Deutschen mehrere Monate hindurch Widerstand zu leisten und damit eine deutsche Offensive gegen Frankreich im Jahre 1939 unmöglich zu machen. Im Mai und Juni 1939 besuchte Sir William Strang Polen in Begleitung von Gladwyn Jebb, dem Privatsekretär Sir Alexander Cadogans. Strang, der Chef der Zentralabteilung im Foreign Office, hegte nur geringe Sympathie für Polen. Nach seiner Ansicht wäre es lohnender gewesen, 1938 die Tschechen zu unterstützen, als sich 1939 für die Sache der Polen einzusetzen. Er betrachtete Polens Grenzen noch wesentlich kritischer als Hitler und hielt sie für „übermäßig ausgedehnt.

Strang persönlich hielt ein enges Bündnis zwischen Großbritannien und der Sowjetunion für lohnend, selbst wenn es auf Kosten Polens abgeschlossen würde. Nach seiner Ansicht mußte jede andere Auffassung dem Ziel der Vernichtung Deutschlands untergeordnet werden. „Europa mußte die schädliche Infektion des Nazismus aus seinem Organismus ausscheiden“. Dazu war Krieg das beste Mittel. Es war der Zweck seiner Mission, sich zu vergewissern, daß Polen bereit sei, den angeblich notwendigen Konflikt mit den Deutschen heraufzubeschwören. Der Gedanke an die Aussicht, daß Polen selbst, trotz seiner Opfer, aus einem solchen Konflikt mit Gebietsminderungen hervorgehen werde, stimmte ihn recht zufrieden.

Halifax verachtet den Stahlpakt

Beharrlich verfolgte Halifax sein Ziel, Deutschland zu isolieren und Großbritannien so viele Verbündete wie möglich zu gewinnen. Nach der Garantie strebte er vor allem ein britisches Bündnis mit der Sowjetunion an. Doch verlor er auch Italien nicht aus den Augen. Er lehnte es ab, sich durch den Abschluß des formellen Bündnisses zwischen Deutschland und Italien am 22. Mai 1939 in Berlin in Unruhe versetzen zu lassen. Mussolinis Schritt, das Bündnis abzuschließen, war in seinen Augen die logische Antwort auf die englischen Garantien an Rumänien und Griechenland. Doch hatte er Anlaß zu glauben,

527

528

das Italien sich Deutschland gegenüber unter Bedingungen festgelegt habe, den Frieden zu erhalten, und daß man beide Länder im Falle eines Krieges möglicherweise voneinander trennen könne. Der Stahlpakt, so bezeichnete man das neue deutsch-italienische Bündnis, forderte in aller Öffentlichkeit das Zusammenstehen beider Nationen, wann immer eine von ihnen trotz friedfertiger Absichten in einen Konflikt verwickelt werden sollte.

Es war Halifax bekannt, daß die Deutschen und Italiener sich vor der Unterzeichnung des Paktes gegenseitig versichert hatten, sich stets zu bemühen, jeden Konflikt zu vermeiden. In Konferenzen am 6. und 7. Mai 1939 in Mailand hatten von Ribbentrop und Ciano sorgfältig alle Einzelheiten des Vertrags durchgesprochen. Man war sich einig, daß weder Deutschland noch Italien auf einen Krieg größeren Ausmaßes vorbereitet seien und es daher im Interesse beider Mächte liege, einen Konflikt zu vermeiden. Die Deutschen versprachen den Italienern, auf Ambitionen im Mittelmeerraum zu verzichten. Am 17. Mai 1939 billigte

Mussolini den Text des Vertrages. Halifax wußte, als der Pakt in Berlin unterzeichnet wurde, dieses Schönwetter-Bündnis müsse nicht unbedingt einschließen, daß Großbritannien sich auch noch mit einer italienischen Beteiligung an einem deutsch-englischen Krieg zu befassen habe. Auch war ihm bekannt, daß Mussolini damit rechnete, wie schon 1938 so auch im Jahre 1939 erfolgreich als Vermittler zwischen den streitenden Parteien aufzutreten. Mussolinis Vermittlerrolle bereitete Halifax mehr Kopfzerbrechen als die Möglichkeit, daß Italien in einen Krieg hineingezogen würde.

Am 7. Juni 1939 erhielten die Deutschen die wichtige Zusicherung, daß sie sich um ihren alten Bundesgenossen aus dem 1. Weltkrieg, die Türkei, keine Sorge zu machen brauchten. Die Briten und Türken hatten am 12. Mai 1939 einen Beistandspakt für das östliche Mittelmeer abgeschlossen, der an das britische Triple-Bündnisabkommen von 1887 zugunsten des status quo im Mittelmeer erinnerte. Die Deutschen waren über einen ominösen Artikel in dem Pakt besorgt, der Großbritannien und die Türkei für jeden Streitfall, in den einer der Partner verwickelt werde, als Verbündete vorsah. Der deutsche Botschafter von Papen wurde angewiesen, sich über die Einstellung der Türkei Klarheit zu verschaffen. Am 7. Juni 1939 konnte er berichten, die Türkei werde sich nicht gegen Deutschland wenden, wenn die Briten Deutschland im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes angriffen, Präsident Inönü hatte ihm das kategorisch beteuert. Seine Politik des Zusammengehens mit den Briten richte sich ausschließlich gegen Italien und habe mit Deutschland nichts zu tun.

Wohlthats nutzlose Gespräche in London

Während der ersten Sommerwochen 1939 tauchte die unbegründete Annahme auf, Großbritannien und Deutschland könnten ihre Differenzen trotz

528

529

des Interessenstreits zwischen Deutschland und Polen beilegen. Das Auswärtige Amt entsandte Adam von Trott zu Solz, einen ehemaligen deutschen Rhodes-Schüler, vom 1. bis 8. Juni mit einem Sonderauftrag nach England. Trott verbrachte ein Wochenende in Cliveden als einziger Deutscher unter dreißig Gästen, darunter Halifax und Philip Kerr (Lord Lothian). Bis zu dieser Zeit hatte es sich herumgesprochen, daß Lothian, der Anfang 1939 eine Propagandareise nach Amerika gemacht hatte, vorgesehen war, Sir Ronald Lindsay als britischen Botschafter in Washington zu ersetzen. Trott stellte fest, daß Lothian und Halifax nicht völlig einer Meinung waren und daß Lothian immer noch auf Frieden hoffte. Drei Stunden lang erörterte von Trott mit Halifax die deutsch-englischen Beziehungen und kam danach zu dem Schluß, daß dieser im Gegensatz zu Lord Lothian die Unvermeidbarkeit eines deutsch-englischen Krieges als gegeben ansah. Der britische Außenminister versicherte Trott voller Stolz, die britische Öffentlichkeit sei zu einer „inneren Kriegsbereitschaft” gelangt. Diese Behauptung verschaffte ihm sichtlich besondere Genugtuung. Dann erklärte er, „nach München“ habe sich das „britische Vertrauen in die deutsche Aufrichtigkeit” verringert. Er wich damit von der offiziellen Propaganda Englands ab, die die deutsche Politik während der slowakischen Krise im März 1939 als die entscheidende Ursache für das angebliche Mißtrauen der englischen Regierung gegen Hitler darstellte. Außerdem fiel Trott auf, daß Lord Astor, der Hitler freimütig als einen wahrhaft großen Mann bezeichnete, über die offenbar hoffnungslose, durch Halifax’ Politik geschaffene Lage, bekümmert war.

Am 8. Juni 1939 sprach Trott mit Premierminister Chamberlain. Nach seinen Beobachtungen dachte Chamberlain, ähnlich wie Lothian und Astor, gemäßigter über Deutschland als Halifax, doch war er außerstande, daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen, was sich hoffnungsvoll auf die Zukunft hätte auswirken können. Chamberlain vertraute ihm an, die Gewährung der britischen Garantie an Polen am 31. März 1939 gefalle ihm persönlich keineswegs. Er erweckte damit den Eindruck, als sei Halifax der Alleinverantwortliche für die britische Politik, und er überlasse alles resigniert dem Lauf der Dinge.

Die englischen Zeitungen nahmen von der Trott-Mission kaum Notiz, dagegen ergingen sie sich einen Monat später in wilden Spekulationen über Helmuth Wohlthats Besuch in England. Dr. Wohlthat, der die deutsche Handelsmission im März 1939 in Rumänien geleitet hatte, war eng befreundet mit Dr. Hjalmar Schacht, der wichtige Beziehungen zu britischen Finanz und Regierungskreisen unterhielt. Englische, französische und amerikanische Blätter stellten die Behauptung auf, Wohlthat beabsichtige, in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Vierjahresplans ein gewaltiges Finanzgeschäft mit Großbri-

tannien abzuschließen. Man sagte, Wohlthats Teilnahme an der internationalen Walfang-Konferenz in London diene lediglich der Tarnung des wahren Zwecks seiner Mission. Es war kaum überraschend, daß diese Gerüchte den Polen einen erheblichen Schlag zu einer Zeit versetzten, da die finanzielle Widerspenstigkeit Englands sich auf die materielle Hilfe für Polen hemmend auswirkte. Halifax bemerkte dazu kühl und ungerührt am 17. Juli 1939, der

polnische Botschafter, Graf Raczynski „sei ganz aufgelöst vor lauter Kummer.

Wohlthat unterzeichnete am 21. Juli 1939 für Deutschland das internationale Walfang-Abkommen. Der Daily Telegraph und der News Chronicle blieben während seines Aufenthalts unbeirrt bei der Behauptung, Großbritannien habe Deutschland eine bedeutende Anleihe angeboten. Den Gipfel erreichte die Sunday Times (die mit der Londoner Tageszeitung Times nichts zu tun hat) am 23. Juli 1939, mit der Meldung, Wohlthat habe einen aufsehenerregenden britischen Vorschlag einer deutsch-englischen Verständigung zurückgewiesen. Zwar gab Chamberlain am 24. Juli 1939 ein offizielles Dementi im Unterhaus heraus, doch hielten die Vermutungen über die angeblich hochwichtige Bedeutung des Wohlthat-Besuches unvermindert an.

Dr. Wohlthat führte verschiedene Gespräche mit den britischen Führern und Botschafter Herbert von Dirksen hoffte, die Briten würden einen annehmbaren Vorschlag zur Regelung der deutsch-englischen Differenzen machen". Diese Hoffnung zerschlug sich an dem widerspenstigen Verhalten der Engländer. Insbesondere erweckte die versöhnliche Haltung Sir Horace Wilsons, des persönlichen Assistenten von Premier Chamberlain, trügerische Hoffnungen. Wohlthat und Wilson trafen sich am 18. Juli 1939 zu einer ziemlich bedeutungslosen, allgemeinen Unterredung im Foreign Office. Hauptsprecher auf englischer Seite während der offiziellen Verhandlungen in London war Sir Robert Hudson vom Handelsministerium. Dieser erklärte am 20. Juli 1939 rundheraus, Großbritannien werde niemals auch nur eine einzige der ehemaligen deutschen Kolonien an das Reich zurückgeben. Wohlthat war tief erschrocken über diese kategorische Feststellung, weil Hitler gar nicht daran dachte, auf die Rückkehr der

Kolonien zu drängen. Er stellte Hudson die Frage, warum England „eine alliierte Front im Osten bilde“. Hudson entgegnete: „Wenn Krieg ausbricht, rechnen wir mit einem Sieg, doch ist es uns darum zu tun, uns dieses Ergebnis so schnell und gewiß wie möglich zu sichern”, um dann festzustellen, daß Wohlthat „daraufhin ein langes Gesicht machte“.

Wohlthat fragte Hudson, warum Großbritannien etwas gegen ein starkes Deutschland habe. Von Hudson kam die übliche Erklärung, „es sei stets die Politik dieses Landes gewesen, niemals zuzulassen, daß eine der Kontinentalmächte die militärische Vorherrschaft in Europa gewinne“. Im übrigen war er

530

531

ebenfalls der Ansicht, daß eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und England zu beiderseitigem Wohlstand führen könne, doch werde sich Großbritannien nur dann dazu bereit finden, wenn Hitler von den deutschen Absichten auf Danzig ablasse.

Als Wohlthat wieder in Deutschland war, legte er seinen Bericht am 24. Juli 1939 im Auswärtigen Amt vor. In diesem Bericht betonte er, seine Zusammenkünfte mit Hudson und Wilson seien von Botschafter von Dirksen gefördert worden und die formelle Initiative sei von seinen britischen Gastgebern ausgegangen. Auch wies er darauf hin, daß ihm die rapide Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen zum Bewußtsein gekommen sei. Über Chamberlain bemerkte er, dieser habe am 10. Juli 1939 (in Wirklichkeit am 1. Juli) öffentlich geäußert, der status quo in Danzig sei gerecht und fair und deutsche Absichten seien

ungerechtfertigt. Es war Wohlthat bekannt, daß dieser Standpunkt den meisten britischen Kommentaren zur Danzig-Frage in den letzten Jahren widersprach. Auch wußte er, daß Halifax die Theorie vom Gleichgewicht der Kräfte nur anwandte, um die Feindseligkeit Englands gegenüber Deutschland zu rechtfertigen.

Wohlthat glaubte, seine Gespräche in London hätten neues Licht auf die Absichten der Briten geworfen. Unter ihnen gab es solche, die von der Unvermeidbarkeit des Krieges überzeugt waren, dann aber auch Männer wie Sir Horace Wilson, die hofften, daß Halifax’ Kräftegleichgewichtspolitik nicht unbedingt zum Krieg führen werde. Das Tragische dieser Situation lag darin, daß die letzten Entscheidungen bei Halifax lagen. Wilson revidierte indessen seine persönliche Einstellung und behauptete, Halifax werde alles Menschenmögliche zur Erhaltung des Friedens tun. Dieser Glaube an Halifax veranlaßte Männer, die ganz offensichtlich gegen den Krieg waren, dazu, den Krieg als Eventualität zu rechtfertigen, anstatt sich seinem Ausbruch entgegenzustemmen.

Wilson gab zu, die Briten hätten nur darum an der Münchener Konferenz teilgenommen, weil sie damals noch nicht auf den Krieg vorbereitet gewesen seien, daß sie sich jetzt jedoch als gerüstet betrachteten. Damit verringerten sich die Aussichten auf eine Aussöhnung infolge der militärischen Vorbereitungen Englands, statt sich zu verbessern. Die britische Kriegsbereitschaft, so brüstete sich Wilson, sei viel umfangreicher, als sich das Deutschland oder die britische Öffentlichkeit vorstellen könnten.

Wilson gab zu, daß Hitler einen Weltkrieg Danzigs wegen vermeiden zu können hoffe. Doch dann könne man wohl von ihm den logischen Schluß erwarten, daß es ein Unding sei, Danzig haben und gleichzeitig einen derartigen Krieg

vermeiden zu wollen. Die einzige Lösung sei Hitlers Verzicht auf Danzig. Wilson bekannte sich zu der Auffassung, daß eine deutsch-englische Verständigung durchaus erreichbar sei, wenn Hitler auf weitere außenpolitische

531

532

Ziele verzichte und in jeder Hinsicht den status quo akzeptiere. Nach seiner Ansicht wären auch zweiseitige Verhandlungen zwischen Großbritannien und Deutschland fruchtbarer als Viermächte-Gespräche mit Italien und Frankreich. Für wünschenswert halte er es, wenn Hitler sich zu einer Nichtangriffspolitik gegenüber allen Staaten der Welt verpflichte. Der Frage der ehemaligen deutschen Kolonien solle man seiner Ansicht nach aus dem Wege gehen. Er hoffe auf die Möglichkeit einer Rüstungsverminderung und eines erfolgreichen Handelsabkommens. Ferner erscheine es ihm als wünschenswert, wenn Deutschland in finanziellen Fragen mit Großbritannien zusammenarbeite und seine Güteraustauschpolitik aufgebe. Wohlthat berichtete, in der Kolonienfrage sei Hudson deutlicher gewesen als Wilson. Der britische Handelsminister habe bekannt, seine Regierung wünsche es nicht, daß Deutschland irgendein Kolonialgebiet zurückerhalte. In vagen Ausdrücken sprach er von einem möglichen „kolonialen Kondominium“, das den Briten gestattete, die deutschen Unternehmungen in Übersee zu überwachen.

Wohlthat berichtete ferner, Sir Joseph Ball, der Leiter des Büros für politische Studien der Konservativen Partei, habe angedeutet, Chamberlain werde vielleicht Wahlen für den 14. November 1939 anberaumen, falls Hitler sich aus Danzig zurückzöge. Die britischen Führer machten bei jeder

Gelegenheit klar, sie würden eine Verständigung mit Deutschland nur dann in Erwägung ziehen, wenn Hitler zugebe, daß die englisch-polnische Diplomatie in Danzig gesiegt hätte. Hitler und Ribbentrop sahen ein derartiges Zurückweichen als ein Unheil für Deutschland an. Außerdem werde es den Zündstoff in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht beseitigen. In der daraus erwachsenden hoffnungslosen Situation mußte man mit britischer Unterstützung Polens gegen Deutschland rechnen. Hitler hegte den Argwohn, die Briten wüßten ganz genau, daß er nicht imstande sei, ihre Bedingungen anzunehmen, und daß die ganze Verhandlung den ausgeklügelten Versuch darstelle, die deutschen Diplomaten zu zersplittern und zu verwirren. Ribbentrop war über Dirksen empört. Er glaubte, der Botschafter habe sich, ohne es selbst zu merken, von den Briten zum Narren halten lassen.

Dieser Eindruck wurde Ribbentrop durch einen Bericht Dirksens vom 24. Juli 1939 bestätigt. In ihm behauptete der Botschafter, eine verantwortliche Minderheit britischer Führer bleibe dabei, eine friedliche Regelung mit Deutschland zu begünstigen. Er wisse nicht, ob die Briten während der jüngsten Verhandlung hinsichtlich eines Abkommens aufrichtig gewesen seien, doch glaube er, Hitlers Bereitschaft, Danzig aufzugeben, könne sie dazu zwingen. Dazu gab er die Anregung, ein solcher Schritt könne die britische Regierung veranlassen, „sich stark genug zu fühlen“, Englands Öffentlichkeit mit Deutschlands Wunsch nach einem Abkommen vertraut zu machen. Dieser Satz brachte geradezu er-

532

533

schütternd deutlich zum Ausdruck, daß Dirksen sich Halifax' geschicktes Propagandaargument, er sei lediglich der Gefangene großer Vorgänge, zueigen gemacht hatte. Nach Dirksens Ansicht würden die britischen Führer unter Umständen zur Verringerung der deutsch-polnischen Spannungen beitragen, wenn Hitler den polnischen Standpunkt im Hinblick auf Danzig und den Korridordurchgang akzeptiere. Recht kläglich endete sein Bericht damit, ein Abkommen mit den Briten sei ein weitaus lohnenderes Ziel als ein neuer Krieg. Diese Äußerung läßt erkennen, wie weit er der britischen Propaganda bereits erlegen war. Er deutete an, wenn Hitler die britischen Bedingungen nicht akzeptiere, so werde es heißen, daß das wahre Ziel seiner Politik der Krieg sei.

Es war Ribbentrop klar, daß Dirksens weitere Verwendung in London kaum noch tragbar sei. Er konnte nicht mehr länger als zuverlässiger Vertreter deutscher Interessen gelten. Bereits am 14. Juli 1939 hatte Ribbentrop durchblicken lassen, er würde die gegenwärtige Lage gern mit Dirksen besprechen, wenn dieser im August auf Urlaub nach Deutschland komme. Nach der Wohlthat-Episode fragte er sich allerdings, ob sich das überhaupt noch lohne. Besonders verärgert war er darüber, daß Dirksen es unterlassen hatte, ausführlich über die Gespräche Wohlthats mit den britischen Führern zu berichten. Wohlthat hatte zugegeben, er habe jedes von ihm in London geführte Gespräch mit Dirksen durchgesprochen. Er war allerdings kein Diplomat, und so fehlte seinem Bericht notgedrungen jener analytische Charakter, den man von einem Botschafter in London erwarten mußte. So forderte Ribbentrop am 31. Juli 1939 einen eingehenden Bericht von Dirksen an. Dieser Anordnung kam der Botschafter noch am gleichen Tage nach.

Dirksens Bericht vom 31. Juli 1939 enthielt die sonderbare Behauptung, die Gespräche zwischen Wohlthat und den Briten seien nicht ausgesprochen politischer Art gewesen. Das stand in direktem Widerspruch zum Inhalt des Wohlthat-Berichtes. Nach Dirksen habe Wohlthat während der Gespräche eine „rein rezeptive Haltung“ eingenommen und Wilsons Anerbieten abgeschlagen, sich die britischen Vorschläge von Chamberlain bestätigen zu lassen, weil das nicht „zu seiner Kompetenz” als deutscher Delegierter einer internationalen Walfang-Konferenz gehöre. Ribbentrop mußte diese befremdliche Abgrenzung auffallen, nachdem Wohlthat und Dirksen sich über die Art der Gesprächsführung abgestimmt hatten. Dirksen unterließ es also, die Gespräche sorgfältig zu rekapitulieren, wie es Ribbentrop von ihm gefordert hatte.

Weizsäcker teilte Dirksen am 31. Juli 1939 mit, Reichsmarschall Göring habe den Wohlthat-Bericht bereits gelesen, bevor Ribbentrop ihn erhielt. Verständlicherweise war dieser ungehalten, daß er als deutscher Außenminister nicht als Erster über wichtige politische Gespräche in London unterrichtet worden sei. Weizsäcker beklagte sich bei Dirksen, Wohlthat habe es anscheinend ver-

533

534

säumt, die naheliegende Frage nach dem Zusammenhang zwischen den britischen Vorschlägen an Deutschland und den gegenwärtigen Verhandlungen der Engländer in Moskau zu stellen. Wohlthats Bericht machte nicht ersichtlich, welche Wirkung, wenn überhaupt, erfolgreiche deutsch-englische Verhandlungen auf die britischen Bemühungen, die Sowjets einer Einkreisungsfront gegen Deutschland einzugliedern, haben könnten. Weizsäcker bestand darauf,

Dirksen solle Ribbentrop so schnell wie möglich einen ausführlichen Bericht über diese Dinge übermitteln.

Am 1. August 1939 sandte von Dirksen einen zweiten enttäuschenden Bericht. Darin behauptete er, eine Frage Wohlthats nach der britischen Einkreisungspolitik hätte schlecht zu der rein zuhörenden Haltung gepaßt, die er Wohlthat angeraten habe. Das ließ die Frage auftauchen, ob überhaupt Gespräche im korrekten Sinne des gegenseitigen Mitteilens stattgefunden hätten. Nach Dirksens „Eindruck" hatten die Briten sich bemüht, bei ihren Zusammenkünften mit Wohlthat konstruktiv zu sein. In nichtssagenden Worten wies er darauf hin, wie wünschenswert eine Lösung der Danzigfrage sei, doch versäumte er dabei, sich mit den Folgen eines deutschen Rückzugs in diesem Punkt zu befassen. Auch zeigte er über die echten Möglichkeiten eines Abkommens mit den Briten keine feste Meinung. Er machte geltend, der Geheimbericht des Generals Ironside zur militärischen Stellung Polens könne den Wunsch der Briten nach einer Verständigung bestärken, da der Bericht „nicht allzu günstig" gelautet habe. Es war ihm nicht aufgefallen, daß ein vertraulicher Bericht über Polen von einem mit moderner Kriegführung vertrauten britischen General kaum „äußerst günstig" hätte sein können. Dirksens Berichte über Wohlthats Gespräche waren ausgesprochen wertlos. Sie bestätigten nur den Eindruck, daß die Briten keine Bedingungen für eine Regelung angeboten hatten, ausgenommen Hitlers Verzicht auf Danzig. Das war der entscheidende Punkt, denn Hitler hatte ja nicht die Absicht, sich aus Danzig zurückzuziehen.

Polnische Provokationen in Danzig

Die reichlich unergiebigen Gespräche zwischen Großbritannien und Deutschland fanden ihren kennzeichnenden Niederschlag in der relativen

Bedeutungslosigkeit der Verträge, die beide Länder in diesen Monaten abschlossen. In dem herrschenden Stärkeverhältnis war keine Änderung zu spüren. Großbritannien und Frankreich unternahmen nichts, um die mangelnde militärische Vorbereitung der Polen zu beheben. Die durch Becks Rede eingeleitete neue Welle polnischer Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit versetzte Deutschland in helle Empörung. Die darüber unterrichteten Führer wie auch die ahnungslose Öffentlichkeit Englands ließen sich davon nicht im geringsten beeindrucken. Der Widerstand der Polen gegen neue Verhandlungen führte zu einer

554

535

betrüblichen Unterbindung der diplomatischen Beziehungen, was Halifax höchst befriedigt zur Kenntnis nahm. Dieser eintönige Stillstand wurde nur von dem Todeskampf der Deutschen in Polen und in Danzig von der anhaltenden Erregung über das anmaßende Verhalten der Polen und ihrer Reaktion auf die Kalthof-Affäre unterbrochen. Die Danziger waren fest überzeugt, daß Polen ohne Gnade gegen sie vorgehen würde, wenn man ihm die Oberhand ließe. Unaufhörlich stieg nach dem Kalthof-Vorfall die Spannung in Danzig. Am 3. Juni 1939 überreichte Senatspräsident Greiser den Polen zwei Protestnoten. Die eine richtete sich gegen die polnische Weigerung, ein gerichtliches Verfahren gegen den Kalthof-Mörder einzuleiten, die andere gegen die wachsende Zahl polnischer Zollinspektoren auf Danziger Gebiet. Hochkommissar Chodacki ignorierte beide Noten.

Völkerbundskommissar Burckhardt teilte Greiser am 6. Juni 1939 mit, Ribbentrop habe in Gesprächen vor einigen Tagen

in Berlin den deutschen Standpunkt hinsichtlich Danzigs sehr klar dargelegt. Dabei habe er zugegeben, Deutschland werde auch das Wagnis eines Krieges auf sich nehmen, um die Befreiung Danzigs herbeizuführen. Er habe aber auch zu Burckhardt gesagt, Deutschland hoffe noch immer auf eine ausgehandelte Regelung mit Polen. Greiser beteuerte Burckhardt, die Danziger Bevölkerung werde eine friedliche Lösung vorziehen. Burckhardt wollte gerade zur Entgegennahme einer Ehrenpromotion nach Basel reisen, als ihn Greiser eindringlich bat, unmittelbar darauf mit seiner Familie nach Danzig zurückzukehren, um im Sinne einer persönlichen Geste sein Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens zum Ausdruck zu bringen. Man unterhielt sich auch über die zwielichtige Stellung Rußlands, und Burckhardt stellte die kluge Prognose, die Sowjetunion werde sich in dem Streit um Danzig weder von der einen noch von der anderen Seite für ein Bündnis einfangen lassen. Er war sogar davon überzeugt, daß die Russen von der Aussicht auf den selbstmörderischen, alles vernichtenden Konflikt in Westeuropa äußerst angetan seien.

Die polnischen Behörden in Danzig gaben am 11. Juni 1939 bekannt, weitere Beschwerden von Danziger Seite über das Verhalten ihrer Zollbeamten würden von nun an unzulässig sein. Sie gaben den Danzigern ferner den Plan einer weiteren Erhöhung der Zollmannschaftsstärke bekannt, da die Krisenlage es den jetzt verfügbaren Beamten unmöglich mache, ihre Aufgaben durchzuführen. Weizsäcker besprach am 13. Juni 1939 in Berlin die kritische Situation Danzigs mit dem britischen Botschafter Henderson. Dieser erklärte ihm, der offizielle Halifax-Kurs einer angeblich notwendigen Einkreisung Deutschlands halte unverändert an. Vertraulich fügte er hinzu, er persönlich sei mit Halifax‘ Politik nicht einverstanden. Der britische Blankoscheck für Polen sei ein

großes Übel. Außerdem sei er Gegner einer militärischen Allianz zwischen

535

536

Großbritannien und der Sowjetunion. Mit dieser Äußerung gegenüber dem deutschen Staatssekretär überschritt Henderson bewußt seine Kompetenzen, doch konnte er den Gedanken nicht ertragen, die Deutschen könnten ihn der Bejahung der Halifax'schen Kriegspolitik verdächtigen. Ganz offensichtlich war er nicht der Mann, der die Interessen von Halifax in Berlin zu vertreten vermochte. Es war ihm nicht gegeben, sich das gewandte Zweckdenken solcher Männer wie Sir Horace Wilson, Sir John Simon und Sir Samuel Hoare anzueignen oder gar danach zu handeln.

Joseph Goebbels forderte die Unnachgiebigkeit der Polen in Danzig durch eine trotzige Rede am 17. Juni 1939 vom Balkon des Danziger Staatstheaters heraus. Er hatte die Danziger Kulturwoche besucht, die der geschichtlichen Rolle der Ostsee gewidmet war. In dieser Rede erklärte er, Danzig werde zum Reich zurückkehren, wobei er hinzusetzte, das Reich nehme die Erklärungen polnischer Chauvinisten nicht ernst. Chodacki revanchierte sich am folgenden Tag dafür. Die Baubehörde der Freien Stadt hatte kürzlich den Abbruch einer polnischen Behausung auf Danziger Boden angeordnet, weil sie sich in einem gefährlich baufälligem Zustand befand und die baupolizeilichen Vorschriften verletzte. Die polnischen Behörden im benachbarten Dirschau vergalten diesen Schritt mit einem Befehl an einen ortsansässigen Mühlenbesitzer, sein Haus niederzureißen. Als Greiser sein Mißfallen über dieses Vorgehen äußerte, befahlen sie dem Mühlenbesitzer, seine Mühle abzureißen. Man hatte angenommen, es handle sich dabei um eine

Willküraktion polnischer Ortsbehörden. Mit Genehmigung Becks griff jedoch Chodacki am 18. Juni 1939 ein und setzte Danzig in Kenntnis: „Jeder offiziellen Aktion der Danziger Behörden gegen polnisches Eigentum oder polnische Bürger wird eine doppelte oder dreifache Aktion gegen Danziger folgen.” Auf diesen Schritt folgte eine offizielle polnische Bekanntmachung, zur Zeit werde eine Tschechenlegion unter Führung des von Prag nach Warschau übergesiedelten Generals Lev Prchala auf polnischem Boden aufgestellt, die gegen die Deutschen kämpfen solle. Prchala gab seinerseits bekannt, er trete für eine Föderation von Tschechen und Polen unter polnischer Führung ein. Die Deutschen wußten, daß nur sehr wenig Tschechen bereit waren, für Polen unter diesen Bedingungen zu kämpfen. Immerhin war es für sie interessant, zu erfahren, daß sich die polnischen Föderationsbestrebungen jetzt nach Westen in tschechisches Gebiet erstreckten. Die Polen würden dann offenbar die Annexion Schlesiens fordern, um eine bessere Verbindung mit den Tschechen herzustellen.

Die Gazeta Polska reagierte am 20. Juni 1939 auf die Goebbels-Rede. Den Lesern wurde versichert, es sei in der ganzen Welt bekannt, daß Polen dem deutschen Druck in Danzig nicht weichen werde. Goebbels Argumente zur Vereinigung Danzigs mit Deutschland wurden zurückgewiesen. Auch bezeichnete

man es als bedauernswert, daß die deutsche Herrschaft in Tilsit und Memel Hitler in die Lage versetze, die Mündung des „polnisch-litauischen Njemen“ zu kontrollieren. Die polnische Führung sei entschlossen, niemals zuzulassen,

daß Deutschland wieder über Danzig und die Weichselmündung bestimmen könne.

Botschafter Graf Welczeck in Paris berichtete, er habe die jüngsten Danziger Vorgänge mit Außenminister Bonnet erörtert. Dabei habe er Bonnet mitgeteilt, nach Ribbentrops Ansicht müßten die deutschen Differenzen mit Polen noch 1939 beigelegt werden. Mit dieser Äußerung habe er sich auf Gespräche mit Ribbentrop einen Monat zuvor in Berlin gestützt. Dem Reichsaußenminister mißfiel dieser Bericht außerordentlich und er bestritt, jemals den Eindruck erweckt zu haben, die Bereinigung der deutsch-polnischen Differenzen befristen zu wollen. Er wies Graf Welczeck am 21. Juni 1939 an, sich von Gesprächen mit Bonnet über deutsche Politik zurückzuhalten, bis er genaue Instruktionen von Berlin erhalten habe.

Diese ausführlichen Instruktionen erhielt Graf Welczeck am 30. Juni 1939. In ihnen gab Ribbentrop zu, Deutschland habe seit Hitlers Reichstagrede vom 28. April 1939 versucht, Druck auf Polen auszuüben. Ausdrücklich betonte er weiter, es sei Hitlers Absicht, die Polen dazu zu bringen, Vernunft anzunehmen und nicht mit befristeten Ultimaten zu operieren oder den Eindruck zu erwecken, als seien die deutschen Bedingungen für eine Regelung unabänderlich. Ribbentrop hielt fest an der Hoffnung, Beck werde sich eines Tages jener Gruppe gemäßigter Polen anschließen, die bereit sei, sich mit Deutschland zu arrangieren. Es sei allerdings nicht klar ersichtlich, ob die gemäßigteren Kreise oder die Extremisten die Lage beherrschten. Welczeck solle Bonnet zu verstehen geben, die einzige Gefahr für Europa sei die Möglichkeit, daß Polen eine „Harakiri-Politik” betreibe und dadurch Deutschland zum Handeln zwinge. Ribbentrop gab zu, daß die gegenwärtigen Spannungen es sehr erschwerten, eine deutschpolnische Regelung ad infinitum hinauszuschieben.

Weizsäcker fügte den Instruktionen noch ein Memorandum hinzu, das die Ausführungen des Reichsaußenministers etwas abschwächen sollte. Er machte darin geltend, es sei nicht ganz richtig, wenn Welczeck ausdrücklich bestreite, daß die Regelung noch 1939 herbeigeführt werden müsse. Auch deutete er an, er akzeptiere Welczecks Berechtigung, sich Bonnet gegenüber entsprechend geäußert zu haben. Doch solle er nunmehr den Eindruck erwecken, als sei seine frühere Äußerung nicht mehr ganz aktuell.

Dieser Vorgang illustriert die Eigenmächtigkeit, mit der von Weizsäcker häufig Ribbentrops Instruktionen an deutsche Botschafter modifiziert hat. Weizsäcker wußte, daß Welczeck Ribbentrop wegen seiner positiven Stellung zum nationalsozialistischen System abgeneigt war, desgleichen, daß der deut-

537

538

sche Botschafter in Paris die ihm gegebene Gelegenheit voll ausnützen würde, einen Widerruf seiner Äußerung zu Bonnet zu vermeiden. Das deutsche Staatsschiff besaß 1939 viele ‚Möchtegern-Kapitäne'.

Die Danziger Behörden lehnten es auch weiterhin ab, sich in der Frage der polnischen Zollbeamten zu beugen. Im Juni 1939 wurden zwei polnische Zöllner aufgrund illegaler militärischer Aktivität verhaftet. Die Polen hatten vor, den Widerstand Danzigs durch wirksame Vergeltung zu brechen. Sie schnitten die Verbindungen zwischen den Danzigdeutschen und der deutschen Minderheit in Polen kurzerhand ab, indem sie bekanntgaben, die Volksdeutschen in Polen würden keine Erlaubnis erhalten, an dem Weichselsängerfest oder der internationalen

Ruderregatta in Danzig teilzunehmen. Das war sehr hart für die vielen Deutschen, die nur wenige Kilometer von der Freien Stadt entfernt wohnten. Außerdem schädigte es die Geschäftsinteressen der Danziger.

In der gleichen Zeit genoß die zahlenmäßig kleine Polenminderheit Danzigs unbeschränkte Bewegungsfreiheit. Vom 25. Juni bis 2. Juli 1939 wurde in Gdingen der polnische Festtag der Seefahrt begangen. Budzynski, der Minderheitenführer im Danziger Volkstag, hielt während der Festlichkeiten eine zündende Rede. Er versicherte seinen in Danzig lebenden polnischen Landsleuten, durch die polnische Armee werde Danzig mit Polen vereinigt werden. Der eigentliche Seefahrtstag in Polen, der als Nationalfeiertag galt, war der 29. Juni. Präsident Moscicki hielt eine Rundfunkrede, die von allen polnischen Sendern übertragen wurde. Er hob darin die Bedeutung Gdingens und Danzigs für die polnische Volkswirtschaft hervor und überging dabei genau wie Beck die Tatsache, daß Hitler immer wieder den vollen Schutz der wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig zugesagt hatte. Poetisch bezeichnete Moseicki die polnische Küste — ehemals gehörte sie zu Deutschland — als die Sonne und die Luft des polnischen Nationallebens. General Kwasniewski, Vorsitzender des polnischen Flotten-und Kolonialbundes, hielt ebenfalls eine Rede und behauptete darin, daß Hitler mit seinem Streben nach Danzig, das Polen nicht gehöre, den Versuch mache, Polens Stellung an der Ostsee einzuschränken. Er ließ das Schienennetz, das Gdingen mit dem polnischen Hinterland verband, völlig außeracht und verfocht die Ansicht, die Weichselmündung sei Polens natürlicher Zugang zur Ostsee. Seine Rede enthielt eine Reihe unmißverständlicher Anzeichen dafür, daß er durchaus für die Annexion der sogenannten Freien Stadt durch Polen eintrat.

Die Polen waren über den Widerstand Danzigs, der sich in der Bildung einer eigenen Verteidigungsmiliz äußerte, besonders aufgebracht. Sie machten Hitler verantwortlich für diese Lage, die sie an die Auseinandersetzungen zwischen dem improvisierten Freiwilligenkorps der Sudetendeutschen und den Tschechen im September 1938 erinnerte. Die polnische Regierung protestierte am 1. Juli

538

539

1939 bei Botschafter von Moltke gegen die militärischen Verteidigungsmaßnahmen der Danziger Regierung. Völkerbundskommissar Burckhardt wurde beschworen, am 1. Juli ein Memorandum nach Berlin zu senden und darin seine Besorgnis über diese Maßnahmen auszudrücken. Burckhardt selbst fühlte sich nicht ernstlich von der Situation alarmiert. Auch fand er die Maßnahmen der Danziger unter den herrschenden Umständen begreiflich. Am 8. Juli 1939 sagte er zu Viktor Böttcher, dem Vorsitzenden des Danziger Senatsausschusses für Auslandsverbindungen, die Welt sei es langsam müde, von Danzig zu hören, auch würden die Gerüchte über angebliche deutsche Aktionen in Danzig immer seltener.

Senatspräsident Greiser hatte Danzig im Juli verlassen, um als Reservist der deutschen Marine an einer mehrwöchigen Übung teilzunehmen. In dieser Zeit war Gauleiter Albert Forster in der Freien Stadt der Alleinverantwortliche für politische Vorgänge. Im vorhergehenden Sommer war er gelegentlich eines England-Besuches von der militärischen Stärke der Briten stark beeindruckt worden. Er befürchtete, ein Konflikt um Danzigs willen könne einen Krieg Deutschlands mit Großbritannien zur Folge haben. Darum hoffte er sehr auf eine friedliche Regelung, mit deren Hilfe

Danzig zum Reich zurückkehren könne. In der Abwesenheit Greisers konzentrierte er sich in erster Linie auf einen energischen Pressefeldzug Danziger Blätter gegen Beeinträchtigungen und Provokationen von polnischer Seite. Vielleicht werde es auf diesem Wege doch möglich sein, im Ausland und vor allem in England Interesse für die Danziger Selbstbestimmungsbestrebungen zu erwecken.

Beck teilte dem französischen Botschafter Noël am 6. Juli 1939 mit, seine Regierung habe sich entschlossen, mit weiteren Maßnahmen der vermeintlichen Drohung Danzigs zu begegnen. Noël legte Beck nahe, doch lieber erst die Westmächte zu konsultieren, bevor er zu drastischen Maßnahmen in der Freien Stadt greife. Beck fühlte sich dazu nicht verpflichtet. Er erklärte, im Prinzip sträube er sich keineswegs gegen Beratungen, doch ließe es der Druck der Ereignisse vielleicht gar nicht mehr zu, Fühlung mit den Verbündeten Polens aufzunehmen.

Potocki bemüht sich um eine polnische Kursänderung

In dieser Zeit setzten sich einige polnische Diplomaten bei Beck für eine Verständigung mit Deutschland ein. Botschafter Graf Jerzy Potocki, der aus den Vereinigten Staaten auf Urlaub gekommen war, sprach am 6. Juli 1939 im Außenministerium mit Beck über die Lage. Er ließ Beck wissen, daß er mit der festen Absicht nach Polen gekommen sei, einen Kurswechsel der polnischen Politik vorzuschlagen. Amerika und England stünden unter dem Druck einer regelrechten Kriegspsychose. Während der Überfahrt habe man an Bord wilde

Gerüchte gehört, die Deutschen hätten Danzig besetzt, die führenden Kapitalisten und die Rüstungsfabrikanten des Westens hätten sich bereits zu einer festen Kriegsfront zusammengetan und seien höchst erfreut darüber, mit Danzig und Polens widerspenstiger Haltung einen willkommenen Vorwand gefunden zu haben. Die Gleichgültigkeit gegenüber Polens Vernichtung sei abstoßend.

Eindringlich legte er Beck dar, in den Augen der westlichen Profitjäger seien die Polen nichts weiter als Negersklaven, die nur dazu da seien, zu arbeiten, ohne etwas dafür zu bekommen. Er versuchte, an Becks Eitelkeit zu appellieren, und meinte, der einzige Mann in Polen, den man drüben fürchte, sei der Außenminister. Obwohl Roosevelt nach einer Intervention in Europa geradezu fiebere, konzentrierten die Vereinigten Staaten ihren imperialistischen Vormarsch in Wirklichkeit auf Südamerika. Beck möge versichert sein, es sei reiner Wahn, von den Vereinigten Staaten zu erwarten, sie würden zugunsten Polens in Europa eingreifen. Schließlich mußte Potocki erkennen, daß seine beredten Argumente nicht die geringste Wirkung auf seinen Außenminister ausübten.

Potockis Bemühungen erhielten Unterstützung durch den polnischen Botschafter Sokolnicki in Ankara. Dieser war eng befreundet mit Jan Szembek. Für Potocki und Sokolnicki lag es auf der Hand, daß Szembek, wäre er Polens Außenminister, sich ihren Standpunkt zu eigen gemacht hätte. Sehr wahrscheinlich hätte auch Pilsudski Becks politisches Handeln verworfen, wenn er noch am Leben gewesen wäre. Sokolnicki vertraute Botschafter von Papen in Ankara am 14. Juli 1939 an, er sähe eine Regelung zwischen Deutschland und Polen sehr gern ausgehandelt, bevor die Juden und Freimaurer die Welt davon überzeugt hätten, daß ein katastrophaler Konflikt nicht mehr zu

vermeiden sei. Auch würde er sich freuen, wenn die englisch-sowjetischen Verhandlungen baldmöglichst mit einem Fehlschlag enden würden.

Forsters Entspannungsversuch in Danzig

Amerikas Diplomaten in Europa blieben dabei, sich dem Frieden zu widersetzen und zum Krieg zu drängen. Bullitt war entrüstet über Bonnet, weil dieser es unterlassen hatte, Polens Mut in der Danziger Frage mit einem Blankoscheck zu stärken. Ständig warnte er Roosevelt, der französische Außenminister arbeite für den Frieden. Zeitweilig konnte Bullitt allerdings zu seiner Freude feststellen, daß Bonnet über die Friedensaussichten nicht sehr optimistisch dachte. Äußerst befriedigt berichtete er am 28. Juni 1939, Bonnet könne außer Krieg keinen anderen Ausweg für Hitler erkennen. Biddle in Warschau unterstützte das Vorgehen der Polen in Danzig vorbehaltlos. In einem Bericht vom 12. Juli 1939 behauptete er, Viktor Böttcher, der inoffizielle Außenminister in Danzig und ein persönlicher Freund Burckhardts, trage jetzt ganz offen eine aggressive Haltung zur Schau und spiele nicht mehr den „unterdrückten Im-

perialisten”. Biddle blieb indessen die Erklärung dafür schuldig, warum ein Mann, der die Vereinigung seiner Vaterstadt mit seinem Vaterland anstrebe und sich dabei auf den beiderseitigen Wunsch der weitaus größeren Mehrheit stützen könne, ein Imperialist sei.

Am 16. Juli 1939 kehrte Senatspräsident Greiser nach Danzig zurück und konferierte am folgenden Morgen mit Burckhardt. Dieser gestand, als Gesprächspartner sei Greiser ihm lieber als Forster. Dann gab er Greiser zu

verstehen, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Halifax den Krieg nicht um des Krieges willen wünsche. Wiederum sagte er voraus, es werde den Briten nicht gelingen, ein Bündnis mit der Sowjetunion abzuschließen, und es sei zu hoffen, daß sie daraus eine Lehre zögen und Vernunft annähmen. Am 17. Juli 1939 trafen sich Burckhardt und Greiser mit Chodacki und Smogorzewski zum Mittagessen. Kasimierz Smogorzewski, ein namhafter polnischer Journalist, hatte viele Jahre die Propaganda gegen revisionistische deutsche Bestrebungen im Korridorgebiet dirigiert. Die Anregung zu dieser Tischrunde war von Burckhardt ausgegangen, um Greiser Gelegenheit zu geben, sich über die gegenwärtige polnische Einstellung zu informieren. Hinterher bemerkte Greiser, er habe es wie gewöhnlich Chodacki überlassen, den größten Teil der Unterhaltung zu bestreiten. In dieser Hinsicht war er anders als Forster, der in jedem Gespräch mit Chodacki darauf bestand, entsprechend zu Wort zu kommen. Der Hochkommissar setzte Greiser auseinander, Polen wisse ganz genau, wieviel Männer und Gewehre in Danzig vorhanden seien, um gegen Polen eingesetzt zu werden. Auch wisse Polen von dieser Kenntnis zum passenden Zeitpunkt den rechten Gebrauch zu machen. Verächtlich setzte er hinzu, er sei auf Forsters Bitte, bestimmte Dinge mit ihm zu erörtern, gar nicht erst eingegangen, weil er nicht sicher sei, ob letzterer Hitlers Genehmigung zu solchen Gesprächen habe. Chodacki meinte ferner, er sei immer wieder überrascht, wie abhängig Forster von Hitler sei, schließlich wisse doch jeder in der Runde, daß Danzig keine politischen Verpflichtungen gegenüber Deutschland habe. Greiser erkannte während des Essens, daß es tatsächlich aussichtslos war, mit den Polen über die gegenwärtige Lage zu sprechen.

Forster begab sich am 19. Juli 1939 zu Burckhardt mit der Instruktion, den Standpunkt Hitlers zur Danzigfrage darzulegen. Die deutschen Pläne für eine ausgehandelte

Regelung mit Polen seien im Grunde die gleichen wie zu Anfang des Jahres. Es sei vielleicht möglich, die Lösung der Danzigfrage bis 1940 oder 1941 hinauszuschieben, wenn die Spannung etwas gelockert werden könnte. Deutschland sei durchaus bereit, mit Hilfe von Völkerbundsverpindungen über Danzig zu verhandeln, um dieses Ziel zu erreichen.

Forsters Demarche hinterließ den Eindruck, daß Hitler sich mit der Möglichkeit eines Rückzuges aus Danzig befasse. Halifax war begierig zu erfahren,

541

542

wie Polen sich zu einer solchen Situation stelle. Er ließ durch Kennard bei Beck anfragen, ob er im Fall eines deutschen Rückzuges vorhabe, der polnischen Presse Zurückhaltung aufzuerlegen und unnötige Schadenfreude über ein etwaiges Erlahmen in der Haltung der Reichsregierung zu verhindern. Beck wies diese Mutmaßung am 25. Juli 1939 zurück und behauptete, die Deutschen täuschten bei ihrem Versuch, Großbritannien und Polen auseinanderzubringen, Entspannung vor. Die Spannung zwischen Deutschland und Polen nehme eher zu als ab. Vertraulich gab er zu verstehen, er werde demnächst in Danzig energisch durchgreifen, wozu er unter Umständen britische und französische Hilfe brauche. Für Halifax war nunmehr klar, daß Beck einen deutschen Rückzug nicht fördern oder gar auf eine Verständigung mit Deutschland hinwirken werde.

Den ganzen Juli hindurch ergötzte sich die polnische Presse mit der These, die deutsche Politik sei schwach. Höhnisch erklärte der Ilustrowany Kurjer, auf den deutschen Bluff falle niemand herein. Auf die Frage, ob der Krieg bald ausbrechen werde oder nicht, stellte das Blatt fest: „Ja, aber nur infolge

eines Irrtums. Deutschland ist der Meister des Bluffs. Sein ganzes Handeln kann man in dem einzigen Wort zusammenfassen: Bluff!”

Die gleiche Zeitung wandte nach Halifax’ Anfrage in Warschau ihre Aufmerksamkeit der britischen Haltung gegenüber Deutschland zu. Sie bemerkte am 27. Juli 1939, in Deutschland liefen die Dinge sehr ruhig, doch sei das verständlich, weil Hitler „kranke Nerven“ habe. Dieses polnische Blatt mit der höchsten Auflage war zwar kein amtliches Organ, aber auch die in ihm erscheinenden Artikel standen unter Zensur. Die intensive Tätigkeit der Zensoren zeigte sich in der großen Zahl weißer Flächen, die fortwährend in den Blättern privater Verlage anstelle von zensierten und in letzter Minute von amtlicher Seite unterdrückten Artikeln erschienen.

Die antideutsche Kampagne wurde im Verlauf des Juli 1939 auch in der amtlichen Presse Polens lebhafter. Am 31. Juli machte die Gazeta Polska die erstaunliche Andeutung, die besten Soldaten im deutschen Heer des 1. Weltkriegs seien Polen gewesen, und behauptete dazu, diese Schlußfolgerung sei einer objektiven Untersuchung über diese Frage entnommen. Es handelte sich dabei um ein Nebenprodukt eines viele Wochen anhaltenden Propagandafeldzuges, der beweisen sollte, daß Deutschland sich fürchte, auf Polens Herausforderung einzugehen. Die deutsche Presse bezichtigte die Polen zwar der Undankbarkeit im Hinblick auf die Rolle der Deutschen bei der Befreiung Polens im 1. Weltkrieg, aber sie hat niemals behauptet, polnische Soldaten oder ihre Offiziere seien Feiglinge gewesen.

Forster unternahm am 25. Juli 1939 einen erneuten Schritt zur Entspannung in Danzig. Er erfolgte auf Grund eines unangenehmen Vorfalls am Sonntag,

den 23. Juli, als Forster ungenau unterrichtet worden war, Polen beabsichtige, einen bewaffneten Bahnschutz zum Einsatz bei der Danziger Eisenbahn aufzustellen. Forsters Demarche vom 25. Juli geschah unmittelbar, nachdem dieser Vorfall geklärt worden war. Forster teilte Burckhardt mit, die Danziger Miliz könne bis Mitte September aufgelöst werden, wenn sich die Lage zwischen Deutschland und Polen einigermaßen entspannt habe. Burckhardt meldete diese Äußerung an die Briten, und Botschafter Kennard erkundigte sich im polnischen Außenministerium, wie man dort darüber denke. Man sagte ihm, Forsters Vorgehen sei eine leere Geste, die jeder Bedeutung entbehre. Beck sei dabei, einen entscheidenden Schritt vorzubereiten, der diesen Unternehmungen Forsters ein Ende bereite. Botschafter Bullitt erhielt in Paris die Eilnachricht, es sei in Bälde ein polnisches Ultimatum an Danzig zu erwarten. Diese Nachricht ging auf schnellstem Wege an Präsident Roosevelt.

Mussolinis Friedensplan der Achse

Die italienischen Führer wurden durch die wachsende Spannung zwischen Deutschland und Polen sehr beunruhigt. Der italienische Botschafter Attolico besprach am 25. Juli 1939 die Lage mit Ribbentrop im Schloß Fuschl bei Salzburg. Mussolini erwog die Zweckmäßigkeit einer Konferenz mit Hitler am Brenner sowie eine diplomatische Zusammenkunft der europäischen Mächte, bei der Hitlers und Mussolinis Gegenwart nicht unbedingt erforderlich war. Attolico teilte Ribbentrop mit, Mussolini sei zu dem Ergebnis gekommen, ein deutschpolnischer Krieg werde nicht örtlich begrenzt bleiben, und außerdem überzeugt, daß weder Deutschland

noch Italien für einen Krieg größeren Ausmaßes vorbereitet seien.

Nach Ribbentrops persönlicher Ansicht war ein deutscher Rückzug in der polnischen Krise für Deutschland wie für Italien nicht günstig. Dagegen rechnete er damit, daß Mussolini alles in seiner Macht Stehende tun werde, um den Eindruck zu erwecken, Italien werde im Ernstfalle an Deutschlands Seite kämpfen. In seinen Augen war eine entschlossene deutsch-italienische Haltung angesichts der gegenwärtigen Krise die beste Garantie für den Frieden. Er wisse, Hitler sei mit Mussolini der Meinung, daß ein Krieg für Deutschland wie für Italien gegenwärtig von Nachteil wäre. Im übrigen hoffe der deutsche Führer, falls zwischen Deutschland und Polen ein Krieg ausbrechen sollte, einen Konflikt mit Großbritannien und Frankreich vermeiden zu können.

Ribbentrop warnte Attolico, die Polen könnten durch einen Angriff auf Danzig oder mit Hilfe einer Reihe unerträglicher Herausforderungen Deutschlands sehr leicht einen Krieg provozieren, der Vorschlag einer Konferenz könne als Schwächezeichen ausgelegt werden, was den Krieg noch wahrscheinlicher mache. Das aber werde zu einer englisch-französischen Intervention in

einem zwischen Deutschland und Polen unter Umständen entstehenden Krieg entscheidend beitragen. Er bezweifelte ein Einverständnis der Polen mit einer von Deutschland und Italien vorgeschlagenen Konferenz. Ribbentrop gab zu, Halifax könne wahrscheinlich, wenn er es um jeden Preis versuche, einen allgemeinen Krieg auslösen. Allerdings sei

zu bezweifeln, ob Englands Rüstung genügend vorgeschritten sei, um eine solche Politik zu rechtfertigen. Hoffentlich bleibe Deutschland noch genug Zeit für sein Programm der Gebietsrevision, ehe die Briten endgültig zum Krieg bereit seien. Er neige dazu, einige der von Chamberlain und Halifax in Rom im Januar 1939 vorgebrachten Äußerungen als reinen Bluff anzusehen.

Ribbentrop war der Ansicht, eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Mussolini am Brenner werde zu diesem Zeitpunkt wie eine Theaterszene ohne jeden Inhalt wirken. Für Hitler sei es angemessener, nach Florenz, der Stadt der vielen Kunstschätze, zu gehen oder an italienischen Manövern teilzunehmen. Nach Ribbentrops Vermutung war der Botschaftsrat Graf Massimo Magistrati von der italienischen Botschaft in Berlin der eigentliche Urheber der von Attolico vorgeschlagenen Pläne. Es war bekannt, daß Magistrati Italiens Verpflichtung Deutschland gegenüber einzuengen wünschte. Der Wortlaut des vorgeschlagenen Hitler-Mussolini-Kommuniques für die Brenner-Zusammenkunft bezeugt nur allzudeutlich, warum Ribbentrop argwöhnisch war:

„Der Führer und der Duce, die am Brennerpaß zusammenkamen, haben nach eingehender Prüfung der Lage angesichts der Einkreisungspolitik gegen die Achse, die von den großen Demokratien betrieben wird, erneut ihren Wunsch nach Frieden beteuert und sind sich einig in der Ansicht, daß eine Konferenz interessierter Mächte, wenn sie auf normalem diplomatischem Wege in der geeigneten Form vorbereitet wird, zu einer Lösung der Hauptprobleme, die Europa beunruhigen, führen könnte, und eine Zeit des Friedens und Wohlstandes für die Völker einleiten."

Die hinter diesem Kommunique-Vorschlag stehende Gesinnung reflektiert Mussolinis bewundernswerte Hingabe

an die Wahrung des Friedens, doch fehlte ihr angesichts der polnischen Provokationen und der uneingeschränkten Unterstützung Polens durch England jedes Zeichen einer festen Entschlossenheit.

Am 29. Juli 1939 erörterte Attolico die Lage mit Weizsäcker in Berlin. Ausdrücklich betonte er, Mussolini befürworte unverändert das vorgeschlagene Kommunique für ein Treffen am Brenner, das nicht später als am 4. August 1939 stattfinden dürfe. Auch Ciano drängte auf die sofortige Vorbereitung einer allgemeinen Konferenz. Nach seiner Ansicht war es besser, die Konferenz unter Dach und Fach zu haben, als zu warten, bis der Druck der Ereignisse einen Monat später alle dazu zwingen würde. Separate Erklärungen Deutsch-

lands und Italiens im Sinne des vorgeschlagenen Brenner-Kommuniques könnten einen angemessenen Ersatz für das Treffen am Brenner bilden. Nach Attolico lag der springende Punkt öffentlicher Erklärungen von seiten Italiens und Deutschlands darin, daß die Wahrung des Friedens unter allen Umständen notwendig sei. Da Deutschland dieser Standpunkt nicht genügte, kam es zwei Wochen später zu dem Deutschland-Besuch Cianos. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Italien war beträchtlich und man entschied sich für persönliche Gespräche, bevor die beiden verbündeten Mächte gemeinsame Schritte in Erwägung ziehen könnten.

Der Eall Otto Abetz

Der französische Außenminister Bonnet schreibt am 25. Juli 1939 einen aufsehenerregenden Brief an Ribbentrop. Dieser

enthielt die verspätete Zurückweisung der deutschen Antwort auf den französischen Protest vom 18. März 1939 gegen die Besetzung Prags. Nach deutscher Auffassung hatte Bonnet Ribbentrop versprochen, Frankreich werde seine militärischen Verpflichtungen in Osteuropa einschränken. Bonnet erinnerte Ribbentrop daran, das französisch-polnische Bündnis von 1921 sei stets ein deutliches Zeichen für Frankreichs Verpflichtungen im Osten gewesen. Er schloß das Schreiben, das auch veröffentlicht wurde, mit der Feststellung, er könne „es nicht zulassen, daß gesagt wird, unser Land werde in irgendeiner Weise für den Krieg verantwortlich gemacht werden, weil es zu seiner Unterschrift gestanden habe“. Der Reichsaußenminister vermutete, das Schreiben solle die Russen überzeugen, Frankreich sei aufrichtig in seiner Bereitschaft, Deutschland Widerstand zu leisten.

Die deutschen Beziehungen zu Frankreich waren zu dieser Zeit durch den Fall Abetz gestört. Im Juni 1939 waren zwei französische Journalisten wegen angeblicher Annahme deutscher Gelder verhaftet worden, und durch die französische Presse ging der Aufschrei, Otto Abetz, der für das ‚Comite France-Allemagne’ arbeitete, habe sich der Verbreitung von Defätismus in Frankreich schuldig gemacht. Die genaue Anklage lautete, Abetz habe gesagt, die deutsche Sache in Danzig sei gerecht und Deutschland werde die verlorene Stadt zurückgewinnen. Daladier unterrichtete die deutschen Diplomaten in Paris am 30. Juni 1939, er habe Abetz’ Ausweisung aus Frankreich veranlaßt. Bonnet hatte Abetz zuvor angeraten, freiwillig abzureisen, um die unangenehme Ausweisung zu vermeiden, und so verließ Abetz Paris am Morgen des 30. Juni. Der Temps stellte ihn am 1. Juli 1939 als einen deutschen Propagandisten hin.

Graf Welczeck besprach am 11. Juli 1939 den Fall Abetz mit Daladier und hob dabei hervor, daß Abetz mit Ribbentrop persönlich befreundet sei. Daladier erklärte sich einverstanden, die Sache erneut zu prüfen, und Welczeck riet ihm, sich mit Senator Henry-Haye, dem Bürgermeister von Versailles und

Freund von Abetz, in Verbindung zu setzen. Welczeck, der es als unfair zurückwies, Abetz als Propagandisten hinzustellen, beklagte sich, ein großer Teil der französischen Presse habe den Ausweisungsbefehl als Beweis für Abetz' „Spionagetätigkeit" betrachtet. Er fügte hinzu, niemand habe behauptet, es bestünde auch nur im entferntesten eine Verbindung zwischen Abetz und den beiden Journalisten Aubin und Poirier, die angeklagt waren, fremde Gelder angenommen zu haben. Daladier gab daraufhin am 15. Juli 1939 ein Sonder-Kommunique heraus, daß Abetz der Spionagetätigkeit nicht schuldig sei. Ferner wurde bekanntgegeben, Abetz habe das Land auf eigenen Wunsch verlassen und folglich sei auch kein formeller Ausweisungsbefehl an ihn ergangen.

Die Situation wurde durch rücksichtslose Angriffe Henri de Kerillis' auf Abetz erschwert, nachdem dieser Frankreich verlassen hatte. Dieser Veteran unter den französischen Kriegshetzern behauptete in der Epoque, Abetz habe Franzosen zum Verrat aufgestachelt. Abetz wußte, daß diese ungeheuerliche Anklage vor einem französischen Gericht unmöglich aufrechterhalten werden könnte, und er bat Ribbentrop wiederholt, ihm die Rückkehr nach Frankreich zu gestatten. Dabei machte er geltend, er habe jedes Recht dazu, da der angedrohte Ausweisungsbefehl ja nicht

vorliege. Am 2. August 1939 willigte Ribbentrop schließlich ein. Doch wurde Abetz von den französischen Behörden in Belfort festgehalten und zur Umkehr nach Deutschland gezwungen. Welczeck wurde angewiesen, im August 1939 nicht eher seinen Urlaub in Deutschland anzutreten, als bis er alles getan hatte, Abetz die Rückkehr nach Frankreich zu ermöglichen, wo dieser ein Gerichtsverfahren gegen Kerillis anzustrengen gedachte. Der Fall war von entscheidender Bedeutung, da Abetz durch seine selbstlose, jahrelange Arbeit für eine deutsch-französische Verständigung viele Freunde unter den Franzosen gewonnen hatte. Die französische Regierung hielt es indessen für unmöglich, in dieser Frage nachzugeben, und so war Abetz gezwungen, in Deutschland zu bleiben.

Das polnische Ultimatum an Danzig

Ein neuer gefährlicher Vorfall ereignete sich in Danzig zur Zeit der Demarche Forsters bei Burckhardt am 25. Juli 1939. Unter mysteriösen Umständen hatte ein Danziger Zollbeamter namens Stein auf Danziger Gebiet den polnischen Soldaten Budziewicz erschlagen. Stein schwor, er habe in Selbstverteidigung gehandelt, doch wurde er auf der Stelle wegen Totschlags verhaftet. Die Danziger Behörden sprachen bei Chodacki offiziell ihr tiefes Bedauern aus und erklärten sich zur Zahlung einer finanziellen Entschädigung bereit. Der Gegensatz zwischen dem Verhalten Danzigs anläßlich der Ermordung Budziewicz‘ und dem Verhalten der Polen nach der Ermordung Grübnaus in Kalthof trat hier in betrüblicher Klarheit zutage. Der polnischen Öffentlichkeit wurde dieser

546

547

Kontrast verheimlicht. Die polnische Presse behauptete, polnisches Personal werde in Danzig von der Bevölkerung wahllos überfallen und Budziewicz sei ohne Provozierung auf polnischem Boden ermordet worden.

Die Danziger Regierung überreichte den Polen am 29. Juli 1939 zwei Protestnoten gegen illegale Tätlichkeiten polnischer Zollinspektoren und Grenzbeamten. Außerdem erhob sie Einwände gegen feindselige wirtschaftliche Maßnahmen der Polen und drohte mit Repressalien. Warschau ignorierte diese Warnung und unterband am 1. August 1939 die zollfreie Ausfuhr von Heringen und Margarine von Danzig nach Polen, obwohl der Verkauf dieser Waren an Polen 10 Prozent des gesamten Handels der Freien Stadt ausmachte. Die in Danzig wirkenden Vertreter Frankreichs stellten erheitert fest, daß die Firma Amada Unida, die in Danzig das Monopol für die Margarineerzeugung besaß, mit englischem und holländischem Kapital finanziert wurde. Der Danziger Vorposten schlug vor, man solle Repressalien gegen polnische Zöllner ergreifen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Zahl der polnischen Zollbeamten schon vor der kürzlichen Erhöhung 400 Prozent über dem Stand von 1929 gelegen habe, obgleich Danzigs Handel 1939 sehr viel geringer war als zehn Jahre zuvor. Die Kosten für die erhöhte Zahl an Inspektoren wurden ausschließlich von der geschröpften Stadt Danzig getragen.

Chodacki nahm den unverantwortlichen Vorschlag des Vorposten-Leitartikels zum Anlaß einer Demütigung Danzigs. Er erhielt von Beck die Genehmigung, Greiser am 4. August 1939 ein wütendes Ultimatum zu überreichen. Lukasiewicz hatte Bullitt am 3. August bereits vertraulich mitgeteilt, daß Polen diesen Schritt in Danzig vorhabe. Senatspräsident Greiser wurde in den Morgenstunden des 5. August 1939 offiziell davon in Kenntnis gesetzt, man werde Danzigs

Grenzen für den Import aller ausländischen Lebensmittel schließen, wenn die Regierung der Stadt nicht bis 6 Uhr abends des gleichen Tages die feste Zusage gegeben habe, sich niemals mehr in die Tätigkeit der polnischen Zollbeamten einzumischen. Die Drohung war ungeheuerlich, denn Danzig erzeugte nur einen relativ geringen Teil seiner Ernährung selbst. Greiser wurde außerdem davon unterrichtet, daß jeder polnische Zollinspektor vom 5. August 1939 ab bei der Dienstausübung Waffen tragen werde. Völkerbundskommissar Burckhardt wurde von den Polen nicht konsultiert, so daß er offiziell erst am 6. August von diesem Vorgehen erfuhr. In seinen ausführlichen Memoiren über seine Danziger Mission, die er mehr als zwanzig Jahre später niedergeschrieben hat, bezeichnete er das polnische Ultimatum vom 4. August als einen groben Fehler, der nur das Gegenteil bewirke. Ganz offenkundig wollten die Polen in Danzig als herrschende Macht an die Stelle des Völkerbunds treten. Viele Jahre später ist auch Chodacki zu dem Schluß gekommen, daß das Ultimatum vom 4. August (datiert am 4. August und über-

547

548

reicht am 5. August) ein ernsthafter taktischer Fehler gewesen sei. Es beruhte keineswegs auf irgendeinem besonderen Vorfall oder einem feindseligen Akt der Danziger Regierung. Tatsache bleibt, daß Beck das Ultimatum genehmigt hatte und auch weiterhin sein volles Vertrauen in Chodacki setzte.

Hitler rät Danzig zum Nachgeben

Hitler schloß aus diesen Vorgängen, daß Polen einen unmittelbaren Konflikt mit Deutschland zu provozieren

suche. Er riet Greiser, unverzüglich nachzugeben, da er befürchtete, die Polen könnten eine Blockade über Danzig verhängen, bevor die Frist ihrer Note abgelaufen war. Am Morgen des 5. August begab sich Greiser zu Chodacki und teilte ihm mit, Danzig unterwerfe sich dem Ultimatum.

Am 7. August 1939 richtete er eine ausführliche Note an Chodacki, nachdem das erste Stadium der Krise überwunden war. Er legte dem Hochkommissar nahe, die Danziger Regierung habe keine Anordnung erlassen, gegen die polnischen Zollbeamten einzuschreiten. Auch drückte er sein Erstaunen darüber aus; daß Chodacki ohne jeden offensichtlichen Grund gedroht habe, Danzig auszuhungern, und protestierte gegen die neue polnische Verordnung, die die völlige Militarisierung des polnischen Zolls in Danzig vorsah. Diese Note wurde mit dem Einverständnis der deutschen Regierung abgesandt. Hitler hielt es für notwendig, in dieser Frage selbst einzugreifen, um Danzig nach der Demütigung durch die Polen etwas Mut zu machen. Weizsäcker bat den polnischen Geschäftsträger, Fürst Lubomirski, ihn am 9. August 1939 im Auswärtigen Amt aufzusuchen. Er las ihm den Inhalt einer deutschen Verbalnote vor, in der die bedeutsame Warnung stand, Deutschland lehne jede Verantwortung für die aus der weiteren Verfolgung der Danziger durch Polen sich ergebenden Konsequenzen ab. Die Note besagte ferner, daß Deutschland mit aller Schärfe gegen solche an Danzig gerichtete Ultimaten protestiere, die auf nicht vorhandene Maßnahmen zurückgingen. Lubomirski erbat sich einen schriftlichen Durchschlag der Note. Weizsäcker setzte ihm auseinander, er sei nicht ermächtigt, eine schriftliche Note auszuhändigen, doch gestattete er dem Fürsten, sich eine Abschrift des deutschen Originals zu machen.

Beck hatte Norton spät abends am 4. August 1939 erklärt, also kurz bevor Chodacki in Danzig das Ultimatum

überreichte, seine Regierung sei darauf eingerichtet, militärische Maßnahmen gegen Danzig zu ergreifen, wenn die polnischen Bedingungen dort nicht angenommen würden. Später hat er bekannt, er habe die deutsche Verbalnote vom 9. August für Polen als beleidigend angesehen. Am 10. August wies er einen seiner Beamten an, den deutschen Geschäftsträger, von Wühlisch, vorzuladen. Dann wurde dem deutschen Diplomaten in polnischer Sprache der Inhalt einer polnischen Verbalnote

548

549

verlesen, die sehr viel länger war als die deutsche Note vom vorhergehenden Tage. Darin wurde die Reichsregierung gewarnt, Polen werde jede weitere deutsche Intervention gegen polnische Interessen in Danzig als einen Akt der Aggression betrachten. Auch lehne sie die Verantwortung für die Konsequenzen ab, die sich ergeben würden, wenn die Reichsregierung auf ihren Bemühungen beharre, Danzig zu schützen. Baron Wühlisch wurde erklärt, der deutsche Schritt vom Tag zuvor stelle eine Rechtsverletzung dar. Polen, der Völkerbund und die Regierung von Danzig hätten bestimmte Rechte im Hoheitsgebiet der Freien Stadt, während Deutschland dort keine habe. Die Reichsregierung möge ferner zur Kenntnis nehmen, daß Polen Danzig nicht als ein Objekt deutscher Sorge betrachte, polnische Diplomaten hätten bekannt, überrascht zu sein, daß Deutschland gewagt habe, am Tag zuvor zu intervenieren.

Weiter wurde der Reichsregierung mitgeteilt, Polens bisherige Bereitschaft, mit Deutschland über Danzig zu sprechen, sei eine freiwillige Geste des guten Willens auf polnischer Seite gewesen, wozu die polnische Regierung nicht länger mehr bereit sei. Man sagte Wühlisch, das

Ultimatum vom 4. August an Danzig sei mit dem vorherigen Einverständnis der britischen und französischen Regierung überreicht worden. Diese Behauptung war unzutreffend. Beck hatte es absichtlich vermieden, die Westmächte zu konsultieren, um so zu beweisen, daß er bereit war, in Danzig auf eigene Faust zu handeln und damit über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Zwar hatte er Norton unterrichtet, seine Regierung sei zu einer militärischen Aktion in Danzig bereit, doch hatte er die britische Regierung nicht konsultiert. Die Danziger waren fest davon überzeugt, daß Polen dazu übergegangen wäre, ganz Danzig militärisch zu besetzen, wenn Greiser das Ultimatum zurückgewiesen hätte.

Wühlisch wurde am 10. August mitgeteilt, er müsse den Text der polnischen Note von der polnischen Version kopieren, wenn er sie schriftlich zu haben wünsche. Wühlisch war sofort bereit, sie abzuschreiben. Der Notenaustausch zwischen Deutschland und Polen wurde in den verschiedenen Hauptstädten Europas als ein neues Zeichen gedeutet, daß Polen keine neuen Verhandlungen mit Deutschland wünsche und daß es auf einer einseitigen polnischen Lösung in Danzig bestand.

Der amerikanische Botschafter Bullitt in Paris teilte Roosevelt am 3. August 1939 mit, Beck habe vorausgesagt, die Krise zwischen Deutschland und Polen werde unter Umständen noch vor dem 15. August 1939 in ein heftiges und entscheidendes Stadium eintreten. Präsident Roosevelt wußte genau, daß Polen ganz offenkundig der Schuldige für die am 4. August in Danzig entstandene Krise war. Er wurde von der Aussicht beunruhigt, die amerikanische Öffentlichkeit könnte die Wahrheit über die Situation erfahren. Das aber hätte sich

als entscheidender Faktor nachteilig auf seine Pläne für eine militärische Intervention der USA in Europa auswirken müssen. Am 11. August 1939 wies er Unterstaatssekretär Sumner Welles an, Botschafter Biddle in Warschau den Auftrag zu geben, den Polen dieses Problem nahezubringen. Roosevelt drängte die Polen, etwas geschickter vorzugehen, um den Anschein erwecken zu können, daß das deutsche Vorgehen für die angeblich unvermeidliche Explosion in Danzig verantwortlich zu machen sei.

Becks Antwort auf die amerikanische Intervention war nicht sehr ermutigend. Biddle berichtete Roosevelt um Mitternacht des 11. August, die polnische Regierung habe entschieden, daß Konzessionen an Deutschland auf gar keinen Fall in Frage kämen. Beck war offenbar nicht gewillt, sich durch eine Reihe von ausgeklügelten, aber sinnlosen Manövern aufhalten zu lassen, die vielleicht dazu hätten dienen können, die amerikanische Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Beck wünschte dem amerikanischen Präsidenten klarzumachen, daß es ihm im Augenblick genüge, die volle Unterstützung Englands für seine Politik zu besitzen. Beck zeigte Biddle einen Bericht des polnischen Botschafters Raczynski in London vom 13. August 1939, dem die ausdrückliche Billigung aller polnischen Maßnahmen der letzten Zeit in Danzig durch Halifax zu entnehmen war.

Polens Ultimatum vom 4. August 1939, das sich auf einen absolut nichtssagenden Vorwand stützte, hatte Hitlers und Forsters Bemühungen, eine Entspannung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeizuführen, regelrecht zunichtegemacht. Von der polnischen Regierung wurde Forsters Vorschlag, man könne die Danziger Miliz unter Umständen auflösen, wenn die Lage dort ruhiger würde,

einfach ignoriert. In der durch Polens Ultimatum geschaffenen Atmosphäre war es Forster schlechterdings unmöglich gemacht worden, sich noch weiter um eine Aussöhnung zu bemühen. Die deutsche Regierung erkannte deutlich, daß die Briten und Franzosen entweder nicht in der Lage oder nicht gewillt waren, die polnische Regierung von willkürlichen Schritten zurückzuhalten, die zu einer Explosion führen konnten. Mit dem 5. August hatten die Polen ihre Position in Danzig ausgeweitet; denn nun besaßen sie die Zustimmung der Freistadt-Regierung zur völligen Militarisierung der polnischen Zollbehörde in Danzig. Die Stadt war ihres Rechts verlustig gegangen, gegen polnische Zöllner einzuschreiten, wenn sie gegen die örtlichen Bestimmungen verstießen. Man hatte allen Grund zu der Befürchtung, die polnische Regierung könne eines Tages ein neues Ultimatum unterbreiten und damit die endgültige Abdankung des nationalsozialistischen Regimes in Danzig verlangen, ohne daß Großbritannien oder Frankreich ihr zügelnd in den Arm fielen. Die Alternative könnte dann nur heißen: Verzicht auf deutsche Bestrebungen in Danzig oder Krieg.

550

551

Völkerbundskommissar Burckhardt war der Ansicht, daß Polen im Unrecht sei, wenn es behaupte, die Danziger Regierung habe nicht das Recht, auf der Grundlage bestehender Abmachungen die Tätigkeit polnischer Zollbeamter auf bestimmte Bereiche zu beschränken. Forster hatte ihm am 3. August 1939 ausführliche Mitteilung über Hitlers Instruktionen gemacht, was er tun solle, um die Reibungen mit Polen in Danzig zu beseitigen. Burckhardt sprach mit Chodacki über die Frage der Zollbeamten, mußte dann aber Forster gestehen, daß er eine „sehr unfreundliche

Aufnahme“ gefunden habe. Der polnische Hochkommissar hatte kein Interesse an Hitlers Versuch gezeigt, einen mäßigenden Einfluß auf Danzig auszuüben. Hitler beriet sich daraufhin mit Forster vom 7. bis 9. August 1939 auf dem Obersalzberg. Forster erhielt keine Erlaubnis, Polen in der Frage der Zollbeamten herauszufordern, doch ließ Hitler durchblicken, daß weitere Anstrengungen der Danziger Führer, mit Polen zu einer Entspannung zu gelangen, offenbar sinnlos geworden seien. Am 9. August wurde Forster erklärt, er müsse eben an Ort und Stelle entscheiden, wie weit etwas durch Gespräche mit den Polen hinsichtlich der Zollbeamten zu erreichen sei. Forster kehrte noch am gleichen Tage nach Danzig zurück und hatte den Eindruck, nichts tun zu können, als den künftigen Entwicklungen auf der europäischen Bühne entgegenzusehen.

Deutschlands militärische Vorbereitungen

Deutschlands Pläne für einen Kriegsfall mit Polen lagen zu diesem Zeitpunkt fertig vor. Die verschiedenen Konferenzen Hitlers mit seinen Wehrmachtschefs nach dem Befehl zur Operationsplanung vom 11. April 1939 sind Gegenstand von allerlei Spekulationen gewesen. Doch gibt es für keine dieser Besprechungen irgendwelche amtlichen Unterlagen. Oberst Schmundt, Hitlers Adjutant, soll der Verfasser zweier inoffizieller Protokolle gewesen sein, die nachträglich, das heißt, nach einer wichtigen Militärkonferenz am 23. Mai 1939 niedergeschrieben worden sind. Schmundt erlag seinen Verletzungen, die er beim Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erlitten hatte. So ist die Frage seiner angeblichen Urheberschaft ungeklärt geblieben.

Einige Biographen Hitlers haben vor der Gefahr gewarnt, den zweifelhaften, Schmundt zugeschriebenen Protokollen allzu viel Bedeutung beizumessen. Ribbentrop hat sich nach

dem 2. Weltkrieg erinnert, Hitler „hat mir wiederholt gesagt, mit Militärs muß man reden, als wenn der Krieg hier oder dort am nächsten Tag ausbricht”. Das ist für jeden Kenner der Beziehungen zwischen politischen und militärischen Führern eine offenkundige Tatsache, doch scheint sie auf diese besondere Konferenz nicht zuzutreffen. Feldmarschall Wilhelm Keitel, der sich nach dem 2. Weltkrieg an die Einzelheiten dieser Zusammenkunft mit großer Klarheit erinnerte, hat dazu geäußert, er habe die Kon-

551

552

ferenz vom 23. Mai mit dem festen Glauben verlassen, 1939 werde es keinen Krieg geben,

Die sogenannten Schmundt-Notizen lassen durchblicken, daß Hitler die Möglichkeit eines Konfliktes mit Polen wie auch mit den Westmächten in Betracht gezogen, jedoch gehofft hat, die Intervention der Westmächte auf diplomatischem Wege verhindern zu können, falls es Krieg mit Polen geben sollte. Dieser Absatz der Niederschrift stimmt mit verschiedenen Erklärungen Hitlers überein und entspricht auch der Version Keitels. Die einzelnen Kommentare in den Aufzeichnungen, wie beispielsweise die angebliche Äußerung Hitlers, Deutschland sei „gegenwärtig in einem Zustand patriotischer Erhitzung“, sind von zweifelhaftem Quellenwert.

Der eigentliche deutsche Aufmarschplan war, was seine Einzelheiten angeht, größtenteils schon vor dem 23. Mai 1939 ausgearbeitet worden. Die Deutschen wollten sich im Fall eines Krieges mit Polen in besonderem Maße auf die Luftwaffe stützen, jedoch mit der Maßgabe, nur militärische Ziele zu bombardieren. Die Hauptoffensive der Erdtruppen

sollte im Norden von Ostpreußen und Pommern und im Süden von West-Oberschlesien und der Westslowakei aus geführt werden. Die Bereitstellung deutscher Truppen in den Aufmarschräumen für mögliche Operationen war zur Zeit der scharfen polnischen Note an Danzig vom 4. August 1939 im vollen Gange und am 20. August beendet. Mit der slowakischen Regierung war vereinbart, Deutschland im Fall eines Krieges volle Zusammenarbeit anzubieten, obwohl die Deutschen nicht die Aufstellung slowakischer Streitkräfte gegen Polen angefordert hatten. Der deutsche Botschafter von Moltke in Warschau wurde von dieser Abmachung am 4. August 1939 unterrichtet. Das deutsche Konsulat in Lemberg kündigte am 7. August 1939 an, die ukrainische Minderheit Polens werde sich im Augenblick eines deutsch-polnischen Krieges gegen die Polen erheben.

Ungarische Friedensbemühungen

In diesen Tagen wurde Hitler durch eine unnütze Demarche der ungarischen Regierung einigermaßen verärgert. Er empfing am 8. August 1939 den ungarischen Außenminister Istvan Csaky in Berchtesgaden, um mit ihm über den Inhalt eines Schreibens vom ungarischen Premier Teleki vom 24. Juli zu sprechen. Teleki hatte darin erklärt, moralische Rücksichten hinderten sein Land daran, sich im Fall eines deutsch-polnischen Konfliktes an Deutschlands Seite zu stellen. Hitler bedeutete Csaky, der Brief habe ihn außerordentlich befremdet, denn er hätte niemals mit einer Teilnahme Ungarns in einem solchen Krieg gerechnet. Außerdem werde eine ungarische Intervention in einem Konflikt unwillkommen sein. Danzig habe zwar vor dem polnischen Ultimatum vom 4. August kapituliert, doch werde ein erneutes Ultimatum mit einer ent-

sprechenden Aktion Deutschlands beantwortet werden. Er prophezeite, wenn es einen Krieg größeren Ausmaßes geben sollte, und dieser würde mit einer Niederlage Deutschlands enden, dann würde Ungarn alle seine jüngsten Gebietserwerbungen einbüßen. Hitler gab zu, die Slowakei sei in den gegenwärtigen deutschen Operationsplänen für einen eventuellen Krieg mit Polen in eine wichtige Stellung gerückt, doch könne er beteuern, daß Deutschland nicht den Wunsch habe, als ausländische Macht den maßgeblichen Einfluß dort ständig auszuüben. Schließlich warnte er Csaky, wenn Deutschland wiederum einen Krieg verlöre, würde ein bolschewistisch ausgerichteter Panslavismus mit furchbaren Folgen für die Deutschen und die Ungarn triumphieren.

Csaky erwiderte ihm, Ungarn sei sich der Richtigkeit dessen, was Hitler gesagt habe, in vollem Umfang bewußt. Auch Lord Vansittart, der diplomatische Berater Seiner Britischen Majestät Regierung, habe diesen Punkt klar herausgestellt und eine entsprechend drohende Haltung gegenüber Ungarn angenommen. Auch sei ihm durchaus klar, daß die Politik der Briten gegen Ungarn bei der Friedenskonferenz von 1919 in Paris von Rachsucht diktiert worden sei. Der ungarische Premier habe lediglich seine Stellung in der besonderen, Polen betreffenden Lage deutlich machen wollen. Csaky wies betont auf die traditionelle Freundschaft zwischen Ungarn und Polen hin und äußerte dazu, die nationale Ehre verbiete ein Vorgehen Ungarns gegen Polen.

In seiner Entgegnung äußerte Hitler, es sei unerfreulich, Csaky die Polen zu einem Zeitpunkt loben zu hören, da die Deutschen in Polen bestialisch zu leiden hätten. Dann sprach er sehr eingehend über die gegenwärtigen Ausschreitungen in Polen und vertraute seinem Gast an, er

habe jede Publizität über polnische Grausamkeiten untersagt, zu denen Verstümmelung und Folter einzelner Deutscher gehörten. Darauf wurde Csaky sehr ausfällig gegen die Rumänen und ihr angebliches Mißhandeln der ungarischen Minderheit. Er war von der wachsenden Freundschaftlichkeit in den deutsch-rumänischen Beziehungen beunruhigt und bemühte sich vergeblih um ein Zeichen, daß Deutschland eine ungarische Gebietsrevision gegen Rumänien begünstigen würde.

In einem zweiten, am gleichen Tage stattfindenden Gespräch betonte Hitler, das unerbetene Schreiben Telekis sei ein ausgesprochen unnötiger Affront gewesen. Er zerpflückte mit schneidenden Worten die dem Schreiben des ungarischen Aristokraten zu entnehmenden Kränkungen und verfehlte damit nicht, starken Eindruck auf seinen Gast zu machen. Dieser konnte es nicht bestreiten, daß Hitler niemals auch nur mit dem leisesten Hinweis den Wunsch angedeutet habe, Ungarn solle gegen Polen kämpfen. Er mußte Hitlers Darstellung der Situation anerkennen und beteuerte, er werde zurücktreten, wenn Premier Teleki sich nicht bereiterklärte, das Schreiben zu widerrufen. Nach seiner Rück-

kehr nach Budapest redete er Teleki zu, sich bei Hitler zu entschuldigen. Telekis Schreiben und Csakys Besuch waren darauf abgestellt, auf die deutsche Politik gegenüber Polen einzuwirken. Da beides jedoch jeder konkreten Grundlage entbehrte, war ein Fehlschlag dieser Demonstrationen nicht zu vermeiden. Nur allzu gern hätten die unglücklichen Ungarn zwischen Deutschland und Polen vermittelt; aber sie wußten, daß Beck sich gegen Zugeständnisse an die

Deutschen sträubte. Ungarn mußte die Tragödie eines Konfliktes zwischen den beiden Nationen erleben, mit denen es in traditionsreicher enger Freundschaft verbunden war, und seine Führung war gewiß, daß ein sich aus diesem örtlich begrenzten Kampf entwickelnder großer Krieg zur Vernichtung ihres Landes führen würde.

James Farley, der Wahlkampfleiter der Demokraten Amerikas und US-Generalpostmeister, besuchte in dieser Zeit Berlin. Präsident Roosevelt schwebte in Furcht, Farley könnte die Hintergründe des hoffnungslosen Dilemmas aufdecken, in das Deutschland durch die provozierenden Machenschaften Polens geraten war. Er wies die amerikanische Botschaft in Berlin an, jede unkontrollierte Fühlungnahme Farleys mit den deutschen Führern zu verhindern. Das Auswärtige Amt mußte am 10. August 1939 einsehen, daß es aussichtslos war, den Wall der Zensur um Farley zu durchdringen. Man erkannte deutlich die Entschlossenheit Roosevelts, den ungehinderten Umgang mit prominenten Amerikanern um jeden Preis zu verhindern.

Der Tag der Legionen in Polen

Polens Ultimatum an Danzig vom 5. August 1939 hatte Hitlers und Burckhardts Schlichtungsbemühen in der Freien Stadt wirksam untergraben. Beck hatte dem polnischen Rundfunk am 4. August gestattet, Sendungen in tschechischer Sprache auszustrahlen und darin auf einen Aufstand gegen die Deutschen in Böhmen-Mähren zu dringen. Er hielt dieses Vorgehen für ein geeignetes Vorspiel zum großen Nationalgedenktag des polnischen Regimes am 6. August 1939. Es war der Tag der Pilsudski-Legionen. Fünfundzwanzig Jahre waren vergangen, seit die kleinen Kader polnischer Hilfstruppen zu Anfang des 1. Weltkrieges gegen die Streitkräfte des zaristischen Rußland angetreten waren. Diese polnischen Soldaten hatten sich an den

deutschen Feldzügen beteiligt, durch die die Russen zur Räumung Polens gezwungen wurden. Mittelpunkt der drei Tage währenden Riesenfeierlichkeiten dieses Gedenktages im August 1939 war Krakau. Pilsudskis Witwe war eigens mit dem Auto aus Warschau gekommen und galt als die symbolische Vertreterin des großen, 1935 gestorbenen Marschalls. Es waren bewegte Tage. Alexandra Pilsudska erzählte im August 1939 bereitwillig jedem, ihr Gatte habe immer gesagt, ein Krieg mit Deutschland werde früher oder später unvermeidlich sein. Auch habe er

554

555

den Krieg als die großartigste Schule für die Menschheit betrachtet. Sie stellte die Behauptung auf, er hätte gezweifelt, ob es überhaupt möglich sei, jemals einen angemessenen Ersatz für Krieg zu finden.

Über dem Herzen Pilsudskis auf dem Rossa-Friedhof in Wilna wurde eine Fackel entzündet und durch Staffelläufer 780 Kilometer weit nach Krakau getragen. Insgesamt 12.000 Läufer trugen ähnliche Fackeln von anderen entferntliegenden Städten herbei. Jeder polnischen Militäreinheit des 20. Jahrhunderts wurden in Krakau besondere Ehrungen zuteil. Die Gefallenen der Pilsudski-Legionen erhielten Mann für Mann einen Trommelwirbel. Überall war das von der Regierung herausgegebene Schlagwort der Feier angeschlagen: „Wir sind nicht Österreich oder die Tschechoslowakei! Wir sind anders!” Die Verantwortlichen hofften, damit eine freudig erregte Stimmung für den angeblich ruhmreichen Konflikt mit Deutschland zu erwecken. Niemand durfte den Gedanken anzweifeln, daß der Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei. Marschall Rydz-Smigly hielt am 6. August 1939 die

große Festrede. Er versicherte darin seinen Zuhörern, Polen sei bereit, es im Streit um Danzig mit jedem Vorgehen der Gegenseite aufzunehmen. Die Menge antwortete mit dem begeisterten Ruf: „Wir wollen Danzig!” Der Marschall gemahnte sein Publikum, jeder Pole sei durch einen geheiligten Eid verpflichtet, das Land und die gemeinsame Sache zu verteidigen, und rief dann aus, das Leben eines jeden Bürgers sei entehrt, wenn er es zuließe, daß der Schild der polnischen Ehre befleckt werde. Polen respektiere den Frieden, „aber keine Macht kann uns davon überzeugen, daß das Wort ‚Frieden‘ für einige Leute ‚Nehmen‘ bedeutet und für andere ‚Geben‘ ”. Damit setzte er die Rede Becks vom 5. Mai 1939 fort und täuschte seine Zuhörer über den wahren Inhalt des Hitlerschen Angebots an Polen hinweg. Auch er verheimlichte die Tatsache, daß Hitler Polen wesentliche und weitreichende Zugeständnisse gegen sehr viel geringere deutsche Forderungen geboten hatte. Nachdrücklich betonte er nochmals, Polen werde für jedes deutsche Vorgehen in Danzig Vergeltung üben. Er bezeichnete die Freie Stadt, die Polen gar nicht gehörte, als lebenswichtige Lunge des polnischen Staatsorganismus.

Moltke berichtete am 8. August 1939 nach Berlin, die Rede Rydz-Smiglys sei gemäßigter gewesen als die Ansprachen der anderen Legionsführer. Der deutsche Botschafter in Warschau teilte die Ansicht Herbert von Dirksens, Deutschland müsse seine Bemühungen aufgeben, Danzig zurückzugewinnen. Er behauptete, Rydz-Smigly habe ausschließlich in Wirtschaftsbegriffen gedacht, als er Danzig als eine polnische Lunge bezeichnete, und meinte, die Rede des Marschalls zeige, daß erneute Verhandlungen mit den polnischen Führern immer noch möglich seien. Allerdings versäumte er, anzugeben, was ihn veranlaßt hatte, zu diesem Schluß zu kommen. Auch machte er keine klaren Vor-

schläge zur Aufnahme von Verhandlungen. Er gab zu, daß die polnische Presse es im Ton sehr an Mäßigung fehlen lasse.

Im Bereich der Presse ereignete sich am 7. August 1939 ein bestürzender Vorfall. Die polnische Zensur gestattete es dem Ilustrowany Kurjer in Krakau, einen Artikel von beispielloser Verwegenheit zu bringen. Darin wurde behauptet, polnische Einheiten überschritten fortgesetzt die deutsche Grenze, um drüben militärische Anlagen zu zerstören, deutsches Wehrmachtsmaterial zu beschlagnahmen und nach Polen zu schaffen. Mit Genugtuung wurde dazu vermerkt, diese Unternehmungen seien von einem starken Geist des Wetteiferns getragen. Die polnische Regierung hatte es versäumt, das Blatt mit der größten Auflage in Polen daran zu hindern, in die Welt hinauszuposaunen, daß Deutschland sich eine Reihe ungeheuerlicher Grenzverletzungen gefallen lassen müsse. Als Polens Botschafter Graf Potocki nach seiner vergeblichen Mission bei Beck, ihn zu einem Abkommen mit den Deutschen umzustimmen, im August 1939 nach Amerika zurückkehrte, faßte er die ganze Situation in einem beißenden kurzen Satz zusammen: „Polen zieht Danzig dem Frieden vor.”

Der Tag der Legionen war die letzte große Nationalfeier, die das Polen Pilsudskis erleben sollte. Es erwies sich als unmöglich für den von Pilsudski geschaffenen polnischen Staat, die Folgen der von Joseph Beck betriebenen Außenpolitik zu überleben. Denn dieser Staat rüstete sich zu einem Krieg, der vollkommen unnötig war. Beck spielte bewußt mit der alles andere als wahrscheinlichen

Möglichkeit, die unvermeidliche Niederlage Polens im Anfangsstadium des Krieges werde nur eine vorübergehende sein, da Halifax' Kriegspolitik zur Vernichtung Deutschlands wie auch der Sowjetunion führen sollte. Seine Voraussage, es könne niemals eine dauerhafte Harmonie zwischen Großbritannien und der Sowjetunion geben, war absolut stichhaltig, doch überschätzte er die Briten und unterschätzte die Russen. Er übersah die Tatsache, daß Halifax und die übrigen Verantwortlichen Englands eiskalt und gleichgültig über Polens Zukunft dachten und die polnischen Interessen jederzeit opfern würden, wenn es sich als zweckmäßig erweisen sollte. Polen war Halifax gut genug, den Krieg gegen Deutschland zu entfesseln, doch das war auch alles. Beck hätte an das weltbekannte Schillerwort denken sollen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen." Die britische Regierung billigte bereitwillig ex post facto das polnische Ultimatum vom 4. August 1939, jedoch nur, weil Halifax den Krieg wollte. Unter normalen Umständen hätte sie Becks diplomatische Künste in recht verletzender Form getadelt. Wäre England für den Frieden gewesen, so hätte Beck die Warnung erhalten, daß weitere Schritte dieser Art das Ende der britischen Verpflichtungen Polen gegenüber bedeuten würden.

556

557

Die Friedensneigungen des polnischen Volkes

Nach dem 6. August 1939 wäre es für Beck noch möglich gewesen, seine Handlungsweise zu mäßigen und zu seinem früheren Standpunkt zurückzukehren. Er hatte sich als Meister der Gleichgewichtspolitik ausgegeben, die eine behutsame Ausbalanzierung zwischen zwei rivalisierenden

Nachbarmächten erforderte. In seinen Beziehungen zu Deutschland und der Sowjetunion hatte er danach gehandelt. Um wieviel fruchtbarer wäre es gewesen, wenn er diese Fähigkeit im August 1939 auf seine Beziehungen zu Großbritannien und Deutschland angewandt hätte. Es war nicht zu spät für ihn, mit Hitler unter höchst vorteilhaften Bedingungen für Polen zu einem Ausgleich zu kommen. Es ist nachweisbar Beck gewesen, der sich weiteren Verhandlungen verschlossen hat, nicht Hitler.

Zwar trifft es zu, daß es der polnischen Regierung gelungen ist, Kriegsbegeisterung zu erwecken und den Haß gegen die deutsche Minderheit zu erregen. Doch wäre es ein schwerwiegender Fehler, anzunehmen, die polnische Bevölkerung hätte sich im August 1939 einem Friedensruf gegenüber taub gestellt, wenn man ihr die deutsch-polnischen Beziehungen mit größerer Sachlichkeit nahe gebracht hätte. Sorgfältige Beobachter haben im Sommer 1939 festgestellt, daß die Stimmung im einfachen Volk weit von dem entfernt war, was die Presse von ihr behauptet hat. Auf die erregenden Tage der Teilmobilmachung im März 1939 war eine lange Zeit der Unsicherheit gefolgt, die sich sehr bedrückend auswirkte. Viele Männer waren eingezogen und die kleinen Geschäftsunternehmen hatten unter einer erneuten wirtschaftlichen Depression gelitten. Zahlreiche Gerüchte liefen um, die Briten seien mit ihren finanziellen Unterstützungsangeboten unverzeihlich knauserig, und das war nur allzu wahr. Sehr oft ist gesagt worden, ohne die britische Garantie wäre die Krise alsbald abgeflaut. Die überlange Dauer der Krise erhöhte die Wahrscheinlichkeit, daß die polnische Öffentlichkeit eine friedliche Lösung begrüßt hätte.

Als Bollwerk gegen den Bolschewismus hatte Polen eine einmalige und wertvolle Sendung in Europa zu erfüllen. Seine Bindung an die Halifax’sche Kriegspolitik war das

entscheidende Hindernis, an der diese Aufgabe im Jahre 1939 scheiterte.

557

558

17. KAPITEL: VERSPÄTETES ENGLISCH-FRANZÖSISCHES LIEBESWERBEN UM RUSSLAND

Sowjetrußland als tertius gaudens

ES gelang Halifax nach der britischen Garantie an Polen nicht, die Sowjetunion in einen Konflikt mit Deutschland hineinzuziehen. Die Sowjets ihrerseits hofften auf einen Konflikt zwischen Deutschland und den Westmächten, an dem sich die kapitalistischen Staaten erschöpfen und somit günstige Voraussetzungen für die Ausbreitung des Bolschewismus schaffen würden. Man hatte in Moskau befürchtet, Großbritannien, Frankreich und die USA könnten mit allen Mitteln versuchen, einen isolierten Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu fördern, um die sowjetische Expansionshoffnung zu vereiteln. Vom Standpunkt der angeblich gleichermaßen gegen Kommunismus wie Faschismus gerichteten Nationen aus hätte das als logisch erscheinen können. Die sowjetische Führung war von Halifax' offensichtlicher Entschlossenheit, nach dem März 1939 einen englisch-deutschen Krieg mit oder ohne Beteiligung der Sowjetunion zu entfesseln, außerordentlich angetan. Zur Verwirklichung kommunistischer Ziele war es der großartigste Beitrag, den er dazu überhaupt liefern konnte.

Im April 1939 bestand für die Sowjetunion keine Verpflichtung, sich zugunsten Polens an einem englisch-französischen Konflikt mit Deutschland zu beteiligen. Außenminister Bonnet war dies wohlbekannt. Die Sowjets hatten eingewilligt, Frankreich im Fall eines deutschen Angriffs zu unterstützen, jedoch keineswegs zugestimmt, sich in einem Konflikt zwischen Deutschland und einem dritten Staat an einem französischen Angriff gegen das Reich zu beteiligen. Diese Sachlage führte zu einer heftigen Meinungsverschiedenheit zwischen Bonnet und Halifax. Bonnet konnte keinen Gefallen an der Aussicht finden, Stalin mit verschränkten Armen als unbeteiligten Zuschauer einen europäischen Krieg genießen zu sehen; unter diesen Umständen war ihm Halifax' Streben nach Krieg mit Deutschland entschieden unsympathisch.

558

559

Frankreichs Premier Daladier neigte zu der Ansicht, eine sowjetische Beteiligung an einer Front gegenseitiger Hilfe gegen Deutschland werde den Ausbruch eines neuen europäischen Krieges verhindern. Man muß dazu im Auge behalten, daß die englische Regierung diese Einstellung aus sehr durchsichtigen Gründen nicht teilte. Daladier dachte im Hinblick auf Deutschland an eine elastische Politik, die sehr deutlich an Chamberlains frühere Appeasementpolitik erinnerte, bei der die Gewaltandrohung durch ein gewisses Maß von Versöhnlichkeit abgemildert wurde. Die Briten dagegen waren zu einer kompromißlosen Politik entschlossen, die Deutschland zum Kriege zwingen sollte. Aus diesen Gründen verwahrte sich das britische Außenministerium entschieden dagegen, in einem Vertrag mit Rußland die Zauberformel zu sehen, mit der ein neuer Krieg in Europa verhindert werden könne. Man wäre im

Foreign Office keineswegs geneigt gewesen, auf einen Vertrag zur Verhinderung eines neuen Krieges hinzuarbeiten.

Es ist außerordentlich zweifelhaft, ob Rußland ein Bündnis mit Großbritannien eingegangen wäre, wenn Halifax Polen ignoriert und auf eine Allianz mit den Sowjets gedrängt hätte, nachdem Polen am 24. März 1939 das prosowjetische Allianzangebot abgelehnt hatte. Die sowjetische Antwort vom 21. März 1939 auf den Plan eines Viermächtebundes lautete an sich recht günstig, doch ließ sie vorsichtig die Erwartung durchblicken, daß auch Polen dem Vertrag zustimmen möge. Stalin und Litwinow waren auf eine feindselige Einstellung Polens gegen ihr Land durchaus gefaßt und konnten sich vorstellen, daß eine polnische Beteiligung an einer Bündnisfront mit Rußland mehr als unwahrscheinlich war. In seiner Rede zum 18. Kongreß der kommunistischen Partei am 10. März 1939 hatte Stalin erklärt, er hoffe, einen Konflikt mit Deutschland vermeiden zu können.

Rußlands Abseitsstellung durch polnische Garantie gestärkt

Die Garantie vom 31. März 1939 an Polen hatte die vielleicht vorhandenen Chancen für eine englisch-französisch-sowjetische Bündnisfront noch weiter verringert. Ganz offensichtlich bestand nach der Garantieerklärung für Großbritannien und nicht für Rußland die unmittelbare Gefahr, in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden. Die für beide Mächte verschiedenen Situationen verminderten die Aussichten auf ein Einvernehmen. Frankreich und die Sowjetunion hatten ihr Bündnis 1935 unter sehr viel günstigeren Bedingungen geschlossen. Englands Vorschläge an Rußland im Jahre 1939 erinnerten an den Appell Georgs III. (1738-1820) an Katharina II. von

Rußland im Jahre 1776, Kosaken zum Einsatz gegen die amerikanischen Kolonisten zu schicken. Die große Zarin wollte Rußland jedoch nicht unnötig in einen englischen Krieg verwickeln.

559

560

Die Polengarantie war im Rahmen der Machtpolitik gleichbedeutend mit einer erheblichen britischen Machtbeschränkung. Polen war wirtschaftlich wie auch militärisch ein schwacher Staat. Üblicherweise pflegt man Bündnisse gegen einen bedeutenden Machtzuwachs im Austausch mit der Verantwortung für Risiken in den außenpolitischen Beziehungen des neuen Partners anzustreben. Das britische Abkommen mit Polen brachte ein Höchstmaß an Risiko und ein Mindestmaß an Macht mit sich. Die Russen erkannten deutlich, daß Großbritannien durch seinen Freibrief für Polen seine militärische wie seine politische Stellung in Europa geschwächt hatte.

Die Sowjetunion als revisionistische Macht

Halifax' Versuch, eine Allianz mit Rußland herzustellen, wurde noch durch die Tatsache erschwert, daß die Sowjetunion eine revisionistische Macht war. Sie versuchte, das kommunistische System über die ganze Welt auszubreiten, und war überdies bestrebt, sich bedeutende europäische Gebiete einzuverleiben. Bereits am 14. April 1938 hatten sowjetische Diplomaten damit begonnen, ihre territorialen Wünsche in Finnland mit dem finnischen Außenminister Rudolf Holsti zu erörtern. Man erstrebte eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen Rußland und Finnland. Die ablehnende Haltung der finnischen Regierung zu diesen Vorschlägen führte im August 1938 zu einem

sowjetischen Pressefeldzug gegen Finnland. Am 5. März 1939 wiesen die Finnen einen Vorschlag des Außenministers Litwinow, sowjetische Stützpunkte in Finnland betreffend, zurück. Die Finnen wußten, daß die Sowjets entschlossen waren, die russische Herrschaft über Finnland zu erneuern, und so waren sie nicht weniger durch die Bündnisverhandlungen der Westmächte mit Rußland alarmiert als die Polen, Rumänen und die Baltenstaaten. Es war jedem klar, daß die Rote Armee im Fall eines englisch-französisch-sowjetischen Krieges gegen Deutschland bis ins Herz Europas vordringen könnte.

US-Botschafter Bullitt in Paris war über die englisch-französischen Versuche, ein Bündnis mit der Sowjetunion abzuschließen, nicht sehr erfreut. Er neigte mehr zu der feindseligen Einstellung der Polen gegen Rußland. Bullitt war von 1933 bis 1936 Botschafter in Moskau gewesen und hegte nur geringe Illusionen über das sowjetische Reich. In seinem Schlußbericht aus Moskau hatte er am 20. April 1936 durchblicken lassen, daß der russische Lebensstandard wahrscheinlich niedriger als der irgendeines Landes der Welt sei. Auch schrieb er, der bulgarische Kominternchef Dimitrow habe zugegeben, die sowjetische Volksfront und die Taktiken der kollektiven Sicherheit zielten auf die Unterhöhlung kapitalistischer Systeme. Er behauptete, Beziehungen aufrichtiger Freundschaft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten könne es unmöglich geben. Auch gab er zu, daß ein Konflikt zwischen Deutschland und

Frankreich Europa der Gefahr kommunistischer Herrschaft aussetzen werde. Zwar glaubte er, daß es sich verlohne,

dieses Wagnis einzugehen, um Deutschland zu vernichten, doch stand ihm die damit verbundene Gefahr vor Augen.

Es war Präsident Roosevelt bekannt, daß die Verhältnisse in Deutschland im Vergleich zur Sowjetunion geradezu paradiesisch waren. Botschafter Joseph E. Davies, der Nachfolger Bullitts in Moskau, berichtete Roosevelt am 1. April 1938, der Terror in Rußland sei eine „erschreckende Tatsache". Auch beklagte er sich über die gigantischen Rüstungsausgaben der Sowjets: Etwa 25 Prozent des gesamten Volkseinkommens von 1937 seien im Vergleich zu 10 Prozent in Deutschland für die Verteidigung ausgegeben worden. Ferner berichtete er, Stalin habe in einem Brief an die Prawda am 14. Februar 1938 seine Absicht bekräftigt, das kommunistische System über die ganze Welt zu verbreiten. Auch versprach er, die sowjetische Regierung werde mit ausländischen Kommunisten zusammenarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen; der Brief schloß mit der Feststellung: „Ich möchte sehr gern...., daß es auf Erden nicht mehr länger so unangenehme Dinge gäbe wie eine kapitalistische Umwelt, die Gefahr eines militärischen Angriffs, die Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus und so weiter." Davies erwähnte, General Ernst Köstring, der langjährige deutsche Militärattaché in der Sowjetunion, habe trotz der umfangreichen Säuberungen von 1937 im militärischen Bereich nach wie vor eine hohe Meinung von der Roten Armee. Er schloß seinen Bericht, die Sowjetunion könne am besten als „eine furchtbare Tyrannei" bezeichnet werden. Die Kenntnisnahme dieser Berichte veranlaßte Roosevelt keineswegs, die in seiner großen Rede vom 6. Oktober 1937 in Chicago getroffene Feststellung zurückzunehmen, nach der die Sowjetunion eine der friedliebenden Nationen der Welt sei. Er war sich der Gefahr des Kommunismus in vollem Umfang bewußt, doch hielt er diese Überzeugung im Vergleich zu dem angeblich ruhmvollen Ziel der Vernichtung Deutschlands für unwichtig.

Botschafter Alexander Kirk, der Davies 1938 ersetzte, berichtete am 22. Februar 1939, man spreche in der Sowjetunion viel über einen Wechsel in der Außenpolitik. Vor allem scheine fast allgemein der Wunsch zu bestehen, die sowjetischen Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Gründe für diese Entwicklung gab er nicht an. Doch war sie offenbar daraus herzuleiten, daß Berichte in die Sowjetunion gelangten, denen zufolge Großbritannien sich anschickte, Deutschland herauszufordern. Das war ohne Zweifel ein zwingender Faktor im Zusammenhang mit dem Bemühen, die Farce der kollektiven Sicherheit und der allgemeinen Beistandspakte aufrechtzuerhalten. Diese Begriffe, die sich als sehr nützlich erwiesen hatten, Großbritannien und Frankreich mit Deutschland und Italien in Auseinandersetzungen zu verwickeln, wurden nun nicht mehr länger benötigt. Kirk schrieb, Anastas Mikojan, der hervorragende

561

562

Handelskommissar, griffe jetzt in Litwinows Führung der sowjetischen Außenpolitik ein. Mikojan, der die Briten nach dem 1. Weltkrieg auf den Barrikaden von Baku bekämpft hatte, war als aufrechter Fürsprecher vorübergehend normaler und friedlicher Beziehungen zu Deutschland bekannt. In steigendem Maße machte er sich bei Stalin zu einem Zeitpunkt nützlich, als die Sowjetunion sich von dem Streit zwischen Deutschland und den Westmächten zu distanzieren suchte. Dazu meldete Kirk, es ginge das Gerücht, daß Litwinow, der Apostel der kollektiven Sicherheit, bald seiner Dienste enthoben werde.

Für eine britische Annäherung an die Sowjetunion war es recht spät, als am 10. März 1939 der 18. Kommunistische

Parteikongreß eröffnet wurde. In seiner Hauptansprache behauptete Stalin, die kapitalistischen Länder würden in der ganzen Welt schwächer. Es sei mit dem Ausbruch eines neuen imperialistischen Krieges zwischen dem Faschismus und einem englisch-französisch-amerikanischen Block zu rechnen. Großbritannien und Frankreich hätten allen Grund, für den Fall eines Krieges eine Revolution zu fürchten. Aus diesem Grunde bemühten sich die Regierungen beider Länder, Deutschland und die Sowjetunion in einen Krieg miteinander zu verwickeln. In diesem Zusammenhang beschuldigte der Generalissimus die Presse der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, sie versuchten seit der Münchener Konferenz, die deutschrussischen Beziehungen zu vergiften. Diese Kernsätze Stalins wurden von den weiteren Rednern des Kongresses getreulich wiederholt. Der Verteidigungskommissar Klementij Woroschilow brüstete sich am 13. März 1939 damit, die Rote Armee habe sich während der letzten fünf Jahre mehr als verdoppelt. Die russischen Siege am Khasan-See und bei Tscheng Ku-Feng über die Japaner im Juli und August 1938 hätten die angebliche Schwächung der Roten Armee durch die kürzlichen Säuberungen Lügen gestraft. Woroschilow setzte hinzu, zur Hebung der Truppenmoral seien 34.000 politische Kommissare in der Roten Armee eingesetzt worden. Er rügte die diplomatische Tätigkeit der Engländer und Franzosen; denn sie diene dazu, einen deutsch-russischen Krieg herbeizuführen.

Litwinows Entlassung

Graf Friedrich Werner von der Schulenburg, seit 1934 deutscher Botschafter in Moskau, berichtete am 13. März nach Berlin, Stalins Rede sei das Zeichen eines Umschwungs in der sowjetischen Außenpolitik. Stalins Feindschaft richte sich jetzt im wesentlichen gegen Großbritannien. Schulenburg vermerkte, der Generalissimus

habe sich erstmalig über die Behauptung lustig gemacht, das Deutsche Reich habe Absichten in der Sowjet-Ukraine. Ribbentrop hatte Hitler schon vorher auf die Konsequenzen der Stalin-Rede aufmerksam gemacht.

Das Auswärtige Amt erfuhr am 24. März 1939, daß Polen Halifax’ pro-

562

563

sowjetisches Bündnisangebot vom 20. März zurückgewiesen hatte. Staatssekretär von Weizsäcker prophezeite Schulenburg, die Briten würden Polen daraufhin fallen lassen und sich um einen englisch-französisch-sowjetischen Dreierpakt bemühen. Er war überzeugt, daß die politischen Maßnahmen der Briten sich jetzt vor allem auf „das Liebeswerben um Moskau“ konzentrieren würden, mußte nun aber überrascht zur Kenntnis nehmen, daß Halifax sich am 31. März 1939 entschieden hatte, den Polen den Vorrang vor den Russen zu geben. Dieses Vorgehen von Halifax in Verbindung mit der letzten Stalin-Rede gab den Deutschen eine erhebliche Chance für eine Besserung der deutschrussischen Beziehungen.

Premierminister Chamberlain weigerte sich am 3. April 1939 im britischen Unterhaus, eine Erklärung über die Aussichten auf eine enge militärische Zusammenarbeit mit Rußland abzugeben. Man war allgemein der Auffassung, daß die britische Regierung längere Zeit für eine Klärung der russischen Einstellung zu einem Abkommen benötige. Vermutlich würde Frankreich bei den Verhandlungen wegen seiner Bindungen an Großbritannien wie auch zur Sowjetunion den Mittelpunkt bilden. Bonnet leitete die formelle Verhandlung im Interesse eines Dreierpaktes am 9.

April 1939 mit dem Sowjetbotschafter Suritz ein. Seine Aufgabe war es, den russischen Standpunkt festzustellen und die Briten zu Vorschlägen zu veranlassen, die für die Sowjetunion annehmbar sein würden.

Ihren ersten formellen Vorschlag übermittelten die Briten den Russen am 15. April 1939. Halifax schlug der Sowjetunion eine Bürgschaft für jeden ihrer Nachbarstaaten, falls er angegriffen werde, vor, vorausgesetzt, daß dieser Nachbar sowjetische Hilfe wünsche. Bonnet erkannte sofort die Unannehmbarkeit dieses Vorschlages, weil er den Sowjets keine Rechte oder Privilegien als Gegenleistung für die im Grunde unbegrenzten Verpflichtungen, die sie zu übernehmen hatten, bot. Die Sowjetunion ignorierte daher die britischen Bedingungen und legte am 18. April 1939 ihrerseits einen Plan vor. Dieser sah den Abschluß eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich für eine Dauer von 5 bis 10 Jahren vor. In der Hauptsache vertraten die Sowjets den Standpunkt, die drei Mächte sollten sich einverstanden erklären, den Ländern längs der sowjetischen Westgrenze beizustehen. Außerdem mache der Abschluß eines Abkommens ausreichende Generalstabsbesprechungen der drei Mächte unter sich erforderlich. Ihre Forderung, es müsse ihnen das Recht zur militärischen Intervention in diesen Ländern mit oder ohne deren Einwilligung zustehen, hielten sie zunächst noch zurück.

Die Briten verhielten sich in ihrer Stellungnahme zu der sowjetischen Note ungewöhnlich zögernd, und ihre Antwort vom 9. Mai 1939 bedeutete im Grunde die Rückkehr zu ihren unbefriedigenden Bedingungen vom 15. April

1939. Die Sowjetunion wurde aufgefordert, sich zum Beistand Großbritanniens und Frankreichs an jedem Punkt in Osteuropa zu verpflichten, wo diese beiden Länder in einen Konflikt mit Deutschland verwickelt würden. In der langen Zwischenzeit bis zur britischen Antwort auf die sowjetischen Vorschläge nahm Stalin die Entlassung des Außenministers Litwinow vor. Die Amtsentfernung Litwinows bedeutete für die Sowjetunion eine sensationelle Überraschung, obwohl sich bereits vorher das Gerücht von seiner Amtsenthebung verbreitet hatte. Es war bekannt, daß er mit wichtigen Verhandlungen mit den Briten und Franzosen befaßt war, und so rechnete man für die Dauer dieser Gespräche nicht mit einer Abberufung durch Stalin. Litwinow wurde am 3. Mai 1939 entlassen. Zwei Tage zuvor hatte er noch einen Ehrenplatz auf der Tribüne eingenommen, um der großen Parade der Roten Armee in Moskau zur Maifeier des internationalen Proletariats beizuwohnen. US-Botschafter Kirk meldete am 4. Mai die Absetzung Litwinows und die Ernennung Wijatscheslaw Molotows zum sowjetischen Außenminister. Diese Neubesetzung könne als endgültigen Entschluß Stalins, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern, aufgefaßt werden.

Am 17. April 1939 hatte in Berlin eine bemerkenswerte Unterredung zwi schen Weizsäcker und dem Sowjetbotschafter Alexej Merekalow stattgefunden. Dieser suchte Weizsäcker zwei Tage nach dem ersten unbefriedigenden Angebot Englands auf. Er wünschte die Lieferung von Kriegsmaterial aus den böhmischen Skodawerken entsprechend den Bedingungen der ursprünglichen sowjetisch-tschechischen Verträge. Die beiden Diplomaten wandten sich bald allgemeinenThemen zu und stimmten darin überein, man solle die traditionelle Gegensätzlichkeit zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion doch durch normale und freundschaftliche Beziehungen ersetzen.

Als die Berufung Molotows am 3. Mai 1939 bekanntgegeben wurde, befand sich Botschafter von der Schulenburg auf einer Reise in Persien. Geschäftsträger Werner von Tippelskirch war in seiner Auslegung dieses jüngsten Wechsels sehr vorsichtig. Er beschränkte sich auf den Kommentar, Stalin nehme offenbar die sowjetische Außenpolitik zu einer Zeit selbst in die Hand, in der die Russen vor wichtigen außenpolitischen Entscheidungen stünden.

Molotow, der seit 1930 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare war, begann nunmehr seine zehnjährige Amtszeit als sowjetischer Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, doch behielt er auch den Vorsitz im Rat der Volkskommissare, der die einundsechzig führenden Ressortchefs der sowjetischen Regierung umfaßte. Er gehörte zu den „alten Bolschewiken“, die seit 1917 eine bedeutende Rolle im politischen Leben Rußlands spielten. Im Gegensatz zu Litwinow sprach er keine fremde Sprache, war schweigsam und reserviert, wohingegen sich Litwinow stets bemüht hatte, umgänglich zu sein.

564

565

Sir William Strang, der im Juni 1939 in einer Sondermission nach Rußland entsandt wurde, beklagte sich, er vermisse die „gemütliche jüdische Erscheinung“ Litwinows, als er vor Molotow stand, der rein russischer Abstammung war.

Beck weist Molotows Vorschläge zurück

Der erste bemerkenswerte Zug an Molotow nach seinem Amtsantritt war seine Bereitschaft, sich noch intensiver als Litwinow um die Pflege der Beziehungen zu Polen zu bemühen. Er übermittelte Beck wärmste Glückwünsche für

dessen provozierende Rede vor dem polnischen Sejm am 5. Mai 1939 und entsandte am 10. Mai 1939 seinen Stellvertreter Wladimir Potemkin in einer Sondermission nach Warschau. Potemkin, der kürzlich die Hauptstädte des Balkans bereist hatte, bot Beck die eindeutige Zusicherung an, daß die Sowjetunion bereit sei, Polen in einem Kampf mit Deutschland zu begünstigen. Dann vertraute er ihm an, er habe von Gafencu erfahren, das polnisch-rumänische Bündnis sei ausschließlich gegen die Sowjetunion gerichtet. Es dürfe daher nützlich sein, diesen Vertrag zu revidieren. Als Beck sich daraufhin unzugänglich zeigte, drang er nicht weiter in ihn.

Als Potemkin nach Moskau zurückgekehrt war, schnitt Molotow die Frage des polnisch-rumänischen Bündnisses erneut an. Er gab dem polnischen Botschafter Grzybowski zu verstehen, es werde für Polen und Rumänien gut sein, ihr Bündnis ausschließlich gegen Deutschland zu richten, denn das würde den Abschluß eines sowjetisch-polnisch-rumänischen Beistandspaktes erleichtern. Beck beantwortete diesen Antrag mit einer kategorischen Feststellung. Er wies Grzybowski am 17. Mai 1939 an, Molotow zu unterbreiten, „Polen sieht keine Möglichkeit, mit der UdSSR einen gegenseitigen Beistandspakt abzuschließen“, Polen werde auch fernerhin jede Änderung seiner bisherigen Vertragsverpflichtungen ablehnen. Damit hatte Beck die Tür vor Molotow zugeschlagen. Nach seiner Ansicht konnte die Sowjetunion an der Bedeutung der polnischen Zurückweisung des prosowjetischen Allianzangebots Halifax’ vom 24. März 1939 nun nicht mehr zweifeln. Beck hoffte letztlich auf einen Krieg zwischen Großbritannien und der Sowjetunion und strebte mit allen Mitteln danach, die im Gang befindlichen Verhandlungen der beiden Staaten zum Scheitern zu bringen.

Mittlerweile hatten die Russen das wenig befriedigende Anerbieten der Briten vom 9. Mai 1939 zurückgewiesen. Strang gab zu, die zögernde und mit halbem Herzen erfolgende Annäherung der Engländer an Rußland gehe auf eine Unterschätzung der militärischen Stärke der Sowjets zurück, was „sich sehr nachhaltig auf die Politik auswirke". Die Fehlbeurteilung der jeweiligen Wehrstärke Deutschlands und der Sowjetunion durch die Briten war in der

565

566

Tat die eigentliche Grundlage der verhängnisvoll unrealistischen Kriegspolitik von Halifax. Im britischen Parlament wurden Anfragen laut, welches Schicksal die an Rußland grenzenden Staaten für den Fall haben würden, daß ein englisch-russisches Abkommen zustande komme. Unterstaatssekretär Rab Butler erklärte am 15. Mai 1939 in einer Antwort auf eine Unterhaus-Anfrage, Großbritannien habe über die Satzungen des Völkerbundes hinaus keine besonderen Verpflichtungen gegenüber Finnland, Estland, Lettland und Litauen. Zu dieser Zeit besaß der Völkerbund praktisch keine Geltung mehr und man konnte vielleicht annehmen, die britische Regierung sei der Ansicht, sie hätte diesen Ländern gegenüber freie Hand. Chamberlain gab am 19. Mai zu, das britische Angebot an Rußland vom 9. Mai sei im Grunde das gleiche wie das unbefriedigende vom 15. April. Auch seien die Vorschläge Englands über den Wunsch nach einseitigen russischen Verpflichtungen in den von Großbritannien und Frankreich garantierten Gebieten nicht hinausgegangen. Darauf ertönte ein hämischer Zuruf des kommunistischen Parlamentsmitgliedes Gallacher: „Sie sind doch keine Kinder!" Der Liberalenführer, Sir Archibald Sinclair, forderte, Chamberlain solle den Russen brauchbare

Vorschläge mit gegenseitigen Verpflichtungen anbieten, die jede Eventualität einschlössen.

Im Unterhaus war es bekannt, daß am 21. Mai 1939 englisch-französisch-russische Sondergespräche in Genf stattfinden sollten. Halifax, Bonnet und der Sowjetbotschafter in London, Iwan Maisky, waren bestimmt worden, die Verhandlungen zu führen. Vor einflußreichen Kreisen in London hatte Maisky sehr lebhaft Kritik am Verhandlungsstil der Briten geübt. Winston Churchill hielt am 19. Mai eine Rede, mit der er Maisky den Boden für die kommenden Verhandlungen zu bereiten hoffte, dabei fehlte es nicht an einer ernsten Warnung an die Polen: „Die Regierung wird mir, wenn sie es für notwendig hält, widersprechen, doch kann ich nicht glauben, daß die polnische Regierung es als Teil ihrer Aufgabe betrachtet, zwischen Frankreich, England und Rußland und deren gegenseitiger Sicherheit eine Barriere aufzurichten.” Ohne es zu bemerken, griff Churchill damit den Vorschlag Grzybowskis wieder auf, den Beck zurückgewiesen hatte, als er geltend machte, Polen und Rußland sollten sich zu einer gemeinsamen Politik bekennen und damit Deutschlands Interessen in den Baltenländern durchkreuzen. Butler hielt Churchill weise entgegen, es sei notwendig für Großbritannien, leichtfertige Vermutungen in diesen Fragen zu vermeiden, man müsse die englische Annäherung an Rußland „unbedingt besser mit den Ansichten der anderen, direkt betroffenen Regierungen in Einklang bringen und es weniger darauf abstellen, Zweifel und Schwierigkeiten vor ihnen aufzutürmen“. Mit dieser Äußerung bekräftigte Butler bewußt die von Halifax getroffene Entscheidung, Polen über Rußland zu stellen.

566

567

Bonnet dachte nach den Gesprächen in Genf am 21. Mai 1939 zeitweise recht optimistisch über die Aussichten für ein Dreierbündnis. Maisky schien die ablehnende Haltung Polens gegen Rußland nicht als ein entscheidendes Hindernis für ein Abkommen mit England und Frankreich zu betrachten. Man hatte auch über die baltischen Staaten gesprochen, doch hatte Maisky in Bonnet den falschen Eindruck erweckt, daß die Sowjetunion keinen Versuch machen werde, diesen Staaten wider Willen Garantien anzubieten.

Bonnet hoffte, die amtliche Zurückhaltung der Briten dadurch überwinden zu können, daß er Molotow zu einem Dreierpakt zu veranlassen suchte, in dem die Bedingungen einer für die drei Mächte gleichgerichteten Politik gegenüber Polen und seinen Nachbarn nicht enthalten war. Seine Hoffnung zerrann, als Molotow am 31. Mai 1939 eine große außenpolitische Rede hielt. Der sowjetische Außenminister sprach beifällig über einen möglichen russisch-deutschen Handelsvertrag. Mit besonderem Nachdruck führte er aus, eine auf Gegenseitigkeit beruhende Garantie Rußlands, Großbritanniens und Frankreichs für alle in Europa an Rußland grenzenden Staaten sei eine unerläßliche Bedingung für einen Dreierpakt. Die Sowjetunion und der englisch-französische Block stünden in diesem Punkt vor einer grundlegenden Meinungsverschiedenheit. Die ihm von Polen erteilte Abfuhr ignorierte Molotow völlig, übte jedoch starke Kritik an der Politik Finnlands. Seine Rede bot Hitler und Halifax nur wenig Ermutigendes. Dagegen wurde Roosevelt mit einem Lob für sein Telegramm an Hitler vom 15. April 1939 bedacht, das als „ein vom Geist der Friedfertigkeit” getragener Vorschlag bezeichnet wurde. Hitler erfuhr Kritik wegen seiner Kündigung der Verträge mit Polen und England am 28. April 1939.

Mussolini begünstigt eine deutschrussische Verständigung

Der russische Vertragsentwurf vom 2. Juni 1939 enthielt den kommunistischen Lieblingsvorschlag zum Schutz gegen sogenannte indirekte Aggression. Das war eine geschickte Formulierung, die eine sowjetische Intervention gegen Staaten rechtfertigte, die sich selbst nicht bedroht fühlten, wenn Rußland sie für gefährdet erklärte. Dazu rechneten auch innere Vorgänge, die Rußland als eine Bedrohung der betreffenden Staaten ansah. Es handelte sich also um einen Freibrief für einen uneingeschränkten Angriffsfeldzug Rußlands gegen seine Nachbarn. Die Sowjetunion war bereit, derartige Garantien für Belgien, Griechenland, die Türkei, Rumänien, Polen, Lettland, Estland und Finnland zu geben. Der britische Vorschlag, Holland und die Schweiz zu garantieren, falls diese es wünschten, wurde verworfen. Beide Länder hatten sich dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund widersetzt und unterhielten keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion.

567

568

Die Deutschen wurden am 16. Mai 1939 von Botschafter Moltke aus Warschau unterrichtet, Beck sträube sich nach wie vor auf das entschiedenste gegen ein Abkommen mit der Sowjetunion. Darum war ein englisch-französisches Übereinkommen mit den Russen über Polen außerordentlich unwahrscheinlich. Ribbentrop wies Schulenburg an, die europäische Lage mit Molotow in Moskau zu besprechen. Er hoffte, etwas über die gegenwärtige Haltung Rußlands gegenüber Deutschland in Erfahrung zu bringen. Schulenburg berichtete darauf am 20. Mai, er habe Molotow aufgesucht, doch sei dieser undurchdringlich gewesen.

Weizsäcker versuchte am 27. Mai Schulenburg zu einem erneuten Vorstoß zu ermuntern mit der Warnung, es werde nicht einfach sein, eine englisch-russische Blockbildung zu verhindern. In Wirklichkeit dachte Weizsäcker über die russische Situation sehr viel optimistischer. In einem Memorandum vom 30. Mai schrieb er, die unzureichende Verständigung zwischen Molotow und dem Aristokraten von der Schulenburg sei wahrscheinlich eher auf das persönliche Mißtrauen der Russen gegen den Botschafter als auf die grundsätzliche Richtung der sowjetischen Politik zurückzuführen.

Am 5. Juni berichtete Schulenburg, es sei ihm nicht gelungen, während der kürzlich geführten Gespräche das Vertrauen des Vizekommissars Potemkin zu gewinnen. Den Russen war es bekannt, daß ein gewisser Teil des deutschen Adels zur Opposition gegen Hitler gehörte. Daher wollten sie es bei dem deutschen Botschafter nicht auf einen Zufall ankommen lassen. Sie wußten, Schulenburg dachte kritisch über Hitler, und es bestand daher immerhin die Möglichkeit, daß er ein britischer Spion war. Stalin und Molotow wollten jedenfalls keine vertraulichen Mitteilungen über ihre Gespräche mit Deutschland in Halifax‘ Hände gelangen lassen. Ihr Argwohn war nicht völlig unberechtigt, denn Schulenburg wurde später im Kriege verräterischer Umtriebe gegen die deutsche Regierung überführt.

Der bulgarische Gesandte Parvän Draganow in Berlin erwies sich als eine bessere Informationsquelle sowjetischer Absichten. Am 15. Juni 1939 berichtete er dem Auswärtigen Amt, die Russen hätten sich noch zu keinem festen Kurs entschlossen, doch ziehe, wie er sicher wüßte, die Sowjetunion friedliche Beziehungen mit Deutschland einem Bündnis mit Großbritannien vor. Wie er durchblicken ließ, würde es für die Sowjetunion eine notwendige Voraussetzung bilden, einige wichtige Zusicherungen von

Deutschland zu erhalten, bevor sie eine derartige Politik in Betracht zögen. Draganow machte kein Geheimnis aus der Tatsache, daß er von den Russen ausdrücklich beauftragt worden sei, ihre allgemeine Einstellung Berlin zu übermitteln.

Der deutschen Führung war es durchaus klar, daß man ein ausdrückliches Abkommen mit den Sowjets treffen mußte, um sich für den Fall eines deutsch-polnischen Krieges die russische Neutralität zu sichern. Hitler wartete noch

einige Wochen ab, ehe er es Ribbentrop gestattete, konkrete Schritte zur Erzielung eines Übereinkommens mit Stalin zu unternehmen. Die Aussicht, daß ein derartiges Abkommen unter Umständen zu einer Expansion der Sowjetunion führen könnte, war Hitler widerwärtig; trotzdem kam er im Juli 1939 zu dem Ergebnis, daß ein solches Abkommen entscheidend dazu beitragen könne, den Ausbruch eines europäischen Krieges zu verhindern. Im Januar 1939 hatte Hitler Beck erklärt, daß eine Gegnerschaft zum sowjetischen System einer der Hauptwesenszüge der deutschen Außenpolitik sei, jedoch hinzugesetzt, dieser wichtige Faktor rangiere erst an zweiter Stelle nach seiner Pflicht gegenüber dem deutschen Volk, die Interessen Deutschlands zu fördern und die Auflagen des Versailler Vertrages zu revidieren. Hitler wußte, daß mit einem russisch-polnischen Übereinkommen kaum gerechnet werden konnte. Ein solches Abkommen war nur möglich, wenn Beck die Rote Armee auf polnischem Boden operieren ließe. Beck und Hitler wußten beide, daß das den Versuch Rußlands zur Folge haben würde, sich Polens ganz oder teilweise zu bemächtigen. Auf der Friedenskonferenz von

Brest-Litowsk im Jahre 1918 hatten die Sowjetführer das Kontrollrecht über das ganze europäische Territorium des Zarenreiches gefordert. Darauf hatten die Deutschen Joffe und Trotzky, den führenden Verhandlungspartnern auf russischer Seite, erklärt, daß beispielsweise die Polen sich nicht danach sehnten, unter bolschewistische Herrschaft zu kommen. Die bolschewistische Antwort auf das deutsche Argument war charakteristisch für die russische Politik von 1918 an. Die Deutschen bekamen zu hören, die polnische Bevölkerung werde bald zur bolschewistischen Herrschaft bekehrt sein, wenn russische Truppen die Erlaubnis bekämen, Polen zu besetzen.

Die deutsche Regierung ihrerseits war überzeugt, daß die Sowjetunion in einem deutsch-polnischen Krieg versuchen würde, mit Polen selbst abzurechnen. Nachweislich hat Stalin niemals Hitlers Neigung geteilt, die bestehenden polnischen Grenzen zu respektieren. Auch bestand kein Zweifel, daß die Sowjetunion weitreichende Ambitionen in vielen anderen Richtungen hatte. Die Moskauer Prawda erklärte am 13. Juni 1939, die gegenwärtige Lage in Europa erheische besondere Maßnahmen zum „Schutz" Finnlands, Estlands und Lettlands. In Berlin wie auch in London war es bekannt, daß keines dieser Länder den sogenannten Schutz Rußlands wünsche, und das wurde in Moskau sehr wohl begriffen. Dennoch war das Beharren Rußlands auf dem Schutz dieser Staaten ein deutliches Zeichen dafür, daß es entschlossen war, dort zu intervenieren, ebenso in Polen und, wenn möglich, auch noch in Rumänien und in der Türkei. Ohne Halifax' unheilvolle Kriegspolitik wären die Sowjetführer gar nicht in der Lage gewesen, diese gigantischen Ziele zu verfolgen.

Die Gefahr eines Einvernehmens zwischen der Sowjetunion und den West-

569

570

mächten zwang die deutsche Regierung dazu, sich mit der Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs mit Rußland zu befassen. Mussolini wußte, daß Hitler von dieser Situation nicht begeistert war, und drängte deshalb Botschafter von Mackensen am 14. Juni 1939, Hitler davon in Kenntnis zu setzen, daß die italienische Regierung einen entschlossenen Versuch Deutschlands empfehle, zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen. Damit versuchte Mussolini, Hitler zu dieser Umstellung zu ermuntern. Er teilte von Mackensen am 16. Juni 1939 mit, bedeutsamen Versicherungen der italienischen Botschaft in Moskau sei zu entnehmen, daß die Sowjetunion einen militärischen Konflikt mit Deutschland zu vermeiden wünsche.

Strangs Mission in Moskau

Sir William Strang, Leiter der Zentralabteilung im Foreign Office, trat am 14. Juni 1939 in Moskau ein. Er hatte Anweisungen, den britischen Botschafter Sir William Seeds in der — wie man hoffte — Endphase der Verhandlungen mit den Russen zu unterstützen. Mit Interesse vernahm Hitler, daß die britischen Absichten bei den Russen den rumänischen Botschafter in London, Virgil Tilea, mit tiefer Sorge erfüllten. Er hatte im März 1939 den Helfershelfer für Halifax gespielt und die Lüge von einem angeblichen Ultimatum Deutschlands an Rumänien in die Welt gesetzt. Tilea drückte seine Sorge über die Situation vor einer Reihe von Persönlichkeiten aus. Eine vollständige Aufzeichnung eines dieser Gespräche gelangte in die deutsche Botschaft in London. Der rumänische Diplomat war überzeugt, daß Großbritannien bereit sei, Polen und Rumänien Rußland zu opfern trotz der beiden Ländern im Frühling 1939 gewährten

Garantien. Umsomehr begann Tilea die tragischen Folgen seiner damaligen falschen Willfährigkeit gegenüber Halifax und Vansittart zu erkennen, und er beklagte, wie er es ausdrückte, die weiche Haltung der britischen Regierung gegenüber den russischen Forderungen.

Strang stellte nach seiner Ankunft in Moskau fest, daß der französische Botschafter Paul-Emile Naggiar sehr bemüht war, ein Abkommen mit Molotow unter nahezu jeder Bedingung zu treffen. Als Naggiar sich erkundigte, ob die britische Regierung wirklich aufrichtig zu einem Abkommen mit Rußland zu gelangen vorhabe, war Strang empört. Er versicherte dem Franzosen, wenn dies nicht der Fall wäre, würde er auch nicht in Moskau sein. Die britische und französische Anerkennung der russischen Formulierung hinsichtlich der indirekten Aggression bedeute ein Versprechen, die russische Intervention in Rumänien, den baltischen Staaten oder Polen zu unterstützen. Naggiar stand unter dem gleichen Eindruck wie Tilea, im Hinblick auf die britische Bereitschaft die Möglichkeit ins Auge zu fassen, in diesem folgenschweren Punkt auf die russischen Wünsche einzugehen.

570

571

In den Verhandlungen mit den britischen und französischen Vertretern legte Molotow ein betont herrisches Benehmen an den Tag. Er saß hinter einem Schreibtisch auf einem Podium und seine westlichen Gesprächspartner wurden gebeten, auf im Halbkreis angeordneten Stühlen, vor denen keine Tische standen, unterhalb des Podiums, Platz zu nehmen. Diese neuerdings zur Schau getragene Haltung hochfahrender und verächtlicher Arroganz der Russen war die unvermeidliche Folge der britischen Garantie an Polen.

Molotow war sich bewußt, daß die Sowjetunion jetzt eine unvergleichlich stärkere Position in den Verhandlungen hatte als die britische Regierung. Die Briten bemühten sich, die Sowjetunion zur Teilnahme an dem Krieg zu bewegen, den sie gegen Deutschland zu entfesseln beabsichtigten. Molotow machte klar, er sei nicht gewillt, ein solches Unternehmen in Betracht zu ziehen, es sei denn, die Briten zeigten ihre Bereitschaft, für die russische Unterstützung einen außerordentlich hohen Preis zu zahlen.

Molotow gab am 17. Juni 1939 zu verstehen, er sei mit der Haltung der britischen Regierung unzufrieden. Seine verräterische Formel von der indirekten Aggression müsse auf Polen, Rumänien, Lettland, Estland und Finnland angewandt werden. Auf diese Weise wurde eine militärische Intervention in jedem dieser Staaten sanktioniert, in dem sich innenpolitische Wandlungen vollzogen. In weiteren Gesprächen forderte Molotow, die indirekte Aggression lasse eine sowjetische Intervention in jedem dieser Staaten „ohne Gewaltandrohung” von irgendeiner anderen Seite zu. Das hieß, Rußland konnte eingreifen, um Finnland ohne Bedrohung von seiten einer anderen Macht „zu schützen”. Strang wandte ein, die Gewaltandrohung einer anderen Macht müsse die notwendige Voraussetzung zur Intervention sein. Er erklärte, der tschechoslowakische Präsident Emil Hacha habe sich doch offensichtlich der Gewaltandrohung gebeugt, als er das deutsch-tschechische Abkommen vom 15. März 1939 schloß. Molotow bestritt das und erinnerte Strang daran, Präsident Hacha habe es selbst bestritten. Während der folgenden Wochen blieb der russische Standpunkt unverändert. Wiederholt wies Halifax Strang an, in den entscheidenden Fragen näher auf den russischen Standpunkt einzugehen. Am 20. Juli 1939 beklagte sich Strang bei Halifax über diese „demütigenden Verhandlungen“. Beide Parteien entschieden am 23. Juli 1939, über die politischen Bedingungen, die den russischen

Forderungen entsprächen, herrsche jetzt praktisch Übereinstimmung. Molotow schlug vor, mit einem politischen Abkommen auf das Ergebnis der Generalstabsbesprechung zu warten. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern Englands und Frankreichs akzeptiert.

Hitler entschließt sich zu einem Pakt mit Rußland

Während Strang und Seeds die unseligen Verhandlungen in Moskau führ-

ten, fuhren die Deutschen fort, den russischen Standpunkt zu sondieren. Botschafter Graf von der Schulenburg sprach am 29. Juni 1939 mit Molotow über die deutsch-russischen Beziehungen. Dieser Schritt war eine Antwort auf einen Prawda-Artikel des gleichen Tages, in dem behauptet wurde, die britische und französische Regierung wünschten in Wahrheit gar keinen Vertrag der Gleichberechtigung mit der Sowjetunion. Der Artikel hatte den Zweck, die englisch-französische Position zu schwächen, und zwar sollte er Kritik in beiden Ländern erwecken. Schulenburg gelang es nicht, irgendeine klare Andeutung von Molotow über die Absichten der Russen zu erhalten. Er konnte lediglich ganz allgemein berichten, Molotows Haltung sei „ermunternd, aber zynisch".

Schulenburg versuchte in diesen Tagen, Molotow mit der Feststellung zu beeindrucken, der deutschrussische Freundschaftspakt von 1926 sei immer noch in Kraft, da er niemals ausdrücklich widerrufen worden sei. Molotow bezweifelte die Richtigkeit dieser Annahme und setzte scharf hinzu, die jüngste Erfahrung Polens deute ja wohl an,

daß Nichtangriffspakte mit Deutschland nicht sehr viel wert seien. Der deutsche Botschafter verteidigte daraufhin mit halbem Herzen die deutsche Politik in Polen, was Molotow unbeeindruckt ließ.

Im folgenden Monat zwang Molotow Schulenburg zu weiteren sorgfältigen Argumenten im Zusammenhang mit dem Vertrag von 1926 mit Rußland und dem Pakt mit Polen von 1934. Diese Gespräche waren für die Verbesserung der deutschrussischen Beziehungen wertlos, doch störte das Molotow nicht so sehr wie Schulenburg. Es fiel Molotow nicht schwer, durch gelegentliche kleine Hinweise in Berlin das Interesse der Deutschen an einer Verständigung noch zu steigern. Schulenburg suchte einem am 4. Juli 1939 von seinem Vorgänger in Moskau, Rudolf Nadolny, erhaltenen Schreiben große Bedeutung beizumessen. Nadolny betonte darin ausdrücklich, die formelle Gültigkeit des russisch-deutschen Paktes von 1926 könne nicht bestritten werden.

Am 29. Juni 1939 gab die Sowjetunion bekannt, die diesjährigen Herbst-Manöver der Roten Armee würden im Raum von Leningrad nahe der finnischen Grenze stattfinden. Diese Meldung verursachte starke Unruhe in Finnland. Die Finnen hatten die gleichen Befürchtungen wie die Rumänen, daß die miteinander rivalisierenden diplomatischen Anstrengungen der Briten und Deutschen in der Sowjetunion zu Angeboten von beiden Seiten führen würden, und zwar auf Kosten der kleineren Staaten. In einem Versuch, die Deutschen auszuhorchen, behaupteten die Finnen gegenüber dem deutschen Gesandten Wipert von Blücher, Gerüchten zufolge seien die Deutschen bereit, eine sowjetische Expansion im baltischen Raum zu tolerieren. Das Auswärtige Amt erteilte Blücher am 27. Juli 1939 die Instruktion, die Reichsregierung habe nicht angeboten, die sowjetische Eroberung Finnlands und der baltischen Staaten

dulden zu wollen. Doch das beruhigte die Finnen nicht, denn die

572

573

Reichsregierung erbot sich nicht, sich den russischen Bestrebungen in den Gebieten zu widersetzen.

Es konnte kaum überraschen, daß es den Deutschen nicht gelang, den Finnen Hoffnungen zu machen. Denn inzwischen hatte sich Hitler doch noch entschlossen, mit Nachdruck auf ein Abkommen mit Rußland hinzuwirken. Ermutigt dazu hatte ihn Molotows Bereitschaft, in Berlin Verhandlungen über einen bedeutenden russisch-deutschen Handelspakt zuzulassen. Während dieser Verhandlungen war Weizsäcker von Hitler angewiesen worden, Schulenburg am 29. Juli 1939 davon in Kenntnis zu setzen, daß die Reichsregierung geneigt sei, russische Bestrebungen im baltischen Raum zu dulden, wenn Rußland seinerseits sich in einem deutsch-polnischen Krieg neutral verhalten würde. Weizsäcker setzte noch hinzu, Hitler hoffe immer noch, mit Polen zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen, doch müsse man für jede Eventualität gewappnet sein. Deutlich erkannten die russischen Diplomaten in Berlin, daß Danzigs Rückkehr zu Deutschland letztlich nicht mehr aufzuhalten sei.

Ribbentrop teilte Schulenburg am 3. August 1939 mit, er habe dem russischen Geschäftsträger Astachoff zur Kenntnis gegeben, daß Deutschland alle schwebenden Fragen mit Rußland zu regeln wünsche. Schulenburg sollte das vor Molotow wiederholen. Der deutsche Botschafter und der sowjetische Außenminister kamen am folgenden Tag zusammen. Molotow machte sich ein Vergnügen daraus, den

verwirrten Aristokraten mit Anklagen zu überrumpeln. Er behauptete, die Schwierigkeiten Rußlands mit Japan rührten im wesentlichen von dem 1936 geschlossenen Antikomintern-Pakt zwischen Deutschland und Japan. Hitler wurde beschuldigt, die Aggressionslust der Japaner ermuntert zu haben, und Italien habe er in dem kürzlichen Kampf gegen den Kommunismus in Spanien entscheidend unterstützt. Erheitert zeigte er sich, als Schulenburg geltend machte, Deutschland wünsche mit Polen Frieden zu halten. Er meinte dazu, unter polnischen Bedingungen könne Deutschland Frieden haben, doch niemand zwinge es, gegen die Polen Krieg zu führen. Schulenburgs Versicherung, die russischen Interessen in Polen würden im Kriegsfall respektiert werden, wurde ignoriert. Geringschätzig hörte er sich Schulenburgs Anklagen gegen die britische Intervention in Polen an. Der deutsche Botschafter nahm Molotows Äußerungen furchtbar ernst und geriet darüber regelrecht in Verzweiflung. Nach Berlin berichtete er, „die Sowjetregierung ist jetzt entschlossen, ein Abkommen mit England und Frankreich zu unterzeichnen, wenn diese alle sowjetischen Wünsche erfüllen“. Mit dieser willkürlich aufgestellten Behauptung konnte sich Schulenburg auf nichts stützen; außerdem entging es ihm, daß es seine eigene Unfähigkeit war, die Molotow reizte, sich in den Gesprächen einiges herauszunehmen. Der Graf war einfach nicht in der Lage, den deutschen Standpunkt gegen die Argumente des Russen

573

574

zu verteidigen; auch kam er nicht auf die Idee, ihm mit kritischen Äußerungen über die sowjetische Politik entgegenzutreten.

Das Auswärtige Amt nahm von Schulenburgs pessimistischem Bericht keinerlei Notiz. Ribbentrop erhielt laufend separate Informationen von anderen deutschen Diplomaten in Moskau, die ein völlig anderes Bild ergaben. Durch sie erfuhr er, daß Molotow sich in der Unterhaltung mit den meisten Deutschen in Moskau sehr liebenswürdig gab und seine Haltung die Aussichten eines Paktes mit Rußland als sehr günstig erscheinen ließ.

Die britischen und französischen Militärmissionen

Die britischen und französischen Militärmissionen erreichten Leningrad auf dem Schiffswege nach einer gemächlichen Fahrt von fast einer Woche am 10. August 1939. Ihr Empfang in Leningrad wie auch in Moskau war nach den gewohnten russischen Maßstäben ungewöhnlich bescheiden, was man weithin als bewußten Affront gegen die Westmächte deutete. Zu diesem Zeitpunkt war der russisch-deutsche Handelspakt in Berlin praktisch unterzeichnungsreif; die russische Delegation war sehr verschwenderisch mit ihren Versicherungen, die Sowjetunion wünsche bessere politische Beziehungen zu Deutschland. Als die Deutschen sich nach der Bedeutung der britischen und französischen Militärmissionen erkundigten, wurde ihnen gesagt, die Fühlungnahme mit Deutschland habe die russische Haltung zu Großbritannien und Frankreich verändert, doch setze man die Verhandlungen mit dem Westen fort, da man sie nicht unbegründet abbrechen könne. Die Deutschen konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Engländer und Franzosen den russischen Forderungen in jedem Punkt entgegenkamen, die Russen jedoch abgeneigt waren, überhaupt einen Vertrag mit ihnen zu schließen. Ganz offensichtlich hatte Halifax keinen Eindruck auf die Russen gemacht.

Das erste Gespräch zwischen dem britischen und französischen Militärstab und der russischen Delegation unter der Führung von Marschall Woroschilow fand am 12. August 1939 statt. Die Russen richteten das Feuer ihrer Kritik sofort gegen den geringfügigen militärischen Beitrag, den die britische Führung im Kriegsfall auf dem europäischen Kontinent zur Verfügung stellen wollte. Sie taten es in dem Bewußtsein, daß ihre Argumente Mißtrauen und Argwohn unter den Briten und Franzosen säen würden. Woroschilow entrüstete sich über die Briten, weil diese von Rußland und Frankreich erwarteten, sie sollten den ersten Stoß des Krieges abfangen, den Halifax gegen Deutschland zu provozieren vorhatte. Auch bestand er auf klaren Zusagen seitens der britischen und französischen Militärs, die Rote Armee in etwaigen Operationen in Estland, Lettland und Litauen zu unterstützen.

Am 14. August 1939 schnitten die Russen die grundlegende Frage der

militärischen Operationen in Polen und Rumänien an. Woroschilow argumentierte dazu, diese beiden Länder würden in ganz kurzer Zeit von Deutschland geschlagen werden, wenn sie mit der Sowjetunion nicht militärisch zusammenarbeiteten. Eine unsinnige Behauptung, wenn man bedenkt, daß nicht im entferntesten Aussicht auf einen Konflikt zwischen Deutschland und Rumänien bestand. Der rote Marschall setzte hinzu, Rußland könne einen möglichen deutschen Angriff auf Frankreich nur dann vergelten, wenn man sich über eine durch polnisches und rumänisches Gebiet führende russische Offensive gegen Deutschland einigen würde. Daraufhin warf General Doumenc, der Führer

der französischen Militärabordnung, ein, die Polen seien mit russischen Operationen auf ihrem Hoheitsgebiet nicht einverstanden. Vergeblich suchte er diesen kritischen Punkt mit der Andeutung abzuschwächen, Polen würde im Fall eines deutschen Einmarsches automatisch sowjetische Hilfe erbitten. Woroschilow entgegnete, das polnische Einverständnis sei in diesem Punkt unerläßlich, und blieb auf dem Durchmarsch russischer Truppen durch Polen bestehen.

Der britische Botschafter Sir William Seeds berichtete Halifax am 15. August 1939, „die Russen haben jetzt die entscheidende Frage angeschnitten, von der das Gelingen oder der Fehlschlag der Militärgespräche abhängt”. Großbritannien und Frankreich waren gewillt, die Besetzung Polens zuzulassen, doch lag das Problem in der polnischen Zustimmung. Seeds schlug vor, der französische Generalstab solle den polnischen Generalstab unter Druck setzen und auf ein Einverständnis im Sinne der Russen hinwirken. Seeds schien zu denken, man könne Beck und die Militärs zu einem Geheimabkommen veranlassen, „das die Polen einstweilen geflissentlich übersehen”. General Musse, der französische Militärattaché in Warschau, war von Premier Daladier angewiesen worden, bevor General Doumenc nach Moskau abreiste, die militärische Zusammenarbeit zwischen Polen und Rußland zu erörtern, doch waren seine Gespräche mit Marschall Rydz-Smigly ergebnislos verlaufen.

Seeds war der Ansicht, die Russen seien durchaus zu der Erwartung berechtigt, daß die Engländer und Franzosen bei den westlichen Nachbarn Rußlands auf Zusammenarbeit drängen würden. Er hatte den Franzosen empfohlen, General Valin von ihrer Moskauer Mission aus nach Warschau zu entsenden, um dort die Zustimmung der Polen zu fordern. Das eigenmächtige Handeln des Botschafters Seeds in dieser schwerwiegenden Frage wurde von Halifax

gebilligt und unterstützt. Englands Außenminister berührte es keineswegs, daß die Polen die Sowjetunion mehr fürchteten als Deutschland.

Die Franzosen berieten Seeds‘ Vorschlag und entschieden dann aber, daß es sinnlos sei, General Valin jetzt nach Warschau zu schicken. Seeds kabelte Halifax wenige Stunden später: „Woroschilow habe heute kategorisch

(15. August) erklärt, eine endgültige Antwort auf seine Frage, so bald wie möglich, sei von höchster Wichtigkeit.“ Halifax wurde durch einen irreführenden Bericht aus Paris vom 16. August 1939 ermutigt, die erste Reaktion der Polen auf die vorgeschlagenen Operationen der Russen auf ihrem Gebiet sei „nicht ungünstig“. Er erfuhr, daß die französischen Führer bereit seien, eine letzte Anstrengung zu unternehmen und die Polen zu überreden, den russischen Forderungen nachzugeben.

Bonnet war der gleichen Ansicht wie Daladier, daß ein Pakt mit Rußland Frankreich eine Position der Stärke verleihen könne, von der aus man — wie früher Laval — eine Politik der Aussöhnung gegenüber Deutschland betreiben könne. Aus einem Besuch Sir Nevile Hendersons in Paris im Juli 1939 hatte Bonnet einigen Nutzen zu ziehen gewußt. Der britische Botschafter in Deutschland hatte Bonnet die politischen Absichten Halifax‘ dargelegt. Henderson und Bonnet waren sich in ihrer Verurteilung der Halifaxschen Kriegspolitik völlig einig. Nach Bonnets Ansicht war ein englisch-französischer Krieg gegen Deutschland gänzlich unnötig und er hatte Daladier erklärt, daß er eher zurücktreten als in irgendeiner Form an einem so

unheilvollen Konflikt teilnehmen werde. Daladier versicherte Bonnet, er empfände diese Haltung als gut und richtig, und bat ihn eindringlich, im Amt zu bleiben und weiter für den Frieden zu kämpfen. Bonnet entschied sich nunmehr, sich auf drei Wege zu konzentrieren, um den Frieden zu erhalten. Er wollte weiter auf den Abschluß eines Dreierpaktes mit den Engländern und Russen hinarbeiten, um Frankreich eine starke Position zu sichern. Sein nächster Schritt hieß Druck auf Warschau, um polnische Zugeständnisse an Deutschland zu erreichen, denn das würde zu einer Beilegung des deutsch-polnischen Streits führen. Überdies hatte er vor, sich noch mehr um die Förderung enger französisch-italienischer Beziehungen zu kümmern und Mussolini in seinem Programm für eine allgemeine europäische Konferenz zu bestärken, durch die es vielleicht den Diplomaten gelingen würde, die bestehenden Brandherde auf der europäischen Landkarte zu beseitigen.

Das englisch-französische Angebot auf Kosten Polens

Bonnet war sehr ungehalten über die Polen und glaubte, die Militärgespräche mit den Russen würden an der polnischen Unnachgiebigkeit scheitern. Er durchschaute nicht, daß die Russen sich entschlossen hatten, ein Abkommen mit Deutschland zu schließen, schon bevor sie die Frage der militärischen Operationen auf polnischem Boden am 14. August 1939 angeschnitten hatten. Ihm entging, daß der Fall Polen für die Russen nur ein Vorwand war, um die Militärverhandlungen mit den Westmächten abbrechen zu können. Völkerbundskommissar Burckhardt hatte die Lage mit Hitler am 11. August 1939 er-

örtert und dann Bonnet nahegelegt, wenn die Polen sich nicht umstellten, sei ein deutschpolnischer Krieg nicht zu vermeiden. Hitler hatte vorausgesagt, Polen würde in drei Wochen besiegt werden, und Bonnet war geneigt, ihm darin recht zu geben. Burckhardts Versicherung, daß Hitler keinen Krieg wünsche, hielt Bonnet für glaubwürdig, und auch, daß es möglich sein werde, den ständigen Streit durch Verhandlungen beizulegen. Hitler hatte Burckhardt klargemacht, ihm seien die polnischen Aufmarschpläne bekannt und sie seien, im Vergleich zu denen der Tschechen im vorhergehenden Jahr, geradezu infantil. Burckhardt hatte ihn dann gefragt, ob er seine Kinder unbesorgt in Danzig lassen könne, worauf Hitler ihm riet, sie in die Schweiz zu schicken. Am 14. August 1939 sah also Bonnet die endgültige Krise nahen.

Woroschilows Frage nach der Rolle Englands und Frankreichs hinsichtlich der Zustimmung Polens und Rumäniens, russische Truppen auf ihrem Gebiet operieren zu lassen, gelangte Bonnet am 15. August um 5 Uhr morgens zur Kenntnis. Sofort nahm er Fühlung mit Lukasiewicz auf, der sich noch eines Urlaubs an der Bretagneküste erfreute. Noch am gleichen Nachmittag erschien er im Pariser Außenministerium. Bonnet war überarbeitet und stand unter starkem Druck. Mit einigem Unbehagen stellte er fest, daß der gutaussehende Botschafter von der Sonne gebräunt und sehr gelassen war. Bonnet unterrichtete ihn, es gebe jetzt nur noch eine Alternative, die in Betracht zu ziehen die Russen bereit seien. Entweder werde ihnen gestattet, militärisch auf dem Gebiet ihrer westlichen Nachbarn zu operieren, woraufhin sie einen Militärpakt mit England und Frankreich abschlössen, oder sie würden einen Pakt mit den Deutschen abschließen. Kategorisch erklärte Bonnet dem Botschafter Polens, er erwarte von den Polen, daß sie sofort die russischen Bedingungen für eine Einigung akzeptierten. Lukasiewicz hielt ihm kühl entgegen, Beck werde ein

Operieren der Russen auf polnischem Boden nicht zulassen. Auch stellte er Bonnet die folgende Frage: „Was würden Sie sagen, wenn wir Sie um Erlaubnis für die Deutschen bäten, Elsaß-Lothringen zu schützen?“

Bonnet sträubte sich zuzugeben, daß Lukasiewicz’ Frage in irgendeinem Zusammenhang mit der vorliegenden Situation stand. Er legte dem Botschafter die Unterschiede zwischen der französischen und polnischen Situation nahe. Frankreich habe mit Deutschland eine gemeinsame Grenze, jedoch liege im Unterschied zu Polen auf seiner anderen Seite statt eines revisionistischen Rußlands der Atlantische Ozean. Er glaube es nicht, daß Frankreich die Deutschen bitten müsse, Elsaß-Lothringen zu bewachen. Hitler habe vor vier Tagen vorausgesagt, Deutschland werde Polen in drei Wochen besiegen. Lukasiewicz sprühte vor Zorn, als Bonnet aufrichtig zugab, er teile Hitlers Meinung. Empört entgegnete der Pole: „Im Gegenteil, es ist die polnische Armee, die vom ersten Tag an nach Deutschland einmarschiert.”

577

578

Der französische Außenminister war entsetzt über die sichtlich hoffnungslose Verblendung, die sich ihm da offenbarte. Er erkannte sofort, daß man Lukasiewicz unmöglich mit militärischen Argumenten überzeugen könne, obwohl es ausschließlich diese Erwägungen waren, die im Denken der Polen die erste Stelle hätten einnehmen müssen. Er versuchte es auf andere Weise und vertraute Lukasiewicz an, die Frage Krieg oder Frieden könne unter Umständen vom Ergebnis der gegenwärtigen englisch-französischen Verhandlungen in Rußland abhängen. Zu

seinem Entsetzen stellte er fest, daß Lukasiewicz dieser Gedanke völlig gleichgültig war.

Die nun folgende anstrengende Debatte der beiden Männer mit verschiedenen Ziel-und Wertvorstellungen führte zu keinem nennenswerten Ergebnis. Bonnet sprach für die französische Nation, die Frieden wünschte und geneigt war, das Wiederaufleben Deutschlands als Großmacht zu tolerieren, und darum bereitwillig den status quo akzeptierte. Lukasiewicz vertrat eine Clique polnischer Opportunisten, denen Polens Schwäche unter den derzeitigen europäischen Verhältnissen ein Ärgernis war und die daher einen gigantischen Aufstand ersehnten, der Deutschland sowie Rußland vernichten sollte, die also einen neuen Weltkrieg wünschten, um dieses Ziel zu erreichen. Lukasiewicz erklärte sich lediglich damit einverstanden, die Bitte Bonnets nach russisch-polnischer Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet an Warschau weiterzuleiten, und machte ihn darauf aufmerksam, Becks Antwort werde in der Zurückweisung dieses Vorschlags bestehen.

Bonnet hatte kein Vertrauen zu Lukasiewicz‘ Versprechen, seine Wünsche nach Warschau weiterzuleiten. Er gab zwei lange und sorgsam durchdachte Drahtanweisungen an Botschafter Noël in Warschau, nach denen dieser persönlich mit Beck verhandeln sollte. In diesen Drahterlassen wiederholte er jedes Lukasiewicz vorgehaltene Argument außer Hitlers Vorausberechnung der raschen Besiegung Polens, die er vorsichtshalber fortließ. Noël ging darauf ein und verwickelte Beck in einige lange Debatten über den Wert der französischen Position. Am 18. August 1939 mußte er dann berichten, daß Bonnets genau durchdachte Argumente auch nicht den leisesten Eindruck auf den polnischen Außenminister gemacht hätten. In seiner Antwort bezichtigte Bonnet Beck des gleichen Doppelspiels mit Frankreich, wie es gegen Hitler betrieben worden war.

Viele Monate hindurch hatte Beck seinen unabänderlichen Widerstand gegen das großzügige deutsche Angebot an Polen vom 24. Oktober 1938 vor Hitler zu verbergen gewußt. Bonnet mächte ferner geltend, daß Beck viele Jahre lang seine Entschlossenheit vor Frankreich geheimgehalten habe, russischen Beistand für Polen unter allen Umständen, auch denen eines größeren Krieges, zu verhindern. Nunmehr glaubte Bonnet, für Frankreich das Recht in Anspruch nehmen zu können, über den Kopf Polens hinweg russische Opera-

578

579

tionen in Polen ohne dessen Einwilligung zu unterstützen. Er brachte es fertig, Daladier bis zum 21. August 1939 für dieses Vorgehen zu gewinnen.

Beck in Warschau stellte mit beträchtlicher Erheiterung fest, daß die Auffassung Noëls und Kennards sich in der Frage der militärischen Zusammenarbeit Polens mit Rußland völlig voneinander unterschieden. Noël, als Vertreter einer Kontinentalmacht, die in jedem Krieg mit Deutschland vielleicht den ersten Schlag auffangen mußte, argumentierte leidenschaftlich und beharrlich im Sinne einer russisch-polnischen Zusammenarbeit. Kennard nahm sich der Frage mit kühler Sachlichkeit, ja geradezu gleichgültig, sozusagen nur der Form halber an. Kennard betrachtete seine Demarche als eine leere Geste lediglich zur Wahrung der englisch-französischen Solidarität. Beck erklärte dem polnischen Ministerrat, er gedenke in der russischen Frage nicht vor den englischen und französischen Forderungen zurückzuweichen. Zu seiner Freude erhob keiner der polnischen Minister irgendwelche Einwände gegen seine politischen Absichten. Er erkannte, daß seine Stellung

innenpolitisch gesichert war. So ging er dazu über, den Appell der englischen und französischen Diplomaten mit Verachtung zurückzuweisen.

Bonnet hoffte bei seinen Anstrengungen, die Polen für eine Zusammenarbeit mit Rußland zu gewinnen, auf ein Höchstmaß an britischer Mithilfe. Am 16. August 1939 teilte er Halifax mit, er habe Lukasiewicz klar gemacht, es werde „unausdenkbar sein, wenn die Polen russischen Beistand verschmähten“. Die französische Militärmission in Moskau stimme der russischen Haltung einhellig zu. Rußlands Recht, in Polen und Rumänien zu intervenieren, wurde als das sine qua non für die russische Beteiligung in jedem umfassenden Krieg erachtet, der sich aus dem Ausbruch eines deutsch-polnischen Konfliktes entwickeln mußte. Die französische Mission nahm zur Kenntnis, daß die Russen angeblich bereit seien, das Gebiet für ihre militärischen Operationen in Polen zu beschränken. So glaubten die Franzosen, eine ausdrückliche Bereitschaft der Russen, von der Besetzung bestimmter polnischer Räume Abstand zu nehmen, werde ein ausreichendes Zugeständnis für die Polen sein.

Halifax war von Bonnets Argumenten stark beeindruckt. Er schlug dem französischen Außenminister vor, man möge einen rumänischen Vertreter zu den militärischen Gesprächen in Warschau hinzuziehen. Nichtsdestoweniger galt es hinter den Kulissen als kein Geheimnis, daß die Briten hinsichtlich der französischen Position nicht aufrichtig waren, daß Halifax im Gegensatz zu Bonnet vor allem an der Aufrechterhaltung der englisch-französischen Solidarität interessiert war und daß polnische Zugeständnisse an Rußland ihn, wie es schien, nicht berührten. Die britische Militärmission in Moskau teilte die Begeisterung der französischen Delegation für die russische Einstellung nicht. Admiral Drax, der die britische Abordnung führte, war den Russen äußerst

feindlich gesinnt. Am 16. August 1939 schrieb er seinem Freund und Kollegen, Admiral Lord Chatfield, man habe nach fünftägigen Gesprächen über eine Reihe von Themen noch keine Übereinstimmung erzielt. Er führte wiederholte, kränkende Seitenhiebe der Russen gegen die englische und französische Delegation an. Die Russen machten sich ein Vergnügen daraus, ihre Verhandlungspartner als die nachgebenden oder kapitulierenden Mächte zu bezeichnen, und sich wie eine Siegermacht zu benehmen, welche den geschlagenen Feind zu demütigen sucht. Die britische Politik in Polen wurde von ihnen als eine große Niederlage für Englands Interessen betrachtet, während sie einigermaßen vertrauensvoll auf ihre eigene Politik blickten, denn diese würde Rußland gigantische Gewinne gegen ein Mindestmaß an Aufwand erbringen.

Insgeheim machte sich Drax über den russischen Vorschlag, daß eine englisch-französische Flotte im Kriegsfall in der Ostsee operieren sollte, lustig. Chatfield gegenüber bezeichnete er das als eine glatte Unmöglichkeit. Auf der andern Seite wußten die Russen, daß britische U-Boote im 1. Weltkrieg bei der Versenkung deutscher und neutraler Schiffe in der Ostsee überraschend wirksam waren. Drax verhielt sich allen militärischen Vorschlägen der Russen gegenüber außerordentlich reserviert. Er vertraute Chatfield an, er hoffe einen Militärpakt zu unterzeichnen, der der Sowjetunion so wenig wie möglich Vorteile biete.

Zynisch meinte Drax am 17. August 1939, Bankette und Wodka wärmten die persönlichen Beziehungen zwischen den Russen und den Militärmissionen allmählich an. Doch konnte auch das nicht zu wichtigen Ergebnissen führen, weil

Woroschilow vorschlug, die Gespräche zu vertagen, bis günstige Antworten von Polen und Rumänien zur militärischen Zusammenarbeit eingetroffen seien. Die Russen hatten eine vorläufige Vertagung der Gespräche von Donnerstag, den 17. August, auf Montag, den 21. August vorgeschlagen. Drax ließ Chatfield mit zornigem Sarkasmus wissen, die Russen hätten eine „neue Theorie des Krieges" entwickelt. Sie beabsichtigten, die Zahl ihrer Truppen in einem allgemeinen Krieg auf die von den Westmächten eingesetzte Stärke zu beschränken, was Drax als „völlig kindisch" bezeichnete. Es schien, als ob die friedlichen Tage zu Ende gingen, als die Kontinentalmächte bereit waren, ihre jungen Männer in unbegrenzten Mengen der britischen Kräfteausgleichspolitik zu opfern, während die Briten sich auf eine mehr symbolische Beteiligung beschränkten. Die Russen durchschauten die britische Absicht sehr genau, einen wesentlich kleineren Beitrag in dem Krieg zu stellen, den sie 1939 zu entfesseln suchten, als sie es im 1. Weltkrieg getan hatten. Drax war wütend, weil die Russen es wagten, dieses Verhalten mit sehr realistischen und kritischen Augen zu betrachten.

Weiter schrieb Drax, Woroschilow nehme ständig die Unvermeidbarkeit

580

581

eines Krieges zwischen den Westmächten und Deutschland als gegeben an. Er war sich in höchst realistischer Weise der Halifaxschen Entschlossenheit, mit allen Mitteln einen Völkerkrieg herbeizuführen, bewußt. Drax befürchtete, diese Erkenntnis werde vielleicht zum Mißlingen der Verhandlungen mit Rußland beitragen. Er führte Klage, die Russen würden sich begnügen, neutral zu bleiben, „während

wir übrigen uns gegenseitig die Kehle durchschneiden“. Der Admiral war sehr reizbar, weil es in Rußland ungewöhnlich heiß war. Außerdem hatte man ihm nach den täglichen, vierstündigen Konferenzen mit den Russen noch zusätzliche englisch-französische Besprechungen aufgebürdet. Er betrachtete seine Moskauer Mission als großes persönliches Opfer und wartete sehnsüchtig auf seine Rückkehr nach England. Nach seinem Vorschlag sollte, wenn ein Pakt erzielt worden sei, ein britischer Kreuzer für die siebzehn Offiziere der beiden Missionen auf die Fahrt geschickt werden. Dazu gestand er, die langsame Seereise nach Rußland hätte die französischen Offiziere zunächst nervös gemacht und es könne gut möglich sein, daß einige von ihnen die Rückreise mit der Bahn vorziehen würden. Nach seinem ungemütlichen Aufenthalt in Rußland hoffte er zumindest auf die Genugtuung, sich an der Niederlage der Deutschen weiden zu können, und so schlug er vor, falls der Pakt gelinge, den Kreuzer ständig in Sichtweite der deutschen Küste fahren zu lassen.

Halifax hatte Kennard am 17. August 1939 angewiesen, die Polen wegen ihrer Abneigung gegen eine Zusammenarbeit mit den Russen zu maßregeln. Es sollte ihnen erklärt werden, daß militärische Überlegungen die volle Ausnutzung polnischen und rumänischen Gebietes durch russische Streitkräfte erforderlich machten. Kennard sollte ferner vortragen, ein Bündnis mit den Russen werde den Ausbruch eines Krieges vielleicht nicht verhindern können, doch biete es die beste Garantie für einen Sieg. Halifax war nicht gewillt, den Standpunkt zu akzeptieren, daß die Sowjetunion eine größere Bedrohung für Polen sei als Deutschland. Dazu stellte er kategorisch fest: „Wenn Polen und Rumänien sich im Fall eines Krieges mit dem Rücken an der Wand wiederfinden, so können wir nicht glauben, daß sie über eine Unterstützung nicht froh sein werden, einerlei, woher sie kommt.“ Ausdrücklich betonte er, ein neutrales Rußland

würde die „Hauptbedrohung“ in der Welt bilden, wenn seine Stärke durch die Verheerungen eines erneuten Krieges unangetastet bliebe. Er unterließ es, den naheliegenden Schluß zu ziehen, daß eben dieser Krieg mit und ohne die Russen zu einem solchen Ausgang führen müßte. Es grenzte schon an geradezu zügellose Arroganz und nahm Halifax die klare Sicht. In seinen fehlgreifenden Bemühungen, die britische Weltherrschaft zu befestigen, meinte er es mit jedem, einschließlich Stalin, aufnehmen zu können. Es war eine Tragödie für die englische Nation, daß seine Erbarmungslosig-

keit 1939 seinen Scharfsinn weit in den Schatten stellte. Er sah überhaupt nicht, daß er mit seinem politischen Handeln nicht den britischen Imperialismus, sondern das Anwachsen des Kommunismus förderte.

Kennard wußte, daß Halifax sich niemals damit beschwert hatte, die polnische Haltung zur Sowjetunion zu begreifen. Es widerstrebte ihm, die falschen, Halifax so glänzend erscheinenden Argumente vorzutragen, die, wie er genau wußte, nicht den leisesten Eindruck auf die Polen machen würden. Am 18. August 1939 vertraute er Halifax an, daß er Beck nur sehr ungern in der Frage der Russen anspräche; die Bemühungen des französischen Botschafters Noël, seinerseits auf die Polen einzuwirken, hätten diesem weiter nichts als den Groll der Polen eingebracht, und er, Kennard, sehe nicht ein, warum er es auch mit ihnen verderben solle. Beck sei nahezu unerschöpflich an Argumenten gegen den jüngsten prosowjetischen Plan und habe nur Hohn für die Behauptung der Franzosen, ein Bündnis mit der Sowjetunion könne ein Beitrag zur Erhaltung des Friedens sein, während

Beck im Gegensatz dazu den Standpunkt vertrat, die Annahme der russischen Bedingungen werde zu einem unmittelbaren Angriff der Deutschen auf Polen führen.

Kennard stellte weiter fest, es sei aussichtslos, die Frage bei Beck zu verfolgen. Der polnische Generalstabschef, General Stachiewicz, hatte den französischen Militärattaché in Warschau, General Musse, unterrichtet, Polen lehne den Vorschlag eines russischen Durchmarsches offiziell ab. Kennard gab zu, in dieser schwerwiegenden Frage die Einstellung Becks zu teilen, und brachte dann eigene Argumente gegen den Plan dahingehend vor, daß die Briten ihre besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gefährden, wenn sie gemeinsam mit den Franzosen Druck auf Polen ausüben würden.

Frankreichs Premier Daladier wäre außer sich gewesen, hätte er gewußt, daß Kennard den britischen Druck auf Polen mit dem Argument zu sabotieren suchte, man müsse auf amerikanische Gefühle Rücksicht nehmen. US-Botschafter Bullitt bekam am 18. August von ihm zu hören, er sei entsetzt und zornig über die „Heftigkeit", mit der Lukasiewicz und Beck die sowjetische Hilfe zurückgewiesen hätten. Daladier machte geltend, es sei doch leicht, die sowjetische Hilfe für die Polen zu internationalisieren, indem man zwei französische und eine englische Division über Rußland nach Polen schicke. Dreimal wiederholte er es mit steigender Betonung vor Bullitt, wenn die Polen die russische Hilfe abwiesen, werde er keinen einzigen französischen Bauern nach Polen schicken, um dort seine Haut zu Markte zu tragen.

Über diesen, wie er meinte, heftigen antipolnischen Ausbruch Daladiers war Bullitt sehr bestürzt. Seit Monaten hatte er mit Druckmitteln auf Daladier und Alexis Léger, den Generalsekretär im französischen Außenministerium,

einzuwirken gesucht und gehofft, sie würden sich von der Friedenspolitik Georges

582

583

Bonnets distanzieren und diesen Kurs ganz aufgeben. Im Mai 1939 war er in London, um seine Pläne mit den Bemühungen Sir Robert Vansittarts abzustimmen. Der diplomatische Berater Seiner Majestät Regierung betrachtete die Beziehungen zu Frankreich als seinen ureigensten Bereich und wollte Halifax’ Kriegspolitik dadurch unterstützen, daß er auf eine französische Beteiligung in einem Krieg gegen Deutschland hinarbeitete, Vansittart hatte Bullitt versichert, Alexis Léger sei sein „intimer Freund“, man könne sich auf ihn verlassen, er werde schon das Seine zu Halifax’ und Roosevelts Anstrengungen beitragen, Frankreich in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln.

Bullitt, Vansittart und Léger befürchteten, Sir Eric Phipps, britischer Botschafter in Frankreich und Schwager Vansittarts, teile die ablehnende Einstellung Chamberlains gegenüber einem Bündnis der Westmächte mit Rußland. Bullitt begann Bonnet zu hassen, und er berichtete Roosevelt ohne jede Rücksicht auf die Tatsachen: „Bonnet wie auch Sir Eric Phipps seien tatsächlich dagegen, die Sowjetunion mit Frankreich und England zu einer engen Zusammenarbeit zu bringen.“ Überdies hatte er Sorge, Premierminister Chamberlain könne versuchen, Halifax’ Politik anzufechten und die Zügel der britischen Politik wieder selbst in die Hand zu nehmen. US-Botschafter Kennedy hatte am 20. Juli 1939 aus London berichtet, „Chamberlain sei der Russen überdrüssig und von ihnen angeekelt“. Der Premier war der Ansicht, Hitler werde jede

greifbare Gelegenheit zu einem friedlichen Ausgleich begrüßen. Er wußte, daß Hitler nicht bluffte und unter Umständen einen Krieg riskieren würde, doch meinte er zu Kennedy, Hitler „ist ungewöhnlich klug und würde darum nicht bereit sein, einen Weltkrieg anzufangen.

Präsident Roosevelt hatte am 4. August 1939 direkt in die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten eingegriffen. Lawrence Steinhardt, der Nachfolger Kirks als amerikanischer Botschafter in Rußland, wurde in einem vertraulichen Schreiben angewiesen, Molotow zu sagen, die Vereinigten Staaten seien genau so daran interessiert wie die Sowjetunion, die Niederlage Italiens und Deutschlands in einem europäischen Krieg herbeizuführen. Roosevelt dränge die Sowjets, ein Militärbündnis mit Großbritannien und Frankreich abzuschließen. Die Vereinigten Staaten würden sich dieser Mächtekoalition zuletzt auch anschließen. Der US-Botschafter wurde in Kenntnis gesetzt, Präsident Roosevelt habe dem sowjetischen Botschafter Konstantin Umansky vor dessen Urlaubsreise nach Rußland gesagt, die USA hofften, mit der Sowjetunion zu einer Solidarität gegen Deutschland und Italien zu gelangen.

Die Russen waren über die Roosevelt-Botschaft hocherfreut, denn sie stärkte ihre Position in den Verhandlungen mit den Westmächten wie auch mit Deutschland; Roosevelts Unterstützung würde es ihnen erleichtern, die Zu-

stimmung zu ihren ehrgeizigen Expansionsplänen in Finnland, Polen, Rumänien, Litauen, Lettland und Estland zu bekommen. Sie dachten gar nicht daran, den Inhalt der

vertraulichen Präsidentenbotschaft vor dem Ausland geheim zu halten. Am 11. August 1939 erschien eine entsprechende Meldung im Völkischen Beobachter in Berlin und am 13. August brachte der Krakauer Ilustrowany Kurjer den Inhalt der Rooseveltbotschaft. Es war Steinhardt bekannt, daß Umansky vor seiner Abreise aus den USA von dem Inhalt der Botschaft in Kenntnis gesetzt worden war. Das Schreiben selbst lief über Bullitt in Paris, so daß Steinhardt es nicht vor dem 15. August 1939 in Händen hatte. Er schloß daraus, daß Molotow Umansky angewiesen hatte, den Inhalt des Schreibens bekanntzugeben, bevor es Rußland erreichte und Molotow hatte die Meldung über den Brief ans Ausland gehen lassen, ehe er diesen selbst in Händen hatte.

Steinhardt überreichte Molotow das Rooseveltschreiben am 16. August 1939 und beide erörterten sodann den Inhalt. Roosevelt hatte beim Abfassen des Schreibens gedacht, die russische Politik zugunsten der Westmächte beeinflussen zu können, doch ist es kaum überraschend, daß ihm das keineswegs gelang. Molotow verwandte die Botschaft für seine eigenen Zwecke und sagte zu Steinhardt, die britische und französische Militärmission sei nach Moskau gekommen, um die militärische Zusammenarbeit zu Bedingungen zu erörtern, die der sowjetische Außenminister als „vage Allgemeinplätze" bezeichnete. Diese Missionen seien nicht in der Lage, mit den spezifischen Punkten fertig zu werden, die Rußland angeschnitten habe.

Steinhardt berichtete Roosevelt am 16. August, er persönlich sei überzeugt, die Sowjetunion werde es vermeiden, sich bereits im Anfangsstadium an einem europäischen Konflikt zu beteiligen. Roosevelt war darüber verärgert, denn er hätte die Vereinigten Staaten am liebsten am ersten Kriegstag in einen solchen Konflikt hineingezogen, wenn die öffentliche Meinung Amerikas und der Kongreß es nur zulassen würden. Einige Tage später

mußte der Präsident zu seiner Beunruhigung erfahren, daß Alexis Léger vom französischen Außenministerium gar nicht der bedingungslose Befürworter eines Krieges um jeden Preis war, wie Bullitt behauptet hatte. Léger enthüllte seine Meinung, es würde höchst unklug von Großbritannien und Frankreich sein, Deutschland ohne den militärischen Beistand der Sowjetunion anzugreifen. Daraus war zu entnehmen, daß, wenn die Verhandlungen in Moskau mißglückten, in Frankreich praktisch überhaupt keine Unterstützung für eine Kriegspolitik bestand. Roosevelt erfuhr ferner, daß Premier Daladier nach wie vor auf die „verbrecherische Torheit" der Polen schimpfte. Halifax würde, das erkannte Roosevelt genau, seinen liebevoll gehegten Plan eines Krieges gegen Deutschland aufgeben, wenn es ihm nicht gelänge, sich den militärischen Beistand der Sowjetunion

oder Frankreichs zu sichern. Für Amerikas Präsidenten war der Gedanke, daß der Frieden vielleicht doch noch gerettet werden könnte, geradezu quälend, denn ihm sollte ein europäischer Krieg dazu dienen, seinen Traum von der Verewigung seiner Amtszeit und der Erhöhung seines Ansehens zu verwirklichen.

In dieser schwierigen Lage war Halifax bedeutend im Vorteil. Während des ganzen August 1939 wurde er ausführlich über die Verhandlungen der Deutschen mit den Russen durch Theo Kordt, den deutschen Geschäftsträger in London, unterrichtet. Theo Kordt und sein Bruder Erich, der in Ribbentrops Amt in Berlin eine Schlüsselstellung innehatte, waren Mitglieder einer Verschwörergruppe, in der man Bemühungen, Hitlers diplomatische Unternehmungen

zunichte zu machen, keineswegs als Verrat ansah. Halifax wußte also, daß die Russen einen Pakt mit Deutschland erwogen und daß die englisch-französischen Verhandlungen mit Rußland jeden Augenblick mit einem Fehlschlag enden konnten. Das gab ihm die Möglichkeit, einen Plan vorzubereiten, um Frankreich ohne russische Hilfe in einen Krieg gegen Deutschland hineinzuziehen. Auch machte ihn diese Kenntnis gegen die psychologische Schockwirkung eines deutschrussischen Abkommens gefeit. Erst am 18. August 1939 erhielt er eine Vorwarnung von amerikanischer Seite, und zwar als Unterstaatssekretär Sumner Welles ihm verschiedene Gerüchte übermittelte, daß Rußland und Deutschland möglicherweise einen Pakt miteinander abschließen würden. Zu diesem Zeitpunkt war Halifax das schon nicht mehr neu.

Der britische Außenminister verhielt sich den Polen gegenüber hinsichtlich englisch-polnischer Bündnisverhandlungen immer noch hinhaltend. Zutiefst enttäuscht über die Knauserigkeit der Briten in der Frage der Finanzhilfe an Polen war der polnische Botschafter Raczynski. Als er Halifax vorschlug, man solle in London eine ständige polnische Militärmission einrichten, fand er nur wenig Gegenliebe. Im Juli 1939 bereits hatte Raczynski Halifax zu drängen begonnen, die Verhandlungen über ein echtes englisch-polnisches Bündnis möglichst noch vor dem Ende der Moskauer Gespräche zum Abschluß zu bringen. Halifax versicherte ihm, er sei dazu bereit, doch unternahm er bis Mitte August nichts dergleichen. Schließlich gestattete er den Polen, den Rechtsberater Kulski aus dem Warschauer Außenministerium nach London zu entsenden. Die seit April unterbrochenen Gespräche über einen Bündnisabschluß wurden daraufhin am 17. August 1939 von Sir Alexander Cadogan und den polnischen Diplomaten wiederaufgenommen.

Am 18. August 1939 lehnten die Polen den britischen Vorschlag ab, Rumänien gegen einen eventuellen deutschen Angriff zu garantieren. Sie drangen darauf, das endgültige Abkommen müsse zum Ausdruck bringen, daß das Bündnis sich nicht gegen Deutschlands mögliche Verbündeten oder sonstige Vertragspartner richte. Befriedigt nahmen die Briten diese Formulierung an,

585

586

denn ein ausschließlich gegen Deutschland gerichtetes Bündnis bedeutete, daß Großbritannien nicht verpflichtet wäre, Polen gegen die Sowjetunion zu schützen. Die hauptsächlichste Unstimmigkeit in den Verhandlungen rührte von den erneuten britischen Versuchen her, Polen gegen Deutschland in jeder Kompaßrichtung festzulegen. Am 19. August, einem Sonnabend, wurden die Verhandlungen für kurze Zeit unterbrochen, und Botschafter Graf Racznyski verließ London zu einem Aufenthalt an der englischen Küste. In den drei Tagen ausgedehnter Verhandlungen war es nicht möglich gewesen, sich über die Bündnisbedingungen zu einigen.

In Warschau unternahm der französische Botschafter Noël am 19. August erneut den Versuch, polnische Zugeständnisse an Rußland durchzusetzen. Die ihm erteilte Antwort bezeichnete Beck als endgültige Erklärung: „Es ist für uns eine Frage des Prinzips; wir haben kein militärisches Einvernehmen mit der Sowjetunion und wir wünschen auch keines zu haben.” General Stachiewicz gab ebenfalls eine endgültige Erklärung an die Franzosen ab. Er erklärte, Polen sei nicht gewillt, das Eindringen irgendwelcher fremder Truppen in sein Gebiet zu dulden.

Am 19. August wurde Hauptmann Beauffre von der französischen Mission in Moskau nach Warschau geschickt, wo er um eine sofortige Audienz bei Marschall Rydz-Smigly bat. Durch ein Gesetz vom 6. Mai 1936 war der Marschall offiziell zum ersten Mann im Staat nach Präsident Moscicki designiert worden. Dieser versah ähnlich wie Frankreichs Staatspräsident Titelfunktionen. Die Audienz wurde Beauffre gewährt, doch gestattete der polnische Marschall ihm nicht, eingehende Argumente vorzutragen. Marschall Rydz-Smigly erklärte, jedermann in Polen wisse, daß ein russischer Durchmarsch die russisch-militärische Besetzung des Landes bedeute. Dann rief er aus: „Mit den Deutschen riskieren wir den Verlust unserer Freiheit, mit den Russen würden wir unsere Seele verlieren."

Rydz-Smiglys Erklärung besagte kategorisch, daß Polen nicht Deutschland, sondern die Sowjetunion für seinen Hauptfeind hielt. Diese Ankündigung überraschte die französische Führung kaum. General Gauché, der Leiter der französischen Spionageabwehr, hatte Premier Daladier und Außenminister Bonnet bei zahlreichen Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht. Sie wußten ebenso gut wie Halifax, daß die Auslieferung Polens an die Sowjetunion in polnischen Augen ein schlimmeres Verbrechen war, als die Polen in einem Konflikt mit Deutschland aufzugeben.

Die Arroganz der Polen bildete schon seit langem für General Gauché eine Quelle der Erbitterung. Er war die polnische Kritik an dem französisch-russisschen Bündnis und an der von den Franzosen verwandten Defensivstrategie in ihren militärischen Planungen leid. Ihm mißfiel die leere Prahlerei der Polen

über den Angriffsgeist ihrer eigenen Armee und ihr angebliches Bereitsein, Berlin einzunehmen. Er war es müde, ihre Behauptungen anhören zu müssen, Polen und Ungarn könnten Osteuropa gegen Deutschland und die Sowjetunion verteidigen. Geradezu wütend machte ihn ihr Argument, die Tschechen hätten ihr Schicksal verdient und man hätte es ihnen niemals gestatten sollen, einen unabhängigen Staat zu bilden.

General Gauché war der festen Ansicht, Frankreich solle es, wenn die Moskauer Verhandlungen fehlschlügen, Hitler gestatten, mit Polen abzurechnen, und diese Meinung trug er Daladier, Bonnet und den Militärbefehlshabern auch vor. Dazu argumentierte er, Frankreich sei berechtigt, sich über frühere Verpflichtungen an Polen aus drei Gründen, und zwar aus jedem für sich, hinwegzusetzen. Der Abschluß des Paktes von 1934 mit Deutschland, ohne Frankreich zu konsultieren, habe den Geist und den Zweck des französischen Bündnisses verletzt; das polnische Ultimatum an den tschechoslowakischen Verbündeten Frankreichs im Oktober 1938 sei als ein direkter Angriff auf französische Interessen auszulegen; die Polen hätten den Zweck und den Geist ihres Bündnisses mit Frankreich verletzt, als sie eiligst die Begründung des deutschen Protektorates von Böhmen-Mähren im März 1939 anerkannt hätten, ohne die französische Führung zu konsultieren. Gauché verurteilte die Kriegspolitik Halifax‘ und beklagte sich, anstelle der 1938 für England und Frankreich so charakteristischen flexiblen Politik, sei 1939 eine absolute Unbeugsamkeit beider Mächte getreten. Auch rügte er die offensichtliche Abneigung Englands, umfassende Verpflichtungen für Landoperationen auf dem europäischen Kontinent zu übernehmen. Die Briten hatten ihren ersten wehrdienstpflichtigen Jahrgang im Juni 1939 eingezogen, der nur 200.000 Mann zählte. Welche Zweifel es auch an der britischen Haltung gegenüber dem Krieg gegeben haben

mag, den Halifax heraufzubeschwören suchte, sie wurden im Juli 1939 zerstreut, als England lediglich weitere 34000 Mann einzog. General Gauché versicherte Daladier und Bonnet, Hitler bluffe nicht. Er wünsche zwar keinen Krieg, aber eher würde er das Wagnis eines Krieges eingehen, als vor den extravaganten Anmaßungen der Polen kapitulieren. Dem Chef der französischen Abwehr erschien es durchaus klar, daß sein Land alle Kriegspläne für 1939 aufgeben mußte, wenn die Russen sich weigerten, der englisch-französischen Front beizutreten. Diesen Standpunkt fand Bonnet annehmbar und schlug vor, die französische Politik danach einzurichten.

Eine der Hauptklagen Gauchés richtete sich gegen Polens Eigensinn, als Großmacht behandelt zu werden, obwohl es offensichtlich nur eine zweit-oder drittrangige Macht darstellte. Das aber war der Schlüssel zur britischen und französischen Behandlung der Polen im August 1939. Es schien undenkbar, daß ein kleiner Staat sich beharrlich dem Rat oder den Drohungen zweier ver-

bündeter Großmächte widersetzen oder sie ignorieren könne. Bis zum 20. August 1939 hatten es die Polen wortreich klargemacht, daß sie es ablehnten, als Satellit Großbritanniens oder Frankreichs behandelt zu werden, oder einen Vorschlag über sogenannten bolschewistischen Schutz anzunehmen, den keines dieser Länder unter ähnlichen Verhältnissen akzeptiert hätte. Sie waren entschlossen, niemals in eine Invasion bolschewistischer Streitkräfte einzuwilligen, einerlei, ob diese Invasion unvermeidlich war oder nicht. Ihre Einstellung ist später von dem führenden Sachverständigen für russisch-polnische Beziehungen,

Professor Umiastowski, erklärt worden, als er schrieb: „Es war, als der 2. Weltkrieg vorüber war, unmöglich, sich von einer Großmacht auch nur vorzustellen, daß sie bereit sei, die Sowjets aufzufordern, sich aus den besetzten Ländern zurückzuziehen, die sie zuerst mit dem Einverständnis der Regierungen eben dieser Länder betreten hatten.”

Was die Polen betraf, so war die Entscheidung klar. Doch waren die englischen und französischen Führer ebenso wenig gewillt, diese Entscheidung zu akzeptieren, die Polen gegen die Sowjetunion, den Hauptfeind, zu verteidigen. Halifax’ Einstellung zu dieser Frage sollte jede Illusion zerstreuen, daß er sich wirklich Gedanken über den Schutz der Polen machte, oder daß Polen ihm mehr als ein Pfand bedeutete, den Kampf gegen Deutschland herbeizuführen. Er war einverstanden, den französischen Beschluß zu stützen, das Vertrauen der Polen zu mißbrauchen und ihr Land; ohne ihr Einverständnis der russischen Intervention zu verpfänden. Seine Entscheidung beseitigte allerdings nicht den russischen Vorwand, daß Polens Ablehnung der russischen Bedingungen es für die Sowjetunion unzweckmäßig mache, ein Bündnisabkommen mit den beiden Westmächten abzuschließen.

General Doumenc, der Leiter der französischen Mission in Moskau, und der französische Botschafter Paul-Emile Naggiar rieten Bonnet am 19. August, sofort ein Abkommen mit den Russen über Becks Kopf hinweg zu schließen. Bonnet entschied aber, noch einen letzten Versuch mit den Polen zu machen, bevor er diesen Rat befolgte. Naggiar und General Doumenc hatten sich nicht geirrt in ihrer Annahme, daß Beauffres Mission in Warschau, der man vorher zugestimmt hatte, fehlschlagen würde. Doch entschloß sich Bonnet, sich für einen erneuten Schritt seines Botschafters Noël stärkeren Rückhalt bei den Briten zu sichern, als er ihn vorher erhalten hatte. Er unterrichtete Halifax von diesem

Plan und hielt ihm vor, es sei für Großbritannien und Frankreich „ein nahezu unhaltbarer Standpunkt“, Polen zu verteidigen, wenn dieses sich weigere, russischen Beistand anzunehmen. Auch ließ er Halifax wissen, daß „er Verständnis für das Zögern der Polen habe, doch in einem Fall wie diesem könnten sie doch von zwei Übeln nur das kleinere wählen”. Nach Bonnets Erfahrung betrachteten die Polen die Russen als eine größere Be-

588

589

drohung als die Deutschen, doch behauptete er, jetzt sei Polen aber unmittelbar von Deutschland bedroht. Bonnet warnte Halifax, die Polen seien dabei, in ihrer Behandlung der deutschen Minorität wieder neue Fehler zu begehen, auch müsse man ihnen weitere Provokationen in Danzig zur Last legen.

Kennard fühlte keine Neigung, sich hinter einen erneuten Schritt Noëls in Warschau zu stellen. Er kabelte Halifax am 20. August, 2 Uhr nachts, alle Einzelheiten der Ablehnungserklärungen Becks und Stachiewicz’ und fügte hinzu, Beck habe ihm gesagt, die polnische Regierung widersetze sich dem Durchmarsch russischer Truppen genau so mit allen Kräften, wie sie es gegenüber jeder deutschen Invasion tun würde. Ausdrücklich hob Kennard hervor, diese Einstellung sei gerechtfertigt, Halifax könne sicher sein, „kein Pole würde je damit rechnen, irgendein von Sowjettruppen besetztes Territorium zurückzugewinnen“. Die letzte Äußerung war eine beträchtliche Übertreibung der wahren polnischen Haltung; die polnische Politik wäre ganz anders gewesen, wenn Polens Führung nicht mit dem schließlichen Zusammenbruch der Sowjetunion gerechnet hätte, und zwar entweder in einem Krieg gegen

Deutschland oder gegen die Westmächte. Aus dieser Einstellung Kennards ist zur Genüge zu entnehmen, daß er sehr starke Ausdrücke gebrauchte, um den Fall Polen gegen ein englisch-französisches Abkommen mit Rußland auf Kosten Polens zu vertreten.

Halifax‘ Antwort auf diesen Bericht berührte Kennard recht unangenehm. Englands Foreign Secretary verurteilte Beck darin mit sehr deutlichen Worten und bemerkte verächtlich, dieser täusche sich, wenn er denke, er könne den Krieg vermeiden und sowjetische Hilfe zurückweisen. Außerdem werde Beck „sich selbst ausliefern”, wenn er denke, er bekomme russische Hilfe, sobald der Krieg erst einmal begonnen habe. Halifax besaß kein Recht zu der Annahme, Beck ziehe das in Betracht, aber es war erneut ein Zeichen dafür, daß er sich niemals die Mühe gemacht hat, die von Beck nach dem Tode des Marschalls Pilsudski im Jahre 1935 verfolgten politischen Absichten zu verstehen.

Kennard antwortete ihm, General Stachiewicz habe jetzt eingewilligt, seine Ablehnung des russischen Durchmarschplanes vor jedem zu wiederholen, der sie nur hören wolle. Dabei deutete er nicht an, daß er bereit sei, sich ebenso wie Noël noch einmal zu bemühen, auf die Polen einzuwirken. Diese Last ruhte ausschließlich auf den Vertretern Frankreichs in Polen. General Gamelin hatte sich entschlossen, General Faurice zu einem letzten Versuch nach Polen zu entsenden und den Standpunkt der Franzosen klarzumachen. Faurice war viele Jahre Chef der polnischen Kriegsschule in Warschau gewesen und besaß unter den dortigen Militärs zahlreiche Freunde. Seine Mission war außergewöhnlich heikel, denn seine Weisung lautete, es den Polen nahezulegen, daß Frankreich niemals sein Einverständnis gegeben habe, eine polnische Militär-

aktion gegen Deutschland im Fall einer deutschen Annexion Danzigs zu unterstützen. Unnötig zu erwähnen, daß diese Mission für Frankreich die Beliebtheit des Generals in Polen nicht vergrößerte.

Daladier und Bonnet entschieden sich am 21. August 1939, ohne langes Zögern über die Köpfe der Polen hinwegzugehen. Sir William Strang, der Anfang August aus Moskau zurückgekehrt war, wurde am 21. August von französischen Diplomaten in London davon in Kenntnis gesetzt, daß die französische Regierung entschieden hatte, ihre Militärs bei den Stabsbesprechungen in Moskau, die am gleichen Tage wieder aufgenommen worden waren, als „Garanten“ Polens handeln zu lassen. Die Franzosen hatten vor, auf die Forderung nach russischen Militäroperationen in Polen „eine im Prinzip positive Antwort” zu erteilen. Als einzige Bedingung beabsichtigten sie zu verlangen, daß russische Truppen mit dem Betreten Polens bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Polen warten müßten. General Doumenc werde Vollmachten erhalten, jede Abmachung anzunehmen, wozu auch die französische Billigung der russischen Forderung gehöre.

Strang sprach mit Sir Alexander Cadogan über die französische Demarche. Beide waren sich einig darin, daß Frankreich handle, ohne Großbritannien zu konsultieren, und dabei mit dem britischen Einverständnis ex post facto rechne. Diese Vermutung war begründet, denn Halifax hatte Bonnet mehrmals in seiner Ansicht bestärkt, es sei notwendig, Rußland die Erlaubnis zu geben, militärische Operationen in Polen durchzuführen. Strang kam zu dem Schluß: „Es kann sehr gut sein, daß ihre Beurteilung der polnischen Haltung die richtige ist (und sie sollten es nach allen diesen Jahren eigentlich wissen, wie die polnische

Denkweise zu beurteilen ist) und daß, solange die Polen ihre Zustimmung verweigern, sie damit wirklich sagen wollen, wir haben die Freiheit, mit den Russen weiterzumachen, vorausgesetzt, wir sagen den Polen nichts davon.” Das war die erstaunliche Erklärung einer mißlichen Situation. Doch war sie charakteristisch für die britische Diplomatie und das amtliche britische Denken. Strang wie Cadogan waren der Ansicht, die britische Regierung solle das französische Vorgehen unterstützen.

Am 21. August 1939 sprach Premier Daladier mit Lukasiewicz in Paris, ohne auch nur im geringsten anzudeuten, daß Frankreich sich entschieden habe, den Russen die Erlaubnis zum Einmarsch nach Polen zu geben. Später hat er behauptet, er habe, um Frankreichs Gewissen zu retten, gedroht, als Vergeltung für die polnische Weigerung, mit den Russen zu kooperieren, das französische Bündnis mit Polen zu brechen. Lukasiewicz hat dies nachdrücklich bestritten. Der polnische Diplomat erinnert sich, ihm sei in dieser Unterredung vor allem aufgefallen, daß Daladier wenig Bedeutendes zu sagen gehabt habe.

Die letzte Zusammenkunft der englisch-französischen Militärs und der

590

591

Russen vor der Bekanntgabe der sowjetischen Presse, daß die Sowjetunion einen Separatvertrag mit Deutschland abschließen werde, fand am Nachmittag des 21. August 1939 statt. Marschall Woroschilow kündigte entschiedenen Tones an, er sei verantwortlich für die Herbst-„Manöver” der Roten Armee und so werde er demnächst um einen Daueraufschub der militärischen Gespräche mit dem

Westen nachsuchen, um sich dieser Aufgabe besser widmen zu können. General Doumenc erhielt seinen Ermächtigungsauftrag, ein englisch-französisch-russisches Separatabkommen über Polen abzuschließen, erst nach dieser Sitzung. Marschall Woroschilow hielt den britischen und französischen Militärs einen Vortrag über Polen. Er erklärte, es hätte immer als unumstößlich gegolten, daß Rußland das gleiche Recht haben müsse, in Polen und Rumänien zu operieren, wie es die Vereinigten Staaten und Großbritannien in Frankreich während des 1. Weltkrieges besessen hätten. Dann drückte er sein Erstaunen darüber aus, daß die westlichen Missionen ohne eine klare Verpflichtung in dieser entscheidenden Frage nach Rußland gekommen seien. Unmittelbar nach Schluß dieser Sitzung erfuhren die westlichen Militärs aus den russischen Zeitungen von dem geplanten russisch-deutschen Nichtangriffspakt.

Kurz darauf erfuhren die Briten, daß Stalin sich bereits am 11. August entschieden hatte, also am zweiten Tag, nach der Ankunft der westlichen Militärmissionen auf russischem Boden, und noch vor den ersten präliminarischen Gesprächen mit den russischen Befehlshabern, mit Deutschland einen Pakt abzuschließen. Später kam dann heraus, daß Stalin seine Verhandlungen mit den Deutschen wie auch mit den alliierten Militärmissionen bewußt in die Länge gezogen hatte. Die Briten und Franzosen hätten niemals den endgültigen Entschluß gefaßt, Rußland ein Abkommen auf Kosten Polens anzubieten, wenn der sowjetische Diktator seine Karten eher aufgedeckt hätte. Daß die große Öffentlichkeit von dem wahren Wesen der sowjetischen Absichten erfuhr, bevor die Militärmissionen auch nur einen Hinweis davon erhielten, war kennzeichnend für die sowjetische Verhandlungskunst und ein bewußter Affront gegen Großbritannien und Frankreich. Die Briten und Franzosen hätten sich dieser schmählichen Bloßstellung

ohne Halifax’ rücksichtsloses Bemühen, um jeden Preis einen Krieg mit Deutschland zu entfesseln, nicht auszusetzen brauchen. Halifax‘ Politik war für die Verwirklichung kommunistischer Ziele die denkbar größte Hilfe, die Großbritannien leisten konnte, doch war das für Stalin und die übrigen Sowjetführer kein Anlaß zu irgendwelcher Dankbarkeit. Sie wußten genau, daß Halifax’ Politik weniger ein bewußter Versuch war, die kommunistische Weltverschwörung zu fördern, als vielmehr eine Kette törichter, selbstsüchtig ersonnener Fehler.

Der englische Botschafter Henderson machte sich zum Sprachrohr der Em-

pörung vieler seiner Landsleute, als er Halifax am Morgen des 22. August kabelte: „Der verräterische Zynismus von Stalin und Co., mit unseren Militärmissionen in Moskau zusammenzusitzen und zu verhandeln, ist einfach unglaublich.” Henderson hatte sofort erkannt, daß der ganze Überraschungsschlag der Russen nur darauf angelegt war, dem britischen Ansehen höchsten Schaden zuzufügen. Er hatte sich stets einem Bündnispakt mit der Sowjetunion widersetzt, doch jetzt war er tief bekümmert über das demütigende Schauspiel, das sein Land zwangsläufig über sich ergehen lassen mußte.

Halifax’ Unfähigkeit, mit den Russen umzugehen

Halifax’ verspätetes Liebeswerben um Rußland war eine mißglückte und selbstsüchtige Angelegenheit. Das ganze Jahr 1938 hindurch hatte er die Sowjetunion praktisch ignoriert und begann dann sein plötzliches und unerwartetes Werben um die Russen mit einem Appell um

Hilfe für Rumänien, obwohl dieser Appell der abwegigen Lügengeschichte entsprang, die er mit Tilea konstruiert hatte, und die Tatsache außeracht ließ, daß Rumänien keinen kommunistischen Schutz wünschte. Darauf folgte sein Vorschlag für ein Viermächtebündnis vom 20. März 1939, den Beck vier Tage später torpedierte. Am 31. März 1939 bot er Polen eine einseitige Garantie an, ohne Rußland zu konsultieren. Er veranlaßte Bonnet, die Russen zu unterrichten, Großbritannien wünsche nach wie vor ein Bündnis mit der Sowjetunion, um dann am 15. April 1939 mit seinem hoffnungslos einseitigen Angebot hervorzutreten. Zwei Monate später ließ er Strang nach Rußland reisen, ohne die britischen Bedingungen auch nur einigermaßen annehmbar zu machen. Im Verlauf des Juni und Juli wies er Strang an, sich schrittweise auf eine Stellung zurückzuziehen, die für Rußland angeblich annehmbarer war, obwohl diese Art Verhandlungstechnik mit Sicherheit die Verachtung der Russen hervorrufen mufste. Die britische Militärmission wurde im August 1939 auf dem zeitraubenden Seeweg mit unzureichenden Instruktionen nach Moskau gesandt, wodurch sie von vornherein ihren russischen Gesprächspartnern gegenüber in eine unterlegene Position geriet. Bald stellte sich heraus, daß die Ursache der russischen Kritik am britischen Standpunkt in der polnischen Frage begründet lag. Halifax ließ es zu, daß Kennard sich von entscheidenden Schritten zurückhielt, die Frankreich in Warschau unterstützen sollten und die vielleicht einigen Eindruck auf die Polen gemacht hätten. Die Polen weigerten sich, von ihrem Standpunkt abzugehen, und Halifax willigte, ohne die starken Proteste der Franzosen gegen Polen zu unterstützen, in den Vorschlag der französischen Führer ein, ein separates Abkommen mit den Russen auf Kosten der Polen zu schließen. Halifax übernahm diese Politik, obwohl Kennard ihm wiederholt nahegelegt hatte, daß die Sowjetunion Polens Hauptfeind sei.

592

593

Die Wahrnehmung der britischen Beziehungen zu Rußland und Polen durch Halifax in dieser Zeit enthüllte sehr kraß die schändliche Wirklichkeit hinter der noblen Fassade seiner Politik. Man kann sich unmöglich der Schlußfolgerung entziehen, daß der sowjetische Beistand in einem Krieg gegen Deutschland Halifax nicht so wichtig war wie der Krieg selbst. Die Arroganz der Kommunisten gegenüber der britischen Militärmission ist ohne jede Frage beispiellos, doch läßt es sich kaum bestreiten, daß Halifax diese Behandlung verdiente.

Sein Versuch, ein Bündnis mit den Russen zu schließen, ist über fünf Monate lang das meisterörterte Thema der europäischen Diplomatie gewesen, da es eine Prestigefrage höchsten Ausmaßes betraf. Halifax’ Unterfangen endete mit einer ungeheuren Demütigung. Der Freier war als Bittsteller entlarvt worden und man hatte ihn abgewiesen. Das französisch-polnische Bündnis von 1935 war dabei jeder Bedeutung beraubt worden. Es ist eine allgemeine Regel, daß unter geschlagenen Partnern Reibungen entstehen, und so konnte ein beträchtlicher Groll der Franzosen gegen Großbritannien nach dem niederschmetternden Ergebnis in Rußland nicht ausbleiben. Die Niederlage in Moskau brachte Halifax auch nicht einen Augenblick dazu, einen Präventivkrieg gegen Deutschland als fragwürdig zu empfinden, doch hing dieser Krieg in seinen Augen von der Beteiligung Frankreichs ab. Für kurze Zeit hatte Halifax Rußland umworben, aber sein ständiges Liebeswerben galt nun Frankreich, dessen Politik das entscheidende Element in der europäischen Situation geworden war.

Hitler hoffte, die Wende in Rußland werde die englisch-französische Politik ändern, und er hatte vor, diese Entwicklung mit diplomatischen Mitteln zu fördern. Er war bereit, an England und Frankreich mit neuen Vorschlägen heranzutreten. Doch veranlaßte ihn seine anglophile Einstellung unklugerweise dazu, sich mehr auf Großbritannien zu konzentrieren. Diesen Vorrang hätte er Frankreich eingeräumt, wenn ihm der Gegensatz zwischen der besonnenen Haltung der Franzosen und Halifax unentwegtem Streben nach Krieg voll zum Bewußtsein gekommen wäre. Diese Tatsache wurde allerdings vor Hitler im August 1939 sorgfältig verborgen gehalten. Er hätte die Wahrheit über Halifax auch nicht geglaubt, es sei denn, man hätte ihm die notwendigen Beweise dafür vorgelegt. So blieb er bei seiner ausgesprochen irrigen Annahme, Halifax werde eine friedliche Beilegung englisch-deutscher Differenzen einem deutsch-englischen Krieg vorziehen. Und so erkannte er auch nicht, daß Halifax trotz seiner diplomatischen Niederlage in Rußland nicht Frieden, sondern Krieg und die Vernichtung Deutschlands wollte.

593

594

18. KAPITEL: RUSSLAND ENTSCHEIDET SICH FÜR EINEN PAKT MIT DEUTSCHLAND

Die russische Einladung vom 12. August 1939

DIE Deutschlandpolitik Stalins und Molotows im August 1939 entsprach dem von den Sowjetführern auf dem 18. kommunistischen Parteikongreß im März 1939 festgelegten außenpolitischen Programm. Das war noch vor der Besetzung Prags durch die Deutschen. Damals hatten die Sowjets vorausgesagt, es werde ihnen gelingen, in den Anfängen des Konflikts zwischen Deutschland und den Westmächten, mit dem sie in naher Zukunft rechneten, neutral zu bleiben. Nach Ansicht der Franzosen konnte ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion einen guten Auftakt zu einer Aussöhnungspolitik gegenüber Deutschland bilden, einer Politik, die den Ausbruch des 2. Weltkrieges verhindern sollte. Die Briten wiederum hofften für den in ihren Augen unvermeidlichen Krieg gegen Deutschland auf sowjetischen Beistand. Es ist kaum anzunehmen, daß die Verantwortlichen Frankreichs selbst für den Fall eines Abkommens mit der Sowjetunion, mäßigend auf die britische Politik hätten einwirken können. Auch ist es höchst zweifelhaft, ob ein Militärpakt mit den Sowjets den Ausbruch des Krieges zu verhindern vermocht hätte. Es ist behauptet worden, daß die tatsächliche Ursache für den Ausbruch des 2. Weltkrieges die russische

Neutralität gewesen sei. Doch ist dieser paradoxe Standpunkt niemals überzeugend dargelegt worden. Man hat ferner behauptet, die Mitgliedschaft der Sowjetunion in der Halifax-Koalition habe dieser genügend Übergewicht gegeben, um den Frieden gewährleisten zu können. Hier wird aber die Tatsache unberücksichtigt gelassen, daß Halifax im Gegensatz zur französischen Führung nicht Frieden, sondern Krieg wollte und daß die britischen Diplomaten selbst nicht an die Erhaltung des Friedens durch ein Bündnis mit der Sowjetunion glaubten.

Am 12. August 1939 erhielten die deutschen Führer den definitiven Hin-

594

595

weis, daß sich die Sowjets entschieden hätten, mit Deutschland zu einer Verständigung zu kommen und das englisch-französische Bündnisabkommen abzulehnen. Der russische Geschäftsträger Georgi Astachoff erschien im Auswärtigen Amt und teilte mit, Stalin wünschte eine Verständigung mit Deutschland über Polen und über die deutschrussischen Beziehungen. Astachoff schlug „schrittweise“ Verhandlungen vor und für die endgültigen Gespräche Moskau als Verhandlungsort. Wer von deutscher Seite die Gespräche führen sollte, schlug er nicht vor. Nun besagte seine Demarche noch nicht, daß ein deutschrussischer Pakt zur Gewißheit geworden war, doch sah es ganz danach aus, als ob fruchtbare Verhandlungen im Bereich des Möglichen lagen, sofern Deutschland es wünschte.

Die Russen boten keinen Pakt an, um die Kriegsgefahr zu bannen, sondern hofften auf die Entfesselung eines

europäischen Krieges durch Halifax ohne russische Beteiligung. Für sie lohnte es sich, mit dieser Eventualität zu spielen, weil dadurch günstige Vorbedingungen für die Ausbreitung des Bolschewismus in Europa geschaffen würden. Hitler dagegen hoffte, ein deutschrussischer Pakt werde ein entscheidender Faktor zur Verhinderung eines neuen europäischen Krieges sein. Nach seiner Auffassung hatte er gute Gründe, zu glauben, die Westmächte würden nach dem Abfall der Sowjetunion über einen Krieg mit Deutschland anders denken. Sollte die Sowjetunion einen Neutralitätspakt mit Deutschland unterzeichnen, statt ein Bündnis mit dem Westen zu schließen, so schien ein neuer Krieg in Europa weniger wahrscheinlich. Das traf durchaus zu, obwohl viele verantwortungslos für den Krieg eintretende Journalisten des Westens behaupteten, dieser ihnen mißfallende Schritt Rußlands mache den Krieg wahrscheinlicher. Dabei wußten sie sehr wohl, daß ein derartiges Argumentieren die Kriegschancen erhöhen würde.

Der geheime polnische Friedensplan Oberst Karas

Die russische Demarche vom 12. August 1939 war Berlin höchst erwünscht. Zeigte sich doch in diesen Tagen erneut, wie hoffnungslos das Verhältnis zu Polen war. Nach dem Erfolg ihres wütenden Ultimatums vom 4. August an Danzig hatten die Polen ihr Schreckensregiment über die deutsche Minderheit noch verschärft. Der rumänische Gesandte Radu Crutzescu fragte Weizsäcker im Auswärtigen Amt am 11. August, ob die gegenwärtige Situation zwischen Deutschland und Polen eine unmittelbare Kriegsgefahr einschließe. Weizsäcker entgegnete ihm, für die rumänische Regierung sei es zweckmäßiger, diese Frage an Warschau zu richten. Der deutsche Botschafter in Polen, der auf neue Instruktionen wartete, drückte Weizsäcker seine Sorge über die Reichsdeutschen in Polen aus. Weizsäcker versprach

Moltke, die Situation mit Ribbentrop zu erörtern, um zu sehen, was man zur Besserung der Lage tun könne.

595

596

Am 12. August erfuhr das Auswärtige Amt von einer erbitterten und entmutigenden Unterredung zwischen Senator Hasbach und Waclaw Zyborski vom polnischen Innenministerium, die am gleichen Tage stattgefunden hatte. Zyborski setzte Hasbach mit der Behauptung in Erstaunen, er habe eine amtliche deutsche Landkarte gesehen, welcher der Plan zu entnehmen sei, Polen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufzuteilen. Deutschland beabsichtige Galizien zu annektieren, das den ganzen Süden Polens einnehme, und zuzulassen, daß der größte Teil Kongreßpolens und der polnische Abschnitt des Kresy-Distrikts an Rußland zurückfalle. Zyborski behauptete ferner, die Russen seien veranlaßt worden, die ganze polnisch-stämmige Bevölkerung, insgesamt zwanzig Millionen, nach Sibirien umzusiedeln. In Hasbachs Augen sollte dieser betrügerische Plan ganz offenkundig die unmenschliche Brutalität gegen die Volksdeutschen in Polen rechtfertigen. Er erklärte Zyborski, der Plan sei allzu phantastisch, um glaubwürdig zu sein, doch wurden seine Einwände unhöflich übergangen. Mit ungezügelter Roheit erwiderte Zyborski, es sei eine Situation entstanden, die es verbiete, irgendwelche Wünsche oder Anträge der Volksdeutscher in Polen zu erörtern.

Viele polnische Beamte in den unteren Rängen waren alarmiert und bekümmert über diese unmögliche Situation. Andererseits wußten sie, wie sinnlos es war, sich um eine Mäßigung des scharfen Vorgehens seitens des polnischen Premiers Slawoj-Skladkowski gegen die Deutschen zu

bemühen. Der polnische Generalkonsul in Berlin, Oberst Kara, beschwor den nationalsozialistischen Sekretär der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Robert Boening, am 13. August nach Warschau zu reisen, um den Versuch zu machen, die polnischen Führer zur Vernunft zu bringen. Mit Nachdruck wies er darauf hin, die wichtigste Aufgabe der Gesellschaft und Sinn ihrer Gründung sei, das Verständnis zwischen Deutschland und Polen zu vertiefen, das früher einmal bestanden habe. In einem Augenblick, in dem die deutschpolnische Freundschaft unwiederbringlich verloren zu gehen scheine, müsse sich Boening ganz besonders für sie einsetzen. Kara war sich dessen bewußt, daß Deutschland in den Fragen um Danzig und den Korridordurchgang niemals verzichten würde. Nach seiner persönlichen Auffassung war die Regelung dieser Fragen die unerläßliche Grundlage für eine dauerhafte Verständigung zwischen den beiden Ländern. Er versprach, nach Warschau vorauszufahren und bei seinen Freunden im polnischen Außenministerium, denen Becks Führung ein Ärgernis war, den Boden vorzubereiten.

Kara versprach sich einiges von der Fühlungnahme mit Unterstaatssekretär Arciszewski, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung West, Kunicki, und Graf Michal Lubienski, Becks Kabinettschef. Boening versicherte Oberst Kara, er kenne diese drei Männer, und es werde gewiß möglich sein, mit ihnen ver-

nünftig über die gegenwärtigen Probleme zu reden. Er war Oberst Kara für dessen Einstellung und hilfreichen Vorschlag sehr dankbar, meinte jedoch, daß die Anstrengungen eines deutschen Privatmannes, wie er es war, nicht viel nützen

würden. Doch versprach er, die Sache im Auswärtigen Amt vorzutragen und um einen offiziellen Auftrag für Warschau zu bitten. Auch beabsichtigte er, Ribbentrop über das zu informieren, was Oberst Kara ihm über die aufrichtigen und verantwortungsbewußten polnischen Regierungsbeamten mitgeteilt habe, die trotz Halifax' und Becks Absichten nach wie vor für Frieden mit Deutschland einträten. Tragischerweise waren diese Polen nicht in der Lage, ein entscheidendes Wort in der polnischen Politik mitzureden. Erschwerend kam Hitlers und Ribbentrops Besorgnis hinzu, Boenings Alleingang zu Persönlichkeiten, deren Wort bei der polnischen Regierung wenig galt, werde von Halifax so aufgefaßt werden, als weiche Deutschland vor dem polnischen Druck zurück.

Der italienische Botschafter Attolico, der in den zwanziger Jahren als Beauftragter des Völkerbunds in Danzig tätig war, legte am 14. August 1939 im Auswärtigen Amt einen aus polnischen, prodeutsch gesinnten Kreisen stammenden Kompromißplan vor. Nach diesem Vorschlag sollte Deutschland Danzig und etwas mehr als die Hälfte des dazugehörigen Gebiets zufallen, wobei der Mottlau-Arm der Weichsel als Grenze diente. Das Deutschland zugedachte Gebiet würde Danzig mit Ostpreußen verbinden, während Polen Land in Richtung Gdingen erhalten sollte und die „Art Insel", genau genommen eine Halbinsel, auf der das polnische Arsenal Westerplatte in der Danziger Bucht lag. Diese polnischen Privatkreise hofften, Hitler werde ihre Lösung, die immerhin 300.000 Deutsche ins Reich zurückbringen konnte, akzeptieren. Sehr viel weniger vertrauensvoll dachten sie an die amtliche Stellungnahme ihres Landes, doch fanden sie einen Versuch lohnend, obwohl er eine erhebliche Abweichung von dem deutschen Angebot vom 24. Oktober 1938, auf der anderen Seite jedoch keine völlige Kapitulation Polens bedeutete. Der Plan wurde vom Auswärtigen Amt dankbar entgegengenommen

und zur künftigen Wiedervorlage zu den Akten getan. Man werde später mehr darüber hören, sobald Polen sich zur Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Deutschland bereiterklärt habe.

Der polnische Terror in Ostoberschlesien

Die polnischen Behörden in Ostoberschlesien leiteten am 14. August 1939 eine Massenverhaftungsaktion gegen die deutsche Minderheit ein und begannen, die noch bestehenden deutschen Geschäfte, Klubs und Wohlfahrtseinrichtungen zu schließen und zu konfiszieren. In der Bevölkerung herrschte wilde Erregung, weil Viktor Szwagiel, einer ihrer Polizeibeamten, in den ersten

597

598

Tagen der Verhaftungen von einem Mitglied der Jungdeutschen Partei angeschossen und verletzt worden war. Die verhafteten Deutschen wurden nicht in dem Gebiet selbst inhaftiert gehalten, sondern in Zwangsmärschen ins Innere des Landes getrieben. Tausende von Deutschen versuchten, über die Grenze nach Deutschland zu entkommen. Manchmal halfen ihnen dabei sogenannte Schmuggler, die sie über die „grüne Grenze" abseits der Hauptstraßen und Zollstationen gegen ein Entgelt von 10 bis hinauf zu 600 Zloty führten. Den Flüchtlingen fiel dabei auf, daß die Schmuggler in einigen Fällen mit stillschweigender Duldung der Grenzbeamten arbeiteten, die in dieser mißlichen Lage noch Mitgefühl mit den Deutschen empfanden. Senator Rudolf Wiesner, das Haupt der Jungdeutschen Partei, wurde am 16. August 1939 zehn Minuten vor Mitternacht von den polnischen Behörden verhaftet. Am gleichen Tage erfuhr das Auswärtige Amt, daß

man amtlicherseits in Polen keinen Kompromißplan über Danzig zu unterstützen gedachte. August Papee, der polnische Botschafter beim Vatikan, erteilte dem Kardinal und Staatssekretär Luigi Maglione am 16. August eine negative Antwort auf dessen Vorschlag, Polen möge zur Erhaltung des Friedens beitragen und es Deutschland gestatten, Danzig zurückzugewinnen. Darin erklärte Papee, Polen werde mit oder ohne englische und französische Hilfe nach Deutschland einmarschieren, falls Hitler den Versuch mache, Danzig für das Reich zurückzugewinnen.

Die verschiedenen deutschen Gruppen in Polen waren mittlerweile vor Angst wie von Sinnen und fürchteten, die Polen würden im Kriegsfall die gesamte deutsche Minderheit ausrotten. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau, J. v. Wühlisch, erhielt am 15. August einen verzweifelten und höchst kompromittierenden Hilferuf des deutschen Minderheitensprechers. Darin wurde die Reichsregierung gebeten, im Fall eines Krieges von der Luftwaffe Flugblätter über Polen abwerfen zu lassen, um den Polen für weitere Greuel gegen Volksdeutsche Vergeltungsmaßnahmen anzudrohen. Die deutsche Presse tadelte die Massenverhaftungen und warnte die Polen, die Deutschen in ihrem Lande als hilflose Geiseln zu betrachten, die man ungestraft abschlachten könne.

Cianos Mission in Deutschland

Die verzweiflungsvolle Lage in Polen gab Hitler genügend Anlaß, in einer Zeit, in der sich die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Polen unmöglich bestreiten ließ, sowjetische Initiative zu einem Neutralitätspakt zu begrüßen. Auch wirkte sie sich auf seine Haltung in Verhandlungen mit Italien aus.

Hitler befürchtete, das von Mussolini befürwortete Zurückweichen werde vom Westen als sicheres Schwächezeichen der Achse ausgelegt, so daß diese Einstellung die Gefahr eines europäischen Völkerkrieges vergrößere. Er hatte Mussolinis Vorschlag einer Zusammenkunft auf dem Brenner abgelehnt, weil

598

599

das gemeinsame, von den Italienern angeregte Kommuniqué den Eindruck erweckte, als wiche die Achse zurück. Die scharf voneinander abweichenden Ansichten Hitlers und Mussolinis hatten zu ernsthaften Differenzen in den entscheidenden politischen Entschlüssen geführt. Beide Parteien erkannten, daß persönliche Gespräche notwendig waren, um die entstandene Kluft zu überbrücken. Mit Zustimmung der Reichsregierung wurde Außenminister Graf Ciano zu Unterredungen mit Hitler und Ribbentrop nach Deutschland eingeladen und am 11. August von Ribbentrop, Mackensen und Attolico in Salzburg empfangen. Seine Aussprache mit Hitler war für den Nachmittag des folgenden Tages auf dem Obersalzberg vereinbart worden. Als Ciano eintraf, befand sich Hitler gerade im Gespräch mit Völkerbundskommissar Burckhardt. So wurde entschieden, daß Ciano und Ribbentrop sich zunächst zu vorbereitenden Erörterungen am Morgen des 12. August treffen sollten.

In seinem Gespräch mit Burckhardt am 11. August nahm Hitler den gleichen Standpunkt ein, den er am folgenden Tag vor Ciano zu vertreten beabsichtigte. Er erklärte seinem Gast, es sei nachgerade unmöglich, noch weiter Geduld mit den Polen zu üben, und es bestehe ernstlich die Gefahr eines deutsch-polnischen Krieges. Sollte dieser Krieg kommen, so werde Deutschland Polen in etwa drei Wochen

besiegt haben. Er bat Burckhardt, die Franzosen und Engländer von dieser Situation in Kenntnis zu setzen und sie daran zu erinnern, daß Deutschland unter keinen Umständen einen Konflikt mit den Westmächten wünsche. Burckhardt erklärte sich mit der Übermittlung dieser Botschaft einverstanden.

Beck fühlte sich durch diese Zusammenkunft beunruhigt, weil er fürchtete, Burckhardt werde alles nur Erdenkliche unternehmen, um die Briten und Franzosen zu veranlassen, Deutschland nicht anzugreifen. Sehr erregt äußerte er sich zu Szembek über Burckhardt, daß dieser gerade jetzt einer Unterredung mit Hitler zugestimmt habe. Burckhardts Mission machte auf Bonnet Eindruck, dagegen nicht im geringsten auf Halifax. Englands Foreign Secretary, der Roger Makins als seinen persönlichen Vertreter nach Basel entsandt hatte, um etwas über Hitlers Standpunkt in Erfahrung zu bringen, mußte sich von Burckhardt sehr offene Worte über die grausame Mißhandlung der Deutschen durch die Polen sagen lassen. Darauf gab Halifax über Kennard den Polen zu verstehen, sie müßten ihre Taktik ändern, wenn sie den Eindruck vermeiden wollten, daß sie die Schuld an der Entfesselung des heraufziehenden Krieges hätten. Auch ließ er den Polen anraten, mit ihren Provokationen in Danzig aufzuhören und ihrer Presse Zurückhaltung aufzuerlegen. Kennard entsprach der Weisung mit einer rein formellen Demarche, über die sich Beck kaum Kopfschmerzen zu machen brauchte. Dieser stellte mit einiger Erleichterung fest, daß Burckhardts Mission, mäßigend auf den britischen Kurs einzuwirken,

fehlgeschlagen war. Zu Kennard äußerte Beck, es habe keinen Sinn, die Lage der deutschen Minderheit mit den Briten zu erörtern, und stellte dann die erstaunliche Behauptung auf, nicht die Polen, sondern die Deutschen hätten mit der sogenannten Pressefehde begonnen. Es seien stets die Deutschen und nicht die Polen, die Zwischenfälle provozierten. Ganz offensichtlich war Beck nicht geneigt, Kennard in eine ernsthafte Erörterung dieser Probleme zu verwickeln.

Am Morgen des 11. August besprach Ribbentrop mit Ciano eingehend die polnische Situation. Er schilderte einige der krassesten Fälle der kürzlichen Greueltaten in Polen, auch daß einige Deutsche furchtbar verstümmelt worden seien. Ciano berichtete Mussolini später, Ribbentrop sei sehr ernst gewesen und habe gefürchtet, ein Krieg zwischen Deutschland und Polen könne bald unvermeidlich werden. Ribbentrop gab zu, Großbritannien und Frankreich könnten Deutschland unter Umständen angreifen, obwohl sie den Polen keine wirksame Hilfe zu bieten hätten. Doch hoffe er nach wie vor auf die Möglichkeit, den deutsch-polnischen Konflikt durch diplomatische Schritte lokalisieren zu können.

Zu seiner Überraschung entdeckte Ciano, daß Ribbentrop sich für den Fall eines Krieges mit Polen auf die russische Neutralität verließ. Es werde Großbritannien und Frankreich kaum gelingen, ein Bündnis mit Moskau abzuschließen. Nach Ribbentrops Dafürhalten werde diese Entwicklung die britischen und französischen Interventionisten sogar stark beeinträchtigen und damit die Gefahr eines englisch-französischen Überfalls auf Deutschland bannen.

Ciano sollte auf Weisung Mussolinis den Deutschen überzeugend darlegen, daß man jedes Wagnis eines größeren Krieges vermeiden müsse, weil sich eine solche Auseinandersetzung für Deutschland wie für Italien

katastrophal auswirken würde. Dementsprechend machte Ciano gegen Ribbentrops Darstellung der europäischen Lage Front. Er bestritt nicht, daß Deutschland nach internationalen Rechtsgrundsätzen weitgehend berechtigt sei, die Polen zu bestrafen. Doch sei eine Aktion Deutschlands gegen Polen deshalb nicht ratsam, weil sie nach seiner und auch Mussolinis Ansicht für die Engländer und Franzosen den Vorwand zum militärischen Eingreifen gegen Deutschland böte. Die Zähigkeit, mit der er für diese Auffassung eintrat, überraschte Ribbentrop. Ebenso überraschte ihn, daß seine Darstellung der russischen Politik auf Cianos Ansicht ohne Wirkung blieb. Die beiden Diplomaten hatten eine eingehende Aussprache über diesen Punkt, jedoch fiel kein Wort über die Rolle Italiens im Fall eines Krieges.

Am Nachmittag trafen sich Ribbentrop und Ciano mit Hitler auf dem Obersalzberg zu einer über drei Stunden dauernden Sitzung. Ciano blieb dabei, daß ein Krieg mit Polen um jeden Preis vermieden werden müsse, und

600

601

schlug dann vor, die Achsenmächte sollten zu einer internationalen Konferenz aufrufen. Der italienische Außenminister trug seine Argumente während der ganzen Konferenz mit Energie und großem Ernst vor und es gelang ihm, Hitler stark zu beeindrucken. Der Kanzler erklärte sich bereit, sich mit dem italienischen Standpunkt eingehend zu befassen, bevor man am nächsten Tag darauf zurückkomme. Das Auswärtige Amt war von Cianos Fähigkeit, seinen Standpunkt darzulegen und den von Hitler vorgebrachten Argumenten zu begegnen, sehr angetan. Weizsäcker war überzeugt, daß Ciano am nächsten Tag noch

wirksamer auftreten würde. Ihm war aber entgangen, daß Hitler in diesem langen Gespräch auch auf Ciano seine Wirkung nicht verfehlt hatte. Zu seinem Erstaunen mußte er am 13. August feststellen, daß Ciano seinen Standpunkt geändert hatte und erklärte, Hitler habe wahrscheinlich recht, Großbritannien und Frankreich würden Deutschland nicht angreifen, wenn die deutschpolnische Krise einem lokalen Krieg zutriebe.

Hitlers Entgegnung auf Cianos Argumente vom 12. August ist bedeutsam, weil sie die Denkweise enthüllt, die den Kurs der deutschen Politik zu diesem Zeitpunkt bestimmte. Hitler stellte fest, einige Fanatiker in Warschau und Krakau seien für die Tragödie in Polen verantwortlich zu machen, weil es ihnen gelungen sei, eine normalerweise indifferente polnische Bevölkerung zu haßerfüllter Raserei gegen Deutschland aufzuhetzen. Er wies auf die sichtlichen Schwächen des polnischen Staates mit seinen großen Minderheitengruppen von Ukrainern, Juden und Deutschen hin. Dann beteuerte er Ciano, Deutschland sei bereit, mit den Polen fertig zu werden. Er unterstrich das mit der vertraulichen Mitteilung, Deutschland habe jetzt mehr als 130.000 Mann allein in Ostpreußen stehen. Die deutsche Verteidigung im Westen würde sich gegen eine etwaige englisch-französische Offensive als unbezwingbar erweisen. An Hand einer Spezialkarte sprach Hitler dann lange Zeit mit Ciano über Verteidigungsfragen.

Dabei erkundigte er sich, was Ciano tun würde, wenn Triest in jugoslawischen Händen sei und eine große italienische Minderheit der Verfolgung auf jugoslawischem Boden ausgesetzt wäre. Zustimmend äußerte er, die Gefahr eines allgemeinen Krieges könne sich vielleicht hemmend auf eine entscheidende Aktion in einer solchen Situation auswirken, doch sei es seine klare Überzeugung, daß Großbritannien und Frankreich, wie sehr sie auch jetzt drohten, sich nicht in

einen Völkerkrieg stürzen würden. Dann zeigte er dem Gast zwei kürzlich eingetroffene Telegramme. Das eine stammte aus Tokio und enthielt die erneute Bestätigung, daß Japan kein Bündnis mit Deutschland und Italien schließen werde, und das zweite bestätigte aus Berlin, Rußland sei bereit, schwebende Fragen zu erörtern, einschließlich des Falles Polen. Der sowjetische Botschaftsrat Georgi Astachoff hatte das Auswärtige Amt persön-

601

602

lich davon in Kenntnis gesetzt. Hitler wies daraufhin, Deutschland werde unter diesen Umständen durch ein Abkommen mit den Russen nichts an Japan verlieren. Nach seiner Feststellung wären die englischen und französischen Militärmissionen in Rußland weiter nichts als ein Deckmantel für den katastrophalen Stand des Halifax-Planes, zu einem Bündnis mit der Sowjetunion zu kommen.

Ciano wandte ein, Großbritannien und Frankreich würden Deutschland trotz eines deutschrussischen Abkommens angreifen; denn gerade unter diesen Umständen könne ein Krieg für die Westmächte von größtem Vorteil sein. Beide Länder waren mit ihren militärischen Vorbereitungen schon weit vorangekommen und man war in den westlichen Ländern zu einer zeitweiligen ‚union sacree' (hoch über der Tagespolitik stehende letzte Einigkeit) gelangt. Diese angeblichen Vorteile würden, nach Ciano, Großbritannien und Frankreich veranlassen, auf den geringsten Vorwand hin gegen Deutschland einzuschreiten. Ciano sagte voraus, ein Krieg im Jahre 1939 werde den deutschen und italienischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ungemein schaden und Roosevelt eine dritte Amtsperiode einbringen.

Roosevelt werde sein Spiel, Krisen in anderen Ländern zur Hebung seiner Position im eigenen Land auszunutzen, verlieren, wenn man den Krieg noch bis mindestens nach den US-Präsidentschaftswahlen im November 1940 abwenden könne. Ohne Krieg werde die Einhelligkeit der Meinung in England und Frankreich langsam wieder auseinanderfallen. Überdies stehe es um die wahren Freunde Deutschlands im Augenblick nicht zum besten, doch würden sie später wieder in einer besseren Verfassung sein. Japan könne sich vielleicht aus dem chinesischen Wirrwarr herausziehen, Spanien werde Gelegenheit haben, sich unter seinem neuen Regime zu konsolidieren, und vor allem werde Italien seine Streitmacht. ausbauen. Für 1939 sei Italien allerdings für einen Krieg gänzlich unvorbereitet.

Später berichtete er Mussolini, Hitler habe die Tragweite eines jeden Punktes zur Stützung des italienischen Standpunktes eingesehen, und zwar unter der Voraussetzung, daß ein allgemeiner Krieg sich ergeben könnte. Die Crux dieses Problems lag in dem undurchsichtigen Kurs der Westmächte. Immer wieder blieb Hitler dabei, daß England und Frankreich Deutschland nicht angreifen würden. Mussolini wurde auch davon in Kenntnis gesetzt, Ciano habe nach der Konferenz mit Hitler am 12. August Ribbentrop mitgeteilt, Italien werde, wenn Deutschland von England und Frankreich angegriffen würde, nicht in den Krieg eintreten. Nach Cianos Wunsch sollte seine Meinungsverschiedenheit mit den deutschen Führern nicht publik gemacht werden. Und so erhob er keine Einwände gegen ein am 12. August in französisch abgefaßtes Protokoll der Deutschen, worin der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, man habe

in dem italienisch-deutschen Gedankenaustausch völlige Übereinstimmung erzielt.

Später berichtete Ciano Mussolini, seine Zusammenkunft mit Hitler am 13. August sei im Gegensatz zu den Gesprächen des vorhergehenden Tages außergewöhnlich herzlich verlaufen. Hitler habe ihm eröffnet, alles überdacht und sich dann entschlossen zu haben, Cianos Argumente zurückzuweisen, und zwar aus drei Gründen. Zunächst einmal seien die Russen gewillt, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, weil sie sich von einem deutsch-polnischen Krieg die Erwerbung Ostpolens versprächen. Auf einer internationalen Konferenz über die Danzigfrage würden sie kein Motiv zur Unterstützung Deutschlands vorbringen können. Deutschland und Italien würden vielleicht Großbritannien und Frankreich veranlassen, Spanien zu einem Gespräch zuzulassen, doch selbst dann, vorausgesetzt, Spanien stelle sich wirklich hinter Deutschland, würden Italien, Spanien und Deutschland einem englisch-französisch-polnisch-russischen Block gegenüber in der Minderheit sein. Deutschland könne auf einer solchen Konferenz keine Genugtuung erhalten, vor allem nicht wegen des sowjetischen Einflusses.

Nach Hitlers Ansicht würde sich aus seinem Zurückweichen in der Danzigfrage eine gefährliche Selbstüberschätzung auf polnischer Seite entwickeln, ja es sei zu vermuten, daß die Polen durch einen Griff nach Danzig in der Regenwetterperiode einen Krieg provozieren würden. Ein Sieg Polens auf einer internationalen Konferenz würde zu einem solchen Schritt ermutigen und dann müßte die deutsche Minderheit in Polen einen schweren Preis für das neue polnische Prestige bezahlen. Außerdem würde Deutschland auch weiterhin vor einer unerträglichen Situation stehen. Krieg mit Polen würde 1939 wahrscheinlich so oder so kommen und Deutschland müsse sich dann

während der herbstlichen Regenzeit in dem endlosen Schlamm und auf den unbefestigten Straßen Polens in einem ausgedehnten Kampf an zwei Fronten herumschlagen.

Hitler war überzeugt, daß Ciano der Wirkung eines deutsch-russischen Abkommens auf England und Frankreich nicht genügend Bedeutung beimesse. Das war die dritte Überlegung, die ihn veranlaßte, sich den Vorstellungen des italienischen Außenministers zu verschließen. Seine größte Sorge war, daß die Wirkung des russischen Paktes durch Italiens feste Absicht, Deutschland bei einem Angriff Englands und Frankreichs nicht zu Hilfe zu kommen, wie Ciano es Ribbentrop erklärt hatte, abgeschwächt werden könnte. Die Briten und Franzosen würden von diesem Beschluß bald Wind bekommen, weil Italien es ja im Fall einer Krise ablehnen würde, die notwendigen militärischen Vorbereitungen zu treffen.

Hitler hatte sich darauf vorbereitet, am 13. August sehr beredt für ein noch-

maliges Überlegen des italienischen Standpunktes zu plädieren. Italiens Abfall von Deutschland werde die Kriegsgefahr bedenklich erhöhen. Eine feste italienisch-deutsche Front zusammen mit einem deutschrussischen Pakt werde nach seiner Überzeugung die von Ciano so hervorgehobene Übereinstimmung Englands und Frankreichs auseinanderbrechen lassen. Diese Entwicklung werde jeden anderen Vorteil, den die Westmächte in einem eventuellen Krieg für sich buchen zu können glaubten, überschatten.

Am 13. August konnte der deutsche Kanzler erfreut feststellen, daß es keiner besonderen Anstrengungen bedurfte, um Cianos Unterstützung zu gewinnen. Hitler machte kurz seinen Standpunkt klar und bekam von seinem Gast keine Gegenargumente zu hören. Statt dessen versicherte dieser, der deutsche Führer habe bislang häufig schwierige Situationen richtig zu analysieren gewußt und sein Urteil sei wahrscheinlich jetzt auch richtiger als das Italiens. Ein deutscher Beobachter hat später dazu bemerkt, Ciano sei zusammengeklappt wie ein Taschenmesser. Er sicherte Hitler zu, Italien werde die gemeinsame Front mit Deutschland aufrechterhalten, denn es habe wenig zu verlieren, wenn England und Frankreich Deutschland nicht angriffen. Alles Weitere wurde sehr schnell erledigt und die zweite Konferenz zwischen Hitler und Ciano, die einer tiefgreifenden Meinungsverschiedenheit während vieler Wochen zwischen Deutschland und Italien ein Ende setzte, war nach dreißig Minuten beendet.

Politischer Kurswechsel Italiens

Ciano hatte Hitler persönlich sein Wort gegeben, daß die italienisch-deutsche Solidarität gewahrt bleiben werde. Doch sträubte sich der italienische Botschafter Attolico, diese Sachlage hinzunehmen. Nach seiner Auffassung sollte sich Italien von Deutschland distanzieren, wenn es sich weigere, vor den polnischen Ansprüchen zurückzuweichen. Er fühlte sich von den Meldungen in der deutschen Presse vom 15. August 1939, in denen die deutsch-italienische, von Ciano verbürgte Solidarität bestätigt wurde, beunruhigt. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte Ciano dieses Versprechen nicht geben dürfen. Deshalb nahm er sich vor, mit allen Mitteln einen Kurswechsel Italiens herbeizuführen.

Attolico bat um die Erlaubnis, am 15. August zum persönlichen Vortrag nach Rom zu kommen, was ihm auch

gewährt wurde. In Berlin hatte er zu diesem Zweck einen sorgfältigen Bericht über die Gespräche in Salzburg und auf dem Obersalzberg ausgearbeitet. In ihm übte er an den außenpolitischen Beschlüssen Hitlers, Ribbentrops und Cianos Kritik und vertrat den Standpunkt, Italien solle Deutschland im Fall eines allgemeinen europäischen Krieges nicht zu Hilfe kommen. Die Leitung der Botschaft in Berlin überließ

604

605

er dem Botschaftsrat Graf Massimo Magistrati, mit dem er vertrauensvoll verbunden war. Unmittelbar nach der Abreise Attolicos berichtete Magistrati nach Rom, die Deutschen hätten ihn unterrichtet, es sei sehr bald mit einem deutschrussischen Pakt zu rechnen. Dieser Bericht sollte Mussolini überzeugen, daß die endgültige Krise kurz bevorstand und sich ihm jetzt die letzte Gelegenheit böte, die Verpflichtung Italiens nochmals zu bedenken.

Zu seiner Freude entdeckte Attolico in Rom am 16. August, daß Ciano sein Hitler gegebenes Versprechen bereits bereute. Er und Mussolini stimmten Attolico zu, daß für Italien eine Unterstützung Deutschlands in einem größeren Krieg nicht ratsam sei. Mussolini gab seiner Hoffnung Ausdruck, eine ausgehandelte Regelung der deutsch-polnischen Streitigkeiten werde Italien vielleicht der unangenehmen Aufgabe entheben, die Zusage widerrufen zu müssen, die Ciano Hitler gegeben habe. Die Deutschen ihrerseits waren von Attolicos plötzlicher Abreise nach Italien unmittelbar nach den Gesprächen Hitlers mit Ciano in Berchtesgaden alarmiert. Die ablehnende Haltung dieses Botschafters zum deutsch-italienischen Bündnis war in Berlin durchaus bekannt und so war der Zweck seiner

Mission unschwer zu erraten. Wäre er mit Cianos Zusage einverstanden gewesen, dann hätte er Deutschland nicht verlassen. Am 17. August führte Weizsäcker ein Ferngespräch mit Botschafter von Mackensen, um sich zu erkundigen, ob er Attolico gesehen habe und ob dieser bereits wieder nach Deutschland abgereist sei. Mackensen erwiderte ihm, Attolico habe in Rom an diesem Tag den Nachmittagszug nach Salzburg bestiegen. Er, Mackensen, habe ihn selbst nicht gesehen, weil Attolico anscheinend durch anhaltende Besprechungen „im Ministerium festgehalten worden war“. Darauf entgegnete Weizsäcker sehr besorgt, er werde den nächsten Morgenzug nach Salzburg nehmen, um mit Ribbentrop und möglichst auch mit Attolico zu sprechen.

Kurz ehe Weizsäcker am Morgen des 18. August nach Salzburg abreiste, traf um halb drei Uhr ein entscheidendes Telegramm Mackensens in Berlin ein. Ciano hatte den Botschafter kurz vor Mitternacht am 17. August unterrichtet, Mussolini lehne die von Hitler, Ribbentrop und Ciano in Berchtesgaden aufgestellte Prognose ab, nach der ein deutschpolnischer Krieg örtlich begrenzt bleiben würde. Der Duce verfocht demgegenüber den Standpunkt, einem Lokalkrieg in Polen werde ein englisch-französischer Angriff auf Deutschland folgen. Er wiederholte die Äußerung, der Hitler zugestimmt hatte, daß ein solcher Kampf für die Achse äußerst ungünstig sein werde. Ferner drückte er seine tiefe Enttäuschung darüber aus, daß Deutschland dem vorgeschlagenen Brenner-Treffen im Monat zuvor und dem italienischen Plan für eine allgemeine Länderkonferenz so wenig Entgegenkommen gezeigt habe. Dieses Verhalten Deutschlands beraube ihn jedes Impulses, weitere konstruk-

605

606

tive Vorschläge zu machen. Ciano betonte, Mussolini bleibe dabei, daß die Entscheidung über weitere Schritte „jetzt allein bei Berlin liege“. Mit Argwohn vermerkte Mackensen, daß Ciano am gleichen Abend noch eine spätere Verabredung mit dem britischen Botschafter hatte. Der deutsche Botschafter war begierig, zu erfahren, wieviel Ciano wohl über den italienischen Standpunkt bei Sir Percy Loraine ausplaudern werde.

Die deutschen Führer waren außerordentlich beunruhigt, als sie an Mussolini eine derartige Haltung gewahr wurden. Weizsäcker wußte allerdings, daß Attolico nur zu diesem Zweck nach Rom gefahren war, um Mussolini zu einer Auffassung der Krise zu bewegen, die von der Hitlers und Cianos bei ihren Besprechungen auf dem Obersalzberg abwich. Mackensen bestritt den offensichtlichen Zweck der Attolico-Mission keineswegs, meinte jedoch, der Einfluß des italienischen Botschafters reiche nicht aus, um sich durchzusetzen. Weizsäcker kam es so vor, als habe sich Ciano in dieser Auseinandersetzung außerordentlich schwach gezeigt, und schloß daraus, Ciano habe es unterlassen, am 13. August mit „brutaler Offenheit” zu sprechen, obwohl er sich bemüht habe, diesen Eindruck zu erwecken. Weizsäcker erkannte auch, daß Mackensen Attolicos Einfluß falsch einschätzte. Attolico nahm sogar, im Gegensatz zu dem schwankenden Ciano eine sehr starke und konsequente Stellung ein. Weizsäcker mutmaßte durchaus zutreffend, daß dies entscheidend für die Einflußnahme auf Mussolini war.

Italiens geheime Zusage an Halifax

Ciano empfing Sir Percy Loraine wenige Minuten nach Mitternacht am 18. August 1939 und schlug vor, mit ihm über die Unterredung mit Ribbentrop und Hitler am 12. und 13. August zu sprechen. Er erinnerte seinen Gast daran, daß

die Polen mit großer Rücksichtslosigkeit die deutsche Grenze verletzten und daß er laufend ausführliche Informationen über diese Zustände erhielte, und zwar ausschließlich aus italienischen Quellen. Es sei unter diesen Umständen nur natürlich, daß sich die deutsche Haltung in der polnischen Frage außerordentlich versteift habe. Der italienische Außenminister machte Loraine sehr eindringlich klar, daß der Frieden kaum auf unbeschränkte Zeit gewahrt werden könne, wenn nicht zumindest die Danzigfrage im deutschen Sinne gelöst werde. Loraine erwiderte, es sei die feststehende Absicht seiner Regierung, auf Polen bei der Behandlung seiner Differenzen mit Deutschland keinen Druck auszuüben. Während der ganzen Unterredung verhielt sich Ciano korrekt und Loraine berichtete Halifax eiligst, Italien habe sich entschieden, fest zu Deutschland zu stehen.

Es war unheilvoll, daß die Furcht Italiens vor einem möglichen britischen Angriff Ciano und Mussolini veranlaßte, ihre Loyalität Deutschland gegen-

über aufzugeben. In den späteren Stunden des 18. August meldete Loraine erfreut, eine erneute Unterredung mit Ciano gestatte ihm die genau entgegengesetzte Schlußfolgerung über den italienischen Kurs. Ciano habe erklärt, Italien „hat nicht zugestimmt”, Deutschland im Kriegsfall zu unterstützen, und dann Loraine vertraulich mitgeteilt, man habe auch nicht die Absicht, es zu tun. Ferner habe er bekannt, daß zwischen ihm und Ribbentrop eine ernste Meinungsverschiedenheit über die polnische Krise bestehe. Loraine berichtete ferner von verantwortungslosen Gerüchten, denenzufolge der

ungarische Außenminister István Csäky sich zu einer propolnischen und antideutschen Mission in Rom befinde. Der Brite hoffte, daß das zutreffe, denn es werde die beträchtlichen Differenzen zwischen den Achsenmächten noch weiter vertiefen. Nun stammte das Gerücht über den Csäky-Besuch aber aus russischer Quelle und er kam anscheinend nicht darauf, daß die Russen dabei waren, die Briten zu bestärken, an ihrer verhängnisvoll herausfordernden Politik gegenüber Deutschland festzuhalten.

Cianos Indiskretion wirkte in London geradezu wie ein elektrischer Schlag und schwächte den Hieb, den Hitler mit seinem unerwarteten Rußlandabkommen auszuteilen gedachte, außerordentlich ab. Noch entscheidender war die Auswirkung auf Frankreich. In der Tat kann es als sicher gelten, daß Frankreich und dementsprechend auch England Deutschland ohne diese verräterische Indiskretion Cianos gegenüber Loraine nicht angegriffen hätten. Die französischen Befehlshaber haben später erklärt, sie hätten ihrer Regierung niemals zu dem Wagnis eines deutsch-französischen Krieges geraten, wenn Italiens Zusage, in einem solchen Konflikt neutral zu bleiben, nicht vorgelegen hätte. Mit Leichtigkeit hätte Bonnet seine Friedenspolitik fortsetzen können, wenn das französische Oberkommando erklärt hätte, ein Krieg mit Deutschland sei nicht durchführbar. Italiens fester Stand an der Seite Deutschlands, wie Hitler es geraten und Ciano am 13. August 1939 akzeptiert hatte, wäre dem Frieden in Europa und den Interessen Italiens sehr viel dienlicher gewesen als der Fußfall Italiens vor der militärischen Drohung Englands am 18. August 1939.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Deutschen keine Ahnung, ob Italien zu ihnen stehen werde oder nicht. Zwar betrachteten sie die Unterredungen Cianos mit Loraine mit

Argwohn, doch wußten sie nicht, daß die britische Regierung die Zusage von Italien erhalten hatte, bei einem Angriff auf Deutschland neutral zu bleiben. Die von Attolico am 18. August 1939 dem Reichsaußenminister überreichte Botschaft Mussolinis enthielt keinen Hinweis auf die wahre Einstellung Italiens. Mussolini bemerkte darin, ein Konflikt zwischen Deutschland und Polen werde schwer zu lokalisieren sein, doch erwähnte er nicht, daß das nach seiner Ansicht auch ganz unmöglich sein werde. Da-

607

608

gegen führte er an, die Verhältnisse ließen eine italienische Beteiligung in einem Krieg von langer Dauer nicht günstig erscheinen, und verschwieg, daß Italien es ablehne, Deutschland zu unterstützen. Unter diesen Umständen lag für die Deutschen der Schluß allzu nahe, daß Ciano in seinem Gespräch mit Mackensen am 17. August 1939 die negative Einstellung Mussolinis übertrieben habe.

Ribbentrop setzte Attolico auseinander, die Lokalisierung eines deutsch-polnischen Krieges werde wahrscheinlich von der Aufrechterhaltung einer festen deutsch-italienischen Front abhängen. Der unglückliche Reichsaußenminister wußte nichts davon, daß diese gemeinsame Front von Ciano zerschlagen worden war, und zwar auf Veranlassung des italienischen Diplomaten, mit dem er gerade sprach. Er erklärte weiter, unter neuzeitlichen Bedingungen könne ein sich in die Länge ziehender Krieg für keine europäische Macht ein „erfolgreicher Krieg“ werden, auch könnten Großbritannien und Frankreich nach dem Abschluß eines deutsch-russischen Paktes in einem Krieg gegen Deutschland nicht auf einen raschen Sieg hoffen. Ribbentrop hatte sich auch sehr intensiv mit Cianos Hinweis auf die

Wiederwahl des Präsidenten Roosevelt im Fall eines Krieges beschäftigt. Hitler wie auch er hofften, der Widerstand gegen Roosevelt in den USA sei stark genug, um den Präsidenten in Schach zu halten. Attolico erklärte, er betrachte alle diese Punkte nicht so optimistisch, und beklagte sich dann, die Rohstoffknappheit stelle in Italien ein ernstes Problem dar. Ribbentrop deutete an, Attolico besitze nicht genügend Vorstellungskraft, denn nach dem Abschluß eines deutschrussischen Handelspakts stünden Italien doch russische Rohstoffe zur Verfügung. Und wenn es Krieg mit Polen gebe, könne man Italien mit Erzen aus dem ehemals deutschen Ostoberschlesien helfen. Ribbentrop war von dem Ausgang dieses Gesprächs sehr angetan, weil er irrtümlicherweise den Eindruck gewonnen hatte, mit seinen Äußerungen Attolico gegenüber die italienischen Sorgen beseitigt zu haben.

Mussolini wurde am 18. August seinerseits durch einen irreführenden Bericht des italienischen Botschafters Arone in Warschau ermutigt. Arone hatte von dem amerikanischen Journalisten John Gunther erfahren, daß Beck durchaus bereit sei, mit Deutschland über einen friedlichen Ausgleich zu verhandeln. Gunthers Falschbericht erfuhr weite Verbreitung und trug zu ernsten Mißverständnissen in einer Zeit bei, als Beck sich heftig gegen jede weitere Auseinandersetzung mit Deutschland sträubte.

Sowjetische Hoffnung auf einen westeuropäischen Krieg

In den letzten Tagen vor dem Abschluß des Paktes mit Deutschland kam den Sowjets Cianos Indiskretion gegenüber Loraine äußerst gelegen. Die Russen hofften darauf, daß ihr Nein zu einem Bündnis mit den Westmächten

kein Hindernis für Halifax bedeuten werde, Großbritannien, Frankreich und Polen in einen Krieg gegen Deutschland zu stürzen. Wenn die russischen Neutralitätspolitik gegenüber Deutschland unter allen Umständen den Frieden erhielt, so blieb der Sowjetunion der Weg verschlossen, sich auf Kosten ihrer sechs westlichen Nachbarn auszudehnen. Und was für sie noch schwerwiegender war es wäre damit eine günstige Gelegenheit vertan, die kapitalistischen Großmächte mit Hilfe ihrer eigenen Aktionen sich selbst schädigen oder vernichten zu lassen.

Halifax beeilte sich, die britischen Missionen im Ausland zu benachrichtigen, daß der Abfall Italiens von Deutschland Gewißheit sei, und er nahm sehr richtig an, daß diese Nachricht nicht ohne Wirkung auf Englands Diplomaten bleiben werde. Der britische Botschafter Henderson in Berlin war zwar ein scharfer und beharrlicher Kritiker der Kriegspolitik von Halifax, doch beeindruckten ihn die Nachrichten über Italien sehr. Er meinte nun, das werde Hitler vielleicht zwingen, schließlich doch noch vor den Polen zurückzuweichen, obwohl er sich des Verdachts nicht erwehren konnte, daß Loraines Beurteilung der Situation in Rom nicht stimme. Es erschien Henderson unglaubhaft, daß Ciano es fertigbringe, einen so ungeheuerlichen Fehler zu begehen.

Ciano hoffte, seinen treulosen Verrat an Deutschland wenigstens teilweise dadurch gutmachen zu können, daß er den Weg zu einem friedlichen Ausgleich in dem Streit um Danzig zu finden versuchte. Er schien anzunehmen, das Ansehen Italiens als vermittelnder Macht könne gehoben werden, wenn es sich „abwartend” verhalte. Doch nachdem

er hatte durchblicken lassen, daß Italien Deutschland unter keinen Umständen beistehen werde, war das vorbei. Etwas völlig anderes wäre es gewesen, wenn Ciano wenigstens eine gewisse Unentschiedenheit hinsichtlich des italienischen Kurses gezeigt hätte. Am 19. August 1939 sprach er mit Loraine über den Gedanken einer Mächtekonferenz zur Regelung der polnischen Frage. Zu seiner Enttäuschung gab der britische Botschafter jedoch nur ausweichende Antworten auf seine verschiedenen Fragen und zeigte wenig Begeisterung für eine solche Konferenz.

Halifax billigte Loraines „Behandlung des Falles Italien" am Abend des 19. August. Eine friedliche Regelung des Danzigstreits war in Halifax' Programm nicht vorgesehen. Er teilte Loraine mit, Großbritannien hoffe, sich der Verantwortung dafür entziehen zu können, daß es die Tür angesichts des italienischen Vorschlages zugeschlagen habe. Er hoffte außerdem, daß sich Deutschland und Italien über ein Konferenzprogramm nicht würden einigen können. Nach seiner Ansicht sollte Loraine sich, sobald die deutsch-italienische Meinungsverschiedenheit zutageträte, einer unverbindlich positiven Haltung gegenüber italienischen Bemühungen befleißigen. Er sollte ferner indirekt Cianos Eifer zu dämpfen suchen und darauf bestehen, daß die Sowjetunion wie

609

610

auch Polen als gleichberechtigte Partner an den vorgeschlagenen Beratungen teilnehmen müßten. Das war natürlich, noch ehe Halifax von dem bevorstehenden deutsch-russischen Pakt in Kenntnis gesetzt wurde. So weit reichte sein Scharfsinn nicht, um später zu sehen, daß man

auf einer solchen Konferenz mit dem Widerstand der Russen gegen deutsche Ziele hätte rechnen können.

Die Nachricht aus Italien veranlaßte Halifax, die allgemeine Lage in Europa mit Sir Robert Vansittart zu erörtern und ein Schreiben an Chamberlain zu richten, der in diesem krisenschweren Monat einige Wochen der Erholung und praktisch des Ruhestands genoß. Halifax war überzeugt, daß Hitler mit einer britischen Beteiligung an einem deutsch-polnischen Krieg nicht rechnete. Er versicherte Chamberlain, Hitler könne immer noch Frieden haben, wenn er auf die deutschen Ansprüche in Danzig verzichte, doch erwarte keiner der beiden Männer, daß Hitler es wirklich tun werde. Nach seinem Schreiben an Chamberlain hielt es Halifax für ratsam, den italienischen Kurswechsel durch eine Einschüchterung der Italiener zu intensivieren. Er sandte eine Drahtbotschaft nach Rom, die Loraine am folgenden' Tag Ciano überreichte. In ihr wurde Italien am 20. August 1939 gewarnt, Großbritannien werde es unmittelbar mit einem Großteil seiner Streitmacht angreifen, wenn es sich in einem künftigen Krieg als Verbündeter auf Deutschlands Seite stelle.

Diese Drohungen von Halifax riefen in Rom große Wirkung hervor. Mussolini schloß daraus, eine erfolgreiche Konferenz sei für Italiens Sicherheit und Überleben einfach unerläßlich. Die Deutschen wurden von dem britischen Ultimatum nicht unterrichtet. Die Italiener machten sich Sorgen, man werde sie angreifen, ohne daß sie sich rührten, wenn sie nicht immer wieder versicherten, sie würden Deutschland nicht unterstützen. Am 20. August entwarf daher Mussolini eine Tagesordnung für die von ihm vorgeschlagene Konferenz und empfahl folgende Hauptverhandlungspunkte: 1. Deutschpolnische Regelung. 2. Französischsitalienische Regelung (d. h. der Beschwerden Italiens gegen französische Diskriminierung Italiens in Kolonialfragen, der

schlechten Behandlung der italienischen Minderheit in französischen Kolonien, der französischen Befürchtungen gegen den italienischen Irredentismus). 3. Deutsche Kolonien (ein endgültiges Abkommen auf die eine oder andere Weise über die mögliche Rückgabe der deutschen Kolonien). 4. Wirtschaftsfragen (d. h. Aufhebung der Handelsbeschränkungen) und 5. Rüstungsbeschränkung (ein Versuch, den Rüstungswettlauf zu beseitigen und zu einer normalen Grundlage zurückzukehren). Der Duce gab sich große Mühe, alle großen schwebenden Fragen zu berücksichtigen. Es ließ sich unschwer erkennen, daß sich nach Beseitigung vieler Fehlentscheidungen der Pariser Friedensverträge von 1919 die Probleme im Vergleich zu früheren Jahren bereits verringert hatten. Die

510

611

Dringlichkeit einer Konferenz wurde am folgenden Tag noch durch einen Bericht des italienischen Botschafters Arone aus Warschau unterstrichen, nach dem der Zustand in Danzig und längs der deutsch-polnischen Grenze entsetzlich und die allgemeine Stimmung in Polen gefährlich gespannt sei.

Die Krise in Danzig

Chodacki begab sich am 16. August 1939 von Danzig aus auf dem Luftwege nach Warschau, um die Lage mit Beck zu erörtern. Eine ebenso lange wie fruchtlose Unterredung zwischen ihm und Senatspräsident Greiser am Morgen dieses Tages hatte den toten Punkt zwischen Danzig und Polen nicht zu überwinden vermocht. Chodacki hatte Greiser erklärt, der polnische Wirtschaftsboykott gegen Danziger Erzeugnisse werde so lange fortgesetzt, bis Danzig uneingeschränkt das Recht der polnischen Zollbeamten auf

Ausübung ihrer Funktionen im Gesamtgebiet der Freien Stadt anerkenne. Der polnische Diplomat behauptete, Danzig würde in dieser Frage schon kapituliert haben, wenn es der Stadt nicht darum ginge, unentdeckt deutsche Waffen und Munition auszuladen. Völkerbundskommissar Burckhardt war entrüstet über diese ausgedehnten Zusammenkünfte zwischen Chodacki und Greiser, die keinerlei Ergebnisse zu zeitigen schienen. Er beklagte sich, der Hochkommissar erkläre ihm ständig, daß eine Aussprache mit Greiser „gut gegangen" sei, wenn tatsächlich nichts „gut gegangen" war. Auch zeigte sich Burckhardt über die Indiskretion des Danziger Vorpostens, der über seine geheime Besprechung mit Hitler am 11. August berichtet hatte, erbost. Nach Burckhardts Wunsch sollten die deutschen, britischen, französischen und Danziger Führer von der Zusammenkunft erfahren, jedoch nicht die Polen. Er beschwerte sich, seine Beziehungen zu den Polen seien schon schlecht genug auch ohne die Beschuldigung, daß er wichtige europäische Missionen für Hitler durchführe.

Der deutsche Botschaftsrat Baron Wühlisch in Warschau warnte das Auswärtige Amt am 18. August 1939, die Polen seien dabei, in den Räumen Posen, Westpreußen und Zentralpolen neben Ostoberschlesien eine neue Massenverhaftungswelle gegen die deutsche Minderheit einzuleiten. Die Massenverhaftungen in Oberschlesien rechtfertigten die Polen mit der Anschuldigung: „Die Verhaftungen in Oberschlesien müssen der Organisation von Sabotagetrupps zugeschrieben werden, die von verschiedenen Zentren im Reich ausgeht." Jetzt behaupteten sie, es bestünden bereits ähnliche Gruppen auch in den anderen Gebieten. Die Vorgänge in Oberschlesien waren das Vorspiel zum allgemeinen Terror in ganz Polen.

Hochkommissar Chodacki kehrte am 18. August mit neuen Instruktionen zu Gesprächen mit Greiser aus Warschau zurück. Er erklärte dem Senatspräsidenten, er habe einen Blankoscheck zur Aufhebung des polnischen Wirtschaftsem-

611

612

bargos in Danzig für den Fall, daß die Behörden der Stadt den polnischen Zollbeamten und Grenzwachen das Recht zur uneingeschränkten Tätigkeit in der Freien Stadt gewährten. Greiser warf ihm vor, diese Forderung sei gleichbedeutend mit der militärischen Besetzung Danzigs durch Polen. Dann sagte er zu, zwei wegen illegaler Betätigung am 14. August festgenommene Inspektoren zu entlassen, doch lehnte er es ab, sich der umfassenden polnischen Forderung zu beugen, da sie nach den zwischen Danzig und Polen vertraglich festgelegten Beziehungen jeder Grundlage entbehre. Chodacki wandte sich der deutsch-polnischen Krise zu und bemerkte mit beißendem Sarkasmus, das Fundament eines Abkommens zwischen beiden Ländern müsse sehr knapp gehalten werden, denn Beck habe ihm versichert, daß Polen nicht bereit sei, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Ferner erklärte er, Polen werde keine militärische Aktion gegen Deutschland einleiten, es sei denn, Deutschland unternehme etwas gegen die polnischen Interessen. Jedoch warnte er Greiser, die polnische Nation würde in jedem Krieg wie eine Nation von Soldaten zusammenstehen.

Gauleiter Forster kam nach diesem Gespräch zu dem Schluß, eine Lösung der Embargokrise müsse an dem polnischen Standpunkt scheitern. Er wies Edmund Veesenmayer, einen Mitarbeiter Ribbentrops, der Danzig einen Besuch abstattete, darauf hin, die örtlichen Behörden

würden mit den Polen viel besser fertig werden, wenn sie eine energische Haltung annähmen. Veesenmayer widersprach und argumentierte, die Danziger Regierung müsse weiterhin Zurückhaltung üben und damit den Polen die Verantwortung für alles überlassen, was in Danzig geschehe. Voller Hohn stellte Forster fest, daß man in Westpreußen drei Deutsche als Agenten der Danziger Regierung festgenommen habe, daß die Polen also die sogenannte Freie Stadt schon wie eine selbständige feindliche Macht behandelten.

Am 21. August entstand in Danzig einige Aufregung, als Rudolf Wiesner nach seiner Flucht aus Polen auf Danziger Boden eintraf. Erwar am 16. August von den Polen unter dem Verdacht verhaftet worden, Spionage für Deutschland getrieben zu haben. Wiesner, der bekannteste der Minderheitenführer in Polen, sprach am 22. August in Danzig mit Vertretern des Deutschen Reichs über die gegenwärtige Lage. Die Deutschen in Polen hätten sich bemüht, ihre Loyalität zum polnischen Staat zu beweisen, doch sei ihnen das nicht gelungen. Vergebens habe er gehofft, das Bewußtsein deutscher Abstammung mit loyaler Staatsangehörigkeit in Polen vereinigen zu können. Wiesner sprach von einer Katastrophe „unfaßlichen Ausmaßes“ seit Beginn des Jahres 1939. Mit tiefer Bitterkeit berichtete er, jetzt seien auch die letzten Deutschen aus ihren Stellungen ohne Arbeitslosenunterstützung entlassen worden. Hunger und Entbehrung zeichne sich auf den Gesichtern der Deutschen in Polen ab.

612

613

Deutsche Wohlfahrtseinrichtungen, Konsumgenossenschaften und Handelsverbände seien

aufgelöst. Der Ausnahmezustand der ehemaligen Grenzzone sei jetzt auf über ein Drittel des polnischen Hoheitsgebietes ausgedehnt worden. Massenverhaftungen, Verschleppungen, Verstümmelungen und Schlägereien der letzten Wochen überträfen alles bisher Dagewesene. Das Tragische daran sei, daß diese Bestrafung unverdient sei. Wiesner betonte nachdrücklich, die deutschen Minderheitenführer hofften immer noch auf einen friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen. Sie wollten nicht ins Deutsche Reich zurückkehren, sondern wünschten lediglich die Wiederherstellung der Ruhe, das Verschwinden des Kriegsgespenstes und das Recht, in Frieden leben und arbeiten zu können.

Die deutschen diplomatischen Vertreter und die Danziger Regierung erörterten, ob die Veröffentlichung von Wiesners Aussagen zur Erleichterung für die deutsche Minderheit in ihrer Elendslage beitragen könne. Gauleiter Albert Forster glaubte nicht daran und vertrat den Standpunkt, nach den bestialischen Verfolgungen würden derartige Treuebekundungen die Deutschen nur erniedrigen, ohne die Haltung der Polen zu ändern. Zu seiner Erleichterung konnte er feststellen, daß Werner Lorenz, Leiter des Amtes für Volksdeutschtum im Reich, in einem Bericht über Wiesners Ausführungen am Abend des 22. August 1939 seinem Urteil zugestimmt habe.

Die Wiesner-Episode versetzte Forster in maßlose Erregung. Zu diesem Zeitpunkt war die Nachricht von dem kommenden deutsch-russischen Pakt in Danzig bekanntgemacht worden und Forster drängte darauf, jetzt sei die Zeit für Danzig gekommen, anders aufzutreten und sich auf die Auswirkungen dieses Vertrages einzustellen. Er befürwortete harte Maßnahmen, durch die das Arbeitsfeld der polnischen Zollbeamten und Grenzwachen auf die vertraglich festgelegten Bereiche eingeschränkt werden

sollte. Ferner schlug er vor, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten, falls die Polen sich gegen diese feste Haltung auflehnen sollten.

Als Hitler von diesen Erörterungen erfuhr, stellte er sich auf die Seite Forsters. Der deutsche Kanzler war der Ansicht, die Danziger Regierung müsse eine wirksame Geste zur Stützung einer neuen Politik, die nunmehr eingeleitet werden müsse, machen, und empfahl dem Senat der Freien Stadt, die Einsetzung Forsters zum Staatschef bekanntzugeben. Dadurch werde Forster formell zum Titularchef Danzigs, während Greiser in seiner Eigenschaft als Präsident des Senats de facto der Premier bleibe. Hitlers Vorschlag wurde von der Danziger Führung gebilligt und man beschloß, Forster am 23. August 1939 mittags um 12 Uhr zum Staatsoberhaupt auszurufen. Die Tage der Duldung polnischer Übergriffe in Danzig waren damit in etwa vorbei, zumindest waren sie es bis zum 30. März 1945, als die deutschen Truppen sich der Roten Armee

ergaben und die Stadt selbst unter dem Feuer der sowjetischen Artillerie und der Luftangriffe in Schutt und Asche sank. Damals lebte das deutsche Danzig nur noch in den Herzen seiner überlebenden Bewohner. Die Ruinenreste der Stadt wurden bis auf weiteres von Polen übernommen, die wider Willen zu Sklaven ihrer winzigen kommunistischen Minderheit und der mächtigen Sowjetunion wurden. Die polnische Weigerung, Danzig zu Deutschland zurückkehren zu lassen, endete für Deutschland wie für Polen in einer unbeschreiblichen Tragödie.

Russische Verzögerungstaktik

Der brudermörderische Streit zwischen Deutschland und Polen war für die sowjetischen Herren Rußlands von seiner ersten Stunde an ein großer Gewinn. Die Russen förderten einen Neutralitätspakt mit Deutschland nicht etwa, weil sie den Deutschen freundschaftlicher gesinnt waren als den Briten und Franzosen. Derartige Unterschiede machte die sowjetische Diplomatie nicht; denn die Sowjetführer wollten die Vernichtung aller in die europäische Krise verwickelten Länder. Sie wollten lieber mit Deutschlands Einwilligung Expansion betreiben als mit der Großbritanniens und Frankreichs, das ersparte ihnen Verluste, während Polen und die Westmächte in einem verzweifelten Kampf gegen Deutschland gebunden waren.

Astachoffs Berliner Demarche vom 12. August veranlaßte Ribbentrop, kurz nach der Abreise Cianos Schulenburg wichtige Instruktionen zu übermitteln. Schulenburg wurde angewiesen, für den 15. August um eine Unterredung mit Molotow zu ersuchen. Das wurde am 14. August vereinbart und der deutsche Botschafter erhielt seine ausführlichen Instruktionen am folgenden Morgen um 4 Uhr 40. In ihnen hob Ribbentrop die traditionelle Politik hervor, für die Bismarck in den fünfziger Jahren zur Pflege der Beziehungen zwischen Preußen und dem napoleonischen Frankreich eingetreten war. Nach dieser Politik müßten weltanschauliche Unterschiede nicht unbedingt ein Hindernis für die Freundschaft zwischen Staaten sein. Ihre Betätigung erfolge ausschließlich mit Rücksicht auf deutsche Interessen. Das Deutsche Reich sei im August 1939 von einer übermächtigen Feindkoalition bedroht. Seine Führer hätten es vorgezogen, diese Situation durch eine dauernde Verständigung mit England und Frankreich zu überwinden. Doch gebe es keinerlei Anzeichen für die Möglichkeit einer solchen Verständigung.

Schulenburg wurde angewiesen, Molotow mitzuteilen, daß die Lebensräume Rußlands und Deutschlands sich eines Tages an gewissen Punkten wieder berühren könnten, sich aber nicht zu überschneiden brauchten. Mögliche - Interessenkonflikte in dem Raum zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer könnten durch Verhandeln geregelt werden. Nach seiner Ansicht könne

614

615

es niemand bestreiten, daß beide Länder sich in der Wirtschaftssphäre ergänzten. Die Geschichte lehre, daß es beiden Nationen gut gegangen sei, wenn sie zusammengearbeitet, und schlecht, wenn sie sich im Krieg gegenübergestanden hätten. Die „natürliche Sympathie” der Deutschen für Rußland sei nie verschwunden. Die gegenwärtige Politik der Westmächte sei unvereinbar mit den Interessen Deutschlands wie auch der Sowjetunion. Ribbentrop erblickte in einer westlichen Bündnispolitik für Rußland eine Gefahr, wie der 1. Weltkrieg beweist, in dem „das russische Regime im Verfolg dieser Politik zusammenbrach.” Schulenburg, der offenbar die Bolschewiken mit den Zaren gleichsetzte, hielt diese Formulierung für taktlos und änderte sie dahin ab, daß „1914 diese Politik schlimme Folgen für Rußland gehabt hat“. Die Weisungen endeten mit der Warnung, es könne zu einer Explosion kommen, ehe die schwebenden Fragen geklärt seien, wenn man die Verhandlungen nicht beschleunige. Ribbentrop erklärte sich bereit, nach Moskau zu kommen, vorausgesetzt, daß Stalin einer persönlichen Zusammenkunft zustimme. Der genaue Inhalt dieser Instruktionen Ribbentrops sollte Molotow als Verbalnote vorgetragen werden.

Bevor die Weisungen Ribbentrops eintrafen, legte Schulenburg in einem langen Bericht vom 14. August Weizsäcker seine persönlichen Ansichten dar. Der deutsche Botschafter sträubte sich gegen „hastige Maßnahmen“ in Rußland, da er offenbar befürchtete, deutscher Eifer könne die Chancen eines Abkommens verderben. Die Russen würden Deutschland schon im voraus für jeden Konflikt mit Polen die Schuld geben. Nach seiner Überzeugung müsse man für ein Abkommen einen enormen Preis zahlen. Er machte sich den Vorschlag eines amerikanischen Diplomaten in Moskau zu eigen, daß man mit der Preisgabe enger Beziehungen zu Japan und der Entsendung einer neuen Militärmission nach Nationalchina die Zustimmung Rußlands gewinnen könne. Schulenburg schien von der Annahme auszugehen, daß die Militärmissionen der Briten und Franzosen noch sehr lange in Moskau verhandeln würden. Der deutsche Botschafter, der ein Gegner des Nationalsozialismus war, bat darum, sein Fernbleiben von dem für September angesetzten Parteitag des Friedens in Nürnberg zu entschuldigen, um, wie er behauptete, als der Mann in Moskau bleiben zu können, „der am besten und am leichtesten Gespräche mit Molotow führen kann“. Schulenburgs Ansichten standen in deutlichem Gegensatz zu den Instruktionen, die von Ribbentrop an ihn unterwegs waren.

Die Besprechung mit Molotow am 15. August 1939 nötigte den deutschen Botschafter zu dem Schluß, daß er sich in seiner Lageanalyse geirrt habe. Molotow stimmte mit Ribbentrop darin überein, daß die gegenwärtige Lage beschleunigte Verhandlungen erfordere, und war bereit, die Klärung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion durch einen Nichtan-

griffispakt und die Abgrenzung der Interessensphären herbeizuführen. Entsprechende Vorbereitungen seien als Präliminarien einer Verständigung notwendig. Er trat offensichtlich für eine Regelung der wesentlichen Punkte noch vor persönlichen Verhandlungen mit einem der deutschen Führer ein.

Schulenburg erhielt am 16. August die Weisung, für den folgenden Tag ein weiteres Gespräch mit Molotow zu vereinbaren. Ausführliche Instruktionen für dieses Gespräch trafen um 1 Uhr in der Nacht zum 17. August in Moskau ein. Ribbentrop führte darin aus, auch die Reichsregierung trete für einen Nichtangriffspakt ein. Er selbst sei bereit, jederzeit nach dem 18. August nach Moskau zu fliegen. Den Russen wurde nahegelegt, zuzustimmen, daß die Reise nicht später als am Montag, den 21. August, stattfinden solle. Ribbentrop hoffte, die Russen überzeugen zu können, daß weitere Präliminarien unnötig seien und man alle wichtigen Punkte in persönlichen Unterredungen regeln könne.

Molotow hatte zu Schulenburg am Abend des 15. August die seltsame Feststellung geäußert, die Sowjetunion sei stets für freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland eingetreten und so sei er erfreut, daß „Deutschland das plötzlich auch seinerseits tue”, Litwinows fortgesetzte Bemühungen um die Einkreisung Deutschlands mit Hilfe einer überwältigenden Mächtegruppierung und unter dem Deckmantel der kollektiven Sicherheit wurden dabei ruhig übergangen. Zu seinem Erstaunen erfuhr Schulenburg ferner, daß Ciano den russischen Geschäftsträger Leon Helphand bereits im Juni 1939 über den angeblichen Wunsch Deutschlands, einen Vertrag mit Rußland abzuschließen, informiert habe. Tatsächlich war das damals noch nicht Hitlers Absicht, obwohl die Italiener Deutschland

zum Abschluß eines solchen Paktes drängten. Schulenburg erwiderte darauf von oben herab, Cianos Äußerungen entstammten wahrscheinlich unverantwortlichen Gerüchten, wie sie unter italienischen Diplomaten in Moskau umgingen. Dieses Verhalten amüsierte Molotow, der sich erkundigte, ob denn der deutsche Botschafter damit sagen wolle, der Außenminister einer Deutschland verbündeten Macht mache sich der Erfindung von Informationen schuldig. Etwas lahm entgegnete Schulenburg, Cianos Information sei offenbar nur teilweise zutreffend.

Schulenburg konnte mit Molotow erst wieder am Donnerstagabend, den 17. August, um 8 Uhr sprechen. Er war ermächtigt, Molotow in Kenntnis zu setzen, daß Ribbentrop bereit sei, die russischen Bestrebungen in den Baltenstaaten zu erörtern und, soweit es ihm möglich war, einen mäßigenden Einfluß auf die japanische Politik gegenüber der Sowjetunion auszuüben. Auch sollte Molotow darauf hingewiesen werden, daß Deutschland sich außerstande sehe, die polnischen Provokationen auf unbegrenzte Zeit zu dulden. Hitler hatte am 14. August 1939 die für August 1939 geplanten Tannenbergfeiern zum Ge-

dächtnis an den deutschen Sieg von 1914 über die Russen sowie den Nürnberger Parteitag im stillen abgesagt, weil die bei solchen Gelegenheiten üb liche Massenbeteiligung im Fall eines plötzlichen Notstands die dann notwendig werdenden Wehrmachtstransporte behindern könnte.

Als Schulenburg Molotow am 17. August aufsuchte, waren die Russen noch nicht ganz so weit, die Verhandlungen mit

den britischen und französischen Militärmissionen abzubrechen. Der sowjetische Außenminister beantwortete die deutsche Verbalnote vom 15. August mit einer heftigen und eingehenden Kritik an der bisherigen deutschen Politik. Er erklärte, daß Rußland den Abschluß eines deutschrussischen Handelsvertrages erwarte, bevor man zu persönlichen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt komme. Der Handelsvertrag lag auch tatsächlich bereits am folgenden Tag in Berlin zur Unterschrift vor. Trotzdem hatte die russische Delegation die Sache absichtlich hinausgezögert und darauf bestanden, die endgültige Fassung zur nochmaligen Prüfung nach Moskau zu übermitteln. Man hatte sich geeinigt, die Handelsdelegationen sollten am Montag, den 21. August um 10 Uhr vormittags, erneut zusammentreffen. Nichts deutete jedoch darauf hin, daß die Russen den Vertrag dann auch tatsächlich unterzeichnen würden. Molotow versicherte Schulenburg am 17. August, er fühle sich durch Ribbentrops Besuchsanerbieten geehrt. Natürlich werde, wie er boshafterweise hinzufügte, ein solcher Besuch auffallen. Beide Parteien sollten vor Beginn der persönlichen Verhandlungen ihre Vertragsentwürfe vorlegen.

Schulenburg erhielt von Ribbentrop am 19. August um 5 Uhr 45 morgens neue ausführliche Instruktionen. Ribbentrop betonte in ihnen, die Zwischenfälle mit den Polen nähmen in auffallendem Maße zu, so daß jeden Tag ein Krieg zwischen den beiden Ländern ausbrechen könne. Molotow solle daran erinnert werden, daß die Sowjetunion ebenso wie Deutschland umfassende Erfahrung im Entwerfen von Nichtangriffspakten besäßen. Es sei deshalb in diesem Fall ganz einfach, ohne Verzögerung zum Ziel zu kommen. Hitler habe erklärt, man müsse den russischen Standpunkt unverzüglich kennenlernen. Ferner habe er zur Kenntnis genommen, daß der vorgeschlagene Flug Ribbentrops nach Rußland von Molotow nicht akzeptiert sei. Molotow sei nicht

davon unterrichtet worden, daß Hitler Ribbentrops Vorschlag, Göring mit dieser Sondermission in die Sowjetunion zu beauftragen, abgelehnt habe. Schulenburg erhielt den Befehl, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Verzögerung einer weiteren Zusammenkunft mit Molotow zu verhindern.

Die russische Verzögerungstaktik war keineswegs der Ausdruck einer Unentschlossenheit auf seiten der sowjetischen Führung. Stalin gab nämlich am 19. August auf einer Geheimsitzung des Politbüros bekannt, die Sowjetunion werde endgültig einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abschließen. Darauf

erfolgte am gleichen Tag eine Bekanntmachung in der Prawda, daß in den Militärpakt-Verhandlungen zwischen den britischen und französischen Militärmissionen einerseits und der Sowjetunion andererseits schwerwiegende Differenzen bestünden. Trotzdem gelang es Schulenburg nicht, am Nachmittag des 19. August einen festen Termin für den Ribbentrop-Besuch in Rußland von Molotow zu erhalten. Der sowjetische Außenminister erhob vielmehr gegen den deutschen Entwurf eines Nichtangriffspaktes Einwände, obwohl der von ihm vorgeschlagene Entwurf nur geringfügige Unterschiede aufzuweisen hatte. Molotow erklärte, es sei unter Umständen möglich, Ribbentrop eine Woche nach der Veröffentlichung des Handelsvertrages zu empfangen und zunächst diesen Vertrag am Sonntag, den 20. August, zu unterzeichnen. Diese Unterzeichnung erfolgte tatsächlich am Tage darauf gelegentlich einer Sondersitzung der Handelsdelegationen in Berlin, so daß Schulenburg in der vagen Vorstellung lebte, die Russen

würden einen Besuch Ribbentrops nach dem 26. oder 27. August ins Auge fassen.

Hitler greift persönlich ein

Am 20. August griff Hitler selbst in die Verhandlungen ein. Schulenburg erhielt die Weisung, „sich sofort zu Molotow zu begeben“ und ihm ein an Stalin gerichtetes Telegramm Hitlers auszuhändigen. Schulenburg erreichte Molotow am 21. August nachmittags 3 Uhr, um ihm das Telegramm zu überreichen. In ihm teilte Hitler Stalin mit, Deutschland akzeptiere den russischen Entwurf eines Nichtangriffspaktes. Ferner ließ er ihn wissen: „Die Spannungen zwischen Deutschland und Polen sind unerträglich geworden. Das polnische Benehmen gegenüber einer Großmacht ist derartig, daß jeden Tag eine Krise entstehen kann. Angesichts dieser Wahrscheinlichkeit ist Deutschland von jetzt an auf jeden Fall entschlossen, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Interessen des Reichs zu wahren.“ Hitler schlug für den Flug Ribbentrops nach Moskau den 22. August vor. Aber auch der 23. sei annehmbar. Er ließ Stalin ferner wissen, daß die gespannte internationale Lage Ribbentrop daran hindere, sich länger als einen oder zwei Tage in Rußland aufzuhalten. Das Telegramm schloß mit den Worten: „Ich würde mich freuen, Ihre Antwort bald zu erhalten“.

Stalin hielt es nicht für zweckmäßig, den Aufschub noch auszudehnen und Hitlers direktem Vorschlag auszuweichen. Er antwortete Hitler am 21. August zustimmend und lud Ribbentrop ein, am 23. August 1939 nach Moskau zu kommen. Außerdem wünschte er die Herausgabe eines besonderen Kommuniques für den 22. August, zwecks Ankündigung des kommenden Paktes. Am Abend des 21. August gab die sowjetische Presse den Abschluß des

Handelsvertrages mit Deutschland bekannt sowie den sowjetischen Entschluß zu einem

618

619

politischen Abkommen mit den Deutschen. Molotow teilte Schulenburg mit, die Russen seien für ein formelles gemeinsames Kommunique, das am Morgen des 22. August 1939 den Pakt bekanntgebe. Damit waren die Würfel gefallen. Ribbentrop stellte einen ansehnlichen Stab von dreißig Beratern zusammen. Der Angriff auf die deutschen Interessen durch Halifax hatte Hitler veranlaßt, um der Verhinderung eines Krieges und der Verteidigung Deutschlands willen eine Anzahl kleinerer Staaten Osteuropas, darunter Polen, des deutschen Schutzes gegen die bolschewistische Expansion zu berauben. Es war augenfällig, daß Großbritannien und Frankreich zum Schutze Osteuropas gegen den Bolschewismus nichts unternehmen würden.

Italien erfuhr als eine der ersten Mächte, daß Deutschland und die Sowjetunion im Begriff waren, miteinander einen Vertrag zu schließen, doch mußte Ribbentrop zu seiner Enttäuschung feststellen, daß diese Nachricht in keiner Weise entscheidend auf die Haltung der Italiener zur gegenwärtigen Krise einwirkte. In Berlin hoffte man, der kommende Vertrag werde sich mäßigend auf Polen auswirken. Weizsäcker behauptete sogar in einem Zirkularschreiben vom 22. August an die deutschen Botschafter im Ausland recht optimistisch, die Polen hätten auf die Bekanntgabe des bevorstehenden Vertrages hin einen erheblichen Schock erlitten. Mit dieser Prognose stützte sich Weizsäcker eher auf eine allzu verständliche Vermutung als auf konkrete Tatsachen. In Wirklichkeit waren

die polnischen Führer erleichtert, als sie von dem Vertrag erfuhren, weil er nach ihrer Meinung letzten Endes einen Konflikt zwischen den Westmächten und der Sowjetunion wahrscheinlicher machte. Auch schien er die ernstliche Gefährdung der polnischen Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich, der sie durch die Aussicht auf ein Zusammengehen des Westens mit Rußland ausgesetzt waren, zu beseitigen.

Die militärischen Auswirkungen des Vertrages berührten die polnische Einstellung nicht, denn Beck glaubte keinesfalls daran, daß Polen in einem Krieg gegen Deutschland auch nur die geringste Aussicht auf einen Sieg habe. Eine russische Intervention konnte an dieser grundsätzlichen Situation nichts ändern, da Polen in einem Krieg nur einmal besiegt werden konnte. Die militärischen Aussichten waren hoffnungslos, weil Polen es abgelehnt hatte, den genauso selbstmörderischen Weg der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zuzulassen. Im Jahre 1833 hatte der türkische Sultan erklärt, er habe russische Hilfe gegen die Araber angenommen, weil ein Ertrinkender sich auch an eine Schlange anklammern würde. Beck war 1939 des Glaubens, daß jedes andere Schicksal besser sei als die Hilfe der bolschewistischen Schlange. Es war klug von Beck, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abzulehnen, aber töricht, Hitler in den Krieg zu treiben, weil die Westmächte vermutlich zur Vernichtung sowohl Deutschlands als auch der Sowjetunion entschlossen seien.

619

620

Becks Selbstzufriedenheit

Beck machte sich bis wenige Tage nach der Bekanntgabe des bevorstehenden deutschrussischen Vertrages keine Sorgen, daß Großbritannien und Frankreich Polen unter Umständen im Stich lassen würden. In der Nacht zum 22. August um 1 Uhr 30 entdeckte Kennard zu seinem Erstaunen, daß Beck die Situation ausgesprochen selbstgefällig betrachte. Er erklärte, der Pakt lasse Polen gleichgültig, weil es im Gegensatz zu England und Frankreich nicht auf sowjetische Hilfe gerechnet habe. Die verständliche Enttäuschung beider Länder sei der Preis dafür, daß sie falsche Hoffnung in die Sowjetunion gesetzt hätten.

Am 23. August 1939 warnte Beck seinen Mitarbeiterstab im polnischen Außenministerium, es könne jederzeit Krieg mit Deutschland ausbrechen, und behauptete dazu ohne irgendwelche Unterlagen, die Deutschen hätten neun Zehntel ihrer Streitkräfte für Operationen in Polen vorgesehen. Er vertraute seiner Umgebung an, er werde den polnischen Militärbefehlshabern noch am gleichen Tag anraten, die restlichen einundzwanzig Reserve-Divisionen zu mobilisieren. Diese Entscheidung werde durch seine Prognose, daß der Krieg in allernächster Zukunft unvermeidbar sei, gerechtfertigt. Man entschied sich im polnischen Außenministerium, die polnischen Botschafter im Ausland zu unterrichten, der kommende Nichtangriffspakt ändere die Situation grundsätzlich nur insofern, als er Polen dem unvermeidlichen Krieg um einen Schritt näher bringe.

Bald stellte sich heraus, daß der Pakt auf Frankreich sehr viel stärker wirkte als auf Italien, Polen oder England. Das ist kaum überraschend, wenn man bedenkt, daß der russische Schritt das bestehende französisch-russische Bündnis regelrecht untergrub. Paul-Emile Naggiar, Frankreichs Botschafter in Rußland, beklagte sich am 23. August bitter gegenüber dem US-Botschafter Lawrence Steinhardt, an

dem Fehlschlag der westlichen Verhandlungen mit Rußland sei ausschließlich Polen schuld. Steinhardt erkannte deutlich, daß Naggiar dazu neigte, französischerseits die Polen aufzugeben. Der amerikanische Botschafter Kennedy in London konnte eine völlig andere Reaktion des britischen Foreign Secretary feststellen. Als er vorschlug, es sei jetzt vernünftig, der Situation in Rußland zu begegnen, indem man sich um einen friedlichen Ausgleich mit Deutschland bemühe, entgegnete Halifax ihm steif: „Meine Vernunft zeigt mir keinen Ausweg außer Krieg.“ Aber sie tat es deshalb, weil Halifax für Krieg mit Deutschland um jeden Preis war. Kennedy wurde klar, daß Halifax vernünftigen Vorschlägen im Interesse friedlicher Verhandlungen unzugänglich blieb.

Am gleichen Tag erörterte Kennedy die Lage mit Chamberlain, der aus sei-

nem Urlaub nach London zurückgekehrt war. Ganz offensichtlich war Chamberlain resigniert und nicht bereit, mäßigend auf Halifax einzuwirken. Chamberlain gab zu, man werde Polen nicht ermutigen, irgendwelche Zugeständnisse an Deutschland zu machen. Kennedy selbst hoffte, Polen werde sich schließlich doch noch bereitfinden, die Verhandlungen mit Deutschland wiederaufzunehmen, mußte jedoch enttäuscht feststellen, daß weder Halifax noch Chamberlain bereit waren, den Polen diesen Kurs nahezulegen. Nach seiner Überzeugung war Warschau die Hauptbedrohung des Friedens und nicht Berlin. Dem amerikanischen State Department erklärte er, wenn Präsident Roosevelt „irgendeine Aktion zugunsten des Friedens in Betracht zieht, so scheint mir, daß die richtige Stelle dafür bei Beck in Polen liegt, und wenn es wirken soll,

so muß es unverzüglich geschehen. Ich sehe keine andere Möglichkeit.

Ribbentrops Mission in Moskau

Ribbentrop flog in Begleitung eines Stabes von zweiunddreißig Sachverständigen am 23. August in einer großen Transportmaschine vom Typ Condor nach Moskau. Vor seiner Abreise hatte ihm Hitler umfassende Vollmachten erteilt. Die deutsche Abordnung wurde in Moskau mit großer Herzlichkeit empfangen. Die russischen Gastgeber zeigten sich ungewöhnlich entgegenkommend. Verschiedene europäische Anliegen, beispielsweise die vertraulichen diplomatischen Beziehungen der Türkei zu den Briten, oder der wahre Wert der militärischen Stärke Frankreichs, wurden mit bemerkenswerter Offenheit diskutiert. Die gastfreien Russen taten, was sie konnten, um es den Deutschen so bequem und angenehm wie möglich zu machen.

Am frühen Abend des 23. August verlangten die Russen die Billigung ihrer Pläne in Estland und Lettland, wo sie sich militärische Stützpunkte verschaffen wollten. Ferner bestanden sie darauf, freie Hand in Finnland zu bekommen, und forderten deutsche Neutralität in dem Konflikt, zu dem Rußland zwecks Rückgewinnung Beßarabiens Rumänien herauszufordern beabsichtigte. Trotz seiner Vollmachten setzte sich Ribbentrop daraufhin fernmündlich mit Berlin in Verbindung, um Hitlers Zustimmung zu diesen aggressiven russischen Plänen einzuholen. Ihm war bekannt, daß das Verhältnis, das die Völker in den früher zum russischen Reich gehörenden baltischen Provinzen zu Rußland hatten, im Gegensatz zu den Deutschen in Österreich, im Sudetenland, in Memel und Danzig, nicht auf dem Wunsch nach Vereinigung mit Deutschland beruhte. Andrerseits lehnten die baltischen Völker das gebietsrevisionistische Programm ab, das die russische Forderung nach Stützpunkten in ihrem

Gebiet enthielt. So wurden sie zu tragischen Opfern der durch den englisch-deutschen Interessenkonflikt entstandenen Lage.

Ribbentrop hatte um 8 Uhr 05 abends am 23. August mit Berlin gesprochen.

621

622

Hitlers zustimmende Antwort traf in Moskau drei Stunden später, d.h. um 11 Uhr abends, ein. Das Deutsche Reich werde sich dem Vormarsch des Kommunismus nach Westen nicht widersetzen. Indessen lieferte es damit diese Völker nicht eigentlich Rußland aus, weil es ihnen gegenüber keine vertraglichen Verpflichtungen, sondern lediglich die Zusicherung gegeben hatte, sie nicht von sich aus anzugreifen. Trotzdem erfuhr die Politik Hitlers und Ribbentrops im August 1939 in Deutschland während der folgenden Monate erhebliche Kritik. Die nationalsozialistische Parteipresse beantwortete diese Kritik mit dem Hinweis, daß diese Länder in den Jahren der tiefsten Erniedrigung Deutschlands von 1918 bis 1933 keinerlei Sympathie für Deutschland zum Ausdruck gebracht hätten. Vor allem aber hatten die deutschen Führer im Gegensatz zu England und Frankreich niemals den Versuch gemacht, ein Bündnis mit der Sowjetunion zu schließen. Das deutschrussische Abkommen vom 23./24. August 1939 bezweckte weniger die aktive Zusammenarbeit beider Länder als deren Interessenabgrenzung. Diese Tatsachen wurden durch verantwortungslose Propagandisten der westlichen Welt ignoriert, indem sie beharrlich und ohne jede Begründung behaupteten, zwischen Deutschland und der Sowjetunion sei ein Bündnis geschlossen worden.

Der deutsch-russische Nichtangriffspakt enthielt noch ein gcheimes Zusatzprotokoll, in dem eine russische Interessensphäre in Osteuropa anerkannt wurde. Die deutsche Anerkennung war abhängig vom Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Polen. Hitler und Ribbentrop machten klar, Deutschland fühle sich nicht verpflichtet, diese Bestrebungen im Fall einer diplomatischen Regelung des deutsch-polnischen Konflikts anzuerkennen. Im Kriegsfall solle die Nordgrenze Litauens die Grenze der russischen Sphäre im baltischen Raum bilden. Ferner wurde die Bedingung gestellt, Litauen solle Wilna von Polen zurückgewinnen. Rußland gab seine Absicht bekannt, im Fall eines Krieges gegen Polen zu intervenieren. Die Flüsse Narew, Weichsel und San sollten die Abgrenzung der militärischen Besatzungszonen Deutschlands und Rußlands in Polen bilden. Diese Linie entsprach in den geheimen polnischen Operationsplänen in etwa der letzten Verteidigungsfront gegen Deutschland. Mit den herannahenden Sowjettruppen im Rücken hatte sie natürlich für die Polen ihren Sinn verloren. Allerdings ist diese Frage niemals akut geworden, weil die Deutschen schon in den ersten Tagen nach Ausbruch der Feindseligkeiten, fast zwei Wochen vor der militärischen Intervention der Sowjetunion, die letzte Grabenlinie der Polen umgangen hatten.

Die Sowjetführer machten ihr Eingreifen gegen Polen im September 1939 auch von einem Anspruch auf Litauen abhängig und sie schlugen außerdem vor, eine Okkupationsgrenze etwas weiter ins östliche Polen zu verlegen. Nach ihrem Wunsch sollte die Okkupationslinie sich sehr eng an die neue ständige Grenze

zwischen der Sowjetunion und Polen anlehnen. Das war ein sehr geschickter Schachzug, der sich recht gut für Propagandazwecke auswerten ließ. Die Deutschen, die zu jener Zeit Krieg mit dem Westen führten, waren gezwungen, dieses regelrechte Ultimatum der Sowjetunion zu akzeptieren.

Ribbentrop war so ehrlich, den Russen am 23. August mitzuteilen, daß die Deutschen sich noch nicht unwiderruflich entschieden hätten, die polnischen Provokationen mit einem militärischen Feldzug gegen Polen zu beantworten. Hitlers erste geheime Bekanntgabe, daß es definitiv Krieg mit Polen geben werde, erfolgte erst am 25. August, doch selbst diese wurde kurz darauf durch einen neuerlichen Befehl des Kanzlers widerrufen. Nichtsdestoweniger rechneten die deutschen wie auch die russischen Unterhändler mit der Wahrscheinlichkeit eines unmittelbar bevorstehenden Krieges zwischen Deutschland und Polen. Nach der Unterzeichnung des Paktes gab Ribbentrop am 24. August seinerseits eine Erklärung ab, Deutschland werde konkrete Maßnahmen ergreifen, um eine Entspannung zwischen der Sowjetunion und Japan herbeizuführen.

Im Verlauf des 24. August widmete sich Ribbentrop in Moskau der Aufnahme persönlicher Kontakte mit den Sowjetführern. Er erzählte Stalin unter anderem von dem sprichwörtlichen Humor der Berliner, mit dem sie sehr rasch auf jede Lage zu reagieren pflegen. So hatte er vor seiner Abreise nach Moskau einen Witz gehört, dessen Pointe darin bestand, daß Stalin sich entschlossen habe, dem Antikominternpakt beizutreten. Ribbentrop persönlich erhoffte einen dauerhaften Frieden zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Er wußte, daß die Aussichten auf einen derartigen Frieden von einer Änderung des Antikominternpaktes, der sich gegen den internationalen

Kommunismus richtete, abhängen würden. Doch war diese Hoffnung vergeblich, Stalin zum Aufgeben seiner Weltrevolutionspläne und zur Verwirklichung ausschließlich nationaler Interessen Rußlands bewegen zu können. Sein Scherz über den Antikominternpakt war offensichtlich ein — allerdings ergebnisloser — Versuch, den Boden in diesem Sinne vorzubereiten.

Molotow erklärte in einem seiner Trinksprüche, Stalins Rede im März 1939 habe eine Wendung in den politischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland herbeigeführt. Das war eine interessante Auffassung, die andeutete, daß eher die bisherige Haltung Rußlands als Deutschlands das Haupthindernis für eine Besserung der Beziehungen gewesen sei. Das Hauptthema der feierlichen Trinksprüche, die Deutsche und Russen miteinander austauschten, lautete, daß eine Ära der Freundschaft und der gegenseitigen Wertschätzung die bisherige Feindseligkeit abgelöst habe. Verborgen blieb dabei allerdings, daß den russischen Freundschaftserklärungen die Erwartung zugrunde lag, Deutschland steuere geradewegs in einen aussichtslosen Krieg mit

Großbritannien und Frankreich hinein. Stalin äußerte Ribbentrop gegenüber ganz offen die Ansicht, im Kriegsfall werde die französische Armee ein enormes Hindernis für Deutschland bilden. Diese Ankündigung zerstörte die Illusion, daß die sowjetische Vorhersage der kommenden Ereignisse zutreffender sein müsse als die der westlichen Führer. Der sogenannte wissenschaftliche Marxismus enthält eben keine Zauberformel, um künftige Ereignisse voraussagen zu können.

Hitler empfing am 22. August 1939 die Befehlshaber der Wehrmacht auf dem Obersalzberg. In den morgens und nachmittags abgehaltenen Sitzungen erörterte er mit ihnen die Lage und befahl, endgültige Pläne für eventuelle militärische Operationen gegen Polen für den 26. August vorzubereiten. Von dem Erlaß eines Angriffsbefehls sah er ab. Ausführlich schilderte er die deutschen Verhandlungen mit Rußland und vertrat dabei die Ansicht, der deutschrussische Pakt werde England und Frankreich entmutigen, im Fall eines deutsch-polnischen Krieges gegen Deutschland vorzugehen.

Eine sonderbare Version über diese Sitzungen wurde von dem amerikanischen Journalisten Louis P. Lochner in der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press (AP) fabriziert und am 25. August 1939 britischen Diplomaten in Berlin vorgesetzt. Lochners Material ist später von einer Reihe von Historikern als authentischer Konferenzbericht angesehen und verwandt worden. Diese Lochner-Version bestimmte bewußt oder unbewußt in jener Zeit das Denken der britischen Diplomaten. Hätte man zugelassen, daß die Menschen sich über schwerwiegende Fragen vernünftige Gedanken machen, dann wäre die grobe Propaganda im Lochner-Material sofort als solche erkannt worden. Leider war seit mehr als fünf Monaten ein heftiger Kriegspropaganda—Feldzug innerhalb der westlichen Welt im Gange und zog nahezu jeden, ohne Rücksicht auf sein geistiges Format, in seinen Bann.

Wie hätte sonst jemand glauben können, daß Reichsmarschall Göring vor einer Gruppe harter deutscher Generäle auf dem Tisch getanzt und wie ein Wilder gekreischt habe! Und wie hätte Hitler seinen Generälen kleinlaut verkünden können: „Göring hat uns demonstriert, daß sein Vierjahresplan fehlgeschlagen ist. Wir sind am Ende mit unseren Kräften, wenn wir in einem kommenden

Krieg nicht den Sieg erringen“? Diese Sätze konnten eher einem Buche Roosevelts entnommen sein. Denn dieser hatte im Gegensatz zu Hitler immer noch mit einer katastrophalen Wirtschaftsdepression zu kämpfen. Diese Äußerung wäre reiner Unsinn, wenn sie sich auf Krieg mit dem verarmten Polen bezöge. Jeder Unterrichtete, einschließlich Halifax', wußte, daß Göring der letzte in Deutschland war, der sich zu dieser Zeit zugunsten eines allgemeinen Krieges ausgesprochen hätte.

Lochners Memorandum stellte ferner fest, Hitler habe seinen Generälen er-

624

625

klärt, er plane, die polnischen Frauen und Kinder zu töten. Das wäre das richtige Material für amerikanische „Comic books“, für Hitler aber nur dann, falls er die Absicht gehabt hätte, seine Generäle zu einer sofortigen Revolte gegen das deutsche Regime aufzubringen. Lochners Memorandum behauptet, Deutschland könne in einem langen Krieg nicht durchhalten, im gleichen Absatz steht aber auch der Satz: „Polen wird entvölkert und von den Deutschen besiedelt werden.” Das Memorandum behauptet schließlich, daß Stalin sehr krank sei und Deutschland Rußland nach seinem Tod auflösen würde.

Die einzige feststehende Tatsache in diesem Lochner-Memorandum ist die, daß sich in ihm ein amerikanischer Journalist in Europa mit Kriegshetze befaßt hat. Kurze und verläßliche Aufzeichnungen über die Konferenz vom 22. August 1939 stammen von denen, die wirklich daran teilgenommen haben. Journalistische Gepflogenheiten

können in keinem Lande freisprechen, wenn man einen Krieg durch Verbreitung von Lügen zu entfesseln versucht.

Hendersons Friedensbemühungen

Henderson, dessen unangenehme Aufgabe es war, Lochners Material an Halifax zu übermitteln, hatte sich in der entscheidenden Phase der westlichen und deutschen Verhandlungen mit Rußland sehr darum bemüht, Halifax zuzureden, mit Deutschland möglichst bald wieder ins Gespräch zu kommen, ehe es zu spät sei. Von sich aus hatte er seit dem 15. August den polnischen Botschafter Lipski bedrängt, sich um Instruktionen für Verhandlungen mit den Deutschen zu bemühen. Er gestand Halifax, Weizsäcker sei seit dem polnischen Ultimatum vom 4. August pessimistisch gewesen, doch habe er neuen Mut geschöpft, weil der deutsche Staatssekretär jetzt „objektiver, ruhiger und vertrauensvoller” sei als während der Septemberkrise von 1938.

Henderson hoffte, die Italiener würden Vorschläge für eine friedliche diplomatische Regelung machen. Der italienische Botschafter Attolico hatte ihm das zugesichert. Er drängte Halifax, der polnischen Regierung eine Demarche Lipskis in Berlin zu empfehlen. Die Mißhandlung der Deutschen in Polen sei nicht „eine Beschwerde Hitlers, sondern eine deutsche Beschwerde”, Halifax wurde von Henderson gewarnt: „Es mag als Bluff aufgefaßt werden, aber ich fühle mich verpflichtet zu sagen, daß es meine Auffassung ist, daß, wenn er in die Enge getrieben wird, Hitler den Krieg wählen wird”.

Henderson war besonders beunruhigt durch die wiederholten Behauptungen der britischen Presse, daß Hitler durch die entschlossene Unterstützung anderer Mächte für Polen eingeschüchtert worden sei. Dazu sagte er

voraus: „Die Geschichte wird einmal das Urteil fällen, daß die Presse im ganzen genommen die Hauptursache des Krieges gewesen ist.” Die Presse mit ihrer nichtswürdigen und verantwortungslosen Taktik während dieser Periode war zweifellos ein

625

626

bedeutender Faktor. Es war Henderson jedoch entgangen, daß die schlimmste Phase des Pressefeldzuges in England zwangsläufig von der entstellten und unehrlichen britischen Version der Prager Vorgänge im März 1939 ihren Ausgang genommen hatte, sowie von der unglaublichen Tilea-Lüge, die von Halifax und Vansittart zur Aufhetzung der britischen Öffentlichkeit ganz bewußt in die Welt gesetzt wurde. Der britische Botschafter verwechselte Ursache und Wirkung, als er der westlichen. Presse die Hauptschuld an der gegenwärtigen Krise gab.

Ferner wies Henderson darauf hin, daß ein deutsch-englisches Einvernehmen für die deutsche Sicherheit notwendig sei. Nach seiner festen Überzeugung wünsche Hitler aufrichtig ein derartiges Einvernehmen. Es schien für Henderson völlig klar, daß ein paar entschlossene Schritte von Halifax zu einer befriedigenden Regelung führen würden, weil „von allen Deutschen, ob Sie es glauben oder nicht, Hitler, was Danzig oder den Korridor angeht, der maßvollste ist.“ Er stellte fest, die britische Botschaft in Warschau weigere sich bewußt, die tatsächlich verzweifelte Lage der deutschen Minderheiten in Polen zu sehen. Mit kluger Einsicht bemerkte er: „Warschau mit seiner kultivierten und intelligenten, um nicht zu sagen, verschlagenen Clique ist nur die eine Seite. Draußen auf dem Lande sind die Polen ein ausgesprochen unkultiviertes

Pack. ‚Ruhig und zurückhaltend‘. Ja, zweifellos, oben an der Spitze, und wenn Worte etwas zu bedeuten haben! Aber woanders, nein! Ich habe zuviele Geschichten von wohlmeinenden Neutralen gehört, um auch nur ein Wort davon zu glauben.”

Henderson legte Halifax dringend nahe, den Plan Gafencus für eine Regelung noch einmal zu überlegen. Hitler hatte dem britischen Botschafter erst kürzlich erklärt, das Protektorat von Böhmen-Mähren sei eine „notwendige Augenblickslösung“ gewesen, seinetwegen könne dieses Gebiet in Zukunft werden, was es wolle, allerdings keine Bastion gegen Deutschland. Henderson erblickte darin einen unbestreitbaren Beweis dafür, daß man die Prager Frage zur Grundlage erfolgreicher Verhandlungen machen könne.

Einem Freund im britischen Foreign Office setzte Henderson auseinander, es sei kein Gewinn für Polen, in einem Krieg unterstützt zu werden, weil es nach seiner Meinung, wenn es in einen Krieg ziehe, viel zu verlieren und nichts zu gewinnen habe. „Ich bete nur, daß wir es eines Tages nicht zu bereuen haben, ihnen den Weg geebnet zu haben, nur um Hitler und seinen Nazi-Gangstern ins Kreuz zu treten.” Henderson teilte Halifax am 22. August mit, Hitler werde in Deutschland infolge des Rußland-Paktes sehr an Ansehen gewinnen. Er bezeichnete die Nachricht von dem Pakt als eine „befriedigende Überraschung für die öffentliche Meinung in Deutschland“. In Deutschland glaube man jetzt, Hitler habe noch einmal gezaubert und es werde keinen Krieg geben.

626

627

In seiner Antwort teilte Halifax Henderson mit, der britische Entschluß, Polen zu unterstützen, könne durch Hitlers Diplomatie nicht beeinflußt werden. Er wiederholte sein altes Lieblingsthema, daß er alles tue, um Krieg zu vermeiden, und zwar einfach damit, daß er den britischen Standpunkt klar herausstelle. Das war eine geschickte List, die sich auf die Tatsache gründete, daß die Briten es 1914 versäumt hatten, eben diesen Standpunkt klarzumachen, was seinerzeit den Hauptanlaß zur Kritik an der britischen Politik gegeben hatte. Halifax ignorierte dabei die Tatsache, daß der britische Blankoscheck für Polen in seiner Zielsetzung sehr viel weiter ging als der, den die Deutschen 1914 in der durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand entstandenen Krise Österreich-Ungarn gegeben hatten. Deutschland war die Verantwortung für den 1. Weltkrieg zugeschoben worden und die alliierten Sieger hatten in Paris darauf bestanden, daß Deutschland und seine Verbündeten die Alleinschuld am Kriege trügen. Doch ist von keinem je behauptet worden, daß das deshalb geschehen wäre, weil Deutschland es versäumt hatte, seinen Standpunkt klar zu machen. Halifax arbeitete ganz eindeutig auf Krieg im Jahre 1939 hin. Die Tatsache, daß er dabei einen der vielen von England 1914 begangenen Fehler vermied, mindert in keiner Weise seine Schuld, den Krieg als entscheidendes Mittel der nationalen Politik Englands erwählt zu haben.

Halifax beantwortete die Bekanntgabe des bevorstehenden deutsch-russischen Pakts, indem er weiterhin auf Verhandlungen über ein englisch-französisches Bündnisabkommen mit den Russen drängte. Hierbei erhielt er passive Unterstützung durch die Politik Bonnets. Der französische Außenminister bemerkte trotz seines unentwegten Pessimismus höchst nachdenklich, der Pakt könne sich als bedeutungslos erweisen, wenn er nach Art des deutsch-französischen Paktes vom Dezember 1938 auf

allgemeine Grundsätze beschränkt bleibe. Am 22. August teilte Halifax Kennard mit, die westlichen Verhandlungen in Moskau schritten voran und die Briten seien entschlossener denn je, die Franzosen in der Frage russisch-militärischer Operationen in Polen zu unterstützen.

General Doumenc unterrichtete Marschall Woroschilow am Morgen des 22. August, er sei ermächtigt worden, die russischen Operationspläne in Polen zu unterstützen. Außerdem habe ihm Daladier Vollmachten erteilt, vorbehaltlos einen Pakt zu unterzeichnen, der auch die übrigen russischen Interessen und Wünsche einschlösse. Die Franzosen und Briten waren mithin bereit, in der Förderung der bolschewistischen Westexpansion noch weiter zu gehen als Ribbentrop. Als Preis verlangten sie allerdings die Bereitschaft der Russen, sich an einem Krieg gegen Deutschland von Anfang an zu beteiligen. Marschall Woroschilow entgegnete, der polnische Verbündete Frankreichs sei eine souveräne Macht und Pläne für russisch-militärische Operationen auf seinem Territorium könnten nicht ohne deren Einwilligung beschlossen werden. Über-

627

628

dies hätten die Polen sicherlich darauf bestanden, bei einer solchen Gelegenheit anwesend zu sein, falls sie damit einverstanden wären, den russischen Vorschlag mit einer Zusage zu beantworten. Dann hielt der russische Befehlshaber den Franzosen und Engländern einen Vortrag über ihren angeblichen Verrat an der Tschechoslowakei im Jahre 1938 und rügte das Versäumnis der Westmächte, nicht schon früher zu einem Einvernehmen mit Rußland gekommen zu sein.

Der britische Botschafter Sir William Seeds warf Molotow am Abend des 22. August, während der westlichen Verhandlungen, „Unredlichkeit” vor. Molotow versetzte ihm darauf milde, die „Unaufrichtigkeit” der britischen Führer beraube diese jeder Berechtigung, derartige Anschuldigungen zu äußern. Dennoch kabelte Seeds Halifax am 23. August, es sei für die alliierten Missionen wichtig, in Rußland zu bleiben, „falls der Sowjet und Ribbentrop in Streit miteinander gerieten“. Am gleichen Abend noch machte Halifax einen letzten Versuch, kurz bevor der deutschrussische Pakt unterzeichnet wurde. Er gab Seeds die Weisung, den Russen zu versichern, er teile ihre Ansicht über die Unerläßlichkeit russisch-militärischer Operationen in Polen und sei bereit, sie bei solchen Operationen in vollem Umfang zu unterstützen. Das war gleichbedeutend mit einer Zusage, sich hinter einen russischen Einfall in Polen zu stellen, und das zu einer Zeit, in der England dabei blieb, mit Deutschland Krieg Danzigs wegen anzufangen, das den Polen gar nicht gehörte. Die Russen zogen es indessen vor, ihre Invasion unabhängig von der angebotenen Unterstützung Englands, die sie als unnötige Verpflichtung betrachteten, durchzuführen.

Bonnets Versuch, Frankreich von Polen zu lösen

Außenminister Bonnet wußte, daß der deutschrussische Pakt eine völlig neue Lage in Europa geschaffen hatte. Die Sowjetunion, Frankreichs wichtigster Bundesgenosse im Osten, war bereit, ein Separatabkommen mit den Deutschen zu schließen, und er sah keinen Grund, warum Frankreich nicht das gleiche tun sollte. Er entschloß sich deshalb am 23. August 1939 zu einem energischen Versuch, Frankreichs Außenpolitik von der britischen Bevormundung zu befreien. Dieser Versuch scheiterte jedoch an der unrealistischen Haltung der französischen Befehlshaber und an dem Umschwung der italienischen Politik. Es war Bonnet

bekannt, daß General Gamelin am 19. August mit seinen Hauptmitarbeitern über eine etwaige Antwort Frankreichs auf den deutschrussischen Pakt gesprochen hatte. Er ersuchte deshalb Premier Daladier, eine außerordentliche Sitzung des Verteidigungsrates einzuberufen, an der auch die Oberbefehlshaber und einige der wichtigsten Kabinettsmitglieder teilnehmen sollten. Ähnlich war auch Premier Rouvier 1905 zur Zeit der ersten

628

629

Marokkokrise vorgegangen. Das gleiche hatten Joseph Caillaux 1911 bei der zweiten Marokkokrise und Léon Blum im März 1938 zur Zeit der deutschen Besetzung Österreichs getan.

Bonnet hoffte, auf die Polen den gleichen Druck zugunsten des Friedens ausüben zu können wie im vorhergehenden Jahr auf die Tschechen. Zwar war ihm klar, daß das französisch-polnische Bündnis von 1921 sich auflösen würde, wenn der Versuch mißlang, doch war er durchaus bereit, sich mit dieser Eventualität abzufinden. Sein Plan war, sich mit Hilfe der Oberbefehlshaber ein klares Bild darüber zu verschaffen, daß Frankreichs Aussichten in einem Krieg mit Deutschland ohne den Beistand der Sowjetunion unsicher seien. Er wußte, daß die Briten sehr schnell auf ihren Widerstand gegen Hitler verzichten würden, wenn sie sich der französischen Unterstützung beraubt sähen.

Bonnet beunruhigte die Haltung des Generals Gamelin, von dem er ohnehin keine hohe Meinung hatte, obwohl der hochgebildete frühere französische Generalstabschef und spätere Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in

Frankreich ein Günstling des großen Marschalls Henri Philippe Petain war. General Decamps hatte sich kürzlich bei Bonnet beklagt, Gamelin würde in wichtigen Fragen niemals einen festen Standpunkt einnehmen, weder positiv noch negativ. Bonnet hoffte jedoch, die Sitzung am 23. August 1939 würde sich als eine bemerkenswerte Ausnahme erweisen.

Man trat am 23. August 1939 um 6 Uhr abends zusammen. Teilnehmer der Konferenz waren Premier Daladier, Marineminister Campinchi, Luftfahrtminister Guy de la Chambre, als General-Inspekteur des Heeres General Gamelin, als Befehlshaber der Marine Admiral Darlan und als Befehlshaber der Luftstreitkräfte General Vuillemin. In der Regel nahm auch der Kolonialminister an den Sitzungen des Verteidigungsrates teil, doch es gelang Bonnet mit der Begründung, das Besprechungsthema betreffe die Kolonien nicht, den als notorischen Kriegstreiber bekannten Minister Georges Mandel von der Sitzung fernzuhalten. Dieser würde, wie Bonnet wußte, von vornherein jede nachhaltige Friedensanstrengung zu stören versuchen.

Die Sitzung wurde in Daladiers Arbeitszimmer abgehalten, wo die Mitglieder des Verteidigungsrates im Halbkreis um den Schreibtisch des Premiers Platz nahmen. Bonnet eröffnete die Sitzung mit einem Vortrag über die gegenwärtige europäische Situation und stellte fest, die Polen seien für das Scheitern eines englisch-französischen Bündnisses mit der Sowjetunion verantwortlich. Hinsichtlich Polens sehe sich Frankreich der Alternative gegenüber: Entweder gewähre man den Polen unbeschränkt und blindlings Unterstützung, oder man zwinge sie, ihre Differenzen mit Deutschland durch einen Kompromiß zu beseitigen. Um eine Entscheidung treffen zu können, seien die militärischen Aussichten Frankreichs in einem Krieg um Danzig zu überprüfen.

629

630

Es wurde Bonnet sehr bald deutlich, daß der unglückseligen Neutralitätszusicherung Cianos vom 18. August in der Sitzung große Bedeutung beigelegt wurde. Gamelin und Darlan hoben beide hervor, Italien werde in einem allgemeinen europäischen Krieg mit ziemlicher Sicherheit neutral bleiben. Bonnet ärgerte sich über die Militärs, weil sie der Haltung Italiens ein so übergroßes Gewicht beimaßen, und fragte Gamelin ungeduldig, wie lange sich die Polen nach seiner Ansicht in einem Krieg gegen die Deutschen würden behaupten können. Gamelin entgegnete darauf ernsthaft, die Deutschen würden nicht in der Lage sein, Polen noch vor der Regenperiode zu besiegen. Es würde auch noch im Frühling 1940 in Polen gekämpft werden. Bonnet war wie betäubt, als Gamelin die Behauptung aufstellte, Frankreich sei für einen Krieg gegen Deutschland angemessen vorbereitet. Sein Vorschlag, Frankreich müsse im Hinblick auf seine gefahrvolle militärische Lage seine Polenpolitik ändern, wurde von den Militärs vollständig untergraben.

Bonnet war über General Gamelin empört. Ihm wurde plötzlich klar, daß dieser die Konferenz als eine persönliche Intrige gegen das französische Oberkommando ansah, weil bei dieser Gelegenheit die militärische Unzulänglichkeit Frankreichs offen zutage zu treten drohte. Diesem Verdacht waren die offensichtliche Unaufrichtigkeit und der mangelnde Wirklichkeitssinn seiner Behauptungen zuzuschreiben. Er wollte sich durch Bonnet nicht zum Sündenbock machen lassen und nicht das erste Opfer des britischen Zorns werden, wenn Frankreich Polen im Stich ließ. Gamelin hatte auf der Sitzung des Französischen Verteidigungsrates am 13. März 1939 ein ziemlich negatives

Bild der militärischen Aussichten Frankreichs entworfen. Das geschah jedoch vor dem Kurswechsel der britischen Politik. Weder Gamelin noch Bonnet traten für eine Intervention zu Gunsten Polens ein, weil beide den britischen Zorn fürchteten und keiner von ihnen die Hauptverantwortung für die herausfordernde Kriegspolitik von Halifax auf sich nehmen wollte. Bonnet erinnerte sich an die Einzelheiten der von Premier Caillaux 1911 einberufenen Sitzung des Verteidigungsrates. Dieser hatte damals die Teilnehmer an das Napoleon-Wort erinnert, daß ein militärisches Unternehmen ohne mindestens 70 Prozent Siegeschancen ein unverantwortliches Wagnis sei. General Joffre, der hinter der Aufforderung, sich zu Frankreichs Chancen in einem Krieg zu äußern, keine Intrige vermutete, hatte daraufhin freimütig erwidert, Frankreich habe das von Napoleon als erforderlich erachtete Übergewicht nicht aufzuweisen.

Gamelin behauptete später selbst, er habe bei seiner Äußerung über den Vorbereitungsstand der französischen Armee am 23. August 1939 in Wirklichkeit mehr eine reguläre Mobilmachung gemeint als einen Sieg über Deutschland. Seine Feststellung über die polnische Widerstandskraft sei unter der Voraussetzung der russischen Neutralität erfolgt. Die schließlich doch noch

erfolgte russische Intervention in Polen war nur eine kümmerliche Entschuldigung für Gamelins falsche Prognose, denn als die Russen am 17. September eingriffen, waren die polnischen Divisionen bereits vollständig zerschlagen. Es war außerdem unrealistisch, anzunehmen, Rußland werde nach dem Abschluß des deutschrussischen Paktes in einem Krieg zwischen Deutschland und Polen neutral bleiben. Und

die Behauptung, Frankreich sei für einen Krieg mit Deutschland vorbereitet, weil es in der Lage war, seine Armee zu mobilisieren, läßt sich nur als naiv bezeichnen. Bei Anwendung solcher Kriterien kann man auch zu dem Schluß kommen, daß Liechtenstein für einen Krieg gegen Deutschland vorbereitet sei. General Gamelin trug keinen Plan zur Besiegung Deutschlands für den Kriegsfall vor. Er sagte der Konferenz lediglich, Frankreich werde sich an seine militärische Verpflichtung zu einer französischen Offensive im Westen, die es gegenüber Polen im Mai 1939 eingegangen war, nicht gebunden fühlen, sondern gegen die Deutschen unbedingt in der Defensive bleiben. Was Frankreich zu tun gedachte, um Deutschland nach der erwarteten Niederlage Polens zu besiegen, sagte er nicht.

Bonnets Empfinden war vollkommen berechtigt, daß sich General Gamelin auf dieser schicksalhaften Konferenz des 23. August 1939 seiner Verantwortung als Oberbefehlshaber entzogen hatte. Er fuhr fort, für den Frieden zu wirken, fand aber nicht die einmütige Unterstützung der französischen Regierung, die ihm zuteil geworden wäre, wenn die Militärs ein ehrliches Urteil über die französische Position abgegeben hätten. Bis zum 24. August unterlag Bonnet einem starken Druck Londons, den genau festgelegten Bedingungen eines gemeinsamen Ultimatums an Deutschland zuzustimmen, wenn ein deutschpolnischer Kampf um Danzig entbrennen sollte. Der Ausgang der Konferenz vom 23. August wäre unter Umständen ein völlig anderer gewesen, hätte Ciano sich nicht am 18. August der fatalen Indiskretion gegenüber Loraine schuldig gemacht. Das Zusammenwirken von Cianos Doppelspiel und Gamelins Schwäche machte durch Hitlers sorgfältige Kalkulation, daß ein deutsch-russischer Pakt die englisch-französische Intervention gegen Deutschland in einem Krieg mit Polen verhindern werde, einen recht gefährlichen Strich. Hitler hatte mit allen Mitteln versucht, Ciano davon zu

überzeugen, daß eine Aufdeckung der Schwäche Italiens die Kriegschancen erhöhen werde. Es war unheilvoll, daß Attolico die Mühe Hitlers, die er sich mit Ciano machte, untergrub. Der italienische Botschafter hatte ausschließlich die Neutralität seines Landes im Sinn, jedoch dabei übersehen, daß Italien sich hätte bemühen müssen, einen europäischen Krieg zu verhindern, nachdem Hitler Mussolinis Bedingungen für ein Brennertreffen zurückgewiesen hatte.

Am 22. August trat das britische Kabinett kurz zusammen. Es billigte einen Vorschlag von Halifax, die Deutschen zu warnen, daß Großbritannien in einem

deutsch-polnischen Krieg einschreiten würde. Man kam überein, Chamberlain solle in einem Schreiben an Hitler die britische Entschlossenheit noch einmal betonen und Halifax solle die Verhandlungen mit den Polen über ein Formalbündnis eiligst zum Abschluß bringen. Halifax wurde ermächtigt, die britischen Bedingungen für einen Pakt den derzeitigen polnischen Einwänden anzupassen. Es wurde festgestellt, daß die Polen nicht um eine britische Zusage ersucht hatten, sie gegen die Sowjetunion zu verteidigen. Beschlossen wurde ferner, Henderson solle das Schreiben Chamberlains persönlich überreichen und dabei die darin enthaltenen Argumente noch einmal sehr energisch betonen. Dieser Schritt wurde beschlossen, ohne zu erkennen, daß er Hitler die ausgezeichnete Gelegenheit bieten würde, die offiziellen Verhandlungen über einen friedlichen Ausgleich mit den Briten wiederaufzunehmen.

Halifax unterrichtete den Botschafter Loraine in Rom von der Entscheidung der britischen Regierung. Loraine antwortete, er vertraue darauf, daß die neue Entwicklung in Rußland nichts an Italiens Entschluß ändern werde, Deutschland im Kriegsfall sich selbst zu überlassen.

Antideutsche Maßnahmen Polens verschärfen sich

Die Polen reagierten auf die Bekanntgabe des deutschrussischen Pakts mit einer Verschärfung ihres Propagandafeldzuges gegen Deutschland. Die Mißhandlungen der deutschen Minderheit erhielten weiteren Antrieb durch die gewissenlose Behauptung, gegen die polnische Minderheit im Reich fänden Hunderte von Gewaltakten statt. Am 24. August gerieten Forster und Greiser in Danzig in einen Meinungsstreit, als einige polnische Zollinspektoren wegen Unruhestiftung verhaftet wurden. Chodacki verlangte die sofortige Entlassung der beiden Männer, ohne daß Klage gegen sie erhoben würde. Greiser bestand gegenüber Forster darauf, die Regierung solle nachgeben, denn er hatte von vornherein ein Vorgehen gegen die beiden Übeltäter abgelehnt, weil er jeden Versuch, das Recht in Danzig zu erzwingen, wenn das böses Blut bei den Polen verursachte, für nutzlos hielt.

In Polen war der deutschrussische Pakt ein vieldiskutiertes Thema. Je mehr sich Beck mit dieser Entwicklung beschäftigte, umso größer wurde seine Befriedigung. Erheitert äußerte er zu Noël: „Jetzt ist es Ribbentrop, der die Unredlichkeit der Sowjets ausprobiert." Das Regierungsorgan Gazeta Polska gab am 24. August bekannt, der Pakt sei ein nicht gelungener Bluff, der angeblich keine Wirkung auf die Nerven der Polen, Franzosen oder Engländer erzielt habe. Das konservative Blatt Czas nannte den Pakt ebenfalls einen Bluff, den die „neue Komödie in Berlin" inszeniert habe. Der Ilustrowany Kurjer erklärte, die

ungarischen Führer hätten Hitlers Bereitschaft, mit der bolschewistischen Gefahr einen Kompromiß zu machen, sehr gerügt. Ein polnischer Journalist

632

633

versicherte der New York Times, der neue Pakt besitze für Deutschland keinerlei militärischen Wert. Triumphierend verkündete der Kurjer Warszawski, das neue Abkommen liefere den schlüssigen Beweis für die Schwäche seiner beiden Partner.

Die Polen nahmen zur Kenntnis, daß das alte wiederhergerichtete deutsche Schlachtschulschiff „Schleswig-Holstein“ im Rahmen einer Reise, die schon seit langem bekanntgegeben worden war, am 24. August zu einem Besuch in Danzig einlaufen sollte. Die polnischen Behörden hatten keinen Einwand dagegen erhoben. Nach ihrer Schätzung war das Schiff zu schwach, um für Polen eine militärische Bedrohung darzustellen. Die Danziger Regierung hatte Albert Forster zu ihrem Regierungsoberhaupt gewählt und unterrichtete demgemäß die Polen, er werde am 30. August 1939 auf sein Amt vereidigt. Die polnische Regierung lehnte ihre Zustimmung ab. Chodacki übermittelte am 24. August eine unheilverkündende Protestnote an Danzig, in der es hieß, daß die polnische Regierung den Danziger Senat für alle sich aus der Ernennung ergebenden Maßnahmen voll verantwortlich mache. Bonnet war von dieser Entwicklung alarmiert und wies Noël an, Beck nahezulegen, sich im Fall einer Proklamation des Danziger Senats über die Rückkehr der Freien Stadt zum Reich jeder militärischen Aktion zu enthalten. Beck wies diese Empfehlung zurück und erklärte, Polen werde jeden deutschen Versuch, Danzig zu

annektieren, mit militärischer Gewalt beantworten. Ferner ließ er durchblicken, er sei nicht grundsätzlich dagegen, die Briten und Franzosen zu konsultieren, vorausgesetzt natürlich, daß die Danziger Behörden nur von sich aus etwas unternähmen. Dennoch könnten die Polen selbst in diesem Fall unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen sein, einseitig zu handeln, ohne die Westmächte zu Rate zu ziehen".

Becks Danzig-Erklärung wurde am folgenden Tag als offizielle polnische Verbalnote formuliert und Szembek trug sie Noël vor. Der deutsche Geschäftsträger Baron Wühlisch berichtete aus Warschau, das Vertrauen Polens in den Beistand Englands und Frankreichs werde durch den Abschluß des deutschrussischen Paktes nicht erschüttert. Der Pakt hatte in der Tat, wie sich herausstellte, die Polen nicht veranlaßt, eine maßvollere Politik gegenüber Deutschland oder der deutschen Minderheit in Polen zu betreiben. Das Auswärtige Amt konnte eine riesige Sammlung von eingehenden Berichten über die Ausschreitungen gegen Deutsche in Polen vorlegen. Mehr als zehn ausführliche Darstellungen trafen jeden Tag ein, seit März 1939 waren über 1500 Dokumentarberichte eingegangen, die ein erschütterndes Bild der Grausamkeit und des menschlichen Elends boten. Albert Forster hatte am Nachmittag des 23. August 1939 mit Edmund Veesenmayer, Ribbentrops Sonderbeauftragten, über das Schicksal der Deutschen in Westpreußen und Posen gesprochen. Es war schwierig zu sagen, was man diesen unglücklichen Menschen, wenn über-

haupt, im Kriegsfall raten sollte. Forster schien keinen anderen Rat zu wissen, als zu bleiben, wo sie waren, und sich gegen Angriffe zu verteidigen oder sich zu verbergen. Doch versprach weder der eine noch der andere Ausweg wirkliche Abhilfe, weil die Volksdeutschen keine Mittel besaßen, mit denen sie Widerstand leisten konnten, und ebenso wenig Möglichkeiten, sich sicher zu verbergen.

Die Reichsregierung wiederholte am 23. August ihre schon einmal abgegebene Zusicherung an die slowakische Regierung in Preßburg, man würde im Kriegsfall weder die slowakischen Streitkräfte anfordern noch sie ersuchen, außerhalb ihres Landes zu operieren. Falls es zum Krieg kommen sollte, sei Deutschland bereit, die Rückkehr von Gebieten zur Slowakei zu erleichtern, deren sich Polen 1938 bemächtigt habe. Ferner erklärte sich die Reichsregierung bereit, die slowakische Grenze von 1938 gegen Ungarn zu garantieren.

Am 25. August befaßte sich die polnische Regierung mit einem deutschen Protest gegen die Gefährdung dreier deutscher Verkehrsflugzeuge, die mit Passagieren über der Ostsee von polnischen Batterien auf der Hela-Halbinsel beschossen worden waren. Die Polen gaben zu, am 24. August lediglich auf ein deutsches Flugzeug geschossen zu haben, und behaupteten, dieses sei, bevor man es angegriffen habe, über polnischem Hoheitsgebiet gesichtet worden.

Die Spalten der deutschen Presse füllten sich in wachsendem Maße mit ausführlichen Meldungen über Zwischenfälle gegen die Volksdeutschen in Polen. Der Völkische Beobachter gab bekannt, daß es bis zum 20. August 1939 über 80.000 Flüchtlingen gelungen sei, deutschen Boden zu erreichen, einigen sogar von Wolhynien her nahe der russischen Grenze. Die westlichen Diplomaten

in Berlin stellten fest, daß Polen nunmehr in Bausch und Bogen von Mißhandlungen der polnischen Minderheit in Deutschland sprach, wobei auffiel, daß niemals von einzelnen Vorfällen die Rede war. Man wandte sich vertraulich an die polnischen Diplomaten in Berlin, warum sie nicht versuchten, genaue und ausführliche Angaben über die angeblichen Zwischenfälle in Deutschland zu sammeln. Diese mußten jedoch gestehen, daß sich derartige Fälle nur sehr vereinzelt ereigneten und man lange nach ihnen suchen müsse. Sie behaupteten überdies, das sei nicht auf die Großmut der Deutschen zurückzuführen, sondern auf ihre Absicht, die polnische Minderheit als Geiseln für die Deutschen in Polen zurückzuhalten. Eine lächerliche Anschuldigung, denn die verantwortlichen deutschen Behörden waren längst zu dem Schluß gekommen und hatten auch kein Geheimnis daraus gemacht, daß die anständige Behandlung der Polen in Deutschland auch nicht die geringste Wirkung auf die polnischen Übergriffe gegen die deutsche Minderheit hatte.

634

635

Deutscher Widerstand gegen Hitler geht zurück

Um die Zeit der Unterzeichnung des deutschrussischen Paktes bestand in Deutschland eine beträchtliche Verschwörertätigkeit gegen Hitler. Doch war sie jetzt weniger ausgedehnt als zur Zeit der Tschechenkrise im Jahre zuvor. Einige kleine Verschwörergruppen hofften nach wie vor darauf, Angehörige des Adels, die die meisten Führungsstellen in der Wehrmacht innehatten, dazu bringen zu können, Hitler während dieser Krise zu verhaften. Dabei wurde geltend gemacht, das Deutschland Hitlers bilde ein neues Offizierskorps aus dem Volke heran, so daß der Rest

der dem Adel vorbehaltenen Privilegien dahinschwände, wenn das Hitler-Regime bestehen bleibe. Doch reichten die Bedenken der weitaus überwiegenden Mehrzahl des deutschen Offizierskorps nicht aus, um solchen Plänen zuzustimmen, als man sie daraufhin ansprach. Das war vor allem nach dem Abschluß des Paktes mit Rußland am 23. August 1939 der Fall.

Die offene Opposition gegen Hitlers Politik war häufiger und weniger gefährlich. General Thomas verfaßte im August 1939 als Chef des Wirtschafts-und Rüstungsamtes einige Memoranden, in denen festgestellt wurde, Hitlers Danzig-Politik würde zu einem allgemeinen Krieg führen. Der spätere Generalfeldmarschall Keitel erkannte die Bedeutung dieser Sache und legte Hitler die Memoranden persönlich zum eingehenden Studium vor. Auch Generaloberst Ludwig Beck, der als Generalstabschef des Heeres zurückgetreten war, richtete verschiedene Schreiben an seine Kameraden in der Wehrmacht und hob darin die Kriegsgefahr hervor. Hjalmar Schacht, der Anfang 1939 von seinem Posten als Präsident der Reichsbank zurückgetreten war, beruhigte die Militärs, die wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands seien ausgezeichnet, außerdem sei es von allen das letzte Land in der Welt, das übergroßer militärischer Vorbereitungen oder eines Krieges bedürfe, um seine wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Es war ein überwältigender Beweis dafür, daß Deutschlands Prominenz die Notwendigkeit erkannte, den Frieden zu wahren, und diese Auffassung wurde von Hitler geteilt. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen lediglich die Wege, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Hitler behielt für alle seine Entschlüsse freie Hand und war in der Lage, wie Beck in Polen, die von ihm als richtig erkannten Maßnahmen, ohne ernsthafte Störungen oder Widerstände, zu ergreifen.

Hitlers Streben nach einer ausgehandelten Regelung

Mit Hilfe seines Pakts mit dem Kreml am 23. August 1939 hoffte Hitler, die diplomatische Initiative zurückgewinnen zu können. Halifax’ am 17. März 1939 eingeleiteter Versuch, eine gewaltige britische Bündnisfront in Osteuropa zu errichten, war fehlgeschlagen. Ferner hoffte Hitler, Großbritannien und

635

636

Frankreich würden sich auf diese Lage einstellen und Polen ihre Unterstützung entziehen. Er wußte, daß sein Pakt mit Rußland ihm für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Westmächten eine starke Ausgangsposition gegeben hatte. Sein kürzlich errungener Erfolg hatte zuviel Aufsehen erregt, als daß seine Bemühungen um neue Verhandlungen ihm als Schwäche hätten ausgelegt werden können. Die britische Regierung lieferte Hitler eine ausgezeichnete Möglichkeit, seine neue diplomatische Aktion einzuleiten, als sie Chamberlain beauftragte, sich mit einem Schreiben an ihn zu wenden. Die britische Führung hatte natürlich nicht die Absicht, sich auf größere Verhandlungen einzulassen, doch Hitler dachte anders. Die Überreichung des Chamberlainschreibens durch Henderson am 23. August 1939 war für die Deutschen das Signal zu einer groß angelegten diplomatischen Offensive in England.

Die Situation wäre ohne Cianos unverzeihliche Indiskretion und General Gamelins ausweichendes Verhalten für Hitler bis zum 23. August 1939 verhältnismäßig einfach gewesen. Cianos Äußerung vom 18. August, daß Italien Deutschland nicht unterstützen werde, hatte die Wirkung des deutschen Vertrages mit Rußland auf Halifax abgeschwächt und General Gamelin einen Entschuldigungsgrund für die ungünstige militärische Lage Frankreichs, die durch das

sowjetische Abkommen mit Deutschland entstanden war, gegeben. Cianos Aktion war vor allem deshalb so unverantwortlich, weil ihm als italienischem Außenminister bekannt war, daß Hitler sich ein Maximum an Überraschungseffekt von dem Russenpakt versprochen hatte. Ciano wußte auch, daß seine Zusage an die Briten die Erfolgsaussichten für Hitlers Diplomatie erheblich mindern würde. Konnte man doch jetzt in London leicht argumentieren, Hitlers Stellung werde unsicher werden, wenn die Italiener die Einhaltung ihrer Verpflichtungen verweigerten. Italienische Loyalität gegenüber Hitler und eine klare französische Entscheidung gegen einen Krieg zugunsten Polens hätten sicherlich Halifax‘ Feldzug, einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu entfesseln, zum Scheitern gebracht. Ihr Fehlen machte es Hitler ungewöhnlich schwer, seinen russischen Erfolg nutzbringend bei den Verhandlungen mit den Briten in die Waagschale zu werfen. Am 23. August war ihm das noch nicht ganz klar; denn er ahnte nichts von der Zusage, die Italien den Briten am 18. August gegeben hatte und ebenso wenig von der entscheidenden Debatte im französischen Verteidigungsrat. Er unterschätzte Halifax’ unerbittliche Kriegsentschlossenheit. Daß der britische Botschafter Henderson gegen den Krieg war, wußte er und hoffte, die Ansichten des britischen Diplomaten in Berlin würden bis zu einem gewissen Grade von seinem Meister in London geteilt werden. Hitler war optimistischer, als es die Tatsachen zuließen, was im wesentlichen daran lag, daß er die Sachlage nicht im vollen Umfang kannte.

636

637

Auch die Russen dachten am 23. August 1939 recht optimistisch über ihre Aussichten. Sie überschätzten die

militärische Stärke Frankreichs und rechneten in Erinnerung an den 1. Weltkrieg mit einer hoffnungslosen Versteifung der deutsch-französischen Front. Stalin hoffte auf Expansion in Osteuropa und auf eine militärische Intervention gegen Deutschland am Ende eines europäischen Krieges, wenn Deutschland und die Westmächte sich erschöpft hätten. Doch bestand ein großer Haltungsunterschied zwischen Stalin und Hitler. Der Sowjetdiktator hoffte mit Roosevelt und Halifax auf den Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges. Hitler dagegen betrachtete einen europäischen Krieg als ein großes Unheil und bemühte sich, ihn zu verhindern. Welch eine Ironie, daß sich 1945/46 in Nürnberg die Führer der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Orwellschen Stil zusammenfanden, um wegen ihres ‚vorsätzlichen Versuchs’, als ‚Aggressoren‘ den Frieden der Welt zu vernichten, die deutschen Führer zu verurteilen.

637

638

19. KAPITEL: DEUTSCHE VORSCHLÄGE ZUR DEUTSCH-ENGLISCHEN VERSTÄNDIGUNG

Chamberlains Brief ein Anknüpfungspunkt für Hitler

DIE Unterzeichnung des deutschrussischen Pakts am 23. August 1939 klärte die Lage in Osteuropa. Keiner der unmittelbaren Nachbarn Polens war bereit, dem Land in einem Konflikt mit Deutschland zur Seite zu stehen.

England und Frankreich lagen in der Ferne. Beide hatten es unterlassen, Polen nach seiner Teilmobilmachung im März 1939 mit großzügigen Krediten oder Kriegsmaterial zu unterstützen. Die Sowjetunion hatte den Polen gegenüber eine feindselige Haltung eingenommen. Die militärische Lage Polens war in einem Krieg mit Deutschland ungeachtet irgendwelcher Aktionen von seiten Englands und Frankreichs hoffnungslos. Halifax ermunterte zwar die Polen, Deutschland herauszufordern, bot ihnen aber keinerlei wirksame Unterstützung an. Hitler hoffte, Halifax würde aus dieser Situation den logischen Schluß ziehen und sich um einen Kompromiß bemühen, der Polen vor einem sonst unvermeidlichen militärischen Zusammenbruch bewahren könnte.

Henderson begab sich am 23. August 1939 mit einem persönlichen Schreiben Chamberlains zu Hitler auf den

Obersalzberg. Er hatte die Weisung erhalten, Hitler der britischen Entschlossenheit zur Intervention im Falle eines deutsch-polnischen Krieges zu versichern. Henderson blieb keine andere Wahl, als seine Amtspflicht ohne Rücksicht auf die Kluft zwischen dienstlicher Weisung und persönlicher Überzeugung zu erfüllen. Der deutsche Kanzler begegnete ihm mit dem ebenso festen Entschluß, den Briten klarzumachen, daß er nicht bluffe und unbeirrbar das deutsche Programm in Danzig zu erfüllen gedenke. Somit waren alle Voraussetzungen für eine stürmische Begegnung, in der zwei fest entschlossene Geister aufeinanderprallten, gegeben. Um drei Uhr nachmittags teilte Henderson der britischen Botschaft in Berlin telefonisch mit, seine erste Unterredung mit Hitler sei „unbefriedigend“ verlaufen.

638

639

Chamberlain warnte Hitler in seinem Schreiben, England werde Polen ungeachtet des deutschrussischen Pakts militärisch unterstützen. Sein Land sei im Begriff, weitere militärische Maßnahmen zu ergreifen. „Es wäre eine gefährliche Illusion, zu denken, daß, wenn erst einmal der Krieg beginnt, er rasch beendet werden könne, selbst wenn ein Erfolg an einer der verschiedenen Fronten, an denen er stattfindet, erzielt worden ist“. Daß Deutschland Polen schlagen könne, gab er zu, doch werde England nach der Niederlage Polens auch weiterhin auf die totale Niederlage Deutschlands hinarbeiten.

Hitler empfing Henderson nochmals, nachdem er Chamberlains Schreiben gelesen hatte. Seine erste Äußerung richtete sich gegen die Drohung zusätzlicher militärischer Maßnahmen: „Sollte es mir zur Kenntnis gelangen, daß auf seiten Englands weitere Maßnahmen

dieser Art zur Durchführung gelangen, heute oder morgen, werde ich die sofortige allgemeine Mobilmachung für Deutschland befehlen”. Darauf rief Henderson aus, dann werde der Krieg unvermeidlich sein. Doch Hitler wiederholte seine Herausforderung. Der Botschafter versuchte dann die angebliche Fairneß der jüngsten außenpolitischen Schritte Englands weitschweifig darzulegen und mit einem beträchtlichen Maß an Spitzfindigkeit zu bestreiten, daß die englische Politik in irgendeinem Zusammenhang mit Polens Ablehnung der von Hitler im Oktober 1938 unterbreiteten Vorschläge einer deutsch-polnischen Verständigung stehe. Er bemerkte, diese Ablehnung sei der britischen Garantie vom 31. März 1939 um wenige Tage vorausgegangen. Hitler blieb davon unbeeindruckt und äußerte kurz und bündig, um die Zeit der polnischen Ablehnung sei Englands Stellung absolut klar gewesen. „Die britische Presse hat damals festgestellt, Polens wie auch Rumäniens Freiheit würde bedroht.

Henderson geriet in einige Verlegenheit, als er feststellen mußte, daß Hitler ausschließlich den Briten die Schuld an seinen Schwierigkeiten mit Polen gab. Ganz impulsiv machte er eine persönliche Bemerkung, die in keinem Zusammenhang mit seinen Instruktionen stand und erklärte mit Wärme, er habe kürzlich einem prominenten deutschen Freund geschrieben, der deutsche Führer habe zehn Jahre gefordert, um Deutschland zu gewinnen. Er müsse England darum mehr Zeit geben, ehe er zu dem Schluß komme, daß man es nicht gewinnen könne. Er persönlich habe es niemals gewünscht, daß es zum Abschluß eines englisch-französisch-russischen Paktes käme. Ihm sei es lieber, daß Deutschland einen Vertrag mit Rußland eingehe, als wenn England es täte.

Hitler nutzte die Gelegenheit, hob den großen Vorteil des neuen Pakts für Deutschland hervor und schloß: „Irren Sie

sich nicht! Es wird ein Vertrag sein, der viele Jahre hält“. Henderson befürchtete, die Initiative könne ihm in diesem Gespräch rasch entgleiten. So machte er einen Anlauf, Englands Verpflichtung gegenüber Polen mit großem Ernst vom Standpunkt der nationalen

639

640

Ehre aus darzulegen. Er führte aus: „Durch die Jahrhunderte der Geschichte hin haben wir, so weit ich weiß, niemals unser Wort gebrochen. Wir könnten es auch jetzt nicht tun und Briten bleiben.“ Hitler beugte sich daraufhin vor und sah den britischen Botschafter forschend an, um sich zu vergewissern, ob er wach sei und nicht im Trancezustand spreche. Er beendete die zweite Unterredung mit der Bemerkung, er werde Chamberlains Schreiben in einigen Stunden beantworten.

Henderson nahm sich in seinem Bericht an Halifax vor, neben seiner Meldung, daß er weisungsgemäß gehandelt habe, vor allem zwei Dinge hervorzuheben, nämlich die Entschlossenheit der Deutschen zur Regelung der Danziger Frage und Hitlers Wunsch, die englisch-deutschen Differenzen zu beseitigen. Im Hinblick auf den zweiten Punkt griff er nochmals die Prager Frage auf und wies betont auf eine neuerliche Äußerung Hitlers hin, daß, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, keine Notwendigkeit bestanden habe, das Protektorat Böhmen-Mähren zu errichten, und daß dieses Regime das Augenblicksergebnis einer besonderen Krisensituation gewesen sei. Nach Hitlers Andeutungen hätten die Tschechen weiterhin unabhängig bleiben können, wenn von Großbritannien gemeinsam mit Deutschland die Beschlüsse der Münchener Konferenz ausgeführt worden wären. Henderson beabsichtigte damit, Halifax an den

Gafencu-Plan vom April 1939 zu erinnern, der die schwebenden Streitfragen mit Hilfe deutscher Zugeständnisse in Prag auf diplomatischem Wege geregelt wissen wollte.

Henderson spürte einiges Unbehagen seiner lächerlichen Behauptung wegen, daß die Briten niemals ihr Wort gebrochen hätten. So berichtete er Halifax darüber, er habe das Hitler mit der Einschränkung, „soweit mir bekannt ist", versichert. Henderson habe dann wenigstens der Form halber versucht, Hitlers Beschwerde über die deutsche Minorität in Polen mit der Behauptung zu parieren, wenn auch ohne eigene Überzeugung, daß Hitler die Polen in Deutschland verfolge. Er war alles andere als überzeugt von der Wahrheit dieser Anschuldigung. Halifax erfuhr ferner, Hitler werde nicht zurückweichen und erhalte in Deutschland für seine Politik weitaus mehr Unterstützung als während der Tschechenkrise im September 1938.

Hitlers Antwort an Chamberlain

Hitlers Antwortschreiben an Chamberlain vom 23. August 1939 hob im wesentlichen den Umfang des Leidens unter den Deutschen in Polen hervor. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Briten diese Lage vom Standpunkt der Menschlichkeit aus betrachten würden und nicht von dem abstrakter politischer Erwägungen. Chamberlain wurde daran erinnert, daß viele prominente Engländer in den letzten Jahren Verständnis für den Ernst der Danzig-Frage ge-

640

641

zeigt hätten. Hitler beschuldigte Chamberlain unverblümt, eine Alarmstimmung geschaffen zu haben, welche die

Bereitschaft der Polen, mit Deutschland zu verhandeln, zunichte gemacht habe. Auch sei von ihm zur Förderung eines Krieges zwischen Deutschland und Polen beigetragen worden, indem England den Polen einen Blankoscheck auf britischen Beistand in jedem Konflikt, aus welchen Ursachen auch immer, ausgestellt habe. Hitler forderte Chamberlain zur Anerkennung zweier Tatsachen, die die Wurzel des Zerwürfnisses zwischen England und Deutschland seien, auf. Deutschland habe Polen wissen lassen, daß die Danzig-Korridor-Frage mit oder ohne Polens Zutun gelöst werden müsse. England dagegen habe die polnische Unnachgiebigkeit mit der Erklärung bestärkt, es werde Polen ‘in jedem Konflikt gegen Deutschland unterstützen. Hitler schloß das Schreiben, diese Situation würde das sein Leben lang gehegte Bestreben zunichte machen, Verständigung und Freundschaft mit England herbeizuführen.

Hitler, der an der Hoffnung festhielt, die Briten würden ihren Standpunkt revidieren, betrachtete die deutsch-englischen Beziehungen mit weit geringerem Pessimismus, als seinem sorgfältig durchdachten Schreiben an Chamberlain zu entnehmen war. Auf einer Konferenz mit den obersten deutschen Führern am Abend des 23. August 1939 auf dem Berghof erklärte er, er sei mehr denn je davon überzeugt, daß England, wenn es darauf ankäme, Deutschland nicht angreifen würde. Er hielt die britische Politik für weitaus vernünftiger, als es die Tatsachen zuließen, und machte geltend: „England hat es nicht nötig, Krieg anzufangen und wird infolgedessen auch keinen anfangen“. Marschall Göring sah sich außerstande, Hitlers Optimismus zu teilen. Er hatte am Tag zuvor einen Bericht von Botschafter von Mackensen aus Rom erhalten und diesen sehr eingehend studiert. Außenminister Ciano hatte Mackensen versichert, Mussolini stelle Hitlers absolute Aufrichtigkeit keineswegs in Frage, habe jedoch erkannt, daß Hitler den mystischen Glauben hege, Vernunft werde die britischen Führer dazu bringen, die

Tragödie eines erneuten englisch-deutschen Konflikts zu vermeiden. Mussolini wünschte in Deutschland klar dahin verstanden zu werden, daß er diesen Glauben trotz des kürzlichen Erfolges der deutschen Politik in Rußland nicht teile. Der italienische Staatsführer, der geheimen Neutralitätszusicherung vom 18. August gegenüber den Briten eingedenk, hatte im Unterschied zu Hitler guten Grund zu der Annahme, daß der deutsch-russische Pakt die Briten nicht davon abhalten werde, Deutschland anzugreifen.

Birger Dahlerus' Mission

Schon vor vielen Wochen hatte Hitler Reichsmarschall Göring ermächtigt, mit Hilfe persönlicher Verbindungen die deutschen Kontakte zu den Briten

641

642

zu verbessern. Göring war bereits Anfang Juli mit diesem Vorschlag an Hitler herangetreten, nachdem Birger Dahlerus, ein bekannter schwedischer Ingenieur mit vielen Beziehungen in Großbritannien und Deutschland, den Reichsmarschall aufgesucht und ihm seine Dienste angeboten hatte, inoffiziell als Unterhändler für Deutschland aufzutreten. Dahlerus sah sich in der Erkenntnis, daß Hitler im Gegensatz zu Halifax aufrichtig eine Verständigung mit England wünsche, dazu veranlaßt, sowie in der sicheren Erwartung, daß ein deutsch-englischer Krieg jedem Land auf dem europäischen Kontinent, ausgenommen die Sowjetunion, unabsehbares Unheil bringen werde. Im Juli 1939 war Göring von ihm über die Entschlossenheit der britischen Führer, Deutschland anzugreifen, informiert worden. Damals bezweifelte Göring die Richtigkeit dieser

Behauptung, erkannte jedoch den Ernst der Lage. Dahlerus hatte vorgeschlagen, eine inoffizielle Konferenz zwischen wichtigen Vertretern der britischen Konservativen und den Deutschen in die Wege zu leiten.

Göring war von diesem Vorschlag sehr angetan und versprach Dahlerus, Hitlers Einwilligung für diesen Plan zu erwirken. Der deutsche Kanzler erklärte sich bereitwillig einverstanden und so wurde Dahlerus ersucht, mit seiner Mission am 8. Juli 1939 zu beginnen. Dieser entschloß sich, sogar noch einen Schritt weiterzugehen. Von deutscher Seite erhielt er die Zustimmung zu einem gut angelegten Plan, eine offizielle Konferenz diplomatischer Vertreter Englands und Deutschlands zu arrangieren. Zu seiner Enttäuschung lehnte Halifax diesen Vorschlag ab, doch gelang es ihm, wenigstens seinen ursprünglichen Plan in die Tat umzusetzen. Das britische Außenministerium sagte zu, nichts gegen eine inoffizielle Zusammenkunft auf deutschem Boden zu unternehmen.

Die Zusammenkunft fand schließlich am 7. August 1939 im Sönke-Nissen-Koog in Nordfriesland nicht weit von der dänischen Grenze statt. Die deutsche Abordnung wurde von Reichsmarschall Göring und General der Flieger Bodenschatz geführt. Die englische Abordnung bestand ausschließlich aus loyalen Anhängern der Chamberlain-Regierung, die jedoch als Privatleute in Erscheinung traten. Die Tagesordnung der Konferenz blieb auf einen präliminarischen Gedankenaustausch beschränkt, doch wurde es beiden Parteien sehr schnell klar, daß die Gefahr eines deutsch-englischen Krieges sehr groß war. Die Deutschen stimmten einem britischen Vorschlag zu einem weiteren Treffen zu, an dem auch französische und italienische Abgesandte teilnehmen sollten. Diese Konferenz hat nicht mehr stattgefunden, nachdem der deutsch-russische Pakt unterzeichnet worden war. Göring mußte zu

seiner tiefen Enttäuschung erfahren, daß die Engländer sich nach dem russischen Pakt von dem Dahlerus-Plan zurückzogen.

Der mißglückten Konferenz im Sönke-Nissen-Koog folgten noch weitere private Fühlungnahmen zwischen Engländern und Deutschen. Göring fühlte

sich von den möglichen Auswirkungen eines Berichts des Reichsleiters der NSDAP Alfred Rosenberg, den das Auswärtige Amt am 16. August 1939 erhielt, beunruhigt. Eine Durchschrift dieses Berichts war direkt an Hitler gegangen. Die Information Rosenbergs stammte von Baron William S. von der Ropp, der als Balte im zaristischen Rußland geboren war und später die britische Staatsangehörigkeit erworben hatte. Von der Ropp, der wie viele Deutsch-Balten in zaristischen Diensten gestanden hatte, war Deutschland nicht besonders wohlwollend gesonnen, dagegen ein ergebener Anhänger des englischen Außenministers Halifax. Er machte die verblüffende Andeutung, eine britische Kriegserklärung an Deutschland schlösse eine deutsch-englische Regelung nach der Niederlage Polens nicht unbedingt aus.

Von der Ropp, der als Leiter der Deutschland-Abteilung des Geheimdienstes im britischen Luftfahrtministerium während des Krieges vorgesehen war, behauptete, in diesem Ministerium herrsche lebhafte Opposition gegen einen Krieg mit Deutschland. Ferner behauptete er, es sei für die Befehlshaber der britischen Luftwaffe völlig klar, daß die Sowjetunion der Hauptnutznießer eines deutsch-englischen Krieges wäre, daß Deutschland jedoch nach seinem sicheren

Sieg über Polen nicht die Vernichtung Großbritanniens und Frankreichs wünsche. Von der Ropp sagte voraus, England und Frankreich würden im Fall eines deutsch-polnischen Krieges ihrerseits den Krieg an Deutschland erklären, doch brauche ein solcher Krieg nicht ernstgenommen zu werden, weil die Möglichkeit eines Friedensschlusses nach Beendigung der Feindseligkeiten in Polen bestünde.

Göring machte sich mehr Sorge wegen der Wirkung des Ropps-Berichtes auf Hitler als Rosenberg. War es doch immerhin möglich, daß Halifax die Deutschen in unberechenbarer Weise zu einem gewagten Spiel in Polen ermutigte, um sie in einen allgemeinen Krieg zu verwickeln, der mit der Vernichtung Deutschlands enden konnte. Rosenberg dagegen neigte dazu, die Informationen seines baltischen Landsmannes ohne weiteres für aufrichtig zu halten. Jedenfalls zog er aus ihnen den Schluß, die Polen trieben ein verzweifeltes Spiel, um Krieg mit Deutschland zu provozieren, weil sie damit die Briten zum Handeln zwingen zu können hofften, ohne indessen sicher zu sein, ob die Briten Polen tatsächlich unterstützen würden. Die angebliche Haltung der Briten, wie Rop sie schilderte, kam dem Wunschdenken Hitlers über die Absichten der britischen Führung sehr entgegen. Ropps Enthüllungen waren eine raffinierte Propagandaleistung. Als solche stellten sie angesichts der fieberhaften Vorbereitungen der Royal Air Force für einen Überfall beispielloser und fortgesetzter Grausamkeit gegen die deutsche Zivilbevölkerung geradezu eine Ironie dar.

Das Auswärtige Amt empfing am 16. August 1939 noch einen vertraulichen

643

644

Bericht von Paul Legrenier, einem französischen Journalisten und aufrichtigen Freund Deutschlands. Legrenier behauptete auf das entschiedenste, England und Frankreich würden in einem Danzigs wegen entstehenden Konflikte zwischen Deutschland und Polen keinen Krieg gegen die Deutschen führen. Sein Bericht stützte sich auf die Entschlossenheit des französischen Außenministers Bonnet, nicht für polnische Interessen in Danzig zu kämpfen, und auf die klar ersichtliche Tatsache, daß England ohne französischen Beistand nichts gegen Deutschland unternehmen werde. Der Berliner Korrespondent des New York Herald Tribune, Joseph Barnes, vertrat am gleichen Tage vor deutschen Diplomaten den Standpunkt, es bestehe immer noch eine Chance von 50 : 50, daß England und Frankreich Deutschland nicht angreifen würden. Bei seinen Schätzungen stütze er sich auf die Annahme, daß Deutschland sehr darum bemüht bleibe, die beiden Länder nicht unnötig zu provozieren. Die Berichte Ropps, Legreniers und Barnes’ gelangten Hitler am 16. August 1939 vor der Bekanntgabe des deutsch-russischen Pakts zur Kenntnis. Hitler war überzeugt, daß der Abschluß dieses Pakts die Friedensaussichten verbessern werde. Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, daß er im Hinblick auf die Möglichkeiten, einen deutsch-englischen Krieg zu vermeiden, optimistischer war als Göring oder Mussolini.

Im Auswärtigen Amt hegte man hinsichtlich der offiziellen Politik Roosevelts in der gegenwärtigen Krise keine Illusionen; denn es war bekannt, daß diese Politik auf der doppelten Voraussetzung beruhte, es müsse und werde einen allgemeinen europäischen Krieg geben. Andererseits bestand Grund zu der Annahme, daß einige amerikanische Diplomaten in Berlin diese Einstellung nicht teilten. Der britische Botschafter Henderson ließ die Deutschen wissen, der amerikanische Geschäftsträger Kirk treibe ihn ständig an, immer wieder zu betonen, daß England eher kämpfen

als zurückweichen werde. Indessen gab es auch genügend Beweise dafür, daß Kirk die Hoffnung hegte, das Betonen britischer Festigkeit werde Hitler zu neuen Vorschlägen für eine Regelung veranlassen. Überdies war den Deutschen bekannt, daß Kirk Louis P. Lochner, dem amerikanischen Journalisten, eine schwere Rüge erteilt hatte, weil dieser die Entschlossenheit Deutschlands zum Krieg in Frage stellte. Lochner bediente sich dabei der Taktik polnischer Journalisten und behauptete, Hitler bluffe, weil er wußte, daß sich dadurch der deutsche Widerstand verstärke und der Krieg wahrscheinlicher werde. Hätte Kirk persönlich den Krieg gewollt, so wäre er ganz gewiß nicht von sich aus gegen Lochner vorgegangen. Lochner war in Berlin außerordentlich unbeliebt und die deutschen Diplomaten nahmen beifällig zur Kenntnis, daß Kirk ihn wegen seiner rücksichtslosen Kriegsstimmungsmache getadelt hatte.

644

645

Charles Buxtons Rat an Hitler

Den Deutschen waren zahlreiche Gerüchte zu Ohren gekommen, nach denen Reibungen zwischen Halifax und Rab Butler, dem Unterstaatssekretär für außenpolitische Fragen, bestanden. In Berlin war es bekannt, daß Butler gegen einen Krieg mit Deutschland opponierte. Charles Roden Buxton, außenpolitischer Sachverständiger der Labour Party und Quäker-Führer, traf am 15. 8. 1939 zu einem Besuch in Berlin ein. Butler und Buxton waren eng miteinander befreundet. In Buxtons Begleitung befand sich T. C. P. Catchpool, Beauftragter für soziale Hilfsmaßnahmen, der sich wegen seiner Hilfsaktionen im Sudetengau während der tschechischen Herrschaft einen guten Namen bei den Deutschen gemacht hatte. Buxton gab bekannt, er sei nach

Deutschland gekommen, um eine freundschaftliche Regelung der deutsch-englischen Reibungen zu erörtern. Vorher hatte er an Dr. Hetzler, Ribbentrops persönlichen Englandberater in Berlin, geschrieben und sich dabei für eine umfassende Regelung eingesetzt, die alle Streitpunkte zwischen England und Deutschland berücksichtigte. Buxton motivierte seine Mission mit der Mitteilung an Dr. Hetzler: „Ich bin ein guter Europäer."

Der von Buxton vorgelegte Plan enthielt alles, was sich Hitler wünschte, und sehr viel mehr, als er selbst von einer Regelung mit Halifax erwartete. Der Plan begann mit dem entscheidenden Punkt, daß sich das Britische Empire aus Osteuropa in der Erkenntnis zurückziehen solle, daß das Deutsche Reich in jenem Gebiet besondere Interessen habe. Buxton befürwortete die Rückgabe der von England und Frankreich in Besitz genommenen deutschen Kolonien und den Zusammentritt einer internationalen Kolonialkonferenz nach dem Muster der Berliner Konferenz von 1885, um eine vernünftige Neuverteilung des Kolonialgebietes an die führenden Kolonialmächte vorzunehmen. Das sollte nicht heißen, daß irgendeine einzelne Macht nun unbedingt einen reinen Gebietszuwachs an kolonialem Territorium erhalten müsse, doch hoffte man, daß ein Gebietsausgleich in bestimmten Räumen künftige Reibungsflächen vermindern könnte. Buxton setzte sich ferner für die Aufhebung des britischen Wirtschaftsimperialismus in Osteuropa ein, beispielsweise in Rumänien, wo England die innerstaatlichen Stellen mit unfairen Mitteln bedrängte, Zugeständnisse auf Kosten des normalen Handels zu machen. Nach seiner Ansicht sollte England von seinen Garantien an Polen, Rumänien und Griechenland zurücktreten, weil es das einzige Mittel sei, einen Schlußpunkt hinter die nicht zu rechtfertigende britische Intervention in Osteuropa zu setzen. Nach Buxtons Auffassung sollte ferner die britische Regierung ihren unheilvollen Einfluß zwischen Deutschland

und Polen aufgeben und als Wiedergutmachung Friedensdienste anbieten. Er befürwortete ein Programm gegensei-

645

646

tigen Vertrauens, wozu auch ein neues deutsch-englisches Flottenabkommen, die Abrüstung und eine beiderseitige Kontrollmöglichkeit der militärischen Anlagen in beiden Ländern gehören sollten.

Von den Deutschen wurde erwartet, die bestehende territoriale Ausdehnung des Empires als den Lebensraum der britischen Nation anzuerkennen. Auch sollten sie ihre Zustimmung zu einer diplomatischen Konferenz mit England, Frankreich, Italien, Polen und Spanien zwecks! Regelung europäischer Anliegen erklären. Ferner sollten sich die Deutschen aus jeder Bündnisverpflichtung, die sie möglicherweise mit dem neuen spanischen Regime eingegangen seien, lösen, weil ein solches Bündnis entweder England oder Frankreich mit Einkreisung bedrohen würde. Dieser Punkt bedeutete, obwohl Buxton das nicht wußte, kein tatsächliches Zugeständnis Deutschlands, da keinerlei Bündnisabmachungen zwischen den beiden Ländern bestanden. Buxton verlangte nicht den Austritt Spaniens aus der Antikominternfront, weil er erkannte, daß diese eine internationale ideologische Solidarität gegen den Kommunismus darstelle und kein von nationalen Bestrebungen diktiertes Bündnissystem.

Buxton erwartete von Hitler eine Erklärung an die Welt, daß das System der zeitweiligen Autonomie für die Tschechen im Protektorat Böhmen-Mähren nicht zu einer festbegründeten dauernden Einrichtung werden sollte. Nach seiner

Überzeugung würde diese Erklärung als eine angemessene Antwort auf die britischen Beschwerden über die bisherige Politik Deutschlands in Prag gewertet werden können. Die deutschen Diplomaten erkannten deutlich, daß Buxtons Ausführungen einen sehr realen und wesentlichen Plan zur Beilegung der deutsch-englischen Spannungen darstellten, und es hatte niemand auch nur die geringsten Einwände gegen die einzelnen Punkte vorzubringen. Ebenso klar war auch, daß die britische Regierung dieses Programm akzeptiert hätte, wenn anstelle von Halifax Rab Butler mit der Führung der britischen Außenpolitik betraut gewesen wäre. Der Buxton-Plan hätte eine bewundernswerte Grundlage für eine ausgehandelte Regelung abgegeben, wenn er offiziell von der britischen Regierung ausgegangen wäre. Hitler sah darin Buxtons Absicht, ihn zu veranlassen, diese Vorschläge in seinen Verhandlungen mit der britischen Regierung zu verwenden. Er zögerte nicht, nach dem Abschluß des deutschrussischen Paktes entsprechend zu handeln.

Herbert von Dirksens Verwirrung

Als die Gespräche Buxtons mit den deutschen Regierungsvertretern beendet waren, traf Botschafter von Dirksen am 18. August 1939 aus London in Berlin ein. Er hat später behauptet, die Absicht gehabt zu haben, die Situation in England mit Ribbentrop zu erörtern, der sich damals im Schloß Fuschl bei Salz-

burg aufhielt. Dieser angebliche Eifer, mit dem Reichsaußenminister zusammenzutreffen, spiegelte sich aber keineswegs in dem Verhalten des Botschafters wider.

Er blieb nur wenige Stunden in der Reichshauptstadt, ehe er sich in seinen Wohnort Gröditzberg in Schlesien begab. Sehr viel angebrachter wäre es für ihn gewesen, sich wenigstens ein paar Tage in Berlin aufzuhalten und sich darum zu bemühen, mit Ribbentrop zu sprechen. Statt dessen richtete er von seinem Wohnsitz in Schlesien aus ein ausführliches Memorandum an Weizsäcker über die englisch-deutschen Beziehungen. Sein Begleitbrief ließ jedes Interesse an einem persönlichen Zusammentreffen mit Ribbentrop vermissen. Er deutete lediglich an, Weizsäcker möge sein Memorandum an den Reichsaußenminister weiterleiten.

Das Dirksen-Memorandum enthielt die Feststellung, jede Beurteilung der gegenwärtigen Politik Englands in der polnischen Frage erfordere eine vorhergehende Prüfung der britischen Motive zum Garantie-Angebot an Polen vom 31. März 1939. Dirksen hatte erkannt, daß die britische Garantie aus abstrakten Berechnungen, die auf der traditionellen Kräfteausgleichspolitik beruhten, hervorgegangen war. Dazu vermerkte er, Polen sei der Eckstein der englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland. Nach Dirksens Auffassung mußte Deutschland die Briten überreden, ihre Einkreisungspolitik als solche aufzugeben, bevor man überhaupt auf ihre Neutralität in dem vorliegenden deutsch-polnischen Konflikt hoffen konnte.

Nach dieser eindrucksvollen Einleitung stellte Dirksen die erstaunliche Behauptung auf, Großbritannien sei bemüht, „seines eigenen Minderwertigkeitskomplexes Herr zu werden“. Er wies darauf hin, das britische Prestige habe während der letzten Jahre in Asien, Afrika und Europa eine lange Reihe diplomatischer Niederlagen von seiten Japans, Italiens und Deutschlands hinnehmen müssen. Auch sehe man den praktischen Zusammenbruch des Völkerbunds als einen Schlag gegen das britische Prestige an, weil England die führende Stellung in dieser Organisation eingenommen

habe. Dirksen übersah dabei jedoch die Tatsache, daß Chamberlain, Halifax, Simon und Hoare für den Völkerbund nie etwas anderes als Zynismus empfunden und sich auch nicht gescheut haben, ihn zu untergraben, wenn es ihnen für ihre eigenen Zwecke nützlich erschien. Auch wußte er nicht überzeugend darzulegen, inwiefern diplomatische Rückschläge, die sich aus übereifriger Einmischung der Briten in die Probleme anderer Mächte ergaben, ausreichen sollten, um den bekannten Überheblichkeitskomplex der englischen Führung zu beeinträchtigen. Halifax begegnete bei der Einschüchterung Italiens keiner Schwierigkeit. Er verließ sich darauf, die französische Außenpolitik diktieren zu können, und er wußte, daß F. D. Roosevelt als Präsident der USA darauf erpicht war, auf jeden Kriegsvorschlag einzugehen, wie er andererseits genau wußte, daß Hit-

ler und die anderen deutschen Führer ausgesprochen englandfreundlich und aufrichtig darauf bedacht waren, eine deutsch-englische Zusammenarbeit herbeizuführen. Der Anteil des britischen Handels an den Weltmärkten war 1939 von Monat zu Monat gestiegen, und während der zehn Jahre nach Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte das riesige Empire keinerlei Gebietsverluste erlitten. Völlig bloß stellte sich Dirksen mit seinem Schluß, daß England sich nach den Märzvorgängen in Prag „moralisch zusammengenommen“ habe. Damit machte er sich den Standpunkt von Halifax zu eigen, indem er erklärte, das öffentliche Einschwenken Englands auf den Kriegskurs sei nichts als ein Akt der moralischen Rehabilitierung. Damit war Dirksen der britischen Propaganda hoffnungslos zum Opfer gefallen.

Dirksen behauptete weiter, Chamberlain und die britische Öffentlichkeit starrten wie hypnotisiert auf die Danziger Situation, obwohl sie im großen und ganzen gar keine Ahnung von den Vorgängen in jenem Teil Europas hätten. Ferner führte er an, die deutsche Berichterstattung über das Schicksal der Deutschen in Polen werde in England mit vorsätzlicher Skepsis aufgenommen. Man erinnerte sich unschwer daran, daß Deutschland in den Jahren 1934-1939 keine Klage in dieser Hinsicht erhoben hatte, als die Zensur die deutschen Zeitungen davon abhielt, die Zwischenfälle in Polen auszuwerten. Die britischen Führer hielten es für richtig, die Tatsache zu ignorieren, daß Hitler im Interesse einer dauerhaften Verständigung mit den Polen alle ungünstigen Nachrichten über Polen unterdrückt hatte.

Dirksen war überzeugt, daß einer militärischen Aktion der Polen in Danzig ein militärisches Eingreifen Englands gegen Deutschland folgen werde. Mit Nachdruck verwies er darauf, die Briten würden Polen selbst dann unterstützen, wenn dieses eine Kampfhandlung beginnen würde, ohne von Deutschland provoziert worden zu sein. Eine bewaffnete Intervention Englands sei unvermeidbar, sobald Deutschland, aus welchen Gründen auch immer, gegen Polen zu Felde ziehe. Nach Dirksens Auffassung konnte ein deutsches Zurückweichen vor den polnischen Ansprüchen die Briten möglicherweise schließlich doch noch dazu bringen, ihre Politik gegenüber Polen zu ändern.

Weizsäcker arbeitete das Dirksen-Memorandum durch und leitete es dann Ribbentrop zu. Der Reichsaußenminister war zunächst über Dirksens Anfälligkeit gegenüber der britischen Propaganda verärgert, andrerseits aber auch betroffen über die eindeutige Warnung vor der englischen Intervention in einem deutsch-polnischen Krieg. Auf seinem Rückflug von Rußland am 24. August 1939 befaßte er sich mit Überlegungen, von denen er sich eine diplomatische

Lösung des deutsch-polnischen Streits in letzter Minute erhoffte. Er konnte sich nur schwer des Gefühls erwehren, daß eine allgemeine diplomatische Konferenz der einzig gangbare Weg zu diesem Ziel sein würde. In Gedanken ging

648

649

er noch einmal die italienischen Vorschläge für eine Konferenz durch, obwohl Hitler Einwände gegen die Durchführbarkeit dieses Planes erhoben hatte. Seines Wissens teilte Dr. Fritz Hesse, der deutsche Presseattache in London, die Überzeugung Dirksens, daß England gegen Deutschland vorgehen werde, wenn der Streit mit Polen nicht friedlich beigelegt würde. Hesse war, das wußte Ribbentrop, im Gegensatz zu Dirksen seit vielen Jahren schon in London und ein schärferer Beobachter der Vorgänge in England als der Botschafter. Am 24. August erhielt Hesse von Ribbentrop die Weisung, einen Sonderbericht über die jüngsten Entwicklungen in England für Hitler zu verfassen.

Vor Ribbentrops Rückkehr aus Moskau, am 23. August, erhielt das Auswärtige Amt weitere irreführende Informationen von dem italienischen Botschafter Attolico. Dieser behauptete, der britische Botschafter Loraine habe am 20. August zustimmend in Rom erklärt, seine Regierung werde unter günstigen Bedingungen an einer internationalen Konferenz teilnehmen. Das war jedoch eine grobe Entstellung der kühlen Antwort Loraines auf Cianos Konferenzvorschlag. Außerdem verheimlichte Attolico die nicht unerhebliche Tatsache, daß England Italien am gleichen Tag mit der Ankündigung gedroht hatte, den Hauptschlag seiner Offensive gegen Italien zu richten, falls es Deutschland im Kriegsfall militärisch unterstütze.

Attolicos Demarche erweckte falsche Hoffnungen in den Deutschen, daß England unter Umständen einen friedlichen Ausgleich mit Deutschland in Erwägung ziehen würde.

Hitlers Appell an das Foreign Office

Am 23. August erhielt das Auswärtige Amt den Besuch William Cottons, eines englischen Konservativen, der den Buxton-Plan eines Einvernehmens mit Deutschland unterstützte. Zweck der Mission Cottons war es, die Deutschen zu veranlassen, Reichsmarschall Göring incognito nach England reisen zu lassen, um mit Halifax zu verhandeln. Der britische Außenminister war von dem Plan nicht begeistert, doch hatte er Cotton ein in kühlen Formulierungen gehaltenes Schreiben ausgehändigt, wonach er „bereit war, Göring zu sehen“. Das Fehlen jedes positiven Entgegenkommens von Halifax in diesem Fall einer Mission Görings ließ die deutschen Diplomaten befürchten, daß ein Versuch, die Differenzen auf diese Weise zu regeln, sinnlos sei und mit einem Fiasco enden würde. Man teilte Cotton mit, daß Hitler und Henderson Gespräche über die Probleme deutsch-englischer Beziehungen führten, und man hoffe, diese wiederaufgenommenen Verhandlungen würden konkrete Ergebnisse zeitigen. Eine Entscheidung über die Göring-Mission wurde einstweilen vertagt, doch nahmen Hitler und Göring die Erklärung von Halifax als ein Zugeständnis hin, das später unter Umständen zur Aufrechterhaltung des Kontaktes zwischen den beiden Ländern nützlich sein konnte.

649

650

Mit Hitlers Einverständnis war Göring bestrebt, den Cotton-Besuch auszunutzen und Birger Dahlerus zu einer erneuten

Mission nach England zu entsenden. Dahlerus weilte am Abend des 23. August in Paris, als ihn ein Ferngespräch Görings erreichte und dieser ihn ersuchte, unverzüglich nach Berlin zu kommen. Am nächsten Morgen traf der schwedische Ingenieur in der Reichshauptstadt ein. Er versicherte Göring seiner Bereitschaft, alle Zeit und Energie zur Herbeiführung einer deutsch-englischen Regelung zur Verfügung zu stellen. Er werde nicht eher von seinen Bemühungen ablassen, als bis sich herausstelle, daß eine solche Regelung unerreichbar sei.

Daraufhin veranlaßte ihn Göring, sobald wie möglich nach London zu fliegen, um der britischen Führung eine wichtige ehrenwörtliche Versicherung Hitlers zu übermitteln. Hitler wollte mit einer Ehrenerklärung Deutschlands, daß die mit Henderson am Vortage begonnenen Verhandlungen fortgesetzt würden, soweit es in seiner Macht stünde, und daß sie durch keinerlei Aktionen Deutschlands gegen England unterbrochen werden sollten, eine Sphäre des Vertrauens schaffen. Hitler wünschte es nicht, daß die britische Haltung in den Verhandlungen von irgendeiner angeblichen Drohung eines deutschen Überraschungsangriffs gegen England belastet werde.

Göring gestattete Dahlerus, Halifax zu versichern, daß er als verantwortlicher Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe seinen ganzen Einfluß aufwenden werde, jede Aktion gegen England zu verhüten, solange die Verhandlungen andauerten. Nach dieser Unterredung nahm Dahlerus Fühlung mit den britischen Diplomaten in Berlin auf. Am Abend des 24. August sprach er von der britischen Botschaft aus telefonisch mit dem Foreign Office und erhielt von dort die Genehmigung, nach London zu fliegen. Vertraulich äußerte er in diesem Gespräch, Göring befürchte, Chamberlain werde vor dem Parlament die Erklärung abgeben, daß man weitere deutsch-englische

Unterredungen nicht dulden werde, und so bat er, man möge eine solche Entscheidung nicht vor seiner Ankunft in London treffen. Dahlerus flog am 25. August morgens nach London ab, wo er in den deutsch-englischen Verhandlungen eine bedeutsame Rolle spielen sollte. Seine Mission fand erst über eine Woche später ihren Abschluß, als seine Vermittlerdienste von den britischen Führern ganz unvermittelt abgelehnt wurden. Auf seinen zahlreichen Reisen zwischen England und Deutschland gelang es Dahlerus, die Kontakte zwischen den britischen und deutschen Führern zu erweitern. Halifax hat später vor dem Nürnberger Gericht der Alliierten, das Göring 1946 zum Tode verurteilte, zugegeben, daß der Reichsmarschall, der Dahlerus mit Wissen und Billigung Hitlers eingeschaltet hatte, während der letzten Krise vor dem Ausbruch des 2. Weltkriegs alles in seiner Macht Stehende getan habe, um den Frieden zu erhalten.

650

651

Mackensen in Rom erkannte die Bedeutung der italienischen Position für die Verhandlungen zwischen Deutschland und England. Er hoffte immer noch, daß Ciano über die kürzlichen deutsch-italienischen Meinungsverschiedenheiten nichts den Briten gegenüber habe verlauten lassen. Am 23. August 1939 berichtete Mackensen, der deutschrussische Pakt werde die Italiener möglicherweise veranlassen, sich einer Politik unmittelbarer Unterstützung Deutschlands wiederzuzuwenden. Er hatte in Rom endlich klare Informationen erhalten, nach denen Attolico alles getan hatte, um Italien davon abzubringen, Deutschland in der Krise beizustehen. So war er jetzt geneigt, Weizsäcker recht zu geben, daß Attolico zu dem kürzlichen Stimmungswechsel in Rom beigetragen hatte. Italienischen

Quellen zufolge hieß es jetzt, Ciano sei dem Einfluß Hitlers auf dem Obersalzberg „erlegen“ gewesen, doch sei es Attolico gelungen, ihn wieder umzustimmen. Nunmehr betonten die Italiener, Deutschland habe im Mai 1939 die Zusage gegeben, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, einen Krieg in den kommenden Jahren zu verhindern. Sie wünschten sich auf ihr Programm öffentlicher Arbeiten in Albanien, Abessinien und auf Sizilien zu konzentrieren und die Welt—Ausstellung in Rom für 1942 vorzubereiten. Ausdrücklich wurde betont, die italienische Flotte sei mit ihren beiden Schlachtschiffen nicht für einen Kampf vorbereitet. Auch schienen die Italiener überzeugt zu sein, daß ihr Land, wenn es in den Krieg eintrete, den ersten Stoß eines englisch-französischen Angriffs zu ertragen hätte. Diese Haltung hatte nach der geheimen Drohung Englands am 20. August nichts Überraschendes.

Im Gegensatz zu Bonnet bezweifelte Mussolini, daß Polen innerhalb weniger Wochen besiegt werden könne. Er vermutete, die USA würden in einem allgemeinen Krieg noch vor der Vernichtung Polens intervenieren. Die Italiener traten daher für einen Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen ein, ungeachtet der Bedingungen, die Deutschland unter Umständen hinzunehmen hätte. Nach dem Studium aller Einzelheiten dieses Berichts war es Weizsäcker klar, daß Mackensen in Wirklichkeit über die Auswirkung des russischen Pakts auf die italienische Stellung nicht sehr optimistisch dachte. Weizsäcker erhielt ferner einen Bericht des in Rom zu Besuch weilenden Finanzministers Schwerin-Krosigk, demzufolge Ciano sich von dem russischen Pakt nicht die geringste Wirkung auf die Entschlossenheit Englands, Deutschland anzugreifen, versprach. Es war recht unheilvoll, daß der britische Botschafter Loraine in den kürzlichen Unterredungen nachhaltiger als Ciano den Eindruck der Entschlossenheit zu vermitteln vermocht hatte.

Beck macht den polnischen Danziggesprächen ein Ende

Regierungsstellen in Frankreich erhielten bis zum 24. August 1939 Be-

651

652

suche von prominenten Franzosen, die im Interesse des Friedens entscheidenden Druck auf Polen dringend anrieten. Bonnet konnte ihnen mitteilen, daß der polnische Außenminister Beck endlich seine etwas gereizte Zustimmung gegeben habe, dem Botschafter Lipski zu genehmigen, im Auswärtigen Amt einen allgemeinen Gedankenaustausch mit Weizsäcker anzuregen. Lipski suchte am 24. August Göring auf, nachdem er ermittelt hatte, daß der Staatssekretär Berlin für diesen Tag verlassen habe. Das Gespräch Lipskis mit Göring fand unmittelbar nach der Zusammenkunft Görings mit Dahlerus statt. Göring bemühte sich zunächst nach Kräften, beruhigend auf seinen Gast einzuwirken, da dieser offensichtlich sehr erregt und nervös war. Lipskis Verfassung war verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß er seit Monaten vergeblich Becks Einverständnis zur dauernden Abberufung nach Polen zu erhalten versuchte. Göring versicherte Lipski ausdrücklich, die Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Polen werde von vielen Stellen stark übertrieben. Er vertraute ihm an, Hitler bringe es als guter Diplomat leicht fertig, den Eindruck zu erwecken, sehr viel weiter zu gehen, als er in Wirklichkeit vorhabe. Göring wies Lipski eindringlich darauf hin, daß der Hauptgrund für die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht die Ablehnung des deutschen Angebots vom 24. Oktober 1938 durch Polen sei, sondern Becks Annahme der britischen Garantie vom 31. März 1939.

Er, Göring, vertraue auf die Möglichkeit, die deutsch-polnischen Beziehungen wiederherzustellen, wenn das Problem der derzeitigen, recht verwickelten Bündnisse durch Verhandlungen zwischen England und Deutschland gelöst werde. Göring hoffte, mit diesen Bemerkungen Lipski gegenüber zur Entspannung in Polen beitragen zu können. Beck zog jedoch den Schluß, der deutsche Marschall versuche, Polen in trügerische Sicherheit zu wiegen.

Die Spannung in Danzig wuchs, nachdem Chodacki die Danziger Regierung am frühen Morgen des 24. August gewarnt hatte, Polen werde unter Umständen etwas gegen die Berufung Albert Forsters als Staatschef von Danzig unternehmen. Die Danziger Regierung hatte Burckhardt von ihrem Beschluß hinsichtlich Forsters unterrichtet, doch hielt es der Völkerbundskommissar für ebenso ratsam, dem Dreierausschuß des Völkerbunds davon Mitteilung zu machen. Senatspräsident Greiser ließ Burckhardt kurz vor Mittag des gleichen Tages wissen, jegliche Reaktion des Dreierausschusses auf den Beschluß über Forster werde wirkungslos bleiben. Außerdem sei dieser Beschluß endgültig. Die Danziger Regierung werde es daher ablehnen, sich der polnischen Drohung zu beugen. Burckhardt wies Greiser auf die Gefährlichkeit der Lage hin und beklagte sich, die Haltung der Briten habe sich noch mehr versteift und sei nach Hendersons Besuch auf dem Obersalzberg tags zuvor noch kriegsentschlossener. Burckhardts eigene Reaktion bestand darin, seine Kinder

von Danzig in die Schweiz zu schicken, obwohl seine Frau darauf bestanden hatte, in der sogenannten Freien Stadt zu bleiben. Der Völkerbundskommissar rief in Gegenwart von

Greiser aus, er werde um seine Abberufung bitten. Er war überzeugt, daß die politische Entwicklung nicht mehr aufzuhalten sei und Danzig in wenigen Tagen eine letzte Anstrengung machen werde, um zu Deutschland zurückzukehren. Greiser und Burckhardt tauschten noch einige freundschaftliche Höflichkeiten aus und vereinbarten, später in Deutschland oder in der Schweiz zusammenzukommen.

Greiser hatte am 9. August nach Forsters Rückkehr aus Berchtesgaden ergebnislose Gespräche über die Zollbeamten mit Polen aufgenommen. Die Polen hatten diese Verhandlungen jedoch am Morgen des 24. August abgebrochen. Hitler hatte Forster erklärt, er habe nichts gegen solche Gespräche einzuwenden, wenn die Danziger Regierung sie für sinnvoll halte. Doch führten sie zu keinem Ergebnis. Die polnische Regierung entschied sich für eine Beendigung der Gespräche, als sie die erneute Forderung erhielt, die Zahl der Zollbeamten zu verringern und die polnischen Grenzschutzbeamten aus dem Danziger Hoheitsgebiet zurückzuziehen. Die Polen schlossen die Verhandlungen ab, ohne diese Vorschläge näher zu prüfen. Statt dessen überreichten sie eine Protestnote mit der Anschuldigung, die Danziger Regierung habe die Tätigkeit polnischer Bahnbeamten und Zollinspektoren auf Danziger Gebiet gestört.

Die deutsche Regierung empfahl Danzig am 24. August, keinem Deutschen in Polen Waffen zu geben. Gleichzeitig bestand sie darauf, den Deutschen in Polen unter keinen Umständen Widerstand gegen polnische Übergriffe anzuraten, wenn es Krieg mit Polen gebe. Es wurde klargemacht, ein Widerstand gegen solche Angriffe an einer einzigen Stelle werde sich unheilvoll für die deutsche Minderheit im übrigen Polen auswirken. Forster appellierte am 24. August an Hitler, nach dem Abbruch der

Verhandlungen über die Zollbeamten gegen die Polen mit Härte auftreten zu dürfen. Er zog Verhaftungen und die Beschlagnahme polnischer Waffen in Betracht. Hitler verweigerte seine Zustimmung zu solchen Maßnahmen in der Befürchtung, daß aus ihnen ein unmittelbarer Konflikt entstehen könnte.

Die deutsche Regierung nahm verärgert die ungarische Ankündigung vom 24. August zur Kenntnis, daß man als Antwort auf eine angebliche militärische Bedrohung Ungarns durch Rumänien Truppeneinheiten zur rumänischen Grenze befohlen habe. In Berlin war es klar, daß das ein Manöver war, um die Aufmerksamkeit von Polen abzulenken. Der rumänische Außenminister Gafencu reagierte am gleichen Tag mit dem Angebot, einen Nichtangriffspakt mit Ungarn abzuschließen. Die Ungarn hatten nicht die Absicht, auf dieses Angebot einzugehen, doch wurden sie gleichzeitig durch deutschen Druck ge-

zwungen, ihre militärischen Maßnahmen gegen Rumänien aufzugeben. Der ungarische Reichsverweser Horthy war der Überzeugung, Hitler ziehe freundschaftliche Beziehungen zu Polen einem Krieg vor. Doch war er ebenso entschlossen, im Fall eines Krieges mit allen Mitteln zu versuchen, eine Gebietsrevision auf Kosten Rumäniens durchzusetzen.

Verwirrung im britischen Parlament am 24. August

Hitler war am 24. August sehr interessiert daran, zu erfahren, wie sein Vertrag mit Rußland auf das Ausland gewirkt habe. Die benachbarte Slowakenregierung zeigte sich über das deutsche Angebot erfreut, im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Polen das 1938 von den

Polen übernommene slowakische Gebiet zurückzuerhalten. Der Abschluß des deutschrussischen Pakts überzeugte die Slowaken eine Zeitlang davon, daß es keinen Krieg geben werde. Die Regierung Tiso reagierte auf diese Situation damit, daß sie Deutschland am 24. August ersuchte, die Rückgewinnung der von der Slowakei abgetrennten Gebiete mit diplomatischen Mitteln zu unterstützen. Die slowakischen Führer sagten voraus, die deutsche Auseinandersetzung mit Polen werde auf einer internationalen Konferenz beigelegt werden. Sie hofften, man werde ihre eigenen Ansprüche im Rahmen des Konferenzprogramms berücksichtigen.

Aus Paris berichteten deutsche Diplomaten, die besonders deutschfeindlichen Extremisten wie Henri de Kerillis, der rechtsgerichtete Journalist, und Léon Blum, der Sozialistenführer, seien über den Abschluß des Paktes tief enttäuscht. Der deutsche Geschäftsträger Thomsen berichtete aus Washington, der Pakt habe ganz entschieden die Stellung der sogenannten Isolationisten, die sich Roosevelts Plänen einer militärischen Intervention Amerikas in Europa widersetzten, gestärkt. Thomsen fügte noch hinzu, der Pakt habe allerdings keineswegs Roosevelts Bemühungen gedämpft, England und Frankreich zum Krieg mit Deutschland zu reizen.

Botschafter Franz von Papen berichtete aus Ankara am 24. August, die Türken seien von der Nachricht über den Pakt sehr stark beeindruckt. Der türkische Außenminister Saracoglu habe sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Türken vom Standpunkt der eigenen Sicherheit aus in dem europäischen diplomatischen Konflikt auf der falschen Seite stünden. Saracoglu sei über die Situation „bestürzt”. Papen berichtete ferner mit beträchtlicher Genugtuung, es seien neue Fortschritte in wichtigen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei erzielt worden. Die

Beziehungen zwischen den beiden Ländern würden sich sogar in den kommenden Monaten ständig verbessern. Sehr beifällig nahm Hitler eine Erklärung des belgischen Gesandten, Vicomte Jacques Davignon, an die belgische Presse am Mittag des 24. August

654

655

1939 auf. Der belgische Diplomat betonte darin ausdrücklich, ein englisch-deutscher Krieg würde eine Katastrophe sein, die keiner Seite Vorteile bringe.

Pierre-Etienne Flandin, der ehemalige Premier Frankreichs, vertrat die Ansicht, neue deutsche Vorschläge für einen Ausgleich mit Polen könnten den Frieden Europas noch retten. Er sah keinen Grund, warum Deutschland nicht die Rückkehr des ganzen Korridors verlangen solle, und meinte, Warschau werde sich dieser neuen Regelung möglicherweise nur unter Druck beugen. Flandin bezeichnete die Russen als „geborene Verräter" und beklagte sich, die Briten litten nach dem diplomatischen Erfolg Deutschlands in Rußland unter einem Prestige-Komplex. Deutschen Diplomaten in Paris versicherte er, Bonnet sei bereit, logischer zu handeln und die notwendigen Schlüsse aus dem deutschrussischen Pakt zu ziehen. Es sei sinnlos, Krieg zu führen, um Polen zu verteidigen, nachdem die militärische Verteidigung des polnischen Staates aussichtslos geworden sei.

Der deutsche Geschäftsträger Kordt berichtete in der Nacht vom 24. zum 25. August um 1 Uhr 15 aus London, die britische Regierung habe letzte Anordnungen erlassen, die Royal Air Force zur unmittelbaren Aktion gegen Deutschland bereitzustellen. Am Nachmittag um 3 Uhr hatte

Premierminister Chamberlain auf einer Sondersitzung des Unterhauses gesprochen. Er führte aus, die europäische Lage habe sich seit seiner letzten Rede vor dem Haus am 31. Juli 1939 zunehmend verschlechtert. Er warnte seine Zuhörer, sie stünden vor der Gefahr eines unmittelbaren Krieges mit Deutschland. Dann gab er zu, er sei nicht in der Lage, ein Urteil über die Richtigkeit der Behauptungen über die Mißhandlung der Deutschen in Polen abzugeben. Lang und breit verteidigte er die Polen in allgemeinen Wendungen, schien sich aber dabei selbst in der Defensive zu befinden. Er erklärte, England habe am 23. August erneut seine Verpflichtungen Polen gegenüber bestätigt, an dem Tage also, an dem der deutschrussische Pakt unterzeichnet worden war. Und weiter erklärte er: „In Berlin ist die Bekanntgabe mit außerordentlichem Zynismus als ein großer diplomatischer Sieg begrüßt worden, der jede Kriegsgefahr beseitige, da wir und Frankreich wahrscheinlich nun nicht mehr länger unsern Verpflichtungen gegenüber Polen nachkommen würden. Wir hielten es daher für unsere erste Pflicht, jede derartig gefährliche Illusion zu beseitigen“.

Chamberlain plädierte: „Nichts, was wir getan haben oder zu tun vorschlagen, bedroht die legitimen Interessen Deutschlands. Es ist kein Akt der Drohung, Vorbereitungen zu treffen, um Freunden zu helfen, sich gegen Gewalt zu verteidigen“. Diese Erklärung ließ die Tatsache außeracht, daß England angeboten hatte, Polen der Sowjetunion auszuliefern, und daß es niemals einwilligen würde, die Polen gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Auch wurde die Tatsache übersehen, daß die Briten sogenannte besondere Be-

ziehungen zu Polen aus dem einzigen Grunde gepflegt hatten, weil sie die Polen als ein nützliches Werkzeug betrachteten, den Vorwand für einen britischen Überfall auf Deutschland zu liefern. Chamberlain hätte ebensogut behaupten können, der britische Plan zur Vernichtung Deutschlands bedrohe die legitimen Interessen Deutschlands nicht. Nach Ansicht Chamberlains waren die legitimen Interessen fremder Staaten solche, die sich der besonderen Unterstützung und Billigung der britischen Regierung erfreuten. Für die Polen war es legitim, ihre deutsche Minderheit zu drangsalieren und Zwischenfälle in Danzig zu provozieren, weil diese Aktionen die Billigung der Briten fanden.

Chamberlain hob die Wirkung seiner Rede, die den Eindruck uneingeschränkten britischen Widerstandes erwecken sollte, durch die Erklärung auf, Hitler auseinandergesetzt zu haben, daß Großbritannien in Osteuropa keine eigenen Interessen habe. Nach seiner Behauptung war der primäre Beweggrund der britischen Außenpolitik der, in anderen Ländern unnötiges Blutvergießen zu verhindern. Das war nichts als Heuchelei. Immerhin, Hitler konnte aus diesen Erklärungen unschwer schließen, daß die Briten unter Umständen ihren Entschluß, Deutschland anzugreifen, revidieren würden.

Die einzelnen britischen Parlamentsfraktionen zeigten sich am 24. August reichlich verwirrt. Der Liberalenführer, Sir Archibald Sinclair, regte an, Chamberlain solle sich lieber in erster Linie mit einem möglichen Angriff auf das Britische Empire befassen als mit der Verteidigung Polens. Das kommunistische Mitglied Gallacher blieb beharrlich dabei, Großbritannien dürfe nichts ohne einen gegenseitigen Beistandspakt mit der Sowjetunion unternehmen. Die Erklärung Ernest Bevins, der für die Labour Party sprach, war besonders interessant. Mit großem Nachdruck erklärte

er, eine britische Garantie an Polen ohne die Unterstützung der Sowjetunion sei ein geradezu furchtbares Unternehmen. Es sei jetzt die Zeit für eine Lösung der polnischen Krise durch weitere Verhandlungen gekommen.

Hitler kam nach eingehendem Studium der britischen Parlamentsdebatte vom 24. August zu dem Schluß, daß die vereinte Front der Westmächte gegen Deutschland am nächsten Tag abzubröckeln beginnen würde. Er suchte nach einem Weg, die deutsche Stellung durch eine neue Beistandserklärung Italiens zu stärken. Ribbentrop, der soeben aus Moskau zurückgekehrt war, wo die alliierten Militärmissionen sich immer noch vergeblich um Verhandlungen bemühten, rief Ciano am Abend des 24. August an. Hitler hatte ihn beauftragt, um eine endgültige und schlüssige Erklärung über die Stellung Italiens zu ersuchen. Ciano antwortete, Deutschland werde am folgenden Tag eine Erklärung von Italien erhalten, doch hütete er sich, anzudeuten, daß diese Antwort negativ ausfallen werde.

656

657

Die Roosevelt-Botschaften an Deutschland und Polen

Am 24. August 1939 sandte Präsident Roosevelt verlogene Friedensbotschaften an Deutschland und Polen. In seiner Botschaft an Deutschland ignorierte er die Abfuhr, die ihm Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April erteilt hatte, und behauptete: „Auf die Botschaft, die ich Ihnen im vergangenen April sandte, habe ich keine Antwort erhalten.” Er schlug eine Regelung zwischen Deutschland und Polen vor, und zwar durch direkte Verhandlung, einen Schiedsspruch oder Vermittlung. Damit betrat er

gefährlichen Boden, denn es war eher Polen als Deutschland, das die Wiederaufnahme der Verhandlungen blockierte. Roosevelts Botschaften zwangen Präsident Moscicki von Polen, ein Lippenbekenntnis zugunsten von Verhandlungen abzulegen, obwohl die polnische Regierung gar nicht daran dachte, mit den Deutschen Kontakt aufzunehmen. Moscickis Antwort war ein klares Versprechen Roosevelt gegenüber, daß Polen verhandeln werde, obwohl die Polen es überhaupt nicht im Sinn hatten.

Präsident Roosevelt ließ Hitler wissen: „Es versteht sich natürlich, daß im Hinblick auf eine der von mir vorgeschlagenen Möglichkeiten sich jede Nation einverstanden erklären muß, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der anderen vorbehaltlos zu respektieren.“ Roosevelt stellte sich vor, diese Abmachung würde schon im voraus jedes greifbare Zugeständnis Polens ausschließen, doch stimmten die Bedingungen vollkommen mit dem von den Polen abgelehnten Angebot Hitlers vom Oktober 1938 überein. Die ursprünglichen dentschen Vorschläge beruhten in der Tat auf der Achtung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Polens. Das hatte die Polen keineswegs daran gehindert, sie zurückzuweisen und die Teilmobilmachung ihrer Streitkräfte gegen Deutschland anzuordnen. Hitler hatte damals vor der Welt die Unrichtigkeiten und Täuschungsversuche in den Deutschland und Italien gemachten Rooseveltvorschlägen vom 15. April 1939 bloßgestellt, obwohl Roosevelt nur selten Kritik annahm. Er besaß die Unverfrorenheit, seine Botschaft an Hitler mit der Erklärung zu beenden, die USA seien bereit, zum Frieden beizutragen „in der Form, wie ausgeführt in meiner Botschaft vom 14. April“ (an diesem Tag wurden die Botschaften bereits der US-Presse zur Veröffentlichung übergeben). Die Botschaften des Präsidenten an Deutschland und Polen wurden am 24. August 1939 abends um 10 Uhr in Washington

bekanntgegeben. Die Botschaft an Hitler wurde dem Auswärtigen Amt erst um 9 Uhr morgens am 25. August durch den amerikanischen Geschäftsträger Kirk überreicht. Hitler entschied sich, seine Antwort an den Präsidenten um einige Tage aufzuschieben. Er beabsichtigte im Hinblick auf die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, eine sorgfältig ausgearbeitete, zwingende und höfliche Dar-

stellung der deutschen Position auszuarbeiten, aus der Roosevelt Nutzen ziehen sollte.

Botschafter Mackensen hatte am Morgen des 25. August 1939 eine befriedigende Unterredung mit Mussolini über den deutschrussischen Vertrag. Mit warmen Worten versicherte der italienische Staatschef ihm, er sei mit diesem Pakt einverstanden. Er erinnerte daran, daß er Derartiges im vergangenen Frühling selbst vorgeschlagen habe. Mussolini sagte zu Mackensen, er stimme mit vollem Herzen dem deutschen Standpunkt in der polnischen Frage zu, und bezeichnete die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen als „so akut, daß ein bewaffneter Konflikt nicht mehr länger vermieden werden kann.

Nach seiner Überzeugung war die polnische Denkweise „vernünftigen Vor schlägen nicht mehr zugänglich, einerlei, von welcher Seite sie kommen könnten”. Mackensen war von der Art, wie Mussolini sich ohne die Anwesenheit Cianos oder Attolicos gab, sehr stark beeindruckt. Mussolini erklärte, die Polen hätten auf Hitlers ursprüngliches Angebot eingehen und die deutsche Annexion Danzigs als Beweis für ihren aufrichtigen Wunsch, zu einem allgemeinen Ausgleich mit Deutschland zu kommen, anerkennen sollen. Nach

seiner Überzeugung „hätte darauf eine allgemeine Konferenz folgen können“, die „den europäischen Frieden für fünfzehn oder zwanzig Jahre sichergestellt hätte, wie es von allen gewünscht wird”. Die Haltung des italienischen Führers am Morgen des 25. August entsprach in jeder Hinsicht den Hitlerschen Wünschen und so kam der deutsche Staatschef zu dem Schluß, daß man mit Mussolinis voller Unterstützung rechnen könne. Er erwartete daher eine entsprechend günstige Erklärung Italiens in den späteren Tagesstunden als Reaktion auf Ribbentrops Initiative.

Nach der Bekanntgabe des deutsch-russischen Pakts nahmen Mussolini und Ciano ihre Gespräche mit Sir Percy Loraine über eine allgemeine Friedenskonferenz wieder auf. Loraine berichtete Halifax am 23. August, Mussolini wünsche Frieden und würde gern in der deutsch-polnischen Auseinandersetzung vermitteln. Mussolini hatte Loraine versichert, Hitler würde die Bedingungen einer allgemeinen Regelung nicht annehmen, wenn sie die Annexion Danzigs nicht enthielten. Loraine berichtete ferner, die Italiener konzentrierten sich auf den Versuch, ein britisches Zugeständnis in diesem einen entscheidenden Punkt zu erwirken. Schließlich konnte Halifax dem Bericht entnehmen, daß Mussolini wie auch Ciano davon überzeugt waren, eine erfolgreiche diplomatische Konferenz sei die einzige Hoffnung auf eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Der amerikanische Botschafter William C. Bullitt riet Halifax und auch den französischen Führern, ihre Militärmissionen in Moskau zu belassen und ihre

658

659

Bemühungen fortzusetzen, Italien von Deutschland zu trennen. Halifax erkannte indessen, daß die Situation in Rußland nunmehr unhaltbar geworden war. Die englisch-französischen Abgesandten hatten keine andere Wahl, als Rußland mit leeren Händen zu verlassen. Molotow gewährte dem französischen Botschafter Naggiar am 25. August eine Audienz, kurz nachdem die englischen und französischen Militärs aus Moskau abgereist waren. Der sowjetische Außenminister machte sich das Vergnügen, dem Westen zu erklären, daß ausschließlich die Polen für den Fehlschlag der englisch-französischen Verhandlungen mit den Russen über einen gegenseitigen Beistandspakt verantwortlich seien. Diese Mitteilung bestätigte den Verdacht Bonnets, den er seit vielen Tagen gehegt hatte, und aus diesem Grund neigte er dazu, die russische Erklärung unbesehen zu akzeptieren. Nach wie vor war er wütend auf die Polen. Sie hatten Lipski am vorhergehenden Tage ein unentschiedenes Gespräch mit Reichsmarschall Göring führen lassen, aber hochmütig seinen Vorschlag einer französisch-polnischen Konsultation über Danzig abgelehnt. Frankreichs Außenminister war entschlossen, sich zu revanchieren und bei der ersten besten Gelegenheit Frankreichs militärische Verpflichtungen gegenüber Polen zu lösen.

Für Halifax war der Fall Rußland abgetan. Aber er teilte Bonnets Wunsch nicht, den polnischen Ausschreitungen in Danzig Einhalt zu gebieten. Er hatte in erster Linie ein Interesse daran, überall in der Welt den Eindruck zu erwecken, daß der deutschrussische Pakt ihn keineswegs zur Revision seiner Deutschlandpolitik veranlaßt habe. Am 24. August sandte er gleichlautende Instruktionen an alle britischen Missionen im Ausland. In ihnen forderte er eindringlich von ihnen, die übermenschliche Aufgabe zu übernehmen, den Eindruck zu berichtigen, als sei der Pakt ein Schlag gegen die von England und Frankreich angeführte „Friedensfront” gewesen. Auch erklärte er, der

Pakt habe „keine Wirkung“ auf das britische Kabinett erzielt. Die Diplomaten wurden ermahnt, der britische Kurs führe geradeaus unter dem Schlagwort, „die Beherrschung Europas durch Deutschland zu verhindern“. Halifax erklärte nicht, wie eine neuerstandene deutsche Nation mit einer 80-Millionen-Bevölkerung es vermeiden sollte, die führende Macht auf dem Kontinent zu sein. Sogar nach 1871 hat man gesagt, daß Bismarck-Deutschland mit seinen 40 Millionen Einwohnern Europa beherrsche. Aber Halifax‘ Politik war eher auf die Vernichtung Deutschlands gerichtet, als jenes normale Wachstum und eine Entwicklung zuzulassen, die jahrhundertelang als natürliches Recht jeder Nation betrachtet wurde. Es war eine Politik, die zur Vernichtung eines freundschaftlich gesinnten Deutschland und zur Beherrschung Europas durch die feindliche Sowjetunion führte, die gelobt hatte, das kapitalistische System Großbritanniens zu Fall zu bringen.

659

660

In dem Bestreben, als Diplomat den Forderungen von Halifax zu entsprechen, machte sich Percy Loraine in Rom ziemlich lächerlich. Er teilte nämlich Ciano am 24. August mit, der deutsch-russische Pakt habe bei ihm „das erste herzliche Lachen, das ich seit einigen Wochen gehabt habe” hervorgerufen. Dieser gleiche Mann hatte seinerzeit den italienischen Führern klargemakcht, ein gegenseitiger Beistandspakt mit Rußland gehöre unerläßlich in das britische Programm. Man konnte den Italienern also verzeihen, wenn sie argwöhnten, daß sein „herzliches Gelächter” einem hysterischen Schrei recht ähnlich gewesen sein mußte, da sie ihn niemals hatten lachen hören. Loraine erfuhr bald darauf, daß Halifax am 24. August unter schwerem Druck seiner Umgebung stand, den

kompromißlosen Stand Englands in Danzig zu mäßigen. Der Foreign Secretary vertraute Loraine an, im Widerspruch zu seinen Runderlassen werde Großbritannien unter Umständen schließlich doch noch die Rückkehr Danzigs zu Deutschland als Teil einer internationalen Regelung in Erwägung ziehen. Loraine war von dieser Nachricht ganz verstört und fragte sich, ob Halifax zu allem nun auch noch beabsichtige, Mussolini zu ermuntern, die Initiative zu einer Konferenz zu ergreifen, die ihrerseits die britischen Schwierigkeiten beheben könnte. In der ganzen Zeit von der britischen Garantie an Polen am 31. März bis zum Abschluß des deutsch-russischen Pakts hatte Halifax keinen ähnlichen Vorschlag gemacht. Leider war die zeitweilige Abschwächung seines unerbittlichen Standpunktes hinsichtlich Danzigs nur von kurzer Dauer, und schon bald darauf kam er zu dem Schluß, daß er seine ursprüngliche Stellung gegen die steigende Opposition im Lande würde aufrechterhalten können.

Henderson plädiert für die Deutschen

Henderson konzentrierte sich in Berlin darauf, Halifax zur Kenntnisnahme des grausamen Schicksals der deutschen Minderheit in Polen zu bewegen. Für die glühenden Berichte über die polnische Zurückhaltung, mit denen Sir Howard Kennard London von Warschau aus überschüttete, hatte er nur tiefste Verachtung. Mit großem Ernst wies Henderson Halifax am 24. August darauf hin, daß die deutschen Klagen über die Behandlung der Deutschen in Polen den Tatsachen entsprächen. Halifax empfahl am gleichen Tage oberflächlich, den Polen Vorsicht anzuraten. Kennard weigerte sich jedoch, das zu tun. Nachdrücklich ließ er Halifax wissen, es bestehe kein Grund, die Polen zu warnen, Zurückhaltung zu üben. Im Kavalierston tat er alle deutschen Beschwerden über Zwischenfälle in Polen als „grobe Entstellungen“ ab und behauptete, die Deutschen

riefen eine Panikstimmung hervor, indem sie ihre Landsleute drängten, Polen zu verlassen. Er ließ durchblicken, daß die Sache ganz anders liege, und lobte Beck, der offensichtlich die polnische Presse davon abhalte, die

660

661

gegen die Polen in Deutschland begangenen „Greuel" auszuschlachten. Die Informationen Hendersons, denen zufolge keine Greuel gegen die polnische Minderheit in Deutschland begangen worden waren, ignorierte er einfach.

Henderson forderte Halifax auf, sich zu vergegenwärtigen, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Polen nicht zu vermeiden sei, wenn beide Länder die Verhandlungen nicht wieder aufnähmen. Er wußte, daß die Deutschen zum Verhandeln bereit waren. Dann bestand er noch einmal darauf, die Polen sollten ihren Botschafter in Berlin anweisen, um eine Unterredung mit Hitler nachzusuchen. Er beschwor Halifax, es würde den polnischen Interessen zuwiderlaufen, den Versuch Danzigs, mit Hilfe der Selbstbestimmung zu Deutschland zurückzukehren, mit einer militärischen Besetzung der Freien Stadt zu beantworten. Henderson war über die polnischen Ziele in Danzig genau im Bilde und er erkannte klar, daß der deutschrussische Pakt anfing, die Danziger aus ihrer tödlichen Furcht vor den Polen aufzurütteln. Reichsleiter Hans Frank weilte zu Besuch in Danzig, und Henderson zog daraus den Schluß, er berate die Danziger in ihren politischen Maßnahmen. Außerdem sagte Albert Forster voraus, Danzig würde in wenigen Tagen zu Deutschland zurückkehren.

Henderson wünschte Halifax davon in Kenntnis zu setzen, daß Hitler England am 23. August 1939 beschuldigt habe, es suche Deutschland zu vernichten. Der deutsche Führer habe nachdrücklich betont, er sei gegen den Krieg, doch habe er nachdenklich hinzugefügt, daß er lieber im Alter von fünfzig Jahren einer Kriegskrise ins Auge sähe als mit fünfundfünfzig oder sechzig. Halifax wurde mitgeteilt, die Äußerungen des Reichskanzlers seien alles andere als Bluff und er würde niemals kapitulieren. Henderson wollte Halifax recht deutlich sagen, was er über die Unterredung mit Hitler am 23. August dachte: „Es war herzzerreißend, da ich, wie Sie wissen, von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden habe, daß die Polen ausgesprochen töricht und unklug sind. Aber nun haben wir die Bescherung und vielleicht hält die Vorsehung den Krieg für notwendig, um uns zu lehren, es nicht wieder zu tun. Mit Rußland in seiner Tasche sehe ich keinen Abstieg Hitlers. Wenn Polen die Vernichtung dem Nachgeben vorzieht, dann, fürchte ich, wird es leiden müssen. Und wir auch. Ich persönlich sehe keinen Ausweg.”

In Wirklichkeit war Henderson nicht ganz so pessimistisch, wie sein Bericht durchblicken ließ. Seine Ausführungen waren in erster Linie darauf zugeschnitten, auf Halifax und möglichst auch auf Chamberlain einzuwirken. Er fürchtete immer noch, daß Halifax an ein Bluffen Hitlers glaubte. Darum hatte er wohlabgewogen hinzugesetzt, daß „Einschüchterung ihn nicht abschrecken wird”. Der britische Botschafter hätte seine Tätigkeit kaum fortsetzen können, wenn er klar erkannt hätte, daß Halifax den Krieg um seiner selbst willen und

als politisches Werkzeug bejahte. Kein Botschafter hat jemals den Standpunkt in einer fremden Hauptstadt präziser klargemacht. Überdies hatte Henderson mit vernichtender Deutlichkeit die polnische Politik durchleuchtet. Seine erschütterndste Äußerung war wohl die Feststellung, daß trotz der Erfahrung des 1. Weltkrieges ein erneuter Konflikt notwendig sein könnte, um der britischen Führung die Sinnlosigkeit englisch-deutscher Kriege vor Augen zu führen. Man könnte unter diesen Umständen zu dem Schluß kommen, daß es völlig abwegig war, von den britischen Führern zu erwarten, sie würden diese deutliche Lehre begreifen. Nach dem Niedergang und Zusammenbruch Großbritanniens sowie der übrigen Länder Westeuropas für solche Lehre aufgeschlossen zu sein, wäre witzlos.

Kennard in Warschau aktiv für den Krieg

Botschafter Kennard forderte ganz bewußt für sein unverantwortliches Verhalten in der polnischen Hauptstadt den Tadel von Halifax heraus. Er hatte am 24. August den Eindruck erweckt, als sei er zerknirscht, obwohl er in Wirklichkeit nur so etwas wie eine von jeder Reue freie Unsicherheit empfand, bei seiner Identifizierung mit dem polnischen Standpunkt zu weit gegangen zu sein. Kennard befürchtete, das Foreign Office werde womöglich annehmen, er habe es im Hinblick auf entscheidende Maßnahmen durch seine Unterstützung des polnischen Widerstandes gegen den Durchmarsch russischer Truppen und gegen Verhandlungen mit Deutschland im Stich gelassen. Die Angelegenheit mit den russischen Truppen gehörte zwar schon der Vergangenheit an, doch war die Frage möglicher deutschpolnischer Verhandlungen von vitaler Bedeutung und die Rolle des britischen Botschafters in Warschau konnte sich sehr leicht als entscheidend erweisen. Halifax sah bewußt davon ab, Kennard eine Rüge zu erteilen, da er genau wie Kennard deutschpolnische

Verhandlungen ablehnte. So durfte der Botschafter den stillschweigenden Schluß ziehen, daß das Foreign Office seine Förderung der polnischen Unnachgiebigkeit in jeder Richtung billigte. Dementsprechend blieb er bei seinem kriegshetzerischen Kurs.

Halifax wußte, daß Roosevelt trotz seiner formellen Botschaft an Polen ihm beipflichtete, britischerseits keinen tatsächlichen Druck auf die Polen auszuüben, um sie zu Verhandlungen zu veranlassen. Hauptzweck der Roosevelt-Botschaft war es, Deutschland als Schuldigen in einem Streit erscheinen zu lassen, von dem der amerikanische Präsident einen Krieg erhoffte. US-Botschafter Bullitt teilte dem britischen Botschafter Sir Eric Phipps in Paris mit, Präsident Roosevelt sei zur Annahme aller Vorschläge bereit, die Halifax im Hinblick auf die amerikanische Politik für richtig hielt. Halifax begrüßte diese Zusicherung, doch war er über die unnötige Taktlosigkeit und Ungeschliffen-

heit der Rooseveltschen Diplomatie äußerst ungehalten. Roosevelt hatte am 24. August auch Friedensappelle an Italien und die Westmächte gerichtet und dabei Mussolini bewußt brüskiert, indem er sich ausschließlich an König Viktor Emanuel III. wandte, wo es doch eines der Hauptziele von Halifax war, Mussolini und Hitler auseinanderzubringen. Halifax kabelte Loraine, er habe keine Ahnung davon gehabt, daß Roosevelt in diesem Stil vorzugehen und Mussolini gröblichst zu kränken beabsichtigt habe. Großbritannien wünsche sich so weit wie möglich von taktlosen amerikanischen Friedensgesten zu distanzieren.

Mussolini hatte Loraine am 24. August einen erneuten Appell zugunsten einer diplomatischen Regelung überreicht. Loraine erwiderte, nach Informationen von Kennard habe Beck mit Lipski „dringende Beratungen“ über die Möglichkeit neuer deutschpolnischer Gespräche. Das war unverzeihliche Übertreibung. Kennard hatte lediglich Bonnets Einwände und ihre widerwillige Aufnahme durch Beck erwähnt. Mit ihnen hatte er Beck gedrängt, es Lipski zu gestatten, mit den Deutschen wieder ins Gespräch zu kommen. Lipski durfte jedoch nur ein einziges Gespräch führen, das in erster Linie ein Versuch der Deutschen war, die Polen zu beruhigen. Loraine schmeichelte den Italienern mit der Zusicherung, sie würden von ihm den vollen Text der Hitlerschen Geheimantwort an Chamberlain erhalten, während die Franzosen nur eine flüchtige Zusammenfassung bekommen sollten. Hingegen behielt er Halifax’ Instruktionen über ein mögliches Nachgeben Englands in Danzig für sich. Nachdrücklich betonte er, die Briten würden sich einer erfolgreichen Vermittlung oder einem Konferenzvorschlag Italiens nicht widersetzen, doch könnten sie nicht die Initiative ergreifen und die Polen bedrängen, ihre Rechte dem Reich zu opfern, oder das Recht Danzigs anerkennen, sich Deutschland anzuschließen. Dabei wußte Loraine genau, daß nur England in der Lage war, wirksamen Druck auf Polen auszuüben.

Ernstlich beunruhigt wurde Loraine durch Halifax’ Andeutung über Danzig, die mit der großen Linie der britischen Politik unvereinbar war. Er kabelte Halifax am 25. August, um sich zu erkundigen, ob er ihn wirklich richtig verstanden habe. In plumper Form fragte er, ob der britische Standpunkt jetzt die Selbstbestimmung für Danzig gegen eine internationale Garantie Polens, an der sich Hitler beteiligen würde, erfordere. Loraine hatte tags zuvor den Italienern gegenüber erneut betont, Großbritannien lehne es ab, die Polen zur Annahme einer solchen Lösung zu

drängen. Ein Jahr zuvor hatte allerdings die britische Führung den Tschechen eindringlich nahegelegt, sich mit der Abtretung des Sudetenlands einverstanden zu erklären. Jetzt wollte Loraine wissen, ob Deutschland vom britischen Standpunkt aus unter gewissen Umständen ein Recht auf Danzig habe oder nicht. Wenn ja, könne man von England logischer-

663

664

weise erwarten, diesen Standpunkt allen beteiligten Parteien, einschließlich Polens, klarzumachen. Im Augenblick erschien Loraine der britische Standpunkt wenig sinnvoll.

Loraine nahm mit den übrigen britischen Diplomaten an, es könne in jedem Augenblick Krieg ausbrechen. Am 25. August morgens richtete er eine dringende Warnung an London, Italien bereite sich nicht auf Krieg vor und es würde ein schwerwiegender Fehler seitens der Franzosen sein, es ohne Warnung bei Beginn des Feldzugs anzugreifen. Halifax wußte, daß Bonnet einen französischen Angriff auf Italien nicht zulassen würde, doch machte er sich viele Gedanken über Frankreichs Einstellung zu einem möglichen Kriege mit Deutschland. Er hatte von Bonnet die Mitteilung erhalten, daß die französische Deputiertenkammer jeden Schritt, der zum Kriege führe, erst billigen müsse. Halifax war über den Standpunkt des französischen Außenministers außerordentlich ungehalten. Dieser könne, so befürchtete er, die Opposition Frankreichs gegen den Krieg dahingehend ausnutzen, sich den Verpflichtungen Polen gegenüber zu entziehen.

Über die Dahlerus-Mission war Halifax von Anfang an verärgert, weil der Schwede sich der Taktik Hendersons

bediente und auf die polnische Schuld an den Ausschreitungen gegen die Deutschen in Polen hinwies. Dahlerus hatte das Foreign Office nochmals am frühen Morgen des 25. August angerufen, kurz bevor er nach London abflog. Dabei hatte er Görings ergebnisloses Gespräch mit Lipski erwähnt und hinzugesetzt, der Reichsmarschall sei von der Wirkung erneuter Zwischenfälle gegen Deutsche in Polen alarmiert. Dahlerus hatte freimütig dazu bemerkt: „Beck ist ein guter Mann, aber sie gehorchen ihm nicht und werden wild.

Kennard verharrte in Warschau bei seiner Opposition gegen die Auffassung, daß die Mißhandlungen der Deutschen in Polen ein schwerwiegendes Problem darstelle. Ihm mißfiel Hendersons Anregung, Lipski solle die Möglichkeiten einer Regelung mit Hitler besprechen. Kennard hielt an dem Standpunkt fest, es sei eine sonderbare Erklärung. Kennard fürchtete, Hitler könnte Polen in letzter Minute irgendeinen verlockenden neuen Vorschlag unterbreiten, der es unter Umständen von den westlichen Alliierten trennen würde. Diese Besorgnis ist eine vortreffliche Illustration für die verbohrte Haltung, die der Vertreter der britischen Krone in Warschau einnahm. Anstatt einen Weg vorzuschlagen, wie man die beispiellose Katastrophe eines neuen Weltkrieges verhindern könne, war er lediglich besorgt, England könne in letzter Minute eines nützlichen Bundesgenossen in dem großen Kampf beraubt werden.

Die Antwort von Halifax an Kennard war äußerst knapp. Er warnte lediglich, die Polen sollten sich sorgfältig jeder Handlung enthalten, die sie als die angreifende Partei bloßstellen könnte. Er riet ihm, der Form halber eine

positive Antwort auf Roosevelts Friedensappell an Polen vom 24. August abzufassen. Kennard weigerte sich weiterhin beharrlich, die Deportierungsmärsche grausam mißhandelter Deutscher ins Innere Polens zur Kenntnis zu nehmen. Er wollte es nicht zugeben, daß sich in den Wohngebieten der deutschen Minderheit unerhörte Vorfälle zutrugen. Er versicherte Halifax, angemessene Schritte unternehmen zu wollen, um das Aufkommen von Zwischenfällen zu verhindern. So wurde General Carton de Wiart, der Leiter der britischen Militärmission in Polen, von ihm beauftragt, Beck mitzuteilen, daß es notwendig sei, Zwischenfälle zu vermeiden. General Wiart, der später das mißglückte Norwegen-Unternehmen der Briten führte, hat in seinen Aufzeichnungen mitgeteilt, daß er sich außerstande gesehen habe, auf die polnischen Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit einzuwirken.

Görings Botschaft an London vom 25. August

Dahlerus überreichte am 25. August im Foreign Office ein sorgfältig formuliertes Memorandum über Görings Äußerungen vom Tage zuvor. In ihm wies er seine britischen Gastgeber eindringlich darauf hin, daß ihre sieben Landsleute auf der vor einiger Zeit im Sönke-Nissen-Koog erfolgten Zusammenkunft einhellig von der Aufrichtigkeit des Reichsmarschalls überzeugt gewesen seien. Sie seien sich alle einig darin gewesen, daß Göring „jeden Versuch, zu einer Regelung zu gelangen, persönlich unterstützen würde”. Göring habe dabei mit Nachdruck betont, man könne diese Beurteilung ebenso auf Hitler beziehen. In der Tat bestünden keine Unterschiede zwischen seinem Standpunkt und dem des Reichskanzlers. Göring halte sich an Richtlinien, die von Hitler festgelegt seien. Hitler erstrebe einen friedlichen Ausgleich, ohne allerdings die unter großen Mühen zurückgewonnene nationale Würde Deutschlands preisgeben zu müssen. Göring habe auf folgenden

Hauptpunkt verwiesen: Wenn die Briten sich mit einem starken Deutschland auf dem europäischen Kontinent aussöhnen könnten, dann würde dieses Deutschland seinerseits sich an die Seite des Empires stellen, anstatt sein Gegner zu sein. Vor allem sei es nach Görings Ansicht wichtig, daß sich keine der beiden Mächte in die inneren Vorgänge ihres Nachbarn einmischen sollte. Göring sei fest davon überzeugt, daß die kommerziellen Bereiche der jeweiligen wirtschaftlichen Konzentration entsprechend von den beiden handeltreibenden Nationen festgelegt werden könnten. Im Sinne einer vorläufigen Anregung schlage er englische Priorität im Fernen Osten und deutschen Vorrang im Nahen Osten vor. Im übrigen sei es immer noch möglich, die deutschen Vorschläge von 1938 an Polen zu erneuern.

Dahlerus wünschte Görings Erklärung dahin zu bekräftigen, daß die letzten Entscheidungen außenpolitischer Art stets bei Hitler lägen. Dahlerus und Gö-

ring hofften, ein britischer Sonderbeauftragter werde nach Deutschland zu Verhandlungen kommen können, weil sie fanden, „daß der Führer Deutschland wohl kaum verlassen könne, und darum muß ein solches Gespräch in Deutschland stattfinden“. Es fiel den Briten nicht schwer, die Richtigkeit dieses Arguments einzusehen. Chamberlain selbst hatte Hitler im letzten Jahr in München gesagt, es sei für Hitler nicht angebracht, England in der nächsten Zukunft zu besuchen, weil ihm ein feindseliger Empfang zuteil werden würde. Chamberlain erkannte, daß Hitler weiterhin den besonderen Wunsch hegte, Großbritannien zu besuchen, sobald die Verhältnisse es zuließen. Es lag auf der Hand, daß die Atmosphäre in Großbritannien für einen Hitler-Besuch

jetzt noch ungünstiger war als im Jahre 1938. So erübrigte es sich für Dahlerus, diesen Punkt näher auszuführen.

Mit Wärme betonte Dahlerus, aus seiner intimen Kenntnis Deutschlands heraus halte er es für erwiesen, „daß die deutsche Nation als solche sicherlich keinen Krieg will, sondern ihr Land aufbauen möchte und einen höheren Lebensstandard für das ganze Volk zu erreichen bestrebt ist“. Er könne sich natürlich vorstellen, daß es in Deutschland, wie in jedem Land, einige radikale Leute gebe, die den Krieg vielleicht begrüßten. Trotzdem könne er seinen Gastgebern versichern, daß das Gegenteil auf Göring zutreffe. Für Hitler könne er persönlich nicht sprechen, weil er es bewußt vermieden habe, mit ihm zusammenzutreffen, um „nicht von seiner starken Persönlichkeit überzeugt oder beeinflußt zu werden”. Nach dem, was er gehört habe, könne er sich vorstellen, daß Hitler von ausgeprägter Individualität und „äußerst feinfühlig” sei und daß man ihm mit Takt begegnen müsse. Dahlerus beendete seine erste Zusammenkunft mit den britischen Diplomaten, indem er ihnen noch einmal Görings Zusage nahelegte, Hitler werde jeglichem Angebot Großbritanniens sehr weit entgegenkommen.

Hitler durch Mussolinis Abfall alarmiert

Eine ernste und fast verhängnisvolle Situation begann sich in Berlin am Nachmittag des 25. August 1939 abzuzeichnen. Hitler, der gespannt auf Nachrichten über die britische Situation wartete, war auch sehr an der Haltung der Italiener interessiert. Er hatte guten Grund dazu. Es war keine weitere Bestätigung der Verpflichtung Cianos vom 13. August 1939 Deutschland gegenüber von Rom aus erfolgt. Bernardo Attolico, besorgt, Mussolini könne in letzter Minute alle Vorsicht in den Wind schlagen und Hitler im wahrsten Sinne des Wortes die Treue halten, feuerte am 24. August

abends um 11 Uhr 15 einen letzten Warnschuß auf die italienischen Führer ab, nachdem Ciano mit Ribbentrop telephoniert hatte. Diese seine Warnung bildete die Grundlage der Beratung

666

667

Mussolinis mit Ciano am Morgen des 25. August, die zwischen Mussolinis Gespräch mit Mackensen und der offiziellen Antwort Italiens auf Ribbentrops Appell stattfand. Attolico erklärte in bewußter Übertreibung, Henderson habe sich über seine letzten Gespräche mit Hitler in jeder Hinsicht negativ geäußert. Er behauptete, es stehe absolut fest, daß die Deutschen am Abend des nächsten Tages ein Ultimatum an die Polen richten würden, andernfalls hätten sie keine endgültige Klarstellung des italienischen Standpunktes verlangt. Ferner behauptete er, Ribbentrop sehe sich im Zusammenhang mit seiner Moskau-Mission in seinen Hoffnungen getäuscht und hege an dem mit Rußland geschlossenen Pakt Zweifel. Das war durch und durch verlogen. Doch der italienische Botschafter verzichtete von vornherein darauf, Mussolini einen zutreffenden Bericht über deutsche Verhältnisse zu geben. Es war sein einziges Interesse, Italien daran zu hindern, Deutschland entsprechend den Vereinbarungen des Stahlpaktes vom Mai 1939 Unterstützung zu gewähren.

Attolicos Bemühungen führen zu einem vollen Erfolg

Mussolini war zur Zeit seines Gesprächs mit Mackensen tatsächlich geneigt, Deutschland in vollem Umfang zur Seite zu stehen. Er hatte daraufhin ein ausführliches Memorandum entworfen und darin die sofortige Intervention Italiens verlangt, falls England und Frankreich Deutschland

angreifen sollten. Als er Attolicos Warnung entnahm, was jeder Grundlage entbehrte, daß die Deutschen eine Entscheidung bei den Polen am nächsten Tag erzwingen würden, schrak er zurück. Attolicos Äußerungen über Henderson und Rußland spielten dabei eine besondere Rolle. Nach Henderson sei die britische Intervention eine Gewißheit, andererseits werde Italien im Kriegsfall womöglich keine indirekte wirtschaftliche Hilfe von Rußland erhalten.

Der Gedanke an eine offene Verneinung des deutschen Bündnisses war Mussolini unerträglich. Ciano war sofort zur Stelle, um ihm vorzuschlagen, wie er den Kreis quadrieren könne. Er verfaßte ein Schreiben, in dem er formell anbot, Deutschland zu unterstützen, doch unter Bedingungen hinsichtlich deutscher Hilfe, die das Reich kaum erfüllen konnte. Ribbentrop äußerte dazu später, Deutschland verfüge nicht über genügend Transportmittel, um Güter und strategische Rohstoffe innerhalb der angegebenen Zeit nach Italien zu befördern, vorausgesetzt natürlich, daß solches Material in Deutschland wirklich vorhanden sei, was keineswegs der Fall war. Hitler empfing Mussolinis Schreiben telegraphisch in zwei Teilen. Als er das ganze Schreiben in Händen hielt, wurde ihm klar, von den italienischen Führern in einem kritischen Augenblick im Stich gelassen zu sein. Mit einem Blick übersah er, daß der italienische Schritt der entscheidende Faktor in dieser Situation sein könnte. Hitler war auch keineswegs an dem Beistand Italiens interessiert, um Krieg zu führen, sondern er

667

668

brauchte diese Zusicherung, um den Briten und Franzosen den Mut zu nehmen, ihn anzugreifen. In dieser Lage blieb

nur die Hoffnung, die Italiener hätten ihn wenigstens von ihrer Entscheidung unterrichtet, bevor eine entsprechende Information an die Briten und Franzosen weitergeleitet worden war. Mussolinis Schreiben veranlaßte Hitler, sofort eine Entscheidung zu fällen. Er entschloß sich, ohne Aufschub mit den Polen abzurechnen, noch bevor England und Frankreich den tatsächlichen Standpunkt Italiens erfuhren. Er war davon überzeugt, daß jede Verzögerung einen allgemeinen Krieg unvermeidlich machen würde.

Hitlers Bündnisangebot an Großbritannien

Hitler hatte vorher den britischen Botschafter Henderson gebeten, ihn um 1 Uhr 30 mittags aufzusuchen, um formelle deutsche Vorschläge für ein deutsch-englisches Abkommen entgegenzunehmen. Er empfing Henderson zur festgesetzten Stunde und teilte ihm mit, die Danzigfrage werde geregelt werden und sein Pakt mit Rußland schließe die Gefahr eines deutschrussischen Krieges aus. Dann erinnerte er den Botschafter daran, daß er keine Aspirationen in Westeuropa habe und ihm sehr viel an dem ferneren Wohlstand und der Stärke des Britischen Empires gelegen sei. Die Kolonialfrage könne einer weit entfernten Zukunft überlassen werden, denn es sei in jedem Fall unklug, derartige Fragen zu erörtern, ehe Großbritannien und Deutschland zu einer Einigung über die Abrüstung gekommen seien.

Dann erklärte der deutsche Führer dem Botschafter, Zweck dieser Zusammenkunft sei, ein formelles und ausführliches Angebot zu einem deutsch-englischen Abkommen zu überreichen. Deutschland wünsche als Fortsetzung seines Vertrages mit Rußland einen Freundschaftsvertrag mit Großbritannien. Außerdem hätte er einige Bemerkungen zu beanstanden, die Chamberlain und Halifax am Vortage im Unterhaus gemacht hätten. So bestritt er die Behauptungen

der britischen Führer, Deutschland hege Welteroberungspläne. Henderson möge sich vergegenwärtigen, daß die Länder des Britischen Empires insgesamt eine Fläche von 40 Millionen Quadratkilometern umfaßten, Deutschland besitze dagegen ein bescheidenes Areal von weniger als 600.000 Quadratkilometern. Viele Nationen rangierten mit gewaltigen Räumen in der Größenordnung zwischen der Spitzenstellung Englands auf der Liste der Großmächte und der Stellung Deutschlands weiter unten auf dieser Liste. Beispielsweise umfasse die Sowjetunion 19 Millionen Quadratkilometer und die Vereinigten Staaten von Amerika 9,5 Millionen. Deutsche Welteroberungspläne seien weder vorhanden noch möglich.

Hitler ließ Henderson wissen, all dieses ändere nichts an der Tatsache, daß Deutschland sich einem akuten Problem in seiner unmittelbaren Nachbarschaft

gegenübersehe. Er, Hitler, sei deshalb entschlossen, die Verhältnisse in einem Teil des vor zwanzig Jahren verlorenen Gebietes zu regeln und das hieße Danzig und der Korridor. Das einzig mögliche Ergebnis, das er aus der Rede des Premierministers vom gestrigen Tage erkennen könne, sei ein blutiger und unberechenbarer Krieg. Er sei bereit, jeden nur möglichen Schritt zu tun, um diese Katastrophe abzuwenden, und somit lege er jetzt Verhandlungspunkte für das umfassende Abkommen mit Großbritannien vor, wie er es sich immer gewünscht habe. Sein Angebot beruhe auf der Annahme, daß England bereit wäre, die deutschen Verpflichtungen gegenüber Italien anzuerkennen, genau wie Deutschland die englischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich akzeptiere.

Hitler hoffte, die Briten würden bereit sein, grundsätzlich zu erklären, daß sie sich nicht der etwaigen Erwägung deutscher Kolonialansprüche verschließen würden. Er selber sei bereit, sich an den Buxton-Plan zu halten und zugunsten Großbritanniens die größte und vielseitigste Verpflichtung zu übernehmen, die je ein politischer Führer angeboten hätte. Diese Verpflichtung sei nichts weniger als seine Bereitschaft, den Briten die ganze Macht des Reiches zur Verteidigung des Empires jederzeit und an jedem Punkt zur Verfügung zu stellen. Den britischen Führern sei es natürlich überlassen, in jeder bedrohlichen Situation zu entscheiden, wann und ob sie dieser Hilfe bedürften. Er sei der Ansicht, eine Beilegung der deutsch-britischen Differenzen werde beiden Mächten völlige Sicherheit gewähren und es sei klar, daß eine drastische Verringerung der Rüstung sofort durchführbar wäre. Er sei gewillt, unverzüglich eine Garantie zu unterzeichnen, nach der Deutschland keine Veränderung des Status quo in ganz Westeuropa wünsche. Vorsichtig setzte Hitler hinzu, wenn seine Vorschläge auf Ablehnung stießen und es folge ein Krieg, ginge Großbritannien, einerlei wie er ausginge, nicht stärker aus ihm hervor. Er erklärte, die lebenswichtigen Interessen Deutschlands erforderten es von ihm, sein Angebot von einer Regelung des deutsch-polnischen Streits abhängig zu machen, die für Deutschland annehmbar sei.

Da auch Henderson ein deutsch-englisches Abkommen wünschte, war er von dieser Zusammenkunft mit Hitler am 25. August 1939 tief bewegt. Als er Hitlers beachtenswertes Angebot an Halifax und Chamberlain weiterleitete, fügte er eine Reihe persönlicher Bemerkungen hinzu. Ribbentrop sei während der ganzen Unterredung mit Hitler zugegen gewesen, doch habe er nur aufmerksam zugehört und nicht ins Gespräch eingegriffen. Auch habe er selbst sich nicht gestattet, ohne Instruktionen aus London etwas zu den einzelnen Punkten des Hitlerschen Angebots zu sagen. Der

britische Botschafter hatte sich mit seinen Ausführungen auf den deutsch-polnischen Streit beschränkt, der zu einem entscheidenden Punkt in den deutsch-englischen Beziehungen gewor-

669

670

den war. Er gab zu, von sich aus als persönliche Geste sehr warm empfohlen zu haben, Hitler und Beck möchten noch einmal zusammenkommen, ihren Streit beilegen und den Krieg vermeiden. Diese Anregung hatte der deutsche Führer sehr ruhig und nachdenklich entgegengenommen, dann aber plötzlich ausgerufen, wenn seine Differenzen mit den Polen geregelt werden könnten, so würde ihn das in die Lage versetzen, sein Leben als Künstler zu beschließen und nicht als „Kriegshetzer“. Mit Leidenschaft hatte er hinzugesetzt, Deutschland in nichts Besseres als in Militärunterkünfte zu verwandeln, sei wirklich das letzte, was er sich wünschen würde. Henderson empfahl Halifax mit Wärme, man möge Hitler eine Gelegenheit geben, seine guten Absichten zu beweisen.

Hitlers Befehl zum Einsatz in Polen am 26. August

Nach diesem Gespräch glaubte Hitler, keinen Augenblick verlieren zu dürfen. Er wünschte, mit den Polen zu einer Lösung zu kommen, solange die Wirkung seines Vertragsangebots noch anhielt und ehe die Briten und Franzosen entdeckten, daß Italien nicht beabsichtige, ihn zu unterstützen. Nach seiner Überzeugung bot sich ihm jetzt die einzige reale Chance, den Streit mit Polen mittels einer militärischen Aktion in einem örtlich begrenzten Krieg beizulegen. Jedes Zögern in diesem Augenblick werde Deutschland in der nächsten Zeit großes Leid bringen. Kaum

hatte sich Henderson verabschiedet, da rief Hitler den Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Walther von Brauchitsch an und gab ihm den offiziellen Einsatzbefehl gegen die Polen für den frühen Morgen des nächsten Tages. Generaloberst Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, erließ am Nachmittag des 25. August um 3 Uhr 05 den Befehl zum Beginn der „Operation Weiß". Die Kommandos ergingen an die einzelnen Wehrmachtskommandeure in den verschiedenen Abschnitten im Osten und am Westwall, wo die entsprechenden Verteidigungsmaßnahmen sehr bald anliefen. Kurz vor 3 Uhr am Nachmittag des gleichen Tages wurden die polnischen Fernsprechverbindungen durch Deutschland auf militärischen Befehl unterbrochen. Der polnische Außenminister Beck verfolgte diese Entwicklung mit Besorgnis, kam dann aber zu dem Schluß, daß es eher ein Teil des Nervenkrieges sein könne als das Zeichen eines kommenden Angriffs. Die Polen befahlen keine Mobilmachung ihrer letzten Reserveeinheiten. Ein Angriff am 26. August hätte die Polen sehr viel weniger vorbereitet gefunden, als es der Fall war, als der deutschpolnische Krieg fast eine Woche später zur Tatsache wurde.

Am gleichen Nachmittag suchte Botschafter Lipski zweimal das Auswärtige Amt auf, um sich über kürzliche Grenzverletzungen zu beschweren. Er berichtete, der polnische Grenzschutzbeamte Edmund Piatkowski sei aus dem Hinterhalt im Donnersmarck-Park an der oberschlesischen Grenze angeschossen

670

671

und getötet worden. Ferner sei ein deutscher Unteroffizier namens Kapenhagen innerhalb des polnischen Gebietes im

Raum von Bialystok durch Schüsse getötet worden. Kapenhagen sei mit einer Patrouille von zehn deutschen Soldaten in polnisches Gebiet eingedrungen. Die Deutschen beschwerten sich über zwei polnische Luftangriffe über der Danziger Bucht auf ein deutsches Flugboot aus Pillau in Ostpreußen, auch protestierten sie gegen polnische Verletzungen der deutschen Grenze. Diese Zwischenfälle waren ein allgemeines Zeichen für die aus der deutsch-polnischen Krise resultierenden, chaotischen Zustände.

Die Bekanntgabe des offiziellen englisch-polnischen Bündnisses

Hitler setzte sich mit seinem Pressechef Otto Dietrich in Verbindung und erkundigte sich, ob Meldungen über wichtige politische Veränderungen aus England und Frankreich vorlägen. Dietrich mußte zugeben, es seien keine besonderen Vorkommnisse zu berichten. Das gespannte und unruhige Warten wurde endlich um 5 Uhr nachmittags unterbrochen, als das Deutsche Nachrichtenbüro bekanntgab, es stehe der Abschluß eines formellen englisch-polnischen Bündnisses kurz bevor. Die Verhandlungen zwischen den Briten und Polen waren am vorhergehenden Sonnabend, dem 19. August, ohne Entscheidung beendet worden. Man hatte sich geeinigt, die Gespräche am Dienstag, den 22. August, wiederaufzunehmen, doch waren sie von dem britischen Kronanwalt Fitzmaurice abgesagt worden, weil das Kabinett aufgrund der Bekanntgabe des deutschrussischen Pakts über einen Wechsel seiner Politik zu beraten hatte. Am Abend des 22. August hatte Halifax eine kurze Ansprache über den Rundfunk an Polen gerichtet und darin die englisch-polnische Solidarität unterstrichen, sich dann aber am 23. August geweigert, mit dem polnischen Botschafter Graf Raczynski über die Bedingungen eines möglichen englisch-polnischen Bündnisses zu sprechen. Das Kabinett

entschied sich, die polnischen Bündnisbedingungen anzunehmen und die bisherigen Vorbehalte aufzugeben, doch wurden die Polen erst am Morgen des 25. August darüber unterrichtet. Raczynski erhielt von Beck aus Warschau die Genehmigung, die Verhandlungen abzuschließen und den Vertrag zu unterzeichnen.

Der englisch-polnische Bündnisvertrag vom 25. August 1939 enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll, welches vorsah, daß der Vertrag ausschließlich gegen Deutschland Anwendung finden sollte. Die Londoner Times brachte am Morgen des 25. August einen Artikel ihres Berliner Korrespondenten, wonach ein deutschpolnischer Krieg unumgänglich die Annexion ausgedehnten polnischen Gebietes durch die Sowjetunion nach sich ziehen würde. Die erste offizielle Erklärung, daß die britische Regierung nicht verpflichtet sei, Polen gegen die Sowjetunion zu verteidigen, wurde von Rab Butler am 19. Oktober im Unterhaus abgegeben, über einen Monat nach der sowjetischen Invasion Po-

lens. Zu jenem Zeitpunkt waren die Briten vollauf mit ihrem Feldzug gegen Deutschland befaßt und angeblich von dem Wunsch beseelt, die territoriale Unverletzlichkeit Polens zu verteidigen. Doch stimmten sie lediglich zu, sich im Fall einer sowjetischen Aggression gegen Polen mit Warschau zu beraten. Es wurde ausgemacht, Großbritannien würde die Einverleibung polnischen Gebiets durch irgendeine dritte Macht nicht ohne die Einwilligung der polnischen Führer anerkennen. Diese Vereinbarung führte im zweiten Weltkrieg zu einem ungeheuren Druck Englands auf die Polen, die Annexion Ostpolens durch die Sowjetunion zu akzeptieren.

Die für die Veröffentlichung bestimmten Bedingungen des Bündnisses gelangten erst am 26. August um 4 Uhr nachmittags über die deutsche Botschaft in London nach Berlin, doch enthielten die Bekanntmachungen in London in den frühen Abendstunden des 25. August bereits die Kernpunkte des Vertrages. Die beiden Mächte boten sich gegenseitig vollen Beistand gegen deutsche Angriffshandlungen. Auch einigten sie sich auf volle militärische Unterstützung gegen „jede Aktion einer europäischen Macht (d. h. Deutschlands), welche direkt oder indirekt die Unabhängigkeit einer der vertragschließenden Parteien offensichtlich bedroht und so geartet ist, daß die betreffende Partei den bewaffneten Widerstand als von lebenswichtiger Bedeutung betrachtet". In diesem Artikel verschrieben sich die Briten der gleichen Formel indirekter Aggression, die gerechterweise so außerordentlich starke Kritik erfahren hatte, als sie von der Sowjetunion vorgeschlagen worden war. Die Russen hatten sich für die These sogenannter indirekter Aggression starkgemacht, weil sie einen Freibrief zur Intervention gegen benachbarte Mächte begehrten. Die Briten erneuerten ihren bedingungslosen Blankoscheck für Polen mit dem Versprechen, es unter ähnlichen Umständen zu unterstützen.

Es wurde ferner abgemacht, daß die im ersten Artikel angeführte Aggression die Bedrohung der Unabhängigkeit oder Neutralität anderer europäischer Staaten einschließen solle, wenn solche Bedrohung für eine der vertragschließenden Parteien angeblich eine Gefahr bilde. Der dritte Artikel bestimmte, daß eine sogenannte wirtschaftliche Durchdringung seitens Deutschlands als Aggression ausgelegt werden könne. Der vierte und fünfte Artikel behandelte militärische Konsultationen und den Austausch von Informationen. Der sechste Artikel enthielt die Bestimmung, daß eine neu vereinbarte Verständigung

mit anderen Mächten die bestehenden Verpflichtungen nicht einschränken solle. Der siebente forderte, die beiden Mächte dürften im Kriegsfall keinen Separatfrieden schließen, und der letzte regelte, der Pakt trete in Kraft, wenn er für die Dauer von fünf Jahren unterzeichnet worden sei.

Der Londoner Rundfunk brachte wenige Minuten nach der ersten Bekanntgabe des Vertrages mit Polen eine Falschmeldung, wonach drei deutsche Bom-

672

673

ber durch polnische Flakbatterie und Jäger über polnischem Gebiet zum Landen gezwungen worden waren. Die eigentliche Unterzeichnung des Vertrages mit Polen fand um 5 Uhr 36 nachmittags statt.

Hitler widerruft den Operationsbefehl

Hitler hatte endlich am 25. August entscheidende Nachricht über die Schritte Englands erhalten. Doch bedeuteten sie für ihn einen Schritt in die falsche Richtung. Die Meldung von dem englisch-polnischen Pakt brachte Hitler auf den Gedanken, die Briten könnten Deutschland vielleicht trotz seines Paktes mit Rußland angreifen. Er befand sich in einem furchtbaren Dilemma. Wich er jetzt zurück, würden die Deutschen im Osten einschließlich Danzigs der Grausamkeit und der Anmaßung eines feindlich gesinnten Polens anheimfallen, Ging er tatsächlich gegen die Polen vor, konnten die Briten einen erneuten europäischen Krieg auslösen.

Halifax erhielt zwei dringende Appelle von Henderson, kurz bevor der polnische Vertrag unterzeichnet wurde. In seiner

ersten Botschaft erklärte der britische Botschafter ganz offen, er trete für die Annahme des Vertragsangebots Hitlers ein. Er drängte Halifax, die deutschen Vorschläge ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die zweite Botschaft enthielt einen Bericht über schwere Ausschreitungen gegen Deutsche in Polen, die sich am gleichen Tage zugetragen hatten. Henderson verließ sich bei diesen Zwischenfällen niemals auf die amtlichen deutschen Informationen und hatte sich demzufolge mit seinem Bericht auf die Bestätigung gestützt, die aus neutralen Quellen stammte. Die jüngste Greuelaktion hatte sich im oberschlesischen Bielitz ereignet. Dort verschleppten die Polen zwangsweise die Deutschen aus ihrem Gebiet und verbrachten sie ins Innere des Landes. Bei einer dieser Aktionen vom 25. August 1939 wurden acht Deutsche ermordet und viele weitere verletzt. Henderson befürchtete, die Bielitz-Greuel würden Hitler endgültig veranlassen, nach Polen einzumarschieren. Er machte kein Geheimnis aus der Tatsache, daß er das Versäumnis seiner Regierung, den polnischen Verantwortlichen Zurückhaltung aufzuerlegen, für beklagenswert hielt.

Hitler hatte den französischen Botschafter Robert Coulondre gebeten, ihn am 25. August um 5 Uhr 30 nachmittags aufzusuchen. Er empfing ihn zur verabredeten Zeit und schilderte ihm die letzten Ausschreitungen gegen die Deutschen in Polen. Coulondre wurde mitgeteilt, es könne jederzeit mit Krieg zwischen Deutschland und Polen gerechnet werden. Unter diesen Umständen habe es wohl wenig Sinn, noch weiter die deutschen Beziehungen zu Polen zu erörtern. Der Kanzler war der Auffassung, es sei sehr viel wichtiger, darüber zu sprechen, was die Zukunft Frankreich und Deutschland bringe.

Hitler beteuerte Coulondre, er wünsche Krieg mit Frankreich zu vermeiden.

673

674

Dennoch rief er aus: „Ich werde Frankreich nicht angreifen, doch wenn es sich an dem Konflikt beteiligt, werde ich ihn bis zum bitteren Ende durchzustehen wissen.” Dann hob er die Bedeutung des deutschrussischen Pakts hervor und setzte nach einer Weile hinzu: „Ich glaube, ich werde gewinnen, und Sie glauben, Sie werden gewinnen; gewiß ist, daß vor allem französisches und deutsches Blut fließen wird, das Blut zweier gleich mutiger Völker. Ich sage noch einmal, es ist mir schmerzlich zu denken, daß es dazu kommen könnte.” Hitler bat Coulondre, dem Premier Daladier diese Empfindungen zu übermitteln.

Coulondre antwortete Hitler sehr heftig. Er gab „sein Ehrenwort als Soldat, daß ich keinerlei Zweifel hatte, daß, wenn Polen angegriffen würde, Frankreich ihm mit allen zur Verfügung stehenden Kräften beistehen würde“. Auch gab er Hitler sein Ehrenwort, daß Frankreich jetzt alles in seiner Macht Stehende tun würde, die Polen zur Mäßigung zu zwingen. Hitler entgegnete: „Ich glaube Ihnen; ich glaube sogar, daß Männer wie Herr Beck gemäßigt sind, aber sie haben die Lage nicht mehr in der Hand.“ Coulondre äußerte, Hitler habe ganz recht, ihm zu glauben, daß er persönlich davon überzeugt sei, Frankreich würde aus einem kommenden Krieg siegreich hervorgehen. Er möchte hinzusetzen und das sei tiefinnerlich und grundsätzlich gemeint, er befürchte, der einzig wirkliche Sieger würde Leon Trotzki sein, der im Augenblick im Exil in Mexiko lebe, dessen Anhänger jedoch in jedem Land der Welt zu finden seien. Coulondre nahm wahr, daß dieser Hinweis auf den russisch-jüdischen Feuerkopf, dessen stürmische und zerstörerische Karriere Hitler wohlbekannt war, wie ein elektrischer Schlag wirkte. Es war ihm nicht bewußt, daß er

in wahrhaft entscheidender Stunde vor Hitler stand. Keitels Befehle an die Wehrmachtschefs waren um 3 Uhr 05 nachmittags hinausgegangen. Nach halb zehn Uhr abends wäre es Hitler nicht einmal theoretisch mehr möglich gewesen, die deutsche Kriegsmaschine anzuhalten, die sich bereits nach Polen in Bewegung setzte.

Es entstand eine lange Pause. Dann fragte Hitler Coulondre nachdenklich: „Warum haben Sie Polen dann einen Blankoscheck gegeben?“ Der Botschafter tat sein Bestes, um auf diese schwierige Frage einzugehen. Bis in jede Einzelheit schilderte er die Vorgänge vom März 1939 vom französischen Standpunkt aus. Schweigend hörte Hitler seinen Ausführungen lange Zeit zu. Schließlich folgte noch ein kurzer Austausch persönlicher Bemerkungen und die Unterredung war beendet.

Unmittelbar darauf bat Hitler Ribbentrop, der sich geduldig wartend bereithielt, zu einer Konferenz. Beide Männer sprachen kurz über die Lage und Hitler beklagte sich, er habe an diesem schweren Tag zwei sehr schlechte Nachrichten erhalten. Die eine sei Italiens Abfall und die andere der Abschluß des englisch-polnischen Pakts. Hitler war erstaunt, daß diese beiden Ereignisse

seinem Vertrag mit der Sowjetunion auf dem Fuße folgten. Er zeigte sich jedoch wendig genug, um Ribbentrop beizupflichten, daß seine Beurteilung des englisch-französischen Standpunkts wahrscheinlich falsch gewesen sei. War aber dieses Urteil unrichtig, so mußte sein Operationsbefehl gegen Polen ein grober Fehler sein. Dieser Befehl wurde ganz streng unter der Voraussetzung erteilt,

daß örtlich begrenzte Operationen gegen die Polen Europa nicht in einen allgemeinen Krieg stürzen dürften. Glücklicherweise besaß Hitler Mut in jeder Hinsicht. Die deutschen Truppen waren noch nicht in Polen einmarschiert. Noch hatte Halifax nicht seinen Krieg zum Ausgleich der Kräfte.

Hitler bat Generaloberst Keitel, der sich in erreichbarer Nähe aufhielt, am 25. August 6 Uhr 30 abends zur Besprechung. Der Reichskanzler befahl, die Operationen gegen Polen so schnell wie durchführbar auf unbestimmte Zeit einzustellen. Er wußte, daß das möglich war, denn es war einer der vielen Eventualfälle, die er mit Generaloberst von Brauchitsch vorher durchgesprochen hatte. Natürlich war Hitler versichert worden, es könne noch millionenfach etwas durch Zufall fehlgehen, das Meldesystem könnte irgendwo ausfallen, oder selbst Befehle würden falsch ausgeführt oder nicht befolgt. Die Bulgaren waren 1913 unter ähnlichen Umständen in den zweiten Balkankrieg geschlittert und hatten eine vernichtende Niederlage erlitten. Hitler wollte lieber die eine Million Zufälle auf sich nehmen als schuldig werden, wie 1914 die europäischen Führer, und in einen Völkerkrieg stolpern. Keitel setzte sich mit Generaloberst von Brauchitsch in Verbindung und übermittelte Hitlers Befehl: „Die bereits angelaufene ‚Operation Weiß‘ wird um 20 Uhr 30 wegen veränderter politischer Verhältnisse eingestellt.” Als Oberst Hans Oster, einer der Chefs der deutschen Abwehr und Mitglied einer Verschwörergruppe gegen Hitler, diese Nachricht hörte, frohlockte er: „Der Führer ist geliefert.”

Oster war überzeugt, daß Hitlers mutiges Vorgehen direkt zu einer Katastrophe führen würde. Doch irrte er sich. Trotz Oberst Oster und seiner Mitverschwörer war die deutsche Kriegsmaschine 1939 in ihrer Präzision leistungsfähiger als die kleine bulgarische Armee im Jahre 1913. Es sind

tatsächlich einige ernste Fehler vorgekommen, durch die schwerwiegende Zwischenfälle entstanden, doch in dem allgemeinen Durcheinander längs der deutschpolnischen Grenze blieben sie fast unbemerkt. Der Versuch, den Aufmarsch gegen Polen anzuhalten, war gelungen.

Hitler hatte das Spiel noch nicht verloren. Er befand sich in einem furchtbaren Dilemma, doch erkannte er es deutlicher als vorher. Vielleicht konnte außer der Alternative eines Völkerkrieges oder der Duldung polnischer Greueltaten noch ein dritter Ausweg gefunden werden. Es war Hitlers Aufgabe, als Diplomat, nicht als Soldat, diese Möglichkeiten zu suchen und zu prüfen. Er dachte vor allem an sein kürzliches Angebot an die Briten, zu einem deutsch-

englischen Abkommen zu gelangen. Deutsche Zugeständnisse an England, so hoffte er, konnten die britischen Führer vielleicht dazu bringen, den Polen nahezulegen, die Verhandlungen über eine Beilegung des deutsch-polnischen Streits wieder aufzunehmen. Hitler war bereit, seinen Vorschlägen an England neue Vorschläge an die Polen folgen zu lassen. Sein oberster Beweggrund dazu war, die Tragödie eines erneuten Krieges zwischen Deutschland und England zu vermeiden.

20. KAPITEL: DAS NEUE DEUTSCHE ANGEBOT AN POLEN

Halifax gegen polnische Verhandlungen mit Deutschland

DAS neue deutsche Angebot an Polen vom 29. August 1939 bildete das wichtigste Ereignis der wenigen Tage nach Hitlers Beschluß am 25. August 1939, einen letzten Versuch zu unternehmen, den Zwist mit Polen auf diplomatischem Wege beizulegen. Die einzelnen Punkte des neuen deutschen Planes für eine Regelung, die sogenannten Marienwerder-Vorschläge, wurden den Polen erst am 31. August 1939 eröffnet; sie waren an sich weniger bedeutend als das Verhandlungsangebot als solches. In der Hauptsache waren sie nichts weiter als ein Versuch deutscherseits, die Möglichkeiten einer Regelung abzutasten. Diese sorgfältig ausgearbeiteten Bedingungen hätten fast ein Jahr zu ihrer Durchführung bedurft, wenn die Polen sie akzeptiert hätten. Insoweit enthüllten sie die deutsche Absicht, in den Beziehungen zu Polen die Gewalt ein für allemal durch Verhandlungen zu ersetzen. Die deutsche Regierung betonte immer wieder ausdrücklich, die Bedingungen seien in dieser Weise formuliert,um zunächst eine Grundlage zu freien Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten zu bieten, und stellten keineswegs eine Reihe von Forderungen dar, zu denen die Polen sich hätten bekennen müssen. Nichts hätte diese davon abgehalten, ihrerseits den geheimen polnischen Plan zur Abtrennung des Danziger Gebiets

vorzulegen oder von sich aus ganz neue Vorschläge anzubieten.

Mit ihrem Verhandlungsangebot an die Polen bewiesen die Deutschen vor aller Welt, daß sie eine diplomatische Einigung einem Krieg mit Polen vorzogen. Die Polen hingegen weigerten sich, darauf einzugehen, und bekundeten damit, daß sie den Krieg bevorzugten. Die Weigerung von Halifax, den Polen Verhandlungen anzuraten, war das Zeichen dafür, daß auch er dem Krieg den Vorzug gab. Er hielt es für richtig, Hitlers Angebot, die britische Polen-Garantie anzuerkennen, sobald der Streit um Danzig beigelegt sei, zu ignorieren. Für die Polen wäre es von großer Bedeutung gewesen, die Verhand-

lungen wiederaufzunehmen und damit die Tür zu öffnen, die Beck ohne triftigen Grund in seiner Rede vom 5. Mai 1939 zugeschlagen hatte. Ein entgegenkommendes Verhalten der Polen wäre nicht gleichbedeutend mit einer Anerkennung der Abtretung Danzigs an die Deutschen und ebensowenig mit einem Rückzug gewesen. Ihre Zusage hätten sie damit motivieren können, daß Deutschland und nicht Polen es als notwendig erachtet hatte, neue Verhandlungen zu verlangen.

Beck hätte sich zweifellos in dieser Situation ganz anders verhalten, wenn Halifax für einen Kompromiß mit Deutschland eingetreten wäre. Die größte Sorge im polnischen Außenministerium war es einige Tage nach dem 25. August 1939, die Briten könnten ihre Angriffsabsichten auf Deutschland aufgeben und sich noch in letzter Minute aus ihren Verpflichtungen gegenüber Polen lösen. Unter

diesen Umständen war Becks Entschluß nur natürlich, sobald wie möglich einen Konflikt mit Deutschland zu provozieren, und zwar noch bevor die britischen Führer sich anders besannen. Von Beck einen Kompromiß mit Deutschland zu erwarten, solange Großbritannien ihn nicht unter Druck setzte, war unrealistisch. Allerdings schlug auch Hitler keine Verhandlungen ohne die Zusicherung von britischer Seite vor, daß die Polen auf einen derartigen Vorschlag eingehen würden. Unglücklicherweise konnte man von den Briten bei ihrer grundsätzlichen Einstellung am 28. August 1939 keine solche Zusicherung erwarten, und sie gaben nach dem, was geschehen war, auch keine ab.

Die Briten haben von Beck niemals mehr als eine oberflächliche Zusicherung erhalten, daß Polen mit Deutschland verhandeln würde. Einziges Anzeichen, daß die polnischen Führer es möglicherweise täten, war die am Nachmittag des 28. August durch Beck erfolgte Bestätigung der offenen Antwort des Präsidenten Moscicki an Roosevelt am 25. August 1939. Moscicki bejahte Roosevelts Anregung zu direkten Verhandungen, weil die Polen „sie stets als die geeignetste Methode angesehen haben”. Ein Schiedsgericht hielt er nicht für richtig, in der Überzeugung, daß fremde Staatsmänner kein Verständnis für die vitalen Interessen Polens haben könnten. Die polnische Regierung war daher auch nicht zur Anerkennung eines Schiedsspruches bereit. Nach britischer Ansicht galt die von Beck bestätigte Erklärung des polnischen Staatspräsidenten zur Frage direkter Verhandlungen lediglich für die Akten. So unternahmen die Briten auch nichts Besonderes, sich der angeblichen Bereitschaft der Polen zu direkten Verhandlungen mit Deutschland durch eine konkrete Information zu vergewissern.

Das polnische Versprechen an Präsident Roosevelt

Roosevelt erhielt den Wortlaut der Botschaft Moscickis am 25. August 1939

678

679

und übermittelte ihn Hitler. Diesem gegenüber betonte er, er habe eine bindende Zusage von Moscicki, aufgrund deren Polen auf direkte Verhandlungen mit Deutschland eingehen würde. Der amerikanische Präsident setzte hinzu: „Die ganze Welt betet, daß auch Deutschland zusagen möge." Hitler durchschaute Roosevelts Botschaft als eine reine Propagandageste, um Deutschland in Mißkredit zu bringen. Er war scharfsinnig genug, um zu erkennen, daß ein von Polen den USA gegebenes Versprechen nicht einmal das Papier wert war, auf dem es stand. Die Polen wußten genau, daß Roosevelt jede polnische Regierung förderte, die die Aussicht auf einen Konflikt mit Deutschland verbesserte, und daß er auch nicht negativ reagieren würde, wenn sie trotz fester Zusagen Verhandlungen mit Deutschland verweigerten. Das war auch Hitler bekannt. Infolgedessen versuchte er mit aller Kraft die Briten von der Verhandlungsbereitschaft der Polen zu überzeugen, anstatt Mühe auf die Auswertung der bedeutungslosen Antwort Warschaus an Roosevelt zu verwenden.

Beck versicherte dem amerikanischen Botschafter Biddleam 25. August 1939 kurz vor Mitternacht, daß der Krieg zwischen Deutschland und Polen unvermeidlich sei. Nach seiner Überzeugung besitze Polen eine angemessene Rechtsgrundlage für eine Kriegserklärung an Deutschland, falls die Deutschen es unterließen, in den nächsten Tagen die Initiative gegen Polen zu ergreifen. Die Echtheit des von neutraler Seite bestätigten Bielitz-Massakers bestritt er. Vielmehr hätten die Deutschen am 16. August 1939 einen

polnischen Soldaten getötet, ihm den Bauch aufgeschlitzt und den Schädel eines Säuglings darin versteckt. In den darauffolgenden Tagen und Jahren ist diese Geschichte immer wieder von polnischer Seite verbreitet worden, obwohl sich niemals jemand um einen dokumentarisch gesicherten Wahrheitsbeweis bemüht hat. Man übersah dabei, daß diese Art von Barbarei auf einen bestimmten, den Deutschen fremden Hexenaberglauben in Osteuropa zurückging. Es wäre ein historisch einzigartiges Ereignis gewesen, hätte sich das moderne Polen im Falle einer Kriegserklärung auf diese groteske Behauptung gestützt. Botschafter Biddle war von der aggressiven Haltung Becks stark beeindruckt. Er prophezeite Roosevelt, Polen würde Deutschland eine Reihe von Ultimaten stellen, wenn Hitler sich in dem Danziger Streit beuge.

Die Bekanntmachung der Deutschen am 25. August 1939, daß die Tannenbergfeierlichkeiten und der Nürnberger Parteitag abgesagt würden, blieb nicht ohne Wirkung auf Beck. Diese Meldung und die bedrückende Zahl von Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen am nächsten Tag überzeugten den polnischen Außenminister, daß der deutsche Angriff unmittelbar bevorstehe. Erst am 27. August stellte er fest, daß Hitler immerhin noch keine entscheidenden militärischen Maßnahmen ergriffen hatte. Der französische Botschafter Noël behauptete zu diesem Zeitpunkt, Beck sei sehr krank und leide an

schwerer Erschöpfung und Tuberkulose. Außerdem sei er infolge überreichlichen Gebrauchs von Stimulantien süchtig geworden. Der Außenminister ist schließlich 1944 in Rumänien seinem Lungenleiden erlegen, nachdem ihm die

Einreise nach England verweigert worden war. Der französische Botschafter, der Beck verachtete, fand Gefallen daran, den polnischen Außenminister moralisch und physisch als dekadent zu bezeichnen.

Am Morgen des 26. August 1939 hatten deutsche Truppen, ehe sie der Gegenbefehl erreichte, an der slowakisch-polnischen Grenze ihren Vormarsch begonnen und polnischen Boden am Jablonka-Paß betreten. Glücklicherweise befand sich dort keine polnische Stellung, so daß ein Zusammenstoß vermieden wurde, als sich die Deutschen in Eilmärschen über die Grenze weit in die Slowakei hinein zurückzogen. Im Raum Dzialdowo (Soldau) direkt im Norden Warschaus und kurz hinter der ostpreußischen Grenze stießen die Polen in etwa einem Dutzend Kleingefechten mit deutschen Spähtrupps zusammen, die durch die plötzliche Zurücknahme der deutschen Einheiten beendet wurden. Es war bezeichnend, daß diese ernsten Zwischenfälle sich an zwei der entscheidendsten Abschnitte des deutschen Operationsplanes ereigneten. Ein Massaker an Volksdeutschen im Raume Lodz und ständige Grenzverletzungen von polnischer Seite schienen dazu angetan, die Aufmerksamkeit von diesen kritischen Vorfällen abzulenken. Am 26. August 1939 schoß ein polnisches Kriegsschiff auf ein deutsches Verkehrsflugzeug, in dem sich Staatssekretär Wilhelm Stukkardt vom Reichsinnenministerium auf seiner Rückkehr aus Danzig befand. Stuckardt hatte mit Danziger Regierungsmitgliedern rechtliche Fragen zur geplanten Rückkehr Danzigs zum Reich besprochen.

Hitlers Zurücknahme des Angriffsbefehls verursachte natürlich Bestürzung in der deutschen Wehrmacht. Einer der deutschen Offiziere wurde am Abend des 25. August 1939 zur Wilhelmstraße entsandt, um sich entrüstet zu

erkundigen, warum man die Soldaten in Marsch gesetzt habe, wenn man die Differenzen mit Polen auf diplomatischem Wege beizulegen beabsichtige. Das Auswärtige Amt hatte keine passende Antwort auf diese peinliche Frage.

Hitler gelingt es nicht, die Unterstützung Italiens zurückzugewinnen

Hitler war in erster Linie darauf bedacht, seine Kontakte zu den britischen Führern zu verbessern. Ebenso hoffte er, die Italiener dazu veranlassen zu können, ihr loyales Verhältnis zu Deutschland wiederherzustellen. Am Nachmittag des 25. August, bevor er Henderson empfing, hatte er in großer Eile eine vorläufige Antwort auf Mussolinis Botschaft diktiert. Darin beklagte er sich, die Lage in Polen sei unerträglich, und bat den italienischen Führer, doch den in diplomatischer Hinsicht gewonnenen Nutzen zu bedenken, der aus seinem Pakt mit Rußland resultiere. Er versicherte Mussolini, daß er für Italien in

680

681

einer ähnlichen Situation volles Verständnis haben würde und sich die Italiener auf seine Unterstützung verlassen könnten.

Attolico überreichte Hitler um 6 Uhr abends am 25. August eine zweite Botschaft Mussolinis, in der er Hitler erinnerte, daß er den Vertrag mit Rußland begrüße, da er, wie deutlich festzustellen sei, begrüßenswerte diplomatische Auswirkungen auf Länder wie Rumänien und die Türkei zeitige. Er sicherte Hitler in einem örtlich begrenzten deutsch-polnischen Krieg den politischen und wirtschaftlichen Beistand Italiens zu, hob aber ausdrücklich

hervor, daß eine Intervention in einem allgemeinen Krieg ohne riesige deutsche Lieferungen, die Italien für ein solches Unternehmen fordern müßte, nicht „opportun” wäre.

Um 7 Uhr 40 am Abend des gleichen Tages telefonierte Hitler mit Botschafter Mackensen in Rom. Er wünschte von den Italienern genauere Angaben über ihren Bedarf an Waffen und Material. Sie sollten jedoch nur das enthalten, was sie als absolut unentbehrlich betrachteten. Er sagte eine sorgfältige Überprüfung der italienischen Forderungen zu. Mackensen berichtete etwa vier Stunden später, Mussolini werde eine genaue Liste der benötigten Lieferungen am 26. August nach Berlin senden. Mussolini habe ferner erklärt, er werde, obgleich er den russischen Vertrag aus taktischen Gründen unterstütze, antikommunistisch bleiben, worauf ihm der deutsche Botschafter entsprechend seinen Instruktionen aus Berlin versichert habe, die Politik seines Landes bleibe ebenso unbeirrt antikommunistisch.

Die genaue Liste mit den italienischen Anforderungen traf am 26. August um 12 Uhr 10 abends in Berlin ein. Sie umfaßte 6 Millionen Tonnen Kohle, 2 Millionen Tonnen Stahl, 7 Millionen Tonnen Erdöl, 1 Million Tonnen Holz und viele Tonnen Kupfer, Kalisalpeter, Pottasche, Kolophonium, Gummi, Terpentin, Blei, Zinn, Nickel, Molybdän, Wolfram, Zirkonium und Titanium, von letzterem 400 Tonnen. Die Italiener forderten 150 Flakbatterien mit Munition für das Industriegebiet Turin-Genua-Mailand-Savona. Auf einer Extraliste wurden deutsche Maschinen angefordert. Dazu wurden die Deutschen unterrichtet, die Listen wären unnötig gewesen, wenn man Italien genügend Zeit zu unabhängigen Vorbereitungen gelassen hätte.

Hitler antwortete Mussolini einige Stunden später und erklärte, Deutschland könne Kohle und Stahl liefern, gestand

jedoch, daß es unmöglich sei, mit Erdöl auszuhelfen. Auch erinnerte er Mussolini daran, daß Deutschland selbst gezwungen sei, für Kupfer Ersatzmaterial zu verwenden, weil nicht genügend zur Verfügung stehe. Nach seiner Ansicht war es ebenso unmöglich für Deutschland, falls innerhalb der nächsten Tage Krieg ausbrechen würde, die volle Anzahl von schweren Flakbatterien vor dem Abschluß der Kampfhandlungen in Polen zu liefern. Er wies Mussolini darauf hin, Attolico habe unbe-

681

682

dingt das Eintreffen der gesamten Lieferungen, wenn Italien Deutschland unterstützen solle, vor Ausbruch der Feindseligkeiten in Italien verlangt. Daraus ergebe sich, daß es unmöglich sei, auf die Bedingungen Italiens einzugehen. Hitler ersuchte den italienischen Staatschef, ihn wenigstens mit militärischen Demonstrationen und aktiver Propaganda zu unterstützen, ohne zu wissen, daß die Italiener den Briten Zusicherungen gegeben hatten, die alle Arten von Demonstrationen sinnlos gemacht hätten. Das Antwortschreiben schloß mit dem warnenden Hinweis, Deutschland müsse die den Osten betreffende Frage unter Umständen „sogar auf die Gefahr von Komplikationen im Westen hin” lösen.

Mussolini versuchte daraufhin einzulenken, indem er Hitler am 26. August um 6 Uhr 42 abends wissen ließ, Attolico habe in seinem Eifer, eine Verpflichtung Italiens an Deutschland zu verhindern, seine Instruktionen falsch verstanden. Die Flakbatterien würden sofort gebraucht, doch genüge es, die anderen Lieferungen über eine Zeitspanne von zwölf Monaten zu verteilen. Mussolini beeilte sich, zu bemerken, daß nach Hitlers eigenem

Eingeständnis die Lieferung bestimmten strategischen, in den italienischen Bedarfslisten angegebenen umfangreichen Materials eine Unmöglichkeit sei, und stellte fest: „So ist es Ihnen nicht möglich, mir mit Material zu helfen, um die großen Lücken aufzufüllen, die durch die Kriege in Abessinien und Spanien im italienischen Rüstungsbestand entstanden sind.“ Auch betonte Mussolini nachdrücklich, daß eine friedliche Lösung des gegenwärtigen Streites für das deutsche wie das italienische Volk unerläßlich sei. So wurde Hitler die Zwecklosigkeit jeder weiteren Anstrengung klar, Mussolini in der gegenwärtigen Krise für eine umfassende Unterstützung Deutschlands wiederzugewinnen.

Halifax voller Kriegshoffnung

In London und Paris war man in diesen Tagen voller Erwartung, zwischen Deutschland und Polen werde ohne weitere diplomatische Unternehmungen größeren Stils der Krieg ausbrechen. Bonnet beklagte sich, daß verschiedene prominente Franzosen sich für die abwegige Idee einsetzten, man solle Italien zur Vergeltung für eine Polen durch Deutschland zugefügte unvermeidliche Niederlage angreifen. Léon Blum, der französische Sozialistenführer, erklärte dem britischen Botschafter Sir Eric Phipps, Krieg sei so gut wie sicher, obgleich er im Hinblick auf die Verantwortlichkeit hinzusetzte, er hoffe, Hitler sei nicht „so wahnsinnig“, Polen anzugreifen.

Halifax teilte Kennard am Abend des 25. August mit, Graf Raczynski sei während der Unterzeichnung des englisch-polnischen Paktes sehr standhaft gewesen, und er habe seine Empörung über eine angebliche „Art von Freikorps” im deutschen Schlesien zum Ausdruck gebracht, das anscheinend Raub-

züge in Polen unternehme. Das war ganz offenkundig ein ebenso schwacher wie irreführender Versuch polnischerseits, die Aufmerksamkeit von dem Blutbad unter den Volksdeutschen in Bielitz abzulenken. Halifax, dem Mussolinis Konferenzplan nicht aus dem Kopf ging, versuchte vorsichtig, Raczynskis Reaktion auf den Vorschlag zu ermitteln, das Polen gar nicht gehörende Danzig im Austausch gegen eine internationale Garantie der polnischen Grenzen abzutreten. Voller Genugtuung teilte er Kennard mit, Raczynski habe diesen Gedanken höhnisch von sich gewiesen und darauf bestanden, daß die Alliierten sich ausschließlich darauf konzentrieren sollten, bei ihrer „unbeugsamen Haltung" gegenüber Deutschland zu bleiben. Kennard erwiderte Halifax, Beck werde keine Verpflichtung übernehmen, Großbritannien zu konsultieren, bevor er in Danzig etwas Entscheidendes unternehme. Der britische Botschafter war mit Becks Einstellung zu diesem wichtigen Punkt sehr zufrieden.

Phipps berichtete aus Paris, Bullitt habe neue Instruktionen von Präsident Roosevelt erhalten, wie eine engere und bessere Koordinierung der britischen und amerikanischen Maßnahmen gegen Deutschland erzielt werden sollte. Der Präsident schlug vor, alles nur Denkbare zu tun, um das deutsche Regime mit Hilfe von Propagandamitteln in ein Chaos zu stürzen. Nach seiner Ansicht sollte Tag und Nacht Rundfunkpropaganda nach Deutschland ausgestrahlt werden. Große Wirkung versprach er sich davon, es schon im voraus als bewiesen hinzustellen, daß für jeden Krieg Hitler der Alleinverantwortliche sei. Er hoffte, die Friedenswünsche des deutschen Volkes dafür ausnutzen zu

können, die Treue der Deutschen zu ihrer Regierung nach dem Ausbruch des Krieges zu untergraben.

Henderson war in Berlin nach wie vor mit allen Mitteln um die Erhaltung des Friedens bemüht. Am 25. August nahm er erneut Fühlung mit dem polnischen Botschafter Lipski und bedrängte ihn, die Frage der deutschen Minderheit in Polen mit der Reichsregierung zu erörtern. Er berichtete Halifax, der italienische Botschafter Attolico sei über die Kriegsaussicht entsetzt und habe entrüstet erklärt, Kriegshetzer wie Anthony Eden müßten aufgehängt werden. Sorgsam umging er es, Attolicos Äußerung über Eden in irgendeiner Weise zu kritisieren. Eden hatte bekanntlich gemeinsam mit Churchill jede Friedenspolitik sabotiert, doch die Hauptrolle bei der Torpedierung dieser Politik hatte Halifax gespielt, jener Mann, dem Hendersons Bericht zuging.

Sir Ronald Lindsay, britischer Botschafter in den USA, hatte vor seiner Ablösung durch Lord Lothian und Rückreise nach England eine Reihe abschließender Berichte an Halifax gesandt. Lindsay wies darauf hin, Roosevelt sei angesichts der Aussicht auf einen neuen Weltkrieg in Ekstase geraten. Im Mai 1939 sah sich der Präsident in seinen Erwartungen nach seinem vergeblichen Versuch, das amerikanische Neutralitätsgesetz zu Fall zu bringen, getäuscht. Doch

hatte er Lindsay versichert, nach Kriegsausbruch werde ihm die Ausmerzung dieses Gesetzes schon gelingen. Er hatte selbst zugegeben, zum Warten auf einen erneuten Anlauf gezwungen zu sein, „bis der Krieg ausbreche“. Der amerikanische Präsident legte auch das Versprechen ab,

keinesfalls sich an die Neutralitätsgesetze zu halten, wenn er zu ihrer Einhaltung gezwungen werde. Vielmehr werde er ihre Absicht dadurch vereiteln, daß er die Verkündigung der Neutralität um mindestens fünf Tage nach Kriegsausbruch verzögere. In diesem Interim werde er dafür Sorge tragen, daß gewaltige Mengen Kriegsmaterial eilends zu den Briten nach Kanada geschafft würden. Lindsay berichtete in seiner gewohnten, ungemein gemessenen Art: „Seine Redeweise deutete in allem darauf hin, daß die verantwortlichen Stellen Amerikas bemüht sein würden, zugunsten Seiner Majestät Regierung zu betrügen.

Roosevelt versicherte Lindsay ebenfalls, er werde deutsche Schiffe unter falschen Vorwänden anhalten und sie auf Waffen hin untersuchen, so daß sie unter Umständen, die man zwischen Amerika und England genau festlegen könne, den Briten mühelos in die Hände fielen. Der britische Botschafter war persönlich betroffen, daß der Präsident eines so bedeutenden Landes heiter und erfreut über eine Tragödie sein konnte, die alle Menschheitshoffnungen zu vernichten schien. Er berichtete: „Roosevelt sprach in einem Ton fast teuflischer Freude. Ich mag mich irren, aber die ganze Geschichte kam mir vor wie ein Schulbubenstreich." Es war für Amerika und die ganze Welt eine Tragödie, daß an diesem wichtigen Brennpunkt ein Präsident saß, dessen Empfindungen und Ideen von einem befreundeten Botschafter als hoffnungslos infantil beurteilt werden konnten.

Halifax war geneigt, die Haltung des amerikanischen Präsidenten als das Ergebnis erfolgreicher Anstrengungen britischer Kolonialpropaganda anzu sehen. Der amerikanische Präsident, ein enthusiastischer Militarist, hatte den Gedanken eines 2. Weltkriegs als seine beste Ausflucht vor den hoffnungslos verfehlten Maßnahmen benutzt, mit denen er die wirtschaftliche Depression der

Vereinigten Staaten vergeblich zu bekämpfen suchte. Der britische Außenminister hatte den seltsamen Lochner-Bericht über Hitlers angebliche Äußerungen vor seinen militärischen Befehlshabern am 22. August auf dem Obersalzberg studiert. Er kabelte Loraine am 26. August nach Rom, einer kürzlichen Meldung aus Berlin sei zu entnehmen, Hitler habe eine Art polnischer Teilung im Sinn. Dieser Vorschlag sollte Mussolini auf die Idee bringen, der deutsche Führer gehe in seinen Plänen auf Kosten der Polen zu weit, um für eine vernünftige Regelung der deutsch-polnischen Schwierigkeiten zugänglich zu sein. Halifax hoffte, Mussolini auf diese Weise von seinen Plänen einer diplomatischen Konferenz abbringen zu können.

Der britische Außenminister war über die Solidarität, mit der die britische

684

685

Nation nach dem ersten Schock über den deutsch-russischen Pakt seine Politik zu unterstützen schien, außerordentlich erfreut. George Lansbury, der ehemalige Labour Parteiführer, und James Maxton, das unabhängige Labourmitglied im Unterhaus aus Schottland, waren die einzigen, die sich in der Unterhausdebatte am 25. August 1939 gegen eine Intervention in einem deutsch-polnischen Krieg aussprachen. Ebenso zufrieden war Halifax mit der Londoner und der Provinz-Presse. Mit Freude konstatierte er, daß ein drohender Eisenbahnerstreik mit Rücksicht auf die diplomatische Krise abgesagt worden war.

Halifax machte Kennard am 26. August den Vorschlag, es wäre doch vielleicht gut für die polnischen Führer, sich um die Einwilligung der Reichsregierung zur Vertreibung der

gesamten deutschen Minderheit in Polen zu bemühen. Nach Auffassung des britischen Außenministers würde die Rückkehr dieser Menschen nach Deutschland Hitlers Beschwerden über ihre Mißhandlung in Polen den Boden entziehen. Dazu bemerkte er, Hitler sei ja auch bereit gewesen, ein ähnliches Abkommen mit Italien über die Deutschen in Südtirol im Januar 1939 zu schließen. Allerdings überging er die Tatsache, daß Hitler dieses Abkommen mit einer Macht geschlossen hatte, die sich nicht grundlegend der Zusammenarbeit mit Deutschland widersetzte. Den Polen fiel es gar nicht ein, diesen Vorschlag in Betracht zu ziehen, denn sie fürchteten, er könnte die Abwanderung der polnischen Minderheit in Deutschland aus Gegenden nach sich ziehen, die sie später zu annektieren beabsichtigten.

Henderson sandte Halifax am Morgen des 26. August, bevor er nach London abreiste, einen letzten Bericht mit der Warnung, Deutschland befinde sich in einem Zustand getarnter Teilmobilisierung. Am gleichen Morgen schrieb er noch um 7 Uhr 30 einen persönlichen Brief von der britischen Botschaft in Berlin aus an Ribbentrop. Darin teilte er ihm mit, er sei im Begriff, nach London abzureisen, um dort den „großen Vorschlag“ zu einem deutsch-englischen Abkommen vorzutragen, den Hitler ihm am vorhergehenden Tage gemacht hatte. Dringend legte er dem deutschen Außenminister nahe, daß eine friedliche Regelung der polnischen Frage die bestmögliche Grundlage für ein solches Abkommen ergeben würde. Ribbentrop möge bedenken, daß „Herr Hitler seit vier Monaten eine unerhörte Geduld gezeigt hat“ und nach seiner Ansicht um der ungeheuren Ziele willen noch ein wenig länger durchhalten sollte. Er bat Ribbentrop, Hitler mitzuteilen, wenn er, Henderson, nicht später am Tage oder morgen wieder in Berlin sein sollte, handele es sich um ein für den britischen Botschafter unwürdiges Bemühen um Aufschub. Tatsächlich

wurde es Henderson erst am Abend des 28. August 1939 gestattet, wieder nach Berlin zu fahren. Er bat Hitler, Vertrauen in seine guten Absichten zu setzen, und schloß das Schreiben an Ribbentrop mit der Feststellung, ein erneuter deutsch-englischer Krieg würde die denkbar größte Katastrophe sein, die die Welt er-

685

686

leben könnte. Es war tragisch, daß Halifax diese Katastrophe hartnäckig als einen großen Segen betrachtete".

Briten über Frankreich besorgt

Die Briten waren jetzt, nachdem Hitler Mussolini als Stütze in der polnischen Frage verloren hatte, darauf bedacht, sich Frankreichs fest zu versichern. Der US-Botschafter Bullitt berichtete Roosevelt, Daladier weigere sich, die Behauptung gelten zu lassen, Hitler werde Danzig aufgeben und vor dem englisch-französischen Druck zurückweichen. Daladier hegte in wachsendem Maße Zweifel, ob Polen zu unterstützen sei, doch behauptete der britische Botschafter Phipps dann, seinem energischen Eingreifen zufolge habe der französische Premier sich davon zurückgehalten, seine Entrüstung über die Polen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Phipps räumte ein, sein persönlicher Einfluß auf Daladier sei im Vergleich zu dem Bonnets nur von sekundärer Bedeutung und dieser trete ernsthaft für ein dauerhaftes Abkommen Englands und Frankreichs mit den Deutschen ein. Sir Eric Phipps konzentrierte auch seine Aufmerksamkeit auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten Camille Chautemps in der Hoffnung, er werde dem Einfluß Bonnets und Daladiers entgegenwirken können. Doch mußte er bald zugeben, daß Chautemps eines

der vielen Mitglieder des französischen Kabinetts war, „das weniger dazu neige, den Polen mit Waffengewalt beizustehen.

Phipps gab zu verstehen, er hoffe Chautemps für eine Politik ständiger Zusammenarbeit Frankreichs mit Großbritannien in Krieg und Frieden gewinnen zu können. Er gab sich große Mühe, Halifax klarzumachen, daß er alles Menschenmögliche zur Stützung seiner Frankreichpolitik unternehme, so daß er annehmen konnte, Halifax werde ihm unter diesen Umständen ein Abweichen von der in London vertretenen bedingungslosen Kriegspolitik gestatten. Der britische Botschafter gab offen zu, daß er persönlich ein dauerhaftes englisch-deutsches Einvernehmen einem neuen Krieg zwischen beiden vorziehe und Halifax ergebenst ersuche, sich ernsthaft mit den neuesten Vorschlägen Hitlers zu befassen. Damit bestätigten sich die damaligen Befürchtungen des US-Botschafters Bullitt: Der einflußreiche ehemalige Botschafter in Deutschland und Schwager Sir Robert Vansittarts wollte lieber Frieden als Krieg. Die Mehrzahl der britischen Führer traten auf Grund ihrer Sachkenntnis der englisch-deutschen Beziehungen nach wie vor trotz der Politik von Lord Halifax für den Frieden und nicht für den Krieg ein. Zu diesem Kreis gehörten Premierminister Neville Chamberlain, George Lansbury, Lord Lothian, Lord Astor, Lord Londonderry, Viscount Rothermere, Sir Horace Wilson, Unterstaatssekretär im Foreign Office Rab Butler, Botschafter Sir Eric Phipps und Botschafter Sir Nevile Henderson.

686

687

Nach dem Ausbruch des 2. Weltkriegs hat sich Chamberlain bei dem US-Botschafter Kennedy beklagt: „Amerika und das

Weltjudentum haben England in den Krieg gezwungen.” Kennedy war selbst davon überzeugt, daß „weder die Franzosen noch die Engländer ohne das ständige Drängen Washingtons Polen zu einem Kriegsgrund gemacht hätten.” Kennedy war 1939 einem ständigen Druck von seiten des amerikanischen Botschafters in Paris ausgesetzt und verwies in erster Linie auf „Bullitts Drängen bei Roosevelt im Sommer 1939, die Deutschen in der Polenfrage einzuschüchtern“. Kennedy wurde von Roosevelt telefonisch angewiesen, „Chamberlains Rücken eisern zu machen“. Das war insofern gänzlich verfehlt, als der maßgebende Einfluß auf die britische Politik im Oktober 1938 von Chamberlain auf Halifax übergegangen war. Weder Kennedy noch Bullitt noch auch Roosevelt haben diese Situation richtig zu erfassen vermocht. Sie waren nicht informiert und nicht scharfsinnig genug, um die Zusammenhänge als solche erkennen zu können, so daß Halifax ihnen nichts anvertrauen konnte. Die späten Gewissensbisse, die Chamberlain veranlaßten, sich bei Kennedy über Amerika und die Juden zu beklagen, waren eher ein Versuch, die Schuld von sich abzuwälzen, als ein echtes Bekenntnis. Er drückte lediglich mit anderen Worten aus, daß er und seine Freunde vielleicht den Mut gefunden hätten, Halifax entgegenzutreten, wenn dieser an Roosevelt keine Stütze gehabt hätte. Das war nun zweifellos eine Begründung aus der Defensive heraus; denn keiner von ihnen hat je auch nur die leiseste Neigung bewiesen, sich Halifax zu widersetzen. Außerdem hatte sich Halifax lange vor der deutschen Besetzung Prags für eine Kriegspolitik gegenüber Deutschland entschieden und ehe Roosevelt einen beträchtlichen Kriegsdruck auf die britischen Führer ausübte. Halifax hatte vielmehr Roosevelt gegen die Deutschen aufgehetzt, bevor Hitler nach Prag marschierte, und nicht umgekehrt. Verglichen mit Halifax, war Roosevelt in internationalen Angelegenheiten ein Neuling, und es war

darum undenkbar für ihn, einen entscheidenden Einfluß auf den englischen Foreign Secretary auszuüben.

Halifax hatte einen englisch-deutschen Krieg bereits seit 1936 für unvermeidbar gehalten und von Oktober 1938 an, als er die Zügel der britischen Politik ergriff, bis zum Ausbruch des 2. Weltkriegs im September 1939 ist er nicht ein einziges Mal in seinem Entschluß, Deutschland zu vernichten, wankend geworden. Er war Chamberlain, dem Unitarier und Wirtschaftsmagnaten aus den Midlands, und jedem seiner friedfertigen Freunde überlegen. Allerdings hatte er nichts unternommen, um Chamberlain die Leitung der Außenpolitik zu nehmen, bis dieser aus München zurückkehrte und sich der feindseligen Kritik aus den Reihen seiner Konservativen Partei gegenübersah. Niemals hat er Chamberlains Politik ernstlich kritisiert, bis er eine Position

hatte, von der aus er diese Politik selbst beherrschte. Es hätte Halifax erheitert, Winston Churchill im August 1939 zu seinen Freunden sagen zu hören, er fürchte, daß die britische Regierung „Polens wegen sich zurückzieht“. So konnte man es nicht ausdrücken. Halifax fühlte sich in erster Linie dadurch beunruhigt, daß Frankreich der Polen wegen ausbrechen könnte. Das war das einzige Ereignis, das ihn zum Aufgeben seiner Kriegspolitik gegen Deutschland hätte veranlassen können.

Im August 1939 begleitete General Edward Spears von der britischen Ex-peditionsarmee Winston Churchill auf einer Besichtigungsfahrt zur Maginot-Linie. Er blieb in Frankreich mit dem Sonderauftrag, das Eintreffen britischer Truppen vorzubereiten. General Spears, der sich zahlreicher Kontakte

zu prominenten Persönlichkeiten in Frankreich erfreute, beklagte sich: „Ich konnte die Feindseligkeit unter Menschen, mit denen ich sehr gut bekannt war, geradezu spüren, und das war sehr unerfreulich.” Er fand, daß nach der Ansicht dieser Menschen Frankreich nichts weiter als das Werkzeug eines unvernünftigen britischen Unternehmens zur Vernichtung Deutschlands sei. Die Haltung des französischen Volkes im August 1939 unterschied sich kaum von der des englischen Volkes vor dem 17. März 1939, d. h. bevor Halifax in aller Öffentlichkeit seine Kampagne zur Vernichtung Deutschlands eingeleitet hatte. A. P. Scotland, ein führender Experte der britischen Abwehr, hatte festgestellt, daß die Stimmung in der Londoner Geschäftswelt im März 1939 sehr deutsch-und hitlerfreundlich war. Diese Stimmung änderte sich erst in den folgenden Monaten unter der Einwirkung einer beispiellosen Propagandakampagne.

Der Briefwechsel Hitler-Daladier

Hitler hatte am Abend des 25. August 1939 ein persönliches Schreiben an Daladier gerichtet. Dieses Schreiben war während jener Stunden verfaßt worden, in denen er sich noch nicht zur Zurücknahme des Operationsbefehls gegen Polen entschlossen hatte. Hitler grüßte in Daladier einen Staatsmann, der die Sinnlosigkeit des 1. Weltkrieges während vier langer Jahre in den Gräben der Westfront selbst erlebt hatte. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Daladier und er in gleichem Maße die Aussicht auf einen neuen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland beklagen würden.

Der französische Botschafter Coulondre überreichte am 26. August eine ausführliche Erwiderung des französischen Ministerpräsidenten. Daladier teilte Hitler mit, Frankreich habe es als notwendig erachtet, Polen seine Unterstützung

anzubieten, doch möge der deutsche Kanzler versichert sein, daß das französische Volk mit Deutschland in Frieden zu leben wünsche. Frankreich und seine Verbündeten würden lieber einer Politik des guten Willens folgen, als deutsche Schwierigkeiten für ungute Zwecke auszunutzen versuchen.

688

689

Ahnliche Gedanken hatte Daladier einen Tag zuvor in einer Rundfunkansprache an die französische Nation zum Ausdruck gebracht. Seine Rede war ein vergeblicher Versuch, die Einigkeit Frankreichs wiederherzustellen, die infolge des deutschrussischen Pakts verlorengegangen war. Die französische Regierung hatte die führenden kommunistischen Blätter L'Humanite und Ce Soir unterdrückt. Der größte Teil der französischen Presse hatte am 25. und 26. August der Hoffnung Ausdruck gegeben, es werde sich irgendeine Möglichkeit zu einer friedlichen Lösung finden lassen. Charles Maurras stellte am 25. August in L'Action Française fest, die Existenz der Siegfried-Linie (Westwall) werde jeden französischen Versuch einer Hilfe für Polen sinnlos machen. Er schrieb: „Es wäre gerade so, als liefe ein Mann mit dem Kopf gegen eine Steinmauer, um jemandem zu helfen, der auf der anderen Seite ermordet würde." L'Excelsior brachte einen sensationellen Artikel, in dem behauptet wurde, er entstamme polnischen Diplomatenkreisen in Paris. In ihm wurde angeregt, die polnische Regierung solle Deutschland in erneuten Verhandlungen Danzig und eine Straße nach Ostpreußen unter der Voraussetzung überlassen, daß von polnischen Technikern diese Straße gebaut würde. Er wußte weiter zu berichten, die Polen würden bereit sein, ihren Hochkommissar aus Danzig abzuberufen, und den

Völkerbund ersuchen, das gleiche unter der Bedingung zu tun, daß die Deutschen ihr Angebot erneuerten, die bestehenden wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen. Diese charakteristische Geschichte ließ in Frankreich die Hoffnung aufkommen, den gegenwärtigen Streit durch zweiseitige Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen beilegen zu können.

Coulondre richtete einen eindrucksvollen Friedensappell an Hitler, nachdem dieser das Schreiben Daladiers gelesen hatte. Der Botschafter betonte mit großem Nachdruck, ein Krieg mit modernen Waffen werde vor allem für die Frauen und Kinder Europas zu einer furchtbaren Tragödie werden. Coulondre konnte bemerken, daß diese wohlüberlegten Worte eine nachhaltige Wirkung auf Hitler ausübten. Es sei eine lange Pause entstanden, nach der der deutsche Kanzler nachdenklich gesagt habe: „Ja, ich habe oft an die Frauen und Kinder gedacht.” Der Botschafter stellte fest, daß Ribbentrop, der auch zugegen war, sich nicht an den Gesprächen beteiligte.

Hitler verfaßte eine sorgfältig durchdachte Antwort an Daladier, die Ribbentrop dem französischen Botschafter am nächsten Tag persönlich aushändigte. Dieser war nach seiner Unterredung mit Hitler am 26. August von neuer Hoffnung erfüllt, es werde keinen Krieg geben. In seinem Schreiben an Daladier am 27. August führte Hitler noch einmal seine Forderungen im Zusammenhang mit einer Regelung der Danzigfrage an. Er suche keinen Streit mit Frankreich und der Verzicht auf Elsaß-Lothringen sei ihm nicht schwergefallen. Er

659

fragte Daladier, wie ihm zumute sein würde, wenn die Hafenstadt Marseille, welche doppelt so groß sei wie Danzig, zur Freien Stadt erklärt und gezwungen würde, ständig ungesetzliche Akte und Eigenmächtigkeiten einer kleinen benachbarten Macht hinzunehmen.

Hitler versicherte dem Premier, ein deutschpolnischer Krieg wäre katastrophal, denn er würde den Totalverlust des polnischen Staates in seiner gegenwärtigen Form bedeuten. Schmerzlich bewegt setzte er hinzu, er sehe sich zu dem Schluß genötigt, daß die Franzosen in einer ähnlichen Lage auch so handeln würden wie die Deutschen, doch würde nach seiner Überzeugung Deutschland nicht die umgekehrte Haltung einnehmen und unter dem Druck einer so ungerechtfertigten Belastung wie der Freistadt-Korridor-Frage wie die Franzosen reagieren. Das Schreiben Hitlers endete ganz unvermittelt mit einer recht pessimistischen Bemerkung: „Leider sehe ich, wie ich schon vorher in meinem Schreiben feststellte, keinen Weg mehr für uns, Polen zu einer vernünftigeren Haltung zu bringen und damit eine Situation zu bereinigen, die für das deutsche Volk wie auch für das Reich unerträglich ist.”

In Wirklichkeit hoffte Hitler, ein Druck seitens der Franzosen und Briten werde die Polen zur Annahme einer Kompromißlösung veranlassen. Sein pessimistischer Brief sollte Daladier dazu bringen, gegenüber den Polen energisch aufzutreten. Die Deutschen ersuchten die Franzosen, die Korrespondenz zwischen Hitler und Daladier nicht zu veröffentlichen, doch nahmen die französischen Führer von dieser Bitte keine Notiz und der Briefwechsel erschien in der ganzen französischen Presse. Die deutsche Botschaft in Paris berichtete, Hitlers Äußerung über Marseille, aus dessen Umgebung der Premier stammte, habe sehr nachhaltigen Eindruck gemacht.

Hitler forderte Ribbentrop auf, Coulondre als Antwort auf dessen Bemerkung über die europäischen Frauen und Kinder vom vorhergehenden Tage eine bindende Erklärung abzugeben. In ihr versicherte Hitler, falls sich die Feindseligkeiten der Kriegführung auch gegen die feindliche Zivilbevölkerung richten sollten, würde die Initiative dazu nicht von ihm ausgehen. Diese Zusicherung ist später streng eingehalten worden und wurde erst infolge des bedingungslosen Bombenkriegs der Briten über Deutschland, der bereits im Jahre 1936 geplant worden war, unwirksam. Hitler faßte auch die Möglichkeit ins Auge, daß er sich unter Umständen bald mit Polen, England und Frankreich im Krieg befinden würde. Am 27. August schrieb er Mussolini: „Sollte, wie erwähnt, der große Krieg beginnen, so wird die Lage im Osten geklärt sein, ehe die beiden Westmächte irgendeinen Erfolg erzielen können."

Staatssekretär Weizsäcker hatte den amerikanischen Geschäftsträger Kirk gebeten, ihn am Abend des 26. August im Auswärtigen Amt aufzusuchen. Weizsäcker teilte Kirk mit, daß Hitler die beiden letzten Botschaften des Prä-

690

691

sidenten Roosevelt zur Kenntnis genommen habe, und Kirk drückte seine Anerkennung für diesen Akt der Höflichkeit aus. Weizsäcker gab Kirk den Rat, es wäre zeitgemäßer, Warnungen an Warschau zu richten statt an Berlin. Der deutsche Geschäftsträger Thomsen mahnte Hitler am 28. August, Roosevelt würde alles in seiner Macht Stehende tun, um den Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen. Er sagte voraus, Roosevelt würde rücksichtslose Mittel anwenden, um trotz des Widerstands der öffentlichen Meinung Amerikas die aktive Teilnahme Amerikas an einem

europäischen Krieg zu erzwingen. Thomsen war überzeugt, daß Amerika nach dem Ausbruch des Krieges England und Frankreich Rohstoffe und Maschinen zur Verfügung stellen würde, und diese Maßnahme würde Anerkennung finden, weil sie zur Überwindung der großen Arbeitslosigkeit beitrage. Thomsens Bericht schloß, das bestehende amerikanische Neutralitätsgesetz werde entweder aufgehoben oder umgangen werden.

Mit Interesse nahm das Auswärtige Amt einen Bericht des deutschen Gesandten Fabricius in Bukarest zur Kenntnis, der am 27. August um 7 Uhr 45 morgens in Berlin eintraf. Der Bericht enthielt eine Information des rumänischen Generalstabschefs, General Tenestu, der, wie den Deutschen bekannt war, sehr engen Kontakt mit den französischen Befehlshabern pflegte. Er sagte voraus, Polen werde eine diplomatische Regelung ablehnen, und das werde einen Krieg zwischen Deutschland und Polen zur Folge haben. Er sei überzeugt, daß England und Frankreich im letzten Augenblick davon Abstand nehmen würden, in diesen Krieg einzugreifen. Die Prognose des Generals stützte sich auf Informationen aus militärischen Kreisen Frankreichs. Nach Italiens Abfall und dem Abschluß des englisch-polnischen Bündnisvertrages wirkte das auf Hitler sehr ermutigend.

Hitler befürchtete, daß er es sich nicht leisten könne, die günstigen Wetterverhältnisse für ein Vorgehen gegen die Polen ungenutzt zu lassen, falls diese Verhandlungen ablehnten. Die fast ausschließlich unbefestigten Straßen und Wege Polens verwandelten sich in der herbstlichen Regenperiode buchstäblich in ein Schlammeer. So befahl er für die frühen Morgenstunden des 31. August die Einsatzbereitschaft der deutschen Wehrmacht gegen Polen. Es war nicht so sehr eine Wiederholung seines Angriffsbefehls vom 25. August, als vielmehr ein Rückgriff

auf die seinerzeit gegebenen Operationsbefehle, nach denen die Vorbereitungen zu einem möglichen Feldzug gegen Polen bis zum 20. August 1939 beendet sein sollten.

Deutsche Diplomaten in Dublin unterrichteten Hitler am 26. August, Irland würde im Fall eines deutsch-englischen Krieges neutral bleiben. Die irische Regierung wünschte von Hitler eine Erklärung, daß er im Kriegsfalle die Wiedervereinigung der Provinz Ulster mit dem übrigen Irland begünstigen würde. Die Reichsregierung lehnte dieses Ersuchen ab, weil es zu einer deutschen Ein-

691

692

mischung in die Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs von Großbritannien umgedeutet werden könnte. Die deutsche Regierung sympathisiere mit den Leiden des geteilten Irland, doch empfinde man es als unstatthaft, etwaige Feindseligkeiten mit den Briten durch Aufgreifen der irischen Frage noch auszudehnen.

Dahlerus übermittelt Hitlers Friedenswillen in London

Birger Dahlerus, der eine inoffizielle Mission für Deutschland übernommen hatte, war am 25. und 26. August mit Halifax in London zusammengekommen. Der britische Außenminister hatte es sorgfältig vermieden, offen zu betonen, daß eine Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland undurchführbar sei. Er konnte es auch keineswegs bestreiten, daß Hitlers Antwort auf Chamberlains Schreiben vom 23. August 1939 den offiziellen Weg zu Verhandlungen wieder geöffnet hatte. Dahlerus bekam am 25. August große Schwierigkeiten, sich telefonisch mit Deutschland in Verbindung zu setzen, was kaum verwunderlich war, wenn man bedenkt, daß er diesen

Versuch unternahm, kurz nachdem Hitler den Aufmarschbefehl widerrufen hatte. Schließlich gelang es ihm, Reichsmarschall Göring um 8 Uhr abends zu erreichen. Dahlerus meldete ihm das Ergebnis seiner ersten Unterredung mit Halifax und stellte dabei fest, daß der Reichsmarschall über die Entwicklung in Berlin, von der sein schwedischer Freund nichts wissen konnte, offensichtlich sehr erregt war. Göring betonte, die Lage sei außerordentlich ernst und eine deutsch-englische Konferenz sei überaus wünschenswert. Er setzte noch hinzu, es würde von unschätzbarer Bedeutung sein, wenn die Briten sich entschieden, Hitlers Abkommensangebot, das er Henderson am gleichen Nachmittag überreicht hatte, positiv zu beantworten.

Der schwedische Ingenieur konferierte am Morgen des 26. August, nachdem Henderson in London eingetroffen war, erneut mit Halifax. Er unterrichtete Halifax von seinem Telefongespräch mit Göring vom Abend zuvor. Halifax händigte ihm ein persönliches Schreiben an Göring aus, worin er direkte Verhandlungen mit den Polen empfahl. Dahlerus bat die deutsche Botschaft in London, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß er am gleichen Tag noch um 5 Uhr 30 nachmittags nach Berlin zurückfliegen werde. Pünktlich traf er in Berlin ein und überbrachte Göring das Schreiben von Halifax. Am späten Abend des 26. August sprach er zum ersten Mal mit Hitler und führte danach weitere Gespräche mit Göring, bevor er nach London zurückflog, um, wie die Deutschen hofften, zu weiteren Konferenzen von entscheidender Bedeutung mit den Briten zusammenzukommen. Vor allem, so war es verabredet, sollte er etwas über die britische Antwort auf Hitlers Angebot vom 25. August hören.

Während Dahlerus am 27. August in London mit den Briten konferierte, er-

hielt Hitler eine Botschaft von Mussolini, die sich in kennzeichnender Weise auf Hitlers Einstellung zu Italien in den deutsch-englischen Verhandlungen auswirken sollte. Der italienische Führer verlangte, man solle in Berlin mit allen Mitteln versuchen, den Ausbruch eines Krieges mit Polen für mindestens drei oder vier Jahre zu verhindern. Hitler, der der Auffassung war, daß sich entweder eine diplomatische Regelung mit Polen oder in allernächster Zeit ein Krieg ergeben werde, war über diesen Vorschlag verärgert, der angesichts der Krise, vor der er stand, eine sehr unrealistische Einstellung zu verraten schien.

Die britischen Führer versicherten Dahlerus am 27. August, man werde bald formell auf Hitlers Angebot antworten. In der Zwischenzeit sei man bereit, informell das Wesentliche ihrer Antwort mitzuteilen. Im Mittelpunkt der britischen Antwort stand, daß man ein Abkommen zur Zusammenarbeit mit Deutschland im Prinzip für annehmbar halte, daß man aber weiterhin den von Polen im Danzigstreit eingenommenen Standpunkt unterstützen werde. Das hieß, Großbritannien und Deutschland standen vor einem Konflikt über den Fall Danzig. Halifax war bereit, Hitler zu versichern, daß Großbritannien jeden neuen Versuch Deutschlands begrüßen würde, seine Differenzen mit Polen durch direkte Verhandlungen zu beseitigen. Bevor Dahlerus zu weiteren Beratungen mit Hitler nach Berlin zurückkehrte, sprach er noch mit Chamberlain und einigen Mitgliedern des Foreign Office.

Der Reichskanzler zeigte sich über die Ergebnisse des Dahlerus-Besuches in London am 27. August außerordentlich erfreut. Seine dringlichste Frage war jetzt,

würde Halifax gewillt sein, ein deutsch-englisches Bündnis in Erwägung zu ziehen? Hitler versicherte Dahlerus, er sei bereit, die britische Verpflichtung gegenüber Polen zu akzeptieren, wenn Deutschland seine Differenzen mit den Polen erst einmal beigelegt habe. Er glaubte, die Briten würden es anerkennen, daß er ein bedeutendes Zugeständnis gemacht habe, als er ihre Garantie an Polen nicht mehr als Hindernis einer deutsch-englischen Verständigung betrachtete. Und dann kam er zu dem entscheidenden Punkt. Mit Nachdruck beharrte er darauf, die Briten müßten die Polen veranlassen, mit Deutschland zu verhandeln, sonst werde man zu keinem Ergebnis kommen, der Krieg werde unvermeidlich und die günstige Gelegenheit für eine deutsch-englische Verständigung sei unwiederbringlich dahin.

Dahlerus nahm unverzüglich Fühlung mit der britischen Botschaft in Berlin auf und informierte sie, daß er Hitlers Antwort auf Halifax’ Vorschläge stärkstens befürworte. Er sicherte den Briten zu, die Stellung der Polen werde in jeder Verhandlung unvergleichlich besser sein als die der Tschechen im Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Tschechoslowakei. Ferner teilte er ihnen mit, Hitler sei bereit, eine internationale Garantie Polens als Teil jeder Regelung zu

akzeptieren. Vertraulich gab er noch zu verstehen, Hitler sei von dem, was er für Aufrichtigkeit der Briten hielt, mit der sie die deutsch-englischen Differenzen zu schlichten suchten, stark beeindruckt.

Von dem in der Nähe der Reichshauptstadt gelegenen Militärflughafen Oranienburg übermittelte Dahlerus telefonisch einen weiteren Bericht an die britischen Diplomaten. Er setzte Sir George Ogilvie-Forbes, den britischen Geschäftsträger, davon in Kenntnis, daß Hitler bereit sei, jeder dritten Macht, einschließlich Italiens, Japans und Rußlands, die Unterstützung gegen Großbritannien zu verweigern. Hitler hielt sich für berechtigt, diese Zusage anzubieten, weil Italien, sein einziger Bundesgenosse, es abgelehnt hatte, Deutschland gegen Angriffe von Großbritannien und Frankreich zu unterstützen. Nach seiner Überzeugung konnte dieses Versprechen sein vorhergehendes Beistandsangebot an das Britische Empire nur noch unterstreichen.

In einem Sonderbericht an die Briten vermerkte Dahlerus, Göring habe am 26. August einen äußerst realistischen Vorschlag gemacht. Der Reichsmarschall hatte nachdrücklich verlangt, Deutschland wünsche von Dahlerus wie auch von den Briten nur Tatsachen zu hören, man möge jede Rücksicht, vielleicht deutsche Gefühle zu verletzen, beiseite lassen. Göring hielt diese Offenheit für notwendig, wenn die ernsten Hindernisse einer deutsch-englischen Verständigung mit Erfolg aus dem Weg geräumt werden sollten. Dahlerus beteuerte Halifax, sein Zusammentreffen mit Hitler habe ihn davon überzeugt, daß der Reichskanzler keinen Krieg wünsche. Nichtsdestoweniger hätten Hitler wie auch Göring ihn gewarnt, es werde Krieg geben, wenn nicht bald eine Regelung erzielt würde, und Polen werde, wenn dieser unglückselige Fall eintreten sollte, von Deutschland und der Sowjetunion in zwei Besatzungszonen aufgeteilt. Nach Dahlerus’ Überzeugung zogen Hitler wie auch Göring eine ausgehandelte Lösung dieser Entwicklung vor. Damit glaubte Dahlerus alles getan zu haben, um die Briten zu bewegen, in ihrer Antwort an Hitler konstruktive Vorschläge

zu unterbreiten. Jetzt konnte man nur noch auf den Wortlaut der offiziellen britischen Note warten.

Kennard gegen deutschpolnische Gespräche

Ribbentrop telefonierte am 27. August mehrmals mit der deutschen Botschaft in Rom, um den Italienern dringend nahezulegen, in der gegenwärtigen Krise den Briten und Franzosen gegenüber nichts von ihrer neutralen Haltung verlauten zu lassen. Ciano behauptete Mackensen gegenüber, der wahre Standpunkt Italiens sei nur einem ganz kleinen Kreis im Lande bekannt, und Mussolini versicherte dem Botschafter, er werde versuchen, „cento per cento“ (hundertprozentig) auf die deutschen Wünsche einzugehen. Auch gaben die Italiener die Zusage, ihre Truppen längs der französischen Grenze und in Lybien et-

was zu verstärken. Mussolini kabelte Hitler am 27. August um 4 Uhr 30 nachmittags: „Die Welt weiß es nicht und wird es vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten nicht erfahren, welche Haltung Italien einnimmt.“ Der Verlauf der europäischen Geschichte wäre wahrscheinlich ein ganz anderer gewesen, wenn die Italiener diese Einstellung in den vorhergehenden zehn Tagen tatsächlich bewiesen hätten, anstatt ihre Neutralität der britischen Regierung eilends zur Kenntnis zu bringen. Die Deutschen blieben zwar der italienischen Politik gegenüber mißtrauisch, doch waren sie über den wirklichen Sachverhalt in völliger Unkenntnis.

Die Polen befanden sich wegen der Wiederaufnahme der diplomatischen Tätigkeit zwischen Berlin und London in fieberhafter Erregung. Raczynski protestierte bei Halifax, die Londoner Times vom 26. August habe Hendersons

Friedensliebe bei der Wiedergabe seiner Gespräche mit Hitler vom 25. August hervorgehoben. Die Polen, die den Ausbruch des Krieges so bald wie möglich herbeiwünschten, fühlten sich alarmiert, sobald nur das Wort „Frieden" erwähnt wurde. Raczynski behauptete, man könne den Artikel in der Times als einen Versuch auslegen, Großbritannien und Polen auseinanderzubringen. Der polnische Botschafter bestritt es entschieden, daß irgendein Verhandlungsvorschlag Hitlers einen vernünftigen Kompromiß bieten könne, obwohl er es auf der anderen Seite verschwieg, was die Polen gegebenenfalls unter einer Kompromißlösung der Krise verstünden. Statt dessen stellte er die Behauptung auf, Hitler bemühe sich um die Einkreisung Polens und um die Aufspaltung der Alliierten. Halifax fragte ihn, ob er denn nicht glaube, daß die Deutschen Polen unter Umständen jeden Augenblick angreifen könnten. Der polnische Botschafter erwiderte ausweichend, die Deutschen würden doch wohl nicht anzugreifen wagen. Ihr nächster Schritt werde ein Manöver sein, Rumänien und Polen zu entzweien. Offenbar war es den polnischen Diplomaten nicht gegenwärtig, daß Hitler sich mit dieser Aufgabe in Rumänien gar nicht zu befassen brauchte. Der rumänische Außenminister Gafencu hatte nämlich am gleichen Tag, am 27. August, Deutschland eine formelle Neutralitätsversicherung für den Fall eines deutsch-polnischen Krieges gegeben. Überdies hatte König Carol seine Überzeugung dahin ausgedrückt, Großbritannien und Frankreich würden Deutschland nicht angreifen. Der rumänische Herrscher war erst kürzlich von einem Besuch in der Türkei zurückgekehrt, sichtlich beeindruckt von der Tatsache, daß die Briten mit ihren Lieferungen von Kriegsmaterial an die Türken in Verzug geraten waren.

In seinem Bericht an London äußerte sich der britische Botschafter Kennard entrüstet über die Möglichkeit erneuter Verhandlungen zwischen den Deutschen und Polen. Er

erinnerte Sir Alexander Cadogan daran, daß er vor einiger Zeit Hendersons Vorschlag Lipski gegenüber getadelt habe, sich um eine Un-

695

696

terredung mit Hitler zu bemühen. Kennard war vollständig von dem Gedanken an den unvermeidbaren Krieg beherrscht und fürchtete, Hitlers Interesse an Verhandlungen mit den Polen sei ein „deutsches Manöver, um unsere Front aufzubrechen“. Über die britische Politik der vorhergehenden Jahre dachte er verächtlich. Er wies warnend darauf hin, neutrale Beobachter der Minoritätsverhältnisse in Polen dürften nicht wieder eine „Runciman-Mission“ übernehmen. Das ständige Gerede, es müßten Zwischenfälle vermieden werden, hielt er für bedauerlich und behauptete, die Polen hätten das Recht, auf deutsche Provokationen „zu reagieren”. Auch betonte er, die polnische Regierung werde es ablehnen, über einen möglichen Austausch der Minderheiten mit den Deutschen zu verhandeln.

Kennard hatte fünf ausführliche Dokumente vom Foreign Office zugeschickt bekommen, die vertrauliche Berichte über die Mißhandlung der deutschen Minderheit in Polen enthielten. Kennards verlogene Antwort auf dieses Material lautete kurz und bündig: „So weit wie ich es beurteilen kann, sind die deutschen Behauptungen über Massenmißhandlungen an der deutschen Minderheit durch polnische Behörden grobe Übertreibungen, wenn nicht gar regelrechte Fälschungen.” Gereizt setzte er hinzu, Ausnahmen erklärten sich als Folge deutscher Provokationen seit März 1939. In Abänderung seiner Instruktionen, Beck vor Ausschreitungen zu warnen, prägte

er Beck im Gegenteil ein, man müsse „beweisen, daß Hitlers Behauptungen über die deutsche Minderheit falsch sind”. Der Botschafter versprach sich davon die Möglichkeit, die Tatsachen mit Gewalt seinen vorgefaßten Meinungen anzupassen.

Man könnte sich fragen, wie Kennard wohl auf das Schicksal seiner Familienangehörigen in Brighton oder sonstwo in England unter einer fremden Herrschaft reagiert hätte, die tägliche Greueltaten erduldete. Selbstzufrieden akzeptierte er eine drohende polnische Haltung, die auch die unmittelbare Sicherheit seiner Landsleute in Mitleidenschaft zog. Die Polen hofften, eine mögliche englisch-deutsche Wiederannäherung im Keim ersticken zu können und verlangten unverzüglich über jede britische Antwort auf Hitlers Vorschläge informiert zu werden. Sie warnten, obwohl ihre Mobilmachung praktisch abgeschlossen sei, würden sie, falls sie eine britische Antwort als unbefriedigend empfänden, sofort weitere militärische Maßnahmen treffen. Mit Nachdruck betonten sie, der einzige Zweck der Manöver Hitlers sei, die „Friedensfront” zu zerstören. Kennards Bericht läßt erkennen, daß Beck dem Vorschlag eines Austauschs der Minderheiten und einer Entsendung neutraler Beobachter nach Polen freundlich auswich.

Seinen irreführenden Versicherungen an die Deutschen ließ Graf Ciano am 27. August ein persönliches Telephongespräch mit Lord Halifax folgen. Die-

696

697

sem teilte er mit, daß er, gestützt auf die zwischen Großbritannien und Italien bestehenden freundschaftlichen

Beziehungen, die britische Regierung dringend ersuchen möchte, Hitlers Angebot eines deutsch-englischen Abkommens ernsthaft in Betracht zu ziehen. Auch drängte er Halifax, die Polen zu Verhandlungen mit den Deutschen zu ermuntern. Sein Anruf kam zu einem Zeitpunkt, als das Foreign Office sich mit einer sehr selbstgefälligen Lagebeurteilung befaßte. In dieser Beurteilung hieß es: „Die Tatsache, daß Herr Hitler die Botschaft des Außenministers an Feldmarschall Göring als befriedigend erachtet und durchaus einverstanden ist, Zurückhaltung zu üben, zeigt, daß die deutsche Regierung ins Schwanken geraten ist. Dies wurde gestern durch ein Mitglied der deutschen Botschaft bestätigt, als es äußerte, die Unterzeichnung des polnischen Pakts sei wie eine Bombe eingeschlagen."

Der Pakt hatte wirklich wie eine Bombe gewirkt, obwohl der deutsche Diplomat, der den Briten diese Tatsache anvertraut hatte, ihnen als ein Mann von zweifelhafter Vaterlandsliebe bekannt war. Der deutsche Geschäftsträger Theo Kordt in London ließ von dieser Stelle aus tatsächlich der britischen Regierung mehr Informationen zukommen als dem Auswärtigen Amt in Berlin. Das hieß allerdings nicht, daß Großbritannien, ungeachtet der Lage in Polen, Hitler nun unbegrenzt einschüchtern konnte. Hitlers Zögern, im Gegensatz zu Mussolinis, entsprang nicht der Furcht vor der militärischen Stärke Englands, die von sich aus Deutschland niemals schlagen konnte, sondern einer aufrichtigen Freundschaft gegenüber dem Britischen Empire und dem Wunsch, es eher zu stärken als zu schwächen. Der Beschluß des Foreign Office vom 27. August, es sei ratsam, „in der Form versöhnlich" zu sein, doch „dem Inhalt nach absolut fest", war keine gute Formel zur Wahrung des Friedens. Die absolute Festigkeit ihrer Politik, wie sie den Briten vorschwebte, bestand in ihrer Unnachgiebigkeit, die den Druck auf Polen mit dem Ziel einer diplomatischen Regelung mit Deutschland ausschloß.

Die schwerwiegendste Verblendung bewies das Foreign Office am 27. August in der Beurteilung der angeblich günstigen militärischen Stellung Englands. Den britischen Diplomaten schien es, als seien „die letzten Nachrichten aus der Türkei und Italien höchst befriedigend. Wenn Krieg ausbrechen sollte und Italien marschiert nicht, wird die moralische Wirkung auf das deutsche Volk ungeheuer sein, es würde sich durch den zweifelhaften russischen Beistand nicht entschädigt fühlen“. Das deutsche Volk war von einem neuen Krieg gewiß nicht begeistert, doch war es grotesk, anzunehmen, daß seine Moral durch irgendein Verhalten Italiens ernstlich beeinträchtigt werden könne. Der Mann auf der Straße in Deutschland, von verantwortlichen militärischen Persönlichkeiten ganz zu schweigen, legte zu diesem Zeitpunkt nur wenig Wert auf die militärische Bedeutung Italiens. Es würde Hitler nicht schwerfallen, dem Volk

überzeugend klarzumachen, daß es das beste für Deutschland sei, wenn Italien sich aus allem heraushielte. Die militärische Lagebeurteilung der Engländer schloß mit der bekümmerten Bemerkung: „Nach den letzten Angaben haben wir eine unerwartet starke Hand.”

Am 27. August hielt Hitler eine vertrauliche Rede vor den übrigen deutschen Führern und betonte darin seine Hoffnung auf ein Abkommen mit England. Die Sache der Briten war in Wirklichkeit so schwach, daß Hitler mit jeder weiteren Prüfung der Lage von neuem zu der Überzeugung kam, es könne unmöglich in ihrer Absicht noch in ihrem Interesse liegen, Polens wegen Krieg zu führen. Leider ließen es die Bestrebungen von Halifax und seinem Stabe im

Foreign Office, eine ganze Koalition in den Krieg gegen Deutschland zu führen, zu, die gegenwärtige Situation ebenso rücksichtslos wie oberflächlich aufzufassen.

Karl von Wiegand, ein gutunterrichteter amerikanischer Journalist von der Nachrichtenagentur William Randolph Hearsts, dem International News Service, erörterte die Lage am 27. August mit britischen Diplomaten in Berlin. Später am Tage konnte er den deutschen Diplomaten mitteilen, Sir Nevile Henderson selbst trete für eine Behebung der gegenwärtigen Krise im Sinne der Deutschen ein. Trotzdem war Henderson im Hinblick auf die Erfolge seiner jüngsten Mission sehr skeptisch, als er London am Tage zuvor verlassen hatte. Er hatte seinem Stab in Berlin erklärt, er bezweifle, ob das britische Kabinett seine Bemühungen um eine friedliche Lösung unterstützen werde. Henderson war es klar, daß der Friede nicht ohne einen Kompromiß erhalten werden konnte. Er war bereit, sich in London für die Rückkehr Danzigs und für angemessene Durchgangsmöglichkeiten nach Ostpreußen zu verwenden. Nach seiner Überzeugung bildete das ursprüngliche deutsche Angebot an Polen die bestmögliche Grundlage für eine Beilegung der deutsch-polnischen Differenzen.

Die Russen behaupteten jeden Tag von neuem, die Briten seien an ihrer schwachen Position selbst schuld. Marschall Woroschilow, der der Hauptsprecher auf russischer Seite in den kürzlichen Militärgesprächen mit dem Westen war, setzte in einem Gespräch mit der Iswestja am 26. August auseinander, es sei naiv von London, zu behaupten, die russischen Verhandlungen mit England und Frankreich seien wegen des Pakts mit Deutschland abgebrochen worden. Das Gegenteil sei der Fall, der Pakt mit Deutschland sei unterzeichnet worden, weil sich die Verhandlungen mit dem Westen in einer Sackgasse festgefahren hätten und in diese Sackgasse sei man aufgrund der britischen Garantie an

Polen und der polnischen Unnachgiebigkeit hineingeraten. Damit nutzte Woroschilow in Wirklichkeit den Vorwand für den Abbruch der Verhandlungen mit dem Westen eher aus, als etwas über die wahren Absichten der sowjetischen Politik auszusagen, die sich seit Monaten auf die

Hoffnung stützte, die russische Neutralität im Anfangsstadium eines englisch-deutschen Vernichtungskrieges wahren zu können. Seine Erklärungen bildeten eine geschickte und glaubwürdige Rechtfertigung der russischen Politik, die darauf zielte, in England und Frankreich ein Maximum an Unzufriedenheit mit dem Verhalten Polens hervorzurufen. Das bedeutete aber nicht, daß die Russen auf seiten der Deutschen ehrlich mitspielten. Sie hatten Ribbentrop zugesagt, einen neuen Botschafter als Nachfolger des inzwischen abberufenen Merekalow nach Berlin zu entsenden, doch war das in der Woche nach Ribbentrops Rückkehr aus Moskau noch nicht geschehen. Außerordentlich zögernd verhielten sie sich auch zu dem deutschen Ersuchen, die weitverbreiteten Gerüchte zu dementieren, nach denen russische Truppen gegenwärtig von der polnischen Grenze zurückgezogen würden. Am 28. August endlich gab Molotow ein lakonisches Dementi heraus, in dem erklärt wurde, der gemeldete Abzug sowjetischer Truppen entbehre jeder Grundlage. Ribbentrop war mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Nach seiner Ansicht konnte die Bekanntgabe russischer Truppenansammlungen an der polnischen Grenze Warschau zu Verhandlungen veranlassen. Er telefonierte am 28. August mit Moskau, um Molotow zu ersuchen, diese Maßnahme zu ergreifen. Molotow lehnte es ab, darauf einzugehen, und Botschafter Graf von der Schulenburg

berichtete am 29. August, der sowjetische Außenminister habe immer noch keinen Botschafter für Deutschland ernannt. Die Sowjetunion sah in Wahrnehmung ihrer eigenen Politik keinen Anlaß, Hitler bei der Erreichung eines friedlichen Ausgleichs im deutsch-polnischen Streit behilflich zu sein.

Die trügerische britische Note vom 28. August

Die Briten hatten beschlossen, ihre offizielle Antwort auf Hitlers Angebot vom 25. August bis zum Abend des 28. August hinauszuschieben, so daß Henderson gezwungen war, in London zu bleiben, um sie Hitler persönlich aushändigen zu können. Der britische Botschafter, der damit gerechnet hatte, mit der Antwort Englands am 26. oder 27. August nach Deutschland zurückkehren zu können, betrachtete den Aufschub in London als unverantwortlich und unentschuldbar. Hitler machte sich über die Situation weit weniger Sorgen. Da er den wahren Sachverhalt nicht kannte, hoffte er nach wie vor, die Briten würden energische Schritte in Warschau unternehmen, um die Polen zu einem Kompromiß zu bewegen. Dahlerus lieferte den Briten unermüdlich im Interesse erfolgreicher Verhandlungen mit den Deutschen wichtige Informationen. Er empfahl ihnen, in ihrer offiziellen Antwort nichts von den Roosevelt-Botschaften zu erwähnen. Dieser Rat war unnötig, denn die Briten hatten nach außen hin jeden Zusammenhang mit den Rooseveltschen Maßnahmen vermieden. Dahlerus stellte fest, daß Roosevelts Botschaften die polnische

Regierung veranlaßt hatten, am 25. August eine platonische Formalerklärung des Inhalts abzugeben, sie begünstige

Verhandlungen mit Deutschland, was völlig im Gegensatz zu ihren wahren Absichten stand. Dahlerus sprach betont von Hitlers Erwartung, Polen werde Großbritannien eine echt gemeinte Zusage hinsichtlich seiner Verhandlungsbereitschaft geben. Hitler dagegen befürchtete auf Grund bisheriger Erfahrungen, es werde Verhandlungen aus dem Wege zu gehen suchen. Die Briten selbst hatten auf die Möglichkeit deutschpolnischer Gespräche hingewiesen und Hitler war der Ansicht, sie sollten etwas unternehmen, um die Polen zu veranlassen, auf diesen Plan einzugehen.

Dahlerus griff dieses Argument am 28. August 1939 in seinen Gesprächen mit den britischen Führern noch einmal auf. Halifax hatte bislang nicht den leisesten Versuch gemacht, den Verhandlungswillen der Polen zu sondieren. Er wünschte keine Regelung der deutsch-polnischen Differenzen. Trotzdem ist es vom taktischen Standpunkt aus schwer verständlich, warum er zögerte, bei den Polen zumindest vorzufühlen. Aus den kürzlichen Berichten Kennards und den Unterredungen mit Raczynski war ihm die Unnachgiebigkeit der Polen, mit der sie den üblichen Friedensbemühungen Widerstand leisteten, hinreichend bekannt. Seine eigene Position hätte sich in den Berichten wenigstens an der Oberfläche sehr viel günstiger ausgenommen, wenn er sich eher darum bemüht hätte, den Eindruck zu erwecken, daß er es mit seinem Vorschlag im Interesse deutschpolnischer Verhandlungen ernst meinte.

Halifax wäre auf diese Situation vielleicht niemals eingegangen, wenn Dahlerus nicht ständig gedrängt hätte. Endlich am 28. August, um 2 Uhr mittags, kabelte Halifax an Kennard, der polnischen Antwort an Roosevelt sei zu entnehmen, daß die Polen bereit seien, mit Deutschland direkt zu verhandeln. Dazu ließ er Kennard, den Gegner weiterer deutschpolnischer Gespräche, wissen,

Großbritannien erwarte natürlich, daß Polen sich entsprechend verhielte. Kennard war entschlossen, einem möglichen Druck Englands auf Polen zuvorzukommen, indem er nonchalant und ohne sich auf Tatsachen berufen zu können, noch am gleichen Nachmittag antwortete, Beck sei durchaus bereit, die Verhandlungen mit den Deutschen sofort aufzunehmen. Das Fehlen aller Einzelheiten über besondere Vorschläge für eine Regelung ließ Halifax deutlich erkennen, daß keine britische Demarche in Warschau stattgefunden hatte. Die unverantwortliche Behandlung, die Kennards Bericht durch Halifax erfuhr, führte zu einer endlosen Verwirrung. Die polnische Regierung hatte am 28. August keine neue politische Erklärung von Bedeutung abgegeben und Beck äußerte hinterher, daß der erste direkte Appell zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Deutschen viel später von Lipski aus Berlin gekommen sei. Halifax hat nicht ein einziges Mal ernsthaft versucht, Kennard zu einer

echten Demarche in Warschau zugunsten von Verhandlungen zu veranlassen. Die Verwirrung war entstanden, weil Halifax alle britischen Auslandsmissionen von seinem letzten Schriftwechsel mit Kennard unterrichtet hatte. Die deutsche Botschaft in Budapest berichtete am folgenden Tag um 3 Uhr 10 nachmittags nach Berlin, die britische Regierung habe Druck auf die Polen ausgeübt, mit Deutschland auf der Grundlage der Hitlerrede vom 28. April 1939 vor dem Reichstag zu verhandeln. Damals hatte Hitler erklärt, er ziehe sein früheres Angebot zurück, doch würde er neue Verhandlungen mit den Polen auf einer anderen Grundlage begrüßen. Beck dagegen sagte zu Kennard, das anfangs Oktober 1938 erfolgte deutsche Angebot bleibe in

allen Punkten gänzlich unannehmbar. Bis zum Eintreffen des Berichts aus Budapest am 29. August um 6 Uhr 40 abends ist tatsächlich nicht der geringste Druck auf Polen von seiten der Briten ausgeübt worden. Über zwanzig Jahre später hat der amerikanische Journalist William Shirer die Version übernommen, die britische Note vom 28. August habe einer wirklichen Zusicherung Polens an London entsprochen, daß Warschau bereit sei, mit Berlin zu verhandeln. Es versteht sich von selbst, daß er von dieser Basis aus unmöglich eine zutreffende Darstellung der darauf folgenden Krisenereignisse zustandebringen konnte.

Kennzeichnenderweise wies Halifax Sir Eric Phipps nicht an, Bonnet von den Warschauer Vorgängen zu unterrichten. Zweifellos fürchtete er, Bonnet würde sonst darauf bestehen, man solle unmittelbar wirksamen Druck auf die Polen ausüben. Der französische Botschafter Nodl erhielt erst am Morgen des 30. August 1939 Instruktionen, die Polen zum Verhandeln zu drängen, nachdem Bonnet aus Berlin erfahren hatte, daß sich Hitler mit einem genauen Plan einer deutsch-polnischen Regelung befaßte. Daraufhin gingen die Franzosen bereitwilligst dazu über, Druck auf die Polen auszuüben. Jedoch war es schon reichlich spät; außerdem wurde ihnen von britischer Seite nicht die geringste Hilfe zuteil. Wohlüberlegt hatten Halifax und Kennard Hitlers Vorschlag, unter diplomatischem Druck Englands und Frankreichs einen friedlichen Ausgleich mit Warschau zu erwirken, vollständig zunichte gemacht.

Kennard blieb unentwegt bei seinen Versuchen, Halifax zuzureden, dem Schicksal der Volksdeutschen in Polen keinerlei Beachtung zu schenken. In einem Zwischenbericht über den Nachmittag des 28. August trieb er sein Spiel mit den Grenzzwischenfällen, die sich in der Morgenfrühe des 26. August im Zusammenhang mit der Aufhebung des Angriffsbefehls gegen Polen zugetragen hatten. Frohlockend

war er unter den ausführlichen deutschen Schilderungen Tausender von Vorfällen in zwei Fällen auf Unrichtigkeiten gestoßen. Zwei Fälle irrtümlicher Identifizierung der Anstifter von Zwischenfällen veranlaßten Kennard, mit ausgesprochener Spitzfindigkeit anzudeuten, daß alle Berichte über Zwischenfälle ipso facto unwahr sein müßten. Ebenso richtig

701

702

wäre es dann ja, geltend zu machen, eine Polizeibehörde, die sich zweier Fehlverhaftungen schuldig gemacht habe, besitze nicht das Recht, überhaupt jemand zu verhaften. Das aber müßte zur Anarchie führen, denn jede Polizeibehörde kann sich irren. Die Anwendung solcher Maßstäbe enthüllt Kennards Spitzfindigkeit als moralische Anarchie. Die äußerst einseitige Parteinahme des britischen Botschafters war zu stark ausgeprägt, als daß Fairness, Ehrlichkeit und Objektivität zur Geltung hätten kommen können. In seinem einseitigen Eifer, Halifax dabei zur Seite zu stehen, Polen, Großbritannien und Frankreich in einen Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu stürzen, ließ Kennard jeden andern Gedanken außer acht.

Dahlerus drängte die Briten am 28. August in London, daß, wolle man den Krieg vermeiden, die Zeit von ausschlaggebender Bedeutung sei. Die Briten bedurften dieser Mahnung nicht. Sie hatten über ihre eigenen Kontakte mit Deutschen von den gefährlichen Vorgängen, die mit dem deutschen Angriffsbefehl vom 25. August und seiner in letzter Minute gelungenen Zurücknahme zusammenhingen, erfahren. Mit Einwilligung der deutschen Führung konnte Dahlerus Halifax unterrichten, daß die deutsche Wehrmacht endgültig bereit sei, in der Nacht vom

30. zum 31. August einen vernichtenden Schlag gegen Polen zu führen. Hitler gestattete es Göring, möglichst viele Informationen über die neuen Vorschläge an Polen, die in Deutschland erörtert und vorbereitet wurden, zu geben. Dahlerus informierte die Briten am Nachmittag des 28. August über den wesentlichen Inhalt des Angebots, das später als Marienwerder-Vorschläge bekanntgeworden ist. Göring kam zu der Erkenntnis, es könne sich als ein wichtiger Beitrag zu fruchtbaren Verhandlungen erweisen, wenn die Briten bereits vorher sähen, daß der deutsche Standpunkt trotz der seit März 1939 anhaltenden Krise maßvoll geblieben war.

Göring nahm an, die Polen würden möglicherweise zögern, bedeutsame Verhandlungen auf deutschem Boden zu führen. So ließ er die Briten über Dahlerus davon in Kenntnis setzen, daß die Luxusjacht des vermögenden schwedischen Industriellen Axel Wenner-Gren, Chef der Electrolux-Werke, der gegebene Ort für eine Konferenz auf der Ostsee unterhalb der polnischen Küste sein würde. Die Briten waren nun über die militärischen Pläne Deutschlands, die wesentlichen Bedingungen eines noch nicht endgültig formulierten Verhandlungsangebots und eine passende neutrale Örtlichkeit für Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen unterrichtet. Göring erwartete natürlich, diese bedeutungsvollen Informationen würden auch nach Warschau gelangen. Das einzige jedoch, was Halifax für Kennard bereithielt, war die Enthüllung der deutschen Militärpläne. Halifax wußte genau, daß eine Betonung der militärischen Vorbereitungen auf deutscher Seite, ohne Deutschlands Verhandlungswillen mit Polen zu erwähnen, das wirksamste Mittel war, die Polen

zu neuen drastischen Schritten hinzuführen, damit die Kriegsgefahr zu erhöhen und die Chancen einer ausgehandelten Regelung zu vermindern.

Henderson flog am 28. August nachmittags um 5 Uhr aus London mit der amtlichen britischen Antwortnote auf Hitlers Angebot einer deutsch-englischen Verständigung ab. Er sandte ein Telegramm nach Berlin voraus, daß er den Reichskanzler so bald wie möglich zu sprechen wünsche. Doch werde sich nach seinem Eintreffen eine gewisse Verzögerung ergeben, bis der offizielle englische Wortlaut in der britischen Botschaft in Berlin ins Deutsche übersetzt sei. Die Antwort, die Henderson mit nach Deutschland nahm, ist ein hochinteressantes Dokument. Die britische Regierung nahm darin die Tatsache zur Kenntnis, daß Hitler sein Angebot von der Regelung des deutsch-polnischen Streites abhängig gemacht habe. Die Briten bestanden darauf, jede Regelung der Kontroverse mit Polen müsse von einer Reihe von Mächten einschließlich Polens und Deutschlands international garantiert werden. Halifax wünschte Hitler davon in Kenntnis zu setzen, daß sich die polnische Regierung zu direkten Verhandlungen mit der deutschen Regierung bereit erklärt habe. Es ist sicher nicht zuviel gesagt, an diesem Punkt zu bemerken, daß Halifax sich überraschend wenig Mühe gemacht hat, eine angeblich aufrichtige Erklärung Polens von derart unverkennbarer Bedeutsamkeit zu bestätigen. Wenn ihm wirklich etwas an einer ausgehandelten Regelung der deutsch-polnischen Differenzen gelegen gewesen wäre, hätte er auf sie zweifellos mehr Sorgfalt und Energie verwandt.

Hitler wurde in der britischen Note ermahnt, ein englisch-deutscher Konflikt, der sich aus dem Mißlingen einer Regelung ergebe, „könnte unter Umständen die ganze Welt in einen Krieg stürzen. Ein solches Ergebnis würde ein Unglück ohne Parallele in der Geschichte sein“. Halifax’

Absicht war es demnach, Hitler warnend darauf hinzuweisen, daß die Briten erneut versuchen würden, die restliche Welt im Fall eines Krieges in einen Konflikt mit Deutschland zu stürzen. Tragischerweise dachte Halifax selber nicht einen Augenblick daran, daß ein deutsch-englischer Krieg ein ungeheures Unglück bedeuten würde, obwohl seine Erklärung mehr Wahrheit enthielt als alles, was er je geschrieben hat. Hätte Halifax seinen eigenen Worten geglaubt, dann hätte er es unterlassen, auf den Krieg hinzuarbeiten und sich den Führern Frankreichs, Deutschlands und Italiens auf der Suche nach Frieden angeschlossen. Eine solche Wandlung hätte vollauf genügt, um die gesamte Situation zu retten.

Birger Dahlerus kehrte am 28. August nach Deutschland zurück. Er sprach mit den deutschen Führern über die Lage in London, bevor Henderson mit der britischen Antwortnote zu Hitler kam. Der schwedische Ingenieur teilte mit, Halifax habe den Buxton-Vorschlag einer Verteidigung des Britischen Empires durch Deutschland, wie sie Hitler in seinem Angebot an Großbritannien

703

704

charakterisiert hatte, abgelehnt. Im Gegensatz zu Buxton schien Halifax dieses Anerbieten als einen Affront gegen seine Nation zu betrachten, den man dahingehend auslegen könne, als seien die Briten nicht fähig, ihren weltweiten Besitz zu verteidigen. Es war schwer, Halifax in diesem Punkte zu verstehen, weil das englisch-japanische Bündnis von 1902—1922 die Verteidigung der britischen Besitzungen im Fernen Osten durch Japan vorgesehen hatte. Die Führer Englands hatten ihren alten Grundsatz der „splendid isolation“ bereits im Jahre 1902 aufgegeben, als sie dieses

Bündnis mit Japan schlossen. Dahlerus glaubte auch, Halifax werde über Hitlers Vorschlag erfreut sein, daß man über Kolonialansprüche erst sprechen könne, wenn eine Abrüstung erzielt sei. Halifax hatte ferner die Absicht, darauf zu bestehen, daß die Sowjetunion sich an der internationalen Garantie der polnischen Grenzen beteiligen müsse. Allerdings zweifelten die Deutschen daran, ob die Russen diesen Vorschlag annehmen würden, doch erhoben sie keine Einwände gegen einen Versuch in dieser Richtung. Göring befürchtete nach dem, was Dahlerus über das deutsche Anerbieten einer Verteidigung des britischen Empires gesagt hatte, die Antwortnote Englands werde ungünstig ausfallen. Hitler war jedoch optimistisch. Er rechnete damit, die Briten würden die Polen zu Verhandlungen veranlassen. Er hatte ohnehin nicht erwartet, daß Halifax den vollen Wortlaut seiner Vorschläge zu einer englisch-deutschen Verständigung annehmen würde. Nach Hitlers Überzeugung konnte eine Regelung in Sicht sein, wenn die britische Antwort dem entsprach, was Dahlerus angedeutet hatte.

Die Zusammenkunft Hitlers mit Henderson am Abend des 28./29. August fand in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre statt. Hitler hatte von der britischen Antwortnote einen günstigen Eindruck und hoffte, die Briten wären von wirklicher Sorge vor einem erneuten sinnlosen und verheerenden Krieg mit Deutschland erfüllt. Über die polnische Frage entbrannte wiederum ein hitziges und schweres Wortgefecht. Doch änderte das an der grundsätzlichen Übereinstimmung während dieser Zusammenkunft nichts. Hitler ging dann dazu über, die neuen Vorschläge zu erörtern, die er Polen zu unterbreiten beabsichtigte. Von Dahlerus wußte er, daß dieser die britischen Führer bereits eingehend über sie unterrichtet hatte. Im Verlauf seiner Ausführungen gab Hitler zu, er sei schmerzlich versucht gewesen, eine Revision der unsinnigen

durch Küchen, Badezimmer, Scheunen und Bergwerksschächte verlaufenden oberschlesischen Grenze zu verlangen. Die polnische Herrschaft in Oberschlesien sei außergewöhnlich hart gewesen und die Alliierten mit den ihnen angeschlossenen Mächten hätten sich von Anfang an besonders unredlich in der Wahl ihrer Methoden geneigt, um dieses Gebiet den Polen zu übergeben. Hitler jedoch forderte das Schicksal nicht heraus durch Aufnahme dieses Punktes in seine späteren Forderungen an Polen, da er wußte, daß jede Veränderung

704

705

im Status quo dieses Raumes vitale polnische Wirtschaftsinteressen ernstlich beeinträchtigen würde.

Hitler unterbrach sein Gespräch mit Henderson auf kurze Zeit, um eine Sitzung mit Ribbentrop und Göring über die einzelnen Punkte des neuen Angebots an die Polen anzuberaumen. Henderson erkundigte sich, wann die deutschen Vorschläge zur Überreichung an die Polen ausgefertigt sein würden. Hitler deutete an, man werde die Arbeiten daran dann beendet haben, wenn Deutschland seine Antwort auf die britische Note vom 28. August überreiche. Mitternacht war vorüber und der 29. August angebrochen. Hitler versicherte Henderson, zumindest die Note an England werde noch an diesem Tage fertig sein. Henderson befürchtete, er habe den Eindruck erweckt, als erwarte man von Hitler eine besonders eilige Antwort. Darum wollte er ihm ausdrücklich versichern, daß das keineswegs der Fall sei: „Wir haben zwei Tage gebraucht, um die Note abzufassen. Ich bin nicht in Eile.” Hitler entgegnete: „Aber ich!”

Der deutsche Führer befand sich in der wenig beneidenswerten Lage, sich um eine diplomatische Regelung zu bemühen, ohne Deutschland einem langen Zweifrontenkrieg auszusetzen. Seine militärischen Planer hatten ihn ausdrücklich darauf hingewiesen, das Gelingen der „Operation Weiß“ sei termingebunden und hänge davon ab, daß sie nicht später als am 1. September anlaufen dürfe. Die Briten hatten viel Zeit verschwendet, um Hitlers Angebot vom 25. August zu beantworten, und der deutsche Staatschef war entschlossen, alles zu tun, um die Verhandlungen zu beschleunigen. Er wußte, daß es zwischen Polen und Deutschland um Krieg oder Frieden ging.

Henderson hoffte, Hitler unter Berufung auf die traditionelle englisch-deutsche Freundschaft der guten alten Zeit ermutigen zu können. Er zitierte einen vertrauten Satz aus Schulbüchern, den der preußische Marschall Blücher seinen Truppen am Abend der Schlacht bei Waterloo im Jahre 1815 zugerufen hatte: „Vorwärts, Kinder, ich habe meinem Bruder Wellington mein Wort gegeben, und Ihr wollt doch nicht, daß ich es breche.” Hitler, in einer Mischung von Heiterkeit und Trauer, bemerkte: „Vor 125 Jahren lagen die Dinge anders.” Mannhaft versetzte Henderson darauf: „Nicht, was England anbetrifft.“ Der deutsche Kanzler enthielt sich jeden weiteren Kommentars, schließlich hatte Henderson ja recht. Die Briten wandten 1939 die gleiche archaische Theorie vom Ausgleich der Kräfte an, die sie zu ihren unerbittlichen Kriegen gegen Frankreich von 1793 bis zur endgültigen Niederringung Napoleons im Jahre 1815 angewandt hatten. Es war lediglich Zufall, daß jetzt Deutschland, nicht Frankreich, unter der besonderen Feindschaft Großbritanniens zu leiden hatte. Und nur, weil Deutschland im Verlauf einer Entwicklung, die vor allem durch natürliche Ursachen bestimmt war, die Stelle Frankreichs als führende

Macht in dem europäischen Länderkomplex westlich Rußlands eingenommen hatte.

705

706

Das war der einzige Grund des Wechsels. Alles andere schien bedeutungslos zu sein, auch die Bedrohung von seiten der Sowjetunion. Die kompromißlose Härte der britischen Außenpolitik in einer sich rasch veränderten Welt hat viel Bewunderung hervorgerufen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die gleiche Politik, die Englands Stärke 1815 wachsen ließ, zum verhängnisvollen Wegbereiter des britischen Abstiegs wurde, der 1939 seinen Anfang nahm.

Wie in jedem längeren Gespräch mit Hitler konnte Henderson nicht widerstehen, über seine Instruktionen hinauszugehen und die Aussprache auf menschlichpersönlicher Ebene zu führen. Bei dieser Gelegenheit schlug er Hitler vor, er könne seine Probleme lösen, wenn er seine Vorschläge von 1938 an Polen erneuere. Ohne Zweifel hätte dies sehr schnell zu einer Lösung geführt, wären Henderson, Butler oder Lothian mit der Führung der britischen Außenpolitik beauftragt gewesen, doch war es kaum ein vielversprechender Rat, solange Halifax hinsichtlich Danzigs vorbehaltlos hinter den Polen stand. Eindringlich versicherte der britische Botschafter Hitler, auf diese Weise könne er „mit einem Schlag die gesamte öffentliche Meinung nicht nur Englands, sondern der ganzen Welt zu seinen Gunsten ändern”. Wäre das wirklich so gewesen, dann hätte die bestehende Krise ein sehr befriedigendes Ende gefunden.

Hitler hofft auf einen friedlichen Ausgleich

Am Abend des 28. August nach der Übergabe der britischen Note und der Unterredung mit Henderson herrschte für kurze Zeit in Hitlers nächster Umgebung beträchtlicher Optimismus. Diese Stimmung schien voll gerechtfertigt durch die eindeutige, aber gänzlich falsche Versicherung der Briten, man habe die Polen veranlaßt, sich mit erneuten direkten Verhandlungen einverstanden zu erklären. Man könnte Hitler und seiner Umgebung nachsagen, daß es besonders naiv war, jeder Versicherung Glauben zu schenken, die aus London kam. Dieser Vorwurf traf zweifellos zu, doch kam es Hitler schlechterdings unwahrscheinlich vor, daß die Briten irgendeinen Nutzen davon haben könnten, den polnischen Standpunkt falsch darzustellen.

Hitler neigte bei seiner Verehrung des Britischen Empires dazu, den britischen Führern größere Klugheit und Integrität zuzutrauen, als sie es in Wahrheit verdienten. Und Halifax war durchaus bereit, diese Verehrung in Berlin bis zu einem gewissen Grade für seine Zwecke auszunutzen; nach seiner Ansicht ließ sich mit ihr der britische Einfluß in Italien aufrechterhalten. So rief er Ciano am 29. August an, die Antwort auf die offizielle britische Note und die Unterredung in Berlin am vorhergehenden Abend veranlaßten ihn, auf eine Regelung „zu hoffen“. Mit erhöhter Vorsicht setzte er dann hinzu, „er hoffe es“ zumindest. Damit wollte er die Italiener überzeugen, daß er ganz ehrlich eine friedliche Regelung anstrebe und daß der letzte britische Vorstoß die Si-

tuation aufs beste dafür vorbereitet habe. Nun war Hitler am Zuge. Die Italiener sollten sich nunmehr an den Mann in

Berlin halten, wenn die Dinge sich plötzlich erneut verschlechterten. Englands Foreign Secretary beteuerte Ciano noch mit platonischer Geste, er hoffe, Mussolini werde sich beharrlich weiterhin um den Frieden bemühen.

Hitlers optimistische Stimmung in Berlin wurde von Bonnet in Paris geteilt. Frankreich hatte, wie Polen, jetzt seine Mobilisierung praktisch vollzogen. Bonnet erinnerte Sir Eric Phipps an den alten militärischen und diplomatischen Grundsatz, daß Mobilisierung Krieg bedeutete. Dann stellte er fest, er müsse sich immer wieder über die Tatsache wundern, wie Frankreich 2.700.000 einsatzfähige Männer ohne jede Warnung oder bedrohliche militärische Maßnahmen der Deutschen einberufen konnte. Vertraulich äußerte er, im Fall eines regulären Mobilmachungsbefehls würden die Armeedienststellen höchstens noch eine weitere halbe Million Mann einziehen. Phipps bemerkte, daß Bonnet über diese ernsten Fragen sichtlich mit unbeschwertem Gemüt sprach. Der französische Außenminister war von neuem optimistisch hinsichtlich der Chancen, den Frieden zu erhalten.

Der italienische Botschafter Attolico hatte Weizsäcker am Abend des 27. August versichert, Mussolini habe einen besonderen Plan für eine internationale Konferenz, falls die Polen Verhandlungen mit Deutschland verweigerten. Außerdem sei Mussolini bereit, die Rückkehr Danzigs als Teil jeder Regelung durchzusetzen. Am Abend des 28. August rief Attolico das Auswärtige Amt an und bat um eine Durchschrift von Hitlers letztem Schreiben an Chamberlain. Er habe irreführende Berichte über Dahlerus’ Mission in England gehört und sein Eindruck, Hitler habe erneut an Chamberlain geschrieben, sei falsch. Weizsäcker versicherte Attolico, Hitler habe es nie vorgehabt, Chamberlain zu schreiben, bevor er die offizielle britische Antwort auf das deutsche Angebot vom 25. August erhalten hätte. Er suchte

den argwöhnischen Botschafter zu überzeugen, daß Deutschland Italien über wesentliche Entwicklungen in den englisch-deutschen Verhandlungen vollständig auf dem laufenden halten werde.

Ribbentrop bat Attolico am 29. August ins Auswärtige Amt, um mit ihm über die letzten Vorgänge zu sprechen. Er bedeutete ihm, daß er nach der letzten Unterredung zwischen Hitler und Henderson auf einen friedlichen Ausgleich hoffe. Attolico wollte etwas über die deutsche Antwort auf die britische Note vom 28. August wissen, doch ließ Ribbentrop durchblicken, sie sei noch nicht fertig. Immerhin machte er einige Andeutungen über die deutschen Absichten, als er dem Italiener anvertraute, Henderson habe ihm den Rat gegeben, die Polen zum Verhandeln nach Berlin einzuladen.

Ribbentrop gab zu, Hitler sei hinsichtlich neuer Verhandlungen mit Polen

ziemlich skeptisch. Attolico stimmte ihm darin zu und betonte, daß eine diplomatische Konferenz der Hauptmächte weitaus vielversprechender für eine Regelung sein werde. Ribbentrop bestritt es nicht, doch machte er geltend, Hitler sei klug, wenn er dem Rat der Briten folge, sich mit den Polen direkt auseinanderzusetzen. Es schien ihm klar zu sein, daß dann eher die Polen und nicht Deutschland die Schuld haben würden, wenn eine Fühlungnahme nicht gelinge. Attolico war bestrebt, Ribbentrop etwas Mut zu machen. Er erzählte ihm, der päpstliche Nuntius Orsenigo glaube, kürzlich eine Besserung der polnischen Einstellung bemerkt zu haben. Ribbentrop

war geneigt, dies auf den britischen Einfluß zurückzuführen. Er wäre sehr betroffen gewesen, wenn er erfahren hätte, daß der britische Botschafter in Warschau, Sir Howard Kennard, sich nicht im mindesten darum bemüht hatte, die Polen zu Gesprächen mit den Deutschen zu veranlassen. Am 29. August ließ der deutsche Geschäftsträger in Warschau, Baron Wühlisch, ihm die Warnung zukommen, die große Mehrheit unterrichteter Polen betrachte den Krieg mit Deutschland als unvermeidbar. Ribbentrop hoffte jedoch nach wie vor, Beck werde auf den vermeintlichen britischen Druck hin reagieren.

Der in Paris und Berlin herrschende Optimismus machte sich nach dem Telefongespräch zwischen Ciano und Halifax auch in Rom bemerkbar. Mussolini wies in einer Botschaft an Hitler am 29. August um 4 Uhr 40 nachmittags darauf hin, die britische Note an Deutschland vom Tage zuvor biete eine angemessene Grundlage für eine befriedigende Regelung. Ferner gab er in ihr preis, seine Beziehungen mit Paris seien kühl. Immerhin sei er jetzt in der Lage, in London diplomatisch zu intervenieren. Er verschwieg, daß seine Beziehungen zu den Briten auf Italiens abtrünnige Zusage hin, militärisch nicht einzugreifen, falls England Deutschland angreife, sich gebessert hatten. Optimistisch hieß es am Schluß der Botschaft, eine friedliche Lösung sei gesichert und „der Rhythmus Ihrer glänzenden Leistungen wird nicht gestört werden“.

Dahlerus hatte am 29. August um 7 Uhr morgens von Berlin aus mit dem Foreign Office telefoniert, um Halifax mitzuteilen, daß Hitler über einen friedlichen Ausgleich optimistisch denke. Kurz danach empfing Halifax eine wütende Warnung von Beck, die polnische Regierung erwäge neue Maßnahmen gegen Danzig. Beck beklagte sich, die Danziger zeigten sich bei der normalen Beförderung polnischer Güter vom Freistadthafen nach

Polen zunehmend widerspenstig. Er hatte keine Ahnung, daß Halifax Hitler versichert hatte, Polen sei bereit, mit Deutschland über eine endgültige Regelung des Falles Danzig zu verhandeln.

Kurz nach Mittag des 29. August kabelte Henderson weitere Informationen an Halifax über Deutschlands bevorstehende Antwort an Großbritannien und über die neuen Vorschläge an die Polen. Der Botschafter teilte mit, Hitler habe

708

709

sich entschieden, die heikle oberschlesische Frage nicht anzurühren, sondern seine Vorschläge auf Danzig und den Korridor zu beschränken. Dann setzte er hinzu, Göring sei begierig, etwas über die Haltung der Polen zu neuen Verhandlungen zu erfahren. Die Deutschen hätten sich entschieden, Großbritannien um Vermittlung bei ihrer Annäherung an die Polen zu bitten. Henderson warnte London, Göring befürchte, die Polen würden sich als halsstarrig erweisen und „Deutschland zu ruinieren versuchen, indem sie so aufsässig seien, daß der Krieg unvermeidlich würde“. Noch einmal hob Henderson hervor, Hitler sei bereit, sich sofort an einer internationalen Garantie aller befriedigenden Ergebnisse zu beteiligen, die bei erneuten deutsch-polnischen Verhandlungen erzielt würden.

Henderson machte sich über die Lage mehr Sorgen als Göring, weil ihm keinerlei Anzeichen vorlagen, daß die britische Regierung den Polen tatsächlich Verhandlungen empfohlen hatte. Er sah ein furchtbares Fiasko kommen, wenn Halifax es unterließ, Schritte in Warschau zu unternehmen. Erneut kabelte er Halifax am Nachmittag des

29. August, um beschwörend auf die Notwendigkeit dieses britischen Schrittes hinzuweisen, damit die Polen zumindest ihre Zustimmung zu Verhandlungen mit den Deutschen geben konnten. Dabei wies er das oft gebrauchte Argument der Polen zurück, das einzige Interesse Deutschlands an Verhandlungen gelte der Aufspaltung der englisch-polnischen Front. Rundheraus bestritt Henderson, daß Hitler ein solches Ziel überhaupt für erreichbar hielt. Auch machte er geltend, es sei Hitler klar, daß es Krieg mit England bedeute, wenn er keinen diplomatischen Ausgleich mit Polen erzielen könne, der auch für die Briten annehmbar sei. Betont machte er dem Foreign Secretary klar, Hitler ziehe eine ausgehandelte Regelung jedem Krieg, auch einem örtlich begrenzten, vor. Vor allem habe Hitler die Polen zu lange bewundert, um ihre Vernichtung zu wünschen.

Diesem deutlichen Argument ließ Henderson wenige Minuten später einen erneuten Appell folgen. Er drängte darauf, man solle die Franzosen ermuntern, gemeinsam mit Großbritannien starken Druck auf Warschau auszuüben. Nicht zu Unrecht vermutete der Botschafter, daß Halifax sich in keiner Weise darum bemüht hatte, die Hilfe der Franzosen anzurufen, um Warschau zu mäßigen. Henderson betonte: „Man darf die Frage des übersteigerten Prestiges und der Selbstsucht Polens nicht zu einem Hindernis für eine fair ausgehandelte Regelung werden lassen, die von einer internationalen Garantie gestützt wird."

Polen plant neue militärische Maßnahmen

Minuten nach Hendersons letzten Appellen am 29. August, die Halifax ignorierte, traf ein Telegramm Kennards in London ein. Darin teilte er Halifax

mit, die polnische Regierung habe die Generalmobilmachung beschlossen. Die polnischen Militärpläne sahen vor, daß eine Generalmobilmachung nur für den Fall empfohlen würde, daß Polen sich für Krieg entschiede. Halifax trug die Hauptschuld an dieser übereilten Entscheidung Polens, die einen deutsch-polnischen Krieg tatsächlich unvermeidbar machte. Er hatte es unterlassen, die Polen von Deutschlands friedlichen Absichten zu unterrichten, und ihnen statt dessen nur zur Kenntnis gebracht, daß die deutschen Streitkräfte in der Nacht vom 30. zum 31. August ihre Ausgangsstellung für Operationen gegen Polen bezogen haben würden. Schwerlich konnte man die Reaktion der Polen auf Halifax' einseitige Auslegung der Mitteilungen Görings tadeln. Die Nachrichten von Kennard riefen böse Erinnerungen an das Jahr 1914 wach. Historiker aller Länder haben der Reihenfolge große Bedeutung beigemessen, in der die einzelnen Staaten beim Ausbruch des 1. Weltkriegs mobilisiert haben. Die Tatsache, daß die Russen und die Franzosen 1914 vor den Deutschen zur Generalmobilmachung aufriefen, ist mit Recht als eine Entscheidung von größter Tragweite beurteilt worden. Halifax hätte im Grunde die unvermeidlichen Konsequenzen seiner ränkevollen Politik in Warschau voraussehen müssen. Dennoch verwirrte ihn die Entscheidung der Polen. Er war sicher, daß Deutschland Polen in einem Krieg besiegen würde, und ebenso sicher, daß die Aufstellung eines weiteren halben Dutzend polnischer Divisionen das Unheil nicht abwenden könne. Die Polen würden sich nur noch größere Verantwortung aufladen, den Krieg begonnen zu haben, ohne den Ruin verhindern zu können, dem sie im Kriegsfall rettungslos anheimfallen müßten. In kalter Berechnung beschloß Halifax daher, die Polen unter Druck zu setzen, ihre Mobilmachung aufzuschieben.

Kennard besaß keine vorsorglichen Instruktionen, wie er sich zu der Ankündigung Becks verhalten sollte. Einer ersten Eingebung folgend, entschloß er sich, zur Generalmobilmachung zuzuraten, jedoch von einer Publizierung abzusehen. Dabei blieb unberücksichtigt, daß die Polen keine sogenannte geheime Mobilmachung deutschen Stils kannten. Die Deutschen hatten, ohne daß es die Öffentlichkeit erfuhr, einen Stand der Teilmobilisierung erreicht, der dem der Polen und Franzosen entsprach. Nun empfahl Kennard höchst widerstrebend im Sinne der späteren Instruktionen von Halifax den Polen, die Mobilmachung aufzuschieben. Trotzdem nutzte er die Tatsache, daß Halifax nicht angegeben hatte, wie lange die Mobilmachung aufgeschoben werden solle. Er kabelte Halifax um 6 Uhr 45 abends, die Polen hätten eingewilligt, das Versenden ihrer Mobilmachungsbefehle um einige Stunden hinauszuzögern. Das bedeutete in Wirklichkeit überhaupt kein Zugeständnis. Die Polen sahen vor, den ersten Mobilmachungstag auf den Tag der Bekanntgabe folgen zu lassen. Es hätte Verwirrung verursacht, wenn die polnischen Dienststellen die Ge-

stellungsbefehle am 29. August spät abends verschickt hätten, wonach im Morgengrauen des folgenden Tages zur Musterung der Reserven angetreten werden mußte. Beck hatte Kennard eine erste Mitteilung über die polnischen Mobilmachungspläne erst am Nachmittag des 29. August gemacht. Mit der Entscheidung, die Gestellungsbefehle am Mittwochvormittag, den 30. August. zu versenden, wiesen die Polen stillschweigend Halifax’ Empfehlung zurück, diesen entscheidenden Schritt hinauszuzögern.

Die Aussicht auf die polnische Generalmobilmachung wurde von der Nachricht überschattet, die Halifax einige Minuten später von Kennard erhielt. Beck hatte vage Gerüchte gehört, wonach Polen möglicherweise ernsthaft ersucht würde, die Verhandlungen mit Deutschland wiederaufzunehmen, und so hatte er beschlossen, jeden derartigen Schritt im Keim zu ersticken und schon im voraus bekanntzugeben, daß die Polen sich weigern würden. Klipp und klar sagte er Kennard, er sei nicht gewillt, den Deutschen irgendwelche Zugeständnisse zu machen, und er betrachte darum Verhandlungen als gegenstandslos. Er setzte ihm auseinander, er würde nicht einen Punkt der Vorschläge akzeptieren, die er bereits im März 1939 abgelehnt habe. Halifax nahm diese Erklärung mit sichtlicher Genugtuung auf und unterließ es bewußt für längere Zeit, weitere Mitteilungen an Warschau zu richten. Er wußte, Kennard würde Becks fanatische Unnachgiebigkeit kräftig unterstützen. Wenn die Deutschen am Ende fragen würden, warum Halifax erklärt habe, die Polen seien zum Verhandeln bereit, konnte man einfach auf das nichtssagende Versprechen Polens als Antwort auf Roosevelts unaufrichtige Botschaft vom 24. August 1939 hinweisen.

All diese Tatsachen waren in Paris, Berlin und Rom, wo eine zunehmend optimistische Stimmung herrschte, unbekannt. Auch Halifax war optimistisch, doch aus den entgegengesetzten Gründen. Die Franzosen, Deutschen und Italiener hofften auf den Frieden. Halifax war ziemlich sicher, daß es Krieg geben würde. Er wünschte nicht Krieg um des Krieges willen, sondern hielt die Vernichtung Deutschlands, die man nur durch Krieg erreichen konnte, für eine großartige Heldentat. Unaufhörlich hatte er während der vergangenen zehn Monate auf den Krieg hingearbeitet und fühlte seinen Triumph zum Greifen nahe. Ihm fehlte die Erkenntnis, daß sein Erfolg den Glanz seines eigenen Landes

zum Verlöschen bringen würde. Er ignorierte ein weiteres dringendes Telegramm Hendersons, in dem dieser ihn beschwor, es liege in Polens vitalem Interesse, auf eine deutsche Aufforderung zum Verhandeln einzugehen. Halifax wußte genau, daß die Polen dem Untergang geweiht waren, wenn es Krieg gab. Aber Polens Schicksal ließ ihn kalt.

Die deutsche Note vom 29. August

Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler die letzten Korrekturen in der deutschen

Antwort an Großbritannien gebilligt. Er stimmte zu, daß der deutschpolnische Streit zu einem entscheidenden Faktor für die englisch-deutschen Beziehungen geworden war, und bekräftigte seinen Wunsch nach einem friedlichen Ausgleich und seine Bereitschaft zum Verhandeln mit den Polen. Hitler ersuchte die britische Regierung, den Polen zu empfehlen, einen Bevollmächtigten am folgenden Tag, Mittwoch, den 30. August, nach Berlin zu entsenden. Dann betonte er, unter dem Druck der Ereignisse sei Eile geboten, die Briten möchten zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland mit dem Eintreffen eines polnischen Vertreters spätestens bis Mitternacht des 30. August rechne. Am Abend des 29. August empfing Hitler Henderson und händigte ihm die offizielle deutsche Note um 7 Uhr 15 aus.

Wenige Minuten, nachdem Henderson von Hitler empfangen wurde, rief Dahlerus von Berlin aus das britische Außenministerium an und teilte Halifax mit, daß Hitler und Göring sehr erfreut die Haltung Englands gegenüber Deutschland, die der britischen Note vom 28. August zu entnehmen war, zur Kenntnis genommen hätten. Dahlerus

versicherte den Briten außerdem, die deutsche Antwort werde noch am gleichen Abend in London eintreffen. In London fiel es auf, daß der schwedische Ingenieur „sehr frohgemut und überschwenglich” war. Offenbar glaubte er, seine Mühen kämen nun zu einem erfolgreichen Abschluß. Im Auswärtigen Amt teilte Baron Woermann am Abend des 29. August den Gesandten der Schweiz, Litauens und der Slowakei mit, es bestünden als Ergebnis der deutsch-englischen Gespräche günstige Aussichten für eine diplomatische Lösung der polnischen Krise.

Kurz nach dem Anruf von Dahlerus empfing Halifax eine weitere Nachricht von Kennard. Darin bestätigte der Botschafter den polnischen Entschluß, die Gestellungsbefehle zur Generalmobilmachung am folgenden Morgen zu versenden. Man habe ihn schroff darauf hingewiesen, daß solche Befehle nicht geheimgehalten werden könnten. Kennard hatte die polnische Maßnahme gebilligt, obwohl Bonnet seinen Botschafter Noël angewiesen hatte, heftig gegen die Generalmobilmachung zu protestieren. Kennard scheute sich nicht, die Polen gegen jede etwaige Kritik von Halifax zu verteidigen. Unverblümt gab er Halifax die Schuld, den polnischen Schritt ausgelöst zu haben, weil er die Mitteilung Görings über die deutschen Aufmarschpläne weitergegeben habe. Kennard schloß, es sei im Interesse der Polen „kaum zu rechtfertigen, sich jeder nur möglichen Verteidigungsmaßnahme zu enthalten“.

Beck bat Kennard, Halifax zu unterrichten, es gebe nur einen Weg, die für 8 Uhr am nächsten Morgen angesetzte Generalmobilmachung zu verhindern, und das sei eine deutliche Erklärung Hitlers, wonach Deutschland ein für allemal auf Danzig verzichte und nie wieder versuche, die Durchgangsmöglichkeiten nach Ostpreußen durch den Korridor zu verbessern. Überdies sei er,

Beck, bereit, den vollen Wortlaut von Hitlers Antwort an England jederzeit entgegenzunehmen und zu studieren. Mit den militärischen Maßnahmen werde Polen fortfahren, wenn Hitler nicht zurückweiche. Beck habe vorher deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er mit Deutschland nicht verhandeln wolle.

Hitler führte mit Henderson ein längeres Gespräch über die deutsche Note an England vom 29. August. Hitler betonte, wenn es ihm gelänge, die deutschen Differenzen mit den Polen aus dem Weg zu räumen, würde er gegen die britische Garantie für Polen keine Einwände erheben. Die Briten hatten Polens lebenswichtige Interessen und Unabhängigkeit garantiert, und die deutschen Vorschläge vom Oktober 1938 enthielten nichts, was das eine oder das andere durch einen Angriff in Frage gestellt hatte. Hitler erklärte, der deutsche Entwurf zu neuen Vorschlägen an die Polen sei noch nicht vollständig, doch werde er bald fertiggestellt sein. Energisch bestritt er, daß sein dringendes Ersuchen um einen polnischen Bevollmächtigten, das eher an die Briten als an die Polen gerichtet sei, ein Ultimatum an Polen darstelle. Da Hitler bemerkte, daß Henderson sich wegen des Zeitfaktors für den deutschen Plan besorgt zeigte, tat er sein Möglichstes, überzeugende Gründe für sofortige Verhandlungen anzuführen, weil er nicht die Absicht hatte, noch einmal und ohne triftigen Grund die sorgsam vorbereiteten Aufmarschpläne der Wehrmacht zu opfern. Sehr ausführlich verteidigte Hitler seine dringende Forderung nach einer prompten Antwort Polens und schließlich gelang es ihm, Henderson zu beruhigen.

Henderson verließ Hitler mit der Überzeugung, daß es noch möglich sei, den Krieg zwischen Deutschland und Polen zu verhindern. Sofort setzte er sich mit London in Verbindung und legte seiner Regierung eindringlich nahe, die Polen mit allen Mitteln dazu zu bewegen, das deutsche Verhandlungsangebot anzunehmen, und zwar unter genau den Bedingungen, die Hitler angeführt habe. Das Foreign Office erhielt eine Zusammenfassung des Textes von Hitlers Antwort am 29. August abends um 9 Uhr 15. Die britische Regierung hatte reichlich Zeit, mit Warschau Fühlung zu nehmen, und ebenso die polnische, um zu irgendeiner Zeit des nächsten Tages einen Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden. Henderson hatte durchblicken lassen, Hitler habe zugestimmt, die Sowjetunion hinsichtlich einer internationalen Garantie Polens zu konsultieren. Ribbentrop teilte dem sowjetischen Geschäftsträger Iwanow tatsächlich noch vor Mitternacht am 29. August mit, Deutschland trete für die Teilnahme der Sowjetunion in jeder internationalen, Polen betreffenden Vereinbarung ein. Henderson versuchte nicht zu bestreiten, daß die deutsche Note den Anstrich eines Ultimatums zeige, doch wiederholte er Hitlers Argumente, warum die Verhandlungen mit größtmöglicher Eile in Angriff genommen werden sollten.

713

714

Deutsches Ersuchen um Verhandlungen mit Polen

Die Polen hatten natürlich vollständig freie Hand, wen sie für die Mission in Berlin bestimmten. Es gab mehr als genug Männer in Polen, denen man zutrauen konnte, keine Vorschläge anzunehmen, nur weil diese deutsch waren. Die Polen hatten es in der vergangenen Zeit glänzend vermocht, Hitler zu locken, ohne irgend etwas zuzugestehen, und nun

bot sich ihnen eine ausgezeichnete Gelegenheit, dieses Spiel zu wiederholen. Beck hielt es für richtig, seine bedingungslose Herausforderung an Deutschland vom 26. März 1939 in keiner Weise einzuschränken. Nach seiner Ansicht würde Polen von Deutschland besiegt werden, einerlei zu welcher Zeit die Kampfhandlungen beginnen würden, doch befürchtete er, wenn der Konflikt hinausgeschoben würde, könnte er unter Umständen noch des englischen und französischen Beistands verlustig gehen. Eine entschiedene Warnung von seiten der Briten, sie würden ihm definitiv ihre Unterstützung entziehen, wenn er nicht verhandele, hätte ihn sicher umgestimmt. Doch Halifax, dem am Frieden nichts gelegen war, hatte keinen Anlaß, eine solche Warnung zu erteilen. Bonnet hatte Beck gedrängt, Hitlers Angebot anzunehmen, sobald er von ihm erfahren hatte. Er war aber außerstande, ohne britische Hilfe etwas in Warschau zu erreichen.

Hitler war optimistisch, weil er trotz der Bemühungen von Henderson und Dahlerus nicht im geringsten mit dem wirklichen Standpunkt Englands, den Halifax und Kennard vertraten, vertraut war. Henderson betonte gegenüber Halifax am 29. August abends, er habe sich erkundigt, ob Deutschland mit Polen auf der Grundlage voller Gleichberechtigung zu verhandeln gedächte. Hitler habe rasch und mit unverkennbarem Nachdruck erwidert: „Selbstverständlich!” Dann habe er hinzugesetzt, er werde die britische Regierung entweder kurz vor oder nach dem Eintreffen des polnischen Bevollmächtigten von seinen Vorschlägen für einen Ausgleich mit Polen unterrichten. Henderson versicherte Halifax, diese Bedingungen würden maßvoll sein.

Henderson gab dann zu, seine Aussprache mit Hitler sei „stürmisch” verlaufen. Der Kanzler sei über die letzten Nachrichten aus Polen über Greueltaten und Pöbelaktionen

empört gewesen. Doch wußte Henderson bereits, daß Attolico, der Hitler unmittelbar danach aufgesucht hatte, ihn ganz ruhig fand. Henderson war durchaus geneigt, anzunehmen, daß Hitlers vorherige Erregung in der schwerwiegenden Bedeutung der deutsch-englischen Verhandlungen ihre Ursache hatte. Es war dem Botschafter sofort klargeworden, daß sich hier eine brauchbare Grundlage für einen Ausgleich zeigte, und so fuhr er fort, Hitlers Initiative mit aller Energie zu unterstützen.

Hendersons erster Schritt war eine ostentative Fühlungnahme mit Coulondre. Aus seinen Gesprächen mit Bonnet im Juli 1939 wußte der britische

714

715

Botschafter, daß dieser Hitlers Vorschläge zu einer Beilegung der deutsch-polnischen Zwistigkeiten begrüßen würde. Ohne Mühe vermochte Henderson Coulondre davon zu überzeugen, daß Hitlers Plan volle Unterstützung verdiene. Dem französischen Botschafter waren alle Einzelheiten des widerrufenen Angriffsbefehls Hitlers vom 25. August bekannt. Er betrachtete diesen Vorgang als einen Wink des Schicksals, daß ein deutschpolnischer Krieg vermieden werden könne. Coulondre, den man wegen seines aufrichtigen Calvinismus den Hugenotten-Diplomaten nannte, trug die Argumente des Hitlerschen Planes in Paris kraftvoll vor. Vor allem betonte er mit großem Nachdruck, man müsse auf Warschau starken Druck ausüben, damit der polnische Bevollmächtigte noch rechtzeitig in Berlin eintreffe. Andererseits hielt er nur wenig von Hendersons Anregung, der polnischen Regierung zu empfehlen, sie solle Beck nach Berlin entsenden, und er setzte sich in Paris auch nicht dafür ein.

Mit der ihm eigenen Unabhängigkeit trat Henderson sofort danach an die Polen in Berlin heran, ohne Weisungen aus London abzuwarten. Kurz vor Mitternacht des 29. August drängte er Lipski, Polen könne und müsse am folgenden Tag einen Sonderbotschafter nach Berlin entsenden. Natürlich unterrichtete Lipski Beck unverzüglich von dieser neuen Entwicklung. Der polnische Außenminister ging kurz nach Mitternacht darauf ein, indem er Kennard zu sich bat. Dieser war so gut wie gar nicht darauf vorbereitet, die Situation zu erörtern, da er praktisch keine Informationen von Halifax über die deutsche Antwort auf die britische Note vom 28. August erhalten hatte. Beck vertagte sein Gespräch mit Kennard bis zum Eintreffen entsprechender Nachrichten aus London.

Halifax hatte Kennard lediglich mitgeteilt, Hitlers Antwort „scheint nicht alle Türen zu schließen“. Er hätte hinzusetzen können, daß Hitler eher versuche, Türen zu öffnen, als sie zu schließen, vor allem bemühe er sich doch wohl, jene Tür zu öffnen, die Beck am 5. Mai 1939 zugeschlagen habe. In Halifax’ Reaktion auf Hitlers bedeutsames Angebot lag ein seltsamer Zug gemächlicher Ungerührtheit. Ihm schien es viel wichtiger zu sein, seine vorbehaltlose Billigung der Argumente Kennards im Interesse der polnischen Generalmobilmachung zum Ausdruck zu bringen. Zynisch erklärte er, Großbritannien „könnte es nicht verantworten, der polnischen Regierung von irgendeiner Aktion abzuraten, die sie für ihre Sicherheit als notwendig erachtet”. Das hieß nun wirklich die Blankoscheckpolitik auf eine groteske und lächerliche Spitze treiben. Offensichtlich schloß man die Annahme des polnischen Standpunktes, daß Verhandlungen mit den Deutschen eine Bedrohung der Sicherheit ihres Landes darstellten, ein.

Halifax setzte noch ausdrücklich hinzu, die Polen sollten tun, was in ihrer Macht stehe, um ein „öffentliches Ankündigen

ihrer Generalmobilmachung zu

715

716

vermeiden”, obwohl Kennard ihm schon vorher auseinandergesetzt hatte, daß sie am folgenden Morgen im vollen Umfang bekanntgegeben würde. Er wiederholte die stereotype Mahnung, die bei den seit Monaten in Polen bereits vorherrschenden Verhältnissen nur noch lächerlich wirken konnte, die Polen sollten sich in acht nehmen und die Deutschen nicht provozieren. Halifax machte das kennzeichnende Eingeständnis gegenüber Kennard, der sich bemühte, noch polnischer als die Polen zu sein, daß er sich im Verfolg der britischen Politik in Polen auf ihn vollständig verlassen müsse. Er beklagte sich, daß Raczynski in London keine Fühlung mehr mit seiner Regierung zu haben scheine. Kennard erhielt in Wirklichkeit damit von ihm einen Blankoscheck, um in Warschau nach eigenem Ermessen handeln zu können. Halifax war sicher, daß Kennard keinen Finger zur Erhaltung des Friedens rühren würde.

Am 29. August, kurz nach Mitternacht, übermittelte Halifax Kennard den vollen Wortlaut der deutschen Antwort und beschränkte seinen Kommentar auf die nichtssagende Bemerkung, sie scheine ihm nicht aussichtslos zu sein. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß diese zwar positive, aber sehr zurückhaltende Äußerung den Botschafter in Warschau unberührt ließ, nachdem er schon Hendersons Anregung zurückgewiesen hatte, Lipski möge die allgemeine Lage mit Hitler erörtern.

Kennard entschloß sich, Beck die Ablehnung des Hitlerschen Verhandlungsangebots zu empfehlen. In seinem Bericht an Halifax am Morgen des 30. August erklärte er, es sei

„unmöglich, die polnische Regierung zu veranlassen, Oberst Beck oder einen anderen Vertreter unverzüglich nach Berlin zu entsenden, um eine Regelung auf der von Hitler vorgeschlagenen Grundlage zu besprechen“. Melodramatisch schloß er, Polen werde eher kämpfen und untergehen, als eine solche Demütigung erleiden. Die Tatsache, daß Hitler gewillt war, angesichts zahlloser Herausforderungen zu verhandeln, machte keinen Eindruck auf Kennard.

Die Situation in Warschau war tatsächlich unglaublich. Kennard wußte, daß seine Regierung Deutschland am 28. August unaufrichtig der polnischen Verhandlungsbereitschaft und einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Hitler versichert hatte. Es war also unehrenhaft von Kennard, unter diesen Voraussetzungen den Polen vom Verhandeln abzuraten. Doch das störte weder Halifax noch Kennard. Im Laufe des 30. August antwortete Halifax ihm, die Polen sollten davon absehen, auf die Volksdeutschen zu schießen, und etwas gegen ihre rücksichtslose Rundfunkpropaganda unternehmen, auf die man ihn in London aufmerksam gemacht hatte. Er äußerte keine Mißbilligung über Kennards Entschlossenheit, Beck in keiner Weise zum Verhandeln mit Deutschland zu drängen.

Kennard hatte Henderson in der polnischen Krise entschieden einiges vor-

aus. Der britische Botschafter in Warschau befand sich seit Oktober vollkommen im Kielwasser von Halifax, während Henderson, den Chamberlain nach Berlin entsandt hatte, um für die Appeasement-Politik zu wirken, ganz abseits

stand. Diese Situation änderte sich auch nicht durch die Tatsache, daß Henderson in Berlin beliebter war als Kennard in Warschau. Kennards Deutschenhaß war so unsinnig intensiv, daß die Polen daraus schlossen, wie sie es auch bei Churchill taten, es sei bei ihm etwas nicht in Ordnung. Sie machten sich auch nichts aus seinem pedantischen und dogmatischen Gebaren. Henderson dagegen genoß in Berlin hohes Ansehen. Über seine peinlich korrekten Manieren und seine vollendet gepflegte Eleganz erzählte man sich mancherlei humorvolle Anekdoten. In seiner Abwesenheit nannte Hitler ihn sehr wohlmeinend „den Mann mit der Blume“, weil er immer eine Blume im Knopfloch trug. Die Reserviertheit des britischen Botschafters ließ nicht jene Jovialität aufkommen, die so kennzeichnend für die Beziehungen zwischen Hitler und Frangois-Poncet war. Es herrschte unter den deutschen Diplomaten volle Übereinstimmung, daß Henderson seinem Berufsstand Ehre machte. Während der hektischen Tage der polnischen Krise vollbrachte er Glanzleistungen, doch waren es größtenteils vergebliche Anstrengungen, weil Halifax keinen friedlichen Ausgleich wünschte, der als das Ziel jeder konstruktiven Diplomatie gilt.

Henderson versorgte Halifax mit umfangreichen Informationen über seine jüngsten Gespräche mit Hitler und fügte ihnen viele persönliche Bemerkungen hinzu. Am 28. August bekannte er, er habe Hitler aufgesucht, „gestärkt mit einer halben Flasche Sekt”. Zweifellos wollte er den besten Eindruck machen und hoffte nun, der Sekt werde seine angeborene Reserviertheit etwas lockern. Er beeilte sich aber gleichzeitig, Halifax zu beweisen, daß er dabei einen klaren Kopf behalten habe. Als er Ribbentrop und Hitler gegenübertrat, achtete er darauf, daß der Reichsaußenminister wegen seiner ausgesprochenen Sprachbegabung den Originalwortlaut der britischen Note erhielt, während Hitler die deutsche Übersetzung bekam.

Henderson hielt es nicht für nötig, hervorzuheben, daß er auf genügend vertrautem Fuß mit den deutschen Führern stehe, um sich dieses Vorgehen erlauben zu können. Nach strengen Protokollvorschriften hätte er beide Ausführungen dem Staatsoberhaupt überreichen und es diesem überlassen müssen, darüber zu verfügen.

Am Morgen des 30. August 1939 ließ Henderson Halifax eine überaus bedeutsame Nachricht zukommen. Er teilte ihm mit, daß Birger Dahlerus, der sich jederzeit für einen Flug nach England bereithielt, die britischen Führer davon in Kenntnis setzen sollte, daß Mitternacht des 30. August nicht unbedingt der letzte Termin für das Eintreffen des polnischen Bevollmächtigten sein müßte. Auch müsse Berlin nicht unbedingt der Ort für eine deutschpolnische Konferenz sein. Die Deutschen seien bereit, jeden andern Vorschlag

zu berücksichtigen. Henderson legte Halifax nahe, eine Zusammenkunft auf der schwedischen Yacht in der Nähe der polnischen Küste sei als angemessene Alternative jederzeit möglich. Dann wiederholte er Halifax die Kernpunkte der Bedingungen, die die Deutschen den Polen anzubieten hatten. Sie hatten vor, für die nördliche Spitze des Korridors eine Volksabstimmung vorzuschlagen, wobei die unterlegene Partei eine Durchgangsstraße über den Korridor erhalten sollte. Gdingen, das unbestreitbar polnisch war, sollte nicht von der Volksabstimmung erfaßt werden, da es den Deutschen fernlag, die Polen ihres Stützpunktes an der Ostsee zu berauben. Henderson wies erneut darauf hin, daß die deutschen Vorschläge sich nicht auf Ostoberschlesien beziehen würden.

Seine Zusammenkunft mit Lipski am Abend des 29. August schilderte Henderson sehr genau. Er hatte dem polnischen Botschafter den vollen Wortlaut der Hitlerschen Antwort an Großbritannien vorgelesen, bevor die deutsche Note in London eintraf. Der britische Botschafter warnte Halifax, Lipski habe „sich völlig hoffnungslos ausgedrückt" und sei überzeugt gewesen, daß seine Regierung es ihm im Höchstfalle gestatten werde, „Herrn Hitler aufzusuchen", ohne jedoch verhandeln zu dürfen. Lipski rechnete nicht mit der Entsendung eines Sonderbotschafters nach Berlin. Henderson war der Ansicht, nur durchgreifende diplomatische Schritte der Briten in Warschau könnten die Polen von ihrer Widerspenstigkeit abbringen. Er hob hervor, Hitler wünsche keinen Krieg, doch könne er ihn nur dann vermeiden, wenn man ihm eine letzte Chance dazu biete.

In London, Paris und Warschau herrschte am Morgen des 30. August völlige Klarheit über das letzte deutsche Angebot an Polen. Der deutsche Kanzler hatte erkannt, daß eine diplomatische Lösung des deutsch-polnischen Streits eine günstige Atmosphäre für eine deutsch-englische Verständigung entsprechend seinem Angebot vom 25. August 1939 an Halifax schaffen könne. Er hatte die Briten beschworen, den Polen zu empfehlen, sie möchten sich mit direkten Verhandlungen mit Deutschland einverstanden erklären. Die Briten hatten ihrerseits Deutschland am 28. August wissen lassen, Polen sei zum Verhandeln bereit. Hitler teilte Henderson am folgenden Tag mit, er sei im Begriff, vorläufige Vorschläge für eine Regelung mit Polen auszuarbeiten. Er würde es gern sehen, wenn die britische Regierung Polen auffordere, am 30. August einen Bevollmächtigten nach Berlin zu entsenden. Dann schlug er vor, der Bevollmächtigte solle wegen der zwischen Deutschland und Polen herrschenden, äußerst bedrohlichen Krisenstimmung am 30. August vor Mitternacht zur Stelle sein. Kurz danach erhielten die Briten die weitere

Zusicherung, daß Deutschland das Eintreffen eines polnischen Abgesandten auch etwas später als Mitternacht am 30. August akzeptieren würde und daß Ber-

lin als Verhandlungsort lediglich eine Anregung sein sollte. Es könnte genausogut an irgendeinem anderen Ort verhandelt werden. Die vielen und deutlich versöhnlichen Schritte der deutschen Regierung während dieser Tage zur Vermeidung eines Krieges mit Polen ließen in der Tat nur sehr wenig zu wünschen übrig.

Am frühen Morgen des 30. August befanden sich die Deutschen in völliger Unkenntnis über die Situation in London und Warschau. Sie hatten keine Ahnung, daß die britische Versicherung der polnischen Verhandlungsbereitschaft am 28. August ein unverzeihlicher Betrug war. Halifax hatte weder eine Andeutung von den Polen verlangt noch ein Zeichen von ihnen bekommen, daß sie zu ernsthaften Verhandlungen bereit seien. Auch konnten die Deutschen nicht wissen, daß Warschau am 29. August für den nächsten Tag die Generalmobilmachung beschlossen hatte und daß dieser Schritt ausdrücklich von Halifax gebilligt wurde. Es war ihnen unbekannt, daß der britische Botschafter in Warschau als Antwort auf das deutsche Angebot vom 29. August 1939 Polen geraten hatte, mit Deutschland nicht zu verhandeln. Hitler kam tatsächlich gar nicht auf den Gedanken, daß Halifax mit allen Mitteln den Krieg förderte und nichts unternahm, um ihn zu verhindern. Der deutsche Kanzler hätte seine letzte Hoffnung auf eine Regelung mit Polen viel eher aufgegeben, wenn ihm die wirkliche Lage klar gewesen wäre. Es war völlig aussichtslos, die polnische Regierung zum Verhandeln

aufzufordern, wenn die britische Regierung sie drängte, es nicht zu tun. Das Wirken der britischen Diplomatie in Warschau am 29. und 30. August war ein unehrenhafter und verlogener Bruch der in der britischen Note vom 28. August Deutschland gegebenen Versicherung. Für einige Tage hatte die britische Regierung den falschen Eindruck zu erwecken vermocht, als fördere sie direkte Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland. Ihre Weisung an die Polen, nicht zu verhandeln, war ein Akt unerhörter Doppelgleisigkeit, der so unheilvoll charakteristisch für die diplomatischen Traditionen Englands ist und in zynischer Rücksichtslosigkeit gegenüber Freund und Feind ihren Ursprung hat. Die glänzende Gelegenheit, zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen zu kommen, wurde durch Halifax‘ Diplomatie zunichtegemacht. Damit war Polens Untergang besiegelt.

719

720

21. KAPITEL: POLNISCHE GENERALMOBILMACHUNG UND DEUTSCH-POLNISCHER KRIEG

Hitler ohne Einblick in die Polen-Politik Englands

WÄHREND der letzten außerordentlich kritischen Tage vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges nahmen die deutschen Führer an, Großbritannien habe Warschau energisch zu Verhandlungen mit Deutschland gedrängt. Die britische Regierung ließ diesen Eindruck in Berlin unwidersprochen bestehen. Er war unvereinbar mit den zu einem früheren Zeitpunkt des Jahres 1939 aufgestellten Behauptungen von Halifax und Chamberlain, sie könnten den Krieg damit zu vermeiden suchen, daß sie ihren Standpunkt kristallklar darlegten. Halifax war in diesem Fall nicht weniger schuldig als sein Oheim Sir Edward Grey in der letzten Phase der dem 1. Weltkrieg vorangehenden Krise. Auch er unterließ es, den Standpunkt der britischen Regierung klarzumachen. Hitler dürfte sich in den letzten Tagen der Krise von 1939 ganz anders verhalten haben, hätte er bemerkt, daß London trotz seiner Versicherung vom 28. August an Deutschland den Polen nicht ein einziges Mal zu verhandeln ernsthaft empfohlen hatte. So mußte er natürlich annehmen, Polens Weigerung sei Trotz gegen Großbritannien und London werde dies als einen Bruch des englisch-polnischen Bündnisses auffassen. Halifax hat Hitler über den Kernpunkt der Krise vollkommen im Dunkeln

gelassen. Hitler ging davon aus, daß die entgegen Polens Zusage erfolgte polnische Ablehnung, mit Deutschland zu verhandeln, einem Bruch seiner Verpflichtung gegenüber England gleichkomme. In Wirklichkeit war, wie bereits festgestellt, die Behauptung in der britischen Note vom 28. August 1939, Polen habe England Verhandlungsbereitschaft zugesagt, eine bewußte Täuschung. Das Unrecht dieses Betruges wuchs noch, als die britische Regierung es ablehnte, den Polen Verhandlungen mit Deutschland nahezulegent.

Die Gestellungsbefehle waren im Zuge der Generalmobilmachung in ganz

720

721

Polen bis zum Nachmittag des 30. August 1939 erfolgt. Die Nachricht über diese jüngste polnische Herausforderung Deutschlands wurde Berlin offiziell in einem Bericht der deutschen Botschaft in Warschau bestätigt. Im Auswärtigen Amt setzte Baron Woermann dem ungarischen Gesandten am 30. August auseinander, die Generalmobilmachungsnachricht sei ein heftiger Schlag gegen die Friedensaussichten. Er bedeutete dem magyarischen Diplomaten, man habe sich in den letzten Tagen große Hoffnungen auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Polen gemacht, die zu einer diplomatischen Regelung der zwischen den beiden Nachbarländern herrschenden Krise führen sollten. Diese Hoffnungen seien nun zunichte gemacht. Der polnische General Kazimierz Sosnkowski, ein früherer Hauptmitarbeiter Pilsudskis, hat alliierten Journalisten vier Jahre später gesagt, der Generalmobilmachungsbefehl habe den deutsch-polnischen Krieg unvermeidlich gemacht.

Rückblickend hob Sosnkowski ausdrücklich hervor, Hitler habe nach diesem Ereignis nichts mehr zur Abwendung des Krieges tun können. Die Mitglieder des Auswärtigen Amts faßten Polens Mobilmachung als eine unmißverständliche Antwort auf das letzte deutsche Angebot an Warschau auf, obwohl Hitler, Göring und Ribbentrop noch bis zum Abend des folgenden Tages hofften, die Polen würden sich besinnen und der Entsendung eines Bevollmächtigten nach Berlin zustimmen.

Die polnische Presse gab am 30. August 1939 den Beschluß zur Generalmobilmachung bekannt und veröffentlichte ein offizielles Kommunique der Regierung, in dem der Beschluß begründet wurde. Außenminister Beck, der das Kommunique abgefaßt hatte, erklärte dreist vor aller Welt, Polen habe alle Friedensbemühungen der Alliierten oder Neutralen unterstützt, doch habe Deutschland auf diese Bemühungen nicht reagiert. Am Morgen des 30. August hatte das polnische Außenministerium einen Bericht von Lipski über die jüngsten Entwicklungen erhalten, Beck ließ jedoch auch nicht die leiseste Andeutung zu, daß die polnische Regierung mit dem Befehl zur Generalmobilmachung in Wirklichkeit die letzte deutsche Friedensanstrengung sabotierte. Becks öffentliche Erklärung enthielt Behauptungen, die der wirklichen Situation nicht entsprachen, ja das genaue Gegenteil besagten. So behauptete er, das polnische Vorgehen seit dem 25. August 1939 entspreche der von Präsident Moscicki Roosevelt gegebenen Versicherung. In Wirklichkeit brach die polnische Regierung das dem amerikanischen Präsidenten gegebene Versprechen, weil sie sich nach wie vor direkten Verhandlungen mit den Deutschen versagte. Die militärische Begründung des polnischen Schritts klang für Eingeweihte schon etwas glaubwürdiger. Die militärischen Autoritäten Polens wiesen darauf hin, daß die Bewegungen der deutschen Truppen in der westlichen Slowakei, wo sie

seit März 1939 stationiert waren, die Vermutung aufkommen ließen, Deutschland bilde eine größere Front an der linken Flanke Polens. Po-

721

722

len habe zusätzlich Einberufungen vornehmen müssen, um seine verlängerte Front gegen Deutschland auffüllen zu können. Die Erklärung dieses militärischen Faktors beeindruckte Hitler und ließ ihn hoffen, der Mobilmachungsbefehl bedeute keine Ablehnung polnischerseits, mit Deutschland zu verhandeln.

Den letzten zu den Fahnen gerufenen polnischen Reservisten wurde häufig von ihren Offizieren gesagt, Polen habe Deutschland am 29. August ein dreistündiges Ultimatum gestellt. Zweck dieses gänzlich aus der Luft gegriffenen Ultimatums sollte es sein, die Deutschen unmittelbar zu einem Wechsel ihrer Politik und zum Verzicht auf ihre Danziger Bestrebungen zu veranlassen. Den Rekruten wurde gesagt, Hitler habe um 24 Stunden Bedenkzeit gebeten und die polnische Regierung habe ihm großzügig Zeit bewilligt. Infolgedessen laufe das fiktive Ultimatum am 30. August statt am 29. August ab. Ferner erfuhren die Rekruten, ihre Regierung hätte die Generalmobilmachung schon einen Tag eher, am 29. August, befehlen können, aber da habe Hitler diese geschickte List gebraucht, um Zeit für seine eigenen Vorbereitungen zu gewinnen. Die Legende, daß Polen seine endgültigen Mobilmachungsmaßnahmen aus dem einen oder anderen Grunde verschoben habe, war außerordentlich vorteilhaft. Sie ermöglichte den Polen die spätere Argumentation, ihre schwachen militärischen Leistungen in der Auseinandersetzung mit Deutschland seien

ausschließlich die Folge ihrer Friedensliebe gewesen. Diese habe ihre Führer daran gehindert, rechtzeitig die notwendigen militärischen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Am 31. August veröffentlichte die polnische Presse eine Reihe der verschiedensten Gründe für die Generalmobilmachung. Besonders herausgestellt wurde das Argument der angeblich bedrohlichen Lage in der Slowakei. Doch erwähnte man auch eine neue Krise in Danzig, die den Beschluß der Regierung vermeintlich beeinflußt habe. Außerdem wurde verwiesen auf die Notwendigkeit der Gegenpropaganda, auf neue Grenzzwischenfälle, auf deutsche Truppenkonzentrationen im Norden und auf die angebliche Weigerung Deutschlands, mit Polen zu verhandeln.

Birger Dahlerus traf am 30. August morgens in London ein, kurz bevor Halifax von Kennard die Bestätigung erhalten hatte, daß Polen die Generalmobilmachung tatsächlich durchführe. Der Schwede setzte Chamberlain und Halifax die jüngsten Vorgänge in Berlin bis ins kleinste ausführlich auseinander. Es gibt wohl keine Regierung, die während einer ernsten Krise über die Ereignisse in einer fremden Hauptstadt so schnell und so umfassend unterrichtet worden ist. Halifax sandte den vollen Wortlaut der deutschen Antwort vom 29. August an den US-Außenminister Cordell Hull nach Washington, kurz nachdem er sich die Ausführungen von Dahlerus angehört hatte.

722

723

Hitler erbietet sich am 30. August, Vorschläge nach Warschau zu senden

Der Unterredung des Schweden mit Chamberlain und Halifax folgte am 30. August um 12 Uhr 30 mittags ein Telefongespräch zwischen Göring und Dahlerus. Göring wiederholte, er sei fast sicher, daß Hitlers neue Vorschläge an Polen auch den Vorschlag einer Volksabstimmung in der Korridorspitze enthielten, doch war Dahlerus in diesem Augenblick nicht an den Einzelheiten des vorfühlenden deutschen Planes interessiert. Er wies darauf hin, die Briten argumentierten, daß Hitler einen viel zu starken Druck auf die Polen ausübe, um sie für seinen Verhandlungsplan interessieren zu können. Dann fragte er Göring, ob es vielleicht möglich sei, mit Lipski zu vereinbaren, daß dieser die Vorschläge am 30. August entgegennähme, um sie zur weiteren Beratung nach Warschau zu übermitteln.

Göring hielt diesen Gedanken persönlich für gut, doch konnte er keine offizielle Zusage geben, ohne sich mit Hitler in Verbindung gesetzt zu haben. Man kam überein, das Telefongespräch fortzusetzen, sobald Göring die Lage mit dem deutschen Kanzler erörtert habe. Nach seinem Gespräch mit Hitler rief Göring Dahlerus um 1 Uhr 15 erneut an und sprach zunächst von den nunmehr ausgearbeiteten deutschen Vorschlägen. Er versicherte Dahlerus, sie seien „fabelhaft”. Man habe in Berlin keineswegs die Absicht, sie den Polen zur vorbehaltlosen Annahme, sondern lediglich als Diskussionsgrundlage vorzulegen. Hitler habe sich zur Ablehnung des Vorschlags, daß Lipski die Vorschläge nach Warschau übermitteln solle, entschlossen, da hieraus nicht auf eine Verhandlungsbereitschaft der Polen geschlossen werden könne. Andererseits war Hitler gewillt, die Vorschläge durch einen Beauftragten Polens „abholen“ zu lassen, um sie nach Warschau zu überbringen. Nach seiner Ansicht werde dieses Zugeständnis allen britischen Einwänden gegen unzulässigen Druck begegnen, ohne daß den Polen die Gelegenheit genommen wurde, ihre

Willfährigkeit zu beweisen, über eine friedliche Lösung zu verhandeln.

Hitlers entgegenkommender Vorschlag war ebenso vernünftig wie äußerst praktisch, und Göring war von ihm sehr angetan. Er glaubte, dieses Vorgehen würde den letzten Einwand der Briten aus dem Weg räumen, den sie gegen Hitlers Verhandlungsplan erhoben hatten. Zu seinem Erstaunen hörte er Dahlerus um 3 Uhr nachmittags am Telefon sagen, den Briten gefalle Hitlers neuer Plan nicht; sie bestünden darauf, die Deutschen sollten sich einverstanden erklären, daß Lipski die Vorschläge nach Warschau überbringe. Hitlers entscheidender Gesichtspunkt, daß auch die Polen wenigstens auf irgendeine Art ihre Verhandlungsbereitschaft zu erkennen geben müßten, wurde ignoriert. Göring war zornentbrannt. Er erklärte, er werde diese Frage nicht noch einmal an Hitler herantragen, und bestand nun darauf, daß ein polnischer Bevollmächtigter

nach Berlin kommen müsse. Es hatte ihm imponiert, daß Hitler, um den Frieden zu retten, in seiner Bereitschaft sogar so weit gegangen war, den deutschen Operationsplan zu opfern und einen langen Zweifrontenkrieg zu riskieren. Die Weigerung Englands, diese unerläßlich wichtige Konzession zu machen, kam für Göring unerwartet und entmutigte ihn sehr. Mit einem Schlage wurde der in Berlin herrschende Optimismus von neuen Zweifeln und Befürchtungen erschüttert. Kurz darauf traf die Meldung von der polnischen Generalmobilmachung ein.

Göring war von Sorge erfüllt, daß die günstige Stellung Deutschlands in Europa in einem erneuten sinnlosen Krieg verlorengehen könnte. Er hatte darum Hitler, im Hinblick auf Verhandlungen mit den Polen, zu äußerster Nachgiebigkeit geraten. Halifax war über diese Situation unterrichtet und wußte sie zu nutzen. In seinen Weisungen an Kennard deutete er am Nachmittag des 30. August vage an, Beck solle eventuellen direkten Verhandlungen mit den Deutschen im Prinzip zustimmen, da „ihnen keine Gelegenheit gegeben werden sollte, Polen die Schuld an einem Konflikt zuzuschieben". Diese Instruktionen beweisen, daß es Halifax nicht um eine friedliche Behebung der Krise, sondern lediglich darum ging, die Schuld am Krieg auf Deutschland abzuwälzen. So konnte Kennard Beck eindeutig zu verstehen geben, daß Halifax statt einer echten Zusage Polens, mit Deutschland verhandeln zu wollen, eine bedeutungslose platonische Erklärung wünsche.

Chamberlain gesteht Hitler Aufrichtigkeit zu

Der britische Botschafter Henderson hoffte, einem ausweglosen Fiasko mit der Warnung zuvorkommen zu können, die Deutschen sollten einen größeren zeitlichen Spielraum für eine günstige Antwort auf ihren Verhandlungsplan einräumen. Am 30. August rief er Weizsäcker morgens an, es stehe noch nicht fest, ob der britischen Regierung die Entsendung eines polnischen Beauftragten noch am gleichen Tag gelingen werde. Er versuchte den Eindruck zu erwecken, die britischen Diplomaten seien mit allen Mitteln bemüht, die Polen zum Verhandeln zu bewegen. Am Spätnachmittag um 5 Uhr 30 konnte er Ribbentrop mitteilen, er habe von Chamberlain eine Botschaft für Hitler erhalten. Der britische Premierminister wünsche den Reichskanzler davon in Kenntnis zu setzen, daß die offizielle britische Antwort auf die deutsche Note vom 29. August noch vor Mitternacht des

30. August in Berlin eintreffen werde. Ferner anerkannte der britische Premier, wie der Meinungsaustausch zwischen der deutschen und der britischen Regierung seit dem 23. August gezeigt habe, sei Hitler in echter Weise bestrebt, zu einer englisch-deutschen Verständigung zu gelangen. Dieser Wunsch Hitlers war den britischen Führern freilich schon in den vergangenen sechs Jahren nicht verborgen geblieben.

724

725

Der US-Botschafter Kennedy berichtete am 30. August aus London, Chamberlain weigere sich beharrlich, zuzugeben, daß Großbritannien den Polen anraten könne, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Es gab keinen triftigen Grund, warum das so sein müsse. Überdies ging es gar nicht um Zugeständnisse polnischerseits, sondern um die Frage, ob sie überhaupt mit Deutschland verhandeln sollten. Der britische Botschafter in Warschau war es, der den Polen davon abgeraten hatte. Sonst deutete im diplomatischen Brauch Europas nichts darauf hin, daß ein Verbündeter dem anderen nicht den Rat, Zugeständnisse zu machen, geben konnte. Während der zweiten Marokko-Krise im Jahre 1911 hatten die Russen nicht gezögert, den Franzosen zu empfehlen, Deutschland Konzessionen zu machen, und Pilsudski hatte den Franzosen von Vergeltungsmaßnahmen abgeraten, als die Deutschen im März 1935 die Wehrpflicht wiedereinführten. Chamberlain gestand Kennedy, die Polen seien unvernünftig, nicht die Deutschen. Kennedy schrieb in diesem Sinne an Roosevelt: „Offen gestanden, macht er sich mehr Sorgen, die Polen zur Vernunft zu bringen, als die Deutschen.“ Unter diesen Umständen war es besonders tragisch, daß der britische Premier jeden Versuch ablehnte, auf die Polen einzuwirken.

Halifax weist Hendersons Friedensargumente zurück

Der sowjetische Außenminister Molotow wurde am 30. August morgens vom Botschafter von der Schulenburg unterrichtet, Deutschland habe um einen polnischen Bevollmächtigten ersucht. Es sei beabsichtigt, vernünftige Vorschläge für eine Regelung in Berlin zu erreichen. Die Russen befürchteten, Hitlers letzter diplomatischer Versuch könne gelingen und Krieg zwischen Deutschland und Polen vielleicht doch noch vermieden werden, womit die für die Sowjets äußerst günstigen Aussichten auf eine Expansion nach Westen verlorengingen. Demgemäß entschloß sich Stalin, seine bisher vorgetäuschte Gleichgültigkeit gegenüber der Situation in Polen aufzugeben. Die Nachrichtenagentur Tass, die gesamte russische Presse und der Rundfunk gaben am Nachmittag des 30. August bekannt, die Sowjetunion ziehe ihre Truppen längs der polnischen Grenze zusammen. Das Vorgehen der Russen war ein augenfälliger Versuch, die Deutschen zu einem energischeren Auftreten gegenüber den Polen zu ermuntern. Diese Meldung erfolgte, bevor die Generalmobilmachung der Polen in Moskau bekannt wurde. Die Russen versprachen auch, eine Mission von drei Offizieren der Roten Armee nebst Sekretären am 31. August morgens nach Berlin zu entsenden. Bisher hatten die Deutschen vergeblich auf irgendwelche Andeutungen über das Eintreffen der versprochenen Abordnung gewartet. Trotz der sowjetischen Zusage ist diese Mission in Wirklichkeit nicht mehr vor Ausbruch des Krieges mit Polen in Berlin eingetroffen.

Henderson unternahm am 30. August eine Reihe ergebnisloser Versuche,

Halifax zu überzeugen, daß ein polnischer Bevollmächtigter nach Berlin entsandt werden müsse. Er wies darauf hin, daß ein polnischer Diplomat von Warschau bis Berlin nur $1^1/_2$ Flugstunden brauche. Halifax ging nicht darauf ein, teilte Henderson aber mit, Dahlerus werde noch am Abend von London nach Berlin zurückfliegen. Der hartnäckige Schwede gedenke noch vor 10 Uhr 30 mit Informationen über die britische Antwort auf Hitlers Note vom Tage zuvor in der britischen Botschaft zu erscheinen. Sorgfältig vermied er es, den falschen Eindruck zu erwecken, als könnte diese Botschaft Anlaß zu neuen Hoffnungen bieten.

In seiner Antwort warnte Henderson, die Greueltaten gegen die Deutschen in Polen nähmen rapide zu und bildeten damit den gefährlichsten Faktor in der gegenwärtigen, äußerst prekären Lage. Dann deutete er an, Papst Pius XII. sei bereit, besondere Nuntii zu beauftragen, auf dem Wege über eine neutrale Vermittlung seinerseits etwas zum Schutz der Minderheit zu tun. Halifax ignorierte diese Anregung, teilte jedoch Kennard in Warschau mit, Großbritannien wünsche, Hitler der Greuelaktionen gegen die deutsche Minderheit zu „berauben“, damit er sie nicht als „Vorwand“ zur Gewaltanwendung gegen Polen benutzen könne. Die polnischen Führer sollten dringend dazu angehalten werden, „Disziplin” zu wahren. Das hätte er sich sparen können, denn Kennard war offenbar nicht gewillt, Druck auf Warschau auszuüben, damit die Deutschen besser behandelt würden.

Henderson erkannte ganz richtig, daß Halifax auf seine Warnungen vor den Folgen der an Deutschen verübten polnischen Untaten überhaupt nicht einging. Der britische Botschafter entschloß sich deshalb, wenn auch ohne Erfolg, Halifax ein sorgfältig durchdachtes Argument vorzulegen. Er führte an, Hitlers Macht wachse in dem Maße, in dem die übrige Welt ihre Bereitschaft zeige, die an den Deutschen

verübten Ungerechtigkeiten zu dulden und zu ignorieren. Halifax möge sich klarmachen, daß Hitlers Stellung in Deutschland nur noch stärker werde, weil nichts zum Schutz der Deutschen in Polen geschehe. Es würde doch den Interessen Großbritanniens dienen, energisch zugunsten der Minorität einzugreifen und die Regelung der Korridorfrage und Danzigs Rückkehr zu Deutschland zu fördern. Henderson argwöhnte, daß Halifax mit dem Vorschlag Roosevelts, „die Wehrmacht und das deutsche Volk dazu zu bringen, gegen die unerträgliche Herrschaft des Herrn Hitler zu revoltieren“, sympathisiere. Er mahnte Halifax, die ideologische Kriegführung gegen Hitler werde stets wirkungslos bleiben, wenn Großbritannien sich nicht endlich entschließe, für faire und vernünftige Zustände zugunsten des deutschen Volkes demonstrativ einzutreten.

Henderson versprach sich einige Wirkung auf Halifax, wenn er beteuerte, daß er keine Animosität gegen Polen hege. Er versuchte deshalb, die Unnach-

giebigkeit der Polen zu entschuldigen, die sie seit ihrem ersten Ultimatum an die Tschechen 1938 reichlich bewiesen hatten. Der Botschafter wies darauf hin, die Polen hätten die deutschen Vorschläge im März 1939 vielleicht darum verworfen, weil sie von dem deutschfreundlichen Kurs der Slowakei oder dem deutschen Erfolg in Memel zu stark alarmiert worden seien, als daß sie den wahren Wert des deutschen Angebots hätten erkennen können. Damit hoffte Henderson von der möglichen Anschuldigung entlastet zu sein, eine einseitige Auffassung zu vertreten oder es an Sympathie für die Polen fehlen zu lassen.

Seine verschiedenen Argumente blieben jedoch ohne Wirkung, weil Halifax sich nicht für Hendersons Haltung gegenüber den Polen interessierte und ihm der Gedanke, seine Kampagne gegen Deutschland auf eine rein ideologische Kriegführung zu beschränken, ausgesprochen widerwärtig war. Halifax wollte Hitler in Mißkredit bringen und ihn zwingen, deutsches Blut in einem unheilvollen Krieg zu vergießen, der in der Niederlage und Zerstörung Deutschlands enden sollte. Nach Halifax' Ansicht war die einzig wirksame Methode zur Bekämpfung Hitlers, so viele Deutsche wie möglich zu töten. Mit geschickter Propaganda hatte er die Mehrzahl seiner Landsleute zu der gleichen Meinung bekehrt.

Frankreich für friedlichen Ausgleich

Ganz anders standen die Dinge in Frankreich. Am 30. August 1939 zeigte die französische Presse ein wesentlich stärkeres Interesse an der Wahrung des Friedens als am Töten von Deutschen. Marcel Pays wies im L'Excelsior darauf hin, für ein Abkommen zwischen Deutschland und Polen bestünden gute Aussichten, wenn man die Briten dazu bewegen könne, die Zustimmung der Polen zu Verhandlungen zu gewinnen. Im Petit Parisien beklagte sich Lucien Bourgues, die Frage Krieg oder Frieden sei darum unentschieden, weil die Briten nicht nachhaltig genug auf einen friedlichen Ausgleich drängten. Le Jour und L'Echo de Paris betonten übereinstimmend, man dürfe keine Friedenschance ungenutzt lassen, keine ausgestreckte Hand dürfe zurückgewiesen werden und kein Versuch gemacht, Deutschland zu demütigen. Yves Morvan berichtete in Le Journal aus London, Hitler sei in seinen kürzlichen Gesprächen mit dem britischen und französischen Botschafter in Berlin maßvoll und vernünftig gewesen. Le Figaro schrieb mit Nachdruck, Hitlers Zögern während der letzten sechs Tage sei wohl eher ein „Beispiel für Vernunft“

als reine „Vorsicht, Furcht oder Schwäche”. Edith Bricon beklagte in La Republique den in England und Polen verbreiteten Kriegsfatalismus und bestand darauf, man müsse es jedem Beteiligten noch einmal eindrücklich klarmachen, daß es immer noch Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der deutsch-polnischen Frage gebe. In dem Blatt La Justice hielt Rene Gounin seinen Lesern vor, Frankreich sei nach

wie vor bereit, mit Deutschland zu verhandeln. Selbst Genevieve Tabouis, die in vielen früheren Krisen der Unnachgiebigkeit oder gar dem Krieg das Wort geredet hatte, sagte voraus, Mussolini werde die gegenwärtige Krise beheben und in letzter Minute einen erfolgversprechenden Konferenzplan vorlegen.

Außenminister Bonnet war bestürzt, als er erfuhr, daß Polen trotz seiner Bemühungen, es zur Zurückhaltung zu veranlassen, die Generalmobilmachung befohlen hatte. Energisch blieb er dabei, die Polen müßten einen Vertreter nach Berlin senden. Dann ersuchte er Halifax, einen Entspannungsplan in Erwägung zu ziehen, nach dem die beiderseits der Grenze in Stellung gegangenen deutschen und polnischen Truppen zurückgezogen werden sollten. Es gelang ihm jedoch nicht, Halifax’ Unterstützung für diesen Vorschlag zu gewinnen. Darüber hinaus mußte er feststellen, daß seine verschiedenen Maßnahmen, auf die Polen einzuwirken, ohne die britische Hilfe wirkungslos blieben. Der scharfe Gegensatz zwischen seinen eigenen Versuchen zur Besserung der Lage und der nahezu völligen Inaktivität von Halifax ließ sich nicht übersehen.

Der französische Botschafter Coulondre unternahm am 30. August in Berlin einen erneuten Vorstoß, Lipski auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Er legte seinem polnischen Kollegen bis ins kleinste dar, um welche Haaresbreite es Hitler gelungen war, seine militärischen Operationen gegen Polen am 25. und 26. August rückgängig zu machen. Er hielt Lipski vor, daß in Deutschland eine beträchtliche Opposition gegen einen Krieg mit Frankreich und England vorhanden sei und es nur eines geringen Maßes an Versöhnlichkeit von polnischer Seite bedürfe, um diese Stimmung auszunutzen und den Krieg zu vermeiden. Dann machte er dem Polen klar, die Situation könne immer noch gerettet werden, wenn Lipski in seiner Eigenschaft als Botschafter darum ersuchen würde, die deutschen Vorschläge nach Warschau übermitteln zu dürfen. Zwar gab Coulondre zu, die Deutschen bestünden auf einem Sonderbotschafter, doch machte er geltend, die innerdeutsche Kriegsgegnerschaft sei so stark, daß Hitler unter Umständen sehr wohl das Nächstliegende tun und die Vorschläge Lipski aushändigen würde. Außerdem gebe es keine Hoffnung mehr, wenn auf Hitlers Angebot hin nicht irgend etwas von polnischer Seite geschehe. Die in Berlin akkreditierten Diplomaten waren sich über die äußerst starke Opposition Deutschlands gegen den Krieg durchaus einig. Der amerikanische Geschäftsträger Kirk behauptete am nächsten Tag um 1 Uhr mittags in einem Bericht an Roosevelt ganz offen, das deutsche Volk stehe wie das amerikanische dem Krieg ablehnend gegenüber.

Die ungünstige britische Note vom 30. August

Halifax übersandte Henderson am 30. August um 6 Uhr 50 abends schick-

salsschwere Anweisungen, die praktisch die letzte Chance zur Vermeidung eines deutsch-polnischen Krieges zunichte machten. Diese Instruktionen enthielten Englands Antwort auf die deutsche Note vom 29. August. Kategorisch wiesen die britischen Führer Hitlers Vorschlag zurück, den Polen anzuempfehlen, einen Vertreter für direkte deutschpolnische Verhandlungen nach Berlin zu entsenden. Halifax, der Warschau in dieser bedeutsamen Angelegenheit nicht konsultiert hatte, verurteilte den deutschen Vorschlag, „der gänzlich unvernünftig ist”. Henderson hatte die unerfreuliche Aufgabe, Hitler zu mitternächtlicher Stunde mitzuteilen, daß Großbritannien es rundheraus ablehne, der polnischen Regierung zum Eingehen auf den deutschen Plan zu raten. Lipski erinnerte sich später, daß die polnischen Diplomaten aus dieser britischen Entscheidung den richtigen Schluß gezogen hatten, daß Kennard in Warschau eine weitaus einflußreichere Position im Rahmen der britischen Politik innehatte als Henderson in Berlin.

Halifax wies Kennard in nichtssagenden Worten an, die Polen müßten ermuntert werden, eventuelle Verhandlungen mit den Deutschen in Betracht zu ziehen. Ausdrücklich informierte er seinen Botschafter, England werde niemals an Beck herantreten, ernstgemeinte Vorschläge für ein Abkommen mit den Deutschen zu formulieren. Zehn Tage zuvor hatten die Briten von den Polen unter Druck verlangt, das Eindringen sowjetischer Truppen in Polen hinzunehmen. Jetzt aber weigerten sie sich, auf Polen den nötigen Druck auszuüben, direkte Verhandlungen mit Deutschland wiederaufzunehmen. Das erscheint als besonders grotesk, wenn man bedenkt, daß die Polen die Sowjetunion als ihren Hauptfeind betrachteten und Halifax als Erster den Deutschen versichert hatte, Polen sei bereit, diese Verhandlungen wiederaufzunehmen.

Göring hatte Dahlerus am 30. August nach London geschickt, um dort Hitlers Antwort vom 29. August sorgfältig Punkt für Punkt auseinanderzusetzen. Der deutsche Marschall hatte nach dem ersten Schock über das höchst unbefriedigende Telefongespräch um drei Uhr mit London schon im voraus weitere Informationen erhalten, nach denen die Antwort der Briten am 30. August ungünstig ausfallen würde. Am frühen Abend des 30. August berichtete Dahlerus nach einem Gespräch mit den britischen Führern über die Lage: „Die britische Regierung ist nunmehr unverkennbar höchst mißtrauisch geworden und neigt ziemlich stark zu der Annahme, daß, was sie auch immer unternehmen würde, Hitler jetzt nichts mehr davon abhalten könnte, Polen den Krieg zu erklären." Ihr Mißtrauen war nur schwer verständlich, denn es waren ihr von Henderson und Dahlerus eine ununterbrochene Reihe von ermunternden Feststellungen zu Hitlers Haltung zugegangen. Aus der deutschen Note vom 29. August war klar und deutlich zu entnehmen, daß Hitler einen friedlichen Ausgleich mit Polen einem Krieg vorzog. Mit diesem Dahlerus

729

730

gegenüber vertretenen Standpunkt behaupteten die britischen Führer, sie müßten nun die Hände in den Schoß legen und könnten nichts tun. Das war nicht die schwächste Rechtfertigung ihrer Haltung. Sie gewannen ihre Tatkraft sehr schnell zurück, als es darum ging, den örtlich begrenzten, deutsch-polnischen Krieg zu einem europäischen auszuweiten. Es sah fast so aus, als habe sich die diplomatische Tätigkeit Englands im Jahre 1939 ausschließlich damit befaßt, den Krieg vorzubereiten und zu

fördern, und daß sie sofort aufhörte zu funktionieren, als sie vor der Aufgabe stand, den Frieden zu schützen.

Bevor Halifax seine alle Hoffnung zunichte machenden Instruktionen am 30. August um 6 Uhr 50 abends an Henderson absandte, hatte er noch einen Alternativ-Vorschlag erwogen, dann jedoch verworfen. Es handelte sich um einen Rat an die Deutschen, ihre Vorschläge der deutschen Botschaft in Warschau zu übermitteln, damit diese sich dort um entsprechenden Kontakt zwecks Aufnahmeverhandlungen bemühen konnte. Doch kam er zu dem Schluß, daß dieser Vorschlag ein allzu großes Zugeständnis an die Deutschen sein würde. Und so wies er Henderson lediglich an, Hitler mitzuteilen, Warschau übe Zurückhaltung und Polen verhalte sich ruhig. Henderson wußte nur zu gut, daß diese Behauptung unzutreffenden Berichten von Kennard entstammte und nicht zuverlässigen neutralen Quellen, doch es war seine Pflicht, sie Hitler als die offizielle Stellungnahme Seiner Britischen Majestät Regierung vorzutragen.

Halifax gab vor, zu befürchten, Hitlers kürzliche Vorschläge für eine englisch-deutsche Verständigung würden England unerwünschte Rückschläge einbringen. Er kabelte Henderson, ein englisch-deutsches Bündnis sei kein brauchbares Thema für die politische Praxis. Deshalb riet er ihm dringend ab, es auch nur als in weiter Ferne liegende Möglichkeit zu erwähnen. Ihm war die frühere Äußerung Hendersons gegenüber Hitler in Erinnerung, daß man Geduld haben müsse, um Großbritannien für ein Bündnis zu gewinnen, und so mußte er damit rechnen, daß seine letzten Instruktionen, in denen die entfernte Möglichkeit eines solchen Bündnisses geleugnet wurde, den britischen Botschafter erheblich enttäuschen würden. Halifax erklärte dazu, der Hinweis auf ein mögliches Bündnis könne unter Umständen „den denkbar ungünstigsten Eindruck in den

Vereinigten Staaten und bei allen befreundeten Staaten entstehen lassen“. Ganz offensichtlich betrachtete Halifax Deutschland nicht mehr als eines der freundschaftlich gesinnten Länder, obwohl er wußte, daß zwischen Deutschland und Polen kein Krieg war und Hitler sich um eine Verständigung mit England bemühte. Er informierte Henderson lediglich, die Briten seien grundsätzlich bereit, gewöhnliche Verträge mit Deutschland abzuschließen und dieses bleibe der Standpunkt der britischen Regierung, solange es keinen englisch-deutschen Krieg gebe.

In diesen Tagen war die britische Botschaft in Berlin von Deutschen aller

730

731

Stände und Richtungen überlaufen. Man überhäufte Henderson mit Versicherungen, das deutsche Volk wünsche keinen Krieg. Man bedeutete ihm, in Wehrmachtskreisen herrschten Sorge und Verwirrung über die Aussicht auf einen allgemeinen Krieg. Wieder andere versicherten ihm, sie würden, einerlei, was aus der gegenwärtigen Stellungnahme Englands sich ergebe, auch weiterhin mit Großbritannien sympathisieren. Alle diese Menschen ahnten nicht, daß der Mann, vor dem sie ihre Besorgnis zum Ausdruck brachten, nicht den geringsten Einfluß mehr auf die britische Politik hatte. Henderson wäre ihnen bei einer Verständigung mit Deutschland behilflich gewesen, wenn er es vermocht hätte, doch war es ihm seit einigen Tagen klar geworden, daß er machtlos war.

Keiner, der sich in der Lage des britischen Botschafters befand, hätte getadelt zu werden verdient, wenn er von weiteren Bemühungen, den Krieg zu verhindern, absah.

Henderson jedoch ließ nicht einen Augenblick locker und versuchte es immer wieder. Diese Tatsache in Verbindung mit einem unbestreitbaren Patriotismus und der Entschlossenheit, für sein Land durch dick und dünn zu gehen, und zwar ohne Rücksicht auf die unbeschreiblichen Fehler der britischen Führung, machte seine Mission in Berlin zu einem klassischen Beispiel männlichen Mutes. Er versuchte es mit jeder nur denkbaren Taktik, Chamberlain dazu zu bewegen, seine eigenen Ansichten zu äußern und ihn als den britischen Premierminister zu ermutigen, die Führung im Foreign Office wieder zu übernehmen, ehe es zu spät sei. Ganz besonders bemühte er sich, die britischen Führer davon zu überzeugen, daß er Hitler gegenüber immer fest geblieben sei, und erinnerte daran, daß er Hitler in der Unterredung am 28. August mit Argumenten und Antworten bombardiert habe, was sich offensichtlich für Großbritannien als sehr vorteilhaft erwiesen habe.

Halifax indessen empfahl Chamberlain unentwegt, die Klagen Hendersons und anderer über die Haltung und die Maßnahmen Polens zu ignorieren. Am 30. August erhielt er ein höchst willkommenes Schreiben vom Grafen Raczynski. In diesem Schreiben schwur die polnische Regierung feierlich, in Polen finde keine Verfolgung der deutschen Minorität statt. Der amerikanische Journalist W. L. White hat sich später erinnert, unter gut unterrichteten Persönlichkeiten habe zu dieser Zeit kein Zweifel bestanden, daß täglich entsetzliche Greuel an den Deutschen in Polen verübt wurden. Der Schwur Raczynskis hatte ungefähr so viel Wert wie die in der sowjetischen Verfassung von 1936 verbürgten bürgerlichen Freiheiten.

Es war sehr geschickt von Halifax, zu behaupten, weitere vertrauliche englisch-deutsche Gespräche würden Roosevelt mißfallen. Chamberlain war einmal sehr scharf kritisiert worden, weil er im Januar 1938 einen undurchführbaren

Vorschlag Roosevelts ablehnend beantwortet hatte, eine riesengroße

731

732

Diplomatenkonferenz einzuberufen, auf der es nicht nur mißlungen wäre, die USA für das imperialistische Programm Englands zu gewinnen, sondern die auch Chamberlains Bemühungen, den Einfluß Englands in Italien zu steigern, schädlich gewesen wäre. Lord Lothian hatte die Nachfolge Sir Ronald Lindsays als britischer Botschafter in Washington angetreten. Lothian trat, wie Henderson in Berlin, für eine friedliche Verständigung mit Deutschland ein, doch als disziplinierter Diplomat hatte er seine persönlichen Ansichten der Kriegspolitik von Halifax untergeordnet. Ihm als neuem Botschafter war es vergönnt, sich hinter den Kulissen der amerikanischen Politik sehr viel aktiver zu betätigen als jeder frühere britische Diplomat. Lothian bestätigte Lindsays Urteil, daß es in Roosevelts Einstellung „nichts Neutrales" gebe. Amerikas Präsident hatte mit allem Nachdruck betont, „die ernsteste Gefahr vom Standpunkt der öffentlichen Meinung Amerikas aus sei es, wenn sie zu dem Schluß käme, Herr Hitler ziehe die britische Regierung in Verhandlungen hinein, die zu einem Druck auf Polen durch England und Frankreich führten, damit dieses lebenswichtige Interessen aufgebe". Auch Lothian war es klar, daß Roosevelt Krieg in Europa wünschte.

Der amerikanische Präsident erkannte, daß eine diplomatische Regelung der Krise in Europa seinen Plänen für eine militärische Aggression in Europa ein Ende bereiten würde. Lord Lothian versicherte Halifax, Roosevelts Parteigängertum gehe bis in kleinste Einzelheiten. So beabsichtigte er beispielsweise, die kriegführenden Parteien

bei Ausbruch des erwarteten Krieges dringend aufzufordern, keine Bomben auf die Zivilbevölkerung zu werfen, weil er auf diese Weise Warschau, eine der verbündeten Hauptstädte, schützen zu können hoffe. Ebenso wußte Lothian, daß Roosevelt dem späteren Bemühen Englands, die deutsche Zivilbevölkerung mittels massierter Bombenangriffe umzubringen, niemals Einwände entgegensetzen würde. Roosevelt hatte Lothian anvertraut, im Augenblick sei es sein wichtigstes Ziel, nach dem Ausbruch des Krieges das amerikanische Neutralitätsgesetz zu umgehen. Auch hatte er vor, den Kampf im Kongreß wiederaufzunehmen, um das gesetzlich verankerte Embargo für Kriegsmaterial aufheben zu können. Er versprach, vom Beginn der Feindseligkeiten an zu bestreiten, daß Aluminiumbleche für Flugzeuge „Flugzeugteile" seien oder daß Bremsklötze für Flugzeugmotoren irgend etwas mit Flugzeugen zu tun hätten.

Lothian bestätigte den Bericht seines Vorgängers, daß Roosevelt über die Aussicht auf einen neuen Weltkrieg hocherfreut war. Halifax hatte sich Roosevelts Kriegsleidenschaft zunutzegemacht und erkünstelte Argumente ins Feld geführt, um die Türe zu weiteren Verhandlungen mit Hitler zuzuschlagen. In Wirklichkeit bestand kein Anlaß zu der Befürchtung, daß Präsident Roosevelt in der Lage wäre, England im Fall einer ausgehandelten Regelung in Europa

Schwierigkeiten zu machen. Die aggressive Außenpolitik des Präsidenten wurde weder vom Kongreß noch von der öffentlichen Meinung gestützt. Außerdem ging, entsprechend der von George Washington und Thomas

Jefferson begründeten und geheiligten Tradition, seine Amtsperiode endgültig dem Ende zu. Infolgedessen bedurfte es offensichtlich einer anhaltenden und schwerwiegenden Krise größten Ausmaßes in Übersee, um sich für weitere Amtsperioden wieder wählen zu lassen. Diesem Bedürfnis konnte am besten mit einem neuen Vernichtungskrieg in Europa, auch wenn er noch so tragisch und sinnwidrig war, entsprochen werden. Es hätte der britischen Regierung keine Mühe gemacht, die Beziehungen zu einem versöhnlicheren Nachfolger zu verbessern, hätte der Krieg abgewendet werden können und wären für Roosevelt die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1940 verlorengegangen.

Handelsrivalität keine Kriegsursache

Halifax hoffte, die britische Antwort vom 30. August 1939 an Deutschland werde den Gesprächen über ein englisch-deutsches Abkommen und eine diplomatische Schlichtung des polnischen Streitfalls ein Ende bereiten können. Er war sichtlich bestrebt, die Tür zuzuschlagen; machte doch nach seiner Ansicht die Kräfteausgleichspolitik die Vernichtung Deutschlands erforderlich. Die Zielsetzung wurde nicht, wie 1914, von der zusätzlichen Erwägung gestört, daß die Ausweitung des deutschen Handels eine Bedrohung der britischen Wirtschaft darstelle, obwohl die Briten ganz ohne Zweifel befürchteten, das Beispiel der erfolgreichen Sozial- und Wirtschaftspolitik in Deutschland werde Unzufriedenheit unter ihren eigenen rückständigen Völkermassen verbreiten. Es war die gleiche Sorge wie vorher über die Auswirkung des amerikanischen Lebensstandards auf die britischen Massen. Die innenpolitischen Leistungen Deutschlands wurden erzielt, obwohl der deutsche Außenhandel 1938 und 1939 bedenklich abgenommen hatte.

Deutschlands Handel mit Italien ging 1938 infolge eines wohlüberlegten Versuchs der italienischen Regierung, den

Import von Deutschland einzuschränken, erheblich zurück. Die deutschen Exporte nach Italien lagen um 35 Millionen Reichsmark niedriger als erwartet, obwohl 32.000 Landarbeiter und 20.000 Fabrikarbeiter aus Italien während dieser Zeit in Deutschland beschäftigt waren. Die Ausfuhr Österreichs und Deutschlands zusammen nach Ungarn betrug 1938 20 Millionen Reichsmark weniger als 1937. In den Jahren 1938 und 1939 gelang es Deutschland nicht, das Handelsvolumen mit Spanien zu erreichen, das es vor dem spanischen Bürgerkrieg im Jahre 1936 aufzuweisen hatte. Einen rapiden Abstieg zeigte der Handel mit Großbritannien und Indien 1938 und Anfang 1939. Eine ungünstige Handelsbilanz und jährliche deutsche Zahlungen auf öffentliche und private Anleihen aus der Weimarer

733

734

Zeit erschwerte den Handelsverkehr mit den USA, obwohl die Zinszahlungen für die Dawes-Anleihe von 7% auf 5%, für die Young-Anleihe von 5,5% auf 4,5% gesenkt worden waren. Die Gesamtausfuhr nach den USA betrug 1938 nur 150 Millionen Reichsmark, während der Handel mit Südamerika im gleichen Jahr um 4% abnahm. Der Warenverkehr mit der Schweiz, einem Staat mit vier Millionen Einwohnern, war größer als der mit ganz Amerika, doch verringerte er sich 1938 ebenfalls. Die Ausfuhr deutscher Kohle nach Frankreich ging 1938 stark zurück, obwohl Deutschland weiterhin die gleiche Menge französischen Eisenerzes einführte, trotz der Belastung der deutschen Devisenreserve. Deutschlands Handel mit Belgien war doppelt so groß wie mit Frankreich, doch verringerte sich das Handelsvolumen mit Belgien gegen Ende 1938. Nach Holland ging 1938 etwa 8,3% der deutschen Gesamtausfuhr, bis der holländische

Protektionismus gegen Ende des Jahres auch hier zu sinkenden Zahlen führte.

Großbritannien war der Haupthandelspartner von Dänemark und Norwegen, während Deutschlands Anteil am Handel mit Skandinavien leicht zurückging. In Finnland, wo die Briten ebenfalls an erster Stelle standen, konnten die Deutschen etwas an Boden gewinnen, doch in Schweden standen sie unter dem wachsenden Wettbewerbsdruck der Engländer und Amerikaner. In der Türkei und in Persien konnten sich die Deutschen 1938 auf der bisherigen Höhe halten, doch ging der Handel mit Japan zurück. Im Vergleich zu 1937 sank der deutsche Gesamthandel 1938 um 10%, Allerdings zeigte der Welthandel insgesamt einen beträchtlichen Abstieg in dieser Zeit, was in erster Linie auf den Rückgang von Handel und Produktion Amerikas nach der Rezession 1937 zurückzuführen war; aber der britische Handel nahm auf Kosten Deutschlands in den Weltmärkten bedeutend zu. Angesichts der zunehmenden Ausweitung des reichen innerdeutschen Marktes während der gleichen Zeit machten sich die deutschen Wirtschaftler keine ernstlichen Sorgen. Dennoch konnten die Briten unmöglich mit einiger Aufrichtigkeit behaupten, die deutsche Handelskonkurrenz vertreibe sie von den Weltmärkten.

Deutschlands Handelsdefizit mit Italien und Ungarn nahm 1939 noch zu. Der Warenverkehr mit dem Balkan blieb ziemlich unverändert, obwohl der deutsch-rumänische Handelsverkehr nach dem Abschluß des Handelsabkommens vom März 1939 eine Zunahme zu verzeichnen hatte. Das rührte teilweise daher, daß Deutschland von Rumänien Weizen über dem Weltmarktpreis kaufte. Nach dem 23. April 1939 unterlag die deutsche Ausfuhr nach den USA einem neuen Zwangstarif von 25%, weil sie subventioniert wurde, was erforderlich war, um frühere Zwangszölle auszugleichen.

Der britische und amerikanische Wettbewerb gegen Deutschland in Südamerika war besonders erfolgreich, so daß der deutsche Handel in jenem Gebiet während der ersten

734

735

Monate 1939 noch um weitere 30% abnahm. Der Versuch, mit Großbritannien und Frankreich verbesserte Handelsabkommen zu erzielen, wurde im März 1939 von beiden Ländern zurückgewiesen. Die Ausfuhr nach Frankreich hatte sich bis zum 1. April 1939 um 32% des Volumens von 1938 verringert; diese Tendenz hielt an trotz der dortigen Wirtschaftskonjunktur, die im November 1938 ihren Anfang genommen hatte. Die holländische Regierung erhöhte am 1. März 1939 ihre Einfuhrzölle auf deutsche Waren um mehr als 50%. Das Handelsvolumen mit Skandinavien hielt sich 1939 etwa auf gleicher Höhe, wobei es für Schweden leicht anstieg und für Finnland abnahm. In dieser ganzen Zeit steigerte sich die Einfuhr aus Polen, während sich die Ausfuhr nach dort verringerte. Auch der Handel mit Ägypten verminderte sich erheblich, desgleichen war ein stetiger Rückgang bei Japan zu verzeichnen.

Am 15. April 1939 gaben die Polen bekannt, es werde polnischen Landarbeitern nicht gestattet, zur Ernte nach Deutschland zu gehen, obwohl 1938 noch 70.000 polnische Wanderarbeiter bei der Zuckerrübenund Kartoffelernte Verwendung fanden. Der ständige Rückgang des deutschen Außenhandels brachte die deutschen Wirtschaftsexperten zu der Erkenntnis, daß es notwendig sei, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe zu drosseln. Siewaren darüber nicht sonderlich beunruhigt, da die Ausschöpfung bisher noch nicht genützter natürlicher Hilfsquellen in Deutschland und

der Bau deutscher Fabrikationsanlagen für Ersatzstoffe es ermöglichten, einen großen Teil des Rohstoffbedarfs im eigenen Lande zu beschaffen, der vorher aus dem Ausland gedeckt werden mußte. Die Hauptsorge der Deutschen war der Mangel an Arbeitskräften. Für 1939 hatten sie geplant, die Zuckerausfuhr zu erweitern, doch vereitelte der steigende Inlandsbedarf diese Absicht.

Deutsche Wirtschaftsexperten konnten verfolgen, wie der britische Anteil am Gesamtwelthandel 1939 ständig wuchs. Klar erkannten sie, daß der britische Groll gegen eine englisch-deutsche Konkurrenz 1938 und 1939 jeder Grundlage entbehrte. Schon vor dem März 1939 brachten sie in London deutlich zum Ausdruck, daß Deutschland bereit war, Kompromißabmachungen über Devisenfragen und internationale Finanzpraktiken zu erörtern. Im Jahre 1939 war es im krassen Gegensatz zu 1914 absolut klar, daß wirtschaftliche Faktoren tatsächlich nicht die entscheidende Ursache für die britische Feindschaft gegenüber Deutschland waren.

Die vorfühlenden Marienwerder-Vorschläge

Hitler setzte große Hoffnungen in die Nachricht, daß die britische Regierung vorhabe, auf seine Note vom Vortage noch bis Mitternacht des 30. August zu antworten. Zwar hatte er der deutschen Wehrmachtsführung den Befehl gegeben, für die Morgenfrühe des 31. August zu einem möglichen Vorgehen

735

736

gegen Polen in Bereitschaft zu sein, doch lehnte er es ab, einen neuen Befehl für sofortige Operationen gegen Polen zu geben. Am Abend des 30. August setzte er Generaloberst

Walther von Brauchitsch und Generaloberst Keitel in der neuen Reichskanzlei auseinander, er werde Operationen gegen die Polen unter keinen Umständen vor dem 1. September zulassen, dem endgültigen, für die „Operation Weiß“ vorgesehenen Termin. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß man einen polnischen Bevollmächtigten nach Berlin senden werde und es dann überhaupt nicht notwendig sei, Krieg mit den Polen zu führen.

Henderson wurde von Ribbentrop um Mitternacht des gleichen Tages empfangen. Die verhängnisvolle britische Note, die Ribbentrop sofort las, begann folgendermaßen: „Seiner Majestät Regierung wiederholt, daß sie den Wunsch der deutschen Regierung nach besseren Beziehungen teilt, doch muß anerkannt werden, daß sie, um diese Verbesserung zu erzielen, nicht die Interessen anderer Freunde opfern kann.” Aus der britischen Note war nicht das geringste Interesse zu spüren, die Polen zum Verhandeln mit Deutschland zu bewegen. Der deutsche Außenminister las die Antwort Englands mit Bestürzung. Dann teilte er Henderson mit, die deutsche Regierung habe Vorschläge für eine diplomatische Regelung mit Polen ausgearbeitet, doch ohne die Gegenwart eines polnischen Abgesandten in Berlin fehle den Vorschlägen jede Grundlage. Deutschland habe weder von Großbritannien noch von Polen etwas gehört, daß Warschau zu verhandeln gedenke, obwohl Hitler die Polen ersucht habe, am 30. August einen Bevollmächtigten nach Berlin zu senden. Ribbentrop betonte nochmals ausdrücklich, daß es sich bei diesem Vorschlag um kein Ultimatum gehandelt habe. Die Dringlichkeit sei von den herrschenden Umständen diktiert worden.

Dann begann der deutsche Außenminister langsam und deutlich die sechzehn Punkte der deutschen Vorschläge an Polen zu verlesen und jeden einzelnen ausführlich zu erklären. Die während des Krieges entstandene Version, daß

die Vorschläge undeutlich und außerordentlich schnell verlesen worden seien, entspricht nicht den Tatsachen und wurde nach 1945 als Propagandalüge entlarvt. Folgende Feststellung der Witwe Ribbentrops aus dem Jahre 1963 gibt eine angemessene Darstellung der Rolle, die der deutsche Außenminister in dieser Begegnung mit Henderson spielte: „Ribbentrop hatte also Henderson erneut den Ball zugeworfen, um trotz aller britischen Widerstände die deutsch-polnischen Verhandlungen in Gang zu bringen.” Die deutschen Punkte waren verständlich und sehr sorgfältig formuliert. Sie verlangten die Rückkehr Danzigs zum Reich auf der Grundlage der Selbstbestimmung und die Durchführung eines Volksentscheids im Korridor nördlich einer Linie, die von Marienwerder nach Westen bis Schönlanke in Pommern verläuft. Die Volksabstimmung in diesem Gebiet sollte zwölf Monate nach einem erhofften Abkommen mit

736

737

Polen erfolgen. Optionsberechtigt sollten alle Deutschen, Kaschuben und Polen sein, die in dem Gebiet am 1. Januar 1918 bereits wohnhaft oder vor diesem Zeitpunkt dort geboren waren. Die Vorschläge trugen ihren Namen nach dem Ort Marienwerder, dem östlichen Endpunkt der vorgeschlagenen Volksabstimmungsgrenze.

Die Kaschuben, ein westslawischer Volksstamm, betrachteten sich mit Stolz als unabhängig von Polen. Sie bildeten die Reste der alten slawischen Stämme, die in den Jahrhunderten nach der Westwanderung früher Germanenstämme das Land zwischen den Polen und der Ostsee bevölkert hatten. In der Hauptsache waren es Bauern, die sich in sechsundsiebzig kleine Dialektgruppen

aufgespalten hatten. In den Jahren der polnischen Herrschaft pflegten sie zu sagen, daß selbst der Regen in den Tagen der Deutschen besser gewesen sei, was wohl ein beredtes Zeugnis für ihre Eigenwilligkeit ist. An Zahl waren die Kaschuben 1918 in dem vorgesehenen Volksabstimmungsgebiet sehr viel geringer als die Deutschen oder die Polen, doch konnte man damit rechnen, daß sie den Stimmenanteil der Deutschen in jedem Volksentscheid beträchtlich erhöhen würden.

Während des Intervalls von zwölf Monaten sollte das Volksabstimmungsgebiet von russischen, britischen, französischen und italienischen Truppen besetzt werden. Verloren die Deutschen die Volksabstimmung, was durch einfache Mehrheit entschieden werden sollte, dann sollte ihnen eine exterritoriale Verbindungsstraße nach Ostpreußen entsprechend ihrem Vorschlag von Oktober 1938 zugestanden werden, das hieß ein exterritorialer Korridor von 1 km Breite durch den Korridor. Die Durchführung des Volksentscheids würde die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages beseitigen, aufgrund dessen dieses Gebiet damals ohne Volksbefragung an Polen fiel.

Verloren die Polen die Volksabstimmung, dann sollte ihnen eine ähnliche Verbindung nach Gdingen gewährt werden. Die Ausdehnung des Gdinger Hinterlandes würde von einer internationalen Kommission bestimmt und dann als unantastbares polnisches Territorium vom Volksabstimmungsgebiet ausgeschlossen werden. Die Deutschen verlangten die Entmilitarisierung Danzigs, Gdingens und der Halbinsel Hela, Kriegsschiffe ausgenommen, außerdem ein gegenseitiges deutschpolnisches Abkommen, um die Rechte der jeweiligen Minderheiten zu schützen. Es sollte ein internationales Tribunal gebildet werden, um die Wirksamkeit dieses Planes

zu garantieren, wobei in der Behandlung von Appellationen dieses Gremium rechtlich das letzte Wort haben sollte. Im sechzehnten Punkt wurde vorgeschlagen, Polen und Deutschland sollten zusätzliche Wege prüfen, um die freundschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Das in den deutschen Vorschlägen erwähnte Gebiet umfaßte einschließlich der freien Stadt Danzig und der Volksabstimmungszone nur ein

737

738

Zehntel dessen, was Deutschland im Osten an Polen und den Völkerbund nach dem 1. Weltkrieg abgetreten hatte.

Ribbentrop verlas die Vorschläge vor Henderson in deutscher Sprache, weil der Botschafter einmal darum gebeten hatte, der Reichsaußenminister möchte in ihren Unterredungen lieber deutsch statt englisch sprechen. Der hervorragende deutsche Dolmetscher, Dr. Paul Schmidt, war zugegen, um eventuelle sprachliche Mißverständnisse zu klären. Schmidt war einigermaßen überrascht, als Henderson die Bitte äußerte, ob er eine Zweitschrift der Vorschläge haben könnte, nachdem Ribbentrop mit der Lesung und seinem Kommentar geendet hatte. In Schmidts Augen war es selbstverständlich, daß Henderson den Text ausgehändigt bekam, doch vergaß er dabei, daß die Vorschläge an die Polen gerichtet waren und daß die Briten es ablehnten, eine Verbindung zwischen Deutschland und Polen herzustellen. Es war deshalb durchaus korrekt von Henderson, in aller Form um den Text zu bitten.

Schmidt war noch überraschter, als er Ribbentrop plötzlich in Verlegenheit sah. Dieser erwiderte mit schwachem Lächeln: „Nein, ich kann Ihnen diese Vorschläge nicht

geben.“ Henderson wiederholte seine Bitte und erhielt die gleiche Antwort. Ribbentrop war von Hitler angewiesen worden, Henderson die Vorschläge auszuhändigen, wenn die Briten irgendeinen Hinweis gäben, daß die Polen verhandeln würden, doch war das nicht geschehen. Es handelte sich dabei um einen rein sachlichen Vorgang, aber Ribbentrop wollte Hitler nicht verärgern, indem er seine Instruktionen in diesem entscheidenden Punkt überschritt. Schmidt hoffte, Henderson werde ihn bitten, die Vorschläge in englischer Sprache zu wiederholen, es wäre dann recht einfach gewesen, eine englische Kopie der Bedingungen auszufertigen. Er suchte die Aufmerksamkeit des Botschafters auf sich zu lenken, ohne direkt in das Gespräch einzugreifen. Es war ein heikles Unterfangen, das ihm nicht gelang. Immerhin war er sich darüber klar, daß er als Dolmetscher durch eine Zwischenbemerkung seine Kompetenzen gröblich überschritten hätte. Und Henderson vermochte das subtile Mienenspiel des Dolmetschers nicht zu deuten.

Es war Henderson praktisch unmöglich, alle Punkte des ausführlichen deutschen Planes nach einmaliger Vorlesung mit den Kommentaren in sich aufzunehmen, allerdings nicht, weil ihm die deutsche Sprache nicht genügend geläufig war, sondern weil der Text sehr lang war und das dazugehörige Gespräch sehr erhitzt. Henderson hatte die Frage gestellt, ob Ribbentrop es für möglich halte, daß einige der Gewaltakte gegen die Deutschen in Polen tatsächlich durch Fälle von Spionage oder gar Sabotage seitens der Deutschen verursacht worden seien. Ribbentrop hatte diese unnötigen Spitzfindigkeiten bedauert und tiefernst ausgerufen, die Situation sei „verdammt ernst“. Darauf hatte Henderson sich erkühnt, erregt zu erwidern, solche Sprache zieme sich

nicht für einen Staatsmann, zumal da der Anlaß so ernst sei. Ribbentrop war alles andere als erfreut über diese puritanische Bemerkung. Es war ein tragischer Augenblick, denn beide Diplomaten wünschten aufrichtig eine Lösung und wurden gleichermaßen durch das unerklärliche Nein in der britischen Antwort auf die deutsche Note vom 29. August daran gehindert.

Für einen Augenblick war Schmidt beunruhigt, Ribbentrop könnte die scharfe Zurechtweisung durch den Botschafter mit einem Hinauswurf quittieren. In der langen Zeit seiner Zusammenarbeit mit Ribbentrop hatte Schmidt niemals irgendwelche Grobheiten erlebt und seine momentane Sorge beweist den Grad der Erregtheit, den dieses Gespräch erreicht hatte. Schmidt sah genau, daß Henderson nervöser war, als er ihn je erlebt hatte, und ein deutliches Unbehagen verriet. Es war darum kaum überraschend, daß die Konferenz der beiden Männer ein unbefriedigendes Ende nahm.

Göring war über den Ausgang dieses Gesprächs tief erschrocken und erhielt von Hitler sofort die Genehmigung, Henderson den vollen Wortlaut der Vorschläge zu übermitteln. Dahlerus sprach den Text um 1 Uhr in der Nacht zum 31. August telefonisch langsam an Ogilvie-Forbes in der britischen Botschaft durch. Danach suchte Henderson eilends Lipski auf. Er drängte den polnischen Botschafter, die Reichsregierung um Aushändigung der Vorschläge zu ersuchen, damit er sie nach Warschau weiterreichen könne. Lipski wies aber darauf hin, daß Warschau ihm die Gunst entzogen habe und von Beck keine entsprechenden Instruktionen vorlägen. Er weigerte sich entschieden, aus eigener Initiative zu handeln, was ihn zweifellos in ein

polnisches Konzentrationslager gebracht hätte, sobald er nach Warschau gekommen wäre.

Henderson kabelte Halifax um 9 Uhr 15 morgens am 31. August, er habe von höchst autoritativer Seite die Information erhalten, daß, wenn in den nächsten Stunden nichts geschehe, Deutschland den Polen den Krieg erklären würde. Dieser verzweifelten Warnung folgte ein Telegramm Kennards, in dem er Freude und Genugtuung darüber ausdrückte, daß England sich geweigert habe, Druck auf die Polen auszuüben, und sich auf keine Zusagen an Deutschland eingelassen habe. Beck hatte angekündigt, er wolle sich mit seiner Regierung beraten, um festzustellen, ob es nach ihrer Ansicht überhaupt noch Sinn habe, direkten Verhandlungen mit den Deutschen grundsätzlich zuzustimmen. Angenommen, die Polen hätten es getan, so hätten sie doch nur die Erklärung Moscickis in seiner Antwort an Roosevelt vom 25. August 1939 wiederholt. Die Ereignisse hatten überdeutlich gezeigt, daß diese Erklärung bar jeder tatsächlichen Bedeutung war. Beck ließ Kennard wissen, er sei bereit, der britischen Regierung bis zum 31. August mittags irgendeine Art Erklärung abzugeben. Kennard versicherte Halifax, Beck werde nichts unternehmen, um eine Verständigung mit den Deutschen zu erzielen.

739

740

Dahlerus begleitete Henderson und Ogilvie-Forbes am 31. August um 10 Uhr vormittags zur polnischen Botschaft. Er hatte eine Zweitschrift der deutschen Vorschläge bei sich und las sie Lipski in deutscher Sprache vor. Da er das Gefühl hatte, Lipski habe ihre Bedeutung nicht erfaßt, verließ er den Raum, um den Text der Note einer polnischen

Sekretärin zu diktieren. Mittlerweile rief Henderson Weizsäcker im Auswärtigen Amt an, er sei gerade dabei, dem polnischen Botschafter Verhandlungen mit Deutschland anzuempfehlen, und bezeichnete diesen Vorgang als eine persönliche Demarche in Warschau. Danach setzte er Lipski auseinander, die deutschen Vorschläge böten eine ausgezeichnete Grundlage für einen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen. Es sei demgemäß immer noch möglich, die Lage zu retten, wenn Lipski sich mit der Annahme der Vorschläge einverstanden erkläre.

Der polnische Diplomat war regelrecht verzweifelt. Seit Ribbentrop ihn im März 1939 überzeugt hatte, seine Regierung müsse auf der Basis der Oktobervorschläge verhandeln, war ihm jeder Einfluß in Warschau verlorengegangen. Trotz seines monatelangen Ersuchens hatte er Beck nicht zu bewegen vermocht, ihn aus Berlin abzuberufen. Schließlich schrie er Henderson in höchster Erregung an, er „habe keinen Anlaß, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Komme es zwischen Polen und Deutschland zum Krieg, dann wisse er, der $5^{1}/_{2}$ Jahre in Deutschland gelebt habe, es würde eine Revolution in Deutschland ausbrechen und die Polen würden nach Berlin marschieren“. Traurig schüttelte Henderson den Kopf. Ihm war klar, daß es keinen Sinn hatte, mit dem polnischen Botschafter über die Situation zu reden.

Um 11 Uhr 30 vormittags suchte Attolico Weizsäcker auf, um eine Botschaft Mussolinis an die deutsche Führung zu überbringen. Die italienische Regierung empfahl London am gleichen Morgen, Polen möge guten Willen zeigen und sich mit Danzigs Rückkehr zum Reich einverstanden erklären. Der italienische Führer war der Ansicht, die restlichen Punkte des Problems könnten durch zweiseitige Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland geklärt werden. Mussolini, der über die Situation nicht ausreichend

unterrichtet war, hatte von London den Eindruck gewonnen, Polen habe Verhandlungen zugestimmt. Doch bald erfuhr er von Mackensen, daß die Dinge ganz anders lagen. Die Marienwerder-Vorschläge wurden Mackensen am 31. August um 10 Uhr 53 vormittags nach Rom gesandt, kurz bevor Attolico im Auswärtigen Amt erschien. Mussolini war von dem deutschen Plan einer Regelung sehr beeindruckt und er wies Attolico an, den deutschen Führern nahezulegen, als ein letztes Mittel zur Herstellung des Kontaktes Lipski zu empfangen. Ribbentrop und Attolico erörterten die Botschaft am Nachmittag des gleichen Tages. Der deutsche Außenminister versicherte seinem Gast, den deutschen Führern liege wie am Tag vorher daran, den polnischen Botschafter zu empfangen.

740

741

Kennard teilte Halifax am 31. August nachmittags mit, Beck habe formell seinen Dank für die Entscheidung der Briten geäußert, in keiner Weise auf die deutschen Vorschläge einzugehen. Der französische Außenminister Bonnet fand die dilatorische Taktik der Polen ungerechtfertigt und unverständlich. Energisch verlangte er von Halifax, Großbritannien und Frankreich müßten als gemeinsamen Schritt von den Polen fordern, etwas zu unternehmen, um den Frieden in Europa retten zu helfen. Englands Außenminister hatte kein Verlangen, den europäischen Frieden zu retten. Um so stärker beunruhigte ihn die Haltung der Franzosen. Er rechnete sich aus, daß er zusammen mit den Franzosen ruhig eine Geste gemeinsamen Handelns machen konnte, ohne Gefahr zu laufen, bei den Polen damit eine positive Reaktion auszulösen. So wies er denn Kennard an, zusammen mit Noël die Polen anzuhalten, die Deutschen von ihrer

Bereitschaft zu direkten Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. Kennard und Noël suchten Beck dementsprechend am frühen Nachmittag des 31. August auf und verlangten eine Ermächtigung für Lipski, die deutschen Vorschläge offiziell in Empfang zu nehmen und sie zur Beratung nach Warschau zu überbringen. Kennard stellte erfreut fest, daß Beck ausweichend erwiderte, er sei nicht bereit, auf dieses Verlangen einzugehen.

Kurz vor Mittag hatte Beck tatsächlich Instruktionen an Lipski gesandt, keine Vorschläge in Empfang zu nehmen und sich in keine Verhandlungen mit der Reichsregierung einzulassen. Dieses Telegramm war von Görings Überwachungsbüro abgefangen und sofort dechiffriert worden. Mit einem Blick erkannte Göring, daß die Lage hoffnungslos war, wenn nicht noch irgend etwas zur Umstimmung der Polen getan werden konnte. Er hielt es für richtig, die Briten über das Beck-Telegramm zu informieren, in der Annahme, sie könnten vielleicht darauf eingehen und Druck auf Warschau ausüben. Als er Dahlerus den Wortlaut des polnischen Telegramms zeigte, gab er freiwillig die Tatsache preis, daß Deutschland den polnischen Diplomaten-Code besaß. Der schwedische Ingenieur war über Becks Unnachgiebigkeit bestürzt, gleichzeitig bemerkte er, daß die Deutschen über Becks Mitteilung an Lipski außerordentlich beunruhigt waren.

Hitlers Operationsbefehl zum 1. September

Die deutsche Antwort auf Polens Nein zu Verhandlungen kam rasch und entschieden. Hitler blieb trotz vieler Sorgen um die Zukunft keine andere Wahl. Er hatte angeboten, mit den Polen trotz monatelanger Provozierungen und barbarischer Verfolgung der Volksdeutschen in Polen über eine maßvolle Regelung zu verhandeln. Ganz unbestreitbar hatte er Polen „auch die linke Wange dargeboten“. Die

Weigerung Polens, mit Deutschland unter keiner Bedingung über eine Regelung zu sprechen, war die gröbste Zumutung, die man

741

742

sich vorstellen konnte. Das Verhandlungsangebot war in Wirklichkeit ein Waffenstillstandsangebot, denn seit vielen Monaten hatte kein Frieden zwischen den beiden Ländern geherrscht. Hitler hatte bis zum letztmöglichen Augenblick gewartet, ohne den fristgebundenen deutschen Operationsplan aufs Spiel zu setzen. Trotzdem hatte er seinen Generälen erklärt, er werde auch weiterhin warten für den Fall, daß die Polen doch noch irgendein günstiges Zeichen geben würden. Doch hatte es keinen Sinn mehr, den Operationsplan zu opfern, als sich eine ausgehandelte Regelung ganz offensichtlich als unmöglich herausstellte, ohne daß man zu militärischen Sanktionen griff, um die Polen im Zaum zu halten.

Hitler wollte keinen Krieg mit Polen, doch konnte ein Staat allein unmöglich den Frieden durch eigene einseitige Anstrengungen erhalten. Er erließ den endgültigen Befehl zum Angriff am 31. August mittags um 12 Uhr 40. Die Operationen konnten verständlicherweise nach 9 Uhr 30 abends am gleichen Tag nicht nochmals zum Halten gebracht werden, denn der Beginn der Kampfhandlungen war für den 1. September im Morgengrauen angesetzt. Hitler leitete seinen Befehl mit folgender Erklärung ein: „Jetzt, da sich alle politischen Möglichkeiten erschöpft haben, mit friedlichen Mitteln einer Lage an der östlichen Front Herr zu werden, die für Deutschland unerträglich ist, habe ich mich zu einer Lösung durch Gewalt entschlossen.” Hitler war tief besorgt über die Haltung der Westmächte. Er

hoffte, die Unnachgiebigkeit Polens würde sie veranlassen, ihre eigene Politik zu überprüfen, doch war es ein Ding der Unmöglichkeit, anzunehmen, daß dies tatsächlich der Fall sein könnte. Den Wehrmachtsführern erklärte er: „Es ist wesentlich, daß die Verantwortung für die Eröffnung der Feindseligkeiten im Westen eindeutig bei England und Frankreich liegen muß. Gegen unbedeutende Grenzverletzungen soll zunächst rein örtlich vorgegangen werden. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität muß gewissenhaft eingehalten werden.” Hitler setzte hinzu: „Wenn England und Frankreich die Feindseligkeiten gegen Deutschland eröffnen, dann ist es die Aufgabe jener Teile der Wehrmacht, die im Westen operieren, jene Bedingungen aufrechtzuerhalten, die für den erfolgreichen Abschluß der Operationen gegen Polen notwendig sind.”

Becks Auseinandersetzung mit Papst Pius XII.

Beck fühlte sich von der englisch-französischen Demarche am 31. August nicht beunruhigt. Er erkannte, daß die Briten sich nur der Form halber an dem französischen Schritt beteiligt hatten. Doch bekam er ungeheure Schwierigkeiten mit dem päpstlichen Nuntius Cortesi in Warschau. Die Bevölkerung Polens war treu katholisch und genoß seit langem die besondere Gunst des Vatikans. Papst Pius XII. war darauf bedacht, das Volk der Polen vor der ver-

hängnisvollen Politik seiner Führung zu bewahren. Das Konklave der Kardinäle hatte den damaligen Kardinal Pacelli im März 1939 in erster Linie wegen seiner großen diplomatischen Erfahrung zum Papst gewählt, und weil man

von ihm nachhaltigen Einfluß auf die europäische Diplomatie und die Aufrechterhaltung des Friedens erhoffte. Im Jahre 1919, zur Zeit der furchtbaren Greuel unter der kommunistischen Diktatur in München, hatte er dort als Vertreter des Vatikans gewirkt. Mit gutem Grund fürchtete er jetzt, ein neuer europäischer Krieg würde zum Anwachsen des Kommunismus in ganz Europa führen. Auch hegte er nicht den geringsten Zweifel, daß Polen in einem Krieg gegen Deutschland geschlagen würde.

Im Mai 1939 hatte der Papst eine große Friedensaktion eingeleitet und mit Entrüstung einen Appell des Erzbischofs von Canterbury zurückgewiesen, auf den hin ihm der Dank der anglikanischen, protestantischen und griechisch-orthodoxen Christen zuteil werden sollte, wenn er die Politik Hitlers verdamme. Statt dessen hatte er ostentativ den Sieg General Francos im Mai 1939 begrüßt. Damals bereits hatte der Papst erkannt, daß namentlich Polen eine Drohung für den Frieden war, da die Briten Deutschland nicht angreifen konnten, wenn Poslen nicht gewillt war, als Pfand zu dienen. Damals hatte Beck den tastenden Vorschlag des Papstes zu einer internationalen Konferenz rundweg mit der Erklärung abgelehnt, „Polen könne die Meinung anderer Mächte nicht als für sich bindend annehmen, was die Fragen anbelange, die sich zwischen Polen und Deutschland erhoben haben”.

Admiral Nikolaus Horthy, der protestantische Reichsverweser Ungarns, wurde vom Papst veranlaßt, am 14. Juni 1939 eine Rede zu halten und darin die Mächte zu drängen, die guten päpstlichen Dienste zur Beilegung des deutsch-polnischen Streits anzunehmen. Damit zielte er wegen dessen enger Beziehungen zu Ungarn vor allem auf Polen. Am 24. August 1939 richtete Pius XII. einen Appell an die Welt, keinen Krieg Danzigs wegen zu beginnen. Er bat die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Polens und Deutschlands, am 31. August 1939 zur Audienz im

Vatikan zu erscheinen. Dr. Kazimierz Papee, polnischer Botschafter beim Vatikan, vermochte dem Papst keine Zusage zu geben, daß Polen mit Deutschland verhandeln würde. Der Papst hatte das bereits befürchtet. Er wies daraufhin Cortesi in Warschau an, Beck eindringlich nahezulegen, Verhandlungen mit den Deutschen auf der Grundlage der Marienwerder-Vorschläge zu akzeptieren, mit denen der Papst sich bereits vertraut gemacht hatte. Es kam daraufhin zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Beck und Cortesi, die das Wortgefecht Ribbentrop-Henderson vom Vorabend noch übertraf. Zornentbrannt warf Beck dem päpstlichen Nuntius vor, er arbeite für die Deutschen. Dann beklagte er sich, Papst Pius befehle ihm, sich Deutschland zu beugen. Cortesi war nicht imstande, den

erregten Außenminister zu beruhigen. Beck hat sich später erinnert, daß kein Ereignis während der Endphase der Krise ihm so zugesetzt habe wie der beharrliche, aber erfolglose Versuch des Papstes, ihn zum Verhandeln mit den Deutschen und zur Annahme der Marienwerder-Vorschläge zu bewegen. Es war unvorstellbar tragisch, daß von britischer Seite keine Spur einer ähnlichen Tatkraft gezeigt wurde. Man braucht sich nur vorzustellen, wie die Situation gewesen wäre, wenn Henderson in Warschau gewirkt und die Unterstützung sowie das Vertrauen Chamberlains genossen hätte.

Bonnet begünstigt italienische Vermittlung

Die vielversprechende Atmosphäre, die durch Deutschlands Annahme der britischen Note vom 28. August entstanden

war, änderte sich am 31. August nachmittags mit einem Schlage. Die hoffnungsvolle Frist, die sich aus Hitlers Versuch, mit den Polen zu verhandeln, ergab, verstrich. Die Italiener nahmen das zum Anlaß, ihren früheren Plan einer internationalen Konferenz wiederaufzugreifen. Der britische Botschafter in Rom hatte Ciano die Antwort Englands vom 30. August um 2 Uhr 45 in der Nacht zum 31. August übermittelt. Kurz danach berichtete Attolico, Henderson habe den Text der sechzehn Punkte Deutschlands fast unmittelbar nach seiner mitternächtlichen Konferenz mit Ribbentrop erhalten. Die Situation war Ciano nicht völlig klar, doch erhielt er von Attolico am Morgen des 31. August um 9 Uhr 04 in Rom die alarmierende Mitteilung, innerhalb weniger Stunden werde der Krieg beginnen, wenn nicht neue Schritte erfolgten.

Ciano rief Halifax am 31. August um 11 Uhr vormittags an, Attolico habe berichtet, wie ernst die Situation sei. Es kam Ciano nicht zum Bewußtsein, daß nicht mehr viel Hoffnung zu direkten deutsch-polnischen Verhandlungen vorhanden war, und so drängte er die Briten, entsprechenden Druck auf die Polen auszuüben. Er gab die Zusicherung, Mussolini werde seinen ganzen Einfluß aufbieten, auf Hitler einzuwirken, mit Polen Geduld zu haben. Halifax unterließ es, Ciano zu informieren, daß Großbritannien nicht bereit war, Druck auf Warschau auszuüben.

Der französische Botschafter in Rom, Frangois-Poncet, berichtete Bonnet am 31. August mittags, Mussolini sei immer noch überzeugt, daß der Friede erhalten bleiben könne, wenn die Polen sich der Rückkehr Danzigs zum Reich nicht widersetzten. Dieser Bericht gab Bonnet neuen Mut. Er war geneigt, seine letzte Friedenshoffnung auf die italienische Vermittlung zu setzen. Raffaele Guariglia, Italiens Botschafter in Paris, meldete Ciano kurze Zeit später, man könne sich auf Frankreich verlassen, es werde

einen Vermittlungsversuch Italiens mit aller Kraft unterstützen. Vertraulich berichtete er, in offiziellen Kreisen Frankreichs herrsche weitgehend der Eindruck, das britische Ansehen

744

745

stehe in der Krise um Danzig weit mehr auf dem Spiel als das Prestige Frankreichs. Überdies breite sich im ganzen Lande mit zunehmender Geschwindigkeit das Mißfallen an der britischen Politik aus. Nach seiner Ansicht müßte es möglich sein, diese Stimmung erfolgreich auszunutzen, wenn es der italienischen Regierung gelänge, zu diesem Zeitpunkt einen neuen positiven Faktor ins Gespräch zu bringen. Es war Ciano bekannt, daß sein Botschafter in Paris sich ausgezeichneter Beziehungen zu Bonnet erfreute.

Guariglia war ein hervorragender Berufsdiplomat, der 1909 in den diplomatischen Dienst Italiens getreten war, also viele Jahre, bevor Mussolini 1922 zum Ministerpräsidenten berufen wurde. Als er im November 1938 als Botschafter Italiens nach Paris kam, erhielt er eine überwiegend wohlwollende Presse. L'Ordre erklärte am 28. November 1938, desgleichen Europe Nouvelle am 3. Dezember 1938, die Wahl Guariglias beweise, daß Mussolini Frankreich als den Brennpunkt der europäischen Diplomatie betrachte. Guariglia war ein scharfer Beobachter und sehr darauf bedacht, den Kriegshetzereien des US-Botschafters Bullitt entgegenzuwirken. Er betrachtete diese Aufgabe als seine ganz besondere Pflicht. Der italienische Diplomat war davon überzeugt, daß der Feldzug Roosevelts und Bullitts zur Förderung eines Krieges in Europa ausschließlich den Interessen der Sowjetunion diene. Nach seiner Ansicht war Halifax gegenüber den wahren Interessen Englands ebenso

blind wie gefährlich als der führende Kopf eines großen Vernichtungswerkes gegen Deutschland.

Guariglia hatte klar erkannt, daß die plötzliche Popularität Becks in Polen seit dem März 1939 ausschließlich auf der britischen Garantie beruhte, obgleich die Briten gar nicht in der Lage waren, Polen wirklichen militärischen Beistand zu leisten. Er bedauerte die Tatsache, daß Polens Illusionen über seine künftige Größe von dem deutsch-russischen Pakt vom 23. August 1939 unberührt blieben. Auch stand für ihn fest, daß Frankreich mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, der britischen Einkreisung zu entgehen, weil es sich in „betrüblicher Erstarrung“ befand. General Gamelin hatte am 26. August 1939 zu Guariglia gesagt, er setze seine ganze Hoffnung auf das Gelingen der italienischen Vermittlung. Trotzdem hatte der gleiche Wehrführer drei Tage zuvor es unterlassen, Bonnets Initiative zur Einschränkung der französischen Verpflichtungen gegenüber Polen zu unterstützen. Nach Guariglias Überzeugung war die Position Frankreichs der Schlüssel zu Krieg oder Frieden in Europa. So hoffte er darauf, Ciano werde seine ganze Kraft aufbieten, um die französische Führung zur Rückkehr zu einer von britischer Bevormundung freien Außenpolitik zu bewegen.

Hendersons Eintreten für die Marienwerder-Vorschläge

Den ganzen Nachmittag des 31. August hindurch ließ Henderson nicht

745

746

locker, Halifax klarzumachen, daß die deutschen Vorschläge an Polen maßvoll seien und eine ausgezeichnete

Verhandlungsgrundlage böten. Die zahlreichen Friedensappelle aus Paris, Rom und Berlin ließen jedoch Englands Foreign Secretary unberührt. Tatsächlich war es so, daß das Foreign Office über die Hartnäckigkeit höchst entrüstet war, mit der die Männer auf dem Kontinent, mit Ausnahme Polens, für die Erhaltung des Friedens kämpften. Tragischerweise war es gerade Dahlerus, der diesen ganzen britischen Groll über sich ergehen lassen mußte. Er hatte die Konferenz mit Lipski in der polnischen Botschaft hell empört verlassen. Es schien ihm unglaublich, daß man die Polen eine sorgsam ausgearbeitete Regelung einfach sabotieren ließ, nachdem sich bei allen andern soviel guter Wille gezeigt hatte. Nun müßten doch nach seiner Meinung wenigstens die Briten ihre Entscheidung, Polen zu unterstützen, revidieren, wenn sie die Wahrheit über die wirkliche Lage erführen. Dann könnte zumindest ein europäischer Völkerkrieg abgewendet werden. Waren es doch die Briten selbst, die als erste angeregt hatten, Deutschland solle Polen Vorschläge machen. Sie würden sicherlich davon Abstand nehmen, den Polen bedingungslosen Beistand zu gewähren, wenn sie erführen, daß die polnische Regierung nicht willens sei, sich mit den Vorschlägen zu befassen.

Henderson ermunterte Dahlerus, von der britischen Botschaft aus mit London zu telefonieren. Am 31. August 12 Uhr 30 mittags ließ sich der Schwede mit Sir Horace Wilson im Foreign Office verbinden. Er begann, die Situation ausführlich zu schildern, und beklagte sich dabei über die Haltung der Polen. Gleich Chamberlain hatte auch Wilson vor der Kriegspolitik von Halifax kapituliert. So protestierte er, ihm gefiele der Ton in den Äußerungen von Dahlerus nicht, und behauptete schließlich, der schwedische Ingenieur sei nicht berechtigt, in dieser Weise über die Situation zu sprechen, da die Deutschen das Gespräch möglicherweise abhörten. Dieser Einwurf erschien Dahlerus

merkwürdig. Er sah keinen Grund, warum die Deutschen seine Äußerungen nicht hören sollten, außerdem hatten die Briten bislang nie etwas gegen Telefongespräche mit ihm über die Botschaftsleitung einzuwenden gehabt. Wilson fing an, den bestürzten Schweden mehrmals anzuschreien: „Halten Sie den Mund!” Seinen Bericht an Halifax über diesen Vorfall schloß Wilson mit dem folgenden Satz: „Ich sagte Dahlerus nochmals, er solle den Mund halten, als er das aber nicht tat, habe ich den Hörer aufgelegt.” Es war unerträglich für das Foreign Office, daß Dahlerus so offen über eine fremde Regierung sprechen konnte, der Englands Führung unter allen Umständen ihre Unterstützung zu bieten entschlossen war.

Die Gereiztheit im Foreign Office entsprang keiner Augenblicksstimmung, denn kurz darauf ergoß sich Halifax‘ ganzer Zorn über Henderson. In sehr strenger Sprache wurden dem Botschafter Vorwürfe gemacht, weil er Dahlerus

746

747

die Benutzung des Telefons gestattet hatte. Diese Vorwürfe waren ungerecht, denn nach Hendersons Instruktionen aus London war er berechtigt, Dahlerus die Dienste der Botschaft anzubieten, und bis zu dem unangenehmen Vorfall am 31. August um 12 Uhr 30 mittags waren keine gegenteiligen Weisungen erfolgt.

Um 1 Uhr des gleichen Tages distanzierte sich Halifax von dem Schritt Hendersons in der polnischen Botschaft in Berlin. Er teilte Henderson mit, er weise die Ansicht zurück, daß die deutschen Vorschläge eine Grundlage für deutschpolnische Verhandlungen böten, auch könne er,

„was die widerspenstige Haltung der polnischen Regierung angehe“, Henderson und Dahlerus nicht zustimmen. Er bedauerte, Kennard angewiesen zu haben, gemeinsam mit Noël darum zu ersuchen, daß Lipski die deutschen Vorschläge entgegennehme. Es ist schwer zu begreifen, warum er sich mit dieser unbedeutenden Geste so aufhielt, zumal da Beck Kennard durchaus richtig verstanden hatte, daß die britische Regierung keine Verhandlungen Polens mit Deutschland wünsche. Kennard berichtete um 3 Uhr 20 nachmittags, die polnische Regierung unternehme Schritte, sich mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen, doch „wird sie nicht zustimmen, ein Dokument mit einer Forderung entgegenzunehmen, ehe man sich über die Art des Vorgehens geeinigt hat“. Die polnische Regierung hätte genausogut ankündigen können, sie beabsichtige, Fühlung mit dem Mond aufzunehmen. Die Briten und Polen hatten sich verschworen, den Verhandlungsplan, hinter dem Deutschland, Italien, Frankreich und der Papst standen, zu einer regelrechten Farce zu machen.

Nach der englisch-französischen Demarche hatte Kennard Beck insgeheim versichert, die britische Regierung wünsche es in Wirklichkeit nicht, daß Lipski die deutschen Vorschläge entgegennehme und der formelle Schritt in Warschau sei nur eine Geste gewesen, um Frankreich zu beschwichtigen. Kennard setzte Halifax auseinander, die britische Regierung dürfe nicht „darauf bestehen“, daß der polnische Botschafter in Berlin ein deutsches Dokument entgegennehme, denn es bestehe „die Gefahr eines Ultimatums“. Nach Kennards Auffassung war der unvermeidliche Krieg ein geringeres Übel als die Übermittlung von Vorschlägen nach Warschau, die Polens Führer unter Umständen veranlassen konnten, die Gespräche mit Deutschland wiederaufzunehmen. Er fragte Halifax, ob er Beck über das, „was wir wissen“ von dem Inhalt der Vorschläge, unterrichten solle, doch hätte er es

sichtlich nur ungern getan. Kennard hatte keine Ahnung, daß Beck den Text der Vorschläge schon vor Stunden von Lipski erhalten hatte. Seine einzige Sorge war, daß es noch in letzter Minute zu einer friedlichen Lösung kommen könne statt zu dem Krieg, den er und Halifax anstrebten.

747

748

Die Zusammenkunft Lipski-Ribbentrop

Lipski teilte Weizsäcker am frühen Nachmittag des 31. August mit, er wünsche Ribbentrop in seiner Eigenschaft als Botschafter aufzusuchen. Doch betonte er ausdrücklich, er habe der Reichsregierung eine Nachricht zu übermitteln und nicht vor, zu verhandeln oder Vorschläge zu Verhandlungen entgegenzunehmen. Weizsäcker sagte Lipski zu, es Ribbentrop vorzutragen. Der deutsche Außenminister hatte von Göring einen Durchschlag der Instruktionen Becks an Lipski erhalten und wußte also bereits, daß sie keinen Beitrag zu einer friedlichen Lösung enthielten. Er versuchte, die Zusammenkunft mit Lipski so lange wie möglich hinauszuzögern, weil er hoffte, die Briten, Franzosen und der Papst würden auf Beck einwirken, neue Instruktionen an seinen Botschafter zu übermitteln. Ribbentrop wußte, daß es immer noch möglich war, der Wehrmacht den Befehl zum Rückzug zu erteilen, wenn Beck Lipski ermächtigte, die deutschen Vorschläge nach Warschau zu bringen. Am frühen Abend erhielt Ribbentrop die Nachricht, in Warschau tue sich nichts, und so mußte er sich eingestehen, daß weiteres Hinauszögern sinnlos war. Während er auf Nachricht aus Warschau wartete, hatte er ein Telegramm nach Washington gesandt und darin Hitlers Dank an Roosevelt für die Botschaften vom 24. und 25. August übermittelt. Der deutsche Geschäftsträger Thomsen hatte am Abend des 31.

August den US—Außenminister Hull aufgesucht und Hitlers Wertschätzung zum Ausdruck gebracht.

Ribbentrop empfing Lipski am 31. August um 6 Uhr 30 abends. Dieser verlas ihm den Inhalt einer Note von Beck, in der festgestellt wurde, Polen habe soeben Mitteilung über die kürzlichen Gespräche zwischen Großbritannien und Deutschland erhalten, die am 23. August begonnen hätten. Die polnische Regierung habe zu eventuellen Gesprächen zwischen Polen und Deutschland noch nicht Stellung genommen, doch sei ihre Stellungnahme im Prinzip positiv und die Reichsregierung möge zur Kenntnis nehmen, daß die polnische Regierung der britischen Regierung in Bälde ihre Stellungnahme zu solchen Gesprächen mitteilen werde. Beck war demnach nicht bereit, den Deutschen die Zusage zu geben, daß Polen wirklich gewillt war, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen.

Ribbentrop hörte sich bekümmert die sinnlose Doppelzüngigkeit der polnischen Note an, die Beck ohne Zweifel für geschickt und irreführend genug hielt, um die Deutschen zu verwirren. Der ganze Wortschwall besagte deutlich, daß Polen auch nicht einen Schritt über seine leere Versicherung an Präsident Roosevelt am 25. August hinausgegangen war und daß Beck sich unverändert gegen Verhandlungen sträubte. Ribbentrop erklärte Lipski, er habe bis zur letzten Minute gehofft, Lipski werde zum Verhandeln ermächtigt sein. Lipski

erwiderte ihm, seine Instruktionen lauteten lediglich, Ribbentrop aufzusuchen und die Note auszuhändigen. Es sei ihm nicht gestattet, irgendwelche persönlichen Zusagen zu

machen oder Erklärungen abzugeben. Unter diesen Umständen ist es nicht überraschend, daß die Unterredung nur kurz war. Ribbentrop beendete das Gespräch mit der Frage, ob Lipski persönlich es für möglich halte, daß seine Regierung ihren Beschluß nochmals in Erwägung ziehe und ihm zu verhandeln gestatte. Der Botschafter wich dieser Frage aus und wiederholte, er habe keine Vollmachten erhalten.

Kennard informierte Halifax um 6 Uhr 15 abends, Lipski sei angewiesen worden, bei Ribbentrop um eine Unterredung nachzusuchen, doch habe man ihm verboten, sich in Gespräche einzulassen. Vor allem sei ihm untersagt worden, Vorschläge von Deutschland entgegenzunehmen. Die zu überreichende Note enthalte keine Zusage, daß Polen mit Deutschland verhandeln würde. Zynisch bemerkte Kennard dazu, damit habe Beck Halifax' Forderung erfüllt, Fühlung mit den Deutschen aufzunehmen. Das war jedoch in einer Weise erfolgt, daß der Kontakt ebenso schnell abgebrochen wurde, wie er hergestellt worden war. Kennard setzte hinzu, Beck habe gesagt, die Lage in Danzig sei ernst, was allerdings kaum neu war. Befriedigt schloß Kennard seinen Bericht mit den Worten, Beck habe versprochen, nie wieder nach Berlin zu gehen.

Dieser Nachricht folgte die formelle polnische Antwort auf die britische Erklärung, Polen sei bereit, mit Deutschland zu verhandeln. Die polnische Regierung gab bekannt, sie akzeptiere im Prinzip die Erklärungen der britischen Note vom 28. August, doch lehne sie es ab, sich auf Verhandlungen festzulegen, bis die internationale Garantie an Polen näher erläutert sei. Das hieß, klar ausgedrückt, die polnische Regierung hatte London gegenüber noch nicht zugestimmt, mit den Deutschen zu verhandeln, trotz des Versprechens, das Präsident Moscicki Präsident Roosevelt am 25. August gegeben hatte. Es ist unter diesen

Umständen kaum verwunderlich, daß Lipskis Besuch bei Ribbentrop am Abend des 31. August als eines der unfruchtbarsten Ereignisse in den Annalen der Diplomatie bezeichnet werden muß.

Um 7 Uhr abends am 31. August sprach Hitler mit dem italienischen Botschafter Attolico über die Lage und überreichte ihm eine Zweitschrift der deutschen Vorschläge an Polen, die vorher bereits nach Rom übermittelt worden waren. Der deutsche Kanzler war nach wie vor des guten Glaubens, die britische Regierung habe ernstlich versucht, zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Und so sagte er Attolico, der britische Vermittlungsversuch sei fehlgeschlagen. Der Botschafter brachte die kaum aussichtsreiche Möglichkeit einer Vermittlung von seiten Italiens auf den Plan. Hitler erklärte darauf, die Polen hätten sich geweigert, auf Chamberlain und Halifax zu hören, und so glaube er nicht, daß sie auf Mussolini hören würden. In Wirklichkeit hatten

Chamberlain und Halifax den Polen gar nichts „zu hören” gegeben, soweit es Verhandlungen mit Deutschland betraf. Dann fragte der Botschafter, ob das Bemühen Deutschlands, mit den Polen ins Gespräch zu kommen, ein Ende gefunden habe. Der Reichskanzler erwiderte, das sei tatsächlich der Fall.

Am Nachmittag des 31. August hielt der sowjetische Außenminister Molotow eine Rede, in der er Polen und die westliche Diplomatie scharf kritisierte. Die Rede bildete den geeigneten Auftakt zu der späteren Erklärung Molotows, die Sowjetunion halte es für notwendig, Polen anzugreifen, um

„das polnische Volk aus dem unseligen Krieg zu befreien, in den es von seinen törichten Führern hineingezogen worden sei“. Hitler erfuhr von der Molotow-Rede kurz nach seinem Gespräch mit Attolico. Ein telefonischer Bericht darüber gelangte von Moskau um 7 Uhr 20 nachmittags nach Berlin. Der deutsche Botschafter von der Schulenburg, der jetzt kein Hehl aus seiner stark prosowjetischen Einstellung machte, beendete seine Ausführungen mit dem begeisterten Ausruf, die Molotow-Rede sei „glänzend“ gewesen.

Polen bezeichnet die Deutschen als Hunnen

Der deutsche Rundfunk gab am 31. August um 9 Uhr abends die Marienwerder-Vorschläge bekannt, mit denen zu befassen sich Polen geweigert hatte. Zwischen 9 und 10 Uhr abends des gleichen Tages händigte Weizsäcker den Text der Vorschläge an die in Berlin akkredierten Vertreter Englands, Frankreichs, Japans, Amerikas und Rußlands aus. Jedem Text war eine Note beigefügt, in der die kürzlichen politischen Maßnahmen Deutschlands erläutert wurden. Besonders hervorgehoben wurde darin, daß Hitler zwei Tage vergeblich auf ein Zeichen gewartet habe, daß Polen mit Deutschland verhandeln wolle, obwohl die Briten ihn am 28. August der polnischen Verhandlungsbereitschaft versichert hätten. Der japanische Botschafter Oshima äußerte zu Weizsäcker, nach seiner persönlichen Ansicht liege ein deutscher Sieg über Polen im Interesse Japans.

Im deutschen Rundfunk wurde darauf hingewiesen, Polen habe es abgelehnt, die Marienwerder-Vorschläge zur Prüfung in Warschau entgegenzunehmen. Das habe man sehr richtig als klaren Beweis aufgefaßt, daß die polnischen Führer sich den Verhandlungen mit Deutschland entschieden widersetzten. Zwei Stunden später brachte der polnische Rundfunk eine entstellte Version des deutschen

Angebots. Damit wurde der Welt ein flüchtiger Einblick in die Geisteshaltung geboten, der sich die hilflose deutsche Minorität in Polen ausgesetzt sah. Der polnische Ansager behauptete, in den Vorschlägen hätten die Deutschen ihre aggressiven Absichten enthüllt. Er schloß mit folgender Erklärung: „Worte können die aggressiven Pläne der neuen Hunnen nicht länger verhüllen. Deutschland erstrebt die Herrschaft über Europa

750

751

und zerstört mit bisher unübertroffenem Zynismus das Völkerrecht. Dieser unverschämte Vorschlag zeigt deutlich, wie notwendig die militärischen Befehle (Generalmobilmachung) waren, welche die polnische Regierung erließ.“

Kurz vor Mitternacht beantwortete Hitler ein ihm gerade zugegangenes Telegramm des Herzogs von Windsor aus Antibes in Frankreich. Der Herzog, der wußte, daß Hitler 1936 insgeheim mit seinem Kampf sympathisierte, die Frau seiner Wahl zu heiraten und auf dem britischen Thron zu bleiben, drückte darin seine Hoffnung aus, daß der deutsche Kanzler einen Weg finden möge, die Fallgrube eines erneuten sinnlosen deutsch-englischen Krieges zu umgehen. Hitler erwiderte nun in deutlichen Worten: „Sie mögen versichert sein, daß meine Haltung gegenüber England und mein Wunsch, einen erneuten Krieg zwischen unseren Völkern zu vermeiden, unveränderlich bleiben.” Der deutsche Kanzler hoffte immer noch auf eine englisch-deutsche Verständigung trotz des Mißlingens seines letzten Versuches, mit Polen zu einem Übereinkommen zu gelangen.

Nach der polnischen Rundfunksendung gab Ribbentrop in der Wilhelmstraße zu, der regelrechte Krieg zwischen Deutschland und Polen sei nun unvermeidlich, und der deutsche Vormarsch werde nicht noch einmal widerrufen. Kurz danach sprachen Hitler und Ribbentrop über die unwiderrufliche Entscheidung, mit den Polen abzurechnen. Sehr schlicht sagte Ribbentrop zu Hitler: „Ich wünsche Ihnen viel Glück." Er meinte damit den Feldzug in Polen und die weiteren Bemühungen, ein militärisches Eingreifen Englands und Frankreichs gegen Deutschland zu verhüten. Was Deutschland und Polen anging, so war der Bruch der Beziehungen ein vollständiger. Es war Hitler nicht gelungen, Polen als einen starken slawischen Bundesgenossen gegen den Bolschewismus zu gewinnen. Das war an sich schon eine Katastrophe von allergrößtem Ausmaß. Fünf Stunden später begann der deutsche Vormarsch. Innerhalb weniger Tage begann der Widerstand Polens unter den wohlgezielten deutschen Schlägen zu zerbrechen.

Der begrenzte deutschpolnische Krieg hätte den Frieden Europas nicht länger als wenige Wochen zu stören brauchen. Es wäre für die fremden Mächte weitaus leichter gewesen, wirksam einzugreifen, um das Los der Polen zu bessern, zumindest in dem von den Deutschen besetzten Gebiet, wenn der Krieg begrenzt geblieben wäre. Die Wiederherstellung des Friedens in Polen wäre Sache eines Augenblicks gewesen anstatt eine in weiter Ferne liegende Möglichkeit. Bis heute ist Polen ein kommunistischer Satellit geblieben. Ein fürchterlicheres Ergebnis kann man sich für die Führer Polens, die ihr Land 1939 rücksichtslos in einen hoffnungslosen Krieg mit Deutschland stürzten, überhaupt nicht vorstellen. Ihre grandiosen Hoffnungen und Träume von einem neuen Großpolen wurden nicht verwirklicht. Ihr Volk fiel dem

denkbar grausamsten Schicksal anheim. Am 20. August 1939 hatte Marschall Rydz-Smigly in Gegenwart von Hauptmann Beauffre ausgerufen: „Mit den Deutschen riskieren wir den Verlust unserer Freiheit, mit den Russen würden wir unsere Seele verlieren!” Die Polen hätten in einem Konflikt mit Deutschland den Verlust ihrer Freiheit weder zu riskieren noch die Seele ihres Landes an Rußland zu verlieren brauchen, wenn man sie nicht zu Opfern der wahnwitzigen Verblendung ihrer Führer gemacht hätte, daß Polen eine Großmacht werden könnte. Halifax hat mit allen Mitteln die verzweifelte Herausforderung Polens an Deutschland gefördert, die dann in der ständigen Herrschaft der Sowjets über Polen endete.

752

22. KAPITEL: ENGLANDS ABLEHNUNG DES ITALIENISCHEN KONFERENZPLANES UND DER AUSBRUCH DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Der deutschpolnische Krieg

DER Ausbruch des lokalen Krieges zwischen Deutschland und Polen am 1. September 1939 brachte die europäische Krise zu einem Höhepunkt. Die militärische Niederlage Polens war ohne einen schleunigst in die Wege geleiteten Waffenstillstand unausbleiblich. Nachdem Beck Verhandlungen abgelehnt hatte, obwohl diese von britischer Seite am 28. August zugesichert worden waren, hoffte Hitler, England würde Deutschland nicht angreifen. Es blieb Hitler verborgen, daß es die britische Regierung war, die Polen geraten hatte, mit Deutschland nicht zu verhandeln. Halifax hatte in der Tat alles in seiner Macht Stehende getan, um den Krieg zwischen Deutschland und Polen heraufzubeschwören. Polen war ihm gleichgültig. Sein Ziel war die Vernichtung Deutschlands. Er war der verschworene Todfeind des deutschen Staates und Volkes.

Hitler nimmt Italiens Abtrünnigkeit hin

Trotz der Haltung von Halifax, dem Herrn und Meister der britischen Politik, war die Frage, ob Großbritannien Deutschland angreifen würde, am 1. September noch unentschieden. Der englische Außenminister hielt die Teilnahme Frankreichs an dem geplanten britischen Angriff für unerläßlich. Nach seiner Überzeugung konnte eine britische Koalition Deutschland unmöglich niederzwingen, wenn Frankreich sich neutral verhielt. Für ihn hatte ein Krieg keinen Sinn, wenn er nicht zur Vernichtung Deutschlands führte. Die Regierungen Frankreichs, Italiens und Deutschlands setzten sich zusammen mit denen der kleineren europäischen Staaten für die Lokalisierung des Krieges in Polen ein. Frankreichs Führer erhofften einen Waffenstillstand und eine diplo-

matische Konferenz, die den Ausbruch eines 2. Weltkrieges abwenden sollte. Botschafter Frangois-Poncet teilte Außenminister Ciano am 1. September in Rom mit, seine Regierung glaube, ein allgemeiner Krieg könne trotz des Kriegsausbruchs in Polen noch verhütet werden. Frankreich sei bereit, sich gemeinsam mit Italien um eine Kompromißlösung zu bemühen, die einen 2. Weltkrieg verhindern würde.

Die Italiener hofften bei diesen Bemühungen um eine Regelung wiederum die Führung übernehmen zu können, wie sie es 1938 in München getan hatten. Ciano erinnerte Botschafter von Mackensen am 1. September daran, daß Italiens diplomatische Initiative im vorhergehenden Jahr für die Abwendung des Krieges ausschlaggebend gewesen sei. Doch unternahm Italien den ersten wesentlichen Schritt zu einer diplomatischen Lösung im Jahre 1939 erst am 2.

September. Am 1. September galt die erste Sorge der italienischen Führer der Sicherheit ihres eigenen Landes. Am 20. August hatte Großbritannien gedroht, den Hauptstoß seiner Unternehmungen gegen Italien zu richten, und viele Franzosen hatten sich im Fall eines Krieges für eine militärische Blitzaktion gegen Italien ausgesprochen.

Am Morgen des 1. September hatte die italienische Regierung Großbritannien und Frankreich die geheime Zusicherung gegeben, Italien werde nicht kämpfen außer zur eigenen Verteidigung. Am gleichen Morgen versicherte Hitler Mussolini, daß er im Falle eines allgemeinen Krieges keinen militärischen Beistand von Italien fordern werde. Am frühen Nachmittag des gleichen Tages sandte er ein weiteres Telegramm nach Rom, das höflich zum Ausdruck brachte, er habe Mussolinis Angebot einer Vermittlung zwischen Deutschland und Polen in der Erkenntnis abgelehnt, daß das nach dem von ihm angenommenen britischen Versuch, auf die Polen einzuwirken, zwecklos wäre. Mussolini und Ciano fühlten sich durch Hitlers versöhnliche Haltung ermutigt, von geheimen Zusicherungen zu einer öffentlichen Bekanntgabe italienischer Absichten überzugehen. Mussolini berief für den 1. September nachmittags 3 Uhr eine Kabinettssitzung ein. Um 4 Uhr 30 gab die italienische Regierung öffentlich bekannt, sie werde militärisch nichts zur Unterstützung Deutschlands unternehmen. Ribbentrop sandte den deutschen Missionen im Ausland ein Zirkularschreiben, in dem er sie bei Gesprächen mit Ausländern vor einer Kritik der italienischen Politik warnte. Die geschlossene Harmonie der deutsch-italienischen Beziehungen hatte das Versagen Italiens, Deutschland entsprechend den Bündnisbedingungen von 1939 militärischen Beistand anzubieten, überdauert.

Henderson und Attolico beklagen Polens Unnachgiebigkeit

Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, hoffte, ein italienischer Ver-

754

755

mittlungsversuch würde zu einem Erfolg führen. Zur Zeit des Kriegsausbruchs zwischen Deutschland und Polen hatte er auf das Foreign Office in London ein förmliches Trommelfeuer eröffnet in der Hoffnung, vielleicht doch noch auf die britische Politik einwirken zu können. Nach der Rundfunkübertragung der Marienwerder-Vorschläge hatte er Halifax entgegengehalten, diese Vorschläge böten eine angemessene Verhandlungsgrundlage. Ferner erklärte er ihm, Beck habe einen großen Fehler begangen, als er nicht verhandelte. „Von höherer Warte aus betrachtet, werden die Polen sich alles verderben, wenn sie sich nicht auf Gespräche einlassen." Mit einigem Sarkasmus bemerkte er, die Marienwerder-Vorschläge seien vom polnischen Gesichtspunkt aus die gleichen wie die Vorschläge vom Oktober 1938; denn die Polen würden mit einem Erfolg der Volksabstimmung rechnen, da sie behauptet hätten, „der Korridor sei von Beginn der Welt an zu 90 Prozent polnisch".

In einem späteren Telegramm erinnerte Henderson Sir Alexander Cadogan daran, daß „Hitler am 25. August erst aus der Haut fahren wollte, sich dann aber besann und mich holen ließ." Er hätte es völlig begreiflich gefunden, wenn die Deutschen am 26. August losgeschlagen hätten. Nach seiner Ansicht verdiene Hitler Anerkennung für den Aufschub der Entscheidung unter den überaus schwierigen Bedingungen und für seinen erneuten Versuch, durch

Verhandeln zu einem Ausgleich zu gelangen. Der britische Botschafter konnte nicht feststellen, daß die Polen irgendwelches Interesse an der Erhaltung des Friedens gezeigt hätten. Er betonte: „Die Polen müssen sich auf die Seite des Rechts stellen und irgendeine Geste machen, sonst müssen wir alle kämpfen. Möglicherweise wäre das zweite das beste, aber mir ist die Verantwortung zu groß, um diesem Gedanken Raum zu geben.” Es war tragisch, daß Halifax die gleiche Verantwortung nicht zu groß erschien.

Am 1. September holte Henderson zum Schlag gegen die Propagandisten aus, die mit ideologischen Gründen militärische Maßnahmen zu rechtfertigen suchten. Nach seiner Ansicht wurden die Dinge von allen jenen falsch gesehen, die sich aufgrund des angeblich unmoralischen nationalsozialistischen Regimes mit dem Krieg gegen Deutschland abzufinden suchten. Auch hielt Henderson einen ideologischen Kreuzzug gegen Deutschland in einer vom Kommunismus bedrohten Welt geradezu für lächerlich. Klar erkannte er, daß der Krieg „vollständig ungerechtfertigt” war, sobald das ideologische Argument verdientermaßen in den Hintergrund trat. Wenn er auch nicht ausdrücklich auf den Ausgleich der Kräfte als primären Faktor für den Krieg zurückging, so wird doch aus seinen zahlreichen Mitteilungen deutlich, daß er das Argument des Kräfteausgleichs verwarf.

Die Unnachgiebigkeit Polens brachte auch den italienischen Botschafter Atto-

lico zur Verzweiflung. Wenige Stunden vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges beklagte er sich bei Ciano,

es sei unfaßlich, daß Lipski nicht um die deutschen Vorschläge ersucht oder sie diskutiert habe. Der Botschafter teilte mit Hitler die Illusion, die Briten bewiesen ihren guten Willen und drängten auf Verhandeln und Polen ginge nur nicht darauf ein. Seine Kenntnis von der Haltung Englands war auf Henderson und seinen Mitarbeiterstab beschränkt. Verzweifelt rief er aus: „Deutschland kann das alles nicht dulden!” (La Germania non puö tollerare tutto questo). Er kam zu dem Schluß, daß Hitler nichts anderes übrigblieb, als zu glauben, die vorgetäuschte Initiative Englands sei in Polen endgültig fehlgeschlagen.

Kurz darauf kabelte Attolico Ciano, die deutschen Vorschläge seien nach seiner Meinung maßvoll und vernünftig. Vertraulich berichtete er, Göring habe bis zum letzten Augenblick gehofft, die Situation vielleicht noch retten zu können, wenn er Marschall Rydz-Smigly dazu brächte, sich mit ihm zu einer Unterredung an der polnischen Grenze zu treffen. Nach dem Ausbruch des Krieges kabelte Attolico nach Rom, es sei wirklich ein Verbrechen von den Polen, nicht auf „ein derartig vernünftiges Angebot wie die sechzehn Punkte” eingegangen zu sein.

Hitlers Rede vor dem Reichstag am 1. September 1939

Hitler sprach im Deutschen Reichstag am 1. September vormittags um 10 Uhr 10. Er erinnerte seine Abgeordneten daran, Danzig „war und ist deutsch”. Die gleiche Erläuterung gab er über den Korridor, auf den er zugunsten Polens zu verzichten bereit war, wie er auch im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit mit Frankreich und Italien auf Elsaß-Lothringen und Südtirol verzichtet hatte. Er habe, so betonte er, versucht, alle deutschen Probleme auf dem Wege „friedlicher Revision“ zu lösen, doch müsse er bekennen, daß ihm dieser Versuch mißlungen sei, und

bezeichnete es dann als bedauerlich, daß vieles in der Praxis der modernen Kriegführung im offenen Gegensatz zu den Forderungen des Völkerrechts stehe. Danzig und der Korridor seien Probleme, die man hätte lösen müssen. Es sei dem Westen vielleicht gleichgültig, wann das geschehen müsse, doch treffe das nicht auf Deutschland zu. Vor allem sei es den Hunderttausenden von Menschen nicht gleichgültig, die unter dem Fehlen einer Regelung leiden müßten. Polen habe Vorschläge zurückgewiesen, die außer Hitler kein deutscher Führer anzubieten gewagt hätte. Die polnische Teilmobilmachung vom 23. März 1939 sei der Anfang einer Reihe von Gegenmaßnahmen gegen Danzig und die deutsche Minderheit in Polen gewesen. Hitler erinnerte seine Zuhörer daran, daß Deutschland im Gegensatz zu Polen sich getreulich an die Bedingungen des Minderheitenvertrages vom November 1937 gehalten habe.

756

757

In seiner Rede vom 28. April 1939 vor dem deutschen Reichstag hatte Hitler seine Stellungnahme zu diesem Streit dargelegt. Er war bereit gewesen, die Verhandlungen zu einer Beilegung der Differenzen mit Großbritannien wie auch mit Polen wiederaufzunehmen und hatte dann vier Monate vergeblich auf eine Antwort von polnischer Seite gewartet. Nach seiner Kenntnis konnte keine Großmacht der Welt solche Zustände auf unbeschränkte Zeit dulden. Die Briten hatten ihn am 28. August wissen lassen, Polen sei bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Am nächsten Tag hatte er der britischen Regierung mitgeteilt, Deutschland sei zum Verhandeln bereit. Wiederum hatte er zwei Tage vergeblich auf eine Antwort Polens gewartet. Schließlich habe der polnische Botschafter am 31. August verkündet, die Warschauer Regierung befasse sich mit Beratungen, ob

sie mit Deutschland verhandeln würde, dazu hatte Lipski durchblicken lassen, man würde England, und nicht Deutschland, von der schließlichen Entscheidung unterrichten, was gleichbedeutend war mit der Tatsache, daß die polnische Haltung bei weitem nicht dem entsprach, was die Briten am 28. August angegeben hatten.

Hitler hielt es für bedauerlich, wenn die Staatsmänner im Westen dabei bleiben würden, der Streit Deutschlands mit Polen berühre ihre lebenswichtigen Interessen. Feierlich erklärte er, er habe niemals etwas von Großbritannien und Frankreich verlangt und würde es auch niemals tun. Sehnlichst habe er sich eine Verständigung mit England gewünscht, „aber Liebe kann nicht nur von einer Seite geboten werden, sie muß von der anderen ihre Erwiderung finden”. Das war eine erstaunliche Erklärung an die Führer eines Staates, die Deutschland 1914 angegriffen hatten und Hunderttausende deutscher Kinder und alter Menschen verhungern ließen, und fünfundzwanzig Jahre später —in einem Streit, der die britischen Interessen nicht berührte — wiederum mit einem Angriff drohten. In der Tat ging es in dem Streit von 1939 um das, was Winston Churchill und andere Prominente Englands seit Jahren immer wieder als den verwerflichsten Teil der Regelung von 1919 bezeichnet hatten. Sir Austin Chamberlain, der Bruder des Premierministers, hatte 1925 gelobt, man werde von keinem britischen Grenadier verlangen, für Danzig oder den polnischen Korridor zu sterben.

Taktvoll bemerkte Hitler, Italiens Führer wüßten, daß Deutschland darauf verzichte, bei der Lösung seiner Probleme fremde Hilfe zu fordern. Seine Verständigung mit den Russen beruhe auf der Erwartung, daß sie nicht länger ihre kommunistische Doktrin nach Deutschland zu exportieren versuchten. Er hieß Molotows Rede vom 31. August 1939 gut und setzte hinzu, bei dieser Gelegenheit

müsse er jedem Wort des sowjetischen Außenministers zustimmen.

Dann gab der deutsche Kanzler seine Kriegsziele in Polen bekannt. Er beabsichtige, die Fragen um Danzig und den Korridor zu lösen und eine Ände-

757

758

rung der deutsch-polnischen Beziehungen herbeizuführen. Entweder werde er so lange kämpfen, bis die polnische Regierung einer friedlichen Koexistenz zustimme, oder bis eine andere Regierung Polens bereit sei, das zu akzeptieren. Er verfolge begrenzte Ziele in Polen und bestehe weder auf einer Auflösung der polnischen Streitkräfte noch auf dem Untergang des polnischen Staates. Doch gedenke er, darauf zu bestehen, daß für Deutschland an seiner Ostgrenze die gleichen friedlichen Verhältnisse herrschen müßten, wie das an den übrigen Grenzen eine Selbstverständlichkeit sei. Dann verkündete er, er habe der Luftwaffe befohlen, ihre Kampfhandlungen auf militärische Ziele zu beschränken, da er nicht gegen wehrlose Frauen und Kinder in Polen Krieg zu führen wünsche.

Bewußt unrichtige Angaben machte er in finanzieller Hinsicht, als er erklärte, das Deutsche Reich habe während der vergangenen sechs Jahre 90 Milliarden Reichsmark für Verteidigungszwecke ausgegeben. Ein großer Teil dieser Summe war für öffentliche Arbeiten aufgewandt worden, die in keinem direkten Zusammenhang mit der Rüstung standen. Mit der Verdoppelung der Beträge für militärische Ausgaben hoffte er Großbritannien und Frankreich abschrecken zu können, Krieg gegen Deutschland anzufangen. Er erklärte, Deutschland verfüge über die

besten Verteidigungseinrichtungen der Welt und die deutsche Kriegsmaschine sei besser als 1914. Er selbst gedenke, sich bis zum Sieg als Soldat zu betrachten oder den Krieg nicht zu überleben. Dramatisch sprach er über das gefahrvolle Leben der deutschen Führer in einer Welt geheimer Verschwörungen und Mordanschläge. Göring würde seine Nachfolge antreten, falls ihm etwas zustieße, und wenn Göring ausfiele, solle Heß die Führung übernehmen. Und wenn Göring, Heß und er selbst nicht mehr lebten, solle ein Senat nationalsozialistischer Abgeordneter einen neuen Reichskanzler wählen. Hitler gestand, daß es das Wort „Kapitulation“ für ihn nicht gebe; in Deutschland sei kein Raum für Verräter und es werde keinen zweiten November 1918 geben. Hitler beendete seine Rede mit den folgenden Worten: „Es ist nicht wichtig, daß wir leben, aber es ist notwendig, daß Deutschland lebt.” Die Reichstagsabgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen und schworen Hitler den Treueid. Danach legte Reichsinnenminister Frick ein Gesetz zur Annexion Danzigs vor, das einstimmig angenommen wurde.

Der italienische Botschafter berichtete Ciano, der größte Teil des Diplomatischen Korps sei bei der Rede zugegen gewesen. Dem amerikanischen Geschäftsträger Kirk war von Roosevelt untersagt worden, der Reichstagssitzung beizuwohnen. Kirk unterrichtete das Auswärtige Amt, bevor Hitler sprach, er werde nicht anwesend sein, doch versprach er, einen Vertreter zu entsenden. Auch bot er an, in Deutschland die Interessen Großbritanniens und Frankreichs wahrzunehmen, wenn diese in den Krieg eintreten würden. Der bri-

tische Botschafter ließ sich in der Reichstagssitzung von einem Konsul vertreten und der französische Botschafter von einem Botschaftssekretär. Attolico fand es ziemlich erheiternd, daß der Name jedes künftigen Nachfolgers des deutschen Regierungschefs mit anhaltendem Beifall begrüßt wurde. Diese Art der Äußerung schien der Reichstagssitzung etwas von der Atmosphäre einer politischen Versammlung in Amerika zu verleihen. Attolico hielt diese Demonstration der Solidarität anscheinend für ostentativ und unnötig, wenngleich politische Sitzungen von Bedeutung in Italien keineswegs des theatralischen Elements entbehrten. Er schien zu übersehen, daß Heß und vor allem Göring in Deutschland außerordentlich beliebt waren. Attolico war sich seiner Stellung als neutraler Botschafter bewußt. Mehr als jeder andere hatte er dazu beigetragen, Italien und Deutschland in der ersten großen Krise nach dem Abschluß ihres Bündnisses voneinander zu trennen.

Der deutsche Geschäftsträger Theo Kordt, der insgeheim für Halifax arbeitete, berichtete um 11 Uhr 45 vormittags aus London, der britische Außenminister habe ihn kurz nach dem Beginn der Hitler-Rede um einen Besuch gebeten. Kordt verließ die Gruppe deutscher Diplomaten, welche die Rede am Rundfunkapparat verfolgten, und begab sich zu Halifax. Natürlich verneinte er in seinem offiziellen Bericht, Halifax Informationen übermittelt zu haben. Halifax teilte ihm mit, er gedenke alle weiteren Mitteilungen für Deutschland direkt nach Berlin zu senden, und setzte dann hinzu, das Kabinett sei im Begriff, zusammenzutreten. Kordt legte Wert darauf, zu erwähnen, daß Halifax ihm zum Abschied die Hand gereicht hatte. Doch deutete er nicht an, ob er diesen Handschlag in seiner Eigenschaft als britischer Agent oder als deutscher Diplomat erhalten hatte. Hitler nahm natürlich das letztere an.

Henderson und Dahlerus ersuchen um Verhandlungen

Wenige Stunden vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges hatte Halifax Ciano fernmündlich mitgeteilt, Großbritannien werde Polen niemals anraten, die Selbstbestimmung in Danzig zuzulassen. Selbstgefällig hatte er hinzugesetzt, er habe nichts dagegen, wenn die Polen von sich aus zustimmten. Wie er genau wußte, bestand keine Aussicht, daß sie es ohne Rat und Druck der Briten tun würden. Kurz darauf gestand Halifax Kennard, die Weigerung der Polen, die deutschen Vorschläge entgegenzunehmen, beunruhige ihn, denn er sei darauf gekommen, dies könnte „von der Weltmeinung mißverstanden (d. h. verstanden) werden“. Halifax war zwar erfreut, daß die Polen sich einer Regelung widersetzt hatten, doch befürchtete er, es könne seiner Propaganda möglicherweise nicht gelingen, die wahre Situation zu verheimlichen.

Der deutsche Generalkonsul Janson rief aus Danzig um 9 Uhr 35 vormittags in Berlin an, um zu melden, daß Völkerbundskommissar Burckhardt nach Ost-

preußen abgereist sei. Der polnische Hochkommissar Chodacki weilte noch in der Stadt. Janson meldete außerdem schwere Kämpfe an verschiedenen Stellen in Danzig. Die Polen verteidigten das polnische Postamt und das Westerplatte-Arsenal in der Nähe des dichtbesiedelten Gebiets von Neufahrwasser. Die Kämpfe in Danzig sollten noch über eine Woche anhalten, doch war die vollständige Befreiung der Danziger nicht aufzuhalten.

Der unermüdliche Birger Dahlerus leitete am Morgen des 1. September trotz der schweren Zurückweisung, die er am

Tag zuvor in London erfahren hatte, einen neuen Vermittlungsversuch ein. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, Großbritannien zu bewegen, nicht zur Unterstützung Polens in den Krieg einzutreten. Um 9 Uhr 50 vormittags rief er das Foreign Office an, „die Polen sabotieren alles”, und meinte rundheraus, sie wollten einfach nicht verhandeln. Dann kündigte er an, er wünsche noch einmal nach England zu kommen, um Beweise mitzubringen, vor allem Becks Instruktionen an Lipski vom 31. August, aus denen zu ersehen sei, daß die Polen „niemals daran gedacht haben, auch nur zu versuchen, mit Deutschland zu verhandeln, und das war für Deutschland ein Beweis, daß nichts zu machen war“.

Dahlerus war wie die französischen Führer der Meinung, man müsse noch einmal versuchen, die Polen, trotz des Kriegsausbruchs, an den Verhandlungstisch zu bringen. Er wußte, daß die Deutschen immer noch dazu bereit waren. Göring schlug vor, General Ironside, den man in Polen bewunderte, solle zusammen mit Ogilvie-Forbes und einer französischen Persönlichkeit die Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Polen beaufsichtigen. Die polnischen Sprecher brauchten keineswegs direkt mit den Deutschen in Berührung zu kommen. Die Polen könnten ihre Tätigkeit in ihrer Berliner Botschaft ausüben und alles mit den Briten und Franzosen erörtern, die dann ihrerseits Vorschläge an die Deutschen übermittelten. Dahlerus setzte hinzu: „Es wird eine Katastrophe, wenn wir es auf diese Weise nicht arrangieren.“ Dann gestand er, Henderson habe ihm gestattet, trotz der Vorwürfe aus London, das Telefon der britischen Botschaft zu benutzen, und dann bedeutete er dem britischen Beamten am anderen Ende der Leitung, bei der britischen Botschaft in Berlin wieder anzurufen.

Den nächsten Schritt tat Henderson. Er kabelte Halifax, Göring habe mit ihm am vorhergehenden Abend fast zwei

Stunden über Hitlers Wunsch nach Frieden und Freundschaft mit England gesprochen. Für den Botschafter stand es fest, daß Hitler und Göring in ihren Gefühlen für die Briten absolut aufrichtig waren. Göring habe noch über einige der letzten Vorfälle gesprochen, die dem Ausbruch des Krieges voraufgegangen waren.

Göring erwähnte die mysteriöse Gleiwitzer Affäre, mit der sich die deutsche Presse eingehend befaßt hatte, nicht. Im Nürnberger Prozeß 1945—1946 gegen

die überlebenden Mitglieder der deutschen Führung hat man ohne Erfolg zu beweisen versucht, daß der Fall Gleiwitz das Werk eines ungeheuerlichen deutschen Anschlags gewesen sei, Gefangene in polnische Uniform zu stecken und sie zu zwingen, die Rundfunkstation zu überfallen, während ein aufgegriffenes, willfähriges Subjekt eine aufrührerische Rede in polnischer Sprache gehalten habe.

Die polnische Bank Ludowy (Volksbank) unterhielt mit Genehmigung deutscher Instanzen eine sehr üppig ausgestattete, aber wenig besuchte Niederlassung in Gleiwitz. Das Personal dieser Bank hoffte, in der irrigen Annahme, polnische Truppen würden bald in das Gebiet eindringen, einen Aufstand unter der polnischen Minderheit in Westoberschlesien organisieren zu können. Gleiwitz war nur eineinhalb Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, und zur Zeit der Sender-Affäre verschwand das Personal der Ludowy-Bank nach Polen. Die Gleiwitzer nahmen natürlich an, das Bankpersonal sei für die vorübergehende Besetzung des Senders verantwortlich, doch ist der von Geheimnissen umwitterte, tatsächliche

Vorgang eines der zahlreichen unaufgeklärten Ereignisse dieser Zeit geblieben.

Henderson unterrichtete Halifax über einige als authentisch bestätigte polnische Gewalttaten vor Ausbruch der Feindseligkeiten. Am 31. August 1939 hatten die Polen die Weichselbrücke bei Dirschau gesprengt, obwohl ihr Ostzugang auf deutschem Gebiet lag. Auf der Westerplatte besetzten sie eine Reihe von Danziger Anlagen und ließen sich am gleichen Tage mit den Danzigern in Kämpfe ein. Henderson setzte Halifax von diesen Vorgängen in Kenntnis, weil er ganz genau wußte, daß Kennard in Warschau keine Silbe darüber verlauten lassen würde. Göring hatte Henderson die feste Zusage gegeben, daß Hitler nicht auf der totalen militärischen Niederlage Polens bestehe, sondern bereit sei, die Kampfhandlungen einzustellen, wenn die Polen ein Zeichen gäben, daß sie bereit seien, über eine befriedigende Regelung zu verhandeln.

Während Dahlerus eine Antwort auf sein Reisegesuch nach England erwartete, führte er ein weiteres persönliches Gespräch mit Hitler. Die Stimmung Hitlers unmittelbar nach der Reichstagsrede war äußerst ermutigend. Da von London keine Antwort kam, fühlte sich Henderson bemüßigt, Dahlerus aufzufordern, das Foreign Office noch einmal von sich aus anzurufen. Dahlerus wurde am 1. September um 12 Uhr 20 mittags mit Sir Alexander Cadogan verbunden und es folgte ein heftiger Wortwechsel. Cadogan legte Dahlerus dringend nahe, von weiteren Vermittlungsversuchen Abstand zu nehmen, was der Schwede jedoch hartnäckig zurückwies. Er bestand stattdessen darauf, über die Faktoren zu sprechen, die zum Krieg in Polen geführt hätten. Cadogan tat entrüstet, da der Schwede „anzudeuten schien, die Polen hätten den Krieg an-

gefangen”. Er hielt es für einen Affront, das Verhalten eines Verbündeten Großbritanniens zu kritisieren. Dahlerus wurde dann sehr laut, Hitler habe vor fünfzehn Minuten versprochen, die Verhandlungen mit den Polen jederzeit wieder aufzunehmen. Ferner habe er verkündet, sein oberstes Ziel sei es, einen neuen Weltkrieg abzuwenden, und vor allem wünsche er erneute Gespräche mit den Briten.

Kühl erkundigte sich Cadogan, worüber Hitler zu sprechen wünsche. Der Schwede erwiderte ihm, er wünsche Großbritannien als Vermittler zu einem Waffenstillstand und einer Kompromifßlösung mit Polen. Cadogan konnte sich keine Grundlage für ein Gespräch vorstellen, auch nicht, was es zu besprechen gebe. Dahlerus bat um die Erlaubnis, nach England zu fliegen, und er setzte hinzu, Ogilvie-Forbes wünsche ihn zu begleiten, um den deutschen Fall vorzutragen. Cadogan sagte darauf, er könne in diesem Flug keinen Sinn erblicken, doch beharrlich blieb Dahlerus dabei, auf die Erlaubnis zu dringen. Schließlich erklärte Cadogan, er wolle die Frage seiner Regierung vorlegen. Der schwedische Ingenieur erklärte sich einverstanden, das Foreign Office nochmals um 1 Uhr 15 anzurufen.

Um 1 Uhr 25 gelang es Dahlerus, Cadogan wieder zu erreichen. Diesmal bekam er eine vernichtende Absage zu hören. Der ständige Unterstaatssekretär für Außenpolitik betonte mit Nachdruck, solange Deutschland in Polen marschiere, sei nichts zu machen. Die britische Regierung würde, wenn deutsche Truppen sich nicht aus Polen und Danzig zurückzögen, allen Verhandlungen ihre Unterstützung versagen. Dieses Gespräch gab der Mission von Dahlerus den Todesstoß. Es blieb abzuwarten, was die Italiener zuwegebrachten.

Chamberlain und Halifax klagen Hitler an

Die Abendausgaben der britischen Presse des 1. September berichteten erregt über den Krieg in Polen. Der Daily Telegraph lobte die Polen für die Nichtannahme des deutschen Angebots, in Berlin zu verhandeln. Die Rückkehr Danzigs zu Deutschland wurde offen als untragbar bezeichnet und die Marienwerder-Vorschläge als unmäßig. Die britischen Leser wurden aufgefordert, der „Weisheit der Polen" ihre Anerkennung zu zollen, weil sie es abgelehnt hätten, über eine Regelung zu verhandeln. Der News Chronicle erklärte, die britische Regierung habe Polen in erster Linie darum garantiert, weil die Polen nicht gewillt waren, die Rückkehr Danzigs zum Reich zuzulassen. Selbstbestimmung wurde als bequemer Deckmantel für das schlimmste aller Verbrechen hingestellt. Ganz offensichtlich würde der größte Teil des Britischen Empires ja wohl auch verlorengehen, wenn seine Bewohner ihre Untertanenschaft selbst bestimmen würden. Die Daily Mail behauptete, die maßvollen Marienwerder-Vorschläge seien ein Trick, um die Polen nach Berlin zu locken.

762

763

Premierminister Chamberlain sprach am 1. September um 6 Uhr 5 abends auf der britischen Kurzwelle zu Deutschland. Er erklärte: „Die Verantwortung für diese furchtbare Katastrophe liegt auf den Schultern eines Mannes, des deutschen Kanzlers." Diese aus dem Foreign Office inspirierte Rede des britischen Regierungschefs war plumpe Propaganda. Er behauptete, Hitler habe den Polen befohlen, nach Berlin zu kommen mit der unbedingten Verpflichtung, ohne Erörterung die deutschen Bedingungen zu akzeptieren, und zwar so, wie sie seien. Rundheraus bestritt er, daß

Deutschland die Polen aufgefordert hatte, normale Verhandlungen aufzunehmen. Beide Erklärungen waren unverhüllte Lügen, doch der polnische Fall stand auf so schwachen Füßen, daß es unmöglich war, ihn mit der Wahrheit zu verteidigen.

Auf schon festerem Boden stand Chamberlain mit der Behauptung, militärisch sehe die Lage für England besser aus als 1914. Die Briten hofften ihre Verluste 1939 auf einem Mindestmaß zu halten, denn sie würden den Einsatz ihrer Truppen auf dem Kontinent verringern und statt dessen versuchen, Deutschland aus der Luft zu pulverisieren. Es war ihnen gleichgültig, daß diese Strategie Frankreichs Position in einem größeren Ausmaß schwächte als 1914. Chamberlain lobte Mussolinis Friedensbemühungen, tat sie aber mit der Bemerkung ab, der italienische Führer habe „sein Bestes getan". Dann holte er das alte Schlagwort Englands aus dem 1. Weltkrieg wies der hervor, daß er keinen Streit mit dem deutschen Volk habe, sondern nur mit den Nationalsozialisten. Ähnliches war im 1. Weltkrieg über Kaiser Wilhelm II. lautgeworden, doch hatte der Sturz der kaiserlichen Regierung die Behandlung des deutschen Volkes in den tragischen Jahren der Weimarer Republik von November 1918 bis Januar 1933 nicht gemildert. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung erkannte 1939, daß sich Englands Feindschaft eher gegen sie als gegen Hitler richtete.

Halifax war rednerisch in seiner besten Form, als er am Abend des 1. September seine mit geschickter Heuchelei durchsetzte Rede vor dem House of Lords hielt. Seine Ausführungen waren vollendet auf die Mentalität seiner Zuhörer abgestimmt. Er wußte, sie wollten sich wie heilige Gralsritter in einem großen Kreuzzug gegen das Böse vorkommen. Bis zum äußersten mußte die unaufrichtige Appeasement-Politik der Briten von 1938 herhalten, als er

versuchte, Englands Vorgehen von 1939 zu rechtfertigen. Nichts sagte er darüber, daß Großbritannien sich 1938 aus rein taktischen Gründen, während es seine militärischen Vorbereitungen vervollständigte, von einem Angriff auf Deutschland zurückgehalten hatte. Der beste Beweis für den britischen Friedenswillen sei es, so erklärte er, daß der große Friedenspolitiker Chamberlain es sei, der die Nation in den Krieg führe. Unter normalen Umständen wäre der Widersinn dieses Satzes sofort aufgefallen, doch am 1. September 1939 nahm

man ihn als eindrucksvoll tiefschürfende Weisheit hin. Halifax behielt die Tatsache für sich, daß er die Führung der britischen Politik seit Oktober 1938 von Chamberlain übernommen hatte und daß die britische Nation ohne dieses Geschehen wahrscheinlich nicht in den Krieg ziehen würde. Er versicherte den Peers, Hitler müsse vor den Schranken der Geschichte für alles die Verantwortung auf sich nehmen; stolz setzte er hinzu, im Rückblick wünsche er, soweit es die Politik Englands angehe, nichts, aber auch gar nichts zu ändern. Mit Nachdruck hob er hervor, das Gewissen Englands sei rein.

Bonnet lehnt englisch-französisches Ultimatum ab

In Paris erfuhr Bonnet mit größter Entrüstung, welche nichtssagenden Instruktionen Lipski am Nachmittag des 31. August von Beck erhalten hatte. Bonnet hatte Lukasiewicz bewogen, Beck zu kabeln, Frankreich bestehe auf direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, doch fand dieser Schritt ohne die britische Unterstützung nicht den geringsten Widerhall. Der französische Außenminister kam

zu dem Schluß, daß bei einer allgemeinen Konferenz wohl mehr herauskommen werde als bei den deutsch-polnischen Gesprächen. Was ihm dagegen Sorge bereitete, war die britische Unnachgiebigkeit. Der französische Botschafter Corbin wies Bonnet aus London warnend darauf hin, daß die Briten jeden Konferenzvorschlag von vornherein damit unwirksam zu machen beabsichtigten, daß sie als unerfüllbare Forderung die vorherige Demobilisierung Deutschlands zur Bedingung machten. Corbins Warnung traf einige Stunden vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges ein. In der gleichen Absicht verlangten die Briten den Verzicht Deutschlands auf Danzig. Wesentlich ist, daß sie mit oder ohne den Ausbruch der Feindseligkeiten in Polen eine Konferenz zu verhindern suchten.

Bonnet wollte sich von Corbins Warnung nicht einschüchtern lassen. Er empfahl daher Daladier, daß Frankreich jede Konferenz unterstützen müsse, auf der unter Heranziehung der Polen auch allgemeine europäische Fragen erörtert werden könnten. Man könne ja die Konferenz einfach vertagen, falls Hitler zu viel fordere. Daladier war bereit, diesen Vorschlag anzunehmen. Die Mehrheit des französischen Kabinetts gab ohne Schwierigkeit ihre Einwilligung. Bonnet stimmte einem Antrag Daladiers zu, daß der Konferenzplan direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen nicht ausschließen solle. Der persönliche Vorstoß Chamberlains kurz vor dem Zusammentritt des französischen Kabinetts, um den französischen Premier zu bewegen, weitere Verhandlungen mit den Deutschen abzulehnen, blieb erfolglos.

Bonnet besaß jetzt für seine Verhandlungspläne die rückhaltlose Unterstützung seiner Regierung. Er rief Corbin in London an und gab ihm die Weisung, das Foreign Office von dem letzten Beschluß Frankreichs in Kenntnis zu

setzen. Außerdem wünsche er unverzüglich die britische Stellungnahme zu erfahren. Kurze Zeit darauf antwortete ihm Corbin, die britischen Diplomaten seien zur Zeit zu keiner Stellungnahme bereit. Das war die letzte Nachricht, die Bonnet aus London bekam, ehe er von dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges erfuhr.

Als Reaktion auf den Kriegsausbruch in Polen forderten die Briten ein sofortiges englisch-französisches Ultimatum an Deutschland. Bonnet, der hoffte, daß ein derartiges Ultimatum vermieden werden könne, wich aus, indem er sich der üblichen „britischen Hinhaltetaktik" bediente. Er antwortete, ein solcher Schritt könne erst nach dem Zusammentreten des Parlaments am 2. September in Erwägung gezogen werden, vorher sei es unmöglich. Die Briten hätten den Krieg gegen Deutschland schon am 1. September 1939 geführt, wenn sie Frankreichs Unterstützung dafür gewonnen hätten. Das französische Kabinett trat am 1. September um 10 Uhr 30 vormittags erneut zusammen, und wiederum erhielt Bonnet die Zustimmung zu seinen Verhandlungsplänen. Frangois-Poncet in Rom konnte nicht melden, ob Italien noch die Absicht habe, die Initiative zu einer Konferenz zu ergreifen, doch war Bonnet nunmehr ermächtigt, den Italienern mitzuteilen, daß Frankreich einen solchen Plan unterstützen würde.

Bonnet entwirft Protestnoten

Den Polen war es klar, daß ihre Herausforderung an Deutschland ein Glücksspiel war, das sie verlieren konnten, wenn die Franzosen und folglich auch die Briten ihnen den

Beistand verweigerten. So war ihnen sehr daran gelegen, der Ungewißheit ein Ende zu machen und eine Entscheidung herbeizuführen. Den Deutschen gelang es, innerhalb der ersten sechsunddreißig Stunden der Kämpfe fast die gesamten Luftstreitkräfte Polens zu vernichten; demzufolge ist es nicht verwunderlich, daß Beck am ersten Kriegstag von Großbritannien den Schutz des Luftraums verlangte. Kennard kabelte Halifax am 1. September um 2 Uhr mittags, Beck erhoffe am Nachmittag einen Luftangriff der Briten. Mittlerweile hatte Halifax erfahren, daß Bonnet sich weigerte, ein englisch-französisches Ultimatum an Deutschland am ersten Tag des Polenfeldzuges in Betracht zu ziehen. Die Franzosen gaben am 1. September die Generalmobilmachung bekannt, doch sollte das nicht unbedingt heißen, daß Frankreich die Absicht hatte, in den Krieg einzutreten. Auch im September 1938 hatte Frankreich zur Generalmobilmachung aufgerufen. Es war als Vorausplanung festgelegt worden, daß die Reserve im Fall des Kriegsausbruchs in Polen automatisch einberufen werden sollte.

Präsident Roosevelt präsentierte Deutschland und Polen seinen scheinheiligen Appell gegen Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung am 1. September 1939.

765

766

Lord Lothian hatte einige Tage zuvor aus Washington gemeldet, der amerikanische Präsident habe diesen Schritt zugunsten der Polen vor. Roosevelt erklärte, die Bombenangriffe der letzten Kriege gegen die Zivilbevölkerung „haben die Herzen jedes zivilisierten Mannes und jeder Frau krank gemacht“. Hitler antwortete dem Präsidenten noch am gleichen Tag. Er erklärte,

Roosevelts Botschaft stimme mit seinen eigenen Ansichten überein. Er begrüße eine öffentliche Erklärung kriegführender Regierungen, daß Luftangriffe auf Zivilpersonen in einem Krieg zu verurteilen seien. Noch am gleichen Abend erließ das Oberkommando der deutschen Wehrmacht einen besonderen Tagesbefehl gleichen Inhalts. In ihm wurden Äußerungen ausländischer Presseorgane über angebliche deutsche Angriffe gegen offene Städte entrüstet zurückgewiesen. Das Oberkommando betonte ausdrücklich, daß die Luftangriffe ausschließlich gegen militärische Ziele gerichtet seien. Diese Erklärung fand in der westlichen Presse nur spärlich Beachtung; sie veröffentlichte dafür Aufnahmen ermordeter Volksdeutscher als unschuldiger polnischer Opfer des deutschen Luftkriegs.

Es war Halifax am 1. September nicht gelungen, Bonnet zum Krieg gegen Deutschland zu überreden, doch tat er an diesem Tage alles in seiner Macht Stehende, um die Italiener von einem eventuellen Vermittlungsversuch abzubringen. Der britische Außenminister sah deutlich, daß ein von Frankreich unterstützter diplomatischer Schritt Italiens die Hauptbedrohung seiner Kriegspläne bildete. Sir Percy Loraine in Rom erhielt die Instruktion, Großbritannien sei dankbar für die bisherigen diplomatischen Bemühungen Italiens, doch müsse nachdrücklich betont werden, daß der Ausbruch des Krieges in Polen die militärische Intervention Englands gegen Deutschland unumgänglich mache. Der britische Botschafter hatte den Befehl, Mussolini diesen Standpunkt Englands mit großer Entschiedenheit vorzutragen.

Der britische Außenminister stellte am 1. September erfreut fest, daß Birger Dahlerus sich offenbar von der diplomatischen Bühne zurückgezogen habe. Der hartnäckige Schwede rief das Foreign Office an diesem Nachmittag an, um sich zu verabschieden und mitzuteilen,

daß er nach Stockholm zurückkehren werde. Er erklärte, gern wieder nach London kommen zu wollen, wenn die Briten ihre Ansichten geändert hätten und diplomatische Friedensbemühungen unterstützen würden. Dann gab er Görings Zusicherung weiter, daß die Deutschen niemals offene Städte bombardieren würden, wenn die Briten ebenfalls darauf verzichteten. Halifax wußte, daß die Bombardierung offener deutscher Städte die englische Formel für den Sieg bedeutete und daß sie nach dem Ausbruch eines deutsch-englischen Krieges ihre Anwendung finden würde. Zu seinem größten Verdruß mußte Halifax etwas später zur Kenntnis nehmen, daß Göring Dahlerus bewogen hatte, seine Vermittlungsversuche fortzusetzen.

766

767

Halitax entschloß sich, erneut einen Versuch zu unternehmen, Frankreich zum Kriegseintritt gegen Deutschland am 1. September zu bewegen. Er rief Bonnet um 5 Uhr nachmittags an und legte ihm nahe, die Botschafter Englands und Frankreichs in Berlin sollten noch am gleichen Tag ihre Pässe verlangen. Es sei am richtigsten, wenn England und Frankreich den Krieg gegen Deutschland genau an dem Tag beginnen würden, an dem der Krieg in Polen angefangen habe. Vor allem werde das den Anschein erwecken, als sei der deutschpolnische und der englisch-französische Krieg gegen Deutschland ein und derselbe Krieg. Der französische Außenminister lehnte es rundweg ab, mit dieser Hast in den Krieg gegen Deutschland gestürzt zu werden. Halifax blieb jedoch dabei, Großbritannien und Frankreich müßten sofort auf den Krieg in Polen reagieren. Nach langem Wortgefecht brachte Bonnet Halifax dazu, sich mit einem Schritt in Berlin einverstanden zu erklären, der einem englisch-französischen Ultimatum an Deutschland

ähneln, aber keinen definitiven Charakter haben sollte, da es nicht befristet war.

Dieser sonderbare Schritt, den Halifax aus Verzweiflung akzeptierte, illustriert die diplomatische Wendigkeit Bonnets. Um 5 Uhr 45 nachmittags drahtete Halifax an Henderson seine Instruktionen für die geplante englisch-französische Demarche. Die Botschafter Englands und Frankreichs sollten Deutschland warnen, die Verpflichtungen ihrer Länder an Polen würden eingelöst, wenn sie über die Einstellung „aller Angriffshandlungen gegen Polen nicht befriedigende Zusagen erhielten". Das war von Bonnet mit Bedacht formuliert worden, um die Forderung, daß die Deutschen sich regelrecht aus Polen zurückzuziehen hätten, zu umgehen. Das Fehlen einer zeitlichen Begrenzung ließ Frankreich für Abmachungen mit Deutschland völlig freie Hand. Der französische Botschafter Coulondre hat später mit übertriebener Zurückhaltung bemerkt, diese Note sei weithin von allen jenen kritisiert worden, die unmittelbar Krieg mit Deutschland wollten, aber es sei das einzige gemeinsame Vorgehen Englands und Frankreichs gewesen, das Halifax zu diesem Zeitpunkt habe zustandebringen können und das wahrscheinlich besser sei als nichts. Es dürfte wohl niemand überraschen, daß Hitler durch den englisch-französischen Schritt in die allergrößte Verlegenheit kam und nicht wußte, ob er von den Westmächten Ultimaten erhalten habe oder nicht.

Henderson begab sich am 1. September abends 9 Uhr zu Ribbentrop und überreichte ihm die britische Note. Ribbentrop bestritt, daß die militärischen Operationen Deutschlands gegen Polen eine „aggressive Handlung" darstellten. Deutschland habe versucht, zu einer friedlichen Verständigung mit Polen zu gelangen und der Krieg sei die Folge der polnischen Unnachgiebigkeit. Der Botschafter, der Ribbentrop im stillen zustimmte, versuchte nicht, diesen

Punkt zu bestreiten. Er bat den deutschen Außenminister lediglich, Hit-

767

768

ler die Note zu übermitteln und ihn zu unterrichten, daß London so bald wie möglich eine Antwort haben möchte. Ribbentrop gab seine Zustimmung. Darauf vertraute Henderson ihm an, Halifax versuche, dem deutschen Außenminister fehlerhaftes Verhalten nachzuweisen, weil dieser Henderson am 30. August keine Abschrift der Marienwerder-Vorschläge ausgehändigt habe. Beide Männer wußten indessen, daß dieser Vorfall sich aus Ribbentrops Ungewißheit über die Auffassung von Hitlers Instruktionen ergab und kurz darauf mit der Übermittlung der Vorschläge durch Göring an Henderson bereinigt worden war. Dennoch war Ribbentrop durchaus bereit, Henderson eine genaue Erklärung dafür zu geben.

Nach diesem eingehenden Gespräch berichtete der britische Botschafter an Halifax, Ribbentrops Erklärung sei umfassend und befriedigend gewesen und sein Verhalten „höflich und zuvorkommend“. Henderson war entschlossen, der Legende ein Ende zu machen, der Botschafter Seiner Majestät sei in Berlin unhöflich behandelt worden. Henderson gab der Befürchtung Ausdruck: „Hitlers Antwort (auf die britische Note) wird ein Versuch sein, den Krieg mit Großbritannien und Frankreich zu vermeiden, doch wird sie schwerlich so ausfallen, daß wir sie akzeptieren können.” Der Botschafter hatte keine Ahnung, daß Hitler sich tags darauf einverstanden erklären würde, die militärischen Operationen in Polen einzustellen, wenn die Briten an einer diplomatischen Konferenz teilnehmen würden. Henderson setzte hinzu, Göring habe Dahlerus veranlaßt, noch in

Deutschland zu bleiben, in der Hoffnung, dieser werde so bald wie möglich in der Lage sein, seine Vermittlungsversuche wiederaufzunehmen. Hendersons Bericht ließ Halifax jedoch gänzlich unbeeindruckt. Er hatte Raczynski um 10 Uhr vormittags des gleichen Tages mitgeteilt, es sei auch nicht mehr im geringsten daran zu zweifeln, daß Großbritannien zur Unterstützung Polens in den Krieg eintreten werde.

Kennard hatte in Warschau kurzen Prozeß gemacht mit dem am 31. August spät eingetroffenen Vorschlag von Halifax, es werde sich aus Propagandagründen als zweckmäßig erweisen, Beck zu empfehlen, die Weisung zur Entgegennahme der deutschen Vorschläge zu geben. Der britische Botschafter in Polen gestand, er habe es versäumt, während der letzten Stunden des Friedens zwischen Polen und Deutschland Beck gegenüber diese Anregung zu erwähnen. Für sein eigenmächtiges Verhalten gab er eine überaus ungewöhnliche Erklärung ab. Er behauptete, Lipski sei schon bei Ribbentrop gewesen, ehe Halifax’ Vorschlag in Warschau eingetroffen sei. Aus diesem Grunde habe es sich erübrigt, diese Angelegenheit mit Beck zu besprechen. Das war reine Phantasie, denn als Halifax Kennard seine Instruktionen gab, wußte er bereits von Lipskis sinnlosem Besuch bei Ribbentrop. Trotzdem war der britische Außenminister mit einer derartigen Erklärung Kennards zufrieden.

768

769

Am 1. September 10 Uhr abends empfing Ribbentrop den französischen Botschafter Coulondre. Die britischen und französischen Protestnoten gegen den Krieg in Polen waren gleichlautend und wiederum wies Ribbentrop „die darin

vertretene Auffassung einer deutschen Aggression gegen Polen" zurück. Sofort nach seiner Unterredung mit Coulondre kabelte er nach Budapest, er erwarte nicht, daß Ungarn Deutschland militärischen Beistand gegen Polen anbiete, aber er hoffe, es werde von einer ausdrücklichen Neutralitätserklärung Abstand nehmen. Er wußte, daß keine Aussicht auf einen polnischen Angriff gegen Ungarn bestand, doch sollte der Eindruck entstehen, als stünden die Ungarn in dem Streit mit Polen auf deutscher Seite.

Der ungarische Außenminister Csaky hielt Ribbentrops Standpunkt für vertretbar. Die Ungarn hatten bis zum letzten Augenblick gehofft, es würde zwischen Deutschland und Polen keinen Krieg geben, was sie aber nicht davon abhielt, klar zu erkennen, daß Deutschland in dem Streit die bessere Position hatte als Polen, zumal da sie den Polen bei zahlreichen Gelegenheiten vergeblich nahegelegt hatten, Danzig doch zu Deutschland zurückkehren zu lassen.

Csaky ließ Ribbentrop wissen, die ungarische Presse unterstreiche die polnische Verantwortung für den Ausbruch des Krieges mit Deutschland. Überdies sandte die ungarische Regierung eine Note an Deutschland und gelobte darin unverbrüchliche Freundschaft. Sehr erfreut nahm Ribbentrop eine Zusicherung des Diktators Antonio de Oliviera Salazar entgegen, daß Portugal trotz des alten Bündnisses mit Großbritannien in einem deutsch-englischen Krieg neutral bleiben würde. Dieses Bündnis hatte Lissabon im 1. Weltkrieg bewogen, Deutschland anzugreifen. Es war Ribbentrop bekannt, daß Spanien erheblichen Druck auf Portugal im Hinblick auf die Wahrung der Neutralität der beiden iberischen Länder ausgeübt hatte.

Der italienische Vermittlungsversuch

Der italienische Botschafter Arone in Warschau kabelte Ciano am 1. September in großer Bedrängnis, seine Botschaft sei von polnischer Polizei belagert. Er habe sich an das polnische Außenministerium gewandt, um aus dieser Gewalt befreit zu werden, doch sei von dort die Antwort gekommen, man habe sich zu diesen „Schutzmaßnahmen" genötigt gesehen, weil man Zweifel an der Haltung Italiens in dem Konflikt zwischen Deutschland und Polen hege. Ciano wies Arone an, den Polen zu versichern, Italien beabsichtige nicht, in dem Konflikt zu intervenieren. Doch die Polen blieben skeptisch. Es bedurfte beträchtlicher Anstrengungen, um die Befreiung Arones aus seiner unfreiwilligen Haft durchzusetzen.

Ciano, der immer noch einen Überraschungsangriff der Briten auf Italien fürchtete und darum alles zur Beseitigung dieser erschreckenden Möglichkeit

aufbot, sagte zu Loraine am 1. September, daß die bisherigen Bindungen zwischen Deutschland und Italien sich stark gelockert hätten. Persönlich sei er empört, daß Deutschland mit den Kommunisten einen Pakt geschlossen habe, obwohl Mussolini Hitler seit Mai 1939 wiederholt zu diesem Schritt gedrängt hatte. Ohne die geringste Rechtfertigung setzte Ciano hinzu, daß er nunmehr „Reichsfeind Nummer eins" geworden sei, weil er angeblich Hitler gegenüber in Berchtesgaden im August 1939 einen festen Standpunkt vertreten habe. Angesichts der Tatsache, daß Ciano zu jener Zeit seine völlige Übereinstimmung mit Hitler zum Ausdruck gebracht hatte, war diese Behauptung äußerst lächerlich. Cianos Beteuerungen enthüllten deutlich, daß Italien sehr große Angst vor Großbritannien hatte.

Andrerseits war Ciano gegenwärtig, daß die Briten in der Vergangenheit schon häufig Überraschungsangriffe gegen neutrale Staaten unternommen hatten.

Ciano beruhigte sich allmählich im Hinblick darauf, daß die Westmächte die italienische Neutralität anerkannten, was ihn veranlaßte, Mussolinis Vermittlungspläne wiederaufleben zu lassen. Der italienische Außenminister besaß sehr wichtige Informationen, die Hitler noch unbekannt waren. Nach diesen Informationen ließ sich durchaus auf den guten Ausgang eines solchen Unternehmens hoffen. Guariglia hatte am Mittag des 1. September um 1 Uhr aus Paris gemeldet, Bonnet habe den Wunsch, eine diplomatische Lösung des deutsch-polnischen Konflikts zu unterstützen. Um 3 Uhr des gleichen Tages konnte der italienische Botschafter Mussolini eine Bitte Daladiers übermitteln, er möge sich auf dem Wege einer diplomatischen Aktion um eine Konferenz bemühen. Den französischen Führern war es offensichtlich ehrlich darum zu tun, einen Krieg zur Unterstützung Polens zu vermeiden. In dieser Hinsicht befanden sie sich mit ihrer Haltung in starkem Gegensatz zu den Briten. In einer geschickten diplomatischen Aktion konnte Italien diese Differenz benutzen, um England zugunsten einer Kompromißregelung unter Druck zu setzen.

Am Morgen des 2. September fühlte sich der französische Außenminister außerordentlich beunruhigt. Die Briten und Polen bedrängten ihn hart, in den Krieg einzutreten, und er hatte kein weiteres Zeichen von Ciano erhalten, daß Italien tatsächlich eine diplomatische Konferenz anzuberaumen vorhatte. Um 9 Uhr vormittags war Lukasiewicz bei ihm erschienen und hatte Frankreichs Kriegseintritt gefordert. Es gelang Bonnet, einer bindenden Zusage auszuweichen, doch beklagte er sich hinterher, der polnische Botschafter

habe übermäßige „Ungeduld” in diesem Gespräch an den Tag gelegt.

Hitler mit einem Waffenstillstand und einer Konferenz einverstanden

Ciano und Mussolini hielten es für ratsam, sich Deutschlands volle Zu-

770

771

stimmung zu einer Konferenz zu sichern, bevor sie erneut an die Briten und Franzosen herantraten. In diesem Sinne hatte Ciano am 2. September, vormittags 10 Uhr, eine höchst bedeutsame Geheimbotschaft an Deutschland abgesandt. Sie enthielt die wichtige Enthüllung, daß die französischen Führer dringend um eine italienische Aktion mit dem Ziel einer diplomatischen Konferenz gebeten hätten. Ciano und Mussolini seien der Ansicht, man könne in letzter Minute noch die Zustimmung Großbritanniens und Polens zu angemessenen Friedensbedingungen erlangen. Italien werde einen Waffenstillstand vorschlagen, der ein Haltmachen der deutschen und polnischen Truppen in den augenblicklich bezogenen Stellungen vorsehe. Der Zusammentritt einer Friedenskonferenz könne dann innerhalb von zwei oder drei Tagen vereinbart werden. Der vordringliche Zweck der Konferenz sollte es sein, den deutsch-polnischen Streit auf der Basis eines Kompromisses, der die deutschen wie die polnischen Interessen berücksichtigte, zu schlichten.

Attolico kabelte um 10 Uhr 40 nach Rom, Ribbentrop befürchte, die Briten und die Polen würden mit Italien, Deutschland und Frankreich nicht zusammenarbeiten. Darum schlug er Weizsäcker vor, Hitler den Inhalt des

Vermittlungsplans telefonisch direkt zu übermitteln, und zwar sofort. Dieser Rat wurde von Ribbentrop und Weizsäcker gebilligt, und Hitler wurde von dem Inhalt des Ciano-Telegramms in Kenntnis gesetzt. Hitler war hocherfreut und befahl dem Auswärtigen Amt, bei Henderson zu sondieren. Das geschah, doch gestand der britische Botschafter zögernd, die britische Führung werde eine Lösung wahrscheinlich nicht ohne die Zurücknahme der deutschen Truppen bis zur Grenze akzeptieren. Attolico berichtete Ciano darauf, Hendersons Antwort habe die Deutschen entmutigt.

Ribbentrop setzte Attolico um 12 Uhr 30 mittags auseinander, Deutschland sei, als Cianos Telegramm eintraf, im Begriff gewesen, die britische und die französische Note vom vorhergehenden Tage ablehnend zu beantworten. Dann gestand er, er sei außerstande, zu entscheiden, ob diese Noten nun Ultimaten darstellten oder nicht. Nach Attolicos Ansicht waren es Ultimaten, doch erklärte er dann, sie seien durch die Nachricht aus Rom überholt, welche eine bedeutsame Zusicherung Frankreichs enthielt. Ribbentrop setzte dem entgegen, in diesem Fall sei es wohl ratsam, sich bei der französischen und der britischen Regierung zu erkundigen, ob ihre Noten vom Vortage ultimativen Charakter trügen. Man trug Hitler die Sache vor. Um 3 Uhr 15 nachmittags berichtete Attolico Ciano, Hitler habe entschieden, man könne die Planungen für eine Konferenz unmöglich fortsetzen, solange die Briten und Franzosen sich nicht deutlich zu ihren unklaren Noten vom Vortage geäußert hätten.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Bonnet immer noch nichts von Ciano gehört und seine Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens begann zu schwinden. Als

Ciano ihn dann anrief, erfuhr er zu seiner großen Freude, daß die Italiener einen wirksamen Vermittlungsversuch eingeleitet hätten. Der italienische Außenminister hörte schon an Bonnets Stimme, daß sein Unternehmen von seinem Kollegen in Paris wärmstens unterstützt wurde. Ciano bedeutete ihm, man bedürfe unbedingt einer Zusicherung, daß die Noten Frankreichs und Englands vom Vortage keine Ultimaten darstellten. Frangois-Poncet sei nicht in der Lage gewesen, diese wichtige Zusicherung in Rom abzugeben. Bonnet war der Urheber beider Noten und so sagte er sofort, er könne Ciano uneingeschränkt versichern, daß die Noten definitiv keine Ulimaten seien. Er wußte genau, in diesem Punkt mußten die Briten seine Entscheidung gezwungenermaßen anerkennen, doch er setzte hinzu, er werde vorsichtshalber Daladier und Halifax konsultieren, um eine gleichlautende Antwort zu erreichen.

Die Briten empfanden höchstes Mißfallen, daß die Noten vom 1. September keine Ultimaten seien, doch zögerte Sir Percy Loraine in Rom nicht, Cisano davon zu unterrichten, daß die britische Regierung Deutschland noch kein Ultimatum gestellt habe. Die ganze Aktion in Rom war eine Sache von Minuten gewesen und Ciano konnte Attolico alsbald versichern, man habe eine englisch-französische Erklärung erhalten, wonach Deutschland keine Ultimaten überreicht worden seien. Hitler versprach daraufhin, den italienischen Vermittlungsvorschlag wohlwollend in Erwägung zu ziehen, einschließlich der Einstellung deutscher militärischer Operationen in Polen. Die italienischen Diplomaten in Berlin waren von seinem Entgegenkommen angenehm berührt. Massimo Magistrati, ein beharrlicher Gegner des Stahlpaktes und führender diplomatischer Assistent Attolicos in Berlin, bemerkte, daß Hitler mit Bestimmtheit darauf aus sei, die deutschen

Operationen in Polen zu beenden, und schloß daraus, daß „Deutschland seine militärische und moralische Genugtuung bereits erhalten habe und äußerst glücklich sei, einen allgemeinen Konflikt vermeiden zu können (la Germania aveva gia avuto la sua saddisfazione militare e morale ed ora arebbe stata bon lieta di evitare una conflagrazione generale)". Am 2. September um vier Uhr nachmittags konnte Attolico Ciano kabeln, Deutschland stände dem italienischen Konferenzvorschlag positiv gegenüber. Ribbentrop hatte Attolico gedrängt, die italienischen Staatsmänner auf eine wichtige deutsche Ankündigung vorzubereiten, die spätestens am Sonntag, dem 3. September mittags erfolgen würde und den Plan beträfe, den Krieg in Polen zu beenden. Ciano war es innerhalb von sechs Stunden gelungen, Mussolinis Vermittlungsplan in Deutschland zum Sieg zu verhelfen.

Bonnet setzt sich für die Friedenskonferenz ein

Italiens Vermittlungsversuch erreichte mit der Annahme des Konferenzplanes durch Deutschland seine entscheidende Phase. Damit war der Zeit-

772

773

punkt gekommen, mit größtem Geschick die Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich über den Kriegseintritt auszunutzen. Hitler betrachtete die Chancen einer Regelung in letzter Minute mit Optimismus, doch wäre er sehr viel weniger hoffnungsvoll gewesen, wenn er am 2. September kurz nach 4 Uhr nachmittags das Telefongespräch zwischen Bonnet und Halifax mitgehört hätte. Es entstand in Bonnet der erschreckende Eindruck, daß Englands Foreign Secretary entschlossen war, den

Konferenzplan zunichtezumachen, ehe er den Polen vorgelegt wurde. Halifax verlangte ausdrücklich, die Deutschen müßten ihre Truppen aus Polen und Danzig vollständig zurückziehen, bevor Großbritannien und Frankreich sich herbeiließen, den Plan in Erwägung zu ziehen. Bonnet wußte genau, keine Großmacht würde sich eine solche Behandlung gefallen lassen. Er protestierte, Halifax' Haltung sei unvernünftig und wirklichkeitsfremd. Nach seiner Ansicht machten die Deutschen ein anerkennenswertes Zugeständnis, wenn sie einwilligten, ihren Vormarsch anzuhalten, doch Halifax lehnte diesen Standpunkt ab. Bonnet erinnerte sich an die heldenhaften Anstrengungen des Sozialistenführers Jean Jaures im Juli 1914, als er versuchte, Frankreich davon zurückzuhalten, für Serbien in den Krieg zu ziehen. Wegen dieser Versuche wurde Jaurès von fanatischen Gegnern ermordet, doch versuchte Bonnet jetzt, dieses Heldentum zu beschwören. Er war entschlossen, den Kampf um den Frieden trotz Halifax‘ Hinderungstaktik fortzusetzen.

Bonnet bedurfte aller ihm zu Gebote stehenden Entschlossenheit, um sich des ungeheuren Druckes von seiten der Briten, die Frankreich in den Krieg hineinziehen wollten, zu erwehren. Sir Alexander Cadogan rief Bonnet am 2. September 1939 um 5 Uhr nachmittags im Quai d'Orsay an. Mit aufreizender Selbstsicherheit bemerkte Cadogan, Englands Forderung nach Zurücknahme der deutschen Truppen rücke den Konferenzplan in weite Ferne. Es sei endlich an der Zeit, mit dem Krieg einen Schritt weiterzukommen. Halifax verlange ein sofortiges, gemeinsames Ultimatum Englands und Frankreichs an Deutschland, das am 2. September 1939 um Mitternacht ablaufen solle. Bonnet entgegnete, er habe vor, weitere Nachrichten über den Konferenzplan aus Italien abzuwarten.

Bonnet suchte nun im Alleingang, die Polen zur Annahme einer Konferenz zu bewegen. Kennard berichtete Halifax in großer Empörung aus Warschau, der französische Botschafter Noël sei nicht angewiesen worden, den Inhalt seiner letzten Instruktionen von Bonnet zu enthüllen. Allerdings bereitete es Kennard keine Mühe, von Beck eine Bestätigung dieser französischen Weisungen zu bekommen. Der polnische Außenminister teilte Kennard mit, Frankreich ersuche Polen um Einverständnis zu einer Fünfmächtekonferenz zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Polen. Hitler wurde nicht

mehr von dem Gedanken beunruhigt, daß Deutschland und Italien dabei nur zwei Stimmen haben würden, da er für eine friedliche Regelung der kräftigen Unterstützung durch Frankreich sicher sein konnte. Kennard empfahl Beck, den französischen Vorschlag zurückzuweisen. Halifax gegenüber gab er zu, Beck habe es abgelehnt, seine Stellungnahme zu dem Konferenzplan klar zu umreißen, doch werde nach Ansicht des britischen Botschafters Polens Antwort an Frankreich wahrscheinlich negativ ausfallen.

Am 2. September 1939 trat der polnische Sejm zu einer Sondersitzung zusammen. In seiner Eröffnungsansprache betonte der Vorsitzende, Pilsudski habe Polen gelehrt, nicht nur um seine Unabhängigkeit zu kämpfen, sondern auch, wie sie zu verteidigen sei. Die ukrainischen Sprecher im Sejm, die seit dem Abschluß des deutschrussischen Pakts vom 23. August 1939 mit Schrecken Ostpolen von einer sowjetischen Invasion bedroht sahen, boten der polnischen Regierung ihre volle Unterstützung an. Durch Sondergesetz wurde es den Mitgliedern des Sejm und des Senats

gestattet, in der polnischen Armee zu kämpfen. Premier Slawoj-Skladkowski ehrte Pilsudski in einer Gedenkrede. Eine polnische Militärkapelle spielte den Marsch der Ersten Brigade Pilsudskis aus dem 1. Weltkrieg und anschließend die polnische Nationalhymne „Jescze Polska nie Zginela!” (Noch ist Polen nicht verloren).

Der polnische Heeresbericht vom 2. September versuchte den Ernst der militärischen Lage Polens am zweiten Kriegstage zu verheimlichen. Es wurde der Abschuß von 37 deutschen Flugzeugen bei nur 12 eigenen Verlusten gemeldet und mit keiner Silbe erwähnt, daß tatsächlich die gesamten Luftstreitkräfte Polens am ersten Kriegstag vernichtet worden waren. Ebenso wurde die Vernichtung von 100 deutschen Panzern behauptet und die Tatsache besonders hervorgehoben, daß die polnische Garnison Westerplatte sich in Danzig mit Erfolg behauptet habe.

Die französische Deputiertenkammer und der Senat traten in Paris am 2. September um 3 Uhr nachmittags zusammen. Präsident der Kammer Herriot und Senatspräsident Jeannenay verlasen kurze Ansprachen. Die Hauptrede in der Kammer hielt Ministerpräsident Daladier, und im Senat Vizepräsident Chautemps. Beide Männer sprachen maßvoll und traten für eine friedliche Lösung der europäischen Krise ein.

Zweck dieser Sitzung war, der französischen Regierung vollkommen freie Hand für eine Politik zu lassen, die zum Frieden wie zum Krieg führen konnte. Ein Antrag auf eine Geheimsitzung und eine eingehende Debatte politischer Maßnahmen in der Kammer wurden abgelehnt. Ohne Debatte wurde über umfassende Mobilmachungs-Kredite und über eine mögliche Teilnahme Frankreichs am Krieg abgestimmt. Pierre Laval betonte vor dem Senat mit großem

Nachdruck, es sei verfassungswidrig, wenn sich die Regierung an Feindselig-

774

775

keiten beteilige, ohne vorher das Parlament um eine Kriegserklärung ersucht zu haben. Dieses galt unter französischen Politikern als eine äußerst umstrittene Frage. Doch hielt Laval mit einer eigenen Stellungnahme zur Krise nicht zurück. Er stimmte Bonnet zu, daß die Polen ihre Verpflichtungen Frankreich gegenüber vernachlässigt hätten, und meinte zu Daladier unmißverständlich, eine vorbehaltlose Kriegserklärung an Deutschland bedeute für Frankreich Selbstmord.

Halifax' fester Entschluß, Frankreich in den Krieg zu treiben

Halifax wurde durch die Neigung der französischen Regierung, sich um neue Wege zum Frieden zu bemühen, alarmiert. Er kabelte dem britischen Botschafter Phipps nach Paris, die Haltung Frankreichs gebe London zu schweren Bedenken Anlaß. Verächtlich setzte er hinzu: „Wir werden für alles dankbar sein, was Sie tun können, um Herrn Bonnet Mut und Entschlossenheit einzuflößen." Halifax war an einem Punkt angelangt, wo er jeden als einen Feigling zu brandmarken bereit war, der sich mit seinem verhängnisvollen Kriegsplan nicht einverstanden erklärte. In einer kurz darauf folgenden Nachricht setzte Halifax Phipps auseinander, er werde ein Vertrauensvotum des französischen Parlaments als Auftrag des französischen Volkes zum Krieg gegen Deutschland auslegen. Bonnet versuchte auf Phipps und Halifax unter Hinweis auf die Tatsache einzuwirken, daß sich die deutsche Luftwaffe in

Polen streng auf militärische Ziele beschränke. Außerdem habe Hitler einen Beweis des guten Willens geboten und damit sein Versprechen eingelöst. Phipps konnte daraufhin Halifax lediglich berichten, die Franzosen seien bereit, falls der Vermittlungsversuch Italiens fehlschlage, eine gemeinsame Note an die Deutschen in Erwägung zu ziehen, doch setzten sie nach wie vor ihre Zuversicht in diesen Plan.

Die Franzosen beharrten „energisch“ darauf, man müsse, falls der Konferenzplan scheitere, ein Ultimatum auf mindestens achtundvierzig Stunden befristen. Daladier hatte zu Bonnet gesagt, er werde auf keinen Fall den Beginn der Feindseligkeiten vor der Nacht vom 4. auf den 5. September zulassen. Der amerikanische Botschafter Bullitt unterrichtete Präsident Roosevelt, die Franzosen rechneten mit weiteren Versuchen Deutschlands, den Ausbruch eines allgemeinen Krieges zu verhindern. Andrerseits bombardierte Kennard Halifax mit Forderungen, Großbritannien und Frankreich sollten Deutschland unverzüglich angreifen. Dann sondierte er unter sowjetischen Diplomaten, um herauszubekommen, ob die Russen gewillt seien, den Polen Kriegsmaterial zu liefern. Dieses Hirngespinst reizte Kennard mehr als die greifbaren Konferenzvorschläge Italiens und Frankreichs.

Sir Percy Loraine berichtete Halifax am späten Nachmittag des 2. September,

775

776

Hitler habe einem Waffenstillstand und einer internationalen Konferenz zugestimmt und sei mit Plänen zur Einstellung der deutschen Kampfhandlungen in Polen beschäftigt. Der deutsche Führer hatte erklärt, er könne die

Kampfhandlungen in Polen an allen Abschnitten bis Sonntagmittag, den 3. September, abstoppen. Ciano teilte Loraine mit, Bonnet sei bereit, Hitlers Bitte um weniger als einen Tag zwecks Vorbereitung eines Waffenstillstandes am 2. und 3. September zu entsprechen. Er bedeutete Loraine, daß ihn diese Nachricht ungemein erfreue.

Ciano rief Halifax an, kurz bevor Cadogan um 5 Uhr mit Bonnet sprach. Der italienische Außenminister glaubte nicht recht zu hören, als Halifax seine vorher zu Bonnet geäußerte Erklärung wiederholte, daß die britische Regierung den italienischen Konferenzplan erst dann in Erwägung ziehen werde, wenn Deutschland Polen bis zum letzten Mann geräumt habe. Ciano war erstaunt, daß Halifax Hitlers Bereitschaft, sein Entgegenkommen durch Einstellen der Feindseligkeiten zu zeigen, einfach ignorierte. Er versicherte Halifax, es müsse als großer Erfolg betrachtet werden, Hitlers Bereitschaft zum Einstellen der Kampfhandlungen am 3. September und zur Teilnahme an der Konferenz am nächsten Tag zu erwirken. Nachdrücklich hob er hervor, Englands Forderung nach Zurücknahme der deutschen Truppen sei völlig ohne jede Vernunft und würde jede Chance einer friedlichen Regelung zunichtemachen.

Die letzte Äußerung Cianos gab Aufschluß über sein fatales Versagen in einer systematischen und gründlichen Beurteilung der Lage. Es war ihm völlig entgangen, daß der Kriegseintritt Englands von der Zustimmung Frankreichs abhing und die Briten seinem Friedensplan nichts hätten anhaben können, solange Frankreich ihn stützte. Es gibt tatsächlich keinen Beweis, daß Ciano auch nur einmal diesen Aspekt der Lage in Erwägung gezogen hat. Als er sagte, die Briten hätten es jetzt gewissermaßen in der Hand, einen friedlichen Ausgleich unmöglich zu machen, bestätigte er damit lediglich das, was Halifax erhoffte. Seine Äußerung gab Halifax regelrecht neuen Mut. Der

entscheidende Augenblick für die italienischen Vermittlungsbemühungen war gekommen. Doch wurde Ciano von seiner Empörung über die britische Unversöhnlichkeit so übermannt, daß ihm keine passenden Erwiderungen einfielen. Er hätte Halifax höhnisch entgegenhalten müssen, daß die Franzosen über die Krise gänzlich anders dächten und daß er bezweifle, ob Großbritannien Deutschland ohne den Beistand Frankreichs herausfordern könne. Dies hätte Halifax vielleicht dazu gebracht, einige jener beleidigenden Bemerkungen über die französischen Führer von sich zu geben, die er bereits insgeheim vor seinen Diplomaten gemacht hatte. Die Situation wurde noch dadurch erschwert, daß Ciano weiterhin Halifax in dem gleichen Augenblick fürchtete, in dem er sich über ihn entrüstete. Er fürchtete Englands militärische Stärke und scheute sich im Hinblick auf

776

777

mögliche Repressalien gegen Italien, Halifax die Stirn zu bieten. Das in höchster Erregung geführte Gespräch mit Halifax, das in Wirklichkeit kurz und ergebnislos war, machte Ciano völlig mutlos.

Schon einmal, während der Sitzung des französischen Verteidigungsrats am 23. August 1939, hatte die bedauerliche, militärische und diplomatische, Schwäche Italiens entscheidend dazu beigetragen, Bonnets Versuch einer politischen Kursänderung Frankreichs zu vereiteln. Ebenso entscheidend lähmte sie den italienischen Vermittlungsversuch vom 2. September 1939. Halifax hatte lediglich geblufft, und zwar in der Erkenntnis, daß sein Bluff bei dem italienischen Respekt vor der militärischen Stärke Englands den gewünschten Erfolg haben werde. Ciano

erhielt unmittelbar nach seiner Unterredung mit Halifax von Attolico die Nachricht, Hitler halte sich mit seiner Antwort auf die britische und französische Note vom 1. September noch zurück, weil er mit Spannung das Ergebnis des italienischen Vermittlungsversuchs erwarte. Ciano konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß er Hitler in seinem letzten Gespräch mit dem britischen Außenminister zum zweiten Mal im Stich gelassen habe. Diese Situation bekommt eine besonders tragische Bedeutung, wenn man, der Zeit vorauseilend, bedenkt, daß es Frankreich, Italien und Deutschland trotz ihrer Anstrengungen, den Ausbruch des 2. Weltkrieges abzuwenden, bestimmt war, vernichtende Niederlagen in dem herannahenden Krieg zu erleiden.

Sir Percy Loraine beeilte sich, Halifax zu unterrichten, Ciano habe, ehe er seinen letzten diplomatischen Vorstoß in Paris und London eingeleitet habe, sich der vollen Unterstützung Deutschlands für eine solche Konferenz versichert. Halifax bezweifelte das keineswegs. Er war sich im Gegensatz zu Ciano der entscheidenden Bedeutung des französischen Standpunkts bewußt und sich darüber klar, daß Bonnet die Initiative ergreifen und einen Kurswechsel in England und Polen zu erzwingen versuchen würde. In seinen Instruktionen an Phipps behauptete er fälschlicherweise, Hitler verzögere seine Antwort auf die französische und britische Note vom Vortage so lange, bis er ein ausreichend großes Gebiet besetzt habe, um auf der Grundlage der Marienwerder-Vorschläge verhandeln zu können. Dieses Argument konnte kaum Wirkung auf Bonnet haben, weil er gegen eine Regelung in Polen auf der Grundlage des Marienwerder-Plans nichts einzuwenden hatte. Auch bereitete es Bonnet eine gewisse Genugtuung, daß Hitler die Herausforderungen Polens endlich mit einem militärischen Vorgehen beantwortete. Er bedeutete Anatole de Monzie, dem Minister für Öffentliche Arbeiten, er hoffe,

es werde nun ruhig werden um die uralte These, daß ein geringes Maß an Festigkeit genüge, um die angebliche deutsche Blufferei als solche entlarven zu können. Schon seit langem war es Bonnet klar, daß Hitler in einer schwierigen Lage eher kämpfen als kapitulieren würde,

777

778

Die Briten fühlten sich durch einige der Cadogan gegenüber geäußerten Bemerkungen Bonnets in dem Telefongespräch um 5 Uhr nachmittags beunruhigt. Der französische Außenminister weigerte sich, einzusehen, daß die Zurücknahme der deutschen Truppen aus Polen die unerläßliche Voraussetzung für eine Konferenz sein müsse. Er hatte gewarnt, er werde diese Frage im Kabinett vorlegen. Halifax fürchtete natürlich, Bonnet würde das Kabinett überreden, dem Konferenzplan unter den gleichen Bedingungen zuzustimmen, die Hitler akzeptiert hatte. Wenn dies geschah, das wußte Halifax genau, dann mußten seine Kriegspläne scheitern und es würde ihm keine andere Wahl bleiben, als den Franzosen zu folgen und den Konferenzplan anzunehmen. Infolgedessen war er entschlossen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den italienischen Vermittlungsplan zunichte zu machen, bevor das französische Kabinett zu einer Entscheidung kam.

Halifax war über Bonnets Erklärung bestürzt, Lukasiewicz habe es bisher unterlassen, ein formelles Gesuch Polens um französischen Beistand vorzulegen. Aus dieser Erklärung konnte er schließen, daß Bonnet persönlich sich nach wie vor einer bindenden Zusage widersetzte, zugunsten Polens Krieg zu führen. Der britische Außenminister unternahm einige taktische Vorstöße, um die Situation wieder in die Hand zu bekommen. Er entschloß sich, die französische

Regierung unter Druck zu halten, ihre Beratungen so schnell wie möglich zu beenden. Nach seiner Ansicht würde Bonnet dann möglicherweise nicht genügend Zeit finden, seine Ministerkollegen für einen Wechsel der französischen Politik zu gewinnen. Als Bonnet ihm mitteilte, das Kabinett werde wahrscheinlich nicht vor 9 Uhr abends zu einer Entscheidung kommen, gab er seinem gespielten Entsetzen Ausdruck. Er wandte in Paris alle möglichen Druckmittel an, so daß Bonnet das Zugeständnis schließlich machte, das Kabinett werde sich bemühen, seine Beratungen bis 8 Uhr abends zu beenden.

Phipps warnte Halifax, es herrschten unter den Eranzosen starke Stimmung für eine ausgehandelte Regelung und Abneigung gegen den Krieg. Er führte dazu die maßvolle Erklärung aus der Rede Daladiers in der Kammer am gleichen Nachmittag an: „Wenn jetzt noch Vernunft regiert, würde Frankreich bereit sein, für den Frieden zu wirken." Diese Erklärung wurde von allen Fraktionen der Kammer mit lautem Beifall erwidert. Der polnische Botschafter Lukasiewicz hatte die Vorgänge mit finsterem Schweigen beobachtet, geriet jedoch in höchste Aufregung, als er die Erklärung Daladiers vernahm und den Widerhall, den sie hervorrief.

Loraine wies Halifax warnend darauf hin, daß Ciano laut den klaffenden Gegensatz in der Reaktion der Briten und der Franzosen auf seine Vermittlungsbemühungen herausstelle. Vom Standpunkt Halifax' aus bestand die ernste Gefahr, daß dem italienischen Außenminister ganz plötzlich die Tat-

sache aufgehen könnte, daß Frankreich und nicht England die Schlüsselstellung in dieser Lage hatte. Ciano lobte Bonnet fortgesetzt und erklärte, seine Antwort sei „entgegenkommender und bereitwilliger“ als die von Halifax. Dieser war wütend, als er um 6 Uhr abends den Bericht las. Unverzüglich wies er Phipps an, einen starken Protest gegen Frankreich zu erheben. Er stellte fest, „die Stellungnahme der französischen Regierung bringe Seiner Majestät Regierung in erhebliche Verlegenheit“, und beklagte sich bitter, er wisse immer noch nicht, welchen Standpunkt Frankreich zu der britischen Forderung nach Zurücknahme der deutschen Truppen aus Polen einnehme. Dazu räumte er ein, er habe keinen Grund zu der Annahme, daß die französischen Führer diese als eine gültige Forderung anerkennen würden. Und sollte der Konferenzplan fehlschlagen, so sei er ganz entschieden gegen ein achtundvierzigstündiges Ultimatum. Die britischen Marinefachleute beklagten sich bereits, es werde vielen deutschen Handelsschiffen gelingen, dem Zugriff zu entkommen und die britischen Seestreitkräfte in ihrem Vorgehen zu behindern.

Phipps erwiderte ihm, es sei ihm unmöglich, diesen Protest sofort zu übermitteln, das Kabinett sei noch in der Sitzung. Der britische Botschafter, welcher insgeheim den Frieden begünstigte, setzte ruhig hinzu, in jedem Fall werde Halifax wahrscheinlich zwischen 8 und 9 Uhr abends eine Antwort auf alle ihn beunruhigenden Fragen erhalten. Sofort erkannte Halifax, daß er keine weitere Möglichkeit mehr hatte, vor dem Ende der schicksalsträchtigen Kabinettssitzung noch irgendwelchen Druck auf die französischen Führer auszuüben. Er wußte, Bonnet werde es in der Sitzung bis zum äußersten versuchen, die französische Regierung für einen friedlichen Ausgleich zu gewinnen, und so befürchtete er, Bonnets Absicht könnte gelingen und die französische Regierung würde die Sitzung

mit dem festen Vorsatz verlassen, auf einer Konferenz zu bestehen. Die Aussicht auf das endgültige Dahinschwinden aller seiner Hoffnungen auf den Krieg gegen Deutschland konnte Halifax nicht ertragen.

Halifax täuscht Ciano

Halifax entschloß sich in dieser Lage zu einem verzweifelten Spiel. Er rief Ciano um 6 Uhr 38 abends in der Absicht an, die gegenwärtige Stellung der britischen Regierung bewußt falsch darzustellen. Die Franzosen hatten noch nichts über ihre endgültige Antwort auf den italienischen Vermittlungsplan verlauten lassen. Die britische Regierung ihrerseits hatte nicht die Absicht, gegen Deutschland ohne französische Unterstützung vorzugehen. Halifax entschloß sich trotzdem, Ciano zu sagen, ihm sei die letzte britische Antwort bekannt und diese sei negativ. Zwar war es eine unverschämte Lüge, aber seit der Tilea-Lüge im März 1939 hatte die britische Politik zu einem großen Teil aus einem Netz bewußter Lügen bestanden.

779

780

Halifax bedeutete Ciano, die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Polen sei die wesentliche Voraussetzung für jede Konferenz, Großbritannien und Frankreich seien sich in diesem wichtigen Punkt vollkommen einig. Ciano gewann den falschen Eindruck, Bonnet habe dieses verhängnisvolle Manöver der Briten zur Verhinderung einer Konferenz bereits hingenommen, bevor er sich zur Kabinettssitzung begab, welche immer noch anhielt. Halifax hatte die Nachricht erhalten, daß Professor Burckhardt noch in Kowno, der Hauptstadt Litauens, weile, etwa 400 km von Danzig entfernt. Mit Nachdruck betonte er Ciano gegenüber,

Großbritannien verlange die Wiedereinsetzung des Völkerbundskommissars und seiner Befehlsgewalt, bevor man die Möglichkeit einer Konferenz in Erwägung ziehe. Verzweifelt suchte Ciano ihn zu unterbrechen, um zu sagen, daß Hitler diese Voraussetzungen unmöglich vor seiner Teilnahme an einer Konferenz in den nächsten Tagen erfüllen könne. Halifax' Phantasie schien unerschöpflich im Erfinden unüberwindlicher Hindernisse für eine erfolgreiche Konferenz zu sein. Schließlich unterbrach Ciano ihn, um ihm klarzumachen, daß allein „die Zurückziehung der Truppen als Bedingung den ganzen Plan für Hitler unmöglich machen würde." Der italienische Außenminister konnte die sinnlosen und sadistischen Peitschenhiebe gegen den sterbenden Friedensengel nicht mehr länger ertragen. Er argwöhnte, Halifax werde keine Minute Zeit verschwenden, um der ganzen Welt die Vernichtung des Konferenzplans zu verkünden. Es kam ihm überhaupt nicht in den Sinn, daß Halifax die Kühnheit besitzen könnte, die offizielle Stellungnahme Frankreichs zum Konferenzplan regelrecht zu fälschen. Vergeblich bat er Halifax, den britischen Standpunkt gegenüber einer Konferenz nicht im Unterhaus zu erörtern.

Es stand nicht in Cianos Macht, Chamberlain daran zu hindern, um 7 Uhr 30 im Unterhaus den Friedensbemühungen Italiens den Gnadenstoß zu versetzen. Der britische Premier legte eine lügenhaft entstellte Version der ganzen Planung dar, deren einziges Ziel es war, den Frieden zu wahren. Er behauptete, Großbritannien könne nicht einwilligen, auf einer Konferenz zu verhandeln, solange polnische Städte bombardiert würden und polnisches Land der Invasion preisgegeben sei. Chamberlain wußte sehr wohl, daß Hitler sich einverstanden erklärt hatte, alle Kampfhandlungen als notwendige Voraussetzung für eine Konferenz einzustellen, doch auf Halifax' Geheiß zeigte er sich willig, jede Lüge vorzubringen, und wenn sie noch so

verabscheuenswert war, um den Frieden zu vernichten. Es war lediglich Zufall, daß diese gewissenlose Lügerei erfolgte, kurz nachdem Winston Churchill eingewilligt hatte, als Erster Lord der Admiralität in die Regierung einzutreten. Churchill hatte vorher keine Kenntnis von den folgenschweren Entscheidungen, welche die britische Regierung zu treffen gedachte.

780

781

Halifax gab im Oberhaus eine ähnlich irreführende Erklärung ab. Auch er führte aus, die Briten seien außerstande, an einer Konferenz teilzunehmen, während in Polen „Städte unter Bombenangriffen" ständen. Ferner erklärte er, „die gestern von der Danziger Regierung und dem Reichstag unternommene Aktion ist der letzte Schritt in der einseitigen Aufkündigung dieses internationalen Instruments (Versailler Vertrag), das nur durch Verhandlung geändert werden konnte". Er unterließ es, zu erläutern, daß der Deutschland-Danzig-Pakt vom 1. September 1939 juristisch nicht ungesetzlicher war als der deutsch-englische Flottenpakt von 1935, den die Briten abgeschlossen hatten, ohne Frankreich, Italien und die übrigen Versailler Signatarstaaten zu konsultieren. Seine Äußerung vom „letzten Schritt" war sichtlich eine Freudsche Fehlleistung, die seine Furcht zeigte, es könne keine neue Gelegenheit mehr geben, Deutschland anzugreifen, wenn Hitler sein Programm der Revision des Versailler Vertrages erfüllt hatte.

Italien gibt den Vermittlungsversuch auf

Unglücklicherweise gelang Halifax der unglaubliche Betrug. Mussolini kam zu dem Schluß, daß die Sache des Friedens verloren sei. Damit beging Italien einen ungeheuren Fehler.

Gab es doch noch keinen Grund zu der Annahme, die Briten könnten ohne Frankreich handeln. Ciano und Mussolini war wohl dieser Aspekt der Situation infolge ihrer großen Furcht vor der militärischen Stärke Englands und ihrer Sorge um Italiens Sicherheit entgangen. Trotz ihres von Affekten getrübten Denkens war es unentschuldbar, jeder Äußerung von Halifax Glauben zu schenken, ohne zunächst einmal ihre Richtigkeit an anderer Stelle nachzuprüfen. Ciano wie auch Mussolini mußten es wissen, daß die Geschichte der britischen Diplomatie von Täuschung und Betrug übelster Art durchsetzt war. Die Führer Italiens lebten in dem kindlich treuherzigen Glauben, daß kein europäischer Führer, einschließlich Halifax‘, so erbarmungslos sein könnte, nach den noch nicht lange vergangenen und bitteren Schrecken des 1. Weltkrieges wiederum einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Ihre Urteilskraft war auch von Eitelkeit getrübt. Halifax hatte einige Jahre hindurch in seinem Umgang mit den italienischen Führern sehr geschickt Schmeichelei und Drohungen miteinander zu verbinden gewußt. Besonders tragisch war es, daß Mussolini als fähiger und scharf denkender Staatsführer zu dieser Zeit nicht kritischer in seinem Urteil über Ciano war. Später ging es ihm auf, daß für diesen wichtigen Posten Ciano keine ausreichende Befähigung besaß. Doch da war es bereits zu spät.

Vielleicht hätte sich eine ganz andere Lage ergeben, wenn Mussolini die Vorgänge im Diplomatischen Korps in Rom bekannt gewesen wären. Zahlreiche Anzeichen deuteten auf die Uneinigkeit zwischen den Briten und den

Franzosen hin. Am Abend des 2. September ereignete sich ein wütendes Wortgefecht zwischen Frangois-Poncet und Loraine, der Halifax dann um 7 Uhr verzweifelt berichtete, es sollten alle Verhandlungen über eine Konferenz von Rom nach Paris verlegt werden.

Kennard kabelte Halifax um 8 Uhr abends aus Warschau, Beck erbitte größere britische Luftoperationen zugunsten Polens. Die optimistisch gefärbten polnischen Heeresberichte konnten die Tatsache nicht verbergen, daß es keine polnische Luftwaffe mehr gab, und die polnischen Führer waren naiv genug, zu erwarten, die Briten würden ihnen helfen. Kennard war nicht ganz so naiv, aber er kabelte Halifax folgendes: „Ich vertraue darauf, daß man mich zum frühestmöglichen Zeitpunkt über unsere Kriegserklärung unterrichten und daß unsere Air Force sich mit allen Mitteln darum bemühen wird, aktiven Einsatz an der Westfront zu zeigen, und zwar in dem Sinne, daß der Druck hier nachläßt." Es war Kennard bekannt, daß die Briten ihre Flugzeuge nicht nach Polen schicken würden. Allerdings ahnte er nicht, daß sie nicht einmal bereit waren, zur Entlastung Polens im Westen eine militärische Anstrengung zu machen.

Am 2. September um 8 Uhr 20 abends kabelte Ciano verhängnisvolle Instruktionen an Attolico. Er teilte ihm mit, Mussolini habe formell sein Angebot zurückgezogen, zwischen Großbritannien, Deutschland, Polen und Frankreich zu vermitteln. Hitler erhielt den Rat, seine Pläne für einen Waffenstillstand fallenzulassen. Ciano setzte noch hinzu, es sei zwecklos, mit den Friedensbemühungen fortzufahren, solange Großbritannien und Frankreich auf der Zurücknahme der deutschen Truppen als Bedingung für eine Konferenz bestünden. Der Konferenzvorschlag war damit aufgegeben. Hitler klammerte sich an die Hoffnung, daß noch ein letzter Ausweg geblieben sei. Die Briten und

Franzosen hatten noch kein Ultimatum gestellt und damit den Krieg noch nicht erklärt. Vielleicht würde sie die Geschwindigkeit des deutschen Vormarschs in Polen und die Sinnlosigkeit eines erneuten Weltkrieges doch noch abschrecken. In Polen wetteiferten die deutschen Befehlshaber miteinander, noch schneller vorzurücken, als der Zeitplan der „Operation Weiß" es von ihnen forderte. Es war im wahrsten Sinne des Wortes ein Blitzkrieg.

Bonnets Bestürzung über den italienischen Entschluß

Das französische Kabinett gelangte in seiner ersten Sitzung zu keiner Entscheidung über die Bedingungen für eine Konferenz. Um 8 Uhr 20 abends wurde vertagt. Bonnet hoffte sehr, seine Ministerkollegen zur Annahme des Konferenzplans nach den Bedingungen, denen Hitler zugestimmt hatte, zu bewegen. Er war wie betäubt, als er erfuhr, daß die Italiener mittlerweile ihren Vermittlungsversuch offiziell aufgegeben hatten und daß damit automatisch

782

783

die deutschen Pläne für einen Waffenstillstand nicht mehr bestanden. Sein Versuch, seine Kollegen für die italienischen Bedingungen zu gewinnen, hatte mit einem Schlag seinen Sinn verloren, und ohne sein Wissen. Um 8 Uhr 30 rief er Ciano an. Es war sein letztes Gespräch mit Italiens Außenminister. Bonnet setzte ihm sofort auseinander, Frankreich habe die unmögliche britische Bedingung eines deutschen Truppenrückzuges aus Polen bislang noch nicht akzeptiert. Ciano drückte sein Erstaunen über diese Nachricht aus, doch sah er keinen Weg, wie Italien seinen Fehler, den Vermittlungsplan fallengelassen zu haben,

ungeschehen machen solle. Die Briten bestanden auf dem Rückzug der deutschen Truppen, und Bonnet besaß die Zusicherung der Deutschen zu einem Waffenstillstand nicht mehr, mit derer hätte den Briten entgegentreten können. Ciano bedeutete Bonnet nachdrücklich, ein erneuter Vermittlungsversuch werde unter diesen Umständen ungünstig verlaufen, und der französische Außenminister stimmte zögernd zu. Dieses Gespräch ist ein erschütternder Beweis dafür, wie Resignation und Fatalismus die Willenskraft unter dem ungeheuren Druck einer Krisenlage lähmen können.

Leider, trotz ihrer guten Absichten, bewiesen Bonnet und vor allem Ciano im Kampf um den Frieden weniger Entschlossenheit als Halifax in der Herbeiführung des Krieges. In dieser Fähigkeit prägt sich der erhebliche Unterschied zwischen ihnen aus. Anatole de Monzie, Minister für Öffentliche Arbeiten, wäre sehr viel stärker als Bonnet aufgetreten und hätte heftig darauf bestanden, daß die Italiener erneut einen Vermittlungsversuch unternehmen müßten. Mit Tränen in den Augen beschwor er Bonnet, kurz nachdem dieser mit Ciano gesprochen hatte, sich noch einmal um eine Konferenz zu bemühen mit der Bedingung, daß die deutschen Truppen einwilligten, ihren Vormarsch aufzuhalten. Er machte geltend, Hitler werde diesen Bedingungen höchstwahrscheinlich noch einmal zustimmen. Traurig entgegnete Bonnet ihm, es bestehe nach seiner Ansicht nicht mehr der geringste Zweifel, daß man mit diesem Versuch die Friedenslorbeeren nicht gewinnen könne. Halifax war der Sieger, und Deutschland, Italien, Frankreich und Polen waren zu Niederlage und Verwüstung verurteilt.

Merkwürdig genug, Bonnet konnte, genau wie Hitler, die Hoffnung nicht unterdrücken, daß der Frieden auf irgendeine Weise doch noch erhalten werden könnte. In der Nacht vom

2. zum 3. September führte Bonnet ein langes Gespräch mit dem italienischen Botschafter Guariglia. Beide Diplomaten stimmten darin überein, daß der Krieg mühelos hätte verhindert werden können, wenn London mehr Entgegenkommen gezeigt hätte. Bonnet versicherte Guariglia, Englands Weigerung, einen Kompromiß zu schließen, habe die Konferenz unmöglich gemacht. Dann gestand er seinem Gast, er hoffe immer noch auf irgendeine „symbolische Geste" Hitlers, die den Frieden retten könnte. Der Bot-

783

784

schafter versuchte, in ihn zu dringen, doch bekam er keinen konkreten Vorschlag zu hören, was Hitler denn möglicherweise noch tun könne. Er schloß daraus, daß Bonnet sich rein intuitiv geäußert habe. In diesem Augenblick mußten sich Hitlers und Bonnets Gedanken gekreuzt haben, doch gab es nicht viel, worauf sie ihre Hoffnung hätten stützen können.

Voller Ungeduld wartete Halifax kurz nach 8 Uhr, nach seiner Rede im Oberhaus, auf Nachricht aus Rom. Endlich um 9 Uhr 30 kabelte Loraine, das britische Manöver sei vollkommen geglückt. Loraine führte aus, die Italiener „halten es nicht für möglich, die Reichsregierung zu drängen, sich noch weiter mit Herrn Mussolinis Vorschlag zu befassen". Der britische Außenminister war über diese Nachricht hocherfreut. Mit einem Schlag hatte sich seine Lage unerhört vereinfacht. Jetzt waren die Franzosen in der Defensive, und er war entschlossen, sie mit zielbewußter Energie in den Krieg zu treiben.

Britischer Druck auf Daladier und Bonnet

Chamberlain rief Daladier um 9 Uhr 50 abends an und behauptete in unverzeihlicher Verdrehung der Tatsachen, man habe ihm eine „wütende Szene” im Unterhaus gemacht, als er bekanntgab, er berate sich immer noch über die zeitliche Befristung eines eventuellen Ultimatums mit Frankreich. Hugh Dalton, einer der Labour-Partei-Führer, hatte erklärt, die beiden Männer, die sich hauptsächlich über Chamberlains Äußerung erregt hatten, seien die notorischen Kriegshetzer der Tories, Alfred Duff Cooper und Leopold Amery. Duff Cooper hat später geäußert, die Worte Chamberlains hätten in ihm den Eindruck erweckt, es würde ein „neues München“ geben. Dalton und die meisten der anderen Unterhausmitglieder hatten nicht diesen Eindruck. Die eigentliche „wütende Szene“ hatte einzig und allein Leopold Amery aufgeführt. Seine Hauptsorge war, daß Chamberlain in seiner Rede nicht kriegerisch genug aufgetreten sei. Als Arthur Greenwood aufstand, um für die Labour-Opposition zu sprechen, hatte Amery wütend gerufen: „Sprechen Sie für England!“ Das war zwar ohne Zweifel eine Beleidigung des Premiers von seiten eines jähzornigen, untergeordneten Konservativen, doch war es ein unbedeutender Zwischenfall und führte keineswegs zu einer „wütenden Szene“ im britischen Unterhaus.

Chamberlain bedeutete Daladier am Telefon, er wünsche die britische Öffentlichkeit vor Mitternacht davon zu unterrichten, daß Großbritannien und Frankreich am 3. September um 8 Uhr morgens ein Ultimatum in Berlin überreichen würden, und wenn die Deutschen nicht nachgäben, würde mittags der Krieg folgen. Daladier war tief erschrocken über die Kriegshysterie, die aus Chamberlain sprach, und über die Unverschämtheit, Frankreich praktisch ein zweistündiges Ultimatum zu stellen. Die Antwort des französischen Premiers

lautete negativ. Er grollte, daß die Briten annähmen, sie hätten ihr Spiel gewonnen, und behauptete voller Verzweiflung, er habe immer noch gute Gründe, zu glauben, daß Ciano im Begriff sei, seinen Vermittlungsversuch zu erneuern. Dringend riet er davon ab, vor Mittag des nächsten Tages irgendwelche diplomatischen Schritte in Berlin zu unternehmen und wich so dem Antrag der Briten aus, es müsse ein befristetes Ultimatum überreicht werden.

Der Kriegswiderstand Frankreichs bricht zusammen

Die britischen Diplomaten waren voller Zorn über Daladier, weil er sich ihrem Premierminister widersetzte und ihnen den vollen Genuß ihres Triumphs vorenthielt. Halifax kam zu dem Entschluß, daß das Zurückziehen des italienischen Vermittlungsangebots ihm gestatte, einen Schritt zu unternehmen, der sonst ein ungeheuer gewagtes Spiel gewesen wäre. Er rief Bonnet um 10 Uhr 30 abends an und sagte, das für 8 Uhr am nächsten Morgen festgesetzte Ultimatum Englands werde ungeachtet der Haltung Frankreichs noch vor Mitternacht der britischen Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Er war in diesem Augenblick nicht in der Lage, wenngleich alles zu seinen Gunsten stand, seine Abhängigkeit von Frankreich zu verschleiern. Er bekannte, es werde bis zum Ablauf des britischen Ultimatums um 12 Uhr mittags des folgenden Tages alles einseitig vor sich gehen und bis zu diesem Zeitpunkt werde Großbritannien nichts unternehmen, es sei denn, die Franzosen hätten vorher zugestimmt, innerhalb vierundzwanzig Stunden ihre eigene Kriegserklärung folgen zu lassen.

Man kann sich leicht die groteske Situation vorstellen, die sich ergeben hätte, wenn die britischen Führer ein

vierstündiges, für die Deutschen unannehmbares Ultimatum überreicht und nach dem Fristablauf nichts unternommen hätten. Die polnischen Führer, die den Briten in keinem Falle trauten, hätten daraus den Schluß gezogen, daß sie Opfer einer sehr hintergründigen Verschwörung geworden seien. Die Reaktion der Polen wäre unzweifelhaft noch milde im Vergleich zu der Präsident Roosevelts gewesen. Die Enttäuschung des amerikanischen Präsidenten hätte keine Grenzen gekannt, wenn Halifax' Kriegspolitik in letzter Minute gescheitert wäre.

Halifax vertraute darauf, daß dieser Fall nicht eintreten werde. Nichtsdestoweniger ließ er durchblicken, er werde diesen Fall vorziehen, anstatt sich ohne Frankreichs Unterstützung in einen Krieg mit Deutschland einzulassen. Diese Enthüllung läßt unschwer erkennen, daß es für Ciano und Bonnet nicht einmal ungewöhnlich schwierig gewesen wäre, Halifax diplomatisch zu überspielen, wenn sie nur etwas geschickter zusammengearbeitet hätten. Bonnet protestierte, Halifax' Vorschlag einer einseitigen Aktion Englands, ein Ultimatum zu stellen, sei unzulässig. Halifax hielt ihm eine für ihn charakteristische, ab-

wegige Erklärung entgegen, wenn der Krieg nicht unmittelbar folge, „scheine es sehr zweifelhaft, ob sich die Regierung hier halten kann“. Churchill hat später erklärt, er habe während der Endstunden der Krise gefürchtet, die britische Regierung würde in den Polenkrieg nicht eingreifen. Niemals hat er angedeutet, daß die britischen Minister in diesem Fall aus ihren Ämtern gejagt worden wären.

Mehr noch, diese Möglichkeit ist Churchill damals gar nicht in den Sinn gekommen. Dieser hat lediglich in einem Brief an Chamberlain am Abend des 2. September erwähnt, daß die Aussichten auf ein von einer starken Koalition gebildetes Kriegskabinett ziemlich beschränkt würden, wenn Großbritannien die Bekanntmachung seiner Entscheidung auf unbestimmte Zeit verzögere.

Halifax war in dieser Zeit recht zuversichtlich. Er hat unmöglich selbst das glauben können, was er Bonnet sagte, ohne hysterisch zu sein. Halifax' unbegrenzte Fähigkeit zum Doppelspiel genügt jedoch, um eine derartige Betrachtung als ernsthaftes Problem auszuschließen. Er war der Reaktion Bonnets auf dieses lange Telefongespräch, in dem er seinen französischen Kollegen nicht viel zu Wort kommen ließ, nicht ganz sicher. Darum verfaßte er ein Memorandum über die Unterredung, das er nach einigem Zögern mit den Worten abschloß, Bonnet habe „schließlich zugestimmt".

Während Halifax mit Bonnet sprach, erörterte Dr. Fritz Hesse von der deutschen Botschaft in London die Lage mit Sir Horace Wilson. Hesse sprach sich für einen erneuten Versuch aus, eine Konferenz zu vereinbaren, doch ging Wilson nicht darauf ein. Es wurde Hesse bedeutet, ohne Mussolinis Dazwischentreten hätte Großbritannien bereits am 2. September den Krieg an Deutschland erklärt. Weiteren Äußerungen Wilsons konnte Hesse entnehmen, daß Daladier dem britischen „Ungestüm“ vorübergehend Zügel angelegt hatte. Doch Hesse hoffte, es könnte Daladier und Bonnet noch im letzten Augenblick gelingen, einen englisch-französischen Krieg gegen Deutschland zu verhindern.

Diese Hoffnungen machten die Briten zunichte, als sie im Begriff waren, ihr bevorstehendes Ultimatum an Deutschland öffentlich bekanntzugeben. Im Rahmen dieses

folgenschweren Geschehens kabelte Halifax zehn Minuten vor Mitternacht Henderson, er habe Ribbentrop „zu benachrichtigen“, daß er ihn unter Umständen jede Stunde empfangen zu werden bitten würde. Diese grobe Unhöflichkeit war ein weiteres Zeichen für Halifax’ Zuversicht, das Spiel gewonnen zu haben. Er wußte, daß das Ultimatum erst am folgenden Morgen überreicht werden würde. Trotzdem war sein erster Impuls, Henderson und Ribbentrop eine schlaflose Nacht zu bereiten. Doch bald darauf tat ihm wenigstens Henderson leid. Fünfunddreißig Minuten später vertraute er ihm an, das Ultimatum käme nicht vor dem Morgen. Der britische Botschafter blieb auch

jetzt im Gegensatz zu Halifax der Gentleman, als der er bekannt war, und leitete unverzüglich Ribbentrop die beruhigende Nachricht zu. Kurz darauf, nach einer erneuten Beschwerde von Kennard über das Hinzögern des Kriegsbeginns, teilte Halifax Henderson mit, das Ultimatum würde statt um 12 Uhr mittags (britische Sommerzeit, deutsche Normalzeit) um 11 Uhr ablaufen.

Angesichts der Selbstsicherheit und der Erfolge Halifax’ schwand der Widerstand Frankreichs gegen das britische Ungestüm rasch dahin. Schicksalsergeben zog Bonnet den Schluß, da die Italiener sich jetzt aus dem Geschehen zurückgezogen hätten, sei es sinnlos geworden, die britischen Pläne noch länger zu durchkreuzen. Um 2 Uhr in der Nacht zum 3. September gaben die Briten ihren endgültigen Zeitplan bekannt, der auf ein zweistündiges Ultimatum von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr hinauslief. Bonnet wartete die von Halifax vorgeschlagene 24-Stunden-Frist nicht ab, um zu sehen, was die Briten nach Ablauf ihres

zweistündigen Ultimatums ohne die Zustimmung der Franzosen tun würden. Bonnet hatte in dieser letzten Bewährungsprobe nicht genügend Zivilcourage, die Hauptverantwortung für eine Herausforderung der britischen Führer selbst zu übernehmen. Er teilte Phipps mit, das Ultimatum Frankreichs werde am 4. September um 4 Uhr morgens ablaufen.

Die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland

Das britische Ultimatum wurde pünktlich um 9 Uhr morgens durch Henderson an den Chefdolmetscher im Auswärtigen Amt, Dr. Paul Schmidt, überreicht. Ribbentrop hatte erklärt, er sei an diesem Tag nicht in der Stimmung, Ultimaten entgegenzunehmen. Es war ein peinvoller Augenblick für Dr. Schmidt, der wie andere Deutsche in politischen Kreisen Henderson sehr zugetan war. Doch war Schmidts Kenntnis aller Vorgänge recht oberflächlich und so war er kaum in der Lage, den Schmerz zu begreifen, der Henderson in diesem Augenblick befiel.

Schmidt trug das verhängnisvolle Ultimatum zu Hitler in die Reichskanzlei. Beim Eintreten bemerkte er, daß es ganz still in dem Raum war. Hitler saß am Fenster. Hitler las das Ultimatum sorgfältig durch. Er war ganz ruhig, als ihn dieser Schlag traf. Es war der grausamste Schlag seines Lebens. Es entstand eine Pause, nachdem er zu Ende gelesen hatte, und dann fragte er nachdenklich, ohne sich direkt an jemand zu richten: „Was nun?“ Eine schwerwiegende Frage, die aber kein Sterblicher beantworten konnte. Ribbentrop verstand es. Wieder entstand eine Pause und dann sagte der deutsche Außenminister ruhig: „Ich nehme an, Frankreich wird innerhalb der nächsten Stunden ein gleichlautendes Ultimatum überreichen.”

Was gab es da noch zu sagen? Europa war jetzt von der schwersten Krise seiner Geschichte ergriffen. Da Schmidt nicht gebraucht wurde, verließ er den

787

788

Raum. Draußen teilte er einer Gruppe, in der Mehrzahl die obersten Würdenträger Deutschlands, ruhig mit: „In zwei Stunden gibt es Krieg zwischen Deutschland und England.“ Joseph Goebbels blickte finster, niedergeschlagen und tief in sich gekehrt. Auf ihm lasteten jetzt gewaltigere Aufgaben als je zuvor, denn das deutsche Volk haßte den Gedanken an einen Krieg mit England. Göring sprach in tiefem Ernst für jeden der Anwesenden, als er sagte: „Der Himmel sei uns gnädig, wenn wir diesen Krieg verlieren!"

Das war gewiß keine Übertreibung. Auf Erden sollte Deutschland keine Gnade finden. Erst einige Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges sollten die Westmächte den Deutschen einige Zugeständnisse machen, die es ihnen gestatteten, aus der Tiefe einer totalen Versklavung allmählich aufzutauchen. Doch war es die Furcht vor dem Kommunismus und nicht irgendein Gefühl für Barmherzigkeit, das sie dazu veranlaßte. Die Wege des Himmels sind wahrhaft unerforschlich.

Birger Dahlerus war auf Bitten von Marschall Göring in Berlin geblieben. Vor dem Ablauf des britischen Ultimatums führte er noch zwei Telefongespräche mit dem britischen Außenministerium. In seinem ersten Gespräch um 10 Uhr 15 kündigte er an, er habe einen offiziellen Friedensappell Deutschlands zu übermitteln, überdies sei er persönlich davon überzeugt, daß Gespräche fruchtbarer seien als Krieg. Er betonte, der Versailler Vertrag bedürfe weiterer

friedlicher Revision, aber dazu bedürfe es keines europäischen Krieges. Dann rief er aus, alle seine Bemühungen seien nur von dem einen Gedanken der Friedensliebe ausgegangen. Man könnte sehr wohl die Frage stellen, ob seine Friedensliebe wirklich so viel weniger wert war als die Kriegsleidenschaft von Halifax.

Um 10 Uhr 50 telefonierte Dahlerus noch einmal, um in großer Erregung anzukündigen, Deutschland habe eine Antwort auf das britische Ultimatum abgefaßt. Er hoffe, diese Antwort werde noch vor 11 Uhr in London eintreffen, obwohl er das nicht gewährleisten könne. Dann setzte er hinzu, Göring habe von Hitler die offizielle Erlaubnis bekommen, zu einer Friedensmission nach England zu fliegen. Dahlerus wollte gerade etwas über die Vollmachten sagen, mit denen Göring ausgestattet worden sei, und die Zugeständnisse, die er zu machen bereit sei, als Cadogan ihm das Wort abschnitt. Schroff teilte dieser ihm mit, die britische Regierung könne ihre Entscheidung nicht hinausschieben, und legte den Hörer auf.

Dahlerus konnte Cadogan nicht mehr sagen, daß die Reichsregierung eine zweite Note abgefaßt hatte, für den Fall, daß die britische Regierung es ablehnen würde, ihre Entscheidung hinauszuschieben. Eines stand in dieser furchtbaren Lage fest: Die deutschen Führer würden, herausgefordert durch Englands Kriegserklärung, vor den Briten nicht im Staube kriechen.

788

789

Ribbentrop empfing Henderson nach dem Ausbruch des deutsch-englischen Krieges und händigte ihm eine an Chamberlain und Halifax gerichtete Antwort aus. Das

geschah am 3. September um 11 Uhr 20. Die Note begann mit der folgenden mutigen Erklärung: „Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, Forderungen in Form von Ultimaten von der britischen Regierung entgegenzunehmen, zu akzeptieren, geschweige denn zu erfüllen.” Die deutsche Note befaßte sich mit dem Grundgedanken, daß seit vielen Monaten kriegsähnliche Zustände entlang der deutschen Ostgrenze geherrscht hätten. Sie endete mit den Worten: „Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen.” Der zweite große Kampf zwischen Deutschland und dem Britischen Empire hatte begonnen. Halifax hatte 1939 das Werk seines Oheims, Sir Edward Grey, von 1914 wiederholt und sein Volk in einen tragischen und unnötigen Konflikt verwickelt, der beide Male von der Führung Deutschlands tief bedauert wurde. Der erste Kampf schwächte das Britische Empire und der zweite brachte unwiderruflich seinen Verfall.

Am Mittag wurde der französische Botschafter Coulondre von Weizsäcker empfangen. Dieser teilte ihm mit, Ribbentrop nehme für kurze Zeit an einem Empfang für den neuen Sowjetbotschafter teil, doch werde er sehr bald zurückkommen. Coulondre wollte Weizsäcker das französische Ultimatum überreichen, doch bewog man ihn, auf Ribbentrop zu warten. Bald darauf erschien der deutsche Außenminister und führte mit ihm ein kurzes und ernstes Gespräch über die tragische Sackgasse, in der sich die deutsch-französischen Beziehungen befänden. Seit der vielversprechenden Freundschaftserklärung vom 6. Dezember 1938 war weniger als ein Jahr vergangen. Die französische Regierung war von den Briten noch weiterhin unter stärksten Druck gesetzt worden und Bonnet hatte sich schließlich bereiterklärt, ein Ultimatum zu stellen, das noch

am gleichen Tage um 5 Uhr ablief. Coulondre klagte, er habe es stets befürchtet, daß seine Mission in Berlin so enden würde.

Attolico berichtete Ciano um 13.15 Uhr über die letzten Ereignisse in der Reichshauptstadt. Deutschland befinde sich mit Großbritannien und Polen im Kriege und werde bald auch mit Frankreich Krieg führen. Mit Genugtuung konnte der italienische Botschafter vermerken, daß Deutschland in diesem Kampf trotz seines Bündnisses mit Italien vom Mai 1939 allein stand, doch war es ihm klar, daß ein europäischer Konflikt von diesen Ausmaßen unter Umständen eines Tages auch sehr leicht auf Italien übergreifen könne. Das wäre vielleicht nicht eingetreten, wenn er seine Regierung nicht veranlaßt hätte, das Versprechen zu widerrufen, das Ciano Hitler am 13. August 1939 gegeben hatte.

789

790

Das Gleichgewicht der Schwäche

Am 3. September um 17 Uhr befanden sich die Deutschen mit drei europäischen Mächten im Krieg, deren gesamte Bevölkerung auf europäischem Boden 125.000.000 Menschen zählte und deren Völker in den Kolonien und den Dominions, Polen ausgeschlossen, eine Gesamtzahl von über 600 Millionen ergab. Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern konnte sich natürlich selbst verteidigen oder jeden seiner unmittelbaren Nachbarn besiegen, der es anzugreifen wagte. Deutschlands direkte Nachbarländer bildeten keine wesentliche Gefahr für die deutsche Sicherheit. Die Verwicklung in einen Krieg mit England führte schließlich zu einem Krieg mit der

Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Diese beiden Machtkolosse herrschten über eine Bevölkerung von insgesamt 400 Millionen, und jeder von ihnen allein konnte mehr Kriegsmaterial herstellen als Deutschland. Hitler besaß nur die Unterstützung viel schwächerer Länder wie Italien, Japan und einiger europäischer Kleinstaaten.

Es war ein ungleicher Kampf, obwohl die Deutschen bei zahlreichen Gelegenheiten Leistungen erreichten, die zu beweisen schienen, daß sie die totale Vernichtung ihres Landes am Ende vielleicht doch noch verhindern könnten. Nach fast sechs Jahren grausamen Ringens brach der deutsche Widerstand zusammen. Nach Deutschlands Abtreten als Großmacht im Jahre 1945 gab es in West-und Mitteleuropa keine Großmächte mehr. Der US-General Albert Wedemeyer hat das in bewunderungswürdiger Weise so ausgedrückt: Die westlichen Staaten führten ihren Krieg gegen Deutschland wie indianische Skalpjäger, ohne die Zukunft zu bedenken oder zu beachten. Unter diesen Umständen kann es niemand überraschen, daß der wahre Sieger des 2. Weltkrieges die Sowjetunion war. Das stolze Britische Empire schrumpfte, verglichen mit dem sowjetischen Koloß, zu einem kümmerlichen Zwerg zusammen. Ohne die Kriegspolitik von Lord Halifax, der den kommunistischen Führern direkt in die Hände spielte, wäre das gar nicht möglich gewesen. Die Verantwortlichen Englands haben aus dem 1. Weltkrieg nichts gelernt. Nichts deutet darauf hin, daß sie aus dem 2. Weltkrieg etwas gelernt haben. Die seit 1951 aus den Reihen der Konservativen hervorgegangenen Premierminister, wie Churchill, Eden und MacMillan, gehörten 1938 und 1939 zu den Kriegshetzern. Die Memoiren von Lord Halifax enthüllten 1957, daß der damalige Foreign Secretary von scheinheiliger Selbstzufriedenheit und bedenkenloser Unbekümmertheit erfüllt war. Die führende Wochenzeitschrift Englands, Time and Tide, gab vor, 1959

die Welt weit glücklicher zu sehen als 1939: „Der Westen steht heute nicht, wie es Großbritannien und seine Verbündeten 1939 erlebten, einem Oligarchen gegenüber, der den Krieg um seiner selbst willen liebte, gestützt von einem Volk, das weitgehend seinen Geschmack teilte.” Mit anderen

790

791

Worten, dieses Mal wagten es die britischen Führer nicht, „das Gleichgewicht der Kräfte wiederherzustellen”, indem sie die Sowjetunion angriffen, wie sie 1939 Deutschland angegriffen hatten. Das dürfte jedoch nicht heißen, daß sie mit der Gnade des Kommunismus rechnen könnten.

Die Sowjets teilten die bisherige Bewunderung Hitlers für das Britische Empire nicht. Heute wissen es die britischen Führer, daß ihre nationale Sicherheit, die sie 1939 genossen, der Vergangenheit angehört. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Zeit abzuwarten und ihr Vertrauen auf die angeblich friedlichen Absichten der Sowjetunion zu setzen. Diese betrüblichen Zustände haben ihre Klugheit nicht wachsen lassen. Immer noch weigern sie sich, zuzugeben, daß ihre Aggressionen gegen Deutschland in den Jahren 1914 und 1939 unnötige Fehler waren, aus denen ihre gegenwärtige, kaum beneidenswerte Lage entstanden ist. Die Zeitschrift Time and Tide erklärte 1959, „den Kampf um den Frieden aufgeben (d. h. Befriedung der Sowjetunion), hieße die Männer verraten, die in den beiden großen Kriegen dieses Jahrhunderts gefallen sind“. Der Verrat an den tapferen britischen Kämpfern, die in zwei unnötigen Kriegen gegen Deutschland starben, kann nicht wiedergutgemacht werden durch das gegenwärtige schwache Bemühen der britischen Führung, den

furchtbarsten Feind, der Großbritannien in seiner ganzen Geschichte jemals gegenübergetreten ist, zum friedlichen Schweigen zu bringen. Der italienische Diplomat und Historiker Mario Toscano wies 1958 in einer Rede in London darauf hin, daß an die Stelle des Gleichgewichts der Kräfte das Gleichgewicht der Schwäche getreten sei. Das war auch das Schicksal der Kräfteausgleichspolitik Italiens im Zeitalter der Renaissance.

791

792

RÜCKBLICK

INFOLGE des unerwarteten Ausbruchs des 2. Weltkrieges im September 1939 wurde die Entwicklung zu einer Neuordnung europäischer Beziehungen, die sich auf die friedliche Revision der alten Versailler Regelung stützte, gewaltsam unterbrochen. Deutschland hatte im Verlauf des Jahres 1938 seine berechtigte Stellung als die vorherrschende Macht in Mitteleuropa zurückgewonnen und es schien damals nur eine Frage von Monaten zu sein, die Beziehungen zu allen seinen unmittelbaren Nachbarn mit Erfolg auf eine feste und sichere Grundlage zu stellen.

Es ist notwendig, sich in einem kurzen Rückblick das Europa nach der Münchener Konferenz zu vergegenwärtigen. Deutschland blühte auf und viele Anzeichen deuteten darauf hin, daß Frankreich, Großbritannien und Italien sich von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu erholen begannen. Auch gab es hoffnungsvolle Zeichen dafür, daß die Führer Frankreichs, den neuen Realitäten Rechnung tragend, bereit waren, ihre alte Politik der aktiven Intervention in Mitteleuropa aufzugeben. Das bedeutete, daß die letzten Hindernisse einer fruchtbaren deutsch-französischen Freundschaft aus dem Weg geräumt werden konnten, da es zwischen Frankreich und Deutschland keine territorialen Fragen oder Streitigkeiten mehr gab.

Italien hatte die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland gnädig hingenommen und der Himmel deutsch-italienischer Beziehungen war wolkenlos.

In den Jahren vor 1938 hatte sich das deutschpolnische Verhältnis allgemein verbessert; Hitlers Haltung gegenüber Polen schuf vielversprechende Aussichten auf eine gedeihliche künftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.

Freundschaftliche Beziehungen herrschten zwischen Deutschland und Ungarn, darüber hinaus wurde das deutsche Verhältnis zu Balkanländern wie Rumänien und Jugoslawien von zunehmendem Vertrauen und Wohlwollen getragen.

Die Sowjetunion war von den Beratungen auf der Münchener Konferenz ausgeschlossen und es deutete alles darauf hin, daß der kommunistische Koloß hinter dem kurz nach dem 1. Weltkrieg errichteten ‚cordon sanitaire' isoliert bleiben würde.

Hitlers freundschaftliche Haltung gegenüber dem britischen Empire war eine bekannte Tatsache. Ganz offensichtlich hegte Deutschland weder in der Flotten- noch in der Kolonienfrage die Absicht, seine frühere Rivalität mit Großbritannien wiederaufleben zu lassen. Mit dem deutschen Wohlstand wuchs der britische Welthandel und so gab es keinen Anlaß, mit erneuten Spannungen

792

793

ernsthafter Natur auf dem Gebiet des Handels zwischen den beiden ehemaligen Hauptrivalen auf dem Weltmarkt zu rechnen.

Dies alles hätte den Beginn einer neuen Ära friedlicher Entwicklung in Europa bedeuten müssen. Statt dessen schickte sich Europa ein Jahr später, 1939, an, die

Schrecken, den Verfall und die Finsternis zu erleiden, die der 2. Weltkrieg mit sich brachte.

Es hat eines langen und eindringlichen Blickes hinter die Kulissen des europäischen Geschehens bedurft, um herauszufinden, wie die Tragödie von 1939 der Welt ihre gräßlichen Züge aufgeprägt hat. Alle die großen Aspekte der damaligen Weltsituation sind überprüft worden, schließlich war es doch der Verlauf der Ereignisse in London und Warschau, auf den sich der Betrachter in der Hauptsache konzentrieren mußte.

Halifax war es in London gelungen, der britischen Regierung eine bewußte Kriegspolitik aufzuzwingen trotz der Tatsache, daß die meisten Deutschlandexperten in der britischen Prominenz für eine Politik der deutsch-englischen Freundschaft eintraten. Beck hatte sich in Warschau trotz der zahlreichen Warnungen von Polen, die von der Aussicht, ihr Land der Vernichtung anheimfallen sehen zu müssen, entsetzt waren, zur vollen Mitwirkung an den Kriegsplänen von Halifax bereitgefunden.

Deutsche, italienische, französische und andere europäische Führer boten ihr Letztes zur Abwendung der großen Katastrophe auf, doch schlug alles fehl, während Halifax‘ Kriegspolitik, begleitet von den geheimen Segenswünschen Roosevelts und Stalins, den Sieg davontrug. Diese Vorgänge sind in der vorhergehenden Darstellung geschildert worden. Die Geschichte gipfelte in der furchtbaren Tragödie eines unnötigen Krieges.

Der 2. Weltkrieg entstand aus dem Versuch, Deutschland zu vernichten. Lord Halifax hat sich später der „völlig irrationalen pazifistischen Gefühle” in Großbritannien erinnert, als Hitler an die Macht kam. Halifax’ größte Leistung an der britischen Inlandfront vor der

Kriegserklärung am 3. September 1939 war, die Bevölkerung dazu zu bringen, „Hitler die Stirn zu bieten“. Dieses Unternehmen ist ihm vollkommen gelungen, und die Kopfjagd auf Hitler und das deutsche Volk und beiläufig auch auf die Italiener und Japaner endete in Europa mit dem Triumph der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Doch seit dem Ende des 2. Weltkrieges im Jahre 1945 hat das britische Empire vor vielen großen und kleinen Staaten der ganzen Welt „die Stirn gesenkt“ und das noch nicht zum letzten Mal.

Vor dem März 1939 hatte man wenig Grund, zu glauben, daß Großbritannien erneut einen „Kreuzzug“ gegen Deutschland führen würde. Während der ganzen Zeitspanne von 1933—1939 hatte die britische Regierung eine seltsam unbeständige Politik gegenüber Deutschland betrieben. Es war vor dem März

1939 schwer zu sagen, ob die Prominenz Englands Hitler billigte oder mißbilligte.

Die britischen Führer zeigten ihre Nachsicht gegenüber den ersten bedeutsamen Schritten zur Remilitarisierung Deutschlands im Jahre 1935 mit dem Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens, durch das der Versailler Vertrag verletzt wurde. Frankreich wie auch Italien ließen damals durchblicken, daß sie sich geweigert hätten, ein solches Vorgehen zu billigen, wenn die Briten sie konsultiert hätten. Doch die Briten entzogen sich dieser Vertragsverpflichtung.

Der britische Außenminister Eden hat später im März 1936 bestritten, daß die militärische Wiederbesetzung des

Rheinlands durch Hitler eine „flagrante Verletzung“ des Hauptvertrages von Locarno gewesen sei. In Paris betrachtete man das als gleichbedeutend mit einem Gewährenlassen der Hitlerschen Aktion, doch brachte Eden Verwirrung in die Sache, indem er es bestritt, daß Frankreich durch den Abschluß seines Bündnisses mit den Sowjets seine Locarno-Verpflichtungen vorher verletzt habe. Der deutsche Fall ist ausschließlich aus der Behauptung einer solchen vorhergehenden Vertragsverletzung abgeleitet worden.

Diese britische Politik der scheinbaren Unterstützung Frankreichs wie auch Deutschlands in einem entscheidend wichtigen deutsch-französischen Streit war damals mysteriös und verwirrend. Das gleiche kann sehr wohl von der ambivalenten Rolle Englands während der österreichischen und tschechischen Krisen im Jahre 1938 gesagt werden. Es braucht nicht zu überraschen, daß die bereitwillige Annahme des Münchener Abkommens in Frankreich zu der Vermutung Anlaß bot, die Briten hätten vor, von nun an auf diesem höchst wirkungsvollen neuen Weg an die Fragen Mitteleuropas heranzugehen.

Der geheimgehaltenen Hinwendung Englands zur Kriegspolitik im Oktober 1938, als Halifax Chamberlain die britische Außenpolitik rücksichtslos aus der Hand nahm, folgte am 17. März 1939 in Birmingham die öffentliche Bekanntgabe dieser neuen Politik. Diese wiederum gipfelte in dem Beginn des neuen „Kreuzzuges” gegen Deutschland am 3. September 1939.

Man kommt allzu sehr in die Versuchung, die Klugheit der Vorgänge von 1939 an der Tatsache zu messen, daß das britische Empire sich heute in einer wahrhaft jämmerlichen Verfassung befindet, jedoch würde man damit leicht am Kern der Sache vorbeigehen. Selbst ein Anwachsen der

Macht und des Ansehens des britischen Empires hätte schwerlich das Blutbad gerechtfertigt, das zum Ruin und zur militärischen Niederlage der Kontinentalstaaten wie Frankreich, Italien, Deutschland und Polen geführt hat, ganz zu schweigen von den vielen Neutralen Europas, die schließlich von dem gleichen Mahlstrom in die Vernichtung mit hineingerissen wurden. Die britische Außenpolitik von

1938-1939 mit Hinweisen auf die Schicksale, denen Großbritannien jetzt ausgesetzt ist, anprangern, wäre dasselbe, als wollte man einen leichtsinnigen Menschen, der ein Bein verloren hat, deswegen verhöhnen. Es ist nicht zutreffend, wenn Toynbee behauptet, daß Großbritannien keine andere Wahl blieb.

Darum ist eine weitere analytische Prüfung des historischen Sachverhaltes höchst ratsam. Das Deutschland Adolf Hitlers hat in der Zeit 1933-1939 nichts unternommen, was die traditionellen britischen Interessengebiete in Westeuropa bedroht hätte. Es bestanden in jenen Jahren keinerlei Anzeichen dafür, daß Deutschland beabsichtige, Forderungen an Länder wie Frankreich, Italien, Holland, Belgien oder Dänemark zu stellen. Das Problem der Tschechen in Mitteleuropa nach der Münchener Konferenz stellte einen Sonderfall dar. Ihr Land lag außerhalb der herkömmlichen britischen Interessensphäre. Das Münchener Abkommen selbst war seit dem Oktober 1938 in Wahrheit schon zum toten Buchstaben geworden, als Halifax den Tschechen und Ungarn einredete, Großbritannien und Frankreich bei ihren Bemühungen um ein Schiedsgericht in ihrem Grenzstreit zu ignorieren.

Die britische Regierung war nach dem Oktober 1938 der Übernahme jeglicher in München besprochener Verpflichtungen im böhmischen Gebiet ausgewichen. Nach Chamberlain wie auch Halifax hatte sie später keinen Anspruch darauf, hinsichtlich des Hitler-Hacha-Vertrages vom 15. März 1939 konsultiert zu werden, der, wie A. J. P. Taylor sich ausdrückte, eine konservative Lösung der böhmisch-mährischen Frage darstellte.

Der letzten Tschechenkrise folgten das Polenproblem und der Streit um Danzig. Als Mitglied des Völkerbunds hatte die Londoner Regierung in Danzig bestimmte nominelle Verpflichtungen, aber ähnliche Verpflichtungen gegenüber der Völkerbundsherrschaft in Memel waren ohne Schwierigkeiten übergangen worden, als Litauen sich dieser alten deutschen Stadt bemächtigte. Die Deutschen hatten bis zum 31. März 1939 im Hinblick auf Danzig nur freundschaftliche Vorschläge gemacht und keine Forderungen gestellt, als die britische Regierung Polen eine Garantie anbot, in der der Stellung Polens auch in Danzig volle Unterstützung gewährt wurde. Frühere deutsche Vorschläge zur Lösung der Frage waren von Polen in einer Weise zurückgewiesen worden, die darauf ausging, Spannung zu erzeugen, doch blieb das offizielle Verhalten Deutschlands gegenüber Polen bis zum 31. März vorbildlich. Ihm lag ausschließlich der Wunsch zugrunde, zu einer freundschaftlichen Verständigung mit den Polen zu gelangen. Zu jener Zeit gab es keine deutsche Aktion irgendwelcher Art, die eine britische Intervention in Polen gerechtfertigt hätte. Tatsächlich brachte die Garantie vom 31. März 1939 offen zutage, daß Großbritannien Polen ermutigte, gegenüber Deutschland eine feindselige Politik zu verfolgen trotz der großzügigen Bedingungen, die Hitler für eine dauerhafte

deutschpolnische Regelung angeboten hatte. Das deutsche Angebot — das muß wiederholt werden — war in keiner Weise mit Forderungen, eine Regelung innerhalb einer genau festgelegten Zeit zu erzielen, gekoppelt.

Hitler war den Polen zugetan, wie er zahllose Beweise dafür geliefert hat, daß ihm sehr viel an einer deutsch-englischen Freundschaft gelegen war. Es waren keine deutschen Aktionen gegen Großbritannien oder dessen Interessen erfolgt. Es gab andererseits keine glaubhafte Entschuldigung für die britische Regierung, daß sie einen deutsch-polnischen Konflikt in der Hoffnung entfesselte, Deutschland in einen neuen Weltkrieg verwickeln zu können. Das kriegshetzerische Verhalten prosowjetischer Intellektueller in England und in den USA vor dem deutschrussischen Pakt vom 23. August 1939 entschuldigt nicht nur nichts, sondern hätte sogar eine Warnung sein sollen. Der persönliche Wunsch Maxim Litwinows, ein Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten, war ein deutlicher Hinweis, daß dieser Krieg aller Voraussicht nach dem Kommunismus dienlich, für alle anderen Parteien dagegen in gleichem Maße ein großer Schaden sein würde. Für eine konservative britische Regierung gab es keine Rechtfertigung, sich in einen Krieg einzulassen, nur weil ihn die Kommunisten und ihre Freunde wünschten. Die britische Regierung besaß die weitgehende Unterstützung des Volkes für eine konservative Politik.

Die tatsächlichen politischen Schritte Englands nach dem 31. März 1939 waren unerbittlich auf den Krieg gerichtet. Man unternahm alles Mögliche, um einige ausgezeichnete Gelegenheiten zu einer ausgehandelten Regelung im deutsch-polnischen Streit sowie zu einer Lösung der tschechischen Frage mit Hilfe internationaler Garantien

zunichte zu machen. Anstatt auf ein befriedigendes Übereinkommen mit Deutschland hinzuarbeiten — Hitler war gewillt, bei der Behandlung der polnischen und der tschechischen Frage maßvoll und vernünftig zu sein —, konzentrierte sich Halifax darauf, Italien einzuschüchtern und Frankreich unsicher zu machen, weil beide für den Frieden statt für den Krieg eintraten. Der polnischen Regierung riet er, Verhandlungen mit Deutschland abzulehnen, außerdem wurde Warschau beständig versichert, die britische Hilfe werde für jeden Krieg zur Verfügung stehen. Die zahlreichen Ersuchen der Reichsregierung um Vermittlung zwischen Deutschland und Polen oder um ein direktes deutsch-englisches Abkommen wurden mit Täuschungsmanövern beantwortet oder sonstwie übergangen. Ein Maximum an Anstrengungen wurde unternommen, um den amerikanischen Führern ein entstelltes Bild von der tatsächlichen Lage in Europa zu vermitteln. Alle diese britischen Machenschaften hatten ihre Wurzeln in der veralteten traditionellen Politik vom Gleichgewicht der Kräfte.

Die uneinsichtige Haltung der polnischen Regierung im Jahre 1939 ist kein

796

797

Rätsel mehr, wenn man die grandiosen Zusicherungen Englands an Polen nach dem August 1938 in Betracht zieht. Lord Halifax war mit der allgemeinen Politik Joseph Becks gegenüber Deutschland ungemein zufrieden, obwohl die beiden Männer keine Bewunderung füreinander hegten und es zwischen ihnen zu zahlreichen Meinungsverschiedenheiten über die Politik der Sowjetunion, Rumänien und anderen Ländern gegenüber

kam. Die Aussicht auf uneingeschränkte britische Unterstützung seiner Großmachtträume auf Kosten Deutschlands war für den polnischen Chauvinismus eine unwiderstehliche Verlockung. Die Weigerung der Briten, Polen gegen die sowjetische Aggression zu garantieren, wurde leichtfertig überhört. Polens Führung machte einen deutsch-polnischen Krieg unvermeidbar, indem sie eine permanente Krise herbeiführte und dann sich weigerte, über ihre Beilegung zu verhandeln. Es hätte sich wahrscheinlich eine vollkommen andere Lage ergeben, wäre das Staatsruder in der Hand seines großen Führers Joseph Pilsudski gewesen.

Hitlers Politik wurde von der Tatsache bestimmt, daß die Briten Polen in einen Krieg gegen Deutschland trieben und es auf diese Weise von der Aussicht auf einen Zweifrontenkrieg bedroht war. Der deutsche Führer übte angesichts der polnischen Provokationen vor der Garantie vom 31. März 1939 Zurückhaltung. Aus der Garantie erst zog er den Schluß, daß der Schlüssel für seine Probleme in London lag und so machte er viele Anstrengungen, die britische Regierung zu einem Kurswechsel zu veranlassen und zu einer ausgehandelten Regelung zu ermuntern. Es wäre für ihn weitaus vorteilhafter gewesen, seine verstärkten diplomatischen Bemühungen auf Paris zu konzentrieren. Die französischen Führer waren dem Frieden ehrlich zugetan und die Briten hätten ohne Frankreichs Hilfe keinen Krieg gegen Deutschland gewagt.

Hitler hat dann schließlich, nach dem Mißlingen seiner zahlreichen Verhandlungsbemühungen, die Operationen in Polen eingeleitet, aber erst, nachdem er zu der Entscheidung gekommen war, daß der Krieg mit Polen in jedem Fall unvermeidbar geworden war. Deutschland wäre sicher sehr rasch am Ende gewesen, wenn es sich während der Regenzeit in Polen festgefahren hätte und die Franzosen

und Briten an der Westfront den Zeitpunkt dafür gewählt hätten, mit ihren überlegenen Kräften anzugreifen. Trotzdem hätte sich Hitler zu keinem Zeitpunkt vor der britischen Kriegserklärung am 3. September 1939 einer ausgehandelten Regelung mit Polen widersetzt. Ein Beweis dafür ist seine zusagende Antwort auf den italienischen Konferenzplan vom 2. September 1939 und seine Bereitwilligkeit zu jenem Zeitpunkt, einem sofortigen Waffenstillstand in Polen zuzustimmen. Hitlers Friedenspolitik schlug fehl, weil das britische Empire sich entschlossen hatte, Deutschland herauszufordern, ehe er sein Programm, mit seinen unmittelbaren Nachbarn zu einer Verständigung zu kommen, erfüllt hatte.

797

798

Sehr wahrscheinlich hätte ein umfassenderes deutsches Rüstungsprogramm nach 1936 die Briten zur Zurückhaltung veranlaßt, zumindest im Jahre 1939. Hitlers zahlreiche Appelle an den guten Willen Englands waren völlig nutzlos. Ebenso klar erkennbar ist es, daß die Situation für Hitler sicherlich gerettet worden wäre, wenn Italien bei seiner bisherigen diplomatischen Solidarität mit Deutschland geblieben wäre. Der Abfall Italiens von Deutschland und sein Neutralitätsversprechen an England vom 18. August 1939 waren die ausschlaggebenden Faktoren, an denen Bonnets Versuch scheiterte, Frankreich in der Sitzung des französischen Verteidigungsrates am 23. August 1939 von Polen zu trennen. Sie gaben General Gamelin Gelegenheit zu der Ausrede, Frankreichs militärische Stellung habe sich seit der vorigen Sitzung des Verteidigungsrates am 13. März 1939 verbessert. In dieser Sitzung hatte Gamelin, als die Haltung Italiens noch ungewiß war, zugegeben, daß Frankreich auf einen Konflikt mit Deutschland nicht

vorbereitet sei. Die veränderte Haltung Italiens war die einzig denkbare Ausrede, die Gamelin hätte anführen können, um seine frühere Beurteilung der militärischen Aussichten Frankreichs zu revidieren.

Halifax‘ „Erfolg“ in der Entfesselung des 2. Weltkrieges resultierte in erster Linie aus seiner Meisterschaft des Umgangs mit prominenten Engländern sowie mit den Italienern und Franzosen. Seine dominierende Rolle nach München ist in England niemals angefochten worden und die durchschlagende Wirkung seiner diplomatischen Kunst in Paris und Rom während der letzten Friedenswochen ist über jeden Zweifel erhaben. Weit weniger war es ihm gegeben, mit den Russen umzugehen, aber die Sowjetunion war eine fremde Welt, die er mit Gleichgültigkeit, Widerwillen und Verachtung betrachtete. Halifax’ Welt umfaßte das britische Empire, die romanischen Staaten, Deutschland, und, in geringem Maße, die Vereinigten Staaten. Das Mißlingen der Verhandlungen mit der Sowjetunion erschwerte es, Frankreich bei der Stange zu halten, aber am Ende gelang Halifax auch dieses. Sein größter Aktivposten in diesem Zusammenhang, abgesehen von seiner erfolgreichen Einschüchterung der Italiener, war die Zaghaftigkeit des französischen Außenministers Bonnet. Es war Bonnets Wunsch, daß Gamelin oder ein anderer den Zorn Englands über sich ergehen ließ, wenn Frankreich sich weigerte, in den Krieg zu ziehen. Bis zum letzten Augenblick weigerte er sich, diese Last allein auf sich zu nehmen.

Die Gleichgültigkeit von Halifax gegenüber dem Schicksal der Polen ermöglichte es, sie zum Werkzeug der britischen Politik zu machen, ohne Gewissensbisse über die unvermeidlich tragischen Folgen für Polen zu empfinden.

Die Beweggründe Halifax’ im Jahre 1939 entstammten erkennbar der alten Tradition, den britischen Vorrang über

die Nationen West-und Mitteleuropas aufrechtzuerhalten. Die Rolle seines Oheims, Sir Edward Grey, bei der Ent-

798

799

fesselung des 1. Weltkrieges hat er niemals angezweifelt. Halifax hatte nicht die Absicht, die Existenz eines Deutschen Reichs von 1939, das wohlhabender und einflußreicher war als das 1918 vernichtete Hohenzollernreich, zu tolerieren. Nicht so reale Überlegungen wie nationale Sicherheit oder unmittelbare britische Interessen waren es, sondern allein das Prestige Großbritanniens, das Halifax 1938 zum Kriegstreiber machte. Der alte britische Ruf der Vorrangstellung in Europa war die tieferliegende Ursache für die Schrecken, welche die Menschheit im 2. Weltkrieg erleben mußte. Es geschah im frommen Dienst an diesem alten Ideal und nicht um des eigenen Prestiges oder Gewinns willen — schon vor 1938 besaß er beides in reichlichem Maße — daß Halifax seine Politik zum Ziele führte. Im Verfolgen dieses Zieles gab es für ihn keinerlei Hindernisse. Ihm genügte der Gedanke, daß seine Absicht eine legitime war und in denkbar bester Harmonie mit dem Ideal stand, das er so viele Jahre zuvor in seiner Antrittsrede vor dem Parlament zum Ausdruck gebracht hatte: der ewige Ruhm und die Überlegenheit des britischen Empires. Der trügerische Triumph, der den Briten in dem dann folgenden Kampf zuteil wurde, wurde von Halifax, ungeachtet seiner Ursachen, als eine sehr reale Angelegenheit und als der Wille der Vorsehung aufgefaßt.

Anderen ist es nicht leicht gefallen, denselben Trost wie der Haupturheber des 2. Weltkriegs zu finden. Das deutsche Volk vor allem ist mit einer geradezu widernatürlichen und gänzlich ungerechtfertigten Schuldlast beladen worden. Man

muß es schon sagen, daß dies die unvermeidliche Folge englischer Kriege ist, die seit Jahrhunderten scheinheilig für angeblich moralische Zwecke geführt worden sind. Gleichermaßen offenkundig ist es, daß eine Aussöhnung, die der Entlastung von dieser Bürde folgen sollte, im Interesse aller Nationen läge, die den Kommunismus nach wie vor ablehnen.

Eine nüchterne Betrachtung der Fehler der letzten Jahre wäre im Hinblick auf die schweren Aufgaben in der Zukunft jetzt die beste Hilfe. Der schlimmste dieser Fehler war unzweifelhaft der britische Entschluß, die Vernichtung Deutschlands herbeizuführen. Die weitere Erforschung der herkömmlichen britischen Außenpolitik wird sicher viel zu unserem Verständnis dieses Fehlers beitragen, aber sie wird ihn niemals rechtfertigen können. Für eine solche Zerstörung Europas in diesem größten aller Kriege kann es keine Rechtfertigung geben. Er war die Folge der Illusionen und des gnadenlosen Handelns von Lord Halifax, eines unerschütterlich in veralteten Begriffen lebenden und frommen britischen Aristokraten.